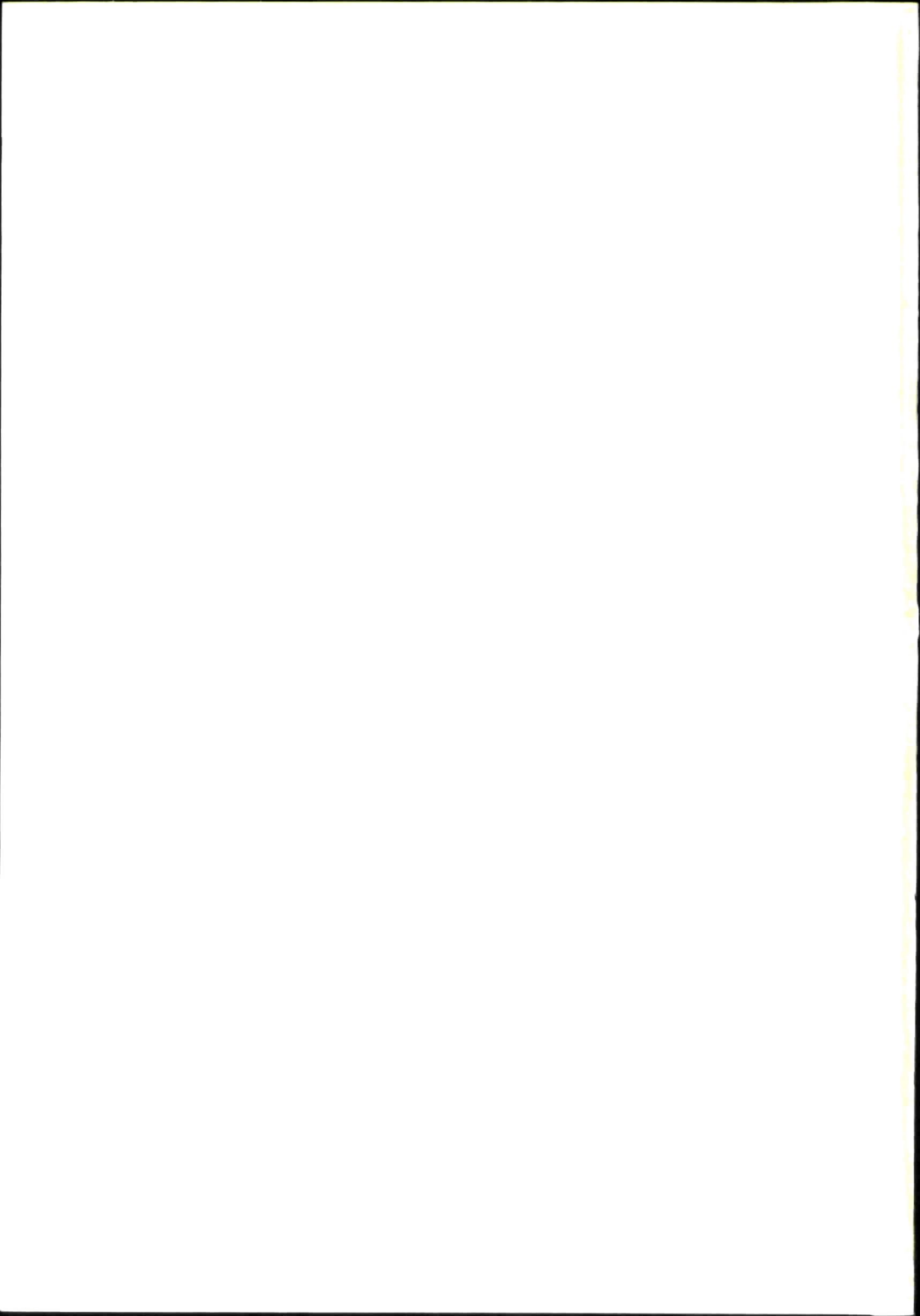


# ***Protokoll***

## ***2. Parteitag der CDU Deutschlands***

***Dresden • 15.-17. Dez. 1991***







**2. Parteitag  
der  
Christlich Demokratischen  
Union Deutschlands**

**Niederschrift**

**Dresden, 15.–17. Dezember 1991**

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,  
Bundesgeschäftsstelle,  
5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag und Gesamtherstellung:

Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75,  
5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Eröffnung und Begrüßung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, Vorsitzender der CDU Deutschlands	7
Geistliches Wort: Bischof Alfons Nossol	12
Antrag auf Änderung des Statuts der CDU Deutschlands	16
Wahl des Tagungspräsidiums	17
Beschlußfassung über die Tagesordnung	17
Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission	18
Wahl der Mandatsprüfungskommission	18
Wahl der Stimmzählkommission	18
Grußworte	
– Oberbürgermeister Dr. Herbert Wagner	18
– Ministerpräsident Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf	22
– Jan Bielecki	89
– Ministerpräsident Carl Bildt	92
– Ministerpräsident Wilfried Martens	116
– Dr. Jürgen Warnke	223
Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	25
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Volker Rühle MdB	45

Berichte der Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag:

- Dr. Alfred Dregger MdB, Ehrenvorsitzender  
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 52
- Dr. Wolfgang Schäuble MdB, Vorsitzender  
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 58

Vorlage des Berichtes des Vorsitzenden  
der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion  
des Europäischen Parlaments,  
Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP 62

Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1989  
des Schatzmeisters der CDU Deutschlands,  
Walther Leisler Kiep 62

Aussprache zu den Berichten 62

Nachwahl des stellvertretenden Vorsitzenden  
und eines weiteren Mitglieds des Präsidiums 102/115

Einbringung des Leitantes  
des Bundesvorstandes – Dresdner Manifest:  
Generalsekretär Volker Rühle MdB 119

Zwischenbericht des Vorsitzenden der  
Grundsatzprogrammkommission der CDU,  
Dr. Reinhard Göhner MdB 131

Beratung des Leitantes des Bundesvorstandes  
– Berichte aus den Foren 136

Beratung der Anträge auf Änderung des Statuts,  
der Geschäftsordnung sowie der Finanz- und  
Beitragsordnung 207

INHALT	Seite
Beratung sonstiger Anträge	208
Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	234
ANHANG:	
Beschlußprotokoll	239
Beschlüsse	
– Dresdner Manifest	256
– Beschlüsse zur Änderung des Statuts	273
– Sonstige Beschlüsse	274
Foren	
– Forum 1: Soziale Marktwirtschaft vor neuen Herausforderungen	285
– Forum 2: Neue Chancen für Frauen im geeinten Deutschland	351
– Forum 3: Jugend in Deutschland – Perspektiven in Freiheit	409
– Forum 4: Die Schöpfung bewahren: Umweltschutz in weltweiter Verantwortung	457
– Forum 5: Sich der Vergangenheit stellen – Vertrauen gewinnen	515
– Forum 6: Unsere Verantwortung in Europa und der Welt	565
Namensverzeichnis	621



## Sonntag, 15. Dezember 1991

1. Plenarsitzung

Beginn: 14.15 Uhr

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU (von den Delegierten mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde aus der Christlich Demokratischen Union Deutschlands!

Hiermit eröffne ich den 2. Parteitag der CDU Deutschlands. Ich begrüße Sie alle sehr, sehr herzlich in Dresden.

(Beifall)

Mein Gruß gilt zunächst Ihnen, den gewählten Delegierten aus den Orts-, Kreis- und Landesverbänden unserer Partei aus ganz Deutschland.

Ich begrüße sehr, sehr herzlich unsere in- und ausländischen Gäste. Wir freuen uns, daß Sie heute wiederum in einer so großen Zahl zu uns gekommen sind.

Die Zahl der journalistischen Wegbereiter, über tausend, und die Zahl der vielen Gäste ist so beachtlich, daß hier in der Halle eine beachtliche Enge entstanden ist.

Ich darf bei dieser Gelegenheit gleich sagen: Wenn wir jetzt zum erstenmal in einem der neuen Bundesländer tagen, wird vielleicht das eine oder andere nicht so ganz selbstverständlich klappen wie bisher. Wir sitzen enger zusammen, wir haben keine Tische für die Delegierten. Aber was wir brauchen, ist das Zusammenrücken und nicht die Tische, liebe Freunde.

(Beifall)

So kann dieser Saal vielleicht ein Symbol für das sein, was wir uns als Ziel gesetzt haben: der Einheit unserer Partei und der Einheit unseres Volkes auf den Weg zu helfen und hierzu einen Beitrag zu leisten.

Ich begrüße von den ausländischen Gästen sehr herzlich den Vorsitzenden unserer europäischen Volkspartei, den belgischen Ministerpräsidenten, unseren Freund Wilfried Martens.

(Beifall)

Lieber Wilfried, sei herzlich willkommen. Ich will gern einmal vor dem Forum unserer Partei sagen, wie sehr Du uns geholfen hast. Auf dem Weg zur deutschen Einheit war der belgische Ministerpräsident ein treuer Freund und Unterstützer, und in den schwierigen Verhandlungen auf dem Weg zum geeinten Europa in diesen Tagen in Maastricht war das wieder so.

(Beifall)

Lieber Wilfried, wir haben uns nicht in die belgische Innenpolitik einzumischen, das liegt uns ganz fern. Aber Wilfried Martens als Ministerpräsident Belgiens, das ist eine gute Sache, das darf ich doch sagen.

(Beifall)

Ich grüße sehr herzlich unseren Freund, den schwedischen Ministerpräsidenten Carl Bildt.

(Beifall)

Er ist seit Jahrzehnten – man sieht ihm das nicht an – ein guter Freund der Jungen Union, des Rings Christlich Demokratischer Studenten und unserer Partei. Wir freuen

uns über seinen Wahlsieg. Wir freuen uns vor allem darüber, liebe Freunde, daß wir – wie ich denke – 1995 Schweden unter seiner Führung in der Europäischen Gemeinschaft begrüßen können.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich unseren alten Freund, den Vorsitzenden der Europäischen Demokratischen Union, unseren Freund Alois Mock, den Außenminister der Republik Österreich.

(Beifall)

Lieber Alois, herzlichen Dank für Dein Kommen und auch für die Freundschaft, die Du uns oft erwiesen hast. Herzlichen Dank – das sage ich gerade in dieser wichtigen Woche im Blick auf ein bestimmtes Ereignis – für Deinen Kampf für die Menschenrechte in der Nachbarschaft, in Kroatien, in Jugoslawien.

(Beifall)

Ich begrüße ganz herzlich Jan Bielecki.

(Beifall)

Lieber Freund Bielecki, ich bedanke mich bei Ihnen, dem Chef des Liberal-Demokratischen Kongresses, vor allem auch dafür, was an Gemeinsamkeit in Ihrer Zeit als Ministerpräsident möglich war. Wir werden nachher Bischof Nossol hören. Wir alle wissen – und das wurde auch heute morgen im Gottesdienst drüben in der Kathedrale deutlich: Die Aussöhnung zwischen Deutschland und Polen ist eine Voraussetzung für den Frieden in Europa. Ohne die wirkliche Aussöhnung gibt es keinen Frieden in Europa.

(Beifall)

Dies ist kein einfacher Weg. Es hat in der Geschichte zwischen unseren Völkern viel Leid gegeben. Wenn wir dies aber gegenseitig aufrechnen, wird es nie wirklichen Frieden geben. Einer, der wie ich von der deutsch-französischen Grenze kommt, der erlebt hat, was Erbfeindschaft bedeutet, weiß auch, wie wichtig es ist, Frieden, Freundschaft und Aussöhnung möglich zu machen, vor allem für die junge Generation.

Dazu, verehrter Freund, haben Sie einen Beitrag geleistet. Ich darf das auch sagen: Wir hoffen noch auf viele Beiträge von Jan Bielecki.

(Beifall)

Ich heiße sehr herzlich willkommen die Gäste, die mit uns morgen auf den Foren dieses offenen Parteitags über viele wichtige Probleme diskutieren werden. Ich begrüße sehr, sehr herzlich die Repräsentanten und Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften.

Sie verstehen, wenn ich ganz am Anfang Herrn Bischof Nossol herzlich begrüße, der nachher das geistliche Wort sprechen wird.

(Beifall)

Herr Bischof, es ist gerade zwei Jahre her, daß wir die unvergeßliche Begegnung im Hof des Gutes von Kreisau aus dem Geist deutsch-polnischer Versöhnung hatten, an einem Ort, an dem ein wichtiger Teil des geistigen Widerstands gegen den Terror des Nationalsozialismus seine Heimat hatte. Die meisten, die sich in den Jahren nach 1940 bis zum 20. Juli 1944 in Kreisau versammelten, sind Opfer der Nazi-Barbarei geworden.



Es war der richtige Platz, wo sich Deutsche und Polen im Gottesdienst, im Gebet versammeln konnten. Der damalige Gottesdienst und Ihr geistliches Wort ist uns unvergessen. Ich will Ihnen dafür heute noch einmal sehr herzlich danken.

(Beifall)

Ich begrüße sehr herzlich den Bischof von Dresden-Meißen, Herrn Bischof Reinelt.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Landesbischof Johannes Hempel von der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche in Sachsen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich freue mich natürlich, daß unser Freund Dr. Herbert Wagner, der Oberbürgermeister der Stadt Dresden, bei uns ist.

(Beifall)

Es ist ein gutes Gefühl – man kann gar nicht genug davon bekommen –, auf solchen Tagungen CDU-Oberbürgermeister mit der Amtskette zu sehen.

(Beifall)

Ich begrüße sehr, sehr herzlich den Ministerpräsidenten von Sachsen, unseren Freund Kurt Biedenkopf.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Lieber Herr Wagner und lieber Kurt Biedenkopf, wir sind gerne in das vorweihnachtliche Dresden gekommen.

Ich will zu Beginn des Parteitags die Gelegenheit nutzen, Sie beide zu bitten, Ihren Mitarbeitern und den Bürgern von Dresden und Sachsen unseren herzlichen Dank und unsere herzlichen Grüße zu übermitteln. Ich weiß, was es gerade in dieser Zeit bedeutet, die Probleme eines Parteitags in organisatorischer und sonstiger Hinsicht zu lösen. Herzlichen Dank. Bitte geben Sie diesen Dank an alle Mitarbeiter weiter.

Ich begrüße sehr herzlich die zahlreichen journalistischen Wegbegleiter, die als Beobachter und Berichterstatter zu diesem Parteitag gekommen sind. Ich hoffe auf eine faire Berichterstattung. Wir sind ja auf diesem Gebiet verwöhnt; das weiß jeder

(Heiterkeit)

Deswegen versteht auch jeder diesen besonders herzlichen Wunsch.

Ich will gleich die Gelegenheit nutzen und unserem Freund Theo Waigel, der am Dienstag früh sprechen sollte, ein herzliches Grußwort von dem Parteitag zu übersenden. Er mußte sich gestern früh einer Meniskusoperation unterziehen und kann deshalb nicht kommen. An seiner Stelle wird der stellvertretende Parteivorsitzende sprechen. Ich denke, Sie sind alle damit einverstanden, daß wir Theo Waigel von hier aus unsere herzlichen Genesungswünsche senden.

(Beifall)

Liebe Freunde, auf diesem Parteitag in Dresden erinnere ich mich – und sicherlich mit mir viele – noch an den Tag vor fast zwei Jahren – am Donnerstag wären es genau zwei Jahre –, an die bewegende abendliche Kundgebung vor der Ruine der Frauenkirche. Nicht nur mir hat sich jener 19. Dezember 1989 tief eingepreßt. Es war für mich sehr bemerkenswert, daß heute nacht in einem Gespräch, in dem es um ganz andere Dinge ging, George Bush bei der Nennung des Namens Dresden fragte, ob das jene Stadt sei, in der damals die Kundgebung vor der zerstörten Kirche stattgefunden habe.

Die Botschaft von Dresden ging damals um die Welt. Nicht nur ich, sondern viele andere werden nie das Meer von deutschen und sächsischen Fahnen und die vielen Spruchbänder „Deutschland, einig Vaterland“ und „Wir sind ein Volk“ vergessen.

Ich habe damals in meiner Rede gesagt: „Mein Ziel bleibt, wenn die geschichtliche Stunde es zuläßt, die Einheit unserer Nation.“ Und ich habe hinzugefügt: „... ich weiß, daß wir dieses Ziel erreichen können.“ Liebe Freunde, wir können gemeinsam stolz sein auf das, was wir inzwischen erreicht haben.

(Beifall)

Selbst die kühnsten Optimisten unter uns hätten sich damals nicht träumen lassen, daß wir heute, zwei Jahre später, den 2. Parteitag der vereinten CDU Deutschlands in einem neuen Bundesland, hier in Dresden abhalten würden.

Und deswegen, finde ich, ist es mehr als symbolisch, daß ich genau an diesem Punkt Lothar de Maiziere begrüße.

(Herzlicher, anhaltender Beifall)

Lieber Lothar de Maizière, wir alle wissen um Ihren Beitrag auf dem Weg zur deutschen Einheit in einer Zeit ungewöhnlicher Herausforderungen, schwierigster Probleme. Der Parteitag hat es bezeugt, und ich will es noch einmal wiederholen: Wir danken Ihnen sehr, sehr herzlich für diesen Dienst an unserem Vaterland.

(Beifall)

Wie hier in Dresden, sind vor zwei Jahren in vielen Städten und Regionen der damaligen DDR die Menschen zu Zehntausenden auf die Straße gegangen. Sie haben sich gegen die Unterdrückung durch das SED-Regime aufgelehnt. Mit mutigem Eintreten für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung gehörten sie ganz entscheidend zu den Wegbereitern der deutschen Einheit.

Ende 1989 gab es sicherlich kaum jemanden, der vorhergesagt hätte, daß weniger als ein Jahr später die ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen stattfinden würden. Und wer sich die Prognosen jener Zeit noch einmal vergegenwärtigt, der weiß: Es hat auch niemand erwartet, daß die Wähler CDU und CSU als eindeutige Sieger bestimmen würden.

Das war so. Dafür sind wir den Wählern dankbar. Aber wir respektieren auch die besondere Verpflichtung, die damit für uns als die führende Regierungspartei in Deutschland verbunden ist, der Verantwortung für das ganze Deutschland auch mit ganzer Kraft nachzukommen.

Meine Damen und Herren, als Ergebnis dieser Wahl verfügen CDU und CSU im Bundestag über 48 Prozent der Mandate. Ohne uns oder gegen uns ist eine Regierungsmehrheit nicht möglich. Das ist gut so; aber es verpflichtet. Es verpflichtet dazu, mit Augenmaß und ohne jede Spur von Hybris dieser Verantwortung gerecht zu werden.

Ich will heute die Gelegenheit nutzen, all denen zu danken, die zu diesem Wahlsieg ihren Beitrag geleistet haben, ohne deren Hilfe dies nicht möglich gewesen wäre.

(Beifall)

Wir haben seit dem letzten Parteitag am 1. und 2. Oktober 1990 in Hamburg in zehn Landesverbänden Wahlkämpfe zu bestehen gehabt. In fünf dieser zehn Länder stellen wir den Bürgermeister bzw. den Ministerpräsidenten. Wie hier in Sachsen, gehören in vier der fünf neuen Bundesländer die Ministerpräsidenten der CDU an.

Wir haben in Hessen denkbar knapp verloren, und schmerzlich war für uns auch die Niederlage und vor allem der Verlust der Regierungsverantwortung in meinem Heimatland, in Rheinland-Pfalz.

Gerade in jüngster Zeit haben wir aber auch höchst erfreuliche Erfolge erzielt. Unsere Parteifreunde in Bremen haben mit Ulrich Noelle und Bernd Neumann an der Spitze bei der Bürgerschaftswahl ein gutes Ergebnis erzielt.

Liebe Freunde, wir stehen jetzt vor zwei wichtigen Landtagswahlen am 5. April 1992. Unsere Freunde in Baden-Württemberg leisten hervorragende Arbeit. Alle, auch alle in der Bundespartei, müssen sich in diesem Wahlkampf engagieren, damit wir dort die Mehrheit halten und damit Erwin Teufel Ministerpräsident von Baden-Württemberg bleibt.

(Beifall)

Ebenso kämpfen wir mit Ottfried Hennig und unseren Freunden in Schleswig-Holstein. Wir wissen, daß sie vor einer besonders schwierigen Aufgabe stehen, und wir wissen, daß Ottfried Hennig der richtige Mann ist, die Probleme zu lösen. Wir wünschen ihm nicht nur Glück. Wir werden ihn mit all unserer Kraft unterstützen, damit wir auch dort ein großartiges Ergebnis erzielen.

(Beifall)

Liebe Freunde! Dieser Parteitag steht unter dem Motto „Einheit leben“. Wir wollen die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands weit über die ökonomischen und sozialen Fragen hinaus, die gelöst werden müssen. Wir wollen die innere Einheit Deutschlands, und wir wollen die Einheit Europas verwirklichen. Das ist zugleich immer ein Beitrag für Frieden in der Welt. Das ist Thema unseres Parteitages hier in Dresden.

Es geht um die innere Einheit der Partei und um die Einheit unseres Volkes, und dazu sind offene Gespräche und Diskussionen notwendig – in einer Weise, daß wir Verständnis füreinander zeigen, nicht, indem wir Dinge verschweigen, sondern indem wir sie offen ansprechen, aber aus dem selbstverständlichen Geist des Miteinanders der Christlich Demokratischen Union, und darum bitte ich Sie sehr herzlich.

Wir werden auf diesem Parteitag die Schwerpunkte unserer Politik festlegen und die Aufgaben benennen, die wir auch im kommenden Jahr lösen wollen. Diese Tage im Advent geben uns – und das ist wichtig für eine politische Gemeinschaft – auch die Chance zu Selbstbesinnung und Standortbestimmung. Wir wissen, daß viele Menschen in den neuen Bundesländern Sorge empfinden – Sorge um den Arbeitsplatz, Sorge um die Zukunft. Sie sehen auch, daß es mit dem Neuaufbau vorangeht, aber manche zweifeln, ob das für sie selbst Licht am Ende des Tunnels bedeutet.

Aber wir haben allen Grund zur Zuversicht. Wir werden diese Probleme bewältigen können. Es geht jedoch nicht nur um die ökonomisch-sozialen Probleme. Es geht um die Menschen, ob sie zueinander finden, ob sie Geduld und Verständnis füreinander haben. In diesem Geist lade ich Sie alle dazu ein, miteinander zu diskutieren, zuzuhören – was so viele in der Politik völlig vergessen und verlernt haben – und damit zu gestalten.

Ich habe noch ein Versehen wiedergutzumachen. Ich begrüße sehr herzlich den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herrn Galinski.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist eine gute Tradition, daß wir am Beginn unseres Parteitags all jener Freunde gedenken, die seit dem letzten Parteitag verstorben sind.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich will stellvertretend für die vielen nur einige wenige nennen:

Ich nenne Ernst Eichelbaum; geboren 1893, gestorben im April 1991. Er gehörte 1945 zu den Mitbegründern der CDU in Leipzig. Er war von 1946 bis 1948 zweiter hauptamtlicher Bürgermeister in Leipzig. Nach seiner Flucht war er über viele Jahre hinweg im Vorstand der Exil-CDU und von 1957 bis 1965 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Ich nenne Dr. Hermann Kopf; geboren 1901, gestorben im Mai 1991. Er war von 1949 bis 1969 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 1960 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Er war einer der großen Baumeister des neuen Europa. Was jetzt in Maastricht möglich war, geht auch auf seine Arbeit zurück.

Ich nenne Frau Dr. Agnes Katharina Maxsein; 1904 geboren, im Oktober 1991 gestorben. Sie war von 1946 bis 1948 stellvertretende Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Berlin, von 1949 bis 1952 Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses. Von 1952 bis 1969 gehörte sie dem Deutschen Bundestag an.

Ich nenne Herbert Blankenhorn; geboren 1904, gestorben im August 1991. Er war seit 1948 Generalsekretär der CDU in der britischen Besatzungszone. Er war viele Jahre hindurch einer der wichtigsten außenpolitischen Mitarbeiter Konrad Adenauers und viele Jahre Botschafter der Bundesrepublik Deutschland.

Ich nenne Professor Dr. Gerhard Zeitel, geboren 1927, gestorben im Januar 1991. Er war von 1972 bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1980 bis 1985 Minister im Saarland. Er war ein Jahrzehnt – von 1977 bis 1987 – Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU.

Ich habe diese wenigen Namen stellvertretend für viele genannt. Ich bitte Sie darum, daß wir gemeinsam den Toten ein stilles Gebet widmen. – Ich danke Ihnen.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 1 auf:

### Geistliches Wort von Alfons Nossol, Bischof von Oppeln (Polen)

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich konnte Herrn Bischof Nossol aus Oppeln schon begrüßen und daran erinnern, in welcher bewegender Weise er in Kreisau zu uns, den Deutschen, gesprochen hat. Ich darf Sie nun, Herr Bischof, sehr herzlich um Ihr geistliches Wort bitten.

(Beifall)

**Bischof Alfons Nossol:** Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Verehrte Delegierte und Gäste! Meine Damen und Herren! Einleitend habe ich mich zu entschuldigen, heute vor Ihnen zu stehen. Sie wissen es schon: Es war ein persönlicher Wunsch Ihres Herrn Vorsitzenden. Gestatten Sie mir somit, einige Passagen aus seinem an mich gerichteten Brief anzuführen – ich zitiere –:

„Nie zuvor standen die Chancen so gut, die Spaltung unseres Kontinents zu überwinden und ein Europa des Friedens, der Versöhnung und der Völkerverständigung zu schaffen. Dabei ist es für die künftige Entwicklung von entscheidender Bedeutung, daß vor allem Deutsche und Polen Brücken der Begegnung bauen und gemeinsame Zeichen setzen im Geist guter Nachbarschaft. Es entspricht dem

Selbstverständnis der CDU und gehört zur guten Tradition, an den Beginn eines jeden Parteitages ein geistliches Wort zu stellen. Als Christliche Demokraten wissen wir uns auch bei unseren politischen Entscheidungen in Verantwortung vor Gott ... Unvergessen bleibt mir der große Friedensgottesdienst in Kreisau und Ihre erste Mahnung, zu wahrer Vergebung und gegenseitigem Verzeihen im Geist christlicher Nächstenliebe bereit zu sein.“

Kurzum: Der Versöhnungsgottesdienst in Kreisau vom November 1989 und das gemeinsame Gedenken an das Vermächtnis der Märtyrer des deutschen Widerstandes, vor allem Graf James von Moltkes, ist schuld daran. Damals begann der geschichtsträchtige Umbruch in Mittel- und Osteuropa erst richtig.

Lassen Sie mich heute die Bedeutung der Gewißheit um die Nähe des Herrn im Herzen der Christen und aller Menschen am Weg zu einem gemeinsamen Europa betonen und in diesem Zusammenhang, angesichts des heurigen Advents, auf die christliche Botschaft und die Einheit, die Versöhnung und den Frieden sowie die Freude an der Zukunft hinweisen, die der wesentliche Grund unserer Hoffnung sein soll.

Niemand wird es bestreiten: Der „Völkerherbst von 1989“ hatte auch eine zutiefst christliche, wenn nicht gar „kirchliche“ Dimension, ohne die er kaum als „sanfte Revolution“ denkbar gewesen wäre. Es sei mir gestattet, ihren weit vorausliegenden Auslöschungsfaktor, die polnische „Solidarität-Bewegung“ der 80er Jahre in Erinnerung zu rufen, die zur Zeit des totalitären Regimes in Mittel- und Osteuropa gerade in unseren Kirchen den einzigen „Ort und Hort der Freiheit“ sah, und die nicht zuletzt durch den Bischof von Rom, den „aus dem fernen Land“, eben von der Weichsel her kommenden Papst, gleich eine internationale Stütze erhielt. Erst dann hat das Jahr 1989 zu dramatischen Umwälzungen in der politischen und geistigen Landschaft Europas geführt, die noch kurz zuvor niemand hätte voraussagen können.

Das Neuartige an dieser Revolution war eben, daß sie nicht durch politische oder militärische Gewalten zustande kam, sondern durch geistige Aufbrüche, die den alten Machtstrukturen einfach das Fundament entzogen und sie fast über Nacht zum Einsturz brachten. So berührt dieser Vorgang nicht nur die bisher von der marxistischen Ideologie beherrschten Staaten, sondern ist weltweit von Bedeutung. Er reicht über das politische Feld hinaus, zumal er selbst aus dem Metapolitischen kam und dann, freilich die politische Kraft ursprünglich nicht-politischer Faktoren an den Tag brachte.

Man könnte das an der Analogie des Zerfalls der Mauern Jerichos verdeutlichen. Selbstverständlich darf nicht in ungehörlicher Weise die in der Bibel berichtete Heilsgeschichte mit Ereignissen unserer Gegenwart parallelisiert werden, um ihnen nicht eine falsche Sakralität beizulegen. Daß jedoch Mauern vor einer betenden Prozession und vor deren Posaunentönen niederfallen, wollte uns aufgeklärten Menschen seit langem reichlich ungläubwürdig erscheinen. Aber nun haben wir selbst zwar nicht das Gleiche, aber etwas irgendwie Ähnliches erlebt. „Die ideologische Mauer, die nicht nur Europa, sondern unsichtbar die ganze Welt überall teilte, besteht nicht mehr wie ehemals. Und sie ist nicht durch Waffengewalt niedergelegt worden, gewiß auch nicht einfach durch Gebete, aber durch einen Aufbruch des Geistes, durch Prozessionen für die Freiheit, die schließlich in der Tat stärker waren als Stacheldraht und Beton. Der Geist hat seine Kraft bewiesen; der Posaunenstoß der Freiheit war stärker als die Mauer, die sie in Grenzen halten sollte. Und auch, wenn wir Gott nicht allzu direkt ins Spiel bringen dürfen, bleibt doch, daß der Glaube an ihn oder wenigstens das Fragen nach ihm für die Intonation dieser befreienden Posaunenstöße von nicht geringer Bedeutung war“, wie Ratzinger es einmal ausdrückte.

Es tut gut, sich auf die ursprüngliche Kraft des Geistes und des Christlichen überhaupt gerade heute, mitten im Advent 1991, zu besinnen, weil nur aus ihr eine geistige Erneuerung unseres Kontinents erwachsen kann. Christlicher Glaube darf nicht durch innerweltliche Utopien ausgehöhlt werden, überhaupt ein jeder Glaube nicht, der es mit Gott ganz zu tun hat, wie dies z. B. zur Zeit in jenem Wort „Religion ja – Gott nein“ zum Ausdruck kommt. Der Glaube ist gemäß dem Inkarnationsprinzip, also seit Bethlehem, realitätsbezogen und „geerdet“, eben ein Glaube, der die Erde liebt und stets die „Menschlichkeit Gottes“ in Sicht hat. Daher rührt auch unser christliches Engagement für die Gerechtigkeit, den Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, vor allem jedoch für den Menschen und seine Würde. Unsere einzige Sorge muß der Mensch sein, und Gott unser Heil!

Wir sind somit nicht berechtigt, lautstark Menschenrechte einzufordern, indem wir zur gleichen Zeit die Rechte Gottes in der Welt mit Füßen treten. Ganz Europa muß sich wieder seiner christlichen Wurzeln bewußt werden und nach echter Transzendenzenerfahrung streben. Denn wo es gelingt, dem Suchenden den Ausblick auf die offene Stelle im Kosmos zu eröffnen, kann christliche Kultur nicht nur einen Morgen haben, sondern sie ist auch imstande, wahre Einheit in Vielfalt zu begründen. Das Verlangen nach der christlichen Heilsbotschaft sollte deswegen nicht geschmäleret werden. Unser gemeinsames Europa der Zukunft muß vor allem zu einer allgemein verbindlichen christlichen Ethik zurückkehren, deren Primat vor der Technik gewahrt bleibt; einer Ethik, die dem Schutz jeder Art von menschlichem Leben, das niemals und in keiner Hinsicht zum Objekt einer technisch möglichen Manipulation herabgewürdigt werden darf, dient, und die es versteht, Ökonomie mit Ökologie zu versöhnen und allerorts vor pragmatischen Nützlichkeitsabwägungen geht. Alle diese Prinzipien des Menschen als sittlicher Existenz sollten selbstverständlich auch ausdrücklich beim Vollendungsprozeß der inneren Einheit Deutschlands zum Tragen kommen. Die Stunde für sie hat geschlagen. Jetzt heißt es wirklich, die Einheit zu leben.

Bei weitem genügt nämlich nicht einmal hier, es bei Wirtschaftsbrücken bewenden zu lassen. Ihnen haben jetzt unbedingt auch „Herzensbrücken“ zu folgen. Geschweige denn, wenn es um die Schaffung eines wahren „Europa des Friedens, der Versöhnung und der Völkerverständigung“ geht, wofür ganz besonders die Aussöhnung und Verständigung zwischen unseren Nachbarvölkern, Polen und Ihnen, steht.

Sowohl Frieden und Krieg als auch Liebe und Haß kommen zweifelsohne im Herzen des Menschen zur Welt. Das intellektuelle Wissen reicht somit nicht aus. Die Intuition hat es zu ergänzen, zumal man überhaupt das Wesentlichste – wie wir es seit Saint Exupéry wissen – sowieso nur mit dem Herzen erfassen kann.

Ferner sei darauf hingewiesen, daß nach dem Zerfall der totalitären Systeme in Mittel- und Osteuropa nicht mehr dem Kampf, sondern vor allem dem Zeugnis, und zwar dem Zeugnis von der Wahrheit, Freiheit und der Liebe Versöhnungscharakter zukommt. Gewiß kein leichtes Unterfangen. Aber gerade das christliche Zeugnis – wie dies die eben zu Ende gegangene Europäische Bischofssynode in Rom hervorhob – ist jetzt als die beste Art von Neuevangelisierung unseres alten Kontinents und eines akzeptablen Christ-Seins gefragt, und sie tut not.

Das Streben nach Freiheit gehört eigentlich zu den „Urtrieben“ menschlicher Seele, weil es irgendwie den Funken Gottes, die *scintilla Dei* in uns als Geschöpfen Gottes darstellt. Insoweit ist Freiheit eine Gabe, die es als solche jedoch stets zugleich auch als Aufgabe zu begreifen gilt. Echte Demokratie und Frei-Sein sind somit dynamische Anliegen und Kernprozesse der integral verstandenen Vermenschlichung. Ohne das begreifen zu wollen, ist man anhaltend der Gefahr ausgesetzt – ähnlich wie

übersteigertes Nationalbewußtsein in Chauvinismus ausarten kann –, die Freiheit in Willkür umschlagen zu lassen und sie somit künstlich aufzulösen. Anstatt sich hier auf komplizierte Analysen über den Freiheitsbegriff einzulassen, genügt es wohl, festzustellen, daß die Freiheit einfach eine Art Selbstdeterminierung zur ethischen Notwendigkeit ist: Selbstdeterminierung zur ethischen Notwendigkeit. Deswegen sollte man sie auch niemals von der Wahrheit loslösen. Im Johannes-Evangelium bekommen wir es ausdrücklich zu lesen: „Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen.“ „Wir sollten somit bemüht sein, die volle Bedeutung und den Wert der Wahrheit aufzufinden: die Wahrheit, die befreit - Freiheit durch Wahrheit. Niemals außerhalb der Wahrheit! Außerhalb der Wahrheit ist Freiheit keine Freiheit. Sie ist Schein. Sie ist sogar Verknechtung.“ So argumentierte Johannes Paul II. während seiner vierten Pastoralvisite in seiner Heimat, um den Primat der Wahrheit vor der Freiheit herauszustellen. Sodann unterließ er es keineswegs, auch zugleich die Christus-Förmigkeit der christlichen Freiheit zu unterstreichen, indem er auf die zwei Möglichkeiten hindeutete: nämlich auf „die Freiheit, zu der uns Christus befreit. Die Freiheit durch Wahrheit. Oder auch die Freiheit von Christus.“ Dies sind für ihn „zwei Wege, auf denen Europa schreitet und gewiß auch in Zukunft gehen wird.“ Die christus-förmige Freiheit und Wahrheit gilt es heute in allen Teilen Europas zu bezeugen, und zwar in Liebe, weil eben Liebe auch der Freiheit höchste Frucht ist.

Auf das Ereignis der Liebe als wesentlichste Existenzform des Christen kommt es schließlich an. Ohne ihr „Tun in Wahrheit“ gibt es keine Umkehr im Leben der Menschen und ganzer Nationen, also nicht nur innere Bußgesinnung, sondern ein wirkliches Zurückkehren auf die Wege Gottes. Dies impliziert notwendig auch die ehrliche Vergangenheitsbewältigung, die irgendwie noch aussteht, wie es einmal Reinhold Schneider, der begnadete Freiburger Dichter, ausdrückte. Nie zuwenig! Hier haben wir vieles noch hinzuzutun, und zwar auf beiden Seiten, überall in Europa. Dabei reicht es auch keineswegs, das inzwischen geschichtlich gewordene „Wir gewähren Vergebung, und wir bitten um Vergebung“ von 1965 einfach nachzusprechen, sondern es gilt, es heute auch in die konkrete Tat umzusetzen: im vereinten Deutschland, in Europa, – gemeinsam in Europa, dem wir gemeinsam entgegengehen. Dreimal fragen die Leute im Evangelium des dritten Adventsontags, was sie tun sollen, und dreimal gibt Johannes der Täufer Antwort. Alle werden zur helfenden Nächstenliebe gemahnt. Und in der Lesung aus dem Buch Zefanja erfahren wir von der Freude, daß der Herr, unser Gott, der die Rettung bringt, seine Liebe zu uns erneuert. Trotz allem, er erneuert sie auch heute und wird sie stets zu erneuern suchen.

Das Bewußtsein um die Nähe des Herrn spielt deswegen für die Vollendung der Versöhnung eine gewichtige Rolle, weil es uns sodann leichter fällt, Zeugen seines Liebeswillens und Täter seiner Versöhnungs- und Friedensabsicht zu sein, seine Sprecher, Wortführer in seinem Namen und seine Statthalter in der Gesellschaft und in der Welt. Dabei müssen wir uns als Christen entschieden von jeder Lust oder Versuchung distanzieren, herrschen oder dominieren zu wollen. Es heißt im Gegenteil: Dienen und auf den Herrschaftswillen zu verzichten. Auf europäischer Ebene bedeutet dies: den durch Gott geschenkten Frieden weitergeben, die durch Gott angebotene Versöhnung herstellen, die geschenkte Liebe in eine Haltung, die jede Exklusivität verweigert, umsetzen, – das heißt auch, mit zu helfen beim Abbau von noch bestehenden Mauern und trennenden Grenzen. Dieser Geist möge uns bewegen. In dieser Gesinnung sollen wir zum europäischen Aufbau beitragen.

Wir müssen endlich alles unternehmen, was in Europa zum Übergang vom Leben nebeneinander oder gar gegeneinander zu einem Miteinander und Füreinander führt. Wenn dies geschehen soll, muß selbstverständlich das Recht des anderen auf seine

Eigenart, auf seine Identität gewahrt werden. Er muß so angenommen werden, wie uns alle Christus schon zuvor angenommen und mit sich versöhnt hat. Wobei der Westen von den christlichen Erfahrungen des Ostens durchaus auch so manches zu übernehmen hätte, und zwar im Sinne der Hervorhebung von Johannes Paul II: Beide Gestalten unseres Glaubens bilden eben zwei Lungenhälften, und den Kirchen gebührt es, mit beiden zu atmen anzufangen. Das, was gegenseitig zu übernehmen ist, darf selbstverständlich nicht geschluckt werden. Es muß verdaut, verarbeitet werden. Wir müssen es uns aneignen, weil es uns gegenseitig bereichert und uns allen hilft, noch mehr, noch weit mehr Mensch zu werden.

Zu gedenken sei auch der ethnischen, nationalen und religiösen Minderheiten sowie der Gastarbeiter und Asylanten und aller anderen Menschen in Not. Im gemeinsamen Haus Europa, einem Europa der Regionen, sollte es dann auch keine Heimatlosen und Heimatvertriebenen mehr geben.

Seitdem sich verschlossene Türen aufgetan haben, trennende Mauern niederbrachen und uns allen mehr Freiheit, Wahrheit und auch Liebe gegeben ist, besteht auch eine neue Hoffnung und ein neuer Trost für die Zukunft Europas und der Welt.

Hoffnung und die mit ihr verbundene Freude stellen Schlüsselbegriffe gerade für die Adventszeit dar, eine Zeit, die mit dem Kommen des Herrn, des Friedensfürsten, endet. Ich möchte deswegen mit den Worten aus dem am heutigen Adventssonntag verlesenen Philipper Brief abschließen: „Freut Euch im Herrn zu jeder Zeit! Noch einmal sage ich: Freut Euch! Eure Güte werde allen Menschen bekannt. Der Herr ist nahe!“

Ihren Beratungen sei ein gutes Gelingen beschert. Ihnen allen wünsche ich schon heute gesegnete Weihnachten und ein gutes, glückliches neues Jahr. Gott befohlen!

(Lebhafter Beifall)

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Lieber Herr Bischof, haben Sie herzlichen Dank für dieses geistliche, im besten Sinne pastorale Wort. Ich glaube, gerade in einem solchen geschichtlichen Augenblick, in dem wir, die Deutschen,- und auch wir, die CDU, als eine der großen Parteien unseres Vaterlandes - in besonderer Weise gefordert sind, ist es gut, zu Beginn eines Parteitages ein solches Wort zu hören: ein Wort zur Nachdenklichkeit, ein Wort der Hoffnung und vor allem ein Wort der Freude. Herr Bischof, ich habe das schon heute früh im Gottesdienst gedacht: Es kann für einen Deutschen gelegentlich etwas bedrückend sein, daß ein Bischof aus Polen kommen muß, um uns sagen muß: Freut Euch, liebe Freunde. – Laßt uns darüber nachdenken!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, nunmehr rufe ich TAGESORDNUNGSPUNKT 18 auf:

### Antrag auf Änderung des Statuts der CDU Deutschlands

(§ 28, Änderung des Delegiertenschlüssels)

Es handelt sich hier um den Antrag B 1 des Bundesvorstandes. Sie finden ihn in Ihren Tagungsunterlagen, die Sie alle ja ohne Zweifel längst studiert haben,

(Heiterkeit)

auf Seite 108.

Der Bundesvorstand schlägt Ihnen in diesem Antrag vor, für den 2. Parteitag in Dresden den Delegiertenschlüssel des 1. Parteitages in Hamburg nochmals anzuwen-



den. Das ist keine Entscheidung für die Zukunft, sondern eine Entscheidung für diesen Parteitag. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrages B 1. Darf ich fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird? – Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Erheben der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Soweit ich es von hier erkennen kann, ist das einstimmig beschlossen. Der Antrag ist somit angenommen. Das bedeutet, daß die Zahl der stimmberechtigten Delegierten festgelegt ist.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 2 auf:

### Wahl des Tagungspräsidiums

Der Vorschlag des Bundesvorstandes liegt Ihnen auf der Drucksache zu Punkt 2 der Tagesordnung vor. Wünscht zu dieser Vorlage jemand das Wort? – Werden weitere Vorschläge gemacht? – Das ist nicht der Fall. – Dann komme ich zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen. Dann darf ich darum bitten, daß die Mitglieder des Tagungspräsidiums hier oben Platz nehmen und daß der Tagungspräsident Kurt Biedenkopf die Geschäfte übernimmt.

**Prof. Dr. Kurt. H. Biedenkopf**, Tagungspräsidium: Herr Bundeskanzler! Verehrte Gäste! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Delegierte! Wir, das Tagungspräsidium, bedanken uns für das Vertrauen, das Sie mit Ihrer Bestätigung des Bundesvorstandes uns allen ausgesprochen haben. Wir werden uns alle gemeinsam bemühen, diesen wichtigen Parteitag bis zum Dienstagmittag zu Ihrer Zufriedenheit und zum Erfolg des ganzen Parteitages zu leiten.

(Zustimmung)

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung bei dieser wichtigen Aufgabe.

Ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 3 auf:

### Beschlußfassung über die Tagesordnung

Die Tagesordnung für den 2. Parteitag liegt Ihnen vor. Darf ich fragen, ob zur Tagesordnung das Wort gewünscht wird? – Das ist nicht der Fall. Wenn Sie mit der Tagesordnung einverstanden sind, darf ich Sie bitten, das mit dem Kartenzeichen zu signalisieren. – Danke schön. Darf ich um die Gegenprobe bitten! – Enthaltungen? – Ich stelle einstimmige Verabschiedung fest; somit haben wir die Tagesordnung beschlossen.

Zum zeitlichen Ablauf des Parteitages möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir für die Einreichung von Initiativanträgen eine Antragsfrist auf heute, Sonntag, den 15. Dezember, 18 Uhr festlegen. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist die Antragsfrist Sonntag 18 Uhr bei wenigen Gegenstimmen beschlossen.

Ich darf zu den Anträgen noch folgendes sagen. Die Initiativanträge sollten im Tagungsbüro in das Textverarbeitungssystem geschrieben und auf einem entsprechenden Antragsformular mit dem Vordruck für 30 Unterschriften ausgedruckt werden. Delegierte, die einen Initiativantrag unterstützen wollen, werden gebeten, zur Feststellung der Ordnungsgemäßheit des Antrags die auf der Stimmkarte angegebene Delegiertennummer bei der Unterschrift mit anzugeben. Nur so kann die Rechtmäßigkeit der Unterschrift anhand der Delegiertenliste nachgeprüft werden. Nach Vollzug der 30 Unterschriften sind die Initiativanträge beim Tagungspräsidium an der Bühne abzugeben.

Der Bundeskanzler und Parteivorsitzende, liebe Freunde, hat schon eine ganze Reihe von Gästen begrüßt. Ich möchte Sie auf die Gästeliste aufmerksam machen, die Ihnen vorliegt, und auch noch die Freude des Tagungspräsidiums darüber zum Ausdruck bringen, daß uns so viele Gäste die Ehre geben und an diesem Parteitag teilnehmen.

(Beifall)

Ich rufe auf TAGESORDNUNGSPUNKT 4:

### Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission

Die Vorlage befindet sich bei Ihren Tagungsunterlagen. Ich darf fragen, ob weitere Vorschläge gemacht werden. – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Sie, wenn Sie der vorgeschlagenen Zusammensetzung der Antragskommission zustimmen, um Ihr Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist die Antragskommission so, wie vom Bundesvorstand vorgeschlagen, durch den Parteitag bestätigt. Ich darf die Mitglieder der Antragskommission bitten, sich nach dem Ende der heutigen Plenarsitzung, also etwa 22 Uhr, im Sitzungszimmer der Antragskommission im dritten Obergeschoß dieses Kongreßhauses einzufinden.

Ich rufe auf TAGESORDNUNGSPUNKT 5:

### Wahl der Mandatsprüfungskommission

Auch dafür findet sich bei Ihren Unterlagen ein Vorschlag des Bundesvorstandes. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist die Mandatsprüfungskommission gewählt. Die Kommission wird dem Parteitag ihren Bericht heute vor dem Tagesordnungspunkt „Nachwahlen für das Präsidium“ erstatten. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission bitte ich, sich um 17 Uhr im Büro des Organisationsleiters zu ihrer Sitzung einzufinden.

Schließlich rufe ich auf den TAGESORDNUNGSPUNKT 6:

### Wahl der Stimmzählkommission

Der Vorschlag des Bundesvorstandes für die nach § 10 der Geschäftsordnung zu wählende Stimmzählkommission liegt Ihnen ebenfalls vor. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dies so beschlossen. Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich zu einer Vorbesprechung um 18 Uhr im Raum der Stimmzählkommission, der sich, vom Präsidium aus gesehen, links von der Bühne befindet.

Wir kommen nunmehr zu TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

### Grußworte

Der Parteivorsitzende hat unseren Oberbürgermeister, Herrn Dr. Herbert Wagner, bereits begrüßt. Herr Oberbürgermeister, ich darf Sie um Ihr Grußwort an den Parteitag bitten.

**Dr. Herbert Wagner** (mit Beifall begrüßt): Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Es ist eine große Ehre für Dresden, daß die Christlich Demokratische Union Deutschlands als Tagungsort für ihren 2. Bundesparteitag unsere Stadt ausgewählt hat. Im Namen der Dresdner grüße ich alle Delegierten und alle Gäste aus dem In- und Ausland recht herzlich und heiße sie in unserer Stadt willkommen. Sie erweisen einer Stadt die Reverenz, in der sich die

friedliche Revolution besonders früh und besonders machtvoll entfaltete. Wenn einmal die Geschichte der Wende, wenn einmal die Geschichte der deutschen Wiedervereinigung geschrieben wird und wenn man einmal von der Vorgeschichte jener epochemachenden Maueröffnung am 9. November erzählen wird, dann wird auch immer wieder von Dresden die Rede sein.

Denn als am 4. Oktober 1989 die Züge mit den Prager Botschaftsflüchtlingen durch diese Stadt rollten, strömten die Menschen zuhauf zum Hauptbahnhof, die einen - so glaubten sie damals -, um einen der letzten Züge in die Freiheit noch zu erwischen und auf ihn aufzuspringen, die anderen, weil sie das langersehnte Signal für Reformen und für den offenen Protest erwarteten.

Von da an formierten sich in dieser Stadt Demonstrationen. Von da an machten die Menschen ihrem jahre- und jahrzehntelang angestauten Protest offen Luft. Von da an gab es kein Halten mehr. Der Bankrott des SED-Regimes wurde vor aller Welt offenbar. Sieben Tage lang wurde hier in Dresden in der Innenstadt Geschichte gemacht. Immer mehr Menschen demonstrierten, immer konkreter wurden ihre Forderungen.

Während die SED-Funktionäre am 7. Oktober hinter zugezogenen Vorhängen im Dresdner Rathaus den 40. Jahrestag der DDR feierten, wälzten sich unten auf der Straße Demonstrationen durch die Stadt. Der SED-Staat schlug noch einmal brutal zu: 1303 Menschen wurden festgenommen, einige schwer mißhandelt.

So auch am nächsten Tag, als die Eskalation der Gewalt in Dresden erstmals gestoppt wurde. An jenem 8. Oktober formierte sich wieder ein Demonstrationen, und die Polizei wollte diese Demonstration wie an den Vortagen gewaltsam auflösen. Sie umzingelte einen Teil der Demonstranten. Die Demonstranten setzten sich, und aus ihrer Mitte standen zwei Kapläne auf und gingen auf die Polizeikette mit der Bitte, keine Gewalt anzuwenden, und mit der Forderung nach einem geeigneten Gesprächspartner staatlicherseits zu.

Zur gleichen Zeit verhandelten im Dresdner Rathaus hohe evangelische Kirchenmänner ebenfalls in der Absicht, der Eskalation der Gewalt ein Ende zu setzen, unter ihnen Landesbischof Hempel, der heute Ihr Ehrengast ist.

(Beifall)

Auf diese Gesprächsangebote, Gesprächsforderungen ging die damalige SED-Führung ein. Am nächsten Morgen, also am 9. Oktober, wurden 20 Vertreter der Demonstranten beim damaligen Oberbürgermeister vorgelassen. Es kam zum ersten Rathausgespräch, dem Vorläufer der Runden Tische. Dresden zeigte: Es ist möglich, miteinander zu reden.

Diese Menschen hatten das Regime mit ungeheurer Disziplin zum Gespräch gezwungen. Der Totalitarismus begann zu zerfallen. Von nun an ging es darum, mit Augenmaß, Mut und Beharrlichkeit Zentimeter für Zentimeter Freiheit und Demokratie zu erstreiten. Von nun an ging es um die Ziele Rechtsstaatlichkeit, Soziale Marktwirtschaft und die Einheit Deutschlands in einem freien Europa. Nach der Öffnung der Grenze am 9. November wurde es wohl klar, daß die Entwicklung in Richtung deutsche Einheit ging, doch die meisten Menschen glaubten, daß dieser Prozeß noch sehr lange dauern würde.

Ein großes Ereignis auf dem dann doch sehr viel kürzeren Weg war der Besuch des Bundeskanzlers am 19. Dezember hier in Dresden. Vor der Ruine der Frauenkirche, inmitten eines Meeres schwarzrotgoldener Fahnen und sächsischer Fahnen, spra-

chen Sie, Herr Bundeskanzler. Sie sprachen betont sachlich, vermieden jedes Aufheizen der Stimmung, und doch brachen sich die Begeisterung und die Freude der Menschen derart Bahn, artikulierten sich die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit derart deutlich, daß Sie, Herr Bundeskanzler – Sie haben es heute auch gesagt –, zu diesem Zeitpunkt wohl spürten, daß die Einheit Deutschlands viel schneller kommen würde, als wir es alle ahnten.

(Beifall)

Daran, daß dieser Weg schwierig werden würde, hat Helmut Kohl inmitten des Dresdner Jubels aber keinen Zweifel aufkommen lassen. Im Gegenteil, der Bundeskanzler sagte – hier darf ich zitieren; es war für mich sehr bewegend, erstmals von einem westdeutschen Politiker als Landsmann angesprochen zu werden –:

Wir lassen unsere Landsleute in der DDR nicht im Stich,

(Beifall)

und wir wissen – lassen Sie mich das auch hier in diese Begeisterung, die mich so erfreut, hinein sagen –, wie schwierig dieser Weg in die Zukunft ist. Aber ich rufe Ihnen auch zu: Gemeinsam werden wir diesen Weg in die deutsche Zukunft schaffen.

(Beifall)

Hier und heute rufen wir Dresdner Ihnen zu, Herr Bundeskanzler: Jawohl, wir sind auf einem schwierigen Weg. Jawohl, wir sind auf einem schwierigeren Weg, als manche erst dachten. Aber Sie, Herr Bundeskanzler, haben dies von Anfang an gesagt, und deshalb brauchen Sie von Ihrer Dresdner Rede kein einziges Wort zurückzunehmen.

(Beifall)

Wir alle haben die Ärmel hochgekrempelt. Wir alle nutzen unsere neu gewonnene Freiheit. Wir alle arbeiten hart daran, den gewaltigen Probleberg abzutragen, den uns das SED-Regime hinterlassen hat: eine wettbewerbsunfähige Wirtschaft, eine zerstörte Umwelt, eine ruinierte Bausubstanz. Zahlreiche Wohnungen in dieser Stadt sind baufällig oder grundlegend erneuerungsbedürftig. 30 000 Dresdner suchen eine Wohnung. Gleichzeitig sind 27 000 Wohnungen leer, baufällig, verfallen – nach dem Prinzip: Ruinen schaffen ohne Waffen, Marke DDR. Das ist die katastrophale Erblast, die wir übernommen haben.

Nun werden einige von Ihnen sagen: Warum privatisiert ihr denn nicht? Dieser Rat ist leichter gegeben als ausgeführt. Sehr gern wollen wir privatisieren. Aber wer kauft diese heruntergekommene Baustubstanz, und wer kann sofort diese ungeheure Sanierungssumme aufbringen, ohne die Mieter auf einen Schlag zu sehr zu belasten? Wenn Sie sich die Bausubstanz ansehen, werden Sie sich fragen: Was ist denn davon privatisierungsfähig? Was kann man zu Eigentumswohnungen machen? Von den 240 000 Wohnungen in der Stadt – die Hälfte davon im kommunalen Bestand – sind, so schätzen wir, maximal 30 000 bis 40 000 vom technischen Zustand und von der Anlage her privatisierungsfähig. Von den Großplattenbauten ist grundsätzlich – wenn überhaupt – nur ein geringer Teil privatisierungsfähig.

Man fragt uns weiter: Warum stellt ihr dann nicht Flächen für den Wohnungsneubau zur Verfügung? Das versuchen wir natürlich händeringend. Aber ein schlichtweg gigantisches Hindernis bilden die ungeklärten Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden. Allein im Dresdner Vermögensamt zur Regelung offener Vermögensfragen werden 40 000 Restitutionsansprüche bearbeitet. Wenn sie bei uns bearbeitet worden sind, werden sie von den Gerichten weiterbearbeitet.

Das in 40 Jahren allmählich wachsende bundesdeutsche Recht ist oft noch viel zu kompliziert, um hier im Osten vernünftig zum Tragen zu kommen.

(Beifall)

Doch trotz aller Schwierigkeiten geht es sichtbar voran. In Dresden ist das erste nach der Wende geplante Wohngebiet im Bau, ein Wohngebiet, in dem zuerst die Versorgungseinrichtungen und dann die Wohnungen erstellt werden, in dem nicht mehr mit den Großplatten, sondern in Ziegelbauweise gebaut wird. Es ist das erste Wohngebiet, in dem die Wärmeversorgung mit dem umweltfreundlichen Erdgas erfolgen wird.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich eines klarstellen. Auch wenn Ihnen manch einer immer wieder etwas anderes sagen will, manch einer, der von Anfang an gegen die deutsche Einheit war: Wir hier im Osten sind für die Hilfe aus dem Westen zutiefst dankbar, für die finanzielle Hilfe, für die ideelle Hilfe, für die materielle Hilfe und für die personelle Hilfe. Dafür sind wir hier zutiefst dankbar.

(Beifall)

Die Hilfe aus dem Westen trifft hier im Osten auf hochmotivierte Menschen, auf *äußerst leistungsbereite Menschen, die in ihrer Lern- und Anpassungsfähigkeit bis an die Grenze des Möglichen gefordert sind*. Dies erklärt so manche Turbulenzen hier.

Bei uns spielt sich Geschichte im Zeitraffer ab. Was in den westlichen Bundesländern in 40 Jahren wachsen konnte – und das war wahrlich auch kein Schnecken tempo –, das will hier oft in wenigen Monaten geschafft sein. An einem geschichtlichen Aufbauwerk mitzuwirken, das bringt erhebliche Mühen mit sich, das schafft aber auch Begeisterung. Der Funke dieser Begeisterung ist überggesprungen auf unsere westdeutschen Helfer, die hier oft bis zur Erschöpfung arbeiten. Trotz des oftmals geringen Wohnkomforts, trotz der weiten Entfernung zu Elternhaus und Freunden, wer von den jungen Menschen aus den Altbundesländern Pioniergeist besitzt und wer das Glücksgefühl erleben möchte, schwierigste Situationen überwunden zu haben, dem kann ich nur raten: Go east.

(Beifall)

Gerade jetzt bieten sich für junge Menschen hier im Osten, in den neuen Bundesländern, enorme Aufstiegschancen, besonders für die dringend benötigten guten Juristen. Am Rande sei bemerkt: So manch einer dieser jungen Helfer hat hier nicht nur enorm viel Arbeit vorgefunden, sondern inzwischen auch einen Partner fürs Leben gefunden, obwohl wir uns hier nicht in erster Linie als Ehevermittlungsinstitut verstehen.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber nicht nur für die jungen Menschen, die aus den alten Bundesländern zu uns kommen, sind wir dankbar, sondern auch für die geistig Junggebliebenen auf der Höhe ihrer Schaffenskraft. So kam Kurt Biedenkopf Anfang 1990 nach Leipzig, um Vorlesungen über Soziale Marktwirtschaft zu halten – nicht mehr.

(Beifall)

Nach einem Dreivierteljahr wählten ihn die Sachsen zum Ministerpräsidenten, und vorigen Woche wählte ihn die sächsische CDU zum Landesvorsitzenden.

(Beifall)

Zeiten des Aufbruchs sind Zeiten der Chancen.

Meine Damen und Herren, dies ist der erste Bundesparteitag in einem der neuen Bundesländer. Viel zu wenige Hotels, viel zu wenig Komfort, weite Anfahrtswege zum Tagungsort, dazu noch viele Umleitungen – manch einer von Ihnen wird schimpfen. Doch es gibt auch Delegierte, die das freundliche Angebot von Dresdner Unionsparteiern angenommen haben, bei ihnen zu Hause zu übernachten, mitten im Plattenwohngebiet, mitten in einer Altbauwohnsiedlung, in einer Altbauwohnung mit Kohleofen und Toilette auf dem Hausflur. So bekommen sie ein klein wenig mit, wie wir hier im Osten vor Ort leben. Diese Menschen nehmen den Satz, den wir im Dresdner Manifest haben, ernst: Wir müssen die Menschen zusammenbringen, wir müssen aufeinander zugehen. – Diesen Parteilern danke ich recht herzlich dafür.

(Beifall)

Zwinger, Semper-Oper, Gemäldegalerie, Grünes Gewölbe, Hofkirche, Dresden hat so viele Schönheiten, daß der Gast selbst nach Wochen nur wenig davon gesehen hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, obwohl Sie alle hier ein enormes Arbeitspensum zu bewältigen haben, wünsche ich Ihnen von Herzen noch ein klein wenig Freizeit, um auch etwas von den Schönheiten unseres Elbflorenz zu genießen.

Fast auf den Tag genau zwei Jahre nach der unvergessenen Rede des Bundeskanzlers vor der Ruine der Frauenkirche wünschen wir Dresdner Ihnen allen ein gutes Gelingen des Parteitages und zukunftsweisende Beschlüsse zum Wohle unseres Vaterlandes. – Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Alfred Gomolka**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Mit Ihren Worten der Erinnerung haben Sie viele von uns sehr direkt angesprochen. Sie haben damit deutlich gemacht, daß die Wahl des Tagungsortes Dresden uns allen ein Ausdruck gemeinsamer Verpflichtung ist.

Ich erteile nun das Wort zu einem weiteren Grußwort an den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union des Freistaates Sachsen, den Ministerpräsidenten, Herrn Professor Dr. Biedenkopf.

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf** (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Liebe Delegierte! Verehrte Gäste! Lieber Oberbürgermeister, als die Königsberger Universität Immanuel Kants 50. Geburtstag feierte, wurde Kant mit „Ehrwürdiger Greis“ angesprochen. Inzwischen sind wir schon beim „Jugendlichen Greis“. Ich empfinde das als einen Fortschritt.

Namens der sächsischen CDU und namens des Freistaates Sachsen begrüße ich Sie sehr herzlich im Freistaat Sachsen und wünsche Ihnen und uns allen einen erfolgreichen Parteitag.

Als der Landtag am 27. Oktober 1991 beschloß, dieses Bundesland „Freistaat“ zu nennen, gab es in einem anderen Freistaat gewisse Irritationen.

(Heiterkeit)

Wir konnten allerdings – das möchte ich einfach zur Einführung in die Landesgeschichte doch mit erwähnen – uns auf das Erstlingsrecht berufen. Der Freistaat Sachsen wurde am 28. Februar 1919 zum erstenmal von der damaligen Volkskammer so genannt, im November des gleichen Jahres sind die Bayern dann gefolgt. Der Beschluß lautete damals: „Sachsen ist ein demokratischer sozialistischer Freistaat im Rahmen des Deutschen Reiches.“ Das „sozialistisch“ haben wir gestrichen.

(Heiterkeit und Beifall)

Sachsen ist ein neues, aber zugleich ein altes Bundesland. Seine Geschichte reicht bis zur Jahrtausendwende des zu Ende gehenden Jahrtausends zurück. Es war immer ein deutsches und ein europäisches Land. Es war immer mit wechselnden Grenzen eine staatliche Identität, und dies, meine Freunde, hat den Menschen in den letzten Jahren und auch gerade seit der Wende, seit der friedlichen Revolution ein Stück Halt gegeben.

Der Freistaat Sachsen kennzeichnet sich durch die Vielfalt der Regionen und Stämme. Wir empfinden diese Vielfalt als eine Bereicherung: das Vogtland und das Erzgebirge, die sächsische und die schlesische Oberlausitz, die Sorben, die die ursprünglichen Einwohner dieser Region waren, die großen Städte Chemnitz, Dresden und Leipzig und die Vielfalt und die Schönheit der Landschaft und ihre Entwicklung. Regionen der wirtschaftlichen und der handwerklichen Tradition finden wir hier, ebenso Wohlstand der Städte, der Bürger, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, die eine fast einmalige Verbindung miteinander eingingen und von Anfang an dieses Land prägten. Neben Prag und Heidelberg gibt es die älteste deutsche Universität in Leipzig, ein Ableger der Prager Universität, gegründet von Studenten und Professoren, die aus Prag geflüchtet waren und sich in Leipzig niederließen. Wie überhaupt die Geschichte dieses Landes immer wieder dadurch gekennzeichnet ist – das sollten wir uns auch in der Gegenwart vor Augen halten, wenn wir über unser Verhältnis zu Ausländern sprechen –, daß von allen Teilen Europas Menschen hierherkamen und sich am Aufbau und der Weiterentwicklung dieses Teils Deutschlands beteiligt haben. Ohne die Niedersachsen, ohne die Franken, ohne Menschen aus Polen, aus Böhmen, aus anderen Regionen wäre dieses Land nie das geworden, was es ist: ein Land, in dem sich vieles miteinander verbunden und zu Reichtum entwickelt hat.

So können wir heute nicht nur auf eine stolze wirtschaftliche, sondern auch auf eine stolze wissenschaftliche und auf eine große kulturelle Tradition zurückblicken. Dies ist ein wesentlicher Teil dessen, meine Freunde, was wir hier in Sachsen in das geeinte Deutschland einbringen.

Wir sind im letzten Jahr von vielen gefragt worden, was denn die Deutschen in Ostdeutschland in dieses geeinte Deutschland mitbringen oder ob sie nur Nehmende seien. Wir bringen viel ein, nicht nur den Reichtum der Geschichte, der Kultur, der Landschaften, wir bringen vor allem uns selbst ein. Im Dresdner Manifest heißt es nach dem Wort von Lothar de Maiziere, daß man die Teilung durch Teilen überwinden muß. Viele sehen unter diesem Begriff nur die finanzielle Seite. Das ist aber gar nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, daß wir – das wünschen wir uns auch von diesem Parteitag – unsere Erfahrung, unsere Geschichte, unsere Vergangenheit, unsere Freuden und unsere Leiden in der Vergangenheit miteinander teilen und auf diese Weise uns gegenseitig erfahren. Hier haben die Menschen, die als Folge des Zweiten Weltkriegs hier leben mußten und die nicht das Glück hatten, auf der anderen Seite von Mauer und Stacheldraht in Freiheit leben zu können, eine ganze Menge eigene Erfahrungen mitzubringen: die Erfahrungen mit der Unfreiheit, die bis in die jüngste Vergangenheit reicht, und mit der Kraft, die man entwickeln kann, um Unfreiheit zu überwinden. Oberbürgermeister Wagner hat von dieser Kraft gesprochen, als er an das erinnerte, was sich hier in Dresden, was sich am Tag darauf in Leipzig, was sich am Tag zuvor in Zwickau ereignet hatte: Die Sachsen sind stolz darauf, daß ein wesentlicher Teil der politischen Bewegung, die dann zur Wende führte, von diesem Land ausgegangen ist.

Sie bringen das Wissen darum, wieviel Kraft man hat, wenn man die Angst überwindet und an sich selbst glaubt. Diese Kraft werden wir auch in Zukunft brauchen; denn die Aufgaben, die uns gestellt sind, sind groß.

Wir bringen mit eine ganz bestimmte Erfahrung mit politischer Zusammenarbeit: die Erfahrung der Runden Tische, die Erfahrung, daß es möglich ist, auch dann, wenn man im Wettbewerb miteinander steht, in einem Dialog miteinander zu verbleiben, dessen Notwendigkeit durch die Größe der Aufgabe diktiert wird, und dessen Unterbrechung angesichts dieser Größe nicht zu verantworten wäre.

Wir bringen mit die Beziehungen, das Verhältnis zu unseren Nachbarn im Osten. Bischof Nossol hat davon gesprochen. Dieser Teil Deutschlands – das gilt für alle ostdeutschen Bundesländer – ist in besonderer Weise aufgerufen, am Brückenschlag zwischen West und Ost mitzuwirken – das ist ein eigenständiges Mitwirken – und damit auch an einem Stück Wiederbelebung Mitteleuropas.

Wir wollen mithelfen – und wir erhoffen uns von diesem Parteitag Unterstützung und Anleitung – bei dem Ebnen des Weges unserer östlichen und südöstlichen Nachbarn in die Europäische Gemeinschaft. Wir wissen um die Hoffnungen, die die Tschechen und die Polen mit der Europäischen Union verbinden. Wir haben deshalb von Anfang an zur gemeinsamen Arbeit in einer Euroregion Böhmen-Sachsen-Schlesien eingeladen, um auf diese Weise die drei Industrieräume, die früher wie selbstverständlich miteinander verbunden waren, wieder zusammenzuführen und der Entstehung einer neuen Mauer, nämlich einer Mauer des Wohlstandes gegen die Not vorzubeugen.

(Beifall)

Denn nichts wäre tragischer als eine Entwicklung, die nach Überwindung der politischen Teilung Europas zu einer wirtschaftlichen Teilung Europas führen würde.

Wir wollen in diesen Parteitag und die weitere gemeinsame Arbeit die Herausforderungen und Aufgaben einbringen, die uns in diesem Teil Deutschlands gestellt sind: den Aufbau des Zerstörten, eine Spätfolge des Zweiten Weltkriegs, den wir alle gemeinsam verloren haben; die Überwindung der Schäden, die das SED-Regime zurückgelassen hat, aber auf der anderen Seite auch die großartige Aufgabe der Erneuerung des Landes, seiner Strukturen, eine Aufgabe, die uns allen gestellt ist.

Meine Freunde, ich glaube, wir sollten diese Aufgabe nicht als eine Last, sondern als eine große Chance angehen.

(Beifall)

Wann wird einem Volk, dessen größter Teil während einer 40jährigen Friedenszeit berufen war, das Land aufzubauen und zu einer hochentwickelten, freiheitlichen, sozialen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu führen, wann wird einem Land die Chance geboten, sich durch das Hinzutreten eines bisher abgespaltenen Teils als Ganzes zu erneuern, sich als Ganzes die Frage zu stellen, was können wir denn mit dieser Chance des Neubeginns für das Ganze tun?

Mit „für das Ganze tun“ meine ich, daß uns die Räume, die sich hier jetzt zur Gestaltung neu anbieten, zugleich die Möglichkeiten geben, Alternativen zu dem zu entwickeln, was sich bisher entwickelt hat, und auf diese Weise zu prüfen, was besser werden kann, und zwar in ganz Deutschland, nicht nur hier.

(Beifall)

Deshalb unsere Hoffnung, daß wir diese Chance zur Erneuerung alle gemeinsam nutzen, daß wir in der Wahl eines neuen Weges im Osten keine Gefahr für die Besitzstände im Westen sehen, sondern daß wir insgesamt sagen: Laßt uns diese Möglichkeit ergreifen und unser Land insgesamt voranbringen.



Ich bin in den letzten Tagen häufig gefragt worden, was die sächsische CDU von diesem Parteitag erhofft und erwartet. Ich glaube, es wird uns allen gemeinsam so gehen, die wir alle nach Dresden gekommen sind – ein Vorgang, dessen historische Dimension der Bundesvorsitzende und der Oberbürgermeister angesprochen haben und der, das will ich Ihnen ganz ehrlich sagen, mich immer wieder überwältigt –: Wir erwarten und erhoffen uns von diesem Parteitag eine Erweiterung unserer aller Bewußtsein um die deutsche gelebte Einheit – das, was hier oben an der Tafel steht. Denn die Einheit im staatlichen Sinne und die gelebte Einheit sind zwei verschiedene Dinge.

Die gelebte Einheit heißt, daß der Kölner oder der Düsseltdorfer, der Hamburger oder der Stuttgarter den Wiederaufbau von Dresden als eine Bereicherung auch seiner Stadt und seines Lebens empfindet.

(Beifall)

Wir wünschen und erhoffen uns von diesem Parteitag eine Erweiterung unseres Wissens um den anderen. Wir sind sicher, daß dieser Parteitag einen wichtigen Beitrag leisten wird zum Bau der gemeinsamen Grundlage für den Aufbau des geeinten Deutschlands.

Mir ist, meine Freunde, in diesem zurückliegenden Jahr mit den politischen Freunden in Sachsen klargeworden – das möchte ich zum Schluß doch feststellen –: Nach meiner festen Überzeugung kann diese gemeinsame politische Grundlage nur von der Christlich Demokratischen Union gelegt werden,

(Beifall)

von niemand anderem. Die Sozialdemokratische Partei stand sich in den entscheidenden Stunden selbst im Wege.

(Beifall)

Sie hat die Chance der Freiheit, der Einheit und des Zusammenwachsens nicht begriffen. Bis heute hat sie große Schwierigkeiten, das zu überwinden, womit sie sich selbst im Wege stand.

Die Menschen glauben an eine politische Kraft, die auch in sich die Kraft hat, beide Teile Deutschlands in der ganzen Vielfalt, die das geeinte Deutschland ausmacht, über alle Interessengegensätze und über die ideologische Vergangenheit hinweg zusammenzuführen. Ich bin sicher, wir werden in diesen Tagen den Menschen in Dresden, in Deutschland erneut zeigen, daß sie recht haben. – Glück auf!

(Anhaltender Beifall)

**Dr. Alfred Gomolka**, Tagungspräsidium: Herr Professor Biedenkopf, ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihr Grußwort. Sie haben die Dimension der Aufgaben anklingen lassen. Sie haben aber – dafür sind wir Ihnen dankbar – auch die Kraft und die Freude gezeigt, die zusammen mit der Verbundenheit untereinander die Gewähr sind, daß wir diese Aufgaben auch bewältigen können. Nochmals vielen Dank.

(Beifall)

Ich rufe nunmehr TAGESSORDNUNGSPUNKT 8 auf:

## Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Zum ersten Mal halten wir einen Bundesparteitag hier in Sachsen ab, und es ist das erste Mal, daß wir nach der

Überwindung der Teilung in einem der neuen Bundesländer – ich sagte es bei der Begrüßung – zusammenkommen können. So demonstrieren wir ganz einfach das, was für die Partei Konrad Adenauers, Jakob Kaisers, von Andreas Hermes und von Hermann Ehlers immer selbstverständlich war: Wir sind und bleiben die Partei der deutschen Einheit.

(Beifall)

In den Tagen und Wochen nach dem Fall der Mauer bot sich uns Deutschen eine einmalige Chance: die Chance – und das ist einmalig in der Geschichte –, ohne Krieg und ohne Blutvergießen, mit der Zustimmung all unserer Nachbarn die Einheit des Landes zu gewinnen.

Wir haben diese Chance genutzt. Wir waren nicht allein, und auch in dieser Stunde soll das nicht vergessen werden: In Ost und West haben uns viele geholfen. Ich nenne genauso George Bush wie Michail Gorbatschow – gerade jetzt und heute.

(Beifall)

Aber der Erfolg war auch – und dies dürfen wir bei aller Bescheidenheit sagen – ein Erfolg einer beharrlichen und konsequenten Außen- und Deutschlandpolitik, vor allem seit dem Ende des Jahres 1982.

Liebe Freunde, ich will nicht nachkarten: Aber wenn wir über die Geschichte der deutschen Einheit sprechen, müssen wir darüber sprechen, daß der Ausgangspunkt für diese einmalige Chance in der Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses bestand. Ohne diese Entscheidung hätte es diesen Weg nicht gegeben!

(Beifall)

Es hätte damals sehr leicht zu einer Erosion der NATO kommen können, und ich weiß, nicht zuletzt von Michail Gorbatschow, daß die Stabilisierung der NATO eine entscheidende Voraussetzung für die Einleitung der Perestroika war.

(Vereinzelt Beifall)

Beides gehört zusammen: die Standfestigkeit unserer Landsleute damals hier in der ehemaligen DDR, in den jetzigen neuen Bundesländern, die revolutionäre Aufbruchstimmung und das mutige Handeln der Solidarnosc in Polen, der Menschen in Ungarn und anderswo, aber auch die Bereitschaft der Deutschen unter Führung der Union in der alten Bundesrepublik, zur Freiheitsidee des Westens zu stehen.

(Beifall)

An manchen Tagen ist es schon wie in einem Traum, und es geschieht soviel, daß viele von uns es kaum mehr wahrnehmen – ich nehme mich dabei nicht aus. Die nukleären Kurzstreckenwaffen in Europa werden um 80 Prozent verringert. Wer das vor drei, vier, fünf Jahren auf einem Parteitag der CDU als Ziel verkündet hätte, wäre ausgelacht worden; das hat doch niemand für möglich gehalten. Wir haben gesagt: „Frieden schaffen mit weniger Waffen“, und wir konnten unser Wort einlösen. Dafür sind wir dankbar.

Liebe Freunde, wir haben auch an der anderen entscheidenden Weichenstellung einen wesentlichen Anteil – im Sinne der Präambel unserer Verfassung –, die deutsche Einheit zu vollenden und einen Beitrag zur politischen Einigung Europas zu leisten.

Das war immer unsere Politik seit den Zeiten Konrad Adenauers. Und das, was letzte Woche in Maastricht erreicht wurde, ist – bei allen Mängeln in diesem oder jenem Punkt – der Durchbruch in Europa. Man muß sich klarmachen, man muß sich wirklich

klarmachen, was es heißt, daß es im Jahre 1997 oder 1999 – das spielt gar keine Rolle – in Europa nicht nur den großen Binnenmarkt geben wird, von Stockholm bis nach Edinburgh, von Dublin bis Rom, von Paris bis Lissabon, sondern daß es auch eine gemeinsame Währung geben wird und daß es - ungeachtet manchen Denkens in welchen Bürokratenstuben in Europa auch immer - das politische Europa natürlich auch geben wird; das eine formt das andere ganz zwangsläufig. Und am Ende dieses Jahrhunderts - ob drei Jahre oder ein Jahr vor der Jahrhundertwende – wird es für jeden ein für allemal offenbar sein: In diesem alten Kontinent wird es keinen Bruderkrieg untereinander mehr geben. Das ist doch die Botschaft, die wir jetzt verkünden können!

(Beifall)

Ich habe den Wunsch und die Bitte an Sie alle - weil doch in vielen unserer Diskussionen danach gefragt wird: Haben wir eigentlich Visionen? - die Gegenfrage zu stellen: liebe Freunde, gibt es eine größere Vision als Freiheit und Frieden und Einheit für diesen alten, ewig jungen Kontinent?

(Beifall)

Das ist doch eine Vision, für die es sich zu arbeiten lohnt.

Und wir erleben in diesen Tagen ein anderes, ich finde: viel zu wenig beachtetes Ereignis: Wir erleben den Zusammenbruch der anderen der beiden schrecklichen Ideologien, die die Welt in diesem Jahrhundert beherrschen wollten: nach dem Faschismus-Nationalsozialismus den Zusammenbruch des Kommunismus, und zwar in einer unglaublich dramatischen Weise. Ich denke, wir müssen erkennen, daß dadurch auch im geistigen Leben Europas und Deutschlands jetzt ein Vakuum entstehen kann, das uns besonders fordert; ich will gleich darüber sprechen.

Die Kommunisten haben nie verstanden, daß der Mensch die Achtung seiner Würde braucht wie die Luft zum Atmen, daß er Freiheit braucht. Jetzt ist auch dort, wo früher der Kommunismus herrschte, die Chance der Freiheit da, und es gilt, sie zu nutzen.

Im November 1989 habe ich im Bundestag in meiner Rede zu den zehn Punkten gesagt: „Die Wiedervereinigung, d. h., die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Bundesregierung.“ Ich karte nicht nach, aber man wird nach zwei Jahren wenigstens darauf hinweisen dürfen. Es gilt ja heute als wenig vornehm, auf solche Zitate hinzuweisen. Ich will jetzt bewußt nicht so vornehm sein, sondern einfach daran erinnern, wie das war. Und zwar vor allem deswegen, weil die Gleichen, die damals die falschen Ratschläge gaben, jetzt wieder falsche Ratschläge geben. Und wir haben doch die Lebenserfahrung gemacht - jedenfalls im privaten Leben - daß wir den Ratgebern nicht folgen sollten, die immer das Falsche raten.

(Beifall)

Deswegen will ich doch daran erinnern, daß nicht irgendwann, sondern noch im Oktober 1989, meine Damen und Herren, kurz vor dem Fall der Mauer, der damalige Vorsitzende der SPD, Hans-Jochen Vogel, von der „Ablehnung des leichtfertigen und illusionären Wiedervereinigungsgeredes“ gesprochen hat. Ähnlich Lafontaine und Engholm. Herr Schröder aus Niedersachsen verstieg sich sogar zu der Feststellung, die Wiedervereinigung sei „reaktionär und hochgradig gefährlich“.

Liebe Freunde, das ist der Grund - weil sie so völlig außerhalb der geschichtlichen Tatsachen und Erfahrungen lagen - weshalb sich die Sozialdemokraten im Blick zurück auf das Jahr 1989 so schwer tun und jetzt vieles veranstalten - bis hin zu

Publikationen vielfältiger Art - um die Geschichte umzuformulieren – nicht so, wie sie war, sondern, wie sie sie gern gezeichnet hätten.

Deswegen ist es wichtig – und das ist ein Aufruf an uns alle –, daß wir uns darum kümmern, daß die Zeugnisse jener Tage offenbar und dokumentiert werden, damit nicht in zehn Jahren junge Studenten in den Seminaren deutscher Universitäten nur eine Darstellung bekommen, die nichts mit der Wirklichkeit von heute zu tun hat.

(Beifall)

Und vom Grundwertepapier von SPD und SED will ich in diesem Zusammenhang schon gar nicht mehr sprechen.

Es ist einfach wahr: Viele führende deutsche Sozialdemokraten – ich sage bewußt: nicht alle – hatten das Ziel der deutschen Einheit aufgegeben und nicht mehr daran geglaubt. Sie sind in der Zeit danach – sie tun das zum Teil bis heute – durch die neuen Bundesländer gezogen und haben, statt den Menschen zu helfen, Katastrophengemälde entworfen.

Aber ich will nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch einmal von jenen reden, die auf Grund ihrer besonderen Sensibilität eigentlich dazu berufen sein sollten, geschichtliche Vorgänge zu begreifen: Unter den Schriftstellern beispielsweise wandte sich Martin Walser als einer von wenigen im August 1989 gegen die – wie er sagte – "Gesundspredung des kranken Zustandes" der deutschen Teilung. Er sagte: „Wenn du dich darum kümmerst, ... dann bist du ein Nationalist. ... Dann ist man kein Links-Intellektueller, für manche schon gar kein Intellektueller mehr.“ Ich weiß nicht, wen er im einzelnen gemeint hat, aber er könnte an Günter Grass gedacht haben, der sogar noch im Februar 1990 sagte: „Das Einheitsgebot gehört auf den Müllhaufen unserer Geschichte.“

Meine Damen und Herren, wie weit hat sich doch dieser gefeierte Schriftsteller von der Wirklichkeit der Menschen in unserem Land entfernt! Nach meinem Verständnis kennzeichnet es einen Schriftsteller, daß er ein ausgeprägtes Gespür für das hat, was die Menschen bewegt. Was eigentlich müssen angesichts solcher Äußerungen Millionen empfinden, deren Sehnsucht nach Freiheit und Einheit sich endlich – nach über 40 Jahren Diktatur und Spaltung – erfüllte?

Weil die Zeit doch so schnelllebig ist und weil auch vieles bewußt verwischt wird, füge ich hinzu: Wie schäbig war doch das Verhalten von nicht wenigen im Westen, die in Freiheit lebten und dennoch zu Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl schwiegen. Heute wird jeden Tag gefordert – das ist auch richtig so –, daß vor allem die eigentlich Verantwortlichen des SED-Regimes vor Gericht gestellt werden sollen, daß nicht zugelassen wird, daß nach dem Motto verfahren wird: Die Kleinen hängt man, und die Großen läßt man laufen.

(Beifall)

Aber dafür sind eben auch beweiskräftige Unterlagen erforderlich. Ich erinnere hier an die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter, die einmal von allen Bundesländern in der Überzeugung, daß der Tag der deutschen Einheit kommen werde, eingerichtet wurde. Ich frage heute die SPD-Ministerpräsidenten des Saarlandes und von Nordrhein-Westfalen, die SPD-Bürgermeister von Bremen und Hamburg, wie sie es angesichts der auch von ihnen erhobenen Forderung nach Bestrafung der Schuldigen eigentlich rechtfertigen wollen, daß sie 1988 beschlossen haben, ihre finanzielle Unterstützung dieser Einrichtung der Bundesländer zur Dokumentation des Unrechts zu streichen.

(Beifall)

Der SPD-Vorsitzende und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein hat diesen Schritt – Streichung der Zuschüsse – im Jahr 1989 getan – gut ein halbes Jahr, bevor Ungarn die Grenze nach Österreich für die Flüchtlinge aus der damaligen DDR öffnete.

Das alles sind schon beachtliche Armutszeugnisse, die sich so mancher ausstellte, der sich selbst gerne als moralische Instanz begreift. Liebe Freunde, ich habe diese Beispiele nicht genannt, um – ich sage es noch einmal – nachzukarten, sondern um noch einmal deutlich zu machen, daß diejenigen, die sich so verhielten und handelten, heute nicht berufen sind, sich mit Ratschlägen hervorzutun. Auf diese Schlußfolgerung kommt es mir an.

(Beifall)

Ich wollte damit auch darauf hinweisen, daß vor allem sie Grund hätten, aus diesen Vorgängen und Fehlern zu lernen und daß sie die Notwendigkeit begreifen sollten, jetzt gemeinsam zu helfen, statt hier in den neuen Bundesländern durch die Lande zu ziehen und – ich sagte es schön – die Menschen mit Katastrophenszenarien zutiefst zu verunsichern.

Liebe Freunde, niemand hat die Verwirklichung der deutschen Einheit konkret absehen können; wir nehmen das jedenfalls für uns nicht in Anspruch. Aber wahr ist auch, daß wir, wenn sich uns die Chance der deutschen Einheit zum Ende der Regierungszeit der SPD 1980 oder 1981 geboten hätte, die notwendigen materiellen Herausforderungen gar nicht hätten bewältigen können. Wir haben damals das Ruder herumgeworfen, weil unsere Vorstellung von Sozialer Marktwirtschaft völlig anders war als die unserer Vorgänger. Das hat dem Land gutgetan. Fast vier Millionen neue Arbeitsplätze in den alten Bundesländern seit 1983 sprechen für sich. Über Jahre hinweg hat sich die finanzpolitische Situation in der alten Bundesrepublik hervorragend entwickelt. Wenn wir die deutsche Einheit nicht bekommen hätten, könnte ich heute vor Ihnen stehen und eine hervorragende Bilanz der Staatsfinanzen für die alte Bundesrepublik vorlegen. So paradox es klingt: Ich freue mich, daß ich es nicht kann!

(Beifall)

Ich glaube, daß das, was wir für die deutsche Einheit, für die Einheit unseres Vaterlandes tun, jede Anstrengung wert ist. Jeder muß doch erkennen, daß sich die Lage bei uns und in Europa dramatisch verändert hat:

Wir haben unser Ziel, die deutsche Einheit, erreicht. Aber wir dürfen uns nicht abkapseln und so tun, als seien die deutschen Dinge das Maß allen Handelns.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben gewachsene Verantwortung in Europa und in der Welt. Das, was Bischof Nossol hier gesagt hat, gilt nicht nur für Polen! Es gilt genauso für Ungarn, die CSFR und für die baltischen Staaten. Man kann doch nicht die Freiheit des Baltikums bejubeln und die Menschen dort gleichzeitig allein lassen! Das wäre eine heuchlerische Politik!

(Beifall)

Das gilt natürlich auch für die Hilfe zur Selbsthilfe für die Menschen in den Republiken der Sowjetunion. In Mittel-, Ost- und Südosteuropa sind die Menschen fasziniert vom Einigungsprozeß im Westen. Es liegt gerade auch in unserem Interesse, daß sich Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft überall auf unserem Kontinent durchsetzen. Es ist wahr: Wir sind bis an die Grenze dessen gegangen, was wir an Lasten tragen können. Ich habe diesen Weg bewußt beschritten, auch in Kenntnis der Tatsache, daß

wir das alles allein nicht schultern können. Aber wir haben ja auch Milliarden und Abermilliarden für Rüstung aufgebracht. Wenn wir in der vor uns liegenden Zeit Rüstung abbauen und die freiwerdenden Mittel in Werke des Friedens investieren können, dann ist gerade dies unsere Politik, wie wir sie immer verstanden haben.

(Beifall)

Ich sprach mit Blick auf die dramatischen Veränderungen bereits von dem großen Ziel der politischen und wirtschaftlichen Einigung Europas, die jetzt Wirklichkeit wird.

Hinzu kommt: Der Ost-West-Konflikt ist überwunden. Der Nord-Süd-Konflikt tritt in den Vordergrund. Wirtschaftliches Elend, soziale Not, Armutsflüchtlinge, globale Umweltzerstörung verlangen Antworten auch von den Deutschen. Auch wiederhole ich: Wir dürfen nicht zulassen, daß in der Welt die Stimmung aufkommt, die Deutschen haben ihr Ziel erreicht; jetzt kümmern sie sich um nichts, außer um sich selbst.

Liebe Freunde, das sage ich hier in die nachdenkliche Stimmung eines Parteitages, der sich nicht mit bevorstehenden Wahlen befaßt, sondern der sich aus gutem Grund einmal mit der Partei selbst, mit ihrem Selbstverständnis, ihrer Identität beschäftigt. Es ist zugleich die Stunde, zu fragen, ob wir angesichts der dramatischen Veränderungen in der Welt wirklich fähig sind, unsere Prioritäten neu zu bedenken. Kurt Biedenkopf hat es soeben treffend formuliert, als er sagte - ich gebe es mit meinen Worten wieder -: Auch für den Kölner z.B. sollte es eine phantastische Sache sein, daß das wunderbare historische Stadtbild Dresdens, die Brühlsche Terrasse in ihrem Glanz, in ihrer Tradition wiederersteht. Wenn ich den Alltag in der Partei, in der Fraktion, im Bundesrat, in der kommunalen Politik in den westlichen Bundesländern betrachte, dann habe ich nicht den Eindruck, daß wir das schon ganz begriffen haben.

(Beifall)

Ich habe manchmal eher das Gefühl, wir haben einen historischen Moment genutzt, haben dann – was richtig war – ordentlich gefeiert, und jetzt läuft es mehr oder minder so weiter wie vorher. Das heißt zum Beispiel in den Gemeinden der alten Bundesländer, daß jedes Hallenbad, das in der Planung war, nun auch gebaut werden soll. Mit Blick auf die neuen Prioritäten in Deutschland sage ich: Es muß jetzt nicht gebaut werden.

(Beifall)

Von uns erwarten die Menschen, daß wir fähig sind, auch zu sagen, was wir uns jetzt eben nicht leisten können. Es ist nicht die Zeit des Verteilens, meine Damen und Herren!

(Beifall)

Es ist die Zeit der Konzentration auf das jetzt wirklich Notwendige. Seit der Wiedervereinigung vor 14 Monaten haben wir in den neuen Ländern bereits vieles auf den Weg gebracht. Es sind weit mehr als 100 Milliarden DM pro Jahr in die neuen Bundesländer gegangen. Aber, meine Damen und Herren, dieses Opfer hat sich ja auch für die Menschen im Westen gelohnt. Ohne den Nachfrageboom durch die deutsche Einheit hätten wir im Jahre 1990 niemals eine solche Wirtschaftskraft entwickelt.

(Beifall)

Selbst in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft können Sie das ablesen an der Zunahme ihrer Exporte nach Deutschland.

Wenn wir jetzt dabei sind, vieles neu zu entwickeln, zahlt sich das für Sachsen, für Dresden, aber natürlich auch für ganz Deutschland aus. Denn das, was hier in den neuen Bundesländern neu entsteht, wird künftig den internationalen Vergleich nicht zu scheuen brauchen. Mehr als hierzulande kann man aus vielen ausländischen Äußerungen hören, daß die neuen Bundesländer in wenigen Jahren zu den besten Standorten in Europa zählen werden. Nur, wir müssen den Menschen hier sagen, daß es das Ergebnis unserer Politik sein wird.

Natürlich geht das alles nicht über Nacht. Und besonders verständlich ist: Die Menschen, die eine völlige Veränderung nicht nur eines ökonomischen Systems, sondern ihrer ganzen Lebensumstände erleben, machen sich Sorgen - Sorgen um Arbeitsplätze, um neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Sie haben Ängste, weil das, was sie - wenn auch mehr oder minder wider Willen - erfahren haben, doch ein Stück Rahmen, ein Stück Geborgenheit enthalten hat. Wenn der Staat vorsorgte für die Arbeitsplätze, und wenn man glaubte, daß diese Arbeitsplätze sicher seien, und wenn man sich dann jetzt auf eine marktwirtschaftliche Ordnung umstellen muß, ist es doch ganz selbstverständlich, daß der Übergang schwierig ist.

Die Deutschen im Westen sollten nicht so tun, als sei das bei ihnen anders gewesen. Liebe Freunde, wer es miterlebt hat - ich war damals 18, als die Währungsreform kam - der weiß, daß wir in unserer Bundestagsfraktion bis in die frühen 50er Jahre hinein gestritten haben - von den Sozialdemokraten rede ich schon gar nicht -, ob die Soziale Marktwirtschaft der richtige Weg sei. Es ist doch wahr, und es gehört zur Geschichte unserer Partei, daß es damals in unserer Partei Stimmen gab, die forderten, Ludwig Erhard sollte besser abtreten, weil seine Politik nicht die richtige Politik für die Zukunft sei. Was heute wie ein Denkmal erscheint, war damals durchaus kein Denkmal. Damals stellten manche die Frage, ob das der richtige Weg sei. Erhards Weg hat sich als richtig und erfolgreich erwiesen. Aber es war auch damals ein sorgenvoller Weg. Das müssen wir unseren Freunden und Landsleuten in den neuen Bundesländern sagen.

Entwicklungen, die im Westen Deutschlands Jahrzehnte in Anspruch nahmen, vollziehen sich hier in den neuen Bundesländern in wenigen Monaten. Dieser umfassende und rasche Wandel verunsichert viele. Wiedervereinigung, liebe Freunde, heißt deshalb für mich: Die Sorgen der Menschen in den neuen Bundesländern müssen die gemeinsamen Sorgen aller Deutschen sein. „Einheit leben“ muß doch heißen, daß es für uns kein „hüben“ und kein „drüben“ mehr gibt.

(Beifall)

Deswegen ist solidarisches Handeln nicht im Reden, sondern im Handeln angesagt. Zu den praktischen Beispielen zählen 400 000 ABM-Plätze und 800 000 Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Qualifikation. Ich will das hier auch einmal sagen, weil es oft vergessen wird: Dies wird überwiegend von den Beitragszahlern aus den alten Ländern finanziert. Zu den Erfahrungen der letzten Monate gehört auch, daß es für alle Schulabgänger in den neuen Bundesländern eine Lehrstelle gibt. Liebe Freunde, das ist eine phantastische Leistung!

(Beifall)

Das ist eine Leistung, die vor allem aus der Gesellschaft getragen wird. Es waren Unternehmer, die sich sozial verpflichtet verhalten haben: Handwerksmeister, mittelständische Unternehmer, Betriebsräte und Gewerkschaftler. Das ist eine solidarische Leistung: Junge Leute weg von der Straße in erstklassige Ausbildungsverhältnisse zu bringen.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben seit Ludwig Erhard ja nicht von Marktwirtschaft, sondern von Sozialer Marktwirtschaft gesprochen. Ich sage das auch im Nachgang zu den stundenlangen Debatten auf dem Maastrichter Gipfel. Wir waren nie reine Marktwirtschaftler. Wir wissen um die Grenzen der Marktwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft schließt das Gebot der Solidarität mit ein. Und Solidarität ist auch notwendig zur Sicherung der Stabilität unserer Währung.

In einem Land, in dem zwei Generationen Inflation und Vermögensverluste bitter erfahren haben, in einem Land, in dem man im Rückblick auf die Geschichte doch sagen kann, daß die erste Inflation nach dem Ersten Weltkrieg sehr viel mit dem Aufkommen des Nationalsozialismus und der Verelendung breiter Massen unserer Bevölkerung zu tun hatte, ist die Sensibilität für diese Frage ganz besonders groß.

Deswegen sage ich gerade auch im Blick auf den Weg in das vereinte Europa: Was jetzt in Maastricht in dem Vertrag so sorgfältig ausgearbeitet wurde, ist ein Beweis dafür, daß wir nichts tun werden, was die Stabilität unserer Währung gefährdet. Denn wir wissen nur allzu gut, daß eine stabile Währung die zentrale Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit ist. Es werden immer breite Massen der Bevölkerung, die sogenannten kleinen Leute, bestraft, wenn die Währung nicht mehr stabil ist. Das kann und wird niemals unsere Politik sein.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben eine veränderte weltwirtschaftliche Lage. Es muß doch – das gehört zu den Prioritäten – bei abgebremster Weltkonjunktur unser Ziel sein, Arbeitsplätze und Stabilität im eigenen Land zu erhalten. Sie wissen, ich respektiere die Tarifautonomie. Als letztes kann ich mir vorstellen, daß die Regierung auch noch über Lohntarife bestimmt. Das wäre ein Grund zum Auswandern. Natürlich hat auch die Politik Mitverantwortung, etwa als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst. Zugleich müssen wir bei der Entwicklung zwischen den neuen Bundesländern und den alten Bundesländern insgesamt immer wieder auf die engen Zusammenhänge von Sicherung von Arbeitsplätzen und Stabilität unserer Währung hinweisen. Mein Appell ist daher, daß jeder, der in der Verantwortung steht, das Notwendige tut, damit wir bei den Tarifrunden in diesem Jahr zu Ergebnissen kommen, die der Gesamtwirtschaft dienen und die jetzt vor allem die Interessen der neuen Bundesländer vorrangig berücksichtigen. Das gehört ebenfalls zur neuen Prioritätensetzung.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich sprach von den finanziellen Anstrengungen, die wir unternehmen müssen. Jeder weiß, der Investitionsbedarf in den neuen Bundesländern ist gewaltig. Mir scheint nur, von allen Krediten, die das Deutsche Reich und dann später die Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahrhundert aufgenommen haben, sind die Kredite für den Frieden und die Freiheit und die deutsche Einheit die sinnvollsten. Das sind im übrigen Kredite, die gerade der jungen Generation ihre Zukunft sichern. Selbstverständlich ist aber auch: Wir werden die Neuverschuldung des Bundes wieder zurückführen. Solide Finanzpolitik gehört zum Markenzeichen unserer Politik. Und ich füge hinzu: Finanzpolitik wird auch ein zentrales Wahlthema sein, weil es mit dem persönlichen Glück und dem Schicksal vieler Menschen etwas zu tun hat. Meine Bitte in dieser föderal gegliederten Partei ist, daran zu denken, daß das nicht nur ein Thema der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion ist, sondern genauso eine Frage der Länder und der Gemeinden. Für solide Staatsfinanzen und stabile Währung unseres Landes stehen wir alle gemeinsam in gesamtstaatlicher Verantwortung.



Aber wenn ich von den notwendigen Prioritäten spreche, dann stellt sich genauso die zentrale Frage nach dem künftigen Standort Deutschland. Wer attraktive und sichere Arbeitsplätze will, der muß international leistungsfähig sein. Er muß ganz einfach auch besser sein als die Konkurrenz.

Gerade an der Schwelle zum großen europäischen Markt in zwölf Monaten ist es eben töricht, nach der Art der Sozialdemokraten eine Frage wie die Neuregelung der Besteuerung von Betrieben abzuwerten. Hier geht es doch nicht um Geschenke für die Reichen. Hier geht es ausdrücklich darum, daß unsere Unternehmungen mit ihren Arbeitsplätzen, mit ihrer Produktion im europäischen Markt mit 380 Millionen Menschen wettbewerbsfähig sind. Das ist das Ziel, das wir uns gesetzt haben!

(Beifall)

Wenn wir uns klug verhalten, müssen wir uns - etwa im Jahre 1999, wenn die Währungsunion vollendet ist -, nicht sorgen, auch mit den Japanern und den Amerikanern, den Ländern im Fernen Osten im Export konkurrieren zu können.

Wir sind aber noch nicht soweit! Ich weiß, daß viele das nicht gern hören. Doch Weglaufen vor den wirklichen Problemen unseres Landes hilft niemandem. Als eine der bedeutendsten Exportnationen der Welt müssen wir uns fragen: Sind wir jetzt, im Dezember 1991, für diesen härteren Wettbewerb gerüstet? Tun wir wirklich genug dafür, daß beispielsweise das umweltfreundliche und technisch anspruchsvolle Auto des Jahres 2000 in erster Linie am Standort Deutschland gebaut wird? Es stimmt mich schon nachdenklich - ohne daß ich deswegen Ängste beschwöre -, daß deutsche Automobilexporte etwa in den USA an Boden verlieren, während die Japaner kräftig zulegen. Wer also über viele besondere Leistungen im Sozialen nachdenkt - in den Tarifverträgen, vom Jahresauto bis hin zu der Verkürzung der Arbeitszeiten -, der muß vor allem daran denken: Wie wird im Jahre 2000 und 2010 die Arbeitsplatzsituation hier in Deutschland aussehen? Das muß jetzt das Ziel sein, um das wir uns bemühen!

(Beifall)

Es geht aber beim Standort Deutschland nicht nur um Produktions- und Exportergebnisse. Es geht um mehr. Es geht um unsere Fähigkeit, um die Fähigkeit unserer Gesellschaft - ob Arbeitgeber oder Gewerkschaften oder andere wichtige Gruppen - zu einer über Gruppeninteressen hinausgreifenden Zusammenarbeit.

Es geht um die Leistungsfähigkeit unserer Schulen und Hochschulen. Auch hier müssen wir fragen, ob wir konkurrenzfähig sind. Es geht beispielsweise um die seit Jahrzehnten auf Parteitagern immer wieder aufkommende Frage, wie lange wir uns noch die längsten Ausbildungszeiten in Europa leisten können, ob wir wirklich vor Verbänden kapitulieren wollen, oder ob wir fähig sind, endlich das zu tun, was alle unsere Nachbarn längst getan haben.

(Beifall)

Es geht ebenso um Forschungsinvestitionen und um Spitzentechnologie. Aber es geht vor allem nicht nur um wirtschaftliche Dinge, sondern um das Bild Deutschlands, das in der Welt entscheidend geprägt wird durch Reichtum und Vielfalt von Kunst und Kultur. Das wachsende Interesse vor allem im Norden und Osten Europas an unserer Muttersprache, an der deutschen Sprache, eröffnet eine ungeheure Chance! Ist es nicht eigenartig, daß wir es in unserem föderalen Gemeinwesen einfach nicht zustande bringen, jetzt in einer Sonderaktion eine genügende Zahl von Deutschlehrern in den neuen Republiken der früheren Sowjetunion, in Polen und anderswo zur

Verfügung zu stellen? Das ist eine neue Priorität. Wir kriegen nicht jedes Jahr die Chance, für die deutsche Sprache in der Welt etwas zu tun. Jetzt ist die Chance da; lassen Sie sie uns nutzen!

(Beifall)

Wenn ich an die Kultur denke, denke ich natürlich hier in Sachsen an das Leipziger Gewandhausorchester, das von hier nach New York geht. Ich denke an umfassende informierende Tagungen der Goethe-Institute in Asien, an Gastprofessuren in Lateinamerika und an Projekte für politische Bildung in Afrika: auch dies bestimmt das Bild Deutschlands in der Welt!

Mit einem Wort, liebe Freunde: Mir geht es um die Offenheit und die Anpassungsfähigkeit unserer Gesellschaft gegenüber neuen Entwicklungen und Herausforderungen. Das bestimmt entscheidend den Standort Deutschlands und seine Attraktivität in Europa und darüber hinaus.

Zu diesem Zukunftsstandort Deutschland gehört selbstverständlich der wirksame Schutz von Natur und Umwelt, die Bewahrung der Schöpfung, der Einklang von Ökologie und Ökonomie. Gerade hier in den neuen Bundesländern sehen wir ja das katastrophale Erbe, das die SED hinterlassen hat. Wir müssen auch hier die Priorität sehen, die notwendig ist. Die Beseitigung gehört zu unseren drängendsten Aufgaben. Was wir am Rhein geschafft haben, werden wir auch an Oder und Elbe erreichen. Dies ist ein weiteres Beispiel für konkretes und solidarisches Handeln.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, wenn wir von der inneren Einheit unseres Landes sprechen, dann sollten wir zuerst einmal von jenen sprechen, die den längsten und schwierigsten Weg in Deutschland hatten. Das ist die Generation der Rentner. Die Renten in den neuen Bundesländern – und ich danke bei dieser Gelegenheit einmal Norbert Blüm, der immer ein Vorkämpfer für diese Solidaritätsverpflichtung war –,

(Lebhafter Beifall)

– die Renten in den neuen Bundesländern sind seit 1989 schneller gestiegen als die realen Einkommen der Arbeitnehmer. Ich finde das richtig, weil ich glaube, daß es keine Generation gibt, die die Last der Geschichte unseres Volkes so getragen hat wie die Rentner in den neuen Bundesländern. Wer dort heute 70 oder 80 Jahre oder älter ist, der hat die ganze Last des Jahrhunderts getragen. Denken wir nur an Inflation, Weltwirtschaftskrise, Nazi-Zeit, Krieg und Gefangenschaft, kommunistische Diktatur hier. Man muß sich immer wieder klarmachen, das alles ist e i n Deutschland. Wer 1939 Soldat wurde, Krieg und Gefangenschaft überlebte und hier nach Dresden in die Heimat zurückkehrte, der hatte dann noch 40 Jahre SED-Diktatur vor sich. Und viele Frauen, deren Männer gefallen waren und die nicht die Chance hatten, einen Partner zu finden, mußten ihren Lebensweg auch noch über 40 Jahre im Sozialismus allein bewältigen.

Wer das Glück hatte, auf der Sonnenseite, im freien Teil unseres Landes, zu leben, der muß sich vergegenwärtigen, was dies heißt und daß gerade die ältere Generation in den neuen Bundesländern weit mehr Last zu tragen hatte als irgendein anderer. Deswegen verdient sie in besonderer Weise unsere Sympathie und unsere Zuneigung. Diese ältere Generation muß wissen, daß sie zu uns gehört, daß wir offen sind für ihre Fragen und Probleme!

(Beifall)

Für uns als Christliche Demokraten war es immer klar – das ist ein Teil unserer Programmatik und unseres Selbstverständnisses –, daß die Familie im Mittelpunkt unserer Politik stehen muß. Sie ist der wichtigste Ort persönlicher Geborgenheit und Orientierung. Natürlich ist es die persönlich-private Entscheidung eines jeden einzelnen, ob er eine Familie gründen und Kinder haben will oder nicht.

Aber ich finde, es ist richtig, offen auszusprechen, daß jeder, der sein Leben ohne Kinder gestaltet, letztlich auch von denjenigen lebt, die mit ihren Kindern für die Gesellschaft einen entscheidenden, unentbehrlichen Beitrag erbringen.

(Beifall)

Ich sage es noch einmal: Ich respektiere die persönliche, die private Entscheidung, aber wahr ist: Auch wenn es sich der einzelne erlauben kann, als Single zu leben, gilt dennoch der Satz: Eine Gesellschaft ohne Familien mit Kindern hat keine Zukunft. Das muß wieder jedermann klargemacht werden.

(Beifall)

Das heißt: Familien - und auch Alleinerziehende – brauchen eben nicht nur öffentliche Sympathiebekundungen. Sie müssen auch die notwendige Unterstützung erfahren. Familien mit Kindern müssen Vorfahrt haben. Das ist eine Priorität, die nicht geändert werden darf!

(Beifall)

Das kann der Staat allein nicht leisten. Wir haben allen Grund, denen zu danken, die in privater Initiative Hilfe leisten. Dies ist auch wegen des menschlichen Klimas in unserer Gesellschaft wichtig. Wir haben allen Grund – in diesem wie in anderen Zusammenhängen – unseren Kirchen und ihren caritativen und diakonischen Einrichtungen für ihr Engagement zum Wohle der Menschen zu danken. Ich verbinde damit die Bitte, daß die Kirchen gerade jetzt, bei unseren Anstrengungen, die innere Einheit Deutschlands zu vollenden, ihre moralische Autorität dafür einsetzen, daß dieser Weg gemeinsam gegangen wird und zum Erfolg führt. Ich glaube, hier kann sich in einer ganz neuen Dimension auch Kirchlichkeit bewähren.

Meine Damen und Herren, es wird viel über Menschlichkeit in unserer Gesellschaft gesprochen. Unsere Gesellschaft beweist ihre Menschlichkeit vor allem dann, wenn viele bereit sind, für den Nächsten da zu sein und nicht jeder nur für sich selbst. Wir wissen, daß staatliche Sozialpolitik allein kein Ersatz für tätige Nächstenliebe sein kann. Deswegen wollen wir all jenen im freien und gemeinnützigen Bereich helfen, die bereit sind, hier ihren Dienst zu tun. Das ist ja nicht nur eine Frage der Organisation; es geht vielmehr in einer „Prestige-gesellschaft“ - lassen Sie mich dies so sagen – auch darum, daß dieses Dienen, dieser Dienst am Nächsten bei uns auch als eine großartige Leistung für die Allgemeinheit anerkannt wird. Es ist wichtig, dies immer wieder deutlich zu sagen!

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sind stolz auf unser Grundgesetz. Es ist die freiheitlichste Verfassung in der Geschichte der Deutschen. Dieses Grundgesetz hat sich in über vierzig Jahren bewährt. Wir wissen: Auch die Menschen in den neuen Bundesländern wollten keine andere Bundesrepublik. Sie haben sich für das Grundgesetz entschieden. Natürlich wissen wir auch, daß wir das Grundgesetz in einigen Punkten der veränderten Situation – der Einheit Deutschlands und der Einigung Europas – anpassen müssen. Aber manche reden ja jetzt auch von einer Totalrevision des Grundgesetzes, und dazu will ich hier für die Christlich Demokratische Union klar und deutlich sagen: Wir wollen diese Verfassung, keine andere!

(Lebhafter Beifall)

Ich betone nochmals: Wenn ich das so prononciert sage, schließt das nicht aus, daß notwendige Veränderungen vorgenommen werden; aber niemand kann mit uns die Achse unserer Republik durch eine Totalrevision unserer Verfassung verschieben. Dies muß klar und deutlich ausgesprochen werden.

Liebe Freunde! Dieses Grundgesetz ist auch das Fundament für ein weltoffenes Deutschland. Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land und muß es auch bleiben.

(Beifall)

Das sollen die Millionen von Ausländern wissen, die bei uns leben, die wir zu uns geholt haben, damit sie uns helfen. Sie tragen mit ihrem Fleiß zu unserem Wohlstand bei. Manche bedenken gar nicht, daß auch ihr persönliches Wohlbefinden und ihr Wohlstand darauf beruhen, daß Ausländer in Deutschland mitarbeiten. Auch das gehört zum Bild unserer Republik.

(Beifall)

Wir als Christlich Demokratische Union Deutschlands verurteilen jede Form von Fremdenhaß und Ausländerfeindlichkeit.

(Lebhafter Beifall)

Wir verurteilen jede Form von Rassismus, erst recht in der besonders erschreckenden und brutalen Form etwa des Antisemitismus, den man gelegentlich antrifft. Dies alles ist mit unserer Vorstellung für unser Land nicht vereinbar!

(Beifall)

Wir treten all diesen Tendenzen mit äußerster Schärfe und Entschiedenheit entgegen und werden dies auch weiterhin tun.

Zur aktuellen Diskussion über das Asylrecht will ich noch einmal kurz unsere Position bekräftigen: Für uns ist das Recht auf Asyl unantastbar. Wer aus religiösen, rassistischen oder politischen Gründen in seiner Heimat verfolgt wird, findet selbstverständlich bei uns Zuflucht und Asyl. Aber angesichts von Hunger und Armut in der Welt gibt es heute immer mehr Menschen, die aus wirtschaftlicher Not ihre Heimat verlassen und zu uns kommen wollen. Wer genau hinschaut, weiß: Wir sind nicht in der Lage, dieses Problem in unserem Lande zu lösen.

(Zustimmung)

Wir müssen den Menschen helfen, in ihrer Heimat ihr Glück und ihre Zukunft zu finden.

(Beifall)

Das heißt, man kann nicht über das Asylrecht diskutieren und gleichzeitig schweigen, wenn es darum geht, den Ländern der Dritten Welt bei der Bekämpfung von Hunger und Armut zur Seite zu stehen und ihnen zu helfen.

(Beifall)

Im übrigen hat auch die Diskussion in diesen Tagen auf dem EG-Gipfel in Maastricht gezeigt: Das ist kein isoliertes deutsches Problem; es ist ein Problem aller europäischen Länder. Die Lösung kann nur in einer gemeinsamen europäischen Regelung liegen, und ich bin sicher, daß die Beschlüsse von Maastricht uns auf diesem Felde sehr rasch voranbringen. Und dann wird sich zeigen – darüber brauchen wir keinen Gelehrtenstreit abzuhalten –, daß ein wirklich praktikables europäisches Asylrecht

ohne eine Änderung unseres Grundgesetzes nicht möglich ist. Wir brauchen eine europäische Lösung, wir müssen tun, was dazu notwendig ist, und wir erwarten, daß andere das endlich auch begreifen.

(Beifall)

Liebe Freunde, bei all dem, was wir als Fehler einzuräumen haben – das gilt auch für mich persönlich –, glaube ich doch, daß wir im Blick zurück auf den letzten Parteitag Anfang Oktober 1990, im Blick zurück auf die vergangenen Monate Grund zum Selbstbewußtsein haben. Wir konnten vieles erreichen. Aber wir dürfen nicht damit zufrieden sein, wie wir diese gemeinsamen Erfolge vertreten. Wir müssen dabei mehr Mut und Stehvermögen aufbringen, und wir dürfen uns vor allem nicht von jedem Gegenwind beeindruckt lassen – oder, was noch törichter ist, unsere Leistungen selber zerreden.

Zu einer kämpferischen Vertretung unserer Politik gehört auch, daß wir uns vor unsere eigenen Leute stellen. Das, was Woche für Woche von manchen vorgebracht wird, um Persönlichkeiten der Union zu schädigen, darf uns, meine Damen und Herren, nicht beirren.

(Beifall)

Wer wie ich Gelegenheit hatte - der ich ja nie angegriffen werde; deswegen kann ich darüber ganz ruhig sprechen -,

(Heiterkeit)

dies im Laufe von Jahren, ja, von Jahrzehnten zu verfolgen, der weiß: Es wird immer eine bestimmte Person herausgesucht, die an- oder abgeschossen werden soll, aber treffen will man doch die gesamte Union. Das ist - um es einmal ganz klar zu sagen - die Rache derer, die die geschichtliche Stunde verschlafen haben.

(Lebhafter Beifall)

Wenn ich sage, wir sind stolz auf unsere Erfolge, dann meine ich damit nicht, daß wir mit den Erfolgen von gestern etwa morgen Wahlen gewinnen können. Die Menschen erwarten eine Handreichung, einen Ausblick auf die Zukunft, eine Aussage, wie wir die Lage sehen, wie wir die Probleme sehen und wie wir sie lösen wollen.

Die Welt hat sich dramatisch verändert. Vor 15 Jahren, ja, vor 10 Jahren waren der europäische Binnenmarkt und die Währungsunion noch in weiter Ferne. Weltweiter Klimaschutz war noch ein Thema für Spezialisten. Katalysatorauto und Erziehungsgeld waren noch nicht durchgesetzt. Ich könnte viele weitere Beispiele bringen.

Noch viel tiefgreifender sind die Folgen, die mit der deutschen Einheit und mit dem Ende des Ost-West-Konflikts verbunden sind. Der Zusammenbruch des Kommunismus hat die Gewichte verschoben. Das Scheitern der marxistischen Ideologie ließ ein geistiges Vakuum entstehen. Auch im Westen Europas sind die kommunistischen Parteien in einer tiefen Krise. Sie haben sich umbenannt oder aufgelöst. Die sozialistischen Parteien wie jene in Spanien, in Österreich oder in England rücken jeden Tag mehr von ihren marxistisch-sozialistischen Parteitraditionen ab. Marktwirtschaft ist heute auch bei den sozialistischen Parteien „in“, vielleicht mit Ausnahme der deutschen Sozialdemokraten, die die umgekehrte Entwicklung nehmen. Aber das ist eine der Tatsachen, die ich sowieso nicht verstehen kann.

Meine Damen und Herren! Die geschichtliche Entwicklung hat die große Linienführung unserer Politik bestätigt. Deswegen müssen wir uns heute schon auch die Mühe machen, im Rahmen unserer Möglichkeiten unseren Beitrag zur Diskussion über die

geistige Führung für die Zukunft zu leisten. Für mich stellt sich in diesen Jahren, 1990 und jetzt 1991, sehr wohl die Frage, ob wir alle begreifen, daß angesichts des entstandenen Vakuums die christlich-demokratische Idee eine wirklich neue Chance gewonnen hat.

Unsere Aufgabe als Christlich Demokratische Union ist nicht leichter geworden, aber unser Beitrag ist notwendiger denn je. Die Welt, in der wir für unsere Ziele eintreten, ist nicht mehr eine Welt, die das „C“ ohne weiteres akzeptiert. Der Prozeß der Säkularisierung ist weit fortgeschritten. Immerhin gehören im vereinten Deutschland mehr als 21 Millionen Menschen keiner Kirche mehr an. Liebe Freunde, machen wir es uns nicht so einfach, daß wir sagen: Das kommt von der Entwicklung in der DDR und von der Unterdrückung durch die SED. Das ist ein Teil der Wahrheit; wahr ist aber auch, daß in einer Großstadt wie Hamburg – sie steht nur symbolisch für andere deutsche Großstädte – nur 60 Prozent der Kinder eines Jahrgangs getauft werden.

Die Christlich Demokratische Union, unsere Partei, unsere politische Heimat, ist nach 1945 in einer Zeit entstanden, in der nach der nationalsozialistischen Katastrophe Religion und Kirchlichkeit augenscheinlich eine Renaissance erlebten. Für eine Zeit war es so, daß in der Gesellschaft christlichen Werten eine neue Verbindlichkeit zuwuchs. Davon können wir heute nicht mehr ausgehen.

Die knappen Hinweise machen deutlich, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß unser christliches Verständnis vom Menschen und die ethischen Grundlagen unserer Politik gültig sind und bleiben. Ich sage klar und deutlich: Mit uns, der CDU, ist eine Anpassung an den Zeitgeist nicht zu machen; damit läßt sich Zukunft nicht gewinnen. Wer dem Zeitgeist hinterherläuft, wird immer hinterherlaufen. Das ist die Erfahrung der Geschichte.

(Beifall)

Das heißt, ungeachtet der Tagespolitik und auch ungeachtet mancher Schwierigkeiten, unsere Ideale klar und deutlich zu vertreten, ist es notwendig, daß wir für unsere Grundwerte und die Fundamente unserer Politik kämpferisch eintreten und daß wir fähig sind, für sie auch dann kämpferisch einzutreten, wenn das nicht so populär zu sein scheint.

Ich sage das ganz bewußt auch mit Blick auf die Diskussion in unserer Partei über den Schutz des Lebens ungeborener Kinder. Es gibt Fragen, bei denen man sich nicht nach der Demoskopie verhalten kann, sondern nach dem, was der Kompaß unserer Grundsätze anzeigt.

(Beifall)

Ich glaube, angesichts der Veränderungen, von denen ich sprach, ist es wichtig, daß wir jetzt damit begonnen haben, unser Grundsatzprogramm zu diskutieren, zu überdenken und Überlegungen anzustellen, was wir jetzt verändern wollen. Wir wollen gestalten und nicht einfach reagieren; das ist unser Ziel bei dieser Diskussion.

Der Zeitplan ist klar. Ende 1992/Anfang 1993 wird der Entwurf des fortgeschriebenen Grundsatzprogramms vorliegen. Das ganze Jahr 1993 steht dann für die Diskussion in den Orts-, Kreis- und Landesverbänden zur Verfügung. Ich denke, es wird uns guttun, daß wir das Programm im Frühjahr des Jahres 1994 – also eines Jahres, liebe Freunde, in dem die Wahlen zum Europaparlament im Juni, zu vielen Kommunalvertretungen, die Bundestagswahlen im Oktober und viele Landtagswahlen stattfinden werden – auf einem eigenen Bundesparteitag verabschieden. Es tut uns gut, unsere Prinzipien ungeachtet all dieser Anstrengungen in einem solchen Wahljahr vor der deutschen

Öffentlichkeit deutlich zu machen, und ich lade Sie alle herzlich ein, an der Diskussion in den Kreis- und Ortsverbänden mitzuwirken. Das ist wichtig für den Kompaß der Partei für die Zukunft.

(Beifall)

Dabei gewinnen wir eine gute Chance, in den Orts- und Kreisverbänden abseits der Routine über das zu sprechen, was die CDU ausmacht. Dazu gehören unsere Defizite bei der Mitgliedschaft junger Leute und von Frauen. Beschlüsse haben wir genug gefaßt. Wenn ich die Essener Beschlüsse zum Thema Frauen betrachte, müßten wir aus diesem Problembereich längst heraus sein. Es geht also nicht darum, neue Beschlüsse zu fassen, sondern sie endlich ernst zu nehmen, auch dort, wo es unbequem wird, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Dazu gehört auch die Arbeit vor Ort, die Arbeit in der Kommunalpolitik. Ich kann dies nicht oft genug sagen: Wir dürfen nicht zulassen, daß sich die kommunalpolitische Ebene von der Gesamtpolitik etwa nach dem Motto absondert: Für die Landes- und Bundespolitik sind andere zuständig; im Rathaus wissen wir schon, was geht. Die Bürger machen diese angeblich gescheite Unterscheidung nicht. Die Bürger sehen uns als Ganzes, und sie haben damit recht. Als Ganzes haben wir unsere Politik zu vertreten.

(Beifall)

Nach den Landtagswahlen im April haben wir die für deutsche Verhältnisse ungewöhnliche Chance, nahezu zwei Jahre keine Wahl auf der Ebene der Landtage und des Bundestages zu haben. Natürlich werden in der Zwischenzeit Kommunalwahlen stattfinden; das weiß ich. Ich finde jedenfalls, wir sollten diese Zeit nutzen, und ich selbst will das auch tun. Ich will mich dabei voll einsetzen, damit wir uns, was die Organisation der Partei angeht, für die Zukunft fit machen.

Wir müssen dabei flexibler werden. Nicht nur die programmatische Arbeit muß vorankommen, sondern wir müssen fähig sein, auch auf die Menschen zuzugehen, damit sie erfahren, daß wir ihre Sprache sprechen und daß wir ihre Probleme kennen. Am Beispiel der neuen Landesverbände sehen wir ja, daß es in unserer Bevölkerung sehr viel mehr junge Talente gibt, als in unseren Kreisverbänden gemeinhin angenommen wird. Nur müssen sie eben das Gefühl haben, daß sie erwünscht sind, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir sind hierher nach Dresden gekommen, um ganz offen über die Frage des Zusammenwachsens unserer Partei zu sprechen - was ja ein Problem ist, wie es sich nicht allein bei uns stellt. Ich finde das, was andere in diesem Zusammenhang in den letzten Monaten gesagt haben, ziemlich überheblich. Ich erinnere mich an einen Parteivorsitzenden, der beschworen hat, das Problem gäbe es überhaupt nicht. Na ja, dann war er auf dem FDP-Parteitag und hat erlebt, daß ihn die Probleme eingeholt hatten. Ich glaube also, es ist sehr viel besser, wenn sich jeder zunächst um sich selbst kümmert und versucht, seiner eigenen Verantwortung gerecht zu werden.

Ich sage das übrigens auch im Blick auf die deutsche Sozialdemokratie; denn so einfach, wie es jetzt in Bonn gelegentlich dargestellt wird, war der Ablauf der Geschichte nach 1945 nicht. Auch dazu läßt sich sehr, sehr viel sagen.

(Beifall)

Seit dem 1. Oktober 1990 sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Aber wir wissen auch, daß noch viel zu tun ist. Unser Umgang untereinander muß geprägt sein von gegenseitigem Verständnis und Geduld. Wie wir miteinander umgehen – das sollten wir uns immer wieder klar machen –, ist exemplarisch für den Umgang der Deutschen untereinander.

Das wichtigste ist, daß wir uns dabei nicht von vorgefaßten Meinungen leiten lassen. Das gilt nicht zuletzt im Blick auf die Vergangenheit. Es ist richtig, daß die Vergangenheit der CDU in den neuen Bundesländern Teil der Geschichte der CDU Deutschlands ist und daß wir uns gemeinsam dieser Geschichte zu stellen haben. Dabei rate ich all denen, die - wie ich - in den westlichen Bundesländern gelebt haben, zur Zurückhaltung. Es geht vor allem darum, in den Orts-, Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden der neuen Bundesländer das fortzuführen und, wie ich hoffe, zu einem guten Ende zu bringen, was nicht erst jetzt - ich blicke Lothar de Maiziere an -, sondern schon 1989/1990 begonnen wurde. Es geht darum, daß man vor Ort darüber diskutiert, wie sich der einzelne in der Vergangenheit verhalten hat und ob das Konsequenzen haben sollte oder nicht.

In unserer Dresdner Erklärung, die wir am Dienstag verabschieden wollen, heißt es:

Das Verhalten und die Konflikte unter den Bedingungen einer Diktatur können am ehesten diejenigen beurteilen, die unter solchen Bedingungen zu leben hatten. Pauschale Urteile versperrern den Zugang zur Wahrheit ebenso wie Versuche, notwendigen Diskussionen auszuweichen und Klärungen zu verschleppen. Erforderlich sind daher ein fairer Umgang mit Personen und eine differenzierte Bewertung von Fakten.

(Beifall)

Diese Sätze halte ich für sehr, sehr wichtig.

Ich will es so formulieren, wie ich es für mich ganz persönlich im Bundestag schon einmal formuliert habe. Ich glaube, es ist wichtig, Ihnen dies als die Meinung des Parteivorsitzenden zur Kenntnis zu geben. Ich hatte das Glück, 1930 am Rhein geboren zu werden. Als ich zu Weihnachten 1946 als Schüler zur Partei kam, lag meine Heimatstadt Ludwigshafen in der französischen Besatzungszone, im westlichen Teil Deutschlands. Wenn ich in jenen Tagen in Leipzig gelebt hätte, wäre ich auf Grund meines Elternhauses mit größter Wahrscheinlichkeit ebenfalls in die CDU eingetreten, vor allem schon deswegen, weil für mich und meine Freunde die CDU damals die Partei von Jakob Kaiser und Andreas Hermes war. Das waren für uns leuchtende Vorbilder.

(Beifall)

Es war die Partei jenes Andreas Hermes, der unmittelbar vor seiner Wahl zum Parteivorsitzenden aus der Todeszelle von Plötzensee herausgekommen war. Es war die Partei Jakob Kaisers und Ernst Lemmers.

Liebe Freunde, in jener Zeit sind Hunderttausende in die CDU eingetreten. Viele haben die Partei später wieder verlassen. Nicht wenige sind wegen ihrer politischen Überzeugung geflohen. Nicht wenige wurden verhaftet oder verschleppt. Wir wissen bis heute nicht genau, wie viele von ihnen in Workuta oder in Buchenwald umgekommen sind. Ein beachtlicher Teil der Gründergeneration ist in der Sowjetischen Besatzungszone, später der DDR, in der CDU geblieben. Ich sage ganz einfach: Ich wehre mich leidenschaftlich dagegen, daß sie pauschal verdächtigt und diffamiert werden.

(Lebhafter Beifall)



Und ich füge für mich persönlich hinzu: Ich weiß nicht, welchen Weg ich genommen hätte. Ob ich in jenen Tagen, als die Chance dazu noch bestand, in den Westen gegangen wäre, ob ich die Kraft zum Widerstand gehabt hätte, ob ich Bautzen riskiert hätte - oder ob ich mir eine Nische gesucht hätte und Kompromisse eingegangen wäre: Ich weiß es nicht. Aber weil ich es nicht weiß und viele es für sich ebenfalls nicht wissen können, rate ich uns, nicht mit Besserwisserei oder gar mit Arroganz an diese Frage heranzugehen.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, das gehört ebenso zur Aussöhnung wie das Aussprechen der Wahrheit. Dazu gehört noch etwas, nämlich unser Respekt vor jenen, die den Mut hatten, mit allen Konsequenzen dem SED-Regime entgegenzutreten, und die zum Teil schwerste Opfer haben bringen müssen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Wer nun das zurückliegende Jahr überblickt, wird zustimmen müssen, wenn ich sage: Die Vereinigung ist unserer Partei in vielfältiger Form zugute gekommen. Es ist doch ein Gewinn, daß der Mitgliederanteil in der Altersgruppe der 25- bis 40jährigen in den Landesverbänden der neuen Bundesländer fast doppelt so groß ist wie in den alten Bundesländern,

(Beifall)

daß der Anteil der weiblichen Mitglieder dort doppelt so groß ist wie jener in den alten Bundesländern.

(Beifall)

Ich weiß nicht, worauf das beruht. Vielleicht ist das paschahafte Verhalten unter dem Eindruck des Sozialismus früher abgebaut worden.

(Heiterkeit und Beifall)

Gewonnen, liebe Freunde, hat auch die Bundestagsfraktion. Wenn Sie heute das Bundestagshandbuch zur Hand nehmen und die Vielfalt der Berufe sehen, so stellen Sie fest, daß eine erfreuliche Entwicklung zu registrieren ist. Daß in diesem technisch und naturwissenschaftlich geprägten Zeitalter endlich wieder viele Abgeordnete aus naturwissenschaftlichen Berufen kommen, finde ich gut. Daß Mediziner zu uns kommen, nicht um über dieses oder jenes Gesetz zu klagen, sondern um mitzuarbeiten, finde ich sehr gut, um ein weiteres Beispiel hinzuzufügen.

(Beifall)

Ist es nicht eine phantastische Chance für uns alle, daß wir jetzt in den neuen Bundesländern mehr als 7 000 Mandatsträger und überwiegend die Bürgermeister und Landräte stellen? Sie sind natürlich nicht so routiniert, natürlich nicht so ausgebufft, daß sie jede Finanzierungsquelle sofort auszuschöpfen wissen. Eines haben sie im Regelfall freilich schon gelernt, nämlich zu sagen: Der Bund muß mehr tun. - Das ist eine Sache, die Bürgermeister und Landräte auch in den neuen Bundesländern längst gelernt haben.

(Heiterkeit)

Man muß sich aber einmal vorstellen, was dort von Männern und Frauen geleistet wird, die vor zwei Jahren nicht im Traum daran dachten, daß sie Bürgermeister oder Landräte werden würden.

(Lebhafter Beifall)

Wenn man sieht, wie manchmal - mehr oder minder elegant - die Planung kommunalpolitischer Karrieren in der alten Bundesrepublik erfolgt, wie in der KPV - ich schaue jetzt Horst Waffenschmidt an - sorgfältig besprochen wird, wer zu einem bestimmten Zeitpunkt zur Verfügung steht und was man für ihn tun kann, dann hat man um so größeren Respekt vor denen, die über Nacht Bürgermeister oder Landrat geworden sind und jetzt voll gefordert werden.

(Beifall)

Voneinander lernen ist keine Einbahnstraße. Das gilt auch für das Gespräch mit jungen Leuten. Ich war vor einigen Wochen bei einer Tagung des RCDS in Jena. Die Begegnung mit diesen jungen Leuten, die einen völlig neuen Horizont haben, die sich verständlicherweise natürlich auch schwertun, sich unter den veränderten Bedingungen zurechtzufinden, ist immer eine großartige Erfahrung. Ich finde überhaupt, daß - trotz aller Probleme - die deutsche Einheit eine Riesenchance eröffnet: daß so etwas wie Aufbruchsstimmung herrscht; daß wir ausgetretene Pfade verlassen können, um etwas Neues zu tun, was noch nicht dagewesen ist; daß wir uns wieder etwas zutrauen, daß wir sagen: Wir packen es und wir schaffen es.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, damit bin ich beim Thema Maastricht, beim Thema Europa. Wenn Sie sich die Pressekommentare in Europa und weltweit anschauen, dann können Sie - bei aller Kritik in diesem oder jenem Punkt - einen Tenor feststellen: Die Deutschen haben den entscheidenden Beitrag zum Durchbruch nach Europa geleistet. Die Deutschen wollen nicht zurück zum nationalstaatlichen Denken, das uns in der ersten Hälfte des Jahrhunderts soviel Elend gebracht hat. Die Deutschen sind engagierte Europäer, weil sie einen Beitrag zum Frieden leisten wollen. Natürlich ist auf diesem Weg noch manches zu tun. Natürlich gibt es auch Risiken. Wenn Konrad Adenauer zu Beginn der Diskussion über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft eine Volksabstimmung hätte durchführen lassen, hätte er womöglich keine Mehrheit bekommen. Wenn er über die Wiederbewaffnung hätte abstimmen lassen, hätte er keine Mehrheit bekommen. Sie machen sich doch hoffentlich keine Illusionen: Beim Stationierungsbeschluß 1983 wäre es mit einer Mehrheit auch nicht ganz einfach gewesen.

(Heiterkeit)

Wir wollen uns jetzt nichts in die Tasche lügen. Wir wissen doch, wie es war.

Führen heißt eine Vision in die Realität umsetzen. Die deutsche Einheit, die europäische Einigung waren immer unsere Visionen. Jetzt realisieren wir die europäische Einigung, weil es dem Frieden, weil es der Freiheit, weil es der Zukunft dient.

(Lebhafter Beifall)

Dieses Europa darf keine Festung werden, in der wir uns vor den anderen abschotten. Es muß offen sein. Deswegen wollen wir, daß die Schweden - ich habe bereits unseren Freund Carl Bildt angesprochen -, deswegen wollen wir, daß die Österreicher, deswegen hoffen wir, daß die Finnen bis 1995 in die Gemeinschaft aufgenommen werden. Für einen späteren Zeitpunkt, der in nicht allzu weiter Ferne liegen sollte, wünsche ich mir, daß Polen, die CSFR und Ungarn der Gemeinschaft beitreten können, sobald sie - auch mit unserer Hilfe - die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft erfüllen.

(Beifall)

Krakau liegt nicht in Osteuropa, Krakau liegt in Mitteleuropa. Man kann es gar nicht oft genug sagen.

(Beifall)

Deshalb wollen wir Hilfe zur Selbsthilfe geben – den Menschen in der bisherigen Sowjetunion jetzt, mitten im Winter, vor allem Hilfe gegen Hunger und Elend. Als ich im Sommer mit Michail Gorbatschow in Kiew war, gab es neben vielem, was mich beeindruckt hat, eine Begegnung mit einer ganzen Zahl alter Frauen, die sich für die deutsche Hilfe im Winter 1990/91 bedankt haben. Diese Frauen haben dann erzählt, wie es war, als die Deutschen im Krieg dort waren, sie haben erzählt, wie es war, als sie nächste Familienangehörige verloren haben. Ich habe erzählt, wie es in meiner eigenen Familie war. Dabei konnte man erkennen, daß die Brücke der Menschlichkeit, die wir jetzt schlagen können, nicht nur für den Tag wichtig ist, sondern daß sich hier in beide Richtungen ein Strom von Sympathie und Zuneigung zwischen den Völkern bewegt - und das ist ein Werk des Friedens. Der Satz „Von deutschem Boden soll Frieden ausgehen“ gefällt mir gut, aber er darf nicht in der Theorie steckenbleiben. Wenn wir gefordert sind, in bitterer Not zu helfen, dann müssen wir wissen: Wir sind eines der reichsten Länder dieser Erde und wollen das tun, was wir tun können.

(Beifall)

In meiner ersten Regierungserklärung 1982 – das habe ich schon erwähnt – sagte ich: „Wir wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen!“ Wir haben in den letzten Jahren großartige Erfolge bei Abrüstung und Rüstungskontrolle erzielt. Bis 1994 wird die Bundeswehr zeitgleich mit dem Abzug der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte auf 370 000 Mann vermindert, alle Mittelstreckenwaffen weltweit sind bereits verschrottet, Kurzstreckenwaffen werden jetzt um 80 % vermindert, auf deutschem Boden wird es künftig keine landgestützten Nuklearwaffen mehr geben, alle chemischen Waffen – die Amerikaner haben Wort gehalten – sind von deutschem Boden abgezogen. Trotzdem spüren wir gerade in diesen Tagen, daß wir die NATO auch in Zukunft brauchen, daß Sicherheitsrisiken bleiben, daß neue Sicherheitsrisiken hinzukommen können und daß es eine absolute Torheit wäre, auf Forderungen nach Abschaffung der Bundeswehr einzugehen. Wir brauchen auch als vereintes Deutschland im Rahmen der neuen europäischen Sicherheitsidentität, die wir in Maastricht beschlossen haben, eine einsatzfähige Bundeswehr, und wir sagen Ja zu dieser Bundeswehr.

(Beifall)

Denn ohne unseren Beitrag zur Lastenteilung innerhalb des Bündnisses werden die Amerikaner nicht bei uns in Europa bleiben. Wir brauchen auch in Zukunft die amerikanische Präsenz in Europa. Das, was wir jetzt in der Gemeinschaft im Blick auf eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und schließlich auch Verteidigungspolitik der Europäer diskutiert und beschlossen haben, ist ja nicht gegen die NATO gerichtet, sondern darauf, daß wir den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO gemeinsam mit unseren Freunden stärken. Dies erfordert nicht zuletzt, daß wir auch weiterhin zu unseren Soldaten stehen. Es kann nicht angehen, daß nur die Gegner der Bundeswehr sich zu Wort melden. Sie können ihre Meinung doch deshalb frei zum Ausdruck bringen, weil die Soldaten der Bundeswehr, die Armee unserer Söhne, in den vergangenen Jahrzehnten ihre Pflicht getan haben.

(Beifall)

Wir wollen auch zu weltweiter Partnerschaft unseren Beitrag leisten und uns an der Lösung globaler Aufgaben der Zukunft aktiv beteiligen. Die Armut in den Ländern der Dritten Welt, Krankheit, Hunger, Umweltzerstörung zu bekämpfen, das ist doch nicht irgendein Thema, das ist für Christliche Demokraten ein zentrales Thema. Wer zu Recht feststellt, daß wir die Probleme der Welt nicht in Deutschland lösen können, der

muß eben auch bereit sein, die Probleme dort lösen zu helfen, wo sie entstehen - vor Ort in den Entwicklungsländern. Ich fand es außerordentlich gut und sympathisch, daß sich die Junge Union auf ihrem diesjährigen Deutschlandtag mit dieser menschlichen und moralischen Verpflichtung befaßt hat. Es ist wichtig, daß die junge Generation immer wieder deutlich macht: Es geht um ihren Globus, um ihre Zukunft. Wir haben gemeinsam das Notwendige dazu beizutragen.

(Beifall)

Die Bewahrung der uns Menschen anvertrauten Schöpfung, diese Herausforderung können wir nur in weltweiter Partnerschaft lösen. In einem sind wir uns als Partei der Mitte hoffentlich einig: Es ist eine zutiefst wertkonservative Aufgabe für unsere Partei, daß wir die Schöpfung bewahren. Keine Generation hat das Recht, diesen Globus verkommen zu lassen. Wir haben vielmehr die Pflicht, den Schatz der Natur in bestmöglichem Zustand an nachfolgende Generationen weiterzugeben.

(Beifall)

Die Vernichtung der tropischen Regenwälder, das Ozonloch über der Antarktis, die Gefahr weltweiter Klimaveränderung betreffen die Menschen überall in der Welt, hier in Dresden an der Elbe genauso wie am Amazonas. Meine herzliche Bitte ist: Überlassen wir dies nicht einer Handvoll - oft selbsternannter - Spezialisten! Es geht um eine Aufgabe für uns alle! Alle Kreisverbände, alle Landesverbände, alle Vereinigungen sind hier angesprochen.

Liebe Freunde, vor über 46 Jahren, am 26. Juni 1945, wurde die Christlich Demokratische Union Deutschlands in Berlin auch für die Sowjetische Besatzungszone gegründet. Das war rund 50 Tage nach der Kapitulation. Die Gründung geschah mit dem Ziel, eine neue Ordnung in demokratischer Freiheit für unser Vaterland aufzubauen.

Fast alle der 35 Unterzeichner dieses Aufrufs waren Verfolgte des Nazi-Regimes. 15 von ihnen waren Beteiligte, Eingeweihte und dann auch Verfolgte im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 1944. Sie kamen zum großen Teil aus Zuchthäusern und Lagern des NS-Regimes. Sie standen, wie sie in ihrem Aufruf schrieben, „vor einem Trümmerhaufen sittlicher und materieller Werte“. Sie wollten mit ihren Freunden in allen damaligen Besatzungszonen den geistigen und materiellen Wiederaufbau Deutschlands beginnen. Doch nur in den westlichen Besatzungszonen konnte dieses Werk konsequent verwirklicht werden. Nicht nur die Christlichen Demokraten, sondern unser ganzes Volk wurde gegen seinen Willen über 40 Jahre auseinandergerissen.

Heute sind wir mit diesem Parteitag in Dresden zum erstenmal in einem neuen Bundesland. Halten wir *einen Moment inne und vergegenwärtigen wir uns*, was das heißt! Es ist in Erfüllung gegangen, liebe Freunde, wofür die Gründergeneration damals angetreten ist: eine neue Ordnung in demokratischer Freiheit für unser Vaterland und für Europa. Deutschland ist heute ein wichtiges, ein geachtetes Glied in der Gemeinschaft freier Völker. Es war ein weiter Weg dorthin – aus Trümmern, aus weltweiter Verachtung.

Wir, die Christlich Demokratische Union, haben diesen Weg entscheidend mitprägen dürfen. Das Erbe Konrad Adenauers, Ludwig Erhards und Jakob Kaisers bleibt eine Verpflichtung auch für die Zukunft.

*Liebe Freunde, wir haben in Schicksalsstunden unseres Volkes immer den Mut und die Kraft zu den notwendigen Entscheidungen gehabt. Ich bin sicher, wir werden sie*

auch jetzt haben bei der Gestaltung der inneren Einheit, bei der Wahrnehmung unserer größer gewordenen Aufgaben für eine friedlichere Welt, für Freiheit und Zukunft. Ich möchte uns dazu einladen, mit Mut und Entschiedenheit gemeinsam diesen Weg zu gehen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall –  
Die Delegierten erheben sich)

**Dr. Alfred Gomolka**, Tagungspräsidium: Ich danke unserem Parteivorsitzenden für seinen Bericht.

Meine Damen und Herren, zwei Dinge sind wohl beeindruckend deutlich geworden: die Weitsicht und die Konsequenz, die sich nicht nur in diesem Bericht, sondern auch in allen Handlungen und Entscheidungen wiedergefunden haben. Diese Weitsicht und diese Konsequenz werden ganz sicherlich auch in Zukunft von den Bürgern in diesem Lande unterstützt werden.

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 9 auf:

### Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Volker Rühle MdB

Ich erteile das Wort unserem Generalsekretär Volker Rühle.

**Volker Rühle**, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Am Anfang meines Rechenschaftsberichts sollen drei Feststellungen stehen.

Erstens: Im kommenden Jahr wird die Regierung Helmut Kohl zehn Jahre im Amt sein. Ich denke, Sie werden alle zustimmen: Das waren zehn gute Jahre für Deutschland.

(Beifall)

Ich weiß nicht, ob wir uns angesichts der dramatischen Veränderungen in den letzten beiden Jahren immer bewußt sind, was in diesen zehn Jahren bewirkt worden ist. Helmut Kohl hat vieles angesprochen, Ihnen die Zahlen zur Abrüstung genannt. Wir haben die Abrüstung heute weiter vorangetrieben, als die eifrigsten Ostermarschierer je gefordert haben; denn die haben bekanntlich immer nur einseitige Abrüstung gefordert.

Unsere Strategie war richtig. Wer den politischen Konflikt beseitigt – wie die Spaltung Deutschlands und Europas –, kann dann auch kräftig abrüsten. Viele Schwerter sind inzwischen zu Pflugscharen geworden, weil Freiheit und Menschenrechte in ganz Deutschland und in ganz Europa verwirklicht wurden.

Ich erinnere an die Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft, unsere Politik für die Familien, die Umweltpolitik. Wir haben als erste Partei Europas den Katalysator und bleifreies Benzin durchgesetzt. Und es war nicht zuletzt die CDU, die in Europa die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion entscheidend vorangebracht sowie die Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes wiederhergestellt hat. Das alles war nicht selbstverständlich, sondern ist das Ergebnis einer guten Politik, die von uns entwickelt und durchgesetzt wurde.

Zweitens: In wenigen Jahren geht dieses Jahrhundert zu Ende. Was werden Historiker dann über die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts schreiben? Sie werden schreiben – so denke ich –, daß zwei Politiker die deutsche Geschichte dieser Jahre nachhaltig geprägt haben: Konrad Adenauer und Helmut Kohl.

(Beifall)

Sie werden weiter schreiben, daß nach dem Zweiten Weltkrieg alle wesentlichen politischen Entscheidungen in Deutschland von der Union getroffen worden sind. Darauf, liebe Freunde, können wir stolz sein. Die deutsche Geschichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist durch uns und durch unsere Ideen geprägt worden.

(Beifall)

Drittens: Wir haben nicht nur alle wesentlichen Entscheidungen getroffen. Noch wichtiger ist: Wir haben jedenfalls alle wesentlichen Entscheidungen richtig getroffen. Wo stünden wir heute in Europa, wenn wir in den 50er Jahren nicht die Entscheidung für die Westbindung und für das Atlantische Bündnis gegen den erbitterten Widerstand der SPD durchgesetzt hätten? Von der historischen Entscheidung Anfang der 80er Jahre im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß ist schon gesprochen worden.

Was wäre schließlich aus Deutschland geworden, wenn wir 1990 dem Rat der Sozialdemokraten gefolgt wären und die Einheit unseres Vaterlandes weniger zügig angestrebt hätten? Die Sozialdemokraten hatten damals einen spöttischen Slogan, mit dem sie uns entgegengetreten sind. Sie haben gesprochen von „Deutschland, eilig Vaterland“. Heute weiß jeder Deutsche angesichts der Entwicklung in der Sowjetunion: Wenn wir es mit unserem Vaterland nicht so eilig gehabt hätten, hätten wir die Einheit unseres Vaterlandes nicht erreichen können!

(Beifall)

Liebe Freunde, auf unsere Leistungen in der Vergangenheit können wir zu Recht stolz sein. Sie geben uns das notwendige Selbstbewußtsein und Vertrauen in unsere Leistungskraft, um auch in politisch stürmischen Zeiten Kurs halten zu können. Aber wir dürfen uns angesichts unserer Leistungen nicht selbstzufrieden zurücklehnen. Wir müssen als Partei fit bleiben und, wo das nötig ist, wieder fit werden für die großen Herausforderungen, die vor uns liegen.

In den 80er Jahren haben wir den Generationswechsel verschleppt, und die Formen unserer Parteiarbeit entsprechen längst nicht immer den Erwartungen der Bürger an uns. Deshalb, so meine ich, müssen wir die begonnenen Reformen konsequent fortsetzen. Vier Aufgaben halte ich für vordringlich.

Erstens: Jedes Jahr wächst das Durchschnittsalter unserer Mitgliedschaft um etwa ein halbes Jahr. Bei den unter 30jährigen sind wir inzwischen stark unterrepräsentiert. Zum Charakter einer Volkspartei gehört aber, daß sich möglichst alle Generationen in der Struktur der Mitgliedschaft widerspiegeln.

Zweitens: 27 % der SPD-Mitglieder und 25,6 % der CDU-Mitglieder sind Frauen. Ob mit oder ohne Quote: Zu wenige Frauen – vor allem jüngere Frauen – fühlen sich von der Arbeit der politischen Parteien so angesprochen, daß sie sich auch als Mitglied engagieren.

Wenn fast ein Viertel aller CDU-Ortsverbände – wir haben das ganz nüchtern analysiert, und es unterscheidet uns von den anderen Parteien, daß wir uns dieser Diskussion offen stellen – keine oder nur eine einzige Frau als Mitglied hat, dann bedeutet das in aller Regel, daß Themen, die junge Frauen und Familien besonders betreffen, in diesem Ortsverband keine Rolle spielen und auch von niemandem in der örtlichen CDU glaubwürdig vertreten werden. Damit aber wird ein wesentlicher Bestandteil unserer politischen Identität vielerorts überhaupt nicht mehr sichtbar.

Die Gründe für diesen Zustand sind sicherlich vielfältig. Wir sollten sie nicht zuletzt in unserer Arbeitsweise suchen. Bieten wir wirklich Themen und Aktionsformen an, die besonders Frauen interessieren? Nehmen wir bei der Veranstaltungsplanung Rücksicht auf Frauen mit kleinen Kindern, die eher am Nachmittag, kaum aber am Abend Zeit haben?

Müßten wir nicht viel mehr Möglichkeiten schaffen, damit Frauen sich in der CDU nur für ein ganz bestimmtes Anliegen und auch nur auf Zeit engagieren, ohne Mitglied zu werden?

Ist es wirklich notwendig, daß eine Mutter, die sich z.B. für die Sicherheit ihrer Kinder auf dem Schulweg einsetzt, sich an Bürgerinitiativen wenden muß? Warum machen wir nicht ein Angebot auf Zeit auch für eine solche Zusammenarbeit mit der CDU?

(Beifall)

Man muß ja nicht immer gleich in die CDU eintreten, sondern es muß auch möglich sein, andere Formen der Zusammenarbeit auszuprobieren und dann später vielleicht eine festere Bindung einzugehen.

Die Anziehungskraft einer politischen Arbeit aber hängt nicht nur von dem Programm ab, das sie sich gibt, sondern entscheidend auch von den Persönlichkeiten, mit denen die Partei in wichtigen Politikbereichen identifiziert wird. Wer mehr Frauen, wer mehr junge Menschen in der CDU haben will, der muß zunächst einmal dafür sorgen, daß mehr Frauen und mehr junge Menschen in der CDU politische Verantwortung übernehmen und die Partei nach außen vertreten.

(Beifall)

Ich freue mich über den Beifall, aber, liebe Freunde, das ist eine politische Führungsaufgabe, eine Aufgabe, die nicht nur auf der Bundesebene wahrgenommen werden muß, sondern in allen Orts-, Kreis-, Bezirks- und auch Landesverbänden; denn auch dort kann man sich Frauen an der Spitze durchaus vorstellen.

(Beifall)

Drittens: Wir werden im Jahr 1992 eine Offensive der Parteiarbeit starten, um für das Superwahljahr 1994 fit zu werden. Wir müssen sehr selbstkritisch prüfen, ob unsere Arbeitsweisen, ob unsere Veranstaltungsformen noch zeitgemäß sind. Wieviel Zeit wenden wir eigentlich auf, um uns in Vorständen, internen Arbeitskreisen und Parteiversammlungen mit uns selbst zu beschäftigen? Wieviel Zeit bleibt uns eigentlich für das Gespräch mit Bürgergruppen und -initiativen? Wie attraktiv sind unsere Veranstaltungen im Wettbewerb mit anderen Möglichkeiten, die Freizeit zu gestalten? Wieviele Chancen räumen wir kreativen Seiteneinsteigern in die Politik ein?

Ich bin fest davon überzeugt, daß wir nicht nur unsere Arbeitsweise, sondern auch unsere Denkweise überprüfen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Um wirklich Volkspartei bleiben zu können, müssen wir auf ein breiteres Spektrum unserer Wählerschaft eingehen. Gefordert sind von uns mehr Offenheit und mehr Pluralität. Das muß auch innerparteilich verkraftet werden. Notwendig ist eine größere Bereitschaft, die geistige Auseinandersetzung mit Menschen und Gruppen auch außerhalb der CDU zu suchen, unterschiedliche Meinungen zu ertragen und eine diskussionsfreudige und in einem guten Sinne streitbare Partei zu sein.

Ich bin für eine spannende Partei, wie das in diesen Tagen auch wieder angeregt worden ist, aber spannend ist es vor allem dann, wenn man sich wirklich schwierigen, auch schmerzhaften Diskussionen stellt.

Ich glaube mit den offenen Diskussionsforen, die wir morgen hier in Dresden durchführen, können wir einen Beitrag leisten, um das offene Gespräch zu pflegen.

Die Erneuerung unseres Grundsatzprogramms schafft eine hervorragende Möglichkeit, neben der organisatorischen Reform auch unser inhaltliches Profil neu zu schärfen.

Viertens: In den neuen Landesverbänden ist im zurückliegenden Jahr eine tiefgreifende Organisationsreform in Angriff genommen worden. Es wurden neue Arbeitsstrukturen geschaffen, die Zahl der Kreisgeschäftsstellen ist von über 200 auf rund 80 verringert worden. Ich meine, daß hier insgesamt eine Leistung erbracht worden ist, für die ich den Kollegen in den neuen Ländern – und wir alle – ein Wort des Dankes und der Anerkennung sagen möchte; denn das ist eine gewaltige Umstrukturierung.

(Beifall)

Als Starthilfe hat die Bundespartei die neuen Landesverbände durch ein technisches Infrastrukturprogramm unterstützt. Auch in den kommenden Jahren müssen wir dort beim Aufbau der Parteiarbeit helfen. Der Parteivorsitzende hat sich deshalb in diesen Tagen an alle Mitglieder der westlichen Parteigliederungen gewandt und sie um einen Solidarbeitrag zur Unterstützung dieser Aufbauarbeit gebeten. Auch ich möchte an Sie appellieren: Helfen Sie mit, daß der Aufbau in den neuen Landesverbänden gelingen kann! Ein Erfolg liegt in unser aller Interesse. Wir sind eine CDU, und nur wenn alle Gliederungen in der Lage sind, erfolgreich zu arbeiten, wird auch die CDU insgesamt erfolgreich arbeiten können.

Ich verweise im übrigen auf den Rechenschaftsbericht der Bundesgeschäftsstelle, was die Arbeit als wiedervereinigte Partei im ersten Jahr angeht.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein Wort des Dankes sagen an unseren Bundesgeschäftsführer Wilhelm Staudacher und alle Mitarbeiter in Bonn für ihre hervorragende Arbeit und ihren großen Einsatz.

(Beifall)

Ich weiß nicht, wieviele es wissen – oder schon verdrängt haben –: Wir hatten im Jahre 1989 eine äußerst komplizierte Finanzsituation, um es zurückhaltend auszudrücken. Wir haben daraufhin entscheidende Einsparungen auch in der Bundesgeschäftsstelle vorgenommen. Und ich muß Ihnen sagen, ich bin stolz darauf, daß wir heute mit 50 Mitarbeitern weniger arbeiten als vor der deutschen Einheit, d.h. eine viel größere Aufgabe bewältigen mit sehr viel weniger Mitarbeitern. Das ist ein gewaltiger Beitrag zu der notwendigen Sparsamkeit in der Partei.

(Beifall)

Liebe Freunde, in den vergangenen Monaten ist vor allem in den neuen Landesverbänden eine intensive, aber auch sehr schwierige Diskussion über die Bewältigung der Vergangenheit geführt worden. Ich glaube, es war richtig, daß wir uns als Partei dieser Diskussion gestellt haben. Sie wird uns – trotz aller Schwierigkeiten – letztlich stärken und nicht schwächen, weil wir dadurch Glaubwürdigkeit gewinnen. Das Vertrauen der Bürger werden diejenigen gewinnen, die sich offen und vorbehaltlos ihrer Geschichte stellen.



Beispielgebend in dieser Diskussion sind der Görlitzer Leitantrag der sächsischen CDU und die Arbeitsergebnisse, die von der Reformkommission der Thüringer CDU unter Minister Zeh entwickelt wurden. Und allein schon die Tatsache, daß diese beiden wichtigsten Arbeitsergebnisse in den neuen Bundesländern entwickelt wurden, zeigt, daß die Diskussion im Kern dort geführt wird, weil auch die Menschen in den neuen Bundesländern vor allen Dingen auf eine solche Diskussion hoffen.

Wir freuen uns über die langjährigen Mitglieder in den östlichen CDU-Landesverbänden, die als Christen in der Vergangenheit vielfach an der Basis der Partei Zuflucht gefunden haben. Wir freuen uns aber auch über solche neuen Mitglieder, die aktiv gegen das SED-Regime Widerstand geleistet haben. Ich freue mich z.B., daß ein Mann wie Pfarrer Rainer Eppelmann heute Mitglied der CDU ist, daß er zu uns gehört und mit uns zusammen kämpft.

(Beifall)

Andere Parteien versuchen noch immer, dem Thema zu entkommen. Ich bin aber überzeugt, es wird ihnen nicht gelingen. Der SPD-Vorsitzende Engholm hat in seiner Bremer Parteitagsrede behauptet: „Was im Osten Deutschlands gescheitert ist, kann mit unserem Namen nicht verbunden werden. Kommunismus und Sozialdemokratie sind traditionell gekennzeichnet durch unüberbrückbare Gegensätze.“

Ich glaube, Herr Engholm hat hier ein sehr kurzes Gedächtnis. Denn wo waren diese unüberbrückbaren Gegensätze, als die Sozialdemokraten der SED in einem gemeinsamen Papier den Anspruch bestätigten, „Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen“? Was war das denn anderes als Wandel durch Anbiederung?!

(Beifall)

Und ich frage weiter: Wo waren diese unüberbrückbaren Gegensätze, als Teile der SPD der KPD die Hand entgegenstreckten und die SED damit erst möglich wurde im östlichen Teil Deutschlands?

Und wo sind diese unüberbrückbaren Gegensätze heute, wenn Herr Engholm ehemalige SED-Mitglieder öffentlich zum Eintritt in die SPD ermuntert? Ich frage mich, wie solches Werben um SED-Mitglieder heute auf jene Regimegegner wirken muß, die 1989 die SPD in der DDR neu gegründet haben.

(Vereinzelt Beifall)

Die SPD hatte in der Vergangenheit, wie es die Bürgerrechtlerin Freya Klier einmal formuliert hat, dem „erzreaktionären SED-Klüngel die Absolution erteilt“. Bevor das nicht aufgearbeitet ist, können die Sozialdemokraten nicht glaubwürdig um neues Vertrauen werben.

Auch die FDP wird nicht umhin kommen, sich der Vergangenheit der LDPD und NDPD zu stellen. Man kann nicht deren umfangreiches Parteivermögen in den neuen Ländern schlucken, ohne zu fragen, unter welchen Bedingungen dieses Vermögen erworben wurde, nämlich im wesentlichen durch direkte Zuwendungen von der SED!

(Beifall)

Nein, hier muß man einen klaren Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen, wenn man Glaubwürdigkeit erreichen will.

(Beifall)

Wir jedenfalls wollen mit dem finanziellen Gebaren der SED nichts zu tun haben.

Liebe Freunde, wir haben in diesem ersten Jahr der Einheit weitreichende Entscheidungen treffen und auch als Partei vertreten müssen. Rückschläge und Verluste waren zu verkraften. Es ist richtig: Die CDU trägt die Hauptlast bei der Vollendung der inneren Einheit.

Bei aller Genugtuung über das bisher Erreichte bleiben wir dennoch nüchtern. Die Schwierigkeiten, die vor uns liegen, müssen offen angesprochen werden. Dann, glaube ich, werden wir die Menschen auch davon überzeugen, daß wir die Partei sind, die am ehesten mit diesen Schwierigkeiten fertigwerden kann.

Wenn Sie sich die Führungsdiskussionen der SPD heute anschauen, dann müssen Sie feststellen, daß sie nicht einmal die Zeit hat, politische Alternativen zu entwickeln. Sie beschäftigen sich fast ausschließlich mit internen Führungsproblemen und sind unfähig, Konzepte für die Bewältigung der Herausforderungen zu entwickeln, vor denen unser Land jetzt steht.

Es entspricht dem normalen demokratischen Wettbewerb – wir kennen das aus der eigenen Partei –, sich um Führungsaufgaben zu bewerben. In der SPD aber gibt es im Augenblick einen Wettlauf darum, Verantwortung nicht übernehmen zu müssen. Die Kanzlerkandidatur wird in der SPD herumgereicht wie eine heiße Kartoffel. Ich meine, wer so wenig zur Übernahme von Verantwortung in der eigenen Partei bereit ist, der ist auch unfähig, Verantwortung für Deutschland zu tragen.

(Beifall)

Wer von uns hat nicht schon von der Toskana gehört, und wer liebt sie nicht, diese herrliche europäische Landschaft, diese wunderschöne Region? Wer möchte dort nicht Urlaub machen? Aber eines muß man auch sagen: Der Weg ins Kanzleramt führt ganz gewiß nicht über die Toskana. Das müssen die Herren von der Sozialdemokratie noch begreifen.

(Vereinzelter Beifall)

Im übrigen bin ich auch ganz sicher: Die Deutschen wählen niemanden zum Kanzler, der stolz darauf ist, daß er seinen Arbeitstag gelegentlich erst um 10 Uhr morgens beginnt. Die Deutschen wissen nämlich ganz genau, daß es harte Arbeit erfordert, um dieses Land durch die Schwierigkeiten hindurchzusteuern.

(Beifall)

Seit einiger Zeit gibt es in der deutschen Politik einen neuen Begriff: die „Ampel-Koalition“ - ein Bündnis von Roten, Gelben und Grünen. Das klingt zunächst harmlos und sogar hilfreich, denn eine Ampel soll ja den Verkehr sichern.

Aber die Bündnisse von SPD, FDP und Grünen in Brandenburg und Bremen sind alles andere als harmlos; sie sind in Wirklichkeit Bündnisse gegen die Bürger. Diese Ampeln zeigen nur eine Farbe, nämlich Rot für die Anliegen der Bürger.

Das Land Brandenburg etwa braucht – wie alle neuen Bundesländer – schnell Entscheidungen zur Lösung der großen Infrastrukturprobleme. Aber die dort regierende Ampel-Koalition unter Ministerpräsident Stolpe hat aus parteipolitischen Gründen das Beschleunigungsgesetz abgelehnt, das auch für die Bürger Brandenburgs schnell den Bau moderner Verkehrswege ermöglichen soll. Wenn nicht andere Bundesländer gehandelt hätten, wäre schwerer Schaden entstanden. Dieses Beispiel zeigt: Solche Koalitionen sind Bündnisse gegen die Interessen der Länder, denn auch die Brandenburger brauchen schnelle Entscheidungen.

(Beifall)

Das Bundesland Bremen befindet sich durch das Versagen eines abgewirtschafteten SPD-Senats in einer desolaten Situation. Es ist klar und die Umfragen haben es ergeben: Wer dort eine Ampel-Koalition eingeht, schafft ein Bündnis gegen die Bürger. Die Bürger Bremens werden durch dieses Regierungsbündnis um ihre Zukunft betrogen. Deswegen unterstützen wir die Kollegen in Bremen bei ihrem Kampf gegen dieses Bündnis gegen die Bremer Bürger.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir müssen bei der Bundestagswahl 1994 einerseits eine Erfolgsbilanz im Hinblick auf die Herstellung gleicher Lebensbedingungen in Deutschland vorweisen können. Wir müssen andererseits aber auch rechtzeitig unsere Vision für die Zukunft Deutschlands in einem sich grundlegend ändernden Europa und in einer immer enger zusammenwachsenden Welt mit einem zunehmend dramatischer werdenden Wohlstandsgefälle entwickeln.

Wir wollen 1994 Anerkennung für die von uns geleistete Arbeit in Deutschland. Wir kämpfen aber vor allem auch um ein Mandat für die Gestaltung der Zukunft in Deutschland.

Die CDU hat in den 50er und 60er Jahren auf die damaligen Fragen der Zeit die richtigen Antworten gegeben. Die wesentlichen Stichworte hießen: Soziale Marktwirtschaft, Einbindung in die westliche Wertegemeinschaft und das Atlantische Bündnis. Von den Zielen, die wir uns damals steckten, haben wir inzwischen viel verwirklicht.

Heute sind uns neue Herausforderungen gestellt. Jetzt müssen wir neue Antworten zur Lösung der Zukunftsaufgaben in einer sich verändernden Welt geben. Die Stichworte müssen sich ändern. Sie heißen heute:

Erstens: Wir müssen das Prinzip der Subsidiarität konsequent verwirklichen. Wir müssen die Staatsaufgaben auf das wirklich Notwendige begrenzen, d. h. den Sozialstaat umbauen und eine neue Kultur des Helfens entwickeln.

Zweitens: Angesichts einer zunehmend stärker werdenden internationalen Konkurrenz müssen wir auf die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland in Europa und in der Welt achten.

Drittens: Wir wollen ein freies und geeintes Europa schaffen, in dem alle Demokratien unseres Kontinents ihren Platz finden, in dem Freiheit und Frieden gesichert sind und das in enger Zusammenarbeit zu mehr Gerechtigkeit in der Welt beiträgt.

Wir haben viel erreicht – das gilt auch für Maastricht –, aber wir werden von unseren Mitbürgern auch gefragt: Was ist ein Europa wert, wenn es ihm nicht gelingt, einen Bürgerkrieg wie den, der im Augenblick in Jugoslawien tobt, zu beenden?

(Beifall)

Der Zerfall der Sowjetunion ist eine Situation ohne Beispiel in der Weltgeschichte, an Gefährlichkeit nicht zu vergleichen mit dem Zerfall anderer Imperien oder Weltreiche. Er kann sich zu einer Tragödie entwickeln. Der Westen, wir alle, haben in der Vergangenheit nicht nur Milliarden, sondern wahrscheinlich Billionen ausgegeben, damit wir uns gegen einen potentiellen Aggressor schützen. Ich meine, wir müssen jetzt auch Mittel einsetzen, um uns gegen unbeabsichtigte Explosionen im Zerfallsprozeß dieses ehemaligen potentiellen Aggressors zu schützen. Es sollte uns leichter fallen, zu helfen bei der Demobilisierung starker Streitkräfte, beim Abbau des militärisch-industriellen Komplexes. Die sozialen Folgen dieses lange ersehnten Prozesses müssen mit unserer Hilfe aufgefangen werden. Das ist eine entscheidende Aufgabe der Sicherheitspolitik in unserer Zeit.

(Beifall)

Viertens: Die Bewahrung der Schöpfung ist zur Überlebens-Aufgabe geworden, bei der es um die Bewältigung des ökologischen Erbes des Sozialismus in Deutschland und Europa geht, aber auch um eine globale Umweltpolitik, die mithilft, die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zu bewahren.

Fünftens: Das vereinte und souveräne Deutschland muß seine größer gewordene Verantwortung für Freiheit, für Menschenrechte, Demokratie und Frieden in der Welt wahrnehmen.

Liebe Freunde, vor uns liegen schwierige Aufgaben. Deren Lösung wird uns alle Kräfte abverlangen. Wir werden dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn wir uns nicht selbstzufrieden zurücklehnen, sondern wenn wir die Reform der Partei im Organisatorischen, in der Arbeitsweise energisch betreiben und wenn wir uns öffnen für schwierige Diskussionen, für alle Gruppen in der Gesellschaft, damit wir in ganz Deutschland eine Volkspartei werden. Dann werden wir stark genug sein, um die vor uns liegenden Aufgaben zu lösen und um die schwierigen Zeiten zu bewältigen. Dann bleiben wir die Partei für eine gute Zukunft in Deutschland. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

**Prof. Dr. Klaus Töpfer**, Tagungspräsidium: Im Namen des Parteitags darf ich unserem Generalsekretär Volker Rühle sehr herzlich für seinen Bericht danken. Ich darf ihm aber auch herzlichen Dank sagen für die harte Arbeit, die er in den zurückliegenden Wochen und Monaten für diese Partei geleistet hat.

(Beifall)

Dies waren sicherlich die schwierigsten Aufgaben mit, die ein Generalsekretär der CDU je zu bewältigen gehabt hat, im wiedervereinten Deutschland eine Christlich Demokratische Union aufzubauen, organisatorisch, politisch, aber auch menschlich und grundsätzlich. Ich glaube, „Einheit leben“ ist auch für unsere Partei ein wichtiges Motto. Herzlichen Dank, Volker Rühle!

(Beifall)

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 10 auf:

### Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Ich erteile zunächst das Wort dem Ehrenvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, unserem Freund Dr. Alfred Dregger.

**Dr. Alfred Dregger**, Ehrenvorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (von den Delegierten mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Heute berichte ich zum neunten Mal und zugleich zum letzten Mal über die Arbeit der CDU/CSU-Fraktion. Wolfgang Schäuble, der seit dem 25. November die Fraktion führt, wird meinen Bericht ergänzen. Unsere Hoffnungen richten sich jetzt vor allem auf Wolfgang Schäuble.

(Beifall)

Deshalb möchte ich vor dem Bundesparteitag wiederholen, was ich beim Stabwechsel vor der Bundestagsfraktion gesagt habe: Wir wünschen Wolfgang Schäuble Gottes Segen, Kraft, Geduld, Beständigkeit und das Stück politischer Leidenschaft, ohne die die Lasten und auch die Freuden dieses Amtes nicht getragen werden können.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Nach dem Bundeskanzler, der die Richtlinien bestimmt, ist es vor allem der Fraktionsvorsitzende, der Garant sein muß für die Handlungsfähigkeit und damit auch für die Handlungseinheit der Union. In der gemeinsamen Fraktion von CDU und CSU, die jetzt 318 Mitglieder zählt, darf es kein Gegeneinander, auch kein beziehungsloses Nebeneinander, sondern nur ein wenn auch manchmal Streitiges Miteinander für die Einheit und die Handlungsfähigkeit der Fraktion geben. So war es neun Jahre, und ich denke, so wird es bleiben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Arbeit der Fraktion galt vor allem Deutschland und der Union. Zunächst zu Deutschland.

Eine Zeitlang hatte es den Anschein, als wollten Opposition und Teile der Medien besorgen, was nicht einmal der SED gelungen war, nämlich Deutschland kaputtzureden. Dieses Zusammensein von Klagemauer und Schadenfreude war unerträglich.

(Beifall)

Wir müssen ganz nüchtern sehen, was da geschah. Diejenigen, hüben wie drüben, die sich eingerichtet hatten in der Bequemlichkeit der Teilung, wurden 1989 von den Entwicklungen überrollt. Sie hatten keine Zeit, sich darauf einzustellen, keine Zeit, ihre Kampagnen dagegen zu inszenieren. Deshalb haben sie es dem Bundeskanzler Helmut Kohl auch so übelgenommen, daß dieser die kurze und einmalige Chance der Wiedervereinigung beim Schopfe gepackt hat. Deshalb hat der Bundeskanzler den Europapreis für Staatskunst, den er vor einigen Wochen in Straßburg verliehen erhalten hat, mehr als verdient. Der Parteitag beglückwünscht Sie, Herr Bundeskanzler, zur Verleihung dieses Preises

(Beifall)

und mehr noch zu Ihrer wahrhaft historischen Leistung.

Partei und Fraktion, meine Damen und Herren, haben Anteil an dieser Leistung. Wir haben das Ziel der deutschen Einheit nie aufgegeben. Wir haben Jahrzehnte hindurch unverdrossen gegen allen Hohn und Spott an der Einheit unseres Vaterlandes festgehalten. Wir haben dieses Ziel immer wieder in der Öffentlichkeit geltend gemacht, im Deutschen Bundestag, in öffentlichen Veranstaltungen und auch in Gesprächen mit ausländischen Nachbarn und Freunden. Stützen konnten wir uns dabei auf den Deutschlandvertrag, durch den sich unsere westlich Verbündeten verpflichtet hatten, für die Einheit Deutschlands einzutreten. Konrad Adenauer hat diesen Vertrag ausgehandelt – übrigens bevor er dem Wunsch der späteren Alliierten Deutschlands nachkam, die Bundeswehr aufzustellen. Wir haben es nicht versäumt, den einen oder anderen auf seine Verpflichtungen aus dem Deutschlandvertrag hinzuweisen. Aber die allermeisten haben aus eigenem Antrieb die deutsche Einheit unterstützt. Das gilt insbesondere für den amerikanischen Präsidenten Bush und auch für den Präsidenten der Sowjetunion, Gorbatschow. Dafür sind wir dankbar.

Meine Damen und Herren, wir mußten vor allem auch innere Widerstände überwinden, nicht zuletzt die der SPD. Anstatt für die Einheit Deutschlands einzutreten, ist sie in den entscheidenden Monaten auf Distanz zur Einheit gegangen. Darunter leidet sie noch heute. Heute machen manche den Eindruck, daß sie sich an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den neuen Bundesländern geradezu ergötzen. Es sind dieselben, die vor der Wende den SED-Unrechtsstaat als einen ganz normalen Staat bewertet haben, mit dem man nicht nur diplomatische, sondern auch parteipolitische Bezie-

hungen pflegen konnte. Dabei war die Unfreiheit im SED-Staat ebenso total wie das System repressiv und totalitär war. Dieser Staat war kein Staat der Bürger, es war ein Staat der Täter und der Opfer.

(Beifall)

In unseren Medien dürfen heute die Täter, ob sie nun Schalck-Golodkowski, Honecker oder Markus Wolf heißen, die Szene beherrschen. Das ist unanständig. Ich sehe darin einen Mißbrauch der Mikrophone und der Bildschirme.

(Beifall)

Ich fordere dazu auf, den Opfern Gelegenheit zu geben, sich öffentlich zu äußern, und nicht den Tätern, die in der Maske des Biedermannes auftreten.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, ein ernster Punkt, zu dem ich etwas sagen möchte: Ich glaube nicht, daß wir eine bessere Zukunft gewinnen können durch das, was man Vergangenheitsbewältigung nennt.

Vergangenheit kann man nicht bewältigen; man kann sie nur überwinden.

Natürlich dürfen wir die SED-Vergangenheit nicht ausklammern. Das tun wir ja auch nicht. Wir werden die SED-Diktatur auch durch eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages aufarbeiten. Aber, meine Damen und Herren, liebe Freunde, der Weg zum inneren Frieden im vereinten Deutschland würde verbaut, wenn wir die SED-Vergangenheit in den Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns rücken würden.

(Zustimmung)

Ich verstehe natürlich die Wut der Opfer im ehemaligen SED-Staat auf ihre Peiniger, die Wut der Menschen, die ihr Leben in Angst verbringen mußten, die verbogen wurden oder verbogen werden sollten. Verbrechen aus dieser schrecklichen Zeit müssen natürlich verfolgt werden; das ist klar. Ebenso klar ist auch, daß die Peiniger von gestern nicht die Herren von heute sein dürfen.

(Beifall)

Da gibt es sicherlich manches zu korrigieren; das ist wahr.

Dennoch sage ich: Wer Gerechtigkeit nur in der Vergangenheit sucht, könnte leicht die Zukunft verlieren. Die beste Aufarbeitung der Vergangenheit ist die Arbeit für die Zukunft, für die Zukunft ganz Deutschlands, für seine Freiheit, für seine Einheit, für seine Ehre – ja, für seine Ehre! – und für Gerechtigkeit.

(Beifall)

Das ist die Aufarbeitung der Vergangenheit durch Arbeit für die Zukunft.

Dazu werden alle gebraucht, die ehrlich mitwirken wollen, gleichgültig ob sie vor oder nach der Wende oder überhaupt nicht in die CDU eingetreten sind, gleichgültig auch, ob sie im Westen oder in Mitteldeutschland gelebt haben. „Alte“ oder „neue“ Mitglieder, „Ossis“ oder „Wessis“: das sind keine Kategorien, die ich akzeptieren könnte. Wir alle sind Deutsche, und wir alle sind Anhänger der Union. Jeder von uns sollte seinen Beitrag leisten können und ihn dann auch tatsächlich erbringen.

(Beifall)

Im übrigen: je mehr Menschen vom Schwung unseres Erfolges getragen werden, desto stärker wird unsere Kraft. Wir sollten auch deshalb niemanden, der in Frage kommt, an der Teilnahme hindern.

Meine Damen und Herren, damit komme ich zur Union. Die Union ist es, die den Deutschen nach dem Krieg den Weg in die Zukunft gewiesen hat. In seinen Erinnerungen sagt Konrad Adenauer – ich zitiere ihn ganz kurz -:

„Der Sinn des Staates muß es sein, die schöpferischen Kräfte eines Volkes zu wecken, zusammenzuführen, zu pflegen und zu schützen.“

Wir in der Union haben dies getan. Wir wollen dies auch in Zukunft tun.

Es gibt in Europa keine Regierung, die erfolgreicher wäre als die unions-geführte, als die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl.

(Beifall)

Es gibt zur Zeit auch keine denkbare deutsche Regierung, die geeigneter wäre, die deutsche Einheit zu vollenden und zur Vereinigung Europas beizutragen. Beides, deutsche Einheit und europäischer Zusammenschluß, ist unser Ziel. In der ersten Hälfte des Jahrhunderts – und wir müssen das mal auf dem Hintergrund der Geschichte sehen – stand Deutschland allein. Wir hatten kaum Verbündete, und wenn, dann nicht immer die richtigen. Heute, meine Damen und Herren, sind wir die Verbündeten des Westens und zugleich die bevorzugten Partner des Ostens. Das ist für ein Volk in der Mitte, das die meisten Nachbarn hat und deswegen die größten Risiken trägt, eine Traum-Konstellation.

(Beifall)

Diese Konstellation ist das Ergebnis unserer Politik, und diese Konstellation in die Zukunft zu tragen ist die wichtigste Aufgabe der deutschen Politik in den kommenden Jahren und Jahrzehnten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, trotz unserer Erfolge haben wir Wahlen verloren. Woran liegt das? An den Inhalten unserer Politik liegt es nicht. Diese haben sich als richtig und erfolgreich erwiesen. Liegt es am Verkauf dieser Politik? Das hören wir oft draußen im Lande. Seit vielen Jahren wird uns gesagt: Eure Politik ist gut, aber ihr verkauft sie schlecht! -Ich glaube, wir sollten es uns nicht zu einfach machen. Politik ist nicht nur eine Sache der Regierung. Für den Verkauf gilt das erst recht. Es handelt sich um u n s e r e Politik, die Politik der gesamten Union, und für den Verkauf dieser Politik ist nicht nur die Union als Ganzes, sondern jeder einzelne ist dafür verantwortlich. Keiner darf sich zurücklehnen, wenn die Union oder Freunde der Union unfair angegriffen werden. Dann müssen wir den Mund aufmachen, jeder einzelne!

(Beifall)

Ich habe den Eindruck, daß hier die Defizite noch groß sind und daß da sehr viel abgebaut werden muß. Mutig müssen wir sein, klar, und wir müssen unsere Position vertreten. Jeder einzelne muß es tun.

Zum Erfolg gehört auch, daß wir ein klares und notfalls kantiges Profil haben. Dieses Profil, das uns unverwechselbar, das uns stark, das uns mehrheitsfähig macht, – das müssen wir auch zeigen. Seien wir uns im klaren: gewählt werden wir nicht wegen der Gemeinsamkeiten, sondern wegen der Unterschiede zu den anderen Parteien, und die gilt es herauszuarbeiten.

Unsere Geschichte ist eine Erfolgsgeschichte. Wir haben die katholische Soziallehre, die evangelische Sozialethik und das Gedankengut der neoliberalen Schule zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft verbunden, das heute ein Weltmodell ist. Wir, die Union, schaffen wirtschaftliche und soziale Stabilität!

Ein zweiter Punkt, der wichtig ist: Wir haben die Idee des Nationalstaates mit der europäischen Idee verbunden. Wir schaffen Europa nicht, um seine Nationen abzuschaffen, sondern um diesen die Möglichkeit zu bieten, ihre Identität zu wahren. Es sind ja Weltkulturen und nicht Provinzdialekte: das Deutsche und das Italienische, das Englische, das Französische und die anderen europäischen Sprachen. Wir gehen nicht in Europa auf. Die deutsche Nation bleibt wie die französische, die britische, die polnische und all die anderen unentbehrlicher Bestandteil Europas, dessen Reichtum die Vielfalt, nicht die Uniformität ist.

Wir Deutschen haben immer den kulturellen Austausch mit den anderen Kulturen Europas und der Welt gepflegt, mehr als andere. Man muß wissen: wer hat denn die polnische, die tschechische, die slowakische Nationalkultur aus den Trümmern der Vergangenheit wiederaufgebaut? Das waren deutsche Gelehrte! Wenn Sie nach Indien kommen, – wer hat die Indologie begründet?! Wir lieben die Ausländer, und wir lieben auch ausländische Kulturen. Aber damit der Austausch möglich bleibt, bleiben wir, was wir sind: das deutsche Volk in einer deutschen Gesellschaft mit einer deutschen Kultur.

(Beifall)

Denn Austausch, meine Damen und Herren, setzt ja Verschiedenheit voraus. Wenn keine Unterschiede bestehen, können Sie nichts mehr austauschen; dann kann man höchstens noch umrühren.

Die Politik der CDU/CSU ist sozial, liberal und national; sie ist konservativ und europäisch. Keines dieser Elemente ist verzichtbar, auch nicht das nationale.

Warum, meine Damen und Herren, haben wir die Last des Zusammenschlusses in den neuen Bundesländern wie in der alten Bundesrepublik Deutschland auf uns genommen? Doch nur deshalb, weil beiderseits der Teilungsgrenze Deutsche lebten, die Deutsche waren, Deutsche sind und es bleiben wollen!

(Zustimmung)

Das war doch der Grund für unsere Anstrengungen. Das Nationale wird auch für die Zukunft ein wesentlicher Faktor politischer Integration bleiben.

Auf der anderen Seite wissen wir - das sage ich ebenso klar -, daß die Elemente sozial, liberal und national Teilwahrheiten enthalten, die durch Verabsolutierung zu Unwahrheiten werden. Das christliche Menschenbild bewahrt uns davor, diesen falschen Weg zu gehen. Andere setzen das Soziale absolut, lösen es von seinen Bedingungen. Dann wird daraus Sozialismus. Wir aber wissen: Sozial ist gut, Sozialismus ist schlecht - in allen seinen Varianten.

(Beifall)

Für die anderen Teilwahrheiten gilt das ebenso: Liberal ist gut, aber ein Liberalismus, der in seinen Ansätzen rücksichtslos und egoistisch ist, ist schlecht. Wir haben keine liberale Marktwirtschaft, wir haben eine soziale Marktwirtschaft, und so heißt sie von Anbeginn.

National ist gut, aber ein die Rechte anderer Völker verletzender Nationalismus ist schlecht, ist eine furchtbare zerstörerische Kraft, wie wir es in Deutschland erlebt haben und jetzt in Jugoslawien erleben.



Auf das Maß kommt es an und darauf, daß das eine Element nicht zu Lasten des anderen verherrlicht wird. Halten wir an unserem Gesamtbild vom Menschen fest, an unserem christlichen Menschenbild, dann werden wir die große Volkspartei bleiben, die die Mehrheit unseres Volkes in einer politischen Heimat zusammenführt.

Ein Letztes: Hinzu kommen muß das Kämpferische. Wir müssen unsere Politik und unsere Grundsätze solidarisch und offensiv vertreten. Meine Damen und Herren, wer nicht von sich selbst überzeugt ist, der kann auch andere nicht überzeugen; das hängt irgendwie miteinander zusammen.

(Beifall)

Die Union muß eine kämpferische Gemeinschaft bleiben und dort, wo sie es nicht oder nicht mehr ist, wieder werden. Wir kämpfen um die Herzen der Menschen. Die Menschen sind nicht vor allem „kopfgesteuert“, mögen sie noch so klug sein oder sich dafür halten. Der Zentralpunkt des Menschen ist das Herz. Die Menschen werden unserer Politik auf Dauer nur zustimmen, wenn diese mit ihrem Denken und Fühlen in Einklang steht. Es ist die Seele des Menschen, die seine Würde ausmacht.

Am Ende meiner Zeit als Fraktionsvorsitzender - nicht als CDU-Politiker; das bleibe ich natürlich - darf ich sagen: Wenn wir das, was ich angedeutet habe, beherzigen, wenn wir fähig sind, uns den Menschen wirklich und ehrlich zuzuwenden, dann werden wir das Fundament verbreitern, auf dem Vertrauen wächst, jenes Vertrauen, das unserer Partei auch in Zukunft Mehrheiten ermöglicht.

Ich fasse zusammen: Seien wir stolz auf das Geschaffene, verteidigen wir unsere Werte, und arbeiten wir für die Zukunft unseres Volkes.

(Beifall)

Es lebe Dresden, diese herrliche Kulturstadt, die wieder aufblühen wird!

(Beifall)

Es lebe Sachsen, der Stamm der Sachsen und ihr Freistaat,

(Anhaltender Beifall)

und es lebe Deutschland, unser Vaterland!

(Lebhafter Beifall)

**Prof. Dr. Klaus Töpfer**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich übergebe das Wort an den Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Liebe Freunde! Lieber Alfred Dregger, ich möchte Ihnen hier vor dem Forum des Parteitages noch einmal, wie ich es ja schon in der Fraktionssitzung aus Anlaß der Wahl von Wolfgang Schäuble tun konnte, ganz einfach ein herzliches Wort des Dankes sagen,

(Beifall)

ein Wort des Dankes an einen Mann, der zeit seines politischen Lebens gradlinig seinen Kurs verfolgt hat

(Beifall)

und den wir eben so erlebt haben, wie er immer war und bleiben wird: ein Mann mit einer noblen Gesinnung. Ich will das wiederholen, was ich in der Fraktion gesagt habe: Er ist ein Herr in der Bonner Politik, und die sind nicht eben häufig.

(Beifall)

Er liebt sein Vaterland und ist weltoffen, zugleich ein deutscher Europäer. Oft wurde er mißverstanden und hat es - lieber Alfred Dregger, das darf man wohl sagen - manchmal auch genossen, mißverstanden zu werden.

Er ist vor allem ein Mann, dessen Wesen sich nicht nur in der Politik erschließt. Wer einmal mit Alfred Dregger, dem früheren Oberbürgermeister von Fulda, durch seine Stadt gegangen ist, wer Erläuterungen über Bauwerke und Bilder erhalten hat, der hat einen kunstsinnigen Mitbürger erlebt, der weit über das politisch Alltägliche hinaus von seiner kulturellen Bildung geprägt ist. Alfred Dregger ist ein Mann, der viel in die Politik mit eingebracht und der deren Auf und Ab erlebt hat. Jeder weiß, daß er in den Tagen des Regierungswechsels 1982 buchstäblich wenige Meter vor dem Ziel es dann doch nicht geschafft hat, das Amt des Hessischen Ministerpräsidenten zu erreichen. Er hat unsere Partei weit nach vorn gebracht, er verstand zu dienen und er hat gedient.

(Beifall)

Lieber Alfred Dregger, ich habe Ihnen persönlich für Freundschaft und Kameradschaft, für Hilfe und Unterstützung zu danken. Auch und vor allem habe ich Ihnen dafür zu danken, daß Sie - auch im Verhältnis zu den Jüngeren - immer versucht haben, einen ganz selbstverständlichen Gesprächskontakt und ein selbstverständliches Miteinander herzustellen. Wir wünschen Ihnen noch viele gute und erfüllte Jahre in unserem Kreise. Wir wollen und brauchen Ihren Rat und Ihre Unterstützung. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Klaus Töpfer**, Tagungspräsidium: Ich erteile nun dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble, das Wort.

**Dr. Wolfgang Schäuble** (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Dank der Partei an Alfred Dregger, das ist eine bewegende Stunde auch für mich. Wir sind in dieser Partei und in unserer Fraktion eine Gemeinschaft, die sich in vielen Auseinandersetzungen und bei vielen auseinanderstrebenden Interessen immer neu bewähren muß. Alfred Dregger hat soeben die Grundlagen unserer Gemeinschaft beschrieben, die uns die Kraft geben, diese Aufgaben zu meistern. Wir, die 318 Abgeordneten von CDU und CSU im Deutschen Bundestag, sind entschlossen, auf dieser Grundlage weiterzuarbeiten und unserer Verantwortung gerecht zu werden.

Maß und Mitte, unsere Grundwerte und Grundüberzeugungen, unser vom christlichen Glauben geprägtes Bild vom Menschen und seinem Auftrag sind es, die uns befähigen, unser Volk zu einen und unser Land zu führen.

Wir sind die Partei der deutschen Einheit. Deshalb haben wir mit Helmut Kohl auch die Einheit in Frieden und Freiheit erreicht. Nun gilt es, die Einheit zu vollenden. Dem ist dieser Dresdner Parteitag gewidmet, und das ist auch die vorrangige Aufgabe der Fraktion der CDU/CSU in der 12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags, der ersten im wieder vereinten Deutschland.

Wir sind in der Fraktion dabei, zwischen Kollegen aus neuen und alten Ländern gegenseitige Rücksichtnahme und Verständnis zu lernen und zu üben. Das ist nicht leicht bei so unterschiedlichen Erfahrungen; aber wir sind in dem ersten Jahr schon ganz ordentlich vorangekommen.

Ich möchte ein Wort des Dankes sagen an unsere Kollegen aus den östlichen Bundesländern, die mehr an Spannungen, Erwartungen und Enttäuschungen aushalten müssen, als viele sich vorstellen können, und die deshalb Anspruch auf mehr Solidarität haben.

(Beifall)

Ich möchte die stellvertretenden Vorsitzenden unserer Fraktion Maria Michalk und Johannes Nitsch nennen und den Parlamentarischen Geschäftsführer Clemens Schwalbe und die Vorsitzenden unserer Landesgruppen, Michael Wonneberger aus Brandenburg, Paul Krüger aus Mecklenburg-Vorpommern, Rolf Rau aus Sachsen, Rainer Krziskewitz aus Sachsen Anhalt und Udo Haschke aus Thüringen. Ich möchte auch Günter Krause und Angela Merkel nennen.

(Beifall)

Ich sagte, wir versuchen, Verstehen und Rücksichtnahme zu lernen und zu üben. Beim Tempo und beim Ausmaß der Veränderungen, denen die Menschen im so lange geteilten Deutschland ausgesetzt sind, bei den Wechselbädern von Betroffenheit und Verdrängungen ist die Gefahr groß, daß wir uns gegenseitig überfordern. Statt Selbstgerechtigkeit und Besserwisserrei brauchen wir die Bereitschaft zum Zuhören und Verstehen.

Erneuerung tut not und die Einsicht in Fehler, Verstrickung und Verantwortung. Aber wir müssen auch begreifen, daß die Teilung und die Vergangenheit gemeinsames Erbe und gemeinsame Last sind. Die meisten hatten im geteilten Deutschland nicht die Chance, sich auszusuchen, ob sie im Westen oder im Osten leben wollten, und die einen wie die anderen haben sich so gut wie möglich ihr Leben einzurichten versucht. Da hat nicht der eine alles ganz richtig und der andere alles ganz falsch gemacht.

Oder auf aktuelle Aufgaben bezogen: Die im Westen müssen sich daran erinnern, daß die Soziale Marktwirtschaft nach dem Krieg auch nicht von heute auf morgen gelernt und akzeptiert wurde und daß auch im Westen viele Abstriche von der reinen Lehre gemacht wurden und Kompromisse – auch faule – immer neu eingegangen werden. Die im Osten sollten ertragen, daß Erfahrungen auch mit eigenen, früher selbst gemachten Fehlern vorhanden sind, die man ungern ungenutzt sehen möchte und auf die man deshalb so häufig verweist, daß das im Osten leicht als Überheblichkeit verstanden wird.

Erneuerung und Aufarbeitung der Vergangenheit erfordern vor allem Ehrlichkeit. Deshalb müssen wir uns auch gegen die Geschichtsfälscher wehren, die schon fleißig unterwegs sind. Bei manchen Diskussionsbeiträgen habe ich, gelegentlich den Eindruck, als habe die frühere DDR bestanden aus dem Zentralkomitee der SED, der Stasi, Schalck-Golodkowski, den „Blockflöten“ von der CDU und im übrigen aus 16 Millionen Widerstandskämpfern. So war es aber nicht.

(Beifall)

Im übrigen: Hätten die im Westen unter gleichen Verhältnissen zu leben gehabt, dann hätten sie sich kein Haar anders verhalten als die Menschen in der damaligen DDR.

(Beifall)

Übrigens war es auch nicht so, daß die Union die eigentliche Stütze des SED-Regimes war. Die CDU hat ja im Gegensatz zu anderen immer an der Einheit festgehalten und auch nicht auf die eine deutsche Staatsangehörigkeit verzichtet. Wenn wir versucht haben, durch eine Zusammenarbeit mit denjenigen, die die Macht innehatten, die Folgen der Teilung zu lindern, dann haben wir damit nicht nur den Menschen im geteilten Deutschland geholfen, sondern auch der Einheit gedient.

(Beifall)

Es war übrigens nicht irgendeine stalinistische oder sonstige Entartung, die in Deutschland, in Europa und in der Sowjetunion gescheitert ist, liebe Freunde, sondern es war der real existierende Sozialismus.

(Beifall)

In den über 70 Jahren seit der Oktoberrevolution hat dieser Sozialismus, wo immer er tatsächlich verwirklicht wurde, nichts anderes zustandegebracht als das Elend und die Not, die wir jetzt nach dem endgültigen Scheitern mühsam zu überwinden haben.

(Beifall)

Dies darf weder verdrängt noch vergessen werden. Deswegen haben wir in der Fraktion beschlossen, im Deutschen Bundestag eine Enquete-Kommission einzusetzen, die die politischen, historischen, sozialen und moralischen Aspekte des SED-Systems aufarbeiten soll.

Natürlich muß die Justiz im Rechtsstaat ihre Aufgaben erfüllen; aber wir wissen, daß der politische und moralische Unrechtsgehalt eines totalitären Systems mit der Strafjustiz eines Rechtsstaats nur sehr unvollkommen aufgearbeitet werden kann. Gleichwohl sind wir gegen ein Tribunal, also die Fortsetzung der Strafgerichtsbarkeit mit anderen, vielleicht nicht rechtsstaatlichen Mitteln. Wir hoffen statt dessen, daß eine solche Enquetekommission, in die wir neben Mitgliedern des Bundestags auch Fachleute von außen berufen können, einen Beitrag dazu leisten kann.

Daneben bleibt auch die Aufarbeitung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität eine gesamtstaatliche Aufgabe, mit der das Land Berlin, seine Justiz und Polizei nicht alleine gelassen werden können.

(Beifall)

Alle 16 Bundesländer sind bei der Erfüllung dieser gesamtstaatlichen Aufgabe, die nach der föderalen Ordnung unseres Grundgesetzes Ländersache ist, gefordert, und der Bund wird im Rahmen seiner Möglichkeiten dabei helfen.

Alfred Dregger hat recht: Bei aller Notwendigkeit, die Vergangenheit aufzuarbeiten, müssen wir darauf achten, daß wir unsere Kraft nicht darin erschöpfen, sondern daß wir auch fähig bleiben, die Aufgaben von Gegenwart und Zukunft zu meistern. Die Überwindung der Folgen von 40 Jahren Teilung und Sozialismus – wirtschaftlich, sozial und ökologisch – hat Vorrang und muß Vorrang haben. Prioritäten setzen heißt im Alltag auch, daß nicht alles zur selben Zeit möglich ist – in den westlichen Ländern nicht und in den östlichen auch nicht.

In einer Zeit, in der große Aufbauarbeiten rasch geleistet werden müssen, haben Investitionen Vorrang. Bei aller Notwendigkeit, die Folgen des raschen Strukturwandels sozial abzusichern, dürfen sich unsere Kräfte darin nicht erschöpfen. Wir müssen unsere finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhalten, und wir müssen sie für den Aufbau der östlichen Länder nutzen.

Das muß auch beim Steueränderungsgesetz und bei der Unternehmensteuerreform im Hinblick auf den einheitlichen Binnenmarkt in Europa durchgesetzt werden. Deshalb muß die SPD ihre Blockade- und Verweigerungshaltung aufgeben.

(Beifall)

Der Aufbau muß schnell gehen. Deswegen ist es gut, daß Günther Krause das Beschleunigungsgesetz für große Infrastrukturprojekte durchgesetzt hat.

(Beifall)

Das Thema ist übrigens ein gutes Beispiel dafür, daß im Westen nicht alles glänzend geworden ist. Wenn man daran denkt, daß jedes größere Investitionsprojekt heute einen Vorlauf von mindestens zehn Jahren Planungs- und Genehmigungszeit hat, dann wird deutlich, daß die Erneuerung durch die Überwindung der Teilung uns allen guttut.

(Beifall)

Daß aber die Regierung des Landes Brandenburg sich diesem Beschleunigungsgesetz verweigert hat, habe ich nicht verstanden. Die existentiellen Interessen des Landes und seiner Bürger hinter die parteipolitische Rücksichtnahme auf eine Ampelkoalition zurückzustellen - das ist ein Skandal, der sich mit den historischen Aufgaben im vereinten Deutschland nicht verträgt.

(Lebhafter Beifall)

Im übrigen zeigt sich auch, daß mit Ampelkoalitionen in dieser Zeit wahrlich kein Staat zu machen ist.

Um unsere Einheit gut zu vollenden, liebe Freunde, müssen wir uns daran erinnern, daß wir sie nicht allein errungen haben. Ohne Europa mit unserer Integration im Westen wie mit den Reformprozessen im Osten hätten wir Einheit und Freiheit nicht erreicht. Deshalb müssen wir unsere Einheit auch in Europa einbringen und für Europa nutzen. Wir dürfen uns nicht nur mit unseren eigenen Problemen befassen.

(Beifall)

Der Zusammenbruch des Weltkommunismus und der Wegfall des Eisernen Vorhangs hat in Osteuropa die Tür zu Freiheit, Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft aufgestoßen. Das sind vielleicht noch größere Änderungen auch für die betroffenen Menschen als bei uns in Deutschland. Das muß gelingen. Das ist auch unsere Aufgabe. Deshalb darf die deutsche Einheit nicht von der europäischen Einigung getrennt werden. Deshalb war der Gipfel in Maastricht so wichtig.

Die europäische Einigung ist gewiß mühevoll, aber sie ist der Mühe wert. Nur wenn Europa sich zusammenschließt und seine Kräfte bündelt, können wir unserer Verantwortung in einer Welt gerecht werden, in der die Erhaltung des Friedens wie die Bewahrung der Schöpfung immer mehr unteilbar werden. Die Aufgaben sind riesig, aber die Chancen zur Gestaltung auch. Deshalb gibt es keinen Grund zur Resignation. Wir haben auch kein Recht dazu. Wir brauchen vielmehr Kraft zur Zuversicht und Mut zur Zukunft.

Zukunft in Deutschland heißt im besonderen Zukunft für junge Menschen. Junge Menschen stellen neue Fragen, und wir müssen sie hören, aber wir schulden auch Antworten. Zur Antwort gehört, daß wir nicht alles wissen. Wir wissen aber z. B., daß Freiheit und Menschenrechte in Ost und West, in Nord und Süd unteilbar sind.

(Zustimmung)

Wir wissen, daß große Erfolge möglich wurden, weil wir vorbehaltlos und ohne Scheuklappen für Freiheit und Menschenrechte überall auf der Welt eingetreten sind: in Chile und in Südafrika, in vielen Staaten Asiens, aber eben auch in der früheren DDR und in anderen Ländern des Sowjetkommunismus.

(Beifall)

Wir wissen, daß unsere Verantwortung für soziale Gerechtigkeit, gegen Hunger und Not, für Arme und Schwache bei uns und überall auf der Welt unteilbar ist. Wir wissen auch, daß wir mit Sozialer Marktwirtschaft, mit Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft, mit Investitionen und technischen Innovationen Probleme besser lösen können. Wir wissen, daß wir damit nicht nur gute wirtschaftliche Ergebnisse, sondern auch mehr soziale Gerechtigkeit erreicht haben als irgendwann zuvor in der Geschichte der Menschheit. Dabei wissen wir auch, daß die Balance zwischen wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Ausgleich eine ständige Aufgabe ist, der wir uns jeden Tag neu zu stellen haben. Wir wissen, daß unsere Verantwortung für den

Frieden und für die Bewahrung unserer Umwelt und Natur dieser einen Welt immer weniger teilbar ist. Wir wissen auch, daß dazu nicht nur Nachdenklichkeit und Betroffenheit, sondern auch Handeln gefordert ist, in Jugoslawien so sehr wie zum Erhalt der tropischen Regenwälder.

(Beifall)

Mit Verweigerungshaltung und Aussteigermentalität sind weder Umweltprobleme zu lösen noch ist der Frieden damit zu bewahren.

Mut und Demut sind für uns keine Gegensätze. Wir wollen neue Fragen aufnehmen, zuhören, und wir sind auch bereit zu lernen. Wir schulden aber auch Antworten, denn Antworten sind die Grundlage von Verantwortung. Die Fraktion von CDU und CSU ist zu dieser Verantwortung bereit.

(Langanhaltender lebhafter Beifall –  
Die Delegierten erheben sich)

**Prof. Dr. Klaus Töpfer**, Tagungspräsidium: Sehr geehrter, lieber Wolfgang Schäuble, der ganze Parteitag dankt Ihnen für diese großartige Rede, für diesen Bericht der Fraktion.

(Beifall)

Wir alle und sicherlich auch die gesamte CDU Deutschlands danken Ihnen aber auch für die Herkulesarbeit, die Sie tagtäglich bewältigen.

(Beifall)

Wir danken Ihnen dafür, daß Sie einen glaubwürdigen Entwurf christlich-demokratischer Politik in Deutschland vorgestellt haben. Wir wissen, daß diese Rede ein wertvoller Beitrag im Hinblick auf den Bericht der Fraktion war, aber sie enthielt in Form und Inhalt eben auch einen glaubwürdigen Entwurf für die Gestaltung der Zukunft im vereinten Deutschland. Herzlichen Dank, Dr. Wolfgang Schäuble!

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 11:

### Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments

und zugleich TAGESORDNUNGSPUNKT 12 auf:

### Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1989 nach § 23 Parteiengesetz

Diese beiden Berichte sind den Delegierten mit ihren Tagungsunterlagen schriftlich vorgelegt worden. Meine Damen und Herren, darf ich davon ausgehen, daß Sie damit einverstanden sind, daß schriftlich berichtet wird?

(Beifall)

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist offenbar nicht der Fall. Damit sind die schriftlich vorgelegten Berichte bestätigt.

Ich rufe nun TAGESORDNUNGSPUNKT 13 auf:

### Aussprache zu den Berichten

Ich möchte zu Beginn der Aussprache darauf hinweisen, daß Wortmeldungen auf vollständig ausgefüllten Wortmeldezetteln beim Tagungspräsidium abzugeben sind. Die Wortmeldezettel befinden sich bei Ihren Tagungsunterlagen.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich auf folgendes hin: Die Kreisgeschäftsführerinnen und Kreisgeschäftsführer, die heute zu Mitgliedern der Stimmzählkommission gewählt wurden, werden gebeten, sich jetzt zu einer Besprechung im Sitzungsraum der Stimmzählkommission einzufinden. Sie finden diesen Raum vom Saal aus gesehen auf der rechten hinteren Bühnenseite.

Ich eröffne nunmehr die Aussprache. Ich gebe unserem Parteifreund Ministerpräsident Erwin Teufel das Wort.

**Erwin Teufel** (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir leben in einer Zeit, in der die Tagesordnung der Politik weltweit neu geschrieben wird. Die Sowjetunion zerfällt, Europa wächst und wächst zusammen, und Deutschland muß seine Aufgabe in Europa und in der Welt neu bestimmen.

Ich sehe vier große Herausforderungen, die alle gleichzeitig zu bewältigen sind:

Erstens. Wir müssen den Aufschwung im Osten Deutschlands schaffen, ohne den Abschwung im Westen Deutschlands zu riskieren.

(Beifall)

Trotz mancher Ernüchterungen und auch Enttäuschungen in den neuen Bundesländern, die unvermeidbar waren: Deutschland hat das Werk seiner Einigung insgesamt konsequent, erfolgreich und mit großer Solidarität vollbracht. Dabei denke ich an die umfassenden personellen und auch finanziellen Hilfen. Die neuen Bundesländer brauchen allerdings auch in den kommenden Jahren unsere Hilfe zur Selbsthilfe. Konkret heißt das: Der Fonds Deutsche Einheit zugunsten der neuen Länder muß auch für das Jahr 1992 auf das Niveau des Jahres 1991 aufgestockt werden.

(Beifall)

Der Bund, die westlichen Länder und alle unsere Institutionen, unsere Gemeinden, unsere Städte, unsere Kreise müssen personelle und partnerschaftliche Hilfe auch in den nächsten Jahren leisten.

(Vereinzelt Beifall)

Auch unsere Wirtschaft wird weiterhin dazu beitragen, daß aus den Ruinen des Sozialismus in einigen Jahren eine blühende Industrielandschaft entsteht. Der Aufschwung im Osten hat allerdings eine wichtige Voraussetzung: daß es im Westen keinen Abschwung gibt. Das ist keineswegs selbstverständlich, wenn man sich bei unseren westlichen Nachbarn, den Industrieländern, umschaute.

Ich bitte deshalb unsere Landsleute im Osten auch um ihre Solidarität. Niemand hätte etwas davon, wenn bei uns im Westen die Wirtschaft und die Finanzen in Unordnung kämen. Wir brauchen eine ehrliche, eine solide Finanzpolitik. Die öffentliche Verschuldung kann nicht mehr weiter gesteigert werden. Wir Deutschen wissen aus leidvollen Erfahrungen, welch verheerende Folgen eine Inflation hat. Ohne stabile Mark gibt es keine positive Entwicklung, weder im Westen noch im Osten.

(Beifall)

Der Wohlstand im Westen ist nicht in vier Monaten und nicht in vier Jahren erreicht worden, sondern in vierzig Jahren. So lange werden wir nicht brauchen, aber wir brauchen dennoch Geduld.

Natürlich ist es richtig, manche Vorhaben im Bund und in den Ländern zurückzustellen. Das ist schon deshalb notwendig, weil man Geld, zumal Milliardenbeträge, nicht

zweimal ausgeben kann. Ich stimme hier mit dem Bundeskanzler völlig überein, wenn er sagt: „Das eine oder andere Hallenbad braucht jetzt nicht unbedingt gebaut zu werden.“ Es gibt weitere Vorhaben, die nicht sofort verwirklicht werden müssen. Auch manche Stadtsanierung kann um zwei oder drei Jahre zurückgestellt werden.

(Beifall)

Konzentration auf das wirklich Notwendige, wie es Helmut Kohl formuliert, ist sicher eine Zielsetzung, die man bejahen kann. Aber, meine Damen und Herren, das kann nicht heißen – ich bitte um Verständnis, wenn ich dies offen ausspreche –, daß die westlichen Länder auf vordringliche Maßnahmen, beispielsweise in der Verkehrspolitik, im öffentlichen Personennahverkehr, beim Bau von Kliniken, von Altenpflegeheimen, bei der Förderung von Studienplätzen, bei der Forschungsförderung, zurückfahren, denn diese Aufgaben sind unverzichtbar, und zwar heute. Würden wir die Forschungsförderung reduzieren, könnten wir in fünf Jahren nicht mehr aufholen und im Wettbewerb nicht mehr mithalten.

(Beifall)

Oder was soll ich den Universitätsrektoren unseres Landes oder den Studenten sagen, die zehn Stunden mit mir gesprochen haben und den Nachweis führen, daß sie eine gegenüber der Kapazitätsberechnung 100%ige Überlast tragen müssen? Ich kann sie nicht ohne Antwort und ohne Hilfe lassen. Studienplätze müssen jetzt geschaffen werden. Wir können keinen totalen Numerus clausus brauchen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, deswegen sage ich offen: Als Ministerpräsident muß ich der Verantwortung für das ganze Deutschland, aber auch der Verantwortung für mein Land gerecht werden.

Die zweite Aufgabe heißt: Europa bauen, aber demokratisch und föderalistisch. Das Jahr 1991 hat die Ohnmacht und die Hilflosigkeit der europäischen Regierungen auf eine peinliche Weise offenbart, zuerst am Golf, jetzt in Kroatien. Es war deshalb eine richtige Politik, daß Helmut Kohl und er allein ein Junktim zwischen der Währungs- und Wirtschaftsunion auf der einen Seite und substantiellen Fortschritten auf dem Weg einer politischen Union andererseits hergestellt hat.

(Beifall)

Es gibt keine Alternative. Europa muß eine politische Union und eine Friedensmacht werden. Wichtig ist, daß Europa kommt. Genauso wichtig ist, wie dieses Europa aussehen wird. Wir wollen ein demokratisches und nicht ein bürokratisches Europa, wir wollen kein zentralistisches, sondern ein föderalistisches Europa. Das Subsidiaritätsprinzip muß zum inneren Bauprinzip dieser Europäischen Gemeinschaft werden.

Dies bedeutet: Es sollten in Zukunft keine neuen Kompetenzen an die EG übertragen werden ohne Stärkung der demokratischen Kontrolle, ohne eine konsequente Aufwertung des Europäischen Parlaments. Wir wollen auch eine Mitwirkung der Bundesländer und der Regionen in Europa bei der europäischen Willensbildung, also eine Beteiligung an einer regionalen Kammer.

Die dritte Aufgabe: Hilfe für unsere Nachbarn im Osten und Abbau der Armutsgrenzen in der Welt. Wir haben es miterlebt, wie Mauern fallen, wie Grenzen abgebaut werden, politische Grenzen in Europa, militärische Grenzen zwischen Ost und West. Demokratie und Marktwirtschaft haben sich über Diktaturen, Planwirtschaft durchgesetzt. Die



entwickelten Industriegesellschaften müssen nun mit aller Kraft eine weitere Grenze überwinden, die die Welt teilt und, wenn nichts geschieht, die die Welt bald in Unordnung bringen wird, nämlich die Armutsgrenze zwischen Nord und Süd und zwischen Ost und West.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen unseren Nachbarvölkern in Osteuropa und Südosteuropa helfen, damit sie nicht im wirtschaftlichen Elend versinken. Wir dürfen uns nicht nur auf unsere nationale Aufgabe, den Aufbau der neuen Bundesländer beschränken.

(Beifall)

Wir müssen mehr Entwicklungshilfe als bisher leisten und müssen sie vor allem auf die Armutsbekämpfung konzentrieren.

Wir leben noch immer in einer hochgerüsteten Welt, in der Millionen von Menschen verhungern. Jetzt haben wir die Chance zu einer Abrüstung. Nutzen wir die Chance, die sich jetzt bietet: Weniger Rüstungsausgaben, mehr Geld für die Entwicklungshilfe! Entwicklungshilfe ist Friedenspolitik!

(Beifall)

Die vierte große Herausforderung – nehmen wir sie nicht leicht! –: Wir müssen in Deutschland und in Europa die japanische Herausforderung annehmen und erfolgreich bestehen. In den nächsten Jahren wird sich entscheiden, wo sich künftig das wirtschaftliche Zentrum in dieser Welt herausbildet, in den USA, in Japan oder in Europa. Über den Einfluß Europas in der Welt entscheiden nicht mehr starke Heere oder zuverlässige Militärbündnisse, sondern wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, das Kapital an Wissen, die Qualifikation der Menschen und vor allem der technologische Vorsprung. Japan hat Europa im Welthandel in einzelnen Bereichen der Hochtechnologie bereits überholt. Trotzdem bin ich überzeugt: Wir Deutsche und Europäer können diesen Wettbewerb bestehen. Das setzt allerdings voraus, daß wir endlich aufhören, mit Milliardensummen Vergangenheitsindustrien zu subventionieren. Wir müssen statt dessen in Deutschland und in Europa Zukunftsindustrien Vorrang einräumen.

(Beifall)

Wenn wir das schaffen – und ich sehe keine Alternative dazu –, dann schaffen wir nicht nur auf mittlere und längere Sicht neue Märkte, wir legen auch den wirtschaftlichen Grundstein für die neue Rolle Europas in der Welt. Sonst werden wir den Anschluß gerade auf jenen Gebieten verlieren, die über unsere Zukunft entscheiden. So oder so: Mit unserer Technologie- und Forschungspolitik entscheiden wir über die Zukunft Deutschlands und Europas in der Welt.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, mit diesem Konzept gehen wir in die Landtagswahl in Baden-Württemberg. Diese Wahl am 5. April 1992 ist von entscheidender Bedeutung für unser Land, aber auch für die CDU Deutschlands.

(Beifall)

Wir sind zuversichtlich, und wir hoffen auf Ihre Unterstützung. Wir setzen in Baden-Württemberg auf eine eigenständige regierungsfähige Mehrheit der CDU.

(Beifall)

Auf die FDP können wir in Baden-Württemberg gern verzichten;

(Beifall)

denn durch Koalitionen wird – wie man andernorts sieht – nichts besser, aber vieles schlechter.

(Beifall)

Unsere Zuversicht gründet in der Gewißheit, daß wir in Baden-Württemberg auf dem Fundament einer gesunden Wirtschaft viel getan haben für die Familien, für die Kinder, für eine lebenswerte Umwelt, für eine intelligente Verkehrspolitik, für die älteren Mitbürger, für unsere Landwirtschaft. Auf neue Probleme haben wir mit neuen Ideen geantwortet.

Die großen Themen unserer Zeit, von denen ich gesprochen habe, suchen eine lebendige, eine dialogfähige Partei. Als offene Partei, die einlädt zum Mitdenken, zum Mitdiskutieren, zum Mitmachen, wird die CDU von selbst attraktiv werden, gerade auch für junge Menschen. Nutzen wir diese Chance!

(Lebhafter Beifall)

**Barbara Schäfer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Teufel, für Ihre Ausführungen.

Ich darf nun Herrn Professor Dr. Carstens bitten, das Wort zu ergreifen, Ihnen aber vorher noch nachträglich zu Ihrem gestrigen Geburtstag namens des Bundesparteitages sehr herzlich gratulieren.

(Beifall)

**Prof..Dr. Karl Carstens**: Verehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich stehe hier mit einer gewissen Bewegung; denn es ist das erste Mal seit 14 Jahren, daß ich auf einem Parteitag unserer Partei das Wort ergreife.

(Beifall)

Als ich das letzte Mal sprach, war ich der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, und die Fraktion befand sich in der Opposition. Das war kein ganz einfacher Stand, aber, wie Sie alle wissen, wurde er schließlich erfolgreich überwunden dank der hervorragenden Arbeit von Helmut Kohl, Alfred Dregger und jetzt meines dritten Nachfolgers im Amt, Wolfgang Schäuble.

Ich möchte zu einem grundsätzlichen Thema kurz das Wort ergreifen, nämlich zu der Frage, wie wir Deutschen uns in dieser Zeit selbst verstehen sollten. Wir hören von allen Seiten, wir seien eine pluralistische Gesellschaft. Das ist zutreffend. Es gibt keine Frage, zu der alle Deutschen dieselbe Meinung hätten. Wir bejahen diese Vielfalt.

Uns wird auch gesagt, daß wir eine multikulturelle Gesellschaft seien oder zumindest werden sollten. Daran ist auch etwas Richtiges. Wir müssen und wollen uns auf die Anwesenheit von vielen Ausländern in unserem Lande einstellen.

Aber mit diesen beiden Worten pluralistisch und multikulturell ist das Selbstverständnis der Deutschen nach meiner Auffassung nicht erschöpfend beschrieben. Wir müssen versuchen, gerade auch unseren ausländischen Mitbürgern zu erklären, was wir meinen, wenn wir sagen, wir sind Deutsche. Dabei sollten wir ganz klar machen, daß die Deutschen, abgesehen von einer schrecklichen Phase ihrer Geschichte, niemals fremdenfeindlich eingestellt waren.

Ich kann mich gut erinnern: Als ich Kind, zehn Jahre alt war, war der Fußballklub Schalke 04 Deutscher Meister.

(Beifall)

Jeder zweite im Fußballklub Schalke 04 war Pole. Wir jubelten, wenn die Polen die Tore schossen.

Die Ausschreitungen gegen Ausländer, die wir in der letzten Zeit erlebt haben, mißbilligen wir alle auf das schärfste. Sie sind verabscheuungswürdig. Aber das beschreibt jedenfalls nach meiner Meinung nicht das ganze Problem. Das Problem besteht darin, daß Hunderttausende von Ausländern unter Berufung auf das Asylrecht des Grundgesetzes in das Bundesgebiet einreisen, ohne asylberechtigt zu sein. Das erzeugt viel böses Blut, auch unter gutwilligen Deutschen.

Der Staat muß versuchen, hier Abhilfe zu schaffen. Daß das ein ungeheuer schwieriges Problem ist, sieht jeder ein. Aber wir dürfen die Augen davor nicht verschließen. Wir bejahen das Asylrecht – ich für meine Person sage das jedenfalls –, aber wir wenden uns gegen seinen systematischen Mißbrauch.

(Beifall)

Was aber sind denn nun die Merkmale der Deutschen? Ich möchte versuchen, vier davon zu nennen.

Zunächst möchte ich die christliche und christlich-soziale Wurzel nennen. Für sie steht im katholischen Lager der Bischof von Mainz Wilhelm Ketteler, der frühzeitig die soziale Frage erkannte und sich um ihre Lösung bemühte, ebenso wie Adolf Kolping, der kürzlich seliggesprochen wurde und sich in besonderer Weise der arbeitenden Menschen, vor allem der Handwerksgelesen annahm.

Auf evangelischer Seite stehen als frühe Vorbilder August Hermann Francke, der schon im 18. Jahrhundert die Hallischen Stiftungen zur christlichen Erziehung der Kinder begründete, ebenso wie später Friedrich von Bodelschwingh, der im 19. Jahrhundert die Betheler Anstalten schuf, und schließlich Hinrich Wichern, der ebenfalls im 19. Jahrhundert die Innere Mission begründete und das berühmte Rauhe Haus in Hamburg errichtete. Sie alle wirken bis heute nach und sind einer der Gründe – vielleicht der wichtigste Grund –, auf dem das soziale Engagement der Deutschen beruht.

Zum zweiten nenne ich als charakteristisches Merkmal des deutschen Volkes die deutsche Kultur, die deutsche Sprache, die deutsche Dichtung, wie sie repräsentiert wird von Goethe und Schiller, von Kleist und Hölderlin, von Fontane und vielen anderen Dichtern, dazu die deutsche Musik, als deren herausragende Vertreter ich Bach, Händel und Beethoven nenne, und schließlich die deutsche Philosophie und deren wichtigsten Repräsentanten, Immanuel Kant.

Wir sollten unseren ausländischen Mitbürgern sagen - das meine ich -, daß eine Hymne, die inzwischen den Rang einer Weltfriedenshymne einnimmt, nämlich „Freude, schöner Götterfunken“, von einem Deutschen gedichtet und die Musik dazu von einem Deutschen geschrieben worden ist, nämlich von Schiller und von Beethoven, und es steht uns gut an, wenn wir das auch gelegentlich erwähnen.

(Beifall)

Das dritte Merkmal, das ich nennen möchte, ist die freiheitliche Tradition der Deutschen, mit der wir uns identifizieren. Sie beginnt im 19. Jahrhundert und erreicht ihren Höhepunkt in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Dort wurde eine Verfassung verabschiedet, die die beste Verfassung war, die das deutsche Volk in den folgenden hundert Jahren hatte, auch wenn sie nicht in Kraft trat. Erst das Grundgesetz von 1949 nahm die Ideen der Frankfurter Verfassung wieder auf.

Der Hesse Heinrich von Gagern war der erste Präsident der Nationalversammlung, Eduard Simson aus Königsberg, ein Jude, wurde sein Nachfolger. Robert Blum aus Sachsen war der Anführer der Linken; er starb als Märtyrer in Wien. Friedrich Dahlmann, Johann Droysen und Ludwig Uhland waren Mitglieder dieser Versammlung, und ich meine, wir sollten an diesen Namen erinnern, und ich bin übrigens der Meinung – und ich habe diese Meinung immer vertreten –, daß an unseren Schulen diese großen Namen der deutschen Geschichte gelehrt werden sollten.

(Beifall)

Die Frankfurter Nationalversammlung führte die Farben schwarz-rot-gold als deutsche Nationalfarben ein, Farben, die uns bis heute vereinen.

Aber 16 Jahre vor Frankfurt, nämlich 1832, hatte sich schon in der Pfalz, auf dem Hambacher Schloß, eine große Menge freiheitlich gesonnener Bürger versammelt. Unser Freund Bernhard Vogel hat das Verdienst, die 150jährige Wiederkehr dieser großen Kundgebung für Freiheit und Recht zu feiern. Auf dem Hambacher Schloß sprachen viele Redner, am eindrucksvollsten war Philipp Jacob Siebenpfeiffer. Aus seiner Ansprache möchte ich die beiden Schlußsätze zitieren. Siebenpfeiffer schloß seine Rede mit folgenden Sätzen: „Es lebe das freie, das einige Deutschland!“

(Vereinzelt Beifall)

„Hoch leben die Polen, der Deutschen Verbündete! Hoch leben die Franken“ - damit meinte er die Franzosen – "der Deutschen Brüder, die unsere Nationalität und Selbständigkeit achten! Hoch lebe jedes Volk, das seine Ketten bricht und mit uns den Bund der Freiheit schwört! Vaterland – Volkshoheit – Völkerbund – hoch!“

Das war vor 160 Jahren. Und auch dieser Mann verdient es, der Vergessenheit entrissen zu werden, denn er hatte eine Zukunftsvision für Europa und von Europa, die in den folgenden anderthalb Jahrhunderten kein europäischer Staatsmann erreicht hat; weder Bismarck – bei aller sonstigen Verehrung für Bismarck – noch Stresemann haben die Einheit gesehen, die zwischen Franzosen, Deutschen und Polen bestehen muß.

Jetzt, im August dieses Jahres, haben die Außenminister dieser drei Länder sich in Weimar getroffen und eine Resolution verabschiedet, in der es heißt, daß Europa an einem historischen Wendepunkt steht und daß für das Gelingen der Zukunft Europas die Polen, die Deutschen und die Franzosen maßgebende Verantwortung tragen.

Ich bitte um Ihre Nachsicht, daß ich hier einen kleinen historischen Rückblick gehalten habe, aber ich dachte, ich sollte diese einzigartige Gelegenheit benutzen, um vor allem auf Siebenpfeiffer, den großen Freiheitskämpfer des Hambacher Festes, hinzuweisen.

Wenn wir heute nach dem Selbstverständnis der Deutschen gefragt werden, dann laßt uns darauf antworten: Wir stehen in der christlichen, der christlich-sozialen Tradition; wir sind geprägt durch die Kultur unseres Volkes, und wir halten die freiheitliche, völkervereinende Tradition aufrecht, deren Wurzeln im 19. Jahrhundert gelegt wurden. Wir sind aus tiefster Überzeugung Europäer, deren Ziel die politische Einheit Europas ist.

Und dann können wir über den pluralistischen und multikulturellen Charakter unseres Volkes weiter diskutieren. – Ich danke Ihnen vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Barbara Schäfer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Prof. Carstens.

Ich darf jetzt Herrn Thomas Stritzl, Landesverband Schleswig-Holstein, bitten, sich zur Verfügung zu halten.

Vorab, liebe Parteitage delegierte, möchte ich Sie noch gern auf den Stand der Gesellschaft für Multiple Sklerose Sachsen – Schirmherrin: Ingrid Biedenkopf – unten neben dem Eingang aufmerksam machen. Diese Multiple-Sklerose-Gesellschaft Sachsen veranstaltet eine Tombola. Jedes Los kostet 10 Mark. Ich möchte Sie sehr herzlich bitten, von dem Angebot dieses Standes Gebrauch zu machen. Der Erlös der Tombola dient der Förderung der Bekämpfung dieser schrecklichen Krankheit Multiple Sklerose. Vielen Dank.

Herr Stritzl, Sie haben das Wort.

**Thomas Stritzl:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! 80 Prozent von jungen Leuten sollen nach neuesten Umfragen mit der Politik nichts mehr am Hut haben wollen. Das ist nach meiner festen Überzeugung ein schlimmes Alarmsignal, denn wenn wir diesen Trend nicht umkehren, kann Demokratie nicht gestaltet werden, wenn faktisch eine ganze Generation nicht mehr an dieser Gestaltungsaufgabe mitwirken will.

Dies setzt nicht nur Herausforderungen an die Politik, und ich glaube, die Bundesregierung tut einiges, um dem entgegenzuwirken. Ich würde mich freuen, wenn auch auf anderen Ebenen – auch wenn das Geld knapp ist – nicht dann und nicht dort gespart wird, wo es junge Menschen besonders dringend brauchen.

(Vereinzel Beifall)

Entscheidend ist auch, wie wir als CDU darauf reagieren. Es wurde vorhin gesagt, auch von Ministerpräsident Teufel: Dialogfähigkeit erhöhen! Ich bin mir aber nicht ganz sicher, ob die Strukturen der CDU ausreichen, um wirklich Dialogfähigkeit sicherstellen zu können. Das gilt nicht nur für die etwas jugendferne Zusammensetzung vieler Delegiertenversammlungen; das gilt auf Mandats-, das gilt auf anderen Ebenen. Ich glaube, wenn wir Dialogfähigkeit, die wir brauchen, sicherstellen wollen, dann müssen wir auch jugendnahe Strukturen schaffen; denn sonst reden wir nur über junge Menschen und nicht mit jungen Menschen.

(Vereinzel Beifall)

Der Ist-Zustand unserer Partei ist meines Erachtens bisher dieser Aufgabe nicht gerecht geworden. Der Ist-Zustand unserer Partei ist oft dadurch gekennzeichnet daß wir richtiggehend jugendfreie Zonen mittlerweile in der CDU Deutschlands haben. Das darf sich nicht so fortsetzen. Es ist nicht nur ein Eigeninteresse der jungen Leute. Klar sagt man immer, junge Leute reden nur für sich selbst; darum geht es gar nicht. Wir wollen – um mit einem estnischen Sprichwort zu reden: Wenn du Hunger hast, gib ihm keinen Fisch, sondern eine Angel – keine Almosen, wir wollen keine Alibiposition. Was die CDU in ihrem eigenen Interesse als Volkspartei braucht, ist eine jugendnahe Struktur, jungen Menschen eine Chance zu geben, sich bewähren zu können, sich auch in der Verantwortung bewähren zu können und sich nicht auf einen Weg zu begeben, wo letztlich Verantwortung erst dann geleistet und getragen werden kann, wenn man in die Verantwortung „hineinvergreift“ ist. Das wollen junge Leute nicht. Sie wollen in Verantwortung hineinwachsen.

In dem Sinne, glaube ich, war es richtig, was Helmut Kohl, der in diesem Bereich ja auch bereits nachvollziehbare Akzente gesetzt hat, gesagt hat: mehr junge Leute auf allen Ebenen in die Verantwortung. – Nur, wir dürfen es nicht einem überlassen,

sondern wir müssen es alle tun. Wenn wir nicht mehr junge Leute für uns begeistern können, wenn nicht mehr junge Leute bei uns mitmachen können, dann haben wir unsere Zukunft als Partei nicht vor uns, sondern bereits hinter uns. Deswegen laßt uns alle kämpfen, daß es klappt, das Ziel zu erreichen: mehr junge Leute in die CDU! – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Barbara Schäfer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Stritzl.

Ich darf jetzt dem Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, unserem Parteifreund Werner Münch, das Wort erteilen.

**Prof. Dr. Werner Münch** (mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich glaube, daß wir außerordentlich gut beraten waren, diesem Parteitag das Motto zu geben: „Gemeinsam gestalten wir Deutschlands Zukunft in Freiheit.“ – Ich denke, daß es sicher kein Zufall ist, daß das Wort „gemeinsam“ an erster Stelle dieses Mottos steht. „Gemeinsam“ heißt ja wohl: alte und neue Länder, heißt Ost und West, heißt dasselbe auch in bezug auf die eigene Partei.

Ich denke, daß es wichtig ist, daß wir, wenn wir dieses Motto ernst nehmen, unter der gemeinsamen Verantwortung auch das zusammenfügen, was wir für den Aufbau der neuen Länder brauchen. Wir brauchen jeden mit seiner eigenen Biographie, mit seiner eigenen Geschichte und Erfahrung und mit den unterschiedlichen Schwerpunkten, die er zur Erfüllung dieser Aufgabe einbringen kann.

Ich möchte an dieser Stelle gerne einmal etwas sagen, was heute meinem Eindruck nach noch zu wenig zum Ausdruck gekommen ist: Es hat – wenn man von Kriegszeiten absieht – kaum eine Situation gegeben, in der Menschen so viel zugemutet worden ist wie den Menschen in den neuen Bundesländern in den letzten 12 oder 14 Monaten.

(Beifall)

Ich denke, daß es ein Wort des Dankes und der Anerkennung wert ist, daß wir die Leistungen zusammenfassen können, indem wir sagen: Es ist Erstaunliches geleistet worden. Es ist eine hohe Innovationsfähigkeit bewiesen worden. Es ist eine große Arbeitsleistung erbracht worden. Vieles von dem, was an Vorurteilen an Stammtischen herumgeistert, entspricht natürlich überhaupt nicht der Realität.

Ich denke, daß ein zweites wichtig ist, wenn wir das Wort „gemeinsam“ etwas analysieren, nämlich daß wir deutlich sagen müssen, daß in der Vergangenheit unter diesem Stichwort eine gigantische Hilfeleistung in Gang gesetzt worden ist – materiell, finanziell, personell, und zwar nicht nur auf der staatlichen Ebene, sondern auch von vielen einzelnen Personen, Gruppen, Verbänden, Organisationen. Ich denke, daß es überhaupt nicht selbstverständlich ist, daß jede vierte Mark des Bundeshaushalts 1992 in die neuen Bundesländer fließt.

(Beifall)

Ich sage hier ausdrücklich - weil auch ich manchmal, um es kritisch anzumerken, den Eindruck habe, daß wir dies von uns aus zu wenig tun -, daß wir hierfür dankbar zu sein haben und daß es überhaupt nicht selbstverständlich ist, daß dies so geschieht. Ich möchte diesen Dank insbesondere mit Bezug auf den Fonds Deutsche Einheit, das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost und manche andere Dinge zum Ausdruck bringen.

Lieber Herr Kollege Teufel, ich habe sehr wohl gehört, was Sie vorhin gesagt haben. Ich habe dies auch sehr ernsthaft registriert, und ich kann dem im Kern überhaupt nicht widersprechen und will es auch nicht tun, weil es von der Sache her nicht berechtigt wäre, aber ich möchte aus meiner Sicht gerne hinzufügen: Auch wir wissen, daß wir mit dem Geld verantwortungsbewußt umzugehen haben. Auch wir wissen, daß alles nicht sofort machbar ist. Auch wir wissen, daß wir Geduld und Zeit brauchen und daß wir unsere Menschen ein Stückchen dahin zu bringen haben, daß auch sie dazu bereit sind. Aber ich bitte umgekehrt darum, auch zu verstehen und einzusehen, daß Menschen, die 57 Jahre durch zwei Diktaturen um den größten Teil ihres Lebens betrogen worden sind, auch das Recht haben, etwas ungeduldiger zu sein und manchmal auch ein bißchen aggressiver zu fordern.

(Beifall)

Ich wäre dankbar, wenn von diesem Parteitag auch ein Impuls in die Richtung ausginge, daß Sie unsere Bitte verstehen, daß wir auch weiterhin unterstützt werden, und daß wir Ihnen umgekehrt gern zusagen, daß wir auch Ihre Sichtweise nicht vergessen, aber jedes personelle oder finanzielle Loch, das in einem westlichen Bundesland aufgerissen wird, ist im Ergebnis immer noch kleiner als das, was in einem östlichen Bundesland bestehen bleiben würde.

(Beifall)

Ich möchte einen zweiten Punkt mit Blick auf das Motto sowie auf Sinn und Ziel dieses Parteitages aufgreifen und die Frage stellen: Sind wir mit dem, was wir erreicht haben, eigentlich zufrieden? Wie sieht bei einer kritischen Bewertung die Bestandsaufnahme aus?

Ich möchte Sie nicht mit Zahlen langweilen, aber ich denke, daß ich vielleicht doch einmal zwei jüngste Umfragedaten nennen darf, um daraus entsprechende Konsequenzen abzuleiten. Es hat im Spätsommer dieses Jahres eine Befragung durch die Wickert-Institute gegeben. Die Fragestellung lautete: Wer von Ihnen – befragt wurden Bürgerinnen und Bürger in den westlichen Bundesländern – hat seit der Wende einen direkten persönlichen Kontakt zu einem Menschen in einem östlichen Bundesland aufgenommen? Die Zahl derjenigen, die dies getan haben, lag bei 18 %; bei den Menschen bis zu 30 Jahren waren es 13 %. Das heißt: Gut jeder zehnte junge Mensch hat einen solchen persönlichen Kontakt hergestellt.

Es gab eine zweite zum Jahrestag der deutschen Einheit von Infas durchgeführte Befragung. Die Fragestellung, an die Bürger in den östlichen Bundesländer gerichtet, lautete: Fühlen Sie sich eigentlich immer noch als Ostdeutsche? Umgekehrt, an die Bürgerinnen und Bürger im Westen gerichtet, lautete die Fragestellung: Fühlen Sie sich als Gesamtdeutsche oder immer noch als Westdeutsche? – Die Antwort im Osten lautete zu 65 %: Wir fühlen uns noch als Ostdeutsche. Sie lautete in den westlichen Bundesländern zu 60 %: Wir fühlen uns noch als Westdeutsche.

Wir haben andere Umfragedaten, die z.B. eine stärkere Distanz zur Einbindung in die NATO unterstreichen. Wir haben Umfragedaten, die eine unglaublich kritische Distanz zu Religion und Kirche erkennen lassen und vieles mehr.

Ich sage dies nicht deshalb, um daraus möglicherweise einen Vorwurf an die Menschen im Osten abzuleiten, ganz im Gegenteil. Denn die Erfahrung mit einem Staat, der seine Bürger entmündigte, bespitzelte und betrog, führte eben dazu, daß das Vertrauen in staatliche und gesellschaftliche Institutionen im Osten weit geringer ist als im Westen.

Welche Konsequenzen sollten wir aus dieser Situation ziehen? Ich möchte einige wenige sehr konkrete Vorschläge im Sinne der Interpretation der gerade vorgetragenen Daten machen.

Erstens. Ich glaube, daß wir eine große Bereitschaft beweisen müssen, Erfahrungen und Stimmungen der Menschen in den neuen Bundesländern stärker wahrzunehmen und auch stärker ernst zu nehmen.

Ich glaube zweitens, daß wir, die CDU, eine besonders herausgehobene Verantwortung haben, eine Systemauseinandersetzung mit der Fragestellung zu führen: Warum ist der Sozialismus gescheitert, warum haben sich Rechtsstaat und Demokratie durchgesetzt? Es geht nicht darum, das Scheitern des Sozialismus sozusagen als eine selbstverständliche historische Tatsache zu begreifen und damit im Alltag zur Tagesordnung überzugehen.

(Beifall)

Ich glaube drittens, daß wir einsehen müssen, daß Geduld notwendig ist und daß innere Einheit und Vertrauensbildung Zeit brauchen und nicht in wenigen Monaten herzustellen sind.

Ich glaube viertens, daß Gemeinsinn nicht dadurch entsteht, daß man Vorurteile pflegt und daß man sich gegenseitig mit Forderungen und Vorwürfen überbietet, sondern daß Gemeinsinn da anfängt, wo man miteinander redet und den anderen in seiner besonderen Lage zu verstehen beginnt.

Fünftens. Ich glaube, daß wir sehr viel stärker, als wir dieses Thema bisher angepackt haben, die Aufarbeitung der DDR-Geschichte betreiben müssen. Ich bin ein großer Anhänger der schon geäußerten Idee, zu einer Art zweitem Institut für Zeitgeschichte zu kommen. Ich denke, daß es gut wäre, ein solches Institut in einem östlichen Bundesland anzusiedeln. Ich werbe gar nicht für Sachsen-Anhalt. Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, daß Weimar ein guter Standort dafür wäre.

(Beifall)

Sechstens und letztens. Ich glaube, daß es wichtig ist, daß wir verstärkt Gesprächsforen auf Bundesebene anbieten, bei denen Künstler, Wissenschaftler, Intellektuelle und insbesondere Repräsentanten der Wende zu Wort kommen, weil das ein Weg ist, um Sprache und Empfindungen der Menschen im Osten und im Westen einander anzunähern.

Wir Christdemokraten, meine Freunde, haben großes Vertrauen in den neuen Bundesländern, weil die Menschen dort genau wissen, daß wir es waren, die die staatliche Einheit nicht aufgegeben haben. Gerade deshalb müssen wir jetzt Motor sein, um die innere Einheit herzustellen. Wenn wir dies tun mit einem Wort, das Max Weber in seiner Schrift „Politik als Beruf“ einmal als die Wesensmerkmale des Politikers geschildert hat, nämlich mit Leidenschaft, mit Augenmaß und mit Verantwortungsbewußtsein, dann sind wir gut beraten, und ich denke, daß wir dies dann auch im Sinne einer guten Zukunft gemeinsam für ein besseres Deutschland tun. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

**Barbara Schäfer**, Tagungspräsidentin: Meine Damen und Herren, ich bitte jetzt Herrn Jürgen Langner vom Landesverband Sachsen, ans Rednerpult zu kommen. Gleichzeitig bitte ich, daß sich als nächste bereithalten Frau Dr. Böhm vom Landesverband



Rheinland-Pfalz und Hermann Gröhe vom Landesverband Nordrhein-Westfalen. – Mit einem Blick auf die Uhr bitte ich alle folgenden Rednerinnen und Redner, sich auf fünf Minuten zu beschränken.

(Beifall)

Ich bitte nun Herrn Jürgen Langner.

**Jürgen Langner:** Werte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich komme aus dem Erzgebirge, dem Landkreis Marienberg, wo einst „de Walder haamlich rauschten“. Durch 40jährige Wirtschaftspolitik der SED in Grund und Boden gestampft, sehen wir den „Erfolg“: Wir sind heute eines der größten Waldschadensgebiete Europas.

Ich komme aus einer Gegend mit jahrhundertelanger christlicher und bergbaulicher Tradition. Ich schäme mich auch nicht meiner sächsischen Sprache.

(Beifall)

Im Gegenteil, wir sollten alle unsere Sprachtradition pflegen; denn das kann uns verbinden und die Norddeutschen dazu bringen, uns interessant zu finden. Das Erzgebirge und das Land Sachsen – das werden sicherlich alle bemerkt haben – haben einiges zu bieten.

Dort, wo ich herkomme, sind wir ein relativ schwaches Wirtschaftsgebiet mit wenig Industrie und kleinen mittelständischen Betrieben. Da können Sie sich sicher vorstellen, was es für uns in der Region bedeutet, wenn die wenigen Großbetriebe jetzt nur durch totale Umstrukturierung wieder in Gang gebracht werden können. Noch schlimmer ist, daß die alten neuen Geschäftsführer über Nacht plötzlich die Marktwirtschaft erfunden haben wollen.

(Beifall)

Wenn ich von innerer Einheit spreche, dann meine ich natürlich die restlose Zerschlagung der alten Wirtschaftsstruktur, die bis jetzt auf vielen Ebenen leider noch nicht ganz erfolgt ist.

(Beifall)

Das heißt, es müssen Möglichkeiten geschaffen werden, diese alten neuen Bonzen endlich von ihren Plätzen zu vertreiben.

(Beifall)

Ich muß Ihnen sagen: Ich gehöre zur ehemaligen alten CDU, und dessen schäme ich mich nicht; denn die Leute der alten CDU – und damit meine ich nicht nur die im Osten, sondern auch die Damen und Herren im Westen – haben bei der Umstrukturierung und bei der Zerschlagung der Strukturen einiges getan. Wir haben in den ersten Reihen der Demos gestanden und dort gesprochen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Stasi noch allgegenwärtig gewesen ist. Wenn wir Geschichtsbewältigung betreiben, sollten wir es also ganz tun und vor allen Dingen objektiv sehen. Wir haben unter anderem auch der jungen CDU – das muß ich einmal sagen – den Weg zum Erfolg der Wahlen geebnet; denn die Qualität der Partei ist weiß Gott nicht abhängig vom Eintrittsdatum. Und wenn Sie mich fragen: Brave und artige Parteimitglieder müssen nicht immer gut sein.

Wer also, wenn man so spricht, kennt die Sorgen und Nöte in den neuen Bundesländern besser als wir? Wir haben von unserem Parteivorsitzenden Kohl gehört, daß es nur eine CDU in Deutschland gibt. Rücken wir also endlich wieder

zusammen, meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde in den westlichen Bundesländern, besuchen Sie Ihre Parteifreunde in den östlichen Bundesländern von Rostock bis nach Eisenach, von Dömitz bis Görlitz, von Görlitz bis Marienberg! *Informieren Sie sich vor Ort! Als Erzgebirgler kann ich Ihnen sagen: Familienanschluß ist bei uns weiß Gott kein Problem!*

Was uns zu denken gibt, sind die Schwierigkeiten an der Basis. Von daher komme ich, und deswegen wollte ich einige Punkte loswerden. Das große Problem der Klärung der Eigentumsverhältnisse ist Ihnen sicherlich bekannt. Ich kann davon ein Lied singen. Ich bin in der Firmenleitung eines mittelständischen Betriebes, wo wir alle davon sprechen, daß das Handwerk und der Mittelstand gefördert werden müssen. Wenn ich sage, daß ich teilweise nicht zum Zuge komme, wenn es um die Klärung der Eigentumsverhältnisse geht, daß ich seit über einem Jahr wie Don Quichotte gegen Windmühlen kämpfen muß, dann können Sie mir glauben, daß ich davon etwas weiß.

Das Weitere betrifft die Aufbauphase der neuen Verwaltungsstruktur. Wenn ich Ihnen sage, was Verwaltungsstruktur bedeutet, muß ich auch sagen: Ich kenne einige Leute, die als erstes von unseren bundesdeutschen Freunden und Beamten die Mentalität übernommen haben. Geben wir uns deshalb alle ein Zeichen, daß Schwierigkeiten in der Verwaltungsstruktur nur durch gegenseitiges Verständnis geklärt werden können. Das bedeutet, daß die Kompliziertheit der rechtlichen Verhältnisse auf ein einfaches Niveau gebracht werden muß; denn den Prozeß der inneren Einheit besser zu gestalten, muß gegenseitiges Verstehen heißen.

Meine Damen und Herren, ich wollte Ihnen nur wenige Dinge zum Nachdenken geben. Es würde Stunden dauern, um alles zu sagen. Ich habe mich deshalb auf Weniges beschränkt.

Nehmen wir die Aufgaben der inneren Einheit ernst! Geben wir allen Menschen Mut; denn das erwartet man vom heutigen Parteitag von uns.

Meine Damen und Herren, ich wünsche uns Kraft, Gesundheit und Gottes Hilfe bei der Bewältigung dieser historischen Aufgabe mit einem herzlichen Glückauf aus dem Erzgebirge.

(Beifall)

**Barbara Schäfer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Stellvertretend für alle Geburtstagskinder des heutigen Tages möchte ich der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Frauen-Union, Frau Karwatzki, sehr herzlich zu ihrem heutigen Ehrentag gratulieren. Herzlichen Glückwunsch, Frau Karwatzki!

(Beifall)

Frau Dr. Böhmer, Landesverband Rheinland-Pfalz, Sie haben jetzt das Wort.

**Dr. Maria Böhmer:** Frau Tagungspräsidentin! Liebe Parteifreunde und Parteifreundinnen! Nach dem Verlauf des heutigen Parteitags und der bisherigen Beiträge bin ich ein Stück optimistisch, daß wir das Ziel, das wir uns alle setzen – und davon gehe ich aus: daß die CDU jünger und weiblicher werden soll –, in der Tat erreichen können.

(Beifall)

Im Vorfeld dieses Parteitags gab es eine typische Freitag-den-Dreizehnten-Presse-meldung, und die lautete: Die Union beginnt auch soziologisch von der Substanz zu leben. Wenn ich mich hier in diesem Saal umsehe, so muß ich sagen: Wer das geschrieben hat, der wäre gut beraten, sich in diesen Reihen einmal umzusehen.

Aber auf der anderen Seite brauchen wir auch den klaren Blick dafür, was die Statistiken und was die Zahlen uns sagen. Es ist in der Tat erschreckend, zu lesen, daß wir in den alten Bundesländern nur 6,6 % junge Leute unter 30 Jahren in der CDU haben. Da ist die Zahl von 16,9 % in den neuen Bundesländern sehr viel optimistischer für mich. Und was die Frauen angeht, so würde ich auch sagen, wir sollten uns an dem orientieren, was die Frauen aus den neuen Bundesländern uns vorgemacht haben, nämlich 40 % Frauen in der CDU. Das ist eine stolze Zahl und eine gute Zielvorgabe für uns alle.

(Beifall)

Wir klagen auch immer darüber, daß die CDU nicht so attraktiv sei, nicht die Resonanz finde bei jungen Leuten und bei Frauen. Ich glaube, wir müssen Schluß machen mit dem Klagen. Wir müssen zum konkreten Handeln kommen. Heute stehen Entscheidungen an, die unter Beweis stellen können, daß es der CDU sehr wohl ernst damit ist, Junge und Frauen in Führungsämter zu berufen. Und das sollte ein Signal sein für alle Ebenen der Partei: für die Ortsebenen, die Kreisebenen, die Bezirksebenen und auch die Landesebene. Es darf nicht beim Appell bleiben, es muß gehandelt werden!

(Beifall)

Es ist aber nicht nur unser Problem als CDU, es ist ein Problem insgesamt und ein Problem, was sehr tief geht: daß junge Menschen Distanz üben, wenn es um Mitwirkung in unserer Demokratie geht. Bei der letzten Bundestagswahl haben 20 % weniger den Weg zur Wahlurne angetreten, und im Osten unseres Landes waren es noch mehr.

So viel Verständnis ich für diese Haltung auf Grund der vorhergehenden Erlebnisse auch aufbringe, so muß ich doch sagen: Es ist wichtig, mitzutun bei den politischen Entscheidungen, es ist wichtig, mitzugestalten und auch die Richtung mitzubestimmen. So müssen wir alle einladen und offen sein für alle, ob Jung, ob Alt, ob Männer, ob Frauen, in dieser Partei in Ämtern und Mandaten, aber auch bei punktuellen Aktionen mitzuwirken.

Ich stelle mir aber auch vor, daß es darüber hinaus für uns wichtig ist, daß wir die Themen in die Öffentlichkeit bringen, die wirklich die Öffentlichkeit berühren. Da habe ich manches Mal Zweifel, ob wir die richtigen Themen wählen und ob wir die richtigen Fragen stellen; und ob wir dann auch noch die richtigen Antworten geben, dahinter setze ich ein dickes Fragezeichen. Nicht nur denjenigen, der im Stau steht, interessiert es, wie wir die Verkehrsprobleme lösen, sondern das interessiert alle. Und nicht nur diejenigen, die eine Wohnung suchen, wollen wissen, wie es mit dem Wohnungsbau weitergeht. Es geht auch nicht allein darum, einen Baum zu erhalten, sondern es geht um den Erhalt unserer Lebensgrundlagen überall in unserem Lande, und deshalb ist Umweltpolitik keine Wohltat, deshalb ist Umweltpolitik eine dringende Notwendigkeit.

(Zustimmung)

Bei der Lösung der vor uns liegenden Aufgaben im Zusammenhang mit dem Zusammenwachsen, mit der deutschen Einheit, kommt der Sozialen Marktwirtschaft eine ganz ausschlaggebende Rolle zu. So manche sagen ja, der Wettbewerb der Systeme ist zu Ende, ein Spuk ist zu Ende gegangen. Ich glaube, es war mehr als ein Spuk, der hier in Thüringen, in Sachsen und in den anderen neuen Bundesländern, in der damaligen DDR sich abgespielt hat; es war ein menschenverachtendes und menschenzerstörendes System, was zu Ende gegangen ist. Aber das heißt doch

nicht, daß wir das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft etwa klein schreiben dürfen. Wir müssen es groß schreiben, und das heißt auch, daß wir überlegen müssen, wie die neuen Herausforderungen sind, daß wir schließlich auch zu den sozialen Aspekten die ökologische Komponente hinzunehmen müssen. Was wir brauchen, ist eine Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft, und das muß die Botschaft sein, die wir gemeinsam gestalten, gemeinsam gestalten in dem Sinne: Alle sind eingeladen und müssen Eigeninitiative zeigen.

Ich glaube, daß gerade unser Konzept „Soziale Marktwirtschaft“ den Schlüssel bietet, wirklich Verantwortung, Menschenwürde und Freiheit in allen Teilen Deutschlands miteinander voranzubringen. Ich hoffe, daß wir dazu alle Kräfte mobilisieren können, damit wir von Dresden allen die Botschaft nach Hause bringen können: Die CDU wird den Weg in die Zukunft gestalten.

(Beifall)

**Barbara Schäfer**, Tagungspräsidentin: Vielen Dank, Frau Dr. Böhmer! – Jetzt hat das Wort der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Hermann Gröhe.

**Hermann Gröhe**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freundinnen und Freunde der CDU! Der Landesvorsitzende der Jungen Union Schleswig-Holsteins, Thomas Strietzl, hat eben schon einmal auf die Jugenddebatte im Deutschen Bundestag am vergangenen Donnerstag hingewiesen, auch auf das erschreckende Resultat der Shell-Studie, das dort von unserer Jugendministerin Angela Merkel zitiert wurde: 80 % der Jugendlichen – so zitierte sie – mißtrauen uns, die wir politisch tätig sind. Ich sage bewußt „uns“, denn dies soll ja keine Anklage sein, sondern eine Anfrage an uns, an alle Parteien, aber natürlich auch an Jugendorganisationen. Ich erhoffe und erwarte von diesem Parteitag - und ich denke, viele Jüngere erwarten das -, daß wir die Herausforderungen, die vor uns liegen, als Chance der Einladung zur Mitarbeit nutzen.

Wenn ich an die jungen Leute in Dresden und in anderen Städten und Gemeinden der neuen Länder denke, dann waren es in den letzten Wochen sicher vor allem die Sorgen um eine gute und moderne Ausbildung, an denen sich Politik als konkreter Anwalt auch der Belange junger Menschen bewähren konnte und bewähren mußte. Ich denke, es ist ein großartiger Erfolg, wenn heute festgestellt werden kann, daß jeder Jugendliche in den neuen Ländern einen Ausbildungsplatz erhält. Wir als Junge Union sagen auch Dank dafür, daß der Bundeskanzler in der Weise, in der er das Anfang der 80er Jahre auch im Westen getan hat, sich persönlich zum Anwalt dieses Anliegens gemacht hat. Sich konkret als Anwalt junger Leute zu bewähren: dies stärkt wieder das Vertrauen in uns, wie es notwendig ist.

Es geht aber auch darum, Fehleinschätzungen, die auch wir getan haben, zuzugeben und Korrekturen vorzunehmen. Es geht – und dies sagen gerade unsere Freundinnen und Freunde aus den neuen Ländern – auch darum, über Vergangenes ohne Pauschalierung, ohne Selbstgerechtigkeit, aber auch ohne Vertuschung und mit Klarheit zu reden. Und es geht darum, all das zu vermeiden, was konkret Vorbehalte gegenüber der Politik bestärkt.

Ich will hier ganz konkret – gerade vor dem Hintergrund der Diskussion der letzten Tage in Hamburg – sagen, daß ich deswegen der festen Überzeugung bin: Wir müssen Regelungen schaffen, wonach die Beschlußfassung über die Diäten und ihre Festlegung außerhalb der Parlamente erfolgt. Dies darf nicht Sache der Parlamente sein, das muß außerhalb der Parlamente erfolgen.

(Beifall)

Ich denke aber auch, daß wir uns bis in die Kommunen Gedanken machen müssen und überprüfen müssen, ob nicht bestimmte Unvereinbarkeiten bestehen zwischen politischen Ämtern und Ämtern in Verwaltungs- und Aufsichtsgremien von Unternehmen, die in der öffentlichen Hand sind. Ich glaube, hier kann man konkret Vorbehalte, die im Hinblick auf diejenigen bestehen, die Politik machen, abbauen.

Von zentraler Bedeutung wird es sein, daß wir verstärkt Foren des direkten Gesprächs miteinander schaffen. Hier war sicher das Jugendforum in Schwerin, das Junge Union und CDU gemeinsam veranstaltet haben, ein wichtiger Schritt. In lockerer Atmosphäre das Gespräch zwischen Politik und jungen Leuten zu suchen und zu führen, dieses Motto „Politik zum Anfassen“ wünschen wir uns für die Parteiarbeit überhaupt, gerade wenn es um die Ansprache junger Leute geht. Es geht um attraktivere Veranstaltungen, und es geht um die Möglichkeit der Mitarbeit und des Mitredens in unseren Reihen, selbst dann, wenn man sich noch nicht entschieden hat, Mitglied zu werden.

Schließlich brauchen wir auf allen politischen Verantwortungsebenen Anwälte des Lebensgefühls und der Denkweise jüngerer Leute. Hier hat es in den letzten Jahren Veränderungen gegeben, die wir begrüßen: die junge Gruppe im Deutschen Bundestag oder die Schaffung eines Jugendministeriums, wie dies die Junge Union in Hamburg auf dem ersten gemeinsamen gesamtdeutschen CDU-Parteitag vorgeschlagen hatte. Wir begrüßen außerordentlich, in welcher Weise sich Angela Merkel als engagierte hervorragende Sprecherin gerade unserer Anliegen, der Anliegen der Jüngeren, profiliert,

(Beifall)

und ich sage ausdrücklich: Wir begrüßen den Vorschlag, sie zur stellvertretenden Vorsitzenden dieser Partei zu wählen.

(Beifall)

Ich rufe all denen, die dies hoffentlich mittragen, zu: Wir erwarten, daß diese Wahl für unsere Partei nicht Alibi-, sondern Modellcharakter hat.

(Zustimmung)

Volker Rüge hat ja - und ich bin ihm dafür dankbar, daß er hier Klartext gesprochen hat - darauf hingewiesen, wie notwendig dieses Modell ist. Wenn von 9000 westdeutschen Ortsverbänden dieser Partei über 2000 keine einzige oder nur eine Frau in ihren Reihen als Mitglied haben, wenn 1800 Ortsverbände niemanden unter 30 Jahren und 300 Ortsverbände gar niemanden unter 40 Jahren mehr in ihren Reihen sehen, ist der Charakter der Volkspartei partiell in Frage gestellt, und wir haben allen Anlaß, dies gemeinsam zu ändern.

Ändern wollen auch, wenn sie sich überhaupt für Politik interessieren, junge Leute etwas, und deswegen ist, so denke ich, die Hauptherausforderung, vor der wir stehen, die, als Regierungspartei zu zeigen, daß wir für den Veränderungswillen junger Leute offen sind. Mir scheint, die heute ja oft genannten Herausforderungen - deutsche Einheit, Europa, Schaffung der vereinigten Staaten von Europa, weltweiter Schutz der Schöpfung, Hilfe für die Ärmsten - zeigen deutlich: Es geht um mehr als um die Verwaltung und Fortschreibung des Status quo. Es geht um eine Gestaltung und ein Verändern, zu dem es sich lohnt einzuladen. Darauf freuen wir uns. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Barbara Schäfer**, Tagungspräsidium: Danke, Herr Gröhe.

Ich habe eine wichtige Mitteilung für die Mitglieder der Antragskommission zu machen. Die Antragskommission tritt heute abend nach Ende der Plenarsitzung zusammen. Die Mitglieder werden gebeten, im Foyer die linke Treppe bis zur dritten Etage zu benutzen; sie finden dann den Sitzungsraum der Antragskommission im Durchgang links.

In der Reihenfolge der Rednerliste erteile ich das Wort jetzt unserem Parteifreund Minister Dr. Zeh, Landesverband Thüringen.

**Dr. Klaus Zeh:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Vergangenheitsbewältigung - oder besser: Aufarbeitung der Vergangenheit - ist ein Thema, das die Gesellschaft der ehemaligen DDR beschäftigt. Es beschäftigt alle Menschen, und ich meine, es ist auch eine Aufgabe jedes einzelnen in dieser Gesellschaft. Dennoch sollte sich die CDU in ihrer Rolle und in ihrer Verantwortung dieser Aufgabe in der gegenwärtigen Situation besonders verpflichtet fühlen. Wir sollten uns dieser Aufgabe stellen, denn das erwarten die Wähler von uns. Wir sollten diese Aufgabe etwas gründlicher angehen als andere, und vor allen Dingen sollten wir sie so angehen, daß wir die Erwartungen und die Forderungen, die wir an andere gesellschaftliche Gruppen stellen, auch uns selbst stellen.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, wir sind uns einig: Es kann keine Pauschalverurteilungen geben. Es muß immer nach individueller Schuld bzw. individueller Verantwortung gefragt werden. Meßlatten, die nach dem Rasenmäherprinzip funktionieren, sollte es nicht geben. Damit werden nur Abschußlisten und Erfolgsquotenmeldungen in der Presse provoziert. Bei einer so eingeleiteten Aufarbeitung der Vergangenheit werden wir nicht ohne Beschädigungen herauskommen.

Was aber, meine Damen und Herren, ist das eigentliche Maß, was kann man als Maß formulieren? Wir in der Reformkommission in Thüringen haben versucht, uns eine Art Fragenkatalog zu stellen, eine Art Gewissenserforschung zu betreiben, und wir sind der Meinung, über diesen Fragenkatalog sollte in den Ortsgruppen- und den Kreisvorständen diskutiert werden. Diesen Fragenkatalog, der noch vervollständigt werden muß, möchte ich an dieser Stelle vortragen.

Meine Damen und Herren, jedes CDU-Mitglied sollte sich folgende Fragen stellen: Wie war meine öffentliche Reaktion auf den offensichtlichen Wahlbetrug im Mai 1989? Habe ich mich hinter die Wahlergebnisse der Einheitsliste der Nationalen Front gestellt und sie als demokratisches Wahlergebnis verteidigt? Wie habe ich mich gegenüber öffentlichen Anklägern gegen das Wahlergebnis verhalten?

Oder, meine Damen und Herren: Wie habe ich mich verhalten, als die Zeitschrift „Sputnik“ verboten wurde? Habe ich die Maßnahme verteidigt, weil dort angeblich Lügen über Stalin verbreitet worden sind oder weil dort Dinge stehen, die seinen historischen Großtaten nicht entsprechen?

Oder eine andere Frage: Wie reagierte ich auf die Studentenproteste in China? Habe ich deren Niederschlagung artig im SED-Jargon verteidigt, z.B. damit, man wisse ja ohnehin nicht, was dort eigentlich geschehen sei, und es seien ja ganz offensichtlich einige Kriminelle dabei gewesen?

Oder: Wie habe ich mich als CDU-Mitglied verhalten, als der Weimarer Brief an die Öffentlichkeit kam? Habe ich Unionsfreunde auf Linie gebracht und versucht, sie auf die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse einzuschwören?

Oder: Wie habe ich auf die Äußerungen von Oppositionsgruppen 1989 reagiert? Habe ich sie als imperialistische Infiltration und die Beteiligten als vom Klassenfeind aufgehetzte Asoziale und Rowdies bezeichnet? Und habe ich vielleicht in CDU-Orts- und -Kreisitzungen das Hohelied vom Sozialismus weiter gesungen?

Oder: Habe ich die Flüchtlingsbewegung über die ungarische Grenze 1989 noch als von BRD-Massenmedien inszenierte Schlammschlacht und von Provokateuren und Kollaborateuren in Gang gehaltenen Anschlag auf das sozialistische Wirtschaftsgebiet bezeichnet? Habe ich vielleicht die Botschaftsbesetzer als Verräter bezeichnet, und habe ich danach noch dazu aufgerufen, nun gerade meinen Beitrag für Frieden und Sozialismus an der Werkbank zu leisten?

Oder, meine Damen und Herren: Wie habe ich die ersten Herbstdemonstrationen 1989 kommentiert? Habe ich auch noch von Randalen gegen die Ordnungskräfte gesprochen? Wann war ich denn selbst das erste Mal dabei? War ich überhaupt einmal dabei? Und wann habe ich gemerkt, daß der Hase nun andersherum läuft und daß die Wende unumkehrbar ist? Als Honecker am 18. Oktober gehen mußte, als Krenz davongejagt wurde oder als der Parteitag der CDU am 16. Dezember 1989 in Berlin stattfand? Wann habe ich denn die Bilder von Honecker und Gerald Götting gegen die von Adenauer und Ludwig Erhard ausgetauscht?

Meine Damen und Herren, es geht um die offensichtlichen, um die erkennbaren Fehlleistungen mancher Damen und Herren in der letzten Zeit. Jede einzelne solcher Fehlleistungen rechtfertigt ein kritisches Hinterfragen. Aber es gibt auch noch andere, subtilere Formen der Unterwerfung unter die SED-Herrschaft, die man benennen müßte. Wer hat sich z.B. als Sprachrohr und Werkzeug der SED benutzen lassen, wer hat beispielsweise die Alleinvertretungsanmaßung der Bonner Ultras als aggressive und revanchistische Doktrin des westdeutschen Imperialismus bezeichnet oder als Ausdruck revanchistischer Gebietsansprüche in Osteuropa? Meine Damen und Herren, Vertreter, die in der Vergangenheit solche Äußerungen gemacht haben, die den Mitbürgern einen solchen verdichteten Schwachsinn zugemutet haben, das sind keine Vertreter unserer neuen Ordnung!

(Zustimmung)

Ich meine, diejenigen, die solche Äußerungen gemacht haben und die in dieser Hinsicht versagt haben, haben ihr moralisches Mandat verloren, auch wenn sie ihr politisches Mandat noch besitzen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Sie sollten nicht ausgegrenzt werden; nein, meine Damen und Herren, das ist nicht das, was wir wollten. Aber das Hängen an Positionen sollte nicht das erste sein, sondern es sollte das letzte sein.

Es gibt auch den Spruch, meine Damen und Herren: Wir waren doch alle Opfer und Täter zugleich. Eine solche Gleichmacherei, eine solche Auffassung kann ich nicht vertreten. Damit tun wir sehr vielen Menschen in diesem Land unrecht. Manch einer hat auf der Leiter sehr weit oben gestanden und war im Warmen; viele andere aber waren weiter unten im kalten Wasser.

Meine Damen und Herren! Es gibt außerdem nicht nur Opfer und nicht nur Täter in diesem Land. Ich möchte an die erinnern, die Verlierer sind. Wie viele Verwundungen tragen diese Menschen noch in sich! Die Wähler der CDU erwarten von uns, daß wir diese Wunden heilen, daß Unrecht wiedergutmacht wird und daß wir keine Verlierer der Einheit haben.

Meine Damen und Herren! Die Menschen in diesem Land haben ein politisches Unrechtsempfinden entwickelt, das jenseits von strafrechtsrelevanten Tatbeständen ist. Wir als CDU müssen die politische Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen dagegensetzen können. Aufarbeitung der Vergangenheit muß also aus meiner Sicht heißen: in der Wahrheit leben mit der Vergangenheit, aufdecken, wie es zu dieser Entartung einer menschenverachtenden Gesellschaft kam, und dann für die Zukunft Weichen stellen, damit so etwas nicht wieder passieren kann.

Meine Damen und Herren! Wir müssen die Zukunft bewältigen, wir müssen die Zukunft meistern. Da liegt der Schwerpunkt. Aber dazu gehört auch ein Stück Vergangenheit. Am Ende müssen Frieden und Aussöhnung stehen. – Vielen Dank!

**Barbara Schäfer**, Tagungspräsidentin: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Zeh! Ich darf jetzt Herrn Ulf Fink, dem Landesvorsitzenden von Brandenburg, das Wort erteilen.

**Ulf Fink**: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, wir als Christlich Demokratische Union haben allen Grund, stolz auf unsere Leistungen zu sein, weil es unter der Federführung der Christlich Demokratischen Union zur Einheit Deutschlands gekommen ist und wichtigste Schritte auf dem Felde der europäischen Einigung zurückgelegt wurden. Ich glaube, das sind große Leistungen, auf die wir alle miteinander stolz sein können.

Aber die Christlich Demokratische Union hat – das möchte ich hinzufügen – immer dann ihre stärkste Kraft entwickelt, wenn sie nicht nur über das gesprochen hat, was sie bereits geleistet hat. Sie war immer dann die große Partei, wenn sie von dem gesprochen hat, was noch zu leisten ist und was sie für die Bürger dieses Landes noch leisten will. Da gibt es ja eine Fülle von Dingen, die wir miteinander noch tun können und tun müssen.

Beispielsweise haben wir im Westen Deutschlands eine blühende soziale Marktwirtschaft erreicht. Aber wir haben es nicht erreicht, daß alle Menschen am Produktivkapital beteiligt sind. Dieses Ziel einer breiten Vermögensbildung haben wir nicht erreicht, obwohl Christliche Demokraten für dieses Ziel immer wieder eingetreten sind. Ich finde, es braucht doch nicht so zu sein, daß wir dasjenige, das wir im Westen nicht erreicht haben, im Osten auch nicht erreichen. Jetzt ist doch die Stunde, in der wir dafür sorgen können, daß breite Schichten im Osten nicht zum zweiten Mal enteignet werden, sondern Eigentum an ihren eigenen Firmen bekommen.

(Beifall)

Es ist doch auch kein Naturgesetz, daß wir im Westen Deutschlands, obwohl Deutschland eines der reichsten Länder auf der ganzen Erde ist, nach wie vor den Zustand haben, daß all die Menschen, die pflegebedürftig werden und in ein Heim gehen müssen – das kostet dann 5000, 6000, 7000 DM, und dafür reicht die Rente nicht aus –, obwohl sie nur pflegebedürftig werden, zu Taschengeldempfängern werden und zum Sozialamt gehen müssen. Das ist doch kein würdiger Zustand. Hier ist auch der Zeitpunkt gekommen, an dem unser Koalitionspartner, die F.D.P., sehen muß, daß das Thema erledigt werden muß. Da geht es nicht, daß die eine Seite blockiert, sondern da muß in Deutschland das getan werden, was zu tun ist.

(Beifall)

Ich kann auch zu dem Thema Treuhand einige richtige Aussagen machen. Selbstverständlich muß die Treuhand darauf achten, daß nur die Betriebe eine Existenz auf Dauer haben, die auch die Hoffnung haben können, einmal schwarze Zahlen schreiben zu können. Das ist richtig. Aber genauso muß beachtet werden, daß es



doch nicht richtig sein kann, daß in einer Region ganze Betriebe stillgelegt werden und dann überhaupt keine Industrie mehr vorhanden ist. Das kostet ja das Land, das kostet die Gemeinde nachher viel mehr an Arbeitslosengeldern und Sozialhilfe, als auf der anderen Seite überhaupt eingespart werden kann. Das muß doch beachtet werden! Sanieren muß vor Privatisieren gehen; das ist doch klar!

Es gibt noch ein zweites großes Thema, wo wir nicht selbstgerecht sein dürfen, sondern wo wir die Probleme erkennen und wirklich ernst nehmen müssen. Damit meine ich die Parteireform. Wir sorgen im Osten gerade dafür, daß wir neue Mitglieder gewinnen und daß wir an neue Schichten herankommen. Das ist ein sehr schwieriger Prozeß. Wir müssen sehen, daß wir den Menschen, die Zivilcourage haben und die sich ehrlich mit der Vergangenheit auseinandersetzen, Schutz und Hilfe geben.

Wir können stolz darauf sein, daß Männer wie Arnold Vaatz bei uns sind. Ich erinnere mich noch daran, wie ich mit Rainer Eppelmann vor drei, vier Jahren in der Samaritergemeinde in Ostberlin war und wie die Stasis um uns herumgestanden sind und versucht haben, uns am Gespräch und am Kontakt zu hindern. Das kennen wir doch alle miteinander.

Es wäre ein Riesenfehler, wenn wir so tun würden, als seien alle Menschen im Osten Deutschlands, die nach 1989 zur CDU gekommen sind, Helden, während alle anderen, die vor 1989 Mitglied der CDU oder der Bauernpartei waren, Schurken seien. Ich meine, damit macht man es sich wirklich zu einfach.

(Beifall)

Ich meine, bei allem, was wir aufzuarbeiten haben, muß bedacht werden, daß das Maß an Mitverantwortung, das zum Beispiel der CDU oder der Bauernpartei im Osten zuzuerkennen ist, schwerlich größer sein kann als der Einfluß, den diese beiden Parteien im SED-Staat in Wirklichkeit hatten, und dieser Einfluß war ja wahrhaftig sehr gering.

Ich muß ein Weiteres sagen. Wir müssen die Vergangenheit aufarbeiten. Wir müssen aber auch versöhnen, wir müssen nach vorne schauen. Dieser Prozeß wird am Ende auch vor denen nicht halt machen können, die im SED-Staat wirklich Macht hatten, nämlich vor den zwei Millionen Mitgliedern, die der SED angehört hatten.

Deshalb sage ich: Wir haben uns alle dafür eingesetzt, daß in Deutschland die Allianz der CDU mit der DSU und mit dem Demokratischen Aufbruch eingerichtet wurde. Deshalb müssen wir uns jetzt auch mit den Konsequenzen daraus auseinandersetzen. Dazu gehört, daß wir keine pauschalen Urteile abgeben, sondern daß wir den einzelnen Fall betrachten und daß wir wissen, daß man das nicht vom grünen Tisch aus entscheiden kann, sondern daß man das nur in den Orts-, in den Kreis- und in den Landesverbänden entscheiden kann, weil das nicht vom grünen Tisch aus zu entscheiden ist.

(Beifall)

Dazu gehört auch, daß wir nicht selbstgerecht sind. Zur Selbstgerechtigkeit aber würde es zählen, wenn wir die Augen davor verschließen würden, daß wir auch im Westen Deutschlands von einer heilen Welt entfernt sind. Ist es denn nicht so, daß die Mitgliedschaft der CDU im Westen überaltert ist? Ist es denn nicht so, daß sehr viele Mitglieder nicht mehr der jungen Generation angehören? Ist es denn nicht so, daß nur jedes fünfte Parteimitglied – manchmal sogar noch weniger – eine Frau ist?

Es ist doch auch nicht so, als ob in unserer Partei von vornherein immer belohnt würde, wenn sich einer diskussionsfreudig und offen äußert; er muß doch auch Zivilcourage haben.

Er muß dann auch Zivilcourage haben. Es ist nicht automatisch so, daß einer, der eine abweichende Meinung vertritt, automatisch gekuschelt wird oder eine liebevolle Streicheleinheit erhält. Er muß sich vielmehr erst durchsetzen. Wir müssen dafür sorgen, daß wir eine diskussionsfreudige, eine lebendige Partei sind. Auch Leute, die eine abweichende Meinung vertreten, müssen ernst genommen und ermutigt werden.

Zum Schluß sage ich deshalb folgendes. Ich habe größten Respekt vor den Hennigsdorfer Stahlarbeitern. Sie haben gesagt: Es kann doch nicht wahr sein, daß die Zahl der Arbeitsplätze im Stahlwerk Hennigsdorf von 10 000 auf 1 000 zurückgefahren werden soll. Ich bitte Sie, sich einmal daran zu erinnern, daß es in Rheinhausen damals um 3 500 Arbeitsplätze gegangen ist. Damals hat die Luft über dem Ruhrgebiet gebrannt. Damals war eine Lösung möglich. Jetzt geht es in einem einzigen Stahlwerk um den Verlust von 9 000 Arbeitsplätzen. Ich bin froh und glücklich, daß die Hennigsdorfer Stahlarbeiter auf die Straße gegangen sind. Ich bin froh und glücklich darüber, daß sie deutlich gemacht haben, was ihnen dort alles zugemutet wird. Das sind dieselben Stahlarbeiter gewesen, die 1953 auf die Straße gegangen sind, als es in Berlin zum Aufstand gekommen ist.

(Beifall)

Das sind Menschen, die für ihre Rechte eintreten, die etwas tun.

Ich finde, in diesem Geiste sollten wir miteinander arbeiten. Auf dieser Seite müssen wir stehen. Das muß die Linie der CDU sein. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Barbara Schäfer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ulf Fink. Jetzt erteile ich Herrn Lehmann-Brauns, Landesverband Berlin, das Wort.

**Dr. Uwe Lehmann-Brauns:** Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat vorhin in seiner großen Rede zu Recht Günter Grass und dessen Selbstisolierung in Fragen der Bewältigung erwähnt. Man sollte vielleicht noch den Namen Stefan Heym hinzufügen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, es wäre aber ungerecht, wenn wir auf der anderen Seite die große Leistung einer Auseinandersetzung hier unerwähnt ließen, die im Moment innerhalb der deutschen Schriftsteller vonstatten geht. Ich nenne den Namen Wolf Biermann und dessen Entblößung des Herrn Anderson als Spitzel. Ich bedauere es, daß die Politik - auch die unserer Partei - sich in diese Debatte bisher zu wenig eingeklinkt hat. Ich bedauere auch, daß die Medien sich bei dieser Debatte zunächst an Formulierungen von Herrn Biermann störten, statt sich auf die Verdorbenheit eines Teils unserer Gesellschaft zu konzentrieren.

(Vereinzelt Beifall)

Der Berliner Wissenschaftssenator steht, soweit ich sehe, im Moment in seiner Auseinandersetzung mit dem Rektor der Humboldt-Universität auch allein. In dieser Auseinandersetzung geht es um dasselbe.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, das zeigt, daß auch die westliche Seite unseres Vaterlandes noch ein gestörtes Verhältnis zur Vergangenheit hat. Ich sehe insofern die Pflicht und die Chance für unsere Partei, sich auf die Seite derer zu stellen, die nicht erst seit heute Mut und Zivilcourage beweisen, um die Aufarbeitung voranzutreiben.

Ich nenne hier neben Wolf Biermann deshalb Jürgen Fuchs, Hans-Joachim Schädlich, Lutz Rathenow, Freya Klier, Monika Maron und Hans-Christoph Buch, um nur ein paar zu nennen, die gegen ein nicht ungefährliches Konglomerat aus Lüge, aus Trotz, aus Verharmlosung und aus Verdrängung stehen. Es ist richtig, Parteibeschlüsse über die Konflikte dieser Gesellschaft zu fassen. Wir müssen aber noch viel mehr tun, meine Damen und Herren. Dieser Parteitag darf sich nicht damit begnügen, daß morgen das Forum 5 stattfindet. Die Diskussion muß weitergeführt werden. Wenn die Partei dies nicht tut, müssen wir uns an Foren beteiligen, die in ähnlicher Weise der Aufarbeitung dienen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich komme auf ein weiteres Hindernis für die innere Einheit zu sprechen. Ich meine den gutsherrlichen Umgang, den viele Westler noch immer gegenüber vielen Ostlern pflegen. Jeder kennt - spätestens seit der Prämierung - den Begriff des Besserwessi. Jeder kennt auch Beispiele dafür. Wir in Berlin erleben diesen Umgang von oben herab gerade im Kulturbereich: West verdrängt Ost. Es ist sicher richtig: Das soziale, das wirtschaftliche, das fortschrittsorientierte, das offene System der westlichen Demokratie hat sich gegenüber dem realen Sozialismus als überlegen erwiesen. Es ist auch richtig, daß eine sogenannte DDR-Identität heute vielleicht individuell erlebt wird, jedoch keinen moralischen Anspruch auf Bestand reklamieren kann. Dazu war die DDR von Staats und Partei wegen zu verdorben.

Vergessen wir aber die Menschen nicht. Die Leute in der DDR hatten sich weder Herrn Ulbricht noch Herrn Honecker ausgesucht. Sie konnten sich auch nicht auf den Zeitpunkt der Beendigung dieses Systems vorbereiten, das eine totale Veränderung ihrer individuellen und gesellschaftlichen Verhältnisse mit sich gebracht hat. Im Vergleich zu den Lebensbedingungen der Menschen in der DDR - ich will von Osteuropa ganz schweigen - war das Leben bei uns im Westen Deutschlands, im zweit- oder drittreichsten Land der Welt, doch ein Zuckerschlecken. Auch deshalb besteht zu Überheblichkeit von West in Richtung Ost kein Anlaß. Wir müssen uns gerade in Dresden klarmachen, daß sich auch viele von uns in der Zeit vor 1989 vor den DDR-Obersten gekrümmt haben, ohne daß ihnen Sippenhaft, ohne daß ihnen Gefängnis, ohne daß ihnen Kontaktsperre und ihren Kindern Studienverbot drohte.

Die Sozialdemokraten - allen voran die Herren Gaus, Bahr und Lafontaine - haben sich dabei als Vorturner einer Anpassungsgymnastik erwiesen und sich für alle Zeiten einen Platz im Guinness-Buch der negativen Rekorde erkämpft.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, deshalb bestreite ich diesen das Recht, sich heute auch gegenüber unserer Partei moralisch aufzuplustern.

Zum Schluß noch ein Wort an die Adresse von Generalsekretär Rühle. Ich sage Ihnen dies vielleicht nachher auch noch privat, denn Sie haben offenbar nicht die Möglichkeit, jetzt hier zu sein. Ich möchte eine Bitte an Sie richten: Vermeiden Sie Mißverständnisse. Ich unterstütze Ihren Wunsch nach moralischer Erneuerung unseres Landes und unserer Partei, aber dieser Wunsch hat nicht nur eine ostdeutsche Adresse.

(Beifall)

Er muß vielmehr an uns alle gerichtet sein. Geben Sie bitte den ostdeutschen Landesverbänden auch in Zukunft keine Kandidaten mehr vor. Sie tun das ja auch bei den westdeutschen Landesverbänden nicht.

(Beifall)

Lassen Sie sie selbst herausfinden, was gut für sie ist. Die Unterscheidung zwischen alt und neu in der CDU trägt nicht. Sie ist zu grob. Sie ist im Grunde genommen eine Leerformel und hat keine Genauigkeit und keine Tiefe. Minister Zeh hat vorhin - wie ich meine - in eindrucksvoller Weise eine Reihe von Kriterien genannt, die dafür viel probater wären. Auch das Ossi-Wessi-Denken ist ein auslaufendes Modell. Meine Damen und Herren, in der Bewältigungsdebatte gibt es schon längst andere Fronten als die der Himmelsrichtungen. Es geht schon wieder um ideologische Vorgaben.

Meine Damen und Herren, ich halte es deshalb persönlich für einen Glücksfall für dieses Land und auch für Sachsen, daß Kurt Biedenkopf hier Verantwortung übernommen hat. Ebenso halte ich die Wahl Ulf Finks in Brandenburg für ein Ereignis, das der CDU-Brandenburg die reale Chance eröffnet, eine Regierungspartei zu werden.

(Beifall)

Hier liegen Verklammerungen vor, die ein Stück innere Einheit geschaffen haben. Meine Damen und Herren, ich bin sicher, über kurz oder lang wird es vielleicht auch in Nordrhein-Westfalen einen Vorsitzenden aus Brandenburg geben.

Meine Damen und Herren, zum Schluß dies: Akzeptieren wir einen geschichtlichen Vorgang, der immer schon - der Bundeskanzler hat mit Recht Jakob Kaiser und Ernst Lemmer erwähnt - das Herzstück der CDU-Politik war. Kommen wir aus unserer Westecke heraus und reihen wir uns ein. Versuchen wir, in der Tat vorzuleben, was Einheit der Nation in Freiheit und Frieden in Europa bedeuten kann. - Ich danke Ihnen vielmals.

(Beifall)

**Barbara Schäfer**, Tagungspräsidium: Das Wort erteile ich jetzt dem Bundesvorsitzenden des RCDS, Herrn Christian Schneller.

**Christian Schneller** (mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Gut ein Jahr nach der Wiedervereinigung wird die politische Diskussion in Deutschland vor allem von der Ausgestaltung der inneren Einheit bestimmt. Wir sind uns bewußt, daß in vielen Bereichen unserer Politik der Einigungsprozeß enorme Chancen zur Verbesserung und Neugestaltung bietet. Dies gilt auch und gerade für die Bildungspolitik, in der seit Jahren kaum noch innovativ gestaltet wird, sondern zunehmend Mängel verwaltet werden.

Der oft zitierte Profilverlust der Union mag dahingestellt sein. Für die Bildungspolitik, befürchte ich, müssen wir jedoch konstatieren, daß die Union hier ihre Meinungsführerschaft und vielleicht auch manchmal das Interesse an bildungspolitischen Inhalten verloren hat. Die Zeit, in der die Union Schüler und Eltern gegen eine verfehlte Bildungspolitik der Sozialdemokraten auf die Straße brachte, ist jedenfalls vorbei. Dies ist ein beunruhigendes Zeichen, ein Zeichen, das wir zum Anlaß nehmen sollten, in Fragen wie z.B. der Länge der Ausbildungszeiten, der Überlastung der Hochschulen, aber auch etwa der Zukunft des dualen Ausbildungssystems neue Konzepte und Antworten gemeinsam zu finden.

Die SPD, meine Damen und Herren, wird auf diese Fragen wohl kaum passende Antworten geben können. Die Konzeptions- und Verantwortungslosigkeit, mit der die SPD die Herausforderungen der Bildungspolitik behandelt, dokumentiert die Äußerung des hessischen Kultusministers Holzapfel, der die 34 000 Schulstunden, die in Hessen Woche für Woche ausfallen, mit der schlichten Bemerkung kommentierte, das sei immer noch besser, als man erwartet habe. Während die CDU in den östlichen

Bundesländern mit dem Beschluß von 1981 endlich Ernst macht, die Gymnasialzeit auf acht Jahre zu verkürzen, ist in Nordrhein-Westfalen der Schulbetrieb inzwischen in einem so desolaten Zustand, daß die Zahl der dort tatsächlich erteilten Stunden auch in elf statt in dreizehn Jahren erreicht werden könnte.

(Vereinzel Beifall)

Leider, meine Damen und Herren, sieht es an den Hochschulen nicht besser aus. 1,8 Millionen Studenten teilen sich derzeit 850 000 Studienplätze. Immer mehr Fächer werden mit NC-Regelungen versehen. Die zunehmende Überfrachtung der Studien- und Prüfungsordnungen einerseits sowie eine hemmungslose inhaltliche Ausdehnung der Abschlußarbeiten zum Diplom, Examen oder etwa Magister andererseits verlängern das Studium in Deutschland immer weiter. Gleichzeitig allerdings sinkt die Zahl derjenigen, die Interesse an einer Lehre, an einer berufsbezogenen Ausbildung haben.

Gemeinsam mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, haben wir auf dem Studentenforum des RCDS in Jena festgestellt, daß das Gelingen der deutschen Einheit und unser Hineinwachsen in Europa gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit voraussetzen. Ich halte es derzeit ehrlich gesagt für äußerst fraglich, ob unsere Hochschulen, die hier in einer besonderen Verantwortung stehen, diesen Anforderungen auch in Zukunft gerecht werden können, ob sie ihnen tatsächlich gewachsen sind.

Was brauchen die Hochschulen? Sie brauchen erstens die Entrümpelung der Studienpläne, zweitens eine größere Selbständigkeit der einzelnen Hochschulen in finanziellen und Verwaltungsfragen im Sinne unseres Subsidiaritätsprinzips, und sie brauchen drittens die Verbesserung und Aufwertung der akademischen Lehre. Eben hier, bei der Verbesserung der Hochschullehre, setzt der RCDS in diesen Tagen den Hebel an. Mit einer bundesweiten Befragung von annähernd 7 000 Studenten und Hochschullehrern an über 100 Fakultäten ermitteln wir derzeit, welche Möglichkeiten es gibt, zu verhindern, daß Professoren nur und ausschließlich als Forscher zu Geld und Ehre kommen, die akademische Lehre, d.h. die Ausbildung der Studenten, jedoch brachliegt.

Wenn Lehrstühle zu Gutachtenfabriken werden, wenn Studenten darüber klagen, daß Professoren zentrale Veranstaltungen an Assistenten abschieben oder einfach schlecht vorbereitet in die Vorlesung kommen, dann stimmt einfach die Gewichtung von Forschung und Lehre an unseren Hochschulen nicht mehr, und dann brauchen wir uns auch nicht zu wundern, wenn vorgesehene und tatsächliche Studienzeiten unweigerlich immer weiter auseinanderdriften.

Ich habe versucht, Ihnen hier einige der zentralen bildungspolitischen Anliegen in aller Kürze aufzuzeigen. Die Stärke dieser Partei, ihr Gestaltungswille und ihre Kompetenz sollten auch in der Bildungs- und Hochschulpolitik wieder zum Ausdruck kommen. Deshalb begrüßt der RCDS ausdrücklich die Idee, die hier auch in einem Antrag zum Ausdruck kommt, im kommenden Jahr einen bildungspolitischen Kongreß der Bundespartei durchzuführen. Ich darf Ihnen versichern, daß der RCDS bei dieser Aufgabe seinen Beitrag leisten wird. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Barbara Schäfer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schneller.

Das Wort erteile ich jetzt unserem Freund, Bundesminister Dr. Norbert Blüm.

**Dr. Norbert Blüm** (mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich glaube, dies ist wirklich der erste Wiedervereinigungsparteitag. In Hamburg war es Hochzeit, Flitterwochen, jetzt: auf Gedeih und Verderb verheiratet.

Ich möchte zu Beginn meinen großen Respekt vor dem Selbstbehauptungswillen unserer Landsleute in den neuen Bundesländern ausdrücken.

(Beifall)

Damit einmal ein paar Wessis vom Roß herunterkommen: In zwei Jahren sind mehr als 3 Millionen Arbeitsplätze verlorengegangen. Das ist so viel, als wären im Westen 10 Millionen Arbeitsplätze in zwei Jahren weggefallen. Kann sich da einmal jemand vorstellen, was da losgewesen wäre? Wie haben die Bürger, die Arbeitnehmer geantwortet? 900 000 sind in Umschulung, Fortbildung gegangen, die sind also nicht auf dem Sofa sitzen geblieben, 400 000 sind in ABM gegangen, die sind also nicht in der Hängematte liegengeblieben. Das wäre ungefähr so, als wenn sich im Westen bei 10 Millionen verlorenen Arbeitsplätzen 3 Millionen auf den Weg zur Umschulung und Fortbildung gemacht hätten. Deshalb mein großer Respekt vor der Kraft, diesen Umsturz zum Besseren zu gestalten.

Ich kann mich an dieser Vergangenheitsdiskussion nicht beteiligen. Ich habe nie im Regen des Sozialismus gestanden. Ich bin vorsichtig. Aber auch hier würde ich doch meinen: So war die Welt nicht aufgeteilt, daß im Westen die Helden der Menschenrechte und im Osten unseres Vaterlandes die Anpasser gewesen wären. Ich kenne eine Menge Leute aus dem Westen, die haben mit Honecker diniert und diniert und antichambriert,

(Beifall)

und die haben alle gesagt, das sei notwendig, um Schlimmeres zu verhüten. Recht haben sie gehabt. Aber wenn das notwendig war, dann kann ich auch verstehen, daß man sich, um in der DDR zu überleben, irgendwo in Nischen einrichten mußte und durchkrauchen mußte.

So war das mit dem heldenhaften Westen für die Menschenrechte auch nicht. Herr Bundeskanzler, ich habe schon gehört, daß der Protest in Südafrika nicht ganz so energisch war, wenn unsere Geschäfte gefährdet wurden. Ich habe schon gehört, daß der Pinochet nicht nur attackiert wurde, sondern bis in unsere Parteikreise hinein als ein Hüter der Ordnung mit ein paar Folterschreien hingenommen wurde. Ganz so war das nicht, als seien im Westen die Helden und im Osten die Anpasser gewesen.

Bei Waffengeschäften war die Moral auch geringer als das Geschäftsinteresse. Auch das gehört doch zur Selbstbesinnung und zur Wahrheit. Ich habe noch in Erinnerung: Die Putschisten im August in der Sowjetunion hatten sich an ihren Schreibtischen noch nicht richtig niedergelassen, da habe ich schon aus der Wirtschaft gehört, das sei ein innersowjetischer Vorgang und berühre die Geschäftsbeziehungen nicht. So heldenhaft war der Westen nicht.

Aber was kann man daraus lernen? Liebe Freunde, laßt uns, die CDU – nicht im Sinne eines Monopols –, die Partei der Menschenrechte sein, ohne jede Opportunität.

(Beifall)

Ich sage nicht, daß wir es nur allein wären. Aber haben die Menschenrechte nicht bewiesen, welche Kraft sie haben? Wer hat denn die Welt umgepflügt? Doch nicht die Kanonen und die Raketen.

Umgepflügt hat die Welt die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit. Das ist doch der Triumph einer Idee, die Widerlegung des Zynismus aller Mächtigen.

Haben Christen nicht auch etwas zu dieser Idee beizutragen? Kant hat sie begründet: Der Mensch ist kein Mittel, sondern Selbstzweck. Warum? Karl Marx hat erklärt: Der

Mensch ist das Ensemble der gesellschaftlichen Kräfte. Warum? Ich will jetzt nicht frömmlicher werden. Aber ist nicht die Idee der Gotteskindschaft aller Menschen einer der stärksten Widerstände dagegen, daß die Menschen den Mächtigen übergeben werden? Daß alle gleich sind – ob reich, ob arm, ob schwarz, ob weiß, ob dumm, ob geschickt –, ist aus meiner Sicht der beste Fundus, aus dem die Idee der Menschenwürde gespeist wird. Laßt uns doch als CDU diese Idee nicht nur in Sonntagsreden vertreten, sondern in unserem Einsatz für Menschenrechte in der Welt, dort, wo immer Menschen gequält werden.

(Beifall)

Es gibt überhaupt keinen Grund, Menschen zu foltern. Auch Kommunisten dürfen nicht gefoltert werden. Niemand darf gefoltert werden.

Freiheit, die große Idee unserer Zeit, die wirklich bewegende Macht, aber losgelassen, von der Kette gelassen, ist wie ein blindwütiger Hund. Ein losgelassener Nationalismus ohne Toleranz zerstört die Errungenschaften. Selbstbestimmung ohne Rücksicht auf Minderheiten ruiniert uns.

Nein, wir brauchen Freiheit in neuen Bindungen. Der Mensch darf nicht alles, was er kann; sonst frißt er die Natur auf. Er ruiniert sie. Der Mensch darf nicht alles, was er kann; sonst bringt er sich um.

In diese Debatte gehört die Diskussion um § 218. Wir müssen uns Grenzen setzen, weil wir uns sonst selber umbringen, weil uns sonst eine Freiheit als Willkür ruiniert.

(Beifall)

Die Diskussion hat ja bereits begonnen; wir müssen uns ihr stellen. Was bedeutet das C? Ist das wie bei der christlichen Schifffahrt, d.h. sind es nostalgische Erinnerungen? Ist es das Lametta am Weihnachtsbaum der CDU? Oder hat es eine Verpflichtung? Ich glaube, die viel beschworene Säkularisation ist ganz dünn. Unter dieser dünnen Decke entstehen ganz neue Sehnsüchte.

Der Fundamentalismus ist nicht nur eine islamische Erscheinung. Der Sinnhunger dieser Welt kann nicht nur vom Management der Macht beantwortet werden.

(Beifall)

Der Sinnhunger dieser Welt kann nicht nur mit Sozialprodukt behandelt werden. Deshalb dürfen wir dieser Auseinandersetzung nicht ausweichen.

Ich behaupte nicht, daß das C uns sagt, ob die Rente brutto- oder nettolohnbezogen ist. Aber ich weiß, daß uns dieses C Todeslinien zeigt. Jenseits dessen ist keine humane Politik möglich.

Menschenwürde ist nicht vom Staat zugeteilt. Glück der Menschen läßt sich auf dieser Erde nicht staatlich produzieren. Vielleicht sind es doch ganz humane Einsichten, die in dieser Welt gebraucht werden. Müssen wir nicht auch diejenigen sein – nicht nur als Museum unserer Vergangenheit –, die etwas zur Veränderung der Welt beitragen?

Eigentum in Arbeitnehmerhand war die große Idee der Christlichen Demokraten. Ich bekenne, wir hatten im Westen ein erstaunliches Wirtschaftswunder. Wir haben Wohlstand, wie es ihn in Deutschland nie gab. Doch an einer Stelle haben wir versagt: in der Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand. Das ist die eigentliche Überwindung von Kapitalismus und Sozialismus in einem Zug. Das ist die wirkliche Alternative zum anonymen sozialistischen Volkseigentum.

Könnte es nicht auch gewerkschaftliche Tarifpolitik entkrampfen, wenn die Arbeitnehmer nicht nur kämpfen um das, was verfüttert wird? Denn man kann das Saatgut nicht verfüttern. Wer es verfüttert, hat im nächsten Jahr nichts zu säen. Es muß etwas zurückgelegt werden. Aber wieso werden die Arbeitnehmer daran nicht beteiligt? Sie haben das mit erwirtschaftet.

Die Idee des gerechten Lohnes läßt sich nie nur über die Konsum- und Lohnseite des Sozialproduktes entwickeln. Liebe Christen, laßt uns auch einmal unsere ganze revolutionäre Kraft zur Veränderung für die Menschen, für eine gerechte Ordnung auf dieser Welt entfalten. Nicht im Sinne des Paradieses. Das schaffen wir nicht.

Haben wir nicht auch etwas zu einer Sozialpolitik beizutragen, die nicht nur verteilt? Den Reichtum unserer modernen Medizin – einer Spitzenmedizin – bezahlen wir mit der Einsamkeit des Sterbens. In keiner Favela, in keiner Hütte der Welt, in keinem Slum sterben die Menschen so einsam wie in der hochtechnisierten Medizinfabrik unseres Wohlfahrtsstaates.

(Beifall)

Selbst an den Berghängen, an denen die Kurden ihre Flüchtlingslager hatten – Armut und Elend –, wurde kein Sterbender vor die Tür gelegt.

Und was ist es anderes? Zwischen Schläuchen und Apparaten werden die Menschen eingeklemmt. Geht es nicht auch um die Rückkehr des Menschen in diesen Sozialstaat? Sind wir nicht in der Gefahr, vor lauter Maschinen, Reden um Verteilung zu vergessen, um wen es eigentlich geht?

Heute nachmittag ist viel von den Jungen gesprochen worden. Unser Landesverband Nordrhein-Westfalen braucht auch mehr Junge. Aber, liebe Leute, zieht es nicht so auf, als wären die Alten alle Trottel. Ich kenne ganz junge Kalkbergwerke, ich kenne ganz junges Establishment. Finden Sie nicht auch, daß wir einmal die Frage stellen müssen, ob unsere entwickelte Industriegesellschaft eigentlich eine Antwort auf das Thema Alter hat?

Wir haben dafür das Wort Ruhestand. Erfüllt er die alten Mitbürger? Ich glaube nicht. Die einen, 70-, 80-, 90jährig, vital, wollen mitwirken, und wir setzen sie auf die Parkbank. Die anderen, gleichaltrig, hilflos, auf Hilfe angewiesen. Die einen wollen gar nicht in Ruhe gelassen werden, und wir drängen sie in dieser verrückten Yuppie-Gesellschaft weg. Wir brauchen sie in unserer Gesellschaft. Vielleicht wäre Politik aus Erfahrung gesättigt, weniger ideologiefixiert.

Ruhestand erfüllt, glaube ich, nicht die älteren Mitbürger. Früher ist das nicht so aufgefallen. Mein Großvater wurde mit 65 pensioniert, mit 67 ist er gestorben. So war das: zwei, drei Jahre als Anhängsel. Heute geht es um eine dritte Lebensperiode. Wir haben sie auch angehängt. Wir verdrängen das Alter. Die Alten selber sind in Gefahr, Jugend-Mimikry zu machen, um noch ernst genommen zu werden. Und die anderen sind die Hilflosen.

Meine Damen und Herren, ich fürchte, wir diskutieren auch über die Pflegeversicherung nur wie Buchhalter. In Wirklichkeit geht es um etwas ganz anderes. Die alte Großfamilie gibt es so nicht mehr. Der Weg zurück ist uns versperrt. Aber die Auflösung der alten Großfamilie hat eine Spezies zurückgelassen, bei der es einem sehr kalt wird: Jeder sorgt nur für sich selber. Einsteigen um jeden Preis, aber nur zu eigenem Nutzen. Kosten-Nutzen-Analyse an jeder Ecke – eine Kalkulation, die nicht sehr beständig ist.



Ich glaube, wir brauchen eine neue Nachbarschaftskultur. Die Sozialpolitik der großen Kreise ist zu anonym. Wir brauchen eine Kultur der wechselseitigen Hilfe, eine Sozialpolitik von Angesicht zu Angesicht und nicht nur der großen Apparate: Kurzzeitpflegeplätze, Tagespflegeplätze. Ich bin ganz sicher: Manche gehen nur deshalb ins Heim, weil sie Angst haben, daß ihnen zu Hause etwas passiert, ohne daß es jemand merkt. Alterseinsamkeit ist der neue Notschrei der Wohlstandsgesellschaft. Die Sozialisten werden nie eine Antwort auf diese Not haben.

(Beifall)

Haben wir eigentlich nur diese einfallslöse Alternative „Allein daheim oder ab ins Heim“? Oder haben wir eine Vision einer nachbarschaftlichen Gesellschaft?

Ich bin auch der Meinung: Unsere größte Aufgabe ist die deutsche Einheit, aber das heißt doch nicht, einfach zum Status quo zurückzukehren, sondern unsere Gesellschaft weiterzuentwickeln – zu einer menschlicheren Gesellschaft. Vielleicht ist es wichtiger, diese Diskussion zu betreiben, als alle Marketing-Diskussionen, mit welchen Tricks wir die Jungen, die Alten, die Frauen, die Männer kriegen. Mein Gott, ich kann's nicht mehr hören! Eine vernünftige Politik, die die Menschen und ihre Phantasie bewegt, ihre Zustimmung findet, ein Bild von der Gesellschaft der Zukunft ist besser als alle eure Schaufensterübungen mit all dem Marketing. Laßt uns eine lebendige Partei sein, die um die Zukunft unserer Gesellschaft ringt! Wir sind nicht die beste SPD, das weiß ich auch. Es geht nicht darum, ob die 3 Mark sagen und wir 2,50 Mark. Ich füge allerdings hinzu: Wir sind nicht nur nicht die beste SPD, wir sind auch nicht die zweitbeste FDP. Wir sind christliche Demokraten!

(Anhaltender Beifall, vereinzelte Bravo-Rufe)

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Norbert Blüm. Besonders dankbar sind wir dafür, daß Du uns mal wieder in der Dir eigenen Weise den Weg gezeigt hast.

(Beifall und vereinzelt Heiterkeit)

Ich möchte jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Delegierte, zum TAGESORDNUNGSPUNKT 8

## Grußworte

zurückkehren und Herrn Jan Bielecki, dem Parteiführer des Liberal-Demokratischen Kongresses, unserer Schwesterpartei in Polen, das Wort erteilen.

**Jan Bielecki** (mit Beifall begrüßt; Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung. Die im vollen Wortlaut in Englisch vorgetragene Rede wird bereits vor der Übersetzung wiederholt mit Beifall bedacht.)

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich dafür entschuldigen, daß ich auf englisch zu Ihnen spreche. Aber ich verspreche Ihnen gleichzeitig, in zwei Jahren Deutsch gelernt zu haben.

(Beifall)

Ich freue mich, hier in Dresden zu Ihnen sprechen zu können. Die Tatsache, daß Sie Ihren Parteitag hier abhalten, unterstreicht die Wichtigkeit der Aufgabe, die vor der CDU und die vor ganz Deutschland liegt, nämlich die vollständige wirtschaftliche, soziale Integration von Ost- und Westdeutschland.

Dies sind Zeiten der Herausforderung für unsere beiden Nationen und für unsere beiden Parteien. So, wie sich die CDU der Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung

und Integration Ostdeutschlands gegenübersteht, sieht sich meine Partei, der Liberal-Demokratische Kongreß, dem Wandel Polens gegenüber.

Unsere Ziele sind dieselben.

(Beifall)

Wir wollen, daß unsere Länder zufriedene, stabile, kulturell aktive, wohlhabende Gesellschaften aufbauen, Gesellschaften, die in Harmonie mit dem übrigen Europa leben.

Unsere Parteien, so glaube ich, arbeiten auf ähnliche Art und Weise auf eine europäische Vision hin: Wir arbeiten für ein Europa, das gekennzeichnet ist durch Freiheit, Demokratie, eine gesunde Wirtschaft und christliche Werte. Unsere Vision ist klar umrissen und entschieden: Es ist die Zukunft Europas.

Meine Partei hat eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Zukunft Europas zu spielen. Heute ist die Zeit gekommen, in der wir unser Land gestalten, ein Land, das in Europa mit Stärke und Würde eine Rolle wahrzunehmen hat.

(Beifall)

Zum erstenmal seit dem Krieg hatte Polen freie und demokratische Parlamentswahlen. Die demokratischen Hoffnungen, die 1980 mit Solidarnosc entstanden, sind jetzt Realität geworden: Polen ist eine echte Demokratie.

Ich muß jedoch sagen, daß sich mein Land einer sehr schwierigen Aufgabe gegenübersteht. Wir müssen den Sieg der Demokratie konsolidieren, indem wir ein starkes und stabiles Polen bauen. Polen hat eine Bevölkerung von fast 40 Millionen Menschen. Polen hat im vergangenen Jahrzehnt so viel Energie und so viele Talente in den Kampf um die Demokratie investiert. Jetzt müssen diese Energien, diese Fähigkeiten genutzt werden, um Polen zum östlichen Anker eines starken und stabilen Europas zu machen.

Der polnische Kampf für die Demokratie löste dramatische Veränderungen im übrigen Mittel- und Osteuropa aus. Die Bemühungen der polnischen Arbeiter in den frühen 80er Jahren inspirierten die Ostdeutschen im Jahr 1989.

Solidarnosc, die Berliner Mauer, die sanfte Revolution in der Tschechoslowakei und in Ungarn, der Zerfall der Sowjetunion: Das sind Veränderungen, die den Kommunismus stürzten und rationales Wirtschaftsdenken zurückbrachten. Alle von uns, die Politiker, die Parteiführer, diejenigen, die aktiv in der Parteiarbeit stehen, müssen sich jetzt dem neuen Europa stellen, einem Europa, das die wiedergeborenen Demokratien hegen und ihnen helfen muß, zu nützlichen Mitgliedern der Völkerfamilie Europas zu werden.

(Beifall)

Es ist viel über die Probleme gesagt worden, die in Verbindung mit dem Wandel zu sehen sind: die Arbeitslosigkeit, die Schließung von Fabriken, die sozialen Umwälzungen. Als Ministerpräsident von Polen hatte ich sehr viel mit diesen sehr realen Fragen zu tun. Aber ich bin nicht entmutigt. Ich habe auch Erfolge Polens gesehen. Ich bin Optimist. Ich glaube, daß die ostdeutschen Arbeiter zu Recht feierten, als die Mauer fiel, und ich glaube, daß wir in Polen recht hatten, gegen das Kriegerrecht zu kämpfen.

Ich weiß, daß es keine Alternative zum Weg der Demokratie und zu einer Marktwirtschaft gibt. Es ist der einzige Weg, die Freiheit zu garantieren, die Ostdeutsche und Polen vor zwei Jahren nach 45 Jahren des Kommunismus erlangten.

Aber wir sollten uns nicht täuschen lassen. Wir können den westdeutschen Lebensstandard nicht über Nacht erlangen – weder in Polen noch in der früheren DDR, in

Ostdeutschland. In Westdeutschland haben die Menschen jahrelang hart gearbeitet, um ihren gegenwärtigen Lebensstandard zu erreichen. Wir in Polen verloren diese Jahre durch die Zeit des Kommunismus. Die harte Arbeit der Polen wurde vergeudet durch Korruption und falsch konzipierte Wirtschaftspläne. Aber der Tag, an dem der polnische Lebensstandard dem westeuropäischen entsprechen wird, wird kommen. Er wird kommen nach viel harter Arbeit und sobald wir eine voll funktionierende Marktwirtschaft haben.

Meine Partei hat sich nicht gescheut, den polnischen Wählern das vor der Wahl ganz klar zu sagen, und wir schrecken auch heute nicht davor zurück.

(Beifall)

Wie Sie vielleicht wissen, hat keine der politischen Parteien in Polen eine überwältigende Mehrheit im Parlament erlangt. Polen muß jetzt die Kunst einer Koalitionsregierung lernen; eine Fähigkeit, in der Deutschland sehr versiert ist.

Jan Olszewski, der neue Ministerpräsident, hat einen dornenreichen Weg vor sich. Ich weiß das, denn ich war an seinem Platz. Aber er hat die besseren Karten. Das neue Parlament ist demokratisch gewählt, und es ist nicht das Resultat eines Abkommens mit den Kommunisten. Ich hoffe, daß wir schon bald ein neues Kabinett haben werden. Das ist notwendig.

(Beifall)

Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa waren immer Meilensteine, und zwar sowohl in meiner Regierungspolitik als auch Teil des Programms des Kongresses der Liberaldemokraten. Polens langfristige Strategie ist, ein Vollmitglied der Europäischen Gemeinschaft zu werden. Wir haben bereits ein Assoziierungsabkommen mit der Gemeinschaft unterzeichnet; ein Abkommen, das sowohl Polen als auch der Europäischen Gemeinschaft zum Vorteil gereichen wird. Meine Regierung hat hart gearbeitet, um dieses Abkommen zu erreichen, denn wir wollen, daß unser Land mit dem Herzen eines demokratischen Europas verbunden ist, und wir wollen, daß der Eiserne Vorhang nie wieder fällt, nie wieder zugezogen wird.

Der Assoziierungsstatus in der Europäischen Gemeinschaft ist für uns ein erster Schritt in Richtung auf eine Vollmitgliedschaft. Die Veränderungen, die jetzt über die Sowjetunion hinwegfegen, werden vielleicht einmal eine Demokratie vom Atlantik bis zum Pazifik schaffen, aber es wird kein einfacher Prozeß sein.

Wie wir in Polen gelernt haben, wie Sie hier in Ostdeutschland gelernt haben, ist der Übergang von einer zentral geplanten Wirtschaft in eine moderne Marktwirtschaft ein schmerzhafter Prozeß.

Die Wahlen in meinem Land haben gezeigt, wie neokommunistische Kräfte von einer ungunstigen Wirtschaftssituation profitieren können. Viele Polen, die von der Rezession im staatlichen Sektor der Wirtschaft betroffen waren, haben die Vergangenheit, haben die Neokommunisten gewählt.

Polens Weg in Richtung auf eine Marktwirtschaft dient als Modell für die neuen Staaten im Osten, die erst jüngst unabhängig gewordenen baltischen Staaten und die zunehmende Anzahl von souveränen früheren sowjetischen Republiken. Wo wir erfolgreich sind, werden sie glücklich folgen. Wo wir scheitern, werden sie nicht in unsere Fußstapfen treten. Solche Ängste können natürlich zu einem Rückschritt führen, einem Rückschritt, der den Fortschritt der letzten zwei Jahre aufheben würde.

Polens Zukunft ist kritisch für die Regionen. Der demokratische Prozeß, die Etablierung von Marktprinzipien, die Notwendigkeit eines Übergangsprozesses und die

Akzeptanz einer schwierigen und strikten Wirtschaftspolitik – wenn das in Polen erfolgreich ist, dann kann es auch in den neuen Gebieten östlich von Polen erfolgreich sein.

Wir müssen einen geordneten und erfolgreichen Übergang in Mittel- und Osteuropa garantieren. Stabilität ist dafür erforderlich, eine Stabilität, die aufgebaut und verstärkt werden muß in dem Maße, wie die Sowjetrepubliken einen separaten Weg beschreiten.

Politische Parteien können auch Beziehungen aufnehmen. Es ist wichtig, derartige Bande zu knüpfen. Der liberaldemokratische Kongreß ist zusammen mit der CDU nun Teil der EDU. Die Möglichkeit, Mitglied in einer derartigen Struktur zu werden, bietet den neuen demokratischen Parteien eine Stärkung. Wir können von ihren Erfahrungen lernen. Sie können sich auf unsere Jugend, auf unsere Frische und auf unseren Gedankenreichtum berufen.

Unsere Parteien haben eine gemeinsame Philosophie, gemeinsame Ziele: Wir wollen den Menschen eine Chance geben, eine Chance, ihr Potential auszunutzen, in einer Welt zu leben, die sicher und stabil ist. Das ist die Herausforderung von heute: ein Europa zu schaffen, in dem alle Europäer im Osten und im Westen in Frieden und Sicherheit leben können. Das ist meine Vision, und ich bin sicher, es ist ihre!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, sehen Sie die Entwicklungen in Richtung auf Unabhängigkeit. Sehen Sie die Dynamik der Prozesse. Sehen Sie die Situation in der Ukraine, in Weißrußland, in Moldawien, in Georgien und in den baltischen Staaten. Sehen Sie Kroatien und Slowenien, die für das grundlegende Recht auf Selbstbestimmung kämpfen.

Meine Damen und Herren, Sie beobachten täglich, wie eine neue Zeit entsteht. Sie sind Zeugen eines neuen Zeitalters, eines goldenen Zeitalters. Sie haben die Wahl: Sie können die Herausforderung annehmen und den neuen Demokratien beistehen, sie können sich an diesem Prozeß beteiligen und an diesem goldenen Zeitalter teilhaben, oder Sie lassen zu, daß Angst Besitz von Ihnen ergreift. Sie schrecken vor der Herausforderung zurück und lassen diesen Moment entfliehen. Ich bete dafür, daß Sie die Herausforderung annehmen. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf**, Tagungspräsidium: Lieber Jan Bielecki! Der Parteitag dankt Ihnen für Ihre Rede. Er dankt Ihnen für den Mut, den Sie beweisen, für Ihre Ausdauer, mit der Sie uns beeindrucken, und für die Freundschaft, die aus Ihren Worten gesprochen hat. Wir wünschen Ihnen für Ihre unendlich schwierige und gefahrreiche Aufgabe alles Gute und Gottes Segen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu einem Grußwort erteile ich jetzt dem Ministerpräsidenten von Schweden und Vorsitzenden unserer Schwesterpartei Moderata Samlingspartiet, Carl Bildt, das Wort.

(Beifall)

**Carl Bildt**: Herr Vorsitzender, Herr Bundeskanzler, liebe Freunde! Einige Tage nach den Wahlen in Schweden am 15. September beschrieb der Skandinavien-Korrespondent der FAZ diesen Vorgang als eine massive Protestwahl und stellte fest, daß die Niederlage der Sozialdemokraten in Schweden von historischem Ausmaß ist.

(Beifall)

Was den letzten Teil angeht, so bin ich natürlich bereit, ihm völlig recht zu geben. Die schwedische Wahl war eine weitere Niederlage in der Serie der Niederlagen des Sozialismus oder der von sozialistischen Ideen inspirierten Dogmen, die wir in den letzten Jahren in Europa und in der Welt beobachten konnten.

(Beifall)

Die Bedeutung aller dieser Niederlagen des Sozialismus kann kaum überschätzt werden. Vor einem Jahrhundert trat auf der Bühne der Geschichte jene Idee auf, die verkündete, sie stehe im Bund mit der Entwicklung selbst, sie habe die Geschichte als ihre Alliierte, und nur sie ganz allein könne eine bessere Gesellschaft für alle Menschen bauen. Sie würde – so wurde verkündet – die freie Marktwirtschaft und die sogenannten bürgerlichen Gesellschaften auf den Müllhaufen der Geschichte befördern. Aber heute wissen wir alle, wie es ging: Der Sozialismus und dessen verschiedene Vorstellungen waren es, die auf diesen Müllhaufen der Geschichte befördert wurden.

(Beifall)

Die Freiheitsrevolutionen, die wir in den letzten Jahren in Europa erlebt haben – von Magdeburg bis Moskau –, bedeuten das Ende des Sozialismus als Idee, als Traum und als politische Alternative.

(Beifall)

Ein tragisches Kapitel in unserer Geschichte wurde abgeschlossen.

Die Entwicklung hat auch für mein Land, für Schweden, große Bedeutung. Denn als die Berliner Mauer fiel, fielen auch viele mentale Mauern, die das Denken in neuen Bahnen und Veränderungen bis dahin aufgehalten hatten. Als man begann, die alten marxistischen Denkmäler abzutragen, war es offenbar, daß wir einer neuen Zeit entgegengingen.

Für Sozialdemokraten in Schweden – oder in anderen Ländern – spielte lange die Vorstellung eines „dritten Weges“ eine wichtige Rolle: eines Mittelweges zwischen Ost und West, zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft. Aber niemand will hier einen Kompromiß zwischen einem historischen Mißlingen und einem historischen Erfolg. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus in ganz Europa und dem Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft und der freien Demokratien im Westen Europas entfielen auch die Voraussetzungen für eine Politik des dritten Weges; sie fielen total zusammen, zerbrachen.

Daß die Entwicklung in Deutschland eine entscheidende Rolle für diesen Gang der Dinge spielte, brauche ich kaum zu sagen. Und die Rolle, die Sie alle in der CDU dabei gespielt haben, ist schon in unsere Geschichtsbücher eingegangen.

(Beifall)

Ich denke dabei an die Bedeutung der festen Haltung gegen den sowjetischen Erpressungsversuch mit den Mittelstreckenraketen Anfang der 80er Jahre.

(Beifall)

Ich denke an die politische Weigerung, jene Teilung vollends zu akzeptieren, die der Lauf der Geschichte seitdem fortgewischt hat. Ich denke an die schnellen und kühnen Schritte, die in ein paar kurzen Monaten im Jahre 1990 den Grund für ein völlig neues Europa legten.

(Beifall)

Dies alles taten Sie im Interesse Deutschlands, aber dies alles wurde auch mit dem Interesse ganz Europas vor Augen getan, und wir, die wir aus anderen Ländern Europas kommen, haben Anlaß, Dankbarkeit zu fühlen für die Politik, die Sie in diesen für uns alle so wichtigen Jahren mit solchem Erfolg betrieben haben.

(Beifall)

Jetzt stehen wir vor einer völlig neuen Epoche in der europäischen Entwicklung, natürlich auch in der inneren Entwicklung unserer verschiedenen Gesellschaften. Eine neue Phase in unserer politischen Entwicklung ist eingeleitet. Die Wahl in Schweden war nur einer von sehr vielen Punkten des Ausdrucks dafür, daß es einen starken Willen zur Veränderung in Europa gibt. Die Zeit des Kollektivismus ist vorbei. Heute wollen die Menschen die Öffnung für eine Politik sehen, die eine neue Freiheit für uns alle bedeutet.

(Beifall)

Ich glaube, daß man den Umfang der großen Aufgaben kaum überschätzen kann, die Europa in den 90er Jahren lösen muß. Vor allem denke ich an die großen Aufgaben der Umgestaltung im Osten Europas. Im Westen Europas leben wir seit Jahrzehnten schon in Frieden, in Freiheit und in Wohlstand. Aber in den Ländern Osteuropas sieht dies anders aus. Sie haben jetzt ihre Freiheit gewonnen, als Individuen sowohl wie als Nationen. Das war natürlich von entscheidender Bedeutung, für sie vor allem, aber auch für uns. Um diese Freiheit jedoch zu sichern, brauchen sie auch eine gesicherte Zukunft, eine politische Stabilität, einen wirtschaftlichen Erfolg, eine soziale Gerechtigkeit für alle Menschen in diesen Ländern.

Um das zu erreichen, müssen wir alle in den kommenden Jahren mithelfen. Das ist natürlich vor allem unsere moralische Pflicht, aber es ist auch eine Notwendigkeit für unsere eigene Zukunft. Stabilität und Fortschritt in einem Teil unseres offenen Europas ist nicht ohne Stabilität und Fortschritt in allen anderen Teilen dieses unseres Europas möglich.

(Zustimmung)

Der Erfolg von Maastricht war natürlich von historischer Bedeutung.

(Erneute Zustimmung)

Die Stärkung Westeuropas und der Ausbau der Gemeinschaft zu einer Europäischen Union in einem irreversiblen Prozeß ist eine grundlegende Voraussetzung für die Stabilisierung aller Länder Europas. Der Sozialismus hat Europa gespalten - zwischen Ost und West, das wissen wir, aber auch zwischen West und West. Es gab Länder in Westeuropa, die u.a. aus sicherheitspolitischen Gründen nicht voll am Einigungswerk Westeuropas teilhaben konnten; Schweden ist nur eines der Beispiele dafür.

Um unseren Beitrag zur Stabilisierung Osteuropas zu leisten können, um langfristig die Kluft zwischen Ost und West in Europa zu überwinden, müssen wir meiner Meinung nach schnell die Kluft zwischen den verschiedenen Ländern Westeuropas überwinden.

(Beifall)

Der baldige Beitritt von Ländern wie Österreich und Schweden - hoffentlich auch anderen; ich erwähne nur Finnland - zur Europäischen Union wäre ein wesentlicher Schritt, um nach Maastricht bessere Voraussetzungen zur Lösung der großen europäischen Aufgaben der 90er Jahre zu schaffen.

Die Vollmitgliedschaft Schwedens in der EG war seit langer Zeit das Ziel meiner Partei und ist jetzt eines der wichtigsten Ziele der neuen schwedischen Regierung.

(Beifall)

Die Unterstützung, die wir seit Jahren und Jahrzehnten von Ihnen allen, ganz besonders vom Herrn Bundeskanzler, bekommen haben, war natürlich immer von großer Bedeutung und wird in den kommenden Monaten und Jahren von noch größerer Bedeutung sein. Wir sind Ihnen dafür sehr dankbar, denn wir wollen dabei sein, wenn das neue Europa gebaut wird, ein Europa mit neuen Sicherheitsstrukturen und mit einer neuen Zusammenarbeit zur Sicherung von Frieden und Freiheit, ein Europa, das sich auf Ideen gründet, die seit Jahrzehnten unsere Ideen sind. Denn es ist so: Als ich mich vor gut zwanzig Jahren zuerst politisch engagierte - genau wie Freunde wie Volker Rühle und viele andere von Ihnen, die ich hier in diesem Saal sehe -, war die Vorstellung von einem sozialistischen Europa noch sehr stark. Man hatte noch nicht gelernt, daß ein Sozialismus mit menschlichem Antlitz überhaupt nicht möglich war.

(Beifall)

Noch vor ein paar Jahren gab es ja diese Vorstellung von einem Europa des dritten Weges, von einem möglichen Modell zwischen Ost und West. Aber heute sind es unsere gemeinsamen Ideen, die gesiegt haben: die freie Marktwirtschaft, der politische Pluralismus, das Privateigentum, der Rechtsstaat, die grundlegende Bedeutung der Familie für eine gute Gesellschaft, die fundamentale Bedeutung der Freiheit und nicht zuletzt die Einigung Europas in Freiheit. Es sind unsere gemeinsamen Ideen, die die Grundlage des neuen Europa bilden, und es ist unsere gemeinsame Verantwortung, an diesem neuen Europa weiterzubauen.

(Zustimmung)

Gemeinsam gestalten Sie Deutschlands Zukunft in Freiheit, wie es hier an der Wand steht, aber gemeinsam gestalten wir alle Europas Zukunft in Freiheit. – Danke.

(Beifall)

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf**, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Carl Bildt, der Parteitag dankt Ihnen für Ihre Rede und für die Ermutigung, die aus Ihrem Erfolg spricht. Es ist ja noch nicht zu spät, Ihnen, Herr Ministerpräsident, zu Ihrem eindrucksvollen Wahlsieg zu gratulieren -

(Beifall)

und den Schweden zu ihrer Entscheidung.

Natürlich freuen sich nun auch die Sachsen ganz besonders über den Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten, und zwar, wenn ich das anmerken darf, aus historischen Gründen.

(Heiterkeit)

Die Schweden und die Sachsen waren sich nicht immer so gut wie heute. Ein schwedischer König, Carl XII, hat einmal Veranlassung gesehen, fast zwölf Jahre lang gegen die Sachsen zu kämpfen. Er war mehrfach in Sachsen eingefallen, aber nicht abschließend erfolgreich.

(Heiterkeit)

Das ist im übrigen einer der wenigen Fälle, in denen die Sachsen militärisch erfolgreich waren; in der Regel waren sie das nicht.

(Erneute Heiterkeit)

Herzlich willkommen und auf gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das Präsidium möchte gerne eine geschäftsleitende Bemerkung zum weiteren Verlauf unserer Debatte machen. Wir haben noch zwölf Wortmeldungen.

(Unruhe)

Eine Sekunde! Vielleicht löst sich das Problem, wenn wir unseren Vorschlag machen. – Ich würde ganz gerne - allerdings unter der Auflage, daß die Redner eine Redezeitbegrenzung akzeptieren - noch vier Redner zu Wort kommen lassen, dann in die Wahl eintreten und die restlichen Beiträge während der Auszählung der Stimmen aufrufen. Das setzt voraus, daß der Parteitag damit einverstanden ist, daß wir die Aussprache zum Zwecke der Wahl unterbrechen.

(Zustimmung)

- Ich muß darüber schon förmlich abstimmen lassen. Deshalb darf ich fragen, wer damit einverstanden ist, daß wir die Aussprache unterbrechen und dann den Tagesordnungspunkt „Nachwahl des stellvertretenden Vorsitzenden und eines weiteren Mitglieds des Präsidiums“ aufrufen. Ich bitte um das Handzeichen! – Ich sehe, das ist eine überwältigende Mehrheit, und traue mich deshalb gar nicht, nach Gegenstimmen und Enthaltungen zu fragen. Es ist so beschlossen.

Dann rufe ich jetzt noch Herrn Peter Müller, Landesverband Saar, Frau Staatssekretärin Stange, Landesverband Sachsen-Anhalt, Herrn Bernhard Ritter, stellvertretender Landesvorsitzender aus Sachsen-Anhalt, und Herrn Hermann Schnipkoweit, Hannover, auf. Es werden die Vorbereitung und die Durchführung des Wahlaktes folgen. – Bitte schön, Herr Müller.

**Peter Müller:** Liebe Parteifreunde! Liebe Parteifreundinnen! Ich denke, dieser Parteitag ist nicht nur Gelegenheit, nach dem Stand der Einheit zu fragen; er ist auch Gelegenheit, nach dem Standort der Union in der Einheit zu fragen. Ich bin dafür, daß wir da eine klare und ehrliche Analyse treffen, und diese Analyse heißt: Wir haben die Bundestagswahl gewonnen - in einer einmaligen historischen Situation vor dem Hintergrund einer großartigen geschichtlichen Leistung des Bundeskanzlers -, aber wir haben sie mit einem bescheidenen Ergebnis gewonnen. Das Bundestagswahlergebnis war keines der besseren, es war eines der schlechteren Ergebnisse der Union in den alten Bundesländern bei Bundestagswahlen. Hinzu kommen eine Reihe von Niederlagen bei Landtagswahlen, bei Kommunalwahlen in den alten Bundesländern, und ich meine, das muß uns besorgt machen. Es kann doch nicht sein, daß wir uns auf eine politische Strategie einigen, die heißt: Hauptsache, wir sind alle vier Jahre mehrheitsfähig und gewinnen Mehrheiten bei Bundestagswahlen, und was dazwischen geschieht, bei Landtagswahlen, bei Kommunalwahlen, ist nur von zweitrangiger Bedeutung. Denn derjenige, der bei Landtagswahlen, der in den Ländern, der in den Kommunen seine Mehrheiten verliert, wird sie auf Dauer auch im Bund verlieren. Deshalb müssen wir uns fragen, was die Ursachen für die zurückgehende Akzeptanz der Union bei den Wählerinnen und Wählern ist. Ich möchte dazu nur drei ganz kurze Anmerkungen machen.

Erstens: Selbstverständlich gibt es eine erhebliche Politikverdrossenheit. Es ist bezeichnend, daß bei den Wahlen zunehmend die größte Wählergruppe die Partei der Nichtwähler ist. Das muß uns besorgt machen, und wir müssen uns fragen, was wir als Politiker dazu beigetragen haben.

Wir haben, meine ich, vieles getan, was unserer Glaubwürdigkeit geschadet hat. Ich möchte nur eines ansprechen. Die Diskussion um die Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung in den letzten Wochen und Monaten hat der Politik in ihrer Gesamtheit



geschadet, und sie hat damit auch der Union geschadet. Ich denke, das Schlimmste an dieser Diskussion ist der Eindruck, daß sich hier Abgeordnete gegenseitig die Taschen vollmachen. Deshalb müssen wir Wege finden, die diesen Eindruck künftig verwischen. Aus diesem Grund plädiere ich dafür, daß wir alle verfassungsrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Entscheidung über die Höhe der Abgeordnetenentschädigung vom Parlament auf unabhängige Kommissionen zu übertragen.

Zweitens: Liebe Parteifreunde! Wir haben große Probleme in unserer Personalstruktur - das ist angesprochen worden. Ein Durchschnittsalter von mehr als 51 Jahren, ein Frauenanteil von 25 Prozent und ganze 6,8 Prozent unter 30jährige in der Partei – das kann nicht so bleiben, und es genügt auch nicht, daß wir das immer wieder beklagen.

Ich denke, wir sollten darüber nachdenken, wenn der Weg der freiwilligen Selbstverpflichtung nicht funktioniert, welche strukturellen Möglichkeiten wir haben, um dafür zu sorgen, daß künftig verstärkt Frauen und junge Leute in verantwortliche Positionen in der Union kommen. Dieser Diskussion sollten wir uns nicht verschließen. Wir dürfen dieses Thema nicht tabuisieren.

Eine dritte Bemerkung, liebe Parteifreunde! Ich glaube, die Union hat auch inhaltliche Defizite. Unser inhaltliches Profil muß geschärft werden. Es ist klar: Eine Regierung muß Kompromisse schließen, eine Regierung muß auf Koalitionspartner Rücksicht nehmen.

Gerade weil das so ist, ist es um so wichtiger, daß die Partei ihr eigenes, klares inhaltliches Profil neben der Regierung hat. Deshalb sage ich, liebe Freunde: Die Partei ist nicht der verlängerte Arm der Regierung, und der Generalsekretär ist kein Staats- und kein Regierungskommissar. Ich habe jedenfalls keine Lust, draußen weiter Kompromisse verteidigen zu müssen, die uns der kleinere Koalitionspartner abgerungen und aufgezwungen hat. Ich habe insbesondere dann keine Lust, das zu tun, wenn ich anschließend noch erleben muß, daß ein Adelliger aus der Partei des kleineren Koalitionspartners meint, es notwendig zu haben –

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf**, Tagungspräsidium: Herr Müller, können Sie bitte bald zum Ende kommen?

**Peter Müller**: – bei einer Parteiversammlung auch noch Mitglieder des Kabinetts, die der Union angehören, mit Flaschen vergleichen zu müssen. Ich würde diesem verehrten Grafen empfehlen, er soll zunächst einmal die Flaschen aus seinem eigenen Laden räumen. Und ich bin zuversichtlich, wenn er das tut, wird er mit dem dabei erlösten Flaschenpfand in der Lage sein, mehr als eine ganze Palette erstklassigen Wein in seinem Keller einzulagern.

Ich meine, liebe Parteifreunde, es kann nicht weiter sein, daß der Schwanz mit dem Hund wackelt; der Hund muß mit dem Schwanz wackeln. Deshalb bin ich dafür, daß wir als Partei unsere Position klar formulieren und dies auch dann tun, wenn die Regierung zu Kompromissen gezwungen ist. Ich plädiere für die Stärkung des Eigengewichtes der Partei.

Ich begrüße in diesem Zusammenhang die Einsetzung der Grundsatzkommission. Ich begrüße in diesem Zusammenhang die Ausführungen, die Norbert Blüm heute gemacht hat. Ich glaube, hier können wir christdemokratisches Profil gewinnen.

Auf uns kommt eine neue Diskussion mit großer, breiter gesellschaftlicher Relevanz zu. Das ist sicher die Diskussion über die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Nord und Süd. Hier können wir Meinungsführerschaft erringen – aber nur dann, wenn wir offen und kontrovers diskutieren und zu offener und kontroverser Diskussion fähig sind.

Deshalb müssen wir lernen, daß Vorschläge, die gemacht werden, nicht automatisch majestätsbeleidigend sind. Ich finde - damit möchte ich abschließen -, daß die Union eine Partei sein muß, in der es möglich ist zu fordern, daß die CDU vernünftigerweise die Ämter des Parteivorsitzenden und des Kanzlerkandidaten bzw. des Kanzlers trennen soll. Diese Forderung stammt aus der „Trierer Landeszeitung“ vom 24. Juni 1971 von einem aufstrebenden jungen Mann in der Union namens Helmut Kohl. Ich finde, das war ein gutes Beispiel dafür, daß wir ohne Tabus diskutieren müssen. Das ist dringend geboten, und das sollten wir tun. Vielen Dank!

(Vereinzelter Beifall und vereinzelter Widerspruch)

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf**, Tagungspräsidium: Ich rufe auf Frau Staatssekretärin Stange und wäre doch dankbar, wenn wir uns an die festgelegte Redezeit halten würden.

**Carmen Stange**: Liebe Freunde! Ich habe mich kurzfristig entschlossen, auf unserem Parteitag doch noch einige Worte zu sagen. Es wurde schon über viele Probleme und Sorgen gesprochen. Nun noch einige Sätze zu Frauenproblemen und zur Frauenförderung.

Bei der Eröffnung der Beratungsstelle des Bonner Ministeriums in Sachsen-Anhalt im letzten Jahr habe ich die Frauenförderung mit einem aufkeimenden Samenkorn verglichen; denn die friedliche Revolution des Herbstes 1989 haben viele Frauen mitgestaltet. Sie waren in den ersten Reihen im Schulterschuß mit unseren Männern dabei, und wir Frauen in der Union – in Sachsen-Anhalt sind immerhin 41,9 Prozent Frauen in der Partei organisiert –

(Beifall)

wünschen uns, daß wir mit Ihnen gemeinsam in diesem Schulterschuß ohne Quoten und ohne alles Drumherum die Parteiziele und die Essener Leitsätze erfüllen können. Aber das nur vorneweg.

Ich möchte Ihnen über zwei Schwerpunkte berichten, mit denen wir es in den neuen Bundesländern bezüglich der Frauenförderung jetzt zu tun haben, und das ganz schnell, weil ich sehr wenig Zeit habe.

Ein wichtiges Problem ist die Gewalt gegen Frauen und Kinder. Das ist ein Thema, das es in der ehemaligen DDR überhaupt nicht gab und das mit der Wende zum Ausbruch kam. Dank der Landesregierung Sachsen-Anhalt konnten wir für diesen Problemkreis 500 000 DM einsetzen. Es ist uns gelungen, damit zwölf Frauenhäuser und geschützte Wohnungen zu finanzieren. Dank einer Initiative der Bundesministerin Merkel sind weitere fast 200 000 DM für diesen Problemkreis nach Sachsen-Anhalt geflossen; in den anderen Bundesländern ist es ähnlich.

Daher zunächst mein herzlicher Dank für diese Unterstützung! Es geht aber noch weiter. Es ist noch viel Geld für Frauengruppen und -initiativen geflossen. Ich glaube, das ist sehr wichtig. Denn wir müssen eine völlig neue Verbandsarbeit aufbauen und haben da noch sehr viel zu tun.

Zu dem großen Problem des Arbeitsmarktes, den auch bereits Minister Blüm angesprochen hat, ist zu sagen, daß wir leider immer noch eine sehr hohe Arbeitslosenquote bei Frauen haben und sich diese in den letzten Monaten immer weiter zuungunsten der Frauen entwickelt hat. In Sachsen-Anhalt sind ungefähr 61 Prozent der Arbeitslosen Frauen, und leider sind zur Zeit nur 33 Prozent der Frauen in AB-Maßnahmen eingesetzt. Ich glaube, hier gibt es noch ein breites Feld, auf dem wir tätig sein müssen. Wir haben noch sehr viel zu tun. Wir müssen noch mehr mit den acht Hauptarbeitsämtern zusammenarbeiten.

Aber ich denke, daß wir durch viele Initiativen - und sei es durch ein Frauenfördergesetz, das in Sachsen-Anhalt zur Zeit in der Diskussion ist - Richtungen finden, um Frauen besser zu fördern und besser einzustufen. Wir haben aber auch das Problem, Frauen stärker zu motivieren, in die CDU zu gehen oder auch in Selbsthilfegruppen und in der Verbandsarbeit tätig zu sein. Schönen Dank!

(Beifall)

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, auch für die Einhaltung der Redezeit!

Ich erteile das Wort Herrn Bernhard Ritter, Landesverband Sachsen-Anhalt.

**Bernhard Ritter**: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Liebe Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich spreche zu Ihnen als einer der wenigen in der DDR, die wegen der Unterstützung der Demokratiebewegung des Prager Frühlings 1968 in Sachsen inhaftiert waren und die nach ihrer Entlassung in der DDR geblieben sind, und ich spreche zu Ihnen als ein Mitglied, das als Pfarrer und Pastoralpsychologe erst im Frühjahr des vergangenen Jahres Mitglied der CDU auf der Grundlage des hervorragenden Grundsatzprogramms unserer Partei geworden ist.

Im Namen sehr vieler Menschen, die ich die vielen Jahre hindurch begleiten konnte, danke ich Ihnen, Herr Bundeskanzler, und allen tapferen Christdemokraten dafür, daß Sie immer an der Forderung nach der deutschen Einheit in Frieden und Freiheit festgehalten haben.

(Beifall)

Das war die entscheidende moralische Kraft und die Stütze für all jene, die in diesem Land für die Botschaft der Freiheit in Frieden und Gerechtigkeit eingetreten sind. Das war auch der Grund, daß das Volk der ehemaligen DDR so eindeutig die CDU gewählt hat - als Zeichen der Hoffnung und als Zeichen des Vertrauens.

Ich danke Ihnen, Herr Bundeskanzler, ganz persönlich, daß Sie uns in der Zeit der Wende kostenlos Kopiertechniken in großem Maße für unsere Arbeit zur Verfügung gestellt haben - mit der damals einzigen Bestimmung, sie für die demokratische Umgestaltung in der DDR zu nutzen. Das haben wir mit aller Kraft getan. Daß Sie nicht erwartet haben, sie für die Propaganda der CDU zu nutzen, war für mich ein entscheidender Schritt, in diese Partei zu gehen.

(Beifall)

Ich kann meine persönliche Freude nicht beschreiben, als wir am 3. Oktober 1990 die Einheit Deutschlands wirklich feiern konnten und damit das Gespenst einer möglichen Restauration der alten Verhältnisse für immer der Vergangenheit anbefohlen haben. Nun gilt es, die innere Einheit zu vollenden. Dazu gehören einige menschliche Wahrheiten. Diese möchte ich an die Adresse unserer ostdeutschen Freunde ganz kurz so formulieren. Helfen wir den Menschen, zu verstehen, daß wir Geduld brauchen, Geduld zum Neuaufbau des Landes und zur Angleichung der Lebensverhältnisse. Geduld ist auch ein Zeichen der Dankbarkeit. Wir haben uns diese Dankbarkeit alle zusammen in unseren Herzen immer wieder bewußt zu machen - gegen den Geist der Klage und den Geist der negativen Diskussionen.

(Beifall)

Aus dem, was die Freunde im Westen an Voraussetzungen gelernt haben, damit sie die Politik in der Bundesrepublik damals erfolgreich gestalten konnten, müssen auch wir lernen. Wir müssen lernen wollen. Dies müssen wir vielen Menschen in unserem Lande sagen, die es bis heute schwer haben umzulernen.

An die Adresse der westdeutschen Freunde möchte ich dies sagen. Nehmen Sie sich Zeit dafür, auf die Bürger hier in unserem Lande zu hören und ihre Emotionen zu verstehen. In 40 Jahren Unterdrückung und in 40 Jahren mit großen Problemen sind hier bestimmte Strukturen gewachsen. Wir müssen den Menschen hier in unserem Land die Selbstachtung wiedergeben, ohne die sie nicht kreativ und leistungsfähig arbeiten können.

(Beifall)

Hinzu kommt: Sagen Sie manchen Rat leise. Es könnte nämlich sein, daß ein Rat, obwohl er richtig ist, dann, wenn er von oben herab, aus der Position der Stärke heraus, gesagt wird, beim Schwachen als Besserwisseri ankam, obwohl er so nicht gemeint ist. Die Einheit wird durch unsere gemeinsame Arbeit am Neuaufbau unserer Länder und an der gesamten Gestaltung unseres deutschen Landes Wirklichkeit werden.

Zur Vollendung der inneren Einheit gehört zweitens aber auch eine grundlegende geistig-philosophische Auseinandersetzung mit der Idee des Sozialismus. Wir brauchen diese Auseinandersetzung dringender, als viele meinen. Wir müssen eine klare Analyse der Sozialismusidee in allen ihren Facetten vorlegen, um jenen schrecklichen Menschheitsirrtum zu entlarven, der unter der Maske von Gleichheit und Menschlichkeit ganze Völker in furchtbare Zeiten gestürzt hat. Lüge und Terror, Willkür und Diebstahl, ja sogar Massenmord und die Deformation der Persönlichkeit von Menschen sowie der Ruin ganzer Völker sind die Ergebnisse dieser Ideologie gewesen. Wir dürfen es den Menschen nicht so leichtmachen, darüber hinwegzugehen, *die heute noch in so vielen Fällen in ihren Köpfen diese Ideen nicht überwunden haben und immer noch mit dem Gedanken spielen, es könnte sich nur um einzelne Fehler gehandelt haben.*

(Beifall)

Es ist nicht eine Frage von Fehlern, sondern eine Frage des Geistes, diese Ideologie zu bekämpfen. Ich erinnere an das heute schon erwähnte Wort Christi: Wenn ihr bleiben werdet an meinen Worten, so seid ihr wahrhaftig meine Jünger und werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen.

Die Botschaft Christi vereinbart sich nicht mit der Botschaft des Sozialismus. Damit habe ich eine Aufgabe umschrieben, die noch zu leisten ist. Dies in ordentlicher Weise zu erarbeiten, kann nur die Aufgabe unserer Partei sein, der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Wir müssen diese Aufgabe annehmen und leisten. Wir können sie auch leisten. Wir müssen dies tun, um die Wurzeln und die Folgen dieser verhängnisvollen Ideologie, die wir dankenswerterweise überwunden haben, den Menschen einsichtig zu machen. Nur durch die Einsicht in die Wahrheit gibt es Freiheit *aus dem Irrtum: Nur durch die Einsicht in die Wahrheit gibt es auch eine neue Freiheit zu neuem demokratischen Denken in den Herzen der Menschen.* Ich glaube daran, daß das möglich ist. Wir haben damit begonnen. Der Weg, den wir zu gehen haben, ist aber noch lang. Wir müssen ihn um unseres Volkes willen gehen. Mit unserer Partei können wir das leisten. - Ich danke für Ihre Geduld.

(Beifall)

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Ich rufe nun Hermann Schnipkoweit, Landesverband Hannover, auf.

**Hermann Schnipkoweit:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil mehrere Vorredner - angefangen bei dem Herrn

Generalsekretär über Ministerpräsident Münch bis hin zu einigen anderen - gesagt haben, wir brauchten jede Hilfe zum Aufbau der neuen Länder. Nun habe ich in meiner aktiven Tätigkeit als Sozialminister in Niedersachsen im ersten Halbjahr 1990 durch viele Besuche erfahren, welche Hilfe hier notwendig ist. Ich bin bei allen Wahlen dabei gewesen, bei Kommunalwahlen, bei Landtagswahlen und Bundestagswahlen. Meine Damen und Herren, mir ist eines vorhin zum Bewußtsein gekommen. Wenn ich hier oben auf der Bühne oder auch im Saal herumschaue, stelle ich fest, daß es hier sehr viele ehemalige Ministerpräsidenten, Minister, Landtagsabgeordnete, Bundestagsabgeordnete und Kommunalvertreter gibt, die heute im wohlverdienten Ruhestand leben. Es klingt immer wieder an, die Jugend komme nicht zum Zuge. Ich habe nach 27 Jahren Landtagstätigkeit in Niedersachsen mein Mandat mit 62 Jahren freiwillig zurückgegeben.

(Beifall)

Ich habe nach 14½ Jahren als Sozialminister aufgehört. Ich habe meine Parteiämter niedergelegt. Ich bin gern hierhergekommen.

Was mir aber aufgefallen ist, ist folgendes. Das Ganze wird nicht ordentlich koordiniert. Herr Generalsekretär, Sie haben es vorhin gesagt: Wir wissen ganz genau, wieviel Frauen wir in unserer Partei haben. Wir wissen, wieviel Katholiken und Protestanten wir haben. Wir wissen, wieviel Atheisten wir haben. Wir wissen alles ganz genau. Sie können mir aber ganz bestimmt nicht sagen, wie viele unserer Mandatsträger - die meisten sind ja durch die CDU in die hohen Ämter gekommen - jetzt hier in den neuen Bundesländern eingesetzt werden. Ein Bildungspolitiker versteht nun einmal nicht allzuviel von den Wohnungsbauproblemen, die der Oberbürgermeister vorhin angesprochen hat. Es wäre, glaube ich; hilfreich, wenn die Bundesgeschäftsstelle oder die Landesgeschäftsstellen einmal abfragen würden, wie viele Mandatsträger jetzt in den neuen Bundesländern tätig sind. Ich erinnere daran, daß uns der Bundeskanzler ja auch den schönen Brief geschrieben hat, in dem es hieß: Spendet mindestens 10 DM. - Ich habe es schon getan.

(Heiterkeit und Beifall)

Wissen Sie, wat man gleich macht, dat vergißt man nicht, das ist so eine alte Geschichte.

Nein, hier geht es wirklich um folgendes: Ich habe gespürt, welche Sorgen unsere alten Menschen hatten, als die Pflegesätze in den Altenheimen erhöht wurden: „Das müssen unsere Kinder bezahlen“, „Wird das kleine Eigenheim versteigert?“, und alles, was dazugehört. Oder: Der Oberbürgermeister sprach vorhin von der Privatisierung im Wohnungsbau. Ich habe nie die höheren Weihen der Politik erhalten, d. h., ich war nie im Finanzausschuß, nie im Kultusausschuß, sondern ich habe in Niedersachsen 1963 im Wohnungsbauausschuß angefangen, bin dann Wohnungsbauminister, aber nie Sozialminister geworden. Eines will ich sagen: Ich war wie Norbert Blüm immer für Eigentumbildung in Arbeitnehmerhand, und dazu eignet sich für viele das eigene Heim am besten. Aber ehe ich hier Menschen in Dresden oder Leipzig mit der Plattenbauweise unglücklich mache, müssen wir bestimmte Voraussetzungen schaffen, daß die Bewohner von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen auch glückliche Menschen werden und uns nachher nicht verfluchen: Was habt ihr uns da angedreht?

(Beifall)

Deshalb meine herzliche Bitte: Es ist gesagt worden, wir wollen nicht nur materielle Mittel einsetzen, vielmehr brauchen wir Menschen, die bereit sind, etwas Sinnvolles zu tun. Ich habe immer versucht, so einen kleinen Beitrag zu leisten. Aber ich meine,

wir sollten uns alle verpflichtet fühlen, denn wir alle wollen ja nicht nur die nächste Bundestagswahl gewinnen, sondern wir wollen in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein, in Baden-Württemberg sowieso die Mehrheit behalten, wir wollen überall wieder Mehrheiten haben. Dazu brauchen wir alle. Ich bitte um Ihre Unterstützung. Die Bundesgeschäftsstelle liefert uns das Material dazu. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, entsprechend der geschäftsleitenden Beschlußfassung von vorhin unterbrechen wir jetzt unsere Debatte.

Ich rufe zunächst den Bericht der Mandatsprüfungskommission auf und erteile das Wort dem Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, Herrn Hans-Peter Marr:

**Hans-Peter Marr**, Mandatsprüfungskommission: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident! Sehr geehrter Herr Parteivorsitzender! Sehr geehrte Delegierte! Die vom 2. Parteitag eingesetzte Mandatsprüfungskommission hat am heutigen Sonntag, dem 15. Dezember 1991, auf ihrer Sitzung die Unterlagen der Delegierten überprüft. Es wurde festgestellt, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum Zeitpunkt des 2. Parteitages weniger als 24 Monate im Amt waren. Die entsprechenden eidesstattlichen Versicherungen der jeweils zuständigen Parteigerichte liegen vollständig bei den Akten.

Nach § 28 des Bundesstatuts besteht der Parteitag aus 1 000 vollstimmberechtigten Delegierten der Landesverbände. Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 20 Uhr von den 1 000 stimmberechtigten Delegierten des 2. Parteitages 935 anwesend. Die Mandatsprüfungskommission hat eine Erklärung des Leiters der Abteilung Verwaltung der CDU-Bundesgeschäftsstelle entgegengenommen, daß alle Landesverbände die nach § 22 Abs. 2 des Statuts für die Anerkennung des Stimmrechts erforderlichen Beträge an die Bundespartei abgeführt haben. Demzufolge ist dieser Parteitag beschlußfähig.

(Beifall)

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf**, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Marr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 14 auf:

### Nachwahl des stellvertretenden Vorsitzenden und eines weiteren Mitglieds des Präsidiums

Ich bitte wegen der Verfahrensregelungen, die wir hier vorschlagen wollen, einen Augenblick um Ihre Aufmerksamkeit. Nach § 29 des Statuts sind die Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden und die Wahl eines Mitglieds des Präsidiums in getrennten Wahlgängen vorzunehmen. Wir möchten Ihnen vorschlagen, daß es für beide Wahlgänge jeweils nur einen Kandidaten gibt und daß wir die Wahlgänge nacheinander aufrufen und in einem Wahlgang verbinden. Das heißt, daß Sie mit dem Stimmzettel Nr. 1 des bei Ihren Tagungsunterlagen befindlichen Stimmzettelblocks die Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden und mit dem Stimmzettel Nr. 2, dem gelben Stimmzettel, die Wahl eines weiteren Mitglieds des Präsidiums vornehmen. Beide Stimmzettel werden dann gemeinsam in die Wahlurne geworfen. Wir machen Ihnen diesen Vorschlag vor allen Dingen auch wegen der Platzverhältnisse, die es nicht so einfach machen, die Wahlurnen zu erreichen. Darf ich fragen, ob Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind? Wer einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Das ist die überwältigende Mehrheit.

Ich darf Sie noch darauf aufmerksam machen, daß unser Statut vorschreibt:

Die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstandes ... sind geheim und erfolgen durch Stimmzettel...

Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich...

Stimmenthaltungen ... zählen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit.

Unsere Geschäftsordnung sieht in § 12 weiter vor:

Bei allen Wahlen und Abstimmungen zählen Stimmenthaltungen... für die Feststellung der Zahl der abgegebenen Stimmen, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit ...

Ich bitte Sie, Ihre Stimme, wenn Sie das wünschen, um die Geheimhaltung zu sichern, in den am Rand des Saals aufgestellten Wahlkabinen abzugeben und anschließend Ihren Stimmzettel in den vor den Wahlkabinen aufgestellten Wahlurnen zu werfen.

Ich wiederhole: Der Stellvertretende Bundesvorsitzende wird mit dem Stimmzettel Nr. 1 gewählt, das weitere Präsidiumsmitglied mit dem Stimmzettel Nr. 2. Wer in der Wahlkabine wählen will: Die Wahlkabinen sind auf beiden Seiten, die Wahlurnen sind bei den Wahlkabinen aufgestellt. Dort werfen Sie Ihre Stimmzettel ein.

Meine Damen und Herren, der Bundesvorstand hat zur Wahl als Stellvertretende Vorsitzende Frau Bundesministerin Dr. Angela Merkel und zur Wahl für ein weiteres Mitglied des Präsidiums Frau Kultusministerin Christine Lieberknecht vorgeschlagen. Ich gebe dem Parteivorsitzenden das Wort zur Begründung beider Vorschläge.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ein kurzes Wort zu diesem einstimmigen Vorschlag des Bundesvorstands. Wir waren uns bei unseren Diskussionen völlig einig, daß es wichtig ist, die freigewordenen Plätze, die jetzt für ein Jahr besetzt werden – im nächsten Jahr werden der gesamte Parteivorstand und das gesamte Parteipräsidium ja neu gewählt – mit Kandidaten oder Kandidatinnen aus den neuen Bundesländern zu besetzen und entsprechende Vorschläge zu machen.

Zum zweiten waren wir uns einig, daß es aus den Gründen, die eben auch in der Diskussion deutlich wurden, richtig ist, daß wir Kandidatinnen vorschlagen, also Frauen, die sich bewährt haben und die für diese Funktion besonders in Frage kommen.

Zum dritten war, und zwar aus gutem Grund, die Frage der Verjüngung der Parteispitze ein wichtiges Kriterium. Über diese Frage wird ja schon seit langem diskutiert.

Aus diesen drei wohlüberlegten Gründen unterstütze ich hier noch einmal den Vorschlag, den der Parteitagspräsident für den Bundesparteivorstand genannt hat, nämlich zur Stellvertretenden Vorsitzenden Frau Angela Merkel und zum weiteren Mitglied des Präsidiums Frau Christine Lieberknecht zu wählen. Ich denke, beide Damen, die sich gleich vorstellen werden, verdienen in ganz besonderer Weise unser gemeinsames Vertrauen, und darum bitte ich Sie.

(Beifall)

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Helmut Kohl.

Frau Dr. Merkel, wünschen Sie das Wort für eine kurze Vorstellung? – Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Dr. Angela Merkel** (mit Beifall begrüßt): Liebe Delegierte! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich Ihnen kurz vorstellen. Ich bin 1954 in Hamburg geboren. Mein Vater hatte dort Theologie studiert – das war in der damaligen DDR relativ schlecht möglich –, hatte sich aber vorher schon entschieden, nach Brandenburg zurückzukehren. So bin ich dann in Templin in der Uckermark aufgewachsen.

Ich habe in Leipzig Physik studiert und später an der Akademie der Wissenschaften gearbeitet. Dort habe ich auf dem Gebiet der Quantenchemie promoviert.

Im Dezember 1989 bin ich dem Demokratischen Aufbruch beigetreten und habe dann als stellvertretende Regierungssprecherin unter dem Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere gearbeitet. Ich freue mich noch heute, daß er einer meiner politischen Lehrer war.

(Beifall)

Heute bin ich Abgeordnete des Wahlkreises 267 im Deutschen Bundestag; das ist der Wahlkreis Rügen-Stralsund-Grimmen. Ich wurde im Januar 1991 vom Bundeskanzler zur Ministerin für Frauen und Jugend vorgeschlagen. Dieses Amt übe ich jetzt seit fast einem Jahr aus.

Wir, d.h. die Delegierten aus den östlichen und westlichen Bundesländern, haben uns im vorigen Jahr in Hamburg in einer Partei zusammengeschlossen. Ich bin Mitglied der CDU geworden, weil diese Partei durch ihre Bewahrung von Grundüberzeugungen Veränderungen möglich gemacht hat. Deshalb können wir heute hier den 2. Parteitag der CDU Deutschlands zusammen veranstalten.

Ich denke, in diesem einen Jahr seit dem 1. Parteitag in Hamburg haben wir uns auch besser kennengelernt. Zum Kennenlernen gehört, daß wir um die Gemeinsamkeiten besser wissen. Aber es gehört natürlich auch dazu, daß wir etwas besser über unsere unterschiedlichen Erfahrungen Bescheid wissen.

Ich möchte Ihnen kurz noch sagen, welche Erfahrungen aus dem Leben in der ehemaligen DDR für mich ganz besonders wichtig sind. Ich möchte Sie bitten, daß Sie als die Delegierten aus den alten Bundesländern neugierig auf unsere Erfahrungen sind, damit wir die Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam gestalten können.

(Beifall)

Ich glaube, die erste und vielleicht wichtigste Erfahrung ist das Wissen darum, wie leicht Menschen in der Versuchung stehen, sich anzupassen, und welche Möglichkeiten des Widerstandes gegen ein menschenverachtendes Regime es gibt. Dieser Erfahrungsschatz ist unverzichtbar, wenn wir die Freiheit in unserem Staat Bundesrepublik auf Dauer erhalten wollen.

Ich erlebe manchmal, daß in der alten Bundesrepublik Demokratie als etwas sehr Selbstverständliches verstanden wird. Ich denke, wir müssen alle immer wieder darauf achten, daß unsere Demokratie gepflegt wird.

Die zweite Erfahrung, auf die es mir ankommt, mag sich für westdeutsche Ohren manchmal etwas seltsam anhören. Es handelt sich um die Fähigkeit, zwischen den Zeilen zu lesen, auf leise Töne zu hören, das Unausgesprochene auch wahrzunehmen. Ich denke aber, daß das gerade wichtig ist für Bevölkerungsgruppen wie die älteren Menschen, für Kinder, für Jugendliche, für Familien und Pflegebedürftige, die nicht immer die scharfen Auseinandersetzungen führen können. Deshalb brauchen wir diese Sensibilität, die für uns als ehemalige DDR-Bürger unverzichtbar war, um das Leben in diesem Lande zu überstehen.

(Beifall)



Eine dritte Erfahrung umschreibt die kulturellen Werte, die im östlichen Teil Deutschlands vielleicht noch etwas getreuer als im westlichen Teil bewahrt wurden: die Fähigkeit, mit bescheidenen Mitteln Lebenszufriedenheit zu erwerben, die Kunst, das Leben entgegen allen Unterdrückungsversuchen zu meistern, und das Geschick, sich auch dann zu behaupten, wenn man in der Minderheit ist.

Ich denke, die CDU ist die richtige Partei für die Bewältigung von Risiken. Mir ist es wichtig, daß wir in unserer Arbeit noch stärker als bisher auf die Anfragen, Sorgen und Erfahrungen von Frauen und Jugendlichen hören. Insbesondere die Frauen in den fünf neuen Bundesländern werden mit den Gefahren und den Chancen der Umwandlung konfrontiert. Sie sind nach meiner Beobachtung besonders sensibel für die Atmosphäre, in der die Herausbildung neuer Gemeinsamkeiten geschieht.

Die Jugendlichen betrachten uns mit Offenheit, aber sie warten ab, ob wir uns ernsthaft der Aufgabe stellen, die Vergangenheit zu bewältigen und auf ehrlichem Fundament eine neue Zukunft aufzubauen. Mein persönliches Anliegen ist es, ihnen zu zeigen, daß es sich lohnt, in der CDU aktiv zu sein, weil unsere Partei eine echte Volkspartei ist, weil sie für jüngere und ältere Menschen da ist, für Frauen und Männer. Wenn wir nicht bloß Worte machen, sondern das durch praktische Taten beweisen, dann ist die CDU die Partei, die die Stimmenmehrheit in der Bundesrepublik verdient.

Ich möchte auch außerhalb der Parteistrukturen wirken. Die CDU in der ehemaligen DDR hatte nicht die Möglichkeit, alle Bevölkerungsschichten zu erreichen. Im geisteswissenschaftlichen Bereich, im wirtschaftlichen Bereich, im mittelständischen Bereich, unter den Wissenschaftlern, unter den Studierenden war der Zugang für die CDU sehr schwierig. Deshalb sollten wir in diesem Bereich um neue Mitglieder werben.

Wenn wir auf die Menschen zugehen, wenn wir ihre Probleme und Ängste ernst nehmen, dann sind die Menschen – dessen bin ich sicher – für unsere politischen Anliegen zu gewinnen. Es werden auch solche sein, die uns bisher fernstanden.

Ich hoffe, daß Dresden ein Signal dafür sein wird, daß die CDU die Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam meistern kann. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Angela Merkel. – Jetzt hat das Wort Frau Christine Lieberknecht.

**Christine Lieberknecht** (mit Beifall begrüßt): Sehr verehrter Herr Bundesvorsitzender! Sehr geehrte Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Wir sind in Dresden, um in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und aus ihr heraus die Zukunft der Menschen in Einigkeit und Freiheit zu gestalten.

Ich komme aus Weimar, wo ich 1958 als evangelische Pfarrerstochter geboren wurde. Meine Großeltern aber kamen aus Darmstadt und Hannover, um in Weimar, der Stadt der deutschen Klassik, der Malerei und der Kunst, zu studieren und dort zu leben. Das war deutsche Normalität zu Beginn unseres Jahrhunderts, und deutsche Normalität am Ausgang unseres Jahrhunderts muß es wieder werden.

(Beifall)

Das bedarf unserer aller Anstrengungen zum Neuaufbau von Bildung und Kultur im östlichen Teil unseres Landes.

Ich selbst studierte in Jena Theologie und war im Gemeindepfarramt unweit des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald tätig, das düstere Kapitel unserer deutschen Geschichte vor 1945 - aber auch danach - geprägt von Nationalsozialismus und Stalinismus.

Seit 1978 bin ich mit dem Pfarrer Martin Lieberknecht verheiratet und gebar bereits vor der deutschen Einheit am 3. Oktober, dem heutigen Nationalfeiertag, unsere Tochter Marie.

(Beifall)

Ich kann anfügen: Der Sohn Paul hat am 5. Januar Geburtstag; in bezug auf Konrad Adenauer ebenfalls ein Datum der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Werte Delegierte, beide Kinder erleben zur Zeit hautnah die Umstellung des Thüringer Schulwesens, für das ich als Thüringer Kultusministerin seit dem 8. November 1990 im Kabinett der Thüringer Landesregierung die Verantwortung trage: weg von der Einheitsschule hin zu einem freiheitlich-demokratischen und pluralistischen Bildungswesen für unsere Kinder und Jugendlichen.

(Beifall)

Mein politisches Wirken in offener Auseinandersetzung mit dem erstarrten Staatswesen der DDR-Führung begann aus den Reihen der Basismitglieder der CDU im Osten Deutschlands, deren Mitglied ich in einem kleinen Ortsverband im Landkreis Weimar im Jahre 1981 wurde.

Darin stehe ich für viele Mitglieder im Osten Deutschlands, die heute Verantwortung übernommen haben, die aber auch früher, unter den Bedingungen der Diktatur die schmalen Spielräume suchten für Menschlichkeit an der Basis vor Ort.

(Beifall)

Am 10. September 1989, am Vorabend der Öffnung der ungarischen Grenze für alle Deutschen, unterzeichnete ich in der Gemeinschaft von vier Parteifreunden den Weimarer Brief, der im folgenden zum Schlüsseldokument der Erneuerung der Ost-CDU wurde.

(Beifall)

Auf dem Sonderparteitag der CDU im Osten Deutschlands vor fast genau zwei Jahren wurde ich in den neuen Parteivorstand unter Lothar de Maiziere gewählt. Seit dem 20. Januar 1990 bin ich stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Thüringen.

Im Vorstand der Landespartei und als Mitglied der Thüringer Landesregierung spüre ich die Last der Geschichte von 40 Jahren, die auf uns und den Menschen in beiden Teilen Deutschlands liegt. Und dabei ist nach wie vor Aufbruch notwendig, und wir müssen aufpassen, daß uns die Kraft des Aufbruchs unter den Bedingungen der Freiheit nicht verlorengeht. Wir brauchen sie nicht weniger als vor zwei Jahren, wir brauchen diese Kraft nicht nur um unseretwillen, sondern es geht uns auch um Verantwortung gegenüber denen, die über Jahrzehnte mit Leidenschaft für Freiheit und Einheit gekämpft haben: die Gründer der Union, die Freunde der Exil-CDU, die gelitten haben, inhaftiert waren und z. T. ihr Leben lassen mußten. Und auch das ist Geschichte unserer Union.

Es geht aber auch um unsere Verantwortung gegenüber denen, die heute die Schulen besuchen und morgen unsere Welt gestalten werden. Die Chancen der Jugend, die Chancen für Bildung und Wirtschaft, die Chancen für Freiheit und neue Wege sind so groß, daß ganz Deutschland eine neue Zukunft haben muß, und auf diesem Weg brauchen wir immer wieder Mut und Bereitschaft, uns einzulassen auf die gemeinsame Zukunft, die vor uns liegt. Hier ist Selbstvertrauen notwendig, aber auch Fairneß gegenüber der Lebensart und der Lebensleistung des jeweils anderen. Hier ist

Offenheit notwendig und Glaubwürdigkeit, hier ist Geduld notwendig und Besinnung auf die Wurzeln christlich-demokratischer Politik - und die Konturen unserer Politik dürfen nicht verwischen. Sie müssen klar erkennbar sein gerade in Situationen, in denen es schwierig ist, und wir müssen auch bereit sein, manch unpopuläre Entscheidungen zu treffen.

(Beifall)

Ein bleibendes Gefühl von Glück und Dankbarkeit, daß wir es sind, die unsere Geschichte am Ende unseres Jahrhunderts gestalten können, wird mir dabei helfen - und es müssen unsere Impulse sein, die wir aus unserer Freiheit und unserer Chance des Neuaufbaus für ganz Deutschland gewinnen. Dafür stelle ich mich zur Wahl.

(Anhaltender Beifall, ein Bravo-Ruf)

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf**, Tagungspräsidium: Das Präsidium dankt beiden Kandidatinnen, kann sich nur mit Mühe zurückhalten, in die Begeisterung einzustimmen, die hier im Augenblick zu Recht herrscht.

Ich möchte nach der Vorstellung damit den Wahlgang eröffnen. Ich mache alle Delegierten ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern die Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor sie die Stimmzettel in die aufgestellten Wahlurnen werfen können. Bitte, nehmen Sie also Ihre Stimmkarte mit. - Ich eröffne den Wahlgang.

(Wahlhandlung)

**Prof. Dr. Klaus Töpfer**, Tagungspräsidium: Ich darf fragen, ob die Stimmkarten abgegeben worden sind. - Ich darf noch einmal fragen, ob alle Delegierten ihre Stimme abgegeben haben. - Dies ist offensichtlich der Fall. Dann schließe ich diesen Wahlgang.

Liebe Delegierte, wir gehen davon aus, daß die Auszählung etwa 20 Minuten in Anspruch nehmen wird, so daß wir in der Zwischenzeit noch zu Tagesordnungspunkt 13 - Aussprache zu den Berichten - zurückkommen.

Ich darf als nächsten Redner unter diesem Tagesordnungspunkt Herrn Matthias Stern aus Schleswig-Holstein aufrufen. Herr Stern, Sie haben das Wort.

**Matthias Stern**: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist sicher nicht die glücklichste Situation, um als Delegierter hier zu seinem Recht zu kommen und auch reden zu dürfen. Zwischenzeitlich hatte ich bei diesem Parteitag den Eindruck, daß das Motto „Einheit leben“ bedeutet, daß sich die Delegierten im Saal befinden und sich der Bundesvorstand außerhalb des Saales aufhält, aber das hat sich ja nun Gott sei Dank geändert, und wir haben wieder die volle Aufmerksamkeit - ich habe da meine Zweifel - des gesamten Bundesvorstandes.

Ich möchte mich persönlich bei Helmut Kohl bedanken - ich habe ihn oft genug kritisiert - für die souveräne Art und Weise, in der er die deutsche Einheit gestalten konnte. Ich möchte ihm persönlich Dank dafür sagen, daß er selbst in Zeiten, in denen es nicht attraktiv war, die Vision eines geeinten Europas zielstrebig verfolgte.

Das sind beides Leistungen der Union, die, wie wir es kennen, nur mittelmäßig verkauft werden. Na ja, ich bin jetzt 19 Jahre in der Partei; auch daran gewöhnt man sich.

**Prof. Dr. Klaus Töpfer**, Tagungspräsidium: Einen Augenblick, Herr Stern; ich darf Sie unterbrechen. - Meine Damen und Herren, wir haben im Laufe des gesamten

Parteitags den Rednern aufmerksam zugehört. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie das in den letzten 20 Minuten auch noch tun würden.

(Beifall)

Herr Stern, Sie haben das Wort.

**Matthias Stern:** Vielen Dank, Herr Töpfer. – Was mir Sorge bereitet, ist der Zustand unserer Partei, und zwar unserer Partei im Westen, denn nur deren Zustand kann ich beurteilen. Dies bezieht sich weniger auf die Spitze, denn dort gibt es umfangreiche Bemühungen in Richtung einer Verjüngung, in Richtung einer stärkeren Beteiligung von Frauen. Was mir Sorge macht, ist die Situation in unseren Orts- und Kreisverbänden.

Dort hat die neunjährige Regierungszeit zur personellen und inhaltlichen Erstarrung geführt. Die JU – das ist hier schon gesagt worden – konnte feststellen, daß weite Bereiche unserer Partei zu einer jugendfreien Zone erklärt werden können. Doch dieser Vorwurf greift zu kurz. Es fehlt inzwischen fast vollständig die gesamte Generation unter 40.

Ich habe 1972 in der Union begonnen. In den Jahren bis 1975 haben wir eine Gruppe von etwa 20, 30 Leuten zusammenbekommen. Ich bin heute der einzige, der noch mitarbeitet. Der Rest zahlt Beitrag und ist nicht mehr bereit, sich zu engagieren.

Die Union ist nicht in der Lage, das Lebensgefühl der Generation der bis zu 40jährigen aufzugreifen, stilistisch auf Grund ihrer oft pomadigen und selbstzufriedenen Art. Das Dresdener Manifest dokumentiert das. Was dort sprachlich stattfindet, ist für mich nicht erträglich. Man hätte dieses Dokument auf zehn Seiten kürzen können und hätte nichts verloren.

(Vereinzelter Beifall)

Inhaltlich ist zu kritisieren, daß die Union nicht einmal fragt, was die Menschen unter und um 40 bewegt.

Die katastrophale Wohnsituation wird ideenlos beantwortet. Es ist für einen 35jährigen Vater und für eine 35jährige Mutter, die gut ausgebildet sind, die gut verdienen, bitter, daß es ihnen nicht mehr gelingt, angemessenen Wohnraum zu finden. Daran ist weniger unsere Bundesregierung schuld und weniger die Landesregierung. Das sind oft unsere ignoranten Kommunalpolitiker, die noch meinen, des Wohnungsbauproblems mit den Methoden der 60er Jahre Herr werden zu können und die schlicht nicht nachdenken, was sie tun könnten.

In Kindergartenfragen reagieren wir meist. Kinder sind auf Bundesparteitagen ein wichtiges Thema, aber bei unseren Kommunalpolitikern, deren Kinder meist über 18 Jahre sind, und die noch keine Großeltern sind, sind sie kein Thema. Es wird ausschließlich unter finanziellen Gesichtspunkten gesehen.

Umweltschutz wird von vielen lediglich als ein Wirtschaftshemmnis und als ein notwendiges Übel bewertet, weil es halt diesen Herrn Töpfer gibt.

Das Thema Einigkeit – die Einheit Deutschlands ist sicherlich wichtig – ist kein Thema, mit dem wir im Westen Deutschlands Wahlen gewinnen können. Glauben Sie bitte nicht, daß das Thema deutsche Einheit eine große Anzahl von unter 40jährigen vom Hocker reißt. Sie haben sich damals im November, damals im Oktober gefreut, aber nun wollen sie auch sehen, daß die Union auch ihre Probleme ernst nimmt und aufgreift.

Junge Leute um die 40, die zur CDU stoßen, werden in der geschlossenen Gesellschaft argwöhnisch aufgenommen. Viele der alten Mitglieder sind froh, daß sie meist durch Familie und Beruf stark gebunden sind. Neue Ideen gelten als Gemecker oder als naive Vorstellungen, die praktisch nicht durchführbar sind. Kritik und Dialogfähigkeit, die wir hier einfordern, werden an der Basis bestraft.

Herr Dr. Kohl, Sie haben recht, wenn Sie in Ihrer Rede, wie geschehen, beklagen, daß in unseren Kommunen Hallenbäder heilig sind und nicht mehr gefragt wird, was nun wirklich notwendig ist, was die Menschen wirklich wünschen. Ich selbst habe Angst um die Zukunft der CDU als Volkspartei. Ich meine, Herr Rühle, man kann darüber streiten, ob es richtig ist, daß Sie quasi Regierungssprecher sind. Doch Sie sind gefragt, wenn es darum geht, auch unsere Partei im Westen zukunftsfähig zu machen.

Vieles von dem, was Sie zur Reform der Partei gesagt haben, teile ich. Doch transportieren Sie es auch nach unten! Dort sitzen doch die Leute, die die Beschlüsse der Bundespartei mit dem Hintern einreißen.

19 Jahre Arbeit für die CDU haben mich müde gemacht. Ich kann viele Deklamationen nicht mehr hören. Sie erstarren in Ritualen. Ich bin von der von Helmut Kohl beschriebenen Aufbruchstimmung erfüllt, doch ziehe ich daraus andere Schlüsse. Ich werde für einige Jahre nach Südafrika gehen, um neue Kraft für Politik zu finden, um wieder neu anzufangen. Ich habe 19 Jahre lang meine gesamte Freizeit der Union gewidmet. Es war eine schöne Zeit; es war mehr als die Hälfte meines Lebens.

Ich weiß, Herr Dr. Kohl, daß Sie es zutiefst bedauern, daß ich auf den künftigen Parteitag fehlen werde.

(Lachen)

Um mit dieser Trauer fertigzuwerden, hat sich mein Stadtverband etwas ausgedacht und Ihnen einen Wein gewidmet, weil wir wissen, daß Sie Wein trinken. Wir haben ihn „Oggersheimer Kanzlerberg“ getauft, „Traumkabinett halbrechts“. – Vielen Dank.

(Beifall – Der Redner überreicht dem Bundesvorsitzenden eine Flasche Wein)

**Dr. Klaus Töpfer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Stern. Der Umweltminister freut sich in besonderer Weise darüber, daß Sie die Flasche Wein in einer Jutetasche hierher getragen haben. Das sei hinzugefügt. Es wird gerade festgestellt, daß die Weinlage in Oggersheim noch nicht in die Weinkartierung aufgenommen worden ist. Das ist eine Aufgabe für die rheinland-pfälzische Weinkontrolle von hoher bürokratischer Qualität! – Herzlichen Dank, Herr Stern.

Ich rufe jetzt Herrn Edward Erroll Jaffke aus Baden-Württemberg auf.

**Edward Erroll Jaffke**: Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wenn ich mich als Kreisvorsitzender der Partei hier und heute zu Wort melde, dann tue ich das deshalb, weil mich Worte unseres Bundesvorsitzenden und unseres Generalsekretärs motiviert haben, das eine oder andere, was schon an Beiträgen gekommen ist, noch zu ergänzen.

Ich habe mich sehr gefreut, Herr Bundesvorsitzender, daß Sie ausgeführt haben, daß die neuen Bundesländer neben den Ideen und dem ganzen Kulturgut auch noch neue Abgeordnete in den Bundestag gebracht haben, zumal wir in den alten Bundesländern es einfach nicht mehr geschafft haben, mehr Abgeordnete in dieses Gremium hineinzubekommen. Wir müssen uns fragen: Warum ist das so, daß der neue Bundestag auch personell eine andere Struktur hat? Vielleicht hängt es damit

zusammen, was ich als Kreisvorsitzender an der Basis spüre, daß es nicht mehr gelingt, Bürger dieses Staates, besonders in den alten Bundesländern, für Parteiarbeit zu motivieren. Kann es damit zusammenhängen, wie der Generalsekretär ausführte, daß die Attraktivität von Parteiarbeit an sich deutlich nachgelassen hat? Und kann es vielleicht damit zusammenhängen, daß die Wunschvorstellungen, die viele hatten, als sie Parteimitglied wurden, nicht voll erfüllt worden sind?

Als ich vor mehr als 15 Jahren Mitglied der Partei geworden bin, wurde mir gesagt: Wenn du Parteimitglied bist, hast du den Vorzug, besser informiert zu sein, schneller informiert zu sein, besser, als es in der Zeitung steht, und dann an Entscheidungen auch mitwirken zu können. Wenn ich mir meine Ebene angucke, muß ich als intensiver Zeitungsleser feststellen, daß die Presse oftmals weitaus besser informiert ist, als ich als Kreisvorsitzender es bin. Ich halte das bei manchen politischen Entscheidungen für absolut bedauerlich. Wie soll man Parteimitglieder motivieren, wenn sie sich auf die Ebene der Vorbereitung von Wahlkämpfen heruntergedrückt sehen?

Wenn dies so ist, sollten uns ein paar andere Dinge auch noch interessieren. Ich will den Abend nicht verlängern, aber das als Schlaglichter einfach in den Raum stellen. In der Struktur der Partei stimmt meines Erachtens etwas nicht. Ich will Ihnen dazu ein paar Vorschläge machen, das aber, wie gesagt, nicht in die Länge ziehen.

Der Anteil der Arbeiter und gewerblich Tätigen in der Partei liegt ganz erheblich unter dem Anteil in der Gesamtbevölkerung. Mittelständler, Selbständige und Angestellte werden oft durch falsche Organisation, z.B. durch Sitzungen schon am Nachmittag, von der aktiven Arbeit in der Partei ausgeschlossen. Wie wollen Sie einen selbständigen Handwerksmeister dazu bringen, sich in dieser Partei zu engagieren, wenn er in dieser Partei nicht seine Brötchen verdient und kein Mandatsträger ist, sondern in seinem Handwerk arbeitet und deswegen die Zeiten, die von den Parteioberen auf Bezirks- und Landesebene manchmal vorgegeben werden, von ihm einfach nicht zu erfüllen sind?

Die Bereitschaft vieler Mitglieder, sich an der aktiven Parteiarbeit zu beteiligen, krankt meiner Meinung nach auch daran, daß die Arbeit verrechtlicht und verbürokratisiert wird. Mir geht es ähnlich wie meinem Vorredner: Wenn ich das Dresdner Manifest lese, habe ich den Eindruck – ich will damit keinem Berufsstand zu nahe treten –, daß sich dort wieder einige Juristen verkünstelt haben. Es tut mir leid: Diese Partei muß wieder lernen, die Sprache des Bürgers zu sprechen und von umfangreichen Parteipapieren, die zum Teil von Fremdwörtern strotzen, Abstand zu nehmen.

(Beifall)

Es kommt noch etwas dazu: Weil diese Arbeit so kompliziert ist und weil einem normalen Parteimitglied ein Bundesparteitag schon fast zu hoch ist, werden wir zu einer Partei der Funktionsträger, ja zu einer Partei der Politprofis. Das kann nicht die Zielaufgabe einer Volkspartei sein.

Ich will noch ein paar Punkte ergänzen. Ich meine, wir müssen neue Wege beschreiten. Ich sehe sie als ehemaliges JU-Mitglied z. B. darin, daß wir die Vereinigungen nicht auffordern, sich wie die Mutterpartei zu organisieren, nämlich stur nach irgendwelchen Satzungen und Mitgliedsbeitrittsvorgaben, um damit Nichtmitgliedern den Einstieg zu ermöglichen und damit vielleicht auch die Mitarbeit in der Partei. Wir müssen etwas gegen die vielzitierte Ämterhäufung tun. Wir sollten einen Beschluß herbeiführen, der maximal drei Parteifunktionsämter zuläßt. Ich will das mit einem Beispiel untermauern. In meinem eigenen Landesverband wollte einer Mitglied des Landesvorstandes werden – er ist zum Glück durchgefallen, d. h. die Delegierten

haben es gemerkt –, der neben einem Bundestagsmandat, zwei Aufsichtsratsvorsitzen und zwei Vereinsvorständen, die er innehatte, auch noch Mitglied seiner Gemeindefraktion war. Ich frage Sie: Wenn ich meinen Job als Kreisvorsitzender ernst nehme und daneben noch einen Beruf habe und mich dabei voll ausgefüllt fühle und kaum die Termine schaffe, wie schafft es ein solcher Mensch, dann auch noch Mitglied in einem Landesvorstand zu sein? Da stimmt es irgendwo nicht mehr!

Lassen Sie mich zum Schluß noch zwei kurze Feststellungen treffen: Ich glaube, wir müssen dazu kommen, daß die Mitglieder und die Öffentlichkeit über die Vorstellungen der CDU intensiver, besonders durch die Fraktionen und durch ihre Mandatsträger, informiert werden.

**Dr. Klaus Töpfer**, Tagungspräsidium: Herr Jaffke, ich möchte Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

**Edward Erroll Jaffke**: Vorhin gab es keine Redezeitbeschränkung, Herr Töpfer. Die Aussprache war angekündigt. Es tut mir leid, daß ich das jetzt als Kritik zurückgebe, wenn Sie mich unterbrechen. Von fast 25minütigen Grußworten hat vorher niemand geredet. Sie gestatten mir diese Bemerkung.

Ich meine, wir brauchen mehr Beteiligung von außen, eine schnellere und bürgernähere Politik. Dann hat die Partei eine echte Chance. Wir müssen dem Eindruck entgegentreten, daß Parteiarbeit und in der Partei Mitglied sein ein Machtinstrument oder sogar ein Selbstbedienungsladen ist. Mehr Selbstbewußtsein, mehr Entscheidungsfreude und Durchsetzungsfähigkeit, gepaart mit Fairneß innerhalb der Partei und Loyalität gegenüber denen, die die Arbeitsträger in dieser Partei sind, sollten die Zielvorstellung derjenigen sein, die bei uns politische Verantwortung übernehmen und tragen.

Ich wünsche mir, daß die CDU die Partei der Zukunft wird, indem sie die Gemeinsamkeiten, die sich durch den Beitritt der neuen Bundesländer ergeben, ausnutzt und in positive Züge bis hinunter zur Parteiarbeit der Orts- und Kreisverbände umsetzt. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Dr. Klaus Töpfer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Jaffke. Ich wollte überhaupt niemandem die Redezeit begrenzen; sonst hätten wir das viel früher machen sollen. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß der Abend inzwischen etwas weiter fortgeschritten ist. Wir werden nach der Vorlage der Ergebnisse den Parteitag bitten, die dann noch vorhandenen Redebeiträge auf morgen nachmittag zu verschieben. Ich hoffe, daß der Parteitag damit einverstanden ist. Da die Ergebnisse aber noch nicht vorliegen, möchte ich jetzt das Wort an Herrn Holger Müller aus Nordrhein-Westfalen geben.

**Holger Müller**: Gerade sagte jemand, ich solle hier Stimmung reinbringen. Das ist relativ schwer möglich. Als ich mich vor vier Stunden meldete, war meine Wortmeldung auch schon kürzer als fünf Minuten. Sie ist inzwischen nicht länger geworden. Ich mache sie jetzt noch etwas kürzer. Ich kenne das vom Sport: Der Zehnkämpfer kämpft auch nur vor einem erlesenen Fachpublikum von Experten und Interessenten.

Herr Bundeskanzler, Sie haben in Ihrer Rede den Vorschlag gemacht, daß wir Deutschlehrer nach Rußland schicken sollen. Ich bin beruflich einige Male im Jahr drüben, und ich weiß, daß da ein Bedarf ist. Nur, ich warne Sie: Suchen Sie diese Lehrer genau aus! Wenn ich mir durch den Kopf gehen lasse, was von einigen Lehrern im Bundesgebiet verzapft wird, könnte sich der Eindruck aufdrängen, daß wir eine gewisse Unterscheidung machen sollten, weil die Leute in den Ostblockländern schon genug gelitten haben.

(Beifall)

Ich wundere mich eigentlich, daß jetzt, um 22 Uhr, noch kein Wort zur sogenannten Friedensbewegung gesagt worden ist - darüber wundere ich mich wirklich -, zu diesen selbsternannten Friedensaposteln, deren Heuchelei und Unredlichkeit sich gerade in den letzten Wochen und Monaten ja deutlich hervortut.

Vor einigen Tagen traf ich bei uns in einer Kneipe einen dieser staatssubventionierten Dauermarschierer und fragte ihn: Was machst du denn eigentlich hier? - Er fragte: Wieso? - Ich sagte: Du demonstrierst nicht, du machst keine Menschenkette; keine Kerzchen vor der Kirche! - Reingegangen ist er sowieso nie. Da guckte der mich an und fragte: Wieso? - Ich sagte: Junge, es ist doch Krieg, und du demonstrierst nicht!!

Ja, meine Damen und Herren, das ist meines Erachtens ein sehr ernstes Problem. Ich wüßte schon, wann die Jungens und die Mädels demonstrieren würden: Wenn der erste amerikanische GI im Rahmen einer UNO-Friedenstruppe jugoslawischen Boden betritt, dann marschieren sie wieder, dann laufen sie wieder! Und ich denke, bevor sie laufen, müssen wir das Thema aufgreifen, um ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Bei großen Teilen der Friedensbewegung handelt es sich um nichts weiter als platten und primitiven Antiamerikanismus. Es geht nicht um Frieden in Freiheit, es geht um das Abreagieren billiger, unerschwinglicher Einstellungen.

Meine Damen und Herren, das wollte ich um diese späte Zeit noch gesagt haben. Ich glaube, ich bin unter den fünf Minuten geblieben. Ich danke Ihnen, daß Sie so aufmerksam waren.

(Beifall)

**Prof. Dr. Klaus Töpfer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Müller! Ich kann Ihnen bestätigen, daß Sie unter fünf Minuten geblieben sind und daß Sie auch Ihre weiteren Zielsetzungen bestens erreicht haben. - Ich darf das Wort weitergeben an Frau Dr. Braun-Moser aus Hessen.

**Dr. Ursula Braun-Moser**: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben heute sehr lange und ausgiebig über Europa gesprochen, über den Weg der deutschen Christlich Demokratischen Union in diesem Europa, und ich weiß auch, daß unser Kanzler sich sehr für dieses Europa einsetzt. Nichtsdestoweniger muß ich als Europa-Abgeordnete sehr stark bedauern - und meine Kollegen tun es wohl auch -, daß wir nicht diese 18 Abgeordneten für die neuen Länder in Maastricht durchsetzen konnten. Das ist um so mehr bedauerlich, als diese Menschen, die wie unsere Verwandten und unsere Freunde hier in den neuen Ländern 40 Jahre nicht reden konnten, in dem Parlament als reine Zuschauer herumlaufen und auch wieder nicht reden dürfen.

Nun war der Beschluß in dem Parlament gefaßt worden. Wir konnten eigentlich alle unsere Kollegen davon überzeugen, daß wir zumindest diese 18 brauchen, und wir haben diesen Beschluß zu der Außenministerkonferenz beigetragen. Auch diese hat - wohl bei Zurückhaltung der Franzosen - dem zugestimmt. Jetzt kommt diese Außenministerkonferenz weiter; wir erleben den Maastrichter Gipfel, und nichts steht in dem Papier; lediglich eine Anmerkung, daß man bis Ende 1992 prüfen soll, ob überhaupt alle Zahlen heraufgesetzt werden sollten.

Ich hatte gestern ganz kurz mit Herrn Kohl darüber gesprochen. Er meinte, daß eben die Franzosen die gleiche Zahl haben wollen; die Franzosen argumentierten auch in Richtung auf eine Erhöhung; Adenauer habe de Gaulle mal zugesagt, daß die Franzosen immer so viele Abgeordnete wie wir bekommen. Das war natürlich eine ganz andere Zeit. Man muß daran erinnern, daß die Bundesrepublik Deutschland sehr viel weniger Einwohner hatte. Und wir haben ja heute - das muß man einmal sagen -



ein ganz neues Land in die EG hineingeführt. Es ist Teil Deutschlands, der Bundesrepublik; aber es ist größer als die Niederlande, und die Niederlande haben 25 Abgeordnete. Uns ständen also rein faktisch 27 Abgeordnete zu.

Wir müssen auch erkennen, daß die Franzosen bewußt keine Repräsentanz im Europa-Parlament nach den Einwohnern schaffen wollen, um diesem Parlament keine Machtbefugnisse, keine Möglichkeiten, die Bürger zu vertreten, zuzubilligen. Wir würden also ein falsches Argument vertreten, wenn wir wirklich sagen würden, es müßten alle Nationen dann etwa die gleiche Zahl von Abgeordneten haben.

Dann muß ich noch anfügen: Wir zahlen mittlerweile 28 Prozent des EG-Haushalts. Meine französischen, meine spanischen Freunde insbesondere haben uns im Parlament gesagt: Wir sehen das ein: wenn ihr mehr Bürger habt, mehr Leistungskraft, wenn ihr euer Bruttoinlandsprodukt, eure Bevölkerung bei diesen Abgaben angerechnet bekommt, dann müßt ihr auch mehr Abgeordnete haben.

Ich bitte also den Bundeskanzler Kohl sehr herzlich, sich im nächsten Jahr noch einmal ganz erheblich dafür einzusetzen, daß wir diese 18 Abgeordneten bekommen. Es nutzt nicht, eine allgemeine Systemdiskussion zu bekommen, eine Diskussion über Wahlrechtssysteme in allen Ländern. Es hat auch keinen Sinn, darauf hinzuweisen, daß irgendwann mit dem Beitritt Schwedens, mit dem Beitritt Österreichs ganz andere Zugangszahlen, ganz andere Mitgliedszahlen des Parlaments entstünden. Wir brauchen diese 18 jetzt, gerade für die neuen Bundesländer. Die Beobachter aus diesen neuen Bundesländern, die jetzt dort sind, haben keine Möglichkeit, einen Assistenten anzustellen. Sie können gar keine Nachrichten aus Europa nach Sachsen, nach Thüringen übermitteln, wenn ihnen nicht die nötigen Mittel bewilligt werden.

Ich muß die Bundestagskollegen auch einmal darauf hinweisen: Wenn heute gesagt würde „beschränkt doch den Bundestag, reduziert ihn doch“ - was wir praktisch täten, wenn wir mit den 81 wesentlich mehr Bürger zu vertreten haben -, dann müßten wir praktisch die 81 anders aufteilen. Ich glaube, daß der Bundestag da auch anders reagieren würde und nicht - wie in der Debatte am letzten Freitag - die Ergebnisse von Maastricht einfach hinnehmen würde. Er hat sie hingenommen in dem Sinne: Das kann nicht so schlecht sein.

Immerhin haben wir zugestimmt der Währungsunion, die die Franzosen wollten, wir haben zugestimmt der Sozialunion, die andere wollten. Wir sollten jetzt darauf beharren, daß wir unsere 18 neuen Mitglieder in diesem Parlament bekommen. Ich vertraue auf Helmut Kohl. Ich bitte Sie ganz herzlich, die Dinge zu betreiben, Herr Bundeskanzler. Es ist in unser aller Interesse.

(Beifall)

**Prof. Dr. Klaus Töpfer**, Tagungspräsident: Vielen Dank! Zu einer direkten Erwiderung gebe ich dem Bundeskanzler und Parteivorsitzenden das Wort.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß wir in etwa drei bis vier Minuten das Ergebnis der Wahlgänge haben.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich will zu dem Thema jetzt nicht viel sagen. Ich habe ja gestern versucht - offensichtlich ohne Erfolg -, die Frau Kollegin zu überzeugen, daß ihre Annahme nicht zutrifft. Ich will aber wenigstens sagen, daß ich gerade erst heute nachmittag ausgiebig mit dem Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europa-Parlament, unserem Freund Egon Klepsch, und mit dem aus Hessen stammenden Europa-Abgeordneten Sälzer gesprochen habe. Beide sind sehr zufrieden mit dem, was wir in Maastricht vereinbart haben.

(Vereinzelter Beifall)

**Prof. Dr. Klaus Töpfer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Bundeskanzler! Ich darf als letztem für heute das Wort geben Herrn Dr. Axthelm aus Thüringen. Es bleiben uns dann noch die Wortmeldungen von Herrn Thómas Adasch aus Niedersachsen und Herrn Peter Hans aus dem Saarland für morgen nachmittag. Ich darf das Wort an Herrn Axthelm geben. Er hat offenbar nicht mehr damit gerechnet, daß wir heute noch zu diesem Tagesordnungspunkt kommen. Doch, er kommt! Entschuldigung!

**Dr. Hans-Henning Axthelm**: Herr Vorsitzender! Meine Freunde! Es ist tatsächlich so, daß ich nicht mehr damit gerechnet habe, mich aber trotzdem freue, vielleicht den Bonus des letzten Redners zu haben und den Rest Ihrer Aufmerksamkeit auf ein Thema lenken zu können, was mit Grundwerten etwas zu tun hat.

Es ist eine Binsenweisheit - im Zusammenhang mit Solidarität: Die Arbeitslosigkeit im Osten ist anders strukturiert als im Westen. Wo es in den alten Ländern falsch ist, Arbeitslose für bloß faul zu halten, ist dies im Osten gänzlich unangebracht. Und wer will es einem unerfahrenen sogenannten Kurzarbeiter Null verdenken, wenn er keine Umschulungsmaßnahme annahm, weil er dadurch seine ohnehin niedrigen Bezüge noch mehr verringert hätte?! Wir brauchen dringend Gesetze, die den Umstrukturierungsprozeß der Wirtschaft im Osten dadurch fördern, daß sie Fortbildung und Umschulung nicht bestrafen, sondern belohnen.

Wir werden die hohe Frauenarbeitslosigkeit im Osten nur verringern können, wenn wir mit der Entwicklung eines hochqualifizierten Dienstleistungswesens vorankommen. Wenn wir dafür die Frauen motivieren, entwickelt sich eine moderne Beschäftigungsstruktur. Tun wir etwas für die Angleichung der Lebensverhältnisse und helfen wir den Frauen, die nun einmal in den vergangenen 40 Jahren schon etwas gelernt haben, was Frauen in den alten Ländern jetzt auch zunehmend entdecken, nämlich daß Berufsarbeit nicht menschliche Verarmung bedeuten muß, sondern Bereicherung der Persönlichkeitsentwicklung und Lebensqualität bedeuten kann.

Natürlich brauchen wir ein funktionierendes Netz von Kindergärten, Kinderkrippen, Tagesmüttern. In Thüringen haben wir bei den Kindergärten und Kinderkrippen schon jetzt das Notwendige erreicht. Ich wünsche unseren Freunden aus den alten Bundesländern, daß sie - wie bereits in Rheinland-Pfalz - auf diesem Gebiet vorankommen.

Wichtiger wäre mir, im Zusammenhang mit dem Manifest zu dem Begriff der Wahrhaftigkeit noch ein paar Sätze zu sagen. Vergangenheitsbewältigung hat sicher auch etwas damit zu tun. Die Feststellung, daß die SED-Diktatur vierzig Jahre lang Mißachtung der Menschenwürde, Einschränkung der Freiheit und Rechtsbeugung bedeutete, ist richtig und unrichtig zugleich. Rehabilitierung, Wiedergutmachung, Entschädigung, Gerechtigkeit und Rechtsfrieden können auf Dauer nur erreicht werden, wenn wir uns klarmachen, daß diese Diktatur der SED eine Antwort auf die Nazi-Diktatur sein wollte und daß jede Antwort auf Diktaturen in der Gefahr steht, Gegendiktatur zu werden. Zur Zeit traut sich kaum die PDS, in der Öffentlichkeit irgend etwas an der DDR sinnvoll zu finden. Das bedeutet: So nötig wie den Versuch der Wiedergutmachung brauchen wir eine differenzierte Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit; sonst mißlingt die größere gesellschaftliche Wiedergutmachung.

Aussöhnung und innerer Friede der Gesellschaft sind nur erreichbar, wenn außer Schuld auch guter Wille, relatives Recht und Errungenschaften in der DDR gewürdigt werden, so furchtbar schwer das jetzt auch fällt. Die DDR ist u.a. auch Produkt der Bundesrepublik, des Kalten Krieges; der hat nicht nur im Osten zu Verzerrungen des Verhaltens geführt: Es darf nicht geschehen, daß jetzt im Osten die rigorose

Vergangenheitsaufarbeitung gegenüber den Kommunisten geführt wird, die man sich gegenüber den Nazis nach 1945 deutscherseits weitgehend erspart hat. Der Osten als Schlachtfeld zweier rigoroser Vergangenheitsbewältigungen, das bringt uns der inneren Einheit wohl kaum näher.

Diejenigen, denen es vergönnt war - der Bundeskanzler hat es gesagt -, über vierzig Jahre lang in Frieden und Freiheit zu leben, müssen sich heute davor hüten, aus ihren Erfahrungen zu beurteilen, wieviel Anpassung unumgänglich und wieviel Widerstand möglich war. Sicher trifft dies das Selbstverständnis vieler Ost-CDU-Mitglieder. Aber es geht eigentlich um eine andere Alternative: wieviel Zustimmung und Mitarbeit und wieviel Widerspruch und Widerstand notwendig waren - ohne Rücksicht auf die persönlichen Folgen damals und heute.

Wenn nicht behauptet werden soll, daß das von 1945 bis 1989 einzige sinnvolle Ziel die Vernichtung des Sozialismus war, muß anerkannt werden, daß echtes, gewissenmäßig begründetes Mittun den Sozialismus in positiver Richtung stabilisierte. Im anderen Fall wäre jede Faulheit, jedes Verbrechen, jeder Wahlbetrug ein begrüßenswerter Beitrag zum Ende der DDR gewesen. – Danke schön.

(Beifall)

**Prof. Dr. Klaus Töpfer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Axthelm.

Ich schließe damit die Behandlung von Punkt 13 der Tagesordnung für heute ab und darf die Wahlergebnisse mitteilen, zunächst das Ergebnis der Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden. Abgegebene Stimmen: 752. Ungültige Stimmen: 1. Enthaltungen: 32. Damit gültige Stimmen: 719. Die erforderliche Mehrheit beträgt somit 360 Stimmen. – Es wurden für Frau Angela Merkel 621 Stimmen abgegeben.

(Beifall)

Mit Nein stimmten 98 Delegierte. Damit waren 86,4 Prozent der gültigen Stimmen Ja-Stimmen.

(Beifall)

Frau Merkel, ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl zur stellvertretenden Parteivorsitzenden annehmen?

**Dr. Angela Merkel:** Ich nehme die Wahl an.

(Beifall)

**Prof. Dr. Klaus Töpfer**, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank!

Ich darf nun das Ergebnis der Nachwahl zum Präsidium bekanntgeben. Abgegebene Stimmen: 751. Ungültige Stimmen: 2. Enthaltungen: 17. Damit gültige Stimmen: 732. Die erforderliche Mehrheit beträgt danach 367 Stimmen. – Es wurden für Frau Lieberknecht 694 Ja-Stimmen abgegeben.

(Beifall)

Nein-Stimmen: 38. Das ist ein Wahlergebnis von 94,8 Prozent.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, damit sind wir am Ende der Plenarsitzung des ersten Tages des 2. Parteitages. Ich schließe die Sitzung und berufe den Parteitag wieder für Montag, den 16. Dezember 1991, 9 Uhr ein. – Vielen Dank.

(Schluß: 22.35 Uhr)

**Montag, 16. Dezember 1991**

2. Plenarsitzung

Beginn: 9.19 Uhr

**Dr. Berthold Rink**, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Delegierte! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen zunächst einen guten Morgen in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden wünschen.

(Beifall)

Da ich davon ausgehe, daß ein Großteil der Delegierten das Ergebnis der Wahlen vom gestrigen späten Abend nicht mehr zur Kenntnis nehmen konnte, darf ich es noch einmal bekanntgeben.

Ergebnis der Wahl zum Stellvertretenden Vorsitzenden; Vorschlag: Frau Dr. Merkel. Abgegebene Stimmen 752, ungültige Stimmen 1, Enthaltungen 32; ergibt gültige Stimmen 719. Die erforderliche Mehrheit beträgt 360 Stimmen. Es wurden abgegeben: Ja-Stimmen 621; das entspricht 86,4 %.

(Beifall)

Ergebnis der Nachwahl zum Präsidium; Vorschlag: Frau Lieberknecht. Abgegebene Stimmen 751, ungültige Stimmen 2, Enthaltungen 17; gültige Stimmen 732. Die erforderliche Mehrheit beträgt 367 Stimmen. Es wurden abgegeben: Ja-Stimmen 694; das entspricht 94,8 %.

(Beifall)

Beide gewählte Damen haben die Wahl angenommen.

Ich eröffne nun die 2. Plenarsitzung und rufe auf den TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

## Grüßworte

Es spricht zu uns der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei, der amtierende Ministerpräsident des Königreichs Belgien, Herr Wilfried Martens.

(Beifall)

Es ist für uns eine besondere Freude, daß Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, auch diesmal die Zeit zur Teilnahme am Parteitag und zur Abgabe eines Grußwortes gefunden haben. Besonders erfreut sind wir vor allen Dingen auch deshalb, weil der heutige Tag für Sie persönlich ein ganz besonderer Tag ist. Sehr geehrter Herr Martens, im Namen unseres Parteitages beglückwünsche ich Sie zu Ihrem heutigen 12jährigen Jubiläum als Ministerpräsident.

(Beifall)

**Wilfried Martens:** Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Verehrte Delegierte des CDU-Parteitages! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist für mich eine große Freude, wie schon vor einem Jahr in Hamburg am Parteitag der CDU Deutschlands teilnehmen zu können. Ich überbringe Ihnen die Grüße der christlichen Demokraten, die in der Europäischen Volkspartei zusammenarbeiten.

Ein Jahr nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit, die wir gemeinsam mit Ihnen erstrebt haben, beglückwünsche ich die CDU zu der überzeugenden Leistung, die seitdem vollbracht wurde. Trotz aller großen Schwierigkeiten sind Sie auf dem besten Wege, um mit den Folgen der jahrzehntelangen Teilung Ihres Landes fertig zu werden. Ich bin fest davon überzeugt, daß es Ihnen nach und nach gelingen wird, die

enormen Schäden zu beseitigen, die der Kommunismus durch seine heillose Menschenverachtung und seine grenzenlose Lieblosigkeit in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern angerichtet hat.

(Beifall)

Die Anerkennung und Bewunderung Ihrer europäischen Nachbarn und insbesondere der christlichen Demokraten Europas, die Ihnen allen gilt, richtet sich in erster Linie auf Ihren Bundeskanzler und Parteivorsitzenden, auf Helmut Kohl,

(Beifall)

der mit so großer Überzeugungskraft und Bestimmtheit den deutschen Einigungsprozeß gesteuert hat. Ohne jedes Zögern, aus Überzeugung und aus Einsicht in die Zusammenhänge hat er darauf hingewirkt, daß die dabei entstandene Dynamik voll und ganz für die Beschleunigung und Vertiefung des europäischen Einigungsprozesses genutzt wurde. Wir sind ihm dafür sehr dankbar.

(Beifall)

Mit den weitreichenden Ergebnissen des Gipfeltreffens in Maastricht vor wenigen Tagen haben wir nun auch den Durchbruch auf dem Weg zur politischen Einheit Europas erzielt. Es bestätigt sich, was schon die Väter Ihrer Verfassung wußten und was schon Konrad Adenauer zur Richtschnur der deutschen Politik gemacht hat, daß nämlich die europäische und die deutsche Einigung sich gegenseitig bedingen. Und was für Deutschland in bezug auf das schwierige Problem der Überwindung seiner nationalen Teilung gilt, das gilt auch ganz generell für alle Staaten und Völker Europas. Die beste Politik im Interesse unserer Nationen ist eine Politik, die auf die Einigung Europas gerichtet ist, und die beste Politik im Interesse Europas ist eine Politik, die sich der wichtigen nationalen Anliegen der Mitgliedstaaten und ihrer Regionen und Gemeinden annimmt. Das ist immer eine grundlegende These der christlichen Demokraten in Europa gewesen.

In diesem Geiste leisten wir in der Europäischen Volkspartei unseren Beitrag, sei es im Europäischen Parlament oder im Ministerrat oder in der EG-Kommission, sei es in der Zusammenarbeit und in der koordinierten Aktion der Mitgliedsparteien.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, die CDU ist eine aktive Mitgliedspartei der EVP. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit für ihre Mitwirkung herzlich bedanken. Der Beitrag der CDU-Abgeordneten im Europäischen Parlament, die unter der bewährten Führung von Egon Klepsch in der EVP-Fraktion zusammenarbeiten, ist ganz offenkundig.

(Beifall)

Viele weitere Freunde aus der CDU sind daran beteiligt, die EVP zu einer wirkungsvollen europäischen Aktionseinheit der christlichen Demokraten zu formen. Insbesondere auch Ihr Vorsitzender, der Bundeskanzler, mein Freund Helmut Kohl, ist eine treibende Kraft bei unseren Bemühungen, die EVP zu einer wirklichen europäischen Partei zu entwickeln. Mit seiner Hilfe und mit der Hilfe der anderen christlich-demokratischen Regierungschefs ist es uns übrigens in Maastricht gelungen, im Vertrag über die Politische Union einen Artikel unterzubringen, der die Rolle der europäischen Parteien beschreibt und ihre Funktion im politischen System der Gemeinschaft ausdrücklich anerkennt.

Dieser Artikel entspricht nach seinem Wortlaut wie nach seiner Bedeutung der Bestimmung des Art. 21 im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Ich erwähne das hier auch deshalb, weil es ein Licht auf die Dynamik wirft, die in den Beschlüssen von Maastricht steckt. Denn tatsächlich bedeutet ja die Anerkennung der Rolle und Funktion von europäischen Parteien und damit ihr Tätigwerden auf einer verfassungsrechtlichen Basis auch einen großen Fortschritt in Richtung auf eine demokratische und föderale Union.

Durch das gemeinsame Vorgehen der christlich-demokratischen Regierungschefs sind in Maastricht wichtige Beschlüsse gefaßt worden, die eine demokratische und föderale Entwicklung der Politischen Union sichern.

Nicht zufrieden sind wir mit den Beschlüssen zur Verbesserung des Entscheidungsverfahrens und insbesondere zu den Kompetenzen des Europäischen Parlaments.

(Beifall)

Denn sie bleiben bei weitem hinter dem zurück, was wir im Sinne der Demokratie und der Effizienz der Europäischen Gemeinschaft vorgeschlagen haben. Wir sind allerdings davon überzeugt, daß durch die Beschlüsse zur Währungsunion, zur Sicherheitsunion und zur gemeinsamen Außenpolitik eine irreversible Dynamik entstehen wird, die auch zugunsten der Demokratisierung der zukünftigen Europäischen Union wirkt.

Selbstverständlich werden wir in der EVP alles daran setzen, um die Möglichkeiten der neuen Situation zu nutzen und um mittelfristig auch das zu verwirklichen, was in Maastricht nicht erreicht werden konnte. Weitere Fortschritte sind insbesondere notwendig, damit der wünschenswerte Beitritt Österreichs, Maltas und Schwedens bald erfolgen kann und damit eine Erweiterung der Union um die Länder Mitteleuropas möglich wird.

(Zustimmung)

Mit anderen Worten, in Maastricht haben wir zwar nicht alles erreicht, was wir gefordert hatten, aber wir haben auch überall dort, wo wir hinter unseren Forderungen zurückgeblieben sind, die Türen zum europäischen Bundesstaat aufgemacht. Wir müssen nun die neuen Chancen nutzen, und zwar gemeinsam.

Wir haben als christliche Demokraten und als Europäische Volkspartei eine gute Chance, auch in Zukunft die Gestaltung Europas entscheidend mitzubestimmen. Das Interesse der britischen und der skandinavischen Konservativen an einer engen Verbindung mit der EVP, der vor einigen Tagen erfolgte Beitritt von Valéry Giscard d'Estaing und seinen Freunden zur EVP-Fraktion und vor allem auch die Hinwendung der Volksparteien Mittel- und Osteuropas zur christlichen Demokratie belegen die Attraktivität unseres Programms und unserer Bedeutung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich bitte Sie um Ihre Hilfe, damit wir unseren Aufgaben gerecht werden können. Wir tragen eine größere Verantwortung als andere. Das ist eine Herausforderung, der wir uns gemeinsam stellen müssen. Ich wünsche Ihrem Parteitag und der CDU einen großen Erfolg. – Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall)

**Dr. Berthold Rink**, Tagungspräsidium: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, für Ihr Grußwort danke ich Ihnen im Namen des Parteitages sehr herzlich.

Sie haben auf unserem 1. Parteitag vor einem Jahr folgendes gesagt:

Da ich als Europäer und als Repräsentant der Europäischen Volkspartei bei Ihnen bin, möchte ich vor allem meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß

mit Ihrer Vereinigung für Europa ein neues Zeitalter begonnen hat. Es steht unter dem Zeichen der Einheit: Das vereinigte Deutschland im Rahmen der Europäischen Union. Gemeinsam werden wir sie vollenden!

Wie schnell sich Ihre Vision bewahrheitet hat, konnten wir in eindrucksvoller Weise auf dem historischen Gipfel in Maastricht erleben. Dabei können insbesondere wir Christdemokraten stolz auf das Erreichte sein. Ich wünsche Ihnen für Ihre weitere Tätigkeit Glück und Gottes Segen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe TAGESORDNUNGSPUNKT 16 auf:

## Einbringung des Leitantrages des Bundesvorstandes Dresdner Manifest

Ich erteile das Wort unserem Generalsekretär Volker Rühle.

**Volker Rühle**, Generalsekretär der CDU (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Das Ende der 80er Jahre markiert für Europa und die Welt eine Zeitenwende. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus verschwand die zweite totalitäre Diktatur dieses Jahrhunderts. Die Welt wurde von einem Alptraum befreit.

Zu keiner Zeit hat der Sozialismus gerechte Lebensverhältnisse geschaffen. Er konnte nicht einmal die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigen. Nirgendwo hat er Menschen frei gemacht. Sozialismus war immer verbunden mit Stacheldraht und Minenfeldern, ruinierten Volkswirtschaften, verseuchten Landschaften und zerstörten Gesellschaften.

Der Sozialismus ist nicht in erster Linie deshalb gescheitert, weil seine Wirtschaftspolitik falsch war. Er ist gescheitert, weil er ein falsches Bild vom Menschen hatte. Der Mensch ist eben mehr als die Summe seiner gesellschaftlichen Verhältnisse. Er ist nicht nur ein bloßes Instrument des Klassenkampfes.

Von dieser Ideologie wollten sich die Menschen in Osteuropa und in der ehemaligen DDR nicht länger unterdrücken lassen. Darum haben sie sich mutig selbst vom Sozialismus befreit.

Sie haben auch ein Kernstück der Theorien aller Sozialisten in Frage gestellt. Warum – so lautet die kritische Frage – lassen sich ihre Utopien vom Menschen nur mit Zwang und Gefängnis durchsetzen? Warum lassen sie den einzelnen Menschen nicht gelten, wie er ist, sondern wollen ihn statt dessen als Mittel für ihre Zwecke verstehen?

Mit ihrer Befreiung vom Sozialismus haben sich die Menschen in Osteuropa und der ehemaligen DDR für das Menschenbild entschieden, das von Christentum, Humanismus und Aufklärung und den westlichen Demokratien geprägt wurde. Für uns ist der Mensch in seiner Würde Ausgangspunkt und Ziel unseres Denkens und Handelns. Wir wollen mit den Menschen, wie sie sind, schrittweise eine menschliche Welt gestalten und durch Überzeugungskraft und Kompromiß den Weg dahin finden: Wir sind offen für eine Zukunft, die wir noch nicht kennen. Für uns kann weder ein Mensch noch eine utopische Idee zum Ersatz für Gott werden.

Diese Sicht vom Menschen und seiner Zukunft kann nach unserer Überzeugung die Leere ausfüllen, die der Sozialismus bei vielen hinterlassen hat.

Das Ende des Sozialismus hat die politische Landschaft in Europa gründlich verändert. Die alten Karten stimmen nicht mehr. Seit Jahrzehnten gültige Voraussetzungen unserer Politik sind hinfällig geworden. Jetzt müssen wir zunächst das Gelände neu vermessen, um für die wichtigsten Aufgaben der Politik in der Zukunft neue Wege zu finden.

Dafür brauchen wir eine Gesamtschau der politischen Aufgaben und Perspektiven. Und gerade dies ist die Aufgabe des Parteitages von Dresden, des ersten Parteitages der CDU Deutschlands, der sich intensiv und ausführlich mit den historischen Veränderungen in Deutschland, in Europa und der Welt befaßt. Darum wollen wir ein Dresdner Manifest beraten und beschließen. Es ist kein vollständiger Katalog zukünftiger politischer Maßnahmen. Das Dresdner Manifest ist vielmehr der Versuch der CDU, sich redlich und sachgerecht den neuen Aufgaben der deutschen Politik zu stellen.

Die Probleme dieser Welt machen keinen Halt an Deutschlands Grenzen. Trotz aller Schwierigkeiten, die innere Einheit Deutschlands zu vollenden, dürfen wir deshalb keine deutsche Nabelschau betreiben. Denn die innenpolitischen Aufgaben der Einheit und die außenpolitische Verantwortung des vereinten Deutschlands sind nicht entfernte Verwandte, sondern enge Geschwister.

(Beifall)

Nur wenn wir den außenpolitischen Herausforderungen gerecht werden, können wir ein günstiges internationales Umfeld für die Vollendung der inneren Einheit schaffen. Manchmal erschreckt es mich, wie wenig wir über die dramatischen Veränderungen östlich von Dresden diskutieren. Das gehört auch zu diesem Parteitag; denn wir werden die Früchte der Freiheit in Deutschland nur ernten können, wenn wir uns auch darum kümmern.

(Beifall)

Und nur wenn wir die innere Einheit erfolgreich vollenden, unsere Wirtschaft leistungsfähig erhalten, den inneren Frieden und gesellschaftliche Stabilität sichern, sind wir wiederum außenpolitisch handlungsfähig und können unsere internationalen Verpflichtungen erfüllen.

Tagtäglich erinnern uns die Ströme von Flüchtlingen und Asylbewerbern daran, daß Untereentwicklung, Hunger und Not, daß Gewaltherrschaft oder Konflikte im Süden und Osten zu Völkerwanderungen bis vor unsere eigene Haustür führen. Die Ursachen für diese Entwicklung liegen außerhalb unserer Grenzen, aber die Folgen werden zu einem Problem der Innenpolitik.

In der Diskussion um Ausländer, Flüchtlinge und Asylbewerber wird vieles falsch miteinander vermengt. Worum geht es? Es geht nicht um die über 5 Millionen Ausländer, mit denen wir weitgehend problemlos zusammenleben. Sie sind Nachbarn, Arbeitskollegen, gute Bekannte und Freunde. Sie bereichern unser Leben auf vielfältige Weise, und unser Wohlstand wird täglich gemeinsam mit ihnen erarbeitet.

(Beifall)

Es geht auch nicht darum, das Grundrecht auf Asyl in Frage zu stellen. Menschen, die aus politischen, religiösen oder rassischen Gründen verfolgt werden, finden bei uns Schutz. Das bleibt auch in Zukunft so, ohne jeden Abstrich.

(Beifall)

Vielmehr geht es um den massenhaften Mißbrauch des Asylrechts. Wir können nicht alle Menschen, denen es wirtschaftlich schlecht geht, bei uns in Deutschland helfen.

Und wenn wir die Frage nach der Moral stellen: Wie moralisch ist es eigentlich, daß wir heute in unserem Land mehr als 5 Milliarden DM für Asylbewerber ausgeben, die zu mehr als 90 % nicht als politisch Verfolgte anerkannt werden?



Das sind vielfach Menschen, die nicht zu den Ärmsten der Armen gehören, die ihre Länder gar nicht verlassen können, sondern das sind zum Teil Menschen, die die Mittel für Schlepperorganisationen aufbringen können. Wie moralisch ist es eigentlich, daß wir unsere Mittel hier einsetzen, statt sie vor Ort einzusetzen, um mit diesen Milliarden sehr viel mehr Menschen helfen zu können?

(Beifall)

Manche haben erst jetzt angefangen, Lager und Einrichtungen von Asylbewerbern zu besuchen. Ich habe das in meinem Wahlkreis schon in der Vergangenheit gemacht. Ich bin dabei immer wieder auf politische Flüchtlinge gestoßen, die wirklich politisch verfolgt sind und die sich bitter darüber beschwert haben, wie sie in Deutschland untergehen, was die Achtung und den Respekt in der Bevölkerung angeht, wie sie untergehen in der Masse von Asylbewerbern, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen. Überlegen wir doch einmal einen Moment: Was hätte es für einen Flüchtling aus Nazi-Deutschland bedeutet – nennen wir einen prominenten Namen: Thomas Mann –, wenn man ihm in Amerika nicht gerecht geworden wäre als politischer Flüchtling, sondern ihn zusammen mit Tausenden von Menschen in einen Prozeß gesteckt hätte mit denen, die aus wirtschaftlichen Gründen aus dem Süden nach Amerika gekommen wären? Das heißt, wie moralisch ist es eigentlich, daß wir nicht endlich diesen massenhaften Mißbrauch des Asylrechts beenden, um uns denen zuwenden zu können, die wirklich als politisch Verfolgte nach Deutschland kommen?

(Beifall)

Wir können und wir dürfen es nicht länger hinnehmen, daß das wichtige und kostbare Recht auf Asyl ausgehöhlt wird. Deshalb brauchen wir eine Ergänzung des Grundgesetzes.

(Beifall)

Trotz der Belastung durch den deutschen Einigungsprozeß müssen wir bereit sein, unsere Entwicklungshilfe deutlich zu verstärken. Dabei geht es auch um die politischen Lebensbedingungen in den Ländern der Dritten Welt, um die Achtung der Menschenwürde und der Menschenrechte, um den Schutz von Minderheiten und die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Regierungen, die nicht bereit sind, diese Grundvoraussetzungen eines menschenwürdigen Daseins in ihrem Land zu schaffen, können nicht auf unsere Hilfe rechnen; denn Hilfe kann nur dort wirken, wo auch die Menschenrechte geachtet werden.

Im Osten Europas haben die Völker die Kraft für die Wiedergewinnung der Freiheit oft aus der Rückbesinnung auf ihre nationale Identität geschöpft. Diese Rückbesinnung auf die nationale Identität war hilfreich bei der Zerschlagung eines falschen Systems. Aber Nationalismus kann auch im Osten Europas nicht die Formel für die Zukunft sein.

Wo vorher der Eispanzer des Sozialismus über den Völkern lag, da droht jetzt die Gefahr treibender Eisschollen. Die Situation in Jugoslawien und der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums geben Beispiel genug für die Gefahren dieses Prozesses.

Deswegen ist es nicht nur wirtschaftlich so wichtig, was nach dem Krieg hier in Westeuropa geschaffen wurde; ein neues Verhältnis zwischen den Staaten, die Abkehr von den klassischen Nationalstaaten; deswegen ist der europäische Einigungsprozeß so wichtig, um Freiheit und Menschenrechte und Frieden und Stabilität in ganz Europa zu verwirklichen. Deswegen ist Maastricht so wichtig in dieser historischen Situation in Europa.

Wenn man nicht will, daß der Westen Europas von Osten her destabilisiert wird, dann muß der Westen jetzt den Osten stabilisieren. Das heißt: Wir müssen den jungen Demokratien in Mittel- und in Osteuropa so schnell wie möglich einen Platz in der Europäischen Gemeinschaft anbieten. Wirtschaftlich wird das noch ein langer Weg sein. Aber wir sollten diese Staaten so schnell wie möglich in die politische Zusammenarbeit einbinden.

In Westeuropa gibt es ärmere und reichere Länder; das ist richtig. Wir haben bisher vor allem einen Ressourcentransfer von Nord nach Süd durchgeführt. Wir müssen den Ländern im Süden Westeuropas jetzt aber sagen, daß sie im Verhältnis zum Osten Europas auch zum Westen gehören, und so, wie der westliche Teil Deutschlands dem östlichen Teil hilft, muß natürlich in veränderter Weise unter anderen Bedingungen ganz Westeuropa Mittel- und Osteuropa helfen, damit die jungen Demokratien dort stabilisiert werden.

(Beifall)

Wenn wir den Frieden in Europa sicher verankern wollen, dann müssen wir ein „Europa ohne Not“ schaffen; denn Frieden kann nur dort gedeihen, wo die Menschen und Völker nicht erbitterte Verteilungskämpfe um das tägliche Überleben führen müssen und wo Freiheit und Demokratie, Menschenrechte, Selbstbestimmung und Minderheitenschutz selbstverständlich sind.

In Zeiten des Kalten Krieges haben wir viele Milliarden in Waffen investieren müssen, um uns vor der Bedrohung durch das kommunistische System zu schützen. Jetzt sollten wir bereit sein, die Folgen des Zusammenbruchs dieser Bedrohung abzuwenden. Das ist eine notwendige Investition in die gemeinsame Sicherheit und Zukunft aller Europäer.

Deutschland hat sich mit seiner Hilfe für den Osten Europas mehr als andere Staaten engagiert. Das ist gut so. Aber wir können und wollen dies nicht im Alleingang tun. Mißtrauen und Kritik an unserem Engagement sind unangebracht, vor allem wenn sie von jenen kommen, die bisher noch wenig Hilfsbereitschaft gezeigt haben. Es gibt zwei verschiedene Blickrichtungen: Wenn es um Geld geht, sagen viele, das müssen die Deutschen machen. Wenn es aber um die politische Betrachtung derselben Sache geht, dann fragen dieselben Leute: Warum machen das immer die Deutschen? Das paßt nicht zusammen. Deswegen erinnern wir daran: Wir wollen eine europäische Ostpolitik. Wir wollen uns zusammen mit allen unseren Nachbarn im Westen dieser historischen Aufgabe stellen.

Deutschland hat mit der Einheit auch seine volle Souveränität wiedererlangt. Die Beschränkungen, die uns die Teilung auferlegt hat, sind entfallen. Als gleichberechtigter Partner in der Staatengemeinschaft hat Deutschland auch gleiche Pflichten. Es kann nicht auf Dauer eine Sonderrolle beanspruchen.

Deutschland muß in enger Abstimmung mit seinen Freunden, Nachbarn und Partnern seiner gewachsenen internationalen Verantwortung gerecht werden. Deshalb wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich Einheiten der Bundeswehr auch an Einsätzen zur Friedenssicherung und zur Wiederherstellung des Friedens im Rahmen von Maßnahmen der Vereinten Nationen oder einer europäischen Streitmacht beteiligen können.

(Beifall)

Ich glaube, es ist nicht ungerecht, wenn ich sage, daß wir in Deutschland während des Golfkrieges nicht immer glänzende Diskussionen geführt haben. Wenn ich die Diskussionen im Deutschen Bundestag mit denen im englischen oder im französi-

schen Parlament vergleiche, dann ergibt sich doch folgende Frage: Kann man auf Dauer eine gemeinsame Währung haben, die wir ja anstreben, wenn dieselben Länder in einer schicksalhaften Situation, in der es um die Herstellung gemeinsamer Sicherheit geht, in verschiedene Richtungen laufen? Ich glaube, nein.

Deswegen: Wer für die gemeinsame Währung ist, der muß auch dafür sein, daß die Deutschen ihren Teil leisten, um zusammen mit den anderen Demokratien in Europa die Sicherheit Europas zu garantieren und auch die internationale Friedensordnung abzusichern.

(Beifall)

Wir haben eine Diskussion über die Moral gehabt. Viele, die damals demonstriert haben, haben die Moral für sich in Anspruch genommen und sie den Soldaten abgesprochen. Aber schauen wir uns unsere eigene Geschichte an. Wer hat eigentlich das Morden in deutschen Konzentrationslagern beendet? Das waren keine Demonstranten in anderen Hauptstädten, sondern das waren die Soldaten der Alliierten. Deswegen glaube ich, daß wir eine Diskussion über die Moralität auch von Gewaltanwendung als letztes Mittel zur Durchsetzung einer internationalen Rechtsordnung führen müssen. Wir Deutschen können uns aus dieser Diskussion nicht ausschalten und auf Dauer eine Sonderrolle spielen.

(Beifall)

Die staatliche Einheit Deutschlands ist unter der Führung der Union gelungen. Die innere Einheit Deutschlands zu vollenden, das ist eine Aufgabe – ich glaube, wir spüren das alle –, bei der wir noch am Anfang stehen, und sie ist schwieriger, als viele gedacht haben.

Mehr als 40 Jahre Trennung unseres Vaterlandes haben im Osten wie im Westen tiefe Spuren hinterlassen. Menschen und Gesellschaften haben sich unterschiedlich entwickelt. Sie sind sich in vielen Lebensbereichen fremd geworden. Wir müssen jetzt aufeinander zugehen und einander verstehen lernen.

Von manchen sind die bestehenden Gemeinsamkeiten auch überschätzt worden. Ältere Menschen entdecken sie leicht wieder. Aber jüngere Menschen müssen diese Gemeinsamkeit erst neu erfahren durch gemeinsame Ausbildung, viele Formen der Begegnung, gemeinsame Freizeit, Sport- und Kulturerebnisse. Wir dürfen den jungen Deutschen im Westen nicht vorwerfen, daß sie glaubwürdige Europäer sind, daß sie sich in Rom und in Paris zu Hause fühlen. Wir dürfen es ihnen nicht vorwerfen, daß sie eben bisher nicht gemeinsam mit ihren Freunden im Osten die Schule, die Hochschule besucht haben, in Betrieben gemeinsam gearbeitet haben. Deswegen ist es ganz natürlich, daß sie Gemeinsamkeiten erst neu begründen müssen. Aber wir müssen dafür sorgen, daß sie Schulen und Hochschulen gemeinsamen besuchen, daß sie gemeinsam arbeiten und gemeinsam auch internationale Kontakte in Europa wahrnehmen. Dann wird auch die junge Generation in Deutschland zusammenwachsen. Das ist eine entscheidende Aufgabe bei der Herstellung der inneren Einheit.

(Beifall)

Die Menschen in den neuen Bundesländern begrüßen in ihrer großen Mehrheit das Ende der Teilung und ihre Freiheit. Aber sie spüren auch, daß die gewonnene Freiheit neue Nöte bringt und daß sie die Hauptlast der Einheit tragen. Die Sorgen um Einkommen, Wohnung, Sozialleistungen und neue berufliche Anforderungen waren und sind für viele eine alltägliche Belastung. Mit dem Verschwinden der alten Ordnung, die die Menschen komplett versorgte und zugleich entmündigte, verloren

sie auch alte Gewißheiten. Darum leiden viele heute unter großer persönlicher Unsicherheit. Für manche hat die Einheit bisher vor allem den Verlust ihres gesamten Orientierungswissens bedeutet. Viele Menschen in den neuen Bundesländern müssen erst lernen, daß Freiheit auch Unsicherheiten, Chancen auch große Risiken bergen.

Aber heute paßt sich ganz überwiegend der Osten dem Westen an, werden Gesetze und Verordnungen übernommen. Aber auch im Westen gibt es Reformbedarf, und schon bald werden vom Osten Impulse zur Erneuerung und Modernisierung ausgehen. Die Investitionen, die hier getätigt werden – denken Sie an die modernen Automobilwerke -, werden nicht nur die modernsten Automobilwerke in Deutschland, sondern in Europa schaffen. Dann wird es Druck von Ost nach West, Wettbewerb von Ost nach West geben. Das sollen die Landsleute auch schon heute wissen. Das, was hier heute neu entsteht, ist moderner als alles, was es im Westen Deutschlands gibt.

(Beifall)

Viele im Westen unterschätzen, glaube ich, auch noch anderen Druck, den es aus dem Osten geben wird. Wir waren in den vergangenen 40 Jahren im Westen längst nicht in allem erfolgreich. Unsere Gesellschaft, die Politik hat sich vielfach verkrustet und bürokratisiert. Wenn es jetzt gelingt, etwa mit den Beschleunigungsgesetzen im Osten zu zeigen, daß Bürokratie zurückgedrängt werden kann, daß dereguliert werden kann, daß die Rolle des Staates auf die wirklich notwendigen Aufgaben zurückgedrängt werden kann, wenn es uns durch das Beispiel des Ostens vor allem gelingt, die Ausbildungszeiten in Deutschland kurzzuhalten, kürzer zu machen, damit junge Deutsche nicht fünf Jahre älter als ihre westlichen Nachbarn in den Berufsprozeß gehen, dann wird Deutschland durch die Entwicklung im Osten jünger und moderner.

(Beifall)

Das ist einer der wesentlichen Punkte auch in dem Dresdner Manifest. Diese Chance, durch die Einheit jünger und moderner zu werden, sollten wir nutzen. Im übrigen wird dieser Prozeß auch zeigen: Die Anpassung wird nicht mehr länger ausschließlich von West nach Ost laufen, sondern wird sehr bald auch umgekehrt gehen.

Wir Deutschen leben wieder in einem Land. Es geht jetzt darum, eine gemeinsame politische Tagesordnung für Deutschland festzulegen. Unser alter Slogan, von der CDU im Westen entwickelt, „Weiter so, Deutschland!“ war sehr berechtigt und auch sehr populär, aber er ist überholt. Mit einer bloßen Fortschreibung bisheriger Politik werden wir den neuen Aufgaben in Deutschland nicht gerecht.

Wir werden drei Fragen beantworten müssen: Was müssen wir leisten? Was können wir leisten? Worauf müssen wir verzichten, weil wir uns nicht alles leisten können? Diese Fragen müssen wir als CDU Deutschland gemeinsam beantworten. Es kann nicht angehen, daß im Osten Deutschlands die Frage beantwortet wird, was eigentlich geleistet werden mußte, und im Westen dann festgelegt wird, was man zu leisten in der Lage ist. Nein, diese Entscheidung müssen wir gemeinsam treffen, indem wir uns auf eine gemeinsame Tagesordnung unserer Politik verständigen.

Mit dem Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost haben wir einen ersten Schritt in diese Richtung unternommen, aber es gibt noch immer genügend Beispiele, die zeigen, daß in Deutschland bis in diese Tage hinein unterschiedliche Maßstäbe in der Diskussion gelten, daß wir noch keine gemeinsame Tagesordnung haben.

Man vergleiche nur einmal die heftigen Diskussionen im Westen über den Subventionsabbau im Steinkohlebergbau mit der weitgehend stillen Hinnahme des Abbaus von Arbeitsplätzen in den östlichen Braunkohlerevieren.

(Beifall)

Im Westen werden erhebliche Mittel aufgewandt, um das sogenannte „patientenfreundliche Krankenhaus“ zu verwirklichen, das an jedem Krankenbett Fernseh- und Telefonanschluß bietet. Im Osten geht man jetzt vielfach erst einmal daran, wenigstens ein Waschbecken in jedem Krankenzimmer zu installieren. Ist das eine gemeinsame Tagesordnung?

(Beifall)

Unterschiedliche Maßstäbe gelten auch in der Frage, was den Bürgern zugemutet werden kann. Das Beispiel Rheinhausen im Ruhrgebiet ist gestern schon angesprochen worden. Ich nenne ein Beispiel aus den letzten zwei Wochen im Deutschen Bundestag. Dort haben die Sozialdemokraten eine Aktuelle Stunde wegen der Schließung eines Betriebes in einer Stadt in Westdeutschland beantragt. So schmerzhaft das ist, zeigt es doch, daß die Sozialdemokraten noch nicht begriffen haben, worum es in Deutschland geht, denn eigentlich hätte man mindestens 25 Aktuelle Stunden an diesem Tag beantragen müssen. Das ist westliches Denken; das ist keine gemeinsame Tagesordnung. Deshalb sollte sich die CDU bemühen, wirklich eine gemeinsame Tagesordnung der Politik in Deutschland zu schaffen.

(Beifall)

Alle diese Beispiele zeigen: Wir müssen noch lernen, daß wir jetzt in e i n e m Land leben. Wir müssen unsere gesamte Politik daraufhin überprüfen, ob sie wirklich gesamtdeutschen Anforderungen gerecht wird und ob die Prioritäten, die bisher galten, auch künftig noch gelten können.

Wir geben in unserem Dresdner Manifest eine, wie ich glaube, klare Antwort, die weitreichende Konsequenzen hat, die sich viele vielleicht noch nicht klargemacht haben:

Erstens: Die staatlichen Ausgaben müssen auf die Aufgabe konzentriert werden, die neuen Länder aufzubauen.

Das bedeutet zweitens: Manche Investitionen im Westen müssen zugunsten vordringlicher Investitionen im Osten vertagt werden.

Daraus folgt drittens: Neue soziale Leistungen müssen jetzt beschränkt bleiben.

Wir können die sozialpolitischen Diskussionen, die sich im Westen in den letzten 40 Jahren entwickelt haben, nicht einfach so weiterführen, als ob nichts passiert sei. Wir brauchen hier neue Prioritätensetzungen.

(Beifall)

Wir beziehen damit Position in einer Diskussion, die im Westen Deutschlands – auch in unserer eigenen Partei – besonders schwierig zu führen ist, weil sich die Gesellschaft dort sehr stark an hergebrachten Maßstäben und Besitzständen orientiert. Aber wir müssen die Kraft finden, als Partei zu sagen: Alle staatlichen Ausgaben gehören jetzt auf den Prüfstand. Dann legen wir fest, wo die Prioritäten im zusammenwachsenden Deutschland zu setzen sind.

Die Größe der Herausforderungen, vor denen wir stehen, zwingt uns heute dazu, in allen Bereichen der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Sozialpolitik neu festzulegen, was notwendig ist und auf was zumindest vorübergehend verzichtet werden muß. Wir brauchen einen neuen Prioritätenkatalog staatlicher Aufgaben.

Es geht darum, das Subsidiaritätsprinzip unter veränderten Bedingungen zu verwirklichen. Was der einzelne oder Gruppen leisten können, soll der Staat nicht an sich ziehen. Wo der Staat neue Aufgaben zu übernehmen hat, muß er prüfen, wo alte Aufgaben weniger vordringlich und deshalb Einsparungen möglich sind.

Was wir im Dresdner Manifest über die neuen Prioritäten im Hinblick auf die Leistungen des Staates für seine Bürger formuliert haben, muß im übrigen auch für die Finanzbeziehungen der Länder untereinander gelten. Die alten Bundesländer – das sage ich angesichts ihres Verhaltens vor allem in Richtung der SPD-regierten Bundesländer – können nicht aus der Verantwortung dafür entlassen werden, dem Föderalismus in ganz Deutschland eine solide Grundlage zu geben. Wer den Föderalismus bejaht, wie wir alle das tun, der muß auch ein Interesse daran haben, daß es überall in Deutschland starke Länder gibt. Das ist der wichtigste Beitrag zum Föderalismus.

(Beifall)

Natürlich gibt es im Westen Deutschlands – so wie ich es in bezug auf Westeuropa gesagt habe – reichere und ärmere Länder. Wir haben in der Vergangenheit versucht, das auszugleichen, aber ich muß feststellen: Gegenüber den neuen Bundesländern sind alle alten Länder reiche Länder. Deswegen müssen im Länderfinanzausgleich neue Prioritäten gesetzt werden.

(Beifall)

Wir müssen dem Herrn Lafontaine sagen – bei all den Problemen, die er im Saarland angerichtet hat und bei der öffentlichen Armut dort -: Auch das Saarland ist ein reiches Land im Vergleich zu den neuen Bundesländern. Deswegen fordern wir Solidarität ein.

(Beifall)

Wir müssen aber auch prüfen, ob die Prioritäten, die wir heute setzen, angesichts künftiger Herausforderungen richtig gesetzt sind. Wir müssen nicht nur den Aufbau im Osten bewältigen, sondern auch heute bereits in die gemeinsame Zukunft Deutschlands investieren. Entscheidungen, durch die wir uns heute entlasten, dürfen kommende Generationen nicht unzumutbar belasten.

Unsere Ausgaben für den Gegenwartsverbrauch müssen in einem angemessenen Verhältnis zu dem stehen, was wir an Zukunftsvorsorge treffen. Deswegen geht es z.B. darum, auch im Rahmen der Herbeiführung der inneren Einheit Deutschlands die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland in Europa rechtzeitig zu sichern. Man kann damit nicht abwarten, bis wir den Einigungsprozeß geschafft haben.

Liebe Freunde, der Sozialismus hat nicht nur die Wirtschaft ruiniert und die Umwelt verwüstet, sondern er hat auch tiefe Wunden in den Herzen und Seelen der Menschen hinterlassen und eine zutiefst ungerechte Gesellschaft geschaffen. Er hinterließ ein Erbe, das die Gegenwart belastet und unsere Zukunft überschattet.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, wir würden bei der Vollendung der deutschen Einheit emotional scheitern, wenn wir uns nur auf die rasche Steigerung des Bruttosozialprodukts konzentrieren würden. Der Wiederaufbau in den neuen Bundesländern hat eben nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine zutiefst moralische Dimension. Und um sie müssen wir uns stärker als bisher kümmern.

(Beifall)

Wer sich im alten System in besonderer Weise angepaßt hat und berufliche und politische Führungspositionen erreichen konnte, der darf diese Startvorteile, die er sich durch Anpassung an die Diktatur verschafft hat, nicht schlankweg in die Demokratie mit hinübernehmen.

(Beifall)

Wenn wir das zulassen würden, würden wir eine ungerechte Gesellschaft fortschreiben. Wer sich im alten System nicht angepaßt hat, nein gesagt hat und dafür schwere Nachteile in Kauf nehmen mußte, der braucht jetzt unsere besondere Förderung, Zuwendung und Unterstützung, damit wir eine gerechte Gesellschaft in Deutschland schaffen.

(Beifall)

Wenn es um die Besetzung von Positionen in der Wirtschaft, in der Verwaltung, in der Wissenschaft, in der Politik geht, dann wird heute vor allem nach der Effektivität gefragt. Ich muß Ihnen sagen: Wenn wir der Fragestellung: „Wer kann diese Position im Augenblick am effektivsten ausüben?“ die Priorität geben, dann landen wir entweder bei dem alten SED-Kader oder bei dem Profi aus Westdeutschland, und das kann doch nicht unsere Politik sein!

(Beifall)

Warum sind wir nicht bereit – das ist auch meine Frage an diejenigen, die Entscheidungen über wirtschaftliche Führungspositionen zu treffen haben –, jemanden zu nehmen, dem man in der Vergangenheit aus politischen Gründen keine Chance gegeben hat und der vielleicht in den ersten sechs Monaten etwas schlechter „funktioniert“, etwas weniger effektiv ist? Wir sollten ihm die Chance geben, die ihm die Diktatur nicht gegeben hat.

(Beifall)

Wir können Biographien in Deutschland nicht nachträglich korrigieren. Das Leben von Millionen von Menschen ist verbogen worden. Aber wir müssen für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Junge Menschen, die sich unter der Diktatur nicht anpassen wollten, mußten vielfach einen hohen Preis zahlen, z. B. trotz guter Leistung keine Zulassung zum Studium aus politischen Gründen.

Das führte dazu, daß sie die gewünschten Berufe nicht ergreifen konnten und heute, wo die Demokratie Chancengerechtigkeit verwirklichen soll, keine Chancen auf Führungspositionen haben, weil die Nachteile aus der Diktatur fortgeschrieben werden, wenn wir uns nicht bemühen.

(Beifall)

Die Schriftstellerin Monika Maron hat Anfang der achtziger Jahre die Gefühle solcher Menschen beschrieben, und ich empfehle uns sehr – diese Diskussion unter den Menschen hier in den neuen Bundesländern ernst zu nehmen. Monika Maron hat versucht, die Gefühle der Menschen, die sich verweigert haben und die bereit waren, beruflich schwere Nachteile zu erleiden, so zu beschreiben:

Sie betrügen mich um mich, um meine Eigenschaften. Alles, was ich bin, darf ich nicht sein ...Ich soll mir abgewöhnen, ich zu sein.

Ich sage es noch einmal:

Sie betrügen mich um mich, um meine Eigenschaften. Alles, was ich bin, darf ich nicht sein.

Was kann man einem Menschen Schlimmeres antun? Es ist noch schlimmer, als ihn in ein Gefängnis einzusperrern, wenn man ihn um sich selbst betrügt, um seine Entwicklungsmöglichkeiten. Wir müssen für diese Menschen Sensibilität aufbringen.

(Beifall)

Monika Maron schreibt weiter:

Ein solcher Mensch geht kaputt, eines Tages hat er seine ursprüngliche Art vergessen oder er schreit vor Schmerz oder stirbt.

Das Schicksal dieser Menschen darf uns nicht gleichgültig sein. Ich hoffe, dieser Parteitag interessiert sich auch für die junge Frau, die nicht Rechtsanwältin werden konnte, weil sie aus politischen Gründen nicht Jura studieren konnte.

(Beifall)

Ich empfehle uns, daß wir uns für den jungen Mann interessieren, der nicht Betriebsleiter werden konnte, weil er nicht bereit war, sich an das System politisch anzupassen.

(Beifall)

Ich empfehle uns, daß wir uns für die Wissenschaftler an den Hochschulen im Mittelbau interessieren, die häufig wissenschaftlich viel qualifizierter waren als die Kader, die Hochschullehrer, und daß wir nicht so vorgehen, daß wir unter den jetzigen Hochschullehrern auch die zukünftigen aussuchen. Nein, wir müssen denen aus dem Mittelbau eine Chance geben, die sie in der Vergangenheit nicht hatten.

(Beifall)

Es gibt keine Heilung ohne tiefe Einschnitte, und wenn ich mir manche Hochschulen anschau, dann möchte ich davor warnen, daß es zu einer unheilvollen Mischung von marxistischer Parteilichkeit und westdeutscher Mittelmäßigkeit kommt. Das kann nicht die Zukunft sein.

(Beifall)

Haben wir eigentlich das Recht zuzulassen, daß wieder eine Generation von Studenten, wieder eine junge Generation durch solche Hochschullehrer um ihre Zukunft betrogen wird? Ich glaube, nein.

(Beifall)

Wir müssen Gerechtigkeit schaffen für die Opfer des Systems, deren Biographie durch die Diktatur verbogen worden ist. Nehmen Sie einen 45jährigen Mann – oder eine Frau –, der aus politischen Gründen die Schule nicht beenden konnte, der nicht studieren konnte! Haben wir das Recht, ihm jetzt zu sagen: Volkswirtschaftlich macht es keinen Sinn mehr, dir jetzt noch ein Hochschulstudium anzubieten? Haben wir nicht die Pflicht, ihm zum Beispiel durch ein Fernstudium ein Angebot zu machen, bei dem er diesen Lebenstraum nachholen kann und seine Familie trotzdem weiter abgesichert ist?

(Beifall)

Wer kümmert sich eigentlich um die Menschen, die um sich selbst betrogen worden sind? Das sind Schicksale, die nicht ganz so spektakulär sind wie die Schicksale derjenigen, die aus politischen Gründen ins Gefängnis gesteckt wurden. Aber wenn ich mir anschau, wie in Deutschland die Aufmerksamkeit verteilt wird, was Opfer und Täter angeht, dann muß ich Ihnen sagen: Es ist ein Skandal, wie viele Fernsehminuten auf die Täter Honecker, Schalck-Golodkowski und Markus Wolf verwendet werden.

(Lebhafter Beifall)

Manchmal habe ich den Eindruck, die Deutschen seien in makabrer Weise von den Tätern fasziniert. Wo bleibt unser Interesse an den Opfern? Wo bleiben die Fernsehsendungen über die Männer und Frauen, die in Bautzen saßen?

(Lebhafter Beifall)



Ich möchte einfach auch einmal ein halbstündiges Interview mit einem ganz normalen Bürger sehen, der um sich selbst betrogen wurde, der einmal schildert, wie es ist, wenn man die Fähigkeit hat, zum Beispiel Rechtsanwalt zu werden, und es aus politischen Gründen nicht werden konnte, oder wenn man die Fähigkeit gehabt hätte, Hochschullehrer zu werden oder eine Führungsposition in der Wirtschaft einzunehmen. Warum gibt es nicht Interviews mit ganz normalen Menschen, die um ihre Biographie betrogen worden sind?

(Beifall)

Die Deutschen interessieren sich schon für Opfer, aber vor allem für ferne Opfer, wie es scheint, für Opfer auf fernen Kontinenten, in Nicaragua und anderswo. Wann interessieren wir uns endlich für die vielen Opfer in unserem eigenen Lande?

(Beifall)

Liebe Freunde! Wer das Unrecht der Vergangenheit aufarbeiten und für eine gerechte Gesellschaft arbeiten will, der muß im eigenen Bereich mit gutem Beispiel vorangehen. Die Ungerechtigkeit in der Gesellschaft kann nur eine Partei ansprechen, die an sich selbst die gleichen Maßstäbe der Erneuerung und der Chancengerechtigkeit anlegt. Ich glaube, wir haben das im Dresdner Manifest in fairer Weise versucht, in dem nicht schematisiert wird, sondern an die persönliche Verantwortung appelliert wird: Kann ich Vertrauen erringen, kann ich Glaubwürdigkeit erringen?

Ich bin den Kollegen in Thüringen in der Reformkommission dafür dankbar – das hat ja Minister Zeh gestern angesprochen –, wirklich faire Fragen formuliert zu haben, die auch zeigen, daß das kein West-Ost-Konflikt und kein überflüssiger Streit ist, sondern eine ernsthafte und schwierige Diskussion, die die Partei stärken wird.

Liebe Freunde! Millionen von Deutschen in der ehemaligen DDR haben die CDU Deutschlands gewählt, und Millionen, die nicht Mitglieder irgendeiner Partei waren oder sind, erwarten von uns, daß der Wohlstand in Deutschland gleichmäßig verteilt wird. Aber ich sage ihnen: Sie erwarten von uns auch, daß wir die Partei der Gerechtigkeit sind und daß wir für Chancengerechtigkeit im wiedervereinigten Deutschland sorgen. Deswegen müssen wir uns dieser Aufgabe mit großer Leidenschaft zuwenden.

Wenn die CDU bei der Vollendung der inneren Einheit Erfolg haben will, dann darf 1994 nicht nur das Bruttosozialprodukt stimmen, sondern es muß auch die Gerechtigkeit in der Gesellschaft stimmen. Wenn wir das beachten, werden wir Aussöhnung und inneren Frieden in der Gesellschaft erreichen, und das wird ein Deutschland sein, das sich den großen Herausforderungen gewachsen zeigt.

Zeigen wir durch die Art und Weise der Diskussion über das Dresdner Manifest, daß wir eine wirklich spannende Partei sind – das sagt sich so leicht –, die sich auch schwierigsten Diskussionen stellt! Dann werden wir auch eine erfolgreiche Partei in Deutschland sein. Ich darf mich sehr herzlich bei Ihnen bedanken.

(Anhaltender Beifall)

**Dr. Berthold Rink**, Tagungspräsidium: Ich danke unserem Gernalsekretär Volker Rühle für seine Worte zum Dresdner Manifest, dem Leitantrag dieses Parteitages.

Wir werden die Beratungen jetzt in sechs Foren fortsetzen, die um ca. 10.30 Uhr beginnen sollen. Die Diskussion in diesen Foren ist bis 14.30 Uhr vorgesehen.

Ich bitte Sie, die in Ihrem Programm bei der Tagungsfolge ausgedruckten Tagungsstätten für die Foren zu beachten.

Das Forum 1 „Soziale Marktwirtschaft vor neuen Herausforderungen“ wird hier im Plenarsaal stattfinden. Das Forum 2 „Neue Chancen für Frauen im geeinten Deutschland“ findet im Studiotheater hier im Kulturpalast statt. Das Forum 3 „Jugend in Deutschland – Perspektiven in Freiheit“ findet statt im Festsaal des Rathauses. Das Forum 4 „Die Schöpfung bewahren: Umweltschutz in weltweiter Verantwortung“ findet im Sitzungssaal des Rathauses statt. Das Forum 5 „Sich der Vergangenheit stellen – Vertrauen gewinnen“ findet statt im Bankettsaal des „Dresdner Hofes“, und das Forum 6 „Unsere Verantwortung in Europa und der Welt“ findet im Festsaal des Blockhauses statt. Das Blockhaus, meine sehr verehrten Damen und Herren, befindet sich auf der anderen Seite der Elbe unmittelbar an der Augustusbrücke.

Ich schließe hiermit die 2. Plenarsitzung und berufe die 3. Plenarsitzung für heute nachmittag 15.00 Uhr hier in diesen Saal ein.

(Schluß der Sitzung: 10.23 Uhr)

**Montag, 16. Dezember 1991**

3. Plenarsitzung

Beginn: 15.15 Uhr

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Meine Parteifreunde, ich eröffne die 3. Plenarsitzung.

Ich weise Sie darauf hin, daß die Initiativanträge und die Empfehlungen der Antragskommission nunmehr auf Ihren Plätzen liegen. Ich bitte Sie herzlich, diese Vorlage zu Ihren Tagungsunterlagen zu nehmen, da Sie diese bei der Beratung der Anträge heute und morgen brauchen werden.

Ich rufe nunmehr TAGESORDNUNGSPUNKT 15 auf:

**Zwischenbericht des Vorsitzenden der  
Grundsatzprogrammkommission der CDU**

**Dr. Reinhard Göhner** MdB

**Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz**

Ich erteile dazu dem Vorsitzenden der Kommission, Herrn Dr. Göhner, das Wort.

**Dr. Reinhard Göhner:** Auf dem Hamburger Parteitag, meine Damen und Herren, am Vorabend der Wiedervereinigung, haben wir den Auftrag erhalten, unser Grundsatzprogramm von 1978 fortzuschreiben. Diese Aufgabe stellt in dreierlei Hinsicht eine besondere Herausforderung für unsere Partei dar.

Erstens: Diese Aufgabe ist eine Probe für die politische Kultur in unserer Partei, für unsere Offenheit, für unsere Streit- und Diskussionsfähigkeit in der Sache.

Zweitens: Es ist eine Anfrage an das Theorie- und Reflexionsvermögen um das Defizit in diesen Bereichen in unserer Partei. Sind wir in der Lage, eine schonungslose Bestandsaufnahme vorzunehmen, eingefahrene Positionen in Frage zu stellen und von daher die Prioritäten unserer Politik neu zu bestimmen?

Drittens: Es soll das erste gesamtdeutsche Grundsatzprogramm der CDU werden. Das kann nur zum Erfolg führen, wenn es uns gelingt, gemeinsam – wie Lothar de Maiziere das formuliert hat – eine Kultur des Zuhörens und des Verstehens wachsen zu lassen, die uns einen würdigen Umgang mit den Unterschieden und Gemeinsamkeiten unserer Geschichte ermöglicht.

Ich möchte meinem Vorgänger im Amt des Vorsitzenden der Grundsatzprogrammkommission, Lothar de Maiziere, sehr herzlich für seine Arbeit danken, die weit über Vorarbeit hinausgegangen ist.

(Beifall)

Ich danke ihm besonders für seine fortbestehende Bereitschaft zur aktiven Unterstützung unserer Arbeit.

Warum, meine Freunde, diskutieren wir jetzt über ein neues Grundsatzprogramm? Natürlich deshalb, weil die deutsche Einheit vieles verändert hat und weil damit auch wesentliche Bestandteile unseres bisherigen Grundsatzprogramms erfüllt sind. Aber machen wir uns nichts vor: Diese Grundsatzdiskussion ist fällig, ja überfällig. Sie wäre auch notwendig, wenn es keine Wiedervereinigung gegeben hätte.

Deutschland, Europa, die Welt haben sich in den letzten Jahren grundlegend verändert. Wir selbst haben uns in unserem Denken, in unserem Empfinden so nachhaltig verändert, daß sich die Union ihres Standortes und ihrer Ziele neu versichern muß.

Wir befinden uns in einer Phase des politischen und geistigen Umbruchs. Das sozialistische Menschenbild ist total gescheitert, und linke Ideologie insgesamt befindet sich deshalb in einer tiefen Krise. Das ist eine große Chance für christdemokratische Politik, für uns als Volkspartei, unsere Vision einer besseren Welt in dieser defizitären Situation zu formulieren.

Wir dürfen dabei nicht in einen selbstgefälligen Habitus als Regierungspartei verfallen. Die CDU hat die staatliche Einheit zweifellos meisterhaft vollzogen. Aber bei allem Stolz, *meine Freunde: Die Bewährung für unsere Partei kommt erst noch. Sie wird darin bestehen, daß wir auf die drängenden Zukunftsfragen Antworten finden müssen.* Diese Aufgabe dürfen wir nicht durch Tagesgeschäft verdrängen lassen. Wir können das auch nicht einfach der Parteispitze zuschieben. Die programmatischen Wegmarken auf dem Weg zur Zukunft zu entwickeln, ist Aufgabe der gesamten Partei.

Wissen wir denn selbst, wissen vor allem die Bürger, wo die CDU nach neun Jahren Regierungszeit inhaltlich steht? Weiß der Bürger, wissen wir, wo die CDU in neun Jahren, also im Jahre 2000 stehen will? Wir sind keine Wahrsager der Zukunft, aber wir müssen sagen, für welche Zukunft wir als Christdemokraten streiten wollen. Ich will deshalb versuchen, fünf Problemdimensionen zu beschreiben, deren Lösung über das Schicksal Deutschlands und das politische Schicksal der Union entscheidet.

Erstens: die innere Einheit – zu Recht im Mittelpunkt dieses Parteitages – leben. Die sozialistische Unterdrückung und die Jahre der Trennung wirken trotz friedlicher Revolution und trotz Selbstbefreiung von der SED-Herrschaft untergründig fort. Der Anpassungsprozeß an eine offene Gesellschaft mit ihren vielfältigen Angeboten, aber auch Risiken, das Eingliedern in ein dynamisches, mitunter sehr hartes Wirtschaftssystem und eine Individualisierung der Lebensbezüge – das alles stellt viele Menschen vor bislang nicht gekannte Orientierungsaufgaben.

Wenn wir uns zu dieser vorrangigen Aufgabe der Vollendung der inneren Einheit Deutschlands bekennen, dann dürfen wir dabei nicht vergessen: Wir können die politische, die soziale und wirtschaftliche Integration nicht wie Architekten am Reißbrett konstruieren. Wir müssen vielmehr die Wünsche, aber auch die Ängste, die Sorgen, die Erfahrungen, die besonderen Sichtweisen der Menschen aus den neuen Ländern aufnehmen. Gerade dazu dient diese Grundsatzdiskussion in einem erheblichen Umfang.

Die Menschen im westlichen und im östlichen Teil unseres Landes empfinden doch noch immer sehr stark ein Gefühl der Verschiedenheit. Es gibt eben noch Reste der Mauer auch in unseren Köpfen. Die innere Einheit kann sich nur in einem kontinuierlichen Lern- und Gestaltungsprozeß und nicht primär in einem Wirtschaftsprozeß vollziehen. Um es deutlich zu sagen, *meine Freunde: Bei der inneren Einheit geht es nicht um die gleiche Anzahl von Videorecordern oder Zweitwagen, sondern es geht um das geistige Zusammenwachsen der Deutschen.*

(Beifall)

Dies ist keine Leerformel; denn Deutschland hat sich verändert. Wir müssen uns heute fragen: Was bedeutet z.B. die Tatsache, daß im vereinten Deutschland mittlerweile ein Viertel der Bevölkerung konfessionslos ist? Was bedeutet das für eine christdemokratische Partei? Welche Konsequenzen haben die hohen Scheidungsraten – jede dritte Ehe in Deutschland wird geschieden – für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, für die Entwicklung unserer Kinder? Auf welchen Konsens können wir uns noch berufen, wenn über die Grundwerte dieser Gesellschaft gesprochen wird? Wenn wir die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung betrachten, so stellen wir doch einen

massiven Trend zu Individualisierung und Pluralisierung fest. Wir finden einen verstärkten Rückzug ins Private. Vielen geht Karriere vor Gemeinwohl, und wir erleben geradezu ein Potpourri an unterschiedlichen Lebensstilen. Wir anerkennen und tolerieren diese unterschiedlichen Lebensentwürfe, die sich die Menschen in Freiheit und Verantwortung selbst wählen. Aber wir können nicht übersehen, daß im Zuge dieses Prozesses der Individualisierung Sozialbindung verlorengelht und menschliche Institutionen wie Familie und Nachbarschaft Erschütterungen ausgesetzt sind.

Wie gehen wir, meine Freunde, als christdemokratische Partei z.B. damit um, daß in westdeutschen Großstädten wie Frankfurt und Stuttgart 50 bis 60 Prozent aller Haushalte Einpersonenhaushalte sind? Was heißt es für unsere Familienpolitik, wenn bereits jedes sechste Kind in einer Familie ohne Vater oder ohne Mutter aufwächst? Unsere Gesellschaft scheint von einem sehr gegenläufigen Trend bestimmt zu sein. Viele Menschen leiden unter Anonymität, Distanz, menschlicher Beziehungslosigkeit insbesondere in den Großstädten. Sie suchen nach Nähe, Kontakt, nach festen sozialen Bindungen. Aber andererseits stehlen sich viele allzuoft fort, wo es konkret wird, wo ihre Verantwortung für das Ganze gefordert ist. Nicht wenige entziehen sich der eigenen Pflicht zur Sorge und Vorsorge, der Verantwortung z.B. für die Angehörigen und auch für sich selbst.

Wir stehen vor einer Überforderung, wenn statt der primären Eigenverantwortung und tätiger Nächstenliebe der Ruf nach dem Staat, der Gesellschaft ständig zunimmt. Solche Vollkasko-Mentalität überfordert nicht nur die finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Sozialsystems, sie zerstört letztlich Eigenverantwortung und führt zu einer Entsolidarisierung unserer Gesellschaft.

(Beifall)

Wir sind auf dem besten Wege, die Solidargemeinschaft zu überfrachten und letztlich aufzukündigen, wenn wir uns nicht wieder auf den ursprünglichen Kern von Solidarität besinnen. Solidarität heißt: Die Gemeinschaft sichert jene Risiken und Lasten, die der einzelne nicht allein tragen kann. Aber erreichen unsere Sozialleistungen tatsächlich noch diejenigen, die darauf angewiesen sind? Oder sichern wir nicht mittlerweile, was viele in Eigenvorsorge leisten können?

Es gibt andererseits aber auch neue Risiken, die der einzelne nicht tragen kann, die ihn existenziell treffen und die wir deshalb solidarisch absichern wollen, das Pfliegerisiko zum Beispiel. Die Lösung darf aber nicht weiterhin darin bestehen, daß trotz steigenden Wohlstandes und gewachsener Leistungsfähigkeit des einzelnen die Sozialausgaben weitaus stärker steigen als das Bruttosozialprodukt. Diese Schere müssen wir wieder schließen, meine Freunde.

(Beifall)

Wenn wir nicht wollen, daß diese Schere zwischen Ansprüchen und Leistungen weiter auseinanderklafft, wenn wir nicht wollen, daß wir eine Gesellschaft von Einzelkämpfern und Egoisten werden, dann müssen wir in der Sozialpolitik die Prioritäten neu bestimmen.

Das gilt als Drittes auch für die Zukunft der Industriegesellschaft und unsere ökologische Verantwortung. Viele Menschen spüren ein Unbehagen, wenn sie die Kehrseite der Industriegesellschaft betrachten. Unser Wohlstand hat zwei Gesichter: soziale Sicherheit, Vielfalt des Konsums, materielle Absicherung von Freiheitswünschen auf der einen Seite, Ressourcenverschwendung, Verkehrsprobleme, Müll, Umweltschäden auf der anderen Seite. Hinzu kommt ein sicherlich nicht unbegründetes schlechtes Gewissen gegenüber den unterentwickelten Ländern der Erde; denn

wenn die reichen Länder die Märkte nicht öffnen und wenn wir subventionierte Exportkonkurrenzen nicht unterlassen, dann werden wir die Wohlstandsbarrieren zwischen den Armen und Reichen dieser Welt nicht überwinden können.

Wir wissen, und die Menschen spüren es: Wachstum kann nicht ins Unendliche gehen. Technischer Fortschritt bedeutet nicht immer Verbesserung, und moderne Technik hat auch Schattenseiten. Aufgabe der Politik ist es daher, auch die Grenzen aufzuzeigen. Ich nenne als Beispiele nur Genforschung, Großtechnologie, ethische Fragen der Medizin.

Gerade für uns Christdemokraten stellen sich die Fragen nach den Grenzen dessen, was der Mensch darf, um so schärfer, je mehr der Mensch kann.

Die globalen ökologischen Probleme zeigen uns, daß wir Grenzen schon durchstoßen haben. Wir können doch nicht so tun, als hätten wir da noch eine Ersatzerde im Kofferraum. Die Verantwortung, die wir vor Gott und unseren Kindern haben, verpflichtet uns zur Gestaltung und Bewahrung der Schöpfung, unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Lassen Sie uns deshalb unsere Kreativität und die Durchsetzungskraft der Union auf die Frage lenken, wie wir die Soziale Marktwirtschaft ökologisch fortentwickeln können. Wir sind dabei, aber da sind erhebliche zusätzliche Anstrengungen erforderlich, vor allem im Blick auf die internationalen Zusammenhänge und im Blick auf die Länder der Dritten Welt.

Viertens: Das Ende der Nachkriegsordnung ermöglicht und fordert von uns ein neues Verständnis von Außen- und Sicherheitspolitik. Wir müssen einen völlig neuen Sicherheitsbegriff entwickeln, denn an Stelle der alten militärischen Bedrohungen des Ost-West-Konflikts sind neue Risiken und andere Unwägbarkeiten entstanden, neue, nicht kalkulierbare auch militärische Fragen, vor allem aber ganz andere Sicherheitsprobleme. Unsere Sicherheit heute hängt davon ab, wie ethnische, religiöse und vor allem nationale Konflikte gelöst werden. Unsere Sicherheit hängt davon ab, ob es uns gelingt, einen Beitrag zur Stabilisierung der neuen Demokratien in Mittel- und Osteuropa zu leisten – unkalkulierbare Risiken für die Sicherheit, falls uns das mißlingt. Unsere Sicherheit hängt davon ab, ob wir Armut und Hunger in der Welt wirksam bekämpfen, indem wir uns für eine weltweite Kultur der Solidarität einsetzen: Entwicklungszusammenarbeit als Bestandteil von Sicherheitspolitik. Unsere Sicherheit hängt heute davon ab, ob wir die globalen Umweltzerstörungen stoppen können und wie auf der Welt Ressourcenkonkurrenzen ausgetragen werden: Umweltaußenpolitik als Bestandteil unseres neuen Verständnisses von Außenpolitik.

Wir sagen im Dresdner Manifest, die Welt wächst zusammen. Deutschland wird auch von den Entwicklungen in fernen Regionen nicht unberührt bleiben. Deswegen, meine Freunde, wäre die gewachsene Verantwortung Deutschlands in der Welt auch viel zu kurz gegriffen, wenn wir eine „out of area-Diskussion auf militärische Fragen konzentrieren würden.

Das führt uns vielmehr – fünftens – zur globalen Verantwortung unserer Politik. Konflikte, Gewalt, Bürgerkriege, Armut, globale Umweltzerstörung berühren uns direkt, und zwar nicht nur, weil wir die Folgen von Not und Unterdrückung in Form von Flüchtlingswellen unmittelbar zu spüren bekommen. Vielmehr müssen uns diese Probleme betroffen machen, weil wir gerade als Christen berührt sind. In einer einheitlichen Welt kann es kein Refugium der Glückseligkeit geben. Christliche Werte sind unteilbar. Sie gelten für alle Menschen dieses Planeten. Nur diese Unteilbarkeit unserer Grundwerte, die weltweite Achtung der Menschenrechte, eine global ausge-

richtete Umweltpolitik, die internationale Solidarität ermöglichen letztlich die Entwicklungs- und Überlebenschancen für alle Menschen auf dieser Erde. Dies, meine Freunde, ist die zentrale Herausforderung christlich-demokratischer Politik weit über unser Land hinaus, eben eine globale Aufgabe am Ausgang des 20. Jahrhunderts.

Wenn wir diese neuen Problemdimensionen erkennen und die damit verbundenen Herausforderungen ernst nehmen, dann kann deutsche Politik nicht lediglich im Fortschreiben scheinbar bewährter Politikmuster bestehen; Volker Rühle hat das heute morgen sehr deutlich unterstrichen. Es wird darauf ankommen, daß wir uns mit der gebotenen Aufrichtigkeit diesen neuen, von uns zum Teil noch nicht erkannten oder sogar verdrängten Tatsachen stellen. Dazu müssen wir das in unserer Partei doch vorhandene Potential an Erfahrungen und Intellektualität ausschöpfen, die Sensibilität auch uns entfernt stehender kritischer Geister nutzen, denn gerade weil die Probleme dringlich sind, gilt es alle Stimmen zu hören, auch und gerade diejenigen, die unbequeme Kritiker sind.

Wir können uns dabei auf eine Wertebasis stützen, die letztlich den Umbruch in Europa bewirkt hat, auf eine Wertebasis, die den Aufbruch in die Zukunft bestimmen kann, auf das christliche Bild vom Menschen und die Grundwerte der abendländischen freien und sozialen Gesellschaft. Letztlich ist es das christliche Bild vom Menschen, das diesen Umbruch in Europa ermöglicht hat.

Auch deshalb kann das C für uns nicht zur Disposition stehen. Wir sind schließlich keine Anpassungsartisten, die nach windschnittigen Marketingmodellen der zunehmenden Säkularisierung nachlaufen. Aber wir sind andererseits auch keine missionarischen Eiferer. Das C bleibt für uns vielmehr, wie Paul Mikat das vor einigen Tagen auf einer Veranstaltung der Grundsatzkommission formuliert hat, eine Last und ein Maßstab zugleich, an dem wir uns messen und messen lassen müssen. Das ist unsere ethische Grundlage für das politische Handeln von Christen und Nichtchristen in unserer Partei, in unserer Gesellschaft.

Von diesem Maßstab her wollen wir versuchen, die Welt von morgen zu gestalten. Drei Dinge – nur drei Dinge – müssen wir beachten, wenn wir ein ehrliches Programm für die Zukunft schreiben wollen:

Erstens: Wir müssen die innen- und weltpolitische Herausforderung schonungslos, tabufrei analysieren. Das heißt, die Partei muß für die gesellschaftlichen Umbrüche und die ökologischen Probleme wahrnehmungsfähiger werden.

Zweitens: Wir müssen in der Partei mit unserer politischen Führung und umgekehrt dialogfähiger werden und nach außen hin offener, vor allem für Jugendliche und Frauen.

Drittens: Wir müssen den Bürgern zeigen, daß wir im Hinblick auf politische Fehlentwicklungen und auf Fehlentscheidungen lernfähig sind, und wir müssen ihnen offen sagen, was in den nächsten Jahrzehnten auf sie zukommen wird, soweit wir es denn wissen.

Nicht mehr, aber möglichst auch nicht weniger sollte das neue Programm leisten. Ob es gelingen wird, meine Damen und Herren, hängt von Ihnen allen ab, denn die Grundsatzdiskussion wird nur erfolgreich sein, wenn Sie alle sich daran beteiligen. Dazu möchte ich Sie herzlich einladen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Göhner, nicht nur für Ihren Bericht, sondern auch für die Arbeit, die dahintersteckt, für die Bereitschaft, neue Herausforderungen anzunehmen, nicht indem wir dem Zeitgeist hinterherlaufen, sondern indem wir unsere Grundsätze deutlich machen und die Zukunft aus diesen Prinzipien heraus gestalten. Der Parteitag wünscht Ihnen für Ihre so wichtige Arbeit Erfolg.

(Beifall)

Ich rufe jetzt TAGESORDNUNGSPUNKT 17 auf:

### Beratung des Leitantrages des Bundesvorstandes – Berichte aus den Foren

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes hören wir zunächst die Berichte aus den Foren.

Ich erteile dem Berichtersteller zum Forum 1 „Soziale Marktwirtschaft vor neuen Herausforderungen“, dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Wirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herrn Matthias Wissmann, das Wort.

**Matthias Wissmann:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich kann von einer ausgesprochen lebendigen, auch kontroversen viereinviertelstündigen Diskussion aus dem Forum 1 berichten. Mein Problem wird nur sein, Viereinviertelstunden in zehn Minuten zusammenzufassen.

Wir alle waren uns bewußt, daß die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern, um die es vor allem ging, ausgesprochen doppelgesichtig ist: auf der einen Seite ein beginnender Boom in Handel, Dienstleistungen, Handwerk und Mittelstand, auf der anderen Seite eine anhaltende schwere Umstrukturierungskrise in großen Teilen der Industrie der neuen Bundesländer mit großen Herausforderungen in den betroffenen Regionen.

Es gab einen verbindenden Leitgedanken, meine lieben Parteifreunde, nämlich den, daß wir gemeinsam der Meinung waren, daß wir die Politik marktwirtschaftlicher Erneuerung nur betreiben können, wenn es zu einer entsprechenden Veränderung in den Köpfen, im Bewußtsein in Ost- und Westdeutschland kommt. Ein DGB-Vertreter aus Thüringen sagte: Die Menschen in den neuen Ländern müssen lernen, selbst Initiative zu ergreifen, nicht auf ein Kommando zu warten. Es geht darum, Marktwirtschaft und ihre Folgen selbst zu erarbeiten und die neuen Anforderungen zu akzeptieren, zu verstehen, daß man Wohlstand nicht verordnen kann, sondern daß man ihn sich selbst erarbeiten muß.

Als Westdeutscher darf ich jedoch sagen: Für mich war bemerkenswert, liebe Parteifreunde, wie deutlich in dieser Diskussion herauskam, daß nicht nur die Menschen in den neuen Bundesländern lernen müssen, sondern daß auch wir in den alten Bundesländern lernen müssen, uns an die große Herausforderung zu gewöhnen, neue Prioritäten zu setzen, die Verteilungsdiskussion, die wir im Westen in alter Form weiterführen, möglicherweise zu beenden und sich darauf zu konzentrieren, wie wir diese Herausforderung gemeinsam bewältigen. Wir im Westen dürfen nicht einfach in den alten Gleisen weiterfahren, wenn wir die große Herausforderung, die sich in den neuen Bundesländern stellt, bewältigen wollen.

(Beifall)

Es ist an zwei, drei Beispielen plastisch deutlich geworden: 1 DM, die für den Umweltschutz an der Elbe eingesetzt wird, ist natürlich effizienter eingesetzt, als wenn eine DM für den Umweltschutz an Rhein und Neckar verwendet wird.



Lassen Sie mich das Beispiel eines Unternehmens der Post anführen. Der Postminister hat sehr plastisch gesagt, ein Prozent weniger Lohnsteigerung im Westen bei der Post würde einen Spielraum für sechs Prozent Lohnzuwachs im Osten eröffnen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist mit Recht angesprochen worden: Es geht nicht an, daß in manchen Ländern und Kommunen im Westen so weitergearbeitet wird wie bisher: sechs- bis neunprozentige Zuwächse in Teilen der Landeshaushalte. Manche Kommunen bauen die Spaßbäder einfach so weiter wie bisher. Wenn wir die Herausforderung gemeinsam bewältigen wollen, müssen die Menschen im Osten umlernen und sich Marktwirtschaft selbst erarbeiten. Aber auch wir im Westen müssen endlich lernen, was die Herausforderung bedeutet. Sie bedeutet nämlich, neue Prioritäten zu setzen.

(Beifall)

Die tarifpolitische Diskussion hat eine große Rolle gespielt. Ich muß deutlich sagen, daß es zu diesem Thema natürlich kontroverse Standpunkte gab. Aber ich glaube, es gibt einen gemeinsamen Nenner, nämlich den, daß pauschale Antworten nicht helfen, sondern daß wir eine flexiblere, auf die jeweilige Branche, auf das jeweilige Unternehmen, auf die jeweilige Region abgestimmte Tarifpolitik in Ost und West brauchen und daß Tarifabschlüsse mit der Dampfwalze niemandem dienen. Nur eine differenzierte Tariflandschaft nimmt Rücksicht auf die ökonomische Entwicklung in den neuen Bundesländern und gibt auch eine Antwort auf Fragen, die wir in den alten Bundesländern bisher nicht ausreichend gelöst haben.

Eine wesentliche Rolle hat das Thema „regionale Strukturpolitik“ gespielt. Wir geben im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, für das Sonderprogramm „Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost“ und für den EG-Regionalfonds in den nächsten Jahren 20,4 Milliarden DM für die regionale Strukturpolitik aus. Ich glaube, es überwog in dem Forum der Eindruck, daß wir diese Mittel bisher nicht wirksam genug eingesetzt haben – und zwar zum Aufbau rentabler Arbeitsplätze, zur Abfederung von Umstrukturierungsprozessen in Regionen. Es klang auch der Wunsch an, das die Treuhandanstalt, die Länder und Kommunen und – ich sage – auch der Bundeswirtschaftsminister eine bessere Koordination einer solchen regionalen Strukturpolitik, die auch wirkt, herbeiführen mögen, wenn wir die schwierigsten Probleme in den Regionen bewältigen wollen.

Allen war klar, daß wir für die strukturelle Erneuerung in den neuen Bundesländern auch Übergangshilfen, auch AB-Maßnahmen, auch staatliche Hilfen brauchen. Aber es ist immerhin bemerkenswert, daß der sächsische Wirtschaftsminister sagte: Es kann nicht unser Ziel sein, die Menschen in den ostdeutschen Bundesländern an den Subventionsschnuller zu gewöhnen, Betriebe sozusagen auf Dauer in staatliche Hand zu überführen. Wir Westdeutschen sollten hinzufügen: Wir können von den Menschen in den neuen Bundesländern nicht mehr erwarten, als wir unseren eigenen Bürgern beim Thema Subventionen zuzumuten bereit sind.

(Beifall)

Es klingt in manchen Ohren schon erstaunlich, wenn es bei uns im Westen als eine unerträgliche Belastung empfunden wird, wenn über zehn Jahre 20 000 bis 30 000 Arbeitsplätze im Bergbau – mit hohen Abfindungen – abgebaut werden, während gleichzeitig in den neuen Bundesländern in einem Jahr 50 000 Arbeitsplätze und mehr mit geringen oder gar keinen Abfindungen abgebaut werden.

(Beifall)

Wir müssen also mit gleichen Maßstäben messen, wenn es um solche Themen geht.

Klar war: Gute Wirtschaftspolitik ist nicht nur in den neuen Bundesländern, sondern auch in den alten Bundesländern der beste Produktionsfaktor. Es geht darum, daß wir jetzt nicht neue Gesetze erfinden. Es war eine gemeinsame Meinung, daß wir jetzt kein neues Treuhandgesetz machen wollen und kein neues Entschädigungs- oder Eigentumsrecht schaffen wollen, sondern daß wir die Flexibilität der bestehenden Gesetze besser nutzen und deren Möglichkeiten praktisch umsetzen.

Was spräche beispielsweise angesichts des Antragsstaus bei den Vermögensämtern in den neuen Bundesländern dagegen, daß die Grundbuchämter in manchen Gemeinden im Westen für eine Übergangszeit ein paar Aufgaben für eine Partnergemeinde in den neuen Bundesländern mitübernehmen würden und konkrete Hilfe leisten würden, um den Antragsstau abzarbeiten?

Ein letzter Punkt: Auch wenn das nicht in aller Breite diskutiert werden konnte, bestand ein breites Einvernehmen darüber, daß wir die Herausforderung in den neuen Bundesländern nur bewältigen können, wenn es uns gelingt, die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung in den westlichen Bundesländern zu erhalten oder, anders ausgedrückt, in den kommenden Monaten die Prioritäten zu setzen, die notwendig sind, um im europäischen Binnenmarkt und angesichts der japanischen Herausforderung zu bestehen.

Wer nur national argumentieren und handeln würde, würde unserer exportabhängigen Wirtschaft den Boden entziehen, auf dem sie steht. Deswegen ist das Thema „Standort Deutschland – wie sichern wir bei Steuern, wie sichern wir bei Lohnzusatzkosten, wie sichern wir bei bürokratischen Belastungen diesen Standard auch im Jahr 2000?“ eine der Herausforderungen für die Union und für die Soziale Marktwirtschaft in der Zukunft. Herzlichen Dank für Ihr Interesse!

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Matthias Wissmann! Ich rufe jetzt das Forum 2 auf: „Neue Chancen für Frauen im geeinten Deutschland“. Ich erteile dazu das Wort der stellvertretenden Vorsitzenden unserer Grundsatzkommission, Frau Maria Böhmer.

**Dr. Maria Böhmer**: Herr Vorsitzender, liebe Parteifreunde und Parteifreundinnen! Die Diskussion im Forum 2 – „Neue Chancen für Frauen im geeinten Deutschland“ - hat eines ganz klar erkennen lassen: Frauen in den neuen Bundesländern sagen ja zu der Veränderung, und sie wollen diese Veränderung mitgestalten. Das ist eine Botschaft, die uns wirklich weiterträgt und bei der wir sagen müssen: Da können wir auch alle Unterstützung gemeinsam geben, und da wollen wir diese Veränderung auch gemeinsam gestalten.

Aber eines hat uns sehr nachdenklich gestimmt; das war die hohe Zahl der Arbeitslosen unter den Frauen. 61,2 % aller Arbeitslosen in den neuen Bundesländern sind Frauen. Da brauchen wir weiteres Handeln.

Auf der anderen Seite gibt es Hoffnung. 60 % der Arbeitnehmer, die an einer beruflichen Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen, sind Frauen. Das zeigt auch, daß Frauen bereit sind, sich der Veränderung zu stellen, und daß sie die Angebote wahrnehmen.

In dem Umbruchprozeß liegen die Probleme und die positiven Entwicklungen sehr dicht beieinander. Das haben alle Wortmeldungen und die Beiträge aller Frauen aus den neuen Bundesländern sehr deutlich gemacht.

Da gab es die 46jährige Textilfacharbeiterin, deren Arbeitsplatz heute nicht mehr existiert, die aber vom Arbeitsamt erklärt bekommt, daß es viele Tausende Jüngere gäbe, die eine Umschulung machen wollten. Sie steht nun da und ist verzweifelt.

Da gab es auf der anderen Seite die Maurermeisterin, die vor der Wende einen Betrieb mit fünf Arbeitskräften hatte, die mittlerweile 25 neue Arbeitsplätze geschaffen hat und die mehr als 16 Stunden pro Tag arbeitet. Das ist doch eine Leistung, die es anzuerkennen gilt!

(Beifall)

Wir haben auch den Bericht einer Betriebsratsvorsitzenden gehört, die mit Erfolg durchgesetzt hat, daß Kinderkrippen und Kindergärten, die vorher vom Betrieb geführt worden sind, jetzt von der Kommune weitergeführt werden. Ganz entscheidend war dabei, daß es von seiten der Bundesregierung finanzielle Mittel gab und daß die Kindergärtnerin jetzt noch in ABM arbeiten kann. Damit kann man die Zwischenphase überwinden, und damit ist sichergestellt, daß die Kinderbetreuungsmöglichkeiten nicht geschlossen, sondern weitergeführt werden, so daß die Frauen in den neuen Bundesländern die Möglichkeit haben, Beruf und Familie wirklich miteinander vereinbaren zu können.

Die Frauen haben mit jeder ihrer Wortmeldungen im Forum 2 unter Beweis gestellt: Sie sind flexibel, sind in der Lage umzudenken, und sie wollen sich an vielen neuen Bereichen beteiligen. Aber es ist auch deutlich geworden, daß es eine Fülle an Belastungen gibt, an Belastungen, die wir sehen müssen und wo wir mit dafür sorgen müssen, daß die Frauen in den neuen Bundesländern nicht auf der Strecke bleiben.

Eine konkrete Hilfe haben sicherlich die 29 Milliarden DM für arbeitsmarktpolitische Aktivitäten dargestellt. Aber wir brauchen noch weitere Ansatzpunkte für politisches Handeln im nächsten Jahr, und da hat sich in der Diskussion vieles herausgestellt.

AB-Maßnahmen sind ein wichtiger Ansatz; aber AB-Maßnahmen können nur einen Übergang markieren, und wir müssen über den Tag hinaus denken. Wir müssen dafür sorgen, daß dort, wo ganze Industriezweige nicht mehr existieren können – ich denke beispielsweise an den Textilbereich in Thüringen, aber ich denke auch den Chemiebereich in Bitterfeld –, für Frauen verstärkt die Möglichkeit besteht, sich umzuqualifizieren, umzuschulen und in zukunftsorientierte Tätigkeiten zu kommen.

Gerade die neuen Bundesländer werden in einigen wenigen Jahren der Standort sein, wo wir im Industriebereich, im gewerblichen Bereich und im Handwerk einen Standard haben, der ungemeine Wettbewerbsvorteile bringt. Da sollten Frauen mit dabei sein, indem sie sich jetzt die beruflichen Qualifikationen aneignen, um dann in entsprechende Arbeitsplätze zu kommen.

Ich weiß natürlich, daß das für die Frauen eine Nachricht ist, die etwas tröstend klingt, wenn sie jetzt arbeitslos sind. Aber ich glaube, daß wir in der Tat sehen müssen, daß wir eine Umbruchsituation haben, die sich nicht innerhalb weniger Monate, innerhalb eines Jahres oder innerhalb zweier Jahre bewältigen läßt, sondern daß wir vorbereitet sein müssen auf den Wandel von der Industriegesellschaft hin zu einer immer stärker werdenden Dienstleistungsgesellschaft. Ich glaube, auch unter diesem Vorzeichen sollten die Frauen jetzt die Weichen entsprechend stellen.

Wir haben sehr lange gesprochen über Frauen in Männerberufen, ein Thema, das uns in den alten Bundesländern immer wieder begleitet hat, und wir haben auch die neuesten Zahlen gehört, daß Frauen im Westen unseres Landes zu 80 Prozent befürworten, daß Frauen verstärkt in Männerberufe gehen; Frauen im Osten unseres

Landes wollen dies nur zu 60 Prozent. Da spielen unterschiedliche Erfahrungen aus der Vergangenheit eine große Rolle, aber ich glaube, wir sollten einfach wegkommen von dem Begriff „Männerberufe“; wir sollten sagen: Männer und Frauen sind in allen Berufen da. Das muß unser Ziel sein. Es kommt eben darauf an, daß die Frau im Handwerk genauso über die beruflichen Fertigkeiten verfügt, wie es selbstverständlich ist, daß ein Mann in der Bank am Schalter steht und dort seine Tätigkeit ausübt.

Ein weiteres Feld war das Thema Existenzgründungen. Gerade im ländlichen Bereich, wo wir es mit sehr schwierigen Arbeitsmarktproblemen zu tun haben, scheint die Situation so zu sein, daß Frauen bereit sind, sich der Aufgabe zu stellen, ein eigenes Unternehmen zu gründen.

Kolleginnen aus Sachsen-Anhalt und aus Hessen haben berichtet, daß es für die Existenzgründerinnen von ganz zentraler Bedeutung ist, daß sie nicht nur beim Start und bei der Vorbereitung der Unternehmensgründung Unterstützung haben, sondern über eine ganze Zeit hinweg Beratung und Hilfe erfahren. Das heißt, daß entsprechende Projekte auch gestaltet werden müssen. Ich denke, daß der Ansatz, der in Sachsen-Anhalt vorhanden ist und den Frau Stange dort befürwortet und vorangetrieben hat, in der Tat trägt. Denn ein Fingerzeig sollten uns die Erfahrungen von Otti Geschka aus Hessen sein. Sie hat berichtet, 30 Prozent Anteil der Frauen an Existenzgründungen, aber 50 Prozent davon scheitern innerhalb kurzer Zeit.

Das darf nicht die Perspektive sein, sondern die Perspektive muß sein, daß Frauen, die Betriebe gründen, leistungsfähige Betriebe schaffen, daß sie damit zum wirtschaftlichen Aufkommen beitragen wie auch zur Arbeitsplatzsicherung.

Ich will einen weiteren Punkt anschneiden, der für die Frauen in allen Bundesländern ohne Unterschied von ganz wesentlicher Bedeutung ist: Es ist die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei stellen die Rahmenbedingungen das A und das O dar. Für Frauen – und ich sage aber auch gern: für Väter – aus den neuen Bundesländern geht es darum, das, was an Kinderbetreuungsmöglichkeiten da ist, zu erhalten. Aber wir aus den alten Bundesländern können eigentlich hier viel lernen, daß nämlich Kinderbetreuung eben eine Selbstverständlichkeit war, auch wenn sie von der Ausgestaltung her verbessert werden muß. Aber wir sind auf dem Stand, daß wir an vielen Stellen noch nicht genügend Kindergartenplätze haben, und deshalb haben wir dafür plädiert: Wir brauchen überall einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

(Beifall)

Ich appelliere an alle Kommunalpolitiker, daß dieser Rechtsanspruch, den wir auf Bundesebene schaffen wollen – einige Länder haben das ja jetzt schon getan – auch konkret umgesetzt wird und sie sich nicht in der Frage verheddern: Ist uns ein neues Straßenpflaster vielleicht mehr wert als die Einrichtung einer Kindergartengruppe? – Ich meine, Kinder müßten Vorfahrt haben, und so haben es auch alle Frauen und Männer in diesem Forum gesehen.

(Beifall)

Wir haben auch über ein dunkles Kapitel von Frauen im Westen und Osten gesprochen, und dieses Kapitel lautet: Gewalt gegen Frauen, Gewalt in der Familie. Erschreckend ist es, daß in den neuen Bundesländern in kürzester Zeit hundert Frauenhäuser gegründet worden sind. Ein Thema, was offensichtlich immer unter der Decke gehalten worden ist; es durfte nicht nach außen dringen, aber die Not ist da und Suche nach Hilfe geboten. Wir haben das auch in den alten Bundesländern erlebt, daß dies lange ein Tabu-Thema war. Aber gerade wir als CDU können doch davor nicht die

Augen verschließen, und auch hier genügt es nicht, allein zu sagen: Wir haben jetzt hundert Frauenhäuser. – Wir müssen auch dafür sorgen, daß die Arbeit dieser Frauenhäuser gesichert ist. Deshalb wäre das, was auf Bundesebene in Vorbereitung ist – und da möchte ich Frau Bundesministerin Merkel wirklich sehr herzlich ermuntern, ein Frauenhausfinanzierungsgesetz auf den Weg zu bringen –, konkrete Hilfe für alle Frauen, die in Bedrängnis sind.

Als letzter Punkt hat uns die Diskussion über Frauen im politischen Bereich sehr bewegt. Wir alle möchten Ihnen hier noch einmal mit großem Nachdruck mitteilen, daß es unser Anliegen ist, Frauenpolitik nicht als Insel zu betrachten; Frauenpolitik soll gemeinsam gestaltet werden von Männern und Frauen in der CDU, und wir Frauen möchten alle Männer einladen, daran mitzuwirken; denn unser Ziel muß es sein, Partnerschaft zu praktizieren. In dem Forum waren Ansätze da. Es waren etliche Männer anwesend, die mit uns diskutierten. Aber für die Zukunft wünschen wir uns, daß viele Männer in einem solchen Frauenforum mitmachen und daß umgekehrt viele Frauen in den anderen Foren dabei sind.

Ich glaube, das ist der Weg, Frauenbeteiligung in der Partei konkret herzustellen und Frauen die Chance zu geben, gemeinsam mit Männern Politik zu gestalten. Dann sind wir auf einem Weg, für Frauen und Männer in den neuen Bundesländern viel erreichen zu können und das gleiche zu tun in den alten Bundesländern.

Danke schön.

(Beifall)

**Jürgen Echter**nach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dr. Böhmer.

Wir kommen jetzt zum Forum 3 „Jugend in Deutschland – Perspektiven in Freiheit“. Die Berichterstattung übernimmt der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Hermann Gröhe. Ich erteile ihm dazu das Wort.

**Hermann Gröhe:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! „Jugend in Deutschland – Perspektiven in Freiheit“ - in unserem Forum spürten wir, beraten durch Vertreter aus der Jugendforschung, des Sports, der Kirchen und des Bildungswesens, der Frage nach: Welche Erfahrungen, Hoffnungen und Sorgen trennen und welche verbinden junge Leute in den alten und in den neuen Bundesländern, und was heißt das, Perspektiven in Freiheit?

Freiheit – sie wurde von vielen jungen Menschen gerade in den neuen Ländern ersehnt und mit erkämpft. Jemand drückte es so aus: „... dieses irre Gefühl, daß dir keiner mehr etwas sagen kann.“ Ja, Freiheit kann faszinieren, aber Freiheit, dies ist auch der Wegfall allgegenwärtiger staatlicher Sinnvorgaben, und dies kann auch verunsichern, Orientierungslosigkeit, Resignation zurücklassen, eine Heimatlosigkeit, die gerade dort entsteht, wo künstliche Trabantenstädte selten das Gefühl von Geborgenheit entstehen lassen.

Aber täuschen wir uns nicht! Zu westlicher Arroganz ist kein Platz. Der schreckliche Rekord an Drogentoten zeigt, daß auch in den alten Bundesländern viele an der Freiheit scheitern, und wenn derartige Gefährdungen, wie etwa die Gefahren durch Drogen, heute vermehrt auch in den neuen Bundesländern auftreten, bedarf es ausreichender Hilfs- und Beratungsangebote.

Auch wenn es um Gewaltbereitschaft und Ausländerfeindlichkeit geht, sollten wir uns davor hüten – ein genauer Blick auf die Zahlen, wo es denn Anschläge gegeben hat, belegt dies –, den Eindruck zu erwecken, dies sei kein westliches Problem.

Jugendpolitik ist also in West und Ost gefordert. Aufgabe besonders in den neuen Ländern ist es, daß aus dem Mehr an Freiräumen ein wirkliches, reales Mehr an sinnvollen Chancen zur Wahrnehmung von Freiheit wird. Von der Antwort auf die Frage, wie gerade junge Menschen die neue Freiheit erleben, hängt der Aufbau in den neuen Ländern mindestens so sehr ab wie von der Sanierung von Wohnungen und Straßen, von Betrieben und Telekommunikation. Der Aufschwung Ost ist weit mehr als eine ökonomische Aufgabe.

Deshalb darf es - so wichtig es ist, für die materielle Infrastruktur Milliarden aufzuwenden - nicht so sein, daß für die Jugendarbeit um jede Mark mühsam gerungen werden muß. Wir begrüßen daher, daß die Union dafür gesorgt hat, daß das Jugendministerium 1992 zusätzlich 70 Millionen DM für die Jugendarbeit in den neuen Bundesländern aufwendet, 20 Millionen gezielt für Maßnahmen gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft.

Aber auch die Kommunen und die Länder sind gefordert, hier vermehrt einzusteigen. Es wurde in unserem Forum bedauert, daß hier manches erst passierte, als es zu den ersten Gewaltausbrüchen kam. Entscheidend sind Kraftanstrengungen jetzt, damit junge Menschen in ihrer Heimat wirkliche Chancen finden, denn zu oft noch lohnt sich das Abwandern mehr als das Bleiben.

Deshalb war es ein so wichtiger Erfolg, daß es gelang, für jeden einen Ausbildungsplatz bereitzustellen. Das bleibt eine Aufgabe, denn wir müssen schon heute nicht nur an eine moderne, an eine zeitgemäße Berufsausbildung denken, sondern auch an die Frage, was auf die dann Ausgebildeten zukommt, welche Chancen sie in ihrer Heimat auf dem Arbeitsmarkt haben. Für gleiche Lebensverhältnisse junger Menschen, damit Abwandern sich nicht lohnt, bleibt vieles zu tun.

Man setzte sich in unserem Forum für ein vielgliedriges Schulwesen, eine ausreichende Ausstattung auch mit Lehrmitteln und eine Förderung in der Schule, die als mehr denn als Auslese erlebt wird, ein. Es wurde deutlich, daß diese Debatte über Lerninhalte und deren glaubwürdige Vermittlung gerade Lehrer fordern wird. Im Bildungswesen muß es gerade heute darum gehen, neue, nachträgliche Chancen für jene zu eröffnen, die in ihrer Biographie um ihre Chance - sei es auf Grund ihrer Überzeugung, ihres Glaubens, sei es auf Grund der Stellung oder Einstellung ihrer Eltern - betrogen worden sind.

Intensiv wurde in unserem Forum über die Frage der Situation an den Hochschulen diskutiert. Auch da geht es um mehr als um eine moderne, zeitgemäße Ausstattung. Lassen Sie es mich einmal so sagen: Es geht um eine ideologische Entrümpelung. Erinnerung an die Zahl von 87 % der Professoren hier im Freistaat Sachsen, die früher SED-Mitglieder waren. Es wird natürlich die Frage gestellt: Wann weht ein wirklicher Geist der Freiheit in Forschung und Lehre an den Hochschulen, damit Studentinnen und Studenten hier ein Angebot, zu lernen und zu forschen, erleben?

Wenn ich daran denke, daß gemahnt wurde, über der wichtigen Bedeutung der Forschung die verstärkte Zuwendung zur Lehre nicht zu vergessen, hier wirklich zu einer Gleichgewichtung zu kommen, und wenn gesagt wurde, die Bildungspolitik müsse wieder einen zentralen Stellenwert in der Programmatik der Union bekommen, dann wird auch hier deutlich: Dies ist eine Herausforderung, die uns in den alten Bundesländern mindestens so sehr angeht wie in den neuen Ländern.

Es wurde natürlich viel zu den materiellen Voraussetzungen für die Wahrnehmung von Freiheitschancen gesagt; es ging aber auch um entscheidende nichtmaterielle Voraussetzungen. Freiheit und demokratisches Engagement muß gelernt werden

können, muß erfahren werden können. Damit bin ich beim weiten Feld der Jugendarbeit und der Frage: Was tritt denn an die Stelle der weggefallenen, der zerbrochenen indoktrinierenden Staats- und Parteijugendarbeit bei den Pionieren und in der FDJ? Es war klar: Wir alle wollen gemeinsam eine pluralistische Jugendarbeit, die auf den unterschiedlichsten Verbänden und Vereinen und Initiativen der jungen Leute selbst, auf ihrem ehrenamtlichen Engagement beruht, das eine notwendige Ergänzung zu kommerziellen Angeboten ist.

Wo Erfahrungen des sinnvollen Engagements mit anderen nicht gemacht werden, steigt die Verführbarkeit. Wir wollen, daß in den alten wie in den neuen Bundesländern Dealer, Sektengurus und Politextremisten keine Chance haben.

(Beifall)

Wer aber Ohnmacht und die Angst zu scheitern erlebt, wird anfällig für die Vergötzung von Stärke und Macht, wie wir sie bei rechtsextremen Gruppen finden. Da sucht man nach Sündenböcken, und es wird versucht, den Menschen weiszumachen, sie seien in den ausländischen Mitbürgern zu finden, was sich dann in diesen entsetzlichen Anschlägen entladen hat.

Vielfach aber wurde auch gefragt: Wundert es euch, daß die Verführbarkeit zunimmt, wenn in einer Trabantenstadt der letzte Jugendclub geschlossen wird? Notwendig sind sinnvolle Möglichkeiten der Freizeitgestaltung, im Sportbereich, in den Kirchen, in kulturellen, sozialen oder Initiativen des Umweltschutzes. Nötig sind Möglichkeiten des Einsatzes für den Nächsten, aber auch Möglichkeiten der politischen Bildung, die zum politischen Engagement befähigen. Dabei kann Jugendarbeit auch helfen, bisher nicht gemachte Erfahrungen nachzuholen, neu zu machen. Ich nenne den internationalen Jugendaustausch in Europa, aber auch und gerade mit Amerika, der für junge Leute aus der Abgeschottetheit der ehemaligen DDR eine wichtige nachzuholende Erfahrung sein muß.

Diese Arbeit der Jugendlichen soll von ihnen selbst gemacht werden, mit mehr Spontaneität und vielleicht etwas weniger Verwaltung, als wir im Westen es uns gelegentlich angewöhnt haben. So betonen wir die Arbeit der freien Träger. Die Angebote der freien Träger können Orientierung und Pluralismus miteinander verbinden. Die freien Träger sind auch und gerade im Westen auf unsere vermehrte Unterstützung angewiesen, fällt ihnen doch das Begeistern zur ehrenamtlichen Mitarbeit angesichts vielfältiger kommerzieller Angebote immer schwerer. Diese Arbeit zu unterstützen, ihr Vorrang vor anderen Angeboten einzuräumen, das muß Leitlinie für die Arbeit auch des Neuaufbaus in den neuen Ländern sein. Wir schulden denen - ich nenne die Kirchen, ich nenne den Sport -, die schon heute unter nicht einfachen Bedingungen Beachtliches leisten, ein deutliches Wort des Dankes.

(Zustimmung)

Auch die Kommunen sollten der Arbeit der freien Träger Vorfahrt einräumen, und sie sollten Einrichtungen der Jugendarbeit und der Freizeitgestaltung, wenn sie diese heute etwa von Kombinat und von der Treuhand übernehmen, möglichst schnell an Initiativen und Verbände weiterleiten.

Junge Leute, die sich selber organisieren, brauchen aber mehr als Räumlichkeiten und mehr als finanzielle Mittel. Sie müssen zuerst und vor allem ernst genommen werden. Auf ihre leisen Töne müssen wir besser eingehen können, aber auch auf ihre Rigorosität, wenn es um Umweltzerstörung, Hochrüstung, gerade auch in den ärmsten Teilen der Welt und um Hunger und Elend in der Welt geht. Junge Leute brauchen - es wurde gestern bereits gesagt - in allen Verantwortungsbereichen Ansprechpartner, und sie brauchen Dialogangebote, wie wir es in Schwerin mit dem Jugendforum getan haben, auf allen Ebenen.

Von entscheidender Bedeutung bleibt dabei - und es verwundert nicht, daß darüber nicht nur in einem Forum diskutiert wurde - das ehrliche Gespräch zwischen den Generationen, auch das ehrliche Gespräch über die Gründe für Vertrauensverlust. Auch dies, die tabulose Suche nach den Gründen für den Verlust an Vertrauen in die Politik, ist ja weiß Gott ein Thema, das uns alle in West und Ost angeht.

Junge Leute haben gerade in den neuen Ländern den Zerfall bisheriger Wertvorgaben erlebt. Sie waren - dies wurde in diesem Forum mehrfach artikuliert - überrascht und erstaunt über die Wendigkeit so manches Erwachsenen. Dies wirft Fragen auf - im Verhältnis zu den Lehrern, aber auch den eigenen Eltern. Hinzu kommt Ärger, wenn im Betrieb diejenigen oben sitzen und über Entlassungen entscheiden, die man auch früher oben erlebt hat. Es gibt aber auch Ärger, wenn die jungen Leute erleben, daß sich einstige Täter heute als Vermittler anbieten. Deshalb ist das ehrliche Gespräch über Vergangenes erforderlich, wenn neue Perspektiven offen erscheinen sollen. Dazu gehört - auch das wurde in unserem Forum angeschnitten - die offene und ehrliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der CDU selbst, wollen wir gerade junge Menschen vermehrt für die Mitarbeit gewinnen.

Diese ehrliche Aufarbeitung muß auch unsere Antwort auf eine bestimmte, oftmals zitierte Nostalgie sein, die es leider auch gibt und die bei uns immer wieder zur Sprache kam. Es muß uns nachdenklich stimmen, wenn es einem Sender, der mit staatlicher Billigung und durch gesteuerte und zugelassene Kritik zur Stabilisierung des damaligen Systems beigetragen hat, gelingt, seine Identität zur Identitätsfrage hochzustilisieren. Es ist dies ein Sender, der nach dem Deutschlandtreffen benannt wurde, mit dem Ulbricht seine Politik verordnet feiern ließ.

(Beifall)

Wir müssen gegen solche Nostalgiestimmungen setzen, daß das konkrete Erleben, das Engagement gerade junger Leute Sinn für unsere Demokratie macht. Wir müssen deutlich machen, daß Freiheit fasziniert. - Danke.

(Beifall)

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Gröhe.

Ich rufe jetzt den Bericht über das Forum 4 „Die Schöpfung bewahren: Umweltschutz in weltweiter Verantwortung“ auf. Die Berichterstattung aus dem Forum übernimmt die Umweltministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Frau Dr. Uhlmann. Sie haben das Wort.

**Dr. Petra Uhlmann:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Der Ausgangspunkt der Diskussion im Forum „Die Schöpfung bewahren: Umweltschutz in weltweiter Verantwortung“ war der Bericht des Bundesumweltministers mit der Kernfrage „Einheit leben - Wie kann das erreicht werden?“. „Einheit leben in Deutschland“ ist unmittelbar mit der Einheit Europas verbunden, aber letztlich heißt das auch Einheit der Welt. Einheit leben setzt die Bewahrung der Schöpfung voraus, beinhaltet aber auch die Erkenntnis, daß der Mensch Teil der Schöpfung ist. Ich denke, die CDU hat die moralische und sittliche Verpflichtung, zugunsten des Lebens Politik zu machen, d.h. zugunsten des Lebens aller Menschen.

Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa haben sich enorme Chancen für die Lösung der großen sozialen, aber auch der ökologischen Probleme ergeben. Die Politik steht heute vor völlig neuen Herausforderungen, und diesen Herausforderungen muß sich die Politik stellen. Das heißt, Schutz und Erhalt von Umwelt und Natur mit Entwicklung und Wachstum weltweit in Einklang zu



bringen, ist die zentrale Herausforderung der Politik geworden. Bis weit in das kommende Jahrhundert hinein wird die globale Umweltpolitik, gekoppelt mit einem bisher ungebrochenen dramatischen Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt, das beherrschende internationale Thema sein. Wir können es uns nicht leisten, vom bequemen Sessel des leistungsfähigen Industriestaates aus zuzusehen, wie Völker der Erde um das nackte Überleben kämpfen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ging in dem Forum nun darum: Wie können wir einen ganz konkreten Beitrag leisten, und welchen Beitrag leisten wir konkret, um dem globalen Anspruch „Einheit leben“ gerecht zu werden? Wie stellen wir uns als Industrieland der Verantwortung? Wir müssen uns der Verantwortung stellen, indem wir die Umweltpolitik zuerst natürlich im eigenen Land konsequent weiterentwickeln und vervollkommen. Dabei wurde im Forum auch die Frage der Solidarität der alten Länder mit den neuen Bundesländern angesprochen. Auch ich meine, daß diese Solidarität unverzichtbar ist, und zwar deshalb, weil der Einsatz eines ganz konkreten finanziellen Betrages in den neuen Ländern effizienter und damit wesentlich umweltrelevanter ist als der Einsatz des gleichen Betrages in den alten Ländern. Der Extrakt ist eigentlich dieser: Jede Mark kann nur einmal ausgegeben werden. Entscheidend ist das Ergebnis.

Umweltschutz - auch darüber waren sich die Teilnehmer im Forum einig - gibt es nicht zum Nulltarif. Deshalb sind Umweltafgaben unumgänglich. Vom Forum ergeht ein Appell an die Länder zur Kompensationsbereitschaft. Wir meinen auch, daß sogar internationale Kompensation möglich sein sollte.

Ein weiterer Schwerpunkt war der, daß bei der Realisierung der ökologischen Einheit in Deutschland weltweit einzigartige Erfahrungen und Kenntnisse erworben werden. Wir sind die ersten, die solche Erfahrungen sammeln. Daraus ergibt sich auch eine Verantwortung bei der Sicherung einer lebenswerten Umwelt über Deutschland hinaus. Unsere Nachbarn in Mittel- und Osteuropa erwarten unsere Hilfe bei der umweltverträglichen Umgestaltung ihrer Wirtschaft. Vorrangige Aufgabe der Politik ist es auch, durchzusetzen, daß das Zusammenwachsen Europas im Binnenmarkt auf keinen Fall zu einem Weniger an Umweltschutz führen darf. Ein Mehr an Umweltschutz muß unser Ziel sein. Die Teilnehmer an dem Forum waren sich aber auch darüber einig, daß dieses Mehr kalkulierbar sein muß. Nur dann kann die Wirtschaft entsprechend reagieren. Die Industriegesellschaft darf nicht weiter die Kosten des Wohlstandes auf die Umwelt abwälzen. Der Wohlstand darf nicht auf Kosten kommender Generationen, aber auch nicht auf Kosten der Menschen in der Dritten Welt erwirtschaftet werden. Für die Industrieländer heißt das ganz konkret, daß die problematischen Folgen ihres hohen Lebensstandards durch sie selbst zu bewältigen sind. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur die Stichworte Abfallentsorgung und CO<sub>2</sub>-Reduzierung. Das schließt aber auch Bewußtseins- und Verhaltensänderungen mit ein und teilweise - auch darüber waren wir uns im Forum einig - einen Verzicht auf Konsum. Zusätzlich müssen die Industriestaaten auch internationale Umweltschutzprogramme sowie direkte Maßnahmen in Entwicklungsländern sowohl durch Know-how als auch durch Kapitaltransfer unterstützen. Das ist besonders wichtig, weil ökologische Fehlentwicklungen heute nicht mehr regional begrenzt sind. Ich nenne hier nur die Stichworte Ozonloch und Treibhauseffekt.

In unserem Forum wurde insgesamt deutlich, daß man sich zwar in der Auffassung einig war, daß eine Umweltaußenpolitik benötigt wird, daß aber letzten Endes die Diskussion über die Umweltprobleme in der Dritten Welt etwas zu kurz gekommen ist. Ich denke aber, daß dies kein Mangel war. Es wurde im Verlauf der Diskussion

deutlich, daß wir bei uns in Deutschland noch genügend Umweltprobleme zu lösen haben, und zwar nicht nur in den fünf neuen Bundesländern. Der Schwerpunkt wurde deshalb auf innerdeutsche Politik gelegt. Ich denke, es muß uns darum gehen, daß dies nicht dazu führt, daß wir letzten Endes den Blick für die globalen Probleme verlieren. - Haben Sie vielen Dank.

(Beifall)

**Jürgen Echter**nach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dr. Uhlmann!

Wir kommen jetzt zum Forum 5: „Sich der Vergangenheit stellen – Vertrauen gewinnen“. Die Berichterstattung übernimmt der Präsident der Thüringischen Landtags, Herr Dr. Müller. Herr Dr. Müller, Sie haben das Wort.

**Dr. Gottfried Müller:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wie halten wir es mit der Vergangenheit? Das Bild stammt nicht von mir, sondern ist hier in Sachsen entstanden: Stellen wir uns vor, wir fahren im Auto und schauen immer nur in den Rückspiegel; dann ist ziemlich vorprogrammiert, daß wir gegen einen Baum fahren; umgekehrt erblickt derjenige, der nicht in den Rückspiegel schaut, nicht die Gefahren, die von hinten kommen könnten. So ist ein richtiges Verhältnis zu finden zwischen dem Blicken nach vorn und dem Blicken zurück.

Aber wenn wir zurückblicken, was sehen wir da in der DDR? War es wirklich das große apokalyptische Grauen, so wie Sodom und Gomorrha: Als Lots Weib sich entgegen der Warnung umdrehte und hineinschaute, erstarb sie zur Salzsäule; sie wurde unbrauchbar für die Zukunft. Sicherlich war die DDR eine Diktatur mit feudalistischen Zügen, aber nicht Sodom und Gomorrha vergleichbar, und wir haben doch, insgesamt gesehen, ein relativ normales Leben geführt. Dies vor allem auch mit Hilfe des Westens, und ich bin heute noch dankbar für manchen Kompromiß, den auch die Bundesrepublik Deutschland mit dem Staat DDR geschlossen hat: um des Friedens in Mitteleuropa willen und um des normalen Lebens für uns DDR-Bürger willen.

Blicken wir zurück auf die Ost-CDU, so sind die Erfahrungen sehr unterschiedlich, und auch im Forum schienen sie mir je nach den einzelnen Biographien unterschiedlich zu sein. Der eine kann sagen, sie ist auch nicht besser als die SED gewesen, der andere, daß sie irgendwie instrumentalisiert war im Dienste der SED. Man kann auch von einer Dialektik reden: daß sie einerseits als Blockpartei konstitutiv für das System war und stabilisierend gewirkt hat, daß sie aber auf der anderen Seite auch die Bruchstellen bezeichnet hat. Die Partei hat Nischen-Existenzen ermöglicht, und sie hat in einem bescheidenen Rahmen auch ermöglicht, daß Menschen Menschen dienen konnten. Aber es handelt sich um eine Fülle von unterschiedlichen Faszetten, und wer die Dialektik zwischen der Systemimmanenz der Ost-CDU und dem Systemkritischen und der Brüchigkeit, die darin lagen, einseitig aufbricht, der wird dem Phänomen nicht gerecht. Das gilt sowohl für die Partei als auch für das einzelne Mitglied.

Insgesamt war diese Partei – so habe ich jedenfalls die Ost-CDU immer empfunden – ein kleines Abbild der ganzen Gesellschaft. Da gab es die Privilegierten, die sich schamlos bereicherten, und es gab die Mitläufer; es gab diejenigen, die murrten, und es gab diejenigen, die das Beste wollten; es gab auch diejenigen, die sich versagten. Dies alles war in dieser Partei als kleines Abbild der Gesellschaft enthalten, – durchaus unterschiedlich, aber letzten Endes doch auch dazu führend, daß man heute bei allen Unterschieden auch so etwas wie eine Solidarität und gemeinsame Verantwortung für die Vergangenheit anmahnen kann, bei den Belasteten und bei den weniger Belasteten auch eine Solidarität der Schuld.

Wir waren ja in der Ost-CDU vor nahezu genau zwei Jahren schon einmal recht weit. Der Sonderparteitag in Berlin hat ein Schuldbekenntnis gebracht, und wir hätten es uns gewünscht – heute wurde es wieder in Erinnerung gerufen –, daß dieses Schuldbekenntnis damals in seiner Eindeutigkeit auch immer mal wieder laut geworden wäre. Trotzdem, es ist ja auch im Verhältnis zur Vergangenheit eine Menge passiert in dieser Partei. Es ist Polemik, wenn man sagt, sie habe sich ja gar nicht geändert, es sei alles noch dasselbe. Aber es ist natürlich ein Unterschied, ein Schuldbekenntnis einer Partei abzulegen, der man damals in ersten Spekulationen vielleicht 3 % Wahlchancen einräumte, und dann eine Partei zu sein, die Wahlen mit über 40 % gewinnt.

Ich denke jedoch, das damalige Schuldbekenntnis ist auch deshalb wichtig, weil es mit einer Voraussetzung war für das Zusammenstehen der Parteiteile Ost und West. Es hat sich eben der westliche Teil der CDU mit einem Teil Ost verbunden, der sich selber zu seiner Schuld bekannt hat und die Aufarbeitung weiter mit in seine Zukunft hineingenommen hat. Diese damalige Vereinbarung – gewissermaßen – in der Allianz für Deutschland sollten wir auch nicht vergessen.

Vielleicht wären die besseren Bedingungen für die Aufarbeitung der Vergangenheit gegeben, wenn die Partei in der Opposition stünde. Die Wahlerfolge des Jahres 1990 rissen ja viele Mitglieder der CDU in Ämter und Mandate hinein. Manche von ihnen wissen heute noch nicht so recht, wie schnell sie da hineingerissen oder hineingestoßen worden sind, ob sie es nun wollten oder nicht. Sie waren noch unfertig mit sich selbst, mit den neuen Idealen, die für sie am Horizont aufgetaucht waren – das waren die alten Ideale der CDU –, und sie waren zum Teil unfertig mit ihrer eigenen Vergangenheit. Aber was wäre denn passiert, wenn sie diese Unfertigkeit als Vorwand dafür genommen hätten, daß sie sich nicht zur Verfügung stellten? Dann wäre das Chaos in den letzten Monaten der DDR vorprogrammiert gewesen, und so können wir vielen, die unfertig da hineingegangen sind, auch dankbar sein, daß sie es getan haben.

(Beifall)

Für manche war es natürlich auch eine Möglichkeit, ohne eine innere Wende bequem von der Blockpartei zur Volkspartei umzusteigen. Das sollten wir durchaus auch im Blick haben. Hier kann man ja nun den Rat erteilen – der heute im Forum auch immer wieder gegeben wurde –, dann doch aus der ersten in die zweite oder dritte Reihe zurückzutreten, um Vertrauensverluste zu vermeiden. Die Maßstäbe streuen hier, und wir müssen hier noch viel miteinander sprechen, damit wir uns einander annähern. Die einen wollen strengere Konsequenzen allein aus der Funktion in der früheren CDU ableiten, andere fragen mehr nach dem Verhalten in solchen Funktionen. Hier muß das Gespräch weitergehen, und vor allem muß es dort geführt werden, wo man die Betroffenen kennt.

Einig waren wir uns darin, daß sicher viele unfertig und angreifbar, was ihre Vergangenheit angeht, sind, vielleicht auch gehemmt, daß das aber nicht umschlagen darf in dem Sinne, daß man jemanden wegen seiner Vergangenheit „fertigmacht“, weil er noch nicht fertig ist. So haben wir im Forum in aller Form – es wird kein Parteitagsbeschluß darüber zu fassen sein – Worte wie „Blockflöten“ und „rote Socken“ aus dem Verkehr gezogen.

(Beifall)

Es könnte ja auch sein, daß derjenige, der viel von Blockflöten spricht, selbst gern die erste Geige spielen will.

Die Debatte im Forum hat gezeigt, daß letztlich alle – wie sie auch die Vergangenheit sehen – darunter leiden. Es ist sehr schwer, sie richtig in den Blick zu bekommen und darauf zu reagieren. Wir sollten uns auch zugestehen, daß es prinzipielle Grenzen gibt. Wir dürfen nicht zuviel versprechen. Es gibt sicher eine soziale Grenze äußerer Art. Die Umschichtung einer in zwei Generationen gewachsenen „Führungsklasse“ kann nicht in einem Jahr oder in zwei Jahren geschehen.

Aber mehr noch liegt eine Grenze für alle Fragen nach der Vergangenheit darin, daß nicht jeder, der von Gerechtigkeit spricht und Moral einfordert, das auch wirklich meint. Vielmehr beobachten wir ja auch ein großes Unternehmen der Selbstrechtfertigung. Der ehemalige DDR-Bürger ist sehr geneigt, seine eigene Schuld auf Kosten der anderen zu verdrängen, sie überall anders zu suchen. Dann klagt man eben, daß man die Großen hänge und die Kleinen laufen lasse. Aber daß man selbst zu den Kleinen gehört, die ihre Datsche illegal mit Hilfe des Betriebes aufgebaut haben und die selber verwoben waren in ein Netz von kleinen Privilegien und Beziehungen, vergißt man. Das muß man wenigstens sehen.

Das hat ja auch beträchtliche Auswirkungen, die uns jetzt sehr zu schaffen machen. Wenn nämlich alle die Schuld immer auf andere verlagern, so hat das ja die Folge, daß die Ostdeutschen insgesamt dann als merklich deformiert, Stasi-durchsetzt, als zweitklassig gegenüber den westlichen Landsleuten erscheint. Das weckt nun wieder den Minderwertigkeitskomplex im Osten, wofür schon die frühere DDR gut war. So eine weinerliche Aggressivität keimt hier dann wieder auf. Man läßt das dann gegenüber dem Westen ab.

Wenn aus einer solchen Einstellung heraus Kürzungen hinsichtlich der Anerkennung von Dienstjahren und Altersstufen erfolgen, sieht man auch, wie das politisch insgesamt schwierig ist.

Wenn – das zum Schluß – Vergangenheitsarbeit ein Dauerprozeß ist, bei dem man viel Geduld haben und immer am Drücker bleiben muß, und wenn dieser Dauerprozeß insgesamt gesehen prinzipiell begrenzt bleibt, dann taucht der Begriff der Vergebung auf. Und eine Partei, die im Osten das C gern als christlich entschlüsselt und nicht als konservativ, nähert sich schon dieser Frage.

Aber auch hier kann es kein Rezept geben; denn Vergebung läuft ja gegen alle menschlichen Maßstäbe. Saulus wurde erst zum Paulus, und dann hatte er die Erkenntnis seiner Schuld. Aber er hatte dann auch die echte Vergebung. Es ist eigentlich erstaunlich, wie er als unbestrittene „Altlast“ Autorität und Führung entwickelt hat.

Allerdings – das scheint mir ein wesentlicher Punkt zu sein –, er wollte ja keine Macht, er wollte nicht regieren, sondern er hatte eine Botschaft, für die er sich verzehrte. Vielleicht liegt hier der eigentliche Schlüssel für uns als Partei. Vergangenheitsbewältigung gelingt uns in Ost und West in unserer CDU gemeinsam wohl am besten, wenn wir eine Botschaft vertreten, wenn wir Werte vermitteln, eine wertorientierte Politik betreiben. Dies ist die Grundlage aller Versuche der mehr oder weniger geglückten Vergangenheitsbewältigung.

Wenn wir die Erneuerung nur wegen irgendwelcher Wahlchancen betreiben, dann läuft sie eben zu kurz. Eine Erneuerung der Personen muß eine Erneuerung der Partei für die Gesellschaft mit zum Inhalt haben.

Dann sind, wenn die großen Schritte so schwierig sind, doch auch die kleineren und gar nicht so kleinen wichtig. Die Hinwendung zu Verlierern und Opfern, die heute morgen der Generalsekretär angesprochen hat – das ist nicht erst seit heute morgen, sondern schon seit längerem sein Thema –, wurde auch im Forum angemahnt. Sie ist sicher sehr wichtig.

Junge und neue Mitglieder zu fördern und in Führungsämter zu bringen, sind auch Schritte, die wir alle tun können und die wir auf jeden Fall machen sollten.

Soweit, meine Damen und Herren, mein bescheidener Bericht. Die Teilnehmer am Forum mögen meine Unzulänglichkeit verzeihen. Es war eine fruchtbare Diskussion und für die Partei ein wichtiges und großes Thema. Man sollte in der Öffentlichkeit auch durchaus einmal Kenntnis davon nehmen, daß es mit gutem Willen und mit Anstand angegangen worden ist. Dieses Thema wird weiter auf der Tagesordnung stehen.

(Beifall)

**Jürgen Echter**nach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Müller.

Wir kommen jetzt zum Bericht über das Forum 6: „Unsere Verantwortung in Europa und der Welt.“ Die Berichterstattung übernimmt der Vorsitzende unseres Fachausschusses Außenpolitik, Elmar Brok. Er hat das Wort.

**Elmar Brok:** Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Unter der geschickten Leitung von Ottfried Hennig, auf Grund einer gehaltvollen Einführung von Karl Lamers und nach guten Vorträgen auf dem Podium gelang es, mehr als 50 Wortmeldungen in einer lebendigen und zukunftsgerichteten Diskussion abzuwickeln.

Deutschlands Verantwortung in Europa und in der Welt ist nach der deutschen Einheit auf Grund der Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, nach den Entscheidungen in Maastricht, auf Grund der Abrüstungserfolge und entsprechend der Veränderung der Diskussion in den USA von neuen Bedingungen und Erwartungen bestimmt. Deutsche Außenpolitik hat neue Bewegungsfreiheit. Bestimmte Rücksichtnahmen sind weggefallen. Es gibt neue Verantwortung, neue Möglichkeiten.

Europa und Deutschland stehen vor einer Grundsatzfrage: Kehren wir nach den Veränderungen auf diesem Kontinent zu dem System klassischer Nationalstaaten im Sinne des Anfangs dieses Jahrhunderts zurück oder gehen wir den Weg, auf dem die Europäische Gemeinschaft als Modell und Kern einer gesamteuropäischen Friedens- und Freiheitslösung angesehen wird? Wir sollten uns dabei vor Augen halten, daß die deutsche Einheit nur errungen werden konnte auf Grund und als Folge europäischer Veränderungen und daß daraus auch Deutschlands Verantwortung für den europäischen Weg erwächst.

Es fiel das Zitat Bismarcks, der einmal gesagt hat: Deutschland ist zu klein für die Hegemonie und zu groß, um problemlos für die Nachbarn zu sein. Das ist auch die Erfahrung unserer Geschichte. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die deutsche Politik diese Verantwortung, d. h. die Verwirklichung des europäischen Weges sieht.

Das Inangriffnehmen und Verwirklichen der Wirtschafts- und Währungsunion, die Politische Union, die Ergebnisse von Maastricht haben dazu geführt, daß die deutsche Politik Führung übernommen hat, um unser Land, das nach der Einheit eine neue Rolle zu spielen hat, in eine neue Dimension hineinzuführen. Die Entscheidungen von Maastricht waren notwendig, weil sie Unumkehrbarkeit erzeugen sollen in dem Sinne, daß unser Land niemals mehr isoliert ist und niemals mehr zu einem Sonderweg in der Mitte Europas gezwungen ist.

(Beifall)

Aber die Integration Europas heißt auch Subsidiarität, die Zukunft der Regionen. Sie heißt nationale Identität, die in einem Europa der Einheit nicht verlorengehen darf. Sie heißt auch Wahrnehmung der eigenen Interessen. Aber die Wahrnehmung der

eigenen Interessen. Aber die Wahrnehmung der eigenen Interessen bedeutet auch, daß es in vielen Bereichen gar keine eigenen nationalen Interessen sind. Vielmehr sind die nationalen Interessen, wenn wir genau hinsehen, deckungsgleich mit den gemeinschaftlichen Interessen.

Friedenssicherung, Schutz der Schöpfung sind nicht mehr über den Weg des Nationalstaates möglich, sondern nur noch gemeinschaftlich mit den Partnern. Deswegen gibt es hier oftmals eine Interessenidentität. Die Wahrnehmung nationaler Interessen und europäischer Interessen muß gemeinschaftlich gesehen werden.

Meine Damen und Herren, das Maastrichter Ergebnis zur Wirtschafts- und Währungsunion bedeutet auch, daß hier ein Stück Unumkehrbarkeit im Rahmen dieses politischen Prozesses durch wirtschaftliche und währungspolitische Einheit erzeugt wird. Es bedeutet, daß wir neue Bewegungsspielräume haben, weil eine europäische Währung 40 % der Währungsreserven dieser Welt wahrnimmt und damit eine große Rolle spielen kann. Wir sollten uns dabei vor Augen halten, daß die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank durch die Aufnahme in den Vertrag Verfassungsrang hat und dadurch rechtlich stärker abgestützt ist als die Unabhängigkeit der Bundesbank, die durch ein einfaches Gesetz abgelöst werden könnte. Wir müssen sehen, daß das Stabilitätsgebot und das Verbot der Finanzierung von Staatsdefiziten durch die Zentralbank wesentliche Voraussetzungen sind, daß dies eine stabile europäische Währung ist, wie dies Bundesbankpräsident Schlesinger deutlich zum Ausdruck gebracht hat.

Die Europäische Union soll uns Handlungsfähigkeit schaffen, weil der Nationalstaat zu klein geworden ist, in vielen Bereichen noch wirkliche Handlungsfähigkeit wahrzunehmen. Sie soll uns neue Instrumente schaffen und soll zu einer Demokratisierung dieses Gemeinwesens Europa führen. Hier sind wesentliche Fortschritte erreicht worden. Die Europäische Union gibt uns die Möglichkeit, auch im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine europäische Identität zu erreichen. Die Verknüpfung von Europäischer Gemeinschaft und WEU als dem verteidigungspolitischen Arm der EG und die Verbindung zur NATO ist eine Leistung, die über die deutsch-französische Initiative, die Mitterrand-Kohl-Initiative, zuwege gebracht worden ist, die wir vor zwei, drei Monaten alle noch nicht für möglich gehalten haben.

Meine Damen und Herren, es ist notwendig, daß diese Handlungsfähigkeit nicht bedeuten darf eine Trennung von unseren Freunden auf der anderen Seite des Atlantik. Die Gefahren und Wirrungen, die es in Mittel- und Osteuropa gibt, die Gefahr, daß dort neue Besitzer von Atomwaffen Gefährdungen mit sich bringen, die Gefahr, daß neue regionale Konflikte in Europa wieder führbar werden, zeigen, daß die NATO weiter ihre Bedeutung hat, daß wir die Zusammenarbeit mit den USA pflegen müssen und daß die Bundeswehr weiterhin in einem hohen Maße von unserem Vertrauen getragen sein muß, weil wir sie dringend benötigen.

(Beifall)

Dies bedeutet aber auch, meine Damen und Herren, daß im Rahmen dieser europäischen Strukturen Deutschland ein normales Land werden muß. Dies bedeutet, daß wir auch bei der Out-of-area-Diskussion, die die SPD in einer bestimmten Richtung führen muß, deutlich machen müssen, daß es für Deutschland auch keinen Sonderweg der Verantwortungslosigkeit geben kann.

(Beifall)

Es ist ohne Zweifel dringend notwendig, daß deutlich gemacht wird: Es war falsch, wie sich Deutschland in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts verhalten hat. Aber unsere

Vergangenheit darf jetzt auch nicht ein innenpolitisches Alibi dafür sein, daß wir uns aus unserer Verantwortung gegenüber unseren Partnern in der Welt herausziehen.

(Beifall)

Friedliche Konfliktregelung ist allerdings eine der vornehmsten Aufgaben. Friedliche Konfliktregelung und Humanität müssen gegenüber unseren Partnern in Mittel- und Osteuropa zusammen gesehen werden. Man kann nicht gegen Asylanten sein und gleichzeitig sagen, daß man den Menschen in Polen oder in der Sowjetunion nicht helfen darf. Hier muß man einen engen Zusammenhang deutlich machen.

Hilfe bedeutet aber auch, Demokratie zu stärken. Wir müssen sehen, daß das Wahlergebnis in Polen mit 40 % Wahlbeteiligung zeigt: Wenn Demokratie nicht Wohlstand und soziale Sicherheit als Perspektive bringt, ist Demokratie gefährdet. Das Wort des römischen Dichters Horaz ist richtig: Wenn das Haus des Nachbarn brennt, ist auch mein eigenes Haus in Gefahr. Aus diesem Grunde ist es notwendig, Demokratie durch Hilfe in Mittel- und Osteuropa entsprechend zu stützen.

(Beifall)

Wir schauen in diesen Tagen immer nur nach Mittel- und Osteuropa. Unsere Kollegen der Europäischen Gemeinschaft machen uns deutlich, daß dieselben Probleme, die wir gemeinschaftlich wahrnehmen müssen, so wie wir das in Osteuropa nicht allein tun, im Mittelmeerraum gesehen werden müssen, wenn hier nicht neue Sicherheitsgefahren auf uns zukommen sollen. Wir müssen sehen, daß es die Frage der Nächstenliebe einer christlichen Partei ist, daß wir in diesen Erörterungen die Dritte Welt nicht vergessen. Dies bedeutet, daß unsere Ressourcen in neuer Weise genutzt werden müssen. Frieden und Demokratie können nur durch solche Nutzung unsere Ressourcen für auswärtige Politik möglich sein. Dies ist nicht nur durch finanzielle Hilfe möglich, sondern wie ich deutlich im Forum zum Ausdruck gebracht habe, durch Konzeptionshilfe, durch Vermittlung von Know-how. Wir müssen aber auch sehen, daß ein geeintes Deutschland, wenn es die innere Einheit zuwege gebracht hat, für diese Aufgaben viel stärker ist, als es vorher war, und daß aus diesem Grunde die deutsche Einheit auch einen positiven Beitrag für diese Weltprobleme bedeuten wird.

Lassen Sie mich noch einige wenige Bemerkungen machen. Wir müssen sehen – dies hat die Diskussion um Jugoslawien gezeigt –, daß wir Deutschen auf Grund unserer geschichtlichen Erfahrung zu Recht auf das Selbstbestimmungsrecht hinweisen. Wir müssen aber genauso deutlich machen, daß dieses Europa in große Gefahren kommt, wenn es nicht eine klare Absicherung der Minderheitenrechte gibt. Beides gehört zusammen als gleichgewichtige Argumente, um eine wirkliche Politik zu betreiben.

(Beifall)

Dies führt in öffentlichen Diskussionen manchmal zu einem scheinbaren Gegensatz von Interesse und Moral. Aber wenn man es richtig zusammenfaßt, ist eine solche Interessenwahrnehmung die wirklich moralische Politik, um Frieden in diesem Kontinent möglich zu machen.

Die CDU muß mehr in außenpolitischen Themen leben. Immer dann, wenn sich die CDU als gesamte Partei mit diesem Thema beschäftigt hat, war sie erfolgreich. Das war bei der Westintegration in den 50er Jahren der Fall. Das war bei der großen Diskussion um die Nachrüstung, die wir erfolgreich bestanden haben, der Fall. Wenn wir als Partei insgesamt in dieses Thema hineingehen, werden wir auch die neuen Herausforderungen gegenüber der Öffentlichkeit bestehen können.

Elisabeth Grochtmann hat in diesem Zusammenhang zum Ausdruck gebracht, daß dieses Thema eine besondere Bedeutung in den neuen Ländern hat. Sie sagte: Früher hat man uns in der Schule die Freundschaft mit der Sowjetunion verordnet. Dies hatte keine nachhaltige Wirkung. Das heißt: Es müssen politische, außenpolitische Positionen auch erklärbar sein. Die Notwendigkeit muß erkannt sein dadurch, daß man diese Themen im Dialog auch in der Partei erörtert.

Meine Damen und Herren, nur wenn man diese Notwendigkeit versteht, werden wir als Partei auch die außenpolitische Führung wahrnehmen können. Die Bürger Ostdeutschlands brachten in Bemerkungen deutlich zum Ausdruck: Was wäre mit den fünf neuen Ländern auf Grund der Wirrungen, die es jetzt in Mittel- und Osteuropa gibt, wenn wir nicht vorher zur deutschen Einheit gekommen wären? Ich glaube, hier muß zum Ausdruck gebracht werden, daß Helmut Kohl mit seiner geschichtlichen Leistung diesen 17 Millionen Menschen geholfen hat, daß sie nicht in die Wirrungen Mittel- und Osteuropas hineingekommen sind, sondern schon Teil der Westintegration sind.

(Beifall)

Im Forum wurde zum Ausdruck gebracht, daß wir dieses Thema der Außenpolitik als Partei in den neuen Ländern verstärkt diskutieren, daß wir es mit der Jugend diskutieren, daß wir dies zu einem Thema in den Schulen machen. Aber ich meine, daß wir dies nicht nur in den neuen Ländern zu tun haben, sondern auch in Westdeutschland. Wenn wir für unsere Politik der erfolgreichsten Abrüstung, die es jemals gegeben hat – warum sagen wir das nicht täglich? –, der Überwindung der Grenzen in Europa die Jugend begeistern können, dann sind wir in der Lage, daß es einmal Demonstrationen der Jugend in Deutschland gibt, wenn es um positive Ziele geht, und nicht nur, wenn es gegen die USA geht. Warum demonstriert unsere Jugend nicht für Kroatien, sondern immer nur dann, wenn es gegen die USA geht? Diese Doppelmoral müssen wir überwinden, indem wir diese Ideen in die Politik hineinragen. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Elmar Brok, für dieses engagierte Plädoyer der Union in Europa und in der Welt.

Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir nähern uns jetzt dem zentralen Punkt unseres Parteitages, nämlich der Beratung des Antrages des Bundesvorstandes „Dresdner Manifest – Die Zukunft gemeinsam gestalten“. Wir werden, bevor wir mit der Diskussion beginnen, eine Generaldebatte über dieses Thema führen auf dem Hintergrund der Rede des Bundesvorsitzenden von gestern, der Antragsbegründung von Volker Rühle heute morgen und insbesondere auf dem Hintergrund der Berichte und Diskussionen in den Foren.

Ich glaube, es ist notwendig und richtig, daß wir hier auch einmal feststellen, daß es selten eine so engagierte, kontroverse, auch betroffene, aber ernsthafte Diskussion wie heute in diesem Forum gegeben hat. Meine Damen und Herren, es ist der Partei würdig, das auch in dieser Form getan zu haben.

Der Antrag des Bundesvorstandes befindet sich auf den Seiten 1 bis 107 Ihrer Antragsbroschüre. Bitte verwenden Sie nachher zusätzlich den abgezogenen Teil der Initiativanträge. Dort sind in der jeweils rechten Spalte die Empfehlungen der Antragskommission abgedruckt.

Bevor wir aber in die Einzeldiskussion kommen, rufe ich zur allgemeinen Aussprache über diesen Punkt auf. Es beginnt mit Herrn Dr. Pietzsch aus Thüringen. Es ist die übriggebliebene Wortmeldung von gestern.



**Dr. Frank-Michael Pietzsch:** Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreundinnen und Parteifreunde! Lassen Sie mich nach dem engagierten Vortrag über die Zukunft in Europa noch einmal auf die Geschichte zurückblicken, und zwar auf die letzten beiden Absätze im Dresdner Manifest. Dort steht als erster Satz:

Die Vergangenheit der CDU in den neuen Ländern ist Teil der Geschichte der CDU Deutschlands.

Meine Damen und Herren, dies ist eine Kernaussage in dem Dresdner Manifest. Damit sind wir in den neuen Bundesländern voll in die CDU Deutschlands integriert. Das ist eine historische Entwicklung, die wir hier durchgemacht haben, ein historischer Punkt in der Geschichte der CDU.

Die Geschichte der CDU beginnt mit aufrechten Männern wie Jakob Kaiser. In der Geschichte der CDU sind aufrechte Namen wie Lemmer, Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und – ich will ihn noch nicht zur historischen Persönlichkeit machen, aber er wird sich in diese Reihe sehr würdig eingliedern – unser Bundesvorsitzender Helmut Kohl. Aber zu dieser Geschichte gehören dann auch Versager, jämmerliche Ja-Sager an der Seite der SED, und daran können wir auch nicht so einfach vorbei.

Wir sind eine CDU. Das muß unser gemeinsames Bekenntnis heute und für die Zukunft sein. Es wird nicht mehr die Begriffe „Ost-CDU“ und „West-CDU“ geben. Das ist Vergangenheit. Wir haben mehrfach auf das „C“ im Namen unserer Partei hingewiesen. Das „C“ im Namen unserer Christlich Demokratischen Union – das bitte ich die Freunde aus den alten Bundesländern aufmerksam hinzunehmen und mir zu glauben. – war für aufrichtige – ich lege Wert auf das Adjektiv – CDU-Mitglieder in der ehemaligen DDR das geistige und geistliche Fundament, von dem aus eine Abgrenzung im politischen Bereich gegenüber der SED überhaupt noch möglich war.

(Beifall)

Dies ist auch genutzt worden. Aber wenn wir heute eine Aufarbeitung unserer Vergangenheit ehrlich angehen wollen, dann müssen wir auch bereit sein, schuldhaftes Verhalten offen zu bekennen, und als Christen müssen wir, liebe Parteifreunde, erst einmal den Balken im eigenen Auge sehen, ehe wir uns den Splitter im Auge des anderen ansehen.

(Beifall)

Im Herbst 1989 hat es in der ehemaligen DDR keine eigentliche Revolution gegeben. Nach der Wende von 1989 mußte und muß eine politische Reformation folgen, um den Gesamtprozeß, der damals in Gang gekommen ist, für unser Land zu einem positiven Ausgang zu bringen. Ich bezeichne diesen Reformprozeß ganz bewußt als eine politische Reformation, denn eine Reformation bedeutet einen zeitlich andauernden Prozeß. Ich kann nicht mitgehen, wenn gesagt wird: Dieser Prozeß muß jetzt schnell vom Tisch, und dann gibt es Ruhe, und dann nur noch in die Zukunft sehen. – Dieser Prozeß muß aktiv weiterverfolgt werden.

Wir sollten deutlich machen: Keine andere Partei als die CDU hat diesen Prozeß, hat diese Herausforderung der Erneuerung offen angenommen. Keine FDP, keine SPD, keine Gewerkschaft hat dies so angenommen wie gerade die CDU, und das müssen wir deutlich machen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin überzeugt davon, daß die anderen Parteien ihre Vergangenheit und ihre Schuld an der Entwicklung in Deutschland noch einholen werden. Sie kommen um diese Diskussion nicht herum.

(Beifall)

Gar zu gern sind wir Deutschen geneigt, Schablonen und Schubfächer aufzumachen, Menschen hineinzustecken, die Kästen wieder zuzumachen, und damit ist das Urteil gesprochen. Das geht nicht. Bei der Beurteilung der Lage der CDU in den neuen Bundesländern gibt es für mich nicht mehr die Begriffe „neue Mitglieder“, „alte Mitglieder“, „ehemalige DA-Mitglieder“, „ehemalige Bauernparteimitglieder“. Die Gleichstellung langjährige CDU-Mitgliedschaft gleich Altlast, langjährige CDU-Mitgliedschaft gleich schlecht, langjährige CDU-Mitgliedschaft gleich Blockflöte ist schlicht und einfach unzulässig und diffamiert die Menschen.

(Beifall)

Wenn wir eine Differenzierung vornehmen, dann in Mitglieder, die bereit sind, die politische Reformation in diesem Land voranzubringen, und solche, die Reformen scheuen oder gar aktiv verhindern wollen. Hier will ich dann auch nicht mehr von Blockflöten reden. Das arme Instrument kann nichts dafür. Das sind dann Blockierer einer wirklichen Reformation unserer Partei.

Die Menschen in der ehemaligen DDR mußten mit dem SED-Regime leben - das wissen wir alle. Die Politiker im Westen müssen allenfalls mit den Repräsentanten reden. Dabei gab es Politiker im linken Spektrum, die sogar Wertegemeinschaften gefunden haben, und es gab Politiker der CDU, die aus Pragmatismus und Verantwortung gegenüber den Menschen in Deutschland den Gesprächsfaden mit Ost-Berlin nicht haben abreißen lassen. Ein Spiegelbild, meine Damen und Herren, für aufrechte CDU-Mitglieder in der alten CDU: Auch hier gab es Mitglieder, die bewußt mit der SED mitgegangen sind, ihren Profit herausgezogen haben, aber es gab auch Mitglieder, die sich für die Menschen in diesem Land eingesetzt haben; die wollen wir nicht vergessen.

Wir müssen diese Vergangenheit ehrlich und offen angehen. Dabei verlange ich insbesondere von verantwortlichen Politikern Offenheit und das Vermögen der Einsicht in mögliche Verstrickungen mit dem alten Regime. Für Vergangenes, Gegenwärtiges und für die Zukunft müssen Politiker, die konsequenterweise im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen, jederzeit zu ihren Handlungen und ihren politischen Entscheidungen stehen können. Das könnte eine Grundlage sein, daß Politik und auch Politiker bei den Wählern wieder glaubwürdig werden. Wir können an der Politikverdrossenheit der Bevölkerung nicht einfach vorbeigehen, als gäbe es sie nicht.

Ich erinnere an 1982. Schon damals zeichnete sich eine gewisse Opposition ab. Ich erinnere an die evangelischen Kirchentage, die damals unter der Losung „Vertrauen wagen“ standen. Heute hieß es „Vertrauen gewinnen“. Aber wir werden nicht Vertrauen gewinnen, wenn wir nicht vorher Vertrauen wagen. Auf jeder Ebene sollte jeder versuchen, dieses Vertrauen zu wagen. Ich fordere unsere Politiker, unsere Minister, unsere Ministerpräsidenten auf: Habt doch Vertrauen zu eurer Fraktion! Geht hin: Das ist meine Vergangenheit, das ist mein Leben gewesen. – Dann können wir, wenn die Presse kommt und irgend etwas herausbuddelt, auch sagen: Kalter Kaffee, das wissen wir alles. – Diese Offenheit ist nötig, damit ein neuer Stil in der Politik einkehren kann.

(Beifall)

Sie kennen zumindest aus der Presse die politisch angespannte Lage in Thüringen. Ich glaube, wir gehören in diesen zwei Tagen zu den interessantesten Landesverbänden. Dabei bin ich der festen Überzeugung, daß der Mißtrauensantrag der SPD-Landtagsfraktion gegen unsere Regierung am kommenden Mittwoch überzeugend abge-

lehnt werden wird. Die Arbeitsergebnisse der Thüringer Landesregierung halten den Vergleich mit anderen neuen Bundesländern stand. Aber ich sage auch: Die CDU Thüringens wird sich weder die Richtung noch das Ziel noch das Tempo von Reformen, wenn sie notwendig sind, von der SPD aufdrängen lassen, auch nicht von der Presse.

(Beifall)

Unseren politischen Spielraum lassen wir uns nicht durch aufgezwungene Personaldebatten einengen. Durch einen offensiven Reformkurs werden wir unsere Handlungsfähigkeit bewahren. Zu diesem offenen Reformkurs gehört nach meiner Meinung eine ungeschminkte und uneingeschränkte Offenlegung der Vergangenheit. Zum politischen Überleben ist das einfach notwendig. Wenn wir uns dieser Aufgabe ehrlichen Herzens und mit Wahrhaftigkeit stellen, dann, glaube ich, haben wir Christlichen Demokraten den Menschen in unseren neuen Bundesländern und in Gesamtdeutschland den besten Dienst erwiesen. – Danke sehr.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Besten Dank, Herr Dr. Pietzsch. – Das Wort hat Ministerpräsident Biedenkopf.

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf**: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Mit dem Dresdener Manifest machen wir den Versuch, ein Stück des Weges in die Zukunft zu definieren. Wir haben in den sechs Berichten aus den Foren einen ersten Eindruck davon bekommen, wie groß die Aufgabe ist, die vor uns liegt. Ob es sich um die Erneuerung der Wirtschaft oder der Wissenschaft, um die Überwindung und Verarbeitung der Vergangenheit oder die Gestaltung Europas, um die Einheit der Deutschen oder die Einheit der Menschen in Europa handelt: Alles das sind Herausforderungen, und es sind große und neue Herausforderungen.

Ich möchte in dieser Generaldebatte an der Stelle des Dresdner Manifests einen Schwerpunkt setzen, an der die Rede ist von der deutschen Einheit und ihrer Verwirklichung als Aufgabe aller Deutschen. Ich habe im letzten Jahr – Volker Rühle hat das heute morgen auch angesprochen – nachhaltig die Erfahrung gemacht, daß wir zwar wissen, daß dies eine deutsche Aufgabe ist, aber es noch nicht leben. Das kann ja wohl auch gar nicht so sein. Noch immer praktizieren wir eine sehr eindeutige Arbeitsteilung: Die Deutschen in den neuen Bundesländern, in Ostdeutschland oder – wie es in der Bürokratensprache heißt – im Beitrittsgebiet, müssen sagen, was sie brauchen, und die Deutschen im Westen sagen, ob das geht. Das heißt: In Ostdeutschland werden die Notwendigkeiten und in Westdeutschland werden die Möglichkeiten definiert. Das geht so nicht! Denn ich kann die Möglichkeiten nur zutreffend definieren, wenn ich an die Notwendigkeiten glaube. An die Notwendigkeiten kann ich nur glauben, wenn ich sie selbst mit bestimmt habe.

Ich habe gestern gesagt – Sie haben dem durch Ihren Beifall zugestimmt –, daß es für den Bürger in Köln oder Düsseldorf oder Stuttgart eine eigene Bereicherung sein muß, wenn Dresden wiederaufgebaut wird.

(Beifall)

Diese Zustimmung müssen wir jetzt umsetzen. Das heißt: Wenn der Bürger es als seine eigene Aufgabe empfinden soll, dann muß er auch daran mitwirken, wenn es darum geht zu entscheiden, was man für den Wiederaufbau braucht. Er muß sich diese neue Notwendigkeit, diese neue Priorität gewissermaßen zu eigen machen. Das wird in Ziffer 12 des Manifestes angesprochen.

Ich meine, daß wir, wenn wir all dies für richtig halten und es morgen verabschieden, dann auch umsetzen müssen. Denn sonst, liebe Freunde, bleibt dieses Manifest ein Dokument der politischen Erbauung, aber es wird nicht zur Grundlage für das „Einheit leben“, wie wir es uns vorgestellt haben.

Wir müssen lernen, in einem Deutschland zu leben; so heißt es im Dresdner Manifest. Ich füge hinzu: und in einem Deutschland zu denken. Wir müssen also auch in der eigenen Partei Voraussetzungen dafür schaffen, daß wir das einlösen können, was hier steht, nämlich gemeinsam entscheiden, welche Leistungen erforderlich sind. Mit anderen Worten: Wir alle müssen uns die große Aufgabe der deutschen Einheit zu eigen machen.

Liebe Freunde, wir sollten von Dresden nicht wieder nach Hause, in unsere Landesverbände und Kreisverbände, fahren, ohne uns bewußt gemacht zu haben, daß die Übernahme dieser Aufgabe eine Veränderung unseres politischen Arbeitens und Denkens bedeuten wird. Nur dann, wenn wir auch zu Hause die deutsche Einheit in unsere Arbeit einbeziehen, lösen wir das ein, was wir uns hier vorgenommen haben. Das heißt, daß wir sagen: Wir müssen – wie es auch der Bundeskanzler gestern in seiner Grundsatzrede gesagt hat – die Prioritäten gemeinsam verändern. Das sagt sich sehr leicht. Aber jeder von uns, der kommunal- oder landespolitische Erfahrung hat, weiß, wie schwierig es ist, Prioritäten zu verändern. Dies schon dann, wenn in der eigenen Gemeinde, in der eigenen Stadt oder im eigenen Land neue Dringlichkeiten auftreten. Wenn so die Änderung der Prioritäten schon zu Hause als politische Leistung und Vorteil empfunden und umgesetzt wird, wieviel schwieriger ist das, wenn man Prioritäten für eine Aufgabe ändern muß, die nicht im eigenen Wahlkreis oder in der eigenen Stadt oder im eigenen Land, sondern anderswo in Deutschland ansteht.

Das Ganze so in unser Denken einzubeziehen, wird unser politisches Denken beeinflussen und verändern.

Es ist hier vorhin in den Berichten gesagt worden – ich möchte das noch einmal wiederholen und unterstreichen –: Wenn wir in Zukunft über öffentliche Investitionen in ganz Deutschland sprechen, dann müssen wir uns die Frage stellen, wo hat das Geld, das wir zur Erfüllung der deutschen Aufgabe einsetzen wollen, den größten Wirkungsgrad? Klaus Töpfer hat immer wieder darauf hingewiesen – das wurde hier vorhin in dem Bericht zum Thema Umwelt erwähnt; auch der Bundeskanzler hat es gesagt –, es könne durchaus sein, daß man die gleiche Geldsumme, die man zu einer weiteren Steigerung des Umweltschutzes in Westdeutschland einsetzt und dort – sagen wir einmal – einen Wirkungsgrad von 5 % erzielt, im Osten wegen der desolaten Situation, in der sich die Umwelt hier befindet, einen Wirkungsgrad von 30 % erzielt. Das sind praktische Probleme der Prioritätenänderung. Das ist nicht sehr aufregend, aber daran wird sich bewähren, ob das, was wir hier beschließen, so gemeint ist, wie es hier steht.

Ich nenne einen zweiten Punkt. Es wird, wenn wir dem Vorschlag der Antragskommission zustimmen, im Dresdner Manifest heißen: Die finanziellen Gestaltungsspielräume, die durch das Wachstum unserer Wirtschaft entstehen, sollen vorrangig für die Aufgabe der deutschen Einheit eingesetzt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir eine großartige Leistung erbracht haben. Es ist ungewöhnlich schwierig, das umzusetzen. Es ist deshalb schwierig, meine Damen und Herren, liebe Freunde, weil sich alle darauf eingerichtet haben, sich nicht nur ihren Besitzstand, sondern auch einen angemessenen Anteil am Zuwachs des Bruttosozialprodukts zu sichern. Das heißt: Wir müssen zwar nicht auf das verzichten, was wir schon haben. Aber wir

müssen auf den in Aussicht genommenen Zuwachs im Westen jedenfalls zum Teil verzichten, um ihn im Osten einsetzen zu können.

Allerdings ist diese in meinen Augen kein Verzicht. Sondern es bedeutet eine Vermehrung des Wohlstands des ganzen deutschen Volkes,

(Beifall)

aber eben eine Vermehrung auf einer neuen Ebene, auf einer erweiterten Ebene, in einer erweiterten Gemeinschaft.

Ich habe mich darüber gefreut, daß uns Reinhard Göhner in seinem Zwischenbericht über die Arbeit der Grundsatzkommission an die Verwirklichung des Subsidiaritäts- und des Solidaritätsprinzips erinnert hat. Ich halte dies für eine zentrale Aufgabe der Christlich Demokratischen Union. Sie ist auf das engste mit dem verbunden, was wir hier vorhaben. Sie bedeutet, daß wir nach 40 Jahren Aufbau und gewachsenem Wohlstand in dem größeren Bevölkerungsteil Deutschlands sagen: Nun wollen wir die staatlichen Leistungen auf die Bereiche konzentrieren – so steht es auch im Grundsatzprogramm von 1978 –, für die die Hilfe des Staates für den einzelnen besonders wichtig ist. Eine solche Konzentration wird die Kräfte der Gemeinschaft freisetzen, die wir für andere Aufgaben brauchen.

Ein Drittes möchte ich in dieser Generaldebatte deutlich machen. Die deutsche Einheit ist nicht nur ein wirtschafts- und finanzpolitisches Problem. Die deutsche Einheit erschöpft sich nicht in Fragen der Transferleistungen von West nach Ost. Die Gerechtigkeit, die wir alle einfordern – auch die Gerechtigkeit der Lastenverteilung –, setzt voraus, daß wir nicht nur die finanziellen, sondern auch die politischen Lasten gleichmäßig verteilen.

In früheren Äußerungen auf diesem Parteitag ist zum Beispiel über die unterschiedlichen Dimensionen im Bereich der Entlassung von Arbeitnehmern in den Arbeitsmarkt gesprochen worden. Dabei hat sich gezeigt, daß die Menschen in Ostdeutschland eine sehr viel größere Anpassungsleistung erbringen müssen als die Menschen in Westdeutschland. Viele sind motiviert, weil mit dieser Anpassungsleistung auch der Gewinn und die Realisierung von Freiheit und Zukunftschancen verbunden sind. Aber viele sind von dieser Last auch niedergedrückt. Wir müssen auch diese Last in unseren Vergleich einbringen, wenn wir zu einer gerechten Verteilung der Lasten kommen wollen.

So möchte ich uns auffordern, daß wir die Aufgabe der Einheit als wirkliche Aufgabe aller annehmen. Wir dürfen nicht in die Situation kommen, daß sie uns aufgezwungen wird, aufgezwungen, weil wir letztlich in unserem geeinten Volk mit den Folgen der Einheit zurechtkommen müssen.

Die Sozialdemokraten sind zur Zeit in der Lage, daß ihnen die Einheit aufgezwungen ist, weil sie sie in dieser Form nicht gewollt und nicht angenommen haben. Die Auseinandersetzung in der SPD bietet uns einen Einblick in die Konsequenzen, die es hat, wenn man plötzlich vor einer riesigen Aufgabe steht, die man eigentlich nicht wollte, mit der man sich deshalb nicht rechtzeitig beschäftigt hat, auf die man sich nicht eingestellt hat, auf die man sich innerlich nicht vorbereitet hat und für die man deshalb nicht die Kraft mobilisiert hat, die man braucht, um sie zu bewältigen.

(Beifall)

Wir sollten genau das Gegenteil tun. Wir sollten die Kraft, die in dieser großen Volkspartei steckt, nutzen, um uns jetzt in der Gesamtpartei Klarheit zu erarbeiten über die Dimension der Aufgabe. Wir sollten diesen Dresdener Parteitag als Ausgangs-

punkt für die innerparteiliche Arbeit über die deutsche Einheit wählen. Wir sollten die Fakten erarbeiten und uns mit ihnen auseinandersetzen. Wir sollten fragen, was alles zu tun ist, und nicht davor zurück scheuen, Bilanz zu ziehen.

Diese Arbeit wird unser Bewußtsein verändern; sie wird es erweitern. Dabei werden wir feststellen – das ist der letzte Punkt, auf den es mir ankommt –: Die Verwirklichung der deutschen Einheit ist keine Ausnahmesituation. Sie wird die Politik für die nächsten Jahrzehnte, zumindest aber für die nächsten 15 Jahre bestimmen.

Wir haben zu Beginn des Einigungsprozesses oft so diskutiert, als brauchte es nur ein paar Jahre, und die alte Situation würde zurückkehren, dann hätten die Ostdeutschen aufgeholt.

Liebe Freunde! Mit dem Aufholen ist es so eine Sache. Bildlich gesprochen, haben wir es mit dem Wettlauf zu tun: Zwischen einem Starken, der schnell läuft, und einem kleinen Schwachen, der sich erst bemüht, überhaupt laufen zu lernen. Der Starke hat schon einen ziemlichen Vorsprung, der Schwache fängt erst an zu laufen. In Zahlen ausgedrückt: Ostdeutschland liefert zum gesamten Bruttosozialprodukt Deutschlands 6 % bei 20 % Bevölkerung. Das heißt: wenn die Wirtschaft in Westdeutschland um 2 % wächst, muß sie in Ostdeutschland um 8 % wachsen, damit die Distanz nicht größer wird. Aufgeholt haben wir dabei noch nicht; aufgeholt haben wir erst dann, wenn das Wachstum über 8 % hinausgeht.

Während der Zeit des deutschen Wirtschaftswunders der 50er Jahre wuchs die westdeutsche Wirtschaft acht bis zehn Jahre lang im Schnitt um 9 bis 10 % im Jahr. Wir müssen viel schneller wachsen, wenn wir in absehbarer Zeit so nahe an die volkswirtschaftliche Leistung des Westens herankommen wollen, daß Ostdeutschland nicht dauerhaft ein zurückgebliebener Teil Deutschlands bleibt. Dafür brauchen wir eine Gesamtanstrengung. Das heißt, wir sollten nicht von hier weggehen und glauben: in ein paar Jahren könnten wir die ganze Sache vergessen. Die deutsche Einheit zu leben wird unser ganzes zukünftiges Leben bestimmen, und das finde ich großartig!

(Beifall)

Wir haben hier von der Schwierigkeiten der Union gesprochen, junge Menschen zu erreichen. Liebe Freunde, wir haben hier eine einmalige Chance, eine Aufgabe zu formulieren und anzupacken, die einen wesentlichen Teil der aktiven Lebensspanne der jüngeren Generationen ausfüllen wird. Sie wird diesen jüngeren Generationen die Möglichkeit geben, etwas ganz Neues zu tun. Sie brauchen nicht das zu kopieren, was ihre Väter und Mütter in Deutschland – in Westdeutschland oder in Ostdeutschland – getan haben. Ihnen ist eine ganz neue, einmalige Aufgabe gestellt, und sie können in ihrem eigenen Leben selbst neue Erfahrungen sammeln, Neues erarbeiten und Neues gestalten.

Wenn sich die Union dieser neuen Aufgabe stellt und die Jugend einlädt, in ihren Reihen, zusammen mit der Erfahrung der Älteren aus beiden Teilen Deutschlands, an der Gestaltung des Neuen mitzuarbeiten, dann werden wir keine Probleme mit den jungen Menschen haben. Sie werden bei uns mittun wollen; denn es geht diesmal wirklich – nicht nur rhetorisch, sondern im wahrsten Sinne des Wortes – um ihr eigenes Leben, und dies nicht nur in Deutschland, sondern in Europa und in Osteuropa.

Lassen Sie uns deshalb die Aufgabe, von der im Dresdner Manifest die Rede ist, als eine neue, auf lange Zeit angelegte und deshalb in wenigen Jahren selbstverständliche Aufgabe anpacken. Sie wird den politischen Alltag der Zukunft bestimmen. Sie

wird die Union verändern. Sie wird unser Land verändern. Sie wird unser Denken verändern und uns damit eine großartige Chance bieten, etwas Neues zu gestalten. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Prof. Biedenkopf, für Ihren eindringlichen Appell an die Solidarität.

Das Wort hat jetzt der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, unser Freund Erwin Teufel.

**Erwin Teufel** (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Dresdner Manifest, das wir hier diskutieren, will in einer neuen, schwierigen Zeit Orientierung geben, nicht nur für unsere Partei, sondern für alle Deutschen in Ost und West, im neuen, wiedervereinigten Deutschland.

Deutschland muß jetzt, nicht nur sein nationales Selbstverständnis und seine internationale Aufgabe neu definieren; es muß sich auch besinnen auf die Nachkriegsgeschichte, auf die Verwerfungen und Belastungen, die 40 Jahre Trennung und Spaltung in zwei verschiedene Gesellschaften mit sich gebracht haben. Die Deutschen müssen sich darüber verständigen, wie sie miteinander umgehen, wir im Westen mit ihnen im Osten, die Opfer mit den Tätern, jene, die unter dem SED-Regime zu leiden hatten, mit denen, die in Nischen überlebt oder sich außerhalb dieser Nischen arrangiert haben.

Es wird dies ein langer und ein schmerzhafter Prozeß sein, aber es gibt keinen anderen, einfachen Weg, wenn wir gemeinsam aus einer belasteten Herkunft in eine gute Zukunft gehen wollen.

Das gilt nicht nur für unser Land insgesamt, sondern auch für unsere Partei, die Christlich Demokratische Union Deutschlands. Deshalb ist es nur natürlich, daß dieser Parteitag hier in Dresden auch im Zeichen einer zweiten deutschen Vergangenheitsbewältigung steht.

Dabei weiß ich wohl, daß all jene, die das große Glück hatten, nach 1945 im Westen in einem freiheitlichen Rechtsstaat zu leben und nicht in einer Diktatur, ihre Worte gut wägen und sich eher zurückhalten sollten. Aber wahr ist auch: Die CDU Deutschlands besteht nicht aus zwei Teilen, einer CDU West und einer CDU Ost, die sich dann und wann, etwa auf Parteitagen, begegnen, aber sonst nichts miteinander zu tun haben.

Wir haben unterschiedliche Vergangenheiten, aber wir haben nur eine gemeinsame Zukunft!

(Beifall)

An welchen Leitlinien können wir uns orientieren?

Erstens: Das SED-Regime hat gezeigt, wozu Menschen fähig sind, wenn das dünne Eis der politischen Zivilisation bricht. Es gab Verbrecher und Helfershelfer von Verbrechern, und es gab Widerstandskämpfer und viele Menschen mit einer beachtlichen Zivilcourage. Die Mehrheit hat sich dazwischen eingerichtet, oft mehr schlecht als recht.

Wer wirft den ersten Stein? Wer kann von sich schon sagen, wie er gestanden hätte – heldenhaft oder feige oder unter dem Druck der Sorge um seine Kinder und um seine Familie?!

Ich weiß, wovon ich rede. Zwanzig Jahre lang bin ich jedes Jahr in die DDR gefahren und habe Kontakte mit Menschen und nicht mit Funktionären gehabt.

(Beifall)

Zweimal habe ich die gesamte CDU-Landtagsfraktion aus Baden-Württemberg je eine Woche lang in alle Regionen Mitteldeutschlands geführt. Vor und nach der Wende habe ich hier in Dresden Kontakt zur Opposition, zum DA, zur Gruppe der Zwanzig und später auch zur CDU aufgenommen. Wir haben partnerschaftlich geholfen, wo wir konnten, und aus diesen Begegnungen ist die offizielle Partnerschaft zwischen der CDU Baden-Württemberg und der CDU Sachsen, zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Sachsen entstanden.

(Beifall)

Diese ganz persönlichen Kontakte haben mir gezeigt: Glücklich das Land und das Volk, die keinen politischen Widerstand, die keine Helden brauchen.

(Beifall)

Glücklich der Staat, der die Wahrheit verträgt, in dem die Menschen nicht gezwungen sind zu lügen, wie es ein Leidtragender als seine schlimmste Erfahrung im SED-Regime beschrieben hat. Die Haltung des Pharisäers wird den Menschen und der Situation nicht gerecht; sie ist nur selbstgerecht.

(Vereinzelt Beifall)

Nur wenn wir diese Zurückhaltung aufbringen, haben wir auch das moralische Recht, unbequeme Anfragen zu stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens: Der innere Friede setzt Wahrhaftigkeit voraus. „Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung“, so steht es in der Gedenkstätte Yadwa Shem in Jerusalem. Die Ehrfurcht vor den Opfern verträgt kein Verdrängen und auch keinen Freispruch der Täter. Wer sich verbrecherisch verhalten hat, wer eindeutig der Komplizenschaft mit dem totalitären Regime überführt ist, wer Menschenrechte mit Füßen getreten hat, der darf in kein öffentliches Amt und der darf in keine Parteifunktion kommen.

(Beifall)

Für die CDU sollten wir, so meine ich, den Maßstab noch etwas höher legen. Wer in der früheren Blockpartei in führenden Ämtern tätig war, der sollte sich selbstkritisch fragen, ob es nicht besser ist für ihn und andere, sich in freiwilliger Selbstbeschränkung zurückzuhalten.

(Beifall)

Es darf nicht sein, daß Menschen, die damals getreten wurden und Nachteile in Kauf genommen haben, jetzt zusehen müssen, wie sich Leute in Amtsstuben und Betrieben breitmachen, die sie von früher her nur zu gut kennen.

(Beifall)

Es darf aber nicht sein, daß kleine Funktionäre gepackt werden, während die großen SED-Bonzen Bücher schreiben, sich unbehelligt in der Öffentlichkeit und im Deutschen Bundestag bewegen und offensichtlich mildernde Umstände genießen.

(Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe)

Wenigstens jetzt, nach der Katastrophe, sollte es gesagt werden: Es war der totalitäre Charakter der SED und ihrer Herrschaft, der Ursache dieser ganzen schlimmen Entwicklung gewesen ist. Der Stasi war nicht mehr und nicht weniger als das willfähige, aber auch konsequente Instrument dieser totalitären Partei. Wir werden



die doppelte Moral nicht durchgehen lassen, daß die SED langsam vergessen und die CDU in den östlichen Bundesländern pauschal an den Pranger gestellt wird.

(Beifall)

Und das dritte: Wir dürfen über der Vergangenheit die Zukunft nicht vergessen. Nach 1945 war die Antwort eines geschlagenen Volkes auf den Nationalsozialismus: Nie wieder! – Aus moralischen Ruinen entstanden neue Ideen und eine neue Kraft, sie auch tatsächlich zu verwirklichen, nämlich das Bekenntnis zu Grund- und Menschenrechten, der Gedanke der Versöhnung mit anderen Völkern, das Engagement für Europa, die Leitidee, Kapitalismus und Sozialismus durch die soziale Marktwirtschaft zu überwinden.

Es waren große Ideen, und es waren die Ideen der Union. Es ist das historische Verdienst der CDU unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, die besten Kräfte des deutschen Volkes freigesetzt zu haben - zum Wohle unseres Landes und seiner Menschen.

(Beifall)

Auch heute stehen wir vor einer neuen Epoche der Geschichte in Deutschland, in Europa und in der Welt. Auch heute kommt es wiederum auf uns, auf die CDU, auf unsere Ideen an. Auch heute ist die beste Antwort, die wir auf die zweite dunkle deutsche Vergangenheit geben können: die Vergangenheit nicht verdrängen, aber mit Blick nach vorn die Zukunft gestalten. Liebe Freunde, laßt uns gemeinsam mit allen Deutschen mitwirken beim Aufbau einer besseren Welt!

(Anhaltender lebhafter Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für die engagierten Worte, Erwin Teufel. – Das Wort hat unsere stellvertretende Bundesvorsitzende, Frau Merkel.

**Dr. Angela Merkel** (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, diese anderthalb Tage haben uns schon gezeigt, daß Begriffe wie Erneuerung und Aussöhnung für die CDU, für die gemeinsame CDU der Bundesrepublik Deutschland, keine Schlagworte darstellen. Für uns in der CDU sind sie Verpflichtung, und sie sind Programm.

Verpflichtung sind sie für uns deshalb, weil wir uns entschieden haben, Vergangenheit aufzuarbeiten, und das nicht aus dem Gefühl des Hasses und der Rache heraus, sondern mit dem Ziel, daß wir als CDU unseren Teil zur Wiedergutmachung und zur Herstellung des inneren Friedens in unserer Gesellschaft beitragen wollen.

Erneuerung und Aussöhnung sind für uns aber auch Programm, weil wir wissen, daß sie nicht per Dekret anzuordnen sind, sondern in unserer alltäglichen Politik umgesetzt werden. Ich denke, jeder, der in den neuen Bundesländern die Vorbereitung dieses Parteitages - mit den Kreisparteitagen, mit den Parteitagen in den neuen Landesverbänden - verfolgt hat, wird bemerkt haben, daß dies schon Programm war und sich nicht auf ein Dekret beschränkte.

Weil wir miteinander über die Erneuerung der Partei und die Aussöhnung in der Gesellschaft reden, verhindern wir eine massenhafte Verdrängung. Mir wird heute manchmal angst und bange, wie in der gesamten Gesellschaft das Erinnern eigentlich kleingeschrieben wird. Wir tun uns keinen Gefallen, wenn wir allzu schnell über Leid- und Schuld erfahrungen eines tyrannischen Regimes hinwegblicken. Wir müssen uns an Versagen erinnern; wir müssen es aufarbeiten. Nur so können wir Versöhnung wirklich ermöglichen und damit auch für die neugewonnene Freiheit einen dauerhaften Raum in unserer Gesellschaft schaffen.

Ich glaube, für uns alle ist klar: Es geht nicht darum, Menschen pauschal moralisch zu verurteilen. Arroganz, die sich selber für unfehlbar hält, wird nicht dem Mitmenschen gerecht, der eine andere Lebensgeschichte hatte, und sie zerstört die Chance für eine Aussöhnung.

Dennoch setzt die Übernahme von politischer Verantwortung heute voraus, daß jemand in der Zeit der SED-Herrschaft nicht selber Knoten im Netzwerk der Macht geknüpft hat. Wer ein politisches Amt ausüben will, muß dies in Übereinstimmung mit seiner Lebensgeschichte tun können. Ein kaum verschleierter Bruch in der eigenen Biographie, der den Unterdrücker angeblich vom Freiheitshelden trennt, ein solcher Bruch ermächtigt gerade nicht zu politischer Verantwortung.

Ich denke aber, wenn wir uns mit der Vergangenheit in der DDR auseinandersetzen wollen, reicht es nicht, immer nur über das Negative zu sprechen, sondern wir erkennen, daß wir zwar Namen und Schilder und daß wir sogar das Geld sehr schnell auswechseln konnten, daß wir aber unsere eigene Biographie nicht auswechseln können; die braucht eine Kontinuität.

(Zustimmung)

Wir können über die guten Erfahrungen in unserem Leben nur dann diskutieren und uns an sie erinnern, wenn wir nicht verdrängen, sondern uns erinnern. Damit verbunden, wird unsere Politik dann auch glaubwürdig und selbstbewußt werden. Deshalb ist es notwendig, daß sie auch von unserem Verhältnis zur Vergangenheit geprägt ist.

Mir ist die Aufarbeitung der Vergangenheit noch aus einem ganz anderen Grunde wichtig: Eigentlich alle, die hier sitzen, engagieren sich in ungeheurer Weise für den Aufbau der neuen Bundesländer. Aber wir wissen auch, daß die Gefahr besteht, daß wir uns um das Erlebnis des Aufbaus und der Erneuerung bringen, denn wir werden nur dann innerlich frei sein für die Einheit, wenn wir unsere Lebenserfahrungen und unsere Lebensentwürfe dem politischen und gesellschaftlichen Handeln zugrunde legen. Wir dürfen nicht darauf warten, daß - wie manchmal bewundernd, manchmal auch ein bißchen boshaft gesagt wird - „die aus dem Westen“ uns alle Mühe abnehmen werden. Wir müssen vielmehr bereit sein, den Preis für die Freiheit auch zu zahlen. Ich meine die Anstrengungen, die mit der Übernahme von Verantwortung verbunden sind. Dann, meine Damen und Herren, haben wir, so denke ich, auch Selbstbewußtsein genug, um in den alten Bundesländern ganz deutlich das zu sagen, was Kurt Biedenkopf hier schon ausgedrückt hat: Wir müssen dann auch den Mut zum Teilen fordern. Wir müssen den Mut zum Teilen von den Menschen in den alten Bundesländern fordern, auch dann, wenn der Reichtum nicht unentwegt zunimmt. Wir dürfen nicht zulassen, daß Besitzstandsdenken uns taub und blind für die Nöte der Mitmenschen macht.

(Zustimmung)

Ich glaube, von uns in den neuen Bundesländern wird ein hohes Maß an Mobilität verlangt. Wir werden diese Mobilität brauchen – für die Herausforderungen im vereinten Europa, für die Herausforderungen im Zusammenhang mit den Ländern in Mittel- und Osteuropa. Deshalb wird es vielleicht einen Tag geben, an dem wir mit unserer Mobilität auch Vorbild sind für die Menschen in den alten Bundesländern, so daß wir dann gemeinsam den Weg zu einem gemeinsamen Europa gehen können. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Merkel. – Jetzt hat Friedbert Pflüger aus Niedersachsen das Wort.

**Dr. Friedbert Pflüger:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir haben uns im Kreisverband Hannover besonders mit dem außenpolitischen Teil des Dresdner Manifests beschäftigt. Da ist ja sehr viel von den großen Chancen und Möglichkeiten für uns alle nach dem Ende des Kalten Krieges und nach der Wiedervereinigung die Rede. Wir sind natürlich genau wie alle anderen sehr dankbar für diese Chancen, die sich uns neu erschlossen haben; wir finden aber auch, daß es wichtig ist, über die unendlich großen Risiken zu reden, die es in diesem neuen Europa gibt, und dies schon deshalb, weil es notwendig ist, die Bevölkerung auch auf solche Risiken hinzuweisen, damit nicht plötzlich ein großer Knall und dann ein großer Schock kommt.

Diese großen Risiken sehen wir in allererster Linie in den großen Gefahren, die von den sowjetischen Nuklearwaffen ausgehen, die unkontrolliert in einer zerfallenden Sowjetunion im wahrsten Sinne des Wortes herumliegen. 27 000 nukleare Sprengköpfe gibt es dort, 2400 davon in den islamischen Republiken. 25 % der landgestützten Nuklearwaffen liegen außerhalb russischen Territoriums, und all das in einer Sowjetunion, die von Nationalitätenkonflikten, von Unabhängigkeitsbestrebungen geplagt wird, in einer Sowjetunion, die eigentlich gar nicht mehr wirklich existiert. Wir wissen nicht mehr, wer die Dinge dort kontrolliert. Früher ist die Sowjetunion ein Gegner für uns gewesen, aber eben doch auch ein Partner. Die Eliten kannten sich gegenseitig. Man hatte gegenseitig Absprachen und Kontrollen verabredet. Wenn es eine Krise gab, konnte man zu dem roten Telefon greifen, das Washington und Moskau verbunden hat. Man hat die Probleme dann erörtert.

Nun geht es nicht mehr um eine einzige Linie zwischen Washington und Moskau, sondern jetzt muß man quasi eine Konferenzschaltung machen, d.h. man muß auch die anderen sowjetischen Republiken einbeziehen. Das bedeutet, daß große Gefahren auf uns zukommen. Was wird sich aus all dem entwickeln? Was passiert z. B., wenn ein sowjetischer Atomwissenschaftler, der soviel wie ein Busfahrer bei uns im Westen verdient, mit all seinen Fähigkeiten vom Irak, vom Iran oder von Libyen herausgekauft wird? Hier gibt es also eine neue Qualität von Bedrohung. Diese Qualität von Bedrohung würde sich von einem Tag auf den anderen auf unser Bewußtsein in dem Sinne auswirken, daß wir plötzlich erkennen: Wir stehen vor einer ganz anderen Welt. Wir glauben, daß es ganz wichtig ist, in unserer Politik den Menschen natürlich von den großen Chancen zu berichten und auf die großartigen Erfolge unserer Außenpolitik hinzuweisen. Wir müssen aber eben auch die erwähnten großen Probleme in das Blickfeld der Öffentlichkeit rücken. Es ist dann natürlich von entscheidender Bedeutung, daß wir den Menschen auch sagen: Unsere Bundeswehr bleibt für uns alle notwendig. Sie kann nicht die Melkkuh der Nation werden, an die man immer dann herangeht, wenn man für irgendeinen Zweck Geld benötigt. Die Bundeswehr muß leistungsfähig, effektiv und verteidigungsfähig bleiben.

Es ist wichtig, daß wir die Sicherheitsanker in dem sich dramatisch verändernden Europa beibehalten. Das sind die Nordatlantische Allianz und die Europäische Gemeinschaft. Diesbezüglich ist das Ergebnis von Maastricht nach meiner Auffassung überhaupt nicht zu überschätzen. Es bedeutet einen glänzenden und hervorragenden Schritt nach vorn, weil es die Impfung Westeuropas gegen die Viren des aggressiven Nationalismus, der aus Mittel- und Osteuropa auf uns zukommt, ist. Deshalb ist es also wichtig, sich vor dem Hintergrund der neuen Gefahren und Bedrohungen auf die Sicherheitsanker EG und NATO zu konzentrieren, sie zu

vertiefen, anstatt sie abzuschaffen, wie einige uns nahelegen, und auf die Vertiefung dann langsam, aber sicher die Erweiterung aufzubauen. Uns lag daran, Ihnen diese Gedanken nahezubringen. Wir danken für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. Das Wort hat Peter Jacoby. Ihm folgt Heiner Geißler.

**Peter Jacoby:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Begriffe prägen Politik. Begriffe prägen Botschaften. Begriffe beschreiben Zukunft in unserem Land. Deshalb ist es nach meiner festen Überzeugung wichtig, daß in dem Dresdner Manifest, das wir auf diesem Parteitag verabschieden werden, ein Begriff genannt wird, ein Begriff nicht zu kurz kommt. Das ist der Begriff des Föderalismus, zu dem wir als CDU Deutschlands uns auch am heutigen Tage offensiv bekennen sollten.

(Beifall)

Wir machen e i n e Politik für e i n Deutschland. So ist es von Helmut Kohl, von Kurt Biedenkopf, von Volker Rühle und von wem auch immer formuliert worden. Einheit leben, das bedeutet: einheitliche Lebensverhältnisse in Deutschland - ja; das bedeutet aber gleichzeitig: Uniformität in Deutschland - nein. Wir meinen, daß wir das föderative Prinzip auch in die Zukunft tragen müssen, daß wir dieses föderative Prinzip für die Zukunft erhalten müssen. Wir sind der Überzeugung: Gerade die CDU ist auf der Basis ihrer politischen Philosophie die politische Kraft, die nicht nur zu den kleinen Einheiten ja sagt, die sich nicht nur zum Subsidiaritätsprinzip bekennt, die sich nicht nur zugunsten des gesellschaftlichen Pluralismus stark macht, sondern die sich in dieser historischen Zeit auch zum Föderalismus bekennt.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, deshalb sage ich: Gerade wir sind gefordert, uns zur regionalen Identität zu bekennen. Wir sind gefordert, uns zur kulturellen, landsmannschaftlichen und auch historisch gewachsenen Vielfalt in unserem Lande zu bekennen. Deshalb darf es in unseren Reihen auch niemanden geben, der jetzt als erstes sagt: 16 Bundesländer - das ist zuviel. Nein, es muß umgekehrt sein: 16 Bundesländer - das ist Gewinn und Bereicherung in Deutschland. Dies muß zunächst einmal unsere Aussage sein.

(Beifall)

Es geht um 16 Bundesländer in ihrer Unterschiedlichkeit nicht nur wirtschaftlicher und finanzieller Art, sondern auch und vor allem kultureller und regionaler Art. Liebe Freunde, es ist eben nicht sinnvoll, wenn wir in der innenpolitischen Diskussion in Deutschland die falschen Botschaften oder die zumindest mißverständlichen Botschaften in einer Zeit formulieren, in der der Zentralstaat in ganz Europa am Abdanken ist, in der wir stolz darauf sind, daß das Thema „Europa der Regionen“ mittlerweile in aller Munde ist. Das ist nicht die Zeit, in der wir hier in Deutschland den Föderalismus in Frage stellen dürfen. Meine Damen und Herren, dies ist, wie ich glaube, der Zusammenhang.

(Vereinzelt Beifall)

Nein, umgekehrt in den Regionen mit dabeizusein, wenn es um Problembewältigung und die Annahme neuer Herausforderungen geht - das bedeutet Föderalismus, das bedeuten föderative Strukturen in einer wichtigen Zeit. Es geht um eine entscheidende Konsequenz, die daraus zu ziehen ist. Zukunftssicherung der Bundesländer in einem

föderativen System heißt auch, daß man sich jeweils vor Ort in den Regionen der eigenen Verantwortung stellt, in der Strukturpolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Bildungspolitik Kreativität als Maßstab für eine neue Politik nimmt. Dann kann eben auch nicht für alles und jedes Bonn oder Brüssel oder wer auch immer verantwortlich gemacht werden. Es muß umgekehrt sein: Die Regionen, die Länder sind selbst gefragt, und zwar auch wenn es darum geht, was man von anderen lernen kann. Gleiches gilt im Hinblick auf die Frage, um die es insbesondere am heutigen Tage geht: Was können andere von einem selbst lernen?

An diesem Punkt möchte ich als Saarländer etwas sagen, was für jedermann nachvollziehbar ist. Wenn es in der saarländischen Geschichte damals in den 50er Jahren so etwas wie die Wiedervereinigung im kleinen gegeben hat, dann muß doch gerade von einem saarländischen Ministerpräsidenten erwartet werden, daß er im Blick auf den Einigungsprozeß heute mehr in die Diskussion einbringt als nur Neid, Mißgunst und Häme, wenn es darum geht, daß auch andere aus entsprechenden Erfahrungen lernen. Das muß, glaube ich, gesagt werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, den Föderalismus bewahren bedeutet auch, ein Bundesland - das formuliere ich im Blick auf die aktuellen Signale, die aktuellen Botschaften, die ebenfalls für jedermann nachvollziehbar sind - so zu regieren, daß es eben nicht über Wochen und Monate hinweg - zum Schaden seiner Bevölkerung - zum Synonym für Skandale, Affären und Lotterwirtschaft im Übermaß wird.

(Vereinzelt Beifall)

Föderalismus und eigene Verantwortung werden gerade daran festzumachen sein, wie Regierungspraxis und Regierungsalltag aussehen. Gerade dann, wenn man Hilfe von anderen braucht - diese Hilfe zu gewähren ist auch ein Stück Föderalismus -, muß es auch darum gehen, die eigene Verantwortlichkeit voll wahrzunehmen und sie in den Mittelpunkt zu stellen. Hilfe zur Selbsthilfe - das ist der Zusammenhang.

Ich möchte schließen, indem ich folgendes sage: Das Dresdner Manifest muß für uns als CDU Deutschlands auf der Basis unserer politischen Philosophie das Bekenntnis zum föderativen, bundesstaatlichen Prinzip sein. Das bedeutet auch, den Bundesländern eine eigene Finanzqualität zu erhalten. Das bedeutet, füreinander einzustehen. Es bedeutet aber vor allem, die eigene Kreativität, die eigene Phantasie, die eigene Verantwortung offenbar werden zu lassen, all dies wahrnehmen zu lassen, damit Stärke, Vitalität und Überzeugungskraft des Föderalismus in Deutschland und in Europa glaubwürdig zum Ausdruck gebracht werden können. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Jacoby! – Das Wort hat Heiner Geißler.

**Dr. Heiner Geißler:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieser Parteitag und die Verabschiedung des Dresdner Manifestes sind ein einmaliges Ereignis. Es ist der erste Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands in den neuen Ländern. Er steht aber auch in der Tradition von anderen Parteitagen: In einer Zeit, als wir noch nicht vereinigt waren, vor zehn Jahren, hatten wir den Jugend-Parteitag in Hamburg, der erste offene Parteitag, zu dem wir Menschen eingeladen hatten, die nicht Mitglieder der CDU waren. Wir hatten vor sechs Jahren den Frauen-Parteitag in Essen, den wir auch offen gestaltet hatten. Der letzte Parteitag war sozusagen eine Revolution von oben, und wir sind heute noch dabei, ihn in die Tat umzusetzen: Gleichberechtigung der Frau auch bei uns, in unseren Reihen.

Wir reden viel darüber, wie wir junge Menschen gewinnen können, Frauen gewinnen können. Aber das Problem ist neu und alt zugleich. Ich glaube nicht, daß man junge Menschen gewinnen kann, wenn man Jugendpolitik macht, sondern dann, wenn wir Antworten geben auf die Fragen, die junge Menschen deswegen bewegen, weil sie noch ihr ganzes Leben vor sich haben. Es sind die Fragen des Umweltschutzes, des Friedens, der Herausforderungen durch die Völkerwanderung, die Flüchtlingsarmut, – um nur einige Beispiele zu nennen.

Aber es ist auch eine Frage nach der Glaubwürdigkeit nicht nur der Demokratie, sondern von uns allen miteinander. Täuschen wir uns hier nicht! Junge Leute sind gar nicht so distanziert von der Politik. Sie schauen sich das alles ganz gut an, und sie sind auch politisch gebildeter, als die politische Klasse in Bonn es manchmal vermutet. Sie wissen Bescheid. Aber sie schauen auf uns, und ganz sicher ist es richtig, daß wir als politische Partei und vor allem als Regierungspartei nur erfolgreich sein können, wenn wir Loyalität üben. Niemand kann ein Amt ausüben, wenn er nicht sicher sein kann, daß er auf den Schultern derer steht, die ihn in dieses Amt gewählt haben.

Aber es gibt nicht nur eine Loyalität von unten nach oben, sondern – und das ist für junge Leute, glaube ich, von besonderer Bedeutung – es gibt auch eine Loyalität von oben nach unten. Das heißt, daß jeder von uns, der ein Amt ausübt, an sich strengere Maßstäbe anlegen muß, als dies normalerweise für die Bürger gilt.

(Beifall)

Und er muß in seinem Leben, so wie er redet, durch das, was er tut, Vorbild für junge Leute sein können.

(Beifall)

Ich bekenne mich zu dieser konservativen Auffassung. Sie ist gleichzeitig eine moderne; davon bin ich überzeugt.

Ich habe in diesem Dresdner Manifest den Ansatzpunkt zu einem wichtigen und großen Schritt nach vorne erkannt. Die Christlich Demokratische Union hat in den vergangenen 45 Jahren die Themen Deutschlands bestimmt. Es waren drei große Themen: die deutsche Einheit, Europa und die Soziale Marktwirtschaft. Jetzt ist die Nachkriegszeit vorbei, und genauso, wie wir in den 50er und 60er Jahren auf die damaligen Aufgaben Antworten gegeben haben, die modern waren – moderner als die der Sozialdemokraten – und keine Antworten aus der Weimarer Republik, genauso müssen wir jetzt die Antworten von heute aus formulieren und nicht mit den Rezepten von vorgestern, der 50er oder 60er Jahre.

(Beifall)

Das bedeutet aber nicht, daß wir unsere Grundsätze aufgeben. Ich habe von der Sozialen Marktwirtschaft geredet. Ich muß mich entschuldigen, beim Präsidium und bei denen, die heute morgen in den Foren waren: Ich konnte nicht anwesend sein, weil ich die Grippe habe. Aber ich habe mir gedacht, ich sage doch etwas von dem, was mich auch ein bißchen bedrängt, und wenn ich vielleicht etwas sage, was heute morgen in den Foren schon zur Sprache gekommen ist, dann bitte ich um Nachsicht. Aber ich habe einiges gehört und auch einiges gelesen, insbesondere über die Soziale Marktwirtschaft, wie sie in manchen Kommentaren interpretiert worden ist. Liebe Parteifreunde, die Christlich Demokratische Union hat die S o z i a l e Marktwirtschaft vertreten. Wir vertreten keinen Thatcherismus und keine Reaganomics, sondern die S o z i a l e Marktwirtschaft.

Das ist für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in den neuen Ländern wichtig, die angesichts der sozialen Verwerfungen heute oft den Eindruck haben oder ihn beigebracht bekommen, als habe der Kapitalismus nach 1989 Einzug gehalten. Ein tödlicher Irrtum für das Gewinnen der Köpfe und Herzen der Menschen in den neuen Ländern! Die Soziale Marktwirtschaft ist vom Kapitalismus genauso meilenweit entfernt wie vom Sozialismus.

(Beifall)

Wir haben die Verpflichtung, dies nicht nur zu sagen, sondern natürlich auch zu beweisen. Die Parole Ludwig Erhards lautete nicht „Wohlstand für zwei Drittel, Wohlstand für die Leistungsfähigen und für die Gesunden“, sondern „Wohlstand für alle“.

(Beifall)

Und wenn wir „alle“ sagen, dann meinen wir auch alle, bzw. wir müssen es meinen.

Das heißt: Wohlstand, soziale Gerechtigkeit, ein menschenwürdiges Leben auch für die Schwächsten, für die Kinder, für die Alten, für die pflegebedürftigen Menschen, die rund um die Uhr versorgt werden müssen, und die Arbeitslosen, die Arbeitslosen in den neuen Ländern. Ich weiß nicht, ob es in den alten Ländern so viele wirkliche Arbeitslose gibt. Aber in den neuen Ländern gibt es Arbeitslose.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist vorhin – das will ich jetzt doch sagen – vom „Schnuller“ geredet worden, an dem die Leute in den neuen Ländern nicht hängen sollten. Wenn damit die Arbeitsmarktpolitik gemeint ist, dann ist das, glaube ich, ein Mißverständnis, was dieses Hilfsmittel für die Babynahrung betrifft, und übrigens auch, was die Leute hier betrifft. Arbeitsmarktpolitik ist ein integrierter Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft. In den ABM-Maßnahmen sind 400.000 Menschen. Und es ist vorhin von Frau Böhmer gesagt worden, damit sind auch die Kindergärtnerinnen finanziert worden. In der Qualifizierung: Neueintritte 900.000, im Vorruhestand 700.000.

Mit Kurzarbeit bedeutet das eine Entlastung von zwei Millionen Frauen und Männern in den neuen Ländern, während an normalen Arbeitsplätzen in der Industrie und in der Wirtschaft im letzten Jahr gerade 56.000 vermittelt worden sind. Man stelle sich einmal vor, wir hätten diese AB-Maßnahmen und die Maßnahmen des Arbeitsmarktes mit Norbert Blüm nicht realisiert. Das ist kein Schnuller, sondern es ist die Voraussetzung dafür, daß wir in den neuen Ländern einen menschenwürdigen Übergang erreichen.

(Beifall)

Im übrigen ist es etwas völlig Normales. Wenn im Winter der Boden gefroren ist und Baubetriebe nicht arbeiten können, wäre es ja Blödsinn, wenn man diese Betriebe im Dezember schließt mit der Folge, daß die Arbeiter arbeitslos würden, und im März machte man die Betriebe wieder auf. Da man einen solchen Quatsch zumindest in der Sozialen Marktwirtschaft nicht macht, gibt es bei uns seit Ludwig Erhard das Schlechtwettergeld. Es gibt Kurzarbeitergeld und vieles andere mehr.

Was wir im Moment für unsere neuen Länder mit unserer Arbeitsmarktpolitik machen, ist nichts anderes als ein politisches Schlechtwettergeld für die Zeit, in der es uns noch schlechtgeht, für die Zeit, in der die Zahl der Arbeitsplätze, die verlorengehen, größer ist als die Zahl der Arbeitsplätze, die neu geschaffen werden. Für diese Zeit brauchen wir die Arbeitsmarktpolitik. Sie gehört zur Sozialen Marktwirtschaft.

Hier ist der Industriestandort Bundesrepublik Deutschland angesprochen worden. Niemand bestreitet, daß wir uns darum sorgen müssen. Das ist wahr. Aber der Industriestandort Bundesrepublik Deutschland wird nicht durch die Sorge um die Schwächsten in unserer Gesellschaft gefährdet.

Es ist gesagt worden, man müsse die finanziellen Möglichkeiten unseres Landes berücksichtigen. Aber selbstverständlich. Aber es wird immer gleich von der Sozialpolitik geredet. Als nächstes wird von der Familienpolitik geredet. Das sind die Begriffe, die immer sofort kommen.

Wir müssen die finanziellen Möglichkeiten berücksichtigen. Alles muß auf den Prüfstand. Das ist wahr. Aber dann müssen wir auch alles meinen, von den Rüstungsaufgaben angefangen bis zu anderen Problemen.

Die EG hat vor drei Wochen 100000 t Rindfleisch zum Kilopreis von 1 DM nach Brasilien exportiert. Was das den deutschen Bauern nützen soll, weiß ich nicht. Ich weiß nur das eine: daß wir damit und mit vielem anderen, was wir uns leisten, den Ansatz für die Beseitigung der Ursachen der Armutswanderung kaputtmachen, von der wir dauernd reden. So etwas, was ich gerade geschildert habe, ist nicht nur ökonomischer Unsinn, es ist politische Kriminalität, die wir uns nicht leisten dürfen.

(Beifall)

Die amerikanische Industrie- und Handelskammer hat vor einigen Tagen eine Erklärung herausgegeben, in der die Gründe für die Problematik Industriestandort Bundesrepublik Deutschland aufgezeigt sind. Sie nennt mangelnde Mobilität der Arbeitnehmer, zu hohe Steuern und Arbeitszeitverkürzung. Das ist allerdings wahr. Die Jahresarbeitszeit liegt in Deutschland bei 1526 Stunden, in Japan bei 2200 Stunden, in den Vereinigten Staaten bei 1900 Stunden und in der Schweiz bei 1800 Stunden.

Die Sozialdemokraten reden von der 30-Stunden-Woche in der Zukunft. Wissen sie, daß uns eine Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Jahr 25 Milliarden DM kostet? Und dann reden wir, debattieren wir und raufen uns die Haare und wissen angeblich nicht, woher wir das Geld holen sollen, wenn es darum geht, den verfassungsmäßigen Anspruch zu realisieren, daß die Ausgaben, die Eltern für die Kinder tätigen, nicht auch noch versteuert werden müssen. So schreibt es das Bundesverfassungsgericht vor:

Die CO<sub>2</sub>-Abgabe wird problematisiert, ebenso die Pflegeversicherung mit einer maximalen Belastung von 0,6 %, Ausgaben für die Schwächsten bei uns, nämlich für die Kinder, für die Schöpfung und für die Alten, die keine Lobby haben, für die aber offenbar nicht genügend Geld da ist, weil es sich die mächtigen Organisationen in dieser Gesellschaft, nämlich die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften, leisten, 7 % Lohnerhöhungen zu vereinbaren, über 10 % Lohnerhöhungen zu verlangen, Arbeitszeitverkürzungen in dieser Höhe zu propagieren und sich, zu Lasten der Schwächsten in unserer Gesellschaft einigen, die nicht über die Droh- und Störpotentiale verfügen, um sich durchzusetzen.

(Beifall)

Hier sind die Arbeitgeber genauso angesprochen wie die Gewerkschaften. Tarifverträge werden nicht von den Gewerkschaften diktiert, sondern freiwillig vereinbart. So soll es in der Zukunft auch bleiben. Aber wir können problematisieren, was hier gemacht wird. Man kann das nicht aus der Gesamtbetrachtungsweise herauslassen. Norbert Blüm und Hans Kater noch viel früher haben völlig zu Recht gefordert, die Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik wiederherzustellen.



Ich höre in bezug auf die kommende Sozialpolitik – so steht es in angesehenen Zeitungen, hinter denen, wenn man sie liest, angeblich ein kluger Kopf steckt; so ist es auch von unserem Koalitionspartner zu hören –, daß jede Generation in Zukunft für sich selber sorgen solle. Ja sollen dann in Zukunft die Alten für die Alten sorgen, die Pflegebedürftigen die Pflegebedürftigen und die Kranken die Kranken betreuen? Unser ganzes menschliches Leben wäre nicht mehr lebenswert, wäre zum Scheitern verurteilt ohne die Solidarität der Generationen, auf der unsere Sozialversicherung aufgebaut ist.

(Beifall)

Eltern sorgen für die Kinder. Wie sollen sich die Kinder auch sonst helfen können? Deswegen tragen die Kinder die Verantwortung für ihre Eltern, wenn diese nicht mehr in der Lage sind, für sich selber zu sorgen. Dieser zutiefst christliche und solidarische Grundsatz hat darüber hinaus noch den großen Vorteil, daß er ökonomisch effizient, finanzierbar und außerdem auch verwaltungsmäßig einfach ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor 100 Jahren hat Leo XIII. die Enzyklika „Rerum novarum“ geschrieben. Der jetzige Papst hat eine Erinnerungsenzyklika geschrieben: „Centesimus annus“. Er hat mit Recht darauf hingewiesen, daß dies eine große Aussage der katholischen Kirche war. „Rerum novarum“ war die Antwort auf die alte soziale Frage, auf die Arbeiterfrage des Industriealters. Aber wenn wir als Katholiken, als evangelische Christen ehrlich sind, müssen wir erkennen, daß diese Enzyklika des Papstes im Jahre 1891 43 Jahre zu spät kam.

Denn 43 Jahre vorher hatte ein anderer eine Enzyklika geschrieben, nämlich Karl Marx das „Kommunistische Manifest“. Dieses „Kommunistische Manifest“ war die kommunistische Antwort auf diese alte soziale Frage, eine Antwort auf eine richtige Frage, allerdings eine falsche Antwort, eine Antwort, die verheerende Konsequenzen für die ganze Menschheitsgeschichte hatte, wie wir heute feststellen. Wir müßten sonst heute kein Dresdner Manifest verabschieden.

Aber Marx und Engels konnten diese Antwort geben und haben dieses Kommunistische Manifest geschrieben, weil diejenigen, die damals mächtig waren, die reich waren, die Verantwortung hatten, auf die alte soziale Frage der Ausbeutung der Arbeiter, der Kinderarbeit, der Frauenarbeit, der Nachtarbeit – die Textilfabrikanten von Manchester, bei uns die Ruhrbarone und viele andere –, die Kirchen und die politisch Verantwortlichen auf die alte Arbeiterfrage keine Antwort gefunden hatten.

Die alte soziale Frage ist dort, wo die soziale Marktwirtschaft realisiert worden ist, inzwischen gelöst. Aber wir stehen heute vor einer neuen sozialen Frage. Die neue soziale Frage hat globalen Charakter. Sie besteht z. B. darin, daß es nach Aussagen des Internationalen Roten Kreuzes 500 Millionen Heimatlose gibt und nach den Auskünften der Weltbank eine Milliarde Arme, arm deswegen, weil sie am Tag weniger zu essen haben, als dem Wert eines Dollars entspricht.

Das ist die neue soziale Frage. Sie realisiert sich im Osten wie im Süden, und die Völkerwanderung, die in Gang gekommen ist, weil die Menschen dort, wo sie wohnen, nichts mehr zu essen haben, hat zur Folge, daß die Vorboten uns erreichen und an die Türen unserer Sozialämter klopfen. Wenn wir – das ist jetzt die entscheidende Frage – heute als die Reichen, die Mächtigen, wir, die Deutschen, die Italiener, die Franzosen, die Engländer, die Amerikaner und die Japaner, genauso versagen wie die Textilfabrikanten von damals, dann – darüber soll sich niemand täuschen – werden diese Vorboten eines Tages an die Türen pochen, und wenn wir weiter versagen, dann werden sie an diesen Türen rütteln und sie eines Tages einschlagen, und niemand soll glauben, daß diese globale soziale Revolution ausgerechnet vor den Toren Europas haltmachen werde.

(Beifall)

Darum geht es. Das Asylrecht und seine Regelung ist sozusagen fast eine Nebensache. Es ist die Voraussetzung dafür, daß wir uns dem eigentlichen Problem, nämlich dem Flüchtlingsproblem, zuwenden. Dieses Problem kann nicht gelöst werden in der Ursachenbeseitigung durch ein bißchen Pipifax bei der Erhöhung der Entwicklungshilfe, sondern es muß gelöst werden dadurch, daß wir eine grundsätzliche Änderung unserer Außen- und Wirtschaftspolitik, unserer Außenhandelspolitik vornehmen, daß wir unsere Märkte öffnen und daß wir die Länder der Dritten Welt entschulden, so wie dies der ermordete Sprecher der Deutschen Bank Alfred Herrhausen schon vor über drei Jahren gefordert hat. Sage mir niemand, die Ressourcen seien nicht da! Im letzten Jahr haben – nicht laut Auskunft von amnesty international, sondern laut Auskunft der Weltbank – die Länder der Welt eine Billion Dollar für Rüstung und Waffen ausgegeben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin auch der Meinung, daß wir verteidigungsfähig bleiben müssen; da muß ich Gerhard Stoltenberg nachhaltig unterstützen. Wir müssen verteidigungsfähig bleiben. Aber wir brauchen nicht mehr eine Verteidigung auf dem Level, auf der Höhe wie zu der Zeit, als Breschnew in Prag einmarschiert ist.

(Beifall)

Wir sollten nachhaltig die Konsequenz der friedlichen Revolution auch von anderen Ländern einfordern, die Konsequenz nämlich, daß der Ost-West-Konflikt beseitigt werden konnte. Der Ost-West-Konflikt hatte seine Ursachen ja nicht in der Existenz von Waffen, sondern Waffen waren auf der Seite der freiheitlichen Demokratien notwendig, weil Demokratie und Diktatur unvereinbar gewesen sind. Jetzt haben die Völker Mittel- und Osteuropas die Diktatur selber beseitigt, und infolgedessen sind auch die Ursachen für die Rüstung beseitigt worden. Nutzen wir diese Ressourcen, um einen alten Traum, alte Sehnsüchte der Menschen zu realisieren, diese Mittel für die Wohlfahrt der Menschheit verwenden zu können!

Lassen Sie mich noch einen Punkt nennen: Europa. Wir haben eine Entwicklung vor uns, die der Bundeskanzler als unumkehrbar bezeichnet hat. Der Auffassung bin ich auch. Unumkehrbar – damit wir nicht wieder in eine Schaukelpolitik in Europa zurückfallen. Aber dieses Europa wäre unvollständig und letztendlich zum Scheitern verurteilt, wenn wir nicht die Vereinigten Staaten von Europa bekämen, und zwar in diesem Jahrzehnt. Wir brauchen diese Vereinigten Staaten von Europa, und wie dringend wir sie brauchen, das merken wir heute am Fehlen einer europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, einer Außenpolitik im übrigen, die sich unterscheiden könnte von der Außenpolitik anderer Mächte und anderer Länder, indem wir uns besinnen auf das Erbe der europäischen Aufklärung.

Gerhard Stoltenberg ist kritisiert worden wegen der technischen Waffenhilfe an Israel. Ich lasse einmal alles weg, was unten auf der bürokratischen Ebene schiefgelaufen ist. Aber ich möchte daran erinnern, daß Israel, die einzige freiheitliche Demokratie im Nahen Osten,

(Beifall)

von Ländern umgeben ist, die die Menschenrechte mit Füßen treten. Ich weiß auch, daß wir zum Frieden kommen müssen. Aber dies bedeutet, daß wir erkennen sollten, was los ist. Dieses Israel ist umgeben von Ländern, in denen Taschendieben die Hände abgeschlagen werden, in denen es, wie in Syrien, 36 ausgewiesene Folterarten gibt. In der Nachbarschaft, in der Deutschen Botschaft in Teheran, kann man nächtens die Schreie der Gefolterten aus einem benachbarten Gefängnis hören.

Wir sollten als Inhalt deutscher und europäischer Außenhandelspolitik verlangen, daß jeder Minister, wenn er nach Syrien oder wenn er in den Iran fährt, auch der Bundeswirtschaftsminister ---

(Lebhafter Beifall)

Ich bin nicht blauäugig. Ich weiß auch, daß man Außenhandel und Außenwirtschaft nicht von der Einhaltung der Menschenrechte abhängig machen kann. Aber wir können verlangen, daß jeder, der über Handel und D-Mark in diesen Ländern redet, zunächst einmal über Menschenrechte redet und dann erst über das Geld.

(Beifall)

Solange wir das nicht tun, meine sehr verehrten Damen und Herren, brauchen wir uns auch nicht zu wundern, wenn die Europäer, obwohl es sich um Dinge handelt, die sich in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft abspielen – das Mittelmeer ist ein europäisches Mittelmeer –, in Madrid am Katzentisch sitzen, und wenn Menschenrechte nicht Bestandteile der europäischen Außenpolitik sind, dann brauchen wir uns auch nicht zu wundern, daß serbische Generäle auf die Europäer so gut wie spucken.

Die diplomatische Anerkennung Kroatiens und Sloweniens ist unter diesem Gesichtspunkt nach meiner festen Überzeugung nicht nur ein Beitrag zum Frieden, sondern diese Anerkennung wäre das erste Zeichen – und es wäre gut und gar nicht schlecht, wenn es von den Deutschen ausginge -

(Beifall)

der Realisierung einer europäischen Außenpolitik, die die Durchsetzung der Menschenrechte zu einem unverzichtbaren Bestandteil ihrer Politik macht.

Damit ist dies auch in der Tradition christlich demokratischer Politik, denn Einheit und Freiheit wäre nicht zustande gekommen, wenn wir, die Christlichen Demokraten, nicht immer die Menschenrechte auf der ganzen Welt zu einem integrierten Bestandteil unserer Politik gemacht hätten.

(Anhaltender lebhafter Beifall –  
Die Delegierten erheben sich)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Lieber Heiner Geißler, im Namen des Parteitag-  
es möchte ich Ihnen sehr herzlich für Ihren engagierten Redebeitrag danken. Er ist  
ein Dokument des sozialen Gewissens der Union. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Nach dieser großartigen Rede, verehrte Delegierte, möchte ich eine geschäftsleitende Bemerkung an alle nachfolgenden Redner machen. So ungerecht es die Parteitag-  
delegierten auch treffen mag, ich möchte Sie bitten, im Auge zu behalten, daß wir auf  
jeden Fall morgen um 13 Uhr das Dresdner Manifest und die anderen Anträge  
verabschiedet haben müssen. Ich bitte daher herzlich darum, daß wir in dieser  
Generalaussprache jetzt zu einer gewissen Konzentration finden. Dies betrifft die  
Anzahl der sich noch Meldenden und die Länge der einzelnen Redebeiträge  
derjenigen Delegierten, die sich schon zahlreich gemeldet haben. – Der nächste  
Redner ist Helmut Rauber, Saarland.

**Helmut Rauber**: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach  
dieser brillanten Rede von Heiner Geißler reden zu müssen ist schon in gewisser  
Hinsicht grausam. Volker Rühle hat heute morgen ein hervorragendes Einführungsre-  
ferat zum Dresdner Manifest gehalten. Er hat dort betont – da geben wir ihm recht –,  
daß wir starke Bundesländer im Osten wie im Westen, im Norden wie im Süden

brauchen. Er hat in seinen Ausführungen ebenfalls erklärt, daß das Saarland ein reiches Bundesland ist. Hier möchten wir widersprechen. Wir sind sicherlich reich an dem Rohstoff Kohle, reich, was unsere Menschen an Können und Erfahrung besitzen, reich auch daran, was sich diese Menschen durch ihre persönlichen Anstrengungen selbst erarbeitet haben. Als Land sind wir aber mit 13 Milliarden DM Schulden bei 1 Million Einwohnern gelinde gesagt pleite und nicht mehr lebensfähig. Unser Land wurde – daran trägt niemand die Schuld – durch die Kohle- und Stahlkrisen finanziell ausgezehrt.

Mir geht es heute nicht darum, unsere Probleme in den Vordergrund zu rücken, sondern unsere Erfahrungen mit unserer Einheit hier einzubringen. Die Saar hat sich im Oktober 1955 für Deutschland entschieden. Wir hatten anders als die neuen Bundesländer gut dreieinhalb Jahre Zeit, um uns auch wirtschaftlich auf diese Rückgliederung einzustellen. Dennoch stellen wir fest, daß die Probleme heute im Osten den Problemen gleichen, die wir erlebt haben. Auch unsere Wirtschaft war gezwungen, sich neue Märkte zu suchen und sich umzuorientieren. Wir haben erlebt, wie Strukturen nicht nur im Kohle- und Stahlbereich weggebrochen sind. Auch bei uns gab es Umstellungsängste und vieles mehr. Es kamen sehr viele Zweigwerke in unser Land. Viele sind wieder gegangen, als die Konjunktur nachließ, andere große Betriebe, wie Bosch und Ford, sind geblieben, und dafür sind wir auch dankbar.

Wir haben gelernt, daß es enorm wichtig ist, sich selbst ein heimisches Unternehmenspotential aufzubauen bzw. das vorhandene zu stärken. Uns fehlten im Saarland genau wie Ihnen Bundesbehörden. Aber dies ist nicht der entscheidende Punkt. Viel wichtiger sind wissenschaftlich-technische Institutionen, von denen strukturverbessernde Impulse für die Wirtschaft ausgehen. Überholte Strukturen lassen sich aber nur dann ersetzen, wenn entsprechende Alternativen gegeben sind, die in erster Linie im Mittelstand zu suchen sind. Die neuen wie auch die alten Bundesländer sind nur dann lebensfähig, wenn sie dies aus eigener Wirtschaftskraft schaffen. Wir als Saarländer sind dazu in der Lage, wenn wir finanziell im Rahmen der Sonderlasten, die wir durch Kohle und Stahl zu tragen hatten, entsprechend entlastet werden.

Wir fordern seit Jahren von der Landesregierung eine Konzeption, die auch auf die wirtschaftliche Dynamik setzt. Gegenüber der Regierung Zeyer hängen wir heute unter Lafontaine um gut 20 000 Beschäftigungsmöglichkeiten gegenüber dem Bundesschnitt hinterher. Dies macht für uns ein Minus von 150 Millionen DM aus, mehr als wir durch die Strukturhilfe selbst erhalten.

Wir bitten nur um eines: Die Eigenständigkeit eines Landes darf nicht nur in materiellen Kategorien gemessen werden. Die Gebiets- und Verwaltungsreform hat uns größere Einheiten gebracht, aber nicht mehr an Lebensqualität. Gefühle und Werte wie Heimat und Vaterlandsliebe erwachsen sicherlich nicht aus Großgebilden. Sie sind Sachsen, Thüringer, Hamburger, Hessen oder Baden-Württemberger, genauso wie wir Saarländer sind. Als CDU sind wir eine Partei der kleinen Einheit. Finden wir solche Lösungen, die in der Einheit auch die Vielfalt erhalten! – Ihnen allen ein herzliches Glückauf.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Elmar Pieroth.

**Elmar Pieroth:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Wahlsieg der CDU bei den Volkskammerwahlen im letzten Jahr kam für viele so überraschend, daß sie nach Ausreden verlegen waren. Die D-Mark sei gewährt worden, der Bürgerbewegung sei nicht gedankt worden, manche schrieben sogar von politischer Unreife des Wählers in der damaligen DDR. Die so schrieben, zeigten

eine gewisse Unreife, denn Wahlen sind nicht der Dank für erbrachte Leistungen, Wahlen sind der Ausdruck des Vertrauens für die Bewältigung zukünftiger Aufgaben. Die Zukunft hieß damals und heute wirtschaftliche Gesundung in den heutigen neuen Bundesländern und Durchsetzung unserer gemeinsamen Grundwerte und Grundvorhaben in ganz Deutschland. Diese Aufgaben wollen die Wähler bewältigt sehen, und sie wollen sie von der CDU bewältigt sehen.

Die wirtschaftspolitische Kompetenz ist unser großes politisches Kapital. Seit Ludwig Erhards Zeiten ist das Bild der CDU untrennbar mit wirtschaftlichem Erfolg verbunden. Vom Wirtschaftswunder kann man nicht immer zehren, man muß sich wirtschaftliche Kompetenz aufs neue beweisen. Das haben wir eindrucksvoll getan: Nach 1982 durch Beendigung der sozialliberalen Stagnation und Rezession und den längsten Aufschwung unserer Wirtschaftsgeschichte. Jetzt stehen wir vor neuen Herausforderungen.

Wir haben einen großen Vertrauensvorschuß. Die Grundeinstellung der Bevölkerung ist positiv: für Leistungsbereitschaft, Sparsamkeit, Verlässlichkeit bei den arbeitenden Menschen, bei dem selbständigen Mittelstand. Das Fundament ist gegeben. Der Weg zum Erfolg wird von den Menschen bewußt, konsequent und ausdauernd angegangen. Nur, wir Politiker dürfen nicht ungeduldig werden. Wir dürfen nicht schnelle Zusatzentscheidungen treffen, die in eine Sackgasse, in einen Umweg oder in einen Irrweg führen können.

Es gibt einige Gefahren. Das sind die Beschäftigungsgesellschaften in den neuen Bundesländern. Heiner Geißler, sie sind nicht der Schnuller, von dem gesprochen wurde. Nur, wir müssen acht geben, daß andere nicht einen Schnuller daraus machen. Wir sind im Übergang für die Beschäftigungsgesellschaften, aber unter der Bedingung, daß sie den kleinen und mittleren Betrieben nicht Konkurrenz machen dürfen und daß sie ihnen nicht die Arbeitskräfte abziehen dürfen, denn sonst wäre das Kontraproduktiv.

(Beifall)

Unsere Aufgabe ist es nicht, liebe Freunde, Beschäftigungsplätze zu schaffen, die Steuern kosten, sondern Dauerarbeitsplätze zu schaffen, die Steuern bringen. Das dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Zweitens. Die Treuhand hat Betriebe zu sanieren. Dazu gehört oft, daß Verluste ausgeglichen werden müssen, z. B. auch in Baufirmen. Aber diese dürfen dann keine unfaire Konkurrenz machen. Das heißt im Klartext: Noch-Treuhandbetriebe dürfen private Baubetriebe nicht unterbieten. Das kostet Geld der Steuerzahler und vernichtet einen Mittelstand, bevor er überhaupt entstanden ist.

(Beifall)

Ich nenne drittens den Auftrag der Treuhand, zu sanieren. Das ist ein hochaktuelles Thema in diesen Tagen. Sanieren heißt, die Betriebe wettbewerbsfähig und subventionfrei zu machen. Wir alle sind uns einig: Sanieren geschieht am sichersten durch Privatisieren. Sanieren durch Privatisieren, um die Arbeitsplätze zu retten: Das wollen wir. Wir wollen nicht privatisieren, um Arbeitsplätze zu gefährden oder sie zu vernichten. Deshalb sollten wir aber nicht sagen: Sanieren geht vor Privatisieren. Diejenigen, die dies sagen, werden sehr rasch formulieren: Sanieren statt Privatisieren. Aber dann sind sie dabei, die VEB-Staatsbetriebe durch Bundesunternehmen zu ersetzen. Das kann nicht die Lösung – auch nicht in diesen Tagen – sein.

(Beifall)

Möglicherweise bleiben nach Erfüllung des Sanierungsauftrags der Treuhand einige Betriebe über, die saniert sind, aber trotzdem keinen privaten Käufer gefunden haben. Dann, aber erst dann muß man darüber reden. Jetzt jedenfalls darf man nicht den Druck wegnehmen, wettbewerbsfähig zu werden, denn sonst werden diese Betriebe nie wettbewerbsfähig und verschlingen viel, viel Geld über all die Jahre hinweg.

Wir müssen die Kraft der Wirtschaft zum Aufbau leistungsfähiger Arbeitsplätze in einer mittelständischen Wirtschaft einsetzen. Wir dürfen nicht alte Mißwirtschaft durch neue Fehlentscheidungen fortsetzen. Das kann in diesen Tagen nicht die Aufgabe sein.

(Beifall)

Wir müssen den Aufschwung Ost, den jeder sieht, durch die Notwendigkeit der Sicherung der Wirtschaftskraft in ganz Deutschland ergänzen. Das heißt – wie der Bundeskanzler zum Ausdruck gebracht hat –, daß zusätzliche Sozialleistungen jetzt nicht angegangen werden können. Das heißt, daß wir die Reform der Unternehmensbesteuerung jetzt brauchen. Das heißt, daß der Solidaritätszuschlag am 30. Juni nächsten Jahres – nach Ablauf eines Jahres – zurückgenommen werden muß, um Leistungswillen und Vertrauenspotential bei der Bevölkerung nicht zu verspielen.

Das hat auch seine Bedeutung für die Lohnentwicklung in Deutschland. Wir wollen und müssen die Löhne in ganz Deutschland in möglichst kurzer Zeit angleichen, aber ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitsplätze – insbesondere der in den neuen Bundesländern- zu gefährden. Deshalb müssen wir die Anstrengungen zur Verbesserung der Produktivität noch forcieren, damit wir die Löhne um so schneller erhöhen können. Gleiche Maschinen sind die unverzichtbare Voraussetzung für gleiche Löhne. Deshalb müssen die Investitionszuschüsse nicht ausschließlich bei Großunternehmen landen. Sie müssen breit gestreut werden, d. h. sie müssen auch den kleinen Betrieben gewährt werden. Deshalb müssen die Investitionszulagen über den 30. Juni hinaus in der gebotenen Höhe weitergeführt werden.

Die Tarifpartner sind gefordert. Umstrukturierungsmaßnahmen dürfen sie nicht erschweren. Das heißt oft, beim Personalabbau mitwirken zu müssen.

Ulf Fink gratulierte gestern den Hennigsdorfer Stahlarbeitern, daß sie auf die Straße gegangen sind. Ich will gar nicht dagegen sprechen, ich weiß aber nicht, ob die Arbeitsplatzsicherheit der Stahlwerker dort verbessert wurde, weil sie auf die Straße gegangen sind, und ich weiß ganz bestimmt, daß es kein Mittel ist, Arbeitsplätze in Ostdeutschland zu retten, indem die Menschen auf die Straße gehen. Dadurch würde die schwierige Aufgabe nur weiter verzögert.

Das ist doch der Unterschied zu 1948. Damals ging man nicht auf die Straße, weil die Arbeitsplätze weg waren. Jetzt sind viele nur scheinbar vorhanden, sie sind aber betriebswirtschaftlich weg. Gleicher Lohn, den wir rasch wollen, und überhöhte Beschäftigungszahlen schließen sich gegenseitig aus, meine Damen und Herren. Hier müssen wir ehrlich miteinander umgehen.

(Beifall)

Die Tarifpartner sind gefordert, die Löhne regional zu differenzieren. Wer möchte, daß die Löhne in Ost- und Westdeutschland rasch einander angeglichen werden, wer Solidarität mit dem Osten einfordert, muß auch dafür sein, daß im Westen maßgehalten wird.

Meine Damen und Herren, wer in den neuen Bundesländern eine schnellstmögliche Angleichung der Löhne verlangt und in den alten Bundesländern 10 % Lohnerhöhung

und mehr fordert – das sind Beträge, die schon in Normalzeiten nicht möglich sind –, der kann die Lohnangleichung zwischen Ost und West nicht erreichen, der handelt gegen Arbeitsplatzinteressen und der sollte sich schämen, von Solidarität mit den Menschen im Osten zu reden.

(Beifall)

Noch ein Wort zu den Grundwerten. Die deutsche Einheit ist mehr als wirtschaftlicher Erfolg, ist mehr als Opfer- und Leistungsbereitschaft. Deutsche Einheit heißt auch: Einheit in den Grundwerten und Grundüberzeugungen. Da können wir im Westen mehr von der Erfahrung der Menschen im Osten lernen. Ich habe einfach Angst, daß wir – im Westen – uns mehr mit den Lebensläufen mancher informeller Mitarbeiter des Stasi beschäftigen, als daß wir aus der Erfahrung im Osten das ableiten, was wir zur Sicherung einer freiheitlichen Lebensordnung im Westen und in ganz Deutschland heute lernen können. Die Stasi war eine notwendige Folge, aber nicht Ursache dieses menschenverachtenden Systems. Aufzuklären, worin die Ursache des unmenschlichen Sozialismus liegt, und so die Chance des Neubeginns in Deutschland zu nutzen, das gelingt uns jetzt, nach dem Zusammenschluß, nach der Wiedervereinigung, besser als in den 40 Jahren zuvor. Wir müssen die inneren Widersprüche des Sozialismus herausarbeiten. Wir können nicht deutlich genug sagen: Der Sozialismus wollte den besseren Menschen. Das war wohl das vermessenste Ziel, das er sich überhaupt gestellt hat.

Wir Christdemokraten wissen, daß der Mensch das Werk der Schöpfung ist, daß wir den Menschen nicht ändern können, daß aber die Gesellschaft, in der der Mensch lebt, entscheidend dafür ist, ob er seine Anlagen dort zur Entfaltung bringen kann oder ob seine Anlagen verkümmern müssen.

Der Sozialismus ist gescheitert, weil er Passivität, Gleichgültigkeit und Zynismus gefördert hat. Die Soziale Marktwirtschaft muß zeigen, daß sie den Menschen Aktivität, Engagement und Solidarität zugleich vermittelt und daß sie die Menschen dazu motivieren kann. Nicht zufällig hängen persönliche Freiheit und wirtschaftlicher Erfolg so eng zusammen. Nicht zufällig ist eine demokratische Gesellschaft zugleich die Gesellschaft des größeren Wohlstandes.

Das aber haben wir den Menschen jetzt zu beweisen. Jetzt können wir den Sozialismus noch als die größte Lüge der Geschichte darstellen. Aber wir müssen den Sozialismus dauerhaft entlarven, denn sonst kommen sie eines Tages wieder aus den Schlupflöchern heraus:

(Beifall)

diejenigen, die die alten Lügen neu verkleiden, die dann wieder von Revolution schwärmen und unsere Kinder verführen wollen und die sich an diesen Utopien erwärmen.

Das sind nicht irgendwelche. Vor zwei Jahren, sechs Wochen nach dem Fall der Mauer, veranstaltete die SPD in Berlin ihren Bundesparteitag. In ihren Anträgen sprach sie sich dreizehn Mal für Sozialismus und kein einziges Mal für soziale Marktwirtschaft aus. Wer so denkt und handelt, der will und kann nicht die Ordnung in Deutschland schaffen, die die Mehrheit der Menschen herbeigeseht hat und die deshalb uns gewählt hat, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Diese inneren Widersprüche, diese inneren Zusammenhänge müssen wir erklären. Wir dürfen nicht den Eindruck aufkommen lassen, da hätten alte Herrschaftscliquen

versagt, die anfangs in bester Gesinnung angetreten seien und die nur durch die Macht korrupt geworden seien. Sonst wird sehr rasch Sozialismus neu mit den Erfahrungen der Vergangenheit und mit einer besseren Führung verlangt werden, und das gilt für ganz Europa.

Der real existierende Sozialismus ist nicht irgendeine Abart, die man Stalinismus nennen kann. Der real existierende Sozialismus ist die Realität eines menschenverachtenden Systems. Unser zentrales Anliegen muß es deshalb sein zu verhindern, daß die, die schon einmal belogen worden sind, wieder belogen werden, dann wohl eher von den Westsozialisten. Unser zentrales Anliegen muß es sein, daß von deutschem Boden eben nie wieder Sozialismus ausgehen kann. Wir haben dazu genug gelernt.

(Beifall)

Deshalb wundere ich mich eigentlich, warum wir in solchen Fragen so ängstlich schweigen und uns fast entschuldigend für die großartige Wirkung der Idee und der Kraft der Freiheit in der ganzen Welt.

Helmut Kohl sprach von der Aufbruchstimmung, die uns viele Menschen aus den neuen Bundesländern jetzt bringen. Ich meine, wir sollten diese Aufbruchstimmung insbesondere dafür nutzen, um für die nächsten 100 Jahre Freiheit und Gerechtigkeit, Selbstverantwortung und Selbständigkeit, den freiheitlichen Rechtsstaat und die soziale Marktwirtschaft, also unsere Werte, zu sichern und damit auch die zukünftigen Wahlsiege der CDU.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Elmar Pieroth! Das Wort hat Jürgen Schreier, Saarland.

**Jürgen Schreier:** Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Heute morgen war eine zentrale Forderung eines Arbeitskreises, daß die Bildungspolitik im Blick auf die gemeinsame Zukunft Deutschlands wieder einen höheren Stellenwert, eine höhere Priorität haben müsse. Gerade deshalb ist es bedauerlich, daß das Thema „schulische Bildung“ im Manifest stark eingegrenzt ist und daß es sich fast reduziert auf die Frage der Verkürzung der Ausbildungszeit.

Meine Damen und Herren! Die Schulzeit ist im Zusammenhang mit der Bildungsunion wichtig; aber sie ist nur ein Teilaspekt einer großen bildungspolitischen Herausforderung und Chance zugleich. Das Zusammenwachsen von zwei sich fremden Schulsystemen – auf der einen Seite ein hochdifferenziertes, plurales System, auf der anderen Seite das Erbe der Einheitsschule – ist ein unwahrscheinlich spannender und innovativer Prozeß, der im Manifest leider kaum Erwähnung findet.

Hier wie in vielen anderen Feldern der Politik gilt: Wir im Westen Deutschlands haben die Schulweisheit nicht allein gepachtet. Eine neue Sicht von Schulstrukturen in den neuen Ländern ist nicht von vornherein eine falsche Sicht, sondern sollte Denkanstoß für uns alle sein.

Es ist deshalb gut, daß den neuen Ländern keine Blaupausen und keine Kopien des westlichen Systems zugrunde liegen. Es ist gut, daß sie eigene Vorstellungen entwickeln, und wir sollten dem auch offen gegenüber stehen; denn auch im Bildungswesen der alten Länder wird nicht alles so bleiben können, wie es immer war.

In der alten Bundesrepublik gibt es nach einem langen und harten Schulkampf eine Trennungslinie zwischen Nord und Süd. Es darf, meine Damen und Herren, nicht noch eine neue Schulgrenze zwischen Ost und West geben.

(Beifall)



Die Schulorganisationsgrenzen überall in Deutschland müssen überwunden werden, um unseren Blick nicht zu verstellen für die viel, viel wichtigeren Lerninhalte und um Kräfte freizumachen für das nächste große Ziel, das vor uns liegt, nämlich Europa zu gestalten.

Das deutsche Schulwesen zu modernisieren, neue Inhalte einzubringen, es fit zu machen für Europa, ist die eigentliche Herausforderung. Denn die europäische Chance ist eine große Chance für die jungen Menschen, vorausgesetzt, sie sind gut gebildet und gut ausgebildet und haben die gleichen Chancen wie ihre Nachbarn.

In diesen Zusammenhang gehört die Frage der Schulzeitverkürzung. Sie sollte auch einmal als schlechtes Beispiel dafür dienen, wie wir mit Parteitagsbeschlüssen umgehen. Am 4. November 1981 haben wir beschlossen, die Zeit von der Einschulung bis zum Abitur am Gymnasium auf 12 Jahre zu verkürzen. Heute, zehn Jahre später, ist der Beschluß immer noch nicht umgesetzt.

Ein Schüler, der zum Beschlußtermin im Jahre 1981 eingeschult wurde, hat heute die mittlere Reife, macht 1994 nach 13 Schuljahren sein Abitur und wird vielleicht nach 14 Semestern im Jahre 2001 sein Studium, 26 oder 27 Jahre alt, je nach Einschulungstermin, beenden. In der Konkurrenz zu seinen Studienkollegen aus Frankreich, aus Luxemburg und aus Spanien hat er das Nachsehen. Es geht also nicht darum, heute neue Kommissionen zu bilden; es geht darum, die alten Beschlüsse ernst zu nehmen und sie endlich in den Ländern einmal durchzusetzen.

(Beifall)

Umsetzen, meine Damen und Herren, müssen wir unsere Beschlüsse, anstatt die Schuld von der Schule auf die Hochschule und von der Hochschule auf die Schule zu schieben und vor Verbandsinteressen zu kapitulieren.

Die jetzige große Koalition von sozialdemokratischen und christdemokratischen Kultusministern in dieser Frage bringt uns nicht weiter; denn die Sozialdemokraten verfolgen mit ihrem Nein zur Schulzeitverkürzung eine ganz andere Politik. Wir sollten uns nicht vor deren Karren spannen lassen. Wir brauchen die Verkürzung für die Sicherung der Qualität des Gymnasiums und vor allem für die neuen Herausforderungen im Blick auf Europa. Reden wir also nicht länger davon! Machen wir sie endlich!

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Das Wort hat die Bundestagspräsidentin, Frau Süßmuth.

**Prof. Dr. Rita Süßmuth**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt Dinge, die auch nicht in Dresdner Manifesten stehen können, weil die Sprache oft das wegnimmt, was wir fühlen und erleben. Ich möchte zu Beginn meiner kurzen Ausführungen drei Dinge sagen. Glauben Sie mir, es geht vielen wie mir, daß wir, wenn wir in Städten und Dörfern wie diesmal in Dresden sind, nach wie vor sehr dankbar dafür sind, daß wir hier sein dürfen. Das sollten Sie auch von uns wissen, weil Dankbarkeit keine Einbahnstraße ist.

(Beifall)

Ein Zweites: Es gibt Bücher, die so spannend sind, daß man sie verschlingt. Seit 1989 erlebe ich hier das Leben als das, woraus ich am meisten lernen kann, und aus der spontanen Nähe ist dann auch erst wieder ein Stück Distanz geworden, neue Annäherung, und bei jedem Mal mehr wird es auch Vertrautheit.

Und drittens: Sie sollten wissen, weil immer von den Starken aus dem Westen und den Schwachen aus dem Osten gesprochen wird.

Glauben Sie mir, auch wenn ich mich sachlich gut vorbereitet habe – jedesmal, wenn ich an einen Ort in den neuen Ländern fahre, bin ich sehr unsicher, was ich denn sagen soll, ob ich die Sprache treffe, die die Menschen angeht. Und deswegen glauben Sie nicht, daß wir so sicher sind; auch wir sind unsicher und lernen täglich neu dazu.

(Beifall)

Und auf vieles haben auch wir keine Antwort.

Deswegen muß ich zu dem Thema auch des heutigen Tages sagen: Gewiß geht kein Weg an der Wahrheit in der Biographie eines jeden Menschen vorbei, aber niemand von uns ist fehlerfrei. Mein Wunsch ist, daß das, was wir über die Auseinandersetzung um die Vergangenheit gesagt haben, uns nicht entzweit, sondern versöhnt, und daß jeder und jede die Chance zum Neuanfang hat. Das ist christdemokratische Politik!

(Beifall)

Ich möchte mich – er ist jetzt nicht da – bei Heiner Geißler bedanken. Es hat mich wieder einmal begeistert, und ich weiß genau, warum ich bei der CDU bin.

(Beifall)

Und wenn er jetzt hier wäre – das ist nicht nur eine Frage der Jungen und der Frauen –, er sollte uns glauben, das tangiert uns alle, die Älteren wie die Jüngeren, Frauen wie Männer; denn jeder von uns hat Ideale, mit denen er in der Politik ist, und ohne Ideale können Sie längerfristig keine Politik machen,

(Beifall)

selbst wenn wir immer hinter dem Anspruch zurückbleiben. Deswegen steige ich gerade hier noch einmal ein. Ich konnte 1985 nach dem Essener Parteitag nach Bonn gehen. Aber glauben Sie mir, es geht bei der Frauenfrage um mehr als um Gleichberechtigung, und deswegen füge ich dem heutigen Forumsbericht noch einmal hinzu: So, wie die CDU ihr eigenes Profil, ein unverwechselbares, durch die Soziale Marktwirtschaft entwickelt hat, ein Programm, was um die Welt geht und sich durchsetzt, wie sie sich ausgezeichnet und profiliert hat mit ihrer Europapolitik, möchte ich anknüpfen an das, was Heiner Geißler zu den neuen Herausforderungen gesagt hat, an einem Punkt, der mir wichtig ist.

Er hat vom Generationenvertrag gesprochen. Ich sage Ihnen: Nachdem auch das sozialistische Modell der Gleichberechtigung durch berufliche Integration nicht das Modell ist, nicht unsere Vision ist, kommt es darauf an, daß wir nicht die revolutionären Prozesse unausgesprochen lassen, die die CDU vorangetrieben haben. Und wenn es bei der Verfassungsreform etwas aufzunehmen gilt, dann ist es für mich die Gleichwertigkeit von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit.

(Beifall)

Gerechtigkeit heißt für mich, daß wir im Rahmen der notwendigen Umschichtungen der Finanzen Antworten beitragen zur ungelösten europäischen und außereuropäischen Frage, wie wir denn die Sorge um Menschen, das Familienleben, alles das, was eben von ihm schon gesagt worden ist, mit dem Bereich des Erwerbslebens, der Ehrenamtlichkeit und der politischen Arbeit verbinden.

Wenn wir diese Aufgabe nicht lösen, haben wir auch keine Antworten darauf, was mit den Kindern, den Kranken, den Schwachen, den Behinderten wird. Deswegen brauchen wir diese Gleichwertigkeit. Menschen können es nicht als gerecht empfinden, wenn sie sich um Menschen kümmern, aber am Ende ihres Lebens – oder wann immer es sie ereilt – auf Sozialhilfe angewiesen sind.

(Beifall)

Sie werden fragen: Wo ist Gerechtigkeit für mich, mein Lohn für meine Leistung?

Deswegen möchte ich uns auffordern, sei es in kleinen Parteitagungen – wir haben ein großes Stück Arbeit in diesem Bereich geleistet, gerade die CDU, indem sie in den schwierigsten Zeiten Anerkennung von Erziehung, jetzt Anerkennung von Pflege durchsetzt –: daß wir uns nicht von dem Weg abbringen lassen und dafür Sorge tragen, daß die einen in dem einen Feld, die anderen in dem anderen Feld oder beide wechselweise tätig sind. Von uns werden Antworten auf diese Frage erwartet, und wenn wir das schaffen, sind wir auch wiederum im Generationenvertrag. Neil Breuning ist gestorben, aber sein Vermächtnis muß bei uns sein und bei keiner anderen Partei!

(Beifall)

Ich möchte eine zweite Herausforderung nennen – auch sie ist in unserem Forum deutlich geworden: Es muß die CDU sein, die Antworten gibt auf die veränderte Lebenserwartung. Es geht mir bei Bildung und bei Berufsausübung um weit mehr als um die Frage der Verkürzung von 13 auf 12 Jahre. Das ist notwendig, aber das macht ja noch nicht das Ganze aus. Die CDU muß es sein, die gerade am Beispiel in den neuen Ländern deutlich macht, daß das Erwerbsleben nicht immer kürzer wird, sondern daß Einstieg oder Wiedereinstieg mit 45 Jahren eine Chance ist für qualifizierte Erwerbs- und Berufstätigkeit

(Beifall)

– für Frauen und Männer gleichermaßen. Warum gehen wir da nicht stärker nach vorn?

Und ich muß Ihnen sagen: Auch das, was Bildung ist, dauert ein Leben lang. Was wir brauchen, ist nicht einseitig mehr Wissenschaft und Wissen, sondern ist mehr Bildung, die die Menschen für die Zukunftsbewältigung brauchen, um der Verantwortung gerecht zu werden, die sie in der sehr komplizierten Welt von heute übernehmen.

(Beifall)

Man darf Demokratie nicht mit laissez-faire verwechseln! Und dabei sehen wir oft, daß die Menschen meinen, Demokratie heiße, jeder könne tun und lassen, was er wolle.

Deswegen knüpfe ich noch einmal an Kurt Biedenkopf an. Dies heißt, Herausforderungen anzunehmen mit Verantwortung, wobei wir auch den jungen Menschen sagen müssen: Von euch wird nicht weniger, sondern mehr verlangt! – Aber glauben Sie mir, Menschen, denen man ständig sagt: Wir haben schon für euch gesorgt! – die werden nicht zufriedener, sondern unzufriedener.

(Beifall)

Deswegen fordere ich uns auf, daß wir uns das Fieber bewahren – mir geht es jedenfalls so –, das uns erwischt hat nach der Wende. Für mich ist es eine Revolution, weil es die Veränderung aller Lebensverhältnisse ist, ohne blutig verlaufen zu sein. Stolz können wir darauf sein, daß dies gelungen ist.

Deswegen möchte ich in dem Dresdner Manifest gerade diesen Gedanken unterbringen: Aufschwung Ost braucht Geld, aber was noch wichtiger ist, sind die Begeisterung und das Engagement der Menschen, wie es z.B. gestern abend Hermann Schnipkowitz noch einmal gesagt hat.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir in dieser Gesinnung das Dresdner Manifest verabschieden, dann bin ich auch überzeugt, daß wir der leidenschaftlichen Unzufriedenheit, die im Augenblick in

der Bundesrepublik umgeht, Widerstand leisten können. Wir haben nicht nachzugeben, sondern uns zu widersetzen und zu sagen: Wir sind gefordert, und wir wollen es auch! – Danke schön.

(Beifall)

**Klaus Lewandowsky**, Tagungspräsident: Herzlichen Dank für Ihre Rede, Frau Süßmuth. – Das Wort hat jetzt Herr Grill, Niedersachsen. Ich möchte jetzt doch ganz herzlich darum bitten, daß sich die Redner dann doch möglichst auf eine Zeit von 5 bis 7 Minuten beschränken.

**Kurt-Dieter Grill**: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Im Forum IV ging es heute vormittag um die ökologische Realität des Dresdner Manifests. Die Überschrift, die Leitlinie war: „Schöpfung bewahren, globale Umweltverantwortung“. Ich ergreife hier eigentlich nur deshalb das Wort, weil mir deutlich geworden ist im Ablauf des Forums, daß es einen Unterschied gibt zwischen dem Anspruch auch des Dresdner Manifests, vieler anderer Beschlüsse der Christlich Demokratischen Union bis hin zu Bremen und der Realität unserer Diskussion.

Frau Dr. Uhlmann hat in ihrem Bericht im Grunde genommen den Herrn Repnik aufgenommen mit dem, was er uns vorgetragen hat aus der Sicht des Entwicklungshilfepolitikers – eine vorzügliche Konzeption für die Frage einer globalen Umweltpolitik.

Aber es hat mich betroffen gemacht, daß in einer vierstündigen Aussprache nicht ein einziger von uns diese Frage der globalen Verantwortung aufgenommen hat. Das ist in Anbetracht der Probleme auch gar nicht verwunderlich, und es soll auch in dem Sinne keine Kritik sein, sondern eine Feststellung.

Leider hat keiner von den mehr als zwanzig Rednern ein einziges Wort zur globalen Verantwortung gesagt! Wir haben nur über die Probleme vor unserer Haustür gesprochen, noch nicht einmal über die europäischen Angelegenheiten, sondern nachhaltig im Grunde nur über die Frage der ökologischen Sanierung in den neuen Bundesländern. Ich denke jedoch, daß sowohl in den Beiträgen von Kurt Biedenkopf und von Heiner Geißler als auch in dem, was wir in Bremen beschlossen haben, ganz deutlich wird, daß Umweltaußenpolitik eine hervorragende und herausfordernde Aufgabe ist. Wir müssen mit dem Dresdner Manifest deutlich machen, daß es notwendig ist, die sozialistischen Altlasten zu beseitigen. Die ökologische Solidarität und die Verpflichtung zur ökologischen Aufarbeitung von Rostock bis Chemnitz, von Frankfurt an der Oder bis Magdeburg müssen wir in diesem Dresdner Manifest deutlich zum Ausdruck bringen. Das ist die eine Seite, und daran kann es keinen Zweifel geben. Deswegen haben wir auch gesagt: Die ökologischen Prioritäten müssen überdacht werden, auch im Sinne der Frage, wo wir mehr erreichen, wenn wir unsere finanziellen Ressourcen einsetzen.

Aber ich denke, daß wir ja auch schon erlebt haben, daß bereits in dieser Frage in manchen westlichen Ländern die notwendige ökologische Solidarität nicht vorhanden ist. Ich komme aus Niedersachsen, wo wir eine Umweltministerin haben, die sich permanent der ökologischen Solidarität mit Sachsen-Anhalt verweigert. Ich will das an zwei Beispielen deutlich machen:

Erstens: Da bringen SPD-regierte Länder wie Niedersachsen und Hamburg Hunderttausende von Tonnen Müll nach Schönberg, weil wir in Westdeutschland unfähig sind, die notwendigen Entsorgungseinrichtungen selber herzustellen. Dann geht die Umweltministerin von Niedersachsen in die Zeitungen, so in Schwerin, und sagt: Das ist ganz schlimm; Frau Uhlmann importiert Müll aus dem Westen und will damit auch noch Geld verdienen.

Am nächsten Tag aber kommt der Geschäftsführer ihrer Sonderabfallgesellschaft und sagt: Bitte, bitte, Frau Uhlmann, geben Sie uns 60 000 Kubikmeter Raum auf Schönberg, weil wir sonst mit dem Müll unserer Industrie in Niedersachsen gar nicht mehr fertigwerden. – Welch ein verlogenes Spiel mit den Ängsten der Menschen, denn das, was wir bei uns selber verweigern, wird anderen Menschen zugemutet!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das zweite Beispiel: Es gibt eine deutsche und eine europäische Aufgabe, die - sozusagen fast flächendeckend für einen großen Teil Europas - mit der Sanierung der Elbe beschrieben ist. Da gibt es ein Land wie Niedersachsen, das innerhalb von knapp zwei Jahren 5,2 Milliarden DM Mehreinnahmen hat, und zwar zu einem nicht unerheblichen Teil als Folge der deutschen Einheit. Und was macht die Umweltministerin in Niedersachsen? Sie stellt sich hin und sagt: Ich habe kein Geld, sondern der Bund soll das, bitte schön, finanzieren. – Man kann nicht glaubwürdig nationale Solidarität und schon gar nicht internationale Solidarität fordern, wenn man selber nicht bereit ist, auch nur eine müde Mark von dem Reichtum zu geben, der vorhanden ist.

(Zustimmung)

Ich glaube, daß wir in dieser Frage sehr darauf achten müssen, daß diese ökologische Sanierung nicht daran scheitert, daß viele in unserem Lande mit der Vision von morgen das Gute von heute verhindern, damit das Schlechte von gestern weiter in Betrieb bleibt. Wir müssen darüber wirklich nachdenken!

Aber so richtig es ist, daß wir die nationale Solidarität auch im Sinne der Ökologie einfordern, so richtig ist es doch auch, liebe Freunde, daß wir nicht nur vor unserer Tür kehren. Wir dürfen nicht nur Politik machen, die wir bei uns nachvollziehen können. Das Zusammenwachsen von Ost und West darf uns nicht daran hindern, unser Augenmerk auf den Nord-Süd-Konflikt zu richten. Da geht es ja nicht darum, nur Wohltaten oder Almosen zu verteilen. Vielmehr müssen wir mit einer richtig angelegten Politik, mit der Sozialen Marktwirtschaft, dafür sorgen, daß die Kräfte auch in der Dritten Welt mobilisiert werden können. Dies geht bis hin zu Fragen der Asylpolitik und bis hin zu vielen anderen Zusammenhängen, die ich hier im einzelnen gar nicht mehr aufzählen will.

Was wir aber von uns selber einfordern müssen, ist das, was Eduard Pestel in seinem Buch „Jenseits der Grenzen des Wachstums“ beschrieben hat. Wir mit unserem Wohlstand werden diese Debatte nur glaubwürdig führen können, wenn wir Vorbild sind, wenn die Industrienationen bereit und in der Lage sind, die Freiräume zu schaffen, damit die Dritte Welt sich entwickeln kann. Wenn wir das nicht herüberbringen, versagen wir vor einer Generationenaufgabe.

(Zustimmung)

Ich meine, daß die ökologische Komponente in diesem Sinne so beschrieben werden muß, wie es im Dresdner Manifest geschieht und wie es in vielen anderen Papieren der Union der Fall ist. Die Glaubwürdigkeit dieses Dresdner Manifests ist nicht nur eine Frage der Politik in unserem eigenen Haus, in unseren Ländern und in unseren Kommunen, sondern wir müssen auch in den internationalen Passagen des Dresdner Manifests, was die ökologische Verantwortung anlangt, glaubwürdig sein. Wir haben nur eine Welt, und wir sollten alles dafür tun, daß wir das Teilen nicht auf uns selber beschränken, sondern im Sinne unseres „C“ andere mit einbeziehen. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. – Das Wort hat nun **Ottfried Hennig**.

**Dr. Ottfried Hennig**: Herr Präsident, liebe Parteifreunde, eine kurze Anmerkung zu einem, was mir noch fehlt, auch bezogen auf eine vierstündige Diskussion im außenpolitischen Forum, das einen sehr wichtigen, sehr interessanten, sehr weiterführenden Verlauf genommen hat, und eine kleine Bitte an Sie alle seien mir am Ende dieser allgemeinen Aussprache zum Dresdner Manifest gestattet:

In unserem Forum 6 war viel von Sorgen, von Schwierigkeiten, von Problemen und von Risiken die Rede. Ich möchte dem eines gegenüberstellen, was dabei vielleicht ein bißchen zu kurz kommt. Ich meine nämlich, daß wir am Ende dieses arbeitsreichen und schwierigen Jahres 1991 gemeinsam viel Anlaß zu Stolz und Zuversicht haben.

(Zustimmung)

Es war ein ungeheuer arbeitsreiches Jahr, aber es war ein Jahr, das die Union wieder auf die Erfolgsstraße gebracht hat, ein Jahr, von dem wir, wenn wir in unserer Parteigeschichte später darauf zurückblicken, sagen werden: Es war ein besonders gutes Jahr für die Union; wir haben gemeinsam die Kurve nach vorne und nach oben bekommen.

(Beifall)

Diese Maßstäbe gewinnt man vielleicht am besten mit dem Blick auf ein Zitat. Karl-Eduard Erdmann, der große unvergessene langjährige Nestor der deutschen Geschichtswissenschaft, hat uns hinterlassen, was von dem englischen Außenminister Grey im Jahre 1914 gesagt wurde. Grey hat damals, beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges, ein Wort gesagt, das für viele Jahrzehnte danach so unheimlich wahr werden sollte: In Europa gehen die Lichter aus, und sie werden für mindestens zwei Generationen auf diesem Kontinent nicht wieder angehen.

Genau so ist es gewesen. Was hat Europa in diesen Jahren nicht alles erlebt: mit zwei schrecklichen völkermordenden Weltkriegen, mit Inflation, mit der Nazi-Zeit, mit der Vertreibung, mit Hunger und Not, mit dem Ost-West-Konflikt und der aufgezwungenen Teilung unseres Landes, mit dem Kalten Krieg und der kommunistischen Diktatur allein über vierzig Jahre auf deutschem Boden. Dies alles hat Europa in den Jahren nach 1914 erlebt.

Nun ist der Spuk auf der anderen Seite zusammengebrochen. Natürlich ist es richtig, daß er uns Schreckliches hinterlassen hat. Natürlich ist es wahr, daß allergrößte Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen sind. Aber ist es denn nicht genauso richtig, daß dieses Europa trotz kultureller Großleistungen, trotz wirtschaftlicher Großleistungen über Jahrzehnte von seiner eigenen Teilung, von Zersplitterung und vom Gegeneinander geprägt worden ist und daß wir jetzt die gewaltige Chance haben, etwas ganz anderes in Europa gemeinsam zu gestalten, nämlich ein Europa, das nach unseren Maßstäben gestaltet wird, nach Sozialer Marktwirtschaft, nach Freiheit, nach Menschenrechten, nach unseren Gesichtspunkten, die uns zumindest im Westen Deutschlands nach diesen schwierigen Jahren wieder groß gemacht haben?

(Zustimmung)

Liebe Freunde, diese positiven Dinge sollten wir nicht unter den Scheffel stellen.

Wenn dies alles jetzt auf der anderen Seite zusammengebrochen ist, sollten wir auch daran denken, wer uns noch vor zwei Jahren welchen Rat gegeben hat. Wir sollten daran denken, daß die Sozialdemokraten es noch vor zwei Jahren abgelehnt haben,

sich an der Finanzierung der Erfassungsstelle in Salzgitter zu beteiligen. Helmut Kohl hat das gestern zu Recht hervorgehoben. Ich habe in Schleswig-Holstein im Frühjahr 1989 mit der Jungen Union auf den Straßen Kiels für Salzgitter die 9500 DM zusammengesammelt, die der gesamte Beitrag dieses Landes zur Beteiligung an den Kosten für Salzgitter gewesen wären.

(Beifall)

Herr Engholm hat es anschließend abgelehnt, die 9500 DM entgegenzunehmen. Er beteiligt sich bis heute nicht an der Finanzierung dieser Gemeinschaftseinrichtung der deutschen Länder zur Aufarbeitung eines Teils der Hinterlassenschaft dieses Unrechtssystems auf deutschem Boden.

Liebe Freunde, eine wichtige Perspektive scheint mir zu sein - auch das kam in unserem Forum vortrag stark zum Ausdruck -, daß jetzt eine geistige Anstrengung von uns gefordert ist. Jetzt ist nicht in erster Linie eine materielle Anstrengung von uns gefordert, sondern eine enorme geistige Anstrengung mit viel Ausdauer, mit viel Entscheidungsfreude, mit viel Mut, mit viel Solidarität und vielen neuen Ideen. Dabei müssen wir einige Verkrustungen auf die Seite legen, und wir müssen Einheit leben, wie es das große Motto dieses Parteitag fordert.

Mich stimmt es zuversichtlich, daß der Experte vom Deutschen Entwicklungsdienst in unserem Forum vortragen konnte, daß von vier entwicklungspolitischen Experten, die jetzt in die Entwicklungsländer, in die Dritte und Vierte Welt entsandt werden, einer jetzt bereits aus den fünf neuen Ländern kommt. Ist das nicht ein optimistisches Signal? Ist das nicht auch ein Signal dafür, daß das richtig ist, was Angela Merkel uns gestern in so hervorragender Form vor Augen geführt hat, als sie sagte, wir sollten neugierig aufeinander sein? Ich finde, das ist ein ganz wichtiger Akzent, der immer wieder beachtet werden muß.

Wir sollten neugierig auf die Erfahrungen sein, die dort und hier gemacht worden sind, neugierig sein auf die Kenntnisse, die unter ganz anderen Lebensumständen erworben worden sind, neugierig sein auf die Begabungen, die auf uns zukommen, auch in unserer lebendigen Parteiarbeit, auf welcher Ebene auch immer. Wir sollten nutzen, was es dort für Kenntnisse auch an Sprachen z. B. in Richtung Osteuropa gibt. Auch in dieser Richtung gibt es vieles, was man vom anderen lernen kann.

Unser Blick geht jetzt ganz zwingend nach Osten. Er geht insbesondere nach Osteuropa, weil dort die gewaltigen Aufgaben der Gestaltung dieses Teils unseres alten und ewig jungen Kontinents in der Tat zunächst geleistet werden müssen. Liebe Freunde, der Blick geht nach Osten, aber wir bleiben in der Solidargemeinschaft der freien, der westlichen Welt und der Nordatlantischen Gemeinschaft. Auf dieser festen Basis werden wir auch das andere gestalten und werden dabei genauso erfolgreich sein wie bisher in der westlichen Hälfte dieses Kontinents.

Hilfe ist heute eben primär eine konzeptionelle Hilfe. Sie muß sich nicht unbedingt in Milliarden ausdrücken, sondern sie muß sich in Ideen, in Konzeptionen, in geistigen Anregungen ausdrücken. Dies ist auch deshalb wichtig, weil ich es für eine Illusion halte, zu meinen, der Sozialismus als ein Traum der Menschheit sei für alle Zeiten aus unserer Welt verschwunden. Ich halte dies für eine Illusion. Es wird bereits an der Umarbeitung der Geschichte gearbeitet. Ich fürchte, wir werden es gemeinsam bald wieder mit Illusionisten aus diesem Bereich zu tun haben. Gerade deshalb ist es wichtig, wer dieses geistige Vakuum füllt und wie dies geschieht. Zu dieser geistigen Anstrengung möchte ich uns alle miteinander aufrufen.

(Beifall)

Liebe Freunde, nun noch eine ganz kurze Anmerkung zu Schleswig-Holstein. Wir treten dort nun gegen den Hamlet schlechthin an, gegen einen, der sich gerade in den letzten Wochen und Monaten in besonderer Weise als Zauderer ausgewiesen hat. Es ist schon erstaunlich, wie man dort die Kanzlerkandidatur hin und her schiebt - nach der Melodie: Das ist ein Gesellschaftsspiel, bei dem der Verlorene hat, der am Ende gegen Helmut Kohl antreten muß.

(Beifall)

Es ist doch eigentlich eine Schande für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, wie dies dort hin und her geschoben wird.

Liebe Freunde, ich möchte an dieser Stelle eine ganz herzliche Bitte an Sie richten. Jeder von uns kann uns auf dem Wege, der vor uns liegt, helfen. In hundert Tagen haben wir in Schleswig-Holstein eine Landtagswahl, die für die CDU genauso wichtig ist wie die zugeständenermaßen außerordentlich wichtige Landtagswahl in Baden-Württemberg, bei der wiederum unseren Freunden dort in besonders intensiver Weise geholfen werden muß. Deshalb ist meine Bitte an Sie: Jeder Bundestagskollege, jeder Kollege aus dem Europäischen Parlament, jede Frau und jeder Mann sind uns hochwillkommen, uns auf dem vor uns liegenden Wege zu helfen. Gerade auch die Kolleginnen und Kollegen aus den fünf neuen Ländern sind gern gesehene Gäste bei uns, die uns in der Tat auf Grund ihrer Erfahrungen mit einem System, das versagt hat, viele gute Ratschläge geben können. Gerade gegenüber dem linken Landesverband der SPD in der Bundesrepublik Deutschland ist dieser Rat so wichtig, liebe Freunde. Ich kann Ihnen Gott sei Dank sagen, daß die CDU in Schleswig-Holstein ihre große Krise der Jahre 1988/89 überwunden hat. Von 45 Kandidaten haben 23, also mehr als die Hälfte, überhaupt noch nie für den Landtag kandidiert. Wir haben unsere Konsequenzen gezogen. Wir sind aufgebrochen und haben einen neuen Weg beschritten. Wir hoffen, daß wir am Ende dieses Weges am 5. April wieder die stärkste Partei in unserem schönen Bundesland im Norden der Bundesrepublik sein werden.

(Beifall)

Ich bitte Sie: Helfen Sie uns auf diesem Wege. Sie haben es mit uns gemeinsam in der Hand. Wir können ein Stück dieses Weges gemeinsam gehen. Es gibt gute Gründe für Zuversicht. Helfen Sie mit. Dann werden wir anschließend dafür sorgen, daß der Norden eben nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern von Parteifreunden von uns regiert wird, sondern auch wieder das schöne Bundesland Schleswig-Holstein im Norden der Bundesrepublik. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Otfried Hennig. Ich glaube, die ganze Partei wird ihr Bestes tun, damit Sie bei den Landtagswahlen mit den Freunden der Union Erfolg haben. - Als nächste hat Frau Rönsch das Wort.

**Hannelore Rönsch**: Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir haben den familienpolitischen Teil des Dresdner Manifestes mit dem Satz eingeleitet:

Die Familie gibt dem Menschen Halt und neue Orientierung.

Wir in der Christlich Demokratischen Union stehen für eine Politik, in der die Freiheit und die Verantwortung Vorrang vor dem Anspruch von Ideologien und staatlicher Bevormundung haben. Diktatoren haben immer versucht, die Eigenständigkeit der Familie zu untergraben, und zwar, wie wir gesehen haben, in der ehemaligen DDR mit Erfolg. Diktatoren haben erkannt, daß in der Familie Kraft steckt, die den Menschen



befähigt, eigenverantwortlich zu leben und zu entscheiden. Gestehen wir aus der alten Bundesrepublik es uns doch ein: Auch wir haben in der Vergangenheit schon gemeint, Familie in ihrer ursprünglichen Form habe nicht mehr die Kraft wie in früheren Zeiten, und wir müßten die Familie noch mehr unterstützen. Dem letzten Halbsatz stimme ich voll zu. Wir müssen die Familie noch mehr unterstützen. Wir müssen die plurale Familienkultur anerkennen, denn auch Alleinerziehende fallen unter diesen Begriff. Wir sind auf dem Weg der Unterstützung schon sehr weit vorangekommen - mit Kindergeld, Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, Kinderfreibetrag usw. Wir sind aber noch nicht am Ende dieses Weges.

Familie hat auch in der Bundesrepublik weiter eine Zukunft. Ich habe gerade in den jüngsten Tagen eine Untersuchung in meinem Ministerium bekommen, die in den vergangenen Monaten durchgeführt wurde. Im Rahmen dieser Untersuchung sind 10 000 Menschen im Alter zwischen 18 und 55 Jahren befragt worden. 60 % der Befragten im Alter zwischen 25 und 55 Jahren leben in einer Ehe. Junge Männer und Frauen wünschen sich eine Ehe. Es ist allerdings so, daß die jungen Mädchen das Heiratsalter ein wenig hinausschieben. Die jungen Frauen heiraten im Durchschnitt jetzt erst im Alter von 25 Jahren. Die jungen Männer heiraten im Durchschnitt in einem Alter von 27 Jahren. Es ist hier schon angesprochen worden, daß wir uns Gedanken darüber machen müssen: Können wir unseren jungen Leuten eine so lange Ausbildungszeit überhaupt zumuten? Müssen wir nicht sicherstellen, daß sie sich nach einer kürzeren Ausbildung vielleicht auch wieder ein wenig früher zu einer Ehe, zur Familie entschließen?

Ich meine aber, wir sind auf dem Wege der Unterstützung der Familie ein gutes Stück weitergekommen. Wir müssen diesen Weg aber auch weiterhin beschreiten. Wir müssen den Familienlastenausgleich, obwohl wir gerade in diesem Haushalt für diesen Bereich hervorragende Leistungen erbracht haben, auch weiterhin ausbauen.

Ich will von dieser Stelle aus die Sozialdemokraten auffordern, endlich ihre Behinderepolitik, die sie jetzt im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat betreiben, einzustellen. Denn mit der Erhöhung des Kindergeldes zum 1. Januar 1992 und mit der Erhöhung des Kinderfreibetrages wollen wir gerade Familien mit Kindern entlasten. Wenn die Sozialdemokraten im Vermittlungsausschuß das Steueränderungsgesetz blockieren, schaden sie gerade diesen jungen Familien, die wir entlasten wollen.

(Beifall)

Wir müssen sie auffordern: Hört auf, damit Ideologie zu betreiben! Wir wollen die Familien unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von Heiner Geißler wurde angesprochen, daß der Generationenvertrag stimmen muß, daß das Miteinander der Generationen verbessert werden muß. Erleben wir nicht alle in unserem unmittelbaren Umfeld, daß sich gerade noch die Eltern für ihre Kinder verantwortlich fühlen, daß aber sehr viele erwachsene Kinder ihre Verantwortlichkeit für die Eltern immer weiter hinstellen und meinen, das ist eine Sache, die Staat und Gesellschaft übernehmen müssen? Damit ich nicht falsch verstanden werde: Das heute ausgesparte Thema Pflegeversicherung bewegt mich natürlich ausgesprochen. Denn wenn man bedenkt, daß in der Bundesrepublik 70 % der alten Menschen in Pflegeeinrichtungen, in Alteneinrichtungen zusätzlich zu ihrer Rente oder zu ihrer Pension Sozialhilfe brauchen und daß es in den fünf neuen Bundesländern gar 100 % sind, dann, meine ich, müssen wir die Pflegeversicherung so schnell wie möglich für alle haben.

(Beifall)

Mich erfüllt manches ein wenig mit Sorge, wenn ich bei meinen vielen Besuchen und Gesprächen gerade auch mit älteren und alten Menschen darüber rede, daß wir so schnell wie möglich die Lebensverhältnisse angleichen müssen. Mir ist es ein ganz besonderes Anliegen, daß gerade die ältere Generation in den fünf jungen Bundesländern so schnell wie möglich an dieser Angleichung teilhat. Denn die älteren und alten Menschen sind die Generation, die den Hitler-Faschismus erlebt und erlitten hat, die 40 Jahre in einem Terrorregime leben mußte und die jetzt in der dem einzelnen verbleibenden Zeit in Frieden, aber auch in sozialer Sicherheit leben soll. Wir müssen diesen alten Menschen die Angst nehmen, und wir müssen sicherstellen, daß sie in guter Umgebung leben und wohnen.

Bei meinen Besuchen in den fünf jungen Bundesländern und bei Einrichtungen dort ist mir sehr erschreckend deutlich geworden, wie man mit dem alten Menschen, der aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden ist, umgegangen ist. Er taugte nichts mehr für den Staat, er konnte dem Staat nichts mehr bringen. Und wenn er dann sein wohlverdientes Altersgeld bekommen hätte, fiel er dem Staat mehr oder weniger zur Last. Wenn er schließlich ein Pflegefall wurde, in eine Alten- oder Altenpflege-Einrichtung mußte, dann war es sehr schwer, nachzuvollziehen, was dieser Staat mit seinen Senioren gemacht hat.

Ich meine, es ist jetzt unsere gemeinsame Aufgabe, dafür zu sorgen, daß diese Einrichtungen menschenwürdig hergerichtet werden.

(Beifall)

Wir haben eine Heim-Mindestbauverordnung. Nach dem Einigungsvertrag erlaubt es uns diese Heim-Mindestbauverordnung, noch bis zum Jahre 2000 – ich sage es mal etwas salopp – ein Auge zuzudrücken. Wenn man aber diese Heim-Mindestbauverordnung heranzieht und die 1500 Einrichtungen in den fünf jungen Bundesländern betrachtet, müßten sofort 40 % dieser Einrichtungen geschlossen werden. Weitere 30 % wären mittelfristig sanierungsfähig und 20 % längerfristig. Ich bin mir voll bewußt, das kann die Bundesregierung nicht allein erbringen. Aber ich meine, daß wir die fünf jungen Bundesländer und die Sozialminister dort mit dieser großen Aufgabe nicht allein lassen dürfen.

(Beifall)

Wir haben in der Vergangenheit schon das 5-Milliarden-Programm aufgelegt, und ich hätte mir gewünscht, daß die kommunalen Mandatsträger in den fünf jungen Bundesländern mehr von diesen 5 Milliarden in den Bereich der Alten-Einrichtungen gegeben hätten. Es war festgelegt, daß diese Mittel vordringlich – so hieß es in der Auflage – in Schulen, Krankenhäuser und Alten-Einrichtungen fließen sollten. Tatsächlich sind aber nach einer Umfrage in den fünf jungen Bundesländern nur 5 bis 8 % dorthin, also in die Sanierung von Einrichtungen für alte Menschen, geflossen. Ich meine, wir müssen uns darüber noch einmal Gedanken machen, und ich fordere die Kolleginnen und Kollegen, die kommunale Verantwortung tragen, auf, nicht nur in die Zukunft der Jugend und in die Schulen zu investieren – auch das muß selbstverständlich sein –, sondern die älteren und alten Menschen zu bedenken. Denn die ihnen verbleibende Zeit ist kürzer.

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch ein letztes Wort an uns alle aus den alten Bundesländern. Lassen Sie uns mit der Leidenschaft, mit der wir damals für die Wiedervereinigung gekämpft haben, jetzt auch für den Vollzug der Wiedervereinigung arbeiten! Es erfüllt mich manchmal schon mit Sorge: Wenn man unseren Bundesbür-

gern aus den alten Bundesländern nur sagt, sie mögen mit der Weiterentwicklung einen Schritt langsamer gehen – wir erwarten nicht ein Verharren –, dann werden schon sehr oft bedenkliche Minen aufgesetzt, die Stirn wird in Falten gelegt, und man hat Angst, in ein soziales Abseits zu geraten. Wenn mir als Seniorenministerin die Forderung gestellt wird, für ältere Menschen Detektoren zu unterstützen, die sie am Körper tragen, damit ein verstärktes Herzklopfen gleich bei der Notarztzentrale gemeldet wird und der Notarzt auch sofort kommen kann, habe ich dafür vollstes Verständnis. Aber ich meine, daß es momentan zuerst gilt, die alten Menschen in den fünf jungen Bundesländern mit einem Telefon zu versorgen, damit sie die Möglichkeit haben, Hilfe zu rufen, wenn sie Hilfe brauchen.

(Beifall)

Noch einmal meine sehr geehrten Damen und Herren: Lassen Sie uns alle mit der großen Leidenschaft, mit der wir 40 Jahre für diese Wiedervereinigung gekämpft haben, jetzt fortfahren, daß wir diese Wiedervereinigung auch verwirklichen, daß wir sie sozial gut ausgestalten! Und bitte, denken Sie im besonderen an die älteren und alten Menschen!

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Ministerin!

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich möchte Sie jetzt um Zustimmung zu zwei geschäftsleitenden Verfügungen bitten. Zum einen, daß wir für die Generalaussprache jetzt die Rednerliste schließen. Ich stelle fest, daß mitunter auch andere Redebeiträge angemeldet werden. Wir müssen heute abend aber noch den Einstieg in die Abstimmung über das Dresdner Manifest finden. Das wäre die erste Bitte. Und die zweite, sehr dringliche Bitte an die restlichen Redner der Generaldebatte ist, sich auf fünf Minuten zu beschränken.

Darf ich zu beidem um Ihre Zustimmung bitten. Ist jemand dagegen? – Enthaltungen? – Auch nicht. Dann gehe ich davon aus, daß wir jetzt so verfahren können.

Das Wort hat Herr Lennartz, anschließend Frau Christine Weber aus Sachsen.

**Leo Lennartz**: Herr Präsident! Meine lieben Freunde! Ich trete nicht ohne Bewegung an dieses Mikrophon, denn ich erinnere mich, daß ich im vergangenen Jahr, ungefähr eine Woche vor der Wiedervereinigung, bereits einmal Gast in diesem Hause gewesen bin, als ein internationaler Kongreß stattfand, den unter anderem CDU-Leute hier organisiert haben. Damals haben wir schon Dresden erlebt und haben Dresden gesehen. Ich habe mich als ein Kind der Kriegsgeneration an die kaputte und zerstörte Stadt Köln erinnert, die ich schon etwas aus meinem Gedächtnis verloren hatte. Dies hier ist eine Stadt, die einen furchtbaren Blutzoll gezahlt hat für eine unmenschliche Politik der früheren Machthaber des Dritten Reiches. Die jungen Leute kann man immer dadurch beeindrucken, daß man auf die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki verweist, und es wird verschwiegen, daß diese Stadt Dresden einen ähnlichen Blutzoll hat leisten müssen.

Wir sollten das vielleicht bei der Aufarbeitung unserer Geschichte immer im Hinterkopf bewahren, wohin es führt, wenn eine Gesellschaft Politik macht, wenn die Koordinaten sich verschieben und wenn der Mensch im Vordergrund steht und nicht mehr eine andere, höhere Ordnung.

Bei der Diskussion, die wir heute geführt haben, und auch bei der Diskussion über das Dresdner Manifest muß ich bei alledem, was an Positivem gesagt worden ist, und bei alledem, was an Solidarität und Gerechtigkeit eingeklagt worden ist, doch noch

einmal darauf zurückkommen, wie eigentlich der Name unserer Partei lautet. Der Name unserer Partei ist nicht Christlich-Soziale Marktwirtschaftspartei, der Name unserer Partei ist auch nicht Solidaritätspartei. Der Name unserer Partei ist Christlich Demokratische Union.

Wenn wir sagen, wir sind eine christliche Partei, dann geben wir eine Antwort auf die Frage: Was soll denn an Stelle des Sozialismus kommen? Die Völker fragen nach einer neuen Ordnung für diesen Kontinent, nicht nur für Deutschland, sondern für Europa. Diese Ordnung muß christlich sein, weil wir einmal die richtige Antwort zu geben wissen auf den Sinn und den Wert jedes Menschen und jeder Gesellschaft. Sie muß aber auch deshalb christlich sein, weil wir ohne eine christliche Ordnung diesen Kontinent nicht werden gestalten können.

Ich meine, wir sollten uns in der ganzen Diskussion an diesen Gesichtspunkt erinnern. Ich weiß, wie schwer das in der CDU, die wir neu geformt haben, sein wird. Aber das Christliche, das Wissen um eine höhere Ordnung, um eine persönliche Verantwortung und das Gerufen-Sein von Gott, das für jeden Menschen gilt, müssen für uns Leitlinie sein in alledem, was wir tun. Dann wird es uns auch leichterfallen, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben.

Eben ist von Heiner Geißler sehr beeindruckend die Solidarität mit den Schwächsten eingefordert worden. Zu den Schwächsten gehören natürlich auch die Ungeborenen. Zu den Schwächsten gehören auch die Behinderten. Zu den Schwächsten gehören auch die Alten, die sich nicht mehr wehren können. Alle diese Menschen müssen wir in unserer Gesellschaft nicht nur behalten, wir müssen ihnen die Solidarität zukommen lassen, die sie von uns erwarten können.

Wir müssen auf diesem guten Wege weitermachen. Wenn wir hier mit der Solidarität anfangen und diese aus unserer Verantwortung heraus christlich verstehen, können wir das tun, was eben gefordert wurde: eine Entwicklung einzuleiten, die von Dauer ist.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Das Wort hat jetzt Hartmut Schauerte aus Nordrhein-Westfalen.

**Hartmut Schauerte**: Herr Vorsitzender! In dem Manifest, das wir heute beschließen, steht: Der Bund und die westlichen Bundesländer werden auf absehbare Zeit bereit sein müssen, die nötigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Hier an der Wand steht „Einheit leben“. Wir erleben gerade im Kampf zwischen Land und Bund: Wer soll denn was bezahlen?

Wenn ich die Debatte gestern richtig verfolgt habe, dann haben der Bundeskanzler und auch Herr Teufel aus Baden-Württemberg von der Solidarität gesprochen. Nur, ich habe den Eindruck – wenn ich das Vermittlungsverfahren richtig bewerte –, sie verstehen hinsichtlich der Frage, wer soll welche Last tragen, sehr Unterschiedliches. Wenn wir als Partei sagen, wir wollen Einheit leben, wäre es nötig, daß wir auch an unsere Bundesländer den Appell richten, doch sehr intensiv darum bemüht zu sein, hier kein uneinheitliches Bild über die Frage aufkommen zu lassen: Wie wollen wir dem Gebot, das wir uns gesetzt haben, jetzt gerecht werden?

Ein Scheitern des Vermittlungsverfahrens wird große Probleme hinsichtlich der Glaubwürdigkeit unseres Programms aufwerfen. Deswegen mein dringender Appell, die Dinge nicht zu weit zu treiben; denn wir werden auf diesem Feld an Glaubwürdigkeit verlieren, wenn für die Menschen draußen nicht klar ist, daß die CDU-Bundesländer und die CDU-Bundesregierung eine einheitliche, verantwortbare und durchhalt-

bare Linie vertreten. Laßt doch die SPD in diesem Feld die Verweigerungspolitik machen, beteiligen wir uns daran nicht. Ich denke, es wäre wichtig, hier eine Korrektur einzuleiten.

Ein Zweites: Die Größe der Aufgabe, die vor uns liegt, ist so enorm, daß man sie eigentlich nur mit großem Gottvertrauen – davon haben Christdemokraten ja eine ganze Menge – wirklich akzeptieren und gestalterisch annehmen kann. Sie kann einem Angst machen. Wir müssen auch konstatieren, daß bei den Menschen draußen im Land ein Stück Sorge vorhanden ist, ob das, was wir zur Zeit vor der Brust haben, nicht zuviel ist: die Wiedervereinigung, Osteuropa, die globale Verantwortung, die Entwicklungspolitik für die Welt und der Ausbau der sozialen Systeme.

Alles wird mit großem Applaus zur Kenntnis genommen, wenn es jeweils einzeln aufgerufen wird. Aber die Kunst ist ja, alles zusammenzufügen und es so solide darstellen zu können, daß wir am Ende wissen: Das ist ein in sich schlüssiges Konzept, und wir behalten die finanzpolitische Solidität.

Der Staat hat drei klassische Instrumente, um solchen Herausforderungen gerecht zu werden. Das erste ist: Er kann die Steuern erhöhen. Wir wissen, daß wir insoweit in einem Grenzbereich sind und daß wir darüber nicht hinweggehen dürfen. Wir kennen ja den Streit im Vermittlungsverfahren, der gerade auch um die Erhöhung der Mehrwertsteuer geht. Auch da haben wir schon Riesenbauchschmerzen. Über den Weg läuft also nicht viel mehr, als bisher bekannt ist.

Das zweite Instrument ist, die Schulden zu erhöhen. Das haben wir für einen richtigen Zweck getan. Auch als Finanzpolitiker sagen wir: Das mußte sein, das war unvermeidlich, das muß auf die Zeitachse gegeben werden. Aber, Herr Bundeskanzler, wir haben beschlossen: Ab jetzt wollen wir weniger Schulden aufnehmen. Daran müssen wir uns halten. Diese beiden Instrumente sind also für die Gestaltung der Aufgaben nicht mehr ertragreich.

Das dritte Instrument ist: Aufgaben verlagern und verschieben, Mittel umschichten und wie diese schönen Begriffe alle heißen. Als der Begriff „Prioritäten setzen“ fiel, haben wir alle applaudiert. Ich sage Ihnen allerdings sehr nachdenklich: Die Antworten darauf, welche Prioritäten wir denn konkret setzen wollen, wo wir denn tatsächlich neue Milliarden durch Umschichtung erwirtschaften wollen, damit wir sie in diesen Prozeß geben können, geben wir – ich will es vornehm formulieren – allenfalls andeutungsweise. Richtig klar erkennbar ist das Ganze nicht.

Ich mache mir an dem Punkt Sorgen: ob wir diese Aufgabe wirklich ernst genug nehmen, ob wir ehrlich genug miteinander umgehen.

Lassen Sie mich das als eine sehr nachdenkliche Bewertung vortragen: Es ist meine feste Überzeugung, daß das Aushängeschild und der Garant für Mehrheiten von christlich-demokratischer Politik in der Vergangenheit immer waren und in der Zukunft immer sein werden, den Menschen die finanz- und wirtschaftspolitische Solidität zeigen zu können. Es ist unser Markenzeichen, daß die Menschen uns das zutrauen. Das darf nicht an Glanz verlieren. Ich habe den Eindruck, daß das in dem einen oder anderen Debattenbeitrag, auch zu diesem Manifest, ein wenig an die Seite geschoben wurde. Es muß wieder im Mittelpunkt stehen.

Wenn wir diese finanzpolitische Solidität für die 90er Jahre nicht untadelig wiedergewinnen, zurückgewinnen oder behalten – wie immer Sie das zum gegenwärtigen Zeitpunkt bewerten wollen –, dann werden wir die Mehrheitsfähigkeit der CDU nicht halten können. Wir werden dann die nächsten Wahlen verlieren. Das sage ich nicht nur

mit Bedauern, weil ich möchte, daß wir dran bleiben. Nein, ich möchte, daß in unserem Volk Verantwortung getragen werden kann. Den Sozialdemokraten können wir die Lösung dieser Aufgabe doch nun bei Gott nicht überlassen. Das wäre doch ein Programm für noch viel größere Sorgen und Probleme, als wir sie jetzt haben.

Ich bitte Sie, das sehr ernst zu nehmen. An der Stelle müssen wir noch nachlegen. Wir sind da noch nicht am Ende.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. – Das Wort hat der Parteivorsitzende.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich will zu diesem Beitrag nur eine Bemerkung machen, die nicht mehr als zwei Minuten in Anspruch nimmt, weil ich schon den Eindruck habe – weniger bei der Diskussion auf diesem Parteitag, wobei ich den Ereignissen morgen natürlich nicht vorgreifen will, als bei der Diskussion in der Partei insgesamt: in unseren Ratsfraktionen auf der kommunalen Ebene, im Landtag und im Bundestag –, daß das, was Hartmut Schauerte eben gesagt hat, nicht von allen begriffen wird.

Für mich ist völlig klar: Der Wahlsieg der Union 1994 steht und fällt damit, daß wir die Partei der stabilen D-Mark, der soliden Haushaltspolitik, der soliden Wirtschaftspolitik sind. Alles andere – ich lasse jetzt einmal die außenpolitischen Themen weg – muß sich diesem Leitsatz unterordnen.

(Beifall)

Es soll sich niemand wundern, wenn es an diesem Punkt in der innerparteilichen Diskussion in den nächsten zwei Jahre gelegentlich knirschen wird.

Ich habe gestern in meinem Rechenschaftsbericht von den neuen Prioritäten gesprochen. Neue Prioritäten sind überhaupt nicht denkbar ohne das, was Hartmut Schauerte eben gesagt hat. Ich bin ans Pult gegangen, um mich für den Beitrag zu bedanken und noch einmal zu sagen: Dies ist unser großes Thema.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Das Wort hat jetzt Frau Thoben. Ihr folgt Frau Christine Weber aus Sachsen.

**Christa Thoben**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befinden uns seit der deutschen Einheit in einer so außergewöhnlichen Situation, daß eine finanzielle Anspannung früher nicht gewollten und auf Dauer auch nicht durchhaltbaren Ausmaßes vorübergehend unvermeidbar ist. Aber das heißt, daß wir ganz besonders darauf achten müssen, bei den Weichenstellungen nicht Festlegungen zu treffen, die die Rückkehr zu weniger Schulden und noch sparsamere Ausgaben unmöglich machen. Deshalb aus dem Forum „Soziale Marktwirtschaft“ nur drei kurze Anmerkungen:

Erstens: Es hat überhaupt keinen Sinn, hier eine Debatte darüber zu führen, ob es bei der Treuhand um Sanierung oder Privatisierung oder um eine Abfolge gehen könnte, mit der man alle Einzelprobleme vermeidet. Ich glaube, Frau Breuel hat heute morgen hier sehr eindrucksvoll vorgetragen, daß die Treuhand sich die Entscheidung im Einzelfall nicht leichtmacht. Wenn immer hier jemand sitzen sollte, der sich mit der Sicherheit, mit der er nach einer veränderten Treuhandpolitik verlangt, imstande sieht, bessere Konzepte vorzulegen als die, die nach reiflicher Prüfung durchgeführt werden, soll er sich ganz schnell melden. Ich kenne niemanden, der sie nicht liebend

gerne aufgreifen würde, um den Prozeß noch schneller, für die Menschen noch erträglicher und mit noch geringerer finanzieller Beanspruchung der öffentlichen Haushalte durchzuführen.

(Beifall)

Eine zweite Anmerkung: Wir waren uns auch einig, daß wir im Übergang Beschäftigungsgesellschaften brauchen, kombiniert mit Qualifizierungsmaßnahmen. Wir wissen, daß das eine Gratwanderung ist. Man erspart und erleichtert den Menschen bei dem Tempo des Strukturwandels das Mitkommen. Man fordert ihre Bereitschaft, das zu akzeptieren. Es muß aber klar sein – das möchte ich hier ganz nachdrücklich auch an die Adresse des Bundesarbeitsministers sagen, und ich gehe davon aus, daß er damit übereinstimmt: Wir müssen erreichen, daß die Menschen, die in Beschäftigungsgesellschaften sind, weiter als Arbeitsplatzsuchende gelten. Es darf nicht sein, daß die Arbeitsverwaltung, wenn sie sie in Beschäftigungsgesellschaften untergebracht hat, den Handwerkern die Auskunft gibt: Wir haben keine Leute für euch, denn die Leute sind alle beschäftigt! Das ist falsch.

(Beifall)

Mir ist noch eine dritte Anmerkung wichtig: Verschiedene Debattenredner haben hier schon vorgetragen, daß die Tarifpartner gefordert sind. Das sind sie zweifellos. Sie haben, was wir auch so wollen, Tarifautonomie, und sie tragen damit ein Gutteil Verantwortung für die Beschäftigung. Aber wenn wir das so mißverstehen sollten, daß sich das vornehmlich an die Tarifpartner in den neuen Bundesländern richten müsse, dann wäre das eine vollständig falsche Akzentsetzung. Es richtet sich, wenn wir das einfordern, nach meiner tiefen Überzeugung an die Tarifpartner in den alten Bundesländern. Wenn wir dieses Stück Bereitschaft, beim Angleichen der Lebensverhältnisse zu helfen, als Signal von diesem Parteitag aussenden könnten, und zwar speziell an die Adresse der alten Bundesländer, dann wäre das ein gutes und hilfreiches Signal. – Danke schön.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Frau Thoben. – Ist Frau Weber da? – Sie ist nicht da. Sie hatte auf ihre Wortmeldung extra geschrieben: heute noch.

Dann rufe ich Herrn Dr. Siegfried Ernst aus Baden-Württemberg auf. Anschließend erhält Herr Dr. Hans Geisler aus Sachsen das Wort.

**Dr. Siegfried Ernst:** Sehr verehrte Parteifreunde! Ich bin wohl einer der Ältesten hier in diesem Kreise und einer von denen, der die Zeit unmittelbar nach dem Krieg in aktivstem Einsatz miterlebt hat, als wir versuchten, die Mauer von Haß und Vernichtungswillen um das damalige Deutschland herum zu durchbrechen und die Voraussetzungen für den Wiederaufbau zu schaffen. Im Gegensatz zu heute, wo wir vielfach glauben, daß das einfach auf der wirtschaftlichen Schiene geht, haben wir damals eine ganz andere Erfahrung gemacht, die ich dem Plenum hier doch sagen möchte:

Damals, als alles in Trümmern lag – Ulm, meine Heimatstadt, war zu 80 % zerstört, und die anderen Städte ähnlich – und die Lage viel hoffnungsloser war, als sie heute in diesem Lande ist, begann der Wiederaufbau zunächst nicht mit der materiellen Seite, sondern mit der geistig-moralischen Seite. Damals kamen die großen Mannschaften der moralischen Aufrüstung nach Deutschland und haben Tausende von deutschen Politikern und Deutschen eingeladen zu ihren Weltkonferenzen. Das gab eine neue

Vision, eine neue Hoffnung, einen neuen Glauben, einen Impuls. Ich habe es selber miterlebt, wie der Marshallplan zustande kam mit der amerikanischen Delegation. Ich habe es miterlebt, als Adenauer und Schuman zusammentrafen und die Versöhnung mit Frankreich begann, aus der sich dann ganz logisch die Verträge entwickelt haben und später auch der materielle Wiederaufbau wirklich erfolgreich hat entwickeln können.

Ich habe Angst davor, daß wir das hier vergessen. Wir sind deswegen, was Herr Lennartz vorhin sagte, vor 15 Monaten hiergewesen, weil wir das Bedürfnis hatten zu sehen: Wie bekommen die Menschen in diesem ideologischen Vakuum im Osten ein neues Leitbild? Wie können wir ein christliches Menschenbild wieder lebendig machen, wissenschaftlich und auch vom Glauben her? Denn das ist die Voraussetzung dafür, daß das andere funktioniert.

Bitte, denken Sie darüber nach. Die Menschen hier sind vom Kindergarten an 45 Jahre lang mit dem historisch-dialektischen Materialismus indoktriniert worden, und sie haben vielfach nichts anderes im Kopf als diese Ideologie. Was haben wir bis jetzt getan, um das zu ändern, um ihnen ein neues Denken zu geben, aus dem dann ein neues Verhalten kommt? Die Marktwirtschaft allein genügt nicht. Sie braucht eine geistig-moralische Basis, liebe Freunde. Die Frage ist wirklich: Was können wir heute konkret tun? Hundert Milliarden haben wir für das Materielle gegeben. Wieviel haben wir denn bis jetzt für die geistig-moralische Aufrüstung der Menschen im Osten gegeben? Dazu kommt jetzt das Vakuum in Rußland usw. Wo sind die Mannschaften, die damals zu uns gekommen sind, um uns zu helfen, heute? Das müßten wir heute sein. Wir müßten in diese Länder gehen und ihnen eine neue Idee und eine neue Vision von einem Europa der Zukunft auf einer christlichen Grundlage geben. Das ist mein großer Kummer und meine Frage auch an meine Partei.

Nach meiner Überzeugung besteht die Gefahr, daß bestimmte zentrale kommunistische ideologische Sätze oder Dogmen übernommen werden. Die Fristenlösung z.B., die man uns bringen will, ist doch das zentralste kommunistische Dogma, bei dem es sich darum handelt, daß der Mensch laut Stalin eine denkende Materie ist und nicht mehr. Deswegen hat man in jedem sozialistischen Land zuerst einmal die Abtreibung freigegeben, weil das der beste Weg ist, um den Menschen vor Augen zu führen: Guck, das ist im Grunde genommen nur ein Stück Dreck für den Abfalleimer. Mehr ist der Mensch nicht.

Damit macht man ihn – auch den kleinen Mann – zum Materialisten. Über den Materialismus kommt der Kommunismus. Liebe Freunde, so kommen doch die Dinge hintereinander. Bei diesem Kampf geht es nicht nur um arme Frauen oder um das, was ich eben beschrieben habe, sondern es geht um den zentralsten Punkt der kommunistischen Ideologie, nämlich ob sie die Grundlage unserer Rechtsordnung wird, was die gerne möchten, oder ob es uns gelingt, wieder das christliche Menschenbild auch für unsere Gesetzgebung durchzudrücken.

(Beifall)

Zum Beispiel auf dem Weltbevölkerungskongreß in Bukarest, auf dem ich damals der einzige westdeutsche Arzt war, ging es ganz klar um diese Frage. Die Leute, die das organisiert haben und die damals auf Weltebene die Abtreibung proklamiert haben, haben mir am Schluß, als wir gegen diese Dinge Widerstand geleistet haben, gesagt: „Sie haben halt eine andere Weltanschauung als wir.“ Es geht in der Frage der Abtreibung weltweit um die Durchsetzung des nichtchristlichen materialistischen Weltbildes. Deswegen dürfen wir uns in Bonn heute nicht blind machen lassen. Vielmehr müssen wir das sehen und müssen hier Widerstand bis zum äußersten leisten. – Danke schön.

(Beifall)



**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Herr Dr. Ernst. – Als letzter Redner in der Generalausssprache hat Dr. Hans Geisler aus Sachsen das Wort.

**Dr. Hans Geisler:** Herr Vorsitzender! Liebe Delegierte! Meine Damen und Herren! Wir sind hier in Dresden zusammen, um ein Stückchen auf dem Weg der inneren Einheit zu gehen. Wir haben in den verschiedenen Foren auch die einzelnen Abschnitte miteinander bedacht. Ich selber war in dem Forum „Sich der Vergangenheit stellen – Vertrauen gewinnen“. In diesen Tagen und in den letzten Wochen ist dazu eine gute Aussprache unter uns in Gang gekommen. Wir sind im Differenzieren ein ganzes Stück weiter, und unter uns ist niemand mehr, der auf irgendeine Pauschalierung hinaus will.

Mir ist dabei in den letzten Wochen eine Sache deutlich geworden, die hier bisher nicht angesprochen worden ist. Deshalb habe ich mich dazu noch gemeldet. Verschiedentlich wird gesagt, daß wir in den vergangenen Jahren in der DDR alle irgendwo Kompromisse schließen mußten, um zu überleben. Zum anderen wird von Ihnen aus den alten Bundesländern gesagt: „Wir sollten zurückhaltend sein, denn wir wissen selber nicht, wie wir uns gegebenenfalls in ähnlicher Situation verhalten hätten.“ Beide Dinge scheinen mir im Augenblick die Gefahr in sich zu bergen, daß dahinter ein Teil von Menschen, die in den letzten 60 Jahren in den neuen Bundesländern in sehr kleinen Schritten versucht haben, integer zu leben und an bestimmten Stellen sicher winzige Schritte des Widerstandes zu gehen, Dinge getan haben, bei denen man von vorneherein wußte, sie haben keinen Effekt, wenn man nach der Effizienz fragt. Daß man bei einer Wahl in der DDR in die Kabine ging, hatte das Ergebnis natürlich nicht verändert, das ist für uns alle selbstverständlich. Wenn wir aber die Menschen, die versucht haben, ein wenig Zivilcourage zu leben und dabei an bestimmten Stellen integer zu bleiben, unter den beiden von mir am Anfang zitierten Äußerungen verschwinden lassen, wird eine Situation entstehen, in der diese Menschen sagen: „Wir haben diese scheinbar kleinen Schritte umsonst getan.“

(Beifall)

Ich denke, daß es für Deutschland insgesamt schlecht ist, wenn wir Zivilcourage auf diese Art und Weise ins Abseits drängen. Insofern bitte ich, auch an dieser Stelle weiterhin zu differenzieren, damit man Menschen, die – das ist heute schon mehrfach gesagt worden – aus solchen Gründen wenig oder keine Chancen hatten, diesen Startnachteil jetzt nicht weiter anlastet, sondern ihnen zusätzliche Startchancen vermittelt, Ausbildungsmöglichkeiten verschafft und so der Zivilcourage ein bißchen Raum schafft. – Danke schön.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Geisler.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir haben jetzt die dritte große Generaldebatte auf diesem Parteitag beendet und treten nunmehr in die Einzelberatung und insbesondere in die Einzelabstimmung des Antrags des Bundesvorstands einschließlich der Änderungsanträge ein. Dies erfordert von allen Delegierten ein hohes Maß an Disziplin, um es in der gegebenen Komplexität wirklich behandeln zu können. Ich bitte Sie, die Antragsbroschüre und die Sammlung der Initiativanträge zur Hand zu haben. Geplant ist, heute bis gegen 21 Uhr zu beraten. Ich bitte Sie auch, an diesen Beratungen unverändert teilzunehmen.

Nachdem wir drei große Generaldebatten eigentlich zum Dresdner Manifest hatten, möchte ich die Redezeit für die Einzelberatungen gemäß § 18 unserer Geschäftsordnung auf 3 Minuten pro Redner beschränken und auch strikt einhalten. Ich hoffe, das trifft auf Ihre Zustimmung.

Ich rufe zunächst die Anträge A1 bis A4 und A19 auf. Die Antragskommission empfiehlt, die Überschrift – darum geht es – des Manifestes beizubehalten und die Präambel nicht zu beziffern. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Präambel. Im Antrag des Bundesvorstands ist das Ziffer 1. Sie finden die Präambel mit den dazugehörigen Anträgen auf den Seiten 2 bis 6. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Präambel in geänderter Fassung. Die Änderungen gegenüber dem Text des Bundesvorstands sind in der rechten Spalte durch Unterstreichungen kenntlich gemacht. Wünscht jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. Dann kann ich darüber abstimmen lassen. Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Kapitel I des Dresdner Manifests unter der Überschrift „Deutschlands Verantwortung in der Welt wahrnehmen“. Ich rufe Ziffer 2 des Antrags des Bundesvorstands auf. Fundstellen sind die Seiten 7 bis 11. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Ziffer 2 in geänderter Fassung. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir abstimmen. Ich bitte um die Stimmen für die Fassung der Antragskommission. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig verabschiedet.

Ich rufe Ziffer 3 des Antrags des Bundesvorstands auf. Sie finden diese Ziffer mit den dazugehörigen Anträgen und den Empfehlungen der Antragskommission in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 11 bis 15. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Ziffer 3 in der geänderten Fassung.

Zu Ziffer 3 liegen zwei Wortmeldungen vor. Zunächst hat Herr Dr. Pöttering das Wort.

**Dr. Hans-Gert Pöttering:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Kreisverband Osnabrück-Land hat den Antrag A 64 gestellt. Leider ist der Bundesgeschäftsstelle – was erstaunlich genug ist – oder einem Computer ein Fehler unterlaufen. Ein Satz des Entwurfs des Dresdener Manifests lautete: „Unser Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa.“ – Genau diesen Satz finden Sie als einen angeblichen Antrag des Kreisverbandes Osnabrück-Land in der Antragsbroschüre, was falsch ist, denn wir haben beantragt, etwas hinzuzufügen, und zwar folgendes: „Unser Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa als europäischer Bundesstaat.“

Meine Damen und Herren, dies ist ein ganz entscheidender Punkt. Wir wissen, daß die Briten in Maastricht darauf bestanden haben, die, wie es wörtlich hieß, „föderale Ausrichtung“ aus dem Vertrag von Maastricht herauszunehmen. Aber wir als Christliche Demokraten dürfen doch nicht die Seele unseres europapolitischen Bekenntnisses aufgeben. Wir dürfen nicht vom Ziel des europäischen Bundesstaates ablassen.

(Beifall)

Deswegen ist meine herzliche Bitte, dies hinzuzufügen.

Gestatten Sie mir noch ein ganz kurzes Wort. Die Schwierigkeiten, die wir in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik haben, beruhen doch darauf, daß die Staaten untereinander nur zusammenarbeiten, also ähnlich der Situation, als hätten wir 16 Bundesländer ohne das Dach des Bundes, der ordnend eingreift. Deswegen dürfen wir keine europäische Konstruktion anstreben, die nur auf eine Kooperation

von Staaten gerichtet ist. Es muß vielmehr der europäische Bundesstaat mit einem starken Europäischen Parlament und mit einer Länderkammer geschaffen werden, um so wirksam handeln zu können.

Deswegen meine Bitte an die Antragskommission, diesem Fehler derjenigen, die sonst sehr verdienstvoll daran gearbeitet haben, dadurch Genüge zu tun, daß der Zusatz, wie er vom Kreisverband Osnabrück-Land der CDU beabsichtigt war, „als europäischer Bundesstaat“ hinzuzufügen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. – Das Wort hat Herr Greve.

**Uwe Greve:** Liebe Freunde! Ich bin für eine klare Sprache in einem solchen Antrag. Dafür, was hier gefordert wird, und für die Richtung, in die wir gehen wollen, gibt es zwei klare deutsche Begriffe: Es gibt den Begriff des Staatenbundes, der ja noch nicht einmal vorhanden ist. Wir können am besten am Jugoslawien-Modell sehen, daß es noch nicht einmal einen Staatenbund gibt. Dann gibt es noch den Begriff des Bundesstaates. Ich finde es sinnlos, wenn in einem einzigen Antragsteil Begriffe wie „Föderation“, „Union“, „Vereinigte Staaten von Europa“ durcheinandergeworfen werden. Ich wehre mich insbesondere gegen die Formulierung „Vereinigte Staaten von Europa“.

Europa muß seinen ureigensten selbständigen Weg zur europäischen Einheit finden. Dabei kann man gar nicht nach den Vereinigten Staaten schießen, weil die Vereinigten Staaten gar keine Vereinigten Staaten sind. Sie sind vereinigte koloniale Verwaltungseinheiten ohne gemeinsame Geschichte, ohne gemeinsame Kultur, ohne Jahrtausende gewachsene Völkerschaften.

Wenn wir diesen Weg so konsequent gehen wollen, dann bin ich dafür, daß wir ganz klar „Bundesstaat“ sagen. Das versteht jeder. Den Begriff „Vereinigte Staaten“ hingegen halte ich aus unserer ganzen europäischen Entwicklung, aus unserem Selbstverständnis heraus für absolut unzutreffend, für falsch. – Vielen Dank.

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. – Jetzt hat Herr Dr. Pflüger das Wort.

**Dr. Friedbert Pflüger:** Meine Damen und Herren! Hannover-Stadt hat den Antrag A63 gestellt. Dieser Antrag ist – jedenfalls dem Sinn nach – weitestgehend übernommen worden, bis auf den einen und eigentlich entscheidenden Satz: „In diesem Prozeß gilt der Grundsatz Vertiefung vor Erweiterung.“

Ich will jetzt den Vorschlag machen, daß wir diesen Satz an den Vorschlag der Antragskommission anhängen. Es würde dann also heißen:

Wir setzen uns auch dafür ein, die neuen Demokratien in Europa in die Europäische Gemeinschaft aufzunehmen und über Assoziierungsverträge ihre Mitgliedschaft vorzubereiten. In diesem Prozeß gilt der Grundsatz Vertiefung vor Erweiterung.

Ich möchte das gern kurz begründen. Es ist doch sehr wichtig, daß wir das, was wir in Maastricht begonnen haben, auch wirklich umsetzen können. Dort ist viel von der Unumkehrbarkeit des Prozesses gesprochen worden, aber wir alle wissen, daß der Prozeß, in dem die Beschlüsse von Maastricht verwirklicht werden sollen, noch sehr viel Überzeugungsarbeit, Aufklärungsarbeit erfordern wird.

Viele Menschen haben Angst, daß es die D-Mark irgendwann nicht mehr geben soll und daß der ECU kommt. Viele Menschen fragen sich: Habe ich eine innere Bindung

zu Europa? Ist die Bindung zu meinem Vaterland Deutschland nicht viel größer? So ist es natürlich auch in anderen Ländern. Das heißt: Um das alles umzusetzen, was wir uns in Maastricht vorgenommen haben, müssen wir noch eine gewaltige Kraftanstrengung unternehmen, auch in bezug auf die Überzeugungsarbeit.

Es ist, glaube ich, ganz wichtig und liegt auch im Interesse der mittel- und osteuropäischen Staaten, daß eine starke und funktionsfähige EG bestehen bleibt, daß also erst eine Vertiefung erforderlich ist und daß man dann langsam darangeht, ein Land nach dem anderen als Vollmitglied aufzunehmen. Deshalb dieses klare und deutliche Bekenntnis zum Grundsatz Vertiefung vor Erweiterung. – Vielen Dank.

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. – Jetzt hat Elmar Brok für die Antragskommission das Wort.

**Elmar Brok**, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Ich will Ihnen vorschlagen, daß wir den Computer überlisten, denn es war sicher nicht die Bundesgeschäftsstelle, sondern der Computer, und den glänzenden Vorschlag des Kreisverbandes Osnabrück mit der Einführung des europäischen Bundesstaates übernehmen.

Dem Herrn Delegierten aus Schleswig-Holstein, der erklärte, daß die Vereinigten Staaten von Amerika keine Vereinigten Staaten seien, sage ich: Auf diese Diskussion möchte ich mich hier nicht einlassen. Ich meine, daß es in der Tat wichtig ist, daß wir durch den Begriff des europäischen Bundesstaats unsere Position institutionell klären, daß der föderale Charakter, der auch die regionalen Bezüge beinhaltet, durch diesen Begriff klar zum Ausdruck kommt. Deswegen sollte der hier von Herrn Pöttering vorgetragene Antrag angenommen werden.

Bezüglich des Antrags des Kreisverbandes Hannover möchte ich zum Ausdruck bringen, daß ich diesen Antrag unterstützt hätte, wenn dieser Parteitag vor Maastricht stattgefunden hätte. Aber da er nach Maastricht stattfindet, haben wir in weiten Bereichen die notwendige Vertiefung zumindest durch die Erweiterung um Länder wie Schweden und Österreich erreicht. Daß wir bei einer weiteren Erweiterung der Gemeinschaft noch weitere Schritte unternehmen müssen, hat man in Maastricht durch die Festlegung einer Regierungskonferenz 1996 klargemacht. Ich meine aber, wir sollten keine Position einnehmen, die unseren Freunden in den nächsten zwei, drei Jahren – wir haben Carl Bildt gestern zugestimmt – Schwierigkeiten bereitet.

Aus diesem Grunde möchte ich darum bitten, den Antrag abzulehnen. Im übrigen bin ich immer der Auffassung gewesen, daß die Vertiefung nicht vor der Erweiterung rangiert, sondern daß sich Vertiefung und Erweiterung in einem wechselseitigen Prozeß stets bedingen.

Deswegen erbitte ich noch einmal Zustimmung für den Antrag des Kreisverbandes Osnabrück und empfehle Ablehnung des Antrags des Kreisverbandes Hannover.

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. – Das bedeutet für unsere Abstimmungslage, daß die Antragskommission den Antrag des Kreisverbandes Osnabrück übernommen hat und daß die Empfehlung der Antragskommission den Antrag des Kreisverbandes Osnabrück beinhaltet, nicht aber den Antrag des Kreisverbandes Hannover.

Über diese Empfehlung der Antragskommission lasse ich jetzt abstimmen. Wer der Empfehlung, die Elmar Brok soeben vorgetragen hat, zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenstimmen! – Wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Einige Enthaltungen. Damit ist die Ziffer 3 in der Fassung der Antragskommission angenommen.

Wir kommen nunmehr zu Ziffer 4 des Antrages des Bundesvorstandes. Sie finden den Text mit den dazugehörigen Anträgen in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 15 bis 20.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Ziffer 4 in der geänderten Fassung. Wird das Wort gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann können wir abstimmen. Wer der Entwurfsfassung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Ziffer 5 des Antrages des Bundesvorstands. Fundstellen sind die Seiten 20 bis 25 in der Antragsbroschüre. Hierzu empfiehlt die Antragskommission ebenfalls die Annahme in der geänderten Fassung. – Gibt es dazu Wortmeldungen? – Ich sehe, das ist auch nicht der Fall. – Ich bitte um das Kartenzeichen für Ihre Zustimmung. – Die Gegenprobe! Enthaltungen? – Einstimmig.

Wir kommen jetzt zur Ziffer 6 des Antrages des Bundesvorstandes. Das sind die Seiten 25 bis 31. – Hierzu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Gröhe.

**Hermann Gröhe:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen eine Veränderung der in der Fassung der Antragskommission Ihnen vorliegenden Neufassung der Ziffer 6 im Sinne der Anträge vorschlagen, die die Junge Union, die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft sowie die Landesverbände Rheinland-Pfalz und Bremen eingebracht haben. Es geht im ersten Absatz in der Fassung der Antragskommission auf Seite 26 um den Satz, daß wir unsere Hilfe „deutlich verstärken“ müssen.

Die genannten Antragsteller, für deren Anträge ich sprechen möchte, haben gesagt: Das ist uns nicht konkret genug; wir wollen in dem Manifest nicht nur die Selbstverpflichtung haben, die die Industriestaaten im Jahr 1973 vor den Vereinten Nationen eingegangen sind, sondern wir wollen mittelfristig bis zum Jahr 2000 das Ziel erreichen, daß 1 % unseres Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungshilfe aufgewandt wird. Lassen Sie mich dazu einige wenige Anmerkungen machen!

Volker Rühle hat heute darauf hingewiesen, wie notwendig es ist, die Hilfe für die Ärmsten in der Welt zu verstärken, und er hat deutlich gemacht, daß dies nicht nur ein moralisches Anliegen ist, wiewohl die Tatsache, daß jeden Tag – auch heute – 40 000 Kinder verhungern, uns Christdemokraten einen klaren Blick für die Notwendigkeit einer solchen Hilfe geben müßte. Es sind aber auch andere Tatsachen, etwa die weltweiten Wanderungsbewegungen oder der armutsbedingte Raubbau an der Natur, der auch uns betrifft, die es in unserem eigenen Interesse angebracht erscheinen lassen und es nicht nur zu einem moralischen Gebot machen, die Hilfe deutlich zu verstärken.

Bei der Hilfe für die Ärmsten in der Welt kann es nicht nur um irgendwelche Mittel gehen. Es geht sicher um drei Dinge, nämlich um die Frage: Wie werden unsere Hilfeleistungen vor Ort eingesetzt, um politische Reformen, soziale Reformen und die Beachtung der Menschenrechte durchzusetzen? Wir begrüßen die entsprechenden Richtlinien des Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Carl-Dieter Spranger, und ich füge hinzu: Wenn ich an Staaten wie China denke, wünsche ich mir eine konsequente Anwendung dieser Richtlinien.

Zum zweiten gehört dazu sicher – dies hat die Antragskommission auf Antrag der Jungen Union ebenfalls übernommen –, daß wir uns klar dazu bekennen, daß wir auch selber unser Verhalten ändern müssen, wo wir zu Ungerechtigkeit in der Welt beitragen. Aber es gehört eben auch dazu, daß wir die Ärmsten in der Welt mit

gezielter Hilfe für die Infrastruktur, für Bildung, für Gesundheitsvorsorge und für eine Grundversorgung in die Lage versetzen, in dem Fairplay, das wir weltweit wollen, eine den Interessen der Menschen in ihrem Land gemäße Rolle zu spielen.

Dazu müssen wir uns bereitfinden, bei all den Aufgaben, die wir haben, unsere Hilfe drastisch zu erhöhen. Dies sollte nicht allgemein sein. Dies sollte nicht durch das undeutliche Wort „deutlich verstärken“ zum Ausdruck kommen, sondern wir sollten der Partei und der Regierung ein Ziel vorgeben, und dieses Ziel sollte sein: bis zum Jahr 2000 1 % des Bruttosozialprodukts.

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Gröhe! Jetzt hat das Wort Peter Müller.

**Peter Müller**: Liebe Parteifreunde! Ich möchte die Intention, die Hermann Gröhe eben vorgetragen hat, unterstützen. Ich möchte aber auch hinweisen auf den Antrag 160 des Landesverbandes Saar. Dieser sieht vor, binnen fünf Jahren den Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe auf 0,7 % zu steigern. Sollten wir uns nicht auf das verständigen können, was Hermann Gröhe vorgeschlagen hat, so bitte ich, zumindest diesem Antrag zuzustimmen; denn es geht um eine Frage der Glaubwürdigkeit.

Das Ziel 0,7 % öffentlicher Entwicklungshilfe ist ein Ziel, das die Vereinten Nationen vorgegeben haben und das wir, die Bundesrepublik Deutschland, ausdrücklich anerkannt haben. Alle Parteien haben dieses Ziel anerkannt. Unser Grundsatzprogramm bekennt sich dazu.

Wenn wir im Moment über die Migrationsproblematik diskutieren, sagen wir drei Dinge: 1. Asylrecht schützen, 2. Mißbrauch bekämpfen, 3. Fluchtursachen beseitigen. Ich meine, wir müssen Glaubwürdigkeit in der Diskussion erlangen, indem wir die Vorgaben umsetzen, die wir uns selbst gesetzt haben. Eine solche Vorgabe ist das Ziel 0,7 % öffentlicher Entwicklungshilfe. Dieses müssen wir verbindlich innerhalb eines bestimmten Zeitraumes vorsehen. Der Landesverband Saar hat beantragt, 0,7 % öffentliche Entwicklungshilfe in den nächsten fünf Jahren zu erreichen. Ich bitte, dies zu unterstützen.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Das Wort hat die Antragskommission. Herr Brok!

**Elmar Brok**, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob man durch die Nennung von Zahlen, die man ja seit 20 Jahren kennt, die Probleme wirklich löst. Die SPD hat in ihre Programme immer 0,7 oder 1 % hineingeschrieben und war zu ihren besten Zeiten bei 0,35 %; dies hat diese Bundesregierung überschritten. Wir sollten, glaube ich, nicht durch solche Zahlen in ein Stückchen Unglaubwürdigkeit hineinkommen.

Wir haben heute morgen ein Forum mit Experten gehabt, in dem deutlich geworden ist, daß wir im Bereich der Entwicklungspolitik eben nicht nur mit Zahlen arbeiten sollten, sondern die Experten haben uns gesagt, daß wir unabhängig von der Nutzung finanzieller Ressourcen viel stärker Konzeptionshilfe leisten sollten, weil dies in vielen Bereichen viel wirkungsvoller ist und wir dabei entsprechende Beiträge leisten können. Dies läßt sich aber nicht in Zahlen fassen.

Im übrigen scheint es so zu sein, daß wir, glaube ich, zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehen müssen, daß die Einheit Deutschlands nach Vollendung der inneren Einheit unsere Position auch im Bereich der Entwicklungspolitik erheblich stärken wird und daß wir in der gegenwärtigen Zeit mit unseren Leistungen nicht geringer werden dürfen. Aber wir sollten auch nicht zu einer Überforderung kommen.

Ich meine aus diesen Gründen, daß die Forderung, die Hilfe deutlich zu verstärken, eine ehrliche und klare Aussage ist und wir nicht meinen dürfen, daß wir durch die Nennung einer Zahl die Probleme wirklich lösen können.

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! In der Sache gibt es nur marginale Differenzen. Die Antragskommission empfiehlt eine deutliche Verstärkung. Dann haben wir zwei Empfehlungen, das zu beziffern, nämlich mit 1,0 und mit 0,7 %.

Ich stimme zunächst, wie es üblich ist, über die Empfehlung der Antragskommission ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Das erste war die beachtliche Mehrheit.

(Vereinzelter Widerspruch)

– Doch, wirklich! Glauben Sie es mir! Das Verhältnis war 70 : 30. Die Enthaltungen bitte! – Damit ist Antrag entsprechend der Empfehlung der Antragskommission mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Ziffer 7, und zwar sind wir bei II: Die innere Einheit Deutschlands vollenden. Die Ziffer 7 des Antrags des Bundesvorstands finden Sie auf den Seiten 31 bis 37. Die Antragskommission empfiehlt, die Ziffer 7 in geänderter Fassung so anzunehmen, wie dort dargetan.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann können wir über die Ziffer 7 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe bitte! – Wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Einige Enthaltungen. Damit ist auch die Ziffer 7 angenommen.

Wir kommen jetzt zur Ziffer 8 des Antrages des Bundesvorstandes. Sie finden die Anträge und die Empfehlung auf den Seiten 37 bis 45, müssen aber die Sammlung der Initiativanträge dazunehmen. Dort finden Sie auf Seite 2 den Antrag 433, der hier mitbehandelt werden soll.

Die Antragskommission empfiehlt, die Ziffer 8 in geänderter Fassung anzunehmen. Wir haben hierzu die Wortmeldung von Herrn Herrmann.

**Klaus Herrmann**: Meine Damen und Herren! Nach der geltenden Empfehlung der Antragskommission sollen die Anträge C18 bis C21 hier mitbehandelt werden, und die ursprüngliche Empfehlung der Antragskommission, die in der Broschüre auf Seite 121 abgedruckt ist, soll ersatzlos entfallen. In dieser Empfehlung sprach sich die Antragskommission dafür aus, daß wir als Parteitag die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bestärken, die Abstimmung über eine Änderung von Artikel 16 des Grundgesetzes herbeizuführen.

Ich meine, wir sollten diesen Beschluß auch fassen; denn von einer Änderung des Grundgesetzes haben wir in den letzten Monaten, ja sogar Jahren genügend geredet. Wir sollten jetzt die Abgeordneten bestärken, eine solche Abstimmung, möglichst auch namentlich, im Deutschen Bundestag herbeizuführen.

Deshalb beantrage ich, daß wir außerhalb des Dresdner Manifests die ursprüngliche Empfehlung auf Seite 121 getrennt zur Abstimmung bringen, und bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Eine weitere Wortmeldung: Herr Michael Dirks.

**Michael Dirks**: Ich möchte einen Antrag begründen, den der Kreisverband Münster als Änderungsantrag zu dieser Ziffer gestellt hat; das ist der Änderungsantrag A178.

In dem Entwurf der Antragskommission heißt es zum Thema Ausländer: „In den nächsten Jahren werden mehr Ausländer zu uns kommen.“ – Damit ist die Realität unseres Erachtens richtig umschrieben. Wir sind froh darüber, daß die ursprüngliche Formulierung: „Deutschland ist kein Einwanderungsland.“ durch diesen Satz ersetzt worden ist. Aber wenn wir soweit die Realität anerkennen, dann müssen wir auch die rechtlichen Rahmenbedingungen klarmachen. Wir können nicht ständig gegen den Mißbrauch des Asylrechts wettern und gleichzeitig keine andere Chance geben, in unser Land zu kommen. Deshalb beantragen wir, den Satz aufzunehmen: „Deshalb brauchen wir ein Einwanderungsgesetz.“ – Danke.

(Vereinzelt Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. – Das Wort hat dazu Herr Gerster von der Antragskommission.

**Johannes Gerster**, Antragskommission: Meine Damen, meine Herren! Ich darf zu den beiden Beiträgen auf folgendes hinweisen:

Punkt 1: Beide Beiträge betrafen nicht die jetzige Fassung der Antragskommission. Ich gehe also davon aus, daß das auf allgemeine Zustimmung trifft. Es handelt sich um zwei Zusatzanträge.

Zu Zusatzantrag 1 darf ich darauf hinweisen, daß durch einen Initiativantrag der Delegierten Teufel, Dr. Schäuble, Kauder, Wissmann und weiterer 26 Delegierter ein Zusatz zum Vorschlag der Antragskommission vorgeschlagen wird.

Es geht im wesentlichen darum, daß die rechtlichen und verfassungsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden sollen, daß Personen, die aus Nichtverfolgstaaten zu uns kommen, daß Personen, die aus Staaten zu uns kommen, in denen sie bereits Schutz vor Verfolgung gefunden haben, und daß Personen, die zu uns kommen, die in einem anderen EG-Staat bereits rechtsverbindlich abgelehnt wurden, sofort, unmittelbar nach Betreten unseres Landes, zurückgewiesen werden können.

Damit dies möglich ist, soll im Zuge der europäischen Harmonisierung auch unsere Verfassung geändert werden.

Wegen dieser Forderung im Antrag der Initiativgruppe Teufel, Dr. Schäuble und andere, wo die Abgeordneten ganz klar aufgefordert werden, in diesem Sinne unser Recht anzupassen, ist der Antrag C18 entbehrlich geworden. Das heißt, aus dem Initiativantrag ist die Aufforderung an den Deutschen Bundestag herauszulesen, unser Grundgesetz zu ergänzen.

Meine Damen, meine Herren, ich sage Ihnen, wir müssen auch das Grundgesetz ergänzen, wenn wir dieses Problem im Sinne der europäischen Harmonisierung lösen wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Also ist das Begehren des ersten Redners erfüllt.

Zweite Bemerkung: Natürlich haben wir ein Problem mit der Zuwanderung. Nur haben wir im Moment nicht das Problem einer zu geringen Zuwanderung, sondern einer zu hohen. Deswegen bin ich der Meinung, daß über den Antrag A178 – die Forderung nach einem Einwanderungsgesetz – heute nicht abgestimmt werden sollte, sondern daß wir erst das Grundgesetz ergänzen sollten. Wenn dies erfolgt ist, kann dann selbstverständlich auch über ein Einwanderungsgesetz gesprochen werden. Aber ich bitte, den ersten Schritt zuerst zu tun und dann den zweiten Schritt.

(Vereinzelt Beifall)



Deswegen schlage ich vor, daß wir das Papier in der Fassung der Antragskommission plus den Initiativantrag der Kollegen Teufel, Dr. Schäuble und andere annehmen. Damit ist dem Begehren beider Redner weitestgehend entsprochen. – Ich bitte Sie, dem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Schönen Dank. – Ich lasse jetzt abstimmen. Sie finden die Empfehlungen der Antragskommission ausgedruckt sowohl in der Antragsmappe auf Seite 37 als auch auf der rechten Seite von Seite 2 der Sammlung der Initiativanträge.

Ich lasse jetzt zunächst abstimmen über diese Empfehlung der Antragskommission, nämlich beide Anträge zusammen anzunehmen. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Einige wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ganz wenige Enthaltungen. Damit ist der Empfehlung der Antragskommission Rechnung getragen, und sie ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich komme zur Ziffer 9 des Antrages des Bundesvorstandes. Die Anträge finden Sie auf den Seiten 45 bis 49. Die Antragskommission empfiehlt, die Ziffer 9 in der geänderten Fassung anzunehmen.

Wortmeldungen liegen hierzu nicht vor. Ich sehe, das ist auch jetzt nicht der Fall. Dann können wir darüber abstimmen. Wer dieser Empfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe? – Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Zur Ziffer 10 des Antrages des Bundesvorstandes. Die Anträge selbst finden Sie auf den Seiten 49 bis 52. Die Antragskommission empfiehlt, die Ziffer 10 in geänderter Fassung anzunehmen.

Wortmeldungen liegen zu diesem Punkt nicht vor. Wir stimmen deshalb ab über die Ziffer 10 aufgrund der Empfehlung der Antragskommission. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer dieser Empfehlung zustimmen möchte. – Die Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Keine Enthaltung. Damit auch angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 11 des Antrages des Bundesvorstandes, ausgedruckt auf den Seiten 53 bis 59. Die Antragskommission empfiehlt, die Ziffer 11 in geänderter Fassung anzunehmen.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Deshalb können wir abstimmen. Ich bitte um die Zustimmung, wenn Sie der Empfehlung folgen wollen. – Die Gegenstimmen? – Die Enthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Nunmehr kommen wir zur Ziffer 12 des Antrages des Bundesvorstandes. Die entsprechenden Texte sind auf den Seiten 59 bis 68 der Antragsbroschüre ausgedruckt. – Darüber hinaus finden Sie in den Initiativanträgen auf Seite 7 der Sammlung einen weiteren Antrag. – Zunächst einmal hat das Wort hierzu Herr Bruno Orth.

**Bruno Orth**: Herr Vorsitzender, liebe Parteifreunde! Der Weg war etwas lang, aber meine Rede wird kurz sein. Ich denke, das Problem, das hier in den Anträgen 255 und 60 angesprochen ist, hat viele von uns in den letzten zwei, drei Jahren schon bewegt: Es ist die Frage neuer Modelle von Ergänzungen im Bereich der Vermögensbildung, den die Union ja seit vielen Jahrzehnten als vorrangigen Bereich ansieht.

Ich denke, das Stichwort „Investivlohn“, das hier in vielen Ohren – durch die Debatte, aber auch in Gesprächen – schon angeklungen ist, sollte uns alle anregen, hier einen neuen, weiteren Schritt auf dem Wege der Vermögensbildung zu gehen.

Ich habe inzwischen jedoch gehört, daß sich eine lange Debatte hier eigentlich insofern erübrigt, als dem Bundesvorstand, der Fraktion und auch der Fraktion im Europaparlament deutlich geworden ist, daß wir auf diesem Gebiet einen weiteren Schritt tun müssen.

Ich würde auffordern, daß alle Kreis- und auch alle Landesverbände über die neuen Möglichkeiten, die im weiteren Verlauf der Debatte aufgezeigt werden, jetzt einmal informieren sollten, und wir sollten auch bei den Gewerkschaften, wie wir's im Kreis tun können, auch bei unseren verschiedenen Vereinigungen vom Kreisverband aus über die neuen Schritte sprechen, damit wir wirklich die CDU, auch die CSU und die EVP hier einen deutlichen Schritt voranbringen.

Natürlich ist die Bindung von Lohnzuwächsen an Betriebe – ich verkürze jetzt meine Äußerungen etwas – ein problematischer Punkt, und wir müssen fragen, ob wir nicht Wege eröffnen können, diesen Investivlohnanteil von etwa einem Drittel, vielleicht auch nur einem Viertel, auch an andere Bereiche zu binden.

Ich denke dabei an die Pflegeversicherung. Ich habe gerade auch Gelegenheit gehabt, das mit Mitgliedern des Wirtschaftsrates einmal zu durchdenken.

Wir sollten mehrere Wege eröffnen. Die Bindung an den Betrieb selbst ist etwas problematisch, denn dann kämen wir ja in die Situation, daß Arbeitnehmer ihr erspartes Kapital vornehmlich an Betriebe binden, die auf andere Weise nicht an Kapital kommen. Was das bedeutet, weiß jeder, der unternehmerisch tätig ist: Es wird dann Risikokapital, und dann müssen wir wieder Abhilfefonds und Stützungsfonds bilden; so etwas kennen wir aus dem Bankwesen. Ich glaube, das sollten wir noch einmal gut durchdenken. Aber mehrere Wege zu eröffnen, das scheint mir wichtig, und die Pflegeversicherung ist ein Bereich, zu dem wir uns auch überlegen sollten, wie wir das dann steuerlich oder mit sonstigen Anreizen unterstützen. – Danke schön.

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Matthias Wissmann für die Antragskommission, bitte.

**Matthias Wissmann**, Antragskommission: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich wollte nur sagen, daß es eine Übereinstimmung mit den Antragstellern in der Antragskommission und im Bundesvorstand dahin gibt, daß wir dem Thema „Vermögensbildung“ eine neue Priorität geben müssen. Deswegen hat der Bundesvorstand bei seiner letzten Sitzung die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die im nächsten Jahr gesetzesreife Vorschläge für die Entwicklung eines eigentumspolitischen Konzepts machen soll. Es ist also festgelegt: 1992 klare Vorstellungen zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, und ich finde, damit ist auf eine gute Weise das Anliegen des Antragstellers aufgenommen.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Schönen Dank.

Es liegen also zwei Empfehlungen der Antragskommission vor, einmal zur Sache selbst auf den Seiten 59 ff. und dann auf Seite 7 in der Broschüre mit den Initiativanträgen, wo die Antragskommission empfiehlt, die Anträge 255 und 260 als erledigt zu betrachten.

Wer dieser Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – 1 Stimme. Enthaltungen? – Ebenfalls 1 Stimme. Damit ist auch diese Ziffer angenommen.

Wir kommen jetzt zu Ziffer 13 des Antrages des Bundesvorstandes, Überschrift: „Einheitliche Lebensverhältnisse schaffen.“ Meine Damen und Herren, in dieser Ziffer

werden die Themen „Soziale Marktwirtschaft“ und „Umweltschutz“ behandelt. Die Antragskommission ist angesichts der Antragslage zu der Empfehlung gekommen, diese Ziffer 13 des Antrages des Bundesvorstandes in zwei Ziffern zu gliedern und auf diese Weise die Themen „Soziale Marktwirtschaft“ und „Umweltschutz“ einer jeweils eigenständigen Ziffer zuzuweisen. Sie finden diesen Gliederungsvorschlag in der rechten Spalte auf den Seiten 69 und 71 Ihrer Antragsbroschüre.

Wenn Sie mit dieser Empfehlung der Antragskommission zunächst einmal einverstanden sind, bitte ich Sie, die Zustimmung zu diesem Verfahren mit dem Kartenzeichen zu signalisieren. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit haben wir einstimmig so beschlossen.

Wir beraten jetzt über die neue Ziffer 12, wie sie in der Fassung der Antragskommission auf den Seiten 69 bis 71 Ihrer Antragsbroschüre ausgedruckt ist. Liegen dazu Wortmeldungen vor? – Dazu gibt es keine Wortmeldungen. Deswegen können wir in der Sache abstimmen. Ich bitte Sie um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wollen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Es folgt jetzt die neue Ziffer 13 des Dresdner Manifests. Diesen Text finden Sie auf den rechten Spalten der Seiten 71 bis 75 Ihrer Antragsbroschüre. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich bitte Sie um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie dem zustimmen wollen. – Gegenstimmen? – Einige wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Vereinzelte Enthaltungen. Damit ist auch diese Ziffer angenommen worden.

Ich rufe jetzt Ziffer 14 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Fundstelle sind die Seiten 80 bis 85.

Die Antragskommission empfiehlt, die Ziffer 14 in geänderter Fassung anzunehmen. Wortmeldungen liegen hierzu ebenfalls nicht vor. Dann können wir abstimmen. Ich bitte Sie um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie der Empfehlung der Antragskommission zustimmen. – Die Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Eine Enthaltung. Es ist damit so beschlossen.

Wir kommen nun zu Ziffer 15. Die Texte finden Sie auf den Seiten 85 bis 87 der Antragsbroschüre. Hierzu gehört auch der Antrag 434 auf Seite 2 der Sammlung der Initiativanträge.

Die Antragskommission empfiehlt, die Ziffer 15 in der geänderten Fassung des zweiten Absatzes anzunehmen. Wortmeldungen haben wir dazu nicht. Deswegen können wir abstimmen. Ich bitte um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wollen. – Die Gegenprobe! – Einige wenige Gegenstimmen. Enthaltungen? – Keine. Es ist somit so beschlossen.

Nunmehr sind wir bei Ziffer 16 des Antrages des Bundesvorstandes. Fundstellen sind die Seiten 88 bis 90 der Antragsbroschüre. Außerdem verweise ich auf die Seiten 7 bis 9 der Sammlung der Initiativanträge.

Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Ziffer 16 in der ergänzten Fassung, wie sie in der Sammlung der Initiativanträge ausgedruckt ist. Wir haben keine Wortmeldungen. Deshalb bitte ich Sie um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie dem zustimmen wollen. – Gegenstimmen? – Einige wenige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu Ziffer 17 des Antrages des Bundesvorstandes. Die Texte finden Sie auf den Seiten 90 bis 94. Die Empfehlung der Antragskommission mit der geänderten Fassung ist ebenfalls ausgedruckt. Auch dazu liegen keine Wortmeldun-

gen vor. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, gebe bitte das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 18 des Antrags des Bundesvorstandes. Die Texte finden Sie auf den Seiten 94 bis 98. Die Antragskommission empfiehlt, Ziffer 18 in der geänderten Fassung anzunehmen. Keine Wortmeldungen; dann können wir auch darüber abstimmen. Ich bitte um Ihr Kartenzeichen, wenn Sie dem zustimmen wollen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich habe ganz wenige Gegenstimmen und eine Enthaltung gesehen. Damit ist auch diese Ziffer angenommen.

Somit sind wir bei Ziffer 19 des Antrages des Bundesvorstandes. Sie finden den Text sowie die dazu gestellten Änderungsanträge und die Empfehlung der Antragskommission auf den Seiten 99 bis 106. Die Antragskommission empfiehlt, Ziffer 19 in der geänderten Fassung anzunehmen. Dazu möchte aber Herr Dr. Müller das Wort ergreifen.

**Dr. Gottfried Müller:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es tut mir ja leid, daß ich das Schnellverfahren jetzt etwas bremsen, aber ich bitte Sie doch, sich noch einmal mit einer Frage auseinanderzusetzen.

Zu Ziffer 19 finden Sie auf Seite 100 oben rechts folgenden Text der Antragskommission, und zwar den letzten Satz im ersten Absatz, der mir doch zu allgemein ist und dessen Aussage zur Vergangenheit mir etwas zu billig ist:

Auch im Westen Deutschlands hatten sich viele Menschen mit der Teilung unseres Vaterlandes und mit dem SED-Regime abgefunden.

Ich denke, hier muß es schon etwas wehtun; sonst können wir uns diese Aussage überhaupt sparen. Deswegen möchte ich für den Antrag 406 des Landesverbandes Thüringen sprechen, der als vorletzter Antrag auf Seite 101 abgedruckt ist. Er schlägt vor, diesen allgemeinen Satz noch beispielhaft zu ergänzen:

Der Kompromiß im Inneren der DDR, den viele Menschen im Osten Deutschlands mit dem Staat geschlossen hatten, wurde von dem Kompromiß begleitet, den die Bundesrepublik Deutschland und zahlreiche ihrer führenden Politiker von außen mit dem zweiten deutschen Staat eingegangen waren. Beide Verhaltensweisen haben dem Frieden und der Ermöglichung annähernd normaler Verhältnisse für die DDR-Bürger gedient. Sie haben aber das SED-Regime partiell auch gestützt.

Ich denke, das sollten wir zugeben. Es ist kein Vorwurf, und es ist nicht moralisierend gemeint.

(Beifall)

Ich bitte, dem Antrag des Landesverbandes Thüringen zu folgen.

**Klaus Landowsky,** Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Vaatz das Wort.

**Arnold Vaatz,** Antragskommission: Die Antragskommission ist davon ausgegangen, daß durch die Fassung, die sie vorgeschlagen hat, der Antrag 406 des Landesverbandes Thüringen erledigt ist. Wir können aber durchaus der Argumentation von Herrn Müller folgen, was die Wertung des von ihm zitierten Absatzes auf Seite 100 betrifft, zumal diese Änderung hauptsächlich auf einige Anträge hin erfolgt ist, die vom Kreisverband Erfurt eingebracht worden sind. Wenn der Landesverband Thüringen diesen übergreifenden Vorschlag macht, so können wir dem zustimmen.

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Herr Vaatz, ich muß jetzt genau wissen, was die Antragskommission empfiehlt. Das ist für das Abstimmungsverfahren wichtig. Es sollte nicht so sein, daß eine Sache offengelassen wird.

**Arnold Vaatz**, Antragskommission: Die Antragskommission empfiehlt die Annahme des Textes in der Form, wie er hier vorliegt. Sie geht davon aus, daß sich der Antrag 406 des Landesverbandes Thüringen dadurch erledigt hat.

(Widerspruch)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Generalsekretär.

**Volker Rühle**, Generalsekretär der CDU: Im Vorschlag der Antragskommission heißt es:

Auch im Westen Deutschlands hatten sich viele Menschen mit der Teilung unseres Vaterlandes und mit dem SED-Regime abgefunden.

Das ist richtig, und dies gilt insbesondere für die Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, aber nicht für die Politik der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Im Antrag 406 des Landesverbandes Thüringen, den wir abzulehnen empfehlen, steht aber etwas ganz anderes. Ich trage es hier noch einmal vor:

Der Kompromiß im Inneren der DDR, den viele Menschen im Osten Deutschlands mit dem Staat geschlossen hatten, wurde von dem Kompromiß begleitet, den die Bundesrepublik Deutschland und zahlreiche ihrer führenden Politiker von außen mit dem zweiten deutschen Staat eingegangen waren. Beide Verhaltensweisen haben dem Frieden und der Ermöglichung annähernd normaler Verhältnisse für die DDR-Bürger gedient.

Ich muß Ihnen sagen, daß manches von dem für die sozialdemokratische Politik und ihr Paktieren mit der SED stimmen mag. Es stimmt aber nicht für die CDU-Politik unter der Bundesregierung Helmut Kohl.

(Beifall)

Deswegen kann es nicht angehen, daß hier gesagt wird, diejenigen, die sich im Innern an das SED-Regime angepaßt hätten, wollten damit dem inneren Frieden dienen, und die Bundesrepublik Deutschland habe sich im Äußeren an die DDR um des äußeren Friedens willen angepaßt. Ich finde, das ist eine unehrliche Aussage gegenüber der Bewertung der Vorgänge im Innern. Wir haben darüber ausführlich diskutiert. Diese Aussage ist für die Politik der CDU Deutschlands gegenüber der DDR auch unzutreffend. Deswegen bitte ich um Ablehnung dieses Antrages.

(Beifall)

**Klaus Landowsky**, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Volker Rühle. Wir haben dann über die Empfehlung der Antragskommission, wie sie Herr Vaatz vorgetragen hat, abzustimmen. Sie finden diese Beschlußformulierung auf Seite 100. Nur wenn diese Formulierung abgelehnt wird, stellen wir den Antrag 406 zur Einzelabstimmung.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe, bitte! - Eine beachtliche Mehrheit hat der Empfehlung der Antragskommission zugestimmt. Die Enthaltungen, bitte! - Bei vereinzelt Enthaltungen ist Ziffer 19 in der Fassung, wie sie von der Antragskommission empfohlen worden ist, damit angenommen.

Ich rufe Ziffer 20 auf. Dies ist die letzte Ziffer des Antrages. Sie finden diese Ziffer und die dazugehörigen Anträge auf den Seiten 106 und 107. Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir stimmen insofern jetzt gleich über Ziffer 20 ab. Wer Ziffer 20 in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, damit übergebe ich dem Tagungspräsidenten Professor Biedenkopf das Präsidium zur Schlußabstimmung.

**Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Herr Landowsky hat gerade festgestellt, daß wir jetzt alle Ziffern des Dresdner Manifestes beraten und verabschiedet haben. Ich finde, wir sollten uns dazu beglückwünschen.

(Beifall)

Ich glaube, daß wir mit diesem Manifest eine wichtige Grundlage für die Verwirklichung dessen gelegt haben, was wir uns mit der deutschen Einheit und mit dem Motto „Einheit leben“ vorgenommen haben. Wir kommen nun zur Schlußabstimmung. Nachdem wir das Dresdner Manifest in seinen einzelnen Ziffern beschlossen haben, steht nunmehr das Manifest als Ganzes zur Abstimmung. Alle diejenigen, die dem Dresdner Manifest in der in den Einzelabstimmungen beschlossenen Fassung zustimmen möchten, bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen erkennbar. Enthaltungen? - Dann ist das Dresdner Manifest einstimmig so beschlossen.

(Lebhafter Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, nachdem wir nun so fleißig gearbeitet haben, ist es ja wohl gerechtfertigt, daß wir auch noch etwas feiern. Ich möchte Sie alle zum Sachsen-Abend einladen. Die Busse, die uns zum Festzelt bringen - wir sind immerhin in einem Freistaat, deshalb feiern wir in einem Festzelt -, stehen vor der Türe. Ich wünsche Ihnen einen guten Abend und möchte mich bei Ihnen auch gleich verabschieden, da ich morgen zusammen mit Herrn Gomolka im Verwaltungsrat der Treuhandanstalt über die Textilindustrie im Freistaat Sachsen beraten und entscheiden muß. Einen schönen Abend Ihnen allen und auf Wiedersehen beim Sachsen-Abend.

(Beifall)

(Schluß: 20.49 Uhr)

**Dienstag, 17. Dezember 1991**

4. Plenarsitzung

Beginn: 9.27 Uhr

**Dr. Maria Böhmer**, Tagungspräsidium: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich werte das vereinzelte Klatschen, das hier soeben zu hören war, als eine ausgesprochen muntere Aufforderung, jetzt zu starten.

(Beifall)

Ich werte das auch so, daß wir alle den gestrigen Abend, den Sachsen-Abend, gut begangen haben und viel Freude daran gehabt haben. Lassen Sie mich einen-sehr herzlichen Dank für den so gut gelungenen Abend unter einem Zirkushimmel an den Landesvorsitzenden der CDU Sachsen, Herrn Ministerpräsident Dr. Kurt Biedenkopf, und an die ganze sächsische CDU sagen. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Jetzt muß ich leider all denjenigen, die aus den Landesverbänden Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen kommen, eine etwas bedenkliche Nachricht weitergeben: Ich habe gerade gehört, dort setzt zunehmender Eisregen ein, und ich weiß, daß dann eine gewisse Unruhe aufkommt aus der Überlegung, wie man gut nach Hause gelangt. Ich möchte Sie alle bitten, trotzdem gute Nerven zu bewahren – denn das ist ja das Wichtigste in einer solchen Situation –, nicht jetzt davonzustürmen, sondern daß alle Delegierten trotzdem zusammenbleiben. Aber wir wollen auch von unserer Seite, von seiten des Tagungspräsidiums, unseren Beitrag dazu leisten, und ich sichere Ihnen zu, daß wir gemeinsam für einen zügigen Ablauf sorgen werden.

Wir kommen jetzt zu TAGESORDNUNGSPUNKT 19:

### **Anträge auf Änderung des Statuts, der Geschäftsordnung und der Finanz- und Beitragsordnung**

Sie finden diese Anträge in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 108 und 109.

Über den Antrag B1 ist bereits bei der Eröffnung des Parteitags abgestimmt worden. Deshalb rufe ich jetzt den Antrag B2 auf. Die CDA, die früher „Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ hieß, hat ihren Namen in „Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands“ abgeändert. Diese Namensänderung soll jetzt auch im Statut der CDU entsprechend berücksichtigt werden. Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag B2 anzunehmen.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich sehe weder Nein-Stimmen noch Enthaltungen. Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen B3 und C52. Die Antragskommission hat gemeinsame Behandlung und Überweisung in die Organisations- und Finanzkommission empfohlen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Weder Nein-Stimmen noch Enthaltungen. Damit ist die Empfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Antrag B4. Auch hier empfiehlt die Antragskommission, den Antrag zur Prüfung an die Organisations- und Finanzkommission zu überweisen. Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir können zur Abstimmung kommen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Empfehlung ist einstimmig angenommen.

Ich komme zu TAGESORDNUNGSPUNKT 20:

### Sonstige Anträge

Sie finden die Anträge in der Antragsbroschüre auf den Seiten 110 bis 161, außerdem in der Sammlung der Initiativanträge auf den Seiten 4 bis 6.

Der Parteitag wird diese Anträge nur dann innerhalb einer angemessenen Zeit bewältigen können, wenn wir, wie zugesagt, die Beratungen einigermaßen zügig und konzentriert führen. Deshalb darf ich Sie um Mithilfe bitten.

Ich rufe als erstes Antrag C1 der Frauen-Union auf. Sie finden ihn auf Seite 110 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, Antrag C1 anzunehmen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Antrag C2 auf; Seite 111 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an den Bundesvorstand. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Frau Süßmuth.

**Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Hinsichtlich des Antrages C2, in dem es um die Wiedereingliederung von Frauen in das Arbeitsleben nach der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit mit Leistungsansprüchen geht, wäre es gut, wenn dieser Parteitag ein Signal setzte, daß beispielsweise eine Mutter mit mehreren Kindern, für die es keine Leistungen mehr gibt, auch noch im sechsten und siebten Jahr nach der Kinderbetreuung eine finanzielle Hilfe zur Wiedereingliederung bekommt. Ich denke, wir sollten diesen Antrag nicht überweisen, sondern zum Ausdruck bringen, daß wir etwas für die Gerechtigkeit, für die Familientätigkeit tun wollen. Ich möchte den Parteitag daher auffordern, diesen Antrag nicht zu überweisen, sondern anzunehmen.

**Dr. Maria Böhmer,** Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Frau Hellwig das Wort.

**Dr. Renate Hellwig,** Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Antragskommission hat nur mit knapper Mehrheit die Überweisung beschlossen. Angesichts der Entschlossenheit der Frauen-Union stimmt die Antragskommission zu, daß dieser Antrag angenommen wird.

(Beifall)

**Dr. Maria Böhmer,** Tagungspräsidium: Wir stimmen jetzt über die Annahme dieses Antrags ab. Wer der neuen Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei 1 Enthaltung ist der Antrag angenommen.

(Beifall)

Ich rufe Antrag C3, Landesverband Hamburg, auf; Seiten 112 und 113 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, Antrag C3 teilweise anzunehmen und insgesamt an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das



Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist bei einer Enthaltung angenommen.

Ich rufe Antrag C4 auf; Seite 114 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Antrag C5 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Antrag C6 auf; Seite 115 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an den Vorstand.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Gemäß der Empfehlung der Antragskommission rufe ich jetzt alle Anträge zur Agrarpolitik auf. Es handelt sich um die Anträge A295 und C7 bis C13. Fundstelle sind die Seiten 75 und 115 bis 119 der Antragsbroschüre. Die Empfehlung der Antragskommission lautet, von einer Kommission des Bundesvorstandes ein agrarpolitisches Konzept erarbeiten zu lassen, das auf dem Parteitag 1992 beraten und beschlossen werden soll. Dieser Kommission sollen die aufgerufenen Anträge als Material überwiesen werden.

Mir liegt eine Wortmeldung vor. Ich bitte Frau Sigrid Kunze zum Rednerpult.

**Dr. Sigrid Kunze:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte Sie bitten, den Antrag C12 nicht mit an diese Kommission zu überweisen. Es handelt sich zwar auch um ein agrarpolitisches Teilthema. Nach meiner Auffassung aber sind hier die Gesichtspunkte des Tierschutzes im Vordergrund zu sehen. Dies ist ein in sich abgeschlossener Komplex, über den wir abstimmen könnten, ohne daß er in die Gesamtkonzeption eingebunden werden muß.

Meine Damen und Herren, die Nebeneffekte okay; es sollte mich freuen, wenn sie eintreten. Mir geht es aber darum, daß die Entscheidung im Tierschutzgesetz, Tiere nicht mehr als Sachen zu behandeln, sondern als Lebewesen, als Geschöpfe Gottes anzuerkennen, auch in diesem Teilkomplex deutlich wird. Wir sollten die Achtung vor der Kreatur vor wirtschaftliche Überlegungen stellen und deshalb diesen Antrag hier verabschieden.

(Beifall)

**Dr. Maria Böhmer,** Tagungspräsidium: Danke schön, Frau Kunze. – Herr Vorsitzender, bitte!

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl,** Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Manche werden es als ungewöhnlich empfinden, daß ich zu diesem Antrag das Wort nehme. Das, was meine Vorrednerin eben sagte, ist mir ausgesprochen sympathisch. Ich habe mich, wie Sie wissen, in der Bundesregierung viel mit diesem Thema beschäftigt. Ich bin allerdings nicht in der Lage zu empfehlen, daß wir

den Antrag so annehmen, wie er geschrieben ist, weil ich nicht übersehen kann, welche ökonomischen Folgen, die ja auch zu bedenken sind, dabei zu berücksichtigen sind. Deswegen mein Vorschlag, daß wir der Antragskommission nicht widersprechen, sie aber bitten, ihren Antrag dahin abzuändern, daß wir ihn an die Bundestagsfraktion für die laufende Gesetzgebung zur Überprüfung überweisen.

Die Intention des Antrags ist sicherlich nicht zu unterschätzen. Es ist eine bedeutungsvolle Sache, wenn wir sagen, wir wollen den Erhalt der Schöpfung und den Umgang mit der Schöpfung in besonderer Weise auch auf die Tierwelt ausdehnen. Aber der Antrag enthält natürlich Komponenten, die ökonomische Auswirkungen haben, und die kann man nicht in einer Minute bedenken. Ich jedenfalls bin dazu nicht in der Lage. Deshalb empfehle ich, daß die Fraktion das sorgfältig überprüfen sollte.

(Beifall)

**Dr. Maria Böhmer**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Bundeskanzler. Ich frage die Antragskommission, ob dazu noch einmal Stellung genommen werden soll. – Ja, die Antragskommission hat das Wort.

**Ulrich Junghanns**, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir schlagen vor, daß dieser Antrag in dem Paket enthalten bleibt, daß aber, dem letztgenannten Votum folgend, eine zusätzliche Überweisung an die Bundestagsfraktion erfolgt.

**Dr. Maria Böhmer**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank. Wir stimmen mit dieser Änderung ab. Das Paket bleibt erhalten, aber C12 wird zusätzlich zur Überprüfung an die Bundestagsfraktion überwiesen. Ich lasse insgesamt abstimmen. Wer dieser geänderten Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Eine Enthaltung. – Damit sind die Anträge bei einer Enthaltung einstimmig an die Kommission überwiesen worden.

Wir kommen jetzt zu den Anträgen zur Wohnungsbaupolitik, die wir ebenfalls gemeinsam behandeln. Es sind die Anträge C14 bis C17 auf den Seiten 120 und 121 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an den Bundesvorstand.

Wortmeldungen liegen mir dazu nicht vor. Dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist die Empfehlung einstimmig angenommen.

Jetzt geht es um die Anträge C18 bis C21 zur Asylpolitik. Diese Anträge sind bereits bei Ziffer 8 des „Dresdner Manifests“ behandelt worden. Auf Seite 9 der Sammlung der Initiativanträge können Sie darüber hinaus sehen, daß die Antragskommission ihre ursprüngliche Empfehlung zu Antrag C18, letzter Absatz, zurückgezogen hat. Über diese Anträge ist hier also nicht mehr zu beraten.

Ich bedanke mich sehr herzlich und übergebe das Tagungspräsidium jetzt an Bernd Neumann.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe die Anträge C22 bis C30 auf. Diese Anträge beziehen sich auf den Schutz des ungeborenen Lebens. Ich möchte dazu dem Generalsekretär Volker Rühle das Wort erteilen.

**Volker Rühle**, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde! Ich glaube, der Parteitag wird mit mir der Meinung sein, daß das Thema des Schutzes des ungeborenen Lebens für die Identität der Partei ein sehr wichtiges Thema ist und daß es für uns alle sehr wichtig ist, das besonders sorgfältig zu beraten. Wir haben vor der Wiedervereinigung auch einen ganzen Tag lang – über 12 Stunden in Wiesbaden – darüber diskutiert.

Wir waren von Anfang an in einem zeitlichen Dilemma, was den Parteitag hier in Dresden angeht, wo natürlich das Dresdner Manifest im Mittelpunkt steht. Natürlich gehört dieses Thema auch in den Meinungsbildungsprozeß hinein, denn wegen der Tatsache der Wiedervereinigung reden wir über dieses Thema erneut. Aber ich glaube, daß Sie alle zustimmen, daß es für uns wichtig ist, diese Diskussion in angemessener Weise zu führen. Deswegen haben wir im Vorfeld einen Kontakt zu den Antragstellern aufgenommen.

Ich möchte Ihnen in Übereinstimmung mit den Antragstellern folgenden Vorschlag machen und Sie über das Verfahren, auf das wir uns geeinigt haben, informieren. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, hat sich bereit erklärt, daß alle Antragsteller – Ortsverbände, Kreisverbände – Gelegenheit bekommen, vor der Bundestagsfraktion zu sprechen, um dort ihre Positionen darzulegen. Das ist das entscheidende Anliegen.

Sie wissen, daß in den nächsten Monaten des nächsten Jahres von den Kolleginnen und Kollegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion entschieden wird. Wir sind der Meinung, die Überweisung an die Bundestagsfraktion in Verbindung mit der Zusage des Fraktionsvorsitzenden, daß die Antragsteller ihre Position dort vortragen können und insofern auf den Meinungsbildungsprozeß einwirken können, der richtige Weg wäre. Ich möchte Sie bitten, hier zuzustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben den Vorschlag des Generalsekretärs gehört, die Anträge zu überweisen und den verschiedenen Antragstellern die Möglichkeit zu geben, zu dieser Thematik vor der Bundestagsfraktion zu sprechen. Mir liegt dennoch eine Wortmeldung vor. Herr Hubert Hüppe, Sie haben das Wort.

**Hubert Hüppe**: Meine Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Da auch wir zu den Antragstellern gehören, wäre ich insofern einverstanden, wenn heute dann auch die Zusicherung gemacht wird, daß wir über dieses Thema in der Fraktion dann auch tatsächlich entscheiden. Es darf nicht so sein, daß die Anträge dort nur vorgetragen oder begründet werden, sondern dann muß auch noch einmal neu entschieden werden. Dann muß auch darüber entschieden werden, ob wir der Meinung sind, daß aufgenommen wird, daß eine Notlage tatsächlich vorliegt oder nicht.

Wenn dies der Fall ist, wenn dies in der Fraktion neu besprochen wird, dann sollte man dies heute hier aber auch ausdrücklich zusichern, und dann wären wir mit dem Verfahren einverstanden. Ansonsten müßten wir als Kreisverband Unna auf der Beratung bestehen. Ich hoffe, daß es möglich ist, daß wir in der Fraktion über unsere Anträge dann auch direkt abstimmen. - Vielen Dank.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Der Bundeskanzler hat das Wort.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Zunächst will ich dem Herrn Vorredner doch sagen, daß es bei uns seit Gründung der Bundesrepublik üblich ist: In der CDU/CSU-Fraktion wird immer abgestimmt.

(Vereinzelte Beifall)

Weil speziell zu diesem Thema viel geredet wird, lege ich auch als Parteivorsitzender großen Wert auf die Feststellung, daß in der CDU Deutschlands immer Gewissensfreiheit geherrscht hat, und das wird auch in Zukunft so sein.

(Beifall)

Es hat niemand, aber auch gar niemand das Recht, einem Kollegen oder einer Kollegin in der Fraktion etwa vorzuhalten, daß seine oder ihre Gewissensfreiheit eingeschränkt sei. Wir respektieren die Gewissensentscheidung eines jeden einzelnen. Das ist eine Grundvoraussetzung christlich-demokratischer Politik. Das gehört zu unserem Menschenbild.

(Beifall)

Zweitens. Als einer, der nun wirklich lange in parlamentarischen Gremien tätig ist, kann ich schon bestätigen, daß unsere Bundestagsfraktion und vor allem die Kolleginnen und Kollegen, die, gleich wie ihre persönliche Position sein mag, in diesem Themenbereich besonders engagiert mitarbeiten, sich diesem Thema mit dem großen Ernst, der ihm angemessen ist, gewidmet haben und widmen.

Wenn der Generalsekretär – auch in meinem Namen und im Namen des Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble – die Erklärung abgegeben hat, daß die Antragsteller eingeladen werden, in der Fraktion noch einmal ihre Argumente vorzutragen, dann ist das, glaube ich, der richtige Weg. Aber ich muß doch darauf bestehen, daß die Fraktion dann selbst darüber bestimmt, was sie für richtig hält.

(Beifall)

Ich will noch einmal in Erinnerung rufen, weil viele es vielleicht nicht mehr wissen – viele von denen, die jetzt im Saal anwesend sind, waren auch nicht dabei –, daß wir auf dem Wiesbadener Parteitag eine lange Zeit miteinander über dieses Thema gesprochen haben, – einen ganzen Tag lang, sagt Heiner Geißler zu Recht.

In meiner über 30jährigen parlamentarischen Tätigkeit habe ich oft von Gewissensentscheidungen gehört. Jeder von uns weiß, daß auf Delegiertenversammlungen, wenn es um die Nominierung eines Kandidaten geht, oft gesagt wird: Dies ist für mich eine Gewissensentscheidung, obwohl es sich meistens nur um eine sachlich motivierte Entscheidung für bestimmte Personen handelt.

Dieses Thema – das Recht der ungeborenen Kinder – ist eines der großen moralischen Themen der Deutschen.

(Beifall)

Deswegen – das muß ich Ihnen sagen – lege ich als Parteivorsitzender großen Wert darauf, daß wir dieses Thema auch in einer angemessenen Form untereinander diskutieren und daß letztendlich jeder seine persönliche Entscheidung trifft. Daher ist es mein herzlicher Wunsch – ich unterstreiche das, was hier gesagt wurde: Für heute verbleiben wir so, daß die Antragsteller noch einmal die Gelegenheit erhalten, ihre Argumente in der Fraktion vorzutragen. Sie werden dort auch Gegenargumente hören; das gehört ebenfalls zur freiheitlichen Demokratie. Ich bitte darum, daß wir heute so entscheiden. Ich unterstütze das, was der Generalsekretär gesagt hat.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Gibt es noch eine Wortmeldung? – Herr Lennartz. Ich gehe davon aus, daß das die letzte ist, weil hier oben keine Wortmeldung mehr vorliegt. Aber so schnell geht das ja nicht, Herr Lennartz; deswegen weichen wir einmal vom Verfahren ab.

**Leo Lennartz**: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich gehöre zu den Antragstellern, die sich mit Herrn Rühle darüber verständigt haben, daß wir dieses Thema wegen der Kürze der Zeit heute nicht mehr in der angemessenen Breite diskutieren können. Wir wollen es deshalb auch so halten, wie es hier gesagt worden ist.

Aber ich muß doch etwas zu dem Gewissensbegriff sagen, den der Herr Vorsitzende hier angesprochen hat. Ich bin nicht der Meinung, daß es hier um Gewissensentscheidungen geht. Es geht vielmehr darum, in dieser Partei festzustellen, wie unsere prinzipielle Haltung zu der Frage des Schutzes des Menschen ist. Das hat zunächst nichts mit Gewissen zu tun, sondern mit der Frage, wie die Sachverhalte sind. Aus den Sachverhalten ergeben sich ganz klare Ableitungen. Nachher ist die Frage, ob man die Ableitung akzeptiert, ob man sie einhält oder ob man sie nicht einhält. Da kommt natürlich das Gewissen ins Spiel.

Wir wollen uns hier nicht über das Gewissen unterhalten, sondern wir wollen uns darüber unterhalten, welche Regelung zum Schutz der Ungeborenen, der Schwachen und Behinderten in Zukunft in Deutschland gelten soll.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Die Antragskommission hat den Vorschlag gemacht – unterstützt vom Parteivorsitzenden und vom Generalsekretär –, die Anträge, die mit dem Schutz des ungeborenen Lebens zusammenhängen, an die Bundestagsfraktion zu überweisen und den Antragstellern dort die Möglichkeit zu geben, ihre Positionen noch einmal vorzutragen.

Ich komme dann zur Abstimmung. Wer mit dieser Empfehlung der Antragskommission einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltung? – Ich stelle fest, daß dies mit großer Mehrheit so beschlossen worden ist.

Ich rufe sodann den Antrag C31 des Landesverbandes Sachsen auf Seite 132 der Antragsbroschüre auf. – Keine Wortmeldungen. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Ich komme dann zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen worden.

**Jürgen Echter**nach, Tagungspräsidium: Wir kommen jetzt zur Beratung des Antrages C32 des Landesverbandes Thüringen. Sie finden diesen Antrag auf der Seite 9 der Sammlung der Initiativanträge.

Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag an den Bundesfachausschuß Medienpolitik zu überweisen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Der Antrag ist mit großer Mehrheit entsprechend der Empfehlung der Antragskommission beschlossen worden.

Wir kommen dann zum Antrag C33. Ich übergebe das Präsidium wieder an Bernd Neumann.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Ich rufe den Antrag C33 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an den Bundesvorstand. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich komme zum Antrag C34. Fundstelle ist die Seite 10 der Sammlung der Initiativanträge.

Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag C34 durch die Ergebnisse des Gipfels von Maastricht als erledigt zu betrachten. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls einstimmig beschlossen.

Es folgt jetzt Antrag C35. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag ist entsprechend der Empfehlung der Antragskommission zugestimmt.

Da der nächste Antrag C36 bereits im Zusammenhang mit dem Dresdner Manifest behandelt wurde, kommen wir jetzt zum Antrag C37 auf Seite 134 der Antragsbrochure. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls einstimmig beschlossen.

Da auch der Antrag C38 im Zusammenhang mit dem Dresdner Manifest behandelt wurde, rufe ich jetzt gemäß der Empfehlung der Antragskommission die Anträge C39 und C40 auf. Die Antragskommission empfiehlt, diese Anträge an den Bundesvorstand, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die CDU-Landtagsfraktionen in den neuen Bundesländern zu überweisen.

Dazu gibt es eine Wortmeldung – und zwar von Herrn Dieter Reinfried aus dem Landesverband Sachsen.

**Dr. Dieter Reinfried:** Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich an dieser Stelle auf die Situation der Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern und natürlich insbesondere im Freistaat Sachsen aufmerksam machen darf. Wir sind uns hier alle darüber im klaren, daß Einrichtungen der ehemaligen Institute der Akademie der Wissenschaften nicht im gleichen Umfang weitergeführt werden können.

Aber stellen Sie sich bitte vor, daß eine Einrichtung, die vom Wissenschaftsrat bei der sogenannten Evaluierung eine positive Einschätzung erfahren hat, um 75 Prozent ihrer Wissenschaftler, Techniker und Mitarbeiter reduziert wird! Von vier Personen darf eine weiterarbeiten.

Der Einigungsvertrag sagt aus, daß die Nachfolgeeinrichtungen der Akademie der Wissenschaften der DDR von Bund und Ländern gemeinsam finanziert werden. Das Forschungszentrum Rossendorf hat seit 1956 einen Forschungsreaktor unterhalten, der in den letzten zwei Jahrzehnten insbesondere der Produktion von Nuklearpharmaka diente, die auch in den Ländern Westeuropas genutzt wurden.

Dieser Reaktor ist nach bundesdeutschem Recht nicht mehr genehmigungsfähig. Aber wir halten es nicht für gerechtfertigt, die Entsorgung der Brennelemente allein dem Freistaat Sachsen anzulasten. Wir appellieren deshalb an alle, daß hier der Bund seiner Verantwortung gerecht wird und die Entsorgungslasten mitträgt. Denn es war keine Einrichtung des Freistaates, sondern eine zentrale Einrichtung der ehemaligen DDR. Deshalb wird in dem Antrag unter anderem der Appell unterstrichen, diese Leistungen vom Bund mitzutragen. Danke sehr!

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Dr. Junghanns das Wort.

**Dr. Ulrich Junghanns**, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Die Antragskommission wertet die Wortmeldung von Herrn Reinfried als Votum im Sinne des Vorschlages der Antragskommission. Wir sind uns einig über den gemeinsamen Anspruch auf eine effiziente Forschungslandschaft in den neuen Bundesländern und sind bei der Bestimmung der Mittel und Instrumentarien unter Beachtung der Tatsache, daß es hier überschneidende Kompetenzen gibt, zu der Auffassung gekommen, Ihnen die gemeinsame Behandlung und die Überweisung an die Bundestagsfraktion, den Bundesvorstand und die Fraktionen der Landtage zu empfehlen.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Wir kommen, da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung der Anträge an die verschiedenen Gremien, wie von mir bereits vorgetragen.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Empfehlung wurde einmütig zugestimmt.

Wir kommen jetzt zum Antrag C41 des Landesverbandes Sachsen auf Seite 135 der Antragsbroschüre. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag C42. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an den Bundesvorstand. Keine Wortmeldung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist wie vorgeschlagen beschlossen.

Ich rufe den Antrag C43 auf. Es wird Annahme des Antrages in der Fassung der Antragskommission empfohlen. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch hier ist entsprechend dem Vorschlag der Antragskommission beschlossen worden.

Wir kommen zu Antrag C44 auf Seite 136 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Dazu liegt die Wortmeldung von Herrn Gert Flessing aus dem Landesverband Sachsen vor. Er hat das Wort.

**Gert Flessing**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Kreisverband Rochlitz, dem ich angehöre, hat sich bei diesem Antrag folgendes gedacht, und damit möchte ich der Antragskommission in gewisser Weise widersprechen.

Das Damoklesschwert der Mitarbeit im MfS/AFNS wird noch eine ganze Weile über uns schweben, und zwar nicht nur über den Mitgliedern unserer Partei aus den Ostländern, sondern, wie man immer wieder sieht, hat das auch Kreise in den alten Bundesländern gezogen, so daß wir der Meinung sind, daß es doch ein gewisses stärkeres Gewicht hat, wenn wir als Parteitag unseren Abgeordneten empfehlen, diese Überprüfung vornehmen zu lassen.

Natürlich können wir damit nicht die Gewissensfreiheit unserer Abgeordneten einschränken – das wollen wir auch nicht –, aber ein bestimmtes moralisches Gewicht dürfte doch ein direkter Beschluß des Parteitag,es, solch eine Überprüfung zu empfehlen, haben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat das Wort Herr Dr. Junghanns.

**Dr. Ulrich Junghanns**, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat sich sehr intensiv mit diesem Antrag befaßt und bei der Beratung dieses Antrages die Arbeit der Bundestagsfraktion und des Bundestages insgesamt aufgenommen. Sie verweist mit dem Antrag auf Überweisung an die Fraktion auf die jetzt bestehende Gesetzeslage, die ja den Weg zur Überprüfung aufweist. Ich glaube, daß das – nach Überprüfung, nach Wertung, nach Gewichtung der Situation und der Rechtslage – sowohl für den einzelnen als auch für die Bundestagsfraktion und die Abgeordneten insgesamt der rechtlich vertretbare Weg ist und es über unsere Kompetenz hinausginge, wenn wir in entsprechendem Maße hier votieren müßten. - Danke.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag C44. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenprobe? – Enthaltungen? – Bei einer Anzahl von Gegenstimmen ist der Antrag mit doch klarer Mehrheit angenommen worden, so wie es die Antragskommission empfohlen hat.

(Teilweise gewisse Unmutsbekundungen, die offensichtlich mit dem Zweifel an der klaren Mehrheit zusammenhängen.)

Es folgt der Antrag C45, und zwar von der Jungen Union. Es wird Annahme in der Fassung der Antragskommission empfohlen. Dazu gibt es keine Wortmeldungen, aber die Sprecherin der Antragskommission, Frau Hellwig, erhält dazu kurz das Wort.

**Dr. Renate Hellwig**, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur damit Sie wissen, worum es geht: Es handelt sich um einen Appell des Bundesparteitages an die Untergliederungen der Partei, den Delegierten zum Bundesparteitag wenigstens einen Teil der Kosten zu erstatten. Sie haben also aufgrund dieses Beschlusses, wenn wir ihn so fassen, in Form eines Appells die Möglichkeit, mit Ihrem Landes- und Bezirksgeschäftsführer ein „ernstes Gespräch“ zu führen. - Vielen Dank.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zum Antrag C45 zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenprobe? – Enthaltungen? – Der Antrag ist entsprechend der Empfehlung angenommen.

Ich rufe auf den Antrag C46 – der Frauen-Union – auf den Seiten 136 bis 138 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an die Organisationskommission zu überweisen.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenprobe? – Enthaltungen? – Es ist, wie vorgeschlagen worden, so beschlossen.



Ich komme zum Antrag C47 des Landesverbandes Baden-Württemberg; Fundstelle ist die Sammlung der Initiativanträge auf Seite 10. Die Antragskommission empfiehlt, diesen Antrag als erledigt zu betrachten, da bereits ein gleichlautender Beschluß des Bundesvorstandes vorliegt. – Es liegt eine Wortmeldung von Herrn Kauder vor.

**Volker Kauder:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte darum, daß über diesen Antrag abgestimmt wird.

(Beifall)

Die Antragskommission hat in ihrem ersten Votum, im offiziellen Antragsheft auf der Seite 138, auch vorgeschlagen, daß über diesen Antrag abgestimmt wird. Es ist dann wohl im Bundesvorstand der Antrag inhaltlich angenommen worden. Darüber freuen wir uns. Wir sind aber der Meinung, daß wir über diesen Antrag offiziell abstimmen müssen, so daß auch ein klares Votum des Parteitages vorliegt. – Ich bitte, daß wir deswegen auch so verfahren.

(Beifall)

**Bernd Neumann,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Es wird hier gerade vom Parteivorsitzenden der Vorschlag gemacht, dies aufzunehmen und sofort darüber abzustimmen. Das ist dann eben ein klares Votum. Wollen wir das so machen? –

(Allgemeine Zustimmung)

Dann schlage ich vor, daß wir der Antragskommission gar nicht mehr das Wort geben. Oder doch? –

(Nach kurzer Irritation wird offensichtlich verzichtet.)

Ich komme dann zur Abstimmung. Ist die Antragskommission einverstanden? – Ja. Ich komme dann zur Abstimmung.

Hier geht es also jetzt nicht um die ursprüngliche Empfehlung der Antragskommission, die diesen Antrag als erledigt betrachtet hat, weil der Bundesvorstand bereits einen dementsprechenden Beschluß gefaßt hat, sondern in Abänderung wird vorgeschlagen, daß Sie, die Delegierten des Parteitages, ebenso wie der Bundesvorstand diesem Antrag C47 zustimmen.

Ich komme zur Abstimmung. Wer diese Empfehlung zustimmend unterstützen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenprobe? – Enthaltungen? – Der Antrag Baden-Württembergs ist mit großer Mehrheit angenommen worden.

(Beifall)

Ich rufe auf den Antrag C48 des Landesverbandes Hamburg. Der Antrag ist zur Annahme empfohlen. Das Wort wird nicht gewünscht. Ich komme zur Abstimmung. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenprobe? – Enthaltungen? – Der Antrag C48 ist beschlossen worden.

Dann kommen wir zum Antrag C49. Die Antragskommission empfiehlt ebenfalls Annahme. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenprobe? – Enthaltungen? – Einstimmung beschlossen.

Wir kommen zum Antrag C50. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. Dazu liegt eine Wortmeldung von Herrn Dieter Reinfried, Landesverband Sachsen, vor. Bitte!

**Dr. Dieter Reinfried:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie, daß ich mich noch einmal mit einer kurzen mündlichen Begründung dieses Antrages an Sie wende.

Die ökumenische Versammlung für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung gehörte zu den geistigen Bausteinen, die den Herbstumbruch 1989 mit ermöglicht, vorbereitet und begleitet haben. Von der Ost-CDU wurde diese ökumenische Versammlung ignoriert, nicht aber von einer großen Zahl von Mitgliedern an der Basis, die sich an dieser Diskussion beteiligt haben.

(Zustimmung)

Aus dieser Erfahrung heraus hat der Kreisverband Dresden im Januar dieses Jahres einen Ökumenischen Arbeitskreis gebildet, der seitens unserer Partei Partner des Ökumenischen Zentrums ist, das die Dresdner Kirchenbezirke der evangelischen, der katholischen und der methodistischen Kirche eingerichtet haben. Die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages hat im September ebenfalls einen ökumenischen Arbeitskreis eingerichtet, um die Dinge, die in den Konfessionen, in den Kirchen eventuell als Problem erscheinen könnten, im Gespräch gemeinsam zu bedenken.

Die Ideologie der DDR war nicht wirkungslos gewesen. Der Atheismus hat dazu geführt, daß die Anzahl der Mitglieder in den Kirchen, die Anzahl der Eltern, die ihre Kinder taufen ließen, zurückgegangen ist. Aber, meine Damen und Herren, Sie wissen, auch in den westlichen Bundesländern hat diese Polarisierung Raum gegriffen. Deshalb halten wir es für sinnvoll, daß die Kirchen aller Konfessionen eng zusammenarbeiten, und deshalb bitten wir Sie, im Sinne dieses Antrages in Ihren Landesverbänden und in Ihren Kreisverbänden darüber nachzudenken, wie Sie dieses Anliegen konkret gestalten können. Wir stimmen dem, was die Antragskommission empfiehlt, also der Überweisung, zu. – Danke sehr.

(Beifall)

**Bernd Neumann,** Tagungspräsidium: Dazu noch die Antragskommission? – Bitte, Frau Hellwig.

**Dr. Renate Hellwig,** Antragskommission: Meine Damen und Herren, wir haben diese Arbeit hier in Dresden in der Antragskommission durchaus positiv gewürdigt und sind auch der Meinung, daß das ein Beispiel des Zusammenwachsens ist, durch das wir auch auf Bundesebene etwas lernen können. Wir wollen uns im Bundesvorstand mit der Frage beschäftigen, was für Empfehlungen wir auf Grund des Dresdner Beispiels an die anderen Kreisverbände geben können. Insofern ist die Überweisung kein Begräbnis erster Klasse, sondern unser Ziel ist es, dieses Thema positiv im Bundesvorstand zu behandeln. Ich bitte, dem Votum der Antragskommission zuzustimmen.

(Beifall)

**Bernd Neumann,** Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung des Antrages C50 an den Bundesvorstand. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist mit großer Mehrheit so beschlossen worden.

Ich rufe Antrag C51 auf. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an die Organisationskommission zu überweisen. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Da Antrag C52 bereits an anderer Stelle behandelt worden ist, kommen wir jetzt zu Antrag C53 auf Seite 140 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Es folgt Antrag C54. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag als erledigt zu betrachten. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Antrag C55 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der vorgeschlagenen Fassung. Ich sehe keine Wortmeldungen. Wer dem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag C56 der Kommunalpolitischen Vereinigung. Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU-Landtagsfraktionen zu überweisen. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es wurde einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C57 auf. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an den Bundesvorstand. Auch hierzu gibt es keine Wortmeldungen. Wir stimmen darüber ab. Wer dem Vorschlag der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Es folgt Antrag C58. Dazu empfiehlt die Antragskommission Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Es liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Wir stimmen darüber ab. Wer dem zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Da Antrag C59 bereits im Zusammenhang mit dem Dresdner Manifest behandelt wurde, folgt jetzt Antrag C60 des Landesverbandes Berlin. Fundstelle ist Seite 142 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbaupolitik. Dazu liegt eine Wortmeldung vor, und zwar vom Generalsekretär der Berliner CDU, Herrn Kierey.

**Karl-Joachim Kierey:** Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe im Namen des Landesverbandes Berlin die herzliche Bitte, daß wir diesen Antrag, dem wir sehr große Bedeutung zumessen - ich möchte das gleich erklären -, nicht an den Fachausschuß überweisen, sondern über ihn hier unmittelbar abstimmen. Er besagt ja im Kern, daß der Bundesvorstand direkt aufgefördert ist, eine Gesamtkonzeption einer Politik für die Ballungsräume zu erarbeiten.

Gestatten Sie mir, hierfür zwei, wie ich finde, wichtige Argumente vorzutragen. Das eine, meine Freunde: Die Tatsache, daß wir heute in Deutschland regieren, hängt ganz unmittelbar damit zusammen, daß es uns in den 70er Jahren unter der Führung von Helmut Kohl gelungen ist, überall in den Ballungsgebieten Mehrheiten zu erreichen. Es gab große Erfolge der Union, weil wir dort den Menschen klarmachen konnten, daß wir die Partei sind, die in der sich wandelnden Gesellschaft ihre Probleme am ehesten aufgreift und für Modernität und Effizienz in dieser Gesellschaft steht.

(Zustimmung)

Wir haben diese Mehrheiten heute - ich muß hinzufügen, dies gilt nur für die alten Bundesländer, außer im Stuttgarter Raum und außer in Berlin, was mich zwar freut, aber auch nicht tröstet - wieder verloren. Ich bin sicher, wenn es uns nicht gelingt, eine Änderung herbeizuführen, werden wir - dies sage ich Ihnen voraus - die Regierungsfähigkeit und die Mehrheiten in ganz Deutschland verlieren. Dies ist der Kern der Angelegenheit.

(Zustimmung)

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft das Inhaltliche. Es ist nun einmal so, daß die großen Probleme der Gesellschaft in den Ballungsräumen sehr viel schneller und sehr viel schärfer auftreten. Ich möchte hier nur vier Beispiele kurz einführen. Zum Thema Wohnen möchte ich nichts Besonderes sagen. Fast noch dramatischer sieht es in den Ballungsräumen im Bereich der Gewerbemieten aus. Hier sind wir unter dem Stichwort Soziale Marktwirtschaft gefragt. Uns brechen, was diesen Bereich angeht, ganze Strukturen weg. Es brechen uns Strukturen weg, die sozusagen gerade bei uns zu Hause waren, weil wir immer die Partei gewesen sind, die sich für Menschen eingesetzt hat, die in die Selbständigkeit gehen wollen, aus der Unselbständigkeit herauswollen. In dieser Hinsicht wird nicht mehr viel in den Ballungsräumen ablaufen, wenn die Entwicklung so weitergeht.

Ich möchte auch noch kurz auf das Thema Verkehr hinweisen und natürlich ebenso die großen ökologischen Probleme in den Ballungsräumen erwähnen, wo unter dem Stichwort Altlasten alles das, was wir an Problemen haben, verschärft auftritt.

Dies alles bringt mich dazu, Sie zu bitten, den Bundesvorstand direkt aufzufordern, sich für ein Gesamtkonzept einzusetzen. Natürlich geht es nicht etwa darum, in jedem einzelnen Punkt eine neue Politik zu formulieren. Wir tun im Detail bereits vieles. Politik und Regieren haben aber unheimlich viel mit Kommunikation zu tun. Wir müssen den Menschen in den Ballungsräumen klarmachen, daß wir konkrete Vorstellungen im Hinblick auf ihre Sorgen, Nöte und Probleme haben.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Herr Dörflinger das Wort.

**Werner Dörflinger**, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Als Vorsitzender des Bundesfachausschusses erkenne ich sehr wohl, daß es hier um ein politisch gewichtiges Thema geht. Von daher sind wir bereit, Ihnen in Abänderung des ursprünglichen Votums der Antragskommission zu empfehlen, den Antrag dann anzunehmen, wenn er zum Ziel hat, dieses Thema wirklich zu einem wichtigen Thema im Bundesvorstand und im Bundesfachausschuß zu machen. Ich möchte die Antragssteller allerdings darauf hinweisen - verstehen Sie dies bitte im Sinne einer Klarstellung -, daß die Annahme des Antrags natürlich nicht bedeutet, daß wir die Behandlung des Themas Mieten - auch bezogen auf Berlin - in der Bundestagsfraktion jetzt konterkarieren. Wenn diese Frage eine Frage unter anderen ist, wären wir damit einverstanden. Wie gesagt: Die Antragskommission empfiehlt Annahme mit dem klaren Ziel, einen solchen Arbeitskreis zu bilden und dieses gewichtige Thema aufzuarbeiten.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, nach dieser Debatte wird somit Annahme des Antrags C60 des Landesverbandes Berlin empfohlen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe den Antrag C61 des Landesverbandes Sachsen auf. Sie finden ihn auf Seite 144 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. - Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Da der Antrag C62 bereits im Zusammenhang mit dem Dresdner Manifest behandelt wurde, kommen wir jetzt zu Antrag C63. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. - Keine Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Auch der Antrag C64 ist bereits im Zusammenhang mit dem Dresdner Manifest behandelt worden, so daß jetzt Antrag C65 zur Beratung ansteht. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. - Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Auch der Antrag C66 ist bereits im Zusammenhang mit dem Dresdner Manifest behandelt worden. Ich rufe deshalb den Antrag C67 auf. Hierzu empfiehlt die Antragskommission Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. - Keine Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen worden.

Es folgt Antrag C68. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. - Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen.

Über Antrag C69 ist bereits im Zusammenhang mit dem Dresdner Manifest entschieden worden. Es folgt daher der Antrag C70. Hier wird Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfohlen. - Keine Wortmeldungen.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Antrag C71 auf, zu dem von der Antragskommission ebenfalls Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfohlen wird. - Keine Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Kommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es wurde so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag C72 der Frauen-Union. Sie finden diesen Antrag auf den Seiten 147 und 148 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in geänderter Fassung und zusätzlich Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dazu hat Frau Süßmuth das Wort.

**Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zu diesem Antrag betreffend Abbau von Beschäftigungshindernissen für Frauen möchte ich sagen, daß der Teil, der an die Bundestagsfraktion überwiesen werden soll, bereits Teil der Entwürfe für eine neue gesetzliche Regelung ist. Deswegen können wir den Antrag auch in Gänze annehmen und brauchen nicht eine Aufteilung in einen beschlossenen und in einen strittigen Teil vorzunehmen. Wie gesagt, auch der Teil, der an die Bundestagsfraktion überwiesen werden soll, beinhaltet etwas, was längst in Vorbereitung ist und möglicherweise so beschlossen werden wird. Deswegen bitte ich um Annahme auch dieses Teils.

**Bernd Neumann,** Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Frau Hellwig das Wort.

**Dr. Renate Hellwig,** Antragskommission: Da auch der zuständige Sozialminister dem zustimmt, ist auch die Antragskommission der Meinung, daß man den Antrag in Gänze annehmen kann.

(Zustimmung)

**Bernd Neumann,** Tagungspräsidium: Bei dem Antrag C72 der Frauen-Union wird jetzt also generelle Zustimmung empfohlen, so wie das eben von Frau Hellwig für die Antragskommission vorgetragen wurde. Wer dieser Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mit großer Mehrheit ist entsprechend der Empfehlung der Antragskommission beschlossen worden.

Ich rufe auf die Anträge C73 bis C75 des Landesverbandes Berlin. Die Empfehlung lautet: Annahme. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig entsprechend der Empfehlung der Antragskommission beschlossen worden.

Ich rufe jetzt auf die Anträge C76, C78, C83 und C99. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an den Bundesvorstand. Dazu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Empfehlung der Antragskommission wurde einstimmig gefolgt.

Wir kommen zu Antrag C77. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Keine Wortmeldungen.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag C79. Hier wird von der Antragskommission Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an den CDU-Bundesvorstand vorgeschlagen. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf den Antrag C80. Hier wird von der Antragskommission Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an den Bundesvorstand vorgeschlagen. Keine Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Antrag C81 auf den Seiten 149 und 150 der Antragsbroschüre. Es wird Annahme empfohlen. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen:

Es folgt Antrag C82. Hier wird Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion empfohlen. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir wollen an dieser Stelle die Diskussion und die Abstimmung über die Anträge unterbrechen. Der Parteivorsitzende hatte ja bereits zu Beginn des Parteitags darauf hingewiesen, daß der Vorsitzende der CSU, Theo Waigel, wegen einer vollzogenen Operation hier heute nicht teilnehmen kann. Wir begrüßen deshalb in seiner Vertretung sehr herzlich den stellvertretenden Vorsitzenden unserer Schwesterpartei, der CSU, Jürgen Warnke,

(Beifall)

und ich möchte Sie bitten, Herr Warnke, ein Grußwort zu sprechen.

**Dr. Jürgen Warnke:** Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde der Christlich Demokratischen Union! CDU- und CSU-Parteitage waren noch vor zwei Jahren im Sprachgebrauch der SED „Treffen westdeutscher Reaktionäre, Revanchisten und Militaristen“, und es ist ein Akt voller Symbolik, daß dieser Parteitag der Christlich Demokratischen Union nun hier in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden stattfindet. In diesem Faktum manifestiert sich das, was es an Umbruch während dieser zwei Jahre gegeben hat.

(Beifall)

Ich habe Ihnen die Grüße der bayerischen Schwesterpartei zu überbringen. Theo Waigel hätte es sich unter normalen Umständen nie nehmen lassen, zu Ihnen zu sprechen und bei der Gelegenheit auch dem Parteivorsitzenden der CDU, unserem Herrn Bundeskanzler, das an partnerschaftlichem Dialog zu bieten, was er gern praktiziert. Nur, er ist am Meniskus operiert worden. Und, meine Damen und Herren, wenn Sie gestern gelesen haben, daß seine ersten Worte, als er aus der Narkose erwachte, „Maastricht“, „ECU“ und „Deutsche Mark“ waren,

(Heiterkeit)

dann sehen Sie, daß der Bundesminister der Finanzen von seiner Aufgabe zutiefst durchdrungen ist und daß eine Meniskus-Operation ihn überhaupt nicht in seiner publizistischen Beweglichkeit beeinträchtigt.

(Beifall)

Herr Bundeskanzler, der erste Gruß der Schwesterpartei gilt dem Parteivorsitzenden der CDU, dem Mann, der als Kanzler der deutschen Einheit eine historische Leistung vollbracht und der mit den Zehn Punkten vom November 1989 die deutsche Einheit im Alleingang auf die Tagesordnung der Weltpolitik gesetzt hat.

(Beifall)

Heute, da wir von Tag zu Tag den Zerfall der Sowjetunion erleben, wissen wir: Als Sie dann im Sommer 1990 im Kaukasus Geschichte schrieben, haben Sie eine weltgeschichtliche Sekunde wahrgenommen, ohne die wir nie die volle Souveränität in dieser Form erlangt hätten, wie es damals geschehen ist. Und nun haben Sie in

Maastricht dafür gesorgt, daß der Weg zur europäischen Einheit unumkehrbar geworden ist. Auch dies wird in der Geschichte unseres Landes festgehalten bleiben.

(Beifall)

Ich möchte natürlich ein besonderes Wort des Grußes an den gastgebenden sächsischen Landesverband sagen. Bis zum vergangenen Jahr war es klar: wenn man vom „Freistaat“ sprach, war Bayern damit gemeint; es gab nur e i n e n. Wir sind froh über diese Unterstützung durch einen zweiten Freistaat. Die beiden Teile Deutschlands, die, symbolisiert von den Herrscherhäusern der Wettiner und der Wittelsbacher, ununterbrochene staatliche Kontinuität seit dem frühen Mittelalter aufweisen, haben für den Föderalismus, dessen politisches Urgestein sie sind, eine besondere Aufgabe zu erfüllen. Sie haben uns, Herr Bundeskanzler, auf dem Parteitag der CSU Ihre Unterstützung dabei zugesagt. Wir werden sie nach Maastricht brauchen.

(Beifall)

Sie haben einleitend gesagt, daß es gut für mich sei, hier einmal zu sehen, wie ein richtiger Parteitag durchgeführt werde. Ich habe es mir angesehen, Herr Bundeskanzler, und ich muß sagen: Nicht einmal die CSU bringt einen schneidigeren Parteitag zustande, was die Behandlung der Anträge angeht. Das ist überall das gleiche.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zwei persönliche und besonders herzliche Glückwünsche möchte ich Frau Kollegin Merkel und Frau Kollegin Lieberknecht aussprechen. Herr Bundeskanzler, mit allem schuldigen Respekt: Meine Bekanntschaft mit diesen beiden Damen währt etwas länger als die des Parteivorsitzenden der CDU. Ein Schelm, der Schlechtes dabei denkt.

Es gab eine Zeit, verehrte Frau Kollegin Merkel, wo wir es uns nicht im Traum hätten einfallen lassen, daß Sie einmal als Bundesministerin und stellvertretende Parteivorsitzende unter uns sein würden. Ich teile Ihre Freude über das gute Wahlergebnis.

(Beifall)

Auf dem Weg von der staatlichen zur sozialen Einheit haben wir zunehmend positive Daten aus dem Osten unseres Landes. Die Hilfen greifen. Die ehemalige DDR gleicht zunehmend einer Baustelle. Wer heute früh von Hof über Plauen hierher gekommen ist, hat die Verzögerungen mit Wohlgefallen aufgenommen. Die Treuhand legt bei der Privatisierung ein zunehmendes Tempo vor. In Handwerk, Handel und Dienstleistungen haben wir wachsende Beschäftigungszahlen.

Es ist sicher, daß wir einen umfassenden Einsatz des sozialpolitischen Instrumentariums – vom Vorruhestand bis zur Arbeitsbeschaffung – brauchen, um das zu flankieren, was hier an Flurschaden in 40 Jahren angerichtet worden ist. Nur, wenn wir uns jetzt auf diesen Weg begeben und mit dem Steueränderungsgesetz 1992 dafür sorgen wollen, daß eine der verheerendsten Investitionsbremsen beim Wettbewerb um den Investitionsstandort Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft abgeschafft wird, nämlich die Gewerbesteuer, die bedeutet, daß man nicht nur Steuern zahlt, wenn man keinen Gewinn macht, sondern auch noch auf die Gelder, mit denen man sich für Investitionen verschuldet hat, Steuern entrichten muß, dann verweigert sich die SPD.

Wenn wir dafür sorgen wollen, daß in den neuen Bundesländern mit einem Verkehrsausbaubeschleunigungsgesetz der Infrastrukturbedarf nachträglich befriedigt wird, dann geht das SPD-geführte Bundesland Brandenburg im Bundesrat noch



her und stimmt dagegen. Das beweist eins: Diese Partei, die uns das Leben auf dem Weg zur deutschen Einheit schwermacht hat, die sich mit der SED zu parteikollegialen und verbrüdernden Gesprächen getroffen hat, hat nichts vergessen und nichts dazugelernt. Wenn sie uns einen Knüppel zwischen die Beine werfen können, tun sie es heute so, wie sie es damals getan haben.

(Beifall)

Für die Christlich-Soziale Union gratuliere ich Ihnen zum Dresdner Manifest. Der Parteivorsitzende der CSU und Bundesfinanzminister wird es besonders begrüßen, wenn von hier der Impuls ausgeht, die Dringlichkeit unserer Aufgaben klarer und härter zu formulieren und durchzusetzen, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Ich begrüße es auch, wenn sich hier herausstellt, daß für die Union in den 90er Jahren die neuen Bundesländer der Motor der Innovationskraft der deutschen Wirtschaft sein werden.

Sie haben sich mit der Aufarbeitung der Vergangenheit auseinandergesetzt. Es ist gut, damit im eigenen Hause anzufangen. Der Stil, den ich gestern in der Live-Übertragung der Diskussion zwischen Heiner Geißler, Herrn Krause, Herrn Vaatz und Frau Merkel gehört habe, gibt uns große Hoffnung, daß Ihnen diese Aufarbeitung des Giftes unter uns gelingt.

Aber wir wollen natürlich auch nach draußen das aufarbeiten, was aufzuarbeiten ist: nicht die Kleinen hängen und die Großen laufen lassen. Deshalb war es Zeit für eine Erweiterung der Anklage gegen Erich Honecker, der die Verantwortung dafür trägt, daß eine ganze Generation um ihr Recht auf Leben in Freiheit und Würde gebracht worden ist, Tausende eingekerkert wurden und Hunderte ihr Leben lassen mußten. Deshalb bestehen wir darauf, daß dieser Mann nach Deutschland rücküberstellt wird.

(Beifall)

Ich kann nur hoffen, daß sich die Nachrichten des heutigen Morgens, die von einem russisch-chilenischen Zusammenspiel sprechen, um ihn nach Nordkorea ausreisen zu lassen, nicht bewahrheiten. Unsere Unterstützung der damaligen chilenischen Opposition und heutigen Regierungspartei würde einen üblen Lohn erfahren, wenn sich das verwirklicht.

Ich meine auch, daß zur politischen Aufarbeitung eine klare Regelung hinsichtlich der Abgrenzung zur ehemaligen Staatssicherheit gehört. Wer sich dort freiwillig gemeldet hat, auf Herz und Nieren geprüft, angenommen worden ist und die Privilegien genossen hat, für den darf heute kein Platz im öffentlichen Dienst des Bundes und der Länder sein.

(Beifall)

Es wäre eine Provokation für die Hunderttausende, die 1989 unter Einsatz ihres Lebens auf die Straße gegangen sind, die heute ohne ihre Schuld arbeitslos sind, wenn die Unterdrücker aus den 80er Jahren jetzt ein warmes und sicheres Plätzchen im öffentlichen Dienst finden könnten, auch wenn ihnen nichts nachzuweisen ist.

Meine Freunde, Versöhnung kommt von Sühne. Wir, die wir Versöhnung wollen, wissen: Sie kann nur kommen, wenn auch ein deutliches Zeichen der Sühne gesetzt wird, das alle verstehen. Der Ausschluß der Stasi vom öffentlichen Dienst ist ein solches Zeichen.

(Beifall)

Lassen Sie mich Wolfgang Schäuble danken für die Arbeit durch die Jahre und dafür, einen klaren Kurs der Union im Asylrecht definiert zu haben. Wir werden diesen Kurs einschließlich der Änderung des Grundgesetzes und der gleichzeitigen Abgrenzung von ausländerfeindlichen Tendenzen im kommenden Jahr umzusetzen haben. Ihre Schwesterpartei verspricht Ihnen, daß von unserer Januartagung in Kreuth ein paar nützliche Impulse in diese Richtung ausgehen werden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, meine lieben Parteifreunde, Franz Josef Strauß hat ungezählte Male die Abkehr vom christlichen Sittengesetz durch den Nationalsozialismus als Wurzel des tiefsten Falles in der deutschen Geschichte in den Jahren 1939 bis 1945 gekennzeichnet. Heute, wo wir Verantwortung tragen, darf es nicht sein, daß beim Schutz des ungeborenen Lebens am Schluß diejenigen die Regelung des vereinten Deutschlands bestimmen, die in der ehemaligen DDR ihre Abkehr vom christlichen Sittengesetz durch eine Freigabe der Tötung ungeborener Kinder bekräftigt haben.

(Beifall)

Das Gebot „Du sollst nicht töten“ ist aus der christlichen Ethik heraus Gemeingut aller geworden, die noch ethisch ansprechbar sind in unserem Land, das heißt Gemeingut einer überwältigenden Mehrheit. Daß wir von der Union im Bundestag ein Lebensschutzgesetz durchbringen, das uns eine Generation gewährleistet, die aufwächst in Achtung vor dem Leben und nicht mit dem Eindruck, es sei verfügbar nach dem Belieben von Frau und Mann, halte ich für die ethische Herausforderung dieser Legislaturperiode in der Politik.

(Beifall)

Wir wollen damit dafür sorgen, durch die Besetzung wertkonservativer Positionen zu verhindern, daß sich im rechten demokratischen Spektrum Neuentwicklungen abzeichnen, die wir nicht brauchen können, wenn wir 1994 jene strategische Mehrheit mit Helmut Kohl als Kanzlerkandidat behaupten wollen, die nötig ist, damit die FDP am Wackeln und am Ampeln gehindert wird und das nicht auch noch im Bund einreißt.

(Beifall)

Wir bekennen uns zur Koalition mit dieser Partei. Aber sie hat nur ein sicheres Fundament: Das ist die strategische Mehrheit, wo es andere Lösungen für sie nicht gibt. Auch dies, meine Freunde, ist unser Auftrag für die kommenden Jahre: durch Geradlinigkeit, Glaubwürdigkeit und Geschlossenheit in der Gesamtheit der Schwesterparteien der Union den Defätismus zu besiegen und mit einem wirklichkeitsgerechten Optimismus die Zukunft zu gestalten.

Gemeinsam haben wir in der alten Bundesrepublik das Tal von 1989 überwunden. Gemeinsam haben wir die deutsche Einheit herbeigeführt. Gemeinsam haben wir die Bundestagswahl gewonnen. Gemeinsam werden wir die wirtschaftliche und soziale Einheit vollenden, und gemeinsam müssen wir auch die politisch bestimmende Kraft Deutschlands bis ins kommende Jahrtausend bleiben.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, die Rede des Vorsitzenden der CSU bzw. seines Stellvertreters hat inzwischen Tradition auf Bundesparteitagen der CDU und dokumentiert die Freundschaft und Verbundenheit der beiden Unionsparteien. Nochmals herzlichen Dank, Jürgen Warnke, für Ihr Kommen und für Ihr herzliches Grußwort!

(Beifall)

Wir setzen nun die unterbrochene Beratung der C-Anträge fort. Der Antrag C83 wurde bereits bei Antrag C76 und der Antrag C84 wurde im Zusammenhang mit dem „Dresdner Manifest“ behandelt. Deshalb kommen wir jetzt zu den Anträgen C85 bis C89, die auf Empfehlung der Antragskommission gemeinsam behandelt werden sollen. Fundstelle sind die Seiten 152 und 153 der Antragsbroschüre. Die Antragskommission empfiehlt die Annahme dieser Anträge in der Fassung des Antrages C85 der Jungen Union.

Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es wurde mit großer Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Die Antragskommission hat empfohlen, die vorliegenden Anträge zur Absicherung des Pflegerisikos gemeinsam zu behandeln. Gemäß dieser Empfehlung rufe ich jetzt die Anträge A232, A233, A238, C90, C91 und C100 zusammen auf. Hauptfundstelle sind die Seite 154 der Antragsbroschüre und die Seite 5 der Sammlung der Initiativanträge. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung der Anträge A232, A233, A238, C90 und C91 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie die Annahme des Antrages C100.

Es liegt nur eine Wortmeldung vor, nämlich die von Herrn Pieroth. Herr Pieroth, Sie haben das Wort.

**Elmar Pieroth:** Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Wir alle wollen die Pflegeversicherung, auch die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU.

(Beifall)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber eines klarmachen: Es ist unverzichtbar, daß eine Lösung erreicht wird, die erstens den Einstieg in zukunftsgerichtete Eigenvorsorgemodelle nicht verhindert und die zweitens dazu beiträgt, daß die Lohnzusatzkosten nicht weiter ansteigen.

(Beifall)

**Bernd Neumann,** Tagungspräsidium: Ich habe noch eine Wortmeldung vorliegen. Oder wollen wir erst die Antragskommission nehmen? Wir nehmen erst Ulf Fink, der sich gemeldet hat. – Er ist nicht da.

(Zurufe: Doch!)

– So geht es nicht! Wir müssen ein bißchen geordnet vorgehen. Ich schlage vor, daß wir erst der Antragskommission das Wort geben, bis Einigung erfolgt ist, wer redet.

**Dr. Renate Hellwig,** Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt die berechtigte Sorge, daß die Belastungen der Wirtschaft steigen. Diese Sorge hat eine Reihe von Quellen. Der Wirtschaftsstandort Bundesrepublik muß sich im internationalen Vergleich bewähren. Der Bereich der Vorsorge wird jedoch durch vieles in Anspruch genommen, auch durch die unzureichende Wahrnehmung von Möglichkeiten im Rahmen der Selbstverwaltung im Rahmen der Arbeitsverwaltung und der Krankenkassen. Er wird, wie wir in dem Forum „Soziale Marktwirtschaft“ gestern debattiert haben, unzureichend wahrgenommen durch die Tarifpartner, die die Möglichkeiten, die sie haben, nicht in dem Umfang ausschöpfen, daß mehr Beschäftigung und mehr Sicherheit für Arbeitsplätze daraus erwächst. Es gibt schließlich – Herr Töpfer weiß davon ein Lied zu singen – die berechtigte Sorge, daß das, was wir uns als Umweltschutz vornehmen, ebenfalls zu Belastungen der Wirtschaft führt.

Der Bundesvorstand hat dem im Rahmen seines Beschlusses zum Thema Pflegeversicherung durch die Formulierung, daß die Belastungen der Wirtschaft nicht weiter steigen sollen, Rechnung getragen. Die weitere Konkretisierung – das weiß nicht nur Norbert Blüm, sondern das wissen auch die, die andere Vorstellungen haben – geht immer dann voran, wenn man Fakten auf den Tisch legt. Diese Fakten sind so schwierig und auf der anderen Seite aber so eindeutig, daß wir dem Parteitag empfehlen möchten, über die Festlegung, die der Bundesvorstand getroffen hat, nicht hinauszugehen. Wir sind, da das sehr viel Einzelfragen und -zahlen beinhalten müßte, der festen Überzeugung, daß der Parteitag das so nicht leisten kann. Wir bitten Sie deshalb nachdrücklich, den Bundesvorstandsbeschluß mitzutragen und damit das Verhandlungsmandat bei Norbert Blüm zu belassen.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Es liegt eine schriftliche Wortmeldung von Ulf Fink vor.

**Ulf Fink**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich finde es gut, daß heute auf dem Parteitag der Beschluß des Bundesvorstands noch einmal nachdrücklich unterstrichen wird. Ich möchte den Parteitag auffordern, durch ein überzeugendes Votum für den Antrag der Antragskommission den Antrag des Bundesvorstands zu unterstreichen und unserer Verhandlungskommission mit der FDP damit den Rücken zu stärken.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich lasse jetzt entsprechend den Empfehlungen der Antragskommission abstimmen, die bis auf den Antrag C100, der angenommen werden soll, die Überweisung der Anträge empfohlen hat. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme und riesig großer Mehrheit so angenommen.

Ich möchte die Beratungen der Anträge kurz unterbrechen und dem Bundeskanzler und unserem Parteivorsitzenden das Wort erteilen.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, daß wir die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt einen Moment unterbrechen, damit ich eine Erklärung zu der Entscheidung der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft von der vergangenen Nacht abgebe.

Die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft haben sich heute Nacht geeinigt, die Unabhängigkeit aller jugoslawischen Republiken, die bereit sind, bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen, völkerrechtlich anzuerkennen.

(Anhaltender lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Voraussetzung für diese Anerkennung ist, daß diese Republiken einen Prinzipienkatalog erfüllen, den wir zusammen mit Frankreich vorgeschlagen haben und den sich unsere EG-Partner zu eigen gemacht haben. Bei diesem Katalog geht es vor allem um die Achtung der Menschenrechte, den Schutz der Minderheiten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und nicht zuletzt um den Verzicht auf jegliche gewaltsame Grenzveränderungen.

(Beifall)

Nach dem jetzt beschlossenen Verfahren sind alle jugoslawischen Republiken aufgefordert, bis zum 23. Dezember zu erklären, ob sie unter Achtung dieser Prinzipien als unabhängige Staaten anerkannt werden möchten.

Die Bundesregierung wird am Donnerstag, also in dieser Woche, auf der Grundlage dieses von der EG beschlossenen Verfahrens entscheiden, diejenigen Republiken anzuerkennen, die sich bis zum 23. Dezember verpflichten, die eben erwähnten Prinzipien zu akzeptieren. Die Umsetzung dieser Entscheidung wird am 15. Januar 1992 erfolgen. Das bedeutet für uns: Von diesem Tag an werden diplomatische Beziehungen mit Slowenien und Kroatien aufgenommen.

(Beifall)

Selbstverständlich sind wir bereit, diesen Schritt auch gegenüber anderen Republiken zu tun, die die von der EG aufgestellten Prinzipien erfüllen.

Liebe Freunde, ich denke, Sie verspüren wie ich in diesem Augenblick eine große Erleichterung. Dies ist ein großer Erfolg für uns und für die deutsche Politik, ich glaube, auch für die europäische Politik,

(Beifall)

weil wir uns seit langem für die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens eingesetzt haben. Wir haben als deutsche Bundesregierung von Anfang an deutlich gemacht, daß wir – jeder versteht dies – keinen Alleingang wollten. Daß es jetzt gelungen ist, alle Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für das eben erwähnte Verfahren zu gewinnen, beweist unsere Entschlossenheit, die gemeinsame Außenpolitik, zu der wir uns gerade vor wenigen Tagen in Maastricht bekannt haben, in die Tat umzusetzen.

Die Entscheidung der EG-Außenminister ist auch ein deutliches Signal an die serbische Führung und an die Militärs in Belgrad. Die Verantwortlichen dort sind jetzt dringend aufgefordert, dem schrecklichen und sinnlosen Blutvergießen endlich ein Ende zu setzen und den Weg für die Stationierung einer UNO-Friedenstruppe freizumachen.

(Beifall)

Die Entscheidung von Brüssel ist zugleich ein Zeichen der Hoffnung für alle, die in diesen Krisengebieten leben müssen, vor allem für die leidgeprüften Menschen in den Kampfgebieten Kroatiens. Sie ist eine klare Unterstützung für die demokratisch gewählten Regierungen in Slowenien und Kroatien und für deren Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit.

Ich möchte allen danken, die dabei mitgeholfen haben. Ich will bei dieser Gelegenheit noch einmal betonen, wie ich es vor ein paar Tagen im Bundestag sagte: Dies ist auch ein Erfolg einer guten Zusammenarbeit in der Koalition, an der alle Kollegen – ich nenne hier aus gutem Grund den Kollegen Hans-Dietrich Genscher – ihre Verdienste haben.

(Beifall)

Ich will ein Weiteres sagen, vor allem an die Adresse jener, die uns, den Deutschen, in den letzten Wochen und Monaten alle möglichen Motive unterstellten. Für uns, die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland, geht es immer und vor allem um das Schicksal der Menschen, um deren Zukunft in Frieden, in Freiheit und Demokratie, um nichts anderes. Das, was uns in einer glücklichen Stunde der Geschichte geschenkt wurde, wünschen wir auch anderen, und dem wollen wir dienen.

(Lebhafter Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich glaube, daß der starke Beifall nicht nur durch die Sache selbst zu erklären ist, sondern dem Mann gilt, der einen entscheidenden Erfolg an diesem politischen Akt hat. Wir danken Bundeskanzler Helmut Kohl für diesen großartigen Erfolg sehr herzlich.

(Lebhafter Beifall)

Wir setzen die Beratung der noch ausstehenden Anträge jetzt fort.

Ich rufe die Anträge C92 bis C94 auf, die von der Antragskommission zur Annahme empfohlen wurden. Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu dem Antrag C95 auf Seite 155 der Antragsbroschüre. Hier wird ebenfalls Annahme empfohlen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag C96. Sie finden den Antrag auf den Seiten 156 bis 161 der Antragsbroschüre. Hier empfiehlt die Antragskommission Überweisung an den Bundesfachausschuß Jugendpolitik als Material für ein neues jugendpolitisches Programm sowie an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. – Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen dann zu Antrag C97. Sie finden ihn auf Seite 4 der Sammlung der Initiativanträge. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung des Antrags an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Hierzu gibt es eine Wortmeldung von Herrn Lennartz, Landesverband NRW.

**Leo Lennartz:** Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Sie haben natürlich auch die Presse verfolgt und die Diskussionen und Informationen über das Mittel RU 486 aufgenommen. Das Mittel wird als Arzneimittel gehandelt, obwohl es sich nicht um ein Arzneimittel handelt, sondern um ein Mittel, um Leben zu vernichten.

Sie können mit einem Messer einen Menschen töten, und Sie können mit dem Messer einen Menschen heilen. Sie können mit einem Stock, einem Holz einen Menschen erschlagen, aber Sie können mit Holz zu Ihrer Sicherheit auch einen Zaun bauen. Sie können mit Steinen einen Menschen töten, und Sie können mit Steinen einen Deich bauen, um sich zu schützen. Aber mit RU 486 können Sie nichts anderes tun als töten.

Es ist ein Mittel, um bis zur siebenten Schwangerschaftswoche bei der Frau eine vorgezogene Geburt herbeizuführen. Das Mittel wirkt als Mittel zur Einleitung einer Geburt mit der Folge, daß das Kind getötet wird. Diese Situation ist nach unserem Verständnis unhaltbar, weil damit das Töten privatisiert wird. Das Töten wird in die Beliebigkeit einer Frau, eines Arztes gestellt, und niemand kontrolliert, was hier passiert.

Es ist ein bisher nicht bekannter Vorgang, daß eine Firma, die ein solches Mittel herstellt, an die Öffentlichkeit geht und sagt, man möge sie doch bitten, dieses Mittel auf dem deutschen Markt einzuführen. Das Mittel ist bisher nur auf dem französischen

Markt eingeführt worden, und zwar, wie wir wissen, auf Druck der französischen Regierung. Die französische Herstellerfirma ist eine Tochtergesellschaft der Firma Hoechst, von der der berühmte Kinderarzt Professor Lejeune gesagt hat: Das ist die Muttergesellschaft, die im Kriege das Zyklon B zur Vernichtung der Juden hergestellt hat. Diese Gesellschaft versucht jetzt über die Öffentlichkeit, die Zustimmung zur Einführung dieses Mittels zu bekommen.

Meine Damen und Herren, wir sollten gerade in dieser Stadt, die so viel Tötung erlebt hat, ein Signal setzen, ein Signal für das Leben. Das sollten wir hier an dieser Stelle tun. - Vielen Dank.

(Beifall – Buh-Rufe)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, gebe ich der Antragskommission das Wort. Frau Michalk, bitte.

**Maria Michalk**, Antragskommission: Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Die Pille RU 486 ist eine Methode des Abbruchs für den Fall, daß wirklich eine Indikation vorliegt. Es hat nichts mit der Diskussion zu tun, die wir jetzt im Zusammenhang mit dem Gesetz zum Schutz des ungeborenen Lebens führen. Es ist lediglich eine Methode für den Fall, daß wirklich eine Ausnahme – wir sagen: Indikation – vorliegt.

Deshalb kann sich die Antragskommission mit der Vermischung dieser beiden Themen nicht einverstanden erklären.

(Beifall)

Die Antragskommission hat sich die Formulierung dieses Antrages nicht zu eigen gemacht. Wir meinen aber, daß sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit diesem Thema befassen muß. Deshalb empfehlen wir die Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist der Antrag, so wie von der Antragskommission vorgeschlagen, mit großer Mehrheit angenommen.

Wir kommen zu Antrag C98. Sie finden ihn auf Seite 4 der Sammlung der Initiativanträge. Die Antragskommission empfiehlt die Überweisung des Antrages an den Bundesfachausschuß Medienpolitik. Keine Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! Enthaltungen? – Dem wurde einstimmig so gefolgt.

Der Antrag C99 ist bereits im Zusammenhang mit Antrag C76, und Antrag C100 ist im Zusammenhang mit Antrag C90 behandelt worden.

Damit kann ich jetzt Antrag C101 aufrufen, den Sie auf Seite 5 der Sammlung der Initiativanträge finden. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung so zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Antrag C102 – Fundstelle ist die Seite 5 der Sammlung der Initiativanträge – auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU-Landtagsfraktionen. Das Wort hierzu wird ebenfalls nicht gewünscht.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Antrag C103. Fundstelle ist die Seite 6 der Sammlung der Initiativanträge. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU-Fraktion des Landtages von Sachsen-Anhalt. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Wir kommen, wenn ich das richtig sehe, zum letzten vorliegenden Antrag, nämlich zu Antrag C104. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. – Dazu hat das Wort Dr. Lammert, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Wissenschaft.

**Dr. Norbert Lammert:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zunächst will ich der guten Ordnung halber darauf hinweisen, daß weder ich noch die Kollegen Graf Schwerin und Professor Posdorf die eigentlichen Initiatoren dieses Antrags sind. Aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir die Bitte des Rings Christlich Demokratischer Studenten, der über eine hinreichende Anzahl eigener stimmberechtigter Delegierter für einen solchen Initiativantrag nicht verfügt, gerne aufgenommen haben und daß wir diese Bitte auch gerne und aus Überzeugung unterstützen.

Meine Damen und Herren, „Einheit leben“ ist das Motto dieses Parteitages und die Botschaft des Dresdner Manifests, das wir gestern verabschiedet haben. Deswegen möchte ich Sie – auch nach Rücksprache mit CDU-Ministerpräsidenten in den neuen Bundesländern – herzlich um Ihr positives Votum zu diesem Initiativantrag bitten. Ich will in aller Kürze nur vier kurze Argumente dafür vortragen:

Erstens. BAföG ist ein Rechtsanspruch auf bedarfsorientierte Förderleistungen. Zur Realität der deutschen Einheit gehört, daß die Lebenshaltungskosten im Osten und im Westen Deutschlands zunehmend dieselben sind. Es ist dann ein Gebot der Fairneß und im übrigen auch ein Gebot des Gleichheitsprinzips, daß wir gleiche Sachverhalte gleich behandeln, also den Studenten in den neuen Bundesländern den gleichen Anspruch zubilligen, der für die im Westen ganz selbstverständlich ist.

(Beifall)

Zweitens. Wenn wir nicht so verfahren würden, hätte jeder Student an einer ostdeutschen Universität natürlich die Möglichkeit, sich durch einen Wechsel des Studienortes den Rechtsanspruch auf den gleich hohen Fördersatz im Westen zu besorgen, und wir brauchen nicht lange darüber zu streiten, welche Folgen damit verbunden wären. Daß dies weder ein Beitrag zur Erleichterung der ohnehin höchst problematischen Verhältnisse an den westdeutschen Universitäten noch ein Beitrag zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit in den neuen Bundesländern wäre, liegt auf der Hand.



Drittens. Die Bundesregierung hat bereits bei der letzten Änderung des BAföG aufgrund eines förmlichen Einspruchs des Bundesrates gegenüber der nichtvollzogenen Anpassung des Grundbedarfes in Aussicht gestellt, bei der nächsten Änderungsrunde diese Anpassung vorzunehmen. Es ist absehbar, daß dann, wenn dies im bevorstehenden Gesetzgebungsverfahren Anfang nächsten Jahres nicht erfolgen würde, der Bundesrat mit seiner Mehrheit den Vermittlungsausschuß anrufen und dies dann mit der Mehrheit der SPD-Stimmen – vermutlich unter Beteiligung der CDU-geführten neuen Bundesländer – durchsetzen würde. Diese Situation sollten wir uns gemeinsam durch einen intelligenten Beschluß ersparen.

Viertens. Die notwendigen Mittel für die Finanzierung dieser Maßnahme sind sowohl in den Bundeshaushalt 1992 eingestellt als auch in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen, so daß ich auch nicht wüßte, was uns überhaupt dazu veranlassen könnte, anders zu beschließen, als wir es uns gestern im Dresdner Manifest vorgenommen haben. Meine Damen und Herren, gestern haben wir gesagt: Wir wollen einheitliche Lebensverhältnisse in ganz Deutschland schaffen, und dies habe Vorrang vor allen anderen Aufgaben. Ich meine, wir hätten heute gegen Ende des Parteitages eine gute Gelegenheit, diesen Programmsatz an einer konkreten Stelle mit Leben zu erfüllen. Deswegen bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Renate Hellwig das Wort.

**Dr. Renate Hellwig**, Antragskommission: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch hier beweist die Antragskommission ihre Lernfähigkeit. Sie hat beschlossen, dem Votum von Herrn Lammert zuzustimmen und Ihnen Annahme zu empfehlen.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Ich komme damit zur Abstimmung über den Antrag C104, mit dessen Annahme die materielle Gleichstellung der Studenten in den neuen Bundesländern mit denen in den alten vorgenommen wird, so wie das der Herr Kollege Lammert vorgetragen hat. Wer der Empfehlung der Antragskommission in diesem Sinne zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einer Enthaltung so beschlossen.

Damit sind alle sonstigen Anträge behandelt. Der Tagesordnungspunkt 20 ist erledigt. Meine lieben Parteifreunde, wir stehen am Ende der Parteitagsberatungen.

Bevor ich den letzten Tagesordnungspunkt, den Punkt 21 – Schlußwort des Parteivorsitzenden -, aufrufe, möchte ich noch einige Bemerkungen für das Tagungspräsidium machen. Ich möchte zunächst Ihnen, den Delegierten, für die große Konzentration und das Engagement herzlich danken, mit dem Sie diesen Parteitag mitgestaltet haben. Ich möchte auch den Kolleginnen und Kollegen hier im Tagungspräsidium für die Führung dieses 2. Parteitages der CDU Deutschlands herzlich danken.

(Beifall)

Ein herzlicher Dank gilt den Vertretern der Medien, Presse, Rundfunk und Fernsehen, die uns auf diesem Parteitag begleitet und über diesen Parteitag im In- und Ausland ausführlich berichtet haben und auch hoffentlich noch ausführlich berichten werden.

Meine Damen und Herren! Wir danken insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kulturpalastes in Dresden für ihre freundliche Hilfe

(Beifall)

und für die Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Parteitages. Meine Damen und Herren, der Vorsitzende hat eingangs darauf hingewiesen, daß möglicherweise alles etwas schwieriger würde. Ich kann nur sagen: Die Organisation hier hat so geklappt wie bei uns bei früheren Parteitagen. Deshalb ist den Mitarbeitern und denjenigen, insbesondere von der CDU Sachsen, die uns unterstützt haben, ein herzlicher Dank zu sagen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Wir sind denjenigen besonders dankbar, die die Sicherungsaufgaben dieses Parteitages hervorragend bewältigt haben. Ein besonderer Dank gilt deshalb der Polizei.

(Beifall)

Wir danken auch den Ärzten und Sanitätern des Johanniterordens für ihre Unterstützung und Hilfe bei der notärztlichen Versorgung.

(Beifall)

Ebenso herzlich danken wir den vielen CDU-Mitgliedern aus Dresden und aus Sachsen, daß sie sich hier ehrenamtlich sowohl als Ordner als auch als Hilfskräfte für die Durchführung des Parteitages zur Verfügung gestellt haben. Vielen Dank an sie!

(Beifall)

Schließlich danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der CDU-Bundesgeschäftsstelle für ihren Einsatz bei der Vorbereitung dieses Parteitages, dem Bundesgeschäftsführer, Herrn Staudacher, aber insbesondere auch Herrn Schumacher. Es hat wieder einmal großartig geklappt. Vielen Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich rufe nun auf den TAGESORDNUNGSPUNKT 21:

### Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Ich erteile das Wort unserem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Ich darf nach der Tradition unserer Parteitage zum Schluß noch einige kurze Bemerkungen machen. Ich darf auch von mir aus zunächst ein Wort des Dankes sagen.

Der Parteitagspräsident, unser Freund Bernd Neumann, hat den vielen Mitarbeitern gedankt. Ich möchte das ganz bewußt auf alle Bürger dieser Stadt erweitern.

(Beifall)

Ich spreche nicht von den wenigen jungen Leuten, die da gelärmt haben, wobei ich vermute, daß die meisten gar nicht wirklich wußten, warum sie so gelärmt haben. Ich spreche von den vielen Begegnungen am Sonntag vor den Kirchen, im Gottesdienst, auf den Straßen. Viele von Ihnen sind ja von Dresdnern angesprochen worden und haben in Lokalen oder auch bei anderer Gelegenheit die Möglichkeit des Gesprächs gehabt.

Wir alle konnten auch einmal mehr feststellen, daß dies eine großartige Stadt ist, eine der schönsten Städte in Deutschland und Europa,

(Beifall)

eine Stadt, die vieles reflektiert vom Auf und Ab unserer Geschichte. Wenn man auf der Brühlschen Terrasse steht, einen Moment die Augen schließt und 5, 6, 7 Jahre weiterdenkt, wenn alles wieder in Ordnung gebracht sein wird, dann kann man sich sagen: Welch ein Schatz für Deutschland und Europa!

(Beifall)

Als wir eben über Kroatien und den Krieg sprachen und Sie in einer so eindrucksvollen Weise durch die kleine Ovation Ihr Bekenntnis zum Frieden zum Ausdruck brachten, gingen meine Erinnerungen und sicherlich auch die von vielen unter Ihnen zurück zu unseren eigenen Erfahrungen, den Bildern, die wir in uns tragen, vor allem jene, die noch selbst erlebt haben – wie ich als Kind –, was Krieg bedeutet in Städten, Dörfern und Gemeinden.

Wo gibt es eine Stadt in Deutschland, in der die Erinnerung an den Krieg und die schrecklichen Leiden der Menschen so lebendig ist wie hier in Dresden!

Aber hier ist auch die Erinnerung lebendig an das Wiedererstarken der demokratisch-freiheitlichen Idee. Wenn in irgendeiner Stadt in Deutschland der Ruf: Nie wieder Diktatur, nie wieder Krieg! seinen Platz hat, dann hier in Dresden. Und wir sind dankbar auch für diese Erfahrung, die wir aus dieser Stadt mit nach Hause nehmen können.

Meine Damen und Herren, ein weiteres kann man hier erfahren. Wenn man die Baukräne sieht, die Umbauarbeiten: Diese Stadt ist im vollen Umbruch wie die neuen Bundesländer insgesamt. Hier zeigt sich, was noch alles zu tun ist. Hier sieht man etwas von den Spuren und von den Narben der Geschichte auch der letzten 40 Jahre. Hier spürt man auch die Sorgen der Menschen etwa um Arbeitsplatz und Zukunft.

Aber man verspürt ebenso jenes andere, was ja glücklicherweise in den Umfragen, auch in den neuen Bundesländern, zum Jahresende deutlich wird: Den klaren Optimismus und die Überzeugung der großen Mehrheit: Wir werden auch im nächsten Jahr ein gutes Jahr haben; es geht weiter aufwärts. Wenn wir gemeinsam zupacken, dann werden wir's schaffen!

(Beifall)

Dieser Parteitag der CDU in Dresden war, wenn Sie zurückblicken auf die Serie der Bundesparteitage in den alten Bundesländern und auch den Vergleich zum ersten gesamtdeutschen Parteitag in Hamburg ziehen, anders – und das wollten wir ja auch so. Wir wollten hier, außerhalb von Wahlzeiten, Standortbestimmung vornehmen, auch ein Stück Selbstbesinnung.

Wir haben die Chance genutzt, vor allem in den Foren, mit Gästen zu sprechen, mit solchen, die nicht selbstverständlich bei uns ihre politische Heimat haben. Und so ist dieser Parteitag auch ein offener Parteitag geworden. Es ist diskutiert worden, es sind Fragen gestellt worden, und es ist auch über die Notwendigkeit diskutiert und gesprochen worden, Prioritäten neu zu überdenken und damit Signale für die Zukunft zu geben.

Zukunft, liebe Freunde, das heißt für uns, als eine der großen Volksparteien – wir sind nicht allein; auch die anderen sind gefordert –, als eine der großen Volksparteien in Deutschland unseren Beitrag zur inneren Einheit unseres Volkes zu leisten und uns nicht damit zu begnügen – denn das wäre ein Versagen vor der Geschichte – daß wir uns „nur“ um die ökonomisch-sozialen Fragen kümmern – wobei diese auch entscheidend sind, gerade für den einzelnen und sein privates Glück.

Aber die Zukunft unseres Landes hängt ebenso davon ab, ob wir nach über 40 Jahren der Trennung innerlich zueinander finden, ob wir Geduld miteinander haben, ob wir auch einander zuhören.

Wer wie ich Gelegenheit hatte, im wichtigen Forum über die Vergangenheit die Gespräche zu erleben, wie die persönliche Betroffenheit aus den einzelnen herausbrach, der wird mir vielleicht zustimmen, wenn ich sage: Dies ist - so glaube ich - der richtige Umgang mit Geschichte, so kommen wir zum Miteinander: indem wir fair miteinander reden, fähig sind zusammenzurücken, Freundschaft und Kameradschaft zu finden.

Diese innere Einheit unserer Partei ist dann auch ein Beitrag zur inneren Einheit der Deutschen.

Wir nehmen für uns nicht in Anspruch, daß wir dabei besser sind als andere. Ich finde es nur eigentümlich, daß andere so tun, als hätten sie dieses Problem nicht; denn das zeigt ja nur, daß sie die geschichtliche Aufgabe eigentlich nicht begriffen haben.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben aber als die Partei, die sich stets und zu jedem Zeitpunkt der letzten Jahrzehnte zur deutschen Einheit bekannt hat, hier auch eine besondere Verpflichtung, ein Beispiel zu geben.

Wir haben gesagt – und ich will es wiederholen –: Es gibt im Umgang mit der Zeit der SED-Diktatur vor allem zwei Prinzipien, die wichtig sind, nämlich das Prinzip der Wahrhaftigkeit – Verdrängen nützt niemandem –, aber auch das Prinzip des fairen Umgangs miteinander, des Sich-Hütens vor pauschalen Urteilen und vor Vorverurteilungen.

Dies - Wahrhaftigkeit und Fairness - müssen unsere Einstellung sein. Zum Miteinander finden wir nur, wenn wir uns diesen Prinzipien entsprechend verhalten.

Das Dresdner Manifest, das wir verabschiedet haben, legt politische Prioritäten fest für die Zeit, die vor uns liegt, definiert Aufgaben, die jetzt vorrangig gelöst werden müssen.

Wir haben den Zwischenbericht unseres Freundes Göhner über die Diskussion zum Grundsatzprogramm gehört. Ich darf Sie noch einmal herzlich bitten, in ihre Landes-, Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände diese Botschaft weiterzutragen: daß wir das ganze Jahr 1993 nutzen wollen zu einer sehr grundsätzlichen Diskussion unseres Standorts, damit wir uns dann – vermutlich im Februar 1994 – die Zeit nehmen und die Chance wahrnehmen, das neue Grundsatzprogramm auf einem Programmparteitag zu behandeln und gemeinsam zu beschließen.

Dies ist wichtig für die CDU in Deutschland, dies ist auch ein wichtiger Beitrag der deutschen CDU in der Familie der internationalen Christlichen Demokraten. Das gilt für die Weltgemeinschaft genauso wie für die Europäische Volkspartei, die Christdemokraten in Europa.

Ich habe es in meinem Eingangsreferat gesagt, und viele haben es aufgenommen, auch in der Diskussion auf den Foren: Es ist wichtig, daß wir dieses geistige Vakuum nach dem Zusammenbruch der kommunistisch-sozialistischen Ideologie nicht nur registrieren, sondern daß wir unseren Beitrag zur Orientierung zu leisten versuchen – einen Beitrag, der nicht ganz einfach ist angesichts der vielen Suchenden. Denn es war eine in vielerlei Hinsicht komfortable Ideologie. Man konnte sich darin gleichsam einrichten, und die, die es vermochten, haben auch eine Weile daran geglaubt. Es war relativ einfach, Antworten zu geben.

Christlich-demokratische Überzeugung ist nicht so einfach. Sie bietet nicht Patentrezepte. Christlich-demokratische Überzeugung, dazu gehört: das Grundgesetz als unsere Werteordnung, die ethischen Normen, das Sittengesetz, aber es heißt auch: die christliche Pflicht zur Sachgerechtigkeit, die Diskussion und das Ringen um den besten Weg für unsere Politik. Deswegen müssen wir nicht erst beschließen, daß wir eine offene Partei sind. Entweder sind wir es, oder wir sind nicht mehr Christlich Demokratische Union.

(Lebhafter Beifall)

Wofür ich dankbar bin – das war gestern abend, beim Sachsen-Abend, spürbar und bei vielen anderen Gelegenheiten – ist die Begegnung mit alten und neuen Freunden. Ich habe es oft in Diskussionen gesagt, weil es mein eigenes Leben sehr geprägt hat: Eine politische Partei ist nicht eine Organisation, in die man einfach eintritt in der Annahme, das sei ein reiner Interessenverband. Das sind wir überhaupt nicht! Diese Partei muß immer auch unsere politische Heimat sein, in guten und in schlechten Tagen. Dazu gehört das Gefühl „Wir haben es gepackt!“ nach einer guten Wahl und das Gefühl der Erbitterung und Ernüchterung, wenn man eine Wahl verloren hat. Man muß miteinander feiern und miteinander leiden können in einer solchen Partei, dann ist sie Gemeinschaft!

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, für dieses Gemeinschaftsgefühl bedeutete Dresden eine weitere Chance, auch weil wir räumlich vielleicht enger beieinander saßen und viel miteinander sprechen konnten, und dafür sind wir dankbar.

Wir haben Grund zum Selbstbewußtsein. Wir haben vieles leisten können im Dienst an unserem Land. Und gerade in diesen Tagen haben wir einen wegweisenden Beitrag geleistet zur Vereinigung Europas. Heimat, Vaterland und Europa, dieser Zusammenhang ist jetzt viel stärker, als wir früher in unseren Träumen zu hoffen wagten.

Weil dies so ist, haben wir, so glaube ich, auch Grund zum Selbstbewußtsein. Wir brauchen uns vor niemandem zu verkriechen, auch wenn wir Fehler gemacht haben.

(Beifall)

Wir haben Grund zum Stolz auf das Geleistete, aber wir haben überhaupt keinen Grund zu Arroganz oder Überheblichkeit. Die Pflicht, in die wir gestellt sind, läßt es zu, daß wir mit Selbstvertrauen auf diese Leistungen blicken, verlangt von uns aber auch die Erkenntnis, daß noch viel zu tun ist, daß noch viel harte Arbeit zu leisten ist. – "Hart", das möchte ich eigentlich zurücknehmen, denn in Zeiten wie diesen etwas erreichen zu können ist auch ein Glück, auch wenn die Anstrengungen manchmal bis an die Grenzen des Menschenmöglichen gehen. Es ist ein Glück, etwas bewegen zu können. Für mich ist es ein Glück, heute sagen zu können, daß die Kroaten nicht alleingelassen werden.

(Beifall)

Das ist auch ein Beispiel dafür, daß wir unsere gewachsene Verantwortung, die gewachsene Verantwortung Deutschlands in der Welt, sehen.

Liebe Freunde, dieser Parteitag fand zu einem ungewöhnlichen Zeitpunkt statt, im Advent, wenige Tage vor Weihnachten. Das hat vielleicht auch unsere Möglichkeit zur Besinnung jenseits der Hektik des Alltags erhöht. Ich nehme gerne die Gelegenheit wahr, verbunden mit meinem Dank für Ihre Hilfe und Unterstützung im abgelaufenen Jahr, Ihnen allen zuzurufen: Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest

und ein glückliches und erfolgreiches Jahr 1992, aus der Sicht der CDU vor allem in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Nun wollen wir mit der Gewißheit nach Hause zurückkehren, daß noch viel zu tun ist, daß wir aber die Kraft und, so denke ich, auch den Mut dafür haben und daß das Werk gelingen kann.

Wir schließen diesen Parteitag in Dresden mit dem Lied der Deutschen: Einigkeit und Recht und Freiheit.

Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, damit ist der 2. Parteitag der CDU Deutschlands geschlossen.

(Schluß: 11.44 Uhr)

## **ANHANG**

### **Beschlußprotokoll** des 2. Parteitages der CDU Deutschlands 15.-17. Dezember 1991 Dresden

#### **Tagesordnung:**

1. Eröffnung und Begrüßung:  
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB,  
Vorsitzender der CDU Deutschlands
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte

8. Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands,  
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
9. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands,  
Volker Rühle MdB
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag,
  - Dr. Alfred Dregger MdB,  
Ehrevorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
  - Bundesminister a.D. Dr. Wolfgang Schäuble MdB,  
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
11. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des  
Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP
12. Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1989 nach § 23 Parteiengesetz  
Walther Leisler Kiep, Bundesschatzmeister der CDU Deutschlands
13. Aussprache zu den Berichten
14. Nachwahl des Stellvertretenden Vorsitzenden  
und eines weiteren Mitglieds des Präsidiums
15. Zwischenbericht des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission der CDU,  
Dr. Reinhard Göhner MdB, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz
16. Einbringung des Leitantes des Bundesvorstandes:  
„Dresdner Manifest  
– DIE ZUKUNFT GEMEINSAM GESTALTEN –  
Die neuen Aufgaben deutscher Politik“  
Einführung: Generalsekretär Volker Rühle MdB
17. Beratung des Leitantes des Bundesvorstandes  
– Berichte aus den Foren –
18. Beschlußfassung über den Leitantrag des Bundesvorstandes
19. Anträge auf Änderung des Statuts sowie der Finanz- und Beitragsordnung der  
CDU Deutschlands (u.a. § 28, Änderung des Delegiertenschlüssels)
20. Sonstige Anträge
21. Schlußwort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands,  
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB



**Zu TOP 2:**

Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des Parteitag-  
es am 15. Dezember 1991 in offener Abstimmung ohne Gegen-  
stimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

**Tagungspräsident:**

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf MdL

**Beisitzer:**

Diemuth Theato MdEP  
Klaus Landowsky MdA  
Martin Habermann MdL  
Bernd Neumann MdB  
Jürgen Echternach MdB  
Otti Geschka MdL  
Josef Stock MdL  
Manfred Carstens MdB  
Dr. Alfred Gomolka MdL  
Herbert Reul MdL  
Elke Wülfing MdB  
Gerhard Kneib MdL  
Prof. Dr. Klaus Töpfer MdB  
Dr. Berthold Rink  
Carmen Stange  
Gudrun Hunecke MdL  
Dr. Gottfried Müller MdL  
Peter Hintze MdB  
Dr. Maria Böhmer MdB  
Irmgard Karwatzki MdB  
Karin Lück  
Barbara Schäfer MdL  
Hermann Gröhe  
Ilka Freitag  
Ute Karger  
Lars Rohwer MdL  
Dr. Horst Waffenschmidt MdB  
Elmar Pieroth MdA  
Helmut Sauer MdB  
Dr. Bernhard Worms  
Thomas Pietsch MdL  
Bernhard Sälzer MdEP

**Zu TOP 3:**

Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener  
Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig  
angenommen.

Außerdem wurde bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen  
beschlossen, folgende Einreichungsfristen festzulegen:

Für alle Initiativanträge:

**Sonntag, 15. Dezember 1991, 18.00 Uhr,**

**Zu TOP 4:**

Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 (3) GO-CDU eingesetzte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

**Vorsitzender:**

Volker Rühle MdB

**Stellv. Vorsitzender:**

Wilhelm Staudacher

**Weitere Mitglieder:**

Dr. Sabine Bergmann-Pohl MdB	Dr. Hedda Meseke MdB
Willibald Böck MdL	Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer
Dr. Maria Böhmer MdB	Maria Michalk MdB
Elmar Brok MdEP	Dr. Gottfried Müller MdL
Klaus von Döllén	Dr. Dieter Murmann
Werner Dörflinger MdB	Bernd Neumann MdB
Ulf Fink MdA	Doris Pack MdEP
Christian Fischer	Hartmut Perschau
Dirk Erik Fischer MdB	Anton Pfeifer MdB
Johannes Gerster MdB	Elmar Pieroth MdA
Kurt-Dieter Grill MdL	Ronald Pofalla MdB
Horst Heinschke	Herbert Reul MdL
Dr. Renate Hellwig MdB	Hannelore Rönch MdB
Dr. Ottfried Hennig MdB	Christian Schneller
Dr. Adolf Herkenrath MdB	Clemens Schwalbe MdB
Heinz-Adolf Hörsken MdB	Erika Steinbach-Hermann MdB
Ulrich Junghanns MdB	Josef Stock MdL
Dr. Hans-Ulrich Klose MdL	Christa Thoben
Roland Koch MdL	Arnold Vaatz MdL
Prof. Dr. Günther Krause MdB	Rüdiger von Voss
Klaus Landowsky MdA	Dr. Peter Wagner MdL
Christine Lieberknecht MdL	Bernd Wilz MdB
Dr. Angela Merkel MdB	Matthias Wissmann MdB

**Zu TOP 5:**

In die **Mandatsprüfungskommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

**Vorsitzender:**

Hans-Peter Marr

**Beisitzer:**

Jochen von Allwörden  
Erich Panik  
Karl Rauber  
Bernd Reisener  
Claudius Schlumberger  
Karl Schumacher

## **Bericht der Mandatsprüfungskommission**

Die Mandatsprüfungskommission des 2. Parteitages erstattete am Sonntag, den 15. Dezember 1991, abends, folgenden Bericht:

„Sehr geehrter Herr Tagungspräsident,  
sehr geehrter Herr Parteivorsitzender,  
sehr geehrte Delegierte,

die vom 2. Parteitag eingesetzte Mandatsprüfungskommission hat am heutigen Sonntag, dem 15. Dezember 1991, auf ihrer Sitzung die Unterlagen der Delegierten überprüft.

Es wurde festgestellt, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum Zeitpunkt des 2. Parteitages weniger als 24 Monate im Amt waren. Sie entsprechenden eidesstattlichen Erklärungen der jeweils zuständigen Parteigerichte liegen vollständig bei den Akten.

Nach § 28 des Bundesstatuts besteht der Parteitag aus 1.000 voll stimmberechtigten Delegierten der Landesverbände.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission waren um 19.30 Uhr von den 1.000 voll stimmberechtigten Delegierten des 2. Parteitages 935 anwesend.

Die Mandatsprüfungskommission hat eine Erklärung des Leiters der Abteilung Verwaltung der CDU-Bundesgeschäftsstelle entgegengenommen, daß alle Landesverbände die nach § 22 Abs. 2 des Statuts für die Anerkennung des Stimmrechts erforderlichen Beiträge an die Bundespartei abgeführt haben.

Demzufolge ist dieser Parteitag beschlußfähig.

gez. Hans-Peter Marr  
gez. Jochen von Allwörden  
gez. Karl Rauber  
gez. Claudius Schlumberger“

gez. Karl Schumacher  
gez. Bernd Reisener  
gez. Erich Panik

Der 2. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht der Mandatsprüfungskommission zustimmend zur Kenntnis.

### **Zu TOP 6:**

In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

#### **Vorsitzender:**

Stefan Stinner

#### **Stellv. Vorsitzende:**

Gabriele Storkan

### **Weitere Mitglieder:**

Günter Altmann	Josef Lipke
Carl Andresen	Reinhold Meisel
Karin Antes	Petra Meissner
Anton Auer	Roland Mitschke
Klaus Böhm	Rudolf Nadler
Franz Becker	Jochen Pöppel
Hans Bender	Bodo Palaske
Georg Brockelmann	Ulrich Pomrehn
Heinz Budde	Dieter Ramm
Konrad Frielingsdorf	D Dieter Richter
Kerstin Fuhrmann	Gerhard Richter
Karin Gögge	Erwin Romankiewicz
Klaus-Dieter Götz	Christoph Roth
M. Geisler	Eberhard Sachse
Harry Grunert	Ludger Samson
Dieter Höbel	Karlheinz Schmidt
Dietmar Hassler	Jürgen Schmitz
Gerhard Heinze	Günter Schulze
Arnold Hildebrand	Klaus Thomas
Barbara Hinze	Hermann Wagner
P. Holtmannspötter	Hans-Joachim Walter
Christoph Jähn	Jens Walther
Ottmar Jusa	Werner Warzecha
Udo Kamperdick	Paul Westeppe
Rudolf Klem	Peter Wettenmann
Stephan Lechner	Dieter Wieland
Günter Lenk	Manfred Wynands
Peter Liebers	Mario Zeising
Bernhard Lindner	Kerstin Zietz

- Zu TOP 8/13:** Der 2. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 9/13:** Der 2. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Generalsekretärs, Volker Rühle MdB, zustimmend zur Kenntnis. Dem Bericht waren 4 Anlagen beigelegt.
- Zu TOP 10/13:** Der 2. Parteitag der CDU Deutschlands nahm die Berichte des Ehrenvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alfred Dregger MdB, und des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Wolfgang Schäuble MdB, zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 11/13:** Der 2. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP, zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 12/13:** Der 2. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Rechenschaftsbericht 1989 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 14:** Nachwahl des Stellvertretenden Vorsitzenden und eines weiteren Mitglieds des Präsidiums

### **1. Wahl des Stellvertretenden Vorsitzenden**

Es wurde gewählt:

Bundesministerin Dr. Angela Merkel MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	752
Enthaltungen:	32
Ungültig:	1
Gültige Stimmen:	719
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	360
Ja:	621
Nein:	98

### **2. Wahl eines weiteren Präsidiumsmitglieds**

Es wurde gewählt:

Staatsministerin Christine Lieberknecht MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	751
Enthaltungen:	17
Ungültig:	2
Gültige Stimmen:	732
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	367
Ja:	694
Nein:	38

**Zu TOP 15:** Der 2. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Zwischenbericht des Vorsitzenden der Grundsatzprogramm-Kommission der CDU, Parl. Staatssekretär Dr. Reinhard Göhner MdB, zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 17/18:** Der 2. Parteitag der CDU Deutschlands faßte nach eingehender Aussprache über den Leitantrag des Bundesvorstandes

„Dresdner Manifest“  
**DIE ZUKUNFT GEMEINSAM GESTALTEN**  
Die neuen Aufgaben deutscher Politik“

in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut des Antrages des Bundesvorstandes sowie der dazugehörenden Anträge der Landes- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 2. Parteitages der CDU Deutschlands“ oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativanträge sowie Ergänzungen und Änderungen zur Antragsbroschüre“ abgedruckt.)

- Annahme der Anträge A1, A3 und A19
- Ablehnung der Anträge A2 und A4

## **PRÄAMBEL**

### **Ziffer 1 (alt):**

- Annahme der Anträge A5 bis A9, A11, A13, A21, A25 und A26 in der Fassung der Antragskommission (idF der AK) dadurch Erledigung der Anträge A15, A20 und A22
- Behandlung von Antrag A17 bei Ziffer 13 (neu)
- Behandlung von Antrag A19 bei Antrag A1
- Ablehnung der Anträge A10, A12, A14, A16, A18, A23 und A24

### **I. Deutschlands Verantwortung in der Welt wahrnehmen**

#### **Ziffer 2 (alt):**

- Annahme der Anträge A27, A28, A34, A37 und A49 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A31, A35, A39, A41, A47 und A48
- Behandlung von Antrag A44 bei Ziffer 18
- Ablehnung der Anträge A29, A30, A32, A33, A36, A38, A40, A42, A43, A45, A46, A50, A51, A52 und A53

#### **Ziffer 3 (alt):**

- Annahme der Anträge A54, A56, A57, A59, A60 und A64 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A55, A61 bis A63, A65, A67 und A68
- Ablehnung der Anträge A58 und A66

#### **Ziffer 4 (alt):**

- Annahme der Anträge A69, A73, A76, A77, A80, A81, A86 und A140 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A72, A75, A79, A82 und A89
- Behandlung der Anträge A70 und A84 bei Ziffer 13 (neu)
- Überweisung von Antrag A83 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge A71, A74, A78, A85, A87 und A88

#### **Ziffer 5 (alt):**

- Annahme der Anträge A90, A91, A94, A95 idF A100, A100, A105, A106, A107, A111, A114 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A92, A93, A96 bis A99, A101 bis A103, A108 bis A110, A112, A113, A115, A116
- Überweisung von Antrag C36 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge A104 und C38

#### **Ziffer 6 (alt):**

- Annahme der Anträge A117, A118, A120, A121, A126, A127, A129, A130, A134 idF A126, A137 und A284 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A123, A131 bis A133, A135, A138 und A160
- Überweisung der Anträge A118 bis A120, A122, A128 und A136 an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge A124 und A125

## **II. Die innere Einheit Deutschlands vollenden**

### **Die Menschen zusammenführen**

#### **Ziffer 7 (alt):**

- Annahme der Anträge A139, A144, A146, A147 und A151 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A143 und A148
- Erledigung des Antrags A142 durch Beschlußfassung zu Ziffer 2 und zu den Anträgen C18 und C35
- Behandlung des Antrags A140 bei Ziffer 4 (alt)
- Behandlung des Antrags A141 bei Ziffer 9 (alt)
- Behandlung des Antrags A152 bei Ziffer 13 (neu)
- Ablehnung der Anträge A145, A149 und A150

#### **Ziffer 8 (alt):**

- Annahme der Anträge A153, A156, A157 idF A161, A158, A159, A161, A166, A167, A172 idF A161, A179, A433, C18 (1. bis 3. Absatz) und C21 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A162, A168, A169, A171, A175, A176, A178, A181 bis A183 und A187
- Erledigung von Antrag A154 durch Beschlußfassung zu Ziffer 4
- Erledigung von Antrag A163 und A165 durch Beschlußfassung des 37. Bundesparteitages
- Erledigung von Antrag A174 durch Beschlußfassung zu Ziffer 6
- Behandlung von Antrag A160 bei Ziffer 6 (alt)
- Behandlung von Antrag A189 bei Ziffer 9 (alt)
- Ablehnung der Anträge A155, A164, A170, A173, A177, A180, A184 bis A186, A188, C19 und C20

### **Die Zukunft menschlich gestalten**

#### **Ziffer 9 (alt):**

- Annahme der Anträge A141, A190, A195, A196, A199, A204, A205, A207 und A211 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A189, A193, A200 bis A202, A208 bis A210, A213 und A214
- Überweisung von Antrag A141 an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge A191, A192, A194, A197, A198, A203, A206 und A212

#### **Ziffer 10 (alt):**

- Annahme der Anträge A215, A216, A217, A219 bis A221 idF A216 und A222 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A223 bis A225
- Überweisung von A218 an die Organisationskommission der CDU

### **Ziffer 11 (alt):**

- Annahme der Anträge A226, A228, A229, A231, A234, A244, A246, A247 und A253 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A235 bis A237, A239, A241, A243, A249, A250 und A252
- Erledigung von Antrag A230 durch Beschlußfassung zu Antrag C72
- Behandlung von Antrag A227 bei Ziffer 12 (alt)
- Behandlung der Anträge A232, A233 und A238 bei Antrag C90
- Überweisung von Antrag A240 an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge A242, A245, A248 und A251

### **Prioritäten unserer Politik für Deutschland**

#### **Ziffer 12 (alt):**

- Annahme der Anträge A254, A256 bis A259, A263, A265, A266, A280, A292 und C84 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A255, A260, A264, A267, A268, A271 bis A274, A276 bis A279, A281 und A282
- Behandlung von A262 bei Ziffer 13 (neu)
- Überweisung der Anträge A269, A270, A275, A292 und C84 an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung des Antrags A227

### **Einheitliche Lebensverhältnisse schaffen**

#### **Ziffer 13 (alt)/12 (neu):**

- Neugliederung von Ziffer 13 (alt) in zwei Ziffern
- Annahme der Anträge A283, A286, A287, A290, A296 und A314 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A294, A301, A305, A308, A313 und A316
- Überweisung der Anträge A285 und A318 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Behandlung von Antrag A295 bei Antrag C7
- Überweisung von Antrag A291 an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge A302 und A303

#### **Neue Ziffer 13:**

- Annahme der Anträge A70, A84, A283, A288, A293, A299, A300, A307 und A309 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A17, A152, A261, A262, A297, A304, A306, A310 bis A312, A317 und A319
- Behandlung von Antrag A292 bei Antrag A254
- Ablehnung der Anträge A289 und A298



**Ziffer 14:**

- Annahme der Anträge A320, A321, A323, A326, A330, A332 A333 und A337 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag A327
- Erledigung von Antrag A325 durch Beschlußfassung zu Antrag C81
- Überweisung der Anträge A322, A331 und A335 an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge A324, A328, A329, A334 und A336

**Ziffer 15:**

- Annahme der Anträge A338 und A339 idF der AK
- Überweisung der Anträge A340, A342, A343, A345, A351, A353, A434, C59, C62, C64, C66 und C69 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge A341, A344, A347; A348, A349, A350 und A352

**Ziffer 16:**

- Annahme der Anträge A354, A355, A356, A359 und A360 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A357, A358, A361 und A362

**Chancen der Erneuerung für ganz Deutschland nutzen****Ziffer 17:**

- Annahme der Anträge A363, A364, A366, A367 (1. Absatz), A368, A375, A377, A378 und A379 idF der AK
- dadurch Erledigung von Antrag A372
- Überweisung von Antrag A367 (letzter Absatz) an den Bundesvorstand
- Ablehnung der Anträge A365, A369 bis A371, A373, A374, A376 und A380 bis A382

**Vergangenheit aufarbeiten****Ziffer 18:**

- Annahme der Anträge A383 bis A385, A387, A388, A392, A395 und A399 bis A401 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A44, A386, A390 und A394
- Ablehnung der Anträge A389, A391, A393 und A396 bis A398

**Ziffer 19:**

- Annahme der Anträge A402, A403, A405, A409, A410, A412, A414, A418, A420, A421 und A426 idF der AK
- dadurch Erledigung der Anträge A404, A406, A411, A413, A415, A417, A424 und A427
- Erledigung von Antrag A408 durch Beschlußfassung zu Ziffer 9, letzter Absatz (alt)
- Überweisung von Antrag A428 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge A407, A416, A419, A422, A423, A425 und A429

## **Zukunft gewinnen**

### **Ziffer 20:**

- Annahme der Anträge A430, und A432 idF der AK
- Ablehnung von Antrag A431

In der Schlußabstimmung wurde der Antrag

„Dresdner Manifest  
DIE ZUKUNFT GEMEINSAM GESTALTEN  
Die neuen Aufgaben deutscher Politik“

in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

(Die endgültige Fassung des „Dresdner Manifests“ ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 2. Parteitages der CDU Deutschlands.)

### **Zu TOP 19:**

Der 2. Parteitag der CDU Deutschlands faßte über die **Anträge auf Änderung des Statuts sowie der Finanz- und Beitragsordnung der CDU Deutschlands** in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge des Bundesvorstandes, von drei Kreisverbänden der CDU und einer Bundesvereinigung ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 2. Parteitages der CDU Deutschlands“ abgedruckt.)

- Annahme von Antrag B1
- Annahme von Antrag B2
- Überweisung der Anträge B3 und C52 an die Organisations- und Finanzkommission der CDU
- Überweisung von Antrag B4 an die Organisationskommission der CDU

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

(Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 2. Parteitages der CDU Deutschlands.)

### **Zu TOP 20:**

Der 2. Parteitag der CDU Deutschlands faßte nach Aussprache über die sonstigen Anträge in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge des Bundesvorstandes, der Landesverbände und der Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 2. Parteitages der CDU Deutschlands“ oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens

30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativanträge sowie Ergänzungen und Änderungen zur Antragsbroschüre“ abgedruckt.)

- Annahme von Antrag C1
- Annahme von Antrag C2
- Annahme der Absätze 1 und 3 des Antrags C3 ohne den letzten Satz des 3. Absatzes sowie Überweisung des Antrags C3 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C4
- Überweisung von Antrag C5 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C6 an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme der Anträge A295 und C7 bis C13 idF der AK
- Überweisung der Anträge A295 und C7 bis C13 an die im vorhergehenden Beschluß genannte Kommission
- Überweisung der Anträge C8 und C12 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Behandlung von Antrag C8 bei Antrag C7
- Behandlung von Antrag C9 bei Antrag C7
- Behandlung von Antrag C10 bei Antrag C7
- Behandlung von Antrag C11 bei Antrag C7
- Behandlung von Antrag C12 bei Antrag C7
- Behandlung von Antrag C13 bei Antrag C7
- Überweisung der Anträge C14 bis C17 an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Behandlung von Antrag C15 bei Antrag C14
- Behandlung von Antrag C16 bei Antrag C14
- Behandlung von Antrag C17 bei Antrag C14
- Behandlung der Anträge C18 bis C21 bei Ziffer 8 (alt) des Dresdner Manifests
- Behandlung von Antrag C19 bei Ziffer 8 (alt) des Dresdner Manifests
- Behandlung von Antrag C20 bei Ziffer 8 (alt) des Dresdner Manifests

- Behandlung von Antrag C21 bei Ziffer 8 (alt) des Dresdner Manifests
- Überweisung der Anträge C22 bis C30 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Behandlung von Antrag C23 bei Antrag C22
- Behandlung von Antrag C24 bei Antrag C22
- Behandlung von Antrag C25 bei Antrag C22
- Behandlung von Antrag C26 bei Antrag C22
- Behandlung von Antrag C27 bei Antrag C22
- Behandlung von Antrag C28 bei Antrag C22
- Behandlung von Antrag C29 bei Antrag C22
- Behandlung von Antrag C30 bei Antrag C22
- Überweisung von Antrag C31 an den Bundesvorstand
- Überweisung von Antrag C32 an den Bundesfachausschuß Medienpolitik
- Überweisung von Antrag C33 an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Erledigung von Antrag C34 durch die Ergebnisse des EG-Gipfels von Maastricht
- Annahme von Antrag C35
- Behandlung des Antrags C36 bei Ziffer 5 (alt) des Dresdner Manifests
- Überweisung von Antrag C37 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Behandlung von Antrag C38 bei Ziffer 5 (alt) des Dresdner Manifests
- Überweisung der Anträge C39 und C40 an den Bundesvorstand, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU-Fraktionen der Landtage in den neuen Bundesländern
- Behandlung von Antrag C40 bei Antrag C39
- Annahme von Antrag C41
- Überweisung von Antrag C42 an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C43 idF der AK

- Überweisung von Antrag C44 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C45 idF der AK
- Überweisung von Antrag C46 an die Organisationskommission der CDU
- Annahme von Antrag C47
- Annahme von Antrag C48 idF der AK
- Annahme von Antrag C49
- Überweisung von Antrag C50 an den Bundesvorstand
- Überweisung von Antrag C51 an die Organisationskommission der CDU
- Behandlung von Antrag C52 bei Antrag B3
- Annahme von Antrag C53 idF der AK
- Antrag C54 erledigt durch § 3 (Sitz) des Statuts der CDU
- Annahme von Antrag C55 idF der AK
- Überweisung von Antrag C56 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU-Fraktionen in den Landtagen
- Überweisung von Antrag C57 an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C58 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- *Behandlung von Antrag C59 bei Ziffer 15 des Dresdner Manifests*
- Annahme von Antrag C60
- Überweisung von Antrag C61 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- *Behandlung von Antrag C62 bei Ziffer 15 des Dresdner Manifests*
- Überweisung von Antrag C63 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- *Behandlung von Antrag C64 bei Ziffer 15 des Dresdner Manifests*
- Überweisung von Antrag C65 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- *Behandlung von Antrag C66 bei Ziffer 15 des Dresdner Manifests*
- Überweisung von Antrag C67 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- Überweisung von Antrag C68 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Behandlung von Antrag C69 bei Ziffer 15 des Dresdner Manifests
- Überweisung von Antrag C70 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C71 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C72 und Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C73
- Annahme von Antrag C74
- Annahme von Antrag C75
- Überweisung der Anträge C76, C78, C83 und C99 an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C77 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Behandlung von Antrag C78 bei Antrag C76
- Überweisung von Antrag C79 an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C80 an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag C81 idF der AK
- Überweisung von Antrag C82 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Behandlung von Antrag C83 bei Antrag C76
- Behandlung von Antrag C84 bei Ziffer 12 (alt) des Dresdner Manifests
- Annahme der Anträge C85 bis C89 in der Fassung des Antrags C85
- Behandlung von Antrag C86 bei Antrag C85
- Behandlung von Antrag C87 bei Antrag C85
- Behandlung von Antrag C88 bei Antrag C85
- Behandlung von Antrag C89 bei Antrag C85
- Überweisung der Anträge A232, A233, A238, C90 und C91 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

- Behandlung von Antrag C91 bei Antrag C90
- Annahme von Antrag C92 idF der AK
- Annahme von Antrag C93 idF der AK
- Annahme von Antrag C94
- Annahme von Antrag C95
- Überweisung von Antrag C96 an den Bundesfachausschuß Jugendpolitik als Material zur Erstellung eines neuen jugendpolitischen Programms der CDU sowie gleichzeitig Überweisung an den Bundesvorstand und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C97 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Überweisung von Antrag C98 an den Bundesfachausschuß Medienpolitik
- Behandlung von Antrag C99 bei Antrag C76
- Annahme von Antrag C100
- Annahme von Antrag C101 idF der AK
- Annahme von Antrag C102 und zugleich Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU-Landtagsfraktionen
- Überweisung von Antrag C103 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und an die CDU-Fraktion des Landtages von Sachsen-Anhalt
- Annahme von Antrag C104

(Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 2. Parteitages der CDU Deutschlands.)

# Dresdner Manifest

## DIE ZUKUNFT GEMEINSAM GESTALTEN

### Die neuen Aufgaben deutscher Politik

#### PRÄAMBEL

Mit Freude und Stolz denken wir daran, daß durch das mutige Engagement vieler Menschen in der früheren DDR, durch die Unterstützung unserer Partner im Westen, durch die Hilfe unserer Nachbarn im Osten und durch die konsequente Politik der CDU unter Führung von Helmut Kohl die Einheit der Deutschen erreicht wurde.

Die Menschen in ganz Deutschland haben der Union die politische Gestaltung unseres vereinten Vaterlandes anvertraut. Wir haben die Wiedererlangung der staatlichen Einheit Deutschlands immer als vordringliche Aufgabe – oft gegen den Zeitgeist – verstanden. Wir werden auch die innere Einheit vollenden.

In Europa hat ein neues Zeitalter der Freiheit begonnen. Die Völker haben die ihnen aufgezwungenen totalitären Herrschaftssysteme abgeschüttelt. Mit ihrem Einsatz für Freiheit und Gerechtigkeit, Selbstbestimmung, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft haben die Menschen die marxistische Theorie und die sozialistische Praxis eindrucksvoll widerlegt. Wir sind verpflichtet, die materiellen und ökologischen, aber auch die persönlichen Wunden, die der Sozialismus geschlagen hat, zu heilen und unseren Beitrag zu Freiheit und Gerechtigkeit, für den Frieden und zur Bewahrung der Schöpfung zu leisten.

Der Sozialismus hat die Welt als verfügbare Materie betrachtet und behandelt. Er hat den Menschen als Werkzeug mißbraucht und zu einem Kollektivwesen degradiert. Wir aber begreifen die Welt in ihrem Eigenwert als Schöpfung Gottes und den Menschen als ein Geschöpf mit besonderer Würde. Wir haben jetzt die Chance, diese Würde voll zur Geltung zu bringen.

Wir gewinnen Ermutigung aus der Leistung der Menschen, die eine vierzigjährige Diktatur bestanden haben, die sich in vielen Formen persönlicher Solidarität gegenseitig Schutz und Hilfe gaben und sich schließlich durch eine friedliche Revolution aus ihrer Unterdrückung befreiten.

Das christliche Menschenbild gibt die ethische Grundlage für verantwortliches Handeln. Es bewahrt uns zugleich vor dem Trugschluß, eine vollkommene Welt schaffen zu können. Nach unserem Verständnis ist der Mensch frei zu Eigenverantwortlichkeit, aber auch zu solidarischem Handeln verpflichtet und zur Gestaltung einer gerechteren Welt berufen. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich.

Wir wollen die innere Einheit Deutschlands vollenden, die politische Einheit Europas voranbringen und dort den Menschen helfen, wo sie von Hunger, Elend oder Krieg bedroht sind.

Mit dem „Dresdner Manifest“ legt die CDU Grundsätze und Schwerpunkte ihrer Politik fest und benennt Aufgaben, die in den kommenden Jahren vorrangig gelöst werden müssen.

#### I. DEUTSCHLANDS VERANTWORTUNG IN DER WELT WAHRNEHMEN

1. Das wiedervereinigte Deutschland muß seine Verantwortung in Europa und in der Welt neu bestimmen. Der Ost-West-Konflikt gehört der Vergangenheit an. Der tiefgreifende Wandel bringt Risiken mit sich, er eröffnet aber vor allem neue Chancen.



Die CDU will eine Politik verwirklichen, durch die eine dauerhafte europäische Friedensordnung geschaffen wird, die sich auf die gemeinsamen europäisch-atlantischen Werte der Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, auf Menschenrechte, Selbstbestimmung, Minderheiten- und Volksgruppenrechte sowie auf einen allgemeinen Wohlstand in sozialer Sicherheit gründet.

Wir können unseren Beitrag zur Friedenssicherung und zur Gestaltung einer neuen, freiheitlich-demokratischen Weltordnung nur leisten, wenn wir gleichzeitig im Inneren Freiheit und Stabilität sichern, Wirtschaft und Gesellschaft leistungsfähig erhalten und Gerechtigkeit und Solidarität üben.

Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert neue Ideen, neue Prioritäten und entschlossenes Handeln.

Deutschland muß in enger Abstimmung mit seinen Freunden, Nachbarn und Partnern seiner gewachsenen internationalen Verantwortung gerecht werden. Deshalb wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich Einheiten der Bundeswehr auch an Einsätzen zur Friedenssicherung und zur Wiederherstellung des Friedens im Rahmen von Maßnahmen der Vereinten Nationen oder einer europäischen Streitmacht beteiligen können.

2. Deutschlands Zukunft liegt in einem geeinten Europa. Der Nationalstaat alter Prägung gehört für uns Deutsche der Vergangenheit an. Unser Ziel sind die Vereinigten Staaten von Europa als europäischer Bundesstaat. Die Europäische Gemeinschaft ist Kern einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Wir wollen die Europäische Gemeinschaft zur Politischen Union ausbauen, zu der auch eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gehört. Gleichzeitig wollen wir die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion verwirklichen, ohne unsere Währungsstabilität und unser Sozialsystem zu gefährden.

Die Gemeinschaft muß auf der Grundlage des Subsidiaritätsprinzips föderalistisch aufgebaut und demokratisch legitimiert sein. Deshalb ist eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten in der Gemeinschaft gegenüber den Mitgliedstaaten und den Regionen erforderlich. Eine gleichberechtigte Rolle von Europäischem Parlament und Ministerrat muß ein wesentliches Ziel der EG sein.

Mit dem Abbau der Binnengrenzen muß die EG auch eine Rechts- und Innenpolitik entwickeln, die gemeinschaftliche Instrumente insbesondere gegen das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel sowie für eine gemeinschaftliche Asyl-, Ausländer- und Einwanderungspolitik bereitstellt.

Die Europäische Gemeinschaft muß offen sein für alle demokratischen Staaten Europas. Wir setzen uns auch dafür ein, die neuen Demokratien in Europa in die Europäische Gemeinschaft aufzunehmen und über Assoziierungsverträge ihre Mitgliedschaft vorzubereiten.

3. In der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im Osten kommen uns die Erfahrungen und Kenntnisse der Deutschen in den neuen Bundesländern besonders zugute. Die Heimatvertriebenen und die Deutschen, die in ihrer angestammten östlichen Heimat verblieben sind, können uns helfen, Brücken der Verständigung zu unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn zu schlagen.

Durch die Bildung von Euroregionen, zum Beispiel zwischen Böhmen, Sachsen und Schlesien, wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern und den Weg unserer Nachbarn in die Europäische Gemeinschaft ebnen helfen. Gemeinsam wollen wir die Folgen jahrzehntelanger kommunistischer wirtschaftli-

cher Ausbeutung überwinden und die Grundlagen für dauerhaften Wohlstand legen. Gemeinsam wollen wir die Umwelt schützen und die Schäden beseitigen, die in der Vergangenheit entstanden sind.

Mit den jungen Demokratien Europas sind Verbindungen ganz neuer Qualität möglich. Dies gilt auch für die Sowjetunion, ihre Republiken und die aus ihr hervorgegangenen selbständigen Staaten.

Frieden kann es nur in einem Europa ohne Not geben. Jeder Beitrag zur Überwindung der Not in Europa ist deshalb ein Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa. Mit unserer Hilfe beim Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung und Sozialer Marktwirtschaft in den alten und neuen Staaten im Osten und Südosten Europas tragen wir zur Verwirklichung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa bei. Der Umfang unserer Leistungen und der unserer Partner mißt sich an der Größe dieser Aufgabe.

Bei der Hilfe zum Aufbau von Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft in den europäischen Reformstaaten hat sich Deutschland mehr als jeder andere Staat und bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit engagiert. Unsere Freunde und Partner im Westen sind auch im eigenen Interesse aufgefordert, ihre Hilfe zu verstärken.

In Verhandlungen mit der Sowjetunion, ihren Republiken und den aus ihr hervorgegangenen selbständigen Staaten muß erreicht werden, daß den dort als Minderheit lebenden Deutschen verbesserte Lebensbedingungen, Volksgruppenrechte, Minderheitenrechte und Eigenständigkeit auf dem Gebiet der Sprache, Kultur und Tradition eingeräumt werden, um ihnen eine Perspektive zum Bleiben in ihrer angestammten Heimat zu eröffnen. Artikel 116 Grundgesetz bleibt davon unberührt.

4. Die bewährte atlantische Partnerschaft mit den USA und Kanada ist mehr als nur ein sicherheitspolitisches Zweckbündnis. Sie ist vielmehr eine Wertegemeinschaft und gründet sich auf historisch und kulturell gemeinsame Wurzeln. Als ein freies Bündnis freier Völker bleibt die NATO ein tragender Pfeiler der europäischen Sicherheit und Stabilität und für die Friedenssicherung unverzichtbar.

In enger Abstimmung mit unseren NATO-Partnern geht es nun um die Verwirklichung einer europäischen Sicherheitsidentität, ohne die eine Politische Union nicht vorstellbar ist. Wir begrüßen die Bildung eines deutsch-französischen Korps und die Wiederbelebung der Westeuropäischen Verteidigungsunion (WEU). Die WEU ist eine Stärkung, nicht eine Konkurrenz für die NATO.

Neben der sich abzeichnenden politischen Union spielt auch der KSZE-Prozeß – nicht zuletzt angesichts von Instabilitäten in Mittel- und Osteuropa – eine wichtige Rolle. Dies gilt insbesondere für die Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte, die Vermeidung von Konflikten und die Stärkung der Demokratie. Die Regeln der KSZE sind die Hausordnung des ganzen Europa.

Auftrag der Bundeswehr ist es, die äußere Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten und zur Sicherung von Frieden und Freiheit beizutragen. Die Bundeswehr soll von unserem ganzen Volk getragen werden; deshalb halten wir an der allgemeinen Wehrpflicht fest. Dem Prinzip der Wehrgerechtigkeit muß dauerhaft Rechnung getragen werden.

Wir brauchen die Bundeswehr auch in Zukunft zur Sicherung unserer Unabhängigkeit und Freiheit als Versicherung gegen die Wechselfälle der Geschichte. Bei der Verkleinerung der Bundeswehr, die durch unsere Politik ermöglicht wurde, gilt den Soldaten unsere ganze Solidarität.

Es hat sich als richtig erwiesen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu festigen und dem politischen Machtanspruch des Kommunismus entgegenzutreten. Dadurch konnten die politischen Ursachen des Ost-West-Konfliktes beseitigt und so die Teilung Deutschlands und Europas überwunden werden. Diese Politik und die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses haben den Weg freige-macht für entscheidende Fortschritte bei Abrüstung und Rüstungskontrolle, wie wir sie seit langem angestrebt haben. Es bleibt weiterhin unser Ziel, Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen.

5. Christliche Verantwortung und politische Einsicht gebieten, die Länder der Dritten Welt mit ihren Problemen nicht allein zu lassen. Deshalb wollen wir – trotz aller Belastungen im Hinblick auf den Aufbau der neuen Länder – unsere Hilfe für die Menschen in den Entwicklungsländern deutlich verstärken.

Entwicklungshilfe muß vor allem Hilfe zur Selbsthilfe sein und vorrangig den ärmsten Ländern zugute kommen. Ziel der Entwicklungshilfe muß es sein, in kürzester Zeit den größten Nutzen für die Menschen durch überschaubare Projekte zu erreichen. Die Entwicklungshilfe muß gezielt darauf hinwirken, daß in den Empfängerländern die Würde des Menschen und die fundamentalen Menschenrechte geachtet, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gefördert und die Voraussetzungen für den Aufbau einer ökologisch verpflichteten Sozialen Marktwirtschaft geschaffen werden. Totalitären Regierungen, die Menschenrechte mißachten, muß klar sein, daß sie nicht mit Entwicklungshilfe der Bundesrepublik Deutschland und der EG rechnen können. Staaten, die abrüsten, verdienen besondere Unterstützung. Es muß ausgeschlossen werden, daß Rüstungsausgaben über Entwicklungshilfe finanziert werden können. Wir setzen uns für eine weltweit wirksame Beschränkung des Rüstungsexports ein.

Ein besonderes Anliegen der CDU ist der Schutz der Wälder, insbesondere der tropischen Regenwälder. Die Gewährung von Entwicklungshilfe ist deshalb stärker als bisher auch an den Schutz der Natur in den entsprechenden Staaten zu binden. Die industrialisierten Länder können die ärmeren Länder nur dann glaubwürdig zu größeren Anstrengungen im Umweltschutz auffordern, wenn ihr eigenes Handeln in besonderer Weise der Verantwortung für die Schöpfung gerecht wird.

Die Industrieländer – und insbesondere die EG – sind aufgefordert, ihr Verhalten dort zu verändern, wo es zur Aufrechterhaltung von Ungerechtigkeit in der Welt beiträgt. Protektionismus, Subventionen und Zollschraken sind abzubauen. Nur der freie Verkehr von Personen, Gütern, Dienstleistungen und Kapital sichert auf Dauer die Entwicklungschancen für alle Länder. Notwendig sind die Öffnung der Märkte, aber auch Änderungen in der Exportpolitik. So darf die Ausfuhr von Lebensmitteln zu Niedrigpreisen nicht dazu führen, daß der Anbau und die Produktion von Lebensmitteln in vielen Entwicklungsländern nicht lohnend sind.

## **II. DIE INNERE EINHEIT DEUTSCHLANDS VOLLENDEN**

### **Die Menschen zusammenführen**

6. Vierzig Jahre staatlicher Trennung und gegensätzlicher politischer und gesellschaftlicher Entwicklung haben in uns Deutschen in West und Ost tiefe Spuren hinterlassen. Wir können das Trennende nur überwinden, wenn wir bereit sind, aufeinander zuzugehen, einander zu begegnen, Erfahrungen zu teilen, Vorurteile abzubauen und so Verständnis füreinander zu entwickeln. Im gegenseitigen

Respekt vor der Lebensleistung und Lebenserfahrung des Anderen müssen alle Deutschen die Folgen der Teilung partnerschaftlich überwinden und eine neue Gemeinsamkeit finden. Diese Aufgabe erfordert große politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Anstrengungen. Nur so können wir die innere Einheit Deutschlands verwirklichen.

Unser Staat ist die Gemeinschaft frei verantwortlicher Bürger. Er bezieht seine Legitimation und Autorität aus seiner Bindung an die Menschenwürde und die unveräußerlichen Grundrechte. Die Politik muß die berechtigten Wünsche aller Bürger gegeneinander abwägen und die Leistungsfähigkeit der Gesamtheit berücksichtigen. Wir bekennen uns zur repräsentativen Demokratie, die politische Führung und demokratische Verantwortung miteinander verbindet. Dabei wissen wir um den großen Vorzug der Demokratie, daß sie ständig offen ist für Verbesserungen und Korrekturen.

Im demokratischen Rechtsstaat schützen die Grundrechte, die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Gerichte und die Gesetzmäßigkeit von Verwaltung und Rechtsprechung den Bürger vor der Allmacht oder gar Willkür des Staates. Der freiheitliche Staat muß diese Ordnung schützen und verteidigen, sonst verspielt er die Freiheit seiner Bürger. Deshalb setzen wir uns für den Aufbau einer demokratisch kontrollierten, leistungsfähigen Polizei ein, die das Vertrauen der Bürger hat.

Dies entspricht unserem gemeinsamen Verständnis vom Staat und von der Wertordnung des Grundgesetzes, das die Verfassung des geeinten Deutschlands ist. Die Verfassung hat sich in über 40 Jahren als die freiheitlichste Verfassung bewährt, die die Deutschen je hatten. Eine Änderung der tragenden Elemente oder gar eine Totalrevision des Grundgesetzes lehnen wir deshalb ab.

7. Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. Die CDU setzt sich für ein gutes Miteinander von Deutschen und ausländischen Mitbürgern ein. Wir wenden uns entschieden gegen Ausländerfeindlichkeit, Diskriminierung und Gewalt. Die CDU wird sich weiterhin intensiv bemühen, die Ursachen, die zur Ausländerfeindlichkeit führen, zu beseitigen. Wir stellen uns schützend vor alle Menschen, die bei uns leben. Ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien tragen durch ihre Arbeit zu unserem Wohlstand bei. Sie bereichern mit ihren Beiträgen zum kulturellen, gesellschaftlichen und sozialen Leben uns alle.

Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir wissen, daß in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Ausländer nach Deutschland kommen und mehr Deutsche ins Ausland gehen werden. Vor allem in einem wirtschaftlich und politisch zusammenwachsenden Europa, aber auch angesichts einer zunehmenden internationalen Verflechtung werden die Menschen mobiler werden. Diese Entwicklung muß politisch so gestaltet werden, daß sie den Interessen und Bedürfnissen unseres Landes entspricht.

Besondere Rechte und Pflichten für Bürger aus EG-Staaten ergeben sich schrittweise aus einer die Staatsbürgerschaft ergänzenden Unionsbürgerschaft.

Ausländer aus Staaten außerhalb der EG, die auf Dauer bei uns leben wollen, sollten bereit sein, die deutsche Staatsangehörigkeit mit allen Pflichten und Rechten und somit auch das Wahlrecht zu erwerben; wir wollen für sie die Möglichkeiten der Einbürgerung weiter erleichtern.

Armut und Elend in der Dritten Welt sowie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Osteuropa veranlassen viele Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Die damit verbundenen Probleme können nur durch die Bekämpfung der Ursachen in diesen Ländern wirksam gelöst werden. Notwendig ist eine verstärkte Hilfe aller Industrieländer.

Wer aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen staatlichen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt ist, muß auch in Zukunft in Deutschland Asyl erhalten können. Das Asylrecht ist allerdings nicht das geeignete Instrument zur Linderung wirtschaftlicher Not in anderen Ländern der Erde. Damit das Asylrecht nicht durch Mißbrauch ausgehöhlt wird, ist eine Ergänzung des Grundgesetzes unter Beachtung der Genfer Flüchtlingskonvention unverzichtbar. Sie dient folgender Zielsetzung:

- Asylbewerber aus Ländern, in denen zweifelsfrei keine Verfolgung stattfindet, sollen ohne vorläufiges Bleiberecht zurückgewiesen werden können;
- Asylbewerber, die in einem Drittland Zuflucht gefunden haben, in dem sie vor Verfolgung sicher sind, sollen unmittelbar zurückgewiesen werden können;
- Asylbewerber, deren Anträge in einem anderen EG-Land rechtsverbindlich abgelehnt worden sind, sollen unmittelbar zurückgewiesen werden können;
- in einem Europa der offenen Grenzen müssen Asylrecht und Asylpraxis der Mitgliedstaaten harmonisiert und in das deutsche Recht übernommen werden.

Das größere, vereinigte Deutschland kann die Herausforderungen von Flucht und Migration jedoch nicht allein bestehen. Es kann nicht alleine schützen und helfen, die Ursachen von Flucht und Migration zu bekämpfen. Die Staaten der Europäischen Gemeinschaft und darüber hinaus die anderen westlichen Demokratien müssen sich zusammenschließen, gemeinsam die Probleme angehen und die Lasten gerecht verteilen.

### **Die Zukunft menschlich gestalten**

8. Die Einheit hat für ganz Deutschland grundlegende Veränderungen bewirkt. Die Menschen im Osten wie im Westen brauchen Zeit, diesen Wandel in seiner ganzen Tragweite zu erfassen und sich darauf einzustellen. Die größten Herausforderungen und Lasten haben die Deutschen in den neuen Bundesländern zu bewältigen. Aber auch die Menschen im Westen machen sich Sorgen. Sie erkennen zunehmend, daß die Einheit ganz Deutschland erfaßt und verändern wird. Im Osten und Westen Deutschlands gibt es angesichts der Größe der Herausforderung die Befürchtung, überfordert zu werden.

Der Umbruch verlangt von den Menschen in den neuen Bundesländern eine grundlegende Neuorientierung in fast allen Bereichen ihres Lebens. Sozialistische Versprechungen haben sich als trügerisch erwiesen und tiefe Verunsicherung und Mißtrauen hinterlassen. Noch fällt es den Menschen nicht leicht, nach über 56 Jahren staatlich verordneter Lüge neues Vertrauen zur demokratischen Rechtsstaatlichkeit zu entwickeln. Sie freuen sich über die wiedergewonnene Freiheit, aber sie müssen zugleich verkraften, daß alte Wirtschaftsstrukturen zusammenbrechen, Arbeitsplätze verlorengehen und Lebensplanungen umgeworfen werden.

In dieser schwierigen Situation des Wandels zeigen die meisten Menschen Geduld und Zuversicht und viel Eigeninitiative. Sie haben sich auf die Schwierigkeiten des Übergangs eingestellt und lassen sich nicht entmutigen, den eingeschlagenen Kurs konsequent beizubehalten. Wir danken allen, die tatkräftig und mit Zuversicht die neuen Länder aufbauen.

Auch in der politischen Arbeit vor Ort ist dafür viel geleistet worden. Es sind vor allem Mandatsträger der CDU, die – getragen von einem überwältigenden Vertrauensvotum der Wähler – heute erhebliche Verantwortung in der Kommunal- und Landespolitik wahrnehmen; ihnen gilt unser Dank.

Wir danken ebenso den Tausenden von Helfern, die durch ihren Beitrag die deutsche Einheit aktiv mitgestalten. Ohne die gemeinsame Arbeit in schwieriger Zeit wären wir nicht so weit und hätten nicht die Chance auf einen großen Ertrag dieser gemeinsamen Anstrengung.

In Berlin zeigen sich die Probleme des Zusammenwachsens Deutschlands deutlicher als anderswo. Die CDU Deutschlands bekennt sich zur deutschen Hauptstadt Berlin. Berlin war früher das Symbol der Spaltung, heute ist es das Symbol der deutschen Einheit. In allen Programmen der CDU Deutschlands in der Nachkriegszeit war Berlin der Ausdruck für den Freiheits- und Einheitswillen der Deutschen. Die CDU unterstützt Berlin bei der Erfüllung seiner deutschen, europäischen und gesellschaftspolitischen Aufgaben.

9. Der demokratische und soziale Rechtsstaat steht und fällt mit der freien Mitwirkung und Mitverantwortung seiner Bürger. Die Übernahme sozialer Dienste, das politische Engagement, die Mitarbeit in der Gemeinde oder die Beteiligung der Schüler und Eltern an der Gestaltung des Schullebens sind Beispiele für verantwortliches Handeln in einem freien Gemeinwesen. Freiheit und Verantwortung gehören unabdingbar zusammen. Nur wer frei ist, kann Verantwortung tragen, und nur wer verantwortlich handelt, stärkt die Freiheit.

Vor allem die jungen Menschen ermutigen wir, sich in der Demokratie zu engagieren. In der offenen und verbandlichen Jugendarbeit, etwa im Bereich der Kirchen oder des Sports, finden junge Menschen eine wichtige Möglichkeit, Erfahrungen im Hinblick auf das demokratische Engagement in einer pluralistischen Gesellschaft zu machen. Wer erlebt, daß gemeinschaftliches Engagement mit anderen Sinn macht und die notwendige Unterstützung erhält, ist weniger leicht verführbar durch Extremisten, Drogenhändler und Sektenführer.

Für die CDU hat der Aufbau einer pluralistischen Jugendarbeit, die vor allem auf den unterschiedlichsten Verbänden, Vereinen und Initiativen der Jugendlichen selbst und ihrem ehrenamtlichen Engagement beruht, einen besonderen Stellenwert. Möglichkeiten sinnvoller eigener Freizeitgestaltung, des Einsatzes für den Nächsten wie auch der politischen Bildung müssen verstärkt durch die Bereitstellung der notwendigen sächlichen und personellen Mittel gefördert werden. Für derartige Aktivitäten bedarf es ausreichender Räumlichkeiten. Die Möglichkeit des verbandlichen Engagements stellt eine notwendige Ergänzung zu kommerziellen Angeboten dar.

10. Die Familie gibt dem Menschen Halt und Orientierung. Gerade in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen gewinnt sie als Quelle menschlicher Wärme und Geborgenheit an Bedeutung. Sie bleibt der wichtigste Ort für die persönliche Entwicklung und für die Vermittlung von Werten.

Arbeit wird nicht nur im Erwerbsleben, sondern in großem Umfang auch in der Familie und in vielen Formen des ehrenamtlichen Engagements geleistet. Die Tätigkeit in der Familie, vor allem die Erziehung von Kindern und die Pflege von Angehörigen, verdient die gleiche gesellschaftliche Anerkennung wie die Erwerbsarbeit. Mütter und Väter sollen gleichberechtigt und partnerschaftlich familiäre Pflichten und Beruf miteinander vereinbaren können. Familien und Alleinerziehende brauchen Unterstützung und Angebote, die auf ihre Lebenslage zugeschnitten sind. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz muß überall in Deutschland ebenso verwirklicht werden wie ein bedarfsgerechtes Angebot auch an ganztägigen Kinderbetreuungseinrichtungen.

Die freien Träger der Kindergärten fordern wir auf, ihre verantwortungsvolle Aufgabe, die sie für unsere Familien und Kinder wahrnehmen, engagiert fortzusetzen. Ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum ist wesentliches Element einer familiengerechten Gesellschaft. Deshalb halten wir an den Rahmenbedingungen einer sozialen Wohnungsmarktwirtschaft – Förderung des sozialen Wohnungsbaus auf hohem Niveau, Stärkung der Wohneigentumsbildung für breite Schichten, Ausgestaltung des Wohngeldes als wirksame individuelle Hilfe – fest. Überkommene Förderstrukturen sind auf den Prüfstand zu stellen, um den finanziellen Handlungsspielraum für eine sozial treffsichere wie ökologische Ausgestaltung zu stärken und Hemmnisse für private Investitionsbereitschaft in den Wohnungsbau abzubauen.

Gleichwertige Lebenschancen setzen die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen voraus. Sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern sind Frauen noch auf vielfältige Weise benachteiligt. Wir treten für eine neue Partnerschaft zwischen Männern und Frauen in ganz Deutschland ein. Wir werden deshalb die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung weiterentwickeln und die politischen Rahmenbedingungen so gestalten, daß es Männern und Frauen in Zukunft leichter fällt, Familie und Beruf und gesellschaftliches Engagement miteinander zu vereinbaren. Frauen müssen weitaus mehr Chancen als heute erhalten, in Verwaltung, Wirtschaft und Politik Führungspositionen zu übernehmen.

Das Alter hat wie jede Lebensphase seinen eigenen Wert, eigene Bedürfnisse, eigene Aufgaben und eigene Verantwortung. Zu einer menschlichen Gesellschaft gehört auch ein gutes Miteinander der Generationen. Ältere Mitbürger haben nach einem arbeitsreichen Leben Anspruch auf Sicherheit und Geborgenheit, aber auch auf Selbständigkeit im Alter. Wir brauchen die Fähigkeiten und den großen Schatz an Lebenserfahrung der älteren Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Hilfebedürftige ältere Menschen benötigen Solidarität. Wir setzen uns nachdrücklich für die Einführung einer Pflegeversicherung ein, die insbesondere eine Pflege in vertrauter Umgebung ermöglicht.

Der soziale Rechtsstaat muß allen Behinderten eine ihren Möglichkeiten entsprechende Chance geben, sich in Beruf und Gesellschaft zu entfalten. Behinderte sind keine Betreuungsobjekte, sie sind Partner. Das selbstverständliche Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten soll in allen Bereichen gefördert werden.

### **Prioritäten unserer Politik für Deutschland**

11. Gemeinsam wollen wir eine Politik für ein Deutschland gestalten. Die Vollendung der inneren Einheit und der Aufbau der neuen Bundesländer sind eine gemeinsame Aufgabe aller Deutschen. Gemeinsam müssen wir entscheiden, welche Leistungen erforderlich sind, um diese Aufgabe zu bewältigen. Gemeinsam müssen wir unsere politischen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Prioritäten neu bestimmen, um die notwendigen Leistungen erbringen zu können. Wir müssen lernen, in einem geeinten Deutschland zu leben und bisher getroffene Entscheidungen daraufhin zu überprüfen, ob sie den gesamtdeutschen Anforderungen und Aufgaben noch gerecht werden.

Dies bedeutet:

- Beschränkungen gelten für alle staatlichen Ausgaben, die nicht im Zusammenhang mit dem Aufbau der neuen Bundesländer stehen.

- Investitionen der öffentlichen Hände im Westen Deutschlands müssen daraufhin überprüft werden, ob sie zugunsten notwendiger Investitionen im Osten vertagt werden oder zunächst ganz unterbleiben können.
- Neue soziale Leistungen müssen jetzt beschränkt bleiben auf die geplanten zusätzlichen Hilfen zum Schutz des ungeborenen Kindes, auf den schrittweisen Ausbau des Familienlastenausgleichs und auf die Ausgestaltung einer Pflegeversicherung.
- Die finanziellen Gestaltungsspielräume, die durch das Wachstum unserer Wirtschaft entstehen, müssen vorrangig im Osten Deutschlands eingesetzt werden.
- Durch konsequente Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips in allen Bereichen der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Sozialpolitik wollen wir staatliche Leistungen auf die notwendigen Bereiche konzentrieren.

Nur so können wir die Kräfte der Gemeinschaft und des Staates für die neuen Aufgaben und Herausforderungen mobilisieren, die uns mit der Einheit Deutschlands und der Öffnung Mittel- und Osteuropas aufgegeben sind. Zugleich erreichen wir damit, daß die uns zur Verfügung stehenden Mittel im geeinten Deutschland wirkungsvoller eingesetzt werden.

Dabei stehen Bund, Länder, Kommunen und alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen in der Pflicht, den neuen Prioritäten Rechnung zu tragen und ihren solidarischen Beitrag zum Aufbau der neuen Bundesländer zu leisten.

Die Hilfen aus den alten Bundesländern wären wirkungslos ohne die erhebliche Leistungsbereitschaft der Menschen in den neuen Bundesländern. Die Verwirklichung der inneren Einheit ist eine gesamtdeutsche Anstrengung.

Auch in den kommenden Jahren wird der Finanzbedarf der neuen Bundesländer und ihrer Kommunen groß sein. Bund und westliche Bundesländer werden auf absehbare Zeit bereit sein müssen, die notwendigen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Die anstehenden Finanzverhandlungen müssen eine gesicherte mittelfristige Perspektive für die neuen Bundesländer eröffnen.

Mit der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes auf den künftigen Mindestsatz in der Europäischen Gemeinschaft leisten wir auch einen Beitrag zur Sicherstellung der Finanzausstattung von Bund und Ländern. Der Beitrag der Menschen im Westen zum Aufbau der Länder ist auch ein Beitrag zur Sicherung ihrer eigenen Zukunft.

Eine Verzögerung des Aufbaus und der wirtschaftlichen Erneuerung in den neuen Bundesländern würde nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung und den sozialen Frieden in ganz Deutschland bedrohen. Sie würde auch die Fähigkeit der Bundesrepublik gefährden, ihrer Verantwortung für die friedliche Entwicklung ganz Europas und gegenüber der Dritten Welt zu entsprechen.

Generell müssen wir erkennen, daß die Verwirklichung der deutschen Einheit die innenpolitische Herausforderung unserer Generation ist. Mit ihr erwachsen uns nicht nur neue Aufgaben und Belastungen, sondern auch die Chance der Modernisierung und inneren Erneuerung ganz Deutschlands.

In kurzer Zeit wurden beachtliche finanzielle Mittel aufgebracht. Dies ist unter Wahrung der Stabilität gelungen, und an diesem Kurs werden wir festhalten. Eine stabile DM ist Grundlage für wirkungsvolle Hilfe, zusätzliche Arbeitsplätze und steigende Einkommen. Deshalb führen wir die vorübergehend erhöhte Neuverschuldung des Bundes in den kommenden Jahren wieder deutlich zurück.



Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft muß erhalten bleiben. Von ihr hängen Arbeitsplätze, Wohlstand sowie die Zukunft unseres Landes ab. Wir wollen die Chancen der deutschen Unternehmen im europäischen Binnenmarkt und auf dem Weltmarkt sichern; deshalb ist nach der allgemeinen Steuerreform jetzt eine Reform der Unternehmensbesteuerung, die zu einer deutlichen Entlastung der Unternehmen führt, notwendig und unverzichtbar.

Die Perspektive in ganz Deutschland muß sein: eine leistungsgerechte Bezahlung nach dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Dieses Ziel ist entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung zu verwirklichen. Die Tarifparteien im öffentlichen und privaten Bereich tragen besondere Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Zukunft unseres Landes. Arbeitgeber und Gewerkschaften sollten Tarifverträge vereinbaren, die Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit und Stabilität auch in Zukunft sichern.

### **Einheitliche Lebensverhältnisse schaffen**

12. Unser Ziel ist es, in ganz Deutschland einheitliche Lebensverhältnisse zu schaffen, wie es dem Auftrag des Grundgesetzes entspricht. Bisher hatten nur die Menschen im Westen Deutschlands die Chance, aufgrund einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung und durch ihre engagierte Arbeit die wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft unter Beweis zu stellen. Die CDU ist gerade deshalb davon überzeugt, daß auch den Menschen in den neuen Bundesländern trotz aller Umstellungsschwierigkeiten der Aufbau einer funktionsfähigen Wirtschaft – und nicht zuletzt der Landwirtschaft – gelingen wird. Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft versetzt uns heute in die Lage, die Aufbauarbeit in den neuen Ländern zu bewältigen.

Die Soziale Marktwirtschaft ermöglicht und sichert Gleichheit der Chancen, wachsenden Wohlstand, Eigentum und sozialen Fortschritt für alle. Zu ihren Grundelementen gehören Eigentum, fairer Wettbewerb, Subsidiarität und Solidarität, Tarifautonomie und Mitbestimmung, sowie Selbständigkeit und soziale Partnerschaft. Die Soziale Marktwirtschaft ist eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die es uns ermöglicht, Freiheit und Selbstverantwortung in Solidarität mit dem Nächsten und in Übereinstimmung mit dem Gemeinwohl zu leben.

Soziale Marktwirtschaft benötigt neben Großbetrieben eine breite Schicht mittelständischer Unternehmer. Diese schaffen und sichern individuelle Arbeitsplätze. Sie sind die Voraussetzung dafür, daß zahlreiche Arbeitnehmer den Weg in die Selbständigkeit finden. Sie bedingen Eigenverantwortung, Initiative, Risikobereitschaft und Eigenvorsorge. Erst durch sie ist der für den Verbraucher notwendige Wettbewerb möglich.

Forschung und Technologie sind für unsere Zukunft als Wissenschaftsnation entscheidend. Sie schaffen Produkte und Verfahren für im internationalen Wettbewerb stehende offene Märkte, schonen Umwelt, Rohstoffe und Energie. Sie dienen auch der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, sichern Arbeitsplätze und eröffnen neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Deshalb kommt im wiedervereinigten Deutschland dem Ausbau einer ausgewogenen Forschungs- und Technologielandschaft besondere Bedeutung zu.

13. Umweltpolitik im vereinten Deutschland hat einerseits zum Ziel, Umweltprobleme einer Wohlstandsgesellschaft in einem dicht besiedelten, hoch industrialisierten Raum zu bewältigen. Andererseits muß die Sanierung der dramatischen ökologi-

schen Hypotheken in den neuen Bundesländern konsequent durchgeführt werden. Dabei ist zugleich unsere Solidarität im Rahmen einer europa- und weltweiten Umweltpartnerschaft gefordert, insbesondere auch mit den mittel- und osteuropäischen Staaten.

Die Planwirtschaft hat zum wirtschaftlichen Bankrott geführt und die ökologischen Katastrophen im ehemaligen kommunistischen Machtbereich belegen, wie in einer unmenschlichen Wirtschaftsordnung die Schöpfung bedroht und die Umwelt zerstört wird. Aber auch wir dürfen unseren Wohlstand heute und in Zukunft nicht ohne Rücksicht auf die Natur, auf die Kosten für zukünftige Generationen und zu Lasten der Menschen in der Dritten Welt erwirtschaften.

Das tragende Prinzip in der Umweltpolitik in Deutschland muß eine konsequente Anwendung des Verursacher- und Vorsorgeprinzips sein. Die CDU tritt dafür ein, das Staatsziel Umweltschutz in dieser Legislaturperiode im Grundgesetz zu verankern.

Wir wollen die ökologisch verpflichtete Soziale Marktwirtschaft so weiter entwickeln, daß sie uns erlaubt, Wohlstand in umweltverträglicher Weise zu erzielen. Sie soll die notwendigen Schranken gegen umweltfeindliches Verhalten errichten und Anreize schaffen, mit den knappen Ressourcen unserer Welt schonend umzugehen. Mit der sozial und ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft wollen wir alles Wirtschaften – das Handeln der Unternehmen, der Privathaushalte, des Staates und aller Bürger – zugleich in den Dienst des Umweltschutzes stellen. Nur so können wir unseren treuhänderischen Verpflichtungen gegenüber der Schöpfung gerecht werden.

Zum Prinzip einer auf langfristige Stabilität der Wirtschaftsentwicklung angelegten Politik gehört es, die Umweltvorsorge in alle Entscheidungen über Produktion, Handel, Verbrauch und Entsorgung von Gütern mit einzubeziehen. Denn ohne die Erhaltung und Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen stellt sich wirtschaftliches Wachstum selbst in Frage. In einer marktwirtschaftlichen Ordnung muß das Eigeninteresse aller Bürger zu Gunsten der Umweltvorsorge geweckt werden.

Indem wir die gewaltigen Umweltbelastungen in den neuen Bundesländern überwinden, gewinnen wir mehr Lebensqualität in ganz Deutschland. Wir erbringen zugleich auch den Beweis, daß die europäischen und weltweiten Umweltprobleme von einer ökologisch verpflichteten Sozialen Marktwirtschaft gelöst werden können. Wir haben überdies die Chance, Fehler, die in der Vergangenheit in den alten Ländern gemacht wurden, jetzt zu vermeiden und neue Wege zu gehen, um den Umweltschutz in ganz Deutschland zu verbessern.

Das vereinte Deutschland hat mehr denn je eine europäische Umweltverantwortung. Zum einen besteht eine politische Verpflichtung zur ökologischen Stabilisierung gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas, die durch ihr Handeln Freiheit und Demokratie in Europa und damit in Deutschland möglich gemacht haben. Europäische Umweltverantwortung ergibt sich aber auch aus der Tatsache, daß Umweltbelastungen und ökologische Katastrophen bei unseren Nachbarn häufig unmittelbar die Stabilität der Völkergemeinschaften gefährden.

Unsere Nachbarn in Mittel- und Osteuropa erwarten unsere Hilfe bei der umweltverträglichen Umgestaltung ihrer Wirtschafts- und Infrastruktur. Sie wollen z.B. mit uns gemeinsam Elbe und Oder sanieren und damit auch Nord- und Ostsee entlasten. Es ist unser gemeinsames Interesse, die unverantwortlich

hohen Risiken, die kommunistische Ideologen etwa bei der Nutzung der Kernenergie eingegangen sind, so schnell wie möglich durch eine gesamteuropäische Energiekonzeption zu überwinden. Wir stellen uns der Verantwortung für die Nutzung moderner Technologien, weil der Ausstieg aus dieser Verantwortung nicht Risiken mindert, sondern sie in anderen Regionen der Welt verstärken würde.

Wir brauchen eine globale Umweltaußenpolitik. Ökologische Fehlentwicklungen sind nicht mehr regional begrenzt, wie etwa durch die Gefährdung der Ozonschicht, den Treibhauseffekt oder die Vernichtung tropischer Regenwälder belegt wird.

14. Die Grundlage einer erfolgreichen Wirtschaft bilden qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Qualifizierung hat grundsätzlich Vorrang vor reinen Beschäftigungsmaßnahmen. Eine gute, praktische und theoretische Aus-, Fort- und Weiterbildung ist die sicherste Gewähr für Beschäftigung. Um eine Verbesserung und ständige Aktualisierung der fachlichen Qualifikation der Arbeitnehmer zu erreichen, gewinnt die Weiterbildung immer mehr an Bedeutung.

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind eine Brücke zu neuen Arbeitsplätzen. Sie leisten in den neuen Bundesländern einen unverzichtbaren Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes, zum Aufbau der Wirtschaft, zur Sicherstellung sozialer Dienstleistungen und zur Sanierung der Umwelt. Im jetzigen Umfang können sie nur eine Übergangslösung sein und dürfen keinen verzerrenden Wettbewerb zu kleinen und mittleren Unternehmen aufnehmen.

Die Frauen in den neuen Bundesländern sind vom notwendigen Strukturwandel der Wirtschaft besonders betroffen. Berufliche Ausbildung und Erwerbstätigkeit gehören heute zu der von ihnen gewünschten Lebensgestaltung. Deshalb ist es wichtig, daß sie an Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen gleichberechtigt beteiligt werden. Zusatzqualifikationen müssen berufsbegleitend und durch Teilzeitfortbildung erworben werden können, ohne daß eine Ausgliederung aus dem Erwerbsleben erforderlich wird. Außerdem haben die Arbeitsämter darauf hinzuwirken, daß Frauen entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen in AB-Maßnahmen einbezogen werden.

Wir setzen uns dafür ein, daß durch ein ausreichendes und umfassendes Beratungsangebot vor allem Frauen und ältere Arbeitnehmer in die Lage versetzt werden, beim Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern gleiche Chancen wahrzunehmen. Öffentliche Arbeitgeber sollen sich bei der beruflichen Gleichbehandlung von Frauen vorbildlich verhalten.

In der Sozialen Marktwirtschaft stehen Unternehmensgewinne den Unternehmern, Arbeitnehmern und Kapitaleignern zu. Die Voraussetzungen für Arbeitnehmer, Produktivkapital der Wirtschaft zu erwerben, sollen z.B. durch die Vereinbarung von Investivlöhnen verbessert werden. Die Privatisierung staatlichen Eigentums bietet neue Chancen, breiten Schichten der Bevölkerung die Bildung von Vermögen zu ermöglichen. Für die Bürger der neuen Bundesländer sollten besondere Maßnahmen zur Vermögensbildung geschaffen werden.

15. Von entscheidender Bedeutung für den Aufbau einer modernen Volkswirtschaft ist eine leistungsfähige Infrastruktur im Verkehrs-, Kommunikations- und Verwaltungswesen. Jetzt kommt es vor allem darauf an, Fehlentwicklungen, die wir heute in den alten Bundesländern erkennen, von Anfang an zu vermeiden. Beim Neuaufbau bietet sich die Chance, Kulturräume, Landschaften und historische

Bausubstanz in Städten und Dörfern wiederherzustellen und zu erhalten. In den neuen Ländern müssen bessere Wohnverhältnisse geschaffen werden, indem die Modernisierung, die Privatisierung sowie der Neubau von Wohnraum gezielt und verstärkt gefördert werden.

Bundesregierung, Landesregierungen, Kreis- und Gemeindeverwaltungen sowie Unternehmen, Tarifpartner und Treuhandanstalt tragen gemeinsam Verantwortung für die wirtschaftliche Zukunft der neuen Länder.

Die Treuhandanstalt unternimmt große Anstrengungen, möglichst vielen ehemals staatseigenen Betrieben den Übergang in die Soziale Marktwirtschaft zu ermöglichen. Ziel ist, auf dem Weg der Privatisierung und Sanierung eine gesunde Wirtschaftsstruktur aus Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben entstehen zu lassen. Wettbewerb und wirtschaftliche Dynamik werden damit gesichert.

Bürgern der neuen Bundesländer sollen beim Erwerb von Betrieben in besonderer Weise Chancen eingeräumt werden.

Neben der Privatisierung derjenigen Betriebe, die an der Schwelle zur Wettbewerbsfähigkeit stehen, geht es der Treuhandanstalt auch darum, Unternehmen eine Chance zu geben, die mittelfristig sanierungsfähig sind, ohne daß dabei die knappen Finanzmittel für reine Erhaltungssubventionen verschwendet werden. Dabei spielt – neben der Bereitstellung hoher Beträge aus öffentlichen Mitteln – die Gewinnung von qualifiziertem und erfahrenem Führungspersonal eine entscheidende Rolle. Eine Stilllegung kurzfristig nicht privatisierungsfähiger Betriebe sollte wegen der damit verbundenen negativen volkswirtschaftlichen Entwicklungen vermieden werden. Für die Treuhandanstalt gilt deshalb der Grundsatz: Sanierung wo möglich, Stilllegung wo unvermeidlich.

Regional- und strukturpolitische Notwendigkeiten bedingen darüber hinaus eine enge Kooperation mit den Landesregierungen und eine Dezentralisierung der Entscheidungen der Treuhandanstalt. Die Zusammenarbeit zwischen Treuhandanstalt und den Landesregierungen in den sogenannten Treuhand-Wirtschaftskabinetten muß weiter intensiviert werden.

16. Wir freuen uns, unser kulturelles Erbe wieder gemeinsam wahrnehmen zu können. Besonders in Zeiten des Wandels geben Kunst, Kultur und Bildung die notwendigen Anstöße, um sich mit der Vergangenheit zu beschäftigen, sich in der Gegenwart zu orientieren und um Phantasie für die Gestaltung der Zukunft freizusetzen. Kunst und Kultur sind eine Grundlage der Kreativität unserer Gesellschaft.

Wir wollen die in Jahrhunderten gewachsene deutsche Kultur erhalten. Kultur und Geschichte der Regionen sowie das Wiederaufleben und die Pflege alter Traditionen schaffen lebendige Beziehungen zur Heimat und zur bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland. Die deutschen Länder verfügen über einen reichen Schatz kultureller Vielfalt aus Vergangenheit und Gegenwart. Dafür tragen wir gemeinsam Verantwortung.

Insbesondere der Pflege des Musik- und Sprachtheaters, der bildenden Kunst, der Literaturförderung und dem Denkmalschutz kommen in den Ländern besondere Bedeutung zu.

Alle Sparten moderner und traditioneller Kunst finden unsere Unterstützung. Wir sind dem Prinzip des kulturellen Pluralismus verpflichtet und sehen es als unsere Aufgabe an, allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Kunst und Kultur zu

ermöglichen. Wir suchen die Begegnung mit den Künstlern der Gegenwart und unterstützen das breite Spektrum der freien Kulturarbeit in den Städten und Gemeinden. Wir wollen die kulturelle Bildungsarbeit insbesondere für die junge Generation aber auch für die wachsende Zahl älterer Menschen intensivieren. Der Kunst- und Kulturbereich ermöglicht vielfältige persönliche Entfaltung und trägt in unserer Gesellschaft zu einer verantwortlichen und bewußten Lebensgestaltung bei.

Wir setzen uns für die Bewahrung und Pflege der Kultur und Tradition auch des sorbischen Volkes ein. Wir wollen den kulturellen Austausch zwischen ost- und westdeutschen Gemeinden ebenso verstärken wie den Ausbau der europabezogenen Kulturarbeit.

Breiten- und Spitzensport haben einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert. Das weitere Zusammenwachsen der Sportverbände ist auf allen Ebenen zu fördern.

### **Chancen der Erneuerung für ganz Deutschland nutzen**

17. Die Herausforderungen und Anstrengungen, die mit der Vollendung der Einheit verbunden sind, zwingen nicht nur zur Überprüfung eingefahrener Wege und gewohnter Denkweisen, sondern fordern Kreativität heraus und mobilisieren neue Kräfte zur Gestaltung unseres Landes. Der Aufbau in den neuen Bundesländern bietet die Chance, neue Wege zu gehen und Modelle für Reformen in ganz Deutschland zu schaffen. Die Einheit wird Deutschland moderner machen.

Viele Aufgaben, die in den neuen Ländern zu bewältigen sind, können Staat und Kommunen nicht aus eigener Kraft und in angemessener Zeit bewältigen. Durch eine stärkere Privatisierung bisher öffentlich wahrgenommener Aufgaben können öffentliche Haushalte entlastet und Dienstleistungen effektiver gestaltet werden. Dies kann Impulse für ganz Deutschland geben.

Der notwendige Aus- und Neubau der Verkehrswege in den neuen Ländern bietet die Chance, ein ökologisch orientiertes Verkehrs-Gesamtkonzept zu entwickeln und umzusetzen. Dabei müssen alle Möglichkeiten der Verkehrsvermeidung und der Verlagerung des Verkehrs auf Schiene und Wasser ausgeschöpft werden; notwendig ist eine neue Arbeitsteilung der Verkehrsträger zur Entlastung der Straße, die an den jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Kosten der Verkehrsträger orientiert ist. Eine an diesen Erfordernissen orientierte Verkehrswegeplanung in den neuen Ländern wird zu einer grundlegenden Neuorientierung der Verkehrspolitik in ganz Deutschland führen.

In den neuen Bundesländern müssen insbesondere in der Verwaltung für eine Übergangszeit vereinfachte Gesetze und Verfahren gelten. Die mit solchen Regelungen gewonnenen Erfahrungen sollten Anstöße zu einer Entbürokratisierung, einfacheren Verfahren, größerer Effizienz der Verwaltungen und mehr Bürgernähe in ganz Deutschland geben. Dabei darf allerdings die ökologische Verantwortung nicht vernachlässigt werden.

Junge Menschen müssen die Chance haben, in der Konkurrenz mit europäischen Mitbewerbern bestehen zu können. Die Neuordnung des Bildungswesens in den neuen Ländern eröffnet die Möglichkeit, in ganz Deutschland zu einer Verkürzung der im europäischen Vergleich überlangen Schul- und Studienzeiten zu kommen und die Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems von der Erstausbildung bis zur Weiterbildung zu verbessern. Die CDU fordert die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre.

Der Reichtum unseres Landes liegt in der Leistungsbereitschaft, Intelligenz und Kreativität seiner Menschen. Die Menschen in den neuen Ländern bringen ihre Erfahrungen und Fertigkeiten, ihren Leistungswillen und Ideenreichtum ein. Die Einheit hat uns Deutsche reicher gemacht.

### **Vergangenheit aufarbeiten**

18. Die kommunistische Ideologie und die Diktatur der SED haben über vierzig Jahre lang die Würde der Menschen mißachtet, ihre Freiheit unterdrückt und das Recht gebeugt. Die Opfer des Sozialismus haben Anspruch auf Rehabilitierung, Wiedergutmachung oder Entschädigung – soweit dies überhaupt möglich ist. Rechtsfriede ist ohne Gerechtigkeit nicht denkbar.

Die Hinterlassenschaft des SED-Regimes muß zügig und konsequent aufgearbeitet werden. Im Rechtsstaat gibt es keinen „kurzen Prozeß“; aber gutes Recht muß auch schnelles Recht sein. Die notwendigen Verwaltungs- und Gerichtsentscheidungen müssen deshalb mit Vorrang und innerhalb eines zumutbaren Zeitraums getroffen werden.

Der Rechtsstaat kann nicht allein mit den Mitteln des Strafrechtes politische und moralische Schuld in einem Unrechtssystem bewältigen. Wer sich im SED-Staat persönlich schuldig gemacht hat, muß zur Verantwortung gezogen werden. Wer Recht gebeugt hat, dem kann im Rechtsstaat kein Amt mehr anvertraut werden. Wer Mitmenschen geschadet hat, kann heute nicht glaubwürdig im Dienst des Staates arbeiten. „Alte Seilschaften“ dürfen in Betrieben, Verwaltungen und öffentlichen Einrichtungen nicht leitend tätig sein. Die Herkunft von Geldern, mit denen ehemalige Funktionäre von Stasi sowie von Parteien und Organisationen sich nach der Wirtschafts- und Währungsreform Unternehmen geschaffen haben, muß untersucht werden, um dann die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Die CDU setzt sich für die Durchsetzung gerade dieser Forderungen nachdrücklich ein.

Am Ende der notwendigen Klärungen müssen die Aussöhnung und der innere Friede der Gesellschaft stehen.

19. Die Vergangenheit der CDU in den neuen Ländern ist wie die Vergangenheit der CDU in den alten Ländern Teil der Geschichte der CDU Deutschlands. Gemeinsam haben wir uns dieser Geschichte zu stellen. Gemeinsam müssen wir über Fehler der Vergangenheit beraten und gemeinsam müssen wir aus Fehlern lernen.

Es gehört zur Tragik deutscher Nachkriegsgeschichte, daß die Menschen in der sowjetischen Besatzungszone und in der späteren DDR erneut unter die Diktatur eines totalitären Regimes gerieten. Diejenigen, denen es vergönnt war, über 40 Jahre lang in Frieden und Freiheit zu leben, müssen sich heute davor hüten, aus ihren Erfahrungen zu beurteilen, wieviel Anpassung unumgänglich und wieviel Widerstand möglich war. Auch im Westen Deutschlands hatten sich viele Menschen mit der Teilung unseres Vaterlandes und mit dem SED-Regime abgefunden.

Die Bürger in den neuen Bundesländern begreifen in der Rückschau die unfäßbare Weise, mit der die Diktatur des Sozialismus sich auch durch Mittun der Menschen stabilisiert hat. In einem fein gegliederten System von Druck, Drohung, Weckung von Hoffnung und Bevorteilung wurden die Menschen benutzt und instrumentalisiert. Auch dieser Vergangenheit müssen wir uns stellen. Sie darf auch deshalb nicht verdrängt werden, weil die Menschen aus den neuen

Bundesländern für das geeinte Deutschland die Erfahrung mitbringen, welche entscheidende Bedeutung Aufrichtigkeit und eigener Mut für die Kultur jeder Gesellschaft haben und welche Gefahren schnelle Anpassung in sich trägt.

Es hat in der ehemaligen DDR immer Menschen gegeben, die für ihren christlichen Glauben und für demokratische Grundwerte eintraten, obwohl dies mit erheblichen Risiken für ihren Lebensweg verbunden war. Es gab sie in verschiedenen Gruppen und als Mitglieder der Union, und es gab sie als einzelne Christen und Demokraten. Viele dieser Menschen arbeiten heute vereint in unserer Partei.

Die Diskussion über die Erneuerung der Partei, die im Herbst 1989 begonnen wurde, muß fortgesetzt werden. Sie muß im Geist des Miteinanders offen, fair und ohne Selbstgerechtigkeit geführt werden. Es ist vor allem die Aufgabe der Orts-, Kreis- und Landesverbände in den neuen Bundesländern, sich dieser Aufgabe zu stellen. Nur so können langjährige Mitglieder gehalten und zugleich neue, insbesondere auch junge Mitglieder gewonnen werden, die oft im Gegensatz zum alten System standen und berufliche und andere Nachteile hinnehmen mußten. Erneuerung und Verjüngung werden dazu führen, in der gesamten CDU überholte Strukturen und Arbeitsweisen zu reformieren.

Das Verhalten und die Konflikte unter den Bedingungen einer Diktatur können am ehesten diejenigen beurteilen, die unter solchen Umständen zu leben hatten. Pauschale Urteile versperren den Zugang zur Wahrheit ebenso wie Versuche, notwendigen Diskussionen auszuweichen und Klärungen zu verschleppen. Erforderlich sind daher ein fairer Umgang mit Personen und eine differenzierte Bewertung von Fakten.

Mit der innerparteilichen Aufarbeitung der Vergangenheit stellt sich die CDU einer Aufgabe, die der Gesellschaft insgesamt aufgegeben ist. Ihr müssen sich auch die anderen politischen Parteien stellen und ebenso die anderen gesellschaftlichen Gruppen. Wir bitten alle, die in Gesellschaft und Politik ein Amt bekleiden, ihr Verhalten in der Vergangenheit selbstkritisch zu überprüfen. Auch wer keinen Anlaß sieht, sich persönlich etwas vorzuwerfen, muß sich doch die Frage stellen, ob seine frühere Tätigkeit in Beruf, Gesellschaft und Politik es seinen Mitbürgern und Parteifreunden heute schwer macht, neues Vertrauen zu gewinnen.

Die CDU stellt sich dieser Diskussion aus der Überzeugung heraus, daß gerade für die 40 Jahre hindurch enttäuschten Bürger in den neuen Bundesländern Glaubwürdigkeit wesentlich ist, um sie zu eigenem Engagement zu ermutigen.

Die breit angelegte Diskussion über die Erneuerung des Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands bietet den Bürgern in den neuen Bundesländern die Möglichkeit, ihre Erfahrungen und Sichtweisen in die Partei einzubringen. Ausgehend von den Grundorientierungen christlich-demokratischer Politik werden wir gemeinsame Perspektiven und Visionen eines solidarischen und offenen Miteinanders in Deutschland und in einer immer mehr zusammenwachsenden Welt entwickeln.

## **Zukunft gewinnen**

20. Mit der Vereinigung unseres Vaterlandes ist Deutschland in eine neue Epoche seiner Geschichte eingetreten. Einheit, Freiheit und friedliches Einvernehmen mit allen europäischen Nachbarn sind jetzt eine untrennbare Verbindung eingegangen.

Seit Konrad Adenauer wurde im freien Teil Deutschlands das Ziel der staatlichen Einheit immer mit dem Ziel der europäischen Einigung verknüpft, wie es die Präambel des Grundgesetzes uns aufträgt. Die Zukunft des freien und vereinten Deutschlands liegt in einem freien und vereinten Europa. Wir wollen diesen Weg in die Zukunft als deutsche Europäer und als europäische Deutsche gehen.

Unsere Vision ist eine neue Ordnung für Europa und die Welt, die auf der Unantastbarkeit der Menschenwürde, der Achtung der Menschenrechte und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruht. Wir haben die große Chance, einen Beitrag zum politischen Ausgleich und zum friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb zu leisten. Selten waren die Perspektiven für dauerhaften Frieden, für Freiheit und Einheit in Europa besser als heute. Es darf kein Zurück mehr geben auf dem Weg zu einem geeinten Europa.

Für diese große Aufgabe setzt sich die CDU mit aller Kraft ein – zum Wohl der Menschen in Deutschland und Europa und im Bewußtsein unserer Verantwortung für den Frieden in der Welt.



**Beschlüsse**  
**zur Änderung des Statuts der CDU Deutschlands**

**Beschluß Nr. B1**

In § 28 Statut (Zusammensetzung des Bundesparteitag) und in § 50 a Statut (Übergangsvorschriften) wird jeweils in Absatz 1 Unterabsatz 2 die bisherige Einleitungszeile wie folgt neugefaßt:

„Für den 1. Parteitag der CDU Deutschlands in Hamburg am 1./2. Oktober 1990  
**und für den 2. Parteitag der CDU Deutschlands in Dresden vom 15. bis 17.  
Dezember 1991** gilt folgende Sonderregelung: ...“

**Beschluß Nr. B2**

In § 38 (Bundesvereinigung) des Statuts der Christlich Demokratischen Union Deutschlands erhält Ziffer 3 folgende Fassung:

„3. Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA),“

## Sonstige Beschlüsse

### Beschluß Nr. C1

#### Förderung von Frauen in technischen und neuen Berufen

Die Bundesregierung und die Landesregierungen werden aufgefordert, in ihrem Zuständigkeitsbereich gezielte Maßnahmen zur Förderung von Frauen auf allen Ebenen zu ergreifen, um alte Benachteiligungen von Frauen nicht zu neuen Benachteiligungen werden zu lassen.

Erforderlich sind:

#### 1. Ausbildung

- neue unterrichtliche Ansätze der spezifischen Förderung von Mädchen im naturwissenschaftlichen/technischen Bereich wie in Baden-Württemberg erprobt;
- Modelle, die Mädchen den Zugang zur Informatik erleichtern;
- weitere Anreize, um Mädchen in gewerblich-technischen Berufen auszubilden;
- die Möglichkeit, ohne Verlust der Förderung das Studium halb- oder teilzeitig zu betreiben;
- zusätzliche Fördermittel für Hochschulen und Universitäten, die einen überdurchschnittlich hohen Frauenanteil in technisch/naturwissenschaftlichen Fachbereichen nachweisen können;
- gezielte Förderung von Frauen in naturwissenschaftlichen/technischen Ausbildungsgängen, wie es an den amerikanischen Hochschulen MIT (Massachusetts Institute of Technology) und Berkeley seit Jahren üblich ist;
- eine Studie, die die Ursachen der Zurückhaltung von Frauen in bezug auf die naturwissenschaftlich/technischen Berufe herausfinden soll.

#### 2. Berufsausübung

- eine Ausweitung der Halbezeitstellen für den wissenschaftlichen Nachwuchs an den Universitäten und Fachhochschulen mit entsprechender Verlängerung der Vertragsdauer;
- eine Studie über die Gestaltung von Heimarbeitsplätzen sowie deren psychologische und soziale Folgen.

#### 3. Berufsrückkehr

- Weiterbildungsangebote während der Familienphase in enger Zusammenarbeit mit Betrieben, die die Möglichkeit bieten, die Qualifikationen zu aktualisieren und neue berufliche Perspektiven zu eröffnen (z.B. zu Informations- und Kommunikationstechnologien und Umweltschutz);
- Kombinierte Weiterbildungsangebote mit verschiedenen Lernformen (z.B. Kompaktphasen, Selbstlernphasen, Praxisphasen) und unterschiedlichen Lernorten, die den Erfordernissen von Frauen mit Familienpflichten Rechnung tragen.
- Umschulungsangebote zum Erwerb qualifizierter Berufsabschlüsse und Angebote zum Nachholen von Schulabschlüssen und zur Vorbereitung auf ein Studium;
- Angebote zur wissenschaftlichen Weiterbildung während der Familienphase.

## **Beschluß Nr. C2**

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die berufliche Wiedereingliederung von Frauen.

- Frauen und Männer, die ihre Erwerbstätigkeit wegen Kinderbetreuung oder Pflege von Familienangehörigen unterbrochen haben, müssen auch dann zur Inanspruchnahme von Leistungen für Fort- und Weiterbildung berechtigt sein, wenn sie eine längere als die nach dem AFG vorgesehene Unterbrechungszeit in Anspruch genommen haben.
- Frauen und Männer müssen auch während der Familienphase, ohne daß sie sich arbeitslos gemeldet haben, Weiterbildungsmaßnahmen vom Arbeitsamt finanziert bekommen. Dies ist gegebenenfalls aus Steuermitteln aufzubringen, da es sich um eine gesellschaftliche Aufgabe handelt.
- Die Weiterbildungsmaßnahmen sollten am regionalen Bedarf orientiert sein und möglichst in Zusammenarbeit insbesondere der Arbeitsämter und Unternehmen entwickelt werden.
- Die zeitliche Gestaltung von Weiterbildungsmaßnahmen sollte besser als bisher auf die familiäre Situation der Teilnehmer abgestimmt sein.
- Ein qualifiziertes Beratungs- und Informationsangebot über die Fort- und Weiterbildungsangebote ist vor Ort sicherzustellen.
- Das öffentliche Kinderbetreuungsangebot ist bedarfsgerecht auszubauen.
- Für Teilzeitbeschäftigte sind Aufstiegschancen zu gewährleisten, die unter Berücksichtigung des Leistungsprinzips denen für Vollzeitbeschäftigte gleichstehen.
- Flexiblere und individuellere Arbeitszeitmodelle sind zu entwickeln, damit Mütter und Väter die Arbeit in Beruf und Familie besser vereinbaren können.
- Bei der Anpassung der Arbeitswelt an die Bedürfnisse der Familien hat der öffentliche Dienst eine Vorbildfunktion.

## **Beschluß Nr. C3**

Der Parteitag fordert den Gesetzgeber auf, zu prüfen, ob und inwieweit einzelne rechtliche Fragen nichtehelicher Lebensgemeinschaften gesetzlich geklärt werden können, denn in der Bundesrepublik Deutschland gibt es zur Zeit bis zu zweieinhalb Millionen Personen, die in nichtehelichen Lebensgemeinschaften leben.

Geeignete Rechtsnormen, die auf die Eigenart solcher Partnerschaften zugeschnitten wären, fehlen. Nichteheliche Lebensgemeinschaften müssen nach wie vor über schuld- und sachenrechtliche Inhalte abgewickelt werden und stellen daher die Gerichte zunehmend vor Schwierigkeiten; beispielsweise bei Vermögensauseinandersetzungen nach Scheitern der Lebensgemeinschaft oder beim Tod eines Partners. Unser Rechtssystem muß aber der Existenz nichtehelicher Lebensgemeinschaften Rechnung tragen. Eine Gleichstellung nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit der Ehe ist von der CDU weder beabsichtigt noch erwünscht.

## **Beschluß Nr. C4**

Der Parteitag fordert die CDU Deutschlands auf, sich auf allen Ebenen für eine kinder- und familienfreundlichere Gestaltung des Wohn- und sozialen Umfeldes in unseren Gemeinden einzusetzen und dieser Aufgabe eine hohe Priorität beizumessen:

- Zur Verbesserung des Umfeldes gehören ausreichend Kinderbetreuungseinrichtungen, bei Bedarf Ganztagsbetreuung in Kinderhort und Schule,

- bedarfsorientierte Einrichtungen für Kleinkinder unter drei Jahren,
- Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz,
- Maßnahmen für familienfreundliches Wohnen auch in der Innenstadt,
- Schulwegsicherungssysteme und Radwegenetze,
- vorrangige Berücksichtigung von Schwangeren und Familien in Not bei der Vergabe öffentlich geförderter Wohnraums,
- bei der Stadt- und Verkehrsplanung Berücksichtigung der Bedürfnisse von Kindern z.B. Spielstraßen, Fußwege, Verkehrsberuhigung, Verkehrssicherheit an Bushaltestellen.

### **Beschluß Nr. C7**

Der 2. Parteitag beauftragt den Bundesvorstand, eine Kommission unter Beteiligung der Grundsatzprogramm-Kommission und der fachlich zuständigen Bundesfachausschüsse zu bilden, die ein Konzept der CDU zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft und zur Stabilisierung des ländlichen Raumes nach den GATT-Verhandlungen erarbeitet. Dabei sollen die veränderten Bedingungen im vereinten Deutschland und die Entwicklungen in Europa besonders berücksichtigt werden.

Dieses Konzept ist auf dem 3. Parteitag der CDU Deutschlands zu beraten und zu verabschieden.

### **Beschluß Nr. C35**

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands stellt fest:

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, seit dem 3. Oktober 1990 gesamtdeutsche Verfassung (Artikel 146 Grundgesetz), hat sich bewährt und ist allgemein anerkannt. Deshalb lehnt die CDU eine Ablösung des Bonner Grundgesetzes durch eine neue Verfassung oder eine Revision des Grundgesetzes ab.

Die CDU fordert die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, im gemeinsamen Verfassungsausschuß das Bonner Grundgesetz offensiv zu verteidigen und nur dort Änderungen und Ergänzungen vorzusehen, wo dies verfassungsrechtlich erforderlich oder politisch dringend geboten ist.

### **Beschluß Nr. C41**

Die Regierungen der fünf neuen Bundesländer werden aufgefordert, schnellstens alle Voraussetzungen zu schaffen, um danach unverzüglich die Hauptverantwortlichen des SED-Stasi-Regimes in den ehemaligen Bezirken der DDR anzuklagen.

Ermittelt und geahndet werden müssen alle in Länderzuständigkeit liegenden Straftatbestände nach damals geltendem Recht, wie beispielsweise die unrechtmäßige Verwendung von Staatsfinanzen.

### **Beschluß Nr. C43**

Der 2. Parteitag beauftragt die Grundsatzprogrammkommission, die Aufarbeitung der vierzigjährigen Gewaltherrschaft in der ehemaligen DDR sowie die Aufarbeitung der Geschichte der ehemaligen Ost-CDU in ihre Arbeit einzubeziehen.

### **Beschluß Nr. C45**

Der Bundesparteitag bittet die Untergliederungen der Partei, den Delegierten zum Bundesparteitag in angemessenem Umfang die Kosten für die Teilnahme am Bundesparteitag zu erstatten.

### **Beschluß Nr. C47**

Die Mitgliedschaft in der „Scientology Church (Sekte)“ ist mit der CDU-Mitgliedschaft unvereinbar.

### **Beschluß Nr. C48**

Die Bundespartei baut ein System auf, das den Kreisgeschäftsführerinnen und Kreisgeschäftsführern eine Fort- und Weiterbildung in ihrer jetzt ausgeübten Tätigkeit ermöglicht. Da diese Tätigkeit von Menschen mit ganz unterschiedlicher beruflicher Qualifikation ausgeübt wird, bedarf es der Vereinheitlichung bezüglich der Information über und Motivation für die Politik auf Bundesebene. Fort- und Weiterbildungsbedarf besteht u.a. in folgenden Bereichen:

- Grundkenntnisse und Anwendung der EDV
- Umgang mit modernen Kommunikationsmitteln
- Techniken der Motivation und Koordination von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- Gesprächsführung mit Bürgern und Mitgliedern
- Techniken des Zeitmanagements
- Mitglieder- und Finanzverwaltung
- Methoden der politischen Werbung
- Spendenwesen
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/Präsentationstechniken
- Programmatik und deren Strategien zur Umsetzung
- Planung und Durchführung von Aktionen, Kongressen, Wahlkämpfen

Erste Angebote sind im ersten Halbjahr 1992 zu unterbreiten.

### **Beschluß Nr. C49**

Der Bundesvorstand hat darauf zu achten, daß auf zukünftigen Bundesparteitagen und Fachkongressen bei der Bewirtung von Delegierten und Gästen nicht mit Einmalverpackungen und Einweggeschirr gearbeitet wird.

Den Vorständen der Landesverbände, Kreisparteien und Vereinigungen wird gleiches empfohlen.

### **Beschluß Nr. C53**

Der Bundesvorstand wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, im Jahr 1994 und in den Folgejahren Wahltermine zusammenzulegen.

### **Beschluß Nr. C55**

1. Die CDU setzt sich dafür ein, daß besonders in den Grenzregionen eine enge grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Kommunen, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Vereinen und Verbänden unterstützt und gefördert wird.

2. Der Bundesvorstand wird gebeten, die Zusammenarbeit der CDU mit Schwesterparteien in den ehemaligen Ländern des Ostblocks – auch durch Partnerschaften zwischen Orts- und Kreisverbänden – zu fördern.

## **Beschluß Nr. C60**

### **Leben in Ballungsräumen**

Die Ballungszentren erhalten ein immer größeres Gewicht. Der Raumordnungsbericht 1991 der Bundesregierung weist aus, daß mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Verdichtungsräumen wohnt. Die zunehmende Konzentration von Menschen bringt Chancen, die zu nutzen, und Probleme, die zu lösen sind.

Wohnen und Arbeiten in Ballungsräumen kann Nähe zu den Mitmenschen bedeuten, kann aber auch zu sozialer Vereinzelung in der Großstadt führen. Leben in Ballungsräumen nutzen einige Menschen für eine Vielzahl von Kontakten, andere leiden unter Kontaktmangel, weil ihre alten Beziehungen sich auflösen. Die Geschwindigkeit von Veränderungen ist hoch – ein Tatbestand, der sowohl gewünscht als auch verwünscht wird.

Eine Politik der Ballungsräume muß beiden Seiten gerecht werden. Sie muß berücksichtigen, daß gesellschaftliche Veränderungen hier stärker und schneller zum Ausdruck kommen als anderswo. Hier zeigen sich exemplarisch ökonomische Erfolge, aber auch Notwendigkeiten eines sozialen Zusammenhalts der Bevölkerung.

Die Großstadt ist ein Brennpunkt, der alles zusammenführt und gleichzeitig konzentriert. Erfolge und Mißerfolge zeigen sich hier am deutlichsten. Die Großstadt gibt sich deshalb aufreizender als andere Orte.

Das Leben in Ballungsräumen wird zur Herausforderung für unser Gemeinwesen. Hier ist eine besondere Chance der Zukunftsgestaltung für die Bürger, aber auch für die Politik.

Dabei nimmt die Wohnungspolitik eine große Bedeutung ein. Hier zeigen sich die Unterschiede zu den ländlichen Räumen am deutlichsten. Die Knappheit an Wohnungen und ihr damit verbundener hoher Preis stellen für viele Menschen in den Ballungsräumen eine Belastung dar. Sie gilt es zu begrenzen, um die Lebensqualität erhöhen zu können. Die Wohngeldgesetzgebung wird noch stärker die Belastung in Ballungsräumen würdigen müssen.

Die Lebensqualität ist aber auch davon abhängig, daß Handwerker und Gewerbetreibende im Wohnumfeld tätig sind. Deshalb müssen auch die Gewerbetreibenden vor zu hohen Preissteigerungen geschützt werden. Es darf keine Verdrängung dieser Arbeitsplätze an den Stadtrand geben, wenn nicht sogar ein völliger Verlust droht. An der Lösung dieser Probleme muß sich die Soziale Marktwirtschaft als gesellschaftspolitisches Modell messen lassen.

Wenn viele Menschen auf engem Raum zusammenleben, ist auch immer die Umwelt besonders beansprucht. Die Abfallentsorgung, der Lärmschutz und die Erhaltung von Erholungszone sind nur einige Aspekte, die hier zu nennen sind. Schließlich ist auch die Verkehrsinfrastruktur zu nennen. Die Anbindung an öffentliche Verkehrsnetze muß verbessert werden, um die Ballungsräume vom Individualverkehr zu entlasten.

Der innere Frieden als Ziel christlicher demokratischer Politik wird nur erreichbar sein, wenn die Politik das Leben in Ballungsräumen als einer der großen Gestaltungsaufgaben für die Zukunft erkennt. Der Bundesparteitag fordert den Bundesvorstand auf, ein

Ballungsraumkonzept zu erarbeiten und dem nächsten Bundesparteitag vorzulegen. Er fordert darüber hinaus die Einrichtung eines ständigen Arbeitskreises „Politik für die Ballungsräume“.

### **Beschluß Nr. C72**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Beschäftigungsverbot für Frauen in bestimmten Berufen, wie etwa im Bauhauptgewerbe, in der Stahlproduktion und in einer Vielzahl technischer Berufe im Rahmen einer neuen Arbeitszeitordnung und durch eine Ausführungsverordnung zu ersetzen und damit modernen Anforderungen anzupassen. Dabei sind den Erfordernissen des Gesundheitsschutzes, des Arbeitsschutzes und der Familie Rechnung zu tragen und folgende Regelungen zu treffen:

- Aufhebung des generellen Beschäftigungsverbots für Frauen in bestimmten Berufen;
- Aufhebung des Nachtarbeitsverbotes für Arbeiterinnen mit bestimmten Einschränkungen:
  - keine Doppelschicht;
  - Mütter, die ein schulpflichtiges Kind zu versorgen haben, können sich freistellen lassen;
  - alleinerziehende Mütter haben Anspruch auf Freistellung;
  - Väter in vergleichbarer Familiensituation sind in diese Regelungen einzubeziehen.

### **Beschluß Nr. C73**

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei Gesetzesänderungen im Sozial- und Arbeitsmarktbereich die geplanten Maßnahmen daraufhin zu überprüfen, ob dadurch negative Auswirkungen auf die neuen Bundesländer verursacht werden.

### **Beschluß Nr. C74**

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. insbesondere die Erschließung von denjenigen ABM-Bereichen zu unterstützen, in denen vorwiegend Frauen eingesetzt werden können;
2. bei den Unternehmern als auch bei deren Tarifpartnern, insbesondere den Gewerkschaften, darauf zu drängen, Rahmenvereinbarungen für die Schaffung von Teilzeit- und Partnerschaftsarbeitsplätzen abzuschließen.

### **Beschluß Nr. C75**

Die Bundesanstalt für Arbeit wird aufgefordert, die rechtlichen Möglichkeiten des Arbeitsförderungsgesetzes hinsichtlich der Erlaubniserteilung für gemeinnützige und private Arbeitsvermittler extensiv zu nutzen.

Des weiteren soll geprüft werden, inwieweit mit der Einführung des EG-Binnenmarktes das Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit einer Novellierung bedarf.

### **Beschluß Nr. C81**

#### **Beschäftigungsgesellschaften nur als Auffangbecken**

Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern befindet sich in einem tiefgreifenden strukturellen Wandel. Wettbewerbsfähige Strukturen sind die grundlegende Voraussetzung für die Schaffung dauerhafter und sich selbst tragender Arbeitsplätze. Von

der Errichtung von Beschäftigungsgesellschaften können allerdings falsche wirtschaftspolitische Signale ausgehen. Deshalb sind Beschäftigungsgesellschaften nur als vorübergehende, sozialpolitische Flankierung des tiefgreifenden strukturellen Wandels hinnehmbar und sollten an folgende Bedingungen geknüpft sein:

- Beschäftigungsgesellschaften dürfen nur eine Übergangslösung sein. Ihr Bestehen muß von vornherein zeitlich so kurz wie möglich befristet und sachlich begrenzt werden. Darüber hinaus müssen die Beschäftigungsgesellschaften rechtlich, organisatorisch und personell selbständig sein.
- Aufgabe von Beschäftigungsgesellschaften muß es sein, die aufgefangenen Beschäftigten durch Qualifizierung dem Arbeitsmarkt wieder zuzuführen. Gleichzeitig ist sicherzustellen, daß die Beschäftigten dem Arbeitsmarkt für dauerhafte und sich selbst tragende Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Die Bundesanstalt für Arbeit muß daher organisatorisch in die Lage versetzt werden, die in Beschäftigungsgesellschaften Beschäftigten uneingeschränkt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen.
- Beschäftigungsgesellschaften sind schwerpunktmäßig in solchen Regionen einzurichten, in denen eine hohe wirtschaftliche Dynamik vorliegt. Nur dort können sie einen Beitrag dazu leisten, Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen und als Brücke für den Übergang in ein rentables Arbeitsverhältnis zu nutzen. Eine gewisse Wanderungsbereitschaft der mit der Gefahr von Arbeitslosigkeit konfrontierten Beschäftigten ist unverzichtbar.
- Bei einer langen Verweildauer in Beschäftigungsgesellschaften besteht die Befürchtung, daß die Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt sinken. Daher müssen die Anreize so gesetzt sein, daß der Eintritt in eine Beschäftigungsgesellschaft zum einen und die Verweildauer zum anderen nicht noch gefördert werden. Das vertraglich vereinbarte Entgelt sollte dazu in den Beschäftigungsgesellschaften geringer sein als der übliche Lohn im relevanten Wirtschaftsbereich, oder aber Abfindungen müßten beim Übergang um so geringer sein je länger die Verweildauer.

### **Beschluß Nr. C85**

Die CDU fordert die Bundesregierung auf, Slowenien und Kroatien unverzüglich anzuerkennen und bei anderen Staaten der Völkergemeinschaft, insbesondere Staaten der Europäischen Gemeinschaft, auf eine gleichzeitige Anerkennung Sloweniens und Kroatiens zu dringen.

### **Beschluß Nr. C92**

Die CDU setzt sich dafür ein, daß Verpackungsmaterial einen erheblichen Anteil an Rohstoffmaterial enthält, das aus landwirtschaftlich erzeugten Produkten stammt.

### **Beschluß Nr. C93**

Die CDU setzt sich dafür ein, daß alle auf öffentlichen und privaten Gewässern und Flüssen betriebenen Motorboote, Schiffe und Yachten mittelfristig mit Schmier- und Treibstoffen auszurüsten sind, die bei Verlust biologisch abbaubar sind.



### **Beschluß Nr. C94**

Die CDU Deutschland setzt sich dafür ein, daß alle Maschinen, die im Natur- und Umweltbereich, im Straßen- und Gewässerbau, in Sand-, Ton- oder z.B. Braunkohlegruben eingesetzt werden, in einem mittelfristigen Programm mit Schmier- und Treibstoffen betrieben werden, die mit ökologisch abbaubaren, auf biologischer Grundlage herstellbaren, Zusätzen versehen sind oder von diesen vollständig betrieben werden.

Öffentliche Vergaben in den vorgenannten Bereichen haben solchen Firmen Vorrang zu geben, die entsprechende Maschinen einsetzen.

### **Beschluß Nr. C95**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich in der weiteren parlamentarischen Beratung des Gesetzes zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Kriminalität dafür einzusetzen, daß

1. der verdeckt ermittelnde Beamte sich im Rahmen seines Auftrages milieugerecht verhalten und sich an geringfügigen Straftaten beteiligen darf,
2. einem Zeugen gestattet werden kann, bei Gefahr für sich oder seine Angehörigen seine Identität nicht zu offenbaren,
3. der Einsatz von technischen Mitteln ein Abhören von Gesprächen in Wohnungen im Rahmen von Strafverfolgungsmaßnahmen mit richterlicher Zustimmung ermöglicht wird.

### **Beschluß Nr. C100**

#### **Für eine solidarische Pflegeversicherung**

Wir setzen uns nachdrücklich für die Einführung einer Pflegeversicherung ein, die – nach Maßgabe des Beschlusses des Bundesvorstandes der CDU vom 30.09.1991 – insbesondere eine Pflege in vertrauter Umgebung ermöglicht.

### **Beschluß Nr. C101**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird aufgefordert zu prüfen, ob der Einigungsvertrag im Kapitel XIX, Sachgebiet A (Recht der im öffentlichen Dienst stehenden Personen), Abschnitt III, ergänzt werden muß. Die Ergänzung soll sinngemäß folgendes enthalten:

Ein wichtiger Kündigungsgrund ist auch dann gegeben, wenn der Arbeitnehmer aufgrund seiner Stellung im SED-Apparat von Amts wegen mit dem Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit zusammengearbeitet hat, insbesondere wenn er Berichte des MfS/AfNS angefordert, ausgewertet und weitergeleitet hat oder wenn er zu den Auftraggebern des Staatssicherheitsdienstes der DDR gehörte.

### **Beschluß Nr. C102**

Die Diskussion um die Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigung leidet vor allem unter dem Vorwurf unangemessener Selbstbedienung der Abgeordneten. Um diesem Vorwurf so weitgehend wie möglich zu begegnen und die Diskussion zu versachlichen, spricht sich die CDU Deutschlands dafür aus, daß Diätenkommissio-

nen, zusammengesetzt aus Vertretern gesellschaftlich relevanter Gruppen, gebildet werden, denen die Festsetzung der Abgeordnetenentschädigung im Rahmen des verfassungsrechtlich zulässigen übertragen wird.

#### **Beschluß Nr. C104**

Die CDU Deutschlands fordert die Angleichung des Grundbedarfssatzes beim BAfÖG in den neuen Bundesländern auf westdeutsches Niveau im Rahmen der 15. BAfÖG-Novellierung.

## FOREN

Zusätzlich zur Tagesordnung fanden  
am Montag, dem 16. Dezember 1991,  
sechs Foren statt.



## Forum 1

### Soziale Marktwirtschaft vor neuen Herausforderungen

	Seite:
Eröffnung: Christa Thoben Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer zu Münster	286
Einführungsreferat: Dr. Kajo Schommer Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit des Freistaates Sachsen	286
Podiumsteilnehmer: Dr. h.c. Tyll Necker Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie	292
Birgit Breuel Präsidentin der Treuhandanstalt	292
Dr. Claus Steyer Präsident des Landesverbandes der Sächsischen Industrie e.V.	293
Dr. Johannes Ludewig Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Finanzpolitik im Bundeskanzleramt	293
Joachim Dirschka Präsident der Handwerkskammer Leipzig	295
Wolfgang Erler Beauftragter des DGB-Bundesvorstandes für den Landesbezirk Thüringen	295
Matthias Wissmann Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion	296

---

*Die Seitenangaben beziehen sich jeweils auf den ersten Diskussionsbeitrag*

**Vorsitzende Christa Thoben:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne das Forum 1 „Soziale Marktwirtschaft vor neuen Herausforderungen“. Der ganze Parteitag steht unter der Überschrift „Einheit leben“. Wenn es ein Feld gibt - dies wird allerdings wahrscheinlich jeder im Blick auf sein eigenes Feld behaupten -, auf dem ganz besonders viel geändert, vollendet, voneinander gelernt, übernommen, neu gedacht werden muß, dann ist es, wie ich glaube, der Bereich der Wirtschaftsordnung, in der wir nun gemeinsam leben wollen.

Nun gibt es sehr viele Lehrbücher darüber, wie Marktwirtschaft funktioniert, an welche Bedingungen und Voraussetzungen sie geknüpft ist. Es gibt auch Lehrbücher darüber, wie Planwirtschaft funktioniert. Es gibt aber kein einziges Lehrbuch, das beschreibt, wie man aus einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft kommt. Und dennoch tun wir das. Ich denke, es wäre gut, wenn das Gespräch heute morgen wirklich zu einem Gedankenaustausch führte. Es sollte nicht zu einem Debattieren in Überschriften führen.

Deshalb darf ich einen, der hier in einem der neuen Bundesländer seit anderthalb Jahren das Ressort Wirtschaft und Arbeit leitet, Herrn Staatsminister Schommer, bitten, uns mit einem Erfahrungsbericht über anderthalb Jahre Marktwirtschaft im Freistaat Sachsen in die Thematik einzuführen.

**Dr. Kajo Schommer:** Verehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die unfaßbaren Entwicklungen im Osten Europas, die konsequente Deutschlandpolitik der CDU unter Helmut Kohl, die mutigen Demonstrationen, vor allem der Sachsen, haben die Weltpolitik verändert. Sie haben den weltweiten Niedergang der menschenverachtenden sozialistischen Kommandowirtschaft eingeleitet. Sie haben damit gleichzeitig unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung, die Soziale Marktwirtschaft, weltweit als das Wirtschaftssystem bestätigt und ausgewählt, das den Menschen Wohlstand in Freiheit ermöglicht.

Damit verbindet sich aber zugleich die Hoffnung und die Erwartung, daß die Soziale Marktwirtschaft den Weg weist und gangbar macht, die innere Einheit Deutschlands auch auf wirtschaftlichem Gebiet zu vollenden, die Zukunft Deutschlands in einem vereinten Europa und auch die Zukunft Europas zu sichern und die weitere Entwicklung der osteuropäischen Staaten und der ehemaligen UdSSR zu demokratischen Staaten mit freiheitlicher Wettbewerbsordnung - wenn auch in größeren Zeiträumen - zu ermöglichen. Dies ist die neue Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft. Sie gilt es zu bestehen.

Zur Einführung in die Diskussion möchte ich in Thesenform die wichtigsten Erkenntnisse aus 13 Monaten Wirtschafts-, Arbeits- und Verkehrspolitik in Sachsen darlegen, wenngleich ich zugeben muß, daß der mir eingeräumte Zeitrahmen eigentlich zu eng ist, um die Vielzahl der Erfahrungen vorzutragen, die wir unseren Gästen aus den nördlichen, westlichen und südlichen Bundesländern gern übermitteln möchten. Wenn ich über meine Erfahrungen berichte, so meine ich damit die Herausforderung zur Bewältigung der Aufgabe, die Soziale Marktwirtschaft in einer bisher zentralverwalteten sozialistischen Wirtschaft einzuführen, und zwar - anders als in der CSFR, in Polen oder in Ungarn - als Folge der staatlichen Vereinigung zweier Staaten einer Nation mit gleicher Kultur und Sprache.

Fast über Nacht standen sich vor einem Jahr innerhalb des wiedergemeinten Deutschlands und damit innerhalb einer weltweiten arbeitsteiligen Wirtschaft zwei Volkswirtschaften gegenüber, die sich in den vergangenen vier Jahrzehnten systembedingt höchst unterschiedlich entwickelt haben. Es waren eine starke Volkswirtschaft in den

alten Bundesländern mit einem Höchstmaß an Produktivität und Arbeitsteilung und eine durch sozialistische Planwirtschaft stark geschädigte Volkswirtschaft in den neuen Bundesländern. Ich betone den Begriff „systembedingt“, denn die Menschen waren hier in diesem Teil Deutschlands nicht weniger fleißig als diejenigen im anderen Teil. Nur konnte ihr Fleiß, ihre Qualifikation „systembedingt“ nicht den gleichen wirtschaftlichen Effekt haben. Was die Menschen hier trotzdem geleistet haben, verdient unseren größten Respekt.

Respekt verdient ebenfalls die Art und Weise, wie sie den totalen Umbruch ihres gesamten persönlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeldes, den Verlust von 40 Jahren Lebenserfahrung meistern. Sie wollen mit allen Deutschen diesen Wechsel gemeinsam meistern und vertrauen darauf, daß unser Staat mit der Sozialen Marktwirtschaft diese Herausforderung besteht.

Erstens. Wir sind herausgefordert, eine hierarchisch geordnete Kommandowirtschaft durch eine kooperative, dezentrale Wirtschaftsordnung zu ersetzen, dies mit Menschen, die durch das zentralistische Staatssystem zu Passivität erzogen wurden. Wir wollen einen gewaltenteiligen Staat von höchster Perfektion, aufgebaut von Menschen, deren Denken und Handeln durch 40 Jahre Freiheit und Aktivität geprägt ist, auf die neuen Bundesländer übertragen. Dies setzt nicht nur entsprechende Institutionen, sondern auch entsprechendes Denken, entsprechende Kulturtechniken voraus. Das heißt, der einzelne muß die Fähigkeit besitzen, in Koordination, in Märkten privatrechtlich und selbständig zu denken, nicht in Erwartung von Befehlen. Die Menschen hier haben keine marktwirtschaftliche Erfahrung. Wenn die Menschen aber Marktwirtschaft nicht gelernt haben, kann diese nicht funktionieren.

Früher hat man in der DDR ebenso wie in den östlichen Ländern Europas unter Mangelbedingungen produziert und die nicht ausreichend vorhandenen Produkte verteilt. Mit anderen Worten: Man mußte den Produzenten haben, um Kunde werden zu können. Heute muß man den Kunden haben, damit man Produzent werden kann. Das erfordert eine grundlegende Neuorientierung des Denkens und Handelns. Die Soziale Marktwirtschaft muß diesen Veränderungsprozeß unterstützen und durch Märkte fördern. Sie muß auch - mit Hilfe des Staates - den Übergang organisieren. Dies ist ein Grund für eine andere Rolle des Staates in „beschädigten Volkswirtschaften“ als im entwickelten Westen.

Zweitens. Es reicht nicht, wenn der Staat nur Rahmenbedingungen für das Funktionieren der marktwirtschaftlichen Ordnung setzt. Dies ist für „beschädigte Volkswirtschaften“ nicht ausreichend. Der Staat muß darüber hinaus den Zusammenbruch des Alten auffangen und abfedern, er muß ein Stück ordnen und strukturieren, und er muß initiieren. Denn er trifft auf eine Gesellschaft, in der nicht wie im Westen die gewohnten Marktkräfte bereits im vollem Umfang vorhanden sind oder gar die wirtschaftlichen Aktivitäten im gleichen Umfang tragen können. Man kann das Rechtssystem für die marktwirtschaftliche Ordnung über Nacht einführen. Damit besteht aber noch keine funktionierende marktwirtschaftliche Ordnung. Dies gilt in noch stärkerem Maße für die Staaten im Osten Europas, die den langen Weg zur Marktwirtschaft angetreten haben und jetzt - heute und morgen - unsere uneingeschränkte Unterstützung benötigen. Konkret bedeutet dies für uns: Wer eine „beschädigte Volkswirtschaft“ alleine den Marktkräften überläßt, nimmt ihr jede Chance zu gesunden.

Der Staat - und hier beziehe ich den Bund und die Treuhandanstalt mit ein - muß aus diesen Gründen dafür Sorge tragen, daß durch jede Privatisierung möglichst ein Wettbewerber mehr und nicht weniger auf dem Markt ist, Unternehmen aller Größenklassen am Wettbewerb teilnehmen können, von allen Regionen Wettbewerb

ausgehen kann und nicht ganze Branchen aus diesem Teil Deutschlands verschwinden. Dies wäre nämlich sonst Wettbewerbsbeschränkung als Folge des Interregnums des Sozialismus. Wir brauchen also auch strukturbestimmende Unternehmen und müssen uns Gedanken über den Erhalt solcher Unternehmen machen.

Wir müssen dafür Sorge tragen, daß sanierungsfähige Unternehmen, die in ihrem jetzigen Zustand keine Käufer finden oder am Markt nicht bestehen können, durch Verlängerung der Zeitachse mittels staatlicher Unterstützung die Chance erhalten, marktfähige Leistungen zu entwickeln und anzubieten. Meine Damen und Herren, dies heißt aber nicht, daß wir sozusagen neue staatliche Wickelkinder mit dem Subventionsschnuller aufziehen wollen. Die Unternehmen müssen vielmehr aus sich heraus eine Chance haben, am Markt bestehen zu können. Wir müssen ihnen und den qualifizierten Menschen nach 40 Jahren Sozialismus diese Chance einräumen.

Wir müssen dafür Sorge tragen, daß in ausreichender Zahl ortsverbundenes privates Unternehmertum entsteht. Ich nenne hier die Stichworte Privatisierung und Sachsenfonds. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß um Investitionen und Know-how aus aller Welt geworben wird, daß sich die Menschen zur Teilnahme an dem Wettbewerb ausreichend qualifizieren können, daß außeruniversitäre Forschungseinrichtungen erhalten und neue Einrichtungen dieser Art geschaffen werden und daß die soziale Sicherung der vom Umstrukturierungsprozeß betroffenen Menschen gesichert wird, ohne aber die Eigeninitiative zu dämpfen.

Das unterscheidet uns von 1948/1949. Damals waren die Produktionsstätten zwar auch weitgehend zerstört, und es herrschte Kapitalknappheit. Aber die Unternehmen waren weitgehend in Privathand, die Wirtschaft hatte lediglich zwölf Jahre unter fixierten Preisen und staatlicher Wirtschaftsplanung gelitten, die Privatrechtsordnung war weitgehend intakt, unternehmerische Erfahrung und marktwirtschaftliches Können waren vorhanden.

Drittens. Eine weitere Herausforderung des Staates besteht darin - das macht die Gratwanderung dieser Politik deutlich -, auf der einen Seite diese Funktionen übernehmen zu müssen und auf der anderen Seite keine neuen staatlichen Besitzstände entstehen zu lassen, sich also permanent selbst zu begrenzen.

Einem jungen Baum gibt man als Halt gegen rauhe Stürme einen Stützpfehl, den man aber wegnehen muß, wenn der Baum ausreichend starke Wurzeln geschlagen hat und alleine stehen kann. Sonst kann er nicht richtig wachsen.

Eine solche Stütze ist z.B. das Aufbauwerk Sachsen, eine Gemeinschaftsleistung der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer, der Dresdner Bank, der Treuhandanstalt und des Freistaates Sachsen. Es soll den Menschen eine Brücke über das Tal der Arbeitslosigkeit auf dem Weg vom alten zum neuen Arbeitsplatz sein. Es soll ihnen die Chance zur Umschulung und Qualifizierung bieten. Es soll ihnen Halt gegen Bindungslosigkeit geben, wenn sie den alten Betrieb, der für sie auch das soziale Umfeld darstellte, verlassen müssen.

So notwendig die Arbeit des Aufbauwerkes gegenwärtig auch ist, so sicher muß sein, daß es nur begrenzte Zeit existiert und sich die Menschen dort nicht auf Dauer einrichten können. Die Staatsregierung wird Garant hierfür sein. Diese Bereitschaft, sich selbst zu begrenzen und nicht zu versuchen, zur Bewältigung der Strukturkrise planwirtschaftliche Elemente in das Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft einzubauen, wird für den Staat - wie 1948/1949 in Westdeutschland - zur großen Herausforderung.



Viertens. Die Soziale Marktwirtschaft wird nur erfolgreich sein können, wenn es gelingt, den Menschen das gesamte Normengebäude zu verdeutlichen, was diese Ordnung voraussetzt. Je weiter wir nach Osten gehen, um so schwieriger wird dies. Ich möchte dies am Beispiel des Eigentums verdeutlichen. Es reicht nicht zu sagen, wir brauchen Eigentum, wenn die betroffene Bevölkerung die rechtliche Konkretisierung der Institution „Eigentumsordnung“ - Privateigentum in der Wirtschaft - nicht kennt. Die jetzt aktiven Generationen haben im Grunde nie in einer Privatrechtsordnung gelebt. Lediglich die Beziehungen zwischen den Privathaushalten waren privatrechtlich organisiert - Kauf, Familienrecht, Ehescheidung -, nicht aber die Beziehungen der Wirtschaft. Deshalb fehlen auch die Erfahrungen mit einer Koordinationswirtschaft. Diese Erfahrungen müssen erworben werden. Dieser Prozeß ist aber nicht lediglich beschleunigbar. Bis die neuen Erfahrungen erworben sind, sind die Menschen besonders schutzbedürftig. Rechtsordnung und Staat müssen diesen Schutz gewähren.

Fünftens. Für das Funktionieren der Sozialen Marktwirtschaft brauchen wir unabdingbar eine leistungsfähige, marktwirtschaftlich orientierte und schlanke öffentliche Verwaltung. Verwaltung als Dienstleistung, nicht als staatliche Willkür ist gefragt. Dies gilt für die öffentliche Verwaltung in den neuen Bundesländern. Es gilt noch mehr in Osteuropa. In allen sozialistischen Staaten waren die Verwaltungen zentralwirtschaftlich und nicht marktwirtschaftlich ausgerichtet. Mit einer zentralwirtschaftlichen Verwaltung läßt sich eine marktwirtschaftliche Ordnung nicht gestalten. Deshalb muß auch die Verwaltung marktwirtschaftlich reformiert werden.

Unsere Erfahrung zeigt, daß die marktwirtschaftliche Ordnung eben nicht nur eine reine Wirtschaftsveranstaltung ist. Sie muß, wenn sie erfolgreich sein will, alle Institutionen durchdringen - so wie die Informationsträger über die Gene in einem Körper alle Zellen durchdringen. Dies gilt, glaube ich, auch für die Verwaltungen in den alten Bundesländern. Dazu gehört auch, daß sich die staatliche Verwaltung auf hoheitliche Aufgaben beschränken sollte, während alle anderen Aufgaben von privatwirtschaftlich organisierten Institutionen durchgeführt werden können. Hierzu gehören auf jeden Fall die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Reichsbahn, die drei Postunternehmen und die Flugsicherung. Aber auch Ver- und Entsorgung und andere kommunale Einrichtungen können privatwirtschaftlich organisiert und auch finanziert werden.

Sechstens. Wollen wir die Verkehrsprobleme lösen und den drohenden Verkehrsinfarkt verhindern, darf die Verkehrspolitik nicht mehr wie bisher eine abhängige Variable der Organisation der Wirtschaft sein. Beide, Wirtschaft und Verkehr, müssen als sich gegenseitig beeinflussende Variablen miteinander in Verbindung gebracht werden. Gegenwärtig muß der Verkehr den Anforderungen in der Wirtschaft nachkommen - mit der Konsequenz, daß die Wirtschaft beispielsweise die Arbeitszeiten falsch organisiert und hierbei ebenso wie bei der Just-in-time-Zulieferung betriebswirtschaftliche Kosten auf die Allgemeinheit abwälzt. Wir müssen in der Zukunft anstreben, daß die Verkehrspolitik der Wirtschaft und der Gesellschaft mitteilt, welche Kapazitäten sie zu welchen Zeiten und Kosten zur Verfügung stellt. Nach diesen Daten haben sich Wirtschaft und Gesellschaft auszurichten.

Siebtens. Die Politik muß sicherstellen, daß zukünftig alle marktwirtschaftlichen Entscheidungen sowohl der Wettbewerbs- und Sozialdimension als auch der ökologischen Dimension entsprechen. Bei der ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft darf sich die Aufgabe des Staates nicht allein auf Ver- und Gebote beschränken. Vorrangig muß der Staat Regelkreise, also Verfahrensformen der Selbststeuerung, einrichten.

Da es sich bei den ökologischen Ressourcen - anders als bei den Gütern und Dienstleistungen - um individuelle, nicht zuordenbare Gemeinschaftsgüter handelt, gibt es keine von den Individuen im Markt durch den Wettbewerb definierte Knappheit. Daher muß der Staat die Knappheit politisch über Preise definieren. Als Beispiele seien genannt ökologische Fahrtschreiber im Auto, Zertifikate für die Berechtigung, die Natur in Anspruch zu nehmen, sowie Energiesteuern. Die Entwicklung solcher Regelkreise ist ein innovativer Prozeß. An diesem Suchprozeß müssen Wirtschaft und Wissenschaft mitwirken. Der Staat muß dann die so gefundenen Regelkreise befördern. Dann werden schnell entsprechende Regelkreise eingeführt, vor allem dann, wenn Ver- und Gebote die Alternative für die Menschen und die Wirtschaft wären. Daraus wird sich zukünftig eine andere Rolle des Staates herauskristallisieren, als sie in der Sozialen Marktwirtschaft ohne ökologische Funktion bisher definiert worden ist. Wir brauchen sie dringend.

Achtens und letztens. Es ist noch ein weiter Weg, bis die verführerischen Geister des Sozialismus gebannt sein werden, wenn dies überhaupt je möglich sein wird. In den neuen Bundesländern vertrauen die Menschen darauf, daß durch unsere Politik, die Politik der Christlich Demokratischen Union, der Strukturwandel geschaffen wird, die soziale und ökologische Marktwirtschaft ihre Herausforderung bestehen wird.

In den osteuropäischen Ländern und in der ehemaligen UdSSR wird man die Marktwirtschaft aber nicht so schnell verwirklichen können. Deshalb müssen wir jetzt - das ist eine neue Herausforderung für die Marktwirtschaft - ständig darauf achten, von den östlichen planwirtschaftlichen Ideen nicht infiziert zu werden, vor denen uns bisher die europäische Teilung bewahrt hat.

Doch wir müssen ebenfalls vor Gefahren auf der Hut sein, die der Sozialen Marktwirtschaft bei uns selbst und in Europa drohen. Wir müssen darauf achten, daß sozialpolitische Überlegungen und ökonomische Erkenntnisse miteinander im Einklang stehen. Unser Staat darf nicht von einem Vorsorgestaat zu einem Fürsorgestaat werden. Wir brauchen auch die Kraft, in Besitzstände einzugreifen. Wir brauchen diese Kraft, um die Fähigkeit unserer Wirtschaft und der Menschen zum Strukturwandel in ganz Deutschland nicht zu gefährden.

Wirtschaft, das sind vor allem die arbeitenden Menschen, das sind die Unternehmer als Sozialverband, das sind die Bereiche, in denen Arbeit, Kapital und Management zusammenwirken, um im Wettbewerb in einer sozialmarktwirtschaftlichen Ordnung zu Wertschöpfung und Kapitalbildung im Land beizutragen. Entsprechend der modernen Entwicklung unserer Industriegesellschaft gehören deshalb Wirtschaft und Arbeit zusammen. In meinem Hause ist das der Fall. Insofern ist Sachsen beispielgebend. Die traditionelle Aufteilung in Wirtschaft einerseits und Arbeit andererseits - wobei Arbeitsmarktpolitik vielleicht sogar noch als Sozialpolitik mißverstanden wird - sollte der Vergangenheit angehören.

Versuche der Sozialdemokraten, das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz unter dem ökologischen Deckmantel um struktur- und industriepolitische Eingriffsmöglichkeiten zu erweitern, müssen ebenso abgewehrt werden wie entsprechende Versuche vor allem der Franzosen und Italiener, den EG-Vertrag entsprechend zu erweitern. Ähnliches gilt für internationale Handelsbeschränkungen und Versuche, die Unabhängigkeit der Notenbank einzuschränken.

Aber auch die CDU, die Christlich Demokratische Union, muß wieder mehr Einfluß auf die Wirtschaftspolitik nehmen. Es darf nicht so bleiben, daß die Partei Ludwig Erhards lediglich zwei von sechzehn Wirtschaftsministern - plus einen von der CSU - stellt.

(Beifall)

Die Demokratie braucht den unabhängigen Bürger. Unabhängig ist nur, wer wirtschaftlich unabhängig ist. Wirtschaftliche Unabhängigkeit garantiert alleine die Soziale Marktwirtschaft. Kämpfen wir um sie und ihre Fortentwicklung. Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Vielen Dank, Herr Schommer. Ich glaube, es ist gut, daß Sie - nach meiner Einschätzung - so viele brisante Thesen hier vorgetragen haben. Es wird wieder einmal deutlich, daß man sich in the long run einig ist, für den Übergang aber sehr vieles im Sinne von Ausnahmeerscheinungen durchhalten zu müssen glaubt.

Wir wollen nun in die Podiumsdiskussion eintreten. Vorab eine technische Anmerkung. Sie alle haben Wortmeldezettel bekommen. Ich bitte diejenigen, die Diskussionsbeiträge leisten wollen, diese Zettel auszufüllen und hier oben beim Präsidium abzugeben. Von seiten des Präsidiums können wir dann versuchen, eine gewisse Ordnung in die Diskussion hereinzubringen.

Ich will Ihnen nun die Gesprächsteilnehmer kurz vorstellen, die hier oben auf dem Podium sitzen. Ganz links - von Ihnen vom Saal aus gesehen - sitzt Herr Ludwig, der Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Finanzpolitik im Bundeskanzleramt. Neben ihm sitzt Herr Dirschka, der Präsident der Handwerkskammer Leipzig. Ihm folgt Herr Steyer, der Präsident des Landesverbandes der Sächsischen Industrie. Der nächste ist Herr Wissmann, der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Neben Herrn Wissmann sitzt Herr Minister Schommer, der gerade zu Ihnen gesprochen hat. Neben mir sitzt Frau Breuel, die Präsidentin der Treuhandanstalt. Es folgt Tyll Necker, der Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Neben Herrn Necker sitzt Herr Erler, der Beauftragte des DGB-Bundesvorstandes für den Landesbezirk Thüringen.

Gestatten Sie mir noch wenige Anmerkungen, bevor wir in die Diskussion eintreten. Herr Schommer hat gesagt, wir müßten ständig darauf achten, daß wir von Planwirtschaften, die es ja immer noch irgendwo gibt, nicht infiziert würden. Ich glaube, der größte Schutz vor dieser Infizierung ist, daß wir unseren dauerhaften Frieden mit der Unvollkommenheit des Menschen machen und danach unsere Wirtschaft und Gesellschaft organisieren. Jeder, der versucht, auf Erden den Himmel zu organisieren, jeder, der versucht, Menschen zu etwas heranzuzüchten und zu erziehen, was sie nicht sind, nämlich zu vollkommenen Geschöpfen, bringt die Menschen nicht nur um ihre Individualität, sondern auch um die Freiheit und den Wohlstand. Wir müssen uns bewußt sein, daß wir alle immer unvollkommen bleiben werden, egal in welcher Funktion wir sind. Wenn man dies wirklich verinnerlicht hat, gibt es einen gewissen Schutz vor Infizierung durch Leute, die einen mit Utopien überfallen wollen. Dies bedeutet allerdings eine relativ bescheidene Vorstellung von dem, was wir hier auf Erden zustande bringen können. Frieden mit der Unvollkommenheit des Menschen zu machen bedeutet auch die Erkenntnis, daß wir immer nur unvollkommene Antworten geben werden. Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die so angelegt ist, daß sie mit den Menschen funktioniert, die in ihr leben, muß auch immer wieder auf neue Fragen Antworten suchen oder sich unter veränderten Bedingungen neu begründen lassen. Ich glaube aber tatsächlich, das dauerhafte Friedenmachen mit der Unvollkommenheit und das Akzeptieren dieser Unvollkommenheit fördert Kompromisse, bewahrt vor totalitären Ansprüchen und ist die Chance, nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern auch in der Gesellschaft viel für eine freiheitliche Ordnung zu tun.

Mehr will ich zur Einführung in die Diskussion nicht sagen. Herr Necker, ich möchte Sie fragen: Steht die Soziale Marktwirtschaft tatsächlich, wie Herr Schommer es geschildert hat, vor neuen Herausforderungen, oder sind es nicht vielmehr die alten Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert ist?

**Dr. h.c. Tyll Necker:** Die offenen Gegner der Sozialen Marktwirtschaft sind weitgehend auf der Strecke geblieben. Die größten Herausforderungen und Gefahren für die Soziale Marktwirtschaft gehen, wie ich glaube, von den wohlmeinenden Menschen aus, die die Marktwirtschaft aber nicht verstanden haben und bereit sind, sie zu überfordern. Wir sollten nicht vergessen, daß die Marktwirtschaft in den 70er Jahren und Anfang der 80er Jahre bei uns überfordert war, was sehr negative Auswirkungen für uns alle hatte.

Wir müssen, wie ich meine, erkennen, daß gute Wirtschaftspolitik der wichtigste Produktionsfaktor überhaupt ist. Marktwirtschaft als Produktionsfaktor ist wichtiger als Arbeit, Kapital und alles andere. Das kann man nirgendwo so gut studieren wie gerade hier in den neuen Bundesländern, wo gute Menschen durch schlechte Politik zu einem schlechten Ergebnis gekommen sind. Man kann es aber auch in der Sowjetunion sehr gut studieren, einem Land mit immensen Rohstoff- und Energiereserven, das seine eigenen Bürger noch nicht einmal anständig ernähren kann.

Ich glaube, daß es eine sehr große Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft sein wird, deutlich zu machen, daß es viel leichter ist, Geld auszugeben, als Geld zu verdienen. Es gibt auch in der CDU Kräfte, die - was auch verständlich ist - an der Verteilung von Geld mehr Freude als an der Erwirtschaftung von Geld haben. Man muß rechtzeitig und nachdrücklich davor warnen, die falschen Prioritäten zu setzen. Es kann nur das verteilt werden, was vorher erwirtschaftet worden ist.

Lassen Sie mich ganz kurz auf eine andere Fehlentwicklung hinweisen, die nach wie vor in vielen Köpfen Platz greift. Sozialisten glauben, daß man Wohlstand verordnen könne. Man kann Wohlstand natürlich nur erarbeiten. Wenn Politik, wenn Staatsmacht Wohlstand verordnen will, so endet es immer nur in der Selbstbedienung der Mächtigen zu Lasten der Bürger. Ich kann von daher nur dringend davor warnen, zu glauben, daß man per Politik sagen kann, wie schnell ein Land reich werden sollte oder müßte. Dieses wird nicht gelingen. Es ist nur durch eigene Arbeit und eigene Aufbauleistung möglich, zu Wohlstand zu gelangen.

Wir glauben in der Sozialen Marktwirtschaft an die schöpferischen Fähigkeiten der Menschen und an ihre Eigeninitiative. Wir müssen aber auch sehen, daß jeweils Zeit und Geduld notwendig sind. Auch die Marktwirtschaft kann keine Wunder über Nacht bewirken. Sie kann Chancen eröffnen, nicht aber plötzlich die Welt verändern.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Vielen Dank, Herr Necker. Frau Breuel, sind Sie mit Ihrer Treuhandanstalt eine Art Fremdkörper in der in den östlichen Bundesländern aufkommenden Marktwirtschaft? Herr Schommer hat sogar Anlaß gegeben, über die Frage zu diskutieren: Gibt es Änderungsbedarf, was die derzeitige Aufgabenstellung der Treuhandanstalt angeht?

**Birgit Breuel:** Ich denke, daß die Treuhandanstalt den Auftrag hat, auch ein Wegbereiter für die Soziale Marktwirtschaft zu sein, und daß sie diesen Auftrag auch nach bestem Wissen und Gewissen erfüllt. Herr Schommer hat eben den Bogen vom gegenwärtigen Zustand und den Aufgaben, die in der Übergangszeit erfüllt werden müssen, bis hin zu der Umsetzung des Systems der Sozialen Marktwirtschaft geschlagen. Dieses System könnte in den neuen Bundesländern vielleicht sogar besser werden als manches, was wir in der alten Bundesrepublik in den letzten Jahren

erlebt haben. Frau Thoben, ich glaube nicht, daß der Aufgabenkatalog der Treuhandanstalt zu ändern wäre. Der Gesetzgeber hat den Auftrag, wie ich finde, intelligent, flexibel und in solcher Weise gefaßt, daß im Rahmen dieses Auftrages alles erledigt werden kann.

Vielleicht sollte ich einige Worte dazu sagen, wie es angefangen hat, damit Sie verstehen, warum wir eine gewisse Übergangszeit brauchen und in den neuen Bundesländern noch nicht die Idealform von Sozialer Marktwirtschaft haben können. Als ich vor gut einem Jahr in den Vorstand der Treuhandanstalt bestellt wurde, hat Herr Rohwedder zu mir gesagt: Frau Breuel, Sie sind jetzt für etwa 6000 Firmen, 30000 Einzelhandelsläden, Hotels, Gaststätten, Apotheken, Kinos, Buchhandlungen, die ganze Kommunalisierung und einiges andere mehr verantwortlich. Sie haben keine Liste dieser Firmen und sonstigen Einrichtungen. Sie haben keinen Mitarbeiter. Sie haben kein Konzept. Sie haben kein Büro. Sie haben keine Technik. Sie haben einen Sack voller Post. Fangen Sie an zu arbeiten! - So war der Beginn, wie ich glaube, für uns alle, die wir in diesem Bereich Verantwortung übernommen haben. Es ist, wie ich meine, klar, daß man in dieser schwierigen Phase erst einmal mit Instrumenten wie z. B. Liquiditätsbürgschaften arbeiten muß, um nicht fast alle Firmen in den Abgrund zu stoßen, um also zu vermeiden, daß 99 % der Firmen ihre Existenz verlieren. Frau Thoben, die Frage ist nur: Wie schnell können wir diese Phase überstehen? Wird die Politik die Kraft haben, zu sagen: Diese Phase des Übergangs muß sozusagen degressiv finanziert und befristet sein, damit wir nicht Gefahr laufen, Strukturkonservierung zu betreiben, sondern den Strukturwandel voranbringen? Genau dies ist eine der schwierigen Entscheidungen, über die wir intensiv zu diskutieren haben werden.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Vielen Dank, Frau Breuel. Nun besteht aber die Sorge, daß bei diesem Prozeß - auch wenn dies von der Treuhandanstalt nicht gewollt ist - zu viele Branchen, insbesondere industrielle Branchen, ganz verschwinden. Herr Dr. Steyer!

**Dr. Claus Steyer:** Das ist natürlich in der Tat das Problem. Wir bemühen uns hier im Landesverband Sachsen und darüber hinaus gemeinsam mit dem BDI darum, daß eben dies nicht geschieht. Denken wir etwa an Strukturen, wie sie im Erzgebirge gegeben sind. Wenn in einem Ort wie Schwarzenberg oder Scharfenstein nur ein wirklicher Industriebetrieb vorhanden ist und dieser noch dazu in einer Branche tätig ist, die sowieso unter hartem Konkurrenzdruck steht, dann besteht natürlich die Gefahr, daß dieser Betrieb dann, wenn nicht die Hilfestellung und die Wegbereitung seitens der Treuhand gegeben sind, nicht mehr existenzfähig ist. Das Problem ist, daß von diesem Betrieb in erheblichem Umfang industriennahe Dienstleistungen abhängen. Es darf also nicht nur der einzelne Betrieb betrachtet werden, sondern es muß jeweils auch das gesamte Umfeld betrachtet werden.

Der Faktor Zeit wurde hier bereits angesprochen. Ich glaube, der Zeitfaktor ist im Moment das Wichtigste, was wir subtil zu betrachten haben. Es geht darum, die Produktinnovation und die Technologieinnovation, die sehr teuer ist, wenn man konkurrenzfähig sein will, zu realisieren. Am kompliziertesten und teuersten wird es jedoch sein, die Marktinnovation zu schaffen. Dafür benötigt man noch viel mehr Zeit. Es dauert lange, bis man sich am Markt einen Namen gemacht hat und vom Markt akzeptiert wird.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Vielen Dank, Herr Steyer. Teilt Herr Dr. Ludewig aus dem Kanzleramt diese Einschätzung?

**Dr. Johannes Ludewig:** Hinsichtlich der Schwierigkeiten sind wir, wie ich glaube, einer Meinung. Ich möchte auf etwas hinweisen, was mir ein gewisses Kopfzerbre-

chen bereitet. Es geht um das Verständnis dafür, daß wir mit der gesamten Politik zur Angleichung der Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern an diejenigen in den alten Bundesländern im Grunde genommen auf einem sehr schmalen Grat entlanggehen. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich im letzten Jahr mit ungefähr 4,5 Prozent des Bruttosozialproduktes neu verschuldet. Was dies bedeutet, sehen Sie daran, daß wir uns mit einer solchen jährlichen Neuverschuldung im Moment nicht einmal für die gerade in Maastricht beschlossene Währungsunion qualifizieren, denn in Maastricht wurde die Grenze bei drei Prozent gezogen. Das heißt, wir haben die Möglichkeiten finanzieller Art über das Normale hinaus ausgeschöpft.

Für mich ergibt sich daraus die Schlußfolgerung, daß wir mehr als bisher darüber nachdenken müssen, ob wir im Blick auf die Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, um die uns gestellte Aufgabe zu lösen, die Prioritäten wirklich richtig setzen, ob wir nicht von alten Dingen Abschied nehmen und uns überlegen müssen, was ist jetzt eigentlich wichtig, und was ist unwichtig? Ich will Ihnen einmal ein Beispiel konkreter Art dafür nennen, daß dies bei uns noch nicht funktioniert. Schauen wir uns einmal die Grundbuchämter in den neuen Ländern an, die zentrale Bedeutung für Investitionen und alles, was damit zusammenhängt, haben. Bei den Grundbuchämtern liegen 700 000 unbearbeitete Anträge. Solche Anträge werden im Westen Deutschlands üblicherweise von Rechtspflegern bearbeitet. Von diesen gibt es, soweit ich informiert bin, 10 000 bis 12 000. Einige davon sind jetzt in die neuen Länder gegangen. Für mein Gefühl sind es aber viel zu wenige. Wir brauchten 1 000 Rechtspfleger, die von West nach Ost in Marsch gesetzt werden und in den neuen Ländern für begrenzte Zeit arbeiten, um das erwähnte zentrale Problem für die Investitionstätigkeit in den neuen Ländern zu lösen.

Zur Zeit stehen wir vor dem Ergebnis: Es klappt nicht. Es ist in Zusammenarbeit mit den alten Ländern nicht möglich, eine genügende Zahl von Leuten von West nach Ost in Marsch zu setzen, um dieses zentrale Problem für die Investitionstätigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den neuen Ländern in einer relativ kurzen Frist zu lösen. Das ist für mich symptomatisch, daß der Prozeß des Umdenkens in den Köpfen vieler Leute noch nicht ausreichend weit gediehen ist. Der Bundeskanzler hat es gestern so formuliert: Die deutsche Einheit ist nicht eine Geschichte, bei der wir gewissermaßen den Atem angehalten haben, bei der wir danach alle gefeiert haben und dann im Grunde genommen so weitermachen wie bisher. Dies ist meine größte Sorge. Im Westen Deutschlands wird nach meinem Eindruck in weiten Bereichen weitergemacht wie bisher. Wenn ich durch die Stadt Bonn gehe, wo ich wohne, stelle ich fest, daß dort die Plätze neu gepflastert und Straßen erneuert werden. Sie könnten aber genausogut weitere zehn Jahre so bleiben, wie sie vorher waren. Das Geld brauchen wir im Moment ganz woanders.

(Beifall)

Das zentrale Problem ist, daß diejenigen, die in den Ländern und in den Kommunen - sicherlich gilt dies auch teilweise für den Bund - Verantwortung tragen, zwar alle sagen: Wir sehen dies so und wir tun auch etwas!, daß aber in der Praxis viel zu wenig funktioniert. Das ist meine größte Sorge. An der Lösung dieses Problems muß man arbeiten. Dazu trägt sicher auch dieser Parteitag bei. Ich sage Ihnen aber ganz offen: Ich habe doch eine gewisse Sorge, ob wir die Dinge in der geringen Zeit, die uns zur Verfügung steht, wirklich auf die Reihe bekommen.

Lassen Sie mich noch ein Beispiel anführen, um zu verdeutlichen, wie schwierig die Abwägung im Einzelfall ist. Wir haben neulich entschieden, die Regelung beim Altersübergangsgeld zu verlängern. Die Regelung sollte Ende dieses Jahres auslau-

fen. Sie wird nun um ein halbes Jahr verlängert. Diese Maßnahme kostet unter Berücksichtigung der Auswirkungen in den nächsten Jahren gut eine Milliarde DM. Angesichts dessen stellen sich praktische Fragen wie diese: Geben wir diese Milliarde nun für das Altersübergangsgeld aus und erleichtern damit kurzfristig die Situation auf dem Arbeitsmarkt, oder geben wir die Milliarde aus, um zusätzliche Investitionen zu stimulieren? Dies sind praktische Abwägungen, die in der Politik auch eine zentrale Rolle spielen und oft sehr schwierig sind. Es gibt noch eine Reihe weiterer Fragen, die in diesem Zusammenhang zu nennen wären. Ich will sie hier nicht alle aufzählen.

Nun noch einmal kurz zurück zu dem zentralen Problem. Persönlich glaube ich nach wie vor, daß die Prioritäten nicht richtig gesetzt werden und daß in dieser Hinsicht der größte Nachholbedarf besteht. Wenn wir dieses Problem innerhalb der nächsten zwölf Monate nicht lösen, so kann daraus meines Erachtens etwas resultieren, was uns am gefährlichsten werden könnte. Alle anderen Probleme kann man, wie ich glaube, in dieser oder jener Weise vernünftig lösen. Wenn aber die Prioritäten nicht stimmen, werden wir es zusammen nicht packen.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Vielen Dank. Herr Dirschka, leidet auch das Handwerk als Hoffnungsträger in den neuen Bundesländern unter falscher Prioritätensetzung, oder gibt es in dieser Hinsicht keinerlei Probleme und alles befindet sich im Boom?

**Joachim Dirschka:** Gut bestellt ist es natürlich nicht um alles. Das liegt in der Natur der Sache. Das Handwerk hat vielleicht zuallererst den Sprung geschafft. Das muß man eingestehen, wenn man die Meinungsbildung seit einem halben Jahr bis zum heutigen Tag betrachtet. Wir können diese Entwicklung mittlerweile auch belegen. Konjunkturumfragen bestätigen, daß die Trendentwicklung eindeutig positiv ist. Ich möchte dennoch sagen, daß das Handwerk nach wie vor mit vielen Problemen behaftet ist, mit Problemen, die uns allen Sorgen machen. Wir bauen den Mittelstand, von dem das Handwerk nur ein Teil ist, ja erst wieder auf. Der Mittelstand war bei uns zerschlagen worden. Probleme ergeben sich im Bereich der Eigentumsfragen, bei Mieten und Pachten, angesichts des Desasters in der Verwaltung und auch auf Grund des Verhältnisses von Ost und West. Heute wird hier sicherlich Gelegenheit gegeben sein, auf Themen wie diese noch im Detail einzugehen. Insgesamt möchte ich die Lage im Handwerk aber durchaus als positiv betrachten, wobei die Lage - dies sei einschränkend gesagt - regional allerdings durchaus unterschiedlich ist.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Sie haben ein recht positives Bild gezeichnet. Herr Erler, durch den massiven Strukturwandel geht außer Arbeitsplätzen in bestimmten Betrieben auch die eine oder andere Einrichtung, an die sich die Menschen gewöhnt hatten und die in der früheren DDR zusammen mit dem Arbeitsplatz angeboten wurde, verloren. Haben Sie im Blick auf diese Situation eine Antwort parat, wobei ich natürlich nicht an die Antwort denke: Man muß das alles erhalten?

**Wolfgang Erler:** Frau Thoben! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Problematik, vor der wir stehen, ist viel tiefgreifender, als wir alle meinen. Das Problem, die Soziale Marktwirtschaft in den fünf neuen Bundesländern einzuführen, ist ein psychologisches Problem. Es stellt sich das Problem des Lernens und des Umgehens mit den neuen Gegebenheiten. In der früheren DDR war es so, daß der Staat, der Betrieb oder die Gesellschaft für den Bürger alles getan haben. Jetzt wird der Bürger plötzlich in die Situation hineingeführt, daß er selbst etwas tun muß, daß er selbst reagieren muß. Probleme dieser Art stellen sich sicherlich auch im Handwerksbereich, den mein Vorredner gerade angesprochen hat. Die Devise kann nicht lauten, darauf zu warten, daß Aufträge erteilt werden. Es muß vielmehr Initiative entfaltet werden, um Aufträge hereinzuholen.

Frau Thoben, nun zu der Frage, die Sie angesprochen haben. Wenn man das gesellschaftliche Umfeld der Menschen in den fünf neuen Bundesländern rückwirkend betrachtet, stellt man fest, daß viel im Betrieb stattfand. Die gesellschaftliche Keimzelle war der Betrieb. Es gab dort viele Vereine, Organisationen und auch Kinderkrippen. All das ist aufgegeben worden. Die Menschen müssen sich nun neu zurechtfinden. Wir haben bei unseren Überlegungen die Meinungsbildung nicht abschließen können. Man kann dies wohl auch nicht tun. Wenn ich mir aber den Leitantrag dieses Bundesparteitages, der darauf ausgerichtet ist, tiefer in die Diskussion einzusteigen, und auch einige andere Anträge betrachte, stelle ich mir die Frage: Was haben wir den Menschen auf der einen Seite weggenommen, und was fordern wir auf der anderen Seite? In den Anträgen ist teilweise zu lesen, daß eine familienpolitische Ausrichtung dahin gehend erfolgen soll, daß der Arbeitsplatz für Frauen familienbezogener gestaltet werden soll. Die Einrichtung von Kinderkrippen ist in der Diskussion und wird auch in Anträgen gefordert. Es gab in der früheren DDR Kinderkrippen. Man kann sicherlich darüber streiten, welchen Zuschnitt diese Kinderkrippen hatten. Man muß sich aber darüber Gedanken machen, ob es nicht notwendig gewesen wäre, zumindest über den Erhalt dieser Kinderkrippen nachzudenken und sie sozusagen nicht einfach wegzuschieben. Es gäbe noch viele Punkte, auf die man in gleichem Sinne zu sprechen kommen könnte.

Frau Thoben, lassen Sie mich nun unabhängig von Ihrer Frage, die Sie an mich gerichtet haben, auf einen Punkt eingehen. Wenn wir wirklich - ich hoffe, ich habe Sie falsch verstanden, Herr Necker - auf die Philosophie eingehen würden, daß Beitragszahler erst dann einen Anspruch hätten, wenn sie Beiträge leisteten, hätten wir in den fünf neuen Bundesländern das Chaos. In diesen Ländern wäre ein Chaos dann vorprogrammiert. Keiner der Menschen dort hat Beiträge an die Arbeitslosenversicherung und an die Sozialversicherung gezahlt, weil diese Versicherungen einfach nicht bestanden. Deshalb ist es Aufgabe des Staates, Aufgabe der Solidargemeinschaft, auf die wir stolz sind, zu sagen: Wir stellen Gelder zur Verfügung, um diese Menschen sozial abzusichern.

Ein weiterer Punkt, der äußerst wichtig ist und im Sinne eines Impulses betrachtet werden sollte, sind die Finanzierungen über das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost. Die Überlegungen hinsichtlich des zeitlichen Rahmens können noch nicht abgeschlossen sein. Dieses Gemeinschaftswerk eröffnet den Kommunen erstmalig Möglichkeiten im Rahmen ihrer neu gebildeten Strukturen. Vorhin ist hier deutlich angesprochen worden, daß es überall neue Strukturen gibt: bei den Arbeitsämtern, in den Verwaltungen, in den kommunalen Wahlgremien, in den Parlamenten usw. Alle müssen sich mit diesen neuen Strukturen auseinandersetzen. Von daher können wir nicht erwarten, daß das, was wir im Westen jahrelang kennen und jahrelang denken, in den neuen Bundesländern sofort verstanden wird. Dies gilt auch im Blick auf die Soziale Marktwirtschaft.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Herr Wissmann, überfordern wir die Menschen in den neuen Bundesländern?

**Matthias Wissmann:** Ich glaube, daß die Damen und Herren auf dem Podium und im Saal, die aus den ostdeutschen Bundesländern kommen, besser als wir Westdeutsche wissen, daß wir von den Menschen in den ostdeutschen Bundesländern einen Umstellungsprozeß in einer Kürze und Härte erwarten, wie wir ihn in den westdeutschen Bundesländern nicht haben erfahren müssen. Dabei befinden wir uns natürlich auch ständig an der Grenze der Überforderung. Ich teile die Meinung, die hier von Herrn Ludwig geäußert wurde: Im Westen ducken wir uns weitgehend in der Nische



der Wohlstandsgesellschaft und glauben, wir könnten alle Zuwächse und alle Wohlstandsansprüche so weiterentwickeln, wie wir es in den letzten 40 Jahren zu tun gewohnt waren. Insofern würde ich sagen: Wir gehen bei den Menschen in den ostdeutschen Bundesländern an die Grenze der Überforderung. Im Westen verlangen wir von den Menschen hingegen zu wenig Umdenken, wenn es um die Einstellung zu der großen wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitischen Herausforderung geht.

(Beifall)

Wir sagen den Menschen im Westen noch zu häufig, es könne alles so weitergehen wie bisher, es ginge mehr um Verteilung als um Erwirtschaftung des gesamtdeutschen Bruttosozialprodukts.

Lassen Sie mich unter dieser Prämisse zwei oder drei Streitfragen aufgreifen, denn ich meine, wir brauchen in diesem Forum auch etwas an lebendiger Kontroverse. Die Themen leiten sich im Grunde genommen aus den Stellungnahmen der Podiumsteilnehmer ab.

Wir alle wissen, daß wir in den neuen Bundesländern zur Zeit eine ausgesprochen doppelgesichtige Wirtschaftssituation haben. Auf der einen Seite registrieren wir einen beginnenden Boom im Handwerk, beim Bau und bei Handel und Dienstleistungen, und auf der anderen Seite gibt es eine anhaltende schwere Umstrukturierungskrise in weiten Teilen der Industrie. Davon hat Herr Steyer mit Blick auf Sachsen gesprochen. Es besteht in einer solch schwierigen Situation, die wahrscheinlich auch noch einige Zeit anhalten wird und in den kommenden Monaten auch auf dem Arbeitsmarkt erhebliche Auswirkungen haben wird, jetzt natürlich - auch in Bonn - die Gefahr, daß wir den Kompaß verlieren. Es gibt - insbesondere seitens der Sozialdemokraten - bereits Forderungen, die besagen: Jetzt müssen wir all die großen Gesetze, die wir verabschiedet haben, ändern. Dabei wird an das Gesetz über die Treuhandanstalt gedacht und ebenso an die Regelungen betreffend die Entschädigungsfragen. Ich will hier ganz klar sagen: Ich halte es für einen großen Fehler, wenn wir jetzt erneut an den großen Gesetzen herumdoktern. Das würde nur neuen Attentismus schüren.

(Beifall)

Ich bin der Meinung, daß wir die Flexibilität dieser Gesetze - etwa des Treuhandgesetzes - nutzen sollten, nicht aber neue Abwartehaltungen schüren sollten, indem wir etwa darüber diskutieren, ob wir ganze Unternehmen aus dem Bereich der Treuhand ausgliedern sollen, ob wir den Auftrag für die Treuhand neu formulieren sollen usw.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen. Ich glaube, daß wir eine Reihe von Instrumenten, die wir haben, bisher nicht genügend nutzen. Ich nenne als Stichwort die regionale Strukturpolitik. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, des Sonderprogramms Aufschwung Ost und des EG-Regionalfonds stehen in den nächsten Jahren 20,4 Milliarden DM für regionale Strukturpolitik in den neuen Bundesländern zur Verfügung. Wenn unsere Kollegen aus den ostdeutschen Bundesländern sagen, wir müßten den Umstrukturierungsprozeß in den neuen Bundesländern an den kritischen Stellen, wo die Industrie zum Teil zusammenbricht, abfedern, dann ist das von mir gerade genannte Instrumentarium das beste Mittel zur Strukturerneuerung. Es geht um Strukturerneuerung, nicht um Strukturkonservierung. Ich behaupte: Es ist bisher keine kohärente Strategie für die regionale Strukturpolitik zwischen Ländern, Kommunen und auch dem Bund erarbeitet worden. Auch der Bundeswirtschaftsminister hat bisher keine klare und überzeugende Antwort in den Planungsausschuß eingebracht. Wir sollten dieses Instrument, das ein zutiefst marktwirtschaftliches Instrument ist, nutzen und nicht nach planwirtschaftlichen interventionistischen Instrumenten rufen.

Als letzten Punkt möchte ich die Vermögens- und Entschädigungsfragen ansprechen, die vorhin zu Recht erwähnt worden sind. Die letzten verfügbaren Zahlen sind diese: etwa drei Millionen angemeldete offene Vermögenswerte, 2 000 Mitarbeiter bei den Vermögensämtern in den neuen Bundesländern. Daß in diesem Bereich ein riesiger Engpaß besteht, weiß jeder hier im Saal, der sich mit diesen Fragen beschäftigt. Mein persönlicher Eindruck ist, daß wir das Problem durch weitere große Beamtentransfers nicht lösen werden. Es wurde zu Recht gesagt: Wir werden nicht erreichen, daß so viele Rechtspfleger in die neuen Bundesländern kommen, wie dort benötigt werden. Gleiches gilt für die Vermessungsingenieure. Ich frage mich: Warum könnte eigentlich nicht, angeregt durch CDU-Kommunalpolitiker, in jeder mittleren westdeutschen Stadt und Gemeinde eine Initiative auf den Weg gebracht werden, die darauf abzielt, daß jedes Grundbuchamt in den alten Bundesländern für 12 oder 24 Monate ein bestimmtes Kontingent von Verwaltungsaufgaben einer Partnerstadt in den neuen Bundesländern übernimmt?

(Beifall)

Ich glaube nicht, daß wir das Personal, das wir in den neuen Bundesländern brauchen, herüberbringen - es sei denn, wir wendeten Zwang an. Ich könnte mir aber sehr wohl vorstellen, daß manche westdeutsche Verwaltung eine neue Herausforderung ganz gut brauchen könnte. Mein Eindruck ist, daß besonders in den Ländern und Gemeinden - sicherlich ist auch im Bereich des Bundes noch manches zu tun - im wesentlichen so weitergewirtschaftet wird wie vor der Wiedervereinigung. Dies zu ändern wäre eigentlich eine Aufgabe für uns gemeinsam in der CDU.

(Beifall)

**Dr. Kajo Schommer:** Ich möchte kurz eine Anmerkung zur Sache machen. Sie sprechen davon, wir müßten sehen, daß wir das Personal herüberbringen, damit drüben die Aufgaben erfüllt werden könnten. Sachsen ist eines von 16 Bundesländern. Wir sagen schließlich auch nicht: Herunter zu Ihnen oder sonstwohin. - Nomen est omen. Sie sollten über die Wortwahl ein bißchen nachdenken. Es geht dabei um die innere Einheit im Kopf.

(Beifall - Matthias Wissmann: Ich akzeptiere das!)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Die Delegierten hier im Saal machen reichlich von der Möglichkeit Gebrauch, sich zu Wort zu melden. Es ist aber auch eine Reihe von Gästen im Saale. Selbstverständlich sind auch die Gäste eingeladen, an der Diskussion teilzunehmen. Für die Delegierten gibt es weiße Wortmeldezettel, für die Gäste gelbe Wortmeldezettel. Die Gäste haben diese Wortmeldezettel bei ihren Tagungsunterlagen nicht finden können. Sie können die Wortmeldezettel hier oben beim Präsidium bekommen.

Wir treten nunmehr in die allgemeine Aussprache ein. Zum Thema „Treuhandanstalt“ liegt eine Reihe von Wortmeldungen vor. Als erster hat Herr Haschke vom Landesverband Thüringen das Wort. Er will zur Rolle der Treuhandanstalt bei den wirtschaftlichen Umstrukturierungen sprechen.

**Udo Haschke:** Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Freunde! Gestatten Sie mir eine etwas banal anmutende Vorbemerkung. In zwei deutschen Staaten gab es selbstverständlich alles doppelt. Es gab zwei Regierungen. Es gab selbstverständlich für jeden Industriesektor Unternehmen. Eine der Regierungen wurde, wie ich glaube, zu Recht in die Wüste geschickt. Wir haben nun aber keine Entscheidung in dem Sinne getroffen, daß jedes Bundesministerium zehn oder wieviel Mitarbeiter auch immer mehr bekommt, die die durch den Beitritt der neuen Bundesländer anfallende Arbeit

zu erledigen haben. Wir haben uns vielmehr für folgendes entschieden: Es wird gesamtdeutsche Wahlen geben. Die Ostdeutschen werden gleichberechtigt im Parlament sitzen. Die Ostdeutschen stellen - auch das ist selbstverständlich - zur Zeit zwei Minister, einige Parlamentarische Staatssekretäre und einige Ausschußvorsitzende im Deutschen Bundestag.

Auch in der Industrie und in der Forschung gab es alles doppelt. In diesem Bereich soll das, was ich mit Blick auf die politische Ebene schilderte, nun aber nicht gelten. Offensichtlich soll es so sein, daß Industrieunternehmen, die eigentlich etwas Vernünftiges geleistet haben - wenn man die Bedingungen des Diktats aus dem Hause Mittag berücksichtigt, muß man sagen, daß diese Unternehmen im Interesse der Menschen, im Interesse der Versorgung usw. durchaus beachtliche Leistungen erbracht haben -, plötzlich überflüssig werden sollen, weil natürlich dieses und jenes Großunternehmen in Schleswig-Holstein oder in Bayern die paar Versorgungsleistungen für Thüringen, Sachsen oder auch Sachsen-Anhalt bequem miterledigen kann. Notfalls werden, um dies zu erreichen, ein paar Überstunden in den alten Bundesländern gefahren.

Innerlich wird man sich sagen: Die drei Millionen Menschen, die auf die Straße gehen, jucken uns nicht. Ich erinnere hier an das, was Norbert Blüm gestern gesagt hat: Wenn hier drei Millionen Menschen auf die Straße gehen, dann ist das so, als ob in den alten Bundesländern zehn Millionen Menschen auf die Straße gingen. Diese drei Millionen sind also nicht mit den paar tausend Menschen aus dem Steinkohlebereich, die auf die Straße gehen, vergleichbar. Ich bitte um Entschuldigung für dieses Beispiel; ich habe für diese Menschen natürlich viel Verständnis. An Hand dieses Vergleichs wollte ich Ihnen lediglich die Größenverhältnisse verdeutlichen.

Es kann doch nicht sein, daß es uns einfach nicht juckt, wenn drei Millionen Menschen auf die Straße gehen. Es kann doch nicht sein, daß große Unternehmen aus den alten Bundesländern ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu den neuen Bundesländern vor allen Dingen so verstehen, daß sie dort Betriebe aufkaufen, Tochtergesellschaften gründen, höchst labile wirtschaftliche Einheiten schaffen, die im Bedarfsfall - bei absinkender Konjunktur - ganz schnell zurückgefahren werden. Ich möchte hier das Beispiel einer kleinen Erfurter Schuhfabrik nennen, die gute Produkte herstellt und sich sehr bemüht hat, auf den Markt zu kommen. Sie darf nun im Dienste einer größeren Schuhfirma, die auf dem Markt eine führende Stellung hat - ich erspare es mir selbstverständlich, den Namen zu nennen -, die Produktion der vom Bund unterstützten Exporte in die Sowjetunion als Lohnarbeit ausführen. Während die große Firma die entsprechenden Subventionen erhält, darf die kleine Erfurter Firma ihre Arbeiten auf einem Lohnniveau ausführen, das dem vergleichbar ist, auf dem eine große deutsche Automobilfirma in Südafrika die Ledersitze produzieren läßt. So sind die Verhältnisse. Dies können wir ja wohl nicht hinnehmen.

Gestatten Sie mir, daß ich jetzt direkt folgendes sage. Für Frau Breuel ist das nichts Neues, denn wir sitzen oft miteinander am Tisch. Lieber Matthias Wissmann, wir wollen wirklich kein neues Treuhandgesetz. Im Treuhandgesetz steht in § 2 Abs. 6, daß die Treuhand dafür verantwortlich ist und dafür zu sorgen hat, daß es in den neuen Bundesländern Unternehmen gibt, die auf dem Markt konkurrenzfähig sind. Es gibt weiterhin die gemeinsame Vereinbarung vom März 1991, in der die Treuhandanstalt als Dienstleistungseinrichtung zur Schaffung einer gesunden wirtschaftlichen Struktur definiert wird, als Einrichtung im Dienste des Bundes und der Länder, vor allen Dingen im Dienste der Länder. Von einer gesunden wirtschaftlichen Struktur kann jedoch nicht die Rede sein, wenn Großunternehmen aus den alten Bundesländern in den neuen Bundesländern lediglich Tochtergesellschaften gründen.

Ich nenne zwei Beispiele. Wir müssen ausgliedern. Selbstverständlich kann die Treuhandanstalt nicht Betriebe sanieren. Darauf ist sie nicht ausgerichtet. Darüber waren wir uns mit Frau Breuel absolut einig. Wir müssen einigen Unternehmen Hilfe zur Strukturanpassung geben, von denen wir wissen, daß sie in absehbarer Zeit marktfähig sind. Dafür müssen nicht nur Mittel nach dem Gießkannenprinzip zur Verfügung gestellt werden, sondern wir brauchen auch erfahrene und engagierte Leute, die sagen: Jawohl, ich möchte hier vor Ort etwas tun. Ich bin sehr dankbar, daß mein Parteifreund Lothar Späth hier sitzt, der gesagt hat: Jawohl, in Jena werde ich etwas tun. In Jena klappt es jetzt. Dort wird nicht irgendwo am grünen Tisch entschieden, sondern dort hat einer sein persönliches Schicksal mit dem Schicksal einer Region in Verbindung gebracht und gesagt: Hier stehe ich und hier tue ich etwas, oder ich falle mit der Region. Das ist die Methode, die wir uns wünschen müssen. Wir sollten uns also nicht an dem ausrichten, was ein bekannter Politiker neulich einmal sagte: Wenn sie mich zu sehr ärgern, gehe ich wieder heim. Für uns ist nämlich Thüringen, Sachsen usw. das Zuhause.

Wir müssen, wie gesagt, einige Betriebe ausgliedern. Wir brauchen dafür erfahrene Sanierer. Wir brauchen dafür gezielt eingesetztes Geld, also nicht nach dem Gießkannenprinzip eingesetztes Geld, nicht Subventionen für alle. Einige Betriebe haben wir auch bereits benannt. Ich bin, ehrlich gesagt, ziemlich sauer, Frau Breuel, daß jetzt schon wieder - anders als es unsere Abmachungen beim Bundeskanzler vor 14 Tagen vorsehen - andere Wege beschritten werden. Ich nenne als Beispiele ELBO und Waggonbau. Es kann nicht wahr sein, daß unsere Bauunternehmen auf Handwerkerkerniveau, auf das Niveau der Strukturen kleiner und mittelständischer Unternehmen zurückgestuft werden und die großen Unternehmen, deren Namen man an jeder Großbaustelle in Bonn, mittlerweile aber auch in Berlin und Leipzig liest, die einzigen sind, die Großaufträge erhalten. Wir haben gesehen, daß im Falle der Wohnungsbauten für die Sowjetunion, die von uns bezahlt werden, die großen Happen an die großen Firmen gingen und unsere Firmen in gewisser Weise weniger gut bezahlte Trittbrettfahrer wurden. So darf es nicht sein. Ich glaube, dies widerspricht auch all dem, was in diesen Tagen auf diesem Parteitag gesagt wurde. Das Motto dieses Parteitages lautet nämlich: Gemeinsam gestalten wir Deutschlands Zukunft in Freiheit, nicht aber: Wir gestalten für euch Deutschlands Zukunft in Freiheit.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Herr Martin Schmidt hat sich zum selben Thema gemeldet. Er hat jetzt das Wort.

**Martin Schmidt:** Ich komme aus Rostock, also aus dem CDU-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Auch ich möchte das Problem der ELBO ansprechen. In unserer Region kommen allerdings noch die DMS und der gesamte Bereich der Schifffahrt hinzu. Eine ganze Region geht, salopp formuliert, baden. Wir als CDU in Rostock möchten, daß wir bei der nächsten Wahl ebensoviel Stimmen bekommen wie bei der letzten Bundestagswahl, nämlich mehr als 30 Prozent. Wir können es nicht zulassen, daß wesentliche Betriebe wie die Deutsche Maschinen- und Schiffbau AG, die ELBO und der Hafen auf einen Schlag gesplittet und auf diese Weise privatisiert werden sollen. Frau Breuel, ich möchte Sie dringend bitten, daß Sie zu erreichen versuchen, daß diese strukturbestimmenden Betriebe als Einheit erhalten bleiben.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Frau Breuel, stellen wir uns einmal vor, die Treuhandanstalt verfügte über Kenntnisse, nach denen einige derzeit bestehende Betriebe in den neuen Bundesländern in vier oder fünf Jahren überlebensfähig wären und sie könnte auch ungefähr abschätzen, was dies kostet. Wäre es vorstellbar, daß Sie solche Betriebe trotzdem schließen?

**Birgit Breuel:** Frau Thoben, die Unternehmen haben bei uns alle ihre Unternehmenskonzepte abgeliefert, in denen sie mit Hilfe von externen Beratern - bei ihnen selbst konnte das Know-how natürlich noch nicht überall vorhanden sein - erläutern, wie sie sich die nächsten Jahre und ihre Zukunft vorstellen. Wir geben den Unternehmen im Rahmen der Feststellung der D-Mark-Eröffnungsbilanz Eigenkapital, und im Rahmen der Konzepte, die wir genehmigen, eröffnen wir auch die Möglichkeit, sie über mehrere Jahre zu begleiten - allerdings streng im Rahmen von Konzepten, die immer wieder geprüft und optimiert werden müssen, befristet und degressiv. Insofern schließen wir keine Firma, der wir eine Zukunftschance einräumen.

Wir haben nach sorgfältigen Überprüfungen festgestellt, daß wir etwa 70 Prozent der noch in unserer Verantwortlichkeit befindlichen Firmen für sanierungsfähig halten. Darunter verstehen wir, daß die Firmen eine Chance haben, saniert zu werden. Es gibt aber keine Garantie. Sanieren kann man nur vor Ort. Wir können dafür nur die Rahmenbedingungen schaffen.

Ein zweiter Punkt. Ich bin mit Herrn Haschke völlig einig darüber, daß es darum geht, eine gesunde Struktur zu schaffen. Es gibt auch keinen Menschen, der anderer Auffassung sein könnte. Die Frage ist nur: Wie erreicht man dies am besten? Man kann dies erreichen, indem man zum Beispiel privatisiert und bei der Privatisierung versucht, Arbeitsplätze und Investitionen festzuschreiben. Wir haben inzwischen gut 4000 Unternehmen privatisiert. Für diese Unternehmen wurden neue private und aktive Eigentümer gefunden. In den Verträgen, die wir mit den 4000 neuen Eigentümern abgeschlossen haben, haben diese für die neuen Länder und die Menschen, die dort leben, etwa 100 Milliarden Mark an privaten Investitionen zugesagt. In gleicher Weise wurden etwa 800 000 Arbeitsplätze vertraglich verbindlich festgeschrieben. 100 Milliarden DM Privatinvestitionen - das ist eine beachtliche Größenordnung, die den Menschen am allermeisten hilft. Natürlich weiß jeder, daß eine solche Festschreibung zur Folge hat, daß der Kaufpreis jeweils etwas geringer werden kann.

Ich bin mit Herrn Haschke auch darin einig, daß es durchaus westdeutsche Firmen gibt, die gerne das, was hier in den neuen Bundesländern auf dem Markt benötigt wird, mitproduzieren würden und die vielleicht gar nicht so traurig wären, wenn die eine oder andere Firma hier möglichst schnell vom Markt verschwinden würde. Weil dies so ist, Herr Haschke, hat die Treuhandanstalt gerade zwei Faserfabriken anonym privatisiert. Die neuen Käufer, die von auswärts kamen, hatten große Sorgen, hier ihre Namen zu nennen. Sie haben sie in der Öffentlichkeit wegen des sich verschärfenden Wettbewerbs noch nicht genannt. Weil dies so ist, haben wir die Diskussion über die Stahlwerke in Hennigsdorf und Brandenburg gehabt, wo Deutsche am Anfang überhaupt nicht geboten haben. Gebote von deutscher Seite kamen erst, als wir die Italiener mit Mühe als Interessenten gefunden hatten.

Wir verstehen uns insofern auch als Lobbyisten unserer Unternehmen, unserer Belegschaften. Wir werben weltweit dafür, daß diese Unternehmen, diese Belegschaften neue Eigentümer finden, die sie in eine bessere Zukunft führen können - mit Hilfe aller, die vor Ort Verantwortung tragen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen sage ich Ihnen auch dies: Ich halte nichts von dem künstlichen Gegensatz von Privatisieren und Sanieren. Das sind ineinander übergehende Begrifflichkeiten. Dort, wo wir gegenwärtig nicht privatisieren können, weil wir entweder keinen potentiellen Käufer oder keine Zeit haben, die Verhandlungen schnell abzuschließen, wird im Rahmen unserer Möglichkeiten saniert. Die Unternehmen haben es im Vergleich zu der Situation, in der sie sich vor einem Jahr befanden, ja schon sehr viel weitergebracht.

Nun zu der Frage des Zeitfaktors, zu der Frage, ob wir mehr Geld ausgeben müßten, zu der Frage, ob es Einrichtungen gibt, die die der Treuhand gestellte Aufgabe besser wahrnehmen können als die Treuhand, und auch zu dem Wunsch, einige Unternehmen aus der Treuhand auszugliedern, für sie eine neue Konstruktion zu finden, welche auch immer. Meine Damen und Herren, von seiten der Treuhand werden zu Themen dieser Art politische Erklärungen nicht abgegeben. Auch ich werde sie nicht abgeben. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, solche Erklärungen abzugeben. Wir haben genug Schwierigkeiten zu bewältigen und werden uns nicht auf politische Kontroversen einlassen. Ich muß aber wohl zumindest auf die wirtschaftlichen Konsequenzen aufmerksam machen, die von großer Bedeutung für die Belegschaften, die Unternehmen und die ganzen Regionen sind. Die Diskussion, die in den letzten Tagen geführt worden ist und in der Öffentlichkeit ihren Niederschlag gefunden hat, hat in der Öffentlichkeit mindestens eines bewirkt: daß es sehr viele Menschen in unseren Firmen gibt, die der Auffassung sind, es könne für sie einen bequemeren Weg geben, wenn sie ausgegliedert würden. Der Run auf diesen bequemeren Weg, den dann andere finanzieren sollen, ist ungeheuer groß. Wir stehen doch vor dem Problem, daß wir unseren Belegschaften und Führungskräften immer sagen müssen: Wir müssen gemeinsam den Weg in die Marktwirtschaft schaffen, Stück für Stück und Schritt für Schritt. Insofern verfolge ich die erwähnten Tendenzen mit großer Sorge.

(Beifall)

Ein letzter Punkt. Ich bin nicht sicher, ob wir irgend jemandem einen Gefallen tun, wenn wir in der Öffentlichkeit über das Schicksal von Firmen diskutieren. Ich habe mich im kleinen Kreise mehrfach zu ELBO und DMS geäußert. Ich denke, im Interesse der Firmen sollte ich zu diesem Thema schweigen. In der Pause stehe ich aber gerne jedermann, der privat mehr wissen möchte, zur Verfügung, um weitere Auskünfte zu erteilen.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Mein Eindruck ist, daß nicht selten die Frage auftaucht: Muß man über das Schicksal einzelner Unternehmen nicht auch öffentlich diskutieren? Diese Frage entspringt nach meiner Beobachtung einem sehr fundamentalen Ansatz. Man meint, es sei auch ein Stück Demokratie damit verbunden, wenn man über ein Thema öffentlich diskutiere. Ob man dadurch dem Betrieb hilft oder ihn gar völlig unverkäuflich macht, wird dabei vergessen.

Es liegen noch sehr viele Wortmeldungen zum Komplex „Treuhandanstalt“ vor. Ich möchte jetzt zunächst trotzdem zwei Wortmeldungen berücksichtigen, die sich auf Fragen der mittelständischen Wirtschaft beziehen. Zunächst hat Frau Beatrice Kemmerzehl das Wort.

**Beatrice Kemmerzehl:** Ich komme aus Suhl und bin dort Lehrerin an einer Berufsschule, wo ich Sozialkunde lehre. Ich freue mich sehr, hier zu sein und im Rahmen dieses Parteitages Probleme der Politik mit allen ihren negativen und positiven Seiten hautnah erleben zu können.

Es wurde oft gesagt, der Parteitag solle offen sein. Deshalb finden auch Diskussionen im Rahmen von sechs Foren statt. „Offen sein“ heißt für mich, auch über private Probleme zu sprechen. Ich spreche hier ein Unternehmen an, das mit seinen Problemen stellvertretend für viele andere Unternehmen im ehemaligen Zonenrandgebiet steht. Dieses Unternehmen ist im südlichen Zipfel von Thüringen ansässig und hat Mitte des Jahres 1990 nach der Währungsunion den Sprung ins kalte Wasser geschafft. Es wurde sozusagen kräftig gepaddelt und gerudert, und nicht selten war

es dem persönlichen Engagement der Geschäftsführer und Teilhaber zu verdanken, daß das Unternehmen weitergeführt werden konnte, Man darf dabei auch nicht die vielen Arbeiter vergessen, die gesagt haben: Ich muß hierbleiben; wenn ich nicht hierbleibe, geht es nicht weiter. Wir bauen die Firma auf - egal, wie, wann und wo. Wir versuchen es! Sie haben es geschafft.

Das Problem, das ich anschnitten möchte, sind die Altlasten, die mit der Währungsunion übernommen wurden. Bei der Unterzeichnung des Geschäftsvertrages wurden Altlasten in Höhe von 1,5 Millionen DM übernommen. Sie können sich sicher vorstellen, daß bei 1,5 Millionen DM Altlasten das ganze Bild des Unternehmens verzerrt wird, weil Aufträge nicht ausgeführt werden können, da die Angebote zu hoch liegen, weil keine Modernisierungen durchgeführt und keine Neuanschaffungen vorgenommen werden können und weil auch Lohn nicht in dem Maße gezahlt werden kann, wie es eigentlich erwartet worden ist. Man kann nicht verlangen, daß die Altlasten gestrichen werden. Man kann, wie ich denke, aber verlangen, daß für die Belastungen auf Grund von Altlasten so günstige Zinskonditionen angeboten werden, daß die Firma überleben kann. Es gilt nicht nur für die von mir gerade erwähnte Firma, sondern auch für andere Firmen, daß sie durch die Altlasten in ihrem Arbeitsbereich in jeder Beziehung eingeschränkt werden und dadurch auf die Dauer nicht lebensfähig sind. Wenn von „Einheit leben“ die Rede ist, dann muß sich dies auf beide Seiten beziehen. Es darf nicht so sein, daß die Firmen auf der einen Seite Schulden in Millionenhöhe haben, während die Firmen auf der anderen Seite bessere Konditionen haben, weil sie schon länger existieren und keine Schulden mehr haben. Es müßten für beide Seiten die gleichen Bedingungen gelten. Ich bitte darum, dieses Problem einmal in Angriff zu nehmen. Ich denke, daß ich hier an der richtigen Adresse bin. Den Namen der Firma nenne ich aus den schon erwähnten Gründen nicht.

(Beifall)

**Birgit Breuel:** Wir haben bei den Altlasten die Aufgabe, eine Einzelfallprüfung vorzunehmen. Von der früheren Regierung haben wir Altlasten in Höhe von 106 Milliarden DM geerbt, die zum Teil sehr willkürlich auf unsere Firmen verteilt worden sind. Wir nehmen sowohl bei der Privatisierung als auch bei der Feststellung der D-Mark-Eröffnungsbilanzen Einzelfallprüfungen vor, und wir können auch immer wieder einen Teil der Altlasten erlassen bzw. diese sozusagen ganz in unsere Bücher hineinnehmen. Ich schaue mir Ihren Fall gerne näher an. Man kann bestimmt eine vernünftige Lösung finden. Das Unternehmen sollte aus den von Ihnen genannten Gründen ganz gewiß nicht scheitern.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Nun hat Herr Weisbrich das Wort.

**Christian Weisbrich:** Ich möchte mich etwas mehr der Praxis zuwenden und Probleme aus der Sicht eines Unternehmers beleuchten, der sich ohne staatliche Hilfe in den neuen Bundesländern engagiert hat. Zu den Rahmenbedingungen zunächst dies: Wir haben am 1. Juli 1990 eine treuhandfreie Baufirma mit 160 Mitarbeitern übernommen, die heute gut 210 Mitarbeiter beschäftigt und eine hervorragende Auftragslage hat. Man könnte angesichts dieser Rahmenbedingungen meinen, wir seien rundherum zufrieden. Probleme für die Rentabilität ergeben sich allerdings unter folgenden Gesichtspunkten:

Erstens. Wir stehen mit von der Treuhand gestützten Unternehmen im Wettbewerb, die am Monatsersten ihre Personalkosten kalkulieren und bei der Wettbewerbskalkulation vergessen, diese weiterzugeben. Ich hätte überhaupt nichts dagegen, wenn eine solche Stützungsoperation erfolgte und diese Gelder dann investiv eingesetzt

würden, beispielsweise dafür, daß die Betreffenden sich - wie wir es auch getan haben - einen modernen Maschinenpark anschaffen. Die betreffenden Unternehmen verfrühtücken diese Gelder aber. Wenn die Stützungsoperation beendet ist, sind diese Unternehmen keinen Schritt weiter als am 1. Juli 1990.

(Beifall)

Das ist natürlich insofern unangenehm, als man teilweise zu nicht auskömmlichen Preisen anbieten muß, um überhaupt im Wettbewerb zu bleiben.

Zweitens. Die Tarifentwicklung speziell im Bereich der Bauwirtschaft liegt jenseits des Produktivitätsfortschrittes und ist teilweise auf eine Art und Weise zustande gekommen, bei der man nur den Kopf schütteln kann. Wir sind eines Tages von der Mitteilung überrascht worden, daß wir Mitglied im Verband der Sächsischen Bauindustrie seien. Der für diesen Bereich abgeschlossene Tarifvertrag ist abgeschlossen worden, ohne daß wir daran mitgewirkt haben oder informiert wurden. Er ist zwischen selbsternannten Vertretern der sächsischen Bauindustrie und alten Gewerkschaftsfunktionären ausgehandelt worden. Das ist natürlich ein echtes Problem. Mittlerweile mag sich in dieser Hinsicht etwas gebessert haben. 1990 ist aber seinerzeit so verfahren worden.

Drittens. Die Grundsätze des Vergabewesens sind meines Erachtens bisher völlig unzureichend eingeführt. Bei Kommunen bekommt man hin und wieder gesagt: VOB - das ist in Sachsen nicht üblich. Das ist bei uns noch nicht eingeführt. Dies führt natürlich dazu, daß es eine freihändige Vergabe nach Sympathie oder Antipathie gibt. Wir können uns, was die Vergabepaxis angeht, nicht beklagen, aber ich halte es grundsätzlich nicht für richtig, daß es so läuft, wie es derzeit geschieht.

Ein viertes Problem ist die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen oder Kommunalverbänden. Mir sind Fälle bekannt, in denen alte Kreisstraßenbaubetriebe nunmehr gemischtwirtschaftlich unter Beteiligung von interessierten Unternehmern, die aus anderen Bundesländern kommen, und den bisherigen Gebietskörperschaften weitergeführt werden. Wenn eine Gebietskörperschaft an einem reinen Wirtschaftsunternehmen im Baubereich beteiligt ist, dürfen Sie sich natürlich nicht wundern, wenn die Auftragsvergabe unter etwas obskuren Gesichtspunkten erfolgt.

Fünftens möchte ich die Verwaltungsqualifikation, was bau- und planungsrechtliche Fragen anbelangt, erwähnen. Grundsätzlich bin ich der Meinung, daß die durchschnittliche Gebietskörperschaft zu klein ist, um eine leistungsfähige Verwaltung aufbauen zu können. Es gibt Landkreise mit 250 000 Einwohnern und 49 Gemeinden. Ich meine, es müßte schnellstens etwas geschehen, damit in einem solchen Fall für leistungsfähige Strukturen mit der notwendigen Spezialisierung gesorgt wird.

(Vereinzelt Beifall)

Meine sechste Bemerkung geht in Richtung Treuhandanstalt. Ich beobachte mit einer gewissen Sorge, daß sich im Rohstoffbereich Monopolstrukturen herausbilden, weil die Treuhandanstalt bestimmte Rohstoffvorkommen und auch ganze Komplexe - ehemalige Kombinate oder Volkseigene Betriebe größeren Umfangs - grundsätzlich an den Höchstbietenden verkauft. Dies hat zur Folge, daß beispielsweise die Sand-, Kies- oder Splittvorkommen einer ganzen Region von der Heidelberger Zement AG oder anderen Großunternehmen kontrolliert werden, was erhebliche Folgen für die Preisentwicklung hat.

Zum Schluß will ich auf ein Thema eingehen, das hier schon angesprochen worden ist. Die Bearbeitungsdauer in den Grundbuchämtern ist sicherlich sehr unbefriedigend. Auch ich habe kein praktisches Rezept, wie man die Situation verbessern kann. Die



westdeutschen Grundbuchämter sind in der Regel ebenfalls überlastet, aber sicherlich nicht in dem Umfang wie die Grundbuchämter in den neuen Bundesländern. Ein praktisches Beispiel: Wir haben im November 1990 ein größeres innerstädtisches Objekt übernommen und haben versucht, darauf ein Wohn- und Geschäftshaus zu errichten. Dieses Haus ist mittlerweile fast bis zum Dach fertig. Die Eintragung in das Grundbuch erfolgte aber erst vor 14 Tagen. Das bedeutete für uns ein gewaltiges Risiko. Ich weiß nicht, ob jeder seine Vorhaben auf diese Art und Weise abwickelt. Es muß eine erhebliche Beschleunigung erreicht werden, wenn es weitergehen soll.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Herr Dr. Steyer, möchten Sie vielleicht unmittelbar darauf antworten?

**Dr. Claus Steyer:** Ja, ich möchte noch einmal auf ein paar Überlegungen eingehen, die sich vor allem mit der Entwicklung des Mittelstandes in Sachsen beschäftigen. Wir brauchen, um eine gesunde Wirtschaftsstruktur zu bekommen, einen eigenständigen Mittelstand auf eigenem Boden, und der hat nach der gegenwärtigen Situation doch erhebliche Konkurrenz Nachteile.

Zunächst müssen wir feststellen, daß eine Industrie – mag sie auch planwirtschaftlich geordnet gewesen sein – auf jeden Fall innere Verflechtungen aufgebaut hat, wo sich eine ganze Reihe von Unternehmen auch mit industrienahen Dienstleistungen verdingt hat.

Die 1972 enteigneten Betriebe – und ich weiß, wovon ich rede, weil ich aus derselben Ecke komme – haben jetzt versucht, wieder schnell irgendwie Boden unter die Füße zu bekommen, und mußten feststellen, daß sie über die Gesetzgebung zunächst einmal sehr schleppend bedient wurden und in der Folge erhebliche Nachteile allein dadurch erleiden, daß ihnen – nun sind wir wieder bei den Grundbucheintragungen – Nachteile erwachsen sind, die sich letztlich hingezogen haben bis zur Kreditvergabe bei den Banken.

Hier spreche ich einen Punkt an, der für viele der neu entstandenen Unternehmen in Sachsen sehr ärgerlich ist. Sie brauchen teilweise, um schnell am Markt reagieren zu können, eine kurzfristige Kreditaufnahme. Aber sie haben keinen Namen. Die Firma um die Ecke, die gegebenenfalls von einem namhaften Unternehmen aus den alten Ländern gekauft worden ist, hat dort eindeutige Vorteile.

Im Unternehmerverband und im Landesverband der Sächsischen Industrie bekommen wir immer wieder die Klagen, daß diese neugegründeten Firmen bei den Banken benachteiligt sind.

(Beifall)

Da habe ich wahrscheinlich einige angesprochen, die es in dieser Weise betrifft.

Noch ein Wort zu den Tarifabschlüssen. Die Entwicklung der Arbeitgeberverbände, nicht des Industrieverbandes der Industrie, sondern der Arbeitgeberverbände, ist in den neuen Ländern tatsächlich völlig übereilt gewesen, weil eine Maßnahme eingeleitet wurde, die an sich die eigentliche Industrie gar nicht getroffen hat. Sie müssen davon ausgehen, es gibt eben durch planwirtschaftlich-administrative Einordnungen Maschinenbaubetriebe, die in der Chemie organisiert sind und jetzt plötzlich nach den Tarifabschlüssen der Chemie bewertet wurden, ohne zu wissen, wie sie die Löhne verkraften können. Manch einer, der aus dem Mittelstand neu gegründet hat, ist schnell zum Arbeitgeberverband gegangen und mußte jetzt plötzlich Tarifabschlüsse mitgehen, die für sein Unternehmen nicht tragbar waren.

Hier muß ernsthaft darüber nachgedacht werden, inwieweit die mittelständischen Betriebe diese Tarifpolitik mit tragen können, und es ist eine ernsthafte Diskussion angesagt, weil einige darunter schwer zu leiden haben.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Vielen Dank. Wir stellen gerade fest, daß damit ein Thema angesprochen worden ist, das auch in den sogenannten alten Bundesländern innerhalb unserer Partei zum Teil sehr lebhaft debattiert wurde. Wie flexibel sollten eigentlich Tarifverträge sein, damit sie mit der wirtschaftlichen Wirklichkeit besser in Übereinstimmung zu bringen sind als diese Pauschalverabredungen?

Es hatte sich Herr Jochen Feilcke gemeldet zum Thema sozialer Friede durch gleichen Lohn.

**Jochen Feilcke:** Frau Präsidentin! Meine lieben Parteifreunde! Irgendwann im Herbst 1989 hörte ich Herrn Necker über RIAS Berlin. Er war zurückgekehrt von einer Reise aus – wie wir damals sagten – einem osteuropäischen Land. Ich weiß nicht mehr, aus welchem Land; eigentlich ist nun alles Mitteleuropa nach unserem heutigen Sprachverständnis. Sie wurden gefragt: Was raten Sie nun diesen maroden Wirtschaften? Und ich habe das sehr in Erinnerung behalten und mindestens hundertmal zitiert: Laßt die Leute tun!

Eigentlich ist das die Antwort, die wir als Marktwirtschaftler in einem solchen Fall auch gerne hören. Je länger wir darüber nachdenken, und je länger wir uns darüber im klaren sind, daß wir eben nur ein Land sind und es nicht mit einer Situation zu tun haben wie etwa in der Tschechoslowakei oder Ungarn, wo wir eine geschlossene Volkswirtschaft haben, sondern wir haben es mit einem Land zu tun und mit zwei verschiedenen Systemen.

Dabei fällt uns auf, daß besonders an den Nahtstellenbereichen – Berlin, Zonenrandgebiet – es unglaubliche Verwerfungen gibt, daß die Menschen zwar irgendwie überleben, aber wenn Sie nach Thüringen, nach Nordhausen oder wohin auch immer kommen, stellen Sie fest, daß die Menschen, die mobil und flexibel sind, pendeln. Ich weiß nicht, ob das das Rezept ist für einen langen Zeitraum. Die Strukturpolitik in den Ländern der ehemaligen DDR leidet darunter, daß die Menschen dort nicht soviel verdienen wie im Westen, und sie pendeln.

Frage vor allem wiederum an Herrn Necker, ich kann es ja nicht dem ganzen Podium zur Beantwortung geben: Was ist hier eigentlich unter dem Aspekt des sozialen Friedens das Rezept? Normalerweise würden wir sagen, die Löhne folgen der Produktivität, und nicht gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Es sei denn, man sagt Arbeit, und Produktivität ist ein Synonym; und Arbeit heißt nicht gleiche Anstrengung, sondern gleiches Ergebnis. Oder müssen wir dafür sorgen, daß eben in dieser Sondersituation es auch zu Sonderregelungen kommt? Wir sagen, wir nehmen bewußt einen Schönheitsfehler in Kauf und sagen, hier wird eben Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt, damit der soziale Friede erhalten bleibt, und wir fördern somit auch dort die Region, weil wir ja Einkommen schaffen.

Oder gibt es eine andere Möglichkeit, daß wir sagen, wir sichern den sozialen Frieden dadurch, daß wir den Menschen eine zeitliche Perspektive geben, die übersehbar ist, es ihnen erklären, es ihnen verdeutlichen und sichtbar machen, warum vielleicht sogar Standortvorteile dadurch entstehen, daß eben ungleicher Lohn gezahlt wird.

Ich hätte hier ganz gern einmal eine Hilfestellung, wobei ich glaube, wenn wir uns zu dem Letzten durchringen, was vielleicht idealtypisch wäre, richtiger wäre, daß dafür ein ungeheures Maß an Wissensvermittlung, an Bildung erforderlich ist. Wenn ich von Nordhausen spreche, dann kann ich nur sagen, ich bin dort gelegentlich und habe

dort Gespräche mit mittelständischen Unternehmern. Die Fragen sind überhaupt nicht theoretischer Art, sie sind ganz praktischer Art. Da wird zum Beispiel gefragt: Was ist das eigentlich, steuerliche Abzugsfähigkeit? Das fragt ein Buchhalter!

Ich glaube, hier ist sehr viel Bildungsbedarf, und ich glaube, wir können das eine nur dann tun, wenn wir auch das andere tun.

Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie zu der Frage „gleicher Lohn für gleiche Arbeit?“ Ihre Meinung sagen könnten. – Danke sehr.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Herr Necker wird sofort antworten. Nur einen Zwischenruf kann ich mir nicht verkneifen. Ich glaube, daß Mobilität nicht unbedingt sozialen Unfrieden schafft.

Das heißt aber, daß man in bestimmtem Umfang in solchen schwierigen Übergangsphasen auch Pendlerströme erleben wird, die man bei ausgeglicheneren Lebensverhältnissen in dem Umfang nicht mehr erlebt. Ich glaube, daran wird man nicht vorbeikommen. Aber Herr Necker, bitte.

**Dr. h.c. Tyll Necker:** In der Marktwirtschaft muß das einzelne Unternehmen durch rentable Angebote auf dem Markt überleben können. Das Unternehmen kann weder Steuern erheben oder Gebühren kassieren noch seine Lieferanten oder Kunden bestreiken, sondern es muß Erfolg haben.

Nun müssen wir uns einmal klarmachen, was heißt denn hier Erfolg haben? Lassen Sie mich einmal eine Analogie bilden. Stellen Sie sich vor, die japanische Wirtschaft, die international als sehr leistungsfähig gilt, würde folgendem Szenario unterworfen:

Punkt 1: sie würde über Nacht eine mehrhundertprozentige Aufwertung des Yen erleben,

Punkt 2: die japanische Industrie würde ihren Hauptkunden, diesmal nicht die Sowjetunion, sondern die Vereinigten Staaten, verlieren,

Punkt 3: die japanische Industrie würde jährlichen Lohnerhöhungen von 25 Prozent und mehr in vielen Branchen und über mehrere Jahre bereits festgeschrieben unterworfen werden.

Ich kann Ihnen garantieren, eine leistungsfähige japanische Industrie gäbe es nicht mehr. Sie würde einfach verschwinden, weil diese Bedingungen von keinem Unternehmen, das im internationalen Wettbewerb steht, ausgehalten werden können.

Ich möchte hier auch darauf hinweisen, daß ich die Tarifentwicklung in den neuen Bundesländern für zutiefst problematisch halte,

(Vereinzelt Beifall)

denn ich kenne kein westliches Unternehmen, ob das Siemens oder ob das Daimler-Benz ist oder irgendein anderes Unternehmen, das derartige Lohnerhöhungen verkraften würde.

Nun würden wir uns alle darüber freuen, wenn wir sehr schnell den Lebensstandard und das Einkommen aller Menschen auf ein gleiches Niveau bringen könnten. Das wäre sicher sehr schön. Wir müssen uns aber darüber im klaren sein, daß hier eine Kluft von weit über 400 Milliarden DM klafft, daß hier Transferleistungen notwendig wären in einer Größenordnung, die niemals verkraftbar wäre und die das gesamte Deutschland in der Wettbewerbsfähigkeit nachdrücklich negativ beeinflussen würde.

Worauf kommt es also an? Ich glaube, es kommt nicht darauf an, sofort Gleiches herzustellen. Das ist noch nicht einmal in der winzigen Schweiz der Fall. In der

winzigen Schweiz gibt es Einkommensunterschiede von zwei zu eins, ohne daß dadurch riesige Wanderungsbewegungen entstehen. Das Gleiche gilt im übrigen auch in den Vereinigten Staaten und in vielen anderen Ländern. Sondern es kommt darauf an, daß die Menschen hier in den neuen Bundesländern eine Perspektive haben. Und diese Perspektive muß zuallererst lauten: Chancen am Arbeitsmarkt für einen Arbeitsplatz. Und sie muß weiter lauten, daß sich ihr Einkommen schrittweise erhöht.

Ich glaube, daß diese Perspektive das wirklich Wichtige ist und wir den Menschen nicht einreden dürfen: morgen das Gleiche in Ost und West. Das ist so nicht zu schaffen. Es würde immer zu Lasten der Arbeitsplätze gehen müssen.

Ich halte die abgeschlossenen Tarifverträge im übrigen schlicht für verfassungswidrig. Hier wurde sehr anschaulich aufgezeigt, wie sie zustande gekommen sind. Ich habe selbst ein Unternehmen bei Potsdam erworben nach Abschluß des Tarifvertrages, bin trotz Austritt aus dem Arbeitgeberverband an diesen Tarifvertrag wegen der Nachwirkungen bis 1995, teilweise bis 1998 gebunden. Das kann so nicht bleiben, weil sonst trotz meiner besten Absichten und erheblicher Investitionen und erheblicher Bereitschaft, Opfer zu bringen, das Unternehmen nicht lebensfähig wäre. Hier muß etwas geändert werden.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Herr Minister Schommer, Perspektive gegen Lohn, ist das das, was Sie den Sachsen empfehlen?

**Dr. Kajo Schommer:** Natürlich; gleichwohl muß ich hier eine andere Position vertreten.

Herr Necker, Ihr Szenario mit Japan ist ja richtig. Da haben Sie auch recht. Da sprechen Sie von einer starken Volkswirtschaft. Ich aber habe die Differenzierung gebracht, und das ist unsere Zukunft in den nächsten 10 Jahren hier in Sachsen und in Ostdeutschland. Wir haben eine geschädigte Volkswirtschaft, und da trifft dieses Szenario in dieser Form eben nicht zu. Ich will das auch begründen, warum ich nicht Ihrer Auffassung bin, auch wenn ich dann vielleicht nicht diesen Beifall bekomme.

Zunächst einmal trifft es nicht zu, daß die Tarifverträge, die abgeschlossen worden sind, den Löhnen im Westen entsprechen. Ich halte die Politik der Gewerkschaften und die Tarifabschlüsse so, wie sie jetzt bis 1994 abgeschlossen worden sind, für richtig und vertretbar, weil sie sich auf die Tarif- und nicht auf die Effektivlöhne beziehen. 60 Prozent heute heißt tatsächlich etwa 38 bis 40 Prozent. Und 100 Prozent 1994 heißt immer noch nicht 100 Prozent im Osten, sondern nur 70 Prozent. Das ist das eine, was ich sagen möchte.

Das zweite ist: Wir sind nun in einer Marktwirtschaft. Wenn man sagt, man muß niedrige Löhne zahlen, damit man die Menschen am Arbeitsplatz behält, dann ist das die gleiche Philosophie, die die Menschen hier 40 Jahre lang gehabt haben. Es wurden niedrige Löhne gezahlt, und sie wurden beschäftigt, aber eine Leistungs differenzierung ist hier nicht gegeben.

Wir haben, und das ist der große Gedankenfehler, den die Kritiker machen, einen offenen Arbeitsmarkt. Das heißt, jeder, der sich hier unterbezahlt fühlt, geht wo anders hin. Das Beispiel von Herrn Weisbrich mit der Verwaltung macht deutlich, daß nämlich unsere Eliten – sowohl die Facharbeiter wie in der Wissenschaft und in der Verwaltung – dorthin gehen, wo die höheren Löhne gezahlt werden. Und das ist auch eine alte Erfahrung: Der höchste Wohlstand ist dort, wo die höchsten Löhne gezahlt werden, weil dort die qualifizierten Menschen sind.

Unsere Ingenieure in den Bauverwaltungen sind zu diesen Firmen gegangen, weil sie die doppelten und dreifachen Löhne gezahlt haben. Und nun schimpfen dieselben Firmen, daß man für ein Drittel des Lohns keinen findet, der die Bauanträge bearbeitet. Das ist ein Stückchen Wirklichkeit, das man in der Diskussion sehen muß.

Ich möchte noch etwas sagen, meine Damen und Herren. Wir haben oder es gab hier die Subventionen. Die waren, wenn Sie so wollen, Lohnbestandteil, ob man nun über Subventionen redet oder nicht. Wir haben in Sachsen – und in den anderen neuen Bundesländern war das genauso – in diesem Jahr Subventionen für Energie, Heizung, den öffentlichen Personennahverkehr gekürzt und damit Einkommensminderungen der Haushalte herbeigeführt, die einem Äquivalent in den alten Bundesländern von 65 Milliarden DM entsprochen hätten, im Jahre 1991. Das ist Einkommensabbau für die Menschen hier. Herr Möllemann wollte für 10 Milliarden Subventionen zurückdrehen, Subventionsabbau hier schaffen. Auch dies muß man sehen, wenn man hier Forderungen in dieser Form erhebt.

(Vereinzelt Beifall)

Danke. Auch dies muß man neu sehen.

Noch ein weiteres: Wir wollen hier eine moderne Wirtschaft haben. Die Lohnpolitik, die wir bisher gehabt haben, treibt die Produktivität nach vorn, und dies wollen wir. Wir wollen nicht alte Betriebe mit niedrigen Löhnen, die dann alte Produktionsstrukturen und alten Kapitalstock haben, sondern wir wollen die moderne Wirtschaft haben. Deshalb muß die Lohnpolitik jetzt die Produktivität nach vorn treiben, und das tut sie. Nur, die Lohnforderungen, die jetzt kommen, das ist das Problem. Wenn man im Westen 10 Prozent Lohnsteigerung will, muß man wissen, daß das für unsere Arbeitnehmer hier im Osten ein Mehrfaches an Lohnsteigerung bedeutet, denn wir wollen uns doch angleichen.

Genauso ist es mit dem Wirtschaftswachstum. Wirtschaftswachstum für uns heißt, wenn wir den gleichen Abstand zum Westen halten wollen, acht Prozent Wachstum bei uns gegenüber vier Prozent im Westen. Dieses, meine Damen und Herren, muß man sehen. Vergessen Sie nicht, im letzten Jahr sind 80 000 Sachsen weggezogen für immer, und das sind nicht die schlechtesten gewesen.

Pendler, die werden vielleicht zurückkommen. Pendeln kann man auch als Fortbildung auf eigene Kosten ansehen. Dies halte ich für einen guten Weg. Und sie werden zurückkommen. Aber bitte, hören wir damit auf, zu sagen, ihr müßt weiter wie in den Entwicklungsländern mit niedrigen Löhnen bezahlt werden. Wir haben über 61 Prozent Facharbeiter mit Abschlüssen, ein hochqualifiziertes Potential. Dies muß hier bleiben. Dies geht nur, wenn sie Perspektiven haben, die diese Lohnabschlüsse geboten haben.

Ein letztes: Die Lebenshaltungskosten sind hier schon auf Westniveau. Dann ist es nicht zumutbar zu sagen: Einkommen Ost, aber Ausgaben West.

(Vereinzelt Beifall)

Auch dies ist ein Stück soziale Gerechtigkeit, die ich meine, die wir bei dieser ganzen Diskussion berücksichtigen müssen. Differenzierte und flexible Löhne, dies ist eine Antwort, sicherlich; aber nicht niedrige Löhne auf absehbare Zeit.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Herr Erler, der Wirtschaftsminister hat einen Akzent eingebracht: je höher die Lohnabschlüsse in den westlichen Bundesländern werden, um so größer wird der Druck hier, weil sonst die Abstände explodieren. Würden Sie deshalb Ihren Gewerkschaftskollegen in den westlichen Bundesländern einen entsprechenden Rat erteilen?

**Wolfgang Erler:** Sie haben doch für die neuen fünf Bundesländer eine Situation geschaffen, indem wir langfristig angelegte Tarifverträge haben. Wir wissen also bis 1994 weitestgehend, daß in diesem Bereich Ruhe ist.

Gerade an dieser Stelle möchte ich einmal sagen: Es gibt oftmals diese Diskussion auch von Politikern, die versuchen, in die Tarifautonomie ihre Gedanken mit einfließen zu lassen. Der Bundeskanzler, der Parteivorsitzende, hat mehrmals hervorgehoben, daß die Tarifparteien – Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften – ein hohes Maß an Verantwortung getragen haben. Das möchte ich auch in diesem Fall ganz klipp und klar zum Ausdruck bringen, daß wir dieses hohe Maß in der Vergangenheit durch den Abschluß der Tarifverträge bis 1994 gebracht haben, weil wir gesagt haben, wir brauchen diese Zeit, um uns eigentlich selbst zu gestalten. Deshalb möchte ich auch an diese Partei – ich als Parteimitglied an diese Partei – appellieren, doch davon Abstand zu nehmen. Wir haben genug Flankenangriffe von der Sechs-oder-sieben-Prozent-Partei, davon Abstand zu nehmen, in die Tarifautonomie hinein zu dirigieren. Darauf reagieren wir, auch insbesondere vom Arbeitnehmerflügel her, sehr schlecht.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Herr Schommer, noch einen Satz. Dann Herr Ludewig.

**Dr. Kajo Schommer:** Herr Feilcke, ich bin Ihnen noch eine Antwort schuldig: Sozialer Friede über die Löhne. Meine Damen und Herren, Löhne sind Kosten. Aber einer der ganz entscheidenden Standortfaktoren, der in dieser Diskussion immer wieder vergessen wird, ist der des sozialen Friedens in Deutschland; denn der Ertrag des sozialen Friedens bei uns ist wesentlich höher als die Differenzen in den Lohnkosten mit negativen sozialen politischen Auseinandersetzungen in den anderen Bundesländern. Auch dies sollte in die unternehmerischen Kalkulationen mit eingehen.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Herr Dr. Ludewig bitte.

**Dr. Johannes Ludewig:** Frau Vorsitzende, ich habe mich noch einmal gemeldet, weil das Problem ja gerade darin besteht, daß alle, die gesprochen haben, recht haben. Das zeigt ja gerade, wie schwierig das ist. Jeder hat auch Beifall bekommen.

Die Frage ist: Was passiert jetzt konkret? Denn beide haben irgendwo in ihren Aspekten, die sie vorgetragen haben, recht.

Was machen wir jetzt eigentlich konkret? Ich glaube, daß die Schwierigkeit darin besteht, wie auch in anderen Bereichen, daß Dinge, die sich im Westen entwickelt haben, wie in der Tarifpolitik, einfach und – ich finde – zu kritiklos, ohne genug zu überlegen auf den Osten übertragen worden sind. Das können Sie in anderen Bereichen, bei ABM usw. überall beobachten.

Ich will einmal erklären, wo ich das Problem sehe. Die Tariflandschaft, auch die Rentabilitätssituation der Betriebe in den neuen Bundesländern ist eben, und das ist das Problem, ungeheuer differenziert. Es gibt Betriebe, die können das ohne weiteres vertragen, wenn Sie einmal Dienstleistungen nehmen, Banken, Versicherungen und jetzt auch zunehmend den Baubereich. Da ist das kein Problem. Oder wenn zum Beispiel VW und Opel neue Werke bauen. Die bauen Werke mit westlicher Produktivität. Wer dort arbeitet, kann auch Westlöhne beziehen. Das ist überhaupt kein Problem.

Nur, ich sage es nochmal, das ist nicht die ganze Landschaft, mit der wir es zu tun haben. Sondern wir haben – wir haben vorhin davon im Zusammenhang mit der Treuhand gesprochen – Betriebe, die sich in einer außerordentlich schwierigen Umstrukturierungsphase befinden, alte Kernbereiche der Industrie. Und ich sage noch einmal, da stellt sich die Frage natürlich ganz anders. Nehmen Sie einmal den

Tarifvertrag für die Metall-Elektro-Industrie, der mit diesem Stufensystem abgeschlossen ist und der - ausgehend von dem jetzigen Ostniveau - bedeutet, daß wir im nächsten Jahr Lohnsteigerungen zwischen 20 und 25 Prozent bekommen. Ich glaube, das ist unbestritten.

Ich sage es nochmal. Es wird eine ganze Reihe Betriebe geben, die können das machen, kein Problem. Es wird aber auch einige Betriebe geben, die können das nicht machen. Damit stellt sich für diese Betriebe ganz klar die Frage, ob sie jetzt nun zumachen müssen oder ob sie nicht zumachen müssen.

Sehen Sie das Beispiel Treuhandanstalt. Die Treuhandanstalt hat, wenn ich das richtig im Kopf habe, eine Lohnsumme zwischen 50 und 55 Milliarden DM. Wenn sie da 20 Prozent darauf tun, kommen sie auf eine Größenordnung von 10 Milliarden. Das sind zum großen Teil Betriebe, die sich in dieser schwierigen Umstrukturierungsphase befinden. Und ich sage es noch einmal: diese 10 Milliarden hat niemand. Wenn Sie die für die Löhne ausgeben, stehen sie für die Umstrukturierung nicht mehr zur Verfügung. Sie können jede Mark nur einmal ausgeben.

Das ist das Problem. Damit komme ich darauf zurück, und das ist meine Meinung: Man muß differenzierter nachdenken, auch die Gewerkschaften und die Arbeitgeber. Wir können nicht im Osten so verfahren wie im Westen. Das funktioniert nicht. Sondern wir müssen überlegen, gibt es Betriebe in dieser außerordentlich schwierigen Umstrukturierungsphase, die sozusagen nur noch deswegen am Leben sind, weil sie mit Liquiditätskrediten und sonstigen staatlichen Zuwendungen am Leben erhalten werden? Und für diese Betriebe kann doch nicht die gleiche Gesetzmäßigkeit gelten wie für ein florierendes Versicherungsunternehmen. Das kann doch nicht wahr sein!

Dafür, meine ich, müssen wir Antworten finden. Ich habe volles Verständnis für die Gewerkschaften. Ich habe auch mit vielen Gewerkschaftern gesprochen. Die sind natürlich auch nicht in einer einfachen Lage, weil die Leute sagen: So, ich arbeite hier acht Stunden in meinem Betrieb, und der Kollege 100 km weiter macht dasselbe. Wieso kriege ich eigentlich weniger? Das ist ja auch verständlich. Das ist die eine Seite. Das ist der Druck, dem die Gewerkschaften vor Ort ausgesetzt sind.

Auf der anderen Seite stehen die wirtschaftlichen Zusammenhänge, über die hier gesprochen worden ist. Wenn Sie jetzt, das habe ich auch getan, in die Betriebe gehen, und Sie sprechen mit Mitgliedern von Betriebsräten und sagen, Junge, ihr seid in so einer schwierigen Umstrukturierungsphase, wo liegt denn eure Priorität, Arbeitsplatz oder Einkommen? Dann werden Sie in der Regel feststellen, zumindest nach meinen Erfahrungen, daß die Leute sagen, dann lieber doch etwas weniger Einkommenssteigerung, aber Sicherung der Arbeitsplätze.

(Beifall)

Deswegen möchte ich – ohne mich da einzumischen, das ist auch gar nicht meine Aufgabe – wirklich dringend appellieren an die Gewerkschaften und auch an die Arbeitgeber, daß wir wegkommen von diesen pauschalen Vereinbarungen und differenziert auf die Situationen der Betriebe, in denen sie sich jeweils befinden, Rücksicht nehmen.

Wir haben nur wenig Zeit. Die nächsten ein, zwei, drei Jahre werden nach wie vor sehr schwierig sein. Ich meine nicht, daß wir es uns leisten können, Tarifpolitik ohne Rücksicht auf die Beschäftigungswirkung zu machen. Umgekehrt können wir keine Tarifpolitik machen, die nicht darauf aufpaßt, daß der Abstand zwischen Ost und West nicht größer wird, sondern sich schrittweise angleichen muß.

Für diese beiden Dinge müssen wir eine Lösung finden. Ich sage es noch einmal. Sie ist fast von Betrieb zu Betrieb unterschiedlich. Deswegen pauschale Übernahme der Tarifpolitik aus dem Westen und ihrer Erfahrungen – im Osten funktioniert das nicht. Und dem müssen die Tarifpartner, wie ich meine, mehr als bisher Rechnung tragen. – Danke schön.

(Vereinzel Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Herr Dr. Ludewig, abstrakte Beschlüsse dazu befinden sich – glaube ich – bereits in einigen Parteitageunterlagen der CDU. So richtig wirksam geworden in der Praxis sind sie leider noch nicht.

Es haben sich einige gemeldet, bei denen ich nicht genau erkennen kann zu welchem Thema. Wir haben aber soviel Wortmeldungen, daß ich einfach einmal ein paar nacheinander aufrufen möchte. – Herr Pinger bitte.

**Prof. Dr. Winfried Pinger:** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte auch zunächst etwas sagen zu den Tarifabschlüssen und den Auswirkungen. Wenn man Tarifabschlüsse hat, wie sie getätigt worden sind bis 1994, die höher sind, als die Produktivität es zuläßt, in vielen Bereichen, nicht in allen Bereichen, heißt das zwangsläufig Arbeitsplatzvernichtung. Und es heißt zwangsläufig, daß neue Arbeitsplätze unter den Bedingungen nicht geschaffen werden können. Wenn man meint, das sei die richtige Politik und man wolle sie fortsetzen, dann muß man aber auch sehen, daß es so ist.

Nun hat Herr Schommer dafür zwei Gründe genannt, warum das wohl auch in Zukunft so weitergemacht werden soll, nämlich man will neue Industrien, die eine hohe Produktivität erlauben. Das wird jeder unterstreichen. Es ist aber die Frage, ob in drei Jahren die notwendige Masse vorhanden ist, damit diese hocheffizienten Arbeitsplätze geschaffen werden können. Die Antwort kann nur lauten: Nein!

Wer wird denn jetzt für die nächsten drei Jahre weniger effiziente Arbeitsplätze schaffen, wo er doch weiß, daß er in 6 oder 8 oder 10 Jahren diese Arbeitsplätze braucht, das heißt, man wird durch eine solche – wie ich sage – verfehlte Politik keine Investitionsentscheidungen so oder so beeinflussen können, man vernichtet Arbeitsplätze.

Den zweiten Grund, den haben Sie auch genannt, Herr Schommer, nämlich man hat einen offenen Arbeitsmarkt, hat Flexibilität. Das ist ein gewichtiger Gesichtspunkt, der auch immer wieder diskutiert wird. Nur frage ich mich, ob einer, der überlegt, in die alten Bundesländer zu gehen, deshalb dorthin geht, weil er sagt, ich will in dem einen Fall, wie es jetzt angelegt ist, in 3 Jahren oder in etwa die gleichen Löhne haben wie im Westen, oder im anderen Fall, was ich für richtiger hielte, das Ganze zu strecken und zu sagen, das kommt in 8 oder 10 Jahren.

Frage: Kann es denn wirklich darauf ankommen, die – ich sage – wenigen hier in den neuen Bundesländern zu halten unter dem Gesichtspunkt, ich will aber möglichst bald, nämlich schon in drei Jahren, die gleichen Löhne bekommen, wenn eine Perspektive bestände – und sie besteht ja dann -, daß die gleichen Löhne dann kämen nicht in drei Jahren, sondern in sechs Jahren, dann würden die meisten wohl doch hierbleiben. Deshalb möchte ich unterstreichen, die Politik, die jetzt betrieben wird, ist eine Politik der Arbeitsplatzvernichtung.

Ich unterstreiche auch, was Herr Necker gesagt hat: Das ist verfassungswidrig. Die Tariffreiheit ist in der Verfassung verankert. Aber da diese Tarifabschlüsse getätigt worden sind unter sozialistischen Strukturen, noch unter planwirtschaftlichen Struktu-



ren, zum Teil vor dem 3. Oktober 1990, halte ich diese Abschlüsse unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten – und das ist unsere freiheitliche Verfassung – nicht für verfassungsgemäß. Sie sind nichtig und für nichtig zu erklären.

Sieht man dies anders, kommt die Frage, was kann man denn wenigstens in Zukunft tun, dabei unterstellt, man hält die Politik, die man jetzt betrieben hat, für verfehlt. Die Möglichkeit wäre, künftige Tarifverträge, wenn sie dann wieder so unsinnig wären, nicht für allgemein verbindlich zu erklären, um damit wenigstens denen, die ausscheren wollen, die den Verband verlassen wollen, die Möglichkeit zu geben, da herauszugehen und Arbeitslöhne zu zahlen, die auch tragbar sind. Das ist keine sehr populäre Geschichte, wäre aber eine Politik der Arbeitsplatzzerhaltung und der Ermöglichung neuer Arbeitsplätze.

Nur von Flexibilität zu sprechen und branchenspezifisch, und es tut sich nichts, das kann nicht die Politik sein. Nun kann man sagen, die Politiker sollen sich da raushalten. Wir werden auch von den Gewerkschaften immer wieder angegangen, diese oder jene Politik sei falsch. Dann müßte es auch uns möglich sein zu sagen, diese Politik der Gewerkschaften ist verfehlt und ist das Gegenteil von dem, was die neuen Bundesländer brauchen.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich kurz noch etwas zur Treuhandanstalt sagen. Wir brauchen gesunde Arbeitsplätze. Was heißt gesund? Gesund heißt wettbewerbsfähig. Ich kann die Treuhand nur ermutigen, ihren Kurs weiterzufahren. Wenn jetzt in der neueren Zeit gesagt wird, wir schaffen eine neue Staatsholding und dabei Reservate für Betriebe, die nicht sanierungsfähig sind, frage ich, wo hört das an, wo hört das auf? Das heißt Subventionen auf Dauer, und das kann keine Lösung sein. Das klingt hart und ist auch hart; aber ich glaube nicht, daß wir uns Jahr für Jahr Milliardenbeträge leisten können in nicht gesunde, veraltete Strukturen, daß wir da Subventionen zahlen.

Schlußbemerkung: Es wird gesprochen von der Treuhand, von Tochterunternehmen. Wovon viel zu wenig gesprochen wird, ist der Mittelstand, der hier ermöglicht werden müßte. Ich meine, daß wir im Hinblick auf einen Mittelstand, der ja hier erst aufgebaut werden muß, auch die Rahmenbedingungen überprüfen müssen. Unsere Rahmenbedingungen sind viel zu sehr ausgerichtet auf die Unternehmen, die aus dem Westen kommen und hier investieren. Das sind hervorragende Rahmenbedingungen. Für die mittelständischen Unternehmen, die hier kein Eigenkapital haben und von der Abschreibung nicht viel haben, sind die Bedingungen nicht adäquat. In der Richtung, meine ich, sollte man überlegen, damit neue zusätzliche Arbeitsplätze gerade vom Mittelstand, der hier ist, geschaffen werden können.

Danke.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Wenn es uns weiter gelingen soll, das hier in Form eines Gesprächs abzuwickeln, dann muß ich an alle appellieren, sich vergleichsweise kurzzufassen. Wir schaffen es sonst nicht. Wir haben ganz, ganz viele Wortbeiträge, und ich denke, wir möchten auch auf keinen einzigen verzichten.

Eine ganze Reihe bezieht sich jetzt weiter auf die Lohnpolitik. Ich möchte vorschlagen, daß wir dazu einen Block bilden. Ich denke, Herr Schwarz-Schilling, Sie hatten eben ein paar mal gewinkt. Vielleicht läßt sich Ihr Zettelchen auch auf diesen Punkt konzentrieren.

**Dr. Christian Schwarz-Schilling:** Die Deutsche Bundespost ist das größte Unternehmen, hat die höchste Lohnsumme in den neuen Bundesländern mit rund 25 Milliarden Mark, beschäftigt 125 000 Menschen. Allein bei den Postdiensten beträgt der Anteil der Löhne am Ergebnis 75 Prozent.

Jetzt müssen Sie sich einmal diese Fakten überlegen. Ich möchte ganz klar sagen, mir wäre es auch lieber, wenn ich dem Postzusteller in Berlin, in den ehemaligen Westsektoren, sagen könnte: Halte du doch etwas an mit deinen Lohnsteigerungen und schau dir mal deinen Kollegen drüben – jetzt in dem Sinne der alten Mauer noch, die jetzt eingerissen ist – an, damit der recht bald auf dein Niveau kommt.

Wir müssen feststellen, daß es diese Solidarität zumindest beim letzten Lohnabschluß nicht gegeben hat – und zwar auch im öffentlichen Dienst nicht. Ich möchte sagen, es hat keinen Zweck, allen Erwartungen in die Augen zu streuen, die nicht erfüllt werden können. Genau das, was Herr Ludewig gesagt hat, daß wir hier nur über Differenzierungen ein Stück vorankommen, wäre der Weg in die Zukunft.

Im übrigen hatten wir in den 50er Jahren solche Differenzierungen, das hat man nur vergessen. Denn das Ergebnis der fast gleichartigen Lebensverhältnisse war das Ergebnis von 30 Jahren Arbeit in der Bundesrepublik Deutschland-West und nicht der Anfang und der Ausgangspunkt. Wenn wir so angefangen hätten, daß in Schleswig-Holstein die gleichen Löhne gezahlt werden müssen wie in Frankfurt, hätten wir diesen Wiederaufbau nie zustande gebracht!

(Vereinzelt Beifall)

Aber jetzt stehen wir vor der Frage: Was können wir uns denn leisten? Nun muß ich Ihnen sagen, Herr Erler, zu Politik soll sich raushalten; ich bin ja in einer Zwittersituation. Hier sind drei Unternehmen, die ohne einen Pfennig Steuergeld durch diese schwierige Lage hindurchsteuern und sich in entsprechender Weise auch noch in den Bilanzen einigermassen nicht als eine Katastrophe darstellen sollen – also, auf der anderen Seite politisch verantwortlich.

Erster Punkt: Ich halte es für absolut legitim, daß die Politik – und das ist im übrigen auch im Stabilitätsgesetz gesagt – bei entsprechenden Verhältnissen, um der Stabilität zu entsprechen, ihre Auffassung sagt. Verantwortung tragen die Tarifpartner, und die hat ihnen noch kein Mensch weggenommen, auch wenn ein Regierungsmitglied sagt: Ich bin der Auffassung, es liegt etwa, wenn ich das und das Wachstum unterstelle, im Rahmen der und der Prozentsätze, damit wir Stabilität erhalten. Es ist sogar seine Pflicht.

Zweiter Punkt: Wir haben einen großen Bereich öffentliche Arbeitgeber. Da müssen wir sowieso als Politiker in Ländern, Städten und Gemeinden eine entsprechende Auffassung vertreten, denn wir sind auch Arbeitgeber. Also haben wir uns darüber zu äußern.

Dritter Punkt: Was ist jetzt in Realität möglich? Diesbezüglich möchte ich Ihnen sagen, eine Angleichung bis 1994 ist vollständig außerhalb jeder Realität.

(Vereinzelt Beifall)

Ein Prozent Lohnerhöhung im Westen ist für die Deutsche Bundespost ein Betrag von 287 Millionen Mark. Ein Prozent Lohnerhöhung in den östlichen Bundesländern ist ein Betrag von 47 Millionen Mark. Wenn wir nur ein Prozent weniger im Westen erhöhen, haben wir sechs Prozent mehr Anpassungsmöglichkeiten bei Lohnerhöhungen im Osten. Das muß man im Westen zur Kenntnis nehmen!

(Vereinzelt Beifall)

Wir können nicht von Solidarität reden, ohne diesen Zusammenhang klarzustellen.

Jetzt will ich ein zweites dazu sagen; ich glaube, es ist wichtig genug, wenn das größte Unternehmen hier einmal seine Zahlen nennt. Wenn Sie eine Anpassung von 60 auf 70 Prozent vom Westniveau vornehmen, wäre das eine Lohnerhöhung in den fünf neuen Bundesländern von etwas über 16 Prozent. Wenn Sie eine solche auf 80 Prozent vornehmen, wie es auch einige Politiker in unserer Partei gefordert haben, ist das eine Lohnerhöhung – bezogen auf die Löhne, die heute in den fünf neuen Bundesländern gezahlt werden – von über 33 Prozent. Daß das keiner bezahlen kann, der gerade am Rande eines ausgeglichenen Ergebnisses ist oder der sich bereits im Verlust befindet, darüber gibt es wohl keinen Zweifel.

Noch eins, Herr Schommer, was mir sehr wichtig erscheint, unabhängig von der Bundespost. Wenn das dennoch so gemacht wird, werden Sie nur Betriebe haben, die den großen Bruder im Westen haben und mit einem schnellen Kapitaleinsatz, wie Siemens oder Opel, die gleichen Arbeitsplatz-Voraussetzungen etablieren und die entsprechende Produktivität in entsprechender Weise machen können. Der kleine Handwerksmeister, der kleine Metallbetrieb, der keine Spritze aus dem Westen bekommt und der sich am Jahresende überlegen muß, kann ich mir zwei Maschinen leisten, kann ich mir noch die und die Werkzeugmaschine leisten oder nicht, wird mit Lohnerhöhungen dieser Größenordnung jegliche Möglichkeit, gerade Produktivität zu erzielen, verhindern.

(Vereinzelt Beifall)

Von daher möchte ich die Differenzierung sehen. Sie muß regional stattfinden, an den Grenzen Berlins oder an der Zonengrenze. Das ist auch nichts Schlimmes. Wenn in Frankfurt/Oder die Löhne um 5 oder 8 Prozent niedriger sind, kommen mehr Unternehmer und investieren dort, weil sie sagen, hier haben wir länger Möglichkeiten, mit niedrigeren Löhnen hohe Investitionen zu machen. Das ist doch die Marktwirtschaft, also sollten wir sie wirken lassen.

Dabei gleichzeitig strukturell differenzieren. Es kann nicht angehen, daß die Löhne nach Daimler-Benz oder Opel gemacht werden für denjenigen, der in der gleichen Branche ist. Das muß die Gewerkschaft genauso wie der Arbeitgeber sehen. Sonst werden wir eine chaotische Entwicklung der Tarifpartner bekommen. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Ich möchte vorschlagen, daß wir hier nicht eine Debatte darüber führen, ob wir uns überhaupt mit dem Thema befassen sollen. Ich denke, es ist wichtig genug, daß wir uns darüber austauschen. Ob jemand politische Verantwortung trägt im Ministeramt, er ist genauso von den Auswirkungen betroffen und muß deshalb die Chance haben, seine Meinung zu dem Thema zu äußern, wie alle anderen auch.

Ich denke, an dem Thema wird deutlich, was wir wirklich an Gratwanderung zu schaffen haben. Einerseits die Ungeduld der Menschen hier, die fragen: Wann bin ich denn imstande, mit den westlichen Lebenshaltungskosten hier halbwegs existieren zu können? Zum anderen die Sorge derer, die Unternehmen führen oder neue gründen wollen und sagen, wenn mir die Kosten jetzt schon weglaufen, dann wähle ich den Weg in die neuen Bundesländer nicht. Dann geht eine andere Hoffnung nicht in Erfüllung.

Diese beiden Hoffnungen über die Zeitschiene halbwegs erträglich zu organisieren, ich glaube, das geht tatsächlich nur mit einem höheren Maß an Bereitschaft zur Flexibilität, als das bisher die Tarifpolitik gekennzeichnet hat.

Möglicherweise sind wir in den westlichen Bundesländern dabei deutlich stärker gefordert, als es hier heute morgen bisher zum Ausdruck gekommen ist.

(Vereinzelt Beifall)

Das heißt Zurückhaltung bei uns als Chance hier. Ich möchte dazu dem Bundesarbeitsminister das Wort geben.

**Dr. Norbert Blüm:** Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin eigentlich gekommen, um heute morgen hier zuzuhören, ganz besonders die Parteifreunde aus den neuen Bundesländern zu hören. Aber an einer Stelle muß ich mich doch zu Wort melden, entgegen meinen besten Absichten: Die Tarifverträge für nichtig zu erklären – also da warne ich, mit dem Feuer zu spielen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn das die Botschaft dieses Parteitages wird, dann widerspreche ich dem mit aller Entschiedenheit. Wir können nicht Tarifautonomie aufbauen und im ersten Schritt Tarifverträge für nichtig erklären. Wir zerstören uns alles, was für Partnerschaft, Kooperationsfähigkeit, Tarifvertragsfähigkeit notwendig ist. Da ist nämlich der gute Wille beider Seiten notwendig.

Ich gebe zu, daß das sogar ein Trainingsprogramm ist, mit dem im Westen auch über Jahre gelernt wurde. Alles in allem hat die Tarifautonomie bisher funktioniert. Sie hat uns das abgenommen, was die Planwirtschaft immer leisten mußte, daß staatliche Bürokratien Verteilungspolitik machen. Und jetzt rufen wir, während das zarte Pflänzchen entsteht, wieder nach Autoritäten.

Im übrigen: Denen, die Klassenkampf wollen, könnte das nur recht sein; denn die größte Errungenschaft, die mit dem Tarifvertrag verbunden ist, ist die Kompromißfähigkeit. Wenn ich den Staat im Spiel habe, ist die Konfrontation im System eingebaut, wobei man sehr wohl diskutieren kann, wie die Tarifautonomie genutzt wird, verantwortungsvoll, mit neuen Instrumenten.

Ich habe gestern schon einmal von der Ertragsbeteiligung gesprochen. Das würde auch Unternehmen entlasten, jedenfalls beide Tarifpartner von der Angst befreien, daß sie über den Tisch gezogen werden. Die Arbeitnehmer, daß sie zu niedrig abschließen und deshalb etwas preisgeben; bei einer Ertragsbeteiligung würden sie das, was zu niedrig war, anschließend wieder wettmachen. Die Unternehmer, daß sie zu hoch abschließen; ja, wenn es keinen Ertrag gibt, gibt es anschließend auch nichts zu verteilen.

Notwendig ist etwas mehr Phantasie, auch bei den mehrjährigen Tarifverträgen. Ich glaube, daß man die Hoffnung und Erwartung der Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern auch dadurch entspannen und beruhigen kann, daß man ihnen eine langfristige Perspektive gibt. Ich weiß, daß nicht von heute auf morgen Gleichheit hergestellt ist, aber Licht am Ende des Tunnels halte ich für eine wichtige psychologische Voraussetzung dafür, daß die Leute mit ihrer Heimat auch Hoffnung verbinden. Die deutsche Einheit kann doch nicht heißen, daß die jungen Leute abhauen.

Herr Necker, wie Sie kämpfe ich an der Front der Arbeitskosten und Lohnnebenkosten – manchmal etwas einsam. So habe ich die Arbeitgeber bei der Gesundheitsreform nicht an der Front gesehen – bis zum heutigen Tage nicht!

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe sie nicht gesehen, als es darum ging, mit dem Pharmabereich einen Kampf um die Lohnnebenkosten aufzunehmen. Ich habe sie nicht gesehen in den Selbstverwaltungsorganen der Krankenversicherung. Sagen Sie mir, wo ein Vorschlag der Arbeitgeber am Widerstand der Arbeitnehmerseite gescheitert wäre.

Dennoch, diese Gesundheitsreform ist im Selbstverwaltungsbereich eine Nulllösung. Nichts ist geschehen, weder Stichproben, weder Wirtschaftlichkeitsprüfung. Festbeträge sind hängengeblieben, obwohl sie in Holland bis 100 Prozent durchgesetzt wurden. Das sind alles Aufgaben der Selbstverwaltung. Selbst das Modell Beitragsrückgewähr, wozu die Gesundheitsreform die Möglichkeit gibt – das wird von den Arbeitgebern gefordert, aber sie haben übersehen, daß sie es machen könnten.

Es hat sich die Arbeitsteilung herausgestellt, die Klagen in Bonn abzuladen. Wenn die Arbeitgeber halb so viel selbst machten, wie sie sich in Bonn beklagen, hätten wir den größten Teil der Probleme bei der Gesundheitsreform gelöst.

(Beifall)

Liebe Freunde, wenn ich schon dabei bin, dann sollten wir doch einmal unser eigenes Licht nicht unter den Scheffel stellen. Die Soziallastquote ist gesunken seit 1982. Hätten wir noch die alte Soziallastquote seit 1982, müßten 95 Milliarden DM mehr gezahlt werden. Die Soziallastquote ist freilich eine Verhältniszahl, das weiß auch ich. Aber eines darf nicht vergessen werden: Die Lohnzusatzkosten im betrieblich-tariflichen Bereich sind proportional gestiegen, während die gesetzlichen proportional gesunken sind.

Jetzt die Preisfrage: Wer ist für die betrieblichen und tariflichen Kosten zuständig? Meines Wissens immer zwei unterschreibende Seiten.

Zur Rentenversicherung: Wir werden am Ende der Legislaturperiode einen niedrigeren Beitrag haben als am Anfang. Wir hatten in unserer Regierungszeit schon einmal 19,2 Prozent. Im Moment haben wir 17,7 Prozent. Liebe Unternehmer! Liebe CDU! Liebe Arbeitnehmer! Klatscht doch einmal dazu, daß wir Lohnnebenkosten zurückgedrängt haben, daß wir etwas erreicht haben, daß wir in der Rentenreform Beitragszahler, Arbeitgeber und Arbeitnehmer entlastet haben. Wir werden 1995 um 0,8 Prozentpunkte unter jenem Beitragssatz liegen, den wir selbst bei Verabschiedung der Rentenreform geschätzt haben. Dabei wußten wir damals noch nichts von der deutschen Einheit! Bei 18,2 Prozent beschwert sich die Deutsche Bundesbank; bei 19,0 Prozent, die sie selbst geschätzt hatte, hat sie nichts gesagt. Deshalb wird man doch einmal fragen dürfen, ob wir die Lohnzusatzkostendiskussion nicht etwas sachlicher führen sollten. Ich bin mit von der Partie, Lohnnebenkosten und Arbeitskosten zurückzudrängen, aber ich wehre mich dagegen, daß wir unser eigenes Licht unter den Scheffel stellen.

(Beifall)

Die Gesundheitsreform hat in drei Jahren den Beitragszahlern 53 Milliarden DM gespart. Das ist der größte Sparerfolg in der ganzen Nachkriegszeit! Liebe CDU, warum verkünden wir das nicht einmal? Ich bin dafür, daß wir diskutieren und noch besser werden. Aber ich bin auch dafür, daß wir unsere Fortschritte messen und bekanntmachen.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß unter dem Dach der Sozialversicherung ein gigantischer Transfer von West nach Ost stattfindet. Allein 49 Milliarden Mark im nächsten Jahr, das sind vier Beitragspunkte, von West nach Ost. Es wird doch wohl niemand glauben, daß die 6,3 Prozent der Arbeitslosenversicherung auf Dauer 6,3 Prozent bleiben. Würden Sie auf Dauer 6,3 Prozent bleiben, hätten wir nicht sozialpolitisch versagt, dann hätten wir wirtschaftspolitisch versagt. Dies hieße ja Dauerarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern.

Noch ein letzter Satz, Frau Vorsitzende. Ich weiß, daß hohe Arbeitskosten sich auf die Beschäftigung auswirken; allerdings sind sie nicht der einzige Faktor, denn sonst

müßte England ein blühendes Land sein. Die haben niedrigere Arbeitskosten, aber ein geringeres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, und ihre Steigerungen sind geringer als jetzt. Dann müßte der „Erfolg“ von John Major, sich in der Sozialcharta abzuhängen, jetzt zu einem boomenden England führen. Sie brauchen keine Angst zu haben, das wird leider nicht boomen, weil, wie ich glaube, ein wichtiger Faktor – und den sollten wir hegen und pflegen in Deutschland – eine Kultur der sozialen Partnerschaft fehlt.

Qualifizierte Arbeitnehmer: das ist der wichtigste Produktionsfaktor. Das Maß von Qualifikation hier in den neuen Bundesländern gibt es nicht in vielen Ländern Europas. Laßt uns diesen Standortvorteil auch einmal herausstellen und nicht nur jammern und klagen, sondern die großen Angebote und Fortschrittmöglichkeiten in den neuen Bundesländern herausstellen. Aber spielen wir nicht mit dem Feuer, soziale Partnerschaft und Tarifpartnerschaft auf dem ersten Schritt in die deutsche Einheit in Frage zu stellen. Dem stelle ich mich entgegen.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Der Bundesarbeitsminister ist alles losgeworden, was er sagen wollte.

(Heiterkeit)

Hier sitzen nicht nur Unternehmer. Ich denke, hier sitzen Teilnehmer am Forum, die über die schwierige Frage – vielleicht geht das wirklich nur zumindest mit einem geringen Streit – miteinander reden wollen, wie bringt man die Hoffnung der Menschen auf eine schnelle Angleichung der Lebensverhältnisse mit der notwendigen Zurückhaltung und Dämpfung der Kosten in Einklang, damit die Arbeitsplätze entstehen, die ihnen diese Sicherheit gewährleisten?

(Vereinzelt Beifall)

Da hilft alles Jammern und Klagen nicht. Auf diesen Weg müssen wir uns begeben.

Einer, der das mit bestreiten, beschreiben, erleben, dafür werben muß, sitzt neben mir. Er möchte zu dem Punkt noch etwas sagen.

**Dr. Kajo Schommer:** Nur drei Sätze, weil ich das Gefühl habe, hier entsteht ein falscher Eindruck:

Die Staatsregierung ist nicht Tarifpartner. Deshalb kann sie auch nicht direkt Einfluß nehmen. Das will sie auch nicht.

Die Staatsregierung sieht schon die Problematik steigender Löhne, und zwar auch auf das Investitionsklima.

Ich habe gesagt, und das ist das Entscheidende, gefordert ist mehr Kreativität auch in der Tarifpolitik.

Erstens mehr Zurückhaltung und gerade Zurückhaltung im Westen, weil dies direkt auf uns durchschlägt.

Zweitens mehr Differenzierung und Flexibilität in der Lohnpolitik. Herr Schwarz-Schilling, auch dies habe ich gefordert. Wir haben über die Thematik gesprochen.

Als drittes noch einmal mehr Kreativität, denn wir müssen eins sehen: Wenn wir den Frauen – der größten Gruppe –, die ganz besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, helfen wollen, sind hier ganz besonders die Gewerkschaften mit einer kreativeren Tarifpolitik gefordert, als dies bis heute der Fall ist. Nur so können wir auch hier einen ganz entscheidenden Beitrag leisten, hier für die Situation im Osten. – Danke.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Herr Trageser, bitte.

**Karl Heinz Trageser:** Ich möchte die Frage, die die Frau Vorsitzende hier gestellt hat, nach dem Beitrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung aufgreifen und auch zu dem, was Herr Minister Schommer gesagt hat – zu mehr Phantasie in der Tarifpolitik – gerne ein Wort sagen.

Es geht um die Hoffnung der Menschen, haben Sie gesagt. Die Lebensbedingungen angleichen, möglichst schnell. Auf der anderen Seite aber auch Schritt halten im investiven Bereich mit dem, was möglich ist.

Meine Damen, meine Herren! Selbst auf die Gefahr hin, daß Sie als Praktiker aus Handwerk, Industrie, Gewerkschaftsarbeit und Tarifpolitik mich belächeln, möchte ich einen Vorschlag auf den Tisch legen, der uralt ist und der diskutiert wird, seit Soziale Marktwirtschaft diskutiert wird, nämlich die Frage des Investivlohnes. Wenn es eine Situation gibt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland; abgesehen von der Gründerzeit 1948/49, dann ist es die heutige, die nach diesem Instrument ruft. Mein Ruf geht hier an die Unternehmerverbände und an die Gewerkschaften. Wer hindert uns eigentlich – ich weise auf das hin, was Herr Ludewig sagt – differenzierter vorzugehen? Wer hindert uns eigentlich daran zu sagen, wir machen Lohnabschlüsse, konsumtive Lohnabschlüsse, die in den Verbrauch fließen in einer Höhe – ich greife eine Zahl von X - von vier Prozent? Und wir schaffen einen weiteren zusätzlichen Investivanteil, der Herrí Neckér zum Beispiel bei seinem Problem in seinem Betrieb helfen würde, von sechs oder vier Prozent, ich weiß es nicht, um die Höhe muß man streiten zwischen den Tarifpartnern. Da will ich mich auch nicht hineinhängen.

Investivfonds nicht als großer Superfonds, sondern branchenorientiert, weil der Egoismus der Branchen eine große Rolle spielt. Das gilt für Handwerk, für Mittelstand wie für die Großen.

Wir hätten, meine ich, auf der einen Seite eine Teilhabe derjenigen, die dabei sind, eine produktive, effiziente Wirtschaft in diesem Teil der Bundesrepublik aufzubauen. Wir hätten einen Ertrag, der auf der Kapitalseite, auf der Investitionsseite nicht nur den Kapitaleignern gehört.

Ich frage mich auch: Was ist mit den ganzen staatlichen Investitionshilfen, die in diese Phase hineinfließen? Werden sie allein im Bereich der Anteilseigner, der jetzigen und künftigen, landen, oder ist hier nicht eine Chance, die Arbeitnehmer zu beteiligen?

Ich will schließen. Der in diesem Jahr verstorbene Oswald von Nell-Breuning hat gesagt – das ist 25 Jahre her -, daß unsere Tarifpartner an dem hochdifferenzierten Gebilde unserer Volkswirtschaft mit einem Instrumentarium aus der Steinzeit operieren. Ich habe den Eindruck, daran hat sich bis heute nichts geändert.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Vielen Dank. – Herr Wissmann, bitte.

**Matthias Wissmann:** Meine Damen und Herren! Ich will den Streit über die Tarifpolitik nicht verlängern. Aber ich muß offen sagen, bei manchen Wortmeldungen frage ich mich, ob wir uns eigentlich alle darüber im klaren sind, daß wir neben der gewaltigen Herausforderung in Ostdeutschland, die hier beschrieben wird, in den nächsten Jahren einen wesentlich verschärften europäischen und globalen Wettbewerb haben werden.

(Beifall)

Die ersten Auswirkungen dieses Wettbewerbes werden für jeden, der genau beobachtet, bereits sichtbar: Maschinenbau Westdeutschland/ Ostdeutschland in den letzten Monaten 30 Prozent Rückgang der Auftragseingänge aus dem Ausland. Automobilbereich – und das muß ein Warnzeichen sein für jeden, der weiß, wie wir von der Automobilindustrie und ihren Zulieferern in Westdeutschland und auch in den neuen Bundesländern abhängen – eine Entwicklung auf dem amerikanischen Markt, die ausgesprochen bedrohlich ist. 700 000 Wagen hat VW vor Jahren noch in den USA verkauft, jetzt noch unter 100 000. Gesamter Marktanteil der Europäer in den USA unter 5 Prozent, der der Japaner bei 30 Prozent, und eine jüngere Studie des MIT Boston „link production“ - „schlanke Produktion“ - sagt uns: Die beste Automobilfabrik in Europa, Daimler-Benz in Sindelfingen, gibt für Nacharbeit und Qualitätskontrolle genau so viel aus wie der vergleichbare japanische Wettbewerber für die Produktion selbst. Keine der Firmen hat denselben Produktivitätsgrad erreicht wie der vergleichbare japanische Wettbewerber.

Jetzt bin ich sehr dafür, über Lohnzusatzkosten zu reden und sie in ihrer Bedeutung zu minimieren. Aber, lieber Herr Blüm, trotz all dem, was Sie mit großer Kraftanstrengung – auch mit unserer Unterstützung – versucht haben und wovon wir Respekt haben, haben wir immer noch die mit Abstand höchsten Lohnzusatzkosten im weltweiten Vergleich. Wir können dabei nicht bleiben, wenn wir die Position Deutschlands behaupten wollen. Ich glaube, das müßte doch jedem Sozialpolitiker und Wirtschaftspolitiker klar sein. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, daß sich die Ausgangsbedingungen nicht verschlechtern.

(Vereinzelte Beifall)

Frau Vorsitzende, meine Bitte ist, daß wir hier in unsere Gedanken die Überlegung einbeziehen, wir können die Kraftanstrengungen in Ostdeutschland und in Mittel- und Osteuropa wirtschaftspolitisch nur leisten, wenn uns die Dynamik auch der westdeutschen Wirtschaft in den wesentlichen Teilen erhalten bleibt und wenn wir uns fähig zeigen, die globalen und europäischen Herausforderungen zu meistern.

Nach meinem Erachten – ich sage das hier offen, auch wenn das kontrovers ist – diskutieren wir auch in der Union viel zu sehr über die Frage, was wir jetzt den Menschen neu versprechen können, und viel zu wenig darüber, wie wir in dem verschärften Wettbewerb der Zukunft Besitzstände erhalten und Strukturreformen einleiten können, und das müßte ein Thema sein, wenn wir über neue Herausforderungen auch in diesem Arbeitskreis sprechen.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Erst einmal muß ich sagen, ich kann hier oben keine weiteren Wortmeldungen mehr annehmen, denn wir haben genug abzuarbeiten. Ich möchte noch einmal an Sie alle appellieren, sich relativ kurz zu fassen, damit es wirklich zu dem Gedankenaustausch kommt, zu dem wir uns hier verabredet haben.

Mit den Meldungen zur Tarifpolitik sind wir nun durch. Ich möchte auch die, die jetzt in den nächsten anderthalb Stunden das Wort bekommen, bitten, nicht noch einmal dahin zurückzugehen, sondern jetzt andere Schwerpunkte in dem Gespräch zuzulassen.

Ich darf als nächsten Herrn Prof. Sterzenbach bitten.

**Prof. Dr. Rüdiger Sterzenbach:** Schade, daß ich so spät drankomme, aber vielleicht beschäftigen die Fragen, die mich beschäftigen, dieses Forum nicht.



Ich kann hier vorn lesen: „Soziale Marktwirtschaft vor neuen Herausforderungen“. Darunter steht dann: „CDU“. Ich weiß nicht, ob man in diesem Kreis vielleicht andere Publikationen liest als ich sie lese. Aber in der letzten Zeit konnte man in bezug auf die Soziale Marktwirtschaft und die Kompetenz der CDU nicht notwendigerweise Gutes lesen. Sind wir heute schon so weit, daß wir diese Dinge so ad acta nehmen können, daß wir heute gar nicht darauf eingehen?

Ich habe in der jüngsten Publikation lesen können „katholische SPD“. Ich muß Ihnen sagen, ich bin erstens evangelisch; das läßt sich ja vielleicht noch regeln. Aber in die SPD wollte ich eigentlich nicht. Das ist etwas, was mich sehr beschäftigt, wo ich heute morgen trotz vieler Einzelanregungen eigentlich nichts Grundsätzliches gehört habe.

Herr Schommer, wissen Sie, die Gegner der Marktwirtschaft sind einfach auszumachen. Aber bei Ihren Ausführungen beschäftigen mich zwei Dinge. Sie sagten, es gibt noch zwei Wirtschaftsminister. Ich habe mir die ganze Zeit überlegt, wo ist das Problem? Sind die zwei Minister die Ursache der fehlenden Kompetenz, die andere Leute meinen, oder sind die zwei Minister das Ergebnis der fehlenden Kompetenz?

Wissen Sie, mich erschreckt eines in Ihren Ausführungen. Sie sind für Marktwirtschaft, wo Sie meinen, daß Marktwirtschaft von Nutzen ist. Aber Sie gehen sehr schnell zu fließenden Übergängen und planwirtschaftlichen Ansätzen, wo Sie meinen, daß Marktwirtschaft nicht zu nutzen ist.

(Vereinzelt Beifall)

Sie schaffen in meinen Augen künstliche Gegensätze zwischen Arbeitsplätzen und Marktwirtschaft. Dort, wo Arbeitsplätze gefordert sind, versagt in ihren Augen die Marktwirtschaft. Mir gefällt das nicht so, weil ich die Sorge habe, daß das mittlerweile ein Gedankengut ist, wo die CDU nicht mehr weiß, wo es herkommt.

Mich beschäftigt ein zusätzlicher Gedanke. Ich kann nur entzünden, was in mir brennt. Ich habe die große Sorge heute morgen hier gehabt, daß die eine oder andere Wortmeldung wirklich nicht mehr zu einem Entzünden der Marktwirtschaft führen kann, weil hier – nicht böswillig, aber im Laufe der Jahre – doch ein Gedankengut sich zeigt oder sich bei uns eingeschlichen hat, das nicht notwendigerweise mit den Gedankengängen, gleichgewichtigen Gedankengängen des Sozialen und der Marktwirtschaft konform ist. Diese Gedankengänge sind bei mir verstärkt worden, daß ich lange Zeit das Gefühl bei den Ansätzen hier hatte – Herr Necker, ich danke Ihnen für Ihre Wortmeldungen – daß man sich nur Gedanken macht, wie können wir wo noch besser verteilen. Ich habe heute morgen nur sehr, sehr wenige Ansätze gehört, wie können wir wo noch mehr auf effiziente Art und Weise erst beschaffen, bevor wir an das Verteilen denken.

(Beifall)

Ich glaube, ein Wesenszug, der mittlerweile sehr gefährliche Züge in unserer Partei angenommen hat.

Meine Damen und Herren! Ich möchte es sehr kurz machen. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir uns einmal wieder auf das besinnen würden, was wirklich Soziale Marktwirtschaft ist, und nicht glauben, mit einem Verteilungsfetischismus die Probleme zu lösen und all das, was nicht paßt, in die Wurzeln der Marktwirtschaft zu schieben. Ich bin der Meinung, hier liegen eklatante Mißverständnisse der Marktwirtschaft vor.

Frau Breuel, ich weiß nicht, ob Ihnen das wichtig ist. Lassen Sie es sich von mir als CDU-Kreisvorsitzenden und als Volkswirtschaftler gesagt sein: Ich finde Ihre Arbeit, die Sie leisten, hervorragend, und wenn es einen Marktwirtschaftler gibt, dann sind Sie es. Ich möchte Ihnen einmal an dieser Stelle für diese Arbeit danken.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Obwohl – bis auf den letzten Satz – kann ich es mir nicht verkneifen zu fragen: Wo sind jetzt die Regeln, die wir nicht beachtet haben und die Sie uns empfehlen?

Es hat sich Herr Priesnitz gemeldet zur Überforderung des Mittelstandes am Standort Deutschland.

(Herr Walter Priesnitz meldet sich nicht.)

Dann müssen wir das leider abhaken und als erledigt betrachten. Die Zahl der Wortmeldungen ist nämlich reichlich. Es hat sich gemeldet Herr Milbradt mit Konsequenzen der Aufschwungstrategie für die Finanzpolitik.

**Prof. Dr. Georg Milbradt:** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich will nicht auf das vorige Thema zurückkommen. Nur eines scheint mir ganz klar zu sein, daß die Entscheidung für die Aufschwungstrategie politisch schon gefallen ist. Sie steht im Vertrag zur Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion und im Einigungsvertrag, nämlich die schnelle Herstellung gleicher Lebensbedingungen in Deutschland, und zwar – das muß man deutlich sagen – auf der Basis des westdeutschen Rechtssystems, das eingeführt worden ist. Wir reden also nicht über irgendwelche Alternativen, die wir noch wählen können. Die Alternativen sind politisch gewählt und juristisch in Form von Rechtsansprüchen umgesetzt.

Ich gehe nicht davon aus, daß es Ostdeutschland gelingt, in großem Umfange das herbeizuführen, was in Westdeutschland nicht gelungen ist, nämlich in bestimmten Bereichen mehr Marktwirtschaft durchzuführen. Wenn wir über den Abbau von Subventionen reden, über rentable Unternehmen, über das Nichtdurchfinanzieren von Staatsbetrieben, dann wird natürlich diese Kunde im Osten um so mehr an Glaubwürdigkeit gewinnen, wie es im Westen gelingt, sie durchzuführen. Nur, wenn man bereit ist, bei der Kohle 75 000 DM für den Kumpel über und unter Tage zu bezahlen, einschließlich der Sekretärin, und wenn die bisherige Kohlepolitik dazu führt, diese 75 000 DM auf 100 000 DM pro Kopf zu steigern, dann wird man einen Bergmann in der Lausitz nicht erklären können, weshalb wegen sechs oder sieben Mark Entschwefelungskosten der Tagebau dichtgemacht werden muß.

(Beifall)

Wenn wir über mehr Flexibilität reden, dann bitte nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. Ich habe eine ganze Menge gute Vorschläge gehört, die man ohne weiteres im Westen einführen könnte. Nur, sie werden dort nicht eingeführt. Es ist deshalb außerordentlich schwierig in einem gemeinsamen Staat, das immer nur einseitig zu tun.

Ich gehe also davon aus, die politische Strategie heißt, wir müssen im Osten innerhalb relativ kurzer Zeit nicht nur gleiche Lebens-, sondern auch gleiche Arbeitsbedingungen und gleiche Produktionsbedingungen schaffen.

Damit man sich über die Größe der getroffenen politischen Entscheidung einmal Rechenschaft gibt, möchte ich auf einige Zahlen aus dem Sachverständigenratsgutachten zurückgreifen, aber auch auf andere Kalkulationen. Wir reden hier darüber, daß es mindestens in den nächsten zehn Jahren gelingen muß, privatwirtschaftliche Investitionen in der Größenordnung von 1 Billion DM im Osten durchzusetzen. In der Wirtschaftsförderung kostet ein neuer Arbeitsplatz 200 000 DM. 5 Millionen Arbeitsplätze rechne ich einmal grob, das wäre 1 Billion. Ähnliche Rechnungen gibt es ja auch in anderen Studien. Das heißt, wenn wir über zehn Jahre reden, 100 Milliarden DM Investitionen pro Jahr im Bereich der Privatwirtschaft. Wir sind im Augenblick bei 25 Milliarden DM.

Wenn wir gleiche Lebensbedingungen in Deutschland haben wollen, müssen wir natürlich auch die gleichen Infrastrukturbedingungen haben. Denn wenn die Löhne in zehn Jahren – ich rede also nicht von drei – angeglichen sein sollen, muß natürlich auch dieselbe Infrastruktur vorhanden sein. Die Infrastruktur wird aber nicht nur privat finanziert, sondern sie muß mit Steuergeldern finanziert werden. Hier reden wir über Größenordnungen, die irgendwo zwischen 400 und 600 Milliarden DM liegen. Wenn wir die Ökologie mit berücksichtigen, vielleicht sogar ein bißchen mehr.

Das haben wir durch unsere Entscheidung schon festgelegt, denn niemand will doch ein mezzogiorno im Osten. Wenn das aber so ist, dann sollte man sich über die Größe der Aufgabe, die man im Augenblick geschultert hat oder dabei ist zu schultern, im klaren sein und sagen: Das ist die größte Herausforderung, der sich die westdeutsche und gesamtdeutsche Wirtschaft und Gesellschaft in den nächsten Jahren gegenüber sieht. Dann ist es nicht mehr möglich, das richte ich an den Kollegen Blüm, über den Ausbau des sozialen Netzes usw. zu reden, sondern es geht zunächst einmal um diese Aufgabe. Diese kann man nicht auf Dauer über Kredite oder Auflösung von Rücklagen finanzieren, sondern die kann man nur dadurch finanzieren, daß in Gesamtdeutschland – ich sage jetzt nicht umverteilt wird, aber – neue Prioritäten gesetzt werden. Das habe ich auch alles gehört. Nur was heißt denn das konkret? Das heißt, im Augenblick ist eine Mark Umweltschutz im Bereich des Rheins weniger effizient als eine Mark an der Elbe, und die entsprechenden Konsequenzen müssen gezogen werden.

(Beifall)

Das gilt natürlich auch im Verkehrsbereich. Aber was ist beschlossen worden? 80 Prozent der Investitionen im Gemeinde-Verkehrs-Finanzierungsbereich sollen in den Westländern stattfinden, 20 Prozent in den Ostländern. Das ist genau die Pro-Kopf-Aufteilung! So ist die Einheit nicht herzustellen!

Wir sollten auch darüber reden, daß wir einen Staat haben, der Gleichheit und gleiche Lebensverhältnisse zum Ziel hat. Wir sind sozialpolitisch ein zentralistischer Staat, finanzpolitisch aber ein föderaler. Und wir müssen das, worüber ich jetzt geredet habe, im Sinne einer föderalen Ordnung lösen. Da kann ich nur schlicht sagen, wer meint, der Aufbau Ostdeutschlands wäre mit sinkenden Einnahmen für die ostdeutschen Länder finanzierbar, der irrt. Ostdeutschland ist nur aufbaubar, wenn die Ausgaben der öffentlichen Gebietskörperschaften – Bund, Länder, Gemeinden, von mir aus auch noch die Eisenbahn, die Post – im Osten pro Kopf höher sind als im Westen.

(Beifall)

Es muß also mehr investiert werden als im Westen. Die Löhne werden sich anpassen, für mich als Finanzminister an sich schon eine Horrorvision, weil das bedeutet, daß ich hier in Sachsen von 140 000 Beschäftigten auf 95 000 herunter muß, um überhaupt diese Löhne bezahlen zu können. Das werden wir irgendwie machen. Das ist die Anpassung, die wir hier realisieren werden.

Im Bereich der Sozialpolitik werden wir bei niedrigen Einkommen – denken Sie an Wohngeld, BAFÖG usw. – pro Kopf mehr ausgeben als im Westen.

Es wird uns auch nicht das Wunder gelingen, eine schlankere Verwaltung als im Westen zu schaffen, das heißt Produktivitätsgewinn in diesem Bereich. Wenn das so ist, dann möchte ich – bitte schön – auch in einer Parteidiskussion, die hier unter dem Stichwort Einheit läuft, einmal definiert haben, wie wir als Partei der Einheit, die 1994 im Osten wie im Westen wiedergewählt werden will, dieses Problem nun lösen.

In dieser Hinsicht stelle ich fest, daß im Vermittlungsausschuß darüber geredet wird, wie zusätzliches Geld aus der Mehrwertsteuererhöhung nach Westdeutschland transferiert werden kann – unter irgendwelchen Titeln, sei es Konversionsprogramm oder Strukturhilfe oder wie auch immer.

Wir haben noch gar nicht begriffen, daß wir jetzt und ich meine wirklich die nächsten 12 Monate – dieses Problem lösen müssen, und zwar auf Bundesebene und auch der Länder- und Gemeindeebene. Wir dürfen nicht nur darüber reden. Denn wenn wir das nicht schaffen, dann sind die Dimensionen, über die wir reden, so gewaltig, daß uns das Ganze um die Ohren fliegt und der Wähler auch keinerlei Vertrauen mehr hat.

Es geht also um neue Herausforderungen der Sozialen Marktwirtschaft. Ich bedauere, daß leider im Westen wie im Osten für diese Fragen kaum eine vernünftige Diskussion geschweige denn Lösungen existieren.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Ich danke dem Finanzminister von Sachsen ausdrücklich für diese präzise Beschreibung dessen, was passieren muß. Auf hohem Abstraktionsniveau läßt sich leichter über Prioritäten streiten als dann, wenn es konkret um das Umverteilen geht. Ich gebe gerne zu, daß in den westlichen Bundesländern die Bereitschaft, den Menschen Anpassungen zuzumuten, deutlich schwächer ausgeprägt ist, als es angesichts dessen, was hier in den neuen Bundesländern abläuft, erforderlich wäre. Ich habe den Eindruck, daß dies von allen, die hier oben auf dem Podium sitzen, genauso gesehen wird. Herr Necker, Sie möchten dazu etwas sagen.

**Dr. h.c. Tyll Necker:** Ich freue mich außerordentlich, daß das zentrale Thema der nächsten Jahre bei der Diskussion jetzt immer stärker in das Blickfeld gerät. Wir müssen uns darüber klarwerden, daß wir in eine Zeit knapper Mittel hineingehen. Wir müssen uns darüber klarwerden, daß wir Prioritäten setzen müssen. Die höchste Priorität in der deutschen Politik kann nur der Aufbau der neuen Bundesländer haben. Zusätzliche Fahrradwege in Rheinland-Pfalz oder wo auch immer sind demgegenüber nachrangig. Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Mittel so knapp sind, daß wir uns keine weiteren schönen Dinge leisten können.

Auf die Ausführungen von Herrn Minister Blüm möchte ich nicht weiter eingehen. Ich buche sie unter Eigenwerbung ab.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe Herrn Blüm vor langer Zeit im Blick auf die Gesundheitsreform gesagt: Das ist der Sieg der Administration über die Motivation. Ich glaube, ich behalte recht. Das ist aber nicht mein Thema. Ich möchte gerne, daß wir uns gewissermaßen entschlacken, daß wir uns von Verschwendung befreien. Wir müssen dies tun, um zu einem Erfolg zu kommen. Die Aufgaben, die vor uns stehen, sind nicht nur auf Deutschland beschränkt. Es wurde hier zu Recht darauf hingewiesen, welche ungeheuren Themen aus dem Osten - außerhalb Deutschlands - auf uns zukommen und welche gewaltigen Themen auch Europa und die Welt auf uns zukommen lassen. Ich glaube, daß die erste klare Erkenntnis sein müßte: Wir gehen auf eine Zeit knapper Mittel zu, und mit diesen Mitteln müssen wir zurechtkommen, wobei die Prioritäten jeweils richtig zu setzen sind.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Vielen Dank, Herr Necker. Ich muß nun noch deutlicher eingreifen und kann den nächsten Rednern jeweils nur noch zwei Minuten Redezeit einräumen. Wir schaffen es sonst nicht, die vorliegenden Wortmeldungen abzuwickeln. Als nächster hat Herr Metzgeroth das Wort.

**Christian Metzeroth:** Ich spreche hier für die Mittelstandsvereinigung, Kreisverband Glauchau. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um der Bundes-CDU noch einmal meine ganz besondere Anerkennung für die Vollziehung der deutschen Einheit auszusprechen, die sich in den letzten anderthalb Jahren doch als ein recht problematischer Prozeß herausgestellt hat. Als einer, der diese Entwicklung in unserem Heimatkreis von Anfang an mit vorangetrieben hat, kann ich nur sagen: Hochachtung all denen, die diesen Prozeß vorangebracht haben und auch weiterhin dazu stehen, daß er weiter vorangetrieben wird.

Nun zu den Problemen, die uns als Mittelständler in der Region Sachsen bedrücken. Die Probleme resultieren daraus, daß wir die Chancengleichheit nicht gewahrt sehen. Ich möchte es wie folgt kurz auf einen Nenner bringen: Wir als Vertreter des Mittelstandes in den neuen Bundesländern müssen innerhalb kürzester Zeit aus dreibeinigen Eseln Rennpferde machen, die im Wettbewerb Startern aus den alten Bundesländern gewachsen sind. Dazu brauchen wir jede Unterstützung. Ich möchte hier an die Vertreterin der Treuhandanstalt, Frau Breuel, die Frage stellen: Ist es die richtige Prämisse, wenn beim Verkauf von Treuhandobjekten gefragt wird, welches die maximale Verkaufssumme sein kann, zu der die Objekte den Besitzer wechseln? Kann man nicht auch fragen: Was kann die unterste Grenze bei der Verkaufssumme sein, zu der ein Objekt den Besitzer wechselt? Auf weitere Ausführungen will ich verzichten, da ich die Redezeit von zwei Minuten einhalten will.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Vielen Dank, insbesondere auch für die Einhaltung der Zeitvorgabe.

**Dr. Christoph Ralle:** Ich kann an die Ausführungen meines Vorredners direkt anschließen, da auch ich ein Vertreter des Mittelstandes aus Sachsen bin. Ich möchte zugleich an die Worte von Herrn Necker anknüpfen und aus dem Dresdner Manifest zitieren, in dem es heißt:

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft muß erhalten bleiben. Von ihr hängen Arbeitsplätze, Wohlstand sowie die Zukunft unseres Landes ab.

Ich gehe davon aus, daß dieses Manifest heute beschlossen wird und möchte an die Delegierten appellieren, dafür zu sorgen, daß diese Worte nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch umgesetzt werden. Die Zeit der knappen Mittel sowohl im Staat als auch in den Unternehmen steht uns allen bevor, mir persönlich ebenso wie vielen anderen mittelständischen Unternehmen in Sachsen. Es kann doch wohl nicht Sache eines sächsischen Unternehmers sein, dieses Gremium daran zu erinnern, wovon die Wirtschaft lebt. Die Wirtschaft lebt nur von der Kreativität und der Risikobereitschaft der Unternehmer, davon, daß die Unternehmer sich darauf einlassen, ihre Produkte auf dem Markt abzusetzen. Nur davon lebt die deutsche Wirtschaft bisher so gut. Wir hoffen, daß sie davon noch sehr lange gut lebt.

(Vereinzelt Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Vielen Dank. Als nächste hat Frau Ministerin Rönsch das Wort..

**Hannelore Rönsch:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Vorredner, die Wirtschaft lebt natürlich auch vom Arbeitnehmer, der an seinem Arbeitsplatz mit dazu beiträgt, daß etwas produziert und erwirtschaftet wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute morgen sehr umfänglich über Marktwirtschaft und ihre neuen Herausforderungen diskutiert. Mir scheint, daß

dabei die soziale Komponente ein wenig auf der Strecke geblieben ist. Gestatten Sie mir bitte, an die Adresse der Podiumsteilnehmer eine kurze Anmerkung zu machen. Ich hätte mir gewünscht, daß auch unmittelbar Betroffene oder diejenigen, die die unmittelbar Betroffenen vertreten, nämlich Personalräte, mit auf dem Podium sitzen.

(Vereinzelt Beifall)

So ist es allein Herrn Eler vorbehalten gewesen, die soziale Komponente vom Podium aus zu vertreten. Ich fand es auch ein wenig befremdlich, daß die Vertreter der Arbeitgeber, nachdem die tarifpolitischen Diskussionen zu Ende waren, gegangen sind.

Im Rahmen der zwei Minuten Redezeit, die mir zur Verfügung stehen, möchte ich ganz kurz ansprechen, daß wir, wie es Herr Ludewig gesagt hat, nicht meinen sollten, aus den alten Bundesländern alles auf die fünf neuen Bundesländer übertragen zu können bzw. zu sollen. Vielmehr sollten wir uns durchaus ansehen, was – wie es in der Vergangenheit hieß – an sozialen Errungenschaften gerade für Familien und für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der früheren DDR vorhanden war. Ich will an dieser Stelle nicht verkehrt verstanden werden. Mir geht es darum, daß die Kinderbetreuungseinrichtungen, die ursprünglich vorhanden waren, auch weiter bestehenbleiben. Mann und Frau wurden in der früheren DDR in den Produktionsprozeß gepreßt. Gehalt und Lohn waren so niedrig, daß beide arbeiten mußten. Der Staat hat die Kinder sehr früh in den Kinderkrippen untergebracht und sie ideologisch erzogen. Das wollen wir nicht. Unsere Instrumente in diesem Bereich sind Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub. Wir wollen aber die Kinderbetreuungseinrichtungen erhalten, damit es nicht die Frauen sind, die beim Umstrukturierungsprozeß die Verlierer sind, die zu Hause bleiben und sich nicht mehr frei entscheiden können, was Arbeit oder Hausfrauendasein oder die Vereinbarkeit von beidem angeht.

Ich bitte darum, daß wir darauf achten, daß bei den Abschlüssen von Betriebsvereinbarungen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Variabilität, die in der alten Bundesrepublik in sehr vielen Unternehmen schon hervorragend praktiziert wird, auch in den neuen Bundesländern gewährleistet wird. Ich bitte darauf zu achten, daß man auch in den neuen Bundesländern genügend Teilzeitarbeitsplätze schafft und daß man auch den Frauen Einarbeitungsmöglichkeiten gerade in die neuen Technologien gibt. Ich denke in diesem Zusammenhang an die Diskussionen, die wir vor acht oder zehn Jahren geführt haben.

Frau Thoben gibt mir ein Zeichen, daß meine Redezeit abgelaufen ist. Ich habe lange gewartet, bis mir das Wort erteilt wurde. Ich habe große Geduld gehabt. Lassen Sie mich meine Ausführungen deshalb bitte noch zu Ende führen.

Wir sollten den Frauen, wie gesagt, Möglichkeiten eröffnen, damit sie sich einarbeiten können. Ich weiß aus sehr vielen Gesprächen, daß es gerade die Frauen sind, die vor dem Umstrukturierungsprozeß Angst haben, daß die Frauen sich nur sehr schwer innerlich auf die technischen Herausforderungen einstellen können, die auf sie zukommen. Ich bitte ganz einfach darum, daß wir die Errungenschaften – ich gebrauche dieses Wort ganz bewußt –, die es in der früheren DDR gegeben hat, nicht ganz nivellieren, sondern daß wir uns überlegen, ob wir sie in der alten Bundesrepublik nicht teilweise übernehmen können.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Vielen Dank, Frau Rönsch. Sie haben eine Bemerkung zur Zusammensetzung des Kreises der Podiumsteilnehmer gemacht. Die Podiumsteilnehmer hier oben sind allerdings nicht der richtige Adressat, denn sie haben sich weder selbst eingeladen noch in der Zusammenstellung definiert. Wir geben Ihre Anregung aber gerne weiter.

Ich glaube, es ist sehr wichtig, daß Sie die Probleme der Frauen in dieses Forum wenigstens mit einigen Stichworten eingebracht haben. Das Forum 2 befaßt sich speziell mit dem Thema „Neue Chancen für Frauen im geeinten Deutschland“. Insofern ist es vertretbar, daß wir die Probleme der Frauen nicht zu einem zentralen Thema in diesem Forum machen. Man muß sich in jedem Forum auf wenige Themen beschränken. Ich würde mich freuen, wenn Sie bei der Antwort auf die Frage betreffend Errungenschaften nicht bei der alten Trägerschaft oder bei älteren Inhalten anknüpfen würden. Die Frage sollte wie folgt gestellt werden: Wie organisieren wir in Zukunft gemeinsam intelligente Lösungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Dann gäbe es bei diesem Thema, wie ich glaube, keine Probleme.

Es liegen noch zahlreiche Wortmeldungen vor. Bei den nächsten Wortmeldungen geht es um das Thema der reprivatisierten Betriebe. Es kommen jetzt Herr Sparre, Herr Fischer, Herr Malinowski und Frau Kemmling zu Wort.

**Georg Sparre:** Liebe Freunde! Ich bin Zimmermeister von Beruf, aus Mecklenburg-Vorpommern und betreibe ein Sägewerk mit einer Zimmerei. Ich bin einer derjenigen, der seinen Betrieb, den er 1972 abgeben mußte, am 1. Mai 1990 zurückbekommen hat. Als ich am Neujahrstag 1990 meinen Antrag auf Rückgabe des Betriebes formulierte, war mir nicht klar, was sich jetzt für mich auf tut. Ich habe den Betrieb problemlos zurückbekommen. Wie gesagt, am 1. Mai konnte ich mit der Arbeit anfangen. Ich habe aber keinerlei finanzielle Mittel aus eigenem Kapital einbringen können. In der gleichen Situation befinden sich die meisten reprivatisierten Betriebe in diesem Land. Wir hätten uns gewünscht, daß man uns nicht nur einen Umlaufmittelkredit, sondern auch etwas Kapital gegeben hätte. Wir sind eigentlich die Generation, die 1972 altersmäßig in der Verfassung war, noch weitermachen zu können. Heute sind wir aber mittlerweile 50 oder 55 Jahre alt. In diesem Alter bekommt keiner mehr einen ERP-Kredit und auch kein Eigenkapital aus dem Hilfsprogramm. Das macht die Situation für uns äußerst kompliziert.

Wir möchten unsere Betriebe selbstverständlich weiterführen. Wir möchten an dem Aufbauwerk teilhaben. Wir wissen, daß wir alle Hände voll zu tun haben werden. Arbeit wird genügend dasein. Sie ist jetzt schon da. Wir können sie aber nicht finanzieren. Wir können als Betriebe nicht mit den Mitteln aufwarten, die gebraucht werden. Wenn es so ist, daß ich mein Rundholz im Wald wie das Brötchen beim Bäcker kaufen muß, d.h. mit Scheck sofort bezahlen muß, und acht Wochen bis ein Vierteljahr brauche, um dieses Holz umzusetzen, zugleich aber keinerlei Möglichkeiten eröffnet werden, daß wir in unserer Branche Finanzierungsbedingungen bekommen, die uns weiterhelfen, dann glaube ich, daß mindestens 80 Prozent der Betriebe in dieser Branche in der früheren DDR nicht überlebensfähig sind.

Ich möchte nun noch einige Fragen stellen. Wie können die Unternehmer, die das Geld, welches sie benötigen, nicht haben, zu Kapital kommen? Sie konnten das benötigte Geld in den 18 Jahren der Enteignung nicht verdienen und nicht ansammeln. Wird es ein Entschädigungsgesetz für diese 12 000 Unternehmer - und damit hoffentlich eine Verbesserung der Kapitallage - geben? Wann wird es gegebenenfalls zu dieser gesetzlichen Regelung kommen?

Abschließend möchte ich bemerken, daß wir täglich von Millionenbeträgen hören, die in die neuen Bundesländer fließen. Wir haben zwar Arbeit in Hülle und Fülle - das habe ich gesagt -, aber wir können an den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht teilhaben, weil wir nicht finanzieren können. Herr Steyer bestätigt mir durch Kopfnicken, daß er die Probleme genauso sieht wie ich. Ich bitte darum, diese Fragen wirklich ernst zu nehmen. Wir dürfen diese Betriebe nicht verlieren.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Als nächster hat Herr Werner Fischer das Wort. Ich möchte nochmals die herzliche Bitte aussprechen, die Redezeit einzuhalten.

**Werner Fischer:** Sehr verehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Trotz aller Zeitknappheit möchte ich zuerst dankbar folgendes feststellen: Ich hätte nie geglaubt, nach 18 Jahren der Enteignung meinen Betrieb wiederzubekommen. Das sollten wir bei allem nicht vergessen. Die Rückgabe erfolgte mit Hilfe der Treuhandanstalt ziemlich unbürokratisch.

(Beifall)

Die entscheidende Frage, die ich auch einmal in einem ARD-Interview beantwortet habe, ist für mich, ob ich nach zwei Jahren Erfahrung als Unternehmer noch einmal reprivatisieren würde oder lieber für die Entschädigung plädieren würde. Nach gut anderthalb Jahren ist für mich die Frage: Könnten bzw. konnten wir eine total beschädigte Wirtschaft allein den Kräften des Marktes überlassen? Wenn wir diese Frage mit Ja beantworten, brauchen wir uns über die Ergebnisse nicht zu wundern, die in den letzten gut anderthalb Jahren zu verzeichnen waren.

Meine Damen und Herren! Es geht nicht um meine persönliche Situation. Ich glaube, daß ich mit meiner Familie in der Marktwirtschaft bestehen kann. Es geht mir um die vielen Mitarbeiter in meinem Betrieb, die ihre Aufgaben in den vergangenen 40 Jahren unter schwierigsten Bedingungen sehr gut erfüllt haben. Ich muß Ihnen ganz offen sagen: Über 20 Prozent Arbeitslose und Kurzarbeiter in unserem Land stellen für mich trotz aller sozialen Absicherung eine politische Zeitbombe dar, die für die CDU nicht unbedingt günstig sein muß. Aus diesem Grunde frage ich hier - ich spreche für den Bereich der Lebensmittelindustrie: Ist es denn, nachdem 16 Millionen Verbraucher in den neuen Bundesländern gewissermaßen schnell erobert worden sind, notwendig, daß in den alten Bundesländern Überstunden und Sonderschichten in großem Maße gefahren werden, wir aber nicht wissen, wie wir unsere Kapazitäten und Arbeitskräfte auslasten können?

Ich habe zwei Bitten an die hier anwesenden Vertreter. Erstens. Es geht nicht darum, daß uns Gesetze oder Geld fehlen. Es müssen vielmehr gewisse bürokratische Strukturen geändert werden, um Hindernisse abzubauen. Zweitens bin ich der Meinung, daß man endlich beginnen sollte, die Lebensmittelindustrie in den neuen Bundesländern am Osteuropaexport - besonders am Export in die Sowjetunion - zu beteiligen. Bisher haben wir leider das Gegenteil feststellen müssen. Wir sind mit der Begründung ausgeschlossen worden, wir seien einige Pfennig zu teuer. Meine Damen und Herren, ist es für den Staat letztlich aber nicht doch billiger, um einige Pfennige höhere Kosten zu akzeptieren, als die Menschen in die Arbeitslosigkeit zu entlassen? Diese Frage möchte ich diesem Gremium stellen.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Herr Malinowski zieht seine Wortmeldung zurück. Dann hat nun Frau Kemmling das Wort.

**Heike Kemmling:** Ich komme aus dem Landesverband Sachsen und spreche zu Ihnen als selbständige Finanzkauffrau. Ich möchte auf die Probleme zurückkommen, die Herr Steyer vorhin angesprochen hat, für deren Lösung hier im Saal aber leider nicht die nötige Unterstützung erkennbar wurde. Ich möchte Ihnen diese Probleme aus der Sicht der Praxis noch einmal verdeutlichen. Zu mir kommen täglich Existenzgründer, die in irgendeiner Form eine gute Idee haben und aus dieser Idee etwas machen wollen. Wenn neben der guten Idee auch eine gute fachliche Qualifikation vorhanden ist, kann man ein entsprechendes Exposé fertigen und auch



von einer ordentlichen Rentabilität ausgehen. Mit diesen Unterlagen macht man dann Termine bei den Banken. Dann aber geht die Schererei los. Die Banken sind hier sehr unkooperativ. Sie handeln nach alten konservativen Richtlinien. Man höre und staune: Auf den Anträgen sind immer noch Angaben betreffend Zurückverfolgung des Bruttoeinkommens über drei Jahre zu machen. Wie soll ein Ostdeutscher solche Angaben machen? Es kann einfach nicht angehen, daß die Banken versuchen, an diesen alten Formalien festzuhalten und uns diese überzustülpen. Jede Finanzierung hier in Ostdeutschland ist eine Extremfinanzierung. Man kann hier niemals sagen, daß die Finanzierung so abläuft, wie es unter normalen Umständen der Fall wäre. Ich erwähne in diesem Zusammenhang das Problem der Sicherheiten. Welcher Ostdeutsche kann denn schon in irgendeiner Form eine Sicherheit geben - womöglich gar noch dreifach? Es reicht doch vollkommen aus, wenn eine einfache Sicherheit gegeben wäre. Wichtig ist, daß das Geld zu akzeptablen Konditionen zur Verfügung gestellt wird.

Die Bearbeitung durch die Grundbuchämter stellt ein riesiges Problem dar. Dies wurde hier schon herausgestellt. Es gibt eine Möglichkeit, einen anderen Weg zu beschreiten. Man läßt über den Notar eine Auflassung vornehmen. Mit dieser Auflassung kann man die Banken dazu zwingen, das Geld ohne Grundschuld eintragung herauszugeben. Es kommt allerdings keiner auf die Idee, zum Notar zu gehen und so zu verfahren. Der Notar zieht sich in einem solchen Fall auch gern zurück, weil das geschilderte Verfahren für ihn viel Arbeit, aber wenig Geld bringt.

Angesichts der Gegebenheiten in der Praxis sind die von mir genannten Forderungen an die kreditgebenden Institute zu richten. Damit sind alle Institute gemeint, also Banken, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften usw. Das Geld, das benötigt wird, ist bei diesen Instituten vorhanden.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Als nächster hat Herr Bergemann das Wort. Ich mache darauf aufmerksam, daß danach die hier zur Treuhand noch vorliegenden Wortmeldungen abgewickelt werden. Frau Breuel muß uns spätestens um 14 Uhr verlassen. Die Fragen, die sich nicht auf die Treuhand beziehen, werden wir sodann nach 14 Uhr behandeln.

**Gustav Bergemann:** Sehr verehrte Frau Vorsitzende! Meine werten Damen und Herren! Es ist bedauerlich, daß der Saal so leer geworden ist und ich heute nicht in meiner Funktion als CDA-Landesvorsitzender aus Thüringen, sondern als Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates eines Unternehmens aus Thüringen mit ehemals 7 500 Beschäftigten hier stehe. Ich bin sehr froh, daß Frau Breuel hier anwesend ist. Ich möchte mich zu der Problematik „Treuhandanstalt“ äußern und will versuchen, mich kurz zu fassen. Es ist in dem Unternehmen, auf das ich mich anfangs bezogen habe, gelungen, einen Weg zu finden, was ich unheimlich wichtig finde. Dies wurde in der vorigen Woche in der Presse in Thüringen auch erläutert.

Mein Diskussionsbeitrag steht unter dem Motto „Miteinander reden - einander verstehen“. Ich bin froh, daß unser Arbeitsminister vorhin deutlich gesagt hat, wo die Arbeitnehmerschaft steht, und daß auch Herr Fischer dieses Problem angeschnitten hat. Unterschätzen Sie bitte nicht die Problematik der Basis. Wir als Betriebsräte sind Leute von der Basis. Wir wissen, wovon wir reden, da wir mit den Menschen tagtäglich zu tun haben. Herr Erler hat darauf ebenfalls schon hingewiesen. Es erwächst Zündstoff daraus, daß wir nicht mehr richtig zuhören. Dieser Vorwurf geht an die CDU insgesamt. Der Basis wird nicht mehr zugehört. Darin liegt die entscheidende Schwierigkeit.

Ich möchte zwei Vorschläge an die Adresse der Treuhandanstalt machen. Es sind Verträge geschlossen worden, es sind Investitionen getätigt worden, es werden Arbeitsplätze geschaffen. Ich könnte aus meiner Praxis von zwei Jahren lange darüber sprechen, wo es läuft und wo es nicht läuft. Wir hatten zu Herrn Rohwedders Zeiten die Kommunikation aufgenommen. Die Treuhandanstalt hat Kontakte zu den Betriebsräten und Personalräten gehabt und hat sich ausgesprochen. Diese Kommunikation im großen Stile ist leider verlorengegangen. Das bedauere ich sehr.

Viel wichtiger ist aber, daß eine Möglichkeit des Controllings geschaffen werden muß. In dieser Richtung geht mein Vorschlag auf Grund praktischer Erfahrung. Wer kontrolliert in Unternehmen, die privatisiert sind und die Investitionen zugesagt haben, nach ein oder zwei Jahren, ob die Investitionen getätigt worden sind und ob Arbeitsplätze geschaffen werden? Keiner tut es.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist das Problem. Ich könnte genügend Beispiele anführen. Vielleicht kann ich sie bei anderer Gelegenheit vortragen. Die Redezeit läßt es nicht zu, hier weitere Ausführungen zu machen.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Vielen Dank, Herr Bergemann. Als nächster hat Herr Manfred Kolbe das Wort. Ich appelliere nochmals an Sie, sich an den Zeitrahmen zu halten.

**Manfred Kolbe:** Auch ich möchte zur Treuhandanstalt sprechen und dabei an das anknüpfen, was Udo Haschke zu Anfang gesagt hat und was Frau Breuel daraufhin entgegnet hat. Die Mehrheit der ostdeutschen Bundestagsabgeordneten - das möchte ich ausdrücklich klarstellen - will keine Hängematte. Wir wollen auch keine Staatsbetriebe auf Dauer haben. Ich bitte darum, daß in dieser Hinsicht kein Popanz aufgebaut wird. Ich sage Ihnen deutlich, was wir nicht wollen: Wir wollen nicht, daß die Deindustrialisierung so weitergeht, wie sie im Augenblick stattfindet. Wir wollen auch nicht, daß in zwei oder drei Jahren kein einziges größeres eigenständiges Unternehmen mehr in Sachsen seinen Geschäftssitz hat.

Was wollen wir? Wir sind der Meinung, daß es in einer sinnvollen Marktwirtschaft auch eine bestimmte Anzahl größerer Unternehmen geben muß. Der Mittelstand ist gut - wir sind nicht gegen den Mittelstand -, aber er ist nicht alles. Die Erhaltung einer bestimmten Anzahl größerer selbständiger Unternehmen im Osten wird in den nächsten Jahren nicht ohne staatliche Beteiligung möglich sein. Ich möchte gern wiederum ein Beispiel aus dem Westen anführen, welches Sie gut kennen, Frau Breuel. Ich beziehe mich auf das Volkswagenwerk. Das Volkswagenwerk ist 1949 auch nicht nach Detroit verkauft worden, sondern Bund und Land haben es gemeinsam wieder aufgebaut. 1960 ist es zu 60 Prozent privatisiert worden. Niedersachsen hat seinen Anteil von 20 Prozent übrigens niemals privatisiert. Wir meinen, daß dies - für eine begrenzte Anzahl von Unternehmen und für einen begrenzten Zeitraum - ein sinnvoller Weg ist, um auch im Osten eigenständige Unternehmen zu erhalten.

Gestatten Sie mir noch ein Wort zu den Kosten. Sicherlich ist Strukturpolitik nicht zum Nulltarif zu haben. Die Kosten müssen gegenüber den Kosten, die wir auf der Gegenseite haben, abgewogen werden, d.h. gegenüber den sozialen Kosten, die sich ergeben, wenn Millionen von Menschen arbeitslos werden, und gegenüber den Kosten der industriellen Neuan siedlung. Wenn die Industrie erst einmal weg ist, wird es sehr teuer, sie neu anzusiedeln. Wir müssen im übrigen auch Gleichbehandlung

von Ost und West verlangen können. Im Westen wurde und wird auch jetzt noch Strukturpolitik betrieben. Herr Milbradt hat die Kohlekumpel erwähnt. Die Summe von 76 000 DM Jahreszuschuß steht im Raum. Genauso sieht es doch bei den Abfindungen aus. Der Kumpel in der Lausitz erhält einmalig 5 000 DM auf die Hand; der Kumpel aus dem Bereich der Ruhrkohle bekommt - über Jahre verteilt - 110 000 DM. Das ist doch keine gelebte Einheit. Das Motto dieses Parteitages lautet „Einheit leben“, folglich müssen wir hier etwas ändern.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Nun spricht Herr Dr. Münch.

**Dr. Helmut Münch:** Ich möchte um zweierlei werben. Erstens möchte ich um sehr schnelle Entscheidungen werben. Was wir brauchen, sind Entscheidungen vor Ort. Ich möchte anregen, eine Clearingstelle einzurichten, in der das Ministerium der Finanzen, die Treuhandanstalt, die Landesregierung und die Kommunen vertreten sind. Liebe Frau Breuel, ich weiß, daß Sie bestimmte Entscheidungen ganz anders treffen würden, als sie bei Ihnen im Hause getroffen werden. Ich führe zwei Beispiele an. Erstes Beispiel: Wenn Bauern in einem Gewerbegebiet ihren Grund und Boden für fünf Mark pro Quadratmeter abgeben, hüpf mir das Herz vor Freude. Die Treuhand sagt dann aber in einigen Fällen: Was die verbleibenden 30 Prozent angeht, müssen wir eine Prüfung vornehmen; ihr könnt dann tauschen usw. Frau Breuel, ich weiß, Sie würden persönlich niemals so verfahren, denn wir wollen doch gemeinsam vorankommen. Deshalb sind die Entscheidungen vor Ort so wichtig.

Zweites Beispiel: Es gibt ausreichend Investoren. Wir haben Angebote des Mittelstandes. Was wir brauchen, sind Entscheidungen. Es geht mir nicht um die komplizierten Fälle. Es geht mir um die ganz einfachen Fälle, etwa um eine Immobilie, die schon stillgelegt ist. In einem solchen Fall ist dann zwischen Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und produzierendem Gewerbe auf der anderen Seite abzuwägen. Deshalb halte ich es für angeraten, in den Ländern jeweils eine Clearingstelle einzurichten.

Der zweite Vorschlag bezieht sich auf das gemeinsame Auftreten. Wir müssen unabhängig von der Kompetenz Entscheidungen gemeinsam vorbereiten, und zwar auch bezüglich der großen Betriebe. Die Entscheidungen werden oftmals an der Geschäftsführung und an der Belegschaft vorbei getroffen. Das können wir uns nicht leisten. Deshalb müssen wir gemeinsam darüber nachdenken, was im ungünstigsten Falle passiert, wenn wir keinen Investor finden. Wir brauchen Notkonzepte, damit die Betriebe nicht den Bach heruntergehen.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Nun hat Herr Lehmann das Wort.

**Heinz Lehmann:** Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme aus einem strukturschwachen sächsischen Gebiet, aus der Oberlausitz. Das ist ein Gebiet, in dem fast alle Bürgermeister und Landräte der Partei angehören. Es ist zugleich aber ein Gebiet, in das sich ein Investor ohne Not nur selten verirrt. Wenn ein Investor oder ein privater Anleger sich in diesem Gebiet engagiert, dann ist das oftmals auf persönliche Beziehungen zu diesem Gebiet zurückzuführen. Diese Beziehungen werden oft durch die in diesem Gebiet tätigen Bürgermeister erhalten und bis hin zu einem guten Ergebnis ausgebaut.

Nun haben die Bürgermeister die Möglichkeit, in ihren Kommunen auf der grünen Wiese Gewerbegebiete zu erschließen, und diese Erschließung wird durch öffentliche Mittel gefördert. Das ist gut so. Aus raumordnerischen und anderen Gründen kann

sich aber nicht jede Kommune ein Gewerbegebiet leisten. In dem strukturschwachen Gebiet ist nun aber in fast jeder Kommune irgendeine Industriebranche entstanden, die keinem Nutzen bringt, sondern im Gegenteil von Tag zu Tag an Wert verliert. Frau Breuel, ich bitte Sie, zu prüfen, ob es möglich ist, daß die Bürgermeister, die bei der Erschließung und Besetzung ihrer Gewerbegebiete gute Erfahrungen gemacht und gute Ergebnisse erreicht haben, in die Lage versetzt werden, Gleiches bei Industriebranchen zu tun. Dann würden wir es viel leichter erreichen, dort sächsischen Mittelstand zu guten Bedingungen anzusiedeln. Wir würden dann auch die Zeitachse, auf der die Treuhandanstalt das angestrebte Ziel nur sehr mühsam erreichen kann, meiner Ansicht nach verkürzen.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Jetzt hat Herr Peter Jungen das Wort.

**Peter Jungen:** Frau Vorsitzende! Die Diskussion über das Thema „Soziale Marktwirtschaft vor neuen Herausforderungen“ zeigt, daß wir auf die uns gestellten Fragen nach wie vor eine ganze Menge alter Antworten geben. Wir geben eine ganze Menge falscher Antworten. Offensichtlich sind wir nicht bereit, aus den Fehlern, die wir in der alten Bundesrepublik in den letzten 40 Jahren gemacht haben, zu lernen. Wenn das der Fall ist, habe ich natürlich die Sorge, daß es schwierig ist, aus den Fehlern, die bisher in den neuen Bundesländern gemacht worden sind, zu lernen.

Lassen Sie mich stichwortartig auf einige Punkte eingehen, die in der Diskussion angesprochen wurden und die ich mir notiert habe. Es wird häufig gesagt, daß es hier im Osten ein Defizit in der Ordnungspolitik gibt. Im Grunde ist dies aber nicht ein Defizit im Osten, sondern ein Defizit in der Ordnungspolitik der CDU im Westen, das wir hierher in den Osten transferieren, wobei dann hier die gleichen Fehler gemacht werden, die wir im Westen schon gemacht haben.

(Zustimmung)

Ich meine, an dieser Stelle müßten wir ansetzen.

Herr Minister Blüm hat vorhin davon gesprochen, daß wir das Licht am Ende des Tunnels sehen könnten. Herr Blüm, wir müssen natürlich aufpassen, daß das Licht nicht von dem Zug stammt, der uns entgegenkommt. Letzteres könnte nämlich passieren, wenn wir hier die Fehler machen, die wir zuvor schon gemacht haben. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir bei dem Versuch, die tiefe Zerstörung, die der Sozialismus angerichtet hat, zu beheben, zum Teil schon über die Konsequenzen aus diesen Fehlern diskutieren. Wer sich mit der Situation in der Industrie genauer befaßt, kommt zu dem Ergebnis, daß etwa 90 Prozent der Arbeitsplätze in der stationären Industrie nicht wettbewerbsfähig sind und keinen Bestand haben werden. In der früheren DDR gab es einmal 9,6 Millionen Beschäftigte. Die Zahl der Beschäftigten in den neuen Bundesländern wird auf unter 6 Millionen sinken. Wenn wir am Ende eine Stabilisierung bei 6 Millionen erreichen, ist dies ein großer Erfolg.

Wir müssen, wie ich meine, nun Antworten auf zwei Fragestellungen finden. Erstens müssen wir - das ist schon gesagt worden - die Prioritäten in unserer gesamten Politik in der Tat neu setzen. Wir müssen deutlich machen, daß die Lösung der Probleme hier in den neuen Bundesländern Priorität hat und daß wir bei der Verteilung bestimmter sozialer Wohltaten im Westen nicht so weitermachen können wie bisher.

Zweitens müssen wir deutlich machen, daß wir nicht in der Lage sind, in vier oder fünf Jahren die Angleichung der Lebensverhältnisse zu erreichen. Selbst wenn Sie mit 10 Prozent Wachstum pro Jahr rechnen, ergibt sich eine Verdoppelung des Volksein-

kommens erst nach 6,6 Jahren. Das bedeutet, daß erst in einem Zeitraum von 15 bis 18 Jahren in den neuen Bundesländern das heutige Niveau in der Bundesrepublik erreicht würde. Es wäre falsch, die Illusion zu wecken, als könnten wir die Angleichung in vier oder fünf Jahren erreichen.

Die Differenzierung, die wir bei den Einkommen im Westen haben, werden wir auch in den östlichen Ländern haben. Ich glaube nicht, daß dies so schlimm ist, wie es manchmal dargestellt wird. Wir müssen eben aufpassen, daß wir nicht aus dem Zustand, in dem wir leben, herauskommen. Wir sind ein Land mit hohen Kosten und mit hohen Einkommen. Wir müssen verhindern, daß am Ende nur noch ein Land mit hohen Kosten übrigbleibt.

Lassen Sie mich noch eine Bemerkung zur Politik der Treuhandanstalt machen. Frau Breuel, Sie sind hier heute schon zu Recht gelobt worden. Ich finde, eigentlich hätte jeder Redner zur Arbeit der Treuhandanstalt eine positive Bemerkung machen müssen. Die Aufgabe, die der Treuhandanstalt gestellt ist, ist ohne Beispiel. Diese Arbeit hat auch keiner lernen können. Herr Milbradt sagte, daß wir die Prioritäten bei der Finanzierung anders setzen müßten. In diesem Zusammenhang kann folgende konkrete Überlegung angestellt werden. Wir haben im Westen einen großen Nachholbedarf in Sachen Privatisierung. Vielleicht könnte die Erfahrung, die die Treuhandanstalt hier im Osten gemacht hat, dann, wenn sie ihre Aufgabe weitgehend erledigt hat, mit großem Erfolg bei der Privatisierung von Staatsvermögen im Westen eingesetzt werden.

(Beifall)

Dann würden beim nächsten Parteitag erstens die Wessis mit den Ossis kontrovers diskutieren, und seitens der Wessis würde gesagt werden: Das darf bei uns im Westen aber nicht so schnell gehen, wie es derzeit geschieht. Zweitens, liebe Freunde aus dem Osten, käme wahrscheinlich viel mehr Geld in die Kasse herein, weil es sich inzwischen natürlich um einigermaßen florierende Unternehmen handelt. Mit diesem Geld könnte man in der Tat eine Menge von dem finanzieren, was hier im Osten an Infrastruktur nötig ist, damit die Investoren sich hier engagieren.

Eines aber sollten Sie wissen - dies sage ich gern an die Adresse der Freunde aus dem Osten: Wer Ihnen einredet, man könne auf Dauer mit Geld Arbeitsplätze sichern, der schafft eine Illusion, die uns in der Politik nachher teuer zu stehen kommt. Wichtig ist, daß die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß investiert wird. Dies muß privat geschehen. Der Staat kann dies nicht tun. Es darf nicht so sein, daß eine falsche Politik in einem falschen System, wie sie 40 Jahre lang betrieben worden ist, nun wiederum von staatlichen Instanzen mit wiederum miserablen Erfolg betrieben wird. Die Voraussetzung für die Lösung der Probleme ist nicht weniger Marktwirtschaft, sondern mehr Soziale Marktwirtschaft, allerdings nicht nur im Osten, sondern auch im Westen der Bundesrepublik, wo wir in der Tat noch große Defizite haben.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Ich mißbrauche meine Moderatorenrolle jetzt, um auf folgendes hinzuweisen. Mir fällt es etwas schwer, zu akzeptieren, wenn jemand sagt, in den neuen Bundesländern brauche man nicht all die Fehler zu machen, die wir im Westen gemacht haben. Ich sage dies deshalb, weil Aussagen dieser Art immer in dem Sinne verstanden werden, daß man hier in den ostdeutschen Bundesländern einen noch rapideren Strukturwandel ertragen kann und ihn auch den Menschen zumuten kann, als wir ihn uns im Westen vorzunehmen getraut haben.

(Beifall)

Ich halte diese Perspektive für überheblich.

Es liegen noch eine Menge Wortmeldungen vor. Als nächster hat Herr Menges das Wort. Herr Seibel hat sich beschwert, daß er so spät zu Wort kommt. Ich bitte Herrn Seibel um Verständnis. Daß er bisher noch nicht zu Wort gekommen ist, liegt an den Stichworten, die er auf dem Wortmeldezettel vermerkt hat. Wir haben versucht, eine gewisse thematische Ordnung in die Wortmeldungen hineinzubringen. Bitte, Herr Menges!

**Karl Menges:** Frau Vorsitzende! Meine Damen! Meine Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich bin Landesverbandsleiter der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft in Sachsen. Der Psychologe Dr. Karl Weninger sagt: Einstellungen sind wichtiger als Tatsachen. - Ich meine, daß dieser Grundsatz uns bei unserem gemeinsamen Bestreben, die soziale Einheit Deutschlands zu schaffen, in Fleisch und Blut übergehen sollte. Die ökonomischen, sozialen und qualifikatorischen Probleme, die wir in Ostdeutschland und auch bei uns in Sachsen haben, lassen sich auf kurze Sicht ohne organisierten zweiten Arbeitsmarkt nicht lösen. Genau aus diesem Grund haben - Herr Staatsminister Dr. Schommer hat darauf hingewiesen - das Land, die Treuhandanstalt, eine große Bank, die Arbeitgeber und die Gewerkschaften das Aufbauwerk Sachsen ins Leben gerufen.

Meine Damen! Meine Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich will entsprechend dem Wunsch der Frau Vorsitzenden auf das Thema „Tarifpolitik“ hier nicht näher eingehen. Eine Feststellung sei mir aber erlaubt. Die Schaffung gleicher Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Deutschland ist eine Frage der Gestaltung des sozialen Rechtsstaates und damit ein Stück politischer Kultur.

Herr Dr. Schommer, ich stimme Ihnen vorbehaltlos zu, daß das Schaffen einer funktionsfähigen Verwaltung eine ganz entscheidende Voraussetzungen für unsere Aufbauarbeit ist. Es ist auch notwendig, daß westdeutsche Bedienstete des öffentlichen Dienstes hier helfen. Ich halte es aber für genauso notwendig, den ostdeutschen Bediensteten des öffentlichen Dienstes die gleichen Arbeitsbedingungen wie ihren westdeutschen Kolleginnen und Kollegen einzuräumen. Das ist mindestens genauso notwendig, wie es finanzielle Anreize für Bedienstete aus Flensburg, Köln oder Frankfurt sind.

(Vereinzelt Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Nun hat Herr Seibel das Wort.

**Wilfried Seibel:** Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! „Soziale Marktwirtschaft vor neuen Herausforderungen“: Kein Redner - und das gilt für uns alle, wo immer wir auftreten - unterläßt in seinen Beiträgen den Hinweis darauf, daß sich unsere Idee im globalen Wettstreit der Ideen durchgesetzt hat. Wir bekommen dann immer Beifall. Das ist auch gut und richtig so. Ich glaube, die größte Herausforderung, vor der wir zur Zeit stehen, ist eine - ich überspitze es jetzt etwas - geradezu unverschämte zeitliche Herausforderung. Die Zwischenabrechnung wird 1994 erfolgen. Ebenso gibt es eine unverschämte Herausforderung - ich meine dies durchaus positiv - aller Staaten in Mitteleuropa, die von unserem Konzept jetzt und nicht irgendwann die Lösung aller Probleme erwarten. Diese Herausforderungen werden dadurch verstärkt, daß wir jetzt, nach anderthalb Jahren der Praxis des wirtschaftlichen Handelns in den neuen Bundesländern, sehen, daß wir Gefahr laufen, eine sehr hohe Arbeitslosigkeit zu bekommen, wodurch der soziale Konflikt vorgegeben ist. Es besteht die große Gefahr, daß die Art und Weise der Wirtschaftsbelebung, der Wirtschaftsneustrukturierung oder der Privatisierung u.a. dazu führen kann, daß die wirtschaftliche Tätigkeit in ganzen Landstrichen nahezu zum Erliegen kommt.

In meinem Wahlkreis ist eine Möbelfabrik vor drei Jahren in Konkurs gegangen. Daraufhin haben - ich zähle bewußt einmal alle auf - die IHK, das Arbeitsamt, die Banken, die Gemeinde, der Landkreis, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, das Land, der Bund und die Abgeordneten - mit KfW-Mitteln usw. - große Bemühungen unternommen und es letztlich auch erreicht, daß dort ein neuer Betrieb angesiedelt wurde. Dieser Betrieb hat jetzt nach drei Jahren sein Klassenziel aber auch nicht erreicht. Gerade in diesen Tagen - man ist als Abgeordneter dann immer Moderator bei allen Bemühungen - haben von neuem die Bemühungen begonnen, wieder einen Betrieb anzusiedeln.

Meine ganz konkrete Frage lautet - ich wäre dankbar, wenn Frau Breuel und Herr Wissmann darauf eingingen: Fummeln wir sozusagen zuviel an dem Prozeß der wirtschaftlichen Belebung herum, oder nutzen wir bestimmte Instrumentarien, die wir haben, nicht? Ich neige dazu, letzteres anzunehmen. Wir müßten dann nach anderen Wegen suchen. Es geht nicht etwa darum, den Aufgabenkatalog der Treuhandanstalt zu schmälern. Ich finde, das, was die Treuhandanstalt tut, ist gut, und sie ist auch am richtigen Ort angesiedelt. Ich könnte mir aber vorstellen, daß das Bundeswirtschaftsministerium in Idealkonkurrenz zur Treuhandanstalt anfängt, regionale Wirtschaftsausschüsse zu gründen, in die alle die von mir soeben genannten Institutionen zur Mitarbeit eingebunden werden, um regionale und strukturelle Politik zu betreiben. Meine Frage lautet also: Haben wir die Instrumentarien, die wir zur Hand haben und die erprobt sind, wirklich alle angewandt?

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Bei Ihrem letzten Vorschlag bekomme ich ein leichtes Schaudern, weil ich diese Debatte aus den alten Bundesländern aus den 70er Jahren kenne. Damals meinte man, durch die Einrichtung von Regionalräten Wissen nutzbar machen zu können, das sonst überhaupt nicht zum Tragen käme. Dies muß hinter einer solchen Überlegung stehen; sonst gäbe sie keinen Sinn. Wir haben von einer solchen Überlegung eigentlich Abschied genommen. Wir haben gesagt: Jedes Gremium, das Versuche in der geschilderten Richtung macht, wird sich zu einem guten Teil überheben. - Nun hat Herr Michael Metzner das Wort.

**Michael Metzner:** Ich bin Kreisvorsitzender in Finsterwalde im südlichen Brandenburg. Ich freue mich, daß ich heute kurz zu zwei Punkten Stellung nehmen kann. Ich möchte mich direkt an Sie wenden, Frau Breuel.

Erstens. Ich gehöre nicht zu den notorischen Meckerern, was die Treuhandpolitik betrifft. Allerdings kommt es immer noch vor, daß wir an der Basis auf exponierte Stellungen einstiger SED-Größen gegenüber der Treuhand hinweisen müssen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Nicht von ungefähr kommt es deshalb zu Verkäufen großer ehemaliger Betriebsteile bzw. Volkseigener Betriebe für 1 DM. Die persönliche Absetzung des Verantwortlichen kann nicht die richtige Antwort sein. Hier kann und muß vielmehr die Treuhandanstalt und eventuell sogar die CDU Einfluß nehmen und darauf hinwirken, daß ähnliche Fälle sich nicht wiederholen, damit die Unglaubwürdigkeit nicht wieder größer wird.

Zweitens möchte ich auf die Privatisierung von ehemaligen Volkseigenen Betrieben zu sprechen kommen. Ich möchte hier ein Beispiel nennen, das für viele steht. In Finsterwalde haben wir einen zu privatisierenden Baubetrieb mit 200 Arbeitnehmern. Seit anderthalb Jahren wartet dieser Betrieb auf eine Entscheidung der Treuhandanstalt. Es liegt ein Wirtschaftskonzept von vier Anteilseignern vor, die als ehemalige

Ossis selber diesen Betrieb privatisieren wollen. Die Antwort der Treuhandanstalt steht noch aus. Es drängt sich die Frage auf, inwieweit die Treuhandanstalt im Falle von Anteilseignern aus dem alten Bundesgebiet schneller Entscheidungen trifft als im Falle von Anteilseignern aus dem Gebiet der früheren DDR. Ich bitte, das bei den zukünftigen Entscheidungen zu berücksichtigen.

(Vereinzelt Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Nun hat Herr Dr. Thomas das Wort.

**Dr. Werner Thomas:** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich habe zwei Fragen an Frau Breuel. Es ist inzwischen Allgemeingut geworden, daß der Eindruck entsteht, daß einige Mitarbeiter und auch leitende Mitarbeiter in der Zentrale der Treuhandanstalt in Berlin die Privatisierung hier und da bewußt verschleppen, um länger auf ihren Stühlen bleiben zu können. Dies hat ein Niederlassungsleiter inzwischen auch öffentlich zum Ausdruck gebracht. Es stand in der Frankfurter Rundschau. Ich hätte gern gewußt, Frau Breuel, mit welchen Maßgaben Sie darauf Einfluß nehmen wollen, daß die Befugnisse und der Umfang an Aufgaben in den Niederlassungen ausgeweitet werden. Dies hätte zwei Vorteile: Man würde die Problematik besser im Griff haben, und man würde solchen Tendenzen von Mitarbeitern in der Zentrale in Berlin, wie ich sie aufgezeigt habe, entgegenwirken können.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen. Bemerkenswerterweise ist die Privatisierung der Handelsbetriebe im Sommer mit viel Kraft überwiegend abgeschlossen worden. Bis dahin hat es aber überwiegend keine Behandlung des Eigentums an Grundstücken und Gebäuden solcher Handelsbetriebe gegeben. Ich kenne einen konkreten Fall, in dem im Juni durch eine Niederlassung der Treuhandanstalt ein Verkauf mit notarieller Bestätigung stattgefunden hat, das Ganze nun aber seit einem halben Jahr auf Eis liegt, weil es angeblich einen Vorstandsbeschuß in der Gesellschaft für Privatisierung des Handels gibt, daß man Eigentum jetzt nicht behandeln will. Wenn es einen solchen Vorstandsbeschuß gibt, halte ich es für dringend erforderlich, ihn aufzuheben.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Nun hat Herr Dr. Doerr das Wort. Ich bitte nochmals darum, die Redezeit einzuhalten.

**Dr. Udo Doerr:** Sehr verehrte Frau Vorsitzende! Verehrte Damen und Herren! Ich bin froh, daß ich Ihnen hier sozusagen als positives Beispiel gegenüberreten kann. Ich habe die 1933 von meinen Eltern gegründete Feinkostfabrik Dr. Doerr am 1. Mai 1990 zurückgekauft. Uns ist es aus eigener Kraft gelungen, hier einen Betrieb aufzubauen, der sich am Markt mit neuen Produkten positioniert hat und soweit gewachsen ist, daß er von der Treuhand, weil die bisherigen Räume des Betriebes nicht mehr reichten, weiterhin eine stillgelegte Molkerei gekauft hat. Wir investieren in diese Molkerei 6,5 Millionen DM. Wir denken an die Zukunft, indem wir dort einen Betrieb aufbauen, der nach der EG-Norm arbeitet und entsprechenden internationalen Anforderungen genügt.

Ich will nun auf die Probleme zu sprechen kommen, die wir haben. Wir haben, wie gesagt, investiert. Getrieben von der Zeit und dem Markt bemühen wir uns, in diesem Betrieb möglichst schon im März produzieren zu können. Dazu gab es geringe Möglichkeiten des Vorlaufs in der Planung und in der Projektierung. Wir haben deshalb ein gleitendes Verfahren gewählt. Ende August haben wir die Anträge betreffend ERP-Kredit, Eigenkapitalhilfe und Fördermittel bei unserer Hausbank abgegeben. Jetzt bemüht sich die Ausgleichsbank in Bonn um die Bearbeitung



unserer Anträge, wobei es mehrere Rückfragen gibt. Von der Sächsischen Aufbau-bank, der Bank, die in Sachsen ansässig ist und die uns eigentlich helfen müsste, habe ich bis heute trotz mehrfacher Nachfragen noch nicht einmal einen Eingangsbescheid erhalten. Wir sind jetzt soweit, daß wir uns über Hausbankkredite finanzieren. Wir zahlen dadurch höhere Zinsen, als wir es tun müßten, wenn wir ERP- oder andere Kredite hätten. Wenn ich die Zusage gehabt hätte, daß ich die Fördermittel bekomme - mir ist vom Wirtschaftsminister in einem Schreiben vom Mai global bestätigt worden, daß ich mit den betrieblichen Aktivitäten anfangen kann -, wären meine Belastungen jetzt um 700 000 DM geringer. Das ist für mich Geld. Ich glaube kaum, daß ein westdeutscher Investor das Risiko, das ich eingegangen bin, unter solchen Bedingungen auf sich genommen hätte. Unser Betrieb arbeitet ohne westlichen Partner. Wir sind sozusagen Einzelkämpfer. Ich habe manchmal das Gefühl, daß dann, wenn ich einen westlichen Partner hätte, die Kredite geflossen wären und daß ich dann auch die Zusage betreffend die Fördermittel hätte. Ich bin in der Lage, Ihnen Beispiele für solche Fälle beizubringen.

Wegen der Kürze der Zeit will ich mich auf die Darstellung dieses Punktes beschränken. Unsere Firma ist bei dem heutigen Sachsen-Abend präsent. Was wir produzieren, können Sie dort selbst kosten. Ich würde mich freuen, heute abend Ihr Urteil über Dr. Doerrs Feinkost nach sächsischer Art hören zu können.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Als letzter hat nun Herr Alfred Janko das Wort.

**Alfred Janko:** Ich bedanke mich dafür, daß mir als Bürgermeister doch noch die Gelegenheit gegeben wird, hier das Wort zu ergreifen. Ich bin Bürgermeister in Elsterwerda, das im südlichsten Zipfel von Brandenburg liegt. Das, was heute hier gesagt worden ist, habe ich mit großem Interesse zur Kenntnis genommen. Ich bin als Gast hier, um vielleicht einige Anregungen zur Frage der Industrieansiedlung in unserem Industrie- und Gewerbegebiet mitnehmen zu können.

Das Gesamthema der Tarifpolitik ist bei den Diskussionen in diesem Forum ausgeklammert worden. Deshalb will auch ich dazu nicht Stellung nehmen, obwohl ich es gern täte.

Gestatten Sie mir nur noch eine Anregung. Wir haben zusammen mit der Treuhandanstalt in Cottbus ein Konzept für die Errichtung eines Gewerbeparkes auf unserem Industrie- und Gewerbebestandort entwickelt, um damit Starthilfe für ortsansässige Ansiedlungswillige zu geben. Ich denke, daß dieses Projekt von Erfolg gekrönt sein wird. Wir haben dafür auch Unterstützung aus den alten Bundesländern zugesagt bekommen. Ich meine, daß dieser Weg der konzeptionellen Zusammenarbeit mit den Niederlassungen der Treuhandanstalt der richtige Weg ist.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Vielen Dank, Herr Bürgermeister. Nun hat Frau Breuel das Wort.

**Birgit Breuel:** Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie mühselig es für die Treuhandanstalt ist, ihren Weg angesichts der unterschiedlichen Auffassungen zu finden, ist heute morgen hier deutlich geworden. Die einen sagen: Zeit kaufen, Strukturhaltung betreiben, den Menschen nicht zuviel zumuten, mehr subventionieren! Die anderen sagen: auf keinen Fall Firmen mit Dumpingpreisen in den Markt entlassen! Ich habe für beides Verständnis. Wir müssen immer zwischen beiden Positionen lavieren.

Ein Mittelständler aus Sachsen hat sich dafür ausgesprochen, billiger zu verkaufen, damit Mittelständler mehr kaufen können. Wir haben es übrigens einmal nachgerech-

net: Es sind fast 80 Prozent Mittelständler, die bei uns kaufen, wobei die Unternehmen im Bereich der Industrie weniger als 500, im Gewerbe weniger als 200 und im Handwerk weniger als 50 Beschäftigte haben. Der erwähnte Mittelständler sagte: Mehr an den Mittelstand verkaufen - das bedeutet: mehr entflechten; Herr Kolbe sagte demgegenüber: Die großen Betriebe sollten erhalten bleiben.

Meine Damen und Herren, beides ist richtig. Wir brauchen beides. Ich denke, wir sollten auch nicht versuchen, hier einen Gegensatz aufzubauen. Wir brauchen kleinere, mittlere und große Firmen.

Herr Kolbe, ich glaube, es gibt auch keine Meinungsverschiedenheit in der Frage, daß wir dort natürlich entflechten müssen, wo artfremde Firmen in der Vergangenheit zusammengewürfelt worden sind, wo unterschiedliche Produktionen und Fertigungen zusammengebunden sind und sich in dieser Form am Markt niemals behaupten können. Ich denke hier an die alten Kombinate und Konglomerate. Wir müssen in solchen Fällen versuchen, neue betriebswirtschaftliche Einheiten zu konstruieren, die eine bessere Chance am Markt haben.

Es wird immer wieder die Frage aufgeworfen, wie wir die Probleme der Strukturpolitik besser lösen können. Dieses Thema war Kernpunkt der Ausführungen von Herrn Haschke und von anderen. Die Antwort ist relativ einfach. Wenn ein Land - ich wende mich hier beispielhaft an Herrn Schommer, der neben mir sitzt - sich dafür entscheidet, von der Treuhand fünf Firmen zu Konditionen zu erwerben, wie sie für alle anderen auch gelten, um Strukturpolitik zu betreiben, dann kann das Land das selbstverständlich tun. Wenn die Firma mit Altschulden belastet ist, kann es sein, daß der Verkaufspreis nur 1 DM beträgt. Man kann in jedem Einzelfall nachweisen, wie der Preis bei uns ermittelt wird. Das Land kann also so, wie beschrieben, handeln. Ich will dazu keine Empfehlung abgeben. Ich will nur darauf verweisen, daß es eine der Möglichkeiten ist, so zu verfahren.

Herr Kolbe, ich will folgendes hinzufügen. Wir versuchen wirklich, sozusagen Zeit zu kaufen. Sonst würden, wie ich vorhin sagte, 95 Prozent unserer Betriebe überhaupt nicht mehr existieren. Wir versuchen, in den Fällen - dies hat mit Marktwirtschaft wirklich nur noch am Rande etwas zu tun -, in denen unseres Erachtens noch irgendeine Hoffnung besteht, mindestens einen Kern zu erhalten, auf dem hinterher wiederaufgebaut werden kann. Wenn Industrie völlig von der Bildfläche verschwunden ist, dauert es Jahrzehnte, bis Neues wieder aufgebaut werden kann. Dies kommt den Steuerzahler dann auch sehr teuer. Wir werden beide nicht erreichen können, was teurer wäre. Ich halte den von mir aufgezeigten Weg für einen vernünftigen Weg, und wir versuchen, diesen Weg zu beschreiten.

Wenn gesagt wird, wir sollten nicht vergessen, daß in der alten Bundesrepublik auch viel für die Betriebe getan würde, dann ist das sicherlich richtig. Ich möchte daran erinnern, daß das, was die Treuhand ausgibt - in diesem Jahr beträgt der Nettoverlust 25 Milliarden DM; im nächsten Jahr wird er vermutlich über 30 Milliarden DM betragen -, schlicht Barmittel der Steuerzahler sind. Diese Mittel werden heute für Ostbetriebe ausgegeben. Insofern hat sich der Bund aus diesem Bereich nicht verabschiedet. Im Gegenteil, es fließen gewaltige Summen in diese Betriebe hinein. Daß es dennoch Unbehagen gibt, was z.B. die Behandlung der Belegschaften betrifft, kann ich nur allzugenachempfinden. Ich versuche wirklich öfter, in Betriebe hineinzugehen. Ich kann auch nachempfinden, daß die Menschen nicht verstehen, warum auf der einen Seite 5 000 DM und auf der anderen Seite 50 000 oder 60 000 DM gezahlt werden. Es muß aber jeder akzeptieren, daß das so ist. Wir kennen beide keine praktikable andere Lösung, weil eine andere Lösung nicht bezahlbar wäre. Bei der Tarifpolitik ist es

klargeworden: Im Westen müßte mehr Verzicht geübt werden. Aber wer von uns will dies wirklich durchsetzen? Wir, die wir hier arbeiten, können dies zwar predigen, weil wir überzeugt sind, daß es richtig ist, im Westen mehr Verzicht zu leisten; wir sind aber sicherlich beide etwas skeptisch, ob wir dies erreichen.

Herr Bergemann hat als Betriebsratsvorsitzender die Frage der Kontrolle im Rahmen des Privatisierungsprozesses aufgeworfen. Es gibt ein Vertragscontrolling. Dieses sieht im Moment so aus, daß die 4 000 bis 5 000 Privatisierungsverträge einzeln mit allen Elementen in das Vertragscontrolling eingespeist werden. Es wird insofern jedem Einzelfall systematisch nachgegangen. Ich räume allerdings ein, daß die Technik bei uns noch nicht völlig ausgereift ist, weil die Verfahren - auch im Bereich des Vertragscontrolling - bei uns alle völlig neu entwickelt werden müssen. Schließlich hat es eine treuhänderische Aufgabe, wie sie uns obliegt, von der Größenordnung her in der Welt überhaupt noch nicht gegeben. Wir gehen also systematisch jedem Einzelfall nach. Wir würden im übrigen selber völlig ungläubwürdig werden, wenn wir Garantien übernähmen, ohne hinterher Kontrollen durchzuführen. Es liegt in unserem ureigensten Interesse, Kontrollen durchzuführen. Es gibt allerdings nicht viele Verträge, die älter als ein Jahr sind. Erst nach einem Jahr würde das erste Pönale zur Diskussion stehen. Insofern brauchen wir heute, wie ich denke, noch nicht in Sorge zu sein. In einem halben Jahr könnte es allerdings völlig anders aussehen.

Herr Münch hat Entscheidungen vor Ort angemahnt. Es gibt ja Möglichkeiten, im Treuhand-Wirtschaftskabinett zu Entscheidungen zu kommen. Wir sind dazu jederzeit bereit. Wir führen ein Monatsgespräch in diesem Kreise, woran Sie, glaube ich, selber häufig teilnehmen. Im Treuhand-Wirtschaftskabinett können alle die Treuhand betreffenden Fragen besprochen und auch beantwortet werden.

Sie sagten weiter, wir brauchten Notkonzepte, damit Betriebe nicht den Bach heruntergingen. In dieser Hinsicht bin ich - das bekenne ich - anderer Auffassung als Sie. Wenn sich erweist, daß ein Betrieb, nachdem wir ihn jetzt über ein Jahr lang durchgefüttert haben, um ihn kennenzulernen, und nachdem er mehrfach von Experten durchgecheckt worden ist, wirklich keine Zukunftschance hat, sollte man nicht weiterhin Geld in diesen Betrieb stecken. Man sollte dieses Geld vielmehr in die besser situierten Betriebe stecken und diesen Betrieben eine Chance für die Zukunft geben.

(Beifall)

Ich möchte nun noch einige Anmerkungen zu der Frage der Immobilien machen. Zunächst will ich Ihnen die Relationen verdeutlichen: Wir haben neben den fast 11 000 Betrieben, die wir betreut haben bzw. betreuen, 30 000 Liegenschaften zu verwalten. Diese müssen wir zunächst physisch erfassen, d.h. vermessen, weil dies bisher nicht erfolgt ist. Wir müssen sie sodann verwahren: baufällige Gebäude, Zäune usw.; wir müssen dafür sorgen, daß dort Schnee geschaufelt wird, Kinder geschützt werden, ein Hausmeister eingesetzt wird und ähnliches mehr. Wir müssen ferner alle mit diesen Liegenschaften zusammenhängenden Rechtsfragen klären, wobei wir gelegentlich mehrere Generationen zurückgehen müssen. Wir müssen diese Liegenschaften außerdem bewerten, zum einen intern, zum anderen durch unabhängige Externe. Erst dann können sie zur Ausschreibung freigegeben und verkauft werden. So müssen wir in 30 000 Fällen verfahren. Das ist eine unglaubliche Arbeit.

Dann kommen die Interessenten - auch hier war das der Fall - und sagen: Nun wollen wir erst richtig anfangen, über den Preis zu verhandeln. Meine Damen und Herren, bei allem Respekt vor dem, was kommunale Vertreter im Hinblick auf Gewerbeansiedlung

zu verantworten haben: Wir verkaufen nur zum Verkehrswert. Erstens ist das im Gesetz so vorgesehen. Ich kann mich hier also hinter dem Gesetzgeber verstecken. Zweitens würden wir total scheitern, wenn wir nach dem skizzierten langen Verfahren mit jedem Bürgermeister einzeln darüber verhandeln würden, wie er sein Grundstück eventuell verbilligt bekommen kann. Es ist die ureigenste Aufgabe der Politik, in diesem Bereich die Weichenstellung vorzunehmen. Ich selber habe in dieser Hinsicht Sündenfälle in der Vergangenheit erlebt und kann folglich gute Ratschläge geben, wenn jemand daran interessiert sein sollte.

Es war von SED-Größen die Rede, die unsere Arbeit teilweise behindern. Ich will dieses Thema nicht vertiefen, obwohl es ein vertiefenswertes Thema ist. Wir bemühen uns mit Hilfe der Vertrauensbevollmächtigten, die wir bei uns überall haben, in sorgfältiger und dennoch behutsamer Weise, Einzelfälle jeweils in Einzelgesprächen zu lösen, um nicht Unrecht zu tun, da es ja nicht nur die nach wie vor aktiven alten SED-Größen gibt, sondern auch Denunziationen von Leuten erfolgen, die nichts mit der SED zu tun hatten. In unseren Firmen haben wir inzwischen über 500 Managern wegen ihrer politischen Vergangenheit gekündigt, und zwar überwiegend fristlos. Wir bleiben in diesem Bereich also nicht tatenlos. Im Gegenteil, die Aufarbeitung wird Woche für Woche weitergeführt.

Herr Dr. Thomas hat die Frage aufgeworfen, ob bei uns Privatisierung verschleppt wird. Meine Damen und Herren, das ist ein ganz schwieriges Thema. Wir haben die Zahl unserer Mitarbeiter innerhalb von 14 Monaten von 100 auf 3 000 erhöht. Das ist eine unglaubliche Leistung. Wir sind jetzt dabei, den Personalbestand wieder abzubauen. Es ist wahr: Wer besonders erfolgreich privatisiert, verliert am schnellsten seinen Job. Die Menschen zu motivieren, dennoch schnell zu privatisieren, ist eine fast unlösbare Aufgabe. Vergewähren Sie sich dabei immer, daß wir im Rahmen des Aufbaus unserer Anstalt alle Mitarbeiter zunächst in unser Konzept und unseren Auftrag einbinden mußten. Die von mir erwähnte fast unlösbare Aufgabe wird gelöst, indem mit den Menschen Zielvereinbarungen getroffen werden. Ich will diese ganz schlicht so beschreiben: Wer am schnellsten privatisiert, bekommt am Schluß die größte Prämie oder die beste Vermittlung für einen schönen anderen Job.

Nun zu der Veräußerung von Handelsbetrieben und der Veräußerung von Grund und Boden im Zusammenhang damit. Wir haben Handelsbetriebe am Anfang ohne Grund und Boden veräußert, weil Grund und Boden nach meiner Erinnerung in weit über 60 Prozent der Fälle - ich bin mir dessen nicht ganz sicher; der Anteil kann auch zwischen 50 und 60 Prozent gelegen haben - restitutionsbehaftet war. Wir hätten Handelsbetriebe niemals so schnell privatisieren können, wenn wir Grund und Boden mit veräußert hätten. Wir haben den Handel, wie Sie vielleicht wissen, inzwischen vollständig privatisiert und damit über 20 000 mittelständische Existenzen - der Anteil der ostdeutschen Betriebe beträgt 70 Prozent - geschaffen.

Wir haben auch - dies ist der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte - große Anstrengungen unternommen, um die Menschen aus den neuen Bundesländern stärker in die unternehmerische Verantwortung hineinzubringen. Es ist nicht etwa versucht worden - eine entsprechende Sorge brachte ein Bürgermeister, der hier sprach, zum Ausdruck -, die Interessenten aus den alten Bundesländern zu begünstigen. Wir haben inzwischen weit über 700 Management-buy-outs organisiert, wobei wir den Bürgerinnen und Bürgern in den neuen Bundesländern ermöglicht haben, unternehmerische Verantwortung zu übernehmen. Ich füge hinzu, meine Damen und Herren, daß sich auch dann immer wieder die Frage der alten roten Socken, um es einmal etwas weniger elegant zu formulieren, stellt. Wir sprechen mit

den Betriebsräten, weil diese ein gutes Gespür haben und uns immer wieder helfen, darauf hinzuweisen, wenn wir möglicherweise ein falsches Management-buy-out organisieren würden.

Meine Damen und Herren, ich glaube schon, daß die Treuhandanstalt ihren Weg im Rahmen des gesetzlichen Auftrages konsequent weitergehen muß. Der Auftrag ist so flexibel, daß man versuchen kann, in allen Fällen Kompromisse zu finden. Es müssen allerdings Kompromisse sein, die die Arbeit im Interesse der Bürger vorantreiben. Insofern hoffe ich, daß wir für alle Probleme eine gemeinsame Lösung finden.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Mir wird gerade zugerufen, daß die Frage betreffend Dezentralisierung der Treuhandanstalt noch nicht beantwortet worden ist.

**Birgit Breuel:** Die Treuhandanstalt hat 15 Niederlassungen. In den Niederlassungen werden ungefähr 60 bis 70 Prozent aller Entscheidungen eigenständig getroffen. Etwa 30 Prozent werden in Berlin getroffen. Viel stärker kann man nicht dezentralisieren. Das hat, wie ich glaube, noch kein Unternehmen der Welt geschafft.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Das ist eine eindeutige Antwort. Herr Dr. Thomas, wir können jetzt nicht in einen Dialog eintreten. Ich bitte Sie um Verständnis dafür. Es liegen noch viele Wortmeldungen vor.

(Zuruf von Dr. Werner Thomas)

**Birgit Breuel:** Die Grundstücke der Handelsbetriebe werden vermutlich in einen Immobilienfonds eingebracht, der an die Börse gehen soll. Dies entspricht einem Wunsch, den die CDU seit langer Zeit geäußert hat.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Frau Breuel, ich danke Ihnen ganz herzlich für die ausführliche Beantwortung.

(Beifall)

Sie haben die überaus verantwortungsvolle Aufgabe, den Umstrukturierungsprozeß zu begleiten. Für Ihre weitere Arbeit wünschen wir Ihnen sehr viel Glück und Erfolg.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, mir liegen noch sieben Wortmeldungen vor. Nach diesen Wortmeldungen soll jeder Podiumsteilnehmer noch kurz die Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten. Die jetzt noch vorliegenden Wortmeldungen betreffen ganz unterschiedliche Themen. Ich werde diese Wortmeldungen jetzt der Reihe nach aufrufen. Als erste hat Frau Braun-Moser das Wort.

**Dr. Ursula Braun-Moser:** Es geht mir um den Aufbau des Mittelstands in den neuen Bundesländern. Als Präsidentin der Europäischen Mittelstands-Union bin ich sehr oft bei Gründertagen hier in den neuen Bundesländern und versuche, Hilfe zu leisten. Im Grunde genommen sind hier die gleichen Behinderungen des Mittelstandes und der Investitionen gegeben, wie ich sie auch in Polen, in Ungarn und in der Tschechoslowakei antreffe. Dort war der Sozialismus einfach unfähig, z.B. die drei Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden mobil zu halten. Das Eigentum war dort nicht transferierbar; der Boden konnte nicht von einem Eigentümer zum anderen wechseln. Die Institution des privaten Eigentums war überhaupt nicht bekannt. Es gab über Jahrzehnte keine Hypothekenkredite und all das, was uns die Mobilisierung des Realkapitals ermöglichte.

Wir schaffen uns mit den AB-Maßnahmen nun noch zusätzliche Schwierigkeiten, und zwar dadurch, daß ganze Betriebe AB-Kräfte bekommen und folglich keine Löhne zahlen, während ein kleiner Konkurrenzbetrieb, der sich niederlassen will, Löhne zahlen muß. Angesichts dessen muß man ganz hart fragen, welchen Dirigismus wir verfolgen. Es gab auch in den anderen Bundesländern - ich erinnere mich an die Kreisverwaltung, in der ich tätig war - über Jahre Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, aber doch nur in bestimmten Bereichen, und zudem mußte gewährleistet sein, daß Menschen wirklich in den Beruf eingeführt werden. In den neuen Bundesländern ist es aber so, daß beispielsweise 60 Kräfte für ein mittelständisches Unternehmen bewilligt werden, die dann anfangen, irgend etwas zu tun, während ein anderer Mittelständler, der vielleicht auch Umwelttechnologie verkauft, seinen Arbeitnehmern Lohn zahlen muß. Bei diesem Verfahren töten wir Existenzen doch schon ab, bevor sie sich richtig haben entwickeln können. Wir praktizieren hier einen Dirigismus, den wir in unserer Sozialen Marktwirtschaft immer abgelehnt haben.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Nun hat Herr Christian Häntzka das Wort. - Herr Häntzka ist nicht mehr anwesend. Als nächster hat sodann Herr von Walderdorff das Wort.

**Philip von Walderdorff:** Mir ist aufgefallen, daß in der letzten „Wirtschaftswoche“ ein Artikel unter der Überschrift „Katholische SPD“ zu finden war. Dort wurde geschrieben, daß die CDU im Dresdner Manifest zwar wieder ein Bekenntnis zum Markt ablegt, die Realität aber anders aussieht. Im Tagesgeschäft dominieren die Sozialpolitiker, die Ökonomen sind machtlos, farblos oder gar nicht präsent. Der CDU-Wirtschaftspolitik fehlen Konzepte, Köpfe und Kompetenzen. Wenn ich an CDU und Wirtschaftspolitik denke, fallen mir in erster Linie Sie, Frau Thoben, und Herr Wissmann, Herr Ludewig und auch Frau Breuel ein. Sehr viel mehr fällt mir dabei aber nicht ein. Ich frage mich: Ist die CDU nicht langsam an einem Punkt angekommen, an dem sie den Kompetenzvorsprung, der ihr in der Wirtschaftspolitik eingeräumt wurde, verliert? Wenn ein Wirtschaftsminister wie Herr Dr. Schommer schon als Paradiesvogel angesehen wird, sind wir nach meinem Eindruck an einem Punkt angekommen, an dem man schleunigst etwas ändern muß.

(Vereinzelt Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Jetzt kann ich mir eine über das Amt des Moderatoren hinausgehende Bemerkung nicht verkneifen. Ich muß hier mit allem Nachdruck sagen, daß dann, wenn die CDU in den Bundesländern beim Abschluß von Koalitionsvereinbarungen über Jahrzehnte darauf verzichtet, dieses Ressort für sich zu reklamieren, auch weniger Personen die Chance haben, sich auf diesem Felde zu profilieren. Das ist meine feste Überzeugung.

(Beifall)

Herr Schauerte!

**Hartmut Schauerte:** Ich möchte zwei Punkte ansprechen. Sie wissen, daß man dann, wenn man zu einem Hund ja sagt, auch zu seinen Flöhen ja sagt. Bei der Frage der Beratung durch westdeutsche Gemeinden für die mitteldeutschen Gebiete verhält es sich genauso. Es geht vieles Gute auf den Weg, aber es werden auch viele Flöhe mit eingeschleppt. Ich möchte zwei Bereiche ansprechen. Im Bereich des gesamten Kataster- und Vermessungswesens, das von zentraler Bedeutung ist, wenn man über definierbare Grundstücke, die eintragungsfähig und beleihungsfähig sind, verfügen will, haben wir - anstatt uns sehr weit privat zu öffnen - aus den alten Ämtern für

Geodäsie sehr komplizierte staatliche und in der Regel sogar zentralstaatliche Vermessungsämter werden lassen. Das Ergebnis ist, daß die Bearbeitung kolossal schleppend ist. Ein Großteil der Grundstücksprobleme, über die hier geklagt worden ist, resultiert auch daraus, daß eine genügende Öffnung gegenüber all denjenigen, die die Aufgaben im Grundstücksbereich hätten wahrnehmen können, nicht erfolgt ist. Man ist vielmehr Ratschlägen aus Bayern gefolgt, wo es eine sehr massive staatliche Katasterbehörde gibt, und auch Ratschlägen aus dem damals noch CDU-regierten Hessen, wo es ebenfalls eine sehr massive staatliche Katasterbehörde gibt. Ich könnte noch viele andere Beispiele nennen. In diesem Bereich müßte man sicherlich noch etwas tun.

Ein zweiter Bereich ist die Privatisierung von kommunalen Aufgaben schlechthin. Wir erleben im Westen - wir sprechen heute ja nicht nur über Ostdeutschland -, daß die Kommunen sich nicht mehr zur Privatisierung bereit finden, sondern eine Aufgabe nach der anderen durch Regiebetriebe, Eigenbetriebe, Holdings etc. wahrnehmen lassen, wobei dann jeweils vom sogenannten privatisierten kommunalen Bereich die Rede ist. Das ist eine schlimme Entwicklung, die in die marktwirtschaftliche Situation der Union nicht hineinpaßt. Genau dieser Fehler wird jetzt in den neuen Bundesländern wiederholt. Schlechter Rat ist insofern teuer. Darauf sollten wir achten.

(Vereinzelt Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Nun hat Herr Reckers das Wort.

**Dr. Hans Reckers:** Ich möchte noch eine Anmerkung zur Finanzpolitik machen. Wir registrieren zwei besorgniserregende Tatbestände. Erstens ist festzustellen, daß die öffentlichen Ausgaben in den neuen Bundesländern weitgehend durch Verschuldung finanziert werden. Die Finanzpolitik im Westen geht im wesentlichen weiter wie bisher. Die westlichen Landeshaushalte haben Zuwachsraten von sechs bis neun Prozent. Die Ausgaben in Ostdeutschland werden aber, wie gesagt, weitgehend durch Verschuldung finanziert. Das können wir mittelfristig so nicht fortsetzen.

Der zweite Tatbestand ist, daß die Basis für die Einnahmen in Ostdeutschland, obwohl durch Verschuldung finanziert, absinkt. Es geht dabei im wesentlichen um die Mittel aus dem Fonds Deutsche Einheit, der in erster Linie durch Verschuldung finanziert wird, die Jahr für Jahr stärker abnehmen, als die Steuereinnahmen ansteigen. Der Aufbau Ostdeutschlands kann natürlich nicht bei einer in der geschilderten Weise nach unten führenden Einnahmelinie bei Ländern und Kommunen finanziert werden.

Das heißt, daß wir in der Finanzpolitik in eine neue Phase kommen müssen. In der Übergangszeit war es natürlich nötig, zunächst die Altschulden im Rahmen der Fonds zu finanzieren, dort auch die Mittel für die Zinsen aufzubringen, die noch nicht aus Steuereinnahmen finanziert werden können, und insofern war auch der Fonds Deutsche Einheit zunächst notwendig. Es ist aber klar, daß diese beiden Tatbestände mittelfristig nicht fortgeschrieben werden können. Eine absinkende Finanzbasis ist natürlich kein Fundament für den Aufbau bei uns, und es darf auch nicht so sein, daß die Mittel weitgehend durch Verschuldung aufgebracht werden. Darüber müssen wir in den nächsten Monaten intensiver sprechen.

(Vereinzelt Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Jetzt hat Herr Nasdal das Wort.

**Manfred Nasdal:** Liebe Unionsfreunde! Ich komme aus Königs-Wusterhausen und bin Beigeordneter des Landrates sowie Kreisvorsitzender.

Heute vormittag wurde gesagt, in den Verwaltungen werde noch gearbeitet wie vor der Wende. Das ist falsch. Wir arbeiten so, als stünden wir am Rand eines Abgrunds. Wir sind wenige, und die wenigen leisten Herkulesarbeit. Oftmals ist die Arbeit wenig effizient. Es gibt bei uns Gemeinden, in denen Restitutionsansprüche bezüglich 75 Prozent aller bebauten Grundstücke gestellt worden sind. Wir haben Gemeinden, in denen kein einziger Quadratmeter an kommunalem Grund und Boden existiert. Sie können sich vorstellen, daß die gewaltigen kommunalen Aufgaben unter diesen Bedingungen kaum gelöst werden können.

Ich möchte kurz zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus Stellung nehmen. Für diesen Bereich könnten auf dem Wege über kostenlose Übertragung von Grund und Vermögen, das sich in Treuhandverwaltung befindet, sowie auf dem Wege über die Übertragung von Bundesvermögen und natürlich auch von Vermögen der Bundeswehr Möglichkeiten eröffnet werden, daß die Kommunen handlungsfähig werden und daß der gesunde Menschenverstand vor Ort dezentral wirksam wird.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Als letzter Diskussionsredner hat Herr Gunter Leyer das Wort.

**Gunter Leyer:** Ich möchte zum Thema „Osthandel“ sprechen, und zwar auf Grund folgender Erfahrung, die ich in meinem beruflichen Umfeld - ich bin nicht hauptamtlich in der Politik tätig - gemacht habe. Ich habe im Kreise meiner Kollegen leider die Bemerkung gemacht, daß die Bundesregierung nicht vorhersehen konnte, daß nach Einführung der D-Mark im damaligen Osten der Osthandel zusammenbricht. Meine jüngeren Kollegen, von denen die meisten nicht meine politische Überzeugung teilen, haben mich daraufhin in umfangreiche Diskussionen verwickelt. Es tut mir in der Seele weh, daß die CDU in meiner Heimat - das ist Hessen - stark an Boden verloren hat, was auch für das kommunale Umfeld gilt. In Hessen wurde eine rot-grüne Koalition gebildet.

In der letzten Zeit hat es ein weiteres Reizthema gegeben, über das auch in der Presse viel zu lesen war. Ich meine die Einführung des ECU. In absehbarer Zeit wird die D-Mark als Währung aufgegeben. Wir bewegen uns auf eine andere Währung zu. Ich wollte mich mit meinen Kollegen, die ich soeben erwähnt habe, nicht auch zu diesem Thema auf eine Diskussion einlassen, weil mir als politischem Laien der Informationshintergrund fehlt. Inwieweit wird die Einführung einer neuen Währung längerfristig abgesichert, und inwieweit hat sie wirtschaftliche Auswirkungen für die gesamte Bundesrepublik?

**Vorsitzende Christa Thoben:** Zum Schluß erhalten nunmehr die Podiumsteilnehmer Gelegenheit, auf die Diskussionsbeiträge einzugehen. Ich muß die Podiumsteilnehmer dabei bitten, sich bei diesen Stellungnahmen noch kürzer zu fassen, als die Redner aus dem Plenum es tun mußten. Als erster hat Herr Erler das Wort.

**Wolfgang Erler:** Ich will versuchen, meine Aufgabe in der mir zur Verfügung stehenden kurzen Zeit zu erfüllen. Dabei will ich auf zwei oder drei Punkte eingehen, die in der Diskussion angesprochen wurden. Für die weitere Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft halten wir es insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Notwendigkeiten in den fünf neuen Bundesländern für unabdingbar, daß die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in der Form, wie es sie jetzt gibt, weiterhin gefördert werden. Wenn zu erkennen ist, daß weitere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen notwendig sind, sollte der Staat im Haushalt dafür Mittel zur Verfügung stellen.

Ich hätte mir gewünscht, daß wir, wie es hier auch gefordert worden ist, endlich den Weg beschreiten - Herr Wissmann war vor einigen Monaten in Erfurt in Thüringen -, die Bürokratie zu verringern. Wir wollen Impulse. Wir wollen im übrigen, daß auch in den alten Bundesländern die Bürokratie verringert wird.



Schließlich habe ich noch zwei ganz herzliche Bitten. Es wird immer wieder darüber diskutiert, daß AB-Maßnahmen die Entwicklung des Mittelstandes behinderten. Ich bin für jede Diskussion offen. Ich verwahre mich allerdings dagegen, wenn die Diskussion *in der Weise geführt wird, daß gesagt wird: Ich habe gehört ... - Man sollte dann auch klipp und klar sagen, worauf man sich bezieht.*

Ein weiterer Punkt: Die Darstellung des Bundespostministers - er ist leider nicht mehr anwesend - in bezug auf Tarifpolitik war falsch. Wir haben keine einheitliche Tarifpolitik. Die Menschen oben im Norden erhalten weitaus weniger als diejenigen, die in Frankfurt in der gleichen Branche sind.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Herr Necker, bitte.

**Dr. h. c. Tyll Necker:** Ich möchte nur über Prioritäten sprechen. Ich glaube, wir müssen dem Aufbau der neuen Bundesländer Priorität geben und den neuen Bundesländern mittelfristig eine Finanzperspektive eröffnen. Wir müssen meines Erachtens die Investitionen in den neuen Bundesländern verstärken und den Sozialkonsum relativ zurückdrängen. Ich meine, daß wir der Erhaltung rentabler Arbeitsplätze Vorrang vor zu schnellen Einkommenserhöhungen geben müssen. Ich möchte weiter dafür plädieren, daß rentable Arbeitsplätze Vorrang vor reiner Beschäftigung haben müssen. Lassen Sie uns schließlich die Fördermittel, die vorhanden sind, auf die Bereiche konzentrieren, in denen sie wirklich benötigt werden. Es gibt in dem Sektor der Dienstleistungen, Banken usw. ganze Bereiche, die diese Förderung zur Zeit nicht mehr benötigen. In der im internationalen Wettbewerb stehenden verarbeitenden Wirtschaft - bei transportablen Gütern und Leistungen - ist aber eine verstärkte Förderung notwendig.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Nun hat Herr Dr. Ludewig das Wort.

**Dr. Johannes Ludewig:** Ich möchte nur noch zwei Punkte ansprechen. Den Punkt, den Herr Milbradt und Herr Reckers angesprochen haben, nehme auch ich sehr ernst: Es ist gar keine Frage, daß wir auf mittlere Sicht erhebliche Finanzmittel benötigen werden. Die Frage ist natürlich, Herr Milbradt und Herr Reckers, wo über dieses Thema diskutiert wird. Über dieses Thema wird nicht nur zwischen den neuen Bundesländern und dem Bund, sondern auch zwischen den Ländern untereinander diskutiert. Herr Reckers hat gesagt, daß die Ausgabensteigerung in den alten Bundesländern 6 bis 9 Prozent beträgt. Ähnlich ist es bei den Kommunen.

Es ist so, wie ich es eingangs darstellte: Wir haben im westlichen Teil Deutschlands sozusagen den Atem angehalten, als die deutsche Einheit zustande kam, aber danach wurde im wesentlichen so wie vorher weitergemacht. Das ist der Kern unseres Problems. Die Diskussion über dieses Thema muß geführt werden, und zwar auch zwischen den Ländern. Dies ist eine Bewährungsprobe für den Föderalismus. Wenn diese Bewährungsprobe nicht bestanden wird, werden wir die notwendigen Mittel auf die Dauer nicht beschaffen können.

Ich nenne hier ein Symptom: Daß im Rahmen des Vermittlungsverfahrens, welches jetzt gerade verhandelt worden ist, über ein Konversionsprogramm gesprochen wird, das schwerpunktmäßig den alten Bundesländern zugute kommen soll, stellt die Dinge nach meiner Auffassung wirklich auf den Kopf. Es kann doch nicht angehen, daß wir im Rahmen eines Konversionsprogramms, welches alte Standorte von militärischen Einrichtungen betrifft, Milliardenbeträge für die alten Bundesländer zur Verfügung stellen, während in den neuen Bundesländern die Probleme offen zutage treten. Das ist symptomatisch. Darüber muß man, wie ich meine, nachdenken.

Frau Vorsitzende, ein zweites Problem, das hier nicht angesprochen worden ist, macht mir großes Kopfzerbrechen. Wenn Mercedes heute in der alten Bundesrepublik ein Auto baut, so sind die Kosten 30 Prozent höher als in Japan. Damit ist ein Kernproblem des Standortes Bundesrepublik Deutschland angesprochen. Wir müssen uns die Frage stellen: Welche Waren werden in dem Hochsteuer- und Hochlohnland Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2000 produziert? Womit sichern wir unsere Arbeitsplätze?

(Beifall)

Diese Frage hat heute, weil andere Themen im Vordergrund standen, keine große Rolle gespielt. Trotzdem ist es eine Frage, die mich sehr bewegt. Wir müssen über diese Frage wirklich nachdenken. Ich habe auch keine Patentlösung zur Hand, glaube aber, daß wir auch hier - ich habe es eingangs gesagt - neue Prioritäten setzen müssen. Sonst haben wir im Jahre 2000 in Gesamtdeutschland nicht die Arbeitsplätze, die wir brauchen.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Herr Dirschka!

**Joachim Dirschka:** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Sie werden verstehen, daß ich etwas enttäuscht darüber bin, daß ich heute hier eigentlich einen recht geruhsamen Tag hatte und die Probleme, die das Handwerk betreffen, fast gar nicht zur Sprache gekommen sind. Vielleicht war meine erste Einschätzung, die ich vorgetragen habe, etwas zu positiv, so daß die Probleme etwas untergegangen sind. Ich bedaure das außerordentlich. Das Handwerk ist ein wichtiger Teil des Mittelstandes, und kleine mittelständische Handwerksbetriebe sind ein sehr starkes wirtschaftliches Unterfangen. Dieser Teil des Mittelstandes ist heute eigentlich sehr schlecht weggekommen.

Ich möchte noch zweierlei anmerken. Drive ist im Handwerk nicht mehr ein allzu großes Thema. Das Handwerk ist relativ produktiv. Das möchte ich hier eindeutig sagen. Dies liegt in der Natur der Sache. ABM ist natürlich ein Thema. Die Situation ist regional sehr verschieden. ABM darf nicht dazu führen, daß Handwerksbetriebe benachteiligt werden. Natürlich resultieren für uns Probleme daraus, daß ABM zu 100 Prozent bezahlt wird. Uns gibt dies natürlich sehr zu denken, weil bei diesem System der Leistungsdruck fehlt.

Über das Thema der Qualifizierungsmaßnahmen, die wir ergreifen, ist hier eigentlich gar nicht gesprochen worden. Herr Staatsminister Schommer hat das Thema des Aufbauwerkes Sachsen nur ganz kurz angesprochen, in dessen Rahmen wir den Problemen der Qualifizierung ein ganz besonderes Augenmerk schenken müssen.

Lassen Sie mich zum Schluß sagen, was wir benötigen. Ich sage dies als jemand, der hier großgeworden ist. Wir brauchen mehr Toleranz, um uns gegenseitig zu verstehen und aufeinander zuzugehen. Dies erleichtert es, die Probleme zu erkennen und sich gegenseitig wesentlich besser zu verstehen. Das sollten wir bitte beherzigen.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Herr Dirschka, wenn aus dem Plenum nicht genügend Fragen zum Bereich des Handwerks gestellt worden sind, dann kann das natürlich auch daran liegen, daß Sie heute morgen nicht genügend Kollegen mitgebracht haben. – Herr Steyer, bitte.

**Dr. Claus Steyer:** Ich könnte mir hinter der Überschrift „Soziale Marktwirtschaft vor neuen Herausforderungen“ auch ein Fragezeichen vorstellen. Diese Frage würde ich dann mit einem dreifachen Ja beantworten.

Erstens. Wir haben nicht nur im eigenen Lande den Übergang von planwirtschaftlichen Strukturen zu marktwirtschaftlichen und privatisierten Strukturen zu vollziehen. Wir müssen vielmehr auch das Umfeld berücksichtigen: Die Grenzen nach Osten hin sind offen, und die Probleme aus diesen Bereichen reflektieren bis in das deutsche Wirtschaftsgebiet hinein.

Zweitens. 80 Prozent des Marktes bei uns sind weggebrochen. 80 Prozent des Marktes in den östlichen Ländern sind nicht mehr zahlungsfähig. Es müssen Antworten gefunden werden, wie wir diese Teile des Marktes in den neuen Ländern marktwirtschaftlich organisieren.

Drittens. Ich bin der Auffassung, daß die Fördermaßnahmen im Laufe des ersten Jahres gut gegriffen haben. Sie haben - ich wähle einen Vergleich aus der Landwirtschaft - das gesamte Feld erst einmal fruchtbar gemacht. Nun muß man aber prüfen, wie die Fördermaßnahmen im Detail wirken. Weil die Zeit knapp ist, will ich hier nur kurz das unterstreichen, was Herr Dr. Necker gesagt hat: Fördermaßnahmen sollte es nicht um ihrer selbst willen geben. Ebenso geht es nicht nur darum, die Transferleistungen zu erhöhen. Die Förderung sollte sich vielmehr in erster Linie auf Forschung und Entwicklung, in zweiter Linie auf Technologien und an dritter Stelle auf den Aufbau neuer Märkte beziehen.

**Vorsitzende Christa Thoben:** Herr Wissmann, bitte.

**Matthias Wissmann:** Es sind zwei Fragen an mich gerichtet worden. Eine dieser Fragen betraf die regionale Strukturpolitik. Es ist gesagt worden, man solle Regionalausschüsse bilden. Ich halte wenig von neuen Gremien. Neue Gremien schaffen, wie ich fürchte, nur neue Bürokratismen, die wir ohnehin schon zur Genüge haben. Ich halte aber etwas von einer besseren Verzahnung von Treuhandanstalt, Ländern und Kommunen. Wir könnten die für regionale Strukturpolitik zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 20,4 Milliarden DM viel effizienter für den Aufbau rentabler Arbeitsplätze einsetzen, wenn es ein koordiniertes Konzept gäbe. Wenn ich von Koordinierung spreche, denke ich aber, wie gesagt, nicht an die Bildung neuer Ausschüsse, sondern an die Zusammenarbeit der bestehenden Institutionen.

Ich will kurz auf einen zweiten Punkt eingehen. Herr von Walderdorff hat die CDU-Wirtschaftspolitik angesprochen. Die Antwort hat Frau Thoben zu einem Teil schon gegeben. Wir lassen - auch in den Ländern - zu viele Möglichkeiten aus, Positionen zu besetzen. Zu der Antwort gehört, wie ich glaube, aber noch ein zweiter Teil, wenn sie offen sein soll. Wir, die wir Wirtschafts- und Sozialpolitik als Einheit verstehen, müssen auch in der Union offensiver für den Gedanken werben, daß auf Dauer nur verteilt werden kann, was vorher erwirtschaftet worden ist.

(Beifall)

Das Bewußtsein dafür ist in unserer Partei teilweise verlorengegangen. Ich glaube, daß wir in den nächsten Monaten in eine neue Prioritätendiskussion eintreten müssen, in deren Rahmen Themenfelder wie Unternehmensteuerreform und Begrenzung der Lohnzusatzkosten konkret angedacht werden müssen, wobei ein Querschnittdenken erforderlich ist. Es gibt in der Union meines Erachtens zu häufig ein Kästchendenken. Jeder beschreibt dabei nur sein Feld. Soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards setzt immer ein vernetztes Denken voraus. Dieses Denken brauchen wir nun wieder stärker, auch in der CDU Deutschlands.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Zum Schluß hat Herr Schommer, der Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen, das Wort.

**Dr. Kajo Schommer:** Frau Thoben! Meine Damen und Herren! Wenn ich die Diskussion Revue passieren lasse, kann ich nur sagen: Wir werden die Herausforderungen, die an uns gestellt werden, mit der Marktwirtschaft nur dann bewältigen, wenn wir uns vor Augen halten, daß die Herausforderungen in den kommenden zehn Jahren aus Ostdeutschland und aus Osteuropa kommen werden, und wenn wir uns immer wieder vor Augen halten, daß wir zwei Arten von Volkswirtschaften haben, nämlich die starken Volkswirtschaften und die beschädigten Volkswirtschaften. Die Diskussion hat auch heute hier wieder deutlich gemacht: Ratschläge von Menschen, die in einem anderen System großgeworden sind, welches sozusagen perfekt ist, kann man nicht von heute auf morgen auf den anderen Bereich übertragen und entsprechend umsetzen, in dem es bisher ein völlig anderes System gab. Die Volkswirtschaft und die Wirtschaftspolitik werden scheitern, wenn die Übertragung in der Rigorosität erfolgt, wie es hier immer wieder anklang.

Nun zum Stichwort „Investitionen statt Konsum“. Herr Necker, ich teile voll Ihre Auffassung. Allerdings muß in diesem Zusammenhang eines gesagt werden. Durch den im letzten Jahr erfolgten Beitritt haben die Menschen in den neuen Bundesländern einen grundgesetzlich verbrieften Anspruch auf gleiche Verwaltung, auf gleiches Sozialrecht und auf das gleiche Rechtssystem erhalten, der nun erfüllt werden muß. Zugleich wissen wir, daß wir eine Wirtschaft haben, die nicht selber Wertschöpfung in dem Umfang betreiben kann, um die hierfür erforderlichen Leistungen zu erbringen.

Das Bruttoinlandsprodukt beträgt bei uns pro Kopf etwa 28 Prozent dessen, was im Westen erreicht wird. Wenn diese Quote bis zum Jahre 2000 auf etwa 70 Prozent ansteigen soll, so heißt das, daß unsere Wirtschaft jährlich um 14 bis 15 Prozent nominal wachsen muß. Das ist eine enorme Aufgabe. Bis zu dem genannten Zeitpunkt brauchen wir dann noch die Anschubfinanzierung.

Ich will es einmal etwas provozierend formulieren: Unsere Probleme sind uns vom Westen auf das Auge gedrückt worden. Ich erinnere daran, daß uns die Ministerpräsidenten und Finanzminister der Länder kalthertzig aus dem Finanzausgleich herausgeworfen haben. Meine Damen und Herren, wie wollen wir den Teufelskreis, was eigene Wertschöpfung angeht, durchbrechen, der da heißt: „ohne wirtschaftsnahe Infrastruktur keine Investitionen, ohne Investitionen keine Steuern, ohne Steuern keine wirtschaftsnahe Infrastruktur“, wenn wir nicht die Möglichkeiten haben, hier bei uns die benötigte Infrastruktur zu schaffen? Wir brauchen diese Infrastruktur. Deshalb ist ein Eingriff in Besitzstände erforderlich.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Regelung der Eigentumsfrage. Darüber ist hier nicht diskutiert worden. Der Beschluß im letzten Jahr, uns zu sagen „Restitution statt Entschädigung“ hat uns einen Großteil der Probleme beschert, mit denen wir zu kämpfen haben. Man mag im Westen beklagen, daß wir viele Probleme heute nicht lösen können, insbesondere weil uns die Verwaltung fehlt, weil uns die Juristen fehlen usw. Die Menschen hier haben eben nicht die erste und zweite juristische Staatsprüfung abgelegt, sie haben nicht die Verwaltungsprüfungen abgelegt. Wir müssen jetzt unsere Verwaltungen aufbauen. Es sind die CDU-Landräte und -Oberbürgermeister gewesen, die beim Aufbau dieses Landes bereits eine unglaubliche Leistung vollbracht haben. Ich danke - auch dies möchte ich sagen - vor allen Dingen all den Menschen aus dem Westen, die als Beamte und als Mitarbeiter zu uns in die Verwaltungen und auch in die Firmen herübergekommen sind. Sie haben einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet.

Meine Damen und Herren, wenn wir nicht verstehen, daß man das marktwirtschaftliche System nicht von heute auf morgen auf eine bislang zentralwirtschaftlich

organisierte Kommandowirtschaft übertragen kann, wenn wir nicht verstehen, daß es hier eines Umwandlungsprozesses bedarf, werden wir an der Aufgabe scheitern, die innere Einheit zu schaffen.

(Beifall)

**Vorsitzende Christa Thoben:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Staatsminister hat zu Beginn des heutigen Vormittags Herrn Wissmann gerügt, weil er immer wieder einen bestimmten Begriff verwendet hat. Ich möchte in meinem Schlußwort darauf hinweisen, daß der Herr Staatsminister dies nach meiner Beobachtung auch gerade getan hat. Er hat gesagt: Mit der Sozialen Marktwirtschaft werden wir den Wandel nur dann schaffen, wenn ... Ich dachte, wir wären gemeinsam der Überzeugung, daß der Wandel auf jeden Fall nur mit der Sozialen Marktwirtschaft erreicht werden kann.

(Beifall)

Ich habe heute morgen auch niemanden gehört, der - trotz aller Probleme und trotz aller Schwierigkeiten in der Übergangszeit - den Wunsch nach einer Rückkehr in ein eher planwirtschaftliches System vorgetragen hätte. Diese Position betreffend die Unabdingbarkeit der Sozialen Marktwirtschaft war, vorsichtig formuliert, in der jüngsten Vergangenheit auch in den alten Bundesländern nicht zu jeder Zeit Allgemeingut. Diese Position war zwar mehrheitsfähig, aber nicht Allgemeingut. Auch bei uns gab es Leute, die die Vorstellung hatten, der Staat verfüge doch über mehr Voraussicht. Was wir brauchen, um die Einheit zu vollenden und mit den neuen Herausforderungen nationaler und internationaler Art fertigzuwerden, ist, wie ich glaube, die Bereitschaft, in einer Übergangszeit, d.h. zeitlich befristet, für Ausnahmesituationen hier in den neuen Bundesländern etwas zu tun, was man nach stärkerer Angleichung der Lebensverhältnisse auf jeden Fall wieder ablegen muß.

Es gilt jetzt eigentlich nur dafür Sorge zu tragen, daß Maßnahmen, von denen wir alle wissen, daß wir ohne sie in der Übergangszeit nicht auskommen - das beginnt bei AB-Maßnahmen und reicht bis hin zu Beschäftigungsgesellschaften -, von Leuten nicht zum Anlaß genommen werden, zu sagen: Am Ende will ich doch eine stärkere Steuerung durch den Staat, denn ich gehe von der Vorstellung aus: Der Staat weiß, welche Produkte Kunden finden; der Staat weiß, welche Standorte für welche Branchen geeignet sind. Vorstellungen dieser Art sind hier trotz aller Probleme und Schwierigkeiten nicht vorgetragen worden. Insofern bin ich sicher, daß wir die uns gestellte Aufgabe bewältigen.

Ich komme zum Schluß auf mein Eingangsvotum zurück. Wenn wir alle akzeptieren, daß alle Beteiligten auch einmal Fehler machen können - übrigens in den alten wie in den neuen Bundesländern -, und jeweils bereit sind, da wir in einem offenen System handeln, zu prüfen, an welchen Ecken wir Korrekturen vornehmen müssen, und dann entsprechend nachzubessern, wird selbst die schwierigste Phase, falls diese noch vor uns liegen sollte, zu meistern sein. Wenn wir die Basis in der geschilderten Weise verbreitern und entsprechend nutzen, werden wir in naher Zukunft faktisch eine Angleichung der Lebensverhältnisse erreichen können. - Mit einem Dank an Sie alle schließe ich dieses Forum.

(Beifall)



## Forum 2

### Neue Chancen für Frauen im geeinten Deutschland

	Seite:
Eröffnung:	
Prof. Dr. Rita Süßmuth Präsidentin des Deutschen Bundestages Bundesvorsitzende der Frauen-Union	352
Einführungsreferat:	
Dr. Angela Merkel Bundesministerin für Frauen und Jugend	354
Podiumsteilnehmer:	
Cornelia Friedrich Betriebsratsvorsitzende und Aufsichtsratsmitglied der Firma Leipziger Wälzlagerwerke, Fraureuth	360
Hildegard Sillmann Bauunternehmerin, Erfurt	361
Carmen Stange Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung Sachsen-Anhalt, Magdeburg	362
Dr. Gisela Meister Präsidentin des Landesgewerbeamtes, Stuttgart	365
Dr. Erika Emmerich Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie e.V.	367
Christian Wulff Vorsitzender des CDU-Bezirksverbandes Osnabrück	369

---

*Die-Seitenangaben beziehen sich jeweils auf den ersten Diskussionsbeitrag*

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Meine Damen und Herren, ich eröffne das Forum 2 „Neue Chancen für Frauen im geeinten Deutschland“ und möchte, bevor ich zu den Inhalten komme, etwas zum Ablauf sagen. Wir wollen versuchen, möglichst konkret an dieses Thema heranzugehen. „Konkret“ heißt, daß wir über das hinaus, was das Dresdner Manifest an Allgemeinem aussagt, vor allem in der Ziffer 11, wo die Zielvorstellungen, die die Gemeinsamkeit von West und Ost betreffen, Priorität haben, und was in der Ziffer 14 steht, wo es um die beruflichen Qualifizierungen, um Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Frauenfördermaßnahmen geht, versuchen wollen, das Thema so anzugehen, daß wir angesichts der Tatsache, daß wir ein getrenntes Frauenforum haben, erreichen, daß wir nicht wieder eine Insel bilden, auf der die Frauenthemen abgehandelt werden - und damit hat es sich dann.

(Beifall)

Es erscheint mir also sehr wichtig, daß wir die Thematik integriert angehen, denn nicht weniger als vorhin in der Rede unseres Generalsekretärs steht für Frauen wie für Männer die Frage der Verarbeitung der Vergangenheit und der Perspektiven für die Zukunft an. Dabei gehe ich davon aus, daß Frauen zu den Fragen „Wie haben wir 40 Jahre lang gelebt, und was kennen wir von unseren Zwängen, unseren Nischen, unseren Überforderungen?“ eine Menge Konkretes zu sagen, so daß mein Wunsch wäre, daß wir heute miteinander möglichst konkret über das reden, was Bedrängnisse und was Zukunftshoffnungen sind.

Als ich unser Thema „Neue Chancen für Frauen im geeinten Deutschland“ las, hinter dem weder ein Fragezeichen noch ein Ausrufungszeichen steht, hatte ich die Sorge: Wie werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer das denn aufnehmen? Davon soll gleich noch die Rede sein. Es darf auf keinen Fall eine zynische Wirkung haben, etwa nach dem Motto: Ergreife deine Chance, aber du hast keine. Es ist unsere Aufgabe, wirklich zu sagen, welche Chancen sich denn aufzeigen lassen - in einem Prozeß der Verluste alter Geborgenheiten, aber der Gewinnung wirklicher neuer Freiheiten, des Abwerfens von Zwängen, aber auch der totalen Umstellung aller Lebensverhältnisse, die sich daraus ergibt.

Wir haben geplant, daß wir nach einer kurzen Einführung, die Frau Ministerin Merkel gibt, zunächst ein kurzes Statement von jedem hören, der hier oben auf dem Podium sitzt. Ich stelle die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf unserem Podium gleich vor. Dann aber sollen möglichst rasch diejenigen zu Wort kommen, die im Plenum sitzen. Es werden Wortmeldezettel verteilt, und wir erwarten die Beiträge der vielen Alltagserfahrenen und beruflichen Fachkundigen in diesem Raum. Natürlich konnten wir sie nicht alle aufs Podium bringen, aber es wäre wichtig, daß sie das einbringen können, was sie an Erfahrungen haben.

Nun zur Vorstellung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Podium: zunächst Frau Dr. Gisela Meister, Präsidentin des Landesgewerbeamtes Stuttgart. Vielen Dank, Frau Meister, daß Sie gekommen sind.

(Beifall)

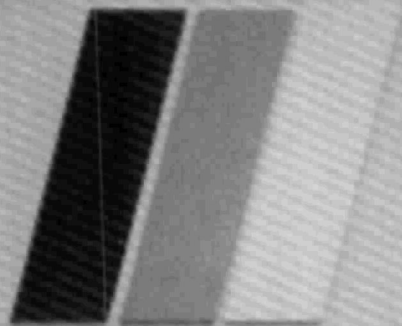
Neben ihr sitzt Frau Dr. Erika Emmerich, Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie.

(Beifall)

Wenn man sich die Automobilsalons in den neuen Ländern anschaut, weiß man ja, wer sie wohl gebaut haben muß.



# CDU



# CDU

















Als nächsten begrüße ich Herrn Christian Wulff, den Vorsitzenden des CDU-Bezirksverbandes Osnabrück-Emsland. Herr Wulff, ich wünsche Ihnen, daß Sie sich in dieser Runde wohlfühlen! Aus einem werden zwei und drei und vier, und ich freue mich über alle Männer, die den Weg in dieses Forum gefunden haben.

(Beifall)

Daneben sitzt Frau Ministerin Merkel, der wir auch von hier aus noch einmal ganz herzlich zu dem gestrigen Wahlergebnis gratulieren möchten.

(Beifall)

Als Geschäftsführerin für unser Forum sitzt neben mir Frau Ingrid Sehrbrock, Abteilungsleiterin in der Geschäftsstelle des Konrad-Adenauer-Hauses.

Es folgt Frau Dr. Maria Böhmer, die vielen bekannt ist, nicht nur in ihrer Funktion als Landesvorsitzende der Frauen-Union Rheinland-Pfalz. Sie hat langjährige Erfahrung als Gleichstellungsbeauftragte in Rheinland-Pfalz.

Neben ihr sitzt Hildegard Sillmann, Unternehmerin im Baugeschäft, ansässig in Erfurt, „Meisterfrau“ des Jahres 1991.

(Beifall)

Ferner begrüße ich Carmen Stange, Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung von Sachsen-Anhalt.

Komplettiert wird unsere Runde durch Cornelia Friedrich, Betriebsratsvorsitzende und Aufsichtsratsmitglied der Firma Leipziger Wälzlagerwerk, Fraureuth.

(Beifall)

Es scheint mir wichtig, daß wir auf diesem Podium versuchen, Gemeinsames und Unterschiedliches zunächst einmal zu akzeptieren. Dazu gehört die unterschiedliche Ausprägung des Selbstbildes, eines Selbstbildes, in dem die berufliche Tätigkeit, die Erwerbstätigkeit, in der früheren DDR zur Selbstverständlichkeit gehörte, verbunden mit vielen Zwängen und Überforderungen, aber auch verbunden mit ökonomischer und sozialer Absicherung und Unabhängigkeit.

Gleichzeitig aber sollten wir, so denke ich - und so haben wir es heute morgen auch vorbesprochen -, nicht Gräben, die wir in den alten Bundesländern noch immer vorfinden, auf die neuen übertragen. Denn hier wie dort gibt es das dringende Bedürfnis nach Zeit für die Familie, sei es Zeit neben dem Beruf, sei es Zeit für die Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. Ich glaube, es ist längst an der Zeit, da nicht die einen gegen die anderen auszuspielen. Dazu sagt ja gerade die Ziffer 11 des Manifests: Gehen wir von der Gleichwertigkeit aus, auch wenn diese Gleichwertigkeit in der Praxis noch lange nicht erreicht ist.

Wichtig scheint mir auch zu sein, daß wir auf das achten, was nicht nur Bedrängnisse, sondern ungeheure Leistungen von Frauen sind. Wir werden uns gleich näher damit befassen, in welchem Maße Frauen sich auch jetzt wieder nicht hängenlassen, sondern sagen: Wir müssen die neuen Situationen beim Schopfe packen, wir müssen anpacken und zusehen, daß wir wieder eine neue Existenz bekommen, daß es nach vorne geht. Das bedeutet oft 14 bis 16 Stunden Einsatz und immer wieder die Erfahrung: Je höher die Belastung, desto beharrlicher versuchen die Frauen, sich zur Wehr zu setzen und Hoffnung zu schaffen, nicht nur für sich selbst, sondern auch für ihre Familien und für das Umfeld.

Wir im Westen unterschätzen, wie viele Fraueninitiativen es in den neuen Bundesländern gibt. Wir haben immer noch die Vorstellung, daß die Frauen dort ausschließlich auf den Staat setzen. Gehen wir vor Ort, dann stellen wir fest: Die Wirklichkeit ist eine ganz andere.

Beachten wir aber auch, daß das Leben von Frauen sehr unterschiedlich ist, etwa bei den jüngeren im Vergleich zu den älteren Frauen. Nehmen Sie nur die Frauen auf dem Lande, die besonders große Schwierigkeiten haben, wenn es auf die 50 zugeht. Auch Stadt und Land sind sehr unterschiedlich. Die Arbeitslosigkeit ist in den ländlichen Räumen viel ausgeprägter. 61 % aller Arbeitslosen sind Frauen, und für sie gibt es dort weniger Umschulungsmaßnahmen und weniger Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Deswegen ist der Begriff „die Frauen“ ein Konglomerat, das uns nicht weiterhilft.

Was uns aber auch nicht weiterhilft, ist die Erwartung, die Frauen würden schon zurück in die Familie gehen, sie hätten sich das ja immer gewünscht. Meine These ist: Das ist nicht die Lösung der Probleme. Es ist weder für die Frauen in der alten Bundesrepublik noch für die in den neuen Bundesländern eine Lösung. Die Frauen wollen eine neue Familien- und Arbeitskultur, und von Gleichberechtigung waren wir in beiden Bereichen weit entfernt.

(Beifall)

Das ist ein springender Punkt! Es geht dabei beispielsweise darum, wie Kinderbetreuung und Verkürzung der täglichen Arbeitszeit für Frauen und für Männer aussehen.

Lassen Sie mich mit einem letzten Stichwort schließen: Mir wäre es sehr wichtig, auch zu erfahren, wieviel von der alten Befindlichkeit in jedem von uns steckt. Es gibt Fremdbilder, und es gibt Selbstbilder, aber eines fände ich verheerend: wenn Auseinandersetzung mit der Vergangenheit bedeuten würde, daß man sagt: Zieht eure alten Kleider aus, verbrennt sie, zieht neue an, und ihr seid neue Menschen. - Jeder Mensch hat ein Recht auf seine Biographie, auch darauf, daß sie zugelassen und angenommen wird und daß er einen Start für einen Neuanfang hat. Einmal fehlgeleitet heißt nicht immer fehlgeleitet, und deswegen haben, so denke ich, Frauen eine ganz wichtige Aufgabe in der Auseinandersetzung, im Aussöhnungsprozeß und in der Suche nach der Wahrheit, die ohne Pauschalverurteilungen angenommen werden muß.

(Beifall)

Nun gebe ich unserer Ministerin Angela Merkel das Wort.

**Dr. Angela Merkel:** Vielen Dank! - Frau Süßmuth hat es gesagt: Frauen sollten jetzt nicht wieder in einer Insellage über ihre Probleme diskutieren. Trotzdem ist es, glaube ich, gut, daß dieses Forum hier stattfindet, weil es eben immer noch Probleme gibt, die die Frauen offensichtlich anders als die Männer beschäftigen. Ich möchte aber ausdrücklich sagen, daß ich es gut finde, daß auch ein paar Männer den Weg hierher gefunden haben, denn eines ist sicher: Gleichberechtigung werden wir nur schaffen, wenn wir diese Aufgabe gemeinsam angehen, und es wird auch nur durch das Umdenken von Männern - fast noch mehr als durch das von Frauen möglich werden, die Gleichberechtigung durchzusetzen.

(Beifall)

Insofern meine ich, daß die Frauen im Grunde schon sehr viel über ihre Situation und über die Situation anderer Frauen wissen und daß das Frauenministerium zunehmend ein Ministerium wird, das sich an Männer wenden muß, und in diesem Sinne werde ich auch weiterarbeiten.

Ich denke also, diese Aussprache hier heute ist wichtig, wichtig auch für das Zusammenwachsen von Ost und West; Frau Süßmuth hat es schon gesagt. Wir befinden uns ja in einer psychologisch ausgesprochen schwierigen Situation. Frauen in den neuen Bundesländern waren berufstätig und wollen weiter berufstätig sein, aber sie sind heute mit über 60 % an der Arbeitslosigkeit beteiligt. Von 100 Arbeitslosen sind 61 Frauen! Das ist schon eine bedrückende Zahl, die man gar nicht hoch genug bewerten kann. Sie müßte eigentlich insbesondere in den westlichen Bundesländern großes Erschrecken auslösen, weil ja dort der Anteil der Frauen, die berufstätig sind, noch viel geringer ist.

Was ich aber unheimlich wichtig finde, ist die Tatsache, daß es auch zu fast 60 % Frauen sind, die an Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmen. Das ist für mich ein Indiz dafür, daß Frauen daran interessiert und auch gewillt sind, sich dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel zu stellen und an ihm teilzuhaben. Das ist doch eigentlich ein gutes Zeichen, das uns sagt: Die Frauen bejahen diese Umstellung, sie wollen daran beteiligt sein, und sie sind motiviert, in einer Marktwirtschaft zu arbeiten. Allerdings dürfen wir nicht vergessen, daß - das ist ein kleines Manko - viele der Umschulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, die von Frauen wahrgenommen werden, qualitativ schlechter und auch zeitlich kürzer sind. Da müssen Verbesserungen geschaffen werden, aber ich denke, wir sollten den Frauen auf diesem Wege Mut machen.

Wenn Frauen langfristig im Erwerbsleben tätig sein wollen, müssen sie - das ist ganz wichtig - Qualifikationen erwerben, die einer modernen Volkswirtschaft entsprechen. Es muß verhindert werden, daß sie diese Qualifikationen durch längere Arbeitslosigkeit verlieren, und es muß natürlich auch die Phase der Arbeitslosigkeit abgedeckt werden.

Ich persönlich meine, daß wir auch bei den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zunehmend auf bestimmte Bevölkerungsgruppen zugehen müssen, und da sind, so denke ich, die älteren Frauen eine Gruppe, die ganz besonders unserer Fürsorge, der staatlichen Fürsorge bedarf. Aber auch für jüngere Frauen werden bestimmte Maßnahmen länger laufen müssen. Deshalb freue ich mich darüber, daß der letzte ABM-Erlaß gezeigt hat, daß man Maßnahmen für Frauen besser fördern möchte als solche, an denen mehr Männer teilhaben; denn wie wird die konjunkturelle Entwicklung im Osten verlaufen? Es werden dort erst einmal Berufssparten Konjunktur haben, die für Frauen wenig Arbeitsplätze schaffen werden. Ich glaube, da braucht man sich keine Illusionen zu machen. Ich denke an die Bauwirtschaft, an die Planung der Verkehrswege, an all das, was im materiellen Sinne sehr arbeitsintensiv ist. Erst danach wird sich die Dienstleistungsgesellschaft entwickeln, wenn Geld im Umlauf ist, wenn die Wirtschaft wieder etwas prosperiert. Die Phase, in der Frauen wieder Arbeit finden, wird also aus meiner Sicht später kommen als die, in der Männer wieder Arbeit finden werden, und dies muß abgedeckt und begleitet werden, und die Qualifikation der Frauen muß erhalten bleiben.

Wir hören heute oft, daß doch - so nenne ich es einmal - eine Art Reminiszenz an die Sicherheiten im Sozialismus wieder zum Vorschein kommt, und zwar, wie ich glaube, mit einem gewissen Recht. Das Leben und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie waren in der ehemaligen DDR zwar auf einem niedrigeren Niveau, aber doch in einer bestimmten Weise geregelt. Es gab Kindergartenplätze, es gab feste Arbeitsplätze, es gab das Babyjahr, es gab freie Tage bei der Krankheit von Kindern, und die Miete war erschwinglich; alles das, was Frauen in ihrer Lebensumwelt bewegt, war also planbar und erreichbar, und es war für jedermann erschwinglich. Ich meine, viele haben heute Schwierigkeiten, zu begreifen, warum das alles in dem doch eigentlich viel besseren System nun weggefallen ist.

An dieser Stelle müssen wir dann auch sagen: Vieles davon war natürlich auf Kosten der allgemeinen wirtschaftlichen Lage bezahlt und im Grunde nicht gegenfinanziert. Es waren Leistungen, bei denen sich der Staat DDR, indem er sie finanziert hat, aber auch immer wieder vor neuen Investitionen gedrückt hat, wodurch der wirtschaftliche Ruin eingeleitet wurde. Trotzdem ist natürlich die neue Gesellschaftsordnung, die der Bundesrepublik, auch kein besonderes Vorbild. Wenn man sieht, daß nach 40 Jahren erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung die Kindergartenplätze immer noch nicht ausreichen, kann man Frauen natürlich schwer einreden, daß sie jetzt noch zwei oder drei Jahre warten sollen, und dann werde das alles schon besser. Diese Hoffnung scheint relativ vergeblich.

(Beifall)

Insofern müssen wir, denke ich, gleich zu Beginn des Zusammenwachsens der beiden Teile Deutschlands darauf achten, daß bestimmte politische Prioritäten von Anfang an so gesetzt werden, daß wir sagen: Ja, wir wollen Kindergartenplätze, ja, wir wollen Betreuung auch nach der Schulzeit. Ansonsten sind die Hoffnungen so groß nicht.

Wir sollten aber auch sehen, daß es für bestimmte Gruppen - und das betrifft auch Frauen - relativ günstige Regelungen gibt. Ich nenne die Rentnerinnen in den neuen Bundesländern, die heute schon 90 % des Rentenniveaus der Rentnerinnen aus der alten Bundesrepublik erreicht haben, obwohl das durchschnittliche Rentenniveau insgesamt erst bei 60 % liegt. Hier sind also relativ gute Regelungen getroffen worden, die Anrechnung von Rentenansprüchen aus der ehemaligen DDR so weiterzuführen, daß Frauen eine bestimmte Grundabsicherung haben. Dies ist in den alten Bundesländern noch gar nicht so erreicht. Gerade auch in den alten Bundesländern müssen wir noch den Weg gehen, Kindererziehungszeiten besser anzurechnen und bestimmte Grundansprüche zu definieren.

Es sind natürlich auch Dinge hinzugekommen, die es früher nicht gab, nämlich das Erziehungsgeld und ein verlängerter Erziehungsurlaub. Wenn manche Dinge, die wir jetzt beschlossen haben, Realität werden sollten, z.B. das Familiengeld, sind auch bestimmte Dinge wieder eingeführt, die es in der ehemaligen DDR gab und die dort auch Anklang gefunden haben.

Frau Süßmuth hat schon erwähnt, daß oft gesagt wird: Frauen sind ja initiativlos. - Ich glaube, das stimmt nicht. Wir haben ein Programm zur Förderung des Aufbaus von Frauenverbänden angeboten. Dafür hatten wir in diesem Jahr 3,8 Millionen DM zur Verfügung. Anträge haben wir für 40 Millionen DM bekommen. Dabei geht es um Beratungsstellen, auch für Familienberatung, und um verschiedene andere Dinge. Es gab eine unheimliche Flut von Anträgen, die uns zeigt, daß Frauen durchaus die Initiative ergreifen.

Wir haben jetzt auch eine Anzeigenserie gemacht, mit der wir versuchen, Frauen dazu zu ermuntern, die Initiative zu ergreifen, wo das bisher noch nicht der Fall ist. Ich denke, die Hauptaufgabe wird in den nächsten Jahren darin liegen, die Fraueninitiativen miteinander zu vernetzen. Mangelnde Initiative jedenfalls kann man den Frauen so pauschal nicht vorwerfen.

Frau Stange hat in der gestrigen Aussprache schon ein Problem angesprochen, das großes Erschrecken auslöst, nämlich das Problem der Gewalt in der Familie. So etwas hat es natürlich hier und dort, gerade im ländlichen Bereich, auch schon früher gegeben, aber gerade jetzt kommt dieses Problem durch die Arbeitslosigkeit und durch verschiedene Orientierungsschwierigkeiten doch in sehr hohem Maße zum

Ausbruch. Auch hier haben die Frauen die Initiative ergriffen: Es sind 100 Frauenhäuser oder Fraueninitiativen gegründet worden, und ich denke, das ruft uns ein gesamtdeutsches Thema ins Bewußtsein, das Thema eines Rahmengesetzes zur Frauenhausfinanzierung, das endlich eindeutige Regelungen trifft. Wir werden versuchen, das in dieser Legislaturperiode anzugehen, denn ich denke doch, daß zur Schaffung einheitlicher Lebensbedingungen in Deutschland auch gehört, daß dieses Problem, das ein trübes Kapitel deutscher Realität ist, vernünftig und auf guter Grundlage gelöst wird. Auch das gehört zur sozialen Gerechtigkeit, obwohl das Thema der Gewalt und der Frauenhäuser natürlich ein sehr weites ist; wir kommen dann sehr schnell auch zur Frage der Wohnungsvermittlung, zur Frage der Rechtsprechung, wer wann welche Wohnung bekommt. Da müssen dann in der Folge viele Dinge geregelt werden.

Noch einmal: Frauenverbandsstrukturen sind wichtig, und Frauen können sich heute noch nicht darauf verlassen, daß alle anderen gesellschaftlichen Organisationen ihre Interessen schon vertreten werden. Wir werden nachher sicher einiges aus der Arbeit der Gewerkschaften, aus der Arbeit der Betriebsräte hören, aber ich mache doch immer wieder, wenn ich mir die Leitungsetagen der deutschen Branchengewerkschaften anschau, die Erfahrung, daß die schwachen Gewerkschaften diejenigen sind, durch die die frauenspezifischen Berufe vertreten werden. Insgesamt ist die Vertretung von Frauen in den Gewerkschaften äußerst mangelhaft, und so können wir auf keiner Seite, weder auf der Arbeitgeberseite noch auf der Arbeitnehmerseite, weder bei den Kommunalpolitikern noch sonst in den verschiedenen sachspezifischen Politikbereichen, einfach darauf hoffen, daß die speziellen Lebensbedingungen von Frauen natürlich schon berücksichtigt werden. Deshalb bin ich zwar natürlich nicht für eine Inselstruktur von Frauenverbänden, meine aber, daß die integrierte Arbeit mit anderen Verbänden, die Arbeit zwischen Frauenverbänden und anderen Verbänden, heutzutage noch wichtig ist.

Eine Zahl ist vielleicht ganz interessant: In den neuen Bundesländern engagieren sich zur Zeit noch weniger Frauen in den Verbandsstrukturen, als es im westlichen Teil Deutschlands der Fall ist. Es sind nämlich in den neuen Bundesländern 0,8 % der Frauen und in den alten Bundesländern 6,2 % der Frauen. In den alten Bundesländern ist also der ehrenamtliche Bereich sehr viel stärker ausgeprägt und viel weiter verbreitet.

Noch etwas klang auch schon an: Frauen müssen sich, damit sie ihre Interessen durchsetzen, für Politik interessieren. Daran führt kein Weg vorbei! Sie können die Art, wie Politik gemacht wird, vielleicht verändern, aber sie müssen irgendwie versuchen, in den Strukturen mitzumischen; ansonsten sehe ich keine Möglichkeit, sich durchzusetzen.

(Beifall)

Auch da sind ein paar Zahlen ganz interessant: Es haben im Westen 39,7 % der Frauen zwischen 16 und 34 Jahren Interesse an Politik, im Osten sind es gut 31 %. Bei den gleichaltrigen Männern interessieren sich im Westen 62,8 % für Politik, im Osten 44,8 %. Was lernen wir daraus? Im Westen ist die Schere riesig, und im Osten ist zur Zeit das Interesse an Politik sowieso etwas geschmälert; das hängt mit verschiedenen Dingen zusammen, insbesondere mit der Erfahrung mit Politik in der früheren DDR.

Bevor wir gleich in die Diskussion gehen, möchte ich noch einige Zahlen nennen, die uns vielleicht sagen, was Frauen eigentlich wollen. Die Mehrzahl der Frauen im Osten - 55 % - will lieber ganztags arbeiten. Die Mehrzahl der Frauen im Westen - 70 % - will

lieber Teilzeitarbeit. Interessant ist, daß im Osten nur 8 % der Männer überhaupt mit dem Gedanken spielen, teilzeitbeschäftigt zu sein, während das im Westen immerhin 26 % der Männer ganz attraktiv finden. Ich weiß nicht, ob das schon die Vorwegnahme der 28-Stunden-Woche durch die gewerkschaftlichen Tarifforderungen ist - irgendwann gleicht sich das ja schon wieder an - oder ob es wirklich Einsicht in die familiären Pflichten ist, was ich ein bißchen zu bezweifeln wage.

Über 70 % der Frauen in den neuen Bundesländern wollen den gesetzlichen Erziehungsurlaub wahrnehmen. 12 % wollen auch danach noch eine längere Zeit zu Hause bleiben. In den westlichen Bundesländern sind es immerhin 40 %, die über den Erziehungsurlaub hinaus noch längere Zeit zu Hause bleiben wollen. Das ist also auch eine deutsch-deutsche Unterschiedlichkeit.

Bei immerhin drei Vierteln der Bürgerinnen und Bürger findet es Zustimmung, daß auch Männer den Erziehungsurlaub nehmen können. Sowohl die Männer als auch die Frauen sagen das. Ich schaue allerdings gerade Frau Verhülsdonk an: Gerade 3 % der Väter nehmen Erziehungsurlaub. Ich möchte also sagen: Der Wille war gut, aber das Fleisch war schwach. Aber vielleicht ist es doch ein hoffnungsvolles Signal, daß immerhin drei Viertel das innerlich schon einmal akzeptieren.

90 % der Menschen in Ost und West sind der Auffassung, daß die Arbeit in Haushalt und Familie genauso hoch bewertet muß wie die Berufstätigkeit. Ich halte es für ein gutes Signal, daß sich die Tätigkeit zu Hause doch so weit emanzipiert hat, daß man sie als gleichwertig betrachtet.

91 % der Männer und Frauen im Westen und 93 % im Osten - hier also eine völlige Übereinstimmung - sind der Meinung, daß der berufliche Wiedereinstieg von Frauen erleichtert werden sollte. Sehr viel mehr Frauen im Osten als im Westen meinen, daß die Berufstätigkeit von Frauen stärker gefördert werden sollte, als es zur Zeit der Fall ist.

Nun zum Bereich der Kinderbetreuung: In der Bewertung von Ganztagskindergärten zeigt sich noch einmal ein interessanter deutsch-deutscher Unterschied. Im Westen meinen 46,5 % „das schadet eher“, und 25,6 % sagen „es fördert eher“, wenn man ein Kind in einem Ganztagskindergarten hat. Im Osten sind über 60 % der Meinung, daß es förderlich ist, und nur 24 % meinen, daß es schadet. Ähnlich sind die Unterschiede auch, wenn es darum geht, Kinder vor dem Kindergartenalter außerhalb der Familie zu betreuen. Dazu sagen 62 % der „Westler“, daß es schädlich ist, aber immerhin auch 38 % der „Ostler“.

Was die Kindergärten betrifft, so sind zur Zeit 15 % der Frauen im Osten unzufrieden. 48 % sind zufrieden, und für 35,9 % ist das kein wichtiges Thema. Auch diese Angaben beziehen sich auf Frauen zwischen 16 und 34 Jahren. Es ist überhaupt interessant: Wenn Frauen aus dem Alter heraus sind, in dem das Problem sie direkt betrifft, erachten sie das Thema automatisch als nicht mehr wichtig. Wenn wir wollen, daß dieses Thema politische Priorität hat, müssen sich auch die Frauen, die schon Großmütter sind oder deren Kinder 16 sind, einfach noch ein bißchen dafür verantwortlich fühlen, daß dieses Problem auch für ihre Nachkommen gelöst wird.

(Beifall)

Im Westen sind die Frauen mit der Situation der Kindergärten zu 50 % unzufrieden; zufrieden sind nur 22 %. Da sieht man also doch deutlich, wie die Lage ist.

Die Ehe steht in Ost und West gleich hoch im Kurs: 88 : 87 %. Das deckt sich auch mit allen Erhebungen des Familienministeriums.

Interessant sind die Antworten auf die Frage, ob Frauen auch Männerberufe ergreifen sollten. Im Osten sagen das zur Zeit nur 60 %, im Westen sagen es 80 %. Daran sieht man, daß zur Zeit die Chancen für Frauen in den neuen Bundesländern, in einem männertypischen Beruf tätig zu sein, ausgesprochen schlecht sind, obwohl diese Möglichkeit doch 40 Jahre lang bestand, während man im Westen wohl einfach die Absicht ein wenig höher bewertet.

Wie bewerten nun die Bürger in Ost und West die Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau? 61 % im Osten sind der Meinung, daß dafür zu wenig getan wird. Derselben Meinung sind im Westen 63 %. Aber es gibt einen interessanten Unterschied: Die Ostdeutschen sind zu 56,9 % der Meinung, es sei Aufgabe des Staates, das zu richten, während die Mehrheit der Westdeutschen - 72,7 % - der Meinung ist, daß dies mehr eine Aufgabe für jeden einzelnen ist.

(Beifall)

Ich glaube, daß diese Zahlen uns Einblick in die verschiedenen Lebenswege und Erfahrungen geben und daß darüber auch spannend zu diskutieren sein wird. Damit möchte ich meine einleitenden Bemerkungen abschließen, und ich wünsche uns eine erfolgreiche Diskussion.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Vielen Dank, Frau Merkel! - Ich möchte für die weitere Diskussion nur zwei Punkte herausheben: Jeder, der auf diesem Felde selber einmal empirisch tätig war, weiß, daß wir diese Werte seit den 70er Jahren mit Abstrichen immer wieder so zutage fördern. Deswegen möchte ich darauf aufmerksam machen: Das eine ist die empirische Umfrage, die das erfaßt, was die Menschen sich vorstellen können. In den Ergebnissen zeigt sich seit Mitte der 70er Jahre: Je mehr für Gleichberechtigung getan wird, desto weniger fühlen sich die Angesprochenen gleichberechtigt. Es gibt da interessante Zahlen: Mitte der 60er Jahre fühlten sich 70 % gleichberechtigt, Mitte der 70er Jahre nur noch 49 %.

Wenn hier eine sehr hohe Zahl genannt wurde, möchte ich also einfach nur sagen: Wir führen eine Diskussion bewußtseinsmäßig auf hohem Niveau, aber entscheidend ist doch - und Sie haben eben bei der Aussage über die Großmütter geklatscht -, was wir in der Realität tun, um die Strukturen für Gleichberechtigung zu schaffen. Sonst können wir nämlich noch weitere 20 Jahre lang tolle Studien tätigen, ohne daß sich die Wirklichkeit maßgeblich verändert.

(Beifall)

In diesem Sinne sind Studien Hilfsinstrumente für Politik, aber kein Ersatz für Politik. Oft werden wir Frauen mit diesen Studien immer wieder neu auf die Erkenntniswiese geschickt. Frauen wollen aber Taten statt Worte. Das halte ich für wichtig.

(Beifall)

Denn ich möchte auch an folgendes erinnern: Wir diskutieren jetzt über den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, aber als unsere Tochter den Kindergarten besuchte, Anfang der 70er Jahre, war das in den meisten Bereichen bereits eine Selbstverständlichkeit. Das Problem waren die Öffnungszeiten,

(Zuruf: Ja!)

und die Frage war: Was wird an veränderter Betreuung gebraucht? Ich möchte also nicht, daß wir so tun, als wären wir jetzt revolutionär nach vorn gegangen.

Bevor ich Frau Friedrich das Wort gebe, noch ein Letztes: Sehr wichtig fand ich das, was Frau Merkel über Qualifizierungsmaßnahmen gesagt hat. Ich nehme die genannten Zahlen auf: In den neuen Ländern halten 60 % Frauen in Männerberufen für wichtig, bei uns im Westen 80 %. Auch hier ist die Realität eine völlig andere. Seit Auslaufen der Modellversuche ist die Steigerung beispielsweise bei „Siemens“ von 8 % auf 2 % zurückgegangen. Berufsrückkehrerinnen wiederum gehen als ungelernte in die technischen Berufe hinein.

Ich möchte noch ein anderes Datum nennen, damit wir nicht die Augen vor einer Wirklichkeit, die auch positiv ist, verschließen. Von den über 10 Millionen Erwerbstätigen sind 6,7 Millionen im Mittelstand tätig, davon der größte Anteil in kleineren Betrieben. In den neuen Ländern gibt es mehr Unternehmerinnen als in den alten Bundesländern: 41 % zu 33 %. Hier ist also auch an die Arbeitsämter die Frage zu richten, in welchem Maße sie Frauen nicht nur auf Selbständigkeit orientieren, sondern auch in Richtung handwerkliche, gewerblich-technische Berufe. Das gilt besonders für die ländlichen Räume. Wenn sich dort nicht andere Strukturen aufbauen, gibt es überhaupt keine Chancen. Die handwerklichen Berufe sind da ganz wichtig, und ich weiß zwar, daß es auch im Handel viele Möglichkeiten gibt, denke aber, daß es wichtig ist, wie viele Frauen in eine neue Selbständigkeit drängen, und zwar eben nicht nur als Witwen, sondern mit einem eigenen unmittelbaren Zugang.

Nun möchte ich Frau Friedrich das Wort geben. - Frau Friedrich, Sie haben trotz aller anders gelagerten Erfahrungen als Betriebsrätin die Tätigkeit übernommen, die Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zu vertreten. Was für Erfahrungen haben Sie im konkreten Betrieb gemacht?

**Cornelia Friedrich:** Zuerst möchte ich mich persönlich vorstellen: Ich bin in Köthen in Sachsen-Anhalt geboren und in Berlin aufgewachsen, habe dort an der Humboldt-Universität Biologielaborantin gelernt und danach ein Studium an der Agraringenieurschule aufgenommen. Im Anschluß an das Studium bin ich in Bernburg am Institut für Getreideforschung als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig gewesen. Wir haben dort versucht, neue Getreidesorten mit höherem Eiweißgehalt usw. zu züchten.

Aus persönlichen Gründen sind wir dann 1983 nach Fraureuth gezogen. Da gab es für mich folgendes Problem: Um nicht jeden Tag sehr weit fahren zu müssen, habe ich versucht, mir dort am Ort eine Arbeit zu suchen, und ich habe dann angefangen, im Wälzlagerwerk Fraureuth - dort werden Kugellager usw. hergestellt - in der EDV zu arbeiten. Im Laufe der Jahre habe ich dann in der Organisation und Programmierung gearbeitet.

Nach der Wende oder schon während dieser Zeit habe ich mir eigentlich auch Gedanken gemacht: Hast du wirklich alles getan, daß sich bei uns, in unserem Land, etwas ändert, oder gibt es da eben noch Reserven? Als mich die Kollegen dann Mitte vorigen Jahres angesprochen haben, ob ich bereit wäre, in der Arbeitnehmervertretung mitzuarbeiten, habe ich mich dazu bereit erklärt. Das Betriebsverfassungsgesetz gab es ja noch nicht, und es war erst ab 1. Juli 1990 möglich, einen Betriebsrat zu wählen. Wir mußten also in der Übergangszeit eine Möglichkeit finden, die Interessen der Arbeitnehmer zu vertreten. Aus diesem Grunde habe ich mich also bereit erklärt, habe mich in diesem Jahr der Wahl gestellt und bin eigentlich wider Erwarten, obwohl ich Angestellte bin, zur Vorsitzenden des Betriebsrates gewählt worden.

Da bin ich mit sehr vielen Illusionen herangegangen; anders kann man das heutzutage eigentlich auch nicht. Ich habe mir vorgenommen, von Anfang an wirklich aktiv etwas zu tun, damit wir doch einiges ändern können. Es war in der ersten Zeit sehr schwer,



oder sagen wir so: Die Probleme nehmen nicht ab. Ich glaube, daß 1992 auch noch einmal ein sehr schweres Jahr wird. Aber ich habe im Laufe der Zeit gelernt, mich auch über kleine Erfolge zu freuen. Auf Grund der Erfahrungen habe ich feststellen können, daß eigentlich die Frauen in unserem Betrieb und auch in der Gemeinde Fraureuth zuerst begriffen haben, um was es geht. Sie haben nicht lange herumklamentiert, sie haben gleich die Ärmel hochgekrempelt und haben gesagt: Wir wollen vorwärts, und wir müssen alle dabei mithelfen, daß sich hier etwas ändert.

Nun stehen ja überall große Entlassungen an, und auch unser Betrieb ist eigentlich um die Hälfte dezimiert worden. Im Rahmen der Arbeit des Betriebsrates haben wir es aber schaffen können, daß in unserem Betrieb keine alleinerziehende Frau mit Kind entlassen worden ist.

(Zustimmung)

Wir haben es eigentlich auch geschafft, ältere Kolleginnen und Kollegen zu schützen; es wird ihnen also nicht gekündigt. Das sehen wir doch als sehr wichtig an, denn gerade um die 50 herum hätte man auf dem Arbeitsmarkt gar keine Chance. Sie wissen ja selber, wie der Arbeitsmarkt zur Zeit aussieht. - Das sind Erfolge, über die wir uns freuen und auch freuen müssen.

Das Wälzlagerwerk Fraureuth hatte einen Kindergarten und eine Kinderkrippe als betriebseigene Einrichtungen. Wir haben es auch geschafft, diese Einrichtungen zu erhalten. Zwar sind sie an die Kommune übergeben worden, aber sie sind eben noch voll funktionstüchtig. Laut Einigungsvertrag gibt es eine Übergangsstützung, und weil es möglich ist, die Kolleginnen über ABM weiterhin zu beschäftigen, existiert bei uns am Ort eigentlich noch alles so, wie es vorher gewesen ist.

Das ist alles, was ich erst einmal sagen möchte. Ich denke, vieles wird sich dann noch in der Diskussion ergeben.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Ganz herzlichen Dank für diesen authentischen Bericht! – Nun Frau Sillmann, bitte.

**Hildegard Sillmann:** Vielen Dank. - Ich habe ein Bauunternehmen mit 30 Beschäftigten. Ich bin Maurermeisterin.

(Beifall)

Allerdings bin ich das nicht so ganz aus eigenem Antrieb geworden. Mein Mann verstarb 1972. Wir hatten ein Baugeschäft, und ich habe dann von 1972 bis 1975 die Berufsausbildung und die Meisterausbildung gemacht. Das war notwendig, da man in der ehemaligen DDR einen Handwerksbetrieb nur als Handwerksmeister führen durfte. Ab 1975 habe ich diesen Betrieb allein weitergeführt.

Kurz vor der Wende hatte ich meinen Betrieb auf fünf Mann heruntergefahren, weil ich mir gesagt habe: Die letzten fünf Jahre vor der Rente machen wir mal ein bißchen ruhig; das wird auch noch reichen. - Dann kamen die ganzen Veränderungen, und ich habe 25 neue Arbeitsplätze geschaffen.

(Beifall)

Heute habe ich also einen 30-Mann-Betrieb. Der Arbeitstag dauert 14 bis 16 Stunden; am Sonnabend und am Sonntag ist es ein bißchen mehr. Die Belastung ist zwar enorm, aber wenn man sich vorgenommen hat, etwas zu schaffen, muß man natürlich auch die ganze Persönlichkeit dahinterstellen, um das durchzusetzen.

Vieles bei uns in den neuen Bundesländern ist ja neu. Wir arbeiten heute mit Materialien, die wir vor zwei Jahren überhaupt noch nicht gekannt haben. Wir experimentieren ständig, aber es macht Spaß, immer wieder etwas Neues auszuprobieren und Neues zu leisten.

Ich muß sagen, ich konnte in meinem Betrieb meine Beschäftigten auch so weit motivieren, daß heute eben auch die Arbeitszeit voll ausgelastet wird und daß dann, wenn Aufträge anliegen, eben auch einmal mit Überstunden mitgezogen wird. Das soll nicht die Norm werden, aber im Moment ist der Nachholbedarf groß. Von den Kunden, die zu uns kommen, möchte jeder schnell seine Existenz aufbauen, möchte jeder schnell sein Geschäft aufmachen, und dann werden natürlich auch an uns hohe Anforderungen gestellt. Man sagt ja auch nicht gerne nein, wenn man einen Auftrag bekommt, und da ist es oftmals ein bißchen eng. Aber im großen und ganzen versuchen wir eigentlich, mit der Zeit mitzukommen.

Der äußere Aufbau ist nicht das Schlimmste. Wir haben ein bißchen Schwierigkeiten mit dem inneren Aufbau, denn die Bürokratie feiert ja doch, so muß man sagen, jubelnde Feste.

(Heiterkeit)

An den Antrag zum Antrag müssen wir uns noch etwas gewöhnen. Das erfordert natürlich viel Zeit und viel Aufwand. Da muß man natürlich aufpassen, daß der innere Aufbau des Geschäfts dem äußeren entsprechend nachläuft.

Gerade als die Wende kam, war das Handwerk eigentlich nicht mehr das, was es einmal war. Es mußte erst wieder allgemein verständlich werden, daß der Mittelstand das Rückgrat einer Wirtschaft ist. Um dazu beizutragen, habe ich mich auch in der Handwerkskammer engagiert und bin nebenbei noch stellvertretende Kreishandwerksmeisterin.

(Beifall)

Wir haben einen Verband Baugewerblicher Unternehmen vollkommen neu aufgebaut, denn wir mußten im Baugewerbe als Arbeitgeber ja auch als Tarifpartner auftreten. Da bin ich im Geschäftsführenden Vorstand. Außerdem bin ich noch im Vorstand der Innung. Das sind der Jobs sehr viele, aber der Anfang ist gemacht, und es ist vieles angeschoben. Es können jetzt auch einmal andere ein bißchen weitermachen, es können auch einmal die Jüngeren nachziehen. Wir versuchen jetzt, die zweite Reihe nach vorn zu bekommen. Nur mußte ja erst einmal etwas getan werden, es mußte etwas in Gang gesetzt werden, und das hat viel Freizeit gekostet, aber ich finde, es hat sich gelohnt, denn das zu lernen ist für die Menschen in den neuen Bundesländern wahrscheinlich am schwierigsten gewesen. Wir sind ja 40 Jahre lang gelebt worden, und jetzt geht es darum, Eigeninitiative zu entwickeln, selbst etwas zu bewegen, denn man kann nur das erreichen, was man selbst auf die Beine stellt.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süssmuth:** Herzlichen Dank, Frau Sillmann! – Als nächste hat Frau Stange das Wort; bitte schön.

**Carmen Stange:** Ich kann mich Frau Sillmann eigentlich nur anschließen und möchte mit dem Zitat einer Frau beginnen, die mir gesagt hat: Alles ist einfach anders geworden; ich muß dahin und dorthin laufen und Anträge stellen. - Meistens machen das in der Familie die Frauen, und sie sind in einem Selbstfindungsprozeß und brauchen eben noch etwas Zeit.

Da ist Beratung sehr wichtig. In den letzten Wochen bin ich eigentlich ziemlich traurig geworden, denn es gibt zur Zeit die Situation - ich gestatte mir, das einfach so zu sagen -, daß die Frauen manchmal verzweifeln und eine Unterstützung durch Beratungsstellen nicht mehr annehmen. In der letzten Woche war ich in Dessau. Dort gibt es eine vom Bundesministerium finanzierte Modellberatungsstelle für Sachsen-Anhalt. Da saßen nun die sechs Frauen, die beraten wollen, vollkommen verzweifelt und sagten: Die Frauen kommen einfach nicht.

Wir haben dann nach Gründen gesucht, wir haben versucht, Gründe zu finden, warum Frauen in eine sehr gut ausgestattete und mit sehr netten Frauen besetzte Beratungsstelle einfach nicht kommen. Wir merken das auch nicht nur in dieser Modellberatungsstelle in Dessau, sondern in den Beratungsstellen generell: Die Frauen kommen zur Zeit nicht.

Frau Merkel sagte gestern, daß die Frauen sehr sensibel sind und daß wir einfach mehr Zeit brauchen. Wir brauchen mehr Zeit, miteinander über alle Probleme zu reden, die Frauen und Männer und Kinder betreffen. Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt, über den wir auch heute diskutieren sollten, denn für mich wäre es sehr wichtig, zu erfahren, worin vielleicht die Gründe liegen könnten, warum die Frauen zur Zeit, auch wenn sie schon eine Ausbildung vollzogen haben - die ersten werden ja jetzt fertig, auch mit langschrittigen Ausbildungen -, dann aber leider keinen Arbeitsplatz gefunden haben, einfach nicht kommen. Zwar gründen sie zum Teil Selbsthilfegruppen, aber nicht alle Frauen wollen sich unbedingt organisieren, auch nicht gesellschaftlich-politisch. Warum kommen wir an diese Frauen nicht heran?

Damit bin ich schon beim nächsten Punkt, der auch bereits angesprochen wurde, beim Arbeitsmarkt. Die Schere geht in Sachsen-Anhalt dermaßen auseinander, daß die Situation so ist, daß wir Appelle an Unternehmer gestartet haben und gesagt haben: Wir müssen jetzt einmal ganz konkret etwas tun, um Modellprojekte zu machen. Wir werden 1992 ein Arbeitsmarktprogramm auflegen; ich hoffe, daß die finanziellen Mittel vom Haushaltsausschuß des Landtages bestätigt werden. Dabei geht es in erster Linie - ich weiß nicht, inwieweit Sie Sachsen-Anhalt kennen - um die Chemieregion Bitterfeld/Halle, die uns belastet, aber auch um den ländlichen Raum, die Altmark. Dort leben im ländlichen Raum Frauen, die jetzt vollkommen fassungslos und planungslos sind, weil sie - zumal wenn sie über 45 Jahre alt sind - nicht wissen, was sie tun sollen.

Wir wollen also ein Modell auflegen, um diesen Frauen zu helfen, und wir arbeiten auch bereits an einem Unterstützungsprogramm. Wir wollen diese Frauen erstens motivieren und zweitens bei Existenzgründungen begleiten. Das ist der wichtige Punkt: Frauen bei Existenzgründungen zu begleiten, denn bevor sich Frauen entscheiden, selber eine Existenz aufzubauen, wägen sie das viel mehr ab als Männer. Das darf ich einmal so in den Raum stellen. Alle Probleme werden von ihnen doppelt und dreifach bedacht, und das ist auch richtig so. Aber die Frauen wollen auch immer wieder Kontakt zu Partnern oder Partnerinnen haben, um Rückfragen zu stellen, denn die vielen Fragen - Banken und Kredite, Handwerkskammer, Industrie- und Handelskammer und dieses und jenes - sind von ihnen zur Zeit nicht zu bewältigen.

Unser Programm richtet sich aber auch an die Arbeitgeber. Wir wollen auch die Arbeitgeber unterstützen. Wenn sie Frauen unbefristete Arbeitsverträge geben, sollen sie von uns unterstützt werden, damit sie Sozialräume bauen können und auf diese Weise Frauen die Möglichkeit geben, bei ihnen zu arbeiten. - Das ist der eine Teil.

Der andere Teil betrifft den erwähnten Franke-Erlaß. Da muß ich Ihnen, Frau Merkel, leider sagen, daß die Zahlen beweisen, daß dieser Franke-Erlaß bei uns in Sachsen-Anhalt zur Zeit noch negativ wirkt. Das heißt, daß Frauen auch bei 100%iger Förderung in ABM hineinkommen. Die neuen Bundesländer sind in ABM kontingentiert, und nun geht das große Gerangel los: Jede Beschäftigungsgesellschaft will soviel wie möglich von den Kontingenten haben, und die Frauen fallen dabei zur Zeit leider Gottes herunter, weil die großen Beschäftigungsgesellschaften im Bereich der Chemie beispielsweise einen Frauenanteil von meistens nur 10 % haben. Es ist sehr schwierig, damit durchzukommen, daß man einfach sagt: Da müssen mehr Frauen hinein. Das ist schwierig, obwohl ja bei einem Anteil von mehr als 50 % an den ABM eine 100%ige Förderung der Lohnkosten erfolgen würde.

Ich muß auch sagen, daß die Arbeitsämter nicht so ganz mit uns zusammenarbeiten wollen. Das gilt zwar nicht global, aber im einzelnen. Die kleinen Kommunen, die ja Träger von ABM sein sollen, haben Schwierigkeiten, diese ABM-Stellen durchzukriegen.

(Zustimmung)

– Ja, es ist so, daß die Betreffenden dann zu uns kommen und wir ihnen auch helfen können, aber so gerne wir das auch tun wollen, wir sind dann überfordert; wir sind einfach überfordert und wünschen uns von den Arbeitsämtern, daß sie kooperativ arbeiten. Meiner Meinung nach sind auch vier oder fünf AMB-Stellen in einem Landkreis oder in einer Kommune, auf denen dann z.B. drei Frauen arbeiten, sehr wichtig, und da müßten wir noch etwas tun. Ich möchte jedenfalls sehr darum bitten, daß wir in dieser Richtung vielleicht noch irgend etwas tun können. Wenn der Franke-Erlaß so wirkt, ist er sehr gut, weil es dann, wie gesagt, diese 100%ige Förderung gibt. Aber wir haben Zahlen, die negative Effekte beweisen, und es gibt auch ständig Anfragen von Frauen und auch von Männern, die mit dieser Problematik zu tun haben.

Lassen Sie mich, bevor ich aufhöre, noch kurz ein Wort zur Problematik der Gewalt gegen Frauen sagen. Ich habe das gestern schon einmal angeführt, und ich tue das auch nur, weil wir bei uns im Land eine Studie gemacht haben, und zwar eine Fallstudie, denn es wurden 30 Frauen befragt, die schon in Frauenhäusern in unserem Lande waren oder sich zum Zeitpunkt der Befragung in Frauenhäusern befunden haben. Die Situation ist einfach schlimm. Wir haben vor ungefähr drei Wochen eine Konferenz gehabt, auf der wir diese Studie vorgestellt haben, und dabei ist eigentlich herausgekommen, daß dieses Problem schon lange vor der Wende bestanden hat.

(Zustimmung)

Es wurde aber niedergepreßt, weil die Frauen einfach keine Möglichkeit hatten, irgendwo hinzugehen. Die Familien und die Frauen standen - das ist ja auch in den alten Bundesländern so - auch unter Druck. Es heißt ja immer: Du kannst doch nicht einfach deine Familie, deinen Mann und deine Kinder im Stich lassen.

Nun haben wir die Frauenhäuser. Bei uns arbeiten zwölf, und die sind ständig voll. Sie sind ständig übevoll! Wenn es in Magdeburg ein Frauenhaus gibt, durch das seit Januar 100 Frauen mit 160 Kindern gelaufen sind, ist das schlimm. Da hören wir Frauen sagen: Es sind einfach Bestien, und ich gehe aus diesem Problemkreis erst heraus, wenn es an meine Kinder geht; ich ertrage das schon zehn oder fünfzehn Jahre, aber jetzt, wenn der Mann an meine Kinder geht, muß ich heraus.

Wir werden diese Studie mit ihren Ergebnissen, wenn sie gedruckt ist, so weit wie möglich verschicken, und wir, die Landesfrauenbeauftragten der neuen Bundeslän-

der, haben auch das Bundesministerium, also Frau Merkels Ministerium, gebeten, im nächsten Jahr eine Kampagne aufzulegen - ähnlich wie die Kampagnen gegen Aids und gegen die Gewalt von Jugendlichen -, damit der Gewalt gegen Frauen und Kinder bundesweit entgegengewirkt werden kann. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Herzlichen Dank! Wenn ich die Nachfolgenden darum bitten darf, gerade zu diesen beiden Punkten, ich lasse mal den letzten außen vor, - Beratung wird angeboten, aber nicht angenommen - Stellung zu nehmen. Und ich würde auch hier, wie im größeren Kreis gleich bitten, zu den wichtigen Problemen Existenzgründung und ABM Stellung zu nehmen, denn diese Idee ist vom Mittelstand selbst - übrigens auch von der Chefin der Treuhand, Frau Breuel, immer wieder auch an das Arbeits- und Sozialministerium herangetragen worden. Dies ist zwar in den bisherigen Kategorien systemfremd, dabei würde es aber vielmehr dazu führen, daß wirklich leistungsstarke Betriebe mit Anfangsförderung aufgebaut würden, gerade in einer Zeit, wo noch nicht das volle Kapital zur Verfügung steht, um dies leisten zu können. Dazu wären Beiträge auch hier aus dem Forum wichtig. - Frau Meister hat jetzt das Wort.

**Dr. Gisela Meister:** Wenn ich mich auch kurz vorstellen darf: Ich leite seit vier Monaten die Mittelstandsbehörde von Baden-Württemberg als Präsidentin des Landesgewerbeamtes, welches eine 143jährige Tradition hat.

Die Aufgabe dieser Behörde ist es, die Zuschüsse, die wir auf der Grundlage des Mittelstandsförderungsgesetzes an kleine und mittlere Unternehmen zahlen, und Dienstleistungen an kleine und mittlere Unternehmen anzubieten, um größtenbedingte Nachteile auszugleichen. Das ist eine sehr konzentrierte Mittelstandsförderung, die wir betreiben, weil wir wissen, daß die gute wirtschaftliche Situation Baden-Württembergs ganz wesentlich von unserer mittelständischen Wirtschaft abhängt.

Ich möchte gleich anknüpfen an das, was Frau Süßmuth sagte. Der Arbeitsmarkt von Baden-Württemberg ist ja nach wie vor der beste bundesweit, wenn man von der Arbeitslosenquote ausgeht, und das hängt interessanterweise auch zusammen mit der Erwerbstätigenquote von Frauen. Das heißt, wir haben im Schnitt ungefähr 54 % Frauen im erwerbsfähigen Alter, die erwerbstätig sind in den westlichen Bundesländern, und in Baden-Württemberg ist die Quote der Erwerbstätigkeit bei Frauen höher. Das heißt, trotz des recht einseitigen Schwerpunktes des produzierenden Gewerbes haben wir eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen bei uns auf Grund der guten Arbeitsmarktlage, und das hängt eben ganz wesentlich mit dem Mittelstand zusammen.

Als ich den Titel unseres Forums las: „Neue Chancen für Frauen im geeinten Deutschland“, da habe ich mich erst einmal gefragt: Wo ist hier eigentlich das Fragezeichen? Denn mir fehlt die Aussagekraft dieses Satzes, und ich denke, ein Fragezeichen muß durchaus her, denn daß wir alle neue Chancen jetzt gewonnen haben mit der deutschen Einheit, ist sicherlich richtig. Das muß man auch nicht lang begründen. Aber ob das nun gerade neue Chancen für Frauen sind, das ist doch, denke ich, sehr die Frage.

Zunächst einmal möchte ich aus meiner Sicht feststellen: Ich halte es für sehr notwendig, daß es eine neue Chance auch für die Bemühungen um Gleichberechtigung gibt, und zwar schlicht und einfach aus der Tatsache heraus, das wir zwar vorangekommen sind auf dem Gebiet, aber noch weit entfernt sind von einer Gesellschaft, in der Frauen und Männer gleichberechtigt leben können. Das fällt ganz besonders auf, wenn wir die Bundesrepublik mit anderen europäischen Ländern, die ja in jeder Hinsicht vergleichbar sind, im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern vergleichen. Lassen Sie mich das an wenigen Punkten aufzählen, wo ich hier ganz besonders krasse Mißstände sehe.

1. Die Arbeitslosigkeit ist bei Frauen nach wie vor stets höher als bei Männern, und zwar interessanterweise auch völlig unabhängig davon, wie gut oder wie schlecht die Arbeitsmarktlage in den einzelnen Regionen Deutschlands ist. In Baden-Württemberg haben wir eine Arbeitslosenquote von unter 4 %, das heißt aber auch: bei Männern um die 3 %, bei Frauen um die 5 %. Sie in den neuen Bundesländern spüren es ganz besonders, daß eben die Frauenarbeitsplätze die ersten sind, die wegfallen, wenn Arbeitsplätze abgebaut werden. Frau Merkel hat es gesagt, 61 % aller Arbeitslosen in den neuen Bundesländern sind Frauen.

2. Die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen ist deutlich höher als die Zahl der Sozialhilfeempfänger. Man kann also sagen: Wenn es eine Armut bei uns gibt, dann hat die weibliche Züge.

3. Frauen verdienen nach wie vor knapp 30 % weniger als Männer. Das heißt, wir haben eine eklatante Einkommensschere. Das hat natürlich seine Gründe, aber ich denke, hier muß man auch an die Wurzeln gehen. Der Grund liegt darin, daß der Anteil von ungelerten Frauen nach wie vor wesentlich höher ist als der Anteil von ungelerten Männern. Der Grund liegt darin, daß der Anteil von Frauen im gewerblich-technischen Bereich außerordentlich gering ist trotz aller Bemühungen auch der Bundesregierung seit Jahren. Der Grund liegt darin, daß Frauen praktisch kaum auf Führungspositionen vertreten sind. Eine ganz wesentliche Wurzel dieses Phänomens der Einkommensschere besteht auch darin, daß nach wie vor das Berufswahlverhalten von Frauen ungünstiger ist als das von jungen Männern, weil sich einfach viel zu viele Frauen für viel zu wenig Berufe entscheiden und eben für Berufe, die kaum Aufstiegsmöglichkeiten, Flexibilisierungsmöglichkeiten haben, wie zum Beispiel Arzthelferin, Verkäuferin oder Friseurin. Das ist übrigens ein Phänomen, das wir gerade jetzt in Baden-Württemberg feststellen. Angesichts der guten Arbeitsmarktsituation auch für die typischen Frauenberufe entscheiden sich Frauen jetzt zunehmend wieder für ihre Frauenberufe, weil sie dort eben wissen, sie bekommen einen Arbeitsplatz, und damit gegen die Möglichkeit, sich zum Beispiel als alleinerziehende Mutter mit ihrem Kind eine Existenz aufzubauen. Eine Friseurin mit einer Gesellenprüfung verdient netto bei uns ungefähr 1400 DM, und Sie können davon ausgehen, die Miete hier in Stuttgart für eine Zweizimmerwohnung liegt bei 800 DM aufwärts. Also wie die Frau sich hier eine Existenz aufbauen soll, ist kaum erklärlich. Und die Gesellenprüfung kann sie auch erst nach 3 Jahren recht schwieriger Berufsausbildung ablegen.

4. Frauen haben nach wie vor weitaus größere Schwierigkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren, als Männer. Das liegt an zwei Phänomenen. Und zwar erstens ist es nach wie vor nicht gelungen, daß unsere Arbeitsbedingungen deutlich familienfreundlicher geworden sind. Wir haben eine der niedrigsten Teilzeitquoten Europas, und die Flexibilisierung der Arbeitszeit an sich ist bei weitem noch nicht so, daß Frauen Familienpflichten nebenher erfüllen können. Die Probleme beim Wiedereinstieg von Frauen nach einer längeren Kindererziehungsphase sind außerordentlich groß. Und zweitens die Rahmenbedingungen, das heißt vor allem die Kinderbetreuungseinrichtungen, sind nach wie vor nicht den Bedürfnissen der Familien angepaßt, das heißt, die Kinderbetreuungseinrichtungen haben Öffnungszeiten, mit denen erwerbstätige Eltern überhaupt nichts anfangen können. Das ist nicht aufeinander abgestimmt, wobei wir ja jetzt hier in den neuen Bundesländern die Probleme haben, daß wir froh sein können, wenn die Kinderbetreuungseinrichtungen überhaupt von der Anzahl her erhalten bleiben und jetzt nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.

Neue Chancen bestehen dann, wenn wir uns über die Probleme klar sind, und dann, denke ich, werden wir gemeinsam versuchen, unsere Interessen zu vertreten.

Ich möchte hier vier Punkte nennen, wo ich neue Chancen sehe:

1. Angesichts der völligen Umgestaltung der Lebensverhältnisse haben die Frauen in den neuen Bundesländern die Chance, von Anfang an ihre Interessen durchzusetzen. Sie haben also insoweit wesentlich weniger Altlasten als Frauen in den westlichen Bundesländern.

2. Sie haben es leichter, weil Frauen in den neuen Bundesländern von einer selbstverständlichen Erwerbsorientierung ausgehen. Ich denke, das ist ein ganz, ganz wichtiger und unschätzbare Wert, dessen Sie sich bewußt sein sollten, und zwar deshalb, weil Sie sich nicht auf die leidige Wertediskussion einlassen müssen, welche Mutter eigentlich mehr wert ist, die, die nicht erwerbstätig ist, oder die, die erwerbstätig ist. Wir führen Grabenkämpfe, die uns nicht nur am Fortschritt in der Gleichberechtigung hindern, sondern uns immer wieder zurückwerfen.

(Beifall)

3. Sie können auf einem Stand in der frauenpolitischen Diskussion aufbauen, die europaweit inzwischen auf einem sehr hohen Niveau stattfindet. Frau Süßmuth hat mit Recht gesagt, daß dieses Level zwar noch nicht bedeutet, daß den Worten auch Taten folgen, aber ich denke, es ist schon mal gut, wenn die Probleme so hervorragend ausdiskutiert sind, wie es europaweit der Fall ist. Sie müssen also hier nicht von vorn anfangen bei der Frage: Was ist eigentlich Gleichberechtigung?

Und schließlich 4., Sie können aus den Fehlern lernen, die wir in den westlichen Bundesländern gemacht haben. Und ich denke, die Frauen in den westlichen Bundesländern werden sich auch nicht scheuen, das bis ins letzte zu vertiefen, weil uns das nach wie vor ärgert. Also, diese Chancen können Sie nutzen, wenn Sie in den neuen Bundesländern Ihre Interessen selber in die Hand nehmen. Ziehen Sie sich nicht ins Privatleben zurück. Mischen Sie sich ein. Kämpfen Sie um Ihre Rechte, tun Sie das solidarisch!

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Vielen Dank, Frau Meister! Ich denke, daß es an der Zeit ist, daß Sie Ihre Meldezettel vorbereiten und dann bitte hochhalten, damit wir sie sehen können. Bitte, Frau Emmerich.

**Dr. Erika Emmerich:** Ja, den Appell von Frau Meister unterstütze ich vollauf. Ich vertrete die Automobilindustrie. Das ist die Industrie, die nicht nur die Automobilhersteller beherbergt, sondern auch die von Anhängern, Aufbauten, Containern, vor allen Dingen die große Mannschaft der Zubehör- und Teilelieferanten.

Die Industrie steht für ungefähr 780 000 Mitarbeiter, davon 15 %, zirka 120 000 Frauen. Ich stehe aber nicht nur für die Industrie hier, denn das war ich nicht immer.

Ich bin 1934 in Magdeburg geboren und habe 1951 da Abitur gemacht. Ich habe dann angefangen, in Berlin-Ost an der Humboldt-Universität Jura zu studieren, und als ich sah, wie das lief, habe ich mich gen Westen bewegt, und ich habe 1957 Referendar, 1961 Assessor gemacht. Seit 1961 bin ich in der CDU, und seit 1961 beschäftige ich mich mit diesen Fragen.

Und ich weiß nicht, an wie vielen Veranstaltungen ich teilgenommen habe und wie oft wir das gesagt haben, Frau Süßmuth, was wir hier heute sagen. Aber ich muß sagen, in den 30 Jahren sind wir auch wirklich ein gutes Stück weitergekommen. Man soll das auch positiv sehen. Es ist ein Fortschritt da.

Ich habe auch dieses Problem, was Frau Sillmann aufgezeigt hat, in meiner eigenen Person. Ich habe in diesem Jahr Verhandlungen mit der Treuhand geführt. Ich werde im nächsten Jahr zwei elterliche Betriebe in der Nähe von Magdeburg zurückerhalten. Ich kenne also die Probleme der Formulare bei der Treuhand und das, was damit zusammenhängt. Ich habe 60 Arbeitsplätze in Magdeburg, die ich gerne erhalten will und die ich vielleicht mit Hilfe meiner jetzigen Tätigkeit auch erhalten kann. Und ich bemühe mich darum.

Wenn ich sage, ich stehe nicht nur für die Automobilindustrie, dann möchte ich sagen, ich stehe auch für die berufstätige Frau, die ein Leben lang versucht hat, mit Haushalt, Kindern, ihrem Beruf und auch mit großem politischen Engagement zurechtzukommen, und ich sage, wenn ich das aus meiner heutigen Perspektive beurteile, dann würde ich diese Frage, die Sie, Frau Süßmuth, hier an den Anfang gestellt haben, - Neue Chancen für die Frauen - mit einem ganz klaren Ja beantworten. Und zwar ist es ein Ja, was weit in die Zukunft zielt, weil ich sehe, daß die Frauen im Grunde genommen viel flexibler und viel mehr bereit sind, umzudenken, weil sie viel leichter akzeptieren, daß es in eine andere Richtung geht, daß sie auch mit Formularen umgehen.

Frau Friedrich hat heute morgen gesagt, sie habe jetzt in ihrem Wälzlagerwerk 40 neue Produktionsmethoden. Wer ist in der Lage, sofort umzudenken? In erster Linie waren es die Frauen. Ich finde, daß dieser Ausspruch, den wir in der Vorbesprechung gehört haben: „Frauen sind flexibler, Frauen sind eher bereit und in der Lage umzudenken.“, hier eine Grundvoraussetzung ist, um meine Einstellung, daß es positiv aussieht für die Frauen, zu begründen.

Ich bin aber auch der Meinung, das wissen wir alle, daß die Frauen entlastet werden müssen. Die Hauptlast von Haushalt und Kindern liegt bei den Frauen. Es ist also ganz wichtig, daß Kinderkrippen- und Kindergärtenplätze geschaffen werden. Aber es ist auch wichtig, daß man Hilfen anbietet, daß man das, was Frau Stange von den Arbeitsämtern sagt, publik macht, daß wir auch, jede einzelne von uns, zur Verfügung stehen für Rat und Tat und auch ab und zu für ein Opfer, wenn man sich mit Zeit und Engagement in diesem Bereich betätigt.

Wenn man aber dann diese Hilfen bietet, dann meine ich, haben die Frauen, haben gerade die Arbeitskräfte in den neuen Bundesländern hervorragende Chancen.

Ich weiß von unseren Vorstandsvorsitzenden von VW, von Opel, von BMW, von Mercedes, daß immer wieder gesagt wird: In den neuen Bundesländern gibt es ausgezeichnete Arbeitskräfte und ein ausgezeichnetes Ausbildungsniveau. Und wie oft höre ich das auch gerade hier im Bereich der Frauen, denn bei uns ist das Engagement von Frauen im Bereich der Automobilindustrie nicht so groß, wie das hier ist, und das wird immer wieder als besonders positiv hervorgehoben, daß es eben qualifizierte Arbeitskräfte gibt, die bereit sind, sich umschulen zu lassen, sich in neuen Bereichen zu betätigen. Und ich will noch etwas sagen. Ich bin der Meinung, daß diese neuen Bundesländer in der Zukunft, in zwei bis drei Jahren, den modernsten Industriestandort in Europa darstellen werden.

(Vereinzelter Beifall)

Und das ist die Chance. Und das sage ich den Frauen: Nehmt diese Chance wahr!

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Danke schön. Es ist wiederholt die Aufforderung in den Raum ausgesprochen worden: Engagiert Euch, mischt mit! Geht in die



Politik! Meldet Euch zu Wort! Herr Wulff wird jetzt umgekehrt mal die Frage stellen: Was hält denn die Frauen möglicherweise davon ab, in die Politik zu gehen? Herr Wulff.

**Christian Wulff:** Vielen Dank. Ich habe heute vormittag bei der Vorberechnung, als die Begeisterung aufkam, daß sich die Frauen eben sehr viel flexibler und engagierter im Grunde auf die Veränderungen einstellen, woran auch vieles ist und wofür auch viele Beispiele genannt wurden, die Sorge geäußert, die bei mir eher dahin geht, daß gerade die Frauen in den neuen Ländern in hohem Maße an der Revolution, am Umbruch beteiligt waren und sich speziell jetzt aus dem gesellschaftlichen Bereich, dem politischen Bereich zurückziehen könnten.

Ich will aber, bevor ich dazu eine Aussage mache, vielleicht zwei Vorbemerkungen dazu machen, auch zu dem, was ich selber politisch tue. Einmal zum Thema: Ich finde es richtig, daß Frau Süßmuth und Frau Meister bemängelt haben, daß dort kein Fragezeichen steht, weil man einfach sehen muß, daß es ein ganz differenziertes Bild gibt im Hinblick auf die Situation der Frauen in den neuen Ländern.

Wir haben ja Erhebungen, wo also 94 % in der früheren DDR gesagt haben, der Schutz vor Entlassungen war besonders gut. Die Betreuung kleiner Kinder, sagten 93 %, war gut, die Betreuung von Schulkindern 86 %. Und dementsprechend sind auch die Erwartungen der Bürgerinnen in den neuen Ländern. Und hier sehe ich schon ein Konfliktpotential, wenn man also nicht akzeptiert, daß bestimmte Dinge dort geregelt waren, die erst einmal subjektiv als positiv empfunden worden sind, und daß hier Enttäuschungen um so größer sein können, speziell bei den Frauen in den neuen Ländern, und dem muß sich die Politik stellen, daß man also sehr differenziert darauf eingeht, was gewesen ist und wie es nun kommen wird: eben an Verbesserungen im Dienstleistungsbereich, Reisemöglichkeiten, Versorgungsprobleme sind gelöst, Meinungsfreiheit, Freizügigkeit, all das, was wir hier nicht mehr sagen müssen. Aber man muß eben dieses wechselhafte Gefühl der einzelnen Frau, die in der DDR gelebt hat, wohl berücksichtigen. Ich sehe auch, daß da manches auch zu grobschlächtig sozusagen gesehen wird und darüber hinweggegangen wird.

Zu den Grundproblemen der Frauen in den westlichen wie den östlichen Bundesländern gehört wohl die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und hier, denke ich, kann man auch voneinander lernen. Wenn Frau Friedrich eben über die Berufstätigkeitsquote hier berichtete, dann gibt es eben in den neuen Ländern nicht so sehr das „Problem“, als Rabenmutter bezeichnet zu werden, wenn man ganz normal berufstätig ist. Insoweit können wir daraus eine Menge lernen.

Es gibt eine Europaabgeordnete, die immer gefragt wird von den Besuchergruppen: Wie machen Sie das denn mit Ihren vier Kindern zu Hause? Da muß sie immer den Besuchergruppen antworten: Ja, fragen Sie das denn die Männer auch? Und daran ist eine Menge bittere Wahrheit, wo wir eben auch von den neuen Ländern lernen können.

Oder wenn Frau Stange sagte: Die Frauen machen ja überwiegend die Behördengänge. Dann zeigen eben Infas- und andere Untersuchungen, daß das in den neuen Ländern so ist, daß dort die Frauen sehr viel stärker die Behördengänge machen und bestimmte Formulare ausfüllen, während in den alten Ländern das eben überwiegend noch sehr viel stärker Aufgaben der Männer darstellen in den Familien. So sagen es die Umfragen.

Und wenn Frau Sillmann hier sagt, sie ist Maurermeisterin, dann muß man eben auch als Jurist des Westens sagen, daß es eben bei uns über Jahrzehnte nicht erreicht

worden ist, daß Frauen im Bauhandwerk wegen der verschiedenen Verbote in den Frauenerwerbsschutzbestimmungen, die es dort gibt, in dieser Weise Erfolg haben können.

Insoweit denke ich, ist einfach die Aussage, die man hier vielleicht auf Grund der heutigen Diskussion treffen muß: Man kann voneinander sehr viel lernen!

Nun wird sich Bestimmtes angleichen, zum Beispiel die Tatsache als Grundkonflikt, daß 56 % aller jungen Frauen Kinder wollen, insbesondere mehrere, also zwei Kinder wollen 56 % nach einer neuen Umfrage von Frau Rönsch, die das Ministerium hat machen lassen. 26 % haben aber nur zwei Kinder. Und dieses Problem, daß Frauen eben berechtigterweise Erfolg, Selbstverwirklichung im Beruf haben wollen und mit ihrem Ehepartner oder Lebensgefährten Kinder haben wollen, ist bis zum heutigen Tage nicht gelöst. Da muß man eben die verschiedenen Modelle und Ansätze miteinander vergleichen und voneinander lernen.

Zu dem Punkt, der mir nun die Sorge macht. Es ist eben so, daß Politik etwas männlich zu sein scheint. Heute morgen, als die sechs Foren sich trafen - jedes Forum an einem Tisch -, da war es eben so, daß die lärmenden Tische die der Männer waren, und der Tisch des Frauenforums war mit Abstand der leiseste. Das ließ eine gewisse Kommunikation zu. Man konnte zuhören, man konnte aufeinander eingehen, während an anderen Tischen offensichtlich auch ein bißchen verbal aktiviert wurde und auch verbal da miteinander diskutiert wurde.

Da möchte ich einen Punkt ansprechen, der 1948/49 hier auftrat: daß es dort sehr viel mehr Frauen in der Bundesrepublik gab und auch in der DDR sehr viel mehr Frauen gab, weil eben viele Männer noch gar nicht zurück waren aus der Kriegsgefangenschaft oder gefallen waren, und daß trotzdem die Politik von Männern bestimmt wurde, daß im Kabinett Adenauer keine einzige Frau war. Und ich sehe die Sorge einfach, daß sehr viele Frauen am Umbruch, an der Revolution beteiligt waren. Im Parlamentarischen Rat waren ja auch sehr viele Frauen, die intensiv mitdiskutiert haben und den Artikel 3 des Grundgesetzes nachhaltig beeinflusst haben, aber die Frauen zogen sich dann auf ganz wichtige Bereiche zurück und haben ihre Aufgaben sehr sachbezogen wahrgenommen und bestimmte Aufgaben angestrebt und die Politik den Männern überlassen.

Und die Frage, die ich mir jetzt stelle, ist: Wie halten wir möglichst viele Frauen, die jetzt da sind in den neuen Ländern, auch in der Union, „bei der Stange“?

Gerade darüber muß die Frauen-Union sich speziell Gedanken machen, daß man einfach von den politikbestimmenden Männern verlangt, daß sie sinnvollerweise die Frauen einbeziehen und einbinden. Das ist mit Frau Merkel gelungen. Das ist damals mit Frau Süßmuth gelungen. Es ist ja nicht so, Frau Süßmuth, daß Sie nun von der Männerwelt, sozusagen aus der Partei heraus, von unten, vom Ortsverband nun überall weiterempfohlen wurden, nach dem Motto: Das ist eine Frau, die einmal die beliebteste Politikerin der Bundesrepublik sein wird. Sondern es sind eben einige wenige, die die Zeichen der Zeit erkannt haben, gewesen, die eben Frau Süßmuth eingebunden haben, Frau Merkel, jetzt Frau Lieberknecht und andere.

Aber wenn ich mir die Delegiertenschaft ansehe, schien mir die beim Parteitag in Hamburg noch etwas stärker weiblich gewesen zu sein, etwas stärker die Frauen vertreten gehabt zu haben. Das zeigt mir doch, daß vor Ort in den einzelnen Kreisverbänden da ein gewisser Mechanismus einsetzt, daß sich Männer durchsetzen.

(Beifall)

Und Männer setzen sich eben zum Teil deshalb durch, weil sie offensichtlich an diesen formalistischen, funktionalistischen und perfektionistischen Geschäftsordnungsdebatten etwas mehr Interesse finden und, Frauen, das zeigen alle Umfragen, sachbezogener Probleme angehen wollen.

(Zustimmung)

Und ich muß ja jetzt hier mal etwas aufpassen. Ich will jetzt auch zum Ende kommen. Ich muß jetzt aufpassen, weil ich also keineswegs - damit Sie da keinen falschen Eindruck haben - unter dem Begriff Softie abgetan werden will.

(Heiterkeit)

Sie müssen das ja verstehen, man ist ja selber als Mann, der in einem Bezirksverband die Anfänge macht, immer ein bißchen in der Gefahr, da also irgend etwas an die Wand zu werfen, was unreal ist. Ich glaube, es ist eine ganz reale Vorstellung, daß diese Union sehr viel sensibler, sehr viel offener werden muß, und gerade wenn Sie mal gestern an die beiden Reden von Frau Lieberknecht und Frau Merkel denken. Solche Vorstellungsreden von Männern gibt es also sehr viel seltener als Profilierungsreden in Aussprachen.

(Starker Beifall)

Das ist eben so. Das liegt vielleicht auch daran, daß die Ansprüche bei Frauen oft höher waren, auch an sich selbst, und deswegen die Männer einfach schwächer geworden sind.

(Heiterkeit)

Ich komme aus einer Stadt, in der ich Fraktionsvorsitzender im Rat bin. Und die CDU hat in diesen Jahren, wo wir die Mehrheit gehabt haben, wir haben sie jetzt leider knapp verloren gegen eine rot-grüne Mehrheit, eben diese Dinge, wie Förderung des Frauenhauses, Förderung einer Frauenberatungsstelle, Frauenverbände, 86 % Kindergartenversorgung, Frauennachttaxi eingeführt, also die Dinge, die im Grunde genommen die 30 Jahre, die hier eben angesprochen wurden, diskutiert wurden, umgesetzt. Eine Frauengleichstellungsbehörde mit mehreren Personalstellen, Frauenförderplan, besondere Förderung von Frauen in den Weiterbildungsberatungsbereichen, eine Weiterbildungsberatungsstelle, „Start mit 35“, also dies gibt es schon in Kommunen, auch durch Unionspolitiker und -politikerinnen gemeinsam, darauf kommt es ja auch an. Insoweit sollten wir das hier so normal wie möglich behandeln. Aber ganz normal ist es natürlich nicht. Ich meine also, daß Politikerinnen und Politiker der Union gemeinsam in diesem Bereich eine ganze Menge umgesetzt haben in den Ländern, im Bund, aber auch in den Kommunen, und daß es deswegen jetzt daran gehen muß, die Frauen, die mitmachen wollen, eben wirklich einzubinden, ihnen Funktionen und Aufgaben zu geben und sie nicht verdrängen zu lassen durch diejenigen, die Politik instrumentalisieren, und da, meine ich, müssen auch die Männer der Union einen Beitrag leisten, und deswegen habe ich die Einladung hier gerne angenommen.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Vielen Dank, Herr Wulff. Vielen Dank auch für die Beispiele der Stadt Osnabrück, aber es ist eben nicht überall so, und wenn wir uns in Niedersachsen umschauen, wissen wir, wie schwer wir uns mit vielen Maßnahmen tun in anderen Regionen und erst recht auf dem flachen Land. Also auch das bedeutet einen langen Prozeß der Bewußtseinsbildung, denn auch die jüngsten Zahlen haben ergeben, wir haben in 5 Ländern der 16 keine einzige Kreisvorsitzende der CDU, in weiteren 4 eine. Die weiteren Zahlen brauche ich nicht mehr zu nennen. Wenn wir schon bei 9 angekommen sind, dann können Sie sich die Gesamtzahl vorstellen.

Ich halte es aber für wichtig, einen Punkt herauszugreifen. Das gilt übrigens für die Parteiarbeit wie überhaupt für Frauenarbeit. Sie haben weit weniger Schwierigkeiten, Frauen zu finden, wenn Sie es an konkrete Projekte binden, ob das nun im Sozialbereich ist, ob es im Ökologiebereich ist, ob es im Existenzgründungsbereich ist. Sie wollen konkret wissen, was kommt dabei heraus. Und ich denke zu dem Stichwort von Herrn Wulff, dies ist ein ganz wichtiger Punkt, um Arbeit attraktiver zu machen, aber ich möchte an einem Thema eben nicht vorbeigehen, das betrifft auch den Umbruch in den neuen Ländern.

Also es ist hier sehr rasch begriffen worden, daß Demokratie auch etwas mit Macht zu tun hat, mit Einflußnahme, und daß man diese Macht sehr rasch wieder verteilt hat und zunächst mal die Frauen außen vor gelassen hat. Das ist nicht nur ein von den Frauen freiwillig vorgenommener Rückzug, sondern es ist auch die Erfahrung, daß hier bei der Aufstellung von Listen sehr gezielt vorgegangen wird. Das kann ich aus Sachsen-Anhalt berichten und auch aus Brandenburg, wo noch mehr hineingekommen sind. Es funktioniert also immer wieder sofort, daß die Menschen sehr wohl wissen, wo es um Machtverteilung geht, und da sind die Frauen dann, wenn sie nicht aufpassen, auch nicht dabei.

Ich habe jetzt eine große Zahl von Wortmeldungen und schlage folgendes vor. Es ist zum Teil nicht möglich, genau das Thema bei allen festzusetzen. Deswegen gehe ich jetzt ziemlich der Reihe nach, wie die Wortmeldungen eingehen, und lege dann fest, wann wir hier Antworten erteilen. Vielleicht sind es auch zum Teil Erfahrungsberichte.

Als erste habe ich hier Frau Christine Zitzmann. „Allgemeines“ hat sie auf die Wortmeldung geschrieben.

**Christine Zitzmann:** Sehr geehrte Damen und Herren! Auf meinen Wortmeldezettel habe ich bewußt „Allgemeines“ geschrieben. Ich stelle mich kurz vor: Ich komme aus Thüringen, aus der Stadt Sonneberg, und bin eine typische Vertreterin eines Frauenberufs; ich bin von Beruf Krankenschwester. Wie es in verschiedenen Berichten gestern und heute angeklungen ist, hatte auch ich das Erlebnis, daß ich nach der Wende in die Stadtverwaltung Sonneberg kam, und zwar als Dezernentin für die schönsten Bereiche, die ich Ihnen nennen will: Unter mir habe ich die Bereiche Kultur, Bildung, Wohnung und Soziales. Ich bin also eine typische Vertreterin der Frauen, die ins Wasser geworfen worden sind und sich freischwimmen müssen. Ich kann das Schwimmen im Moment. Es gibt große Probleme vor Ort, aber das, weswegen ich mich gemeldet habe, ist nicht die schwarze Schrift, sondern das Ziel: miteinander reden, einander verstehen. Ich freue mich echt darüber, daß ich heute hier sein darf, und möchte Ihnen eine Erfahrung mitteilen, die wir derzeit machen. Sonneberg ist zu DDR-Zeiten die tiefste Provinz gewesen, direkt an der Grenze; Neustadt bei Coburg ist die nächste Stadt.

Frau Ministerin Merkel, ich mache zu Ihrem Bericht folgende Ausführungen: Das Thema Umschulung/Qualifizierung ist ein sehr heikles Thema. Denn wir alle sollten uns ehrlich und wahrheitsgemäß sagen, was umgeschult wird. Ich merke es bei uns vor Ort: Frauen schult man in Sozialem um. So viele brauche ich aber vor Ort gar nicht. Die echte Sozialarbeiterin fehlt bei dieser Umschulung. Man nennt das „sozialpädagogischer Dienst“.

Es gibt eine weitere Sache, zu der ich vielleicht ausführen muß, daß Sonneberg eine „Spielzeugstadt“ ist. Wir haben also Spielzeugindustrie, und viele Frauen sind in diesen Betrieben gewesen. Wir haben eine hohe Arbeitslosigkeit bei Frauen, aber auch die Landwirtschaft hat unter ihr zu leiden. Wir sollten einfach aufpassen, daß

man uns nicht dahingehend überrollt, daß Frauen zwar umgeschult werden, aber im Endeffekt - und es gibt dafür genügend Beispiele vor Ort - gar nicht zum Einsatz kommen, weil sie nicht gebraucht werden.

Die älteren Menschen waren mein Metier, wobei ich immer sage: Es ist eigentlich jeder so alt, wie er sich fühlt. Ich habe in den letzten sieben Jahren, bevor ich in die Stadtverwaltung kam, als Oberschwester in einem Feierabend- und Pflegeheim gearbeitet. Es macht mir noch heute große Freude, den Umgang mit diesen Menschen zu üben und zu pflegen. Aber der Schwerpunkt liegt jetzt bei den Frauen von 40 aufwärts. Es gibt vor Ort eine heikle Situation, denn es ist in der Tat so, daß man zwar versucht, Überbrückungen zu schaffen - es gibt da eine ganz neue Maßnahme; „ABS“ nennt man die bei uns, und wir kämpfen darum, daß man sie einführt -; aber man muß doch ehrlich sagen, daß es nur eine vorübergehende Zeit ist, in der diese Maßnahme wirkt.

Was bieten wir nun vor Ort an? Betreuung und Beratung. Es sind die Frauen, die sich kümmern, und vor Ihnen steht eine Multifunktionärin. Aber warum bin ich Multifunktionärin? Ich bin Kreisvorsitzende des Kreisverbandes Sonneberg der CDU, aber in meinem Kreisverband sind nur zwei Frauen. Fragen Sie bitte nicht, wie schwer es ist, etwas zu tun! Ich muß jeden Tag wie ein alter Regenschirm gespannt sein; ich muß leisten, daß ich unter dem Strich abrechnungsfähig bin. Ich behaupte mich schon! Das hat auch damit etwas zu tun, nicht als Vorbild zu wirken, sondern Mut und Vertrauen zu geben: Schaut an, hier steht jemand, die kann das. - Man hat zwar eine intakte Familie, aber ich glaube sagen zu können, man muß in dieser Zeit einfach etwas nach außen tun, man muß sich darstellen und muß auch beweisen, daß man es kann.

Was fehlt uns aber in den neuen Bundesländern? Ich merke das in meinen dienstlichen Beratungen, und ich merke es an meinem Sprechtag; ich habe jeden Donnerstag durchschnittlich 50 Bürger, und die meisten sind eben ältere Menschen. Mit denen unterhalte ich mich, auch wenn ich manche Lebensgeschichte schon hundertmal gehört habe. Da hört man treu und brav und vor allem interessiert zu. Was merke ich also? Es fehlt die Eigenständigkeit, es fehlt die Selbständigkeit, es fehlt das Vertrauen in das Neue. Und es fehlt einfach die führende Hand. Nur, die wird es nie mehr geben. Das versuche ich im Prinzip jedem nahezubringen und jedem zu verdeutlichen. Aber das ist weiß Gott schwer, und vor allen Dingen ist es auch schwer, immer zu sagen: Das ist Gesetz. Wir müssen uns daran gewöhnen und müssen es auch immer verdeutlichen: Es gibt gesetzliche Grundlagen. Das müssen wir auf irgendeiner Ebene auch begreifen, und diese Einsicht müssen wir innerhalb der Beratung, der Aufklärung usw. verbreiten.

Ich weiß nicht mehr genau, wer es gesagt hat: Was muß geschehen, wenn man Beratungsstellen einführt? Ich habe das getan; Sonneberg ist eine flächenmäßig große Stadt mit vielen Stadtgebieten. Da sind sehr wenige gekommen. Warum? Aus dem einfachen Grund, daß die Mentalität eine Rolle spielt. Die Nachbarin könnte ja sehen, wohin ich gehe! Oder beim Gang zum Sozialamt: diese Angst, diese Scheu davor, etwas Selbstverständliches anzunehmen. Man stellt das eben häufig als Almosen hin, als Betteln. Unseren Menschen beizubringen, daß das eine Selbstverständlichkeit ist, daß es ein Gesetz gibt, daß man sich dessen nicht zu schämen braucht, das ist verdammt schwierig.

Nun habe ich in meinem Dezernat, wie gesagt, auch den Bereich Bildung, und ich bin eine der wenigen, die mit den Abgeordneten bewirkt haben, daß die Grund- und Regelschulen in der Trägerschaft der Stadt bleiben. Das ist nicht einfach, aber ich verspreche mir davon natürlich sehr viel.

Das wichtigste Thema sind aber die 21 Kindereinrichtungen, die ich in meiner Regie habe. Es sind Kinderkrippen, und es sind Kindergärten. Auch ich habe vier Betriebskindergärten übernommen, sehr gerne übernommen, und führe vor Ort nun natürlich eine Tätigkeit aus, die von Negativem geprägt ist. Warum? Es gibt in Thüringen das Gesetz, das ein Recht auf einen Kindergartenplatz gewährt. Aber es gibt auch die „von-bis-Spanne“, vom zweiten bis zum dritten Lebensjahr. In meine Kindereinrichtungen gehen 1500 Kinder. Durch meine Begehungen vor Ort habe ich eine „Jahresabrechnung“ gemacht. Bei meinen Befragungen habe ich festgestellt, wie denn die Tendenz ist. Die Öffnungszeit ist 6 Uhr. Es gibt keine Tendenz nach oben. Das ist sehr schwer, denn die Betriebe stellen sich nicht um. Viele Betriebe beginnen eben um halb sechs oder um drei Viertel sechs oder um 10 nach 6, wie auch immer. Und wenn ich dann frage, wann das letzte Kind geht, höre ich: Außer am Freitag geht das letzte Kind um 17 Uhr. Ich frage, warum das so ist. Gut, wir haben viele Pendler; das kommt hinzu. Aber wir haben eben auch die typischen Berufe wie Verkäuferin usw. Ich muß das nicht weiter ausführen.

Natürlich wünsche ich mir, daß das eines Tages ein bißchen aufgelockert wird, daß die Öffnungszeiten nach oben verschoben werden und daß das letzte Kind ein bißchen früher abgeholt wird. Aber der Bedarf ist da, und der Bedarf führt eben zum Erhalt dieser Einrichtungen.

Nun vertrete ich die Auffassung, daß Kindereinrichtungen so lange bestehen werden, wie der Bedarf da ist. Wir haben in Thüringen natürlich auch Zuschüsse seitens der Landesregierung, aber es gibt schon große Probleme, und da dürfen wir uns einfach nicht die Augen verkleistern lassen. Das ist eine ganz wichtige Sache.

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Frau Zitzmann, es ist spannend, zuzuhören, aber ich habe schon eine endlos lange Liste von Wortmeldungen. Könnten Sie zum Schluß kommen?

**Christine Zitzmann:** Gut, dann versuche ich noch, einen letzten Punkt anzusprechen, der die Rentnerinnen betrifft. Frau Ministerin, vielleicht könnten Sie uns da helfen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß zwar die Renten gestiegen sind, daß aber viele vor Ort die anderen hohen Ausgaben nicht verstehen. Der Rentner versteht es nicht: Hier habe ich eine Erhöhung, aber gleichzeitig geht die Miete hoch usw. usf. - Es gibt viele Materialien, aber ich wünschte mir doch einmal Material für einen bestimmten Altersbereich, und der Altersbereich, der mir vorschwebt, ist der von 70 aufwärts. Da sollte einmal in einem einfachen und schlichten Deutsch gesagt werden: So ist das. - Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Vielen Dank. - Es spricht nun Herr Sonntag.

**Andreas Sonntag:** Ich bin Mitglied des Thüringer Landtages und gehöre dem Gleichstellungsausschuß an. - Ich bin Schichtleiter in der Chemieindustrie gewesen und muß insofern etwas korrigieren: Frau Stange, wenn Sie davon sprechen - Frau Süßmuth, das ist ein Problem, das in den alten Bundesländern wahrscheinlich gar nicht vorhanden ist -, daß ABM-Maßnahmen für Frauen gerade in Ihrem Bereich nicht in dem Maße greifen - Sie haben ja auch sehr viel Chemieindustrie -, dann liegt das sicherlich daran, daß die ABM-Maßnahmen, die für Frauen heute angeboten werden, mit dem Berufsbild, das gerade diese Frauen haben, wenig korrespondieren. Sie bekommen relativ leicht einen Schlosser oder einen Maurer oder sonst irgend jemanden aus einem männlichen Beruf in ABM hinein, aber Sie kriegen kaum oder nur sehr schwer z.B. eine Chemiefacharbeiterin, die in Schicht tätig war, in ABM hinein.

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Könnten Sie einmal sagen, warum das so ist?

**Andreas Sonntag:** Ja, ich sage das jetzt: Es liegt an der Akzeptanz gerade dieser Frauen für Umschulungsmaßnahmen, weil das nämlich in vielen Fällen das einzige ist, was sie machen können. Entweder sie werden arbeitslos, oder sie schulen sich um, und da ist das letztere natürlich besser.

Frau Süßmuth, meine Bitte wäre deshalb, daß wir uns alle und vor allem auch Sie sich dafür stark machen, daß das Nachtarbeitsverbot für Frauen in den neuen wie in den alten Bundesländern bald kein Thema mehr ist. Das gäbe nämlich vielen Frauen, die in der alten DDR in Schichtarbeit gewesen sind, beispielsweise meinen Kolleginnen, durchaus die Möglichkeit, in ihrem Beruf weiterhin tätig zu sein.

Damit komme ich zum zweiten wichtigen Problem, zum Rollenbild. Wir haben in der Ex-DDR zu verzeichnen, daß die Mädels relativ früh geheiratet haben, relativ früh Kinder gekriegt haben und damit auch in relativ jungen Jahren, so ab Mitte 30 bis Anfang 40, mit der Kindererziehung in der ersten Generation kaum noch etwas zu tun hatten. In der DDR gibt es sehr viele Omas, die zwischen 40 und 50 Jahre alt sind. In der Bundesrepublik ist das nicht der Fall. Da liegt auch eine Reserve, denn das sind Frauen, die durchaus wieder oder immer noch im Beruf sein wollen, die durchaus auch in der Lage wären, leitende Funktionen zu übernehmen, und die in unseren neuen Bundesländern durchaus in erheblichen Größenordnungen zur Verfügung stehen.

Weiter zu diesem zweiten Problem: Es schwappt praktisch seit der deutschen Einheit auf uns ein Rollenbild der jungen Frau herüber, das nicht die junge Mutter propagiert, sondern das - ich sage es mit Absicht überspitzt - das Sexobjekt propagiert, das Häschen, das Mädels, das eigentlich erst einmal leben will. Die Mutterschaft kommt dann vielleicht frühestens mit 30 Jahren. Alle Mediziner sind der Meinung, daß das nicht gut ist. Ich bin der Auffassung, daß sich gerade die Frauen verstärkt einsetzen sollten, um zu versuchen, dieses Rollenbild, das von bestimmten Presseerzeugnissen und auch von vielen Männern sehr gerne propagiert wird, zurückzudrehen. Ich sehe hier durchaus eine Gefahr: Wir können uns über die Emanzipation unterhalten, wir können uns auch über Familienplanung unterhalten, aber wir sollten bedenken, daß es gerade in bezug auf die Familienplanung eine ganz wichtige Sache ist, daß die junge Mutter, die in der DDR, so könnte man sagen, eigentlich die Regel war, nach wie vor ein Leitbild für Mädchen bleibt.

(Teilweise Widerspruch)

Wenn wir es nicht schaffen, berufliche Ausbildung und Mutterschaft so zu verknüpfen, daß das angenommen wird, sehe ich gerade im Hinblick auf die Gleichberechtigung dieselben Schwierigkeiten auf uns zukommen, die gleichen Probleme auf uns zukommen, die es in den alten Bundesländern schon lange gibt und die Frau Meister vorhin erläutert hat. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Nur zu Ihrer Information: Das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen, das in der alten Bundesrepublik besteht, ist ja laut Einigungsvertrag bis 1992 für die neuen Bundesländer nicht existent, und wir haben ja auch hier noch einmal den Antrag, daß es nun wirklich erledigt wird. Das ist in der alten Bundesrepublik ein kontroverses Thema, weil es nur eine einzige Gruppe betrifft. Ich muß Ihnen aber sagen, daß das nur noch etwas mit der Frage zu tun hat, ob jemand den Status „Arbeiterin“ oder „Angestellte“ hat, denn für Angestellte gibt es überhaupt kein Nachtarbeitsverbot. Wichtig ist dabei aber, welche Bedingungen wir an den Personenkreis der Mütter oder Väter mit Kindern knüpfen.

Zum Leitbild der jungen Mutter sagen wir nachher noch einmal etwas. - Jetzt Frau Hübeler, bitte.

**Karin Hübeler:** Ich merke gerade, Thüringen geht voran; auch ich komme aus Thüringen. Ich bin in der Landesregierung von Thüringen und war bis jetzt Frauenbeauftragte. Die Frauenpolitik in dieser gesamten Thematik halte ich in der letzten Zeit ein bißchen für Rückschau: Was haben wir denn bis jetzt geschafft, und was haben wir noch an Chancen? Herr Sonntag hat einem schon fast die Schau gestohlen, indem er sagte, was da alles so kommt: junge Mütter und alte Mütter und Großmütter. Ich bin eine der jungen Großmütter. So sehen Großmütter zwischen 40 und 45 aus. Das sind Frauen, die wirklich voll im Zeuge stehen, die arbeiten wollen, die arbeiten müssen, die ihre Kinder großgezogen haben und die trotzdem auch ihre Enkelkinder versorgen wollen. All das sind neue Probleme, die wir bewältigen müssen und die wir jetzt bei den Chancen, die wir haben, mit einbauen müssen.

Vorhin, beim Hereinkommen, habe ich mich einmal umgesehen und habe mir überlegt: Es sind tatsächlich wieder nur Frauen, und es sind immer die gleichen Frauen, die Frauenpolitik machen und sich dafür interessieren. Unsere Aufgabe, die der Politikerinnen und Politiker, muß es eigentlich sein, die Frauenpolitik wie bei der Wende so auch jetzt ins Land hineinzutragen, zu den Frauen zu gehen und sie zu beraten und die Frauen aktiv an uns heranzuziehen. Anders herum - so, daß die Frauen zu uns kommen - geht es nicht; die Frauen wollen im Moment nicht so.

Ich sehe meine Aufgabe also darin, auf die Frauen zuzugehen und etwas zu organisieren. Das ist eigentlich eine ganz wichtige Aufgabe, der wir uns auch besonders in der Frauen-Union annehmen sollten. Es sind leider immer zu wenige, die Aufgaben übernehmen. Wenn Frau Zitzmann vorhin gesagt hat, sie sei Multifunktionsarin, so glaube ich das gut und gerne; die Frauen, die etwas übernommen haben, sind hoffnungslos überlastet.

Zum anderen muß ich sagen, daß diese ganzen Wende-Geschichten mit Krippen und Kindergärten dazu geführt haben, daß man erst einmal vorsichtig gesagt hat: Eine Wende kommt ja nicht geplant, sie hat keinen korrekten Verlauf, und es ging dabei hektisch und schnell zu. Was der Deutsche macht, macht er aber gründlich, und so waren wir erst einmal gegen Kinderkrippen und gegen Kindergärten, und keiner wußte so recht, was wir tun sollten, so daß dann viele Kindergärten und Kinderkrippen eben ins Wasser gefallen sind.

Als ehemalige Kindergärtnerin bin ich keine Verfechterin von Kinderkrippen, aber ich bin auch nicht dafür, daß wir Kinderkrippen abschaffen, daß wir sie sterben lassen. Wir brauchen die Kinderkrippen, wenn wir wollen, daß Frauen, die das wollen, berufstätig bleiben können, und wenn wir immer davon reden, daß die Frauen wählen dürfen, ob sie arbeiten wollen oder nicht arbeiten wollen.

Des weiteren muß ich darauf eingehen, daß mir die CDU im allgemeinen zuviel von den jungen Müttern und von den intakten Familien spricht. Was ist den mit den Müttern, die etwas älter sind, die schon mehr Freiräume haben, die arbeiten wollen und arbeiten müssen, die ihre Kinder unterbringen wollen und ihre Kinder auch so versorgen können? Diese Frauen müssen wir mehr einbinden, und wir müssen auch den Frauen um die 40 die Chance geben, ins Berufsleben einzusteigen. Ich sehe durchaus ein, daß die jüngere Frau zu Hause sein und ihr Kind an die Brust nehmen soll, aber wenn sie es will, muß sie auch die Gelegenheit haben, ihr Kind in eine Krippe zu geben. Wir haben da in der Wendezeit auch Fehler gemacht, die jetzt schwer zu reparieren sind.



Eine andere Sache, die mich auch ganz besonders berührt, ist, daß Frauen immer wieder in frauentypische Berufe gedrängt werden oder von alleine dorthin gehen, weil sie sich zurücknehmen. Wir hatten in der ehemaligen DDR in den 50er Jahren einmal den Trend „Frauen in Männerberufe“. Wir hatten Dreherinnen und Metallarbeiterinnen, die dann aber sehr schnell aufgegeben haben, weil das noch eine körperlich schwere Arbeit war. Heute ist das nicht mehr so. Hier sehe ich Frau Sillmann, die in Thüringen und über Thüringen hinaus bekannt ist. Sie kommt aus dem Handwerk und ist, so möchte ich sagen, die typische Vertreterin einer zukünftigen Zeit.

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Frau Hübeler, kommen Sie bitte zum Ende.

**Karin Hübeler:** Ja, ich würde abschließend sagen, auf diesem Wege müßten wir weitermachen. Wir müßten mehr Frauen in der Wirtschaft und im Handwerk Wege aufzeigen. Frau Sillmann, da wären Sie mit der Handwerkskammer auch eine Hilfe. - Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Vielen Dank, Frau Hübeler. - Den nachfolgenden Rednern und Rednerinnen darf ich sagen: Je kürzer und je konkreter, desto mehr kommt für unsere Sache heraus.

(Beifall)

Wir knüpfen gleich an das zuletzt angesprochene Thema „Frauen in Männerberufen“ an. Bitte, Frau Sigrid Kunze.

**Sigrid Kunze:** Meine Damen, das, was ich hier zunächst gehört habe, hat mich etwas verunsichert, aber ich gebe die Hoffnung noch nicht auf. Ich habe nämlich gerade für uns in den alten Bundesländern Chancen darin gesehen, daß aus den neuen Bundesländern Frauen zu uns kommen, die schon lange, ohne daß das gesellschaftlich irgendwie problematisch war, in technischen Berufen, in sogenannten Männerberufen tätig sind, und zwar auf allen Ebenen. Die Dreherin ist schon angesprochen worden, aber wir haben ja auch Ingenieurinnen jeder Art, sogar im Tiefbau, und wir haben ja auch Frau Sillmann als Beispiel; bei uns wäre sie ein weißer Rabe, hier vielleicht auch, aber das liegt wahrscheinlich weniger daran, daß sie als Frau dort tätig ist, als daran, daß das Handwerk hier nicht so tolle Chancen hatte.

Jedenfalls hoffte ich, daß auf diese Weise die Frau im Männerberuf bei uns ein bißchen zur Normalität wird. Das ist ja sehr prägend. Nicht schöne Beschlüsse bringen es, sondern wichtig ist es, daß die Menschen im Alltag Frauen in diesen Funktionen erleben und feststellen: Die können das, die können das sogar sehr gut. Sie können es auch als Vorgesetzte, sie können es auch in anspruchsvollen Berufen. Daraus erhoffe ich mir eigentlich immer noch ein Stück Normalität und damit auch ein Stück Fortschritt für uns.

Wir sollten dann auch darauf achten, daß diese Kompetenzen jetzt nicht verlorengehen. Ich bin erschreckt, wenn ich jetzt höre, daß über ABM die Frauen dann doch wieder in die Berufe kanalisiert werden, die sie bei uns traditionell ausgeübt haben, und damit aus dieser Normalität verschwinden. Wir sollten uns also alle Mühe geben, daß diese Kompetenz erhalten bleibt und daß diese Frauen auch bei uns in den alten Bundesländern Vorbild werden.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Vielen Dank! - Das setzt voraus, daß wir ein Projekt finden, in dem Erhalt und Erweiterung der Qualifikation und Arbeitsplatzperspektive gebündelt werden; sonst bleiben das fromme Reden. Deswegen müssen wir da ansetzen! - Bitte, Frau Geschka.

**Otti Geschka:** Ich möchte zu den Punkten, die Frau Stange angesprochen hat, Stellung nehmen. Frau Stange, ich tue das auch deshalb, weil ich eine frühere Kollegin von Ihnen bin: Ich war Staatssekretärin für Frauenangelegenheiten in Hessen, und zwar in den vier Jahren bis zum Frühjahr dieses Jahres, und habe einige Erfahrungen mit den Punkten, die Sie angesprochen haben, gemacht.

Beratungsstellen allgemeiner Art auf Landesebene sind bei uns auch nicht angenommen worden. Die machten gar keinen Sinn, und die haben wir ganz schnell wieder aufgegeben. Sinn machte es in den Kommunen selbst. An Frauenbeauftragten haben wir in Hessen eine sehr große Dichte; wir haben mittlerweile mehr als 50 Frauenbeauftragte in den einzelnen Kommunen und Kreisen. Dort, direkt angesiedelt bei der Gemeinde, gab es auch Beratungsstellen allgemeiner Art. Auf Landesebene haben wir dann mit ganz gezielten Beratungsstellen für bestimmte Zielgruppen, auf bestimmte Ziele hin - Existenzgründung, Wiedereingliederung - gearbeitet. Dann, wenn sie mit einer ganz bestimmten Überschrift versehen waren, wenn sie eine ganz bestimmte Aufgabe hatten, wurden diese Beratungsstellen sehr stark angenommen.

Damit komme ich auf eine Stelle zu sprechen, mit der wir ein ganz interessantes Programm gemacht haben, und zwar - das war ja auch einer Ihrer Punkte - Existenzgründung für Frauen. In Hessen wurden in den letzten Jahren von allen Neugründungen von Betrieben 30 % von Frauen vorgenommen. Wir haben aber mit wissenschaftlicher Begleitung in einer Studie festgestellt, daß viele Frauen in diese Existenzgründungen einfach so hineingingen, und zwar mit Trendprojekten - sie haben eine Boutique aufgemacht oder so etwas -, und daß von diesen Existenzgründungen 50 % in den ersten vier Jahren wieder kaputtgingen.

Nun haben wir ein ganz gezieltes Projekt gestartet, gefördert durch Bundesmittel, aber auch ganz intensiv - zu zwei Dritteln - mit Landesmitteln. Wir haben regelrechte Kurse zur Existenzgründung angeboten, durch die Frauen Unterstützung erhielten: angefangen beim eigenen Zutrauen, das ihnen oft fehlte. Schon bei der Beratung in der Bank über Existenzgründungsdarlehen wurde den Frauen nicht soviel zugetraut wie den Männern; diese Erfahrung haben wir jedenfalls gemacht. Aber auch die Frauen selber trauten sich in der Frage, ob sie es denn durchhalten, häufig nicht soviel zu. Das geht mit dem ganzen Umfeld weiter, mit dem Durchsetzen in der Familie. Es geht bis hin zu der Fähigkeit, ganz konkrete Kostenrechnungen durchzuführen. All das wurde in Kursen, die bis zu einem halben Jahr dauerten, gezielt vermittelt.

Danach haben wir eine Studie gemacht und festgestellt, daß von diesen Frauen, die bei einer Neugründung so vorbereitet waren, nachher nur noch 2 % wieder aufhören mußten. Das ist eine eklatante Erfolgsquote, und das finde ich schon ganz spannend. Man darf also die Frauen nicht einfach hineinrennen lassen. Mit dieser Feststellung will ich nicht etwa Mut nehmen, sondern im Gegenteil Mut machen. Aber ich denke, wir sollten in diesem Bereich stärker eine gezielte Vorbereitung der Frauen betreiben, etwa mit Modellprojekten, gerade hier in den neuen Bundesländern, wo es jetzt viele Chancen zur Existenzgründung gibt. Wir sollten Frauen ganz gezielt vorbereiten, damit sie hinterher wirklich neue Chancen in diesen Bereichen wahrnehmen können.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Vielen Dank, Frau Geschka. Ich glaube, das kann man wirklich als konkretes Ergebnis mitnehmen. - Das Wort hat jetzt Frau Marion Fischer.

**Marion Fischer:** Ich bin Unternehmerin und komme aus Sachsen-Anhalt. Unternehmerin bin ich nicht erst seit der Wende, sondern ich komme aus einem alten Familienbetrieb, der nach dem Krieg leider Gottés auf der falschen Seite Deutschlands hat weitermachen müssen.

Wir haben uns bis zur Wende eigentlich sehr zurückgehalten, haben uns in bezug auf unsere Aktivitäten und auf unser Personal sehr zurückhalten müssen. Herrn Wulff muß ich sagen: Hinter die Worte „Neue Chancen für Frauen im geeinten Deutschland“ setze ich ein Ausrufezeichen.

(Beifall)

Für mich ist eine echte Chance gekommen! Wenn ich einmal sagen soll, warum die Frau in den neuen Bundesländern vielleicht noch nicht so existenzgründungsfreundlich ist, wie sie sein sollte, so sei mir gestattet, ein Zitat aus der Rede, die Herr Rühle heute morgen gehalten hat, etwas abzuwandeln. Er zitierte die Schriftstellerin Monika Maron, die gesagt hat: Sie betrügen mich um meine Eigenschaften, um das, was ich zeigen kann, was in mir steckt. - Ich muß Ihnen sagen: Sie haben uns in der Vergangenheit um unsere Eigenschaften betrogen.

(Beifall)

Ich bin in einer Unternehmerfamilie aufgewachsen, und ich muß sagen: In mir waren all diese Eigenschaften. Aber wissen Sie, was ich vor der Wende getan habe? Nichts, gar nichts. Ich habe teilweise Mutter gespielt, ich war für die drei Ks verantwortlich, für die Kirche, für die Küche, für die Kinder. Teilweise habe ich das gerne gemacht, weil ich für mich keine große Chance sah. Ich konnte meine Eigenschaften nicht ausleben.

Jetzt kann ich meine Eigenschaften ausleben, und mit dem Tag der Wende bin ich voll eingestiegen. Ich habe ebenfalls - wie Frau Sillmann - einen Arbeitstag von 14 bis 16 Stunden, und ich tue das gern. Wir haben darüber in der Familie auch diskutiert. Mein Sohn ist 15 Jahre alt; er braucht mich noch, aber nicht mehr so sehr. Ich habe mich auch im mittelständischen Bereich politisch engagiert. Ich habe es geschafft - das war auch nicht so ganz einfach, denn das ist ein ziemlicher Männerbereich -, in den Bundesvorstand der Mittelstandsvereinigung aufgenommen zu werden. Seit Mai bin ich dort Mitglied. Vor der Wahl wurde mir gesagt: Denken Sie bloß nicht, daß ich Sie wähle, weil Sie eine Frau sind. - Sie werden staunen, wer mir das gesagt hat: kein Mann. Eine Dame hat mir das gesagt! Das war für mich eigentlich der Ansporn, zu sagen, daß ich an dieser Stelle Leistung beweisen muß, wie auch die Männer meinen, das Leistungsprinzip für sich in Anspruch nehmen zu können. Wir können das auch, wir schaffen das auch, wir haben das in der Vergangenheit bewiesen und werden es sicher in der Zukunft auch weiter beweisen.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Vielen Dank, Frau Fischer. Sie haben die vielbeschworene Frauensolidarität angesprochen, die immer dann nicht da ist, wenn sie gerade - wie bei Ihrer Wahl - gebraucht wird. Aber vielleicht haben wir auch andere Erfahrungen. Ich habe vor kurzem eine sehr positive Erfahrung mit Frauensolidarität gemacht. Es hängt auch mit unserer kurzen Erfahrung im politischen Bereich zusammen, daß das noch nicht klappt.

Ich finde es sehr wichtig, daß Sie gesagt haben: Chancen? Ich habe sie jetzt endlich. Vorher sind sie mir verweigert worden. - Das darf uns aber nicht unsensibel gegenüber denjenigen machen, die sie jetzt noch nicht wieder entdeckt haben und die auch Schwierigkeiten haben, sie für sich herauszufinden. Da ist die Selbsthilfe erst über ein Stück mehr Fremdhilfe möglich. Das gilt für die Frauen in der Landwirtschaft, für die Frauen in den Textilbetrieben usw. Denn es gibt immer einen Punkt, der in Frauenbiographien schwierig werden kann: Wenn man es selbst geschafft hat, ist man in der Gefahr, diejenigen zu vergessen, die es nicht geschafft haben. Dafür, das

zu bedenken, wollte ich noch einmal werben. Wir alle haben sehr unterschiedliche Voraussetzungen, und deswegen sind wir noch nicht auf dem Weg, daß alle Frauen in gleicher Weise Chancen entdecken und wahrnehmen können. – Als nächste hat Frau Seitz das Wort; bitte schön!

**Ingeborg Seitz:** Ich komme aus Hessen, geboren und aufgewachsen bin ich in Magdeburg.

Ich habe jetzt vier Wochen in einer Familie im Kreis Haldensleben, einer sechsköpfige Familie, die Hausfrau vertreten und bin dabei darauf gekommen, daß es folgendes Problem für die Frauen gibt, insbesondere in dem Dorf, in dem mein Vetter jetzt mit seiner Familie wohnt. Er ist von West nach Ost gezogen. Das Dorf hat als Hauptarbeitgeber die LPG gehabt, und dort waren die Arbeitsplätze für Frauen und Männer. Und mir ist etwas aufgefallen, was ich als Bitte vortragen möchte.

Ich muß noch eines sagen. Ich habe in Jena studiert und habe dort eine Patentochter, die wie auch ihr Mann bei Zeiss gearbeitet hat, und das in der dritten Generation. Sie sind jetzt ab 1. Oktober beide gekündigt. Sie sind über Mitte 40. Und jetzt ist mir folgendes aufgefallen, was ich hier vortragen möchte.

Es hatten nur ein paar von zuhause her schon die Chance und die Möglichkeiten durchzustarten. Die Masse der Frauen, das hat Frau Süßmuth gerade eben gesagt, hat das nicht.

Und etwas finde ich schlimm. In den Dörfern gibt es ja auch AB-Maßnahmen. Das sind eigentlich vorwiegend Arbeiterdenkmäler, die ich da gesehen habe. Sie wissen, was ein Arbeiterdenkmal ist? Auf der Hacke, auf der Schippe oder so sich ausruhen. Nun zur Frage nach Weiterbildungsmöglichkeiten, und zwar nach der beruflichen Zusatzqualifikation. Von Jena wurde mir gesagt: Wir haben soviel zigtausend Arbeitslose, da brauche ich mit 46 als Frau nicht mehr anzufangen. Der Mann dazu meinte: Ich komme vielleicht doch noch über irgendeine Weiterbildung, aber ich kann in meinem technischen Beruf weitermachen. Es ist mir also aufgefallen, daß wir hier dringend aufpassen müssen, denn ich sagte dann nämlich selbst zu mir: Es ist erst ein Jahr her. Was sollte in diesem einem Jahr alles geschaffen werden? Aber es müßte dringend eine Weiterqualifikation für diese Frauen geben, ich nehme jetzt mal speziell Frauen, für Männer gilt sicher dasselbe, aber es wird vielleicht auch eher gesehen. Man darf in den Arbeitsämtern nicht sagen: Also mit 46, hören Sie mal, Zigtausende von Frauen, die eine Weiterbildung machen, sind vor Ihnen! - Ich bitte dringend darum, daß man sich dieser Probleme widmet.

Und Herr Wulff, Sie haben etwas gesagt. Es ist putzig. Wenn es wirklich erkannte Probleme für Frauen sind, dann wird gesagt, die Frauen-Union müsse was tun. Meine Erfahrung - ich mache jetzt weit über 20 Jahre Politik für die CDU und in der CDU - ist die: Frauen und Männer richten sich an dem Bild aus, was die Partei auf der Ortsebene, auf der Stadtebene, Ortsteilebene abgibt. Und wenn das eine frauenunfreundliche Darstellung ist, dann kann auf der mittleren und oberen Ebene so geturnt werden, wie man auch nur kann, da können Positionen den Frauen angeboten werden auf Landes- und Bundesebene. Überprüft wird, was CDU wirklich ist, auf der Ortsvereins-, Stadtverbandsebene, und da kann ich die wenigen Männer, die hier sind, nur auffordern: Freunde, da fängt es an. Die Frauen-Union kann nur zusätzlich dazu arbeiten.

(Lebhafter Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Herzlichen Dank, Frau Seitz. Ich denke sogar, der Appell ist wichtig, zumal sich gegenwärtig wieder die Stimmen mehren, ob das

nicht alles falsch war, was wir mit dem Essener Parteitag gewollt haben, auch in den Broschüren lesbar, die hier auf dem Parteitag ausgelegt sind, ob wir nicht dem falschen Zeitgeist nachliefen.

(Zustimmung)

Also, da sollten wir es wenigstens mit jenen Kirchenmännern halten, die sagen: Die Frauenfrage ist die Frage des 20. Jahrhunderts, und sie muß gelöst werden in einer neuen Familien- und Arbeitskultur.

Ich möchte hier nach dem konkreten Stichwort „Existenzgründungsvorbereitung und -begleitung“ als Zweites folgendes festhalten:

Es gibt die Hoffnung, daß von den neuen Ländern der Trend verstärkt wird, daß wir entsprechend unserer ganz anderen Biographie und Alterserwartung endlich Schwerpunkte bilden bei den 40jährigen und Älteren für qualifizierte Wiedereinstiegsmöglichkeiten

(Beifall)

und die persönliche Festsetzung, wann sie herausgehen. Ob das nun die Hochschule ist, ob das Führungspositionen sind, wir müssen endlich diesen alten Zopf abschneiden, also mit 45 sollte man sich doch eigentlich schon überlegen, ob man sich nicht nur eine ehrenamtliche Tätigkeit sucht.

Im übrigen sind viele der erwerbstätigen Frauen ehrenamtlich engagiert, auch das zeigen uns die Zahlen. Deswegen ist das der wichtigste Punkt, der auch bei den Arbeitsämtern verstärkt werden muß, daß Frauen über 45 noch voll hineingehören in die Weiterbildung.

Ich möchte zu Zeiss-Jena sagen: Da haben die Arbeitsämter auch noch nicht umgestellt. Nach dem hohen Abbau der Beschäftigtenzahlen hat mir gerade gestern Lothar Späth gesagt: „Ich habe 50 neue Betriebe in Jena und Umgebung jetzt angesiedelt.“ Es mag ja noch ein paar Wochen oder Monate dauern, bis sie alle da sind, aber es ist doch wichtig zu wissen, was ist denn da, und welche Arbeitsplätze kommen dahin, und was bedeutet das für die Fort- und Weiterbildung. – Frau Ursula Jünemann, bitte.

**Ursula Jünemann:** Ich bin Gleichstellungsbeauftragte im Landkreis Ilmenau in Thüringen, und gleichzeitig bin ich Frauenunionsvorsitzende.

Folgendes zu meiner Person noch kurz. Ich war vorher Diplomingenieur für Elektrochemie, habe also einen technischen Beruf ausgeübt.

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Noch nicht zur Floristin umgeschult!

(Heiterkeit)

**Ursula Jünemann:** Ich habe drei Kinder. Das ist jetzt keine Wertung der Sache.

Ich möchte zu den AB-Maßnahmen noch etwas sagen. Wir haben durch AB-Maßnahmen, durch die Förderfonds, durch diese großen Töpfe, wie zum Beispiel auch den Euro-Fonds, einige Dinge in die Wege leiten können: Frauen- und Familienzentrum, Sozialberatungsstelle für schwangere Frauen in Not, dann Kreisfrauenring-Geschäftsstelle, all diese Dinge, Hilfe bei Existenzgründung für Akademikerinnen - alles tolle Sachen.

Ich habe nur eine Sorge. Wenn diese Töpfe irgendwann zugemacht werden, wie geht es dann weiter? Die Wohlfahrtsverbände, die Vereine sind zum Teil nicht finanzkräftig, sind keine Unternehmen, die irgendwo Geld haben. Und ich sehe nicht, daß wir diese

tollen Einrichtungen, die auch sehr gut besucht werden, erhalten können. Das ist eigentlich die Sorge, die ich hier vorbringen und weitergeben möchte. Wir müßten uns überlegen, was wir da tun können. Ich habe noch nicht die richtige Lösung gefunden.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Ein ganz wichtiger Punkt, ich glaube, darauf sollten wir hinweisen. Ich habe ihn mir hier notiert. - Frau Illbruck, bitte.

**Silvia Illbruck:** Ich bin von der Frauen-Union Nordrhein-Westfalen. und möchte eigentlich nur kurz etwas sagen, weil hier schon einiges gesagt worden ist.

Ich möchte nämlich vor allen Dingen auf den Titel eingehen: „Miteinander reden, einander verstehen.“ Ich denke, darin liegt also die größte Chance für uns alle, miteinander zu reden. Ich halte solche Veranstaltungen für ungeheuer wichtig. Nur ich stelle immer fest, daß nur wenig Männer daran teilnehmen. Ich habe immer den Eindruck, daß diese relativ homogenen Gesprächskreise sich natürlich weitgehend einig sind und wir zwar viel Neues auch erfahren, aber irgendwie nicht so richtig weiterkommen. Und deswegen finde ich es eigentlich sehr wichtig, mehr Männer zu integrieren und vor allen Dingen auch, vielleicht einmal mehr in ländlichen Bezirken Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, denn gerade da oder auch bei älteren Männern, aber auch bei älteren Frauen, bestehen doch gerade hinsichtlich der Berufstätigkeit von Frauen immer noch sehr, sehr viele Vorurteile. Das habe ich also in vielen Diskussionen tatsächlich vor Ort erlebt. Es ist also doch noch vielfach die Meinung verbreitet, daß Frauen, die zuhause bleiben, die sich der Kindererziehung widmen, eigentlich die wahren und die besseren Frauen sind und daß einige, die also berufstätig sind, das unbedingt wollen. Sie müssen das also nicht, sondern sie wollen es und wollen unbedingt Karriere machen und derartiges. Und ich sehe, daß da also ein Umdenken innerhalb der Gesellschaft und gerade in diesen Regionen ungeheuer wichtig ist, damit wir weiterkommen, und darin liegen sicherlich auch die größten Chancen. – Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Vielen Dank. Frau Dr. Lanckau und dann Christine Weber.

**Dr. Renate Lanckau:** Ich bin einfacher Gast hier auf diesem Parteitag und komme aus Sachsen. Ich komme aus einem eigentlich typischen Männerberuf. Ich bin Mathematiker und gehöre in die Generation der Großmütter. Ich fühle also ganz wie Frau Dr. Emmerich.

Wir haben schon furchtbar viel über Gleichberechtigung geredet und manches erreicht. Ich bin natürlich ein Verfechter der Gleichberechtigung, sonst wäre ich nicht hier, und sonst würde ich hier nicht reden.

Das, was ich jetzt sage, soll nicht umgemünzt werden, als hätte ich etwas gegen Gleichberechtigung. Aber ich möchte folgendes sagen: Der größte Hemmschuh für die Gleichberechtigung ist unser mangelndes Selbstbewußtsein als Frauen gegenüber den Männern.

(Zustimmung)

Ich bin unheimlich viel nur mit Männern zusammen gewesen im Beruf. In letzter Zeit hat sich das geändert. Es gibt jetzt mehr Frauen, die Mathematik studiert haben und auch in der Lehre tätig sind, wie ich. Aber immerhin, es gehört noch zu einem männlichen Beruf, so was Logisches, und die Frauen sind doch an sich nicht so. Also ich wende mich gegen solche Vorurteile, und ich bin der Meinung, daß es unsere Hauptaufgabe als jede einzelne Frau ist, dagegen anzugehen.

Das ist nämlich eigentlich die größte Frauenförderung, die wir uns antun können, daß wir dagegen angehen. Ich möchte auch sagen: Die größte Frauenförderung, die uns die Männer antun können, ist die vollständige Gleichberechtigung.

Ich möchte nämlich auch nicht als Frau gefördert werden, nur weil ich eine Frau bin. Und dazu meine Warnung: Ich bin der Meinung, daß wir die Frauenförderung nicht so sehr im staatlichen Bereich suchen sollten, denn solche staatlichen Maßnahmen der Frauenförderung können auch ins Gegenteil umschlagen.

Ich denke da zum Beispiel auch an Berufungen für Frauen, die dann also genommen werden, obwohl viel mehr Bewerber da sind, nur weil es Männer sind, werden sie abgelehnt, weil die eine Frau gebraucht wird, muß sie genommen werden. Das ist für die Frau, die da anfängt, ein ganz großes Hemmnis, und das ist nicht gut, wenn das so wäre.

Ich meine, wir sollten also erstens als Mütter und Großmütter unsere Kinder so erziehen, in diesem Sinne den Mädchen Mut machen und es als das Selbstverständlichste der Welt hinstellen, wenn sie später gerne arbeiten möchten. Eine Frau soll einen Beruf haben, und dort soll sie arbeiten. Wenn sie gerne Kinder haben möchte - dann möchte man sich ja auch mit dem Mann einig sein, der dazu gehört -, dann sollen sie das erst mal machen. Ich möchte nicht, daß das immer so dagegen steht. Man kann beides leben, alles zu seiner Zeit. Da ist was Wahres dran.

(Beifall)

Dann möchte ich noch sagen: Wenn schon also irgendwelche staatlichen Fördermaßnahmen, dann bitte das Umfeld gestalten, eine familienfreundliche - ich sage nicht frauenfreundliche - Arbeitszeitregelung, es könnte auch so eine Gleitarbeitszeit sein, Teilbeschäftigung sollte möglich sein, ohne daß es heißt: In dem Beruf ist das ganz ausgeschlossen. Da können Sie nicht teilbeschäftigt sein. - Das ist mir vorgeworfen worden, jahrelang in der DDR. Wie kann man als Wissenschaftler teilbeschäftigt sein? Ja, das kann man, wenn man nur will und wenn man seinen Beruf gerne hat und wenn man außerdem gerne Mutter sein will. Das geht also. Und ich meine, wir Frauen müssen dort anfangen. Da nützt alles staatliche Gerede nichts, da nützt auch alles Parteigerede nichts. Wir müssen als Menschen beginnen, die Voraussetzungen zu schaffen in unseren Kindern und natürlich erst mal in uns selber. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süsmuth:** Es tut mir leid, ich muß trotzdem widersprechen. Also, ich verstehe sehr gut, daß Sie beim ersten Hinhören sagen: Genau das ist richtig. Ich werbe auch sehr häufig bei Frauen um das Selbstbewußtsein, das die Frauen entwickeln sollten entsprechend ihrem Können. Aber ich habe doch erhebliche Bedenken, daß wir es den Männern zu leicht machen, wenn es darum geht. Denken wir mal an den Bereich Hochschule, wo ich von immer mehr Männern höre, die sagen: Gut, daß es die Frauenbeauftragte gibt, wenn die nicht manchmal die Listen anhielte, kämen hochqualifizierte Frauen überhaupt nicht auf die Berufslisten,

(Vereinzelt Beifall)

denn auch hier geht es darum: Wie werden die Hochschullehrerstellen verteilt? Und deswegen stimme ich Ihnen voll zu, daß niemand deswegen genommen werden sollte, weil er eine Frau ist. Das will auch niemand von uns. Das haben wir auch gar nicht nötig, nebenbei gesagt. Aber wir denken schon, daß die Verteilung, wie sie heute ist, nicht gerechtfertigt ist, und da es offenbar nicht von selbst, nur mit dem Appell an die Menschlichkeit, die Gerechtigkeit und die gerechte Beurteilung von Leistungsfähigkeit geht, ist manchmal Kontrolle besser als Vertrauen, und leider heißen diese Frauenbeauftragte und Frauenförderer, aber es scheint noch nicht ohne sie zu gehen. Ich wünsche mir auch, daß sie überflüssig werden, weil das alles Krückstöcke sind.

Im Parlament war es genauso. Es hat niemanden gestört, daß wir weit entfernt sind von Demokratie, wenn es ohne die Frauen geht, aber die 9,8 % im Parlament sind niemandem als Störfaktor aufgefallen. - Jetzt habe ich Sie gereizt, Frau Lanckau.

**Dr. Renate Lanckau:** Ich habe gesagt, ich bin für Frauenförderung, ich bin auch für alle diese Frauenförderungsmaßnahmen wie Frauenförderungsbeauftragte, Anlaufstellen, weil ich weiß, daß wir sie brauchen. Ich wollte nur hinzufügen: Aber auch -

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Ja, dann ist es gut, nur wir sollten all denen, die da immer ihre Gründe haben, warum es nicht geht, und sagen, Ihr wollt ja bloß eine Frau haben, weil es eine Frau ist, kräftig widersprechen. Das habe ich jetzt oft genug gehört. - Frau Weber, bitte.

**Frau Christine Weber:** Sie werden es jetzt an der Sprache hören, also jetzt kommt jemand aus Sachsen. Es läßt sich nicht verheimlichen, und das gewöhnt man sich auch nicht mehr ab.

(Vereinzelt Widerspruch)

- Nun man wird oftmals verspottet für diese Sprache, ich muß es Ihnen schon sagen, vor allem in den alten Bundesländern. Es ist schon so, aber das läßt sich nicht ändern.

Ich stehe hier, weil ich eigentlich an einem Beispiel, das meines ist, hier bewußt machen will, daß schon wieder neue Ängste entstanden sind, auch bei denen, die im Moment eine Arbeit haben.

Und zwar ist es bei mir so: Ich bin 1975 während des Mütterjahres - einmal weil ich nicht wählen war, weil ich politisch immer mit meiner Familie im Gegensatz zu dem stand, was da gewesen ist - einmal fristlos entlassen worden und mußte also - ich bin so ein Beispiel, was der Herr Rühle heute früh angesprochen hat, was nicht an die große Glocke gehängt wird, aber die Beispiele sind da - zehn Jahre Heimarbeit machen, weil ich in meinem Beruf - ich habe studiert - keine Arbeit bekommen habe. Ich habe das auch gemacht, habe in der Zwischenzeit dann 3 Kinder bekommen und habe sie großgezogen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe versucht, wieder Arbeit zu finden, und bin dann an einen Gewerkschafter geraten, in der damaligen Zeit, der mich dann doch wieder in Arbeit gebracht hat, und zwar bei der Sozialversicherung.

Ich habe dort in der Betriebsprüfung fünf Jahre gearbeitet. Und dann kamen die Kommunalwahlen. Von diesem Zeitpunkt an war in meiner Familie ein ganz bewegtes Leben. Das ist bis heute so.

Ich arbeite 14 bis 15 Stunden am Tag. Ich bin das gleiche, was meine Kollegin aus Thüringen ist. Ich bin Sozialdezernentin im Landkreis Zschopau bei Chemnitz, bin gleichzeitig Stellvertretender Landrat in diesem Kreis, und Sie können sich vorstellen, was jeden Tag so auf mich zukommt vom Sozialamt über das Jugendamt, was alles so dazu gehört.

Ich habe folgendes Problem, was auch meine Mitarbeiter an mich herangetragen haben, weil ich mich auch politisch in der CDU engagiere, ich bin Neumitglied, ich bin erst vor kurzem eingetreten, und zwar nicht weil ich mich gefürchtet habe, sondern weil wir von früher her ja eigentlich doch etwas parteiängstlich waren. Wir wollten uns nicht in ein Schema pressen lassen. Aber ich bin dann jetzt doch letztendlich eingetreten, weil ich mir gesagt habe, irgendwann muß man Flagge zeigen, muß man für das, was man will, auch etwas tun.



Ich bin der Meinung - und das sage ich auch immer wieder, wenn ich abends bei Foren bin -, daß es also eine andere Partei - wenn die Frage kommt, ob es eine andere Partei besser geschafft hätte - sicher anders gemacht hätte, aber ob sie es besser gemacht hätte, der Beweis dafür liegt nicht vor. Und genau deshalb, weil die Grundsätze der CDU doch mit meinen wesentlichen Interessen übereinstimmen, bin ich eingetreten.

Ich bin also auch dort noch sehr viel unterwegs, und es geht jetzt um meine Verwaltungsmitarbeiter im Öffentlichen Dienst. Ich muß das Thema ansprechen. Es sind überwiegend Frauen. Das sind Frauen, die sich mit den Gesetzlichkeiten befassen mußten, die andere in den Altbundesländern über Jahre hinweg gelernt haben. Sie mußten das von heute auf morgen beherrschen lernen. Sie müssen sich mit den Mißlichkeiten, die jetzt auftreten bei den Sozialhilfeempfängern, jeden Tag auseinandersetzen. Sie müssen sich mit ihren eigenen Problemen auseinandersetzen, wenn der Mann oder die Kinder vielleicht arbeitslos sind.

Und jetzt kommt mein Problem wirklich: Sie sehen an meiner Situation, daß ich also jetzt zu diesem Zeitpunkt keine Zeit habe, mich in irgendeiner Weise fachlich zu qualifizieren, daß ich zu irgendeinem Abschluß komme. Ich muß das hier so sagen. Und wenn ich in die Runde schaue, dann gibt es für uns bis zu den nächsten Wahlen bzw. bis die ersten Qualifizierten zurückkommen von den Verwaltungsfachschulen, die dann eventuell sogar schon Beamte sind, folgende Ängste bei meinen Mitarbeitern und selbstverständlich auch bei mir selber, das muß ich Ihnen sagen.

Ich konnte mich nicht qualifizieren. Ich habe drei Kinder und bin über 43. Ich stehe dann da, denn erstens sitzen die PDS-Mitglieder in sämtlichen Weiterbildungsmaßnahmen, die es nur gibt.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist so, denn sie haben ja Zeit. Sie sind teilweise arbeitslos. Sie haben Zeit, sich zu qualifizieren.

Wir haben Leihbeamte, die vielleicht wieder gehen, aber vielleicht auch bleiben, und wir haben dann noch unsere eigenen Leute, die qualifiziert von den Verwaltungsfachschulen zurückkommen.

Und diese 3 Punkte verängstigen meine Frauen dermaßen und mich selber mit, daß muß ich Ihnen ganz ehrlich sagen, denn ich frage Sie: Was soll denn dann mit mir mit 46 werden, und das ist genau die Frage, die von Ihnen immer wieder propagiert wird. Ich wäre Ihnen sehr dankbar für einen Vorschlag, was mit mir werden soll. - Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Darf ich hier einmal in der Runde fragen, denn ich würde jetzt gern noch mal etwas aus dem Podium hier hören. Sollen wir eine Pause machen zum Mittagessen und uns dann wieder treffen, weil man nicht so 4 Stunden hintereinander diskutieren kann? Frau Stange hatte auch gebeten, noch einmal Stellung zu nehmen, und die anderen auch, und dann machen wir eine Mittagspause.

**Carmen Stange:** Ich wollte zu der Kollegin aus Hessen etwas sagen. Ich bin ja sehr dankbar, wenn so etwas aufgebaut wird. Die Frage ist immer nur bei den sehr schmalen Landeshaushalten, dann eigene Mittel zu bekommen. Und ich würde mich auch sehr freuen, wenn wir über den Europäischen Sozialfonds noch mehr informiert werden. Wir haben da zwar einen Beauftragten im Arbeits- und Sozialministerium, aber das ist auch wieder ein Mann, der uns das zwar erklärt hat, aber nur das, was er eben gern möchte. Und wir sind nicht in der Lage, das nachzuvollziehen.

Wie gesagt, es ist immer ein Haushaltsproblem, und die finanzielle Seite, gerade für den Bereich der Frauenproblematik, ist ein Problem, weil auch viele Beamte dann sagen: Die Frauen stecken ja überall mit drin. Sie sind ja überall mit drin, sei es Landwirtschaft, sei es Chemie-Region, aber niemand möchte sie mal irgendwo rausziehen für ganz konkrete Modellprojekte. Also ich muß sagen, wir arbeiten an dieser Problematik des Haushaltes dann selber.

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Bitte, Herr Wulff.

**Christian Wulff:** Ich will nur drei Sätze sagen. Vielleicht läßt sich die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nur dadurch lösen, daß eben auch die Männer ein Stück stärker akzeptiert werden, wenn sie sich zur Teilzeitarbeit entscheiden.

(Beifall)

Ich halte die Aussage, die Frau Merkel gemacht hat, 28 % im Westen halten Teilzeitarbeit für erstrebenswert bei den Männern, eigentlich für die bedeutendste Änderung im Bewußtsein im Hinblick auf Gleichberechtigung, von den Zahlen, die wir so gehört haben.

Der 2. Punkt: Mit der Rolle der Frauen-Union, das war nicht so zu verstehen: Das ist jetzt Aufgabe der Frauen-Union, und damit ist die Aufgabe für uns erledigt. Ich glaube schon, daß mein Hinweis so gemeint war - und darin fühle ich mich durch die Diskussion auch eher bestärkt -, daß die Frauen-Union insbesondere den Männern in der Union sagen muß - und hier liegt jetzt das Problem -, daß uns Frauen abhandeln kommen auf der Ortsebene, auf der Kreisebene, die wir so schnell nicht wieder bekommen werden, weil wir sie nicht integriert und eingearbeitet haben.

Das heißt, es ist jetzt nach meiner Meinung so eine Strudelbewegung. Das heißt, alles innerhalb der neuen Länder kommt jetzt in Bewegung, und die Frage ist einfach, was am Ende oben bleibt und was sozusagen irgendwo in wichtigen Bereichen, beruflichen Bereichen usw., auch Existenzgründung, dann verbleibt.

Meine Sorge ist nur, daß am Ende dieses Strudels in zwei bis drei Jahren eben innerhalb der Politik aus den Gründen, die hier geschildert wurden, wie weit sie jetzt beruflich und anderswo gefordert werden, zu wenig übrig bleibt. Das wäre eine absolut vertane Chance für die Weiterentwicklung auch der Union und der Parlamente und der Parteien und der Politik.

(Zustimmung)

Der letzte Punkt: Mit dem Ausrufungszeichen, das ist ja von der Vertreterin wohl aus dem Bundesvorstand der Mittelstandsvereinigung gesagt worden. Natürlich setzen wir alle, wenn wir uns damit beschäftigen, am Ende ein Ausrufungszeichen. Das ist keine Frage. Nur es ist immer die Frage, ob man ein Glas als halbvoll oder halbleer bezeichnet. Wir sind Optimisten und sagen: Das Glas ist halb voll, und jetzt wird es noch ganz voll gemacht. Es wird immer besser und toller, und die Probleme werden gelöst.

Aber nichtsdestotrotz bedeutet doch eine sensible Form des Umgangs mit Bürgern und Bürgerinnen und Anliegen, Sorgen und Ängsten, daß man eben auch eingesteht, daß da manches sozusagen, was liebgewonnen war oder was zumindestens gewöhnungsfähig war, an das man sich so gewöhnt hat, wie das so war mit der Kinderbetreuung usw., für manche jetzt auch entbehrt werden könnte in der Phase des Umbruchs, und daß man von daher sehr wohl auch dies verstehen lernen muß.

Als ich mich mit den Untersuchungen beschäftigt habe, war ich doch etwas schockiert, wieviel mit bestimmten Dingen Gewöhnungsprozesse eingeläutet waren. Und da kommt jetzt eben ein ziemlicher Umbruch, daß man sich jetzt nämlich selbst um die Dinge zu kümmern hat und daß die Vereinbarkeiten jetzt etwas schwieriger werden als in diesem etwas bemutternden System, das eben all die Freiheitsentscheidungen abgenommen hat, weswegen wir ja zu dem Ergebnis kommen, ein Ausrufungszeichen zu setzen.

Natürlich bedeutet Freiheit mehr Chancen, sehr viel mehr Freizügigkeit, aber eben auch sehr viel mehr Probleme und Verantwortung, wofür wir uns ja auch aussprechen. Aber da muß man die Leute, glaube ich, erst mal hinbringen, und man muß sie eben dann auch da abholen, wo sie sich derzeit befinden. Vielleicht liege ich hier völlig falsch, wahrscheinlich aber nicht.

Meine Sorge ist, daß sich vielleicht jetzt einige sehr gut mit den Problemen auseinandersetzen und das bewältigen, daß aber manche sehr große Probleme damit haben, und dessen sollten wir uns also bewußt sein. Das war eigentlich nur mein Petikum.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Frau Meister.

**Dr. Gisela Meister:** Ja, Frau Süßmuth hat vorhin gesagt, daß die Frauenfrage die zentrale Frage des 20. Jahrhunderts sei und in diesem Jahrhundert gelöst werden müßte.

Also, wenn ich mir den Stand unserer Diskussion anhöre und vor Augen halte, dann habe ich doch Bedenken, denn dieses Jahrhundert ist in acht Jahren und 14 Tagen vorbei.

(Heiterkeit)

Die neuen Bundesländer werden die besten Chancen haben, ein ganz moderner, hochattraktiver zentraler Industriestandort Europas zu werden. Das sind echte Zukunftschancen. Und wenn wir uns das vor Augen halten und andererseits feststellen, daß die Frauen jetzt hier überproportional aus dem Arbeitsmarkt verdrängt werden, sie nicht in die Zukunftsberufe qualifiziert werden und auch noch kein Wort gefallen ist, was eigentlich den jungen Frauen hier geraten wird, in welcher Form und in welchen Berufen sie sich ausbilden sollen, dann habe ich die Sorge, daß diese gesamte Entwicklung eigentlich an den Frauen hier vorbeigeht.

Ich darf das einfach mal so sagen, auch verbunden mit der Bitte, daß wir uns nach der Pause vielleicht doch noch auf Strategien hier verständigen.

Die meisten von Ihnen haben eigentlich sehr persönlich gesprochen. Ich finde das auch sehr gut, aber das zeigt mir, daß hier noch gar keine Diskussion darüber stattgefunden hat, was man gemeinsam unternimmt, um den Frauen diese Zukunftschancen hier auch zu sichern. Davon war überhaupt noch nicht die Rede.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Vielleicht eine erste Zwischenzusammenfassung vor der Mittagspause.

Ich glaube, es ist notwendig, Frau Meister, daß jeder auch erst einmal seinen persönlichen Hintergrund der Dinge darstellt. Was ich auf Parteitagsveranstaltungen und Parteiveranstaltungen oft vermisse, ist die Authentizität. Wir gehen so oben drüber weg und kommen zu wenig an den Grund. Das schließt nicht aus, im Gegenteil, daß man danach fragen muß: Und welches sind unsere Antworten auf das, was uns hier mitgeteilt wird?

Warum ich das Zuhören und das Persönliche für so wichtig halte, das hängt mit dem zusammen, was Frau Merkel und andere gestern gesagt haben. Wir kennen verflücht wenig von dem, was denn hier Alltag war, auch in der Unterschiedlichkeit bei aller Gleichschaltung. Auch das, denke ich, ist heute morgen wieder zum Vorschein gekommen. Und es werden auch ein paar Klischeebilder von uns wieder kräftig zurechtgerückt. - Also z.B.: Wer nicht berufstätig war, wird es auch später nicht mehr schaffen. Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Auch das ist so ein Unsinn. Das ist hier heute morgen ebenfalls deutlich geworden, und deswegen meine ich, wir sollten zunächst einmal darauf achten, was wir in den letzten Monaten erlebt haben.

Und da muß ich allen sagen, die von mir wissen wollen, was meine Erfahrungen waren: Die Frauen in den neuen Ländern finden zu sich selbst zurück oder finden sich selbst neu. Sie sagen, was sie wollen. Sie reden uns im Westen nicht mehr nach dem Mund. Die Überanpassung hat aufgehört, die entstanden war, weil sie meinten, nur so kann man überleben. Und sie fangen mehr und mehr an, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Frau Merkel hat von den sanften Tönen gesprochen. Ich höre auch heftigere Töne, und ich finde, das ist auch richtig so, damit man nicht überhört wird. Das ist eine ganz gute Voraussetzung, um etwas zu verändern.

Und bei den Strategien gilt es jetzt eigentlich, daß wir intervenieren in Programme, die ja die Transferzahlungen auch an die Frauen bei Qualifizierung oder sogar ABM entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit regeln. Aber wir müssen eben fragen: Was davon kommt bei den Frauen richtig oder falsch an?

Zwei Punkte: 1. Ich halte es für ganz wichtig, daß wir die einseitige Orientierung in die traditionellen Frauenberufe brechen. Es wird allerhöchste Zeit, sie zu stoppen, wenn wir nicht in ganz neue und massive Benachteiligungen hineinwachsen wollen angesichts der technischen und technologischen Entwicklung.

(Beifall)

2. Öffnung für die Zeitpunkte: Also, ich bin ja froh, wenn die Frauen, so sie es wollen, in jungen Jahren Kinder bekommen, aber der Trend bei uns ist, daß ein Drittel sie nach dem 30. Lebensjahr bekommen, nicht weil sie alle als Sexhäschen durch die Gegend laufen, sondern weil Ausbildung sich in einer Weise verlängert hat, daß sie zunächst nach der Ausbildung sagen: Dann will ich wenigstens den Berufseinstieg vorgenommen haben. Und hier wird die Frage - wann paßt es eigentlich mit der Familiengründung? - immer schwieriger, so daß diese Frage - Berufsausübung wann? - zwar jedem selbst zu überlassen ist - wir schreiben das niemandem vor -, aber die Rahmenbedingungen sind so zu gestalten, daß es möglich ist und nicht Kinderwunsch und Kinderwirklichkeit so auseinanderfallen.

Wie wichtig es ist, auch einen zweiten Block nach 40 bilden zu können, ich denke, das ist heute morgen deutlich geworden. Herr Rühle hat heute morgen gesagt - ich habe das an anderer Stelle schon genauso propagiert -: Wir sind eine Zertifikatsgesellschaft, und ständig wird gefragt: Welches Zertifikat können Sie denn vorweisen für diesen Posten?

(Beifall)

Eine Rednerin hat vorhin gefragt: Was mache ich, die ich hier in diesen Jahren arbeite und nicht auf ein Fachseminar gehen kann? Tätigkeiten in der Praxis müssen eben, wie wir das auch bei den Hausfrauentätigkeiten angefragt haben, als gleichwertig

anerkannt werden, und es darf dann, was an Zusatzqualifikationen noch erworben werden möchte, nicht als Minus für die Berufsausübung gesehen werden, wie wir es überhaupt für wichtig erachten, daß wir nicht erst die Frauen rausschicken, sie dann schulen, und dann guckt mal wieder nach dem Arbeitsplatz. Dieses Lernen in der Tätigkeit, so daß wir eine Kombination von Berufsausübung und Qualifizierung machen, ist sehr viel besser, als sie zunächst auszugliedern, und dann haben sie Mühe, wieder reinzukommen.

Ich denke, das wären schon ein paar Antworten auf das, was wir ins Plenum zu tragen haben.

Ich komme nochmals zur Existenzgründung. Der eine Schwerpunkt waren die Kurse, also Vorbereitung und Begleitung, das andere ist, daß Existenzgründung gerade auch im ländlichen Raum mit Mitteln von ABM stärker versehen werden muß, weil das eine wichtige Starthilfe ist. Das kann man ja zeitlich degressiv gestalten, um es dann in ein normales Arbeitsverhältnis überzuleiten. Ich glaube, daß die eine bessere Entwicklungsstruktur haben als manche der neu geschaffenen Beschäftigungsgesellschaften.

Damit entlasse ich Sie in die Mittagspause und sage: Wir treffen uns um 13.30 Uhr wieder.

(Halbstündige Unterbrechung)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Wir setzen unsere Beratungen fort.

Zu Beginn möchte ich Frau Dr. Meister das Wort geben. Frau Meister, Sie haben von Strategien gesprochen, die in der letzten Stunde eine Rolle spielen sollten. Vielleicht könnten Sie sagen, in welche Richtung diese Strategien gehen sollten. Wir sollten uns also fragen, welche Strategien jetzt angezeigt sind, denn darüber muß Klarheit herrschen, bevor wir diesen Raum verlassen. Ich höre nämlich, daß anderswo, beispielsweise im Wirtschaftsforum, zum Teil just das Gegenteil von dem, was wir hier sagen, vertreten worden ist. Das war auch der Grund, aus dem ich gesagt habe: Seid vorsichtig damit, solche Foren getrennt zu veranstalten. Ich werde da in meinen Befürchtungen bestärkt.

(Zustimmung)

Deswegen müssen wir gleich einmal hören, was das zur Folge hat. An den Berichten werden wir das ablesen können.

**Dr. Erika Emmerich:** Darf ich dazu ganz kurz folgendes sagen: Ich habe in unserer Pause eine halbe Stunde unten im Forum „Soziale Marktwirtschaft“ gesessen und muß sagen, Sie haben recht. Es wird dort wirklich in eine etwas andere Richtung diskutiert, aber ich habe die große Freude gehabt, Frau Rönsch, die sehr klar und exakt gesprochen hat, und auch eine Finanzberaterin aus den neuen Bundesländern zu hören, die sehr viel Beifall bekommen hat, was zeigt, daß sich Frauen in diesem Fachbereich sehen lassen können. Sie sind aber sehr unterrepräsentiert, und wenn wir uns hier so zurückziehen, nehmen wir uns die Chance, in anderen Bereichen tätig zu sein.

(Beifall)

Ich weiß also nicht, ob wir da nicht auch unseren Mann stehen könnten.

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Wir von der Frauen-Union hatten kein getrenntes Forum vorgeschlagen. Wir wollten unsere Themen lieber jeweils in die anderen Foren einbringen. Die Befürchtungen, die hiermit verbunden waren, bestätigen sich jetzt. - Jetzt aber Frau Meister, bitte.

**Dr. Gisela Meister:** Ich hielte es für sehr gut, wenn wir versuchten, uns auf die Themen zu konzentrieren, die in der Frauenpolitik in den neuen Bundesländern jetzt die gravierendsten sind. Das ist zunächst die zu erwartende Massenarbeitslosigkeit, und ich denke, es wäre wirklich schlimm, wenn wir hier über Frauenpolitik gesprochen haben, dieses Thema aber nicht den notwendigen Rahmen gefunden hat.

Massenarbeitslosigkeit von Frauen ist zu erwarten, und zwar einfach deshalb, weil natürlich durch die deutsche Einheit eine Anpassung erfolgt. Man kann das, polemisch gesagt, eine Zwanganpassung nennen. Diese Anpassung ist aber unvermeidbar, einfach auf Grund der Geschwindigkeit, mit der alles gehen muß.

Zu dieser Anpassung gehört, daß die Quote der Erwerbstätigkeit von Frauen, die in den jetzigen neuen Bundesländern bei 90 % lag, der Erwerbstätigkeitsquote der Frauen in den westlichen Bundesländern angepaßt wird, und die liegt bei 54 %. Das heißt, möglicherweise werden Millionen von Frauen in den neuen Bundesländern einfach deshalb arbeitslos, weil das ein struktureller Prozeß ist. Über diese Gefahr - die wahrscheinlich in dem anderen Raum nur am Rande erwähnt wird, dort aber jedem klar ist - sollten wir sprechen, und ich denke, es gibt eine ganze Menge Möglichkeiten, dem etwas entgegenzusetzen.

Dazu als erstes Argument: Die Frauen im Osten sind in wichtigen Berufen, die künftig eine große Rolle spielen werden, ausgebildet. Ich meine die mechanischen Bereiche, die Metallberufe, die gewerblich-technischen Bereiche. In diesen Bereichen wird - genau wie für Männer - eine Weiterqualifikation erforderlich sein, eine Anpassung an den technischen Stand, den wir in den westlichen Industrienationen inzwischen haben. Wir haben in den letzten Jahren eigentlich fast täglich eine technische Revolution erlebt. Inzwischen gibt es die dritte Generation der CNC. Das ist eine ferngesteuerte Fräsmaschine. Keiner fräst heute mehr mit der Hand oder mechanisch, sondern das wird komplett über einen elektronisch bedienbaren Computer abgewickelt. Das ist keine technische, sondern eine technologische Entwicklung, und die werden wir hier in höchster Geschwindigkeit - es wird wahrscheinlich ein Phänomen sein, wie schnell sich hier die Arbeitsbevölkerung an diesen technischen Stand anpaßt - feststellen. Aber diese Anpassung darf eben nicht nur bei Metallern, sondern muß auch bei Metallerrinnen erfolgen.

Die Frage ist jetzt, wenn ich das am Beginn der Diskussion einfach einmal sagen darf: Wie verhindern wir, daß diese Entwicklung einseitig verläuft? Was kann also getan werden, damit Frauen bei den Weiterqualifizierungsmaßnahmen den gleichen Anteil haben wie Männer? Brauchen wir beispielsweise die Quote? Frau Merkel hat ja bei der Vereinbarung zwischen Bundesregierung und Bundesanstalt für Arbeit praktisch, wenn ich es richtig sehe, eine Quote ausgehandelt, nämlich daß, was die ABM-Maßnahmen betrifft, in die Maßnahmen so viele Prozent an Frauen aufgenommen werden müssen, wie ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit entspricht. Möglicherweise brauchen wir eine vergleichbare Quote in sämtlichen Weiterbildungsmaßnahmen in zukunftssträchtigen Berufen, um sicherzustellen, daß diese Entwicklung nicht an den Frauen vorbeigeht.

(Zustimmung)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Möchte noch jemand vom Podium zu dieser Frage Stellung nehmen? - Bitte, Frau Sillmann.

**Hildegard Sillmann:** Ja, ich würde dazu gern etwas sagen. Wir meinen, Frauen sollten in Männerberufe. Ich finde diese Bezeichnung aber falsch. Ich würde sagen: Frauen sollen in handwerkliche und gewerblich-technische Berufe hinein!

(Beifall)

Wir sind keine Männer, aber wir können in handwerklichen und auch in gewerblich-technischen Berufen ähnliche Fähigkeiten entwickeln wie Männer. Damit, daß wir sagen, wir wollen Frauen in Männerberufe hineinbekommen, fangen wir ja an, die Frauenberufe zu diskriminieren, und stellen die praktisch auf die Stufe, auf der vielleicht jemand sagt: Ich bin „nur“ Friseurin; entschuldigen Sie, ich habe keinen handwerklich-technischen Beruf.

Das sollten wir doch vermeiden. Wir sollten nicht von einem Extrem ins andere fallen. Man sollte versuchen, Frauen in handwerkliche und gewerblich-technische Berufe zu integrieren. Frauen sind nicht dümmer als Männer, und heutzutage sind die handwerklichen und gewerblich-technischen Berufe im großen und ganzen auch keine Frage der körperlichen Belastung mehr, sondern man kann auch Frauen in diese Berufe integrieren.

Es ist klar: Wenn es so kommt, daß in den neuen Bundesländern jetzt eine völlig neue Technik aufgebaut wird, ist es eine Perspektive, daß in diesen Ländern eine völlig neue, eine extrem moderne Technik aufgebaut wird, nach der sich die alten Bundesländer vielleicht irgendwann einmal die Finger lecken werden, um es auf deutsch zu sagen. Dafür müssen wir natürlich auch die entsprechenden Kräfte ausbilden, und das finde ich ganz, ganz wichtig.

Wie gesagt, das hat mich ein bißchen gestört: Ich möchte das nicht als „Frauen in Männerberufen“ ausgelegt wissen. Ich meine, das ist ein Thema der Gleichberechtigung. Man muß nicht sagen: Ich bin eine Frau und kann nur Friseurin werden. Es muß vielmehr heißen: Ich habe die Fähigkeit und kann auch einen gewerblich-technischen Beruf erlernen oder kann einen handwerklichen Beruf erlernen.

Eines möchte ich noch zu den Existenzgründungen mit AB-Maßnahmen sagen: Eine Existenzgründung mit einer AB-Maßnahme nimmt dem übrigen Mittelstand den Boden unter den Füßen weg. Man gründet einen Betrieb mit einer AB-Maßnahme, man bekommt die Arbeitskräfte vom Arbeitsamt bezahlt, und man braucht - um es jetzt einmal auf eine ganz primitive Formel zu bringen - nur noch Kasse zu machen. So geht es nicht! Wir haben in der Praxis mit AB-Maßnahmen unsere Schwierigkeiten. Aufträge, die eigentlich dem Mittelstand zukommen müßten, werden durch AB-Maßnahmen durchgeführt, und da werden eben an kleineren Orten Malerarbeiten so ausgeführt, daß der Malermeister am Ort pleite geht, weil die Arbeiten durch die Gemeinden mit AB-Maßnahmen ausgeführt werden.

(Beifall)

So kann es nicht sein! Das kann nicht der Sinn der Angelegenheit sein, und darüber müßte man doch auch einmal nachdenken. Wir haben da über unsere Verbände auch schon Vetten eingelegt und haben gesagt: Es geht nicht so, AB-Maßnahmen, gut und schön, aber man kann damit nicht dem Mittelstand die Grundlage entziehen. Das geht nicht! Denn der Mittelstand muß sich ja erst einmal festigen, er muß bei uns zum großen Teil erst einmal aufgebaut werden, und da bitte ich doch zu berücksichtigen, daß man irgendwo ein Mittelmaß finden muß. Das ist sicherlich schwierig; irgendeinem wird dabei vielleicht weh getan, ob es nun ein Arbeitsloser ist, der in eine AB-Maßnahme nicht eingegliedert werden kann, oder ob es ein mittelständischer Betrieb ist, dem dadurch ein größerer Auftrag nicht zukommen kann. Aber irgendwo muß man da einen Konsens finden, mit dem man allen Teilen gerecht wird.

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Darf ich vielleicht zwei Punkte klarstellen: Der Begriff „Frauen in Männerberufen“ hat in der Tat Ende der 70er Jahre in der alten Bundesrepublik die Runde gemacht. Er ist dann zunehmend durch die Bezeichnung „Mädchen und Frauen in gewerblich-technischen Berufen“ abgelöst worden. Das würde sich also mit dem treffen, was Sie gesagt haben.

Nun habe ich soeben aus dem Echo während der Pause auch herausgehört: Ja, wenn die Frauen in die gewerblich-technischen und die handwerklichen Berufe gehen, wer macht denn dann die sozialen Berufe? - Das, worum es uns hier in diesem Forum erneut geht, ist die Einseitigkeit in der Verteilung der Berufe. Das kann doch nicht angehen! Wenn wir in bestimmten Branchen der gewerblich-technischen Berufe wieder auf 2 % abgerutscht sind, ist die Schiefelage eben zu groß. Es werden nach wie vor genügend Frauen auch in die sogenannten traditionellen Frauenberufe gehen, aber es ist wichtig, daß wir zu einer besseren Balance kommen. Wer beim Handwerk nachfragt, stellt auch fest, daß dort durchaus Werbung für Frauen in handwerklichen Berufen gemacht wird. Das reicht aber nicht aus, und deshalb stehen die dort Verantwortlichen vor der Aufgabe, sich Neues und mehr einfallen zu lassen, um Frauen zu gewinnen. Damit hängt nach wie vor entscheidend zusammen, daß nach der Ausbildung die Akzeptanz im Beruf immer noch eine sehr schwierige ist. Da müssen meines Erachtens neben denen der Werbung neue Maßnahmen angesetzt werden.

Ein zweites Mißverständnis: Bei den ABM-Maßnahmen, wie sie zur Zeit laufen - wir alle wissen um die soziale Abfederung -, kommen wir zunehmend - Sie sprechen das an - in eine Wettbewerbsverzerrung zwischen Markt und subventionierten Einrichtungen. Deswegen geht es genau darum, daß wir jetzt - ich sage es ganz konkret - nicht der Kommune das Geld geben, und die Kommune unterhält praktisch im Sinne einer Beschäftigungsgesellschaft das Mauerhandwerk oder das Tischlerhandwerk oder das Metallhandwerk. Vielmehr haben wir schon eine zunehmende Nachfrage. Wir haben offene Stellen im Handwerk - auch in den neuen Ländern.

(Zuruf: Ja!)

Der Markt ist also leer.

(Hildegard Sillmann: Bei Fachkräften in jedem Fall!)

- Ja, wir haben im Bauhandwerk in diesem Jahr schon 65 000 Kräfte aus dem Ausland geholt; da haben wir ja keinen Anwerbestopp mehr. Das bedeutet: Wenn Fachkräfte nicht da sind, ist es einfach notwendig, daß wir uns einfallen lassen, wie wir Interessenten systematisch in diese Bereiche hineinschulen, und dann gibt es den Punkt, daß - ich denke, nach freier Wahl des jeweiligen Unternehmens - Zuschüsse gewährt werden, weil ein Teil der Kräfte in die Qualifizierung geht. Das halte ich für weniger wettbewerbsverzerrend, und es lenkt die Arbeitskräfte auch ein Stück weit, denn ich nehme an, daß in dem anderen Forum auch darüber diskutiert worden ist: Wenn Sie mit Regionen zu tun haben, in denen die Industriestandorte zusammenbrechen, brauchen Sie eine Zeitlang lenkende Industriepolitik, damit Sie in den Regionen erst einmal wieder Fuß fassen. Nur das war gemeint. - Nun Frau Merkel, bitte.

**Dr. Angela Merkel:** Ich möchte auf zwei Punkte eingehen. Erstens: Auf das, was Frau Meister gesagt hat, weiß ich im Grunde auch keine Antwort. Es geht um die Frage: Was machen wir denn bei einer guten Arbeitsmarktlage, wie wir sie in der Bundesrepublik haben, wo die Frauen zu 50 % erwerbstätig sind, manche oder sogar sehr viele auch noch in Teilzeitarbeit, wenn wir in den neuen Bundesländern eine Quote von 90 % behalten wollen? Es könnten auch 70 % sein; manch eine pflegt vielleicht das Enkelkind oder entscheidet sich für eine längere Familienpause. Dann geht es ans Umverteilen, und dann kommen wir an einen wirklich interessanten Punkt. Darauf müssen wir im Grunde heute Antworten suchen, weil sonst der Verdrängungswettbewerb auf Grund wirtschaftlicher Mechanismen natürlich einfach ablaufen wird, und dann sehe ich eben auch in den Familien in den neuen Bundesländern, daß dann, wenn es hart auf hart kommt, doch die Frau zu Hause bleibt und nicht der Mann



arbeitslos ist. Da kommt dann wieder dieses halb eingeübte Rollenverständnis: lieber den zufriedenen Mann abends von der Arbeit nach Hause kommen sehen als einen unzufriedenen Mann und auch noch unerledigte Hausarbeit und selber - ich sage es etwas überspitzt - als Frau relativ froh und verwirklicht nach Hause kommen.

Weil es so ist, weil es dieses tradierte Rollenverständnis im Unterbewußtsein eben noch gibt, weiß ich eben auf diese Frage keine Antwort. Ich weiß nicht, wie das aussehen wird, und frage, ob hier jemand eine Antwort darauf hat. Ansonsten müßte man heute schon Modelle für Tarifverhandlungen entwickeln.

Zweiter Punkt: Frauen in bislang nicht frauentypischen Berufen. Da habe ich den Eindruck, daß man doch sehr, sehr früh beginnen müßte, daß also die ganze Schulbildung streng darauf orientiert sein müßte, Mädchen an den Computer zu bringen, sie zu ermuntern usw. Ich sehe da immer mein Lötpraktikum an der Uni vor mir, wo meine etwas ungelenke und zittrige Hand immer dazu führte, daß einer kam und sagte: Laß mal, ich mache das schon. - Dann haben wir es meist zu zweit gemacht, und ich habe mehr daneben gesessen. Gut, ich habe mich sowieso mehr für Theorie interessiert, aber ich meine doch, daß man die Mädchen dazu ermuntern muß, weil ich der festen Überzeugung bin: Zwar trauen sich Mädchen nicht gleich von vornherein alles zu, aber nach einer Anfangsphase kann man das Selbstbewußtsein auch auf diesen technischen Gebieten schaffen. Ich vermute, mit 18 Jahren ist da schon vieles gelaufen, und manch einer wächst eben in einem Handwerksbetrieb auf und sieht, daß man diesen Mut haben kann, aber die meisten tun es nicht, und deshalb plädiere ich hier noch einmal für ein Überdenken der Bildungsgänge.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Danke schön. - Frau Keppelhoff-Wiechert, bitte.

**Hedwig Keppelhoff-Wiechert:** Auf den Wortmeldezettel habe ich geschrieben, daß ich zur Bewertung von Hausarbeit etwas sagen möchte. Frau Merkel hat das in ihre Ausführungen ja auch aufgenommen. Als Europaabgeordnete darf ich in dieser Runde einfach nur einmal zur Kenntnisnahme sagen, daß es dazu auch hier auf dem Parteitag einige Publikationen gibt, die zeigen, wie ich dieses Thema im Europäischen Parlament nach vorne zu bringen versuche, um auch auf die Kommission Druck dahin auszuüben, daß die Bewertung dieser gesamten Tätigkeit - Erziehungsleistung, Pflege, ehrenamtliche Tätigkeit - den Stellenwert bekommt, den sie jetzt nicht hat.

Wir hatten dazu ein Hearing, und aus diesem Hearing möchte ich für uns im Bundesgebiet hier folgende Anregung einbringen. Eine Referentin von der Uni Brüssel berichtete über die Überlegung, einen sogenannten Zeitbon einzuführen. Vielleicht sage ich Ihnen damit gar nichts Neues; ich komme deswegen darauf, weil auch in Bonn bei der Diskussion mit Ihnen, Frau Merkel, über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ja deutlich wird, daß es dort ein riesiges Defizit gibt.

Dieser Zeitbon war so zu verstehen, daß wir unsere Familienpolitik sehr viel flexibler gestalten müssen. Es kann durchaus sein, daß ein Erziehungsurlaub, daß eine Erziehungszeit in dem Moment gar nicht die ganze Spannweite haben muß, wenn die Großmutter noch jung ist und diese Aufgabe vielleicht übernehmen will. Vielleicht kann diese Zeit für die Frau oder für den Mann sehr viel sinnvoller eingesetzt werden, wenn das Kind in die Schule kommt. Man sollte also die Familienpolitik insgesamt sehr viel flexibler gestalten. Darüber, wie das im einzelnen aussehen kann, haben sich sicher Experten dann noch einmal Gedanken zu machen.

Eine zweite Anregung möchte ich hier gern noch geben. Als Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbandes darf ich Ihnen sagen, daß wir in drei der neuen Bundesländer Landfrauenorganisationen gegründet haben, in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen-Anhalt und jetzt, gerade am letzten Samstag, in Thüringen. Wir hoffen, daß die beiden letzten Länder dann auch sehr bald dazukommen.

Die Berührungsängste zwischen überparteilichen Frauenverbänden und engagierten Frauen in der Politik gilt es dringend abzubauen; denn mich bewegt und ärgert es gleichermaßen, daß wir zwar oft die Welt beklagen, aber nicht bereit sind, mit denen zusammenzuarbeiten, die sich bereit erklären, politisch verantwortlich zu sein, von mir aus dann für politisch unabhängige Frauenverbände über alle Parteigrenzen hinweg; aber ich möchte hier auch die politisch Verantwortlichen in den neuen Bundesländern dazu aufrufen, die Gespräche mit diesen Frauen zu suchen, denn die haben aus der Erfahrung heraus große Vorbehalte und finden den Weg in die Ministerien aus meiner Sicht viel zu langsam. - Das wollte ich dazu gern noch einbringen; danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Vielen Dank! - Frau Keppelhoff-Wiechert, ich möchte Ihnen sagen, daß es ja eine Reihe von Ländern gibt, die diese flexible Familienpolitik schon haben. Sie legen das nicht auf die ersten drei Jahre fest, sondern sagen, das mag bei der Einschulung sein oder auch in der Pubertät. Manche Länder sind auch in der Frage „Arbeit oder Betreuung?“ noch flexibler. Frankreich ist ein Beispiel, die skandinavischen Länder sind ein anderes. Ich denke also, es gibt schon Beispiele in der Praxis. - Jetzt Frau Zander, bitte.

**Gudrun Zander:** Ich komme aus Mecklenburg-Vorpommern. Sie haben schon gemerkt, die Mecklenburger halten sich ein bißchen zurück, aber sagen dann doch etwas.

Ich wohne in Rostock, arbeite zur Zeit im Kultusministerium in Schwerin und bin dort amtierende Direktorin des Landesinstituts für Schule und Ausbildung. Ich möchte hier aber nicht die berufliche Entwicklung in den Vordergrund stellen. Für mich persönlich kann ich natürlich bestätigen, daß wir große Chancen hatten. Für die Frauen, die nach der Wende zugegriffen haben, die sich engagiert haben, waren große Chancen da.

Ich habe Familie, einen Ehemann und zwei Kinder, und ich wollte einfach sagen, wie man Berufstätigkeit und Familie verbinden kann. Ich bin sehr stolz, eine glückliche Familie zu führen, und meine, daß man das vereinbaren kann und daß dabei der Ehemann eine ganz wichtige Rolle spielt. Der Ehemann ist mir hier heute zu kurz gekommen.

(Beifall)

Ich denke schon, daß sehr viel Abstimmung in der Familie dazugehört, daß der Mann Verständnis dafür hat, daß die Frau eine - wenn ich dieses Wort einmal nehmen darf - gewisse Karriere machen kann, daß er auch bereit ist, zurückzustecken, daß er sagt: Ich bin gerne bereit, nachmittags die Kinder zu betreuen, und ich kaufe auch ein. Am Wochenende korrigiert mein Mann, der von Beruf Lehrer ist, dann seine Arbeiten, und ich mache den Haushalt. Diese Abstimmung in der Familie muß einfach sein, sonst klappt das nicht. Die Kinder brauchen natürlich auch Verständnis dafür, und meine Kinder sind auch ein bißchen stolz auf das, was die Mutti macht. Ich denke, es ist auch wichtig, daß man diese Harmonie behält, daß man also nicht nur sagt: Ich will um jeden Preis Karriere machen. Dabei gibt man ja seine Familie auf. Diese Verbindung ist sehr schwierig, aber ich denke, man kann sie hinkriegen.

Noch eine andere Bemerkung: In meiner beruflichen Tätigkeit habe ich es geschafft, daß wir in diesem Landesinstitut - wir sind für die gesamte Lehrerbildung und -weiterbildung in Mecklenburg-Vorpommern zuständig - sehr viele Frauen in Leitungspositionen gebracht haben. Darauf bin ich eigentlich sehr stolz. In den Seminaren in Stralsund und Greifswald und in allen größeren Städten, die dazugehören, haben wir Seminarleiterinnen, also Frauen, die die Seminare leiten, und Studienleiterinnen, die die Referendare vor Ort ausbilden. Ich bin richtig stolz darauf, daß wir das geschafft haben. Bei meinen Personalgesprächen habe ich immer sehr darauf geachtet, daß das hingekommen ist.

Eines möchte ich dazu aber doch noch sagen: Wenn es dann um die allerhöchsten Spitzenpositionen im Ministerium geht, sind es die Herren aus dem Westen, die dort tätig sind, die dann wieder meinen: Um Gottes willen, also nun nicht noch in die allerhöchsten Positionen Frauen, das reicht jetzt. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Vielen Dank. - Es spricht nun Sigrid Kautz.

**Sigrid Kautz:** Liebe Damen, ich bin Gleichstellungsbeauftragte des Regierungsbezirks Halle. - Ich hatte mir für die Diskussion die Frage gestellt: Ist denn die Gleichberechtigung Privatsache, oder ist hier auch der Gesetzgeber gefordert? Die Erhebung hat ja ergeben, daß in den alten Ländern die Meinung vorherrscht, daß das mehr eine Sache ist, in die man selber hineinwachsen muß, während in den neuen Ländern mehr auf den Gesetzgeber geschaut wird. Jetzt werfe ich einmal die Frage auf: Was hat denn diese Meinung den Frauen in den alten Ländern gebracht, und was hat den Frauen in den neuen Ländern ihre Meinung gebracht? Nachdem uns durch die Wende regelrecht vieles unter dem Boden weggerissen worden war, trat bei vielen Frauen Unsicherheit auf. Es konnten nicht alle Frauen ihre Chancen ergreifen. Manche, die irgendwo zugriffen, griffen ins Leere. Das ist eine Tatsache.

Viele - es sind zu viele - ziehen sich daraufhin in eine Ecke zurück und sagen: Wir können nicht mehr, was soll's, die Gesetze sind nicht da, und es hilft uns niemand. - Sie finden, wie Frau Stange sagte, nicht den Weg von alleine. Das habe ich auch in meiner Funktion gemerkt. Wir müssen hingehen! Es wurde auch schon gesagt, daß der Gesetzgeber uns natürlich dankenswerterweise kleine Sicherheiten gegeben hat, indem er bestimmte Gesetze, die uns helfen, gemacht hat.

Was hat der Gesetzgeber Ihnen in den alten Ländern gebracht? Ich sehe hier viele selbstbewußte Frauen aus den alten Ländern, die uns in der Rhetorik in manchem voraus sind. Allein das macht es aber auch nicht. Schauen Sie, Sie kämpfen und strampeln und strampeln seit vierzig Jahren allein um die Kindergartenplätze. Wenn der Gesetzgeber nicht will oder nicht kann - aus welchen Gründen auch immer -, dann nützt das nichts. Es nützt überhaupt nichts! Sie können bitten, Sie können vorstellen, Sie können appellieren, Sie können sagen: Ach, sind Sie doch einmal so freundlich, sind Sie doch einmal so nett ... Wenn aber der Gesetzgeber nicht nett und freundlich ist, wird es nichts. Es wird nichts!

Meine Damen, eines habe ich festgestellt: Wir sind immer so zaghaft und so nett und so freundlich und so charmant, und alle sagen: Ach, das ist aber eine nette und charmante Gleichstellungsbeauftragte. - Aber sowie ich ein bißchen mit Forderungen komme, hören sie sich genauso freundlich an, was ich möchte, und dann gehen sie zur Tagesordnung über - oder zu dem, was sie darunter verstehen.

Ich höre immer: Wir sind für Gleichberechtigung. Dann kommt aber kein Ausrufezeichen, sondern ein Komma, und dann kommt ein Aber. Aber keine Quote bitte, usw. Ich habe noch nie einen Mann gehört, der sagt: Aber das möchte ich doch nicht; wenn die Frau könnte, möchte ich doch nicht im Vordergrund stehen. - Das habe ich noch nie gehört. Aber die Frauen sagen das immer. Ich kenne das aus den Ämtern, ich kenne es aus vielen Bereichen. Ich komme in die Betriebe und sehe, wie es aussieht. Ich bin in einer Behörde angestellt und sehe jetzt, wie es bei den Einstellungen von Beamten aussieht. Ich kenne die Praxis so, wie sie leider ist. Wir kommen nicht darum herum, es muß etwas passieren! Ich muß das so sagen. Ich weiß, ich stoße da nicht auf viel Gegenliebe. Sie können das Kind nennen, wie Sie wollen; nennen Sie es Förderung, wenn Sie das schöne Wort „Quote“ nicht gebrauchen wollen. Nennen Sie es, wie Sie wollen; es ist mir egal, wie Sie das Keid nennen, das man anzieht. Aber wir müssen unbedingt fordern, daß wirklich etwas passiert.

Schauen Sie, der Bundeskanzler war so charmant, seiner Stellvertreterin die Aufgabe zu überlassen, aus den Leitsätzen des Essener Parteitages Fakten zu machen. Aber wie oft appellieren Sie, meine Damen, denn an die Herren? Das sind ja wunderbare Leitsätze. Als ich sie zum erstenmal las, war ich - das muß ich ganz ehrlich sagen - so entzückt, daß ich gedacht habe: Das müssen wir unseren Männern vorlesen, die wissen das nämlich noch gar nicht. Es hat sie aber, bitte schön, gar nicht interessiert! Ich nehme an, der Herr Bundeskanzler hat gedacht: Frau Merkel, das ist die junge, dynamische Kraft, die Frau, die sagen wird: Das müssen wir machen, und das müssen wir machen, damit die Essener Leitsätze verwirklicht werden. Frau Merkel, glauben Sie: Wir helfen Ihnen dabei.

(Beifall)

(Dr. Angela Merkel: Na hoffentlich!  
Hauptsache, die Männer geben was ab!)

- Das ist es nämlich! Schauen Sie, wenn wir das ohne Quote machen, wieso soll ein Mann sagen „Ich gehe freiwillig“? Er geht nicht freiwillig. Warum sollte er auch freiwillig gehen? Wie ist es denn, wenn sich bei mir in der Behörde jemand bewirbt? Da geht es mir gar nicht so sehr um die Quote. Wenn es einen Männerüberhang gibt, möchte ich, wenn sich eine Frau bewirbt und wenn sie genauso gut ist wie der Mann, nach Leistung entscheiden. Ich bin unbedingt für Leistung. Ich möchte mich als Frau ja nicht blamieren, nämlich dadurch, daß ich genommen werde, weil ich eine Frau bin, aber schlecht arbeite. Leistung ist das wichtigste. Dann, bitte schön, wird die Frau eingesetzt. Aber wie kann ich das einklagen? Beim Regierungspräsidenten kann ich das nicht klarmachen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Ich kann nicht einmal sagen: Ich bin Gleichstellungsbeauftragte, bitte, Herr Präsident, achten Sie darauf. - Vielleicht achtet er darauf, aber er macht, was er will.

Ich will also sagen: Appelle allein richten nichts aus. Meine Damen, wir müssen schon ein bißchen mehr tun als Appelle an unsere Politiker richten. Die CDU ist eine Volkspartei; so hat sie sich ja genannt. Zum Volk gehören zu über 50 % Frauen, das ist die Demokratie, und in der Demokratie entscheidet die Mehrheit!

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Unser Vorsitzender, unser Bundeskanzler, ist dezidiert Gegner einer Quote. Ich sage das, damit wir uns nichts vormachen. Trotzdem haben wir eine Reihe von Landesverbänden - neben mir sitzt Frau Böhmer -,

die längst entsprechende Zielvorgaben haben. So nennen wir das dann, damit wir nicht ständig über die Begriffe stolpern. Gemeint ist damit Identisches. Es ist auffällig: In allen Bundesländern, in denen es solche Zielvorgaben gibt, kommen wir rascher voran als in denen, in denen es keine gibt. Der jüngste Bericht des Generalsekretärs unterstreicht das. Wenn wir die Zielvorgaben dann erreicht haben, brauchen wir ja nicht mehr über Zielvorgaben zu reden, und dann beendet sich auch das Quoten-thema.

(Zuruf: Und dann brauchen wir auch keine Gleichstellungsbeauftragten mehr!)

Das Wort hat jetzt Birgit Bauer.

**Dr. Birgit Bauer:** Zur Kurzvorstellung: Ich bin Sozialdezernentin und Vorsitzende der Frauen-Union in Thüringen, allerdings erst seit Oktober, und habe drei Kinder.

Es sind ja hier schon fast alle Themen sehr breit und ausreichend besprochen worden, und weil das so kurz vor Weihnachten ist, möchte ich mich mit einem kleinen Wunschzettel an die Damen, die in der Regierungsverantwortung sind, wenden.

Wir haben im Land Thüringen ein wunderschönes Kindertagesstättengesetz. Es hat nur den einen Fehler, daß wir uns damit eigentlich selber ein Bein gestellt haben, denn zwar ist dort ein Rechtsanspruch auf Plätze in Kindertagesstätten formuliert, und das Land beteiligt sich mit 150 DM pro Monat, aber den Rest darf die Kommune machen, und wie, ist egal. Das sieht dann so aus, daß kleine Kommunen so im Nachteil sind, daß es ihnen kaum möglich sein wird, die Kindertagesstätten zu erhalten, ohne überzogene Elternbeiträge zu erheben. Was resultiert daraus für die Frauen? Sie können nicht arbeiten gehen, denn letztendlich wird es dort, wo kein Geld ist, auch keine Kindertagesstätte geben. So wird auch wieder ein Ungleichgewicht zwischen Stadt und ländlichem Gebiet aufgebaut werden.

Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes ist die Realisierung dieses Rechtsanspruches eine Pflichtaufgabe der Kommunen geworden. Das heißt, die AB-Maßnahmen, die für unsere Kommunen in der Anfangszeit eine ganz große Hilfe waren, greifen nicht mehr. ABM geht also nicht mehr; es ist eine Pflichtaufgabe der Kommunen geworden.

*Dazu kurze Angaben für meinen Kreis: Die Kosten der Kindertagesstätten haben sich von 380 DM im vorhergehenden Jahr auf durchschnittlich - es ist im einzelnen unterschiedlich; bei kleineren Einrichtungen ist der Betrag bedeutend höher, bei großen amortisiert es sich besser - auf 540 DM pro Monat erhöht. Jeder weiß: 150 DM zahlt das Land, die Eltern im Schnitt 120 DM. Man muß ja immer sehen, daß bei uns auch die finanziellen Grundlagen der Familien nicht so sind wie in den alten Bundesländern. Somit bleiben im Durchschnitt 270 DM für die Kommune übrig. Das überfordert bei einem flächendeckenden Angebot so manchen Haushalt kleinerer Kommunen.*

Deshalb habe ich an Frau Merkel die ganz herzliche Bitte, daß man sich da auch vom Bund her ganz schnell einig wird. Ich glaube, auch im Sinne der alten Bundesländer zu sprechen, wenn ich vorschlage, daß versucht wird, das Gesetz bundesweit durchzusetzen. Unsere Unterstützung dabei ist Ihnen sicher.

Noch ein anderer Aspekt: Man sollte dieses Problem nicht immer nur von seiten der Frauen betrachten, sondern auch von seiten der Kinder. Die Mehrzahl sind Einzelkinder. Für Kinder sind Gemeinschaft und gemeinschaftliches Aufwachsen sehr wichtig. Das gilt von dem Zeitpunkt an, zu dem Kinder alleine auf Kinder zugehen können. Das, was bei uns früher zelebriert worden ist, war nicht kinderfreundlich. Es wird in

Ausnahmefällen nicht zu umgehen sein, und deshalb sollte auch ein Angebot für Alleinerziehende oder für Mütter in Ausbildung vorhanden sein, aber man sollte das nicht so forcieren, wie es gewesen ist.

Ein zweites Thema ist hier ein bißchen zu kurz gekommen. Es ist die Situation in unseren Krankenhäusern und Altenheimen; als „Pflegerotstand“ will ich das in den neuen Ländern nicht bezeichnen. In diesen Einrichtungen gibt es vielfach Arbeitsplätze für Frauen. Nächste Woche habe ich für mein Kreiskrankenhaus Kostensatzverhandlungen, und davor graut mir heute schon. Der Personalschlüssel in den Häusern ist schlicht ungenügend. Ich kann Ihnen sagen, ich habe bis 1989 als Oberärztin auf einer Intensivstation fungiert, und ich weiß, wovon ich rede. Die Bedingungen sind bei uns in den Krankenhäusern im Moment so, daß vielfach Schwestern Arbeiten machen müssen, die bei einem ordentlichen hochtechnisierten Krankenhausablauf gar nicht mehr da sind. Das alles schlägt sich in den Verhandlungen nieder. Im letzten Jahr waren die Kassen noch einigermaßen nachsichtig. Ich weiß nicht, ob sie das in diesem Jahr immer noch sein werden. Ich weiß, daß ich jetzt den eigenen Kollegen gegenüber in ein Wespennest steche, aber es ist für mich dann absolut unverständlich, wenn man in der Zeitung lesen kann, daß eine Stadt wie München den Nebenverdienst ihrer Chefärzte jetzt auf 500 000 DM im Jahr beschränkt. In anderen Bereichen aber ist für eine ordentliche Grundversorgung einfach nichts da! Zur Grundversorgung gehört auch die psychische Betreuung. Bei einem derart durchgestylten Krankenhausablauf, wie er jetzt propagiert wird, ist eine psychische Betreuung der Patienten eigentlich gar nicht mehr machbar. Ich finde, weil das eben auch Arbeitsplätze für unsere Frauen sichert, sollten wir uns auch hinter dieses Thema klemmen. - Das war der zweite Wunsch.

Nun der dritte Wunsch: Mittelstandsförderung ist eine wunderschöne Sache. Wettbewerbsverschiebung kommt aber nicht nur über AB-Maßnahmen, sondern auch durch die Treuhand. Ich sehe, daß die Treuhand abgehalfterte Betriebe stylt. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß Betriebe der Treuhand Innenarchitekten bestellt haben, weil sie von der Treuhand Geld kriegen, und sie haben dann ihre Treppenaufgänge farblich ordentlich gestaltet. Der Mittelständler aber, der voll auf eigenes Risiko arbeitet, verdient teilweise selber nichts, damit er seine Leute bezahlen kann. Er glaubt nämlich, er muß sich erst einmal halten. Und dann werden diese aufgestylten Treuhandbetriebe, wenn man Pech hat, den ehemaligen Werksleitern, die parteimäßig gut konstituiert waren, für einen Pappenstiel - unter dem Wert dessen, was investiert worden ist - verkauft. Das ist nachweisbar; ich kenne da einige Sachen.

Das sollte man auch sehen. Da gehört eine Kontrolle rein. Ich war in dem Übergangsparteivorstand der Maiziere. Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Bei dem Einigungsvertrag ist uns, glaube ich, damals ein ganz entscheidender Fehler unterlaufen. Diese Treuhand hätte landesbezogen sein müssen und hätte zum Wirtschaftsministerium gehört.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Frau Bauer, wenn ich Sie jetzt bitten darf. Ich komme sonst in größte Probleme.

**Dr. Birgit Bauer:** Noch der letzte Weihnachtswunsch: Er betrifft Frauen in Industrie und Handwerk, und ich finde, man sollte dort in den Schulen anfangen und das auch in den Lehrplänen. Orientierungskurse für Jugendliche, die wissen doch gar nicht, was da läuft. Man müßte rein in die Betriebe. Ich möchte jetzt nicht von dem reden, was in der DDR der Unterrichtstag in der Produktion war. Der war sicher nicht so sehr

sinnvoll. Aber als Orientierungshilfe Betriebsbegehungen auch mal dort versuchen lassen, in bestimmten Lehrwerkstätten einfach mal einen Tag mitmachen können: das sollte man mit anregen, damit es auch unseren jungen Leuten, auch den Mädchen, leichter fällt, einen technischen Beruf dann aus innerer Freude zu ergreifen.

Eines glauben Sie mir, Frauenpolitik macht mir immer etwas Bauchschmerzen, denn letztendlich eine reine Frauenpolitik - was ist das? Das möchte ich immer gern mal hinterfragen. Es geht nur gemeinsam.

Und eine ordentliche Familienpolitik, davon profitiert die Frau, das Kind - das fehlt mir ein bißchen sehr hier in der Diskussion, denn auch Kinder haben Ansprüche, und denen sollte man auch gerecht werden - und auch der Mann. - Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Wir haben noch neun Wortmeldungen und brauchen noch die Zusammenfassung. Das schaffen wir nicht, vor allen Dingen bei den Mengen, die wir jetzt haben. Frau Merkel, trotzdem wäre es gut, kurz zu antworten.

**Dr. Angela Merkel:** Zum Kindergartenthema: Wir haben - und das waren auch die Absprachen mit den Ländern Thüringen und Sachsen, die beide schon den Rechtsanspruch auf den Kindergartenplatz hatten - extra den ABM-Erlaß so abgefaßt, daß auch ABM möglich ist, trotz des Rechtsanspruches. Und zwar steht dort: „Wenn Richtlinien, die zu dem Gesetz erlassen werden, einen Aufschub von 2 Jahren dulden.“ Und beide Länder haben versprochen, daß sie diese Richtlinien noch nicht verabschieden. Da müssen wir noch mal mit Herrn Axthelm darüber sprechen. Es ist extra vorgesorgt worden, daß diese ABM-Regelung auch dann möglich ist.

Ich habe aber noch etwas: Es gibt jetzt - wenn man sich mal die Landkarte anschaut - Orte, die bezahlen alle Kindergärtnerinnen auf ABM, dann gibt es welche, die nutzen das überhaupt nicht. Und die, die nun alles auf ABM einstellen, da mache ich mir nun auch wieder größte Sorgen, denn wenn dann mal ABM zu Ende ist, dann ist in dem Haushaltsplan der entsprechenden Gemeinde gar kein Posten eingestellt. Dann ist das, was eigentlich mal bezweckt war, nämlich eine Teilentlastung, auch nicht gegeben, sondern dann werden die sagen: So, nun geht es nicht mehr.

Und ich muß sagen - so tragisch die Dinge sind -, den Rechtsanspruch im Rahmengesetz kriegen wir vielleicht durch, wir kriegen auch eventuell den Bund/Länder-Finanzausgleich durch, aber ich sehe nicht, daß wir eine direkte Beteiligung des Bundes an den Kindergartenkosten erreichen. Sagen wir es mal so: Wenn wir das Subsidiaritätsprinzip haben - hier die Kommunen und dort die Länder und da der Bund -, und jeder hat seine inhaltliche Verantwortung, dann können wir auch nicht anfangen, daß der Bund immer dort eintritt, wo jetzt gerade das Land zwar noch was Inhaltliches machen möchte, es aber eigentlich nicht mehr bezahlen kann. Die Kommunen bestehen dann nur noch aus 20- bis 40jährigen, die intakt sind und Geld verdienen, und um die Kleinen, um die Alten, um die Pflegebedürftigen kümmert sich dann eventuell das Land, und wo es nicht mehr reicht, kümmert sich der Bund drum. Das kann eigentlich auch nicht gewollt sein, denn jede Ebene ist für ihre Verantwortung und für alle da.

Und dann wollte ich nur noch eines zu der Treuhand auf Länderverantwortung sagen: Das ist zwar schön gesagt, aber alle Länder haben sofort davor zurückgeschreckt, als es um die Schulden ging, die die Treuhand hat. Die wollten die Länder nämlich nicht übernehmen, und das geht auch nicht, daß der Bund die Schulden behält, und die Länder machen die Politik.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Wobei ich sagen muß: Eine dezentralisierte Treuhand hätte auch dies in der Aufteilung regeln können. Dies ist noch ein Gesetz des alten Zentralismus, mit allen Schwierigkeiten nachträglicher Dezentralisierung, die erhebliche Probleme im Land erzeugen.

Ich bestreite gar nicht die Leistungen der Treuhand, aber auch in der Frage, was an Inländer und was an Ausländer geht, ist die Verteilung sehr ungerecht; es geht dann nach dem Kapitalsystem, und Menschen, die sich hier um tragfähige Unternehmenskonzepte mühen, können oft nicht mithalten, weil sie das Kapital nicht einbringen können.

Ich bin froh über alle Bundesländer, die gegenwärtig versuchen - Sachsen ist dabei besonders an der Spitze - den Anteil zu erhöhen, der bei Personen im eigenen Land bleibt. Das halte ich für ganz wichtig. - Nun Frau Tamm, bitte.

**Ingeborg Tamm:** Ich komme ebenfalls aus Mecklenburg-Vorpommern und aus dem größten Landkreis im ehemaligen Bezirk Schwerin. Beruflich bin ich Oberin im Kreiskrankenhaus, und neben meiner beruflichen Tätigkeit bin ich sozialpolitisch tätig, soweit es die Zeit erlaubt.

In diesem großen ländlichen Kreis gibt es eine nicht unerhebliche Zahl an Arbeitslosen, und diese Arbeitslosen sind zumeist Frauen.

Ich selber war seinerzeit ganz stolz, daß ich all unsere Gemeindegewestern über AB-Maßnahmen gerettet habe. Wir haben auch Trägerschaften gefunden und konnten sie in eine richtige Beschäftigung führen.

Aber ebensoviele Frauen gibt es, die AB-Maßnahmen oder eine Umschulungsmaßnahme erhalten haben, und diese Umschulungs- oder AB-Maßnahme lief aus. Und dann kam die Frage: Was dann? Und dann ist es zu Ende. Entweder bekommen sie, wenn sie Glück haben, Arbeitslosenunterstützung. Wenn sie ganz jung sind, dauert die auch nicht lange, und sie sind Sozialhilfeempfänger.

Was resultiert daraus? In der Familie entsteht eine große Unzufriedenheit. Es ist ja so, daß oftmals noch das Unglück hinzukommt, daß der Mann - da es ja viele landwirtschaftliche Berufe bei uns gibt - durch die Auflösung der LPG - auch arbeitslos ist.

Dann wirkt sich dieses Leid noch auf die Kinder aus. Sie bekommen kein Geld mehr für die Schulspeisung. Sie haben kein Schulbrot mit, und so kann ich die Reihe fortsetzen.

Da erhebt sich bei mir immer die Frage: Was dann? Was machen wir da? Wie können wir helfen? Ich denke, auch wir Frauen, die wir jetzt Chancen haben im geeinten Deutschland, etwas zu tun und uns stark zu machen, müssen uns in dieser Richtung positionieren und stark machen. Diesen schwachen Frauen müssen wir helfen. Den Kindern müssen wir helfen.

Wir haben ein ehemaliges Säuglingsheim bei uns umgewandelt in ein Heim für Mütter, die Gewalt erfahren haben durch ihre Männer, und haben sie mit ihren Kindern aufgenommen, ebenso minderjährige Mütter, die ein Kind haben und nicht wissen wohin, weil sie von den Familien jetzt ausgestoßen wurden. Dieses Heim ist voll, und wir haben kein weiteres, um dort zu helfen.

Meine Bitte ist nun an alle Frauen, daß wir hier auch uns anbieten und gerade diesen Frauen Hilfe geben und Ihnen auf den Weg helfen.

Die Kindertagesstätten und die Schulhorte sind für mich ein ganz wichtiger Knackpunkt. Sie müssen, soweit es erforderlich ist, erhalten bleiben, um auch den Frauen eine Chance der Arbeit zu bieten. Denn wenn sie nicht wissen, wohin mit ihren Kindern, dann haben sie natürlich auch keine Chance, berufstätig zu werden.



Ich habe mit Wohlwollen von Frau Meister die Worte vernommen, daß die Frauen der ehemaligen DDR europafähig sind. Also, ich habe mich sehr darüber gefreut, daß wir so gut eingeschätzt worden sind. – Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Darf ich die nächsten bitten, sich auf zwei Minuten zu begrenzen. – Bitte, Frau Gnant.

**Lucia Gnant:** Ich komme aus dem Kreis Emmendingen. Zu den Frauen in Verantwortung ganz kurz eine Anmerkung.

Wir haben es in Baden-Württemberg ohne Quote geschafft, in den letzten Landesvorstand der CDU 33 % Frauen zu bekommen. Die Zielvorgabe laut Schopfheimer Beschluß ist 50 %. Also, wir werden noch zulegen.

(Vereinzelt Beifall –

Prof. Dr. Rita Süßmuth: Auch eine Zielvorgabe!)

Ja! – Also der Schopfheimer Beschluß – Frau Ministerin Schäfer kann das auch bestätigen.

Aber jetzt: neue Chancen für Frauen. Ich bin optimistisch, und ich setze kein Fragezeichen dahinter. Aber wir brauchen neue Formen der Lebensgestaltung.

An der biologischen Tatsache, daß wir Frauen die Kinder bekommen, wird sich nichts ändern, und ich bin sehr froh darüber. Das ist ein Privileg, da können sich die Männer anstellen, wie sie wollen, das schaffen sie nie!

(Heiterkeit)

Gleichzeitig brauchen wir aber qualifizierte Ausbildung für Frauen. Unsere Wirtschaft kann nämlich auf die Arbeitskraft nicht verzichten, und das müssen wir auch mal ganz laut sagen.

Wir brauchen Toleranz in der Partnerschaft, nicht nur in der Parteipolitik, sondern in der Partnerschaft zu Hause, von und mit den Männern, um Familienleben und Berufsleben miteinander zu vereinbaren. Dafür müssen wir uns wirklich einsetzen.

Und wir Frauen müssen je nach Lebensabschnitt Schwerpunkte setzen. Es geht nicht alles zur gleichen Zeit, aber hintereinander kriegen wir es immer ins Lot.

Dann sehe ich gute Chancen für uns, die Aufgaben, die auf uns zukommen, zu bewältigen. – Danke.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Sehr einverstanden, aber auch Männer müssen Schwerpunkte setzen.

(Vereinzelt Beifall)

**Christine Arlt-Palmer:** Ich muß jetzt zu meiner Vorrednerin etwas sagen. Ich wollte eigentlich auch noch zu einer anderen Sache Stellung nehmen, das mache ich auch nachher.

Aus der biologischen Tatsache, daß Frauen Kinder bekommen, resultiert nicht, daß Frauen nachher die Kinder erziehen, sondern das können sehr wohl auch die Männer übernehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben erst dann echte Partnerschaft und können erst dann die Gesellschaft gut gestalten, wenn mehr Männer in der Lage sind, die Fähigkeiten, die den Frauen zugeschrieben werden, auch einmal auszuüben, und wenn sie auch einmal zuhause bleiben und verzichten.

Wozu ich noch Stellung nehmen wollte, ist das, was Frau Meister eingangs dieser Runde gesagt hat. Da ging es um Quoten bei Weiterbildungsmaßnahmen, Quoten bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Ich kann dazu nur sagen: Wenn wir uns nicht zu diesen Quoten durchringen, dann werden sich die Frauen in den neuen Bundesländern in ein paar Monaten ziemlich umschaauen. Dann haben nämlich die Männer die Weiterbildungsmaßnahmen fein säuberlich unter sich aufgeteilt, und die Frauen bleiben außen vor. Sie werden ganz automatisch zurückgedrängt. Da können sie sich überhaupt nicht dagegen wehren.

Wie ist es denn im Augenblick, um die Quote zu erklären in dem Bereich? Es sitzen ja in diesen Schlüsselfunktionen, wenn ich das richtig sehe, heute schon wieder in wesentlichen Bereichen nur Männer, und die beraten von vornherein völlig anders, wenn eine Frau dahinkommt und sagt: Okay, ich bin arbeitslos. Dann beraten die - nicht mit böser Absicht, sondern weil sie auch so erzogen worden sind - die Frauen völlig anders als die Männer. Sie geben den Frauen nicht den entsprechenden Push; bei den Männern machen sie das automatisch.

Deswegen möchte ich auch schon wissen, was Frau Merkel in dem Bereich macht, inwieweit Quoten bei Weiterbildungsmaßnahmen eingeführt werden, wie es bei den AB-Maßnahmen ja gemacht worden ist.

**Dr. Angela Merkel:** Generell klappt es ja. Es nehmen ja ungefähr soviel Frauen, wie arbeitslos sind, an Qualifizierungsmaßnahmen teil.

**Christine Arlt-Palmer:** Sie müßten dann aber mal gucken, wo.

**Dr. Angela Merkel:** Spartenweise quotieren wird ausgesprochen schwierig.

**Christine Arlt-Palmer:** Ja, aber ich denke schon, daß wir noch ein bißchen mehr darüber nachdenken müssen, weil es die typischen Frauenarbeitsplätze sind; das sind nun mal die Arbeitsplätze, auf denen wenig Geld verdient wird und die wenig Zukunft haben. Und das wird auf Dauer die Arbeitslosigkeit produzieren. Die Arbeitsplätze werden wegrationalisiert. Dagegen kann man sich nicht wehren. Das ist nun mal ein Faktum, und deswegen muß gerade in diesen Bereichen, in denen die Frauen in den neuen Bundesländern auch uns gegenüber einfach einen Vorsprung haben, dieser Vorsprung gehalten werden. - Also wenn ich als Frau höre, wer sich hier alles gemeldet hat, was sie für Berufe haben, das wäre in einer Veranstaltung mit Frauen aus den alten Bundesländern sicher nicht so gewesen: Diplomingenieurin, Physikerin usw.

(Vereinzelt Beifall)

Da haben sie uns wirklich etwas voraus, aber diesen Vorsprung müssen sie erhalten, und den müssen sie weiter ausbauen. Dazu gehört, daß es für gewerblich-technische Berufe eben auch eine Quote gibt, daß die Frauen, die solche Berufe ergreifen wollen, auch bestärkt werden. Sonst kommt es wieder so, daß gesagt wird: Es ist unweiblich, Physikerin zu sein, es ist unweiblich, Diplomingenieurin zu sein, da kommen wieder die ganzen alten Muster hoch. Dagegen kann man sich kaum wehren.

Deswegen kann ich nur dafür plädieren, daß in diesem Bereich etwas getan wird, weil sonst wieder die traurige Situation wie in den alten Bundesländern entsteht. Dagegen muß man sich schon wehren.

Kinderbetreuung ist natürlich auch das A und O. Das haben wir aber heute schon mehrfach angesprochen.

(Vereinzelt Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Danke. Nur damit Sie die Auswirkungen kennen: Wir haben ja in der Koalitionsverhandlung um Mitternacht diese Quote hineinbekommen. Wenn wir die früher in den alten Bundesländern gehabt hätten, hätten wir eine höhere Beteiligung an Weiterbildung, Umschulung und AB-Maßnahmen. Wir in den alten Bundesländern haben sie ja nicht. Die gilt ja bisher nur für die neuen Länder. Und wenn Sie sich das einmal anschauen, liegen wir in den alten Bundesländern erheblich hinter den neuen Bundesländern zurück.

Ich will nur sagen: Diese Maßnahmen bewirken durchaus etwas. Ob sie bei der Ausbildung in technischen Berufen ausreichen, da sage ich: Nein. Dort brauchen wir Schwerpunktförderungsprogramme sowohl an den Schulen wie an den Fachhochschulen und an den Universitäten, einschließlich der Zusammenarbeit mit den Betrieben.

Hier müssen wir uns neue Modellprogramme einfallen lassen. Das ist voranzubringen. Was Sie früher in der DDR geschafft haben, das werden wir doch in der gesamten Bundesrepublik schaffen. Die Frauen sind ja dieselben.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt noch Frau Beck. Ist Frau de Haas noch im Raum?

**Monika Beck:** Ich bin frauenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion im reichen Saarland.

(Heiterkeit –  
Dr. Angela Merkel: Das hat gegessen!)

Zwei Vorschläge möchte ich machen. Einmal finde ich das Bewußtsein für Frauenpolitik in unserer Partei und das unseres Generalsekretärs wirklich sehr erfreulich, aber ich denke, daß die Zeit gekommen ist, wo wir Frauen einfach selbstbewußter in die anderen Foren gehen sollten.

Ich könnte mir zum Beispiel vorstellen, daß heute morgen in dem Forum „Soziale Marktwirtschaft“ Frau Meister und Frau Emmerich sehr gut die Positionen von Frauen vertreten hätten.

(Beifall)

Wir sollten unbedingt frauenpolitische Themen in alle Foren tragen. Deshalb, Frau Prof. Süßmuth, die herzliche Bitte: Vielleicht nächstes Jahr kein isoliertes Forum mehr, sondern darauf achten, daß unsere Anliegen in allen Foren, bei allen Themen zur Sprache kommen.

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Hier waren der Generalsekretär und andere einflußreicher als wir. Uns ist dies als *Fait accompli*, als Tatsache serviert worden. Ich wollte es nicht so.

**Dr. Angela Merkel:** Ich bin nicht unbeteiligt an der Sache, und zwar denke ich, daß bei dem Thema Soziale Marktwirtschaft sicherlich Frauen dabei sein sollten. Ich hoffe auch, daß dort Frauen sind. Daß aber die Lage, die gerade jetzt in den neuen Bundesländern in einer großen Komplexität vorhanden ist - die hohe Arbeitslosigkeit, die Frage der Kinderbetreuung usw. - dort in dem Maße besprochen wird, wie wir uns das wünschen, das glaube ich nicht.

Ich halte es für wichtig, wenn heute Berichte aus den Foren gegeben werden, daß das Thema Frauen in den neuen Bundesländern, Wunsch nach Berufstätigkeit noch mal ganz explizit vorkommt. Und in der Zusammenfassung aus dem Thema Soziale Marktwirtschaft kann ich es mir nicht vorstellen. Die werden über vielerlei Dinge von europäischer Einigung bis zur Hilfe im Osten gesprochen haben. Also, insofern war ich dafür. Wir haben das in den neuen Bundesländern noch nicht so oft und so viel miteinander besprochen, auch nicht in dieser Ost-West-Kommunikation.

Wenn es nicht so geklappt hat, wie man es dachte, kann man daraus Lehren ziehen, aber von vornherein war ich eigentlich erstmal dafür.

**Monika Beck:** Frau Ministerin, vielen Dank. Aber gerade das, was Sie gesagt haben, daß das dort nicht besprochen wird, ist ein Argument für meine Ansicht. Wir müssen die Männer zwingen, das dort mit zu besprechen.

**Dr. Angela Merkel:** Ich hätte mir gewünscht, daß mehr Männer hier sind und Sie dort.

**Monika Beck:** Das schaffen wir aber nicht.

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Ich stimme Frau Beck zu. Ich kann das verstehen aus der Sicht von Frau Merkel, aber es ist einfach notwendig, daß wir die Themen, die Frauen betreffen, dort einbringen, wo sie verhandelt werden, denn sonst bleiben wir eine ohnmächtige Minderheit, die dann zwar noch angehört, aber nicht ernst genommen wird. Das ist ja das Problem.

(Beifall)

**Monika Beck:** Das zweite, auf das ich noch kurz zurückkommen möchte, obwohl wir ja dieses Thema nicht mehr angesprochen haben, ist die Mißhandlung von Kindern und Frauen.

Die Fraktion im Saarland macht zusammen mit der Frauen-Union öffentliche Veranstaltungen in sämtlichen Städten unseres Landes zu dem Thema: Keine Gewalt gegen Kinder.

Ich möchte einfach bitten, daß man einmal die gesetzlichen Regelungen überprüft im Bereich der Handhabung bei solchen Fällen, denn für mich ist es nicht einsichtig, daß man mißhandelte Frauen und Kinder aus der Wohnung herausnimmt, den Mann aber dort beläßt. Es wäre meiner Meinung nach viel einfacher, wenn die gesetzlichen Regelungen geschaffen würden, den Mann dort aus der Familie zu entfernen

(Beifall)

und die Familie im gewohnten Umfeld zu belassen. Das ist also ein ganz konkreter Vorschlag, den ich mit aufzunehmen bitte.

Und das dritte ist etwas Persönliches, etwas, was mich bei Diskussionen mit Frauen immer stört. Wir sagen bei jedem Redebeitrag, wieviel Kinder wir haben. Ich finde es nicht sehr fair den Frauen gegenüber, die unter uns sind und keine Kinder haben, dies immer mit als Rechtfertigung gegenüber uns selbst zu verwenden.

Das sollten wir uns einfach ein bißchen abgewöhnen. Ich kann das deshalb sagen, weil ich Mutter von sechs Kindern bin.

(Heiterkeit, vereinzelt Beifall)

**Dr. Maria Böhmer:** Ich bin bei dem Beitrag eben etwas unruhig geworden, was die Vorgabe von Foren hier anbelangt und was unsere eigene Zuordnung anbetrifft.

Ich mache derzeit die Erfahrung in der Grundsatzprogrammkommission, daß wir dort verschiedene Themenbereiche haben, unter anderem natürlich den Themenbereich, den kennen Sie vom Grundsatzprogramm, Entfaltung der Person, Frau Dr. Merkel hat die Leitung. Ein zweiter Themenbereich, ökologische und soziale Marktwirtschaft, wird von mir geleitet.

Und jetzt kommt es zu der folgenden Situation: Jedes Mitglied der Grundsatzprogrammkommission hatte die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, in welcher Arbeitsgruppe das betreffende Mitglied mitarbeiten will. Frau Merkel und ich sind, glaube ich, nicht sehr glücklich über die Zuordnung, denn bei Ihnen, Frau Merkel, sind überwiegend Frauen, und bei mir sind ausschließlich Männer. – Ich glaube, wir müssen uns auch ein Stück selbst an die Brust klopfen und das bei uns selbst verändern.

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Ich muß jetzt die anderen, die hier noch stehen, um Verständnis bitten; die anderen Foren sind zu Ende, wir noch nicht.

Frau Merkel muß gleich gehen. Sollen die, die sich gemeldet haben, noch zu Wort kommen, oder sollen wir Schluß machen? Ich muß diese Frage jetzt aufwerfen.

Darf ich fragen: Wer votiert dafür, daß wir auch in der Zeit der anderen hier jetzt zum Schluß kommen? – Wer will, daß die Wortmeldekarten, die hier noch liegen, auch noch berücksichtigt werden? – Das ist die Minderheit.

Frau de Haas macht dann den Abschluß. Und wir müßten dann die anderen um Verständnis bitten, daß sie nicht mehr zum Zuge gekommen sind.

**Friederike de Haas:** Ich bin Parlamentarische Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann in Sachsen. Ich möchte gern noch einmal etwas in die Geschichte der DDR zurückgehen und etwas grundsätzlicher werden.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ja auch in der DDR schon sehr frühzeitig proklamiert worden, allerdings als Einheitslebensmuster von Frauen. Andere Lebensmuster wurden überhaupt nicht anerkannt und eingeplant.

Dafür gab es zwei Gründe. Die Arbeitskraft der Frau war erstens unverzichtbarer Bestandteil der Wirtschaft, aber es wurden zweitens die patriarchalischen Strukturen überhaupt nicht berührt und Lebensbedürfnisse von Männern und Frauen überhaupt nicht berücksichtigt. Ich denke, daß das aber hier wie dort genau dasselbe ist.

Es gab konkrete Überlegungen zur beruflichen Qualifizierung von Frauen, zur Kinderbetreuung ebenso wie zur Hausarbeit, aber die Eigentumsfrage stand immer an erster Stelle. Die Geschlechterfrage wurde an den zweiten Platz verwiesen. Und somit war auch in der DDR Vereinbarkeit von Familie und Beruf einseitig als Frauensache gedacht, und bis zum Ende der DDR galt: Der Staat muß alles tun, damit die Frau ihre Aufgaben als Bürgerin und Schaffende mit ihren Pflichten als Frau und Mutter vereinbaren kann.

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Frau de Haas, Sie halten jetzt aber kein Referat?

**Friederike de Haas:** Nein, ich möchte bloß einmal das Positive darstellen, was vielleicht an der verordneten Sache dran ist, das möchte ich schon sagen wollen.

Die Lebenskonzeption von Frauen war mit Berufstätigkeit eng verknüpft, sowohl als Zuverdienerin als auch als ökonomische Selbständigkeit. Soziale Kontakte waren möglich. Es zählte nur die Anerkennung am Arbeitsplatz. Die Hausarbeit ist von niemandem anerkannt worden.

Berufliches Fortkommen von Männern wird durch die Geburt eines Kindes nicht behindert, während Frauen vor allem in ihren qualitativen Dimensionen beeinträchtigt werden und damit natürlich auch behindert werden, in Führungspositionen zu kommen.

Ich muß hier straffen. Sie können den Text gerne bekommen, wenn Sie ihn haben möchten.

Ich denke aber, Forderungen sollten sein: das Recht jeder Frau auf Berufstätigkeit, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit - dann regelt sich nämlich auch von selber, ob es ein typischer Männer- oder ein Frauenberuf ist. Bedingungen für wirkliche Wahlfreiheit müßten geschaffen werden. Menschen sollen das tun können, was sie wollen. Es müßte das typische Rollenbilddenken abgebaut werden. Da müßte die Broschüre „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“, die Frau Merkel für die Schulen herausgegeben hat, wesentlich mehr in die Öffentlichkeit gebracht werden.

Es ist also in meinen Augen - das ist jetzt etwas gestrafft und vielleicht etwas holzschnittartig - eine gesellschaftliche und damit staatliche Aufgabe, daß die Gleichberechtigung in unserem Land durchgesetzt wird, und ich denke, Gleichberechtigung fängt im Kopf an. Und das müssen Frauen selber durchsetzen - mit allen anderen.

Ich denke, solange alles an der Wirtschaft orientiert ist und Familie und Kinder Privatsache sind, wird sich überhaupt nichts ändern. Ich denke, die Wirtschaft wird mit Menschen aufgebaut, und diese Menschen sind Frauen und Männer, Mütter und Väter. Und ich denke, daran wird sich dann auch die ganze Lebensarbeitszeit orientieren müssen.

Zur Teilzeitarbeit will ich in meinem Bereich ein Projekt „Teilzeitarbeit in Führungspositionen“ anfangen.

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Darf ich Sie jetzt ums Schlußwort bitten.

**Friederike de Haas:** Ja, ich bin fertig.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Darf ich hier vorn noch mal fragen, wer abschließend noch das Wort ergreifen möchte. Frau Meister?

**Dr. Gisela Meister:** Nur ein Satz: Es würde mich freuen, wenn wir mit dazu beitragen konnten, daß die Diskussion hier vorangetrieben wird und daß insbesondere die Frauen aus den neuen Bundesländern heute Anregungen mitnehmen konnten, um sich selber darüber einig zu werden, was hier getan werden muß, damit es tatsächlich neue Chancen für Frauen gibt.

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Danke. Frau Emmerich.

**Dr. Erika Emmerich:** Für mich war es sehr interessant. Ich möchte von den Wortmeldungen zwei Gedanken aufnehmen und die auch zu meinen eigenen machen. Ich bin für eine Quote bei den Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen, und ich bin für eine zielgerichtete Beratung.

(Vereinzelt Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Danke.

**Christian Wulff:** Ich bedanke mich, daß ich hier eine ganze Menge mitnehmen konnte. Vieles war für mich völlig neu, was auch aus den neuen Ländern gesagt wurde - vielleicht geht es den anderen auch so.

Auf jeden Fall denke ich, im nachhinein betrachtet, nach längerem Zuhören, war es wohl richtig, ein Frauenforum zu machen, Frau Süßmuth, und es ist wohl vollkommen richtig, in die anderen Foren zu gehen und dort die Positionen der Frauen zu vertreten. Ich habe den Eindruck: Man kann das schwer gewichten. Es ist beides absolut erforderlich. Ich habe den Eindruck, daß wir zwar in anderen Foren überall für Frauenpolitik Argumente hätten liefern können, daß aber trotzdem das, was in diesem Forum - und hier brauchten ja nur die hinzugehen, die wirklich an dem Thema interessiert sind, man konnte deshalb ja auch erwarten, daß es ein kleiner Kreis ist - diskutiert wurde, auch wichtig gewesen ist im Hinblick auf die Union und die Position der Frauen in der Union. Da muß eben ein Netzwerk auch mit Männern gebildet werden. Und da werden Sie sicher auf eine ganze Menge von neuen Ideen und neuen Männern stoßen, wenn Sie nur intensiv danach Ausschau halten.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Frau Merkel.

**Dr. Angela Merkel:** Beim nächsten Mal sollten wir es vielleicht so machen, daß wir hier fast nur Männer und nur eine Frau hinsetzen, und dann können die Frauen viele Fragen an die Männer richten. Da wird es vielleicht noch etwas spannender.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Frau Friedrich.

**Cornelia Friedrich:** Für mich war das ja heute das erste Mal, daß ich so etwas mitgemacht habe, und auch für meine Arbeit im Betrieb hat es viele Anregungen gegeben. Ich möchte mich eigentlich auch bedanken, daß ich hier teilnehmen durfte.

(Beifall)

**Carmen Stange:** Ich habe nur einen Satz zu sagen. Wir haben hier miteinander gesprochen, und ich denke, wir haben uns auch sehr gut verstanden.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Frau Sillmann.

**Hildegard Sillmann:** Ich möchte mich auch bedanken, daß ich an dieser Veranstaltung teilnehmen konnte. Und ich finde, es ist immer gut, wenn man mal wieder andere Meinungen hört. Die Engspürigkeit der eigenen Probleme engt das Blickfeld ein. Hier hört man wieder andere Probleme und wird wieder offener auch für die Probleme anderer und sieht auch die eigenen Probleme vielleicht etwas kleiner, wenn man sie an der Größe der anderen Probleme mißt. – Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Maria Böhmer:** Ich war heute in der Rolle der Zuhörenden, um das alles aufzunehmen und zu verarbeiten. Ich glaube, wir müssen es viel häufiger tun: aufeinander hören, miteinander reden und dann gemeinsam vorangehen und an einem Strang ziehen, und dann, denke ich, schaffen wir es.

(Beifall)

**Vorsitzende Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Ich möchte mich abschließend bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Forums bedanken, insbesondere für das, was wir wieder aus der konkreten Situation hinzugelernt haben, bedanken bei Herrn Wulff und den Teilnehmerinnen des Podiums, und möchte dennoch sagen: Herr Wulff, da wir viel unter uns diskutieren und Erfahrungen austauschen, wird für uns immer

dringlicher: Wie setzen wir es dort um, wo wir nicht dabei sind? Und deswegen wird bei uns gerade auch in den alten Bundesländern immer dringlicher der Wunsch nach Querschnittspolitik, Frauen in alle Bereiche hinein, sie nicht mehr abdrängen auf Frauenpolitik.

Wir brauchen das Gespräch untereinander, aber wir brauchen eine Strategie, wo tatsächlich Wirtschaftspolitik, Arbeitsmarktpolitik und alle anderen Politikbereiche sich endlich darauf ausrichten, sonst sind wir die ständigen Mahner am Rande, Bittstellerinnen, und wenn wir gerade mal das Kind fast im Brunnen haben, dann haben wir auch die Chance, etwas zu bewirken.

Ich denke, es ist heute deutlich geworden: Es gibt Probleme. Es gibt neue Chancen. Und ich hoffe, daß ein Teil über die Berichterstattung auch die Bundesregierung, die Länder und die Kommunen erreicht, denn das ist das allerwichtigste, was dabei herauskommen muß. – Ich danke Ihnen und schließe das Forum.

(Beifall)



### Forum 3

## Jugend in Deutschland – Perspektiven in Freiheit

	Seite:
Eröffnung: Christine Lieberknecht Kultusministerin in Thüringen	410
Einführungsreferat: Christian Meyer Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union	410
Podiumsteilnehmer: Harald Brettschneider Direktor der Stadtmission Dresden e.V.	417
Cornelia Yzer MdB	419
Claus Umbach Vorsitzender der Deutschen Sportjugend im Deutschen Sportbund	421
Dr. Matthias Rößler Wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen	422
Elke König Seminarleiterin am Landesinstitut für Schule und Ausbildung Greifswald	425
Prof. Dr. Hans Bertram Deutsches Jugendinstitut München	427

---

*Die Seitenangaben beziehen sich jeweils auf den ersten Diskussionsbeitrag*

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Meine sehr geehrten Damen und Herren Delegierte und Gäste des Forums 3 „Jugend in Deutschland - Perspektiven in Freiheit“! Wir haben unser Forum mit einer unkonventionellen Umräumarbeit, die der Jugend durchaus eigen sein sollte, begonnen, denn der Jugend sollte offensichtlich gezeigt werden, daß wir erst einmal lernen müssen, über den Tisch zu sehen, der hier im Podium doch etwas hoch aufgebaut war.

Ich darf Ihnen unsere Runde vorstellen, die sich zusammensetzt aus Politikern, Jugendpolitikern, Vertretern der klassischen Jugendarbeit und der kirchlichen Jugendarbeit, Vertretern von Bildung und Ausbildung und auch Vertretern der Forschung auf dem Gebiet der Jugend, die die Möglichkeit bieten, empirische Erfahrungen wissenschaftlich zu untermauern oder zu hinterfragen. Neben mir sitzt Herr Hermann Gröhe, Bundesvorsitzender der Jungen Union.

(Beifall)

Neben ihm hat Professor Dr. Hans Bertram, Direktor des Deutschen Jugendinstituts, Platz genommen. Auch Sie begrüße ich ganz herzlich.

(Beifall)

Neben Professor Bertram sitzt Herr Harald Brettschneider. Ich darf sagen, er ist durch die evangelische Jugendarbeit, die wir über einige Jahre gemeinsam betrieben haben, ein langjähriger Bekannter von mir.

(Beifall)

Ich begrüße weiterhin Herrn Dr. Matthias Rößler, wissenschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im sächsischen Landtag.

(Beifall)

Er ist vom Demokratischen Aufbruch zur CDU gestoßen. Neben ihm sitzt Frau Else König, Leiterin eines Seminars am Landesinstitut für Schule und Ausbildung in Greifswald, von Haus aus Lehrerin.

(Beifall)

Zu meiner Rechten hat Herr Christian Meyer, Mitglied des Bundesvorstands der Jungen Union, Platz genommen. Er wird uns eine Einführung in unser Thema geben. Ich begrüße weiterhin Herrn Claus Umbach, Vorsitzender der Deutschen Sportjugend.

(Beifall)

Last but not least begrüße ich Frau Cornelia Yzer, Mitglied des Deutschen Bundestages und Mitglied der Jungen Gruppe im Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Ich denke, unsere Podiumsgäste können aus den unterschiedlichen Blickwinkeln kompetent Aussagen über Fragen der Jugend, die uns beschäftigen, treffen. Aber nicht nur wir im Podium sollen reden, sondern auch Sie sollen einbezogen werden. Wir haben einen Zeitraum von etwa dreieinhalb Stunden zur Verfügung. Wir werden sehen, wann zwischendurch vielleicht auch eine Pause möglich und notwendig ist.

Herr Meyer, ich darf Sie bitten, uns in unseren Themenkreis einzuführen.

**Christian Meyer:** Ich möchte mich noch kurz vorstellen. Ich bin 26 Jahre alt, studiere in Rostock – das ist im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, einem der neuen Bundesländer – an der dortigen Universität Theologie, und ich bin, wie schon gesagt, im Bundesvorstand der Jungen Union.

„Jugend in Deutschland – Perspektiven in Freiheit; miteinander reden – einander verstehen“, das ist ein Thema, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu dem einem sicherlich sofort viele Stichworte einfallen, aber bei dem sich auch ebenso viele Fragen auftun.

Jugend – was verbindet sich mit diesem Wort? Jugend in Deutschland – ist es schon eine Jugend, die sich in den neuen und alten Bundesländern artikuliert? Wird nicht Jugend oft zu schnell nur mit Begriffen wie „Aussteigertum“, „Entpolitisierung“, „Gewaltbereitschaft“, „Angepaßtheit“, „Parteienverdrossenheit“ verbunden, und hört damit für viele nicht oft schon auf, was sie mit Jugend verbinden? Können sich Jugendliche in unserer sich schnell wandelnden Gesellschaft überhaupt wiederfinden? Gibt es genügend Angebote für freie Gestaltungsmöglichkeiten, für Engagement im sozialen, aber auch im politischen Bereich? Wollen Jugendliche dies überhaupt, bzw. wenn sie es wollen, wie wollen sie es? Machen wir nicht oft zu schnell den Fehler, daß wir Angebote machen, die manchmal gar nicht richtig jugendgerecht, nicht jugendgemäß sind? Bietet unsere Gesellschaft der jungen Generation genug Perspektiven, oder überwiegen nicht teilweise die Probleme und Risiken in der Welt, die den Blick für eine optimistische Sicht in die Zukunft doch versperren?

Der Traum von Freiheit hat gerade viele junge Mädchen und Jungen in der ehemaligen DDR auf die Straße gebracht. Er hat ihnen den Mut gegeben, gegen ein System des Unrechts auf die Straße zu gehen. Das ist ein ganz wichtiger Faktor gewesen. Auch psychologisch war das für die Jugendlichen in den neuen Bundesländern unwahrscheinlich wichtig. Sie haben das erste Mal Selbstbewußtsein gezeigt, auch haben sie das erste Mal ihr Inneres nach außen getragen, ihre Gedanken, ihre Empfindungen zeigen können.

Nun ist die Freiheit, die erstritten wurde, Realität geworden. Aber trotzdem gibt es Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen. Interessant ist in diesem Zusammenhang aber auch, daß – ich halte sonst nicht soviel von Umfragen, aber ich will dies einmal zitieren – laut der jüngsten Umfrage 76 % der Jugendlichen in den neuen Bundesländern ihre eigene Zukunft optimistisch sehen. Hier wird eine Spannung sichtbar. Auf der einen Seite sind sie unzufrieden, auf der anderen Seite aber auch optimistisch. Zur Verdeutlichung dieser Spannung möchte ich ein paar Sätze aus der Trierer Erklärung des Deutschlandtags der Jungen Union zitieren, der sich vor kurzem besonders mit dem Zusammenwachsen der Jugend in den alten und neuen Bundesländern befaßt hat:

Die Menschen setzen sich ein für Veränderung. Gleichzeitig aber erscheint das Neue vielen ungewohnt, manchmal bedrohlich. Die Unsicherheit über die persönliche Zukunft macht gerade Jugendliche anfällig für politische Extremisten, für Sekten, für Drogen. Die anhaltende Abwanderung junger Menschen aus den fünf neuen Bundesländern in die alten Bundesländer ist bedenklich, weil sie zum Aufbau in den neuen Bundesländern fehlen. Zu oft wird das Gehen belohnt und das Bleiben bestraft. Die Schaffung einheitlicher Lebensverhältnisse, vor allem einer leistungsstarken Wirtschaft und der notwendigen sozialen Sicherung ist deshalb die zentrale politische Aufgabe.

Das Hineindenken in die Befindlichkeit, die Wünsche, aber auch die berechtigten Sorgen Jugendlicher ist zur Bestimmung einer neuen Jugendpolitik in ganz Deutschland unerläßlich. Deswegen finde ich die Überschrift „Miteinander reden – einander verstehen“ unwahrscheinlich wichtig. Wir sollten auch nachher in der Diskussion immer im Hinterkopf behalten, wie wichtig es ist, miteinander zu reden und sich dann auch zu verstehen.

Die Vereinigung Deutschlands hat für die Jugendlichen in West und Ost vieles verändert, manches in Frage gestellt, sie hat aber insbesondere für die Jugendlichen aus den Bundesländern, die ich hier auch vertrete, erhebliche Orientierungs-, Identitäts- und Selbstfindungsprobleme mit sich gebracht. Die sich jetzt eigentlich uns allen bietenden Chancen, die Perspektiven sowohl im persönlichen als auch im beruflichen Bereich können einfach noch nicht von jedem so erkannt werden; das muß man, denke ich, auch verstehen. Jugendarbeitslosigkeit z. B. ist ein Fakt, mit dem umzugehen erst gelernt werden muß und der psychologisch verarbeitet werden muß.

In den letzten zwei Jahren erlebten die Jugendlichen in den neuen Bundesländern hautnah den Zusammenbruch eines Systems, das ihnen vom Kindergarten bis zum Studium als das wahre und einzige und eigentlich das zukünftige auch für die ganze Welt angepriesen wurde. Bei den meisten Jugendlichen, so denke und hoffe ich auch, ist diese Argumentation nicht tief gegangen. Dennoch ist zu beobachten, daß im Rückblick viele Jugendliche das alte System als positiv bewerten. Fakt ist z.B., daß 60 % der Jugendlichen die Jungen Pioniere und die FDJ, also die Staatsjugend, eine wirklich ideologisch ausgerichtete Einheitsjugend, im nachhinein positiv bewerten. Für diese positive Bewertung führen sie vor allen Dingen das Gefühl des Zuhause-seins und der sozialen Sicherheit an. Man mag gerade auch aus der Sicht der alten Bundesländer über diese Tatsache erschrecken, aber es hilft uns wenig weiter. Wir müssen das akzeptieren, und wir müssen genauso klar darüber auch ins Gespräch kommen und aufzeigen, welche freiheitlichen Perspektiven unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung auch für Jugendliche anbietet.

Dabei ist viel Zeit und viel Geduld von uns allen nötig. Ich denke auch, daß das – ich will es einmal so etwas salopp sagen – Learnig-by-doing eigentlich das Wichtigere ist. Die jungen Leute gerade in den neuen Bundesländern müssen diese Erfahrungen machen, sie müssen auch ihre negativen und positiven Erfahrungen machen.

Aber gegen eines muß ich mich an dieser Stelle auch ganz entschieden wenden, und das ist die nostalgische Verklärung des alten DDR-Regims. Ich möchte dafür ein ganz konkretes und, denke ich, sehr aktuelles Thema anführen – wir alle konnten es gestern vor dem Kulturpalast sehen -: die Demonstration für den Sender DT 64. Vielleicht noch eine kurze Erläuterung, was DT 64 überhaupt heißt. DT 64 steht für das Deutschlandtreffen 1964 der FDJ, der DDR-Staatsjugend. Dieser Sender war ein zugelassener Freiraum. Die SED hat zunehmend erkannt, daß für die jungen Leute gerade Popmusik eminent wichtig ist, und hat zugelassen, daß westliche Popmusik gespielt wird, damit nicht mehr die westlichen Sender gehört werden, hat aber gerade in den Wortbeiträgen ganz bewußt das herübergebracht, was sie herüberbringen wollte. Der Draht zwischen FDJ-Zentralrat, der FDJ, der SED und diesem Sender war sehr, sehr eng. Wenn man sich diesen Sender heute anhört – ich persönlich habe ihn eigentlich nie gehört, bei uns wurde immer der NDR oder Radio-Luxemburg gehört -, ist es richtig, daß dieser Sender aufgelöst wird. Genauso klar möchte ich aber sagen, daß sich andere Rundfunkanstalten der Probleme der Jugendlichen in stärkerem Maße annehmen müssen und daß junge Hörer eben ein wichtiger Faktor der Zuhörerschaft in einer Rundfunklandschaft in ganz Deutschland sind.

Was hat sich nun für die Jugend im vereinten Deutschland verändert, was hat sich verbessert, wo gibt es Handlungsbedarf? Ich möchte mich im folgenden auf zwei ganz wesentliche Punkte beschränken; das andere sollte in der Diskussion angesprochen werden.

Bildungspolitik – die neue soziale Frage der 90er Jahre. Kein anderes Thema bewegt zur Zeit so viele Jugendliche und bringt sie gerade in den neuen Bundesländern auch auf die Straße. Dazu muß ich allerdings sagen, daß sie dort oft nicht allein auf die Straße gehen, sondern angetrieben bzw. ein bißchen verlockt werden von den eigenen Lehrern, denen es teilweise leider nicht um die Neugestaltung des Bildungswesens geht, sondern oftmals eigentlich nur um ihre eigene soziale Sicherheit. Ich will das einmal illustrieren. In Mecklenburg-Vorpommern ist z.B. vorgekommen, daß unter Aufsicht der Lehrer Plakate gemalt wurden. Mit diesen Plakaten wurde nach Schwerin gefahren, um vor dem Kultusministerium zu demonstrieren. Das ist ein Unding. Lehrer, die so etwas machen, können nicht Lehrer sein, die eine neue Generation erziehen. Diese Lehrer müssen einfach die Konsequenzen ziehen, und mit diesen Lehrern muß auch konsequent geredet werden. Hier ist in Sachsen auch schon einiges gemacht worden, wie ich vorhin in einem Gespräch gehört habe.

Andererseits wird gerade am Bildungswesen exemplarisch deutlich, welche Veränderungen sich in den letzten zwei Jahren hier vollzogen haben. Die errungene Freiheit wird eigentlich für jeden Jugendlichen sichtbar. Es besteht Chancengleichheit, die vielfältigen Bildungsangebote können angenommen werden. Gleichzeitig ist aber auch die Neuordnung der Schulbildung in den neuen Bundesländern eine notwendige Anfrage an die Praxis in den alten Bundesländern, die – das ist in der Diskussion immer wieder hochgekommen – auch vor solch scheinbar feststehenden Dogmen wie der Schuldauer nicht haltmacht.

Ziel der Bildung muß es ein, die Kinder und Jugendlichen mit einem Grundwissen auszurüsten, das den Anforderungen des Lebens in flexibler Weise gerecht wird und sie zu mündigen – mündigen! – Bürgern und selbstverantwortlichen Gliedern der Gesellschaft heranwachsen läßt. Dazu ist das vielgliederte Schulsystem meines Erachtens immer noch am besten geeignet. Mit den Folgen eines ideologisch ausgerichteten Einheitsschulsystems wie dem der DDR werden wir hier noch lange leben müssen. Die Wirtschaft, das Verkehrswesen kann man schneller in den Griff bekommen als das, was der jungen Generation über 40 Jahre angetan wurde, nämlich das Fehlen von Kreativität, von Gestaltungsspielräumen, des Artikulierens unterschiedlicher Meinungen, was in der Einheitsschule alles nicht gefragt war. Die Jugendlichen, bei denen das im Elternhaus nicht kompensiert wurde, haben es im Moment einfach am schwersten, mit den neuen Problemen, mit den neuen Freiheiten umzugehen. Dies muß deutlich benannt werden. Auch da müssen wir in der Bildungspolitik stärker ansetzen, denn Bildungspolitik ist nicht nur Wissensvermittlung, Bildungspolitik heißt eben auch ein Stück Persönlichkeitsentwicklung.

Zwei, drei Sätze noch zum Bildungswesen. Das vielgliederte Schulsystem muß sich in viel stärkerem Maße kristallisieren, so daß z.B. die allgemeine Studierfähigkeit in den Blick kommt. Die Inflation, die das Gymnasium gerade erlebt, ist für das Gymnasium eigentlich tödlich. In diesem Zusammenhang ist eine Zugangsbeschränkung, wie sie auf die unterschiedlichste Weise in manchen Bundesländern vorgenommen wird, der richtige Weg. Den Eltern, aber auch den Schülern muß klar sein, daß auch die anderen Schularten ein Angebot sind, das individuell zugeschnitten für den jeweiligen Schüler eigentlich das richtige ist. Jede Schulart braucht ihren positiven Eigenwert, der eben dieses individuell zugeschnittene Maß verdeutlichen muß. Auch freie Schulen, also Schulen in freier Trägerschaft, als gesunde Konkurrenz dazu sollten sich in stärkerem Maße etablieren. Da sind in den neuen und alten Bundesländern auch die Kultusminister gefragt.

Dem Fremdsprachenunterricht sollte auch im Hinblick auf das Problem der Ausländerfeindlichkeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, denn über die Sprache

bekomme ich Zugang zu Kultur, zu Religion und zu dem geschichtlichen Hintergrund eines anderen Volkes und kann mich in dessen Situation stärker hineindenken. Da kompensieren wir ein Stück von dem, was sich bei Jugendlichen gerade aufbaut.

Die Schuldauer – so ist das auch im Dresdner Manifest formuliert – sollte europäisch angemessen auf zwölf Jahre reduziert werden. Das ist mit einer Straffung des gesamten Schulsystems auch möglich.

Genauso wichtig wie die Schulausbildung ist die Hochschulausbildung. Auch dort gibt es besondere Schwierigkeiten. Hier ist ganz klar die schnelle Angleichung der Hochschullandschaft in ganz Deutschland notwendig, damit die Abwanderung von Studenten, die wir brauchen, in die alten Bundesländer nicht weiter anhält. Auch die Ausgestaltung der demokratischen Selbstverwaltung und die wissenschaftlich-technische Ausstattung sind dabei wichtige Faktoren. An diesem Beispiel will ich aber gleich sagen: Die Universitäten werden auch bei aller Hochschulautonomie, die sicherlich gerechtfertigt ist, die Erneuerung allein nicht schaffen. Die Kultus- und Wissenschaftsministerien der einzelnen Länder müssen die Hochschulautonomie an diesem Punkt auch ein Stück aufheben, um die Universitäten wirklich auch zu „säubern“ und damit unsere Studenten wirklich Professoren haben, die integer sind, die man akzeptieren kann und die leistungsmäßig auch das bringen können, was für den Studenten von morgen in einem geeinten Europa nötig ist.

Inhaltlich ist die konsequente Verkürzung der Hochschulausbildungszeiten genauso wichtig wie die Möglichkeit, das Examen ohne Exmatrikulationsgefahr wie in Bayern früher ablegen zu können. Fachhochschulen und Berufsakademien auch in freier Trägerschaft sollten dieses Angebot sinnvoll ergänzen.

Wichtig ist auch der gesamte Bereich des beruflichen Schulwesens. Es ist in diesem Jahr gelungen, für jeden Jugendlichen in den neuen Bundesländern eine Ausbildungsstelle nachzuweisen. Das ist, denke ich, ein großartiger Erfolg, an dem viele Leute gebastelt haben. Ein Dankeschön all den Leuten in der Wirtschaft, in der Politik oder anderswo, die daran mitgeholfen haben.

(Beifall)

Aber das Problem ist damit nicht vom Tisch, denn „Perspektiven in Freiheit“ heißt eben auch, daß ich Chancen auf dem Arbeitsmarkt habe, daß ich einen Ausbildungsplatz habe und daß ich nach dieser Ausbildung eben auch in einen Beruf überwechseln kann. Das wird eine Herausforderung sein, der wir uns zu stellen haben und die ziemlich schwer zu verwirklichen ist. Aber wir müssen alle an einem Strang ziehen.

Lassen Sie mich, weil ich aus einem strukturschwachen und monostrukturierten Land, Mecklenburg-Vorpommern, komme, folgendes sagen. In den großen Städten war die Wertindustrie, und im Hinterland war die Landwirtschaft. Wenn Sie sich in Wirtschaft etwas auskennen, wissen Sie, wie das bei uns zur Zeit aussieht. Die großen Städte haben es teilweise noch leichter, dort wächst der Mittelstand. Aber auf dem flachen Land sieht es sehr, sehr traurig aus. Es ist sehr schwierig, Jugendlichen, die früher in der Landwirtschaft gearbeitet haben, jetzt auf dem flachen Land eine Perspektive zu bieten. Das wird das größte Problem. Man hat in der Bundesrepublik Umstrukturierungen politisch und auch finanziell sicherlich punktuell begleitet, aber hier gibt es eine flächenmäßige Umstrukturierung, wie Deutschland sie noch nicht erlebt hat. Das ist eine Herausforderung, die man nicht abtun kann, indem man sagt: „Wir hatten das auch schon, bei uns hat das auch geklappt.“ Ich denke, das ist eine neue Dimension, die in viel größerem Maße finanzieller, aber auch ideeller Hilfe bedarf.

Bei dem gesamten Problem der Schul- und Ausbildung darf man auch nicht vergessen, daß die Vermittlung von Werten ganz entscheidend ist. Viele Probleme, die Jugendliche jetzt mit der neuen Freiheit haben, hängen auch damit zusammen, daß in den Familien die sozialen Bindungen ziemlich lose sind. Die Eltern sind in die neue Situation selbst sehr eingebunden, und die Vermittlung von Werten war früher eigentlich nur in ganz bestimmten Familien Thema gewesen. Aber für eine eigenverantwortliche Lebensgestaltung Jugendlicher ist eben auch das Vorhandensein menschlicher und ethischer Werte ganz wichtig.

Zum zweiten Punkt: Jugend, Freizeit, Politik. Der Aufbau einer pluralistischen und demokratischen Jugendarbeit in den neuen Bundesländern ist ein wichtiger Faktor für das Hineindenken und das Verständnis Jugendlicher für demokratische Strukturen und Spielregeln und damit für das Zusammenwachsen des geeinten Europas und des geeinten Deutschlands. Freie und politische Jugendarbeit sollten sich dabei sinnvoll ergänzen können. Das heißt auch, daß die Rahmenbedingungen gleichgesetzt werden müssen. Diese Rahmenbedingungen betreffen auch den finanziellen Bereich. Die Themen, die Jugendliche betreffen, aber auch die Gefahren, denen Jugendliche ausgesetzt sind, machen eine offensive Jugendpolitik nötig. Dies beinhaltet vor allen Dingen die Auseinandersetzung mit solchen Themen wie Jugendkriminalität, Jugendarbeitslosigkeit, Gewaltbereitschaft und anderes. Auch die Gefahr, die von Sekten ausgeht, darf nicht unterschätzt werden. Ursache für die Anfälligkeit von Jugendlichen sind mangelnde Angebote im Freizeitbereich oder die Tatsache, daß vorhandene Angebote nicht jugendgemäß aufbereitet sind und damit nicht angenommen werden. Bei Jugendlichen aus den neuen Bundesländern kommen mangelnde Informationen und die fehlenden sozialen Bindungen zum Elternhaus erschwerend hinzu. Ich will ein Beispiel nennen. Stellen Sie sich einmal vor, was es für die Jugendlichen vor Ort bedeutet, wenn in einem Neubaugebiet in Rostock oder Schwerin oder anderswo der einzige Jugendklub zumacht! Bei allem, was jetzt für Straßenbau und andere Dinge getan wird, darf man an diesem ganz wichtigen Faktor nicht sparen, denn das fällt uns spätestens in fünf, sechs Jahre voll auf die Füße. Dies sind Dinge, bei denen man es mit Menschen zu tun hat. Wenn wir es nicht schaffen, diese Probleme offensiv anzugehen und die Jugendlichen dort irgendwie einzubinden, ihnen einen Freiraum zur Gestaltung zu geben, dann bekommen wir das Thema Gewalt und andere Themen nicht vom Tisch.

(Beifall)

Deswegen müssen die Prioritäten in der Landes- und Kommunalpolitik gerade in den neuen Bundesländern so gewichtet werden, daß das Thema Jugend nicht wieder unter den Tisch fällt. Der Straßenbau ist auch wichtig, aber alles, was mit Menschen und gerade mit der Jugend zu tun hat, ist in diesem Zusammenhang viel wichtiger.

Ein Psychoanalytiker beschrieb die Situation von Jugendlichen in den neuen Bundesländern gerade im Zusammenhang mit Sekten – einem Thema, das teilweise vielleicht noch unterschätzt wird, denn Sekten treten in verstärktem Maße auf; jeder kann das auf den Marktplätzen in den neuen Bundesländern beobachten – folgendermaßen: Viele haben Angst vor der Freiheit. Sie suchen deshalb nach festen Strukturen, nach neuen Zwängen und einem neuen Führer.

Gerade das ist eine Situation, wo Sekten, Jugendbewegungen und Jugendreligionen ansetzen. Dieses Thema macht uns zur Zeit schon sehr viele Sorgen, weil gerade die Jugendlichen in den neuen Bundesländern mit dem Fehlen eines religiösen Hintergrundes, den es bei uns in der Schule nicht gab, anfälliger sind. Wer nicht aus einem christlichen Elternhaus kommt, ist für diese Sachen sehr empfänglich, wenn dort das

Heil, die Antwort auf alle Fragen und andere Dinge versprochen werden, ein Kaffee ausgegeben wird, ein Psychotest und dies und das angeboten wird - diejenigen, die aus den alten Bundesländern kommen, kennen das viel genauer -, und gehört jetzt zu den Jugendlichen, die einfach hin und hergerissen sind, die damit noch nicht umgehen können und damit eigentlich sehr gefährdet sind. Hier müssen in stärkerem Maß Aufklärungskampagnen ansetzen. Die Junge Union hat das auf Bundes-, aber auch auf Landesebene vor allem in den neuen Landesverbänden thematisiert und versucht die Jugendlichen durch eine jugendgemäße Aufklärung für dieses Thema zu sensibilisieren.

Es ist positiv, daß solche Projekte, auch die Arbeit in Brennpunktgebieten, vom Bundesministerium für Jugend und Frauen - Herr Staatssekretär Hintze sitzt unter uns - jetzt gefördert werden. Es ist z.B. so, daß für die Arbeit in Brennpunktgebieten 20 Millionen DM durch die Bundesregierung wieder aufgelegt wurden, aber dieses Geld muß auch sinnvoll ausgegeben werden.

Für den politischen Bereich möchte ich sagen, daß es gerade für die CDU wichtig ist, die Jugend in stärkerem Maße einzubeziehen. Wir haben gestern mit der Wahl von Angela Merkel und Christine Lieberknecht auf Bundesebene einen guten Anfang gemacht, aber dieser Anfang muß sich bis auf die letzte Ebene fortsetzen. Mit dem eigenen Jugendministerium, das eingerichtet wurde, und auch mit der Jungen Gruppe, die eine starke Lobby für die Jugendinteressen im Bundestag bildet, wurden gute Ansätze gemacht.

Das bedarfsgerechte Angebot von Jugendzentren und anderen institutionellen Freizeit- und Sporteinrichtungen muß insbesondere durch freie Träger und erst im zweiten Range durch die Kommunen angeboten werden. Die Schwierigkeiten mit finanziellen Mittel bestehen überall, darüber habe ich vorhin schon gesprochen, aber auch dort ist die Bundesregierung mit dem 50-Millionen-DM-Projekt zur Unterstützung der freien Träger jetzt in die Offensive gegangen. Aber wir sehen auch die Schwierigkeiten, daß es wenige freie Träger gibt, die bereit sind, Jugendfreizeiteinrichtungen, Kindereinrichtungen oder anderes zu übernehmen. Vielleicht hilft der finanzielle Anreiz, der jetzt gegeben wird, dabei ein Stück. Aber gerade die Kommunen - ich bin auch in der Kommunalpolitik aktiv - sehen es mit einiger Sorge, daß sie die Mittel alle haben und sie an die freien Träger, die es eigentlich machen sollten, einfach nicht losbekommen.

Da die Finanzen immer eine wichtige Rolle spielen, möchte ich hier einen Vorschlag der Jungen Union zur Kenntnis geben. Wir haben auf dem Deutschlandtag gefordert, daß 5 % der Landeslotteriegewinne in den neuen Bundesländern der Jugendarbeit zufließen. Oftmals wird für den Denkmalschutz oder für andere Sachen gespendet. Ich denke, auch für die Jugendarbeit sollte man den Ansatz über die Lotterie nutzen und 5 % in die aktive Jugendarbeit einfließen lassen.

Die Gewaltbereitschaft unter Jugendlichen nicht nur im Umfeld von Fußballspielen hat in ganz Deutschland zugenommen. Dort müssen durch projektbezogene Förderung, aber auch durch den Einsatz von Streetworkern die Probleme kompensiert werden. Man muß den Jugendlichen, auch den arbeitslosen Jugendlichen eine Chance geben, um sie einzubinden, einzubinden auch dann, wenn es teilweise schwierig ist. Aber hierzu gibt es keine Alternative. Das Gewaltpotential ist sicherlich nicht symptomatisch für die gesamte Jugend, aber es ist ein Problem, dem wir uns zu stellen haben.

Bei allen jugendpolitischen Maßnahmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollte nicht versucht werden, die Probleme für die Jugendlichen und damit an Stelle der Jugendlichen zu lösen. Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, daß sie Hilfe zur Selbsthilfe ermöglichen.



Wichtig ist in diesem Zusammenhang für uns Jugendliche auch, zu erkennen, daß Freiheit auch Selbstverantwortung, Toleranz und bewußten Verzicht beinhaltet. Grenzenlose Freiheit gibt es sicherlich nur über den Wolken, aber wir sehen es immer wieder: Der Freiheitsbegriff wird leider mißverstanden.

Es gäbe noch manches zu sagen, aber das sollte in der anschließenden Diskussion zur Sprache kommen. Am Ende vielleicht noch ein Blick in die eigene Zukunft der CDU. Wir sollten es in der CDU auf allen Ebenen und bei allen Themen als eine wichtige Aufgabe ansehen, sowohl jüngeren Mitgliedern, aber auch jungen Leuten die Chance zur Mitgestaltung zu geben und sie auch zur Mitgestaltung einzuladen. Die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz unserer Demokratie und der Parteienlandschaft hängen wesentlich davon ab, ob es uns gelingt, politische Entscheidungsfindung durchschaubar zu machen und damit zu gesellschaftlichem Engagement zu ermutigen. Wir sollten uns dabei auch nicht scheuen, frühzeitig Verantwortung auch in junge Hände zu legen, auch wenn damit unbequeme Ansichten, unkonventionelle Verhaltensweisen verbunden sind.

Zum Abschluß zusammenfassend: „Jugend in Deutschland“, das ist ein Herkommen aus zwei unterschiedlichen Erfahrungshorizonten, das ist die Chance zur gegenseitigen Veränderung und zur gemeinsamen gesellschaftlichen Neugestaltung, das ist ein Zusammenfinden im Gespräch, im Hineindenken in die Befindlichkeit und die Geschichte des anderen. Dieses Zusammenfinden kann auch ein Beispiel für die europäische Einigung sein. „Perspektiven in Freiheit“, das ist ein Gestaltungsspielraum, wie ihn keine Generation vor uns hatte, das ist die Möglichkeit, aber auch die Mitverantwortung, sich für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einzusetzen, das ist eine Zukunft in Europa zum Anfassen, Mitmachen und Mitgestalten, trotz aller Probleme, die offen benannt werden müssen und denen wir uns stellen müssen. – Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank, Herr Meyer. Sie haben uns eine umfassende Einführung in unser Thema gegeben. Sie haben nach Perspektiven in Freiheit gefragt. Sie haben im Blick auf Ihre Anforderungen an Bildung und Politik klare Sätze gebraucht.

Wir sollten in einer ersten Runde zunächst noch bei der Bestandsaufnahme bleiben, wie Sie sie mit dem Traum nach Freiheit, der die Jugendlichen auf die Straßen geführt hat, angefangen haben. Was ist aus diesem Traum geworden? Wir haben die Einheit. Geht in der Einheit dieser Traum der Jugendlichen auf? Was haben wir zu bedenken? Wonach haben wir zu fragen?

Im Podium sitzt jemand, vom dem ich weiß, daß er über viele Jahre in den Friedensdekaden, in den Gruppen der Kirchen das schon vorbereitet hat, was in der Wende zum Ausdruck kam: die friedliche Revolution. Harald Brettschneider, ich weiß von Ihnen, daß Jugend für Sie nicht nur vereint, sondern auch wiedervereint ist. Sie haben über Jahre keinen Hehl daraus gemacht, daß dies kommen würde. Ich möchte Sie nach Ihrer Bestandsaufnahme fragen. Wie sehen Sie das, was wir wollten, und das, wo wir heute stehen?

**Harald Brettschneider:** Ich möchte zwei Zitate an den Anfang stellen, die ich in den letzten Wochen und Tagen von Jugendlichen häufig gehört habe. Das erste Zitat: 'Wir leben in einer bewegten und bewegenden Zeit. Wo soll das alles hingehen, und wo geht es Gott sei Dank hin?' Das zweite Zitat: 'Wir Jugendlichen sind die Leidtragenden der Wende.'

Diese beiden Zitate zeigen die Spannung, in denen sich Jugendliche befinden, denn man kann nicht von der Jugend sprechen, das weiß jeder, der sich mit Jugendlichen beschäftigt.

Es ist ein wirklich toller Weg – dafür bin ich froh und dankbar –, daß von der unruhigen Jugend der 80er Jahre eine Loslösung gegenüber jeder Art von Bevormundung ausgegangen ist. Wenn Jugendliche heute sagen: „Es ist ein irres Gefühl, wenn du kapierst, daß dir keiner wirklich etwas kann“, oder wenn sie sagen: „Ich möchte mir auch in der Zukunft noch ins Gesicht schauen können“, dann sind das zwei Aussagen, die ich gerne fördern möchte.

Für mich waren Jugendliche durch die Zeiten hindurch Seismographen, die angezeigt haben, was es an gesellschaftlichen Entwicklungen gibt. Da entdeckte ich heute auf der einen Seite mit Freude tatsächlich manchen Optimismus, da entdeckte ich, wie sie zwischen Amerika, Irland und Italien unterwegs sind, und das ist beneidenswert herrlich. Da entdeckte ich, daß sie sagen, was sie denken, und dies tun können, ohne daß eine Hand nach ihnen krallt. Auf der anderen Seite beobachtete ich aber auch – über die Freuden brauche ich in diesem Gremium nicht so sehr viel zu berichten – Signale, daß Jugendliche, die bis in die frühe Vergangenheit mit Freude an der Wende gearbeitet haben und für die Freiheit einstanden, plötzlich seelische Darmverschlüsse bekommen, daß der sagenhafte Hunger nach Freiheit einer seelischen Verschlössenheit weicht.

Nun weiß ich – einer unserer Sozialdiakone hat das kürzlich gesagt -: „Wo es raucht, da ist das Feuer nicht weit.“ Dabei denke ich nicht nur an die Jugendlichen, die Gewalt akzeptieren, sondern mich beschäftigen vor allem diejenigen, die sich an verschiedensten Punkten in die Enge getrieben fühlen, wenn sie z.B. sagen: „Wir waren die Opfer, jetzt müssen wir uns schon wieder rechtfertigen, weil die bisherigen Täter in die Rolle der Vermittler geschlüpft sind, und die meinen nun zu wissen, was für uns gut ist.“ Und ich muß die Enttäuschungen bei jungen Leuten ansprechen, die keinen Bezugspunkt mehr haben, die, wie am Sonnabend der Ministerpräsident gesagt hat, „gesellschaftlich glaubenslos“ geworden sind. „Wir verachten die Wendigkeit unserer Erwachsenengeneration“, hat einmal einer gesagt. Diese Wendigkeit macht sie ungeheuer unsicher. Ich muß den Zorn der jungen Leute über den Werteverlust nennen, den sie mehr wahrnehmen, als wir gemeinhin sehen. Wer weder Arbeit noch Ausbildungsplatz hat – diejenigen gibt es –, auch nicht über Geld verfügt und dann in den Zeitungen permanent die Schweinereien derer liest, die ihre Schäfchen wieder ins Trockene gebracht haben, der wird für brutale Antworten empfänglich.

Sie verzeihen es mir bitte, aber ich habe früher gesagt, was ich dachte, und sage das auch heute: Wenn sich die Parteien der Abgeordneten zunächst mit den Diäten beschäftigen, bevor sie die Haushaltspläne für die Jugendarbeit beschließen, dann ist das etwas, was mich auf die Barrikaden treibt.

(Beifall)

Ich beklage auch, daß z.B. eine Jugendpolitik betrieben worden ist, die wie hier im Land Sachsen zunächst keine müde Mark für die Jugendarbeit eingeplant hatte. Jetzt, wo die Gewalt akzeptierenden Jugendlichen so von sich reden gemacht haben, daß sie nicht mehr zu übersehen sind, kommen die Millionen, die für dieses Jahr kaum mehr auszugeben sind. Ich muß die Ängste ernst nehmen, die junge Leute heutzutage haben, wenn es um die Frage der Zukunft, des Wirtschaftswachstums geht, das zwar im Baugeschäft sehr groß ist, aber ansonsten in Sachsen noch nicht in dieser Weise erkennbar ist. Junge Leute haben mir gesagt: „Wir wissen nicht, wo das hingeht.“

„Perspektiven in Freiheit“: Ich habe die Ängste genannt, weil wir sie nicht vergessen dürfen und weil Jugendliche, die solche Ängste signalisieren, seismographisch anzeigen, wo wir aufpassen müssen. Das bedeutet für mich aber auch, daß wir die Durchblicke und die Durchbrüche bei Jugendlichen erspüren können und erspüren müssen. Wenn junge Leute von uns nach Baden-Württemberg oder sonst wohin fahren, um da zu arbeiten, ist das für mich nicht nur eine Abwanderungsbewegung, vielmehr denke ich, sie werden wie die früheren Wandergesellen eines Tages zurückkommen, und dann werden sie Produktivität in dieses Land einbringen. Oder ich denke, daß die Jugendlichen, die auch heute noch soziale Verantwortung in einer Weise wahrnehmen, daß man sich darüber freuen kann, nicht vergessen werden dürfen.

Alles in allem: Ich wünsche mir von den Parteien und von den Politikern genug Sensibilität, die lauten und die leisen Hilferufe der Jugendlichen genauso ernst zu nehmen wie die Sorge um die eigene Wiederwahl.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank, Herr Brettschneider, für das Bild, das Sie uns aufgefächert haben. Die Freude über die Freiheit, aber auch die Ängste, die Signale der Jugendlichen, die Jugendlichen als Seismographen, das galt nicht nur in der DDR, das gilt auch heute.

Ich möchte die Runde zu den Politikern schlagen, die unter uns sind. Frau Yzer, eine junge Frau im Bundestag, wie erleben Sie die Begegnung von Jugendlichen aus den östlichen und den westlichen Bundesländern? Wo können sie aus Ihrer Sicht gemeinsame Perspektiven finden, wo liegen Auseinandersetzungen?

**Cornelia Yzer:** Zunächst ist es sicherlich richtig, auf etwas hinzuweisen: Es gibt nicht die Jugend, es hat sie nie gegeben. Wenn wir jetzt unter dem Aspekt deutsche Einigung fragen: „Gibt es jetzt auf einmal die deutsche Jugend?“ wäre das sicherlich auch falsch. Denn alles über einen Kamm zu scheren würde der Interessenlage gerade der Jüngeren nicht gerecht werden. Deshalb halte ich auch den Hinweis von Herrn Meyer für berechtigt, daß man hier politisch Rahmenbedingungen für eine vielfältige Jugendpolitik setzen muß, wo Freiraum da ist, wo Eigeninitiative gefragt ist und wo vor allen Dingen auch freie Träger ihren Raum finden, so daß Jugendpolitik, die sich gerade in der ehemaligen DDR durch eine Einheitspolitik ausgezeichnet hat, künftig nicht eine öffentlich verwaltete Jugendpolitik wird.

Wenn man über Jugendpolitik spricht, muß man natürlich auch fragen: Wo sind Freiräume, oder wo gibt es Gremien, wo junge Leute zusammentreffen können, um Politik gemeinsam zu gestalten? Ich möchte auf ein Beispiel eingehen, das schon genannt wurde. Es gibt im Bundestag innerhalb der CDU/CSU-Fraktion mittlerweile die Junge Gruppe, in der junge Abgeordnete unter 35 Jahren aus Ost und West zusammentreffen, und das halte ich für einen ganz wichtigen Punkt. Natürlich haben wir nicht immer Interessenidentität, sondern jeder kommt aus seinem Bereich mit persönlichen Erfahrungen, die er auch Woche für Woche wieder aus dem Wahlkreis mitbringt. Aber es ist wichtig, daß hier Jüngere zusammentreffen, um sich auszutauschen, damit die, die aus den neuen Bundesländern kommen, für ihre Jugendlichen werben können, und daß wir, aus dem Westen kommend, umgekehrt auch für die Interessen unserer Jugendlichen werben können.

Eines halte ich nämlich auch für wichtig: Wir sprechen viel über die Befindlichkeit junger Menschen in den neuen Bundesländern, über die Probleme, die sie derzeit aus verständlichen Gründen haben. Aber ich hielte es auch für falsch, wenn man das Bild

der Jugend in den westlichen Bundesländern als optimal darstellen würde, als wäre dort alles zur Zufriedenheit junger Menschen, als würden sie sich mit dem System und seinen Ausprägungen völlig identifizieren. Richtig ist vielmehr zu sagen: Jugendliche haben in ganz Deutschland Probleme, weil sie in der Vergangenheit nicht ausreichend ernst genommen wurden und weil sie oftmals feststellen müssen, daß das, was sie als wichtig ansehen, im politischen Tagesgeschäft keinen Niederschlag findet.

Ich möchte das an einem Beispiel deutlich machen. Wir sagen immer, wir müssen Politik machen, um Zukunft zu gestalten. Das ist sicherlich richtig. Aber letztendlich sind es wieder die Tagesentscheidungen, die das Bild der Politik in der Öffentlichkeit bestimmen. Wenn wir sagen, Jugendliche haben auch Visionen, und wir wollen jetzt nicht nur ihre konkrete Betroffenheit eingelöst sehen, sondern sie müssen auch langfristig etwas sehen können, dann müssen wir auch wahrnehmen, daß Jugendliche sensibler als ältere Generationen sind. Das Stichwort Seismograph war schon richtig, um Jugend zu umschreiben. Da werden inzwischen Punkte aufgenommen, die von älteren Generationen nicht wahrgenommen werden. Wir sprechen darüber, daß Jugendliche in den neuen Bundesländern Sorge um ihren Arbeitsplatz haben. Auch für junge Leute im Westen spielt die Frage nach einem krisenfesten Arbeitsplatz nach wie vor eine Rolle. Das heißt auch: Jugendliche sind daran interessiert, daß wir eine funktionsfähige Wirtschaft haben und daß wir von politischer Seite Maßnahmen ergreifen, um Soziale Marktwirtschaft und marktwirtschaftliche Ordnung zu sichern. Aber das soll nicht heißen – darauf müssen wir auch gerade die Älteren aufmerksam machen –, daß wir in der Zukunft weiter mit Mitteln innerhalb der Sozialen Marktwirtschaft arbeiten können, die für uns auch Probleme gebracht haben, beispielsweise im Umweltbereich.

Wenn wir feststellen, daß nicht nur Mißwirtschaft in der ehemaligen DDR, sondern durchaus auch Soziale Marktwirtschaft im Westen Umweltprobleme hervorgerufen hat, dann müssen wir jetzt, wenn wir als Jugend gemeinsam an Problemkreise herangehen, auch umdenken, im von mir konkret genannten Fall: Weg von der Sozialen Marktwirtschaft, hin zu einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft!

Ich denke, das sind Punkte, die man auch immer wieder berücksichtigen muß. Da ist Sensibilität vorhanden im ökologischen Bereich, im ökonomischen Bereich, im Bereich der Entwicklungspolitik, um nur einmal drei Punkte zu nennen, und da müssen Jugendliche in ganz Deutschland gemeinsam Politik gestalten.

Und damit komme ich zum Ausgangspunkt zurück: Wir als „Junge Gruppe“ im Bundestag hoffen, diese Sensibilität aufnehmen und in alte Strukturen hineinbringen zu können.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank, Frau Yzer, auch für Ihre Bemerkungen, daß es nicht nur um die Jugend in den östlichen Ländern gehen kann, sondern das insgesamt etwas neu werden muß und diese Veränderungen auch im westlichen Teil einfließen müssen.

Politik ist ein Feld. Ein anderes Feld, was mehr noch als Politik verbindend wirkt, ist der Sport. Wir haben unter uns Herrn Umbach. Wie sieht er Sport als Möglichkeit der Verständigung der Jugendlichen in Ost und West, aber darüber hinaus der Verbindung auch in Europa; Sport als ein Feld, das auch wichtig ist im Blick auf gesellschaftliche Fragen, vor denen wir stehen. Herr Brettschneider und auch Herr Meyer sprachen das Thema Gewalt an, ein Gebiet, auf dem der Sport durchaus wirken kann. Ich denke an Initiativen wie „Play fair!“ beispielsweise. Ich bitte Sie nun um ein Statement aus Ihrer Sicht zur Verständigung der Jugend im östlichen und westlichen Teil.

**Claus Umbach:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen erst einmal recht herzlich Dank sagen, daß ich als 1. Vorsitzender der Deutschen Sportjugend hier Gelegenheit habe, einige Worte zum Thema „Jugend in Deutschland – Perspektiven in Freiheit“ aus der Sicht der Deutschen Sportjugend zu sagen.

Die Deutsche Sportjugend ist ein freier Träger von Jugendarbeit. Sicherlich ist es vor Eintritt in die Ausführungen angebracht, die von mir vertretene Institution Deutsche Sportjugend kurz zu skizzieren. Lassen Sie mich das ein wenig abseits von den sonst üblichen Zahlenbeispielen und soziologisch gefärbten Erklärungen tun.

Die uns allen täglich zu Ohren kommenden Informationen über Jugend verheißen Bedrohliches: Jugend zwischen Frust und Apathie, Jugend auf dem Weg aus der Gesellschaft, Jugend ohne Perspektive und soziales Engagement. – Diesen sicherlich vielfach zutreffenden Aussagen vermag die Welt des Sports, des Jugendsports Alternativen entgegenzusetzen. Diese heißen: Geselligkeit, soziale Kontakte, Erfolg-orientierung und Fairplay, Umweltbewußtsein, freiwilliges und unentgeltliches Engagement für andere.

Rund 8 Millionen Kinder und Jugendliche haben sich die Deutsche Sportjugend als Freizeitzuhause ausgesucht. Was die alten Bundesländer anbetrifft, so ist hier jedes zweite Mädchen im Alter von 7 bis 14 Jahren Mitglied eines Turn- und Sportvereins. Bei den Jungen sind es sogar 70 Prozent. Ich glaube, nirgendwo ist der Organisationsgrad im Sport so groß wie bei den Jugendlichen. Kein Zweifel: Die Turn- und Sportvereine dürfen mit Recht als die aktivsten und größten Jugendhäuser in der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet werden.

Wenn ich eben von den alten Bundesländern gesprochen habe, so möchte ich auch die Kehrseite der Medaille zeigen und die neuen Länder ansprechen, denn hier sieht die Situation so ganz anders aus. Nur selten ist uns allen sicherlich in den letzten Monaten klar geworden, wie sehr der Sport ein Teilsystem unserer Gesellschaft ist und wie sehr sich gesellschaftliche Entwicklungen auch im Sport widerspiegeln.

Ein Blick auf die Jugendlichen in den neuen Ländern verdeutlicht dies. Sicherlich ist denen zuzustimmen, die herausgefunden haben, daß die Jugendlichen dort seit dem Mauerfall und der Wiedervereinigung in drei tiefe Löcher gefallen sind, die es ihnen fast unmöglich machen, in ihrem Lebensumfeld zu einem geregelten Miteinander zu kommen und zu einer eigenen Identität zu finden.

Zum einen sind sie sicherlich ihrer nationalen Identität beraubt worden. Zwar sei, so die Forschungsergebnisse, das alte System mehr verhaßt als beliebt gewesen, doch hätten die Erfolge im Sport und im Vergleich zu den anderen Ländern des Ostblocks auch im wirtschaftlichen Bereich durchaus Selbstwertgefühl vermittelt. Nun fühlten sich die Jugendlichen zu Deutschen 2. Klasse degradiert. Dies werde durch ein nationales, ja oft nationalistisches Denken kompensiert.

Zum anderen seien die Jugendlichen auch in ein tiefes wirtschaftliches Loch gefallen. Die westliche Glitzerwelt habe sich ihnen geöffnet, bleibe ihnen aber dennoch durch fehlende finanzielle Mittel weitgehend verschlossen. Die verbreitete Jugendarbeitslosigkeit tue ein übriges und lasse die Zukunft düster erscheinen.

Schließlich seien die Jugendlichen auch in ein tiefes sozialpolitisches Loch gefallen. Es fehle an sozialpädagogischen und auch sportlichen Programmen, die die Jugendlichen auffangen könnten. Außerdem zeichneten sich die vielen Trabantenstädte durch eine durch nichts mehr zu überbietene Trostlosigkeit und Öde aus; Langeweile wird so zur Normalität, Gewalt ist fast vorprogrammiert.

Müssen wir uns vor dem Hintergrund dieser Feststellungen noch über Gewaltbereitschaft und Neigung zum Rechtsradikalismus gerade bei Jugendlichen wundern?! Haben wir das Recht, darüber zu klagen, daß Aggressionen und Gewalt inzwischen zu einem ernststen Problem für unsere Gesellschaft geworden sind?! Ist es recht, daß wir uns darüber aufregen, daß bei einer kürzlich durchgeführten Befragung 60 Prozent der Jugendlichen davon überzeugt waren, daß Asylanten meistens nur von unserem Wohlstand leben wollen?

Lassen Sie mich zum Sport zurückkehren! Nicht nur von der hohen Politik, sondern aus allen Bereichen unserer Gesellschaft bekommen wir gesagt, daß die Turn- und Sportvereine als Träger auf der untersten Ebene und die Jugendarbeit im Sport generell hervorragende Auffangbecken für orientierungslos gewordene junge Menschen darstellen und einen Beitrag zur Identitätsfindung leisten können.

Aus dieser Überzeugung heraus hat die Deutsche Sportjugend schon weit vor dem Zusammenschluß, im Februar 1990, mit strukturbildenden Maßnahmen im Gebiet der damaligen DDR begonnen. Sie hat im Februar 1990 sämtliche mit Jugendarbeit befaßten Träger und Gremien der damaligen DDR zu einer mehrtägigen Informationsbörse nach Berlin-West und Berlin-Ost zusammengerufen. Hieraus entwickelte sich ein Arbeitsvorstand der Sportjugend der DDR, mit dem der Vorstand der Deutschen Sportjugend Grundlagen für eine Sport- und Jugendkultur unseres Verständnisses schon rund ein halbes Jahr vor dem sportlichen Zusammenschluß der alten und neuen Länder gelegt hat.

Inzwischen gibt es in allen Ländern demokratisch legitimierte Sportjugend-Vorstände, die wiederum in ihren Einzugsbereichen Infrastrukturen bis zur untersten Ebene herstellen. So ist es inzwischen auch gelungen, die rasante Rückwärtsentwicklung im Organisationsgrad des Jugendsports zu stoppen.

Auch werden heute grundsätzlich andere Akzente gesetzt als zu früheren Zeiten, wo der Jugendsport allein unter Körperkultur rangierte. Sport wird nicht mehr nur mit Wettkampfsport gleichgesetzt, sondern in allen seinen Ausformungen gesehen, die auf Selbstfindung, Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung hinzelen; denn die an Höchstleistungen orientierte und allein auf Ermittlung der Leistungsbesten ausgerichtete Variante des Sports umfaßt nur kleine Gruppen von Sportinteressierten und ist auch nicht in der Lage, alle Leistungsmöglichkeiten und Leistungsinteressen aufzufangen.

Der Deutschen Sportjugend – inzwischen in Ost und West – kommt es aber darauf an, allen Kindern und Jugendlichen ein sportliches und kulturelles Aktionsfeld anzubieten, das ihren Wunschvorstellungen nach Persönlichkeitsentfaltung entspricht.

(Vereinzelt Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank, Herr Umbach.

Sport – ein Feld, auf dem in der Tat viel in Bewegung ist, ein Feld, auf dem auch Jugendliche aus den neuen Ländern immer noch hervorragende Erfolge erzielen, wenn ich z.B. daran denke, daß ich in Thüringen die Mannschaft „Jugend trainiert für Olympia“ beglückwünschen konnte zu ihrem Sieg in der Gemeinschaft aller deutschen Länder. Das ist, denke ich, ein hervorragender Erfolg.

Wie aber sieht es in der deutschen Schul- und Hochschullandschaft aus? Junge Studierende – vereint und doch verschieden? Eine Frage an Herrn Dr. Rößler.

**Dr. Matthias Rößler:** Vieles ist zu diesem Thema heute schon gesagt worden; ich will das jetzt auch nicht alles wiederholen, sondern mich vor allem auf die Frage konzentrieren, in welcher Situation die Jugend in Ostdeutschland steht, und nur darüber kann ich hier sprechen.

Man muß einfach eines wissen: daß der real existierende Sozialismus die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit durchdrungen hat, und zwar viel tiefer, als wir uns das vielleicht noch vor einem Jahr gedacht haben.

Durch demokratische Wahlen ist sicher das Regierungssystem grundlegend erneuert worden, aber der Einfluß auf andere Bereiche der Gesellschaft dieses neuen Staatswesens, wobei teilweise auch unorganisch kopiert worden ist, ist unterschiedlich.

Wir haben demzufolge im wirtschaftlichen Bereich, in der Verwaltung, aber besonders im Bildungssystem unterschiedliche Mischformen, Übergangsformen zwischen den totalitären Strukturen der ursprünglichen Gesellschaft und dieser neuen, und durch die Übernahme des Rechtsstaates, zu dem wir uns ja alle bekennen, werden natürlich bestehende Verhältnisse oftmals auch unfreiwillig konserviert.

Mit diesem Phänomen sind wir also konfrontiert, und ich sage Ihnen gewiß nichts Neues, wenn ich feststelle, daß von der Bevölkerung diese Funktion des Rechtsstaates, bestehende Verhältnisse in vielen Bereichen der Gesellschaft zu konservieren, nicht verstanden wird.

60 Jahre totalitärer Diktaturen haben diese Menschen geprägt, und ihrem Gerechtigkeitsempfinden widerspricht das, was der Rechtsstaat in vielen Bereichen tut, daß also die, die früher oben waren, wieder oben sind, und daß die, die unten waren, unten bleiben. So einfach wird das eben meist diskutiert, und hier ist es auch schwer, Argumente zu finden.

Wie sieht das nun im Bildungswesen aus, im Prinzip in dem gesellschaftlichen Subsystem, das dem SED-Regime ganz besonders am Herzen gelegen hat? – Wir wissen eins: Die Mehrheit der Jugendlichen wurde spätestens ab Kindergarten von diesem System geprägt. 90 Prozent unserer Frauen waren berufstätig, also wurden die Kinder sehr früh der staatlichen Erziehung übergeben.

Heute kann man sagen: Grundprinzip war dabei, die Individualität zu hemmen und jeden von staatlich vorbestimmter Konformität abweichenden Willen zu brechen. So kann man – hart ist es zwar formuliert; neben mir sitzt eine Lehrerin – doch über weite Strecken das Anliegen unseres Bildungssystems beschreiben. Und das schlug sich dann immer so schön in den Beurteilungen nieder, daß nämlich die Fähigkeit zur Einordnung ins Kollektiv der Dreh und Angelpunkt jeder Beurteilung war. Wer durch unser Schulsystem gegangen ist, kann das nachvollziehen.

Das Mitspracherecht der Eltern bei der Erziehung war weitestgehend eingeschränkt, und man muß so ehrlich sein festzustellen, daß viele Eltern selbst von autoritären Strukturen geprägt waren, die ja eine gewisse Kontinuität hier in diesen Landstrichen haben, und ganz froh waren, wenn sie die Erziehung, die Disziplinierung ihrer Kinder, dem staatlichen Bildungs- und Erziehungswesen überlassen konnten. Und das – so muß man heute feststellen – ist eben auch jetzt noch über weite Strecken so.

In unseren Schulen wurden die allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeiten dressiert. Dabei kam dem Lehrer eine wichtige Funktion zu. Ich glaube, gerade die Lehrer sind eine Personengruppe, die vom System ganz besonders geprägt worden ist. Man erwartete von ihnen, daß sie selbstverständlich obrigkeitstaatliches Denken reproduzierten. Man hat ihnen vorher, in ihrer Ausbildung, das Rückgrat zu brechen versucht; das ist unterschiedlich gut gelungen. Aber man erwartete es einfach von ihnen, und diese Mechanismen erzeugten unter den Schülern einen unvorstellbaren Anpassungsdruck. Wer nicht durch dieses Schulwesen gegangen ist, kann das ganz schwer nachvollziehen.

Dieser Anpassungsdruck war natürlich auch dadurch bestimmt, daß man weiterkommen wollte. Ich gebe das für mich hier ganz eindeutig zu. Man versuchte, das Abitur zu machen und dann zum Studium zu kommen, und das war immer mit einem Maß von Anpassung verbunden.

Nun ist dieses System zusammengebrochen. Es ist durch die friedliche Revolution in seinen Grundfesten erschüttert worden, aber dann mehr oder weniger implodiert; man muß es heute so sagen. Anstelle dieses vorgegebenen Denkens, dieser ganzen Lebensweise, die hier geprägt worden ist, gähnt jetzt eine gewisse Leere, und das wird von der Jugend ganz besonders stark empfunden. Man glaubt vielen Lehrern nicht mehr. Wer die staatlich sanktionierte Lüge weitergetragen hat, wird natürlich gerade bei den älteren Schülern in gewisser Weise unglaubwürdig, und auch viele Eltern – man muß es sagen – sind vor ihren Sprößlingen – es gibt ganz bestimmte soziale Gruppen, wo das besonders ausgeprägt ist – einfach nicht mehr glaubwürdig.

Deshalb flüchtet die Jugend bei ihrer Suche nach neuer Identität in neue Nischen. Besonders gefährlich in den neuen Ländern ist hierbei der Rechtsradikalismus, und man muß heute sagen, daß das erste Mal seit 1945 die rechtsradikale Jugendszene über weite Strecken unser Jugendleben hier prägt. Das ist eine Personengruppe, auf die wir zugehen müssen; hier liegen Hauptaufgaben.

Als Bildungspolitiker sehe ich hier natürlich ganz besonders das Bildungswesen in der Pflicht. Ich glaube, durchgreifende Reformen im Bildungswesen, an unseren Schulen und Hochschulen müssen dazu führen, daß dieser Bereich, der das Leben der Jugendlichen neben der Familie – am meisten prägt, verändert wird.

Gerade im Schulbereich haben wir in den letzten Monaten da viel diskutiert. Wir haben neue Schulgesetze eingeführt. Aber ich muß auch sagen: Vielleicht haben wir uns zu sehr bei der Diskussion um Strukturen aufgehalten – hier Gesamtschule, da dreigliedriges Schulsystem oder, wie hier in den „südlichen“ Ländern, in gewisser Weise eine alternative Form, die zwischen diesen beiden Systemen steht.

Aber es kommt, glaube ich, darauf an, und das interessiert die Schüler besonders, daß der Unterricht auch mit neuen Inhalten erfüllt wird und daß es Pädagogen gibt, die sich glaubwürdig darstellen können. Deshalb darf man diese Strukturdiskussion nicht so verabsolutieren, sondern muß hier zunehmend über Inhalte nachdenken. Man muß den Jugendlichen Alternativen anbieten.

Stichwort Hochschulreform. Die Hochschulen und die Hochschullehrer sind natürlich vom sozialistischen System in gewisser Weise noch mehr geprägt als die Schulen. Während ein Lehrer mehr oder weniger zwischen zwei Feuern stand, gehörten viele Hochschullehrer – und das sage ich hier so deutlich – zu den Privilegierten des Systems. Sie nahmen in gewisser Weise die Rolle von privilegierten Brahmanen ein, weil sie die alleinseligmachende Lehre auf die neuen Eliten, die man da zum Aufbau des Sozialismus erzeugen wollte, weitertragen sollten. In Sachsen waren 87 Prozent der Hochschullehrer Mitglieder der SED.

Grundanliegen unserer Hochschulerneuerung ist eigentlich nur eins: Wir wollen feststellen, und zwar im Wettbewerb dieser Hochschullehrer gegen oder mit ihren Oberassistenten und anderen Wissenschaftlern, wer wirklich die Fähigkeit hat, die wissenschaftliche Reputation, um auf die Position eines Hochschullehrers zu kommen, und wer nur eine Parteikarriere gemacht hat. Ich glaube, das ist auch für den Hochschullehrer selbst wichtig.

Wir brauchen selbstverständlich eine durchgreifende Strukturreform im Hochschulbereich, und hier – und auch das muß ich so deutlich sagen – werden uns durch die



Finanzminister in den neuen Ländern und speziell in Sachsen mit seinem überproportional entwickelten Hochschulbereich Grenzen gesetzt, und es wird hier sicherlich zu schmerzhaften Anpassungen kommen.

Ziel jeder Anpassung muß aber das eine sein: das ist die Ausbildung der Studenten. Wir müssen den Studenten hier Wissen vermitteln, mit dem sie am Schluß etwas anfangen können. Und auch, wenn das für viele Mitarbeiter an den Hochschulen vielleicht problematisch ist: Es kann nicht im Mittelpunkt stehen, wie sich die jeweilige Lebenslage der Lehrkräfte an den Hochschulen an sich entwickelt; wir müssen die Priorität der studentischen Ausbildung sehen. – Das waren einige Gedanken, die ich zu diesem Thema sagen wollte. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Herr Dr. Rößler, Sie haben nicht nur die Hochschulen in den Blick genommen, sondern Schule und Bildung umfassend. Ich fühle mich als Kultusministerin durch Ihr Statement herausgefordert, möchte diesen Part aber zunächst Frau König überlassen. Vielleicht können Sie die Frage der Glaubwürdigkeit besonders in den Blick nehmen, der Eltern und Lehrer gegenüber der Jugend, nach dem, was sie in der Wende erlebt haben, auch an Wandlungen, an Umorientierungen. Wie kommen Jugendliche, Schüler damit zurecht, und was hat Schule für Möglichkeiten?

**Elke König:** Das ist ein äußerst schweres Unterfangen und in einem so kurzen Statement überhaupt nicht zu bewältigen.

Ich komme aus Greifswald und bin dort Leiterin eines Seminars des großen Instituts für Schule und Ausbildung. Ich habe früher immer gesagt: Ich bin Lehrer; ich habe jetzt gelernt: Ich bin Lehrerin – und zwar für eigentlich die beiden Fächer, die die meiste Phantasie erfordern, nämlich Mathematik und Physik. Ich vertrete somit eine Berufsgruppe, über deren Schwierigkeiten schon in der Bibel geschrieben steht: „Liebe Brüder, werfe sich nicht ein jeder zum Lehrer auf, sondern bedenkt, daß Lehrer ein strenges Urteil empfangen werden.“ – Wie wahr! Ich hab’s eben ja auch vernommen.

Gerade in dieser Gruppe wird die Schmerzhaftigkeit von Abschieden durch Umbrüche empfunden; denn diese Abschiede sind Gott sei Dank nun auf Endgültigkeit angelegt. Aber dieser Abschied von diesem starren und schlimmen Schulsystem brachte mit der wiedergewonnenen Freiheit ja gerade die Chance, neue Perspektiven zu entwickeln, in anderen Dimensionen zu denken, also ein Bildungs- und Schulkonzept zu entwickeln, das Mündigkeit, soziale Verantwortung und Sachkompetenz miteinander verbindet.

Ich merke jeden Tag, was für ein kompliziertes, spannendes, anstrengendes, kräftezehrendes, aber auch befriedigendes Unternehmen das ist. Man braucht manchmal schon fast ein Übermaß an physischen und psychischen Kräften, um damit ordentlich umgehen zu können.

Aber wie steht es nun mit dieser Freiheit, wie geht man damit um? – Ich denke schon – und ich bringe es ein bißchen überspitzt –, dieses Unvermögen, mit der Freiheit umzugehen, bringt vielschichtige Ängste bei Lehrern hervor, die oft auch existentieller Art sind und die wieder neue Verdrängungsmechanismen oder Fluchtmöglichkeiten haben.

Am Sonnabend hatten wir noch eine Veranstaltung, und ich habe mir den Spaß gemacht – eigentlich ein trauriger Spaß –, einmal zu zählen, was an positiven und

negativen Dingen genannt wurde. Ich habe zwanzigmal etwas Negatives registriert, einmal etwas Positives. Es wird immer nur gefragt: Wie geht es mir, wie geht's dem Lehrer, aber es wurde nie gefragt: Wie geht's dem Schüler? Und das ist natürlich bedenklich.

(Beifall)

Wir alle, die wir im engeren oder weiteren Sinne mit Bildung und Erziehung zu tun haben, wissen sehr wohl von Spannungen zwischen den Ansprüchen von Staat und Gesellschaft und dem pädagogischen Ziel einer individuellen Förderung. Es gilt sehr wohl, unter Beachtung des Wohles des Kindes zu unterscheiden zwischen Leistungsanforderung und vorbehaltloser Annahme, zwischen Auslese und individueller Förderung, zwischen Wettbewerb und Solidarität, Freigeben und Unterstützen. Kann und wird das umgesetzt werden? Und dann die Frage: Und von wem?

Und dann habe ich die Referendare vor mir, an die ich diese Ansprüche stellen muß, und ich merke, wie schwer sie sich damit tun; denn sie sind ja auch ein Stückchen der Saat unseres Schulsystems, die dort aufgegangen ist. Es ist zu merken – und es fällt schwer zu konstatieren –, daß die Bandbreite der Einstellungen und Verhaltensweisen der Kinder und Jugendlichen wesentlich größer geworden ist, und, vor allen Dingen, sie tritt jetzt offen zutage. Sie war eigentlich schon immer da, bloß jetzt merken wir, was alles unter der Decke geschlummert hat.

Auf der einen Seite sehr wohl nazistische Formen der Selbstverwirklichung, vor allem mit einem übertriebenen Bedürfnis nach Selbstbetätigung und Aggression. Es zeigen sich hier wohl wirklich manchmal Lebensnot und auch mangelnde Zuversicht. Ich komme eben aus einer Stadt, die leider in der Presse sehr unrühmlich in Erscheinung getreten ist, und deshalb weiß ich ein klein wenig, wovon ich spreche.

Aber auf der anderen Seite sehe ich in erheblichem Umfang auch Lebensbejahung und kritikfähige Identifizierung mit der Gesellschaft. Und wenn von Kindern und Jugendlichen Fragen kommen: Wie kam es, daß ihr den sichtbaren Verfall der Fassade nicht sehen konntet oder die Umweltverpestung nicht riechen konntet? – dann, denke ich, ist es nur gerechtfertigt. Und dieses Hinterfragen und die damit anfallende „Trauerarbeit“ kann aufklärerisch und auch klärend sein, wenn man sich darauf einläßt. Einlassen muß man sich, und das kostet manchmal sehr viel Mut und auch Zivilcourage.

Wir haben auch, meine ich, nur zu gut erfahren, daß Ideale unserer gewesenen Zeit – vielseitige Bildung (ich sage nicht: allseitige Bildung), Solidarität, Disziplin und Ordnung wertvoll sind, wenn man ihnen folgt und für ihre Verwirklichung tätig ist, aber gefährlich sind, wenn sie zur Rechtfertigung des Standortes einer Partei dienen. Und gerade das sind die Erinnerungen bei Jugendlichen, und die lassen sich nicht so schnell ausräumen.

Gerade von den Lehrern erwarten Jugendliche geschlossene, eindeutige Antworten, die alle Bereiche des Lebens umfassen, und wenn das nicht möglich ist, zumindest Toleranz – Toleranz bezüglich der manchmal doch großen Wirren in der individuellen Suche nach Orientierungen. Diese Erwartungshaltung, der man ausgesetzt ist, wird von uns manchmal wohl als sehr strapaziös angesehen und auch beargwöhnt; denn das lange Offenhalten von Denkprozessen wird von uns allen doch ziemlich schlecht ausgehalten.

Ich denke auch, daß es wichtig ist, eine Zurückhaltung in Urteilen einüben zu müssen, soweit das möglich ist; denn vorläufige Urteile, so wie ich sie sehr oft höre, verfestigen sich nicht selten und schnell zu Vorurteilen. Dialogfähigkeit, Anerkennung von

Konflikten und auch von Dissens bei gleichzeitiger Ermutigung zum Gehen neuer, hoffnungsvoller Wege sollten auf der Tagesordnung nicht nur bei Lehrern stehen. – Danke.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank, Frau König, für Ihr Statement. Ich darf nun zum Abschluß unserer Runde hier vorn Herrn Prof. Bertram bitten, vieles von dem, was hier aus der Erfahrung heraus gesagt worden ist, durch Daten, die ihm zur Verfügung stehen, zu untermauern oder auch zu hinterfragen.

**Prof. Dr. Hans Bertram:** Vielen Dank. – Ich weiß nicht, ob ich diese Erwartung erfüllen kann, weil viel zu viele unterschiedliche Perspektiven thematisiert worden sind. Und ich will noch eine weitere Perspektive hinzufügen, nämlich nicht von der Jugend zu sprechen und auch nicht von den Jugendlichen, sondern auf die unterschiedlichen Lebensalter von Jugendlichen eingehen. Denn die Lebenssituation eines zwölf-, dreizehnjährigen Kindes ist natürlich eine andere als die eines zwanzig- oder fünfundzwanzigjährigen Jugendlichen. Ich möchte dabei versuchen, bestimmte Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Teilen Deutschlands zumindest in einigen Punkten deutlich zu machen.

Ich glaube, eine der massivsten Veränderungen ist der deutliche Übergang von einer überwiegend öffentlich organisierten Form der Erziehung in allen Bereichen auf eine sehr viel stärker familienorientierte Erziehung jetzt auch in den neuen Bundesländern entsprechend dem Modell in den alten Bundesländern. Dies hört sich zunächst sehr abstrakt an, hat aber einige ganz konkrete Probleme und auch Folgerungen.

Wenn wir uns z.B. empirische Untersuchungen anschauen, dann stellen wir fest, daß bei zwölf- bis vierzehnjährigen Kindern und Jugendlichen die Eltern als Freizeitpartner sowohl in Ost wie West die gleiche Bedeutung einnehmen, ohne daß aber beispielsweise in Ost und in West die gleichen familienorientierten Freizeitmöglichkeiten gegeben sind.

Wenn Sie sich beispielsweise Wohnen und Wohnformen in den neuen Bundesländern anschauen, dann ist im Grunde genommen nie darauf Wert gelegt worden, daß beispielsweise die Wohnung als ein Ort gestaltet worden ist, wo Eltern und Kindern gemeinsam Freizeit verleben konnten. Das gleiche gilt für das Wohnumfeld. Wenn Sie jetzt in den Westen gehen – um da einmal eine Zahl zu nennen –, dann wird etwa das unmittelbare Wohnumfeld z.B. in bestimmten Stadtteilen von München von über 80 Prozent der Eltern von Kindern dieser Altersgruppe als zu gefährlich erlebt wegen des Straßenverkehrs.

Das sind zwar zwei unterschiedliche Ansätze gewesen, aber die Probleme, die in beiden Bereichen zu lösen sind, sind eigentlich die gleichen: Wie gelingt es, entsprechend der dahinterstehenden Vorstellung, wie Erziehung laufen soll, tatsächlich eine familienorientierte Nachbarschaft und ein familienorientiertes Wohnumfeld zu entwickeln?

Gehen wir in die nächste Altersstufe – wobei Sie jetzt nicht unbedingt an die Altersangaben im einzelnen halten müssen –, so ist ein zentrales Problem: Wie finden Jugendliche und Kinder die Möglichkeit, sich außerhalb des Elternhauses, sei es in Verbänden, Vereinen usw., selbst zu entwickeln, in Gemeinschaft mit Freunden und Freundinnen auch eigene Lebensräume zu erarbeiten? – Das traditionelle Modell der Bundesrepublik geht davon aus, daß hierfür genügend junge Erwachsene, die etwas älter sind als die Jugendlichen, als Freiwillige zur Verfügung stehen, um beispielsweise im Rahmen der Jugendverbandsarbeit entsprechende Angebote zu machen.

Doch wenn wir uns heute einem der Hauptprobleme im Westen zuwenden, ist es ja gerade, solche freiwillige Mitarbeit in der Jugendverbandsarbeit zu finden, Jugendliche und junge Erwachsene zu engagieren, sich hier nun tatsächlich zu betätigen.

Gehen wir nun in die neuen Bundesländer, ist dieses Problem natürlich noch viel gravierender. Finden wir denn, wenn man die Stärkung der Jugendverbandsarbeit fordert, nun jene freiwilligen jungen Erwachsenen, die bereit sind, einen Teil ihrer Freizeit zu opfern, um in diesem Bereich der Jugendverbandsarbeit wirklich zu arbeiten? Oder müssen wir nicht angesichts der historischen Entwicklung davon ausgehen, daß hier ein sehr viel stärkerer Professionalisierungsschub einsetzen wird, weil einfach die freiwillige Mitarbeit nicht mehr in der Form aktiviert werden kann, wie das in den alten Bundesländern der Fall gewesen ist?

Ich weiß das nicht; das ist eine Zukunftsfrage. Aber ich bin mir nicht sicher, ob sozusagen das einfache Übertragen der traditionellen Jugendverbandsarbeit von den alten auf die neuen Bundesländer bei den Schwierigkeiten, die bereits in den alten Bundesländern bestehen, tatsächlich die Probleme, die wir in diesem Bereich haben, lösen hilft.

Ich denke daher auch – da weiche ich etwas von meinen Vorrednern ab –, daß möglicherweise hier die Kommunen doch sehr viel stärker in die Pflicht genommen werden müssen, als das gegenwärtig der Fall ist. Dabei gibt es ein in meinen Augen völlig abstruses Konfliktfeld: Auf der einen Seite sind die Kommunen gehalten, im Rahmen des KJHG dafür zu sorgen, daß die Kinderbetreuungsmöglichkeiten erhalten werden, und wir haben gerade auf einem anderen Kolloquium in Leipzig gehört, daß damit faktisch alle Mittel, die im Bereich der Jugendhilfe zur Verfügung stehen, in diesen bestimmten Bereich gehen, während der andere Bereich, nämlich der Bereich der Jugendarbeit, vollständig ohne Mittel dasteht. Hier muß, denke ich, ein Interessenausgleich gesucht werden, weil ohne Mittel auch die schönsten Konzepte nicht verwirklicht werden können.

Ich gehe jetzt über auf die Altersphase, die man hier im wesentlichen im Blick gehabt hat, nämlich die Altersstufe der zweiundzwanzig- bis fünfundzwanzigjährigen Jugendlichen. Da sprechen die westdeutschen Jugendforscher und inzwischen auch unsere Kollegen aus den neuen Bundesländern nicht mehr von der Jugend, sondern davon, daß es eigentlich ganz unterschiedliche Lebensphasen von Jugendlichen gibt, die sich vor allem dadurch auszeichnen, daß Jugendliche in der genannten Lebensphase eine Vielzahl von Optionen haben, nach denen sie ihr Leben gestalten können. Die Vorgegebenheiten, wie sie beispielsweise in der alten Bundesrepublik noch in den 60er Jahren da waren, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt geheiratet wurde, zu einem bestimmten Zeitpunkt dann auch die Kinder kamen, gibt es in dieser Form nicht mehr. Man kann das sogar empirisch zeigen, wieweit sich das innerhalb der letzten 20 Jahre verändert hat.

Doch man muß ganz klar sehen, daß die westdeutschen Jugendlichen eine ganze Generation dafür Zeit hatten, mit dieser neuen Offenheit, die sich da entwickelt hat, umzugehen. Wir wissen aus einer Reihe von empirischen Forschungsergebnissen, daß es auch für die westdeutschen Jugendlichen nicht in allen Fällen so einfach ist, mit dieser Offenheit umzugehen.

In den neuen Bundesländern macht das keine Generation aus, sondern es ist im Grunde genommen ein Sprung ins kalte Wasser aus einer relativ stark umsorgten Gesellschaft, in der im Grunde genommen alle Schritte für die nahe Zukunft bereits festlagen, hin zur Übertragung eines Modells, das selbst den westdeutschen Jugendlichen in vielen Fällen durchaus Schwierigkeiten bereitet. Ich glaube, Jugendforschung genauso wie Jugendpolitik sind relativ ratlos bezüglich der Perspektive, was wohl Jugendliche und junge Erwachsene angesichts dieser Offenheit machen werden.

Insbesondere will ich dabei auf zwei Punkte hinweisen. Man darf nicht glauben, daß alle Jugendlichen in den neuen Bundesländern nun tatsächlich den Wandel nicht begrüßten oder pessimistisch seien, sondern es ist erstaunlich, daß trotz der schwierigen Lebensumstände gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Zukunftsoptimismus relativ hoch ist. Man darf aber gleichzeitig nicht verkennen, daß auch – das variiert regional sehr stark – ein hoher Prozentsatz der Jugendlichen bereit ist abzuwandern. Im Gegensatz zu dem, was vorhin kurz angedeutet wurde, glaube ich, wenn solche Wanderungsbewegungen erfolgen, nicht, daß diese Jugendlichen und jungen Erwachsenen tatsächlich überwiegend zurückkommen; denn sie sind in der Regel in einem Lebensalter, wo es, wenn sie beispielsweise nach München oder Stuttgart gehen und dort einen Freund oder eine Freundin finden, durchaus sinnvoll ist, daß sie sich dort auch settle und nicht – zum Beispiel nach Greifswald zurückwandern.

(Widerspruch von Frau König und anderen)

Das sollte kein Affront sein; ich nehme es sofort zurück und sage es allgemein: ... in den Norden der Bundesrepublik.

Was ich damit nur sagen wollte, ist: Auch wenn jetzt für die meisten Jugendlichen und jungen Erwachsenen tatsächlich eine Möglichkeit gefunden ist, Ausbildungsplätze bereitzustellen, ist es ganz entscheidend, daß man dann an der zweiten Schwelle für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch Arbeitsplätze findet, weil sich damit für diese Gruppe die Frage stellt: Bleiben oder weggehen? – Und diese Frage stellt sich nach den gegenwärtigen empirischen Befunden immer noch.

Lassen Sie mich zum Abschluß noch auf zwei Politikbereiche zu sprechen kommen. Ich habe das Dresdner Manifest mit Sorgfalt gelesen. Da gibt es eine Passage, die darauf eingeht, wie man Jugendliche an die Politik heranführt. Da ist auf die Jugendverbandsarbeit löblicherweise und auf die Kirchen hingewiesen worden. Es ist aber nicht auf die Parteien hingewiesen worden und auch nicht auf die Kommunen. Ich will dieses gleich in einem erläutern. Demokratie beginnt in der Gemeinde; das wissen wir seit Tocqueville. Und es wäre sicherlich gut für die Parteien, wenn sie sagen würden: Nun müßten wir gerade auf dieser Ebene sehen, wie wir Jugendliche und junge Erwachsene nicht nur in die Verbandsarbeit integrieren, sondern so in die Parteiarbeit, so in die Gemeinderatsarbeit, daß sie in diesem Bereich auch mitentscheiden können. Denn dies ist mit Sicherheit einer der besten Wege, sich tatsächlich in die Politik zu integrieren. Ich hätte es für gut gefunden, wenn so etwas zumindest in dieser Passage gestanden hätte.

Lassen Sie mich noch einen zweiten Punkt zu dem Dresdner Manifest anmerken. Ich habe eine Passage über Europa gelesen, da ist mir fast die Spucke weggeblieben. Es wurde dort etwa so formuliert, daß wir jetzt die europäische Konkurrenzfähigkeit durch die Wiedervereinigung möglicherweise dadurch verbessern können, daß wir die Schulzeiten verkürzen. Ich könnte mir vorstellen, daß zunächst zwei Ziele dahinterstehen. Das eine ist, daß die Pluralität der Ausbildungsangebote in der Bundesrepublik zu fördern ist, weil sich damit die Jugendlichen auch ihren eigenen Fähigkeiten und ihrem Vermögen entsprechend entwickeln können. Das zweite: Von Europa könnte man das vielleicht auch dadurch deutlich trennen, daß man sagt, daß im Rahmen der europäischen Integration sicherlich auch Ausbildungen aufeinander bezogen werden können; nur fände ich es besser, daß Jugendliche und Erwachsene in beiden Fällen nicht als Objekte, mit denen man etwas machen muß, sondern als Subjekte, die Wahlmöglichkeiten haben, eigentlich auch in der Politik auftauchen. – Damit will ich schließen.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank, Prof. Bertram.

Neben mir sitzt Hermann Gröhe, den ich jetzt nicht zu Wort kommen lasse; er wird für uns im Plenum des Parteitag aus unserer Gruppe berichten.

Die Frage nach den Unterschieden, nach den Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West und den Perspektiven, die daraus möglich sind, steht weiter im Raum. Wie schätzen wir diese Unterschiede und Gemeinsamkeiten ein? Sind die Unterschiede so groß, daß wir Jahre brauchen, um Einheit zu erreichen, auch einheitlich in Vielfalt leben zu können? Welche politischen Strategien verbinden sich damit? – Oder ist es – und auch das wäre ja möglich – nur eine Frage der Ungleichzeitigkeit unserer deutschen Geschichte in den beiden Teilen, eine Ungleichzeitigkeit, die sich doch auch in einem relativ kurzen Zeitraum überwinden lassen könnte? – Diese Fragen möchte ich gern auch ins Plenum hineingeben.

Zum Zeitplan möchte ich soviel sagen: Es ist jetzt 12.15 Uhr. Wir könnten zunächst bis 13.00 Uhr noch diskutieren, indem wir die schon vorliegenden Wortmeldungen berücksichtigen, dann eine halbstündige Pause machen, um dann, ab 13.30 Uhr, noch etwa eine Stunde zu diskutieren.

Ich darf mit den Wortmeldungen aus dem Plenum beginnen und möchte gern Herrn Martin Schmidt von der Stadtverwaltung Hoyerswerda zu Wort kommen lassen, Hoyerswerda, ein Ort, der uns nicht unbekannt ist und der, denke ich, auch noch einiges zur Problematik, vor der wir stehen, beitragen kann.

**Martin Schmidt:** Ich bin Dezernent für Kultur, Bildung und Soziales in der Stadtverwaltung Hoyerswerda. Der Regen der Molotow-Cocktails ist also auf meinen Schreibtisch geprallt, um es kurz zu sagen.

Damit ist das ganze Problem bereits angerissen. Ich glaube, es ist an mir, nicht so sehr Lösungen zu geben, sondern ein paar Fragen zu stellen, die vielleicht doch auch bei dem, was hier die Frage der Einheit betrifft, immer wieder mit zur Debatte stehen.

Mir scheint, der Unterschied bei den Jugendlichen ist vielleicht doch gar nicht so groß, wenn ich von denen ausgehe, mit denen wir während dieser Krawalle zu tun hatten, mit denen wir immer wieder doch noch am Tisch sitzen und reden können. Das ist eine große Chance, glaube ich, daß das mit den Rechten, wie sie heißen, oder den der Gewalt Zugeneigten mehr möglich ist als mit den anderen; das ist schon erst einmal ein Gedanke, über den man nachdenken sollte.

Was mir dabei aufgefallen ist und allen unseren Mitstreitern, die bei der Diskussion dabei waren, also den Pfarrern und Kaplanen, denn die waren es im wesentlichen, die mit uns hingegangen sind –, das war, daß wir eine riesengroße Heimatlosigkeit dieser Jugend empfanden und empfinden, eine Heimatlosigkeit, die natürlich durch die in der zweiten Generation in Hoyerswerda Lebenden bewußt oder unbewußt geschürt wurde.

Unbewußt z.B. durch das Umsiedeln. Hoyerswerda ist eine Stadt, die innerhalb von 30 Jahren von 7 000 auf 70 000 Einwohner „hochgepumpt“ wurde, wobei die Jugendlichen nicht einmal wissen, daß sie in der Lausitz geboren sind oder wohin ihre Stadt gehört. Das ist etwas Unbewußtes. Damit sind sie aus der Familie herausgerissen worden. Das sind diese Kinder, die mit einem halben Jahr in die Krippe kamen und dann irgendwann in das rote System eingeordnet wurden, irgendwann in einem schwarzen Sarg lagen, und dazwischen war ihr Leben festgelegt. Eine Heimatlosigkeit, bei der sie auch keine Beziehung zu sich selber haben.

Sie haben damit eigentlich auch keine Beziehung zur Familie, keine zur Kultur. Sie haben – und das ist, glaube ich, das Schlimmste, und hier beginnt das Bewußte, wo sie herausgerissen worden sind -, sie haben auch keine Sprache; sie sind aus der Sprache herausgerissen worden und damit aus ganzen Denk- und Fühlensbereichen.

Wenn eine Gesellschaft anstelle des Begriffes „Gewissen“, der zur Menschenpersönlichkeit bzw. zur persönlichen Prägung gehört, den Begriff „Rechenschaftslegung“ setzt und damit meint, daß man Aufträge abrechnen oder Verhaltensweisen rechtfertigen muß, dann ist man noch weit weg von dem, was Gewissen heißt in der menschlichen Regung. Wenn man soziales Denken damit faßt, daß alle dasselbe bekommen und alle gleich sind, bloß ein paar sind besser – die sieht man bloß nicht -, dann kann man nicht mehr sozial denken. Und wenn man meint, jeder kann dasselbe – das ist auch so ein Gleichheitsgedanke –, und jeder kann es, wenn man nur in diesem Funktionssystem drin bleibt, dann ist die Entmenschung so weit, daß man eigentlich zu sich selber weg ist.

Man hat ihnen auch keine Vorbilder gegeben, weil man sie auch aus der Geschichte herausgelöst hat. Und die „Vorbilder“ waren ja Menschen, die durchaus fragwürdig sind, wie wir heute wissen, wie wir auch schon früher wußten. Das heißt, man hat sie aus der Kultur, aus der Bildung herausgenommen, und man hat ihnen auch beim Sport sehr fragwürdige Dinge als Ideal hingestellt, nämlich den Leistungssport, der den einzelnen wie ein Zuchtpferd nach vorne treibt, aber im Grunde genommen nur auspowert.

Zum Sport muß ich auch sagen – ich erlebe es ja in meinem Ressort -, daß wir die größten Klagen nicht von den Vereinen hören, die sich immer mit Kinder- und Jugendsport beschäftigt und im Breitensport gewirkt haben, sondern die Klagen kommen von den Sportfunktionären der alten SED; die stehen da, halten die Hände auf und sagen: Gebt uns, sonst können wir keinen Jugendsport machen! – während die anderen durchaus bereit sind, es zu machen.

Hier müssen wir die Förderung sehr genau ansetzen, denn wenn wir die erstgenannten wieder fördern, dann ist alles wieder weg, und wir haben die Jugend überhaupt nicht auf unserer Seite.

(Beifall)

Das gleiche betrifft – auch das gehört zu dem Sozialen und Kulturellen – die Jugendklubs. Es ist sehr viel darüber diskutiert worden, ob man die Jugendklubs zumachen soll oder nicht. Wir haben uns in Hoyerswerda dazu aufgeرافt, sie nicht zuzumachen; wir haben sie weiterlaufen lassen. Das Ergebnis ist nun nicht gerade so, daß es die bestätigt, die sagen, man hätte sie nicht zumachen sollen. Wir sehen folgendes Problem: Aus der Heimatlosigkeit der Jugend ist eine Riesenangst entstanden. Da kommen die „Gewaltgeneigten“ zu uns und sagen: Geben Sie uns einen Bunker, damit die Autonomen nicht kommen und uns bekriegen können; irgendwann werden sie uns schlagen, wenn sie uns treffen. – Und dann kommen die anderen und sagen: Stellen Sie um unseren Jugendklub einen Kordon von Polizei, damit die die Jugendveranstaltungen nicht stürmen – jetzt wiederum die Rechten.

Im Grunde genommen muß man sagen: Na, Jungs, nun setzt euch einmal an einen Tisch und redet doch miteinander, dann tut doch einer dem anderen vielleicht nichts! – Aber dieser Schritt ist im Augenblick nicht möglich. Ich glaube, aus diesem Alleinsein und aus dieser Heimatlosigkeit finden sie nur einen Ausweg: das ist der in die Clique. Und damit muß Schluß sein. Wir müssen aufhören, Cliquenbildung zuzulassen, sondern wir müssen Gesprächssituationen schaffen. Das ist, glaube ich, für die Jugendarbeit unheimlich wichtig.

In diesem Zusammenhang kommt mir folgender Gedanke: Die Jugendkulturarbeit, die aus der DDR hervorgegangen ist, war immer eine Arbeit, die die Kultur als Transportmittel von Ideologie betrachtete, und auch heute bleibt es noch das. Sie wissen, daß die Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit – das steht ja nun auch in berühmten Zeitungen, die uns sonst nicht zugeneigt sind, sondern den anderen – eigentlich links abgewandert sind, und die Linken haben fast nicht die Möglichkeit, die Sozialarbeit für die „rechte“ Jugend zu machen. Die ist an ihnen vorbeigewandert, wie die „Zeit“ neulich schrieb. Das heißt also für die, die in der Mitte leben oder die mehr traditionell sind oder auch konservativ – verzeihen Sie mir, wenn ich das einmal so bezeichne; ich würde mich dazu bekennen –, daß sie allein die Möglichkeit haben, die Jugend aufzufangen. Sie haben nämlich die Möglichkeit, die Offenheit zu haben, die die 68er Generation der Bürgerlichen hatte, um die „linke“ Jugend aufzufangen.

Wir müssen einfach sehen, daß hier eine Riesenchance für die Union besteht, auch für die Junge Union, diesen Jugendlichen eine Brücke zu bauen, indem sie sagen: Kommt doch erst einmal und redet mit uns, und wir werden euch aufnehmen, ohne daß wir euch das Wort verbieten und ohne daß wir sagen, was ihr zu denken habt! Aber ihr müßt euch aussprechen, damit ihr einmal freikommt von euren Ängsten und von euren Problemen.

Und dazu brauchen wir Räume für's Miteinander, Räume, die sie sich selbst gestalten, damit sie einen Bezug zu den Werten bekommen; denn die Werte, die wir ihnen jetzt hinstellen, sind für sie etwas Fremdes, was sie bewundern können. Aber sie müssen eigene Werte schaffen, sie müssen ihre eigene Gesellschaft bilden.

Ich habe auch ein bißchen Bedenken – wir haben es nämlich versucht in Hoyerswerda –, diese radikalen Jugendlichen z.B. so schnell in die Arbeit einzugliedern. Sie haben gar nicht so sehr viel Lust dazu, weil sie wissen, sie geraten in ein System, wo sie gar nicht mehr frei sind. Sie geraten in das System hinein, wo sie arbeiten gehen müssen, und wenn sie dann Geld haben, sind sie müde, müssen sich um ihre Familie kümmern, um ihre Wohnung, wenn sie eine haben. Wenn sie Arbeitslosengeld oder Sozialunterstützung bekommen, bleiben sie auf der Straße und können herumrandalieren.

Hier müssen wir sehr flexible Formen des Auffangens schaffen, daß wir sie zeitweilig binden oder zeitweilig langsam an uns binden, nicht, daß sie denken, sie werden jetzt mit Geld korrumpiert und bleiben dann drin.

Das sind alles sehr große Fragen. Wie man es macht, weiß ich auch nicht; ich muß es zugeben. Aber daß man es machen kann, daß man mit ihnen reden kann, das macht uns immer wieder hoffnungsvoll. Und vergessen wir nicht: Auch diese Jugend hat sicherlich ihre Ideen; sie hat sie z. B. bei der sportlichen Betätigung oder bei Musik. Und wenn uns in den letzten 40 Jahren etwas belastet hat und wenn man etwas zum Vorwurf machen kann, dann muß man doch wohl sagen, daß hier der Bibelspruch das Richtige ist: „Die größte Sünde ist die Sünde wider den Geist.“ Man hat diesen Jugendlichen die Hoffnung genommen, der vorigen Generation, daß sie Ideen verwirklichen können, die anders sind, als sie sie die Gesellschaft hat. Folglich müssen wir ihnen die Möglichkeit geben, ihre Ideen auszusprechen und auf irgendeine Weise die Ideen mit uns zu verwirklichen. Sonst begehen wir wieder eine Sünde wider den Geist.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank, Herr Schmidt.

Aktive Jugendpolitik ist gefragt. Frau Dr. Heise aus Senftenberg möchte zur aktiven Jugendpolitik der Union sprechen. Da mir inzwischen sehr zahlreiche Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, nicht länger als drei Minuten zu sprechen, damit möglichst viele zu Wort kommen können.



**Dr. Karin Heise:** Ich bin in Senftenberg, Land Brandenburg, CDU-Kreistagsabgeordnete.

Vieles ist heute bereits mehrfach angesprochen worden, und das kann nur auf die Brisanz bestimmter Probleme hindeuten. So möchte ich auch nichts wiederholen, da ich mich aus persönlicher Erfahrung vielen Gedankengängen meiner Vorredner anschließen kann.

Ich möchte auf diesen zweiten Teil unseres Forum-Themas „Perspektiven in Freiheit“ hinaus, auf das Aufzeigen von Alternativen für unsere Jugendlichen. Deshalb möchte ich hier einen ganz anderen Akzent setzen, der mir als Kommunalpolitikerin besonders wichtig erscheint.

In den neuen Bundesländern ist in der Zeit seit der Wende sehr viel von Vergangenheitsbewältigung die Rede, doch ich persönlich denke, daß es keine Vergangenheitsbewältigung ohne Zukunftsorientierung gibt. Das ist ein ganz besonderes Problem für unsere Kinder, Jugendlichen und auch noch die jungen Erwachsenen, die ja eigentlich bisher nichts anderes kennengelernt haben als die Monokultur eines sozialistischen Regimes.

Auch wenn es im SED-Staat DDR ein Tabu-Thema war, konnte doch der sensible Beobachter zunehmend psychosoziale Konflikte in den Familien registrieren, die verursacht wurden zum Teil durch fehlerhaft organisierte und auch falsch verstandene Sozialpolitik. Es gab die Dominanz – wie heute schon mehrfach gesagt, der staatlichen Erziehung vom Kleinstkindalter an bei völliger Ignoranz christlich-humanistischer Ideale und natürlich auch in Verbindung mit Intoleranz und Diktatur.

Diese psychosozialen Konflikte der Jugendlichen sind, zusammen mit ihrer augenblicklichen Orientierungslosigkeit in bisher unbekannter und nun falsch interpretierter Freiheit und Demokratie, unter anderem die Ursache für ihre Identifikationsschwierigkeiten mit der neuen Gesellschaftsform, die sich, wie auch heute schon mehrfach erwähnt, in auffälligem Verhalten, steigender Kriminalität und Ausländerfeindlichkeit, aber auch in psychischen Erkrankungen, steigendem Alkoholkonsum und beginnender Drogenproblematik äußern.

Darum ist es wichtig, die Vergangenheit für unsere Jugendlichen positiv aufzuarbeiten, indem man ihnen eine Zukunftsorientierung anbietet, Motivationen für eine Einordnung in die neue Gesellschaftsstruktur und damit eine Alternative schafft.

Damit möchte ich zu dem kommen, was mir auf dem Herzen brennt. Die Partei CDU ist hier aktiv aufgefordert, eine Jugendarbeit auch in den neuen Bundesländern zu organisieren. Auch wenn sich nicht alle Jugendlichen in die CDU einordnen können oder sollen, sind es gerade die von der CDU in vielen Fragen vertretenen Standpunkte, durch die den Jugendlichen vorbildhaft eine andere Arbeit mit und für Menschen, alternativ zur Vergangenheit, aufgezeigt werden kann.

In einer pluralistischen Gesellschaft soll die Jugend die Möglichkeit der freien politischen Entscheidung haben, doch trägt die CDU hier eine besondere Verantwortung, wenn sie sich zu ihren eigenen Idealen bekennt. Natürlich aber ist es in der Parteiarbeit wie in allen anderen Bereichen auch: Es bedarf einer sensiblen, geduldigen und langfristigen Unterstützung der Parteiarbeit in den neuen Bundesländern. Man kann nicht übersehen, daß die Alt-CDU der neuen Bundesländer zum großen Teil unbeweglich, über die große Linie der CDU desinformiert und insgesamt auch ohne Profilierung ist. Die politischen Seiteneinsteiger der Wende sind zwar hochmotiviert, aber noch unerfahren in aktiver Parteiarbeit, und so sehen die Chancen für eine aktive Jugendpolitik in der CDU in den neuen Bundesländern nicht gut aus.

Das erscheint bedenklich, denn ebenso wie eine Gesellschaft benötigt die Partei die jüngere Generation zur Fortsetzung ihrer eigenen Arbeit, in unserem Fall: zur Vollendung der deutschen Einheit, zur Schaffung eines einheitlichen Europas in Frieden und Freiheit und natürlich zur Bewahrung der Schöpfung für unsere Nachkommen.

Ich bitte deshalb die Partei CDU, diese Probleme aufzugreifen und uns bei der Realisierung einer aktiven Jugendarbeit als wichtiger Maßnahme der Vergangenheitsbewältigung in den neuen Bundesländern zu unterstützen.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank. Es folgt jetzt Herr Uhrmeister von Rias TV. Dann möchte ich zwei Wortmeldungen aus dem Hochschulbereich berücksichtigen, und zwar von den Professoren Lanckau und Zobel.

**Martin Uhrmeister:** Ich bin Redakteur beim Magazin „Highlife“ vom Rias TV. „Highlife“ ist eigentlich kein spezifisches Jugendmagazin, aber laut BFK-Erhebungen haben wir eine beachtliche Zuschauerzahl quer durch alle Altersgruppen mit einem besonderen Schwerpunkt bei den 15- bis 25jährigen.

So haben wir versucht, eine Brücke zu schlagen nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen den Generationen, und unsere Zuschauer geben uns darin recht, daß wir dieses Ziel auch erreicht haben.

Nun ist durch die Überführung von Rias TV zur Deutschen Welle die Situation so, daß wir – hoffentlich! – auch für das deutsche Auslandsfernsehen demnächst ein ähnlich junges Programm machen können. Nur die Brückenfunktion innerhalb Deutschlands werden wir dementsprechend nicht mehr ausfüllen können, weil dieses Programm eben hier nicht mehr zu sehen sein wird.

Psychologisches Kennzeichen für das Jugendalter ist ja die Identitätskrise, und die ist sicherlich durch die Turbulenzen der deutschen Vereinigung bei den Jugendlichen speziell im Osten Deutschlands noch verschärft worden. Wenn jetzt liebgewordene Freiräume, wie z.B. DT 64, hier – und dann noch im Namen der Freiheit – abgeschafft werden, dann verschärft sich natürlich bei den Jugendlichen gerade diese Identitätskrise.

Herr Meyer hat in seinem Eingangsreferat gefordert, daß sich jetzt dementsprechend andere Sender verstärkt den Problemen der Jugendlichen zuwenden sollen, und dazu ist zu sagen: Wir vom Rias haben im April dieses Jahres in Zusammenarbeit mit dem Adolf-Grimme-Institut einen Workshop zur Problematik des Jugendfernsehens durchgeführt, und es zeigte sich da, daß diese Programme nach wie vor in allen Sendeanstalten, ob das nun ARD, ZDF oder auch die Privaten sind, äußerst stiefmütterlich behandelt werden, sowohl was die personelle als auch die finanzielle Ausstattung wie vor allem auch die Bereitstellung geeigneter Sendeplätze angeht.

Aber es zeigte sich eben auch, daß für die Jugendprogramm-Macher neue Konzepte notwendig sind. Wir haben nämlich genau auch das Problem: Was ist Jugend heute eigentlich, wer ist eigentlich Jugendlicher, wann beginnt die Jugend, und wo endet sie? – Hier sehe ich, wenn ich mich umschaue, viele, die sich jung fühlen, aber wenige, die so in dem klassischen Jugendalter von 14 bis 19 sind. Die haben wir aber gestern durchaus gesehen, und zwar vor dem Kulturpalast als Demonstranten für DT 64. Ich sehe diese Leute durchaus als politisch Aktive, und ich hätte mir gewünscht, eben zumindest auch eine Abordnung von den Leuten einmal hier zu haben.

(Bewegung im Saal)

Dann hätten wir das Motto von heute wirklich erfüllen können, dann hätten wir miteinander reden können und nicht nur über die Jugend. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Prof. Dr. Eberhard Lanckau:** Liebe Delegierte, meine Damen und Herren! Als ich Student war, da erschienen mir meine Professoren uralt, und wenn ich heute nachrechne und vor den Studenten stehe, dann stelle ich stets fest, daß ich noch älter bin als die damals. Das Recht, hier zu reden, nehme ich mir überhaupt nur heraus, weil ich eine ausdrückliche Einladung Ihres Generalsekretärs habe, und dafür bedanke ich mich sehr herzlich.

Ich möchte zwei kleine Bemerkungen machen, aber die liegen mir beide sehr am Herzen.

Die erste Bemerkung schließt an an die Worte über den akademischen Mittelbau, die heute im Plenum gesprochen worden sind, und an die Worte von Herrn Dr. Rößler in diesem Forum. Ich stimme dem, was da gesagt wurde, zu, und ich bin auch bereit, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Aber ich muß einmal auf etwas anderes aufmerksam machen:

Stellen Sie sich vor, Sie sind erst seit kurzer Zeit in ein Amt gewählt, nachdem Sie jahrzehntelang in der Ecke gestanden haben, keine Beziehungen hatten und selbstverständlich nicht in der Partei, in der SED, gewesen und in kein Beratungsgremium gewählt worden sind. Und auch – das tut mir nicht leid – übrigens niemals eine Auszeichnung bekommen haben. Usw. usf.

Dann suchen Sie heute Mitarbeiter, und da ist es tatsächlich so, daß gerade auch im Mittelbau sehr wenige bereit sind, einfach von der Stelle weg Verantwortung zu übernehmen. Ich möchte daher alle bitten, die angesprochen werden – und ich tue das täglich -, bereit zu sein mitzuarbeiten, nicht zu vergessen, daß wir in einer Aufbau- und Pioniersituation sind, in der auch jemand, der es sich eigentlich nicht zutraut, eine Funktion übernehmen muß. Das würde ich mir sehr wünschen, übrigens auch von sehr vielen Studenten.

Meine Bitte also ist: Vergessen Sie nicht, daß wir uns nach wie vor in einer Aufbau-, in einer Pioniersituation befinden.

Meine zweite Bemerkung richtet sich mehr an die politisch Tätigen. Ich möchte Sie bitten, mir zu verzeihen, wenn ich das so akademisch verklausuliert sage, weil ich das möglicherweise nicht anders kann.

Die Hochschulen in Deutschland sind in eine Konkurrenzsituation geraten, wie sie es zuvor nicht gegeben hat; und wir geraten auch in eine europäische Konkurrenzsituation. Das betrifft übrigens auch die Schulen, und in die Schule muß ja jeder gehen. Es wäre natürlich schön, wenn es später einmal hieße: Der ... ist im Freistaat Sachsen in die Schule gegangen, und daher ist er wahrscheinlich von vornherein gleich ein besonders guter Anwärter für ein Lehramt in einem anderen Land.

(Leichte Heiterkeit)

Da herrscht also genau so eine Konkurrenzsituation. Nun meine ich, wir sollten aus der föderalistischen Situation in Deutschland die richtige Schlußfolgerung ziehen. Wir geben uns große Mühe, daß wir spezielle Dinge auch bei uns in Sachsen noch schaffen, wo man zum Beispiel sagen kann: Das ist eine Fächerkombination im Studium, die es nur hier gibt; das ist eine spezielle Ausbildungsform, die gibt es nur bei uns. Oder: Das ist ein ganz besonderes Studienfach, das gibt es nur an wenigen Stellen, darunter auch bei uns in Sachsen.

Natürlich sind wir verantwortlich, dafür zu sorgen, daß da Qualität herrscht. Ich sage immer, es darf nicht nach dem altbewährten Motto der DDR gehen: Falsch darf's sein, aber einheitlich muß es sein, sondern heute müßten wir nach dem Motto handeln: Richtig, gut und ordentlich muß es sein, aber es muß nicht einheitlich sein.

Worauf ich also hinaus will, ist: Nicht Harmonisierung dürfen wir verlangen, sondern gegenseitige Anerkennung. Ich meine, daß in einigen Gesetzen, die in den neuen Bundesländern geschaffen worden sind, zuviel auf Harmonisierung gedrungen worden ist und nicht so sehr auf die gegenseitige Anerkennung qualitätvoller Ausbildung, die wir als unsere Spezialität schaffen.

Ich bin ja auch noch ein Lernender und habe soeben eine Weiterbildungsveranstaltung im Bonner Wirtschaftsministerium durchgemacht. Da habe ich gelernt, daß bei den Bemühungen um die Europäische Gemeinschaft sehr lange die Idee der Harmonisierung verfolgt worden ist. Später ist sie weitgehend aufgegeben worden, und heute strebt man nach der gegenseitigen Anerkennung.

Mein Grundgedanke wäre also, daß wir bei uns spezielle Formen der Bildung, der Aus- und Weiterbildung schaffen, daß wir nicht an Qualität verlieren nach dem Motto: Es reicht, wenn man vormittags mit dem D-Zug an der Universität vorbeifährt und nachmittags wieder zurück, und das ist dann Promotion gewesen. Dafür bin ich nicht, sondern dafür, daß wir Qualität und Verantwortung walten lassen, aber dann geht es nicht um Harmonisierung, sondern um Anerkennung. - Schönen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Schönen Dank, Herr Prof. Lanckau. – Ich denke, wir werden den Kulturföderalismus durchaus zu nutzen wissen, auch im Sinne einer Identitätsfindung in dem jeweiligen neuen Bundesland.

Herr Prof. Zobel von der Universität Greifswald hat gewiß einiges Ergänzendes aus einem anderen Blickwinkel der Universitätslandschaft zu sagen. Im Anschluß daran bitte ich Herrn Meyer-Stork, danach den Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Herrn Dr. Lammert um ihre Wortbeiträge.

**Prof. Dr. Hans-Jürgen Zobel:** Ich komme von der Universität Greifswald, wo ich Hochschullehrer bin und seit einiger Zeit auch Rektor. Sie sehen, Herr Kollege Bertram, zwei aus Greifswald, das müßte eigentlich Anreiz sein, einmal dorthin zu fahren, und Rostock ist auch nicht weit.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will mich auf zwei Aspekte konzentrieren. Im Vorfeld dieses Forums habe ich mit meinen Studenten gesprochen, um von den Problemen einmal aus ihrer Sicht zu hören. Sie sind vielfältig, und wenn ich diesen Katalog hier darstellen wollte, hätten wir noch lange zu sitzen.

Eins aber ist mir deutlich geworden: Die Studenten – und das sind nicht die schlechtesten unter ihnen – haben längst begriffen, was ihnen Freiheit bedeutet; sie akzeptieren sie, und sie wenden sie an. Sie möchten auch das mit der Freiheit Korrespondierende, nämlich die Verantwortung, wahrnehmen. Mit einem Male kommen sie aber in eine erhebliche Schwierigkeit, und das folgende sage ich sowohl an die Adresse der Studenten als auch an die Adresse derer, die mit Studenten zu tun haben, als auch an die Adresse der Politik.

Sie wissen genau, daß sie konkurrenzfähig sein müssen auf dem gesamtdeutschen Arbeitsmarkt. Sie nehmen alle Angebote, die ihnen von Hochschullehrern gemacht

werden, kritiklos an, um durch vieles Lernen möglichst ebenbürtig zu werden. Dies wird aber nun von Hochschullehrern alten Typs schamlos ausgenutzt. Die Studenten zeigten mir Studententafeln, nach denen sie in der Woche 40 bis 50 Stunden Vorlesungen und Übungen belegen sollten; das ist ein Unding. Ich würde gern kräftig eingreifen und hier für eine Veränderung sorgen. Freilich müßten Möglichkeiten geschaffen werden, daß Berufungen aus den alten Bundesländern für uns akzeptabel werden. Wir können sie nicht aussprechen, wir sind durch die Politik unseres Landes, vor allen Dingen durch die Finanzpolitik gehemmt; wir können es nicht machen. Hier bitte ich also um dringende Abhilfe.

Das zweite sage ich sowohl im Blick auf die Studenten, aber zugleich auf die große Bundespolitik, gerichtet eben auch an unsere Partei, die CDU. Die Studenten verfolgen mit großer Aufmerksamkeit den europäischen Einigungsprozeß. Sie wissen, daß sie möglicherweise schon die, die jetzt studieren – in einen gesamteuropäischen Arbeitsmarkt hineinkommen. Wenn sie die Studiendauer in den alten Bundesländern zu ihrem Vorbild nehmen, könnten sie in die Lage kommen, daß sie dann, wenn sie einen Arbeitsplatz suchen, feststellen, daß auf dem längst ein Italiener oder ein Franzose oder ein anderer Ausländer drauf sitzt. Und immer kommen sie zu spät.

Das treibt sie um. Genau an dieser Stelle aber müssen wir etwas Bedeutendes bedenken. Universität wird definiert als ein Ort, wo Forschung und Lehre zusammenpassen sollen. Unsere Professoren haben sehr rasch gelernt – und das sind auch wieder nicht die schlechtesten –, daß sie für die Forschung bezahlt werden, daß sie Drittmittel einwerben müssen, um ihre Forschungskollektive bezahlen bzw. erweitern zu können.

Die Lehre wird dabei völlig an die Seite gedrückt. Und genau an diesem Punkt muß die Politik eingreifen. Wenn der Student und seine Ausbildung an einer Universität das Wichtigste sein sollten, dann muß die Lehre einen akzeptablen Raum bekommen, dann muß die Politik dafür eintreten, daß Forschung und Lehre gleichgewichtig und gleichwertig nebeneinander stehen.

(Vereinzelt Beifall)

Das möchte ich mit besonderem Nachdruck an die Adresse der Politiker sagen. – Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank. – Jetzt Herr Meyer-Stork vom Deutschen Studentenwerk, Leiter des Berliner Büros.

**Christian Meyer-Stork:** Name und Funktion sind genannt worden. Die Aufgabe des Berliner Büros ist die Beratung beim Aufbau der 15 neuen Studentenwerke in den neuen Ländern.

Mein Vorredner hat mir einen hervorragenden Aufhänger geboten. Es geht in der Tat um die Gleichrangigkeit von Lehre und Forschung, aber es geht doch auch noch um etwas mehr an einer Universität. Denn ein angehender Akademiker entsteht ja nicht allein aufgrund von Lehre und Forschung, sondern auch aufgrund eines ihm dort zur Verfügung stehenden sozialen Umfeldes. Das sind eben gerade diese sozialen Belange der Studierenden, die sie – insbesondere an den Universitäten – in eigener Verantwortung wahrnehmen können und sollen.

Ich kann aus eigener Erfahrung sprechen, ich habe das in meiner Studienzeit auch gemacht, und ich glaube, daß das eine ganz hervorragende Möglichkeit ist, um eben als angehender Akademiker ein Gesamtbild zu erhalten.

In diesem Zusammenhang ist für mich insbesondere die Vielzahl zum Beispiel von kulturellen Aktivitäten interessant, wie sie durch die hiesigen Studentenklubs in den neuen Bundesländern nach wie vor durchgeführt werden. Das ist etwas, was es in den alten Bundesländern nicht oder kaum gibt. Es ist aber außerdem etwas, von dem ich sage: Es ist in der Tat zu fördern, und es ist in der Tat von besonderer Wichtigkeit, weil es eben dazu dient, daß Studierende Eigenverantwortung übernehmen können.

Damit sie das übernehmen können, können diese Studentenklubs und das tun sie ja inzwischen auch nicht mehr – natürlich nicht in alter SED-Manier geführt werden nach dem Motto: Es wird befohlen und gehorcht, sondern sie müssen eben eigenverantwortlich geführt werden, und das hat sich besonders im letzten Jahr bereits sehr positiv entwickelt.

Nur: Wenn man das möchte – und ich beschränke mich bewußt einmal auf dieses Beispiel, um aufzuzeigen, wie man so etwas auch praktisch machen kann –, dann muß es auf der anderen Seite auch jedem klar sein, daß ein kulturelles Angebot an einer Hochschule auch immer einmal mit ein paar Mark verbunden ist. Das kostet schlicht und ergreifend etwas Geld.

Nun kann man sicherlich nicht erwarten – und das tut in der Tat auch niemand –, daß dieses Geld von staatlichen Stellen eingesteuert wird, aber man kann gewiß doch erwarten, daß, wenn Studierende im Rahmen ihres Semesterbeitrages selbst einen Sozialbeitrag oder einen Studentenschaftsbeitrag leisten, dann beispielsweise dieser Sozialbeitrag, den sie für die Studentenklubs zahlen, nicht vollständig auf den allgemeinen Zuschuß für diese angerechnet wird, sondern daß wenigstens ein Teil dieser selbst erbrachten Beiträge dann auch in diese Kulturarbeit und in die Unterstützung kultureller Eigeninitiativen fließen kann. – Danke.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank. – Ich darf Herrn Dr. Lammert bitten, im Anschluß Herrn Schuster vom RCDS, der dann sicher die Verbindung zu den Jugendlichen selbst wieder herstellen wird.

**Dr. Norbert Lammert:** Meine Damen und Herren! Es ist sicherlich kein Zufall, daß wir einen Großteil dieses heutigen Vormittags unter dem allgemeinen Thema „Jugend in Deutschland – Perspektiven in Freiheit“ über Bildungsfragen sprechen, und zwar sowohl in den einleitenden Statements der Damen und Herren im Podium als jetzt auch in der Plenardiskussion.

Gerade aus den jahrzehntelangen Erfahrungen mit einem totalitären Regime mit hoher ideologischer Formierung und zentralistischer Organisation wird gewiß besonders deutlich, in einem wie starken Maß über das Bildungssystem Lebens- und Berufschancen verteilt oder eben auch verweigert wurden. Nur ist diese unter den genannten Bedingungen besonders offensichtliche Erfahrung, glaube ich, genauso richtig in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, und deswegen gäbe es schon gute Gründe, diese Erfahrung hinüberzuretten in das wiedervereinigte Deutschland. Ich möchte deswegen meinen Beitrag, auch unter Berücksichtigung der gebotenen Zeitvorgabe, eigentlich nur für drei Bitten bzw. Appelle nutzen.

Meine erste Bitte ist, daß wir in dieser jetzt auch wieder vereinigten Partei die Bildung als zentrales Stück christlich-demokratischer Politik wiederentdecken sollten.

(Vereinzelt Beifall)

Das hat die Christlich Demokratische Union bitter nötig, im übrigen allein schon aus formalen Gründen: Wir haben viele Landesregierungen, die nun einmal unmittelbar für

Bildungspolitik zuständig sind, im Westen Deutschlands verloren und damit auch erheblich an Präsenz in Fragen der Bildungspolitik. Inzwischen gibt es in den neuen Bundesländern deutlich mehr CDU-Kultusminister als im Westen der Republik, und ich würde mir sehr wünschen, daß von ihnen selbst, aber auch von uns gemeinsam die Bildungspolitik wieder in den Mittelpunkt christlich-demokratischer Politik gerückt würde.

Die zweite Bitte, die ich damit verbinde, ist diese: Wir sollten gemeinsam der Versuchung widerstehen anzunehmen, daß die Übertragung der westdeutschen Bildungsstrukturen in die neuen Länder – und das Ganze möglichst schnell und möglichst im Maßstab 1 : 1 – schon der Nachweis einer erfolgreichen Modernisierung unseres Bildungssystems wäre. Wenn überhaupt, ist eher das Gegenteil richtig. Wer sich auch nur einen Rest an selbstkritischer Begabung bewahrt hat, der wird einräumen müssen, daß weder das Schulsystem noch das Hochschulsystem in den alten Bundesländern so gut sind, daß sie über jeden Zweifel erhaben wären. Die Diskussion heute morgen hat ja auch das eine oder andere Stichwort bereits genannt, was etwa den Stellenwert der Lehre im Bereich der Hochschulen angeht, oder wenn ich die in einem erheblichen Teil der Parteien noch nicht aufgearbeitete Diskussion über die künftigen Strukturen unseres Schulsystems betrachte.

Da ist es uns zwar mit Erfolg gelungen, den sozialdemokratischen Anspruch zurückzuweisen, die Gesamtschule nun zum Einheitsschulsystem der Republik zu machen, aber wir sind noch nicht richtig mit der Frage fertig geworden, was wir denn nun eigentlich mit dem Umstand machen, daß das Gymnasium sich zu Tode siegt und was dies nun eigentlich für die künftige Konstellation unseres Schulsystems bedeuten könnte.

Ich möchte deswegen auch von hier aus die Kolleginnen und Kollegen in den neuen Bundesländern ausdrücklich ermutigen, ihre Bemühungen fortzusetzen, eigene, innovative Akzente zu setzen und sich nicht darauf reduzieren zu lassen, das in den Osten der gemeinsamen Republik zu importieren, was im Westen der Republik schon seit langem diskussionsbedürftig ist. Das gilt sowohl für den Schul- wie auch für den Hochschulbereich.

(Beifall)

Ich will noch eine dritte Bitte damit verbinden: Wir sollten uns gemeinsam darum bemühen, ein sich immer stärker – ich hätte fast gesagt: epidemieartig – ausbreitendes Mißverständnis einzudämmen, nämlich, daß eigentlich nur oder jedenfalls mit Abstand am besten eine akademische Ausbildung Lebens- und Berufsperspektiven eröffnen könnte. Ich sehe, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, hier eine der wirklich großen Risiken der künftigen Entwicklung sowohl unseres Bildungs- wie unseres Beschäftigungssystems. Es wäre im übrigen nicht die dümmste Intention, wenn wir überhaupt den Zusammenhang zwischen Bildungssystem und Beschäftigungssystem wieder stärker zum Gegenstand unseres politischen Nachdenkens machen würden.

(Beifall)

Denn gerade die jüngeren Erfahrungen liefern ja relativ solide Indizien dafür, daß das Bemühen, Bildungssystem und Beschäftigungssystem möglichst isoliert voneinander zu organisieren, in relativ kurzer Zeit beide ruiniert, die Bildungspolitik wie die Beschäftigungspolitik.

Es ist heute morgen aus guten Gründen mehrfach gegen vordergründige Harmonisierung in der Bildungspolitik gesprochen worden. Ich schließe mich dem ausdrücklich

an. Wir brauchen nicht ein einheitliches Konzept, wir brauchen ganz im Gegenteil möglichst viele gleich gute, gleich leistungsfähige, gleich attraktive Alternativen, die dann auch den sehr unterschiedlichen Interessen und Begabungen derjenigen Rechnung tragen, auf die es in einem Bildungssystem ankommt: das sind die Schüler und die Studenten.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank. – Jetzt Herr Schuster.

**Ferdinand Schuster:** Frau Lieberknecht, Sie haben mir vorhin das Stichwort geliefert. Ich wollte hier tatsächlich aus der Sicht der Jugend sprechen. Schließlich bin ich vom Alter her – man muß es wohl so feststellen – einer der wenigen im Saal, die sich als dazu berechtigt betrachten können.

Ich wollte dazu ein wenig von der Basis her und insbesondere auch als Berliner, die ja schon immer so ein bißchen wie Wanderer zwischen den Welten gewesen sind, zwischen Ost und West, hier folgende These aufstellen:

Die Jugend in Ost und West ist sich sehr viel ähnlicher, als man glaubt. Ich finde, wir sollten endlich Abschied nehmen davon, Sonderwege zu suchen für die östliche Jugend. Wir sollten endlich Abschied nehmen davon, ständig von Ostjugend auf der einen und Westjugend auf der anderen Seite zu sprechen.

Wir stellen im studentischen Bereich fest – und das insbesondere im Bereich der Selbstverwaltung -, daß z.B. die Wahlbeteiligung in West wie Ost nahezu gleich ist, und das aus denselben Motiven. 20 Prozent Wahlbeteiligung – und das erschreckt uns alle sehr – unter den Studenten an der Freien Universität Berlin unterscheiden sich nicht nennenswert von der z.B. an der Universität Greifswald oder an der Universität Rostock, wo sogar Wahlen z.T. mangels Interesse, mangels Kandidaten verschoben werden müßten.

Was ist denn das für eine demokratische Haltung – in Ost wie West? Das ist doch genau dasselbe! Dabei müßte man doch eigentlich vermuten, daß im Osten eher ein gewisser Nachholebedarf besteht, der aber anscheinend nicht da ist.

Insofern sollten wir uns darauf konzentrieren, den Satz zu beherzigen, der auch im RCDS-Grundsatzprogramm festgeschrieben ist, daß wir für eine offene und solidarische Gesellschaft kämpfen. Eine offene Gesellschaft heißt, daß wir auch Verantwortung wagen, wie es ebenfalls der RCDS als These aufgestellt hat.

Wir müssen also endlich den Mut haben, den sogenannten Osis ihren Bereich zu lassen. Wir müssen ihnen auch – sozusagen aus westlicher Sicht – das Recht geben und das Recht zulassen, und das ist genau das, was ich auch an dem Eingangsreferat nicht gut fand. Beispiel: DT 64. Wenn die östlichen Jugendlichen ihren Sender haben wollen, warum sollen sie ihn nicht bekommen?! – Sie sind doch schließlich mündige Bürger genau wie wir auch. Und wenn ein Wille einer demokratischen Mehrheit oder meinerseits auch einer Minderheit besteht, dann haben wir, finde ich, von westlicher Seite aus nicht das Recht, diesen Weg zu beschneiden, nur weil es meinerseits ein linker Sender ist.

(Bewegung im Saal)

Insofern, denke ich, sollten wir endlich Verantwortung dahin verweisen, wo sie tatsächlich angesiedelt werden muß, nämlich bei den Menschen in Ost und West selbst, und nicht so sehr bei den Politikern, die Konzepte vorschreiben können und es vielleicht zur Zeit auch tun, weil sie meinen, es bestünde eine Notwendigkeit dazu.



Insofern, denke ich, sollten wir den östlichen Jugendlichen wirklich ihren Lebensraum belassen. Das ist natürlich, wie Sie, Herr Dr. Rößler, ganz richtig festgestellt haben, ein Risiko. Es kann sein, daß wir den einen oder anderen Stasi-Mann mitschleppen in dieser offenen Gesellschaft, und es kann sein, daß wir das eine oder andere SED-Mitglied mitschleppen. Das ist sicherlich, äußerlich betrachtet, eine Ungerechtigkeit, aber ich denke mir, wir sollten es wagen, um der Gerechtigkeit aller Willen.

(Überwiegend Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Gut. – Damit kommen wir zu Frau Schubert als letzter Wortmeldung vor der Pause.

**Cordula Schubert:** In Sachsen geboren, dort aufgewachsen und dort auch die ganze Zeit geblieben, möchte ich noch einmal kurz etwas zu diesem Sender DT 64 sagen. Ich habe den vor der Wende nicht gehört, ich habe ihn in der Wende nicht gehört, ich habe den nach der Wende nicht gehört.

(Vereinzelt Beifall)

Und so eigentlich auch viele Leute. Die aus dem Raum Chemnitz haben Bayern 3 gehört; Christian kommt aus dem Norden, die haben NDR gehört, und während des Studiums in Berlin haben wir halt AFN gehört.

Ich glaube nicht, daß das hier ein Problem ist, daß Leute kämpfen für einen Sender DT 64 – denn das ist eigentlich nur die kleinere Minderheit –, sondern hier kämpfen Leute um eine eigene Identität. Und das ist das eigentlich Tragische an dieser Sache, daß sich das mit diesem Sender verbindet, daß die Leute sagen: Wenn wir uns den MDR anschauen, da ist der Intendant aus dem Westen, wenn wir uns Antenne Brandenburg anschauen, ist der Intendant aus dem Westen – Mensch, verdammt noch mal, gibt es nicht irgendwo in der fünften Reihe irgend jemanden, der von hier kommt und fähig ist, auch ein eigenes Programm zu machen. Das ist eigentlich das Schlimme daran, daß sich das gerade an diesem doch in der Vergangenheit sehr ideologisierten Sender im Moment aufhängt.

Wie gesagt, die Qualität des Senders kann ich nur daran beurteilen, daß ich sage, daß wir ihn in der Vergangenheit immer abgeschaltet haben.

Zu einem nächsten. Ich möchte feststellen, daß es eigentlich nicht die jüngeren Leute waren – und das ist das Problem –, die zwischen 15 und 20, die in der Wende demonstrieren gegangen sind, sondern es waren eigentlich die älteren, die gesehen haben, daß sie hier keine Perspektive mehr hatten und keine Möglichkeit, ihr Leben zu ändern.

Eine ganze Menge junger Menschen sind auch an ihrer Freizeitgestaltung, an ihren Freizeitmöglichkeiten kaputtgegangen. Auf der anderen Seite sind Familienstrukturen kaputtgegangen, und im Moment müssen Jugendliche die Probleme ihrer Eltern lösen, weil auch die Eltern durch die Umstellung ihres gesamten Lebens in gewisser Weise orientierungslos geworden sind. Daher, so meine ich, haben wir z.Z. das Problem, daß 15- bis 20jährige einfach nicht fähig sind, zusätzlich zu ihren Problemen die Probleme ihrer Eltern mit zu lösen.

Deshalb kommt es z.Z. auch dazu, daß viele Jugendliche irgendwo abtriften in irgendwelche Gruppen oder Cliques, weil sie dort unter ihresgleichen sind, mit Menschen, die eigentlich die gleichen Probleme haben wie sie. Und wenn man sich diese Gruppen ansieht, auch die Rechtsradikalen, das waren sicher noch vor zwei Jahren stramme FDJler, die zum Fackelzug gegangen sind, die bei der Jugendweihe fröhlich Ja gebrüllt haben; die gehören nicht in diese Ecke, sondern die sind im Moment orientierungslos, weil sie eigentlich im Moment auf der Suche nach ihrer eigenen Identität sind.

Da kann ich eigentlich nur appellieren, daß wir diese Identitätssuche auf alle Fälle unterstützen müssen, daß wir ihnen auch irgendwo ein Stück Raum und ein Stück Vergangenheit geben sollten. Denn derzeit habe ich so das Gefühl, daß eigentlich immer Vergangenheit geleugnet wird. Da will eigentlich niemand mehr mit dem vergangenen System irgendwie etwas zu tun haben, so nach dem Motto: 16 Millionen Widerstandskämpfer gab es, und täglich werden es mehr.

Hier, glaube ich, ist ein großes Stück Arbeit zu leisten, daß man erzählt, wie es tatsächlich gewesen ist, daß man hier die Vergangenheit aufarbeitet, daß es eben nicht die Mehrheit der DDR-Bevölkerung gewesen ist, die aktiv Widerstand geleistet hat. Das stimmt einfach nicht! Aber es gibt eben Unterschiede; das muß man natürlich auch sagen. Der eine hat Schuld auf sich geladen, der andere nicht.

Sehr dankbar bin ich auch für die Bemerkung, daß im Bildungssystem der alten Bundesländer nicht alles in Ordnung ist. Ich sehe das im Augenblick in Brandenburg; da erkenne ich doch das Bildungssystem von Nordrhein-Westfalen und West-Berlin ganz deutlich wieder. Das sind einfache Dinge, wo ich sagen möchte: Laßt uns, bitte schön, unsere eigenen Fehler machen! Wir möchten, bitte schön, auch daraus lernen!

(Beifall)

(Halbstündige Unterbrechung)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich sehe, die Reihen sind etwas dezimiert. Wir sollten die anstehenden Wortmeldungen noch entgegennehmen und auch noch einmal nach dem fragen, was in den bisherigen Beiträgen etwas zu kurz gekommen ist, nämlich nach den Perspektiven, die sich aus der Bestandsaufnahme, die wir vorgenommen haben, ergeben.

Zu einer spontanen Äußerung, die ich an dieser Stelle gern gestatte, hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Frauen und Jugend, Herr Peter Hintze, das Wort.

**Peter Hintze:** Ich würde gern noch ein Wort aus der Sicht des Jugendministeriums sagen. Es wurden heute viele Fragen besprochen, die im Westen und im Osten unseres Landes gleichermaßen behandelt werden, die Jugendliche und Jugendliche in den besonderen Lebensphasen betreffen; darauf möchte ich jetzt nicht eingehen. Ich möchte aber schon darauf eingehen, welche Maßnahmen wir als politisch Verantwortliche im Blick auf die besondere Situation in den neuen Bundesländern ergreifen können, was wir getan haben und was wir in Zukunft tun können.

Aus meinen Gesprächen und Begegnungen vor Ort ist mir eigentlich am eindringlichsten in Erinnerung geblieben, daß wir, auch wenn wir sehr generell reden, nicht vergessen dürfen, daß es immer um einzelne Menschen, um ihre Vergangenheit, ihre Gegenwart, ihre Zukunft, ihre sehr persönlichen Fragen geht, und der schärfste Vorwurf an die Politik geht oft dahin, daß jemand, der sehr allgemein spricht, diesen Tatbestand der persönlichen Betroffenheit nicht so sehr in Rechnung stellt. Trotzdem können wir dem nur durch Maßnahmen begegnen, mit denen eben eine allgemeine Wirkung zu entfalten versucht wird.

Angela Merkel, die als Jugendministerin aus den neuen Ländern kommt, hat in ihrem ersten Amtsjahr ihre ganze Kraft darauf konzentriert, das zu tun, was dem Jugendministerium möglich ist. Ich will das einmal im einzelnen aufzählen. Bei allen Programmen, die sich mit dem Aufbau der neuen Bundesländer befassen, insbesondere auch beim Investitionsprogramm Aufschwung Ost, hat sie dafür gesorgt, daß die Einrichtungen der Jugendarbeit, der Jugendhilfe und auch der Träger freier Jugendarbeit in ihnen enthalten sind.

Aber ich möchte auch Kritik anmerken. Wir haben festgestellt, daß bei den großen Investitionsprogrammen, die allgemein angelegt waren, Jugendpolitik in die Röhre schauen mußte. Darüber sind wir traurig und auch ein Stück weit sauer. Insofern möchte ich die Teilnehmer - ich bin auch traurig, daß es so wenige Jugendliche sind -, die anwesenden Jugendpolitiker, vor allem die anwesenden Jugendlichen ein bißchen aufwiegeln und sie bitten, vor Ort in den einzelnen Ländern im Gespräch mit den Landesregierungen und in den Kommunalparlamenten - eben hat eine Kommunalparlamentarierin gesprochen - mit dafür zu sorgen, daß die Jugendpolitik nicht auf der Strecke bleibt.

Mit der Treuhand haben wir vereinbart - damals noch mit Rohwedder, kurz vor der schrecklichen Ermordung durch den terroristischen Anschlag -, daß Kinder- und Jugendeinrichtungen, die der Kinder- und Jugenderholung dienen, auf die Kommunen übertragen werden können, und zwar ohne entsprechende Kostenerstattung. Wir wünschen uns, daß dieses Angebot von den Kommunen auch wahrgenommen wird.

Frau Dr. Merkel hat dafür gesorgt, daß der Haushalt im Bundesjugendplan für bundeszentrale Dinge von 123 Millionen DM im Jahre 1990 auf 250 Millionen DM im Jahre 1992 hochgefahren wird. Diese Mittel kommen fast ausschließlich den neuen Bundesländern zugute. Für 1992 stehen uns für ein Sonderprogramm gegen Gewalt 20 Millionen DM und für ein Sonderprogramm zum Aufbau der freien Jugendarbeit 50 Millionen DM zur Verfügung. Hier möchte ich ein Wort an Hermann Gröhe richten - er ist im Moment nicht im Saal -: Die Junge Union und die Junge Gruppe haben uns da sehr unterstützt, indem sie die Haushälter im Parlament von der Notwendigkeit der Aufstockung der Mittel überzeugen konnten, so daß diese noch nach der Verabschiedung des Regierungsentwurfs durch das Bundeskabinett bereitgestellt werden konnten. Mit diesen beiden Sonderprogrammen haben wir im Jahre 1992 70 Millionen DM zusätzlich, um in der Jugendarbeit und der Jugendpolitik konkret etwas machen zu können.

Was wollen wir erreichen? Wir wollen erreichen, daß die Befreiung aus dem alten Anpassungsdruck, von dem Herr Dr. Rößler gesprochen hat, nicht in eine neue Halt- oder Hilflosigkeit führt, und wir wollen zum zweiten erreichen, daß der Streß, der mit dem Glück der neuen Freiheit kommt, auch bewältigt werden kann. Auch wenn man sagt, bestimmte Dinge sind jugendtypisch und nicht ost-west-typisch - Identitätsfrage, kritische Situationen, Orientierungsfrage, Gewaltfrage usw. -, so ist der rasende Wandel, der in meinem Kopf mühsam und in meinem Gefühl noch gar nicht richtig stattgefunden hat, für einen Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern, in Brandenburg, in Sachsen, in Sachsen-Anhalt, Thüringen oder im Osten Berlins, der davon konkret betroffen ist, doch eine ganz andere Herausforderung und ein ganz anderes Problem. Wir versuchen uns als Jugendministerium da im Sinne konstruktiver Einmischer. Wir versuchen, daß die allgemeinen Programme auch die Jugend miteinbeziehen. Wir versuchen, daß in die Maßnahmen, die beim Bildungsminister oder Arbeitsminister angesiedelt sind, auch die Interessen der Jugend integriert werden, und wir versuchen, die Initiatoren vor Ort zu stärken und zu stützen. Dies gilt auch für die freien Träger, die in den neuen Ländern in einer recht vorbildlichen Weise eingestiegen sind.

Was die Politik hier auf Bundesebene machen konnte, hat sie ein Stück weit getan und wird sie auch fortsetzen. Jetzt ist die Diskussion in den Ländern vonnöten, daß die Jugendpolitik Priorität erhält. Die Mittel, die man heute nicht in der Jugendpolitik investiert - der Vertreter aus Hoyerswerda nickt, ich danke Ihnen dafür -, muß man morgen teuer bezahlen,

(Beifall)

denn es können große Schäden entstehen, seelische Schäden, menschliche Schäden und ganz massiv auch materielle Schäden, die den Staat viel Geld kosten, das er heute vielleicht zu sparen glaubt. Deswegen wünsche ich mir, daß von diesem Jugendforum das Signal herausgeht, daß Jugendpolitik Priorität verdient. Ich möchte alle die unterstützen, die sich dafür einsetzen. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Schönen Dank. Wir machen weiter mit Herrn Wetzel vom Landesverband Thüringen, Mitglied des Deutschen Bundestages und Mitglied der Jungen Gruppe.

**Kersten Wetzel:** Hier wurden vorhin die Abgeordneten der Parlamente und die Politiker kritisch angefragt, warum sie denn so wenig für die Lösung der Probleme von Jugendlichen tun. Ich bin seit einem Jahr selbst Bundestagsabgeordneter, und teile den Frust, der auch hier deutlich geworden ist, daß es in den Parlamenten viel zu wenig Lobby für die Jugendlichen gibt. Einige Politiker, so kommt es mir manchmal vor, gerade die, die schon etwas länger in den Parlamenten sitzen, schmoren im eigenen Saft. Sie haben Bürokratismus und Parlamentarismus schon übernommen und haben sich darin häuslich eingerichtet. Deshalb hatten wir im Parlament schon in der Volkskammer die Idee, die Lobby innerhalb unserer Partei, unserer Fraktion für die Jugendlichen zu verstärken, und haben die Junge Gruppe gebildet.

Im Bundestag sind wir jetzt 24 junge Leute und konnten schon einiges erreichen. Aber wir sehen in Bonn natürlich auch, daß sich in den Ländern, gerade auch in den neuen Bundesländern viel zu wenig tut. Wir sehen auch, daß es verkrustete Strukturen in unserer Partei gibt. Wir sollten das Podium des 2. gesamtdeutschen Bundesparteitags der CDU nutzen und dies deutlich machen. Hermann, ich bitte dich, daß du das in der Berichterstattung deutlich machst. Ich weiß, bei dir rennen wir damit offene Türen ein, aber man sollte das auch den Delegierten, die hier in so großer Eintracht sitzen und sich mit sich selbst beschäftigen, ruhig einmal sagen. Denn der Schlüssel für die Zukunft der CDU liegt letztendlich in der Jugend. Wenn die CDU das nicht versteht, wenn sie sich für die jungen Leute nicht attraktiv genug gestaltet, dann brauchen wir uns nicht zu überlegen, wie die nächsten Wahlen für uns aussehen.

Die Kommunisten haben die Bedeutung der Jugendarbeit erkannt und haben sie deshalb zur Machtsäule gemacht. Dies geschah sicher durch Bevormundung und Gleichschaltung, und sie haben da ein ganz ausgeklügeltes System benutzt, ein System, zu dem – wenn auch nur als ein Rädchen, aber immerhin – leider auch DT 64 zählte. Dies hat alles dazu beigetragen, unsere Jugendlichen zu beeinflussen.

Nun bin ich nicht einer von denjenigen, die alles pauschal verurteilen oder verteufeln wollen, aber die CDU muß sich endlich dazu bekennen, den großen Haufen Dreck nicht immer vor sich herzuschieben, sondern diesen Haufen Dreck kritisch und richtig aufzuarbeiten, also endlich einmal mit der Vergangenheitsbewältigung anzufangen, die wir dem Wähler damals im Herbst 1989 und im Frühjahr 1990 versprochen haben.

Das ist auch wichtig, wenn wir uns über Jugendarbeit unterhalten. Es ist für Jugendliche in Ost und West wichtig. Warum? Wenn wir von Zukunft reden – das können wir nicht ohne unsere Jugendlichen machen –, dann müssen wir auch kritisch die Vergangenheit aufarbeiten. Ich möchte nicht, daß in fünf oder zehn Jahren unsere Kinder in der Schule gelehrt bekommen, daß der Sozialismus nur ein gescheitertes Experiment war. Der Sozialismus war eine Diktatur, das muß jeder wissen, und das muß auch in Zukunft jeder wissen.

Was haben wir denn jetzt für eine Situation? Wir beschäftigen uns mit uns selbst. Es tritt eine Verwässerung und eine Verharmlosung der hier noch vor zwei Jahren bestehenden Situation ein. Wir lassen das zu, und das kann nicht im Interesse der demokratischen Kräfte und auch nicht im Interesse unserer Partei sein. Es liegt höchstens im Interesse der Herrschaften wie Modrow, Gysi und Krentz, die sich jetzt als Revolutionäre der ersten Stunde bei den Medien in Szene zu setzen versuchen und dafür auch nicht schlecht Geld abkassieren. Es liegt sicherlich auch im Interesse anderer sozialistisch denkender Parteien, von denen es ja noch einige gibt.

Deshalb sollten wir, meine ich, auf dem Parteitag als Jugendforum auch deutlich formulieren, daß sich die CDU und die Junge Union an der Spitze dieser Vergangenheitsbewältigung stellen muß und daß wir Druck auf unsere verkrusteten Parteistrukturen ausüben müssen sowie auf diejenigen Leute in unserer Partei – da meine ich nicht nur die in den Altbundesländern –, die aus irgendwelchen Gründen heute noch Angst haben zurückzuschauen, die vielleicht ein schlechtes Gewissen haben. Hier kann die CDU oder die Junge Union die Reformkräfte der CDU in den neuen Bundesländern sehr unterstützen. Wie wollen wir Vertrauen bei den Jugendlichen gewinnen, wenn wir keinen Mut haben, uns der eigenen Vergangenheit zu stellen? Wie wollen wir den Jugendlichen gegenüberreten, wenn wir es nicht verstehen, auch für unsere Jugendlichen die Frage nach der Vergangenheit zu beantworten?

Wenn dieser Parteitag nun schon einmal unter dem Thema Vergangenheitsbewältigung steht, sollten wir ganz deutlich sagen: Wer sich nicht traut, in die Vergangenheit zurückzuschauen, und wer ein schlechtes Gewissen mit sich herumträgt, den können wir nicht in Spitzenpositionen von Politik und Wirtschaft dulden, und wir können nicht zusehen, wie diese Leute versuchen, im Namen der Opfer eine neue demokratische Zukunft zu gestalten. Das geht nicht. Hier sollten wir sagen: Jeder muß sich zu seiner eigenen persönlichen Schuld bekennen, und wenn jemand in der Vergangenheit so viel Schuld auf sich geladen hat, daß er die Zukunft nicht mehr mit reinem Gewissen gestalten kann, dann ist für ihn auch kein Platz in der ersten Reihe. Hier muß die CDU mit Vorbildwirkung vorangehen.

Das muß von diesem Parteitag ausgehen, das ist der Akzent, den wir in den neuen Bundesländern brauchen und den wir auch für unsere Jugendlichen brauchen. Denn wie wollen wir als Partei Zukunft gestalten, wie wollen wir attraktiv für Jugendliche sein, wenn wir diese wichtigen Fragen, die man uns heute stellt, nicht beantworten?

Letztendlich würden wir den Kräften, die der Oberbürgermeister so eindrucksvoll geschildert hat, die vor zwei Jahren an dieser Stelle wirkten, auch in den Rücken fallen und würden die Ergebnisse der Revolution 1989 ad absurdum führen, wenn wir als CDU mit dazu beitragen, daß verwässert und vertuscht wird. Ich bitte dich, Hermann: Bring das bitte mit ein. - Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank, Herr Wetzel. Ich bin sicher, daß das Forum, das sich speziell mit den Fragen der Vergangenheit beschäftigt, hier auch weitere Impulse ins Plenum einbringen wird. Wir werden dies heute nachmittag noch hören. Nichtsdestotrotz ist dies natürlich auch unsere Frage. Wenn wir nach Perspektiven fragen, muß auch klar sein, woher wir kommen, wo Vergangenheit liegt und wo Vergangenheit aufgearbeitet werden muß.

Ich möchte die folgenden Rednern bitten, ein Stück stärker miteinander ins Gespräch zu kommen und etwas von den Statements wegzukommen, die so nebeneinander im Raum stehen. Vielleicht gelingt uns dies in der etwas kleiner gewordenen Runde.

Zunächst hat Herr Reichenbach aus Meißen das Wort.

**Michael Reichenbach:** Herr Dr. Rößler fragte mich vorhin in der Pause: „Sie hier bei der Jugend?“ Ich antwortete: „Ja, in der Frage 'Gehst du zur Vergangenheit oder zur Jugend?' habe ich mich für Jugend, sprich für Zukunft entschieden, denn Zukunft ohne Vergangenheit geht nicht. Aus Effektivitätsgründen bin ich hierhergegangen, da habe ich nämlich beides.“

Ich bin neuerdings – seit der Wende, seit knapp zwei Jahren – Bürgermeister in Coswig, einer mittleren Stadt in der Nähe von Dresden und Meißen. Hier sind viele kluge Dinge sehr allgemein gesagt worden. Ich stehe an der Basis und bin als Bürgermeister sowieso an allem schuld, was nicht klappt. Da hilft uns die Theorie oft nicht weiter. Wir brauchen natürlich Theorie, aber diese muß in eine gute Praxis umgesetzt werden. „Miteinander reden – einander verstehen“, wir reden miteinander, wir benutzen die gleichen Vokabeln. Ich glaube aber, verstehen tun wir uns noch nicht. Wenn wir miteinander sprechen, so meine ich, müssen wir, die wir so lange getrennt gelebt haben, etwas mehr tun. Vielleicht müssen wir uns einfach auch sagen, wie wir das, was wir sagen, dann auch meinen, denn ich behaupte, Sie wissen nicht, was ich im Hinterkopf habe, wenn ich Dinge so sage, wie ich sie sage, und umgekehrt ist dies genauso.

Ich bin einer, der sich bei allem Ärger, bei allem Traurigsein über das, was in unserem Lande war, weigert, nun zu sagen: „Ich habe 40 Jahre nicht gelebt, jetzt geht es aber los.“ Nein, in diesem Land waren wir jung, in diesem Land haben wir irgendwann geheiratet, hier sind unsere Kinder geboren, das ist ein ganzes Stück meiner Geschichte. Miteinander reden heißt, wir müssen ein Stück herüberbringen, was und wie unser Leben war, und das gleiche auch umgekehrt.

Ich kann, wenn ich zur Jugend etwas sagen möchte, auch als Vater von vier Kindern, natürlich nur von dem sprechen, was ich hier erlebt habe. Das eine Erlebnis, das ich in Richtung Mit-Jugend-Sprechen in westlichen Ländern hatte, ist mir irgendwo noch ein Trauma. Wir haben lange vor der Wende mit einem Studenten gesprochen, und wir haben gesponnen: „Sind wir denn für eine Einheit?“ „Natürlich sind wir für eine Einheit.“ „Warum sind wir denn für eine Einheit?“ Dann hat der sein Argument gesagt: „Ich sehe gar nicht ein, warum nun ausgerechnet Deutschland getrennt sein soll.“ Und ich habe gesagt, warum ich mir Einheit wünsche: „Ich wünsche mir als einer, der ständig kontra ist, der ständig“ – das ist mir jetzt eine große Schwierigkeit – „z.B. Lehrer als seine Gegner empfinden hat, in einem Staat zu leben, wo ich in der Grundtendenz dafür froh sein kann.“ Da sagt der mir: „So hat Faschismus angefangen.“ Also dieses Gespräch ist damals schiefgegangen. Es steckt mir bis heute noch in den Knochen.

Ich hatte das Glück, in einem christlichen Elternhaus aufzuwachsen. Ich hatte das Glück, als Jugendlicher ständig in die Wohnung der Eltern von Freunden gehen zu können. Ich brauchte nicht an Straßenecken zu stehen. Ich bin auch über etwas anderes froh. Ich habe einige Jahre vor der Wende – es war so üblich, man hat alles selber gemacht – eine Garage gebaut und habe dort noch einen Stock draufgesetzt; daß ist jetzt das Zimmer meiner zwei Großen. Jetzt stehen jeden Sonnabend Mopeds und Fahrräder bei mir im Hof. Ich weiß nicht, was die jungen Leute machen, die schreien bestimmt nicht „Hurra CDU“, aber die sind dort zusammen, und die fühlen sich wohl. Ich habe eine Vision: Wenn die Leute, die hier zu Recht Forderungen nach einer guten effektiven Jugendpolitik aufstellen, ihre Wohnungen aufmachen würden und nicht so sehr auf den Teppich sehen würden, der dabei vielleicht dreckig wird, dann wären sehr viele Jugendliche von der Straße weg und würden sich irgendwo angenommen fühlen. Ich glaube, daß ist das Problem. Wenn ich nun als ein bißchen Älterer hier bin, dann sage ich: Jugendpolitik zu machen heißt bei uns auch, wirklich mit den Eltern zu arbeiten und für sie zu arbeiten. Ich wünsche mir sehr, daß die Eltern hier in diesem Lande wieder die Funktion übernehmen, ihre Kinder ein Stück zu tragen und zu leiten.

Ich bin ja an allem schuld, und ich bin auch daran schuld, daß es in unserem Ort noch keine Jugendkonzeption gibt. Ich habe jetzt die Notbremse gezogen und gesagt: „Jetzt nehme ich euch beim Wort, am 3. Weihnachtsfeiertag habt ihr alle Zeit, dann setzen wir uns zusammen, denn wir haben diese Verantwortung.“ Wenn die 35 Leute unseres Gemeinderats ihre Wohnungen aufmachen würden und jeder fünf bis zehn junge Leute jeden Abend oder fast jeden Abend da hätte, wäre das schon viel. Ich glaube, unser Dilemma ist nicht das fehlende Geld sondern vielmehr, daß uns die Ideen fehlen.

An dieser Stelle möchte ich einmal Herrn Brettschneider ansprechen. Wir kennen uns von vielen Begegnungen, von vielen Sitzungen, auf denen wir zusammengesessen haben. Jetzt höre ich Sie als einen Vertreter der Kirche, der Forderungen, Bitten an Politiker richtet. Wenn ich vorhin gesagt habe, Jugendpolitik ist auch Arbeit mit deren Eltern, so habe ich eine Bitte. Ein ganz Teil der Kommunalpolitiker, die sich dieser Aufgabe jetzt gestellt haben, kommt aus der Kirche. Wenn ein Bürgermeister sich in der CDU engagiert, so habe ich den Eindruck, ist er für die Kirche ein bißchen gestorben. Was wir brauchen, um gute Jugendpolitik machen zu können, ist auch das Getragensein von unserer Kirche.

(Beifall)

Ich habe noch nichts davon gemerkt, daß etwa unsere Landeskirche nun einmal die Kommunalpolitiker eingeladen hätte, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Ich höre immer wieder bloß Anschuldigungen. Wir haben in unserem Rathaus so eine kleine Subökumene: Mein Stellvertreter ist Katholik. Er hat mir gesagt: „Jetzt begreife ich, warum ihr Evangelischen 'Protestanten' heißt. Ihr meckert bloß rum.“ – Danke.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank, Herr Reichenbach. Ich gebe im Anschluß an die Wortmeldungen dann den Vertretern des Podiums das Wort zur Erwiderung. Ich habe Ihnen das Wort etwas länger als drei Minuten erteilt, denn für uns alle ist Kommunalpolitik nach wie vor das Herzstück der Politik. Da wird Politik vor Ort konkret erfahrbar, und die Probleme müssen vor Ort geklärt werden. Deswegen bin ich Ihnen für Ihr Statement an dieser Stelle dankbar.

Wir haben noch sieben Wortmeldungen. Ich möchte damit die Rednerliste schließen. Mit Blick auf die Zeit möchte ich alle Redner bitten, sich an die Redezeit von drei Minuten zu halten. Jetzt hat Herr Dr. Thomas de Maizière, Staatssekretär im Kultusministerium von Mecklenburg-Vorpommern, das Wort.

**Dr. Thomas de Maizière:** Ich will mich bemühen, mich an die Zeitvorgabe zu halten, und es deswegen etwas zuspitzen.

Ich weiß nicht genau, was Jugendpolitik ist, und weiß auch nicht, ob es ein richtiger Ansatz ist, eine spezifische Jugendpolitik zu machen. Die beste Jugendpolitik ist, eine gute Ausbildungspolitik, eine gute Umweltpolitik, eine gute Familienpolitik und eine gute Ausländerpolitik zu machen. Warum reagieren denn Jugendliche in beiden Teilen – ich komme darauf gleich noch zurück – in der Asylfrage so sensibel? Weil die klassische Politik dieses Thema seit zehn Jahren ohne Lösung diskutiert. Es ist nicht so, daß Jugendliche speziell von Ausländern in irgendeiner Weise bedroht, betroffen oder ihrer Zukunft beraubt würden. Aber die Jugend spricht ein Thema an, das generell ungelöst in der Luft liegt.

Die Wertekrise, die Orientierungskrise, die Politikverdrossenheit, die wir im Blick auf Jugend diskutieren, ist keine spezifische Orientierungskrise der Jugend, dann der Gesellschaft im ganzen, die nur von der Jugend in besonderer Weise thematisiert

wird. Auch hier gibt es, finde ich, in den Ursachen Unterschiede, aber doch auch Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West. Es gibt eine Orientierungskrise im Westen, die in der Frage des Umgangs in einer Freizeitgesellschaft oder der Bewältigung der Langeweile ihre Ursache hat. Dagegen ist die Orientierungskrise in den neuen Ländern eine fundamentale Krise im besten Sinne des Wortes, die von der Veränderung der alltäglichen und fundamentalen Lebensverhältnisse herrührt. Im übrigen ist das eher eine gesunde Krise als eine Krise, die man zu beklagen hätte.

Ich meine, daß Politik nicht speziell auf die Jugend, sondern generell Antworten finden muß. Dazu gehört erstens, die Probleme nicht kleinzureden, sondern zu benennen. Ich halte es für problematisch, zu sagen: „In zwei Jahren wird alles herrlich“ und gleichzeitig zu sagen: „Wir erleben den vielleicht größten Umbruch in Europa seit 1914.“ Wir werden in Deutschland, in Europa Probleme nicht nur ökonomisch, sondern auch geistig zu bewältigen haben, bei denen wir erst am Beginn stehen. Es wäre falsch, dies zu verniedlichen und der Jugend zu sagen: „Es wird schon alles werden.“

Der zweite Punkt ist: Wir müssen die Probleme, die wir haben, nicht nur ökonomisch lösen und benennen. Wenn wir den Aufschwung Ost als ökonomisches Problem betrachten, wird er scheitern; dazu haben einige schon etwas gesagt.

Der letzte Punkt: Wir müssen die Unsicherheit, die es vor allem im Osten gibt, nicht beklagen, sondern als Krise im besten Sinne des Wortes für ganz Deutschland, nämlich als Chance der Erneuerung begreifen. Wenn wir das, insbesondere diejenigen, die aus dem Westen kommen, nicht begreifen, dann werden wir weder dem, was Frau König als aufklärerische Chance genannt hat, gerecht, noch werden wir die Sachprobleme lösen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank, Herr Dr. de Maizière. Die nächsten beiden Wortmeldungen kommen wieder aus dem Raum des Deutschen Bundestages. Zunächst Herr Rainer Jork.

**Dr. Rainer Jork:** Meine Damen und Herren, wir haben uns heute über Bildungspolitik ausgesprochen und bis auf den Dank, daß die Bereitstellung von Lehrlingsplätzen funktioniert hat, einen aus meiner Sicht ganz wesentlichen Bereich einfach weggelassen, nämlich die berufliche Bildung. Wir können es uns als CDU einfach nicht erlauben, diejenigen, die einen Facharbeiterberuf ergreifen wollen, hier überhaupt nicht zu nennen.

(Beifall)

Wir beklagen uns darüber, daß die Gymnasien überlaufen sind und nehmen zur Kenntnis, daß die Hochschulen in der vorhandenen Form offenbar nicht funktionieren, während wir den Facharbeiternachwuchs vernachlässigen. Ich möchte herzlich darum bitten, daß wir auch in der Berichterstattung deutlich werden: Dies ist keine Domäne, die wir dankbar oder bereitwillig der SPD übergeben. Wir haben auch ein Herz und einen Sinn für die, die Facharbeiter werden. Das ist ein erheblicher Teil – lassen Sie es mich ruhig so pragmatisch sagen –, an den wir auch bei der Wahl denken müssen und den wir aus meiner Sicht auch gern vertreten.

Ich sehe hier eigentlich zwei ganz wesentliche Diskrepanzen. Als erstes stellen wir doch fest, daß es in den Altbundesländern einen Mangel an Facharbeitern gibt. Wir stellen fest, daß Lehrlinge fehlen. Meine Frage – ich möchte es kurz machen -: Wollen wir zulassen, daß in Zukunft diejenigen, die bei uns die Facharbeiter ausmachen, aus dem Ausland kommen, und sind wir uns zu fein, uns mit den Facharbeitern zu beschäftigen?



Der zweite Gedanke: Die Universitäten laufen über. Sie wissen, daß wir 1,7 Millionen Studenten auf 900 000 Plätzen an den Universitäten haben. Auch das ist ein Punkt, an dem wir uns genau überlegen müßten, wie wir – aus meiner Sicht können wir im Osten hierzu sehr gut beitragen – diese Diskrepanz minimieren. Wir sollten uns auch über die berufliche Bildung Gedanken machen. Im Bundestag haben wir das verschiedentlich getan. Der Berufsbildungsbericht von 1991 trägt dem noch nicht Rechnung. Ich meine, dies ist ein Feld, auf dem die CDU erhebliche Chancen hat.

Wir sollten daran denken, daß es folgende Probleme gibt: Die jungen Leute, die einen Beruf lernen, treten viel früher in die Industrie, in das Handwerk, in das Berufsleben ein und haben dort ganz andere und aus meiner Sicht auch größere Probleme als einer, der wohlbehütet vom Elternhaus über das Gymnasium dann eine wissenschaftliche Laufbahn einschlägt. Damit stellt sich für uns auch die Frage – wir haben diese mit Herrn Dr. Lammert im Bundestag diskutiert –, wie wir die Durchgängigkeit der Berufsbildung zur akademischen Bildung neugestalten sollen.

Der dritte Gedanke an dieser Stelle ist die Arbeitslosigkeit, die diese Leute natürlich auch trifft, und überhaupt die Frage des Zusammenführens der Berufsbildungssysteme von Ost und West. Ich mache Schluß. – Danke.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank, Herr Jork. Das Wort hat Frau Falk.

**Ilse Falk:** Meine Damen und Herren! Im Ausschuß Frauen und Jugend im Deutschen Bundestag, dem ich angehöre, befassen wir uns mit dem ganzen Spektrum der Jugendpolitik. Vieles ist hier angesprochen worden, gerade eben die Bildungspolitik, Aufbau von Strukturen, Verbänden in den neuen Ländern und ähnliches. In diesen Bereichen bin ich insofern ganz zuversichtlich, da wir Ansprechpartner haben, mit denen wir immer wieder in Kontakt stehen, mit denen wir Erfahrungen austauschen können, von denen wir Anregungen bekommen.

Ein anderer Bereich macht mir viel mehr Gedanken, und da fühle ich mich selber ein Stück im Stich gelassen. Dies betrifft das Thema „Miteinander reden – einander verstehen“. Ich halte das für außerordentlich wichtig, und zwar jetzt nicht unter dem Gesichtspunkt Ost/West, sondern so verstanden, daß diejenigen, die Politik gestalten wollen, mit denjenigen ins Gespräch kommen, für die wir Politik gestalten. An dieser Stelle hakt es aus meiner Sicht ganz häufig. Wenn wir Foren anbieten, um mit Jugendlichen zu sprechen, sei es auf Orts-, Kreisebene oder in ähnlichen Bereichen, fällt es der Jugend sehr schwer, daran teilzunehmen, zu uns zu kommen und zu sagen, welche Anliegen sie haben. Wenn wir darüber sprechen, welche Werte die Basis unseres Handels in der Politik sind, dann ist es ganz dringend notwendig, diese miteinander abzustimmen. Werte verändern sich auch. Wir müssen darüber reden. Ganz viele Bereiche, die nicht so offensichtlich zukunftsbestimmend sind, sind es in Wirklichkeit. Ich denke z.B. an unsere Familienthemen, bei denen immer wieder die Jugend betroffen ist. Ich denke an große Themen, die wir im Bundestag zur Zeit debattieren. Dies betrifft nicht nur § 218, sondern auch kleine Ausschnitte, wenn es um das Namensrecht oder auch ganz andere Bereiche geht.

(Zuruf: Drogen!)

– Drogen ist sicher auch ein Thema. Auch die Flüchtlingsproblematik – allerdings nicht so sehr unter dem Aspekt Asylproblematik –, die Entwicklungshilfe und ähnliches sind hier zu nennen.

Die Fragen an Jugendliche, auf die wir gerne Antwort hätten, sind: „Wie wollt ihr eigentlich in Zukunft leben, wie glaubt ihr z.B. mit Flüchtlingen, mit Ausländern leben zu können? Es reicht nicht, nur zu sagen: 'Wir wollen sie aufnehmen' sondern: Wie müßte euer Leben dann aussehen, welche Weichen müssen wir jetzt stellen?“ Oder: „Wie sieht die Familie aus, die ihr euch als ideale Familie vorstellt? Paßt ihr an diesen Stellen auf, daß die Gesetze richtig gestaltet werden?“ Da kommt mir zu wenig Echo und zu wenig Resonanz auf unsere Nachfragen. Da bitte ich einmal alle Jugendlichen, auch uns als Politiker anzufordern. Ich bitte auch die Referenten, die hier vorne sitzen und mit Jugendpolitik zu tun haben, einmal mit zu überlegen, wo Politiker mit einbezogen werden können, ohne daß das gleich Wahlkampf oder Parteipolitik ist, sondern schlicht und einfach die Nachfrage nach den Werten, die die Politik bestimmen. Dies zu verstärken ist meine herzliche Bitte an alle.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Die Fragen an die Jugend waren deutlich. Ich denke, daß auch die Podiumsteilnehmer darauf noch kurz antworten werden. Das Wort hat Herr Kessler.

**Wolfram Kessler:** Eine Vorbemerkung zu Herrn Dr. Rößler. Zu den von Ihnen genannten Privilegientatbeständen möchte ich eine ergänzende Bemerkung machen, und zwar hinsichtlich des Rahmenkollektivvertrags für Pädagogen. Wenn Sie den mit anderen Rahmentarifverträgen, z.B. für Veterinäre, die gut gepolstert sind, vergleichen, so ist das der schlimmste Privilegientarifvertrag, den es in der DDR gegeben hat. Ich will dies nicht vertiefen. Aber da Sie von Hochschulen sprachen, darf dieser Rahmentarifvertrag nicht außen vor bleiben.

Herr Gröhe, ich möchte die Junge Union ermuntern, in der beruflichen Bildung das Thema Berufsfachklassen zu besetzen. Was hat es damit auf sich? Nicht jede Kreisberufsschule kann sich für bestimmte Fachbereiche eigene Lehrausbilder leisten. Es müssen also für bestimmte Spezialgebiete räumlich übergreifende Fachklassen gebildet werden. Diese Fachklassen sind in allen neuen Ländern völlig unterentwickelt. In meinen Vorlesungen an der Universität Potsdam haben mir Landräte aus Thüringen, aus Sachsen und überall her berichtet, daß es hier an der notwendigen, auch sehr teuren technischen Ausstattung fehlt. Ich will es in einem Satz zusammenfassen: Es darf nicht sein, daß in einem bestimmten Lehrberuf die Ausbildung in dem kleinen Halle in Westfalen um ein Vielfaches besser ist als in dem großen Halle an der Saale.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Das Wort hat Herr Andreas Horn, Landesjugendpfarrer der Evangelischen Kirche in Sachsen.

**Andreas Horn:** Es ist jetzt nicht so ganz leicht, ein wirkliches Gespräch zu führen. Es fällt mir auch ein bißchen schwer, auf meinen Vorredner einzugehen. Das war mehr so ein Spezialgebiet.

Ich kann als Landesjugendpfarrer auf jeden Fall aber das mitnehmen, was aus Coswig als Bitte und Wunsch ins Landeskirchenamt kam. Ich werde es verstärken und möchte einmal einen grundsätzlichen Gedanken äußern. Ich war am Wochenende mit Jugendlichen zusammen und habe ihnen erzählt, daß ich am Montag hier sein werde. Sie gaben mir das Wort – es ist jetzt auch gefallen - "Glaubwürdigkeit" mit. „Sag den Politikern, daß uns das am wichtigsten ist!“ Ich möchte es an einigen Stichworten, an einigen Bereichen deutlich machen. Welchen Anpassungsprozeß muß ein Jugendlicher vollziehen, der sich politisch engagiert, der vielleicht den Gedanken hat, in eine

Partei einzutreten oder dorthinzugehen? Ist der möglicherweise so groß, daß er sagt: „Das mache ich nicht, ich will bei meiner Meinung bleiben“? Vielleicht erleben sie in der Politik, daß sich Politiker, wenn sie einer Partei angehören, zu schnell an Parteilinien anpassen müssen. Wenn sie das erleben, spüren sie: „Das ist nicht das, was ich will.“ Deshalb ist Politik – dieses Verdikt erscheint bei Jugendlichen häufig – ungläubwürdig. Ich denke, darüber müßten Parteien nachdenken, intensiv nachdenken.

Beispiel zwei: Thema Schuld. Wir sollten in unserer Vergangenheit nicht so sehr zu sortieren versuchen zwischen denen, die Schuld haben, und denen, die keine Schuld haben, sondern wir sollten beieinanderbleiben und einzelne ermutigen, daß sie ausführlich erzählen: Wie ist das dazu gekommen, welchen Anpassungsprozeß mußte ich vollziehen – ich war auch bloß ein Mensch, und deshalb habe ich's so gemacht, und dazu kann ich stehen. – Und vielleicht werden die, die das hören, unterschiedlich urteilen. Die einen werden meine Schuld höher einschätzen, und die anderen werden vielleicht sagen: Ja, er hat recht, so war es!

Ich denke, das wäre viel, viel wertvoller als dieses Sortieren, auf das wir jetzt zugehen. Und davor wird mir ziemlich bange. Wir sollten gemeinsam beschreiben, was unsere Situation war. Ich denke, ehrliche Eingeständnisse wären sehr, sehr eindrücklich und für unsere Jugend ganz, ganz wichtig, daß die jungen Menschen Leute hören, wo sie am Schluß sagen können: Genauso war es, der ist ehrlich! – Und ich vermute, sie werden ihn nicht verurteilen, wenn er das so erzählt.

Drittes Beispiel: Werte. Ich habe in dem Papier einige Sätze gelesen, über die ich mich gefreut habe. Sie haben mich erinnert an den konziliaren Prozeß, den wir hier in Dresden sehr intensiv hatten. Ich wünsche mir, daß diese Sätze nicht nur in diesem Papier stehen, sondern daß sie sich wirklich irgendwo umsetzen. Es sind Werte. Und ich frage mich manchmal: Sind das nur so gesprochene Werte, die wir als Plakat vermitteln? Sind Politiker, die politische Elite der Bundesrepublik Deutschland, auch in der Lage, sie emotional als Bild zu vermitteln, oder erscheinen dann praktisch nur Luxuslimousinen und feine Anzüge, im Grunde eine auf Luxus und auf Leistung ausgerichtete Gesellschaft? – Oder gibt es noch andere Werte, und können wir die wirklich vermitteln, auch in Bildern, auch im Lebensstil möglicherweise eines Politikers? Ist das denkbar?

Zum angesprochenen Thema Gewalt will ich nur einen Gedanken äußern. Das, was wir auf der Straße sehen, ist, denke ich, nur die Spitze eines Eisberges. Es fiel der Satz: Diese Gewalt ist nicht symptomatisch für unsere Jugend. – Ich denke schon, daß ein großes Maß an Gewalt symptomatisch für diese ganze Gesellschaft ist, die aber verborgen ist und nicht in Fernsehbildern festgehalten werden kann. Aber ich denke, an dem, was sich in manchen Fernsehfilmen und Videos zeigt, wird es deutlich, welches Maß an Gewalt inzwischen unter uns selbstverständlich geworden ist.

Hier muß die Gesellschaft grundsätzlich nachdenken und nicht nur über die Gruppe Jugendlicher, die die Gewalt demonstriert. Sie demonstrieren wohl nur etwas, was in uns allen ziemlich tief drinsteckt und ziemlich selbstverständlich geworden ist.

Zum Stichwort DT 64 muß ich doch noch etwas sagen, was mir im Gespräch mit den Jugendlichen gestern aufgefallen ist. Ich war überrascht, es waren vor allem behinderte Jugendliche, die sich dort engagiert haben. Ich habe mich gefragt: Warum sind sie so engagiert? – Ich denke, es liegt nicht daran, daß sie die Wortsendungen dieses Senders so sehr akzeptieren, sondern ich vermute, daß der Sender für sie ein Stück Identifikation bedeutet.

Ich bitte darum, daß die Politiker nicht nur einen Sender abschalten, sondern daß sie sich vorher genau überlegen, welche Alternativen möglich sind. Ich denke, das fehlt im Moment. Es wird ein Sender abgeschaltet, aber Alternativen für die Jugend sind überhaupt nicht in Sicht. Ich habe nicht das Vertrauen, daß der Mitteldeutsche Rundfunk tatsächlich ein entsprechend umfangreiches Jugendprogramm bringen wird. Aber ich würde es mir wünschen. Ich denke, es wäre gut, wenn solche Alternativen für die Jugendlichen zugleich mit angeboten werden könnten.

Für die Jugendarbeit noch ein Wunsch. Ich habe es jetzt so erfahren – ich bin erst seit kurzer Zeit in diesem Amt als Landesjugendpfarrer -, mir begegnet die Jugendarbeit in der Bundesrepublik als eine sehr verwaltete Jugendarbeit. Das ist vielleicht so gewachsen, es ist für uns aber schwer. Es fehlt uns ein Stück Spontaneität, die Möglichkeit, auch spezifische Dinge zu machen. Ich merke, daß viele unserer Mitarbeiter in der Jugendarbeit von den verwaltungstechnischen Dingen völlig überfordert werden. Wir müssen einen Weg finden, um auch Projekte wie den „Sommer der Begegnung“, den wir verwaltungsmäßig nicht gepackt haben, in Zukunft zu meistern.

Man sollte sich also ein wenig auf unsere Situation einstellen, auch in der Art, wie z.B. ein Formular ausgefüllt wird, oder daß wir über einen längeren Zeitraum die entsprechenden Leute zur Verfügung gestellt bekommen, die uns dabei helfen können. Vielleicht kann dies auch ein Anlaß sein, grundsätzlich darüber nachzudenken, ob Jugendarbeit so dezidiert verwaltet sein muß? – Vielleicht gibt es gute Gründe dafür, aber für uns ist dies neu und überraschend und oftmals auch sehr schwer.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank, Herr Horn. Ich denke, es ist wichtig, daß einige Ihrer Gedanken auch in die Grundwertediskussion einfließen, die wir ja z.Z. in der Union führen und die im Jahre 1993 in ein neues Grundsatzprogramm vorlegen wird. Ich denke, es war wichtig, dies auch noch einmal aus Ihrer Sicht, aus Ihren Erfahrungen als Landesjugendpfarrer hier in Sachsen zu hören. – Frau Kristel Bendig, bitte, dann Herr Bergner und zum Abschluß Herr Wienholz.

**Kristel Bendig:** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich habe mir lange überlegt, ob ich hier noch etwas dazu sagen sollte. Ich meine, die ganze Diskussion leidet daran, daß hier überhaupt keine Diskussion stattfindet,

(Vereinzelt Beifall)

daß immer nur darüber geredet wird, was sein könnte oder wie wir's wissenschaftlich irgendwohin entwickeln könnten; aber wir tun's nicht.

Der Leitsatz in meiner Familie und bei meinen Kindern – ich habe vier – hieß immer: Hin zum Menschen, hin zum Problem! – Und dann werdet ihr auch erfahren, was da los ist.

Ich habe mich vor zehn Jahren gezwungen, Drogenbücher zu lesen, obwohl kein Kind in meiner Umgebung Drogen nahm, nur um mich mit dem Problem auseinanderzusetzen und auch zu wissen, was diese Menschen dazu bringt und wie es dazu kommt. Ich glaube, das ist etwas ganz, ganz Wichtiges, was wir machen müssen, um die Perspektiven zu entwickeln: Wir müssen hin zu den Problemen gehen und eben hin zu den Menschen.

Ich habe mir hier notiert: Wir dürfen nicht die Meßlatte zu hoch hängen. Ich habe furchtbar viel von Vorbildern gehört. Ich bin sehr dafür, daß wir Eltern selber Vorbild sein sollten. Aber wenn wir jetzt gerade in dem Zusammenwachsen von Jugendlichen, die in zwei ganz unterschiedlichen Systemen gelebt haben, die Meßlatte zu hoch hängen, dann vergessen wir das, was eigentlich das „C“ im Namen CDU ausmacht, nämlich das Vergeben von Schuld. Und ich glaube, das ist ganz wichtig und sehr angebracht.

Es gibt unendlich viel Gemeinsamkeit zwischen Ost und West, und zwar die gemeinsame Sprache, in vielen Bereichen die gemeinsame Kultur und die Geschichte. Wenn wir uns unsere Geschichte ansehen, dann sind ja nur die letzten 40 Jahre nicht gemeinsame Geschichte gewesen, nur gemeinsam erlittene Geschichte. Und das ist im Leben eines Menschen wenig. Aber es hat ja eben fast 2 000 Jahre gegeben, die wir zusammengelebt haben.

Ich möchte Sie bitten, die Jugendlichen vor Ort sehr ernstzunehmen – das ist eine ganz wichtige Forderung –, alles, was sie bewegt, ernstzunehmen. Wir haben Schulen, wir haben Gaststätten – überall kann man sich mit Jugendlichen treffen, wenn man das möchte. Man sollte allen Verantwortung übertragen, und zwar im ganz kleinen Bereich. Das mache ich als Kommunalpolitikerin auch und habe damit gute Erfahrungen. Wenn man dem Jugendlichen eine Aufgabe gibt, dann beschäftigt er sich damit, dann lernt er die Schwierigkeiten kennen.

Was mir in der Partei nicht gefällt, ist die Vereinzelung. Da wird über die Junge Union gesprochen, da wird über die Frauen-Union gesprochen und über die Senioren-Union, während es im Grunde ein Durchwirken geben muß von oben nach unten und von links nach rechts.- Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank, Frau Bendig.

**Herr Bergner:** Mit Blick auf die fortgeschrittene Zeit möchte ich nur einen Punkt noch einmal problematisieren, nachdem ihn Prof. Bertram auch angesprochen hat, das ist die Frage der Verkürzung der Ausbildungszeiten. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht – ich werde konfrontiert mit Eltern, die sehr gern an die alte Tradition des Gymnasiums anknüpfen möchten. Ich möchte diese Eltern deshalb ernst nehmen, weil sie einen Bildungsbegriff in sich tragen, der uns verlorenzugehen droht. Aus dem Grunde würde ich hier einfach zu mehr Behutsamkeit mahnen. Mir gefällt z.B. der Änderungsantrag zum Manifest, der aus Hoyerswerda gekommen ist, sehr gut, der nämlich den Ersatz des Wortes „Ausbildungszeiten“ durch „Studienzeiten“ anregt. Dies ist, glaube ich, ein unstrittiger Punkt. – Dies mein kurzer Beitrag.

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank. – Herr Wienholz nun als letzter Redner aus dem Plenum.

**Uwe Wienholz:** Ich weiß die Ehre zu schätzen, Frau Vorsitzende.

Es fiel eben ein Satz, der meines Erachtens für die Gesamtsituation sehr wichtig ist. Der Satz – gesprochen im Zusammenhang mit DT 64 – lautete: Abgeschaltet – und wo sind die Alternativen? – Das haben wir, was die Jugendarbeit betrifft, seit zwei Jahren gemacht. Die Frage nach den Alternativen ist ja auch die Frage nach den Perspektiven.

Es ist mehrfach heute vormittag die Altersgrenze irgendwo bei 20 Jahren gesetzt worden. Die Diskussion, was Jugend ist, ist natürlich weitläufig. Aber wenn wir schon eine Gesetzesgrundlage bis 27 Jahre haben, dann müssen wir wenigstens diese Altersgrenze von 27 Jahren zulassen, und vielleicht war dann die Gruppe der Jugendlichen, die heute morgen hier gesessen hat, etwas größer zu sehen. Ich warne also davor, daß wir den Begriff „junge Menschen“ oder „Jugend“ bei 20 Jahren beenden. Wir kommen da nämlich sofort auf einen Punkt, der das Ergebnis dessen ist und wo wir im Hinblick auf Perspektiven etwas ändern müssen.

Wenn Sie sich die gegenwärtigen Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit für die fünf neuen Länder anschauen, dann werden Sie feststellen, daß die Gruppe der 20- bis 25jährigen, die gesondert erfaßt ist, mit mindestens 50 Prozent, in einigen Arbeits-

amtsbezirken fast mit 100 Prozent, über dem normalen Durchschnitt arbeitslos ist. Das ist eine Folge davon, daß wir die Gruppe der jungen Erwachsenen aus dem Bereich von Jugendpolitik weitgehend aussparen und andererseits natürlich aus dem Bereich von Familienpolitik und Arbeitsplatzschutz-Gesetzgebung.

Die Bundesanstalt hat erarbeitet, was Arbeitslosigkeit für den jungen Erwachsenen, der sich erst Perspektiven aufbauen will, vor allem längerfristige Arbeitslosigkeit, bedeutet. Wir wissen es: Es führt zu Hoffnungslosigkeit. Die Konsequenz ist also: Wenn es im EG-Bereich möglich ist, für diese Altersgruppe besondere Förderungsmöglichkeiten im Hinblick auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Fortbildung und Umschulung zu schaffen, gerade in dieser Kombination, dann muß das doch wohl auch in dem Programm der Bundesanstalt für Arbeit in Deutschland möglich sein. Damit würden wirklich Perspektiven gesetzt für diese Altersgruppe in den neuen Bundesländern. In den Westländern nämlich ist diese Altersgruppe unterproportional von Arbeitslosigkeit betroffen; das muß man einfach in der Relation sehen.

Noch einen zweiten Punkt möchte ich ganz kurz anschnitten. Wir diskutieren sehr häufig, gerade im kirchlichen Bereich, über die Tätigkeit auf dem Gebiet von Entwicklungshilfe. Von Herrn de Maiziere ist vorhin die veränderte Entwicklung in ganz Europa angesprochen worden. Wenn wir in dem neuen Deutschland eine gemeinsame Grenze mit Polen haben, dann ist zu fragen, warum schaffen wir keine Brückenprojekte? Möglich sind sie. Warum gibt es nicht Projekte, wo viele junge Menschen Möglichkeiten haben, im Bereich der Teilstaaten der Sowjetunion – wir wissen ja noch nicht, wie sich das einmal nennen wird –, in der Tschechoslowakei wirksam zu werden. Hier ist weitaus mehr möglich.

Und ein dritter Punkt: Jugend und Wohnen. Es gibt mittlerweile gerade in den Städten der neuen Bundesländer eine erhebliche Zahl junger Menschen, die wohnungslos sind und von Verwahrlosung bedroht sind. Es ist gewiß eine ganz bestimmte Gruppe, die uns aber immense Probleme bereiten kann. In Berlin hat es die Senatsverwaltung geschafft – das war ein Senatz, der nicht von der CDU gestellt war –, abrißreife Häuser herauszusuchen und an entsprechende Gruppen und Initiativen zum Ausbau zu übertragen. Das hat mit entsprechender Unterstützung geklappt. Das muß doch auch in Chemnitz, in Dresden und in Leipzig möglich sein! Warum tun wir's nicht? – Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank, Herr Wienholz. - Ich möchte jetzt noch zum Abschluß den Mitstreitern im Podium die Gelegenheit geben, ganz kurz zu reagieren, zunächst unseren beiden jungen Frauen, die rechts- und linksaußen sitzen. Frau Yzer hatte sich bereits gemeldet.

**Cornelia Yzer:** Frau Falk, Sie hatten vorhin die Frage aufgeworfen, wie wir mit Jugendlichen ins Gespräch kommen können. Ich denke, den Stein der Weisen hat bislang keiner von uns gefunden, sonst hätte die Union ihn längst aufgenommen und die JU sich ihn längst zunutze gemacht. Aber unabhängig davon, daß wir als Partei natürlich wissen, daß wir offener werden müssen, daß wir auch die Möglichkeit für punktuelles Engagement bieten müssen und nicht nur für Parteimitgliedschaft, meine ich, daß wir auf jeden Fall auch dokumentieren müssen, daß wir Jugendliche ernst nehmen und ihre Mitsprache nicht nur dann einfordern, wenn gerade Wahlkampf herrscht oder aus irgendwelchen anderen Gründen ein populistisches Bild geschaffen werden muß.

Dazu gehört auch – und da, denke ich, ist ein konkreter Ansatzpunkt –, daß wir als diejenigen, die wir Politik machen und Mandate haben, auch darüber nachdenken müssen: Wann hören wir Jugendliche an? – Und wenn ich bei uns in Bonn sehe, wer zu Jugendthemen eingeladen wird, dann sind das doch in der Regel, wenn wir ehrlich sind, Verbandsvertreter, die man, wenn man etwas über die Befindlichkeit der Jugend wissen will, fragen sollte: Wie sehen denn Ihre Enkel die Situation?

(Beifall)

Insofern, meine ich, müssen wir auch offener werden und bereit sein, gegen Widerstände in den eigenen Reihen einmal auf Jugendliche zuzugehen und zu sagen: Kommt hierher, unabhängig von einer spezifischen Funktion, die ihr auf Bundesebene in einem Bundesverband erreicht habt, und sagt uns einmal, was euch wirklich bewegt.

Und nun setze ich noch eins drauf mit Blick auf meine Nachbarn, aber auch auf mich: Unabhängig davon, ob wir Jugend bis 20, 25 oder 27 Jahre definieren, ist festzustellen, daß in diesem Podium – den JU-Vertreter ausgenommen – nur solche sitzen, die über Jugend diskutieren, weil sie noch relativ nahe an der Jugend dran sind und sich an ihre eigene Jugend noch erinnern können oder weil sie Jugend berufsmäßig behandeln. Ich denke, das ist eine Frage, die wir hier selbstkritisch an uns richten sollten, ob das Podium heute die optimale Zusammensetzung hatte.

Ich erlaube mir noch zwei Anmerkungen. In der Diskussion ist ein Unterschied besonders deutlich geworden. Der eine hat gesagt: Die Jugendlichen in Ost und West sind ja gar nicht so weit auseinander. – Und der zweite Gesprächspartner hat gesagt: Nein, wir müssen einander erklären, was wir meinen. – Ich glaube, letzteres ist richtig, und wir sollten uns davor hüten, Unterschiede jetzt künstlich zu verdecken. Gerade Politiker neigen dazu; sie wollen nicht einräumen, daß sie bestimmte Dinge nicht verstehen, weil sie von vornherein als gesamtdeutsche Experten dastehen wollen.

Die Konsequenz könnte sein, daß wir gerade bei Jugendlichen, die die meisten Chancen haben, aufeinander zuzugehen, jetzt wieder eine Generation verspielen, weil man zunächst einmal vorgaukelt, man würde sich doch schon so gut verstehen. Deshalb ist es wohl wichtig, daß man Unterschiede aufdeckt und im Dialog zueinander kommt.

Ein letzter Punkt. Wir haben heute die Jugendpolitik unter dem Aspekt behandelt, wie sich Jugendarbeit organisieren läßt. Nur ist Jugendpolitik – in einem Beitrag wurde es angesprochen – natürlich viel mehr. Wenn wir heute fragen: Wie lassen sich die Probleme der Jugendlichen in den neuen Bundesländern lösen, wenn sich aus der Bewältigung der Vergangenheit Probleme auftun, dann vergessen wir, daß diese Probleme, die heute anstehen, die sicherlich wichtig sind und auch gelöst werden müssen, letztendlich aber nur Vergangenheitsbewältigung sind und daß die Zukunftsthemen die großen allgemeinen politischen Themen – sei es Umwelt, sei es Europa, sei es die Öffnung des osteuropäischen Raumes und, und, und – sind und daß wir in der Politik und als Partei sicherlich nur bestehen können, wenn wir Jugendlichen die Chance geben, diese Themen mitzugestalten und ihnen damit die Möglichkeit geben, über das Morgen mitzuentcheiden. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** Vielen Dank, Frau Yzer. Das war schon fast ein Schlußwort. Dennoch sollte Frau König gleichfalls die Gelegenheit haben, sich zu äußern, und Herr Brettschneider war direkt aus dem Plenum angesprochen worden.

**Elke König:** Die Rede von Sitting Bull, die angeklungen ist, daß man erst die dritte und die vierte und die fünfte Generation befragen soll, bevor man irgendwelche Dinge macht, greife ich ganz gern auf. Meine Erinnerungen an die Schule sind nur nebensächlich. Was mir wichtig ist, ist, was vorhin gesagt wurde: Glaubwürdigkeit. Darauf reagieren, meine ich, die Jugendlichen ganz massiv. Solange sich die Lebensverhältnisse entscheidend auf Lernverhältnisse auswirken können – und das sehe ich manchmal –, sind diese nicht zu verändern. Das möchte ich stehenlassen. – Danke.

**Harald Brettschneider:** Ich wollte nicht sagen, daß die Vertreter hier Jugendarbeit machen sollen, sondern daß sie mit ihrer Aufrichtigkeit – ein anderes Wort für Glaubwürdigkeit – Orientierungshilfen anbieten. Die Jugendarbeit müssen die Jugendverbände, die Freien Träger und was weiß ich, wer nicht alles, machen. Die wiederum haben darauf zu achten, daß die jungen Leute sie selber betreiben. Sie setzen nämlich die Aktivitäten. Ich beobachte in vielem, was heute kritisch angemerkt wird, „Gesundungsformen“, die tatsächlich auch zur Gesundung beitragen. Diese aufzuspüren, das ist die Aufgabe der Jugendarbeit.

Das dritte: Ich wünsche mir, daß das Geld, über das jetzt beschlossen worden ist und das wirklich hilfreich ist, bitte schön, nicht bis zum 31. 12. abgerechnet sein muß; denn das können wir nicht schaffen. Wir haben das Geld im Oktober bekommen und müssen es am 31. 12. abrechnen. Könnt ihr euch da nicht einmal etwas einfallen lassen?! – Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzende Christine Lieberknecht:** An dieser Stelle möchte ich mich bedanken für alle Beiträge aus dem Podium, genauso aber für alle Beiträge aus dem Plenum. Wir haben die Fragen der Jugend, ihre Perspektiven, aber auch die Vergangenheit, Unterschiede und Gemeinsamkeiten aus den verschiedenen Blickwinkeln gesehen und besprochen. Jetzt kommt es darauf an, dies mitzunehmen und dort, wo Jugendarbeit tatsächlich gemacht wird, die verschiedenen Ansichten zusammenzuführen. Es gilt zu sehen, daß Jugend notwendig ist, daß Jugend Perspektive braucht, daß wir diese Perspektive gemeinsam finden müssen und für die Jugend das gilt, was insgesamt für Politik gilt: daß die Chance der Einheit erfahrbar wird durch Impulse, die wir hier in Freiheit in den neuen Ländern setzen können und die auch Rückwirkung haben auf Strukturen, auch auf zum Teil verkrustete Strukturen, in den alten Ländern. So wird Einheit und auch Perspektive für die Jugend und ein Gewinn für Deutschland und letztlich darüber hinaus für die Aufgaben und Herausforderungen, die vor uns stehen. – Damit herzlichen Dank Ihnen allen und auf Wiedersehen im Plenum.

(Beifall)



## Forum 4

### Die Schöpfung bewahren: Umweltschutz in weltweiter Verantwortung

	Seite:
Eröffnung: Kurt-Dieter Grill MdL Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Umweltpolitik“	458
Einführungsreferat: Prof. Dr. Klaus Töpfer MdB Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	459
Podiumsteilnehmer: Jiri Hannsmann Geschäftsführer des Sekretariats der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe	467
Ingrid Häusler Betriebsratsvorsitzende der Buna AG	469
Dr. Heinrich Bonnenberg Direktor im Direktorat Umweltschutz/Altlasten, Treuhandanstalt	472
Klaus Dürkop Präsident des Naturschutzbundes Deutschland e.V.	475
Hans-Peter Repnik MdB Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit	478

---

*Die Seitenangaben beziehen sich jeweils auf den ersten Diskussionsbeitrag*

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich darf Sie sehr herzlich im Forum 4 begrüßen. „Miteinander reden - einander verstehen“ ist sicherlich auch im Bereich der Fragen des Umweltschutzes, der Schöpfung, die wir zu bewahren haben, und der weltweiten Verantwortung für die Umwelt, die insbesondere die Industrienationen wahrzunehmen haben, eine wichtige Aufgabe auf unserem Bundesparteitag in Dresden.

Ich möchte Ihnen kurz das Podium vorstellen. Ich begrüße zunächst in unserer Mitte Herrn Prof. Dr. Klaus Töpfer, den Bundesumweltminister,

(Beifall)

der das Einführungsreferat halten wird.

Berichterstatterin unseres Forums ist die Umweltministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Frau Dr. Uhlmann. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Auf dem Podium hat ferner Frau Ingrid Häusler Platz genommen, seit 1990 die Betriebsratsvorsitzende der Buna AG.

(Beifall)

Liebe Frau Häusler, wenn ich das als Anrainer der Elbe sagen darf: Ich bin froh, daß wir heute hier an einem Tisch sitzen und unsere gemeinsamen Probleme miteinander besprechen können.

Aus diesem Grunde ist es sicherlich auch sehr gut, daß wir Herrn Jiri Hannsmann unter uns haben. Er ist Geschäftsführer des Sekretariats der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe,

(Beifall)

was ja eine europäische Aufgabe ist. Herr Hannsmann kommt aus der Tschechoslowakei und ist als Diplomingenieur beruflich mit diesen Fragen sehr eng verbunden.

Als nächsten begrüße ich Herrn Hans-Peter Repnik, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

(Beifall)

Ich begrüße weiter Herrn Dr. Bonnenberg, Direktor bei der Treuhand im Bereich Umweltschutz und Altlasten,

(Beifall)

und last, but not least Herrn Klaus Dürkop, den Präsidenten des Naturschutzbundes Deutschland.

Ich denke, daß damit alle Beteiligten aus den Betrieben, aus der Politik und von denen, die Forderungen an uns haben, im Podium vertreten sind.

Lassen Sie mich ganz kurz bemerken, daß sich die Aufgabe, die wir heute morgen hier haben, im vereinten Deutschland aus drei unterschiedlichen Positionen beschreiben läßt. Das sind zum einen die Umweltprobleme einer Wohlstandsgesellschaft in einem dichtbesiedelten, hochindustrialisierten Raum, wie wir ihn in Westdeutschland, aber auch in Teilen von Westeuropa vorfinden. Dies ist die Formulierung aus der Koalitionsvereinbarung. Ich denke, sie beschreibt das treffend. Der zweite Punkt ist die Sanierung der dramatischen ökologischen Hypotheken, die wir aus der sozialistischen Planwirtschaft nicht nur in Ostdeutschland übernommen haben und die

insbesondere in den neuen Bundesländern eine Herausforderung darstellt. Der dritte Punkt in dieser spannenden Zeit des Aufbruchs und der Neugestaltungsmöglichkeiten ist die Solidarität sowohl der europaweiten wie auch der weltweiten Umweltpartnerschaft.

Ich möchte von mir aus nur noch ein paar technische Hinweise geben. Zunächst einmal habe ich die Bitte, daß Sie die Wortmeldebanks, die an den Seiten der Sitzreihen ausliegen, benutzen. Wenn Sie dann zum Mikrofon gehen, sollten Sie bitte für den Stenografen, den wir hier haben, noch einmal Ihren Namen nennen.

Eine letzte Bemerkung: Es wäre außerordentlich verträglich und umweltfreundlich – wenn ich es so formulieren darf –, wenn die Wortmeldungen nicht zu Korreferaten gerieten. In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine gute Beratung und darf Klaus Töpfer jetzt um das Einführungsreferat bitten.

(Beifall)

**Prof. Dr. Klaus Töpfer:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist eine gute Bestätigung dafür, daß Umweltpolitik, Umweltvorsorge nicht irgendeine modische Aufgabe in unserer Partei ist, sondern daß wir auch in Zeiten, in denen andere, wichtige Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung in den Vordergrund treten, bei unserem Parteitag hierzu eines der zentralen Foren veranstalten.

Ich freue mich, daß viele, die die Umweltpolitik in den beiden früher getrennten Teilen Deutschlands mit entwickelt haben und die das jetzt gemeinsam tun, hier anwesend sind. Ich freue mich, daß der Kollege Vetter aus Baden-Württemberg hier ist. Die gleiche Freude ist natürlich damit verbunden, daß der Parlamentarische Staatssekretär aus meinem Ministerium, Herr Wieczorek, der aus Auerbach in Sachsen stammt, hier ist, ebenso der Vorsitzende des Arbeitskreises Umwelt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ulrich Klinkert aus Sachsen, und zwar aus Wittichenau. Ich habe lange gebraucht, um dieses Wort stockungsfrei auszusprechen. Aber wer einmal dort gewesen ist und die örtliche Brauerei besucht hat, weiß, daß Einheit leben auch seine ganz unmittelbaren Querverbindungen hat.

Viele andere aus dem Parlament sind hier. Ich glaube, das ist ein guter Beleg für das Engagement in der Umweltpolitik.

Einheit leben verstehen wir sicherlich auf verschiedenen Ebenen, ganz sicher unmittelbar auf diesem Parteitag hier in Dresden als die Einheit leben auch in einer großen Volkspartei in Deutschland. Das sind die Forderungen, die sich hier in Dresden und in Leipzig und in anderen Städten der ehemaligen DDR mit dem Ausspruch, mit dem Aufruf verbunden haben: Wir sind d a s Volk, und wir sind e i n Volk.

Einheit leben ist aber auch gerade jetzt in hohem Maße verbunden mit der Einheit in Europa. Maastricht ist so häufig angesprochen worden als Beleg dafür. In Europa geht Einheit leben offenbar aber wesentlich weiter. Das Bild vom gemeinsamen Haus Europa ist nicht ganz ohne jeden Hintergrund von Gorbatschow wieder aufgegriffen worden, nachdem es – das wissen die wenigsten – zum allerersten Mal von Konrad Adenauer verwendet worden ist. Dieses gemeinsame Haus Europa ist nicht nur bezogen auf die Gemeinschaft der Zwölf, die jetzt mit Maastricht einen wichtigen Schritt für den Abbau von Grenzen jeder Art in diesem Bereich gemacht haben, sondern das gemeinsame Haus Europa ist wirklich das gesamte Europa; einschließlich der Staaten Mittel- und Osteuropas.

Einheit leben ist ganz sicherlich auch die Frage, wie wir dies in einer immer kleiner werdenden Welt verstehen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß

diese Welt pro Tag 200 000 Menschen mehr zu ernähren, mit Energie zu versorgen, mit einer menschlichen Lebenschance zu versehen hat und daß wir als eines der führenden Industrieländer in dieser immer kleiner werdenden Welt natürlich wesentliche Verantwortung mit zu übernehmen haben.

Einheit leben ist dann auch nicht nur zu verstehen als „Wir sind ein Volk“, sondern, wie Heiner Geißler auf einer seiner letzten Parteitage gesagt hat: Wir sind auch eine Welt. Wir sind da genauso mit eingebunden.

Einheit leben heißt weiter nicht nur die Einheit leben im Rahmen des Zusammenlebens von Menschen, sondern Einheit leben auch in der Erkenntnis, daß der Mensch Teil der Schöpfung ist. Dies haben wir – man muß daran in dieser faszinierend schnellen, neue Schwerpunkte setzenden Zeit immer wieder erinnern – vor gut zweieinhalb Jahren erst auf dem Parteitag in Bremen in dem Leitantrag „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“ so festgelegt, einem Leitantrag, der auch in Kenntnis der zwischenzeitlichen großen Veränderungen noch heute lesenswert ist und den man nicht einfach weglegen sollte, sondern den man zur Grundlage unserer Erörterungen machen sollte.

Einheit leben ist also auch Teil der Erkenntnis: Der Mensch ist nicht neben, sondern er ist in der Natur. Er ist Teil von ihr und damit auch verantwortlich für das, was damit geschieht. Dies ist der Rahmen, aus dem heraus sich unsere Arbeiten ableiten. Da muß man an allen Ecken anfragen: Wie weit sind wir? Was sind unsere Analysen? Vornehmlich aber: Was sind unsere Konzepte? Sicherlich hat Kurt-Dieter Grill recht, wenn wir diese drei Säulen unserer Umweltpolitik und unserer Gesellschaftspolitik differenzieren, die aber ganz sicher auch unmittelbar miteinander verbunden sind.

Einheit leben bedeutet in einer hochindustrialisierten Wohlstandsgesellschaft nachzufragen, ob wir ehrlich leben bezüglich unseres Wohlstands. Da ist immer und immer wieder deutlich zu machen, daß wir die Kosten dieses Wohlstands auch auf die Umwelt abwälzen. Dies, glaube ich, gehört schlicht und einfach zum Anfang einer Lösung, daß wir nicht alle Kosten, die wir mit der Produktion und dem Konsum verbinden, auch mit den Preisen zahlen, die im Laden ausgezeichnet sind, oder mit den Kosten für andere Güter. Wir wälzen sie ab auf die Luft, auf das Wasser, auf den Boden. Wir wälzen sie zu einem Teil auch ab auf Menschen, die entfernt von uns wohnen, die in kommenden Generationen erst davon betroffen werden oder die das jetzt in der Dritten Welt mit zu tragen haben.

Deswegen ist es eine absolute Notwendigkeit auch für unsere Glaubwürdigkeit, daß wir in all den drängenden Fragen, die sich uns heute in Europa und weltweit stellen, nicht den Eindruck erwecken, als könnten wir uns vor den Umweltproblemen in den hochentwickelten Industriegesellschaften einfach verabschieden. Nein, wir müssen hieran weiterarbeiten, damit auch Verhaltensänderungen bei uns damit begründet werden und vor allen Dingen auch deswegen, weil nur so umweltentlastende Techniken in Gang kommen. Wenn wir diesen Druck nicht weiter aufrechterhalten, werden wir das nicht bekommen können. Dies halte ich für enorm wichtig auch unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung von Technik.

Meine Damen und Herren, wenn andere in unserer Gesellschaft meinen, es sei das Gebot der Stunde, aus der Technik auszusteigen, weil die mittelbaren und unmittelbaren Konsequenzen dieser weiterschreitenden Technik immer problematischer werden für die Menschen und die Umwelt, dann muß ich schlicht und einfach sagen: Wenn wir aussteigen, wird dieses Risiko größer und nicht kleiner. Wir müssen Verantwortung mit übernehmen für moderne Technik. Lassen Sie mich das an einem konkreten Beispiel klarmachen.

Mir ist das außerordentlich bewußt geworden im Bereich der Fragen der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Ich bin in Greifswald gewesen. Ich bin in Tschernobyl gewesen, und ich bin natürlich in Mülheim-Kärlich gewesen. Meine Damen und Herren, wir haben dort, wo wir Verantwortung tragen, die Meinung vertreten und sie umgesetzt, daß es angesichts der zusätzlichen Risiken einer Kernkraftwerks sowjetischer Bauart in Greifswald richtig ist, dieses Kraftwerk stillzulegen. Das war keine leichte Entscheidung. Gehen Sie zu den Menschen, die dort gearbeitet haben. Diskutieren Sie mit ihnen; dann werden Sie sicher sagen: Die haben einen Rückstand gegenüber den Sicherheitsanforderungen in den westlichen Bundesländern. Aber wir haben verantwortungsvoll gehandelt, und mit Hilfe anderer hätten wir es vielleicht besser machen können.

Ich habe in Tschernobyl am Sarkophag des Reaktorblocks IV gestanden, und ich habe im Block II gestanden, der kurz vorher gebrannt hatte. Nebenbei: Es ist für uns eine kaum nachvollziehbare Glückstatsache, daß es nur zu diesem Brand gekommen ist und nicht zu einer vergleichbaren Katastrophe wie 1986. Dort sagte man mir: Natürlich wollen wir gern abschalten. Aber erstens einmal können wir das ohne andere Hilfe gar nicht, weil wir die technischen Abschaltkonzepte nicht haben und weil wir nicht die finanziellen Möglichkeiten haben, die Energieversorgung extern darzustellen, die notwendig ist, um auch ein abgeschaltetes Kernkraftwerk im sicheren Zustand zu halten. Und zweitens haben wir nicht die andere Energie, die wir dringend brauchen, um über den Winter zu kommen und noch größere Schwierigkeiten an anderen Stellen zu vermeiden. Also nicht mehr die alten Zeiten, wo wir nicht einmal hinkamen, geschweige denn vermitteln konnten: Hier sind Sicherheitsdefizite. Tschernobyl läuft mindestens bis 1993 weiter. Das war schon ein großer Erfolg unserer Gespräche und unserer Hilfszusagen.

Still liegt auch Mülheim-Kärlich, weil wir 1976 beim Genehmigungsverfahren dort den Mikrostandort um 70 Meter verschoben haben, also aus rein rechtsformalen Gründen, die ich nicht zu kritisieren habe. Nur, meine Damen und Herren, wer sich bei uns in Deutschland hinstellt und es bejubelt, daß Mülheim-Kärlich stillliegt, ohne zu sehen, daß es verantwortlicher wäre, wenn der Strom dort erzeugt werden könnte, den wir dann exportieren könnten, um an anderen Stellen ungleich größere Risiken zu beseitigen, der ist in einer vordergründigen Moralität, die unerträglich ist.

(Beifall)

Ich wollte das an diesem Beispiel nur verdeutlichen, weil wir an vielen Stellen Einheit leben auch fragen müssen: Wie sind die Risiken bei uns und bei anderen denn bewertet? Der Vorstandsvorsitzende von VEW hat einmal gesagt, daß das Risikobewußtsein eines im beamteten Verhältnis in Westdeutschland Lebenden anders ist als das eines Bettlers in Kalkutta, der nicht weiß, wie er morgen überleben kann. Es gibt ein unterschiedliches Risikobewußtsein. Deswegen müssen wir das mit in unserer Entscheidungen einbeziehen. Wenn wir uns auf das beschränken, was in den vier Wänden dieses Landes passiert, und glauben, durch den Ausstieg bei uns würden wir diesen Herausforderungen weltweit gerecht werden, dann ist das nicht richtig.

Das heißt nicht, daß ich nicht der Meinung bin, wir müssen auch über Kernenergie hinaus denken. Wir müssen auch über Gen- und Biotechnik hinaus denken. Wir müssen über andere problematische Techniken hinaus denken. Aber es kann nicht sein, daß wir bei uns, weil wir es uns leisten könnten, aussteigen und damit die Risiken anderen überlassen, ohne daß wir ihnen einen Weg zeigen, wie sie aus diesen Risiken herauskommen können. Das ist der Prüfstein: Einheit leben in einer weltweiten Partnerschaft, meine Damen und Herren.

Das geht an vielen Stellen weiter. Im innerdeutschen Prozeß der Einheit haben wir außerordentlich vieles, wie ich meine, auch im Abbau von Erwartungen und in der Sicherung von Möglichkeiten zu tun. Wir gehen in die große Schwierigkeit hinein, wie wir die landwirtschaftlichen Bedingungen in den neuen Bundesländern aufarbeiten. Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt, daß wir alles daransetzen müssen, jetzt die Querverbindung zwischen Landwirtschaft und Naturschutz herzustellen; denn wenn wir es jetzt nicht tun, dann werden wir sehen, daß wir in vielen Bereichen alternativlos bleiben. Wir müssen Zukunftsmöglichkeit für diese Regionen schaffen, indem alte LPGs umgestellt werden und indem wir einer extensivierten Landwirtschaft, in der der Naturschutz aber auch eine Bezahlung findet, eine Chance geben.

Wir haben das Biosphärenreservat Rhön eingeweiht – eine großartige Sache! Man kann Thüringen nur gratulieren, daß sie den Mut haben, in einer solchen Zeit das mitzutragen. Daß dies von Hessen und Bayern mitgetragen wird, ist - ich möchte fast sagen - eine Selbstverständlichkeit. Ich finde es beachtlich, daß ein neues Bundesland wie Thüringen es wagt, so etwas in Angriff zu nehmen, wo auf den ersten Blick nicht eine wirtschaftliche Chance damit verbunden ist, wo man aber weiß, dies hat hohe Naturschutzqualität.

Nur, jeder weiß natürlich auch: Das muß wirtschaftlich irgendwo mit abgesegnet und abgesichert sein. Jeder weiß, daß mit einer extensiven Pflege und Entwicklung dieses Biosphärenreservats Natur erhalten und menschliche Arbeitsplätze gesichert werden können. Jeder weiß auch, daß wir auf diesem Gebiet, was die Finanzierung betrifft, vergleichsweise schlimm dastehen. Wir brauchen in der Rhön das Rhönschaf. Wir brauchen eine extensive Beweidung mit Rhönschafen. In der Zwischenzeit habe ich die Unterschiede zwischen den einzelnen Schafrassen kennengelernt, meine Damen und Herren. Ich hatte immer geglaubt, es wäre hinreichend, man würde dort Schafe einsetzen. Dies ist natürlich weit gefehlt! Rhönschafe müssen es schon sein. In der Zwischenzeit sind natürlich auch Schafe weitergezüchtet worden auf Woll- und Fleischproduktion hin, die, wenn sie dort grasen, zu tief abgrasen und damit die extensive Nutzung dieses Gebiets in Frage stellen. Also: d i e s e s Schaf. Es gibt andere Rassen. Ich will mich jetzt nicht weiter mit Schafen beschäftigen, damit unsere Berichterstatterin nachher nicht sagt: Töpfer sprach über Schafe! Das wäre etwas problematisch.

(Heiterkeit)

Nebenbei: Ich halte Politik nur für erträglich, wenn sie sich mit solchen konkreten Beispielen verbindet.

(Beifall)

Viele unserer Bürger haben es satt, von Extensivierung der Landwirtschaft etwas zu hören. Fragen Sie einmal nach, wie viele damit überhaupt etwas verbinden! Man muß ihnen sagen: Dort müssen wieder Schafe weiden, auch dann, wenn das Schaffleisch, das diese Rasse erzeugt, und die Wolle, die von ihnen gewonnen wird, nicht so viel Geld einbringen, daß der Landwirt sich mit seiner Familie davon ernähren kann. Aber er erzeugt etwas anderes: eine intakte Natur, eine Vielfalt von Landschaft, die offenbar für diese Gesellschaft einen hohen Wert hat. Und dafür müssen wir ihn finanzieren können. Wenn wir das nicht machen, haben wir keine Antworten.

(Beifall)

Wolfgang Schäuble sagt zu Recht: Wir dürfen nicht nur die richtigen Fragen stellen, sondern wir müssen auch Antworten finden. Jetzt ist die Zeit hierfür gekommen. Wir

haben den ganzen großen Prozeß der GATT-Verhandlungen und der landwirtschaftlichen Fragen. Damit kommen wir wieder in die internationalen Größenordnungen hinein. Denn das, was ich an der Rhön verdeutlicht habe, ist doch international mit GATT verbunden; nichts anderes!

In einem Anflug von unverständlicher Sprache habe ich an anderer Stelle einmal gesagt, daß die Austauschverhältnisse zwischen Stadt und Land schlecht sind. Die Ökonomen sprechen von den terms of trade. Die Austauschverhältnisse, also das, was der ländliche Raum produziert, wird unterbewertet im marktwirtschaftlichen Prozeß gegenüber dem, was die städtische industrielle Ballung produziert. Diese Austauschverhältnisse gleichen wir aus, indem wir sagen: Jawohl, wir müssen dort für Leistungen, die für die Gesellschaft erbracht werden, zusätzlich Geld zahlen. Ich komme darauf zurück, wo wir das meiner Meinung nach herholen müssen.

Genau dieselbe Überlegung gilt für mich weltweit. Wenn wir uns über die Erhaltung tropischer Regenwälder unterhalten, wenn wir uns über den Schutz des Klimas unterhalten, wenn wir uns über welche weltweite Problematik auch immer unterhalten, erwarten wir stillschweigend, bewußt oder unbewußt, immer, daß weltweit irgend jemand einen Ausgleich dafür leistet, daß wir in den industriellen Staaten die Umwelt übernutzen. Der tropische Regenwald soll erhalten werden als Senke, zur Aufnahme von Kohlendioxid, und er soll erhalten werden unter dem Gesichtspunkt der Vielfalt der Arten - "Biodiversität", wieder ein unverständlicher Begriff -, einer Vielfalt von Arten in diesen tropischen Regenwäldern, die wir noch gar nicht erfaßt haben und von denen wir noch gar nicht wissen, welcher Nutzen denn mit der einen oder anderen Art, die noch unbekannt ist, für spätere Generationen verbunden sein kann. Wir wollen das also erhalten.

Meine Damen und Herren, ich war vor kurzer Zeit bei meinem Kollegen Salem in Indonesien. Er hat mir gesagt, es sei irgendwie nicht nachvollziehbar, daß sie jetzt die Vielfalt dort erhalten; aber wenn aus dieser Vielfalt irgendwann einmal ein Nutzen käme, sei das immer ein Nutzen, der sich im industriellen Norden niederschlägt. Sie wollten so etwas haben wie „the breeders right“ oder „the farmers right“; sie wollten anerkannt bekommen, daß sie etwas leisten, indem sie für andere die Hände von den tropischen Regenwäldern lassen. Sie wollten auch darauf hinweisen, daß nicht von ihnen die CO<sub>2</sub>-Emissionen kämen, die in ihren tropischen Regenwäldern wieder gebunden werden müßten, sondern daß doch alle der Meinung seien, daß 80 % der Energie von 20 % der Menschen weltweit gebraucht wird, und diese Leistungen seien nicht mehr zum Nulltarif zu erfüllen.

Das ist eine Argumentation, die wir nahtlos wiederfinden in unserer Stadt-Land-Diskussion. Ich wollte nur versuchen, die Parallelität aufzugreifen, damit wir etwas mehr Verständnis dafür haben, daß diese Länder weltweit – Kollege Repnik wird das sicherlich noch viel differenzierter und deutlicher darstellen – herausgewachsen sind aus einer Situation, in der wir sagen: Wir helfen ihnen durch Almosen. Wir müssen mehr und mehr zu der Überzeugung kommen: Das ist ein Stück Anspruch, den sie haben, nicht als Anspruchsdenken, sondern als Leistungsentgelt für das, was sie insgesamt für diese Welt mit erbringen.

Die Einheit leben ist also eine Frage an den fairen Umgang miteinander in der Umsetzung von Technik, in der Verantwortung von Technik, in der Frage: Was sind eigentlich die Leistungen? Ich habe das einmal an der Schiene Landwirtschaft - Naturschutz umgesetzt. Wir ringen gegenwärtig in der Europäischen Gemeinschaft darum – einer der Finanzierungsblöcke heißt im EG-Sprachgebrauch „the green box“ -, wo wir für Naturschutzfragen flächenbezogen finanzieren können. Hätten wir das,

meine Damen und Herren, vor zehn Jahren gesagt: flächenbezogene Förderung statt produktbezogene Förderung - na ja, die Beifallsstürme in der CDU hätten sich in Grenzen gehalten, sage ich einmal vorsichtig. Es gehört auch ein Stück Ehrlichkeit dazu, bei einer Bestandsaufnahme zu sagen: Das stellt sich jetzt als richtig heraus. Es gab welche, die haben früher daran gedacht und haben das früher gefordert. Und es gab andere, die das nicht für richtig hielten. Es gibt auch jetzt noch breite Diskussionen. Ich will auch gar nicht sagen: raus aus den Kartoffeln, rein in die Kartoffeln. Das ist alles nicht nur mit Schwarz und Weiß zu malen. Nur verstärkt muß es werden. Da müssen wir auch unter dem Gesichtspunkt der Umweltpolitik bei uns - ich sage es vorsichtig - mit Ruhe, Respekt und mit ein bißchen Demut und Verständnis in die Gespräche hineingehen.

Mir ist das wiederum an einem ganz konkreten Beispiel klargeworden. Ich war - zum Leidwesen meines Landesverbandes - mal wieder in Schleswig-Holstein, und zwar bei der Einweihung einer Renaturierungsmaßnahme. Dort war ein bestimmtes naturschutzbezogenes wichtiges Gebiet wieder vernäßt worden. Wir haben das gefeiert; der Landesminister war dabei. Es wurde nicht gerade ein Band durchgeschnitten, aber es war nahe daran, und alle waren der Meinung: Diese Renaturierung ist jetzt das Richtige.

Am Rande stand ein etwas älterer Mann, und wie es so ist, man unterhält sich und fragt: Warum kommen Sie denn hierher? - Da sagte er: „Ich bin der Vater von dem jungen Bauern. Wissen Sie, wenn ich das so betrachte“ - er hat das noch schöner gesagt -, „dann werde ich ein bißchen nachdenklich. Ich erinnere mich noch daran, daß ich vor knapp 30 Jahren hier gestanden habe mit dem damaligen Landwirtschaftsminister von Schleswig-Holstein, und damals haben wir das Band durchgeschnitten zur Feier dafür, daß wir das gerade trockengelegt hatten.“ Innerhalb von 30 Jahren, meine Damen und Herren! Deshalb bin ich so daran interessiert, daß man für diese psychologischen Resonanzböden ein bißchen Verständnis hat.

Das gilt wiederum, wenn wir in die neuen Bundesländer gehen. Wir haben - richtigerweise - die Betriebsratsvorsitzende von Buna hier, und ich habe mich an dieser Stelle bei ihr für die unglaubliche Arbeit und Leistung, die sie in Person und der Betriebsrat dort leisten, zu bedanken, meine Damen und Herren,

(Beifall)

dies ist eine unglaubliche Arbeit! Ich weiß, wovon ich rede. Ich habe mich - und ich beklage das nicht - erbarmungslos auspfeifen lassen dürfen von saarländischen Bergleuten vor der Ludwigskirche, als es darum ging, einen Anschluß für die Kohleförderung im Bergbau zu bekommen. Ich habe das nicht zu beklagen. Das gehört dazu, und wahrscheinlich habe ich mich auch falsch verhalten. Aber, meine Damen und Herren, als ich zu Buna gekommen bin, wissend, 18 000 Beschäftigte waren es, und jetzt ist es nicht mehr die Hälfte davon, und dies ist alles mit einem Betriebsrat und auch mit einer Gewerkschaft innerhalb von 18 Monaten abgearbeitet worden, ohne daß dort diese Entwicklung dagewesen ist, dann muß man sagen: Respekt und Anerkennung denen, die das gemacht haben. Großartig! Das ist Einheit leben.

(Beifall)

Ich habe jetzt Buna genannt. Gehen Sie nach Bitterfeld, gehen Sie nach Wolfen, gehen Sie in andere Betriebe! Ich will es nicht in der Richtung verfestigen, das sei so etwas wie der Vorhof der Hölle, und man könne dort gar nicht hingehen. Nein, es ist lebenswert in diesen Regionen, nicht schöngeredet, sondern aus den Fakten heraus



belegt, und es ist sanierbar und entwicklungsfähig. Als ich so durch Bitterfeld gegangen bin, war ich an manchen Stellen der Meinung, das sei ein Industriemuseum gewesen. Als ich in den ersten Tagen mit Arbeitern gesprochen habe, die in diesen Anlagen noch vermarktbar Chemieprodukte hergestellt haben, dann muß ich wirklich sagen: Es ist von diesen Menschen unter den unerbittlichen Bedingungen des real existierenden Sozialismus eine großartige Leistung erbracht worden. Wir haben uns im Westen nie träumen lassen, daß da überhaupt so etwas produziert wird. Jetzt geht man hin, und dies wird richtigerweise zurückgefahren. Das hat unmittelbar - das ist gar keine Frage - Entlastungswirkungen für die Menschen in der Umgebung. Wer sollte sich darüber wundern!

Ich war beim letzten „Tag der Umwelt“ auf dem Marktplatz in Bitterfeld. Alle hatten mir gesagt, ich würde da gar nicht hinkommen. Wir haben den „Tag der Umwelt“ in Bitterfeld gemacht. Wir haben eine Veranstaltung auf dem Marktplatz gehabt, und am Ende kam einer aus der großen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern und sagte mir, es sei wirklich toll, er könne zum erstenmal wieder den Petersberg sehen. – Mir war nicht bekannt, was das bedeutete. Aber denen aus den neuen Bundesländern wird bekannt sein, daß der Petersberg nicht der am Rhein ist, auf dem das Gästehaus liegt, sondern der Petersberg, der dort gemeint war, ist die höchste Erhebung vor dem Ural.

(Heiterkeit und Zuruf – Dr. Bertram Wiczorek)

– Auf diesem Breitengrad, sicher! Sehen Sie, so eng arbeiten wir zusammen, der Parlamentarische Staatssekretär aus Auerbach und der Minister aus Saarbrücken. Das ist auch ein Stück Hilfestellung, die wir wechselseitig brauchen.

Der Mann hat mir gesagt, er lebt in einem kleinen Dorf auf der anderen Seite von Bitterfeld gegenüber dem Petersberg. Er habe noch nie in seinem Leben den Petersberg gesehen; jetzt könne er ihn wieder sehen; die Dunstglocke sei weg.

Natürlich hat das etwas zu tun mit der Frage des Arbeitsmarktes. Natürlich können wir das nicht laut als Erfolg verkünden. Das tun wir auch nicht. Aber es ist ein Hinweis darauf, daß unglaubliche Belastungen da waren und daß wir das in das Bewußtsein der Menschen bringen und ihnen gleichzeitig sagen: Dieser Einschnitt muß jetzt genutzt werden zu einer neuen Chance. Deswegen ist es dringend notwendig, daß wir in einer Zeit, in der es der Chemie in Deutschland, in Europa und weltweit sicherlich nicht sehr gut geht, nicht durch Daten den Eindruck bestätigen, als würden die Chemieunternehmen der ehemaligen DDR zum Konjunkturpuffer der Chemie werden, sondern es muß jetzt auch dort alles darangesetzt werden, daß wir investieren können. Deswegen ist eine Entscheidung wie Schwarzheide so wichtig, daß es dort vorangeht; ich bringe nur ein Beispiel. Deswegen ist es so dringend notwendig, daß die Treuhand in diesen Bereichen weiterhin Signale setzt und daß wir in diesem Bereich auch mit AB-Maßnahmen massiv da sind.

Lassen Sie mich zu den AB-Maßnahmen, die ich in dieser Woche mit Frau Breuel in Berlin noch der Presse insgesamt vorstellen werde, eines sagen, weil sie an vielen Stellen noch kritisiert werden: Ich halte aus der Sicht des umweltpolitischen Handelns die AB-Maßnahmen für eine großartige Sache. Wir haben für über 100 000 Menschen in den neuen Bundesländern die Chance geschaffen, mit aufzuräumen bei den Altlasten, die vorher angerichtet worden sind; wir haben für sinnvolle Arbeit mit einem vernünftigen Einkommen in die Zukunft investiert.

(Beifall)

Ich bin für diese Maßnahmen. Über 100 000! Und ich bin Herrn Bonnenberg dankbar dafür, daß wir, als er in der Treuhand Verantwortung mit übernahm, eine Öffnung

bekommen haben für die Behandlung von Altlasten, für die Sanierung im Braunkohlentagebau. Das ist nicht die Alternative für Investitionen. Es ist dringlich, daß wir die Aufgabe nicht nur darin sehen, etwas abzubauen, sondern in dieser Region auch wieder aufzubauen. Ich bin mit dem Bundeskanzler in Buna, in Leuna, in Bitterfeld gewesen, und dies ist auch die Aussage des Bundeskanzlers, die ich hier nur schlicht wiederholen wollte.

Mein Ministerium wird an der Zusage für Buna, für Bitterfeld und für Leuna weiterhin festhalten. Die Problematik besteht immer darin, daß Konzepte sich weiterentwickeln, daß Bewertungen verändert werden. Es liegt in diesem Fall nicht in erster Linie an den Finanzen.

Nur, wenn wir über diese Fragen reden, Altlastenerfassung, Sanierung, wenn wir darüber reden, um neue Perspektiven zu entwickeln, dann müssen wir uns auch über Geld unterhalten. Ich habe mich doch nicht nur, um jemanden zu ärgern oder um den Standort Bundesrepublik Deutschland in Frage zu stellen, in der Koalitionsvereinbarung engagiert dafür eingesetzt, daß wir auch Abfälle mit einer Abgabe belasten. Ich weiß, wie extrem problematisch diese ganze Diskussion ist. Aber wir haben es unter dem alleinigen Ansatz für richtig gehalten, daß wir auf der einen Seite einen Anreiz brauchen, um Abfälle zu vermeiden oder wiederzuverwerten - wer das tut, zahlt keine Abgabe -, und daß wir zweitens Aufkommen brauchen, um alte Lasten zu sanieren. Wer heute sagt, dies alles sei nicht machbar, der ist in der Verantwortung zu sagen, woher bitte das Geld kommt, um Altlasten zu sanieren und neue Chancen für die fünf jungen Bundesländer zu schaffen.

(Beifall)

Hier gibt es natürlich den Hinweis darauf: Es ist besser, in den neuen Bundesländern oder in Mittel- und Osteuropa zu investieren, als in den alten Bundesländern, wo wir ein ganz anderes Niveau haben. Selbstverständlich; nur dann brauchen wir einen Mechanismus, damit in den neuen Bundesländern auch wirklich investiert werden kann. Das kann ich nicht ohne eine entsprechende Maßnahme erwarten.

Also auch hier brauchen wir ein Instrument, genauso wie wir im Naturschutzgesetz festschreiben müssen, wie wir die Finanzierung für die eben schon angesprochene landwirtschaftliche Tätigkeit erreichen können. Ich bin auch hier der Meinung, daß die Länder in der Verantwortung sind. Das ist grundgesetzlich der Fall. Baden-Württemberg hat diese Verantwortung aufgegriffen. Ich kann dem Kollegen Vetter nur gratulieren dazu. In Baden-Württemberg ist es eben nicht so, daß dauernd nur großartig diskutiert und gesagt wird: Bonn muß es machen!, sondern sie diskutieren hervorragend und entscheiden noch besser

(Beifall)

bei sich zu Hause und machen so etwas wie den Wasserpfennig, sie machen so etwas wie eine Naturschutzabgabe oder eine Abfallabgabe. Sie warten nicht darauf, sondern sie tun es und bringen, was ich begrüße, auch den Bund in einen richtigen Druck. Das ist doch prima! Darüber kann ich mich doch gar nicht ärgern. Es ist nicht so, daß der Kollege Vetter und ich uns nicht mögen, sondern wir sind gut abgestimmt. Wenn in einem Land entschieden wird, wird damit nämlich deutlich gemacht, daß ein solches Land damit nicht sein wirtschaftliches Potential schwächt, sondern die Voraussetzung schaffen will, damit das auf Dauer erhalten wird.

Ohne eine vernünftige Entsorgungsinfrastruktur werden wir den Industriestandort Bundesrepublik Deutschland wesentlich mehr gefährden als mit einer Abgabe, die kompensationsfähig ist. Deswegen brauchen wir auch in den neuen Bundesländern

dringend eine Entsorgungsinfrastruktur. Auch das ist eine der gern gehandelten Lebenslügen, die wir uns leisten, nach dem Motto vorzugehen: Natürlich wollen wir alles sanieren, aber die Sanierungsanlagen bauen wir bitte nicht, und wenn sie gebaut werden, dann nicht bei uns! Dies geht nicht. Wir können die fünf jungen Bundesländer nicht sanieren, ohne daß wir in diesen Ländern auch Sanierungsanlagen bauen, von vernünftigen Sondermülldeponien über thermische Behandlungsanlagen, Hochtemperaturverbrennungsanlagen - um es im Klartext zu sagen - bis hin zur Einrichtung von Untertagedeponien. Dies ist nicht der leichte Ausweg, damit wir die Wegwerfgesellschaft nicht überwinden sollen, sondern das ist die Reaktion, die unumgängliche Reaktion auf eingetretene Schäden, die wir auf Dauer mit hoher Technik wieder beseitigen können. Deswegen müssen wir darangehen, und das sind Voraussetzungen für den Aufschwung.

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Lieber Klaus Töpfer, ich möchte darum bitten, langsam zum Schluß zu kommen.

**Prof. Dr. Klaus Töpfer:** Ich komme zum Ende. – Die Voraussetzungen liegen nämlich nicht nur darin, daß wir uns über die Kosten der Arbeitsplätze oder die Kosten der Umwelt abstrakt unterhalten, sondern daß wir die Umweltinfrastruktur schaffen.

Zusammengefaßt, meine Damen und Herren: Einheit leben ist für die Umweltpolitik sehr, sehr breit. Es betrifft die Verantwortung in den hochentwickelten Industriestaaten, es betrifft unsere Verantwortung in Europa, weltweit und die Verantwortung für die Schöpfung. Ich glaube, daß das nicht irgendwelche Phrasen sind, nicht irgendwelche Modeartikel, sondern daß das von einer Christlich Demokratischen Union, von einer konservativen Partei heraus am besten bewältigt werden kann.

(Beifall)

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Ich hoffe, ich habe mir nicht sämtliche Sympathien des Ministers für die Zukunft verscherzt; aber meine Amtspflichten sind nun einmal klar vorgegeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Klaus Töpfer herzlich zu danken für diese Einführung, die auch ein paar handfeste praktische Beispiele brachte, an denen wir die Diskussion sicherlich führen werden.

Ich möchte gern noch zwei Freunde begrüßen, die an den Anfängen der Umweltpolitik in der Union tatkräftig beteiligt waren. Das ist zum einen der stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, unser Freund Paul Laufs. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Unter uns weilt auch der Berliner Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, unser Freund Volker Hassemer.

(Beifall)

Für die Fortsetzung unseres Forums haben wir folgende Reihenfolge vorgesehen: Herr Hannsmann, Frau Häusler, Herr Bonnenberg, Herr Dürkop und Herr Repnik, mit dem wir am Schluß den weiten Blick in die Verantwortung auch für die Dritte Welt tun wollen. – Herr Hannsmann, Sie haben das Wort.

**Jiri Hannsmann:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist für mich nicht nur eine sehr große Ehre, sondern auch eine große Freude, an der Diskussion im Forum 4 „Die Schöpfung bewahren: Umweltschutz in weltweiter Verantwortung“ teilnehmen zu können.

Mein Name ist Hannsmann, und ich vertrete die Internationale Kommission zum Schutz der Elbe. Ich habe die Ehre, zur Zeit den Posten des Geschäftsführers des Sekretariats dieser Kommission zu bekleiden. Weiter vertrete ich als tschechoslowakischer Staatsbürger gewissermaßen auch die ca. 50 000 km<sup>2</sup> des oberen Einzugsgebiets der Elbe in Böhmen. Es ist also hier an der Elbe von der weltweiten Verantwortung nur eine kleine Verantwortung geworden, die die zwei Staaten an der Elbe betrifft, nämlich Deutschland und die Tschechoslowakei.

In der Verantwortung gleich, in den Möglichkeiten ungleich – so könnte man die Situation vielleicht beschreiben.

Die Gründung der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe erfolgte am 8. Oktober 1990 durch die Unterzeichnung der Vereinbarung durch die zuständigen Minister der Bundesrepublik Deutschland, der Tschechoslowakei und der EWG. Es handelte sich dabei um die erste internationale bundesdeutsche Aktivität nach der deutschen Einigung. Sitz des Sekretariats mit sieben Mitarbeitern ist Magdeburg. Aufgabe des Sekretariats ist die Gesamtkoordinierung der Arbeit der IKSE.

In der Vereinbarung über die Gründung der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe wurden dieser Kommission folgende Hauptaufgaben gestellt:

- a) Nutzungen, vor allem die Gewinnung von Trinkwasser aus dem Uferfiltrat und die landwirtschaftliche Verwendung des Wassers und der Sedimente, zu ermöglichen,
- b) ein möglichst naturnahes Ökosystem mit einer gesunden Artenvielfalt zu erreichen und
- c) die Belastung der Nordsee aus dem Elbegebiet nachhaltig zu verringern.

In sechs Arbeitsgruppen arbeiten Fachleute aus den Unterzeichnerländern, um aus verschiedenen Rechts- und Arbeitsvorschriften heraus - für die EWG, für Deutschland, die Tschechoslowakei, aber teilweise auch noch für die neuen Bundesländer gemeinsame Arbeitsweisen zu entwickeln, eine Koordinierung bei der Interpretation von Meßdaten zu erreichen, analytische Verfahren zu vereinheitlichen, die Anzahl der zu untersuchenden prioritären Stoffe, deren Eintrag in die Gewässer zu reduzieren ist, festzulegen und ökologische Studien zu erarbeiten.

Die Kommission hat auf ihrer 4. Plenarsitzung vorige Woche ein erstes Aktionsprogramm, ein sogenanntes Sofortprogramm, beschlossen, das den Regierungen zur Durchführung empfohlen wird. Es geht dabei

- erstens um die schnelle Fertigstellung aller im Einzugsgebiet der Elbe in Bau befindlichen Kläranlagen. Es handelt sich hierbei in der Tschechoslowakei um 30 Kläranlagen, in Deutschland ebenfalls um 30 Kläranlagen. Dadurch könnte eine Abwasserlastsenkung von insgesamt über 100 000 t BSB5 pro Jahr bzw. 4,75 Millionen Einwohnergleichwerte erreicht werden;
- zweitens um einen schnellen Baubeginn, spätestens 1995, bei solchen wichtigen Kläranlagen, deren bautechnische Vorbereitung im wesentlichen abgeschlossen ist. Es handelt sich hierbei in der Tschechoslowakei um 13 Kläranlagen, in Deutschland um 58 Kläranlagen. Dadurch könnten weiter insgesamt ca. 130 000 t BSB5 bzw. 5,9 Millionen Einwohnergleichwerte erreicht werden.
- Drittens. Es wurden 15 prioritäre Stoffe bzw. Schadstoffgruppen beschlossen, deren Einleitung in die Gewässer bis 1995 wesentlich reduziert werden soll. Diese Liste soll im langfristigen Programm nach 1995 um weitere Stoffe erweitert werden, z.B. um weitere Schwermetalle, Gesamtphosphor usw.

- Viertens. Im industriellen Bereich wird vorgeschlagen, bei den Direktionen der Industriezweige chemische und pharmazeutische Industrie, Zellstoff- und Papierindustrie und metallverarbeitende Industrie schwerpunktmäßig solche Maßnahmen zu realisieren, die insgesamt eine Reduzierung der eingeleiteten Menge prioritärer Stoffe um mindestens 30 % bis 1995 gegenüber dem Basisjahr 1989 gewährleisten. Die Auswirkungen der durchgeführten Maßnahmen auf die Wassergüte der Elbe soll an den Meßstellen in Schmilka - das ist die gemeinsame Meßstation zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei -, in Schnackenburg und in Grauerort erfaßt werden.

Die Elbe ist zwar mittlerweile etwas reiner geworden, doch leider nicht durch unser Einwirken, sondern durch Betriebsstillegungen bzw. Teilstillegungen. Wenn man die sozialen Komponenten in Betracht zieht, verlief die Verbesserung der Wasserqualität in der Elbe auf sozusagen makabre Weise. Für wen es noch notwendig war, war dies jedoch eine Bestätigung dafür, wo die Verunreinigung herkommt.

Ein weiteres Problem ist außerdem noch die Verunreinigung der Sedimente im Flußbett mit Schwermetallen usw.

Es wird uns vorgeworfen, daß der Weg, den wir vorschlagen, nicht der richtige sei. Die vielen Kläranlagen erzeugen nur den Sondermüllklärschlamm, mit dem man nichts weiter anzufangen wisse. Ich sehe darin ein gewisses Mißverständnis. Bestandteil unseres Sofortprogramms ist auch das Verzeichnis der 15 prioritären Stoffe, deren Einleitung - ich betone: Einleitung - aus den Industriebetrieben verringert werden muß. Dies kann aber nur durch Eingriffe in die Technologie oder aber auch durch Vorreinigung des betrieblichen Abwassers geschehen.

Doch ich bin überzeugt, daß ein weiterer Ausbau der Kläranlagen auch notwendig ist, aus kommunalen Bereichen ja sowieso. Doch dieser Ausbau von Kläranlagen muß durch gebündelte Maßnahmen in den einzelnen Betrieben ergänzt werden.

Meine Damen und Herren, ich hätte hier gern auch weitere Aktivitäten anderer Arbeitsgruppen unserer Kommission vorgetragen. Vielleicht kann ich in der Diskussion darauf noch zurückkommen. Ich möchte zum Schluß meiner Ausführungen sagen: Zur Zeit kann in unserer Kommission und bei allen, die mitmachen, eine Aufbruchstimmung festgestellt werden. Ich glaube, daß das die Garantie dafür ist, daß der Erfolg vorprogrammiert ist. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herzlichen Dank, lieber Herr Hannsmann. Gerade an dem Beispiel Elbe wird deutlich, daß, wenn oberhalb etwas passiert, auch die Unterlieger große Vorteile haben. Und wir, die wir an der Nordsee so lange um die Reinhaltung gekämpft haben, sind froh, daß die Elbe wieder in Ordnung kommt.

Daß das mit Problemen verbunden ist, hat Herr Hannsmann schon deutlich gemacht. Eines dieser Probleme ist Buna. Frau Häusler, Sie haben das Wort.

**Ingrid Häusler:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst ganz herzlich für die Einladung hierher bedanken. Ich denke, das ist eine Gelegenheit, auf die Probleme aufmerksam zu machen, und, wie es aussieht, darf man keine solche Gelegenheit ungenutzt vorbeigehen lassen.

Das Thema dieses Forums „Die Schöpfung bewahren: Umweltschutz in weltweiter Verantwortung“ stellt einen ungeheuren Anspruch an die Industriegesellschaft und vor allen Dingen natürlich an das Problemkind Chemie. Auf dem Gebiet des Bundeslandes Sachsen-Anhalt, aus dem ich komme, wird deutlich, was passiert,

wenn diese Verantwortung beiseitegeschoben wird und rücksichtslose Ausnutzung der natürlichen Ressourcen aus politischen Motiven über viele Jahre stattfindet. Die schlimmen Zustände will ich nicht wieder beschreiben; sie sind oft genug durch die Presse und die Medien gegangen. Ich will mich auf ein paar Worte zur chemischen Industrie, speziell zur Buna AG, beschränken. Das sollen aber stellvertretende Worte für die anderen Großbetriebe sein; denn die Probleme sind natürlich nicht nur in Buna vorhanden, sondern sie gleichen sich in den großen Betrieben von Sachsen-Anhalt ziemlich.

Wir aus der Chemieindustrie Sachsen-Anhalts haben die 40 Jahre Raubbau überstanden, wenn auch mit Schäden und mit Folgen, vor allen Dingen auch bei den Menschen. Wir sind jetzt aber angetreten, die Voraussetzungen für eine saubere Chemie zu schaffen, mit der die Menschen verträglich leben können; denn das ist schließlich unsere Existenzgrundlage.

Um diesen Weg gehen zu können, war es zunächst notwendig, genaue Analysen zu machen, und zwar nicht nur aus der wirtschaftlichen Situation, sondern auch aus der ökologischen Situation und aus der Arbeitsschutzsituation heraus. Diese Analysen liegen vor, und es gibt inzwischen Konzepte, wie es nun weitergehen soll.

Der erste Schritt zur Verbesserung bestand, wie es heute schon mehrfach gesagt wurde, vor allem in der Schließung längst unsinnig gewordener Produktionsanlagen, wobei sowohl die wirtschaftliche als auch die ökologische Sicht zugrunde gelegt wurde. Ein paar Zahlen sollen dies deutlich machen.

In den letzten anderthalb Jahren wurden im Buna-Werk 51 Produktionsanlagen stillgelegt und damit eine wesentliche Entlastung der Umwelt erreicht. So wurde die Belastung des Wassers, das bekanntlich in die Saale und dann in die Elbe fließt,

- bei CKW von sage und schreibe 190 t im Jahre 1989 auf 15 t in diesem Jahr gesenkt,
- bei Cyaniden von 65 t auf 3 t zurückgeführt und
- bei Quecksilber von 5 t auf 0,6 t im Jahr gesenkt.

Dazu kam eine wesentliche Reduzierung des Wasserverbrauchs durch Stilllegung von Anlagen, so daß die bei uns zum Glück vorhandene biologische Kläranlage jetzt ausreicht, um das gesamte Wasser zu bearbeiten.

Die Luftbelastung konnte ebenfalls vermindert werden. Die SO<sub>2</sub>-Belastung konnte halbiert werden. Aber das heißt nicht, daß bei uns kein SO<sub>2</sub> mehr vorzufinden ist. Man rechnet immer noch mit 41,5 kt pro Jahr. Das kommt von unserem alten Kraftwerk. Es wird erst eine Verbesserung geben können, wenn ein neues Kraftwerk da ist. Dazu hat die Landesregierung dankenswerterweise vor wenigen Tagen einen Vertrag unterschrieben und auch wesentliche Forderungen zugesagt, so daß wir sagen können: Luft und Wasser könnten in Zukunft deutlich verbessert werden.

Noch eine letzte Zahl, weil sie so typisch ist für Buna; denn die Umgebung von Buna war ja gekennzeichnet durch den weißen Kalkstaub unserer Karbidfabrik. Der Staubausschlag konnte von 57,8 kt im Jahre 1989 auf 8,5 kt in diesem Jahr gesenkt werden, und er wird noch wesentlich weiter gesenkt werden können, weil die Karbidfabrik nun endgültig stillgelegt wurde.

Diese Zahlen machen deutlich, daß einiges bewegt werden konnte. Aber – das darf dabei nicht übersehen werden, und Herr Töpfer hat es ja schon gesagt – damit war natürlich verbunden, daß von unseren 18 800 Arbeitsplätzen innerhalb von anderthalb Jahren mehr als 10 000 abzubauen waren. Das ist bitter, doch wir haben es akzeptiert, weil es einfach keinen besseren Weg gibt.

Was geschieht nun? Das Sanierungskonzept der Buna AG wurde von der Treuhand bestätigt, und es wurden auch erste Investitionen für Umweltschutz- und Arbeitsschutzmaßnahmen verbürgt. Durch das Ministerium von Herrn Arbeitsminister Blüm wurden uns 4,5 Millionen DM für Sanierungsmaßnahmen auf dem Gebiet Arbeitsschutz zusätzlich bewilligt, wofür wir sehr dankbar sind, denn das gestattet uns, einen Teil unserer Kunststoffproduktion auf eine solche Basis zu stellen, daß wir sie unter Einhaltung der vorgeschriebenen Werte durchführen können.

Doch das kann eigentlich nicht alles sein. Durch Schließung von Anlagen und den Abbau von Arbeitsplätzen können zwar die Umwelt entlastet und die Kosten gesenkt werden, aber schwarze Zahlen und eine umweltverträgliche Chemie sind dadurch nicht zu erreichen. Hier liegt nun für uns der springende Punkt. Das Treuhand-Konzept sagt für Buna ausdrücklich: Die Privatisierung muß so schnell wie möglich stattfinden. Im Konzept steht deutlich: noch im Jahre 1991. Die Entscheidung dazu liegt aber leider nicht vor. Nun hat sich natürlich bei uns Unruhe breitgemacht, und die Frage wird gestellt: Was kommt danach? In dem Konzept hat man natürlich weitergedacht: Wenn die Privatisierung nicht geht, wird über den Verkauf in Einzelteilen und schließlich auch noch über die Industrieparkvariante berichtet.

Unsere Frage ist: Was denkt sich nun die Politik, was passieren soll? Noch können wir sagen: Buna hat einen Markt. Wir haben diesen Markt nach dem Zusammenbruch, nach der Wende sogar ausbauen können. Aber jeder kennt die schwierige Situation in der Chemie: Wenn wir nicht sofort investieren können, werden wir diesen Markt, den wir noch erhalten haben, an die westdeutsche Großchemie abgeben. Das kann doch nicht der Weg sein.

Wir in Buna haben das getan, was nötig war, um Voraussetzungen für die Weiterentwicklung zu schaffen: Die Stilllegung der Anlagen ist erfolgt, Personalabbau in Größenordnungen hat stattgefunden, der Abriß ist im Gang, unsere Karbidfabrik wird gerade zerlegt, im wesentlichen über ABM finanziert - das ist wirklich sinnvoll -, die Produkte haben noch einen Markt, und eine neue Betriebsstruktur steht. Nun muß die Sanierung beginnen. Wir fordern jetzt den Staat auf, die Sanierung selbst zu begleiten, wenn die Privatisierung im Moment nicht möglich ist.

Machen wir uns nichts vor: Die Altlasten müssen sowieso beseitigt werden, zumindest konserviert werden. Ob Buna produziert oder nicht, diese Kosten werden sicher aufgebracht werden müssen. Es kann doch nicht das Ziel sein, daß alle Chemiebetriebe in Sachsen-Anhalt schließlich in der Industrieparkvariante enden. Wer soll denn in Sachsen-Anhalt in Zukunft einmal das Geld verdienen, und wer soll Auftraggeber für den gepriesenen Mittelstand sein, wenn die Großbetriebe alle stillgelegt worden sind? Ich denke, das kann wohl auch Herr Bundeskanzler Helmut Kohl bei seinem Besuch im Mai nicht gemeint haben, als er gesagt hat, der Chemiestandort Buna-Schkopau ist sicher, und mit 8 000 Arbeitsplätzen am Standort kann gerechnet werden. Wir machen gerade die Personalplanung für das nächste Jahr. Da versucht man natürlich, an dieser Stelle schon wieder zu arbeiten.

Wir haben damals aufgeatmet. Doch nun müssen wir fragen: Wo bleibt die Entscheidung? Wenn sofortige Investitionen vor allem in innovative Produktion nicht stattfinden, können diese Vorstellungen nicht aufrechterhalten werden. Was sind drei Jahre für einen Strukturwandel? Was sind drei Jahre für Forschung über neue umweltverträgliche und recycelfähige Kunststoffe für die Errichtung umweltschonender Verfahren?

In diesem Zusammenhang möchte ich eine konkrete Frage an Sie, Herr Minister Töpfer, stellen. Sie haben uns vor einem Jahr Fördermittel Ihres Ministeriums in Höhe

von 135 Millionen DM zugesagt; das ist im Fernsehen zu hören gewesen, und es hat in den Pressemitteilungen des BMU gestanden. Die Mittel sollten zur Unterstützung des Ausstiegs aus der Karbidchemie und zur Umstellung auf petrochemische Grundlage dienen. Der Ausstieg ist zwar im wesentlichen vollzogen, die Öfen werden, wie gesagt, gerade zerlegt; aber das nun nötige Programm zur produktintegrierten Umwelterneuerung; d.h. die Errichtung umweltschonender und energiesparender Produktionsverfahren, wartet noch immer auf den Startschuß; denn die Mittel sind leider bis heute nicht freigegeben worden.

Ich weiß natürlich, was die Hintergründe dieser Situation sind. Wir werden mit diesen Mitteln selbstverständlich auch einen Teil PVC-Produktion stabilisieren, und PVC ist ins Gerede gekommen. Im Westen wird eine breit angelegte Diskussion darüber geführt. Wir denken, es wäre ungerecht, wenn wir in unserer schwachen wirtschaftlichen Position den Ausstieg aus der Chlorchemie vorführen sollen und der Westen aufgrund der starken Wirtschaftslobby diesen Weg nicht geht. PVC wird in den neuen Bundesländern im Bauwesen im großen Maßstab verarbeitet werden, und wir denken, es wäre richtig, wenn ein Teil dieses PVCs von uns hergestellt wird und nicht von den westlichen Großbetrieben, die ihre PVC-Produktion nicht zurückfahren.

(Beifall)

Deshalb meine dringende Bitte an Sie, Herr Minister: Prüfen Sie unseren Antrag noch einmal – er wurde wieder neu eingereicht –, und geben Sie die Mittel frei! Es sind keine wirtschaftlichen Vorteile im Sinne von Wettbewerbsverzerrung damit verbunden. Die Maßnahmen dienen nur der Erhaltung eines wichtigen Standbeines unseres Umsatzes, der durch den Ausstieg aus der Karbidchemie und die Umstellung in die Petrochemie gefährdet wird. Wenn diese Mittel nicht bewilligt werden, müßten wir außerdem an unserem ökologischen Programm, das wir uns für Buna vorgenommen haben, wesentliche Abstriche machen. Und man darf auch nicht übersehen – das ist immer die Sorge des Betriebsrates -: Wenn diese Mittel nicht kommen, heißt das, daß wieder etliche Arbeitsplätze gestrichen werden müssen.

Ich denke, wir haben keine überzogenen Forderungen. Wir drängen nur endlich auf eine Entscheidung, die eine deutliche Willenserklärung der Politiker sichtbar machen muß, nämlich die Erklärung, daß produktive Leistung auch im Osten organisiert werden muß und nicht nur im Westen; denn sonst werden die neuen Bundesländer ewig die Bittsteller der alten sein. Kosten wird es in Zukunft eine Menge geben. Ich denke, es ist richtig, wenn wir mit unserer Arbeit an der Bewältigung der Schäden der Vergangenheit beteiligt werden und Gelegenheit haben, an der Entwicklung einer lebenswerten Zukunft teilzunehmen.

(Beifall)

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herzlichen Dank, Frau Häusler. Ich denke, daß an dem Beispiel viele Dinge deutlich geworden sind, die wir auch heute hier miteinander zu diskutieren haben. Ich will das nicht weiter kommentieren, sondern das Wort weitergeben an jemanden, der immer schuld ist, wenn das alles nicht klappt, nämlich an einen Vertreter der Treuhand. Ich sage hier ganz freimütig: Mancher in der Politik macht es sich sehr einfach, wenn er die Treuhand zum Prügelknaben macht. Wir sollten heute morgen hier versuchen, die Treuhand zu verstehen, damit sie uns besser versteht. – Herr Bonnenberg!

**Dr. Heinrich Bonnenberg:** Frau Ministerin! Herr Minister! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es wäre jetzt natürlich ein umfänglicher Vortrag nötig, um auf Frau Häusler zu antworten. Das werden wir vielleicht in der Diskussion tun, wenn Sie gestatten. Ich möchte gern aus meiner Sicht, aus meiner Arbeit bei der Treuhandanstalt heraus acht Feststellungen machen.



Erste Feststellung: Die Situation von Umweltschutz und Naturschutz in den ostdeutschen Ländern ist durch zwei Phänomene gekennzeichnet: einerseits durch lokale, vereinzelt auch regionale hohe Freisetzungen von Schadstoffen und Inanspruchnahmen der Natur durch Industrie, Landwirtschaft und Kommunen und andererseits durch weite Flächen zum Teil völlig ungestörter Natur, oft in direkter Nähe von erheblichen Umweltschutzdefiziten. So ist Ostdeutschland in weiten Teilen bereits heute und nach Behebung der Umweltschäden bald auch in Gänze eine lebenswerte Region in Deutschland, wie ich finde, nicht nur für die Deutschen.

Zweite Feststellung: Zentrale Aufgabe unserer Gesellschaft, auch des Umweltschutzes, ist die Existenzsicherung des Menschen, insbesondere auch die Sicherung seiner Gesundheit. Es geht nicht an, daß wegen Luft- und Wasserverunreinigungen die Lebenswartung in Ostdeutschland merklich geringer ist als in Westdeutschland. Wichtiger Bestandteil der Sicherung von Gesundheit ist die Umweltschutzvorsorge. In Ostdeutschland ist die Sicherung der bestehenden Umweltbelastungen bereits ein wichtiges Stück der Vorsorge.

Dritte Feststellung: Gesundheit ist nicht nur körperliche Gesundheit, es ist auch seelisches Wohlbefinden. Neben anderem sind sehr wesentliche Voraussetzungen für seelisches Wohlbefinden die Freude an der Vielfalt der Natur und die aktive Verantwortung für die Schöpfung, deren Bestandteil wir sind und aus der heraus wir leben. Die weiten Gebiete der nahezu unbelasteten Natur in Ostdeutschland müssen so umfänglich wie möglich erhalten bleiben und dürfen nur so gering wie eben nötig der Besiedlung, der Industrie, dem Gewerbe und dem Verkehr geopfert werden. Dort, wo Natur durch Landwirtschaft industriell genutzt wird, muß Frieden zwischen Natur und Landwirtschaft erreicht werden.

Vierte Feststellung: In Westdeutschland wurde in den letzten 20 Jahren bewiesen, daß folgende Grundsätze unserer Gesellschaft auch für erfolgreichen Umweltschutz und erfolgreichen Naturschutz unabdingbar sind:

- die Teilung der staatlichen Gewalten in Legislative, Exekutive und Judikative,
- der Wettbewerb in Forschung, Entwicklung und Industrie, wozu auch Kooperation gehört, was kein Widerspruch zu Wettbewerb ist,
- eine bürgernahe Politik und Verwaltung mit breiter Öffentlichkeitsbeteiligung.

Diese Grundsätze, nun auch in Ostdeutschland gültig, werden die Defizite im Umweltschutz und im Naturschutz beheben helfen und eine zukünftige Ökologisierung der Gesellschaft auch hier ermöglichen.

Fünfte Feststellung: Die Inanspruchnahme der Natur durch den Menschen muß zunehmend auf das wirklich unabdingbar Notwendige reduziert werden. Wir müssen noch deutlich intensiver, als bisher schon geschehen, in stofflichen und energetischen Kreisläufen leben, denken und handeln, und die Entnahme der Ressourcen aus der Natur und die Abgabe von Abfällen und Resten in die Natur müssen noch mehr als bisher auf eine verträgliche und geordnete Inanspruchnahme der Natur reduziert werden. Dafür sind entsprechend umweltverträgliche Techniken, insbesondere intelligentes Recycling, aber auch Abfallbehandlung z.B. durch Verbrennung, entsprechend qualifiziertes Management und umweltbewußtes Leben und Handeln erforderlich. Die bereits in diesem Sinne erfolgreich begonnene Ökologisierung unserer Gesellschaft muß weiter vorangetrieben werden. Hierbei kann gerade das Zusammenwirken der ostdeutschen Wissenschaftler und Ingenieure mit ihren hohen naturwissenschaftlichen und systemanalytischen Kenntnissen und der westdeutschen Fachleute mit ihrem anlagentechnischen und wirtschaftlichen Sachverstand

zusätzliche Lösungsansätze für ein Leben in stofflichen und energetischen Kreisläufen aufzeigen und kann damit der weiteren Ökologisierung unserer Gesellschaft neue fruchtbare Impulse geben.

Sechste Feststellung: Lokale und regionale Verstöße gegen Umweltschutz und Naturschutz führen in ihrer Summe zu schweren globalen Schäden. Die Belastung der Atmosphäre durch CO<sub>2</sub> und andere Gase sowie durch ineffiziente Verbrennung und die Belastung der Meere durch mangelnde Abwasserreinigung und durch landwirtschaftliche Überdüngung sind wichtige Beispiele. Globale Wirkungen von lokalen Eingriffen, der Abbau lokaler Freisetzung führt zu globalen Entlastungen. Das über diese Zusammenhänge in Gesamtdeutschland insbesondere bei der umwelttechnischen Sanierung der ostdeutschen Länder erworbene Wissen sollte möglichst bald in eine entsprechende deutsch-osteuropäische Zusammenarbeit eingebracht werden. Beispielhafte Vorhaben könnten sein der Einfluß dieser Großregion auf die CO<sub>2</sub>-Problematik der Welt sowie die Rettung der Ostsee.

Siebte Feststellung: Die Beseitigung der lokalen Umweltschäden einerseits und der Erhalt der natürlichen Vielfalt der Fläche in den ostdeutschen Ländern andererseits sind Aufgaben unserer Gesellschaft insgesamt mit besonderer Vollzugsverantwortung bei den Ländern. Es muß auch aus der Sicht der Treuhandanstalt vordringliche Aufgabe der Länder sein, die entsprechenden Exekutivorgane für Umweltschutz und Naturschutz auf allen Ebenen zu stärken. Die Behörden sind das Gegengewicht zu Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft, Städtebau, Infrastruktur usw. Sie sind unabdingbar, und dieses Gegengewicht brauchen auch die Unternehmen der Treuhandanstalt und die Treuhandanstalt selbst, soweit sie direkte Eigentümerin von Grund und Boden, Anlagen und sonstigen Einrichtungen ist. Die Treuhandanstalt steht in Fragen des Umweltschutzes und des Naturschutzes in ständigem, durchaus konstruktivem Kontakt mit den Ländern. Bei der Behandlung der Altlasten, d.h. der als Gefahr eingestuften ökologischen Belastungen von Böden, bestehen allerdings bezüglich der Kostenübernahme derzeit noch unterschiedliche Auffassungen. Wir werden uns zunehmend aber einig, daß es sich bei der Behandlung der Altlasten vorrangig nur um Maßnahmen zur Gefahrenabwehr handeln kann.

Achte und letzte Feststellung: Das Zusammenführen ostdeutscher und westdeutscher Kenntnisse und ihr gemeinsamer Einsatz bei der Behebung von Umweltschäden und bei der weiteren Ökologisierung unserer Gesellschaft sowie der gemeinsame Einsatz westdeutscher und ostdeutscher Fachleute bei der Umstellung des früheren Plan-, Kommando- und Beschäftigungssystems in eine Wettbewerbs-, Informations- und Leistungsgesellschaft - all diese gemeinsamen Aktivitäten führen zu einem weltweit geradezu beispielhaften Wissen zur Verwirklichung von Umweltschutz und Naturschutz. Unsere Verantwortung für die Schöpfung und für die Gesundheit des Menschen auch in der Ferne gebietet es uns, dieses Wissen mit anderswo in der Welt Betroffenen unbedingt zu teilen. Erste und vornehmste Aufgabe ist für mich, dieses Wissen mit unseren östlichen Nachbarn zu teilen. – Ich bedanke mich.

(Beifall)

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herzlichen Dank, Herr Bonnenberg. Ich glaube, daß deutlich geworden ist, in welchem Sinne Sie an die Aufgabe herangehen. Die kritischen Nachfragen und alles, was sonst zu diskutieren ist, werden wir nach einer kurzen Pause nachher sicherlich ausführlich erörtern.

Ich möchte jetzt Herrn Dürkop bitten, uns seine Bemerkungen und Anmerkungen aus der Sicht des Naturschutzes vorzutragen.

**Klaus Dürkop:** Herr Minister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst meinen Dank für diese Einladung sagen; denn es ist für mich zum erstenmal eine Möglichkeit - wenn man so will: eine Premiere -, anlässlich eines Parteitages Gedanken zum Naturschutz aus der Sicht eines privaten Naturschutzverbandes einzubringen und damit auch Positionen darzustellen. So kann es im Wechselspiel zwischen aktiven Naturschützern und Parteipolitikern zu Kooperationen kommen, die Fehlverhalten in Sachen Naturschutz und Umweltschutz minimieren und frühzeitig Korrekturen einleiten bzw. verhindern können. Ich begrüße daher diese Öffnung und hoffe, daß mit dieser Transparenz auch frühzeitig bei allen naturschutzrelevanten Themen die Standorte in Zusammenarbeit mit den Entscheidungsträgern gelöst werden können. Möglicherweise wird sich daraus die Konsequenz ergeben, seitens der CDU und der CDU-regierten Bundesländer den privaten Naturschutzverbänden und den nach § 29 anerkannten Verbänden das Klagerecht zu geben.

Meine Damen und Herren! Meinen Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung möchte ich auf nationale Themen beschränken. Das hat sich auch in den bisherigen Beiträgen schon gezeigt. Ich gehe von dem Motto aus: Nur wer sein eigenes Haus in Ordnung gebracht hat, kann weltweit als Vorbild gelten. Ich möchte auf Problemstellungen im Zusammenhang mit den neuen Bundesländern eingehen, obwohl mich die Umweltschäden in Höhe von etwa 120 Milliarden DM, die jährlich in den alten Bundesländern entstehen, natürlich sehr stark bekümmern.

Gestatten Sie mir zuvor jedoch einige ganz kurze Bemerkungen zu einem Verband, den ich vertrete, nämlich einem privaten Verband. Das ist für die neuen Bundesländer ja etwas Neues, da privatrechtliche Dinge bisher keine große Rolle gespielt haben. Die privaten Verbände sind ja mehr oder weniger ein außerparlamentarisches Oppositionsgremium oder eine Organisation, die mit demokratischen Formen versuchen, als Außenstelle den Entscheidungsträgern - ich darf es etwas blumig sagen - auf die Füße zu treten. Diese Zusammenarbeit ist aber gewollt. Es kommt heute mehr denn je zu Kooperationen, und es ist nicht so, daß wir von unserer Seite nur eine Kontrollfunktion einnehmen, sondern es werden letztlich auch enge Verbindungen geschaffen.

Ganz allgemein sind die Naturschutzverbände wesentliche Initiatoren im Naturschutz. Sie bringen fachliche Kompetenz ein, engagieren sich finanziell, z.B. bei der Betreuung von Naturschutzgebieten - hier wird auch die Zusammenarbeit mit dem Staat sehr deutlich -, unterhalten Ausbildungs- und Fortbildungsstätten und sind seit je Vordenker, Motor und Gestalter in Sachen Natur- und Umweltschutz. Insbesondere die überregional tätigen Natur- und Umweltschutzverbände tragen heute wesentlich sowohl zur Willensbildung und zur politischen Unterstützung als auch zur aktiven Trägerschaft und Durchführung des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei.

Ich gebe an dieser Stelle zu bedenken, daß diese Strukturen in den neuen Bundesländern natürlich noch längst nicht alle vollzogen sind. Aber es sind gute Ansätze vorhanden, und ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich für die Anschubfinanzierung bedanken, die einige große Verbände noch von der alten Regierung der ehemaligen DDR bekommen haben, um Landesgeschäftsstellen und ähnliches zu gründen und auf den Weg zu bringen.

„Die Schöpfung bewahren“ - so das Motto dieser Veranstaltung - ist mit Sicherheit eine ganz erhebliche Herausforderung. Die ehemalige DDR hat ein außerordentlich wertvolles Naturerbe in die deutsche Einheit eingebracht. Dies gilt es zu verteidigen und gleichzeitig dem Streben nach allzu forschem Auftreten für Wirtschaftswachstum zu widerstehen.

Zwei Voraussetzungen, die zwingend notwendig sind und die auch möglichst schnell realisiert werden müssen, möchte ich hier einbringen. Das ist einmal die Novellierung eines zukunftsorientierten Bundesnaturschutzgesetzes als Rahmengesetz und für die Erstellung auch der Ländergesetze mit einem entsprechenden Finanzierungsrahmen, der heute morgen schon angesprochen worden ist. Ich denke dabei nicht nur an ein Abgabengesetz, sondern auch an eine Gemeinschaftsaufgabe, über die wir diskutieren sollten. Zum anderen meine ich, daß der Einigungsvertrag, gerade wenn man an die Artikel 25 und 34 denkt, die das Treuhand-Vermögen behandeln, einer Revision unterzogen werden sollte.

Zunächst zur Naturschutzgesetzgebung. Der Landschaftsverbrauch in den neuen Bundesländern hat bereits eingesetzt. Schon jetzt zeichnen sich Eingriffe ab, die nicht mehr ausgeglichen werden können. Da frühestens Ende 1992 eine Verabschiedung des Bundesnaturschutzgesetzes als Rahmengesetz zu erwarten ist, kann die Umsetzung in Ländergesetze ja erst einige Jahre später vollzogen werden; ich denke, daß das noch einmal ein bis zwei Jahre dauern wird. Das ist einfach zu spät, um dann noch umweltzerstörerische Planungen aufhalten zu können. Ich denke dabei nur an das Stichwort Elbe. Durch den geplanten Ausbau der Elbe mit einer angestrebten Vertiefung auf eine nutzbare Wassertiefe von 2,50 m ist mit dem Bau einer größeren Anzahl von Staustufen zu rechnen. Gegen dieses Vorhaben haben wir ökologische Einwände; denn jeder Eingriff in ein Fließgewässer, der als Stauregulierung wirkt, übt eine zerstörerische Wirkung auf den Fluß aus. Ein Ausgleich ist hier nicht möglich. Im Falle der Elbe weise ich mit Nachdruck darauf hin, daß die Einmaligkeit des Landschaftsraumes im Elbtal z.B. durch die Anhebung des Wasserspiegels durch Staustufen neue Uferschutzmaßnahmen notwendig macht. Diese Unterbindung und unter anderem auch Dauerüberflutung von tiefer gelegenen ursprünglich wechselfeuchten Flächen ist nur eines der Zeichen. Damit werden z.B. die Auwälder berührt, und das führt dazu, daß Rastplätze für Kraniche oder Wildgänse oder Singschwäne erheblich an Bedeutung verlieren.

Die heute bereits bekanntgewordenen Planungen zeigen allzu deutlich, daß Eigeninteressen einer Berufsgruppe fernab gesamtstaatlich notwendiger Abwägungsprozesse vorangetrieben werden. Unsere gutachterlichen Recherchen haben z.B. ergeben, daß auf den Ausbau der Binnenschifffahrt bei den geplanten Maßnahmen zugunsten anderer Verkehrsträger, z.B. der Eisenbahn, verzichtet werden kann. Ähnliche Vorhaben wie an der Elbe zeichnen sich an der Oder ab, wo zwischen Görlitz und Stettin mehr als zehn Staustufen geplant sind, die das ganze Flußsystem erheblich zerstören würden.

Wir fragen uns, ob hier Goldgräbermentalität einsetzt und Maßnahmen durchgeführt werden sollen, die uns in der Zukunft leid tun werden. Die Naturschutzverbände werden diese Entwicklungen auf alle Fälle nicht ohne erhebliche Widerstände akzeptieren können.

In diesen Flußniederungen liegt außerdem ein Teil der europäischen Vogelschutzgebiete, der sogenannte Ibars, da nach der Wiedervereinigung auch für den Osten Deutschlands die EG-Richtlinien gelten und somit auch die Richtlinien des Rates zur Erhaltung der wildlebenden Vogelarten entsprechend bindend sind. Diese verpflichten die Mitgliedstaaten, die für die im Anhang 1 aufgelisteten seltenen und gefährdeten Arten bedeutsamen Lebensräume als besondere Schutzgebiete auszuweisen und zu schützen. Laut Einigungsvertrag hat das bis zum 31. 12. 1992 zu geschehen. Wie schwer die Sicherung solch eminent wichtiger Gebiete ist, zeigt sich z.B. im Bereich des Biosphärenreservats Schorfheide in Brandenburg.

Damit komme ich zum zweiten Punkt meiner Ausführungen, nämlich zum Einigungsvertrag. In ihm fehlen zukunftsweisende Vereinbarungen in Sachen Naturschutz. Ohne verbindliche Zusagen z.B. in finanzieller Hinsicht sind in Artikel 34 nur einige vage Äußerungen gemacht worden, wohl in dem Glauben, daß ein Schutzstatus auf dem Papier schon Garant für die Sicherung der frei lebenden Tier- und Pflanzenwelt ist. Dies ist eine sehr naive Darstellung und ein naiver Glaube. Ich zitiere den Artikel 34 nur in einigen wenigen Passagen:

Es ist Aufgabe der Gesetzgeber, die natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen unter Beachtung des Vorsorge-, Verursacher- und Kooperationsprinzips zu schützen und die Einheitlichkeit der ökologischen Lebensverhältnisse auf hohem, mindestens jedoch dem in der Bundesrepublik Deutschland erreichten Niveau, zu fördern.

Welch eine Überheblichkeit; denn das sind eigentlich nur verbale Absichtserklärungen! Wer also auf ökologischem Gebiet arbeitet, muß immer noch sehr tief in die Tasche greifen, um solche Sahnestückchen, wie sie gerade in den neuen Bundesländern anzutreffen sind, herauszulösen und zu sichern. Verhandlungen mit der Treuhand haben nämlich gezeigt, daß nur dann über Grunderwerb diskutiert wird, wenn man sich am Verkehrswert orientiert. Ich habe Verständnis dafür, daß der Staat auf ihm zustehende Einnahmen nicht verzichten will. Bei der Wahrung von Schöpfung müssen aber auch andere Grundsätze gelten können. Verkauf um jeden Preis darf nicht das Ziel des Bundesfinanzministers sein, schon gar nicht bei der Sicherung eines Naturerbes, wie es die ehemalige DDR eingebracht hat.

(Beifall)

Warum können wir bei dem Erwerb von Naturflächen nicht Regelungen finden, die ähnlich sind wie bei den Liegenschaften von militärischen Gebieten? Preisnachlässe von 30 bis 50 % sind da ja im Gerede. Ich meine, die Naturschutzverbände sollten genauso gestellt werden wie die öffentliche Hand; denn letztlich sind die Aufgaben, die die freien Verbände übernommen haben, staatliche Aufgaben. Man ist Betreuer oder Verwalter für den Staat mit einem hohen Einsatz an ehrenamtlichem Engagement.

Zum Schluß noch ein besonderer Wunsch: Mit dem Ministerratsbeschluß der ehemaligen DDR vom 12. September 1990 wurden sogenannte Biosphärenreservate in den neuen Bundesländern ausgewiesen. Herr Minister Töpfer hat von einem sehr schönen Beispiel in der Rhön gesprochen. Ich selber habe gewisse Befürchtungen, daß diese neue Schutzgebietskategorie noch nicht voll akzeptiert ist für das neue Bundesnaturschutzgesetz. Ich möchte darum bitten, daß gerade dieses für uns sehr wichtige Konzept auch Eingang findet in dieses Naturschutzgesetz. Denn bei diesen Gebieten handelt es sich um Landschaften, die von außerordentlicher Schönheit und Artenvielfalt zeugen. Ziel dieses neuen Typs von Schutzgebieten soll es sein, über eine sorgsame Bewirtschaftung eine dauernde, in die Zukunft gerichtete Leistungsfähigkeit der genutzten Ökosysteme zu sichern.

Mit dem Wissen im Hinterkopf, daß in keiner Phase der Menschheitsgeschichte durch anthropogene Eingriffe in den Naturhaushalt derartig globale Auswirkungen wie in den letzten 30 Jahren veranlaßt wurden, gilt es, am Beispiel der Biosphärenparks, wie der zukünftige Name vielleicht besser sein sollte, auf wissenschaftlicher Grundlage ein Programm zu entwickeln, um eine umweltgerechte Nutzung und Erhaltung der natürlichen Ressourcen zu gewährleisten und das Spannungsfeld zwischen Mensch und Umwelt abzubauen sowie Wege für eine nachhaltige Verbesserung dieser Beziehungen aufzuzeigen. Dafür brauchen wir die Aufnahme dieser neuen Schutzkategorie in das Bundesnaturschutzgesetz.

(Beifall)

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herzlichen Dank, Herr Dürkop. Wir haben uns auch mit diesen kritischen Bemerkungen auseinanderzusetzen. Ich denke, daß die Naturschutzverbände eine wichtige Aufgabe im Rahmen unserer Gesamtdiskussion wahrnehmen, auch wenn wir ab und zu der Meinung sind, daß die Kritik zu scharf ausfällt. Das werden wir zu ertragen haben!

Ich möchte zum Schluß Herrn Repnik das Wort geben und mit ihm noch einmal die Weite der Welt in der globalen Verantwortung suchen. In Verbindung mit dem Entwicklungshilfepolitiker, wenn ich das so sagen darf, sollten wir ein unschlagbares Team werden.

**Hans-Peter Repnik:** Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich und bin dankbar dafür, daß ich diesen Part, der sich auszeichnet in der weltweiten Verantwortung, in den wenigen Minuten, die mir verbleiben, zumindest ein bißchen anreißen kann.

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, daß wir gerade im Umweltbereich nicht nur national, sondern weltweit Verantwortung tragen, dann hat diesen Beweis die Enquete-Kommission erbracht, die Ergebnisse zutage gebracht hat, die heute international Anerkennung finden. Wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine ungeheure Chance, uns dieses Themas im kommenden Jahr nicht nur anzunehmen, sondern nach Möglichkeit auch Lösungsansätze auszuarbeiten. Im Juni nächsten Jahres wird in Rio die sogenannte UNCED-Konferenz stattfinden. Diese Konferenz, die beide Bereiche, Umwelt und Entwicklung, in den Vordergrund rückt, auf der der Norden wie der Süden gemeinsam gefordert sein werden, wird nicht nur die Probleme analysieren, sondern, wie wir alle hoffen, ganz konkrete Fingerzeige geben.

Für uns ist übrigens interessant, daß die Entwicklungsländer, wenn sie von UNCED sprechen, immer von „Entwicklung und Umwelt“ reden, während wir Umwelt und Entwicklung in den Vordergrund rücken. Ich glaube, gerade das Thema weltweiter Umweltschutz macht deutlich wie kein anderes Thema, wie stark die Zusammenhänge zwischen Nord und Süd und wie stark die weltweiten Zusammenhänge sind. Von daher war es nur folgerichtig, daß viele Deutsche, nicht Regierungsorganisationen, vor einem Jahr, 1990, in einer gemeinsamen Aktion den Begriff der *e i n e n* Welt, in der und von der wir leben, geprägt haben. Deshalb ist es so wichtig, daß wir uns diesem Begriff auch stellen.

Diese Zusammenhänge zwischen Umwelt und Entwicklung machen deutlich, daß für uns, für die Entwicklungspolitiker, die Zeit vorbei ist, in der wir Entwicklungshilfe, wie wir sie lange Zeit genannt haben, oder Entwicklungszusammenarbeit, wie wir sie zwischenzeitlich nennen, nur aus altruistischen oder bei christlichen Demokraten vielleicht aus christlichen, aus humanitären oder aus solidarischen Aspekten zu leisten hatten, sondern gerade das Thema „Umwelt und Entwicklung“ macht deutlich, daß wir voneinander abhängig sind, der Norden vom Süden wie der Süden vom Norden.

Die Enquete-Kommission hat auch aufgezeigt, daß, wenn es um weltweite Umweltgefährdung oder gar -zerstörung geht, der Norden in der Tat durch seine industriellen Emissionen die Hauptverantwortung für die Bedrohung trägt. Aber gleichzeitig wird deutlich und zunehmend deutlicher, daß wir, wenn wir jetzt dem Süden nicht helfen bei der Bewältigung seiner Umweltprobleme, die andere sind als die des Nordens, in aller Regel zumindest, verhängnisvolle Spätfolgen, die kaum mehr wiedergutzumachen sein werden, zu beklagen haben werden. Deshalb, Herr Dürkop, ist zwar ein Teil

Ihrer Aussage richtig, daß wir zu Hause unsere Hausaufgaben machen müssen, um Vorbild zu sein, Vorbild, das nach draußen wirkt. Aber genauso richtig ist natürlich die zweite Aussage, daß, wenn wir jetzt nicht bereit sind, dem Süden bei der Problemlösung zu helfen, dies mit uns heimgehen wird.

Wenn wir in den Industriestaaten von Umweltzerstörung oder Umweltgefährdung sprechen, dann meinen wir meistens Zivilisationsschäden, Industrieschädigungen, wie sie eben bei meinen Vorrednern zum Ausdruck gekommen sind. Wer sich in den Entwicklungsländern mit dem Thema der Umweltzerstörung befaßt, wird sehr schnell feststellen, daß es dort, sieht man einmal von den städtischen Ballungsgebieten ab, weniger sogenannte zivilisatorische Schädigungen sind, sondern daß die Armut in diesen Ländern das Umweltgift Nummer eins ist. Deshalb ist für uns Armutsbekämpfung gleichzeitig auch Umweltschutz.

Armut, meine sehr verehrten Damen und Herren, zerstört Umwelt in vielen dieser Länder, und die Umweltzerstörung wiederum führt zu verschärfter Armut. Es muß uns gelingen, in diesen Teufelskreis zwischen verschärfter Armut und Umweltzerstörung hineinzudringen. Auch deshalb setzen wir hier in erster Linie an.

Minister Töpfer hat darauf hingewiesen: Wir sind von der Bundesrepublik Deutschland aus dabei, uns sorgfältig auf die Konferenz in Rio vorzubereiten. Wir müssen davon ausgehen - dies hat der Minister gerade bei seiner Reise nach Ostasien festgestellt -, daß wir es bei den Entwicklungsländern nicht mit Bittstellern zu tun haben, sondern wir werden es in Rio mit Partnern zu tun haben, die gerade um diese Zusammenhänge zwischen Nord und Süd und Süd und Nord sehr genau wissen, und entsprechend selbstbewußt werden sie auftreten. Es ist wichtig, daß auch wir begreifen, daß es nicht Bittsteller sind, denen wir vielleicht ein Almosen gewähren können, sondern daß wir dieses Problem partnerschaftlich bewältigen müssen.

Deshalb haben wir - Klaus Töpfer ist Vorsitzender des nationalen Komitees, das der Bundeskanzler zur Vorbereitung von Rio eingesetzt hat - auch einen sehr selbstkritischen Ansatz im Hinblick auf die Gefahren, die von uns, vom Norden, ausgehen, gewählt, um dann aber in einer Perspektive aufzuzeigen, wie konkret wir auch dem Süden helfen können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind hier in Dresden in einem der neuen Bundesländer, und es liegt auf der Hand, daß die Probleme, die im Umweltbereich in den neuen Bundesländern uns allen auf den Nägeln brennen, uns natürlich auch politisch bewegen. Dennoch müssen wir uns darüber klar werden, daß von all dem, was sich im Süden abspielt, auch wir unmittelbar betroffen sind und daß wir uns nicht ausklinken können. Klaus Töpfer kann eine noch so gute Politik in Deutschland oder in Europa machen, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft, im Hinblick auf Osteuropa und auf die Sowjetunion. Wir können uns nicht ausklinken von dem, was im Süden passiert, und wir müssen uns gerade auch hier bewußt sein, daß dieser Gedanke der einen Welt verfährt und daß es da kein Entrinnen gibt, daß wir nicht hier auf einer Insel der Seligen leben können, wenn wir dem Süden bei der Lösung seiner Probleme nicht assistieren.

Ich will nur zwei Beispiele nennen. Ich sprach von Armut und Umweltvernichtung. Volker Rühle hat heute morgen in seinem eindrucksvollen Rechenschaftsbericht auf die Flüchtlingsproblematik hingewiesen, und er sprach auch davon, daß nicht die ärmsten Menschen auf der Flucht sind. Ich stimme ihm zu, und ich kann nur sagen, daß wir die Ursachen vor Ort bekämpfen müssen - eine ganz wichtige Erkenntnis. Aber jedem, der sich mit der Entwicklungszusammenarbeit und mit den Problemen in diesen Ländern befaßt, wird deutlich, daß der größte Teil der Menschen, die auf der

Flucht sind in diesen Ländern, Armutsflüchtlinge sind und eben nicht Wirtschaftsflüchtlinge, wie sie häufig bei uns fast diffamiert werden. 16 Millionen Menschen, von der UN anerkannt, sind auf der Flucht, 16 Millionen Kontingentflüchtlinge – alles potentielle Flüchtlinge nach Norden, Immigranten nach Norden, alles potentielle Asylbewerber auch bei uns in Deutschland, bei uns in Europa.

Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es wichtig, daß wir Armut bekämpfen, daß wir Umwelt erhalten und daß wir den Menschen vor Ort eine Perspektive vermitteln. Das ist ein ganz konkreter Zusammenhang zwischen Süd und Nord.

Das zweite Beispiel – auch darauf hat Minister Töpfer hingewiesen -: Wir brauchen auch in der Zukunft die Regenwälder als CO<sub>2</sub>-Senke. Ich glaube, gerade bei den Regenwäldern muß deutlich werden, daß Tropenwaldzerstörung kein sektorales Phänomen ist, sondern ein Ergebnis komplexer politischer und wirtschaftlicher Vorgänge, von Vorgängen übrigens auch bei uns, und auch deshalb müssen wir darauf Antwort geben. Wolfgang Schäuble hat in der Tat gesagt, wir dürfen nicht nur die richtigen Fragen stellen, sondern wir müssen auch die richtigen Antworten darauf geben. Wir reagieren im Entwicklungsbereich auch hier eng abgestimmt mit dem Umweltbereich. Wir haben eine neue Strategie entwickelt, die ganz klar auf die Bekämpfung von Armut abzielt und die damit Umwelt schützt. Während wir, wenn wir von Umweltzerstörung in den Entwicklungsländern reden, meistens den Tropenwald sehen, muß deutlich werden, daß es genauso große Probleme in den Bergwaldregionen gibt, im Bereich der Desertifikation, Verwüstung und Versteppung und dergleichen mehr, und daß damit der Zukunftssicherung der Menschen wertvoller Boden entzogen wird. Also: Armutsbekämpfung und damit Schutz der Umwelt in unseren Partnerländern.

Ein zweiter Punkt. In einer ganzen Reihe von Ländern, insbesondere gerade im afrikanischen, aber auch im südamerikanischen Bereich, stellen wir fest, daß der ungeheure Druck der Bevölkerung auf die Umwelt Umwelt zerstört. Deshalb ist bei uns auch Bevölkerungspolitik, Familienplanung ein integraler Bestandteil der Zukunftssicherung und damit der Umweltsicherung. Seit einer Reihe von Jahren machen wir nur noch umweltverträgliche Projekte. Es gibt kein Projekt mehr in den Entwicklungsländern, das von uns finanziert oder durchgeführt wird und das nicht zuvor einer strengen Umweltverträglichkeitsprüfung zugeführt wurde. Wir haben Sonderenergieprogramme gefahren, um Umwelt zu schützen durch alternative und additive Energien, und wir werden unsere Anstrengungen da noch verstärken. Wir haben in unseren Partnerländern weltweit Waldschutzprojekte angelegt, und zwar - ich mache auch darauf aufmerksam - nicht nur tropische Regenwaldprojekte, sondern auch Projekte in Bergwäldern, gerade im Himalaja. Wenn man sieht, in welchem ungeheuren Maße die Menschen dort gebeutelt sind von Naturkatastrophen, dann ist dies auch - auch, nicht nur, aber eben auch - ein Ergebnis von riesigen Waldvernichtungsaktionen gerade in den Bergwäldern des Himalaja.

Wir unterstützen zunehmend und mit großem Erfolg Nichtregierungsorganisationen, die sich diesem Thema vor Ort widmen, weil wir die Erfahrungen, die wir mit Nichtregierungsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland gemacht haben, auf den Süden übertragen wollen. Wir haben das Modell des Schuldenerlasses zugunsten der Umwelt im afrikanischen Bereich bereits abgeschlossen, und wir wollen dies fortführen.

Das größte, herausragende und im Grunde genommen auch das prominenteste Projekt, das Pilotprogramm zum Schutz der tropischen Regenwälder, ist Brasilien.



Sie wissen, daß sich der Bundeskanzler hier weltweit an die Spitze der Bewegung gesetzt hat. Er hat dies deutlich gemacht durch seinen Besuch vor sechs Wochen in Brasilien, indem er in den Regenwald gefahren ist, an den Amazonas und sich identifiziert hat mit den Problemen der Menschen dort. Es war schon eindrucksvoll, gerade von den Indios, mit denen wir Gespräche geführt haben, zu erfahren: Nicht nur das Geld, das ihr zur Verfügung stellt, sondern die Tatsache, daß ein international anerkannter Staatsmann wie Helmut Kohl in den Tropenwald fährt, zeigt symbolisch, wie wichtig es ist, hilft uns noch mehr als das Geld, das wichtig genug ist.

Wir hoffen, daß die internationale Gebergemeinschaft der sieben großen Industrienationen unter der Führung von Helmut Kohl in seiner Eigenschaft als Präsident der G 7, eben der sieben größten Industrienationen, der er ab dem 1. Januar 1992 sein wird, in dieses gemeinsame Boot zum Schutz der Regenwälder einsteigen werden, weil wir damit nicht nur den Menschen in Brasilien oder in Afrika oder in Südostasien helfen, sondern weil wir damit Zukunft auch für uns und für künftige Generationen garantieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns über diese klassischen Aufgaben hinaus in den letzten Jahren zunehmend auch der zivilisatorischen, der industriellen Umweltverschmutzung in diesen Ländern angenommen. Wenn man sieht, was sich in Städten wie Mexiko oder Lima oder Sao Paulo, in Rio oder in Kalkutta oder wo auch immer, abspielt, wo sich 10, 15, 20 Millionen Menschen zusammenballen ohne eine entsprechende Umweltinfrastruktur im Bereich Luft wie im Bereich Wasser, dann weiß man, welche große Herausforderung dort zu bestehen ist, eine Herausforderung, die auch wir annehmen sollten.

Wir haben unseren Etat im Entwicklungshilfeministerium aufgestockt für den Umweltbereich in einer Größenordnung von 1,5 Milliarden DM jährlich, alles zusammengerechnet, allein 300 Millionen DM jährlich zum Schutz der tropischen Regenwälder. Wir haben hier international Pilotfunktion ausgeübt. Und die Tatsache, daß Helmut Kohl erklärt hat, daß er an der Konferenz in Rio teilnehmen wird, daß er mit seiner Teilnahme versuchen wird, andere führende, geachtete Staatsmänner der Welt an dieser Konferenz zu beteiligen, ist für uns ein Hoffnungssignal.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei allen Problemen, die wir hier in Deutschland, in Europa, nicht zuletzt in Osteuropa und in der Region der bisherigen Sowjetunion zu bewältigen haben, dürfen wir gerade jetzt den Süden nicht vergessen. Wir müssen die Herausforderung des Südens annehmen. Nur dann wird es uns gelingen, Schöpfung zu bewahren, wie der Titel dieser Podiumsdiskussion heißt. Wenn es gelingt, im Rahmen dieser Diskussion uns allen klarzuwerden, daß wir auf einer Welt leben, daß wir von dieser Welt leben und daß wir nur gemeinsam, der Norden und der Süden, überleben werden, dann bin ich sicher, daß die Bevölkerung auch bereit ist, uns bei der Annahme dieser Herausforderung zu unterstützen, und daß sie auch bereit sein wird, uns, den Entwicklungs- und Umweltpolitikern, dann ganz konkret die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

(Beifall)

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herzlichen Dank, Herr Repnik. Ich denke, daß aus diesen Ausführungen deutlich geworden ist, wie weit das Spannungsverhältnis geht. Wenn man bedenkt, was zwischen dem Vortrag von Frau Häusler und den Ausführungen von Herrn Repnik für eine Spannbreite der politischen Aufgabe liegt, dann wird deutlich, worüber wir eigentlich zu diskutieren haben. Und wenn man an das Buch von Eduard Pestel „Jenseits der Grenzen des Wachstums“ denkt, in dem er

die Vorbildfunktion der Industrienationen in dieser Frage der weltweiten Verantwortung einfordert, dann werden wir noch ein Stück weit zu reden und zu handeln haben, um diesem Vorbild gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie, insbesondere unsere Gäste, also nicht die Profis unter uns, bitten, die Diskussion mit uns zu führen und dazu die Wortmeldungen hier vorn abzugeben. Wir wollen jetzt zunächst eine kurze Pause von zehn Minuten machen, um einmal Luft holen und aufatmen zu können. Danach bitte ich Sie, wieder hereinzukommen und die Pause nicht dazu zu benutzen, das Plenum auf die Hälfte zu reduzieren.

(Unterbrechung)

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Meine Damen und Herren! Ich darf jetzt zum Verfahren sagen, daß ich die Absicht habe, zunächst einmal den Stapel von Wortmeldungen konsequent abzarbeiten. Ich bitte meine Partner auf dem Podium, sich jeweils Notizen zu machen; denn wenn wir zu jeder einzelnen Wortmeldung eine Antwort geben würden, würde uns das zeitlich erheblich aus dem Rennen werfen. Ich möchte Sie auch im Interesse der anderen Freunde, die auch zu Wort kommen wollen, bitten, sich zeitlich eine gewisse Selbstbeschränkung aufzuerlegen. Ich würde mich freuen, wenn ich nicht zu drakonischen lenkenden Maßnahmen greifen müßte.

In diesem Sinne rufe ich zunächst einmal Herrn Günter Haase von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig zu langfristigen ökologischen Fragen der Umweltpolitik auf.

**Prof. Dr. Günter Haase:** Herr Vorsitzender! Ich möchte einige Bemerkungen aus der Sicht eines Institutsdirektors machen, der das noch 14 Tage sein kann; denn das Institut für Geographie und Geoökologie gehört der ehemaligen Akademie der Wissenschaften an und wird bekanntlich zum 31. Dezember aufgelöst. Außerdem bin ich noch Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften; das ist meine andere Aufgabe. Ich beziehe mich aber im wesentlichen auf die erstgenannte Funktion.

Globale und regionale Probleme der Umweltvorsorge sind, wie wir alle wissen und wie es heute vormittag hier deutlich zum Ausdruck kam, eng miteinander verbunden. Dabei sind die wirtschaftliche und die soziale Entwicklung wiederum sehr eng mit den ökologischen Bedingungen verknüpft. Ich meine damit nicht nur die bioökologischen, sondern ebenso die geoökologischen und die humanökologischen Bedingungen. Oft wird Ökologie, wenn man von ihr spricht, nur mit dem biologischen Aspekt verbunden.

Eine solche Verknüpfung setzt voraus, daß die ökologischen Kenntnisse über den Naturhaushalt hinreichend genau sind und eine gewisse Flächendeckung aufweisen. Gerade beim Problem der Flächendeckung verspüren wir heute oft die gravierendste Lücke. Nur dann, wenn diese Kenntnisse hinreichend vorhanden sind, kann man sich verantwortungsvoll und zukunftsgestaltend verhalten.

Die Umweltvorsorge hat dabei deutlich zwei Schwerpunkte, zum einen eine Umweltschutzaufgabe, die im wesentlichen technisch geprägt ist. Bei dieser Aufgabe wurde bereits viel erreicht, aber es ist auch noch viel offen; die Redner heute vormittag haben das ja deutlich gemacht. Umweltschutz hat aber auch ein ökonomisch-soziales Problem. Das sind auf der einen Seite die Fragen der Kosten für den Umweltschutz und zum anderen die Frage der sozialen Seite der Arbeitsplatzsicherung, der Arbeitsplatzgestaltung und vieles andere mehr.

Ein zweiter Schwerpunkt – zu ihm will ich noch einiges sagen – ist die langfristige harmonische Umweltgestaltung. Das ist vorwiegend ein Thema, das mit ökologischen Dingen zusammenhängt. Die Gestaltung der Natur und ihre Nutzung – Nutzung und Naturhaushalt sind immer eng miteinander verbunden zu sehen – müssen mit der Übereinstimmung der ökologischen Voraussetzungen und ihrer weiteren Entwicklung betrachtet werden.

Gestatten Sie mir einige Beispiele für das, was ich damit sagen will! Die ökologischen Bedingungen in einer Region höchster Belastung – das ist heute schon mehrfach gesagt worden – waren Ausgangspunkt dafür, in dem deutsch-deutschen Seminar noch vor der deutschen Einheit Ökosystemforschung auf regionaler Ebene im Raum Leipzig/Halle/Bitterfeld anzuregen. Wir haben deshalb im vorigen Jahr einen Forschungsverbund für die Belastungssituation in diesem Raum zu entwickeln begonnen, um als langfristigen ökologisch-regionalen Ansatz Voraussetzungen für die langfristige Sanierung und über die engere Sanierung hinaus für die langfristige Gestaltung dieser Gebiete zu gewinnen. Daran haben sich außerordentlich viele Forschungsgruppen in den Universitäten in Leipzig und Halle oder im Rahmen der ehemaligen Akademieeinrichtung beteiligt.

Es ist ein Ansatz notwendig, der nicht nur mit Modellierung als einem modernen Schlagwort von wissenschaftlicher Arbeit bewältigt werden kann, sondern es sind ebenso umfangreiche Feldarbeiten und landschaftsökologische Ansätze notwendig, und es ist auch notwendig, dabei ökologisch-ökonomische Wechselwirkungen zu beachten.

Ich möchte einmal nur auf das Stichwort der Naturraumpotentiale eingehen, eine Konzeption, die wir zu Beginn der siebziger Jahre hier in den neuen Bundesländern entwickelt haben und die dann in den Altbundesländern sehr viel Furore gemacht hat. Jetzt sind wir drauf und dran, daß dieser Ansatz durch die Veränderung unserer Forschungseinrichtung bei uns wieder unter den Tisch fällt und wir die Fortsetzung dieser Arbeiten nicht sichern können.

Oder zur Langfristigkeit ökologischer Kenntnisse! Wir haben in vielen Fällen unsere Bergbaulandschaft vor uns, und es ist notwendig, hier nicht nur kurzfristig drei-, fünf- oder zehnjährige Orientierungen zu entwickeln; wir müssen hier eine 60-, 70- oder 80jährige Prognose und Perspektive erarbeiten. Dafür ist die Wissenschaft sowohl auf der ökologischen als auch auf der sozial-ökonomischen Seite bisher nur außerordentlich wenig gerüstet. Aber wir müssen uns die Frage stellen und auf sie Antworten finden: Was wollen unsere Menschen nach 70 oder 80 Jahren Bergbaulandschaft erreichen und erleben, die lange vorgeplant wird, in der dann der Bergbau durchgeführt wird und anschließend die Rekultivierung kommt?

Dasselbe gilt im Grunde genommen für andere Regionen auf der Erde. Ich will hier einmal nicht den Regenwald nehmen, sondern ein Beispiel, das mir besser bekannt ist, nämlich die zentralasiatischen Steppen und Wüstensteppen. Auch dort sind die Schafe – unser Minister Töpfer hat das Rhön-Schaf definiert – das entscheidende Kriterium für Umweltschutz und für Naturschutz. Dort sind es allerdings keine Rhön-Schafe, sondern Breitschwanzschafe mit Fett im entsprechenden Ansatz. Aber auch dort gibt es das Problem: Welche ökologischen Kenntnisse haben wir, um die Möglichkeiten in einem solchen Gebiet – Mongolei unter Permafrostbedingungen – zu sichern? Hier sind auch Erfahrungen aus unseren Regionen notwendig, die wir dorthin übertragen können und die wir dort neu gewinnen müssen. Auf der anderen Seite müssen wir sichern, daß die bisherigen Erfahrungen in der Forschung weitergetragen werden können. Das ist unter den Bedingungen des jetzigen Schließens von Einrichtungen in den neuen Bundesländern außerordentlich schwierig.

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herr Haase, ich darf Sie bitten, jetzt zum Abschluß zu kommen. Sie haben schon sechs Minuten in Anspruch genommen. Ich muß ein bißchen auf die Zeit achten. Ich bitte um Entschuldigung.

**Prof. Dr. Günter Haase:** Gestatten Sie mir noch eine letzte Bemerkung! In der Wissenschaft für Fragen der Umweltvorsorge ist die Komplexität außerordentlich wichtig. Wir können nicht allein durch die Vertiefung in einzelnen Wissenschaftsdisziplinen mehr erreichen; wir müssen die Integration von Wissenschaftsdisziplinen zu einem neuen Erkenntnisbereich voranbringen. Genau das ist etwas, was wir gegenwärtig mit unserer Wissenschaftspolitik noch nicht ausreichend im Griff haben. Ich könnte es mir also sehr gut vorstellen, daß unter den neuen Bedingungen der Wissenschaftslandschaft, die wir in den neuen Bundesländern schaffen, gerade die integrativen, über einige Spezialdisziplinen hinausgreifenden Arbeiten einen entsprechenden Fortschritt sichern könnten. Danke schön!

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Schönen Dank, Herr Haase, für diesen Beitrag! Ich denke, daß uns die Frage der übergreifenden wissenschaftlichen Arbeit noch lange erhalten bleiben wird, was ja einmal zu der Bemerkung in der FAZ geführt hat: Wir müssen wieder einen Studiengang für Allgemeinbildung einführen, damit es auch Leute gibt, die alles zusammenfassen können.

**Ellen Rudel:** Sehr geehrter Herr Minister Töpfer, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die deutsche Einheit, jung und noch am Beginn ihrer Bewährungsprobe, ist für die Menschen in allen Bundesländern die große Herausforderung unserer Zeit. Deshalb ist es notwendig, darüber nachzudenken, welche der vielen damit aufgeworfenen Probleme Priorität für unser Handeln besitzt. Aus der Sicht der neuen Bundesländer stellt sich die Umweltproblematik ohne Zweifel ganz vordringlich dazu. Der Grund für diese Behauptung liegt für uns auf der Hand, wenn man sich die Umweltsituation nach 40 Jahren real existierendem Sozialismus anschaut. Die Teerseen von Rositz, die Kohlenwasserstoffbelastungen des Grundwassers im Industriegebiet von Erfurt und die PAK-Belastungen von Arnstadt in Thüringen stehen in einer Reihe neben den toten Wäldern um das Kohlenabbaugebiet von Most in Böhmen und den Umweltschäden im westpolnischen Industriegebiet oder der massiven Elbverschmutzung durch die chemischen Betriebe von Aussig.

*Jahrzehnte politischer Ingoranz gegenüber massiver Schädigung des Lebensraumes und der hier lebenden Menschen haben bei uns eine besondere Sensibilität geschaffen, die von der Politik nicht unbeachtet bleiben sollte. Zwar erheben heute alle Parteien Anspruch darauf, Sachwalter einer Umweltpolitik zu sein, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang mit den materiellen Erfordernissen unseres Lebens bringt; der Prüfstein für die verschiedenen Modelle ist jedoch einzig ihre praktische Realisierbarkeit.*

Gerade in diesen Tagen erleben wir in Europa den anschaulichen Beweis dafür, daß nur die soziale Marktwirtschaft den komplexen Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird. Der Zusammenbruch der RGW-Staaten zeigt uns eindringlich, daß alle politischen Wunschvorstellungen auch im Umweltbereich ohne eine gesunde Wirtschaft nur Makulatur bleiben.

Bei allen noch offenen Umweltproblemen in den hochentwickelten westlichen Industriestaaten sollten wir doch nicht vergessen, wo die eigentlichen großen Umweltprobleme Europas liegen. Gerade in den neuen Bundesländern fällt uns das in den alten Bundesländern Geschaffene ins Auge; denn unsere Vergleichsmaßstäbe sind eben eine unselige Mischung aus staatlicher Ignoranz, Verantwortungslosigkeit

und Geheimniskrämerei aus der DDR-Zeit, deren böse Auswirkung auf unsere Umwelt wir viel zu lange ohne reale Chance zu erfolgreicher Gegenwehr ohnmächtig miterleben mußten.

Von daher gab es und gibt es in den neuen Bundesländern bei den meisten Bürgern einen natürlichen Vertrauensvorschuß in die soziale Marktwirtschaft und die parlamentarische Demokratie auch für die Lösung der angehäuften Umweltprobleme. Das Votum für die Thüringer CDU vor einem Jahr war deutlicher Ausdruck dieses Vertrauenspotentials in unserer Bevölkerung. Die seither zurückgelegte Wegstrecke der Thüringer CDU in der Regierungsverantwortung hat sich auf dieses Ziel zubewegt, auch wenn in dem beispiellosen historischen Umbauprozess rasche und spektakuläre Erfolge wohl noch nicht möglich waren.

Auf dem Gebiet des Umweltschutzes haben wir uns bemüht, die klaren Leitlinien des Bremer Parteitages 1989 als Handlungsrahmen zu benutzen. Die Magdeburger Eckpunkte zur Umweltpolitik der CDU konnten diese Ausgangsbasis besonders auch im Hinblick auf die Situation in den neuen Bundesländern präzisieren. Von einer umfassenden Ausgestaltung einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft, wie sie unserer christlichen Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung entspricht, sind wir jedoch noch weit entfernt. Es hat den Anschein, daß insbesondere der ökologische Aspekt in unserer praktischen politischen Arbeit in der Thüringer Bevölkerung noch zu wenig zum Tragen kommt.

Fragen wir uns kritisch, ob wir in der CDU-Tagespolitik die Umweltprobleme nicht zu bereitwillig anderen politischen Kräften überlassen! Sind sie schon ein unverzichtbarer, unverwechselbarer Bestandteil einer profilierten CDU-Politik in Thüringen? Diese Frage können wir heute leider noch nicht mit einem klaren Ja beantworten. Welche Handlungsdefizite lassen sich deshalb nach einem Jahr Thüringer CDU-Politik in der Regierungsverantwortung für den Umweltbereich erkennen? Wo müssen wir noch kräftig zuschlagen?

Ein Feld versprengter Anstrengung läßt sich mit dem Wort umreißen: Christliche Verantwortung für die Erhaltung der Schöpfung muß auch in unseren täglichen Entscheidungen und Handlungen sichtbar werden. Unsere Verantwortung für die Schöpfung ist als Grundsatz unbestritten. Richtschnur unseres Handelns ist sie damit nicht automatisch. Viel zu oft ist jene traditionelle Denkhaltung anzutreffen, die in der Natur ein freies Gut sieht, dessen Nutzung keinen Preis hat.

Ein umfassender Übergang zu einer gleichermaßen ökologischen und sozialen Marktwirtschaft, wie sie auf dem Bremer Parteitag als Rahmenziel skizziert wurde, setzt noch in großem Umfang einen Verständigungs- und Umdenkprozess in der Thüringer CDU voraus. Dabei ist es eigentlich kein so fremdes Geschehen, daß in der Marktwirtschaft alles seinen fairen Preis haben muß, auch in der Inanspruchnahme der Natur.

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Frau Rudel, ich bitte um Entschuldigung. Mir fällt es ausgesprochen schwer, Ihnen jetzt ins Wort zu fallen; nehmen Sie mir das bitte ab! Aber Sie sprechen jetzt schon fast zehn Minuten. Ich habe Ihnen schon einen frauenpolitischen Zuschlag und einen anderen Zuschlag gegeben.

(Heiterkeit)

Ich bitte alle Nachfolgenden, das nicht auszunutzen.

**Ellen Rudel:** Ich wollte das auch nicht ausnutzen; ich wollte Sie eigentlich bitten –

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Sie haben das richtig verstanden.

**Ellen Rudel:** Ich habe Sie richtig verstanden. Aber ich habe so wenig Gelegenheit, einmal in der Öffentlichkeit zu sprechen, zumal wir es in Thüringen sehr schwer haben, die Umweltpolitik in unsere CDU-Politik einzupassen. Gewähren Sie mir aus diesem Grund bitte noch zwei bis drei Minuten!

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Zwei Minuten haben Sie noch. Bitte schön!

**Ellen Rudel:** Es muß betroffen machen, wenn man heute von viel zuviel Bürgern unseres Landes noch die Meinung hört: Zur DDR-Zeit haben wir praktisch nichts Konkretes über den Zustand unserer Umwelt gewußt, und heute erfahren wir auch allzuwenig. Die einzigen, die Umweltprobleme heute offensiv in die öffentliche Diskussion bringen, sind die Boulevardzeitungen; aber sie machen es in aller Regel unsachlich und zum Teil verantwortungslos. Dabei sind in dem historisch kurzen Zeitraum seit 1990 auch in der Mitverantwortung der CDU Thüringens in der Regierung sowie in der kommunalen CDU-Verantwortung im Land viele wichtige Schritte zur Sanierung unserer Umwelt getan worden und viele Weichenstellungen für eine verantwortungsvolle Umweltpolitik. Wenn die Thüringer Bürger davon zuwenig wissen und unsere Arbeit dann auch nicht würdigen und honorieren können, ist das ihre eigene Schuld, oder verschenken wir hier nicht viel Vertrauenspotential, das uns bei der nächsten Wahl fehlen wird?

Ein drittes Feld, auf dem wir in unserer Arbeit nachdenken müssen, betrifft nicht allein den Umweltbereich; es handelt sich auch um ein wichtiges übergreifendes Problem. Die Deutsche Presseagentur hat in den letzten Tagen „Besserwessi“ als Wort des Jahres geprägt. Das ist böse, weil es zum einen die ehrlich engagierte Arbeit Tausender westdeutscher Beamter und Unternehmer diskriminiert; böse ist es aber auch, wenn die unverschuldeten Kompetenzunterschiede nach der Wende 1989 auch heute noch strukturell zementiert werden sollen, obwohl sie sich von Tag zu Tag mehr verwischen, je länger der Termin der Grenzöffnung hinter uns zurückbleibt.

Längst haben viele von uns erleben können, daß man hier wie da nur mit Wasser kocht, und längst hat eigener Fleiß unter den neuen Möglichkeiten bei immer mehr Menschen hier eigene Kompetenz und zunehmendes Selbstbewußtsein hervorgebracht, auch im Umweltbereich. Zwei Jahre nach der Aufhebung der fachlichen Isolierung durch den Fall der Mauer sollte generell fair-fachliche Konkurrenz an die Stelle der am Anfang notwendigen administrativen Regelungen treten, auf jeden Fall im Umweltbereich.

Es gibt heute keinen Grund mehr, Thüringer Firmen und Ingenieurbüros, Thüringer Chemiker, Techniker oder Geologen von der Verantwortung für Aufgaben im Umweltbereich auszuschließen. Wer das heute noch politisch durchsetzen will, obwohl die ursprünglichen Gründe dafür aus der unmittelbaren Übergangszeit heute entfallen sind, der schafft jenen politischen Kräften Argumente, die auf Auseinander-Dividieren und auf Polarisieren setzen, weil die deutsche Einheit ihnen den Bogen entzogen hat.

Die CDU der neuen Länder ist gefordert, solchen Polarisierungstendenzen in unserer Gesellschaft den Boden zu entziehen. Wohin die Eskalation solcher irrationaler Feindbildszenarien führen kann, zeigen uns die Beispiele von Irland bis Jugoslawien. Für den einzelnen Bürger darf die deutsche Einheit keine Abstraktion bleiben.

Meine Damen und Herren! Wir stehen nach einem Jahr deutscher Einheit noch am Beginn einer schwierigen Aufbauphase. Die CDU hat sich, getragen vom breiten Votum der Bürger, zu ihrer Verantwortung bekannt, ihre programmatischen Ziele vom Tag der Wahl in täglicher politischer Kleinarbeit umzusetzen. Das wird uns um so besser gelingen, je konstruktiver wir nach den besten Lösungen suchen, je schneller wir die noch bestehenden Gegensätze zwischen Ost und West abbauen und je deutlicher wir Erreichtes wie Problematisches allen Bürgern vermitteln können.

Ich bitte Sie nochmals um Entschuldigung. Ich bin jetzt fertig. Ich wollte Ihnen wirklich unsere Probleme darstellen. Ich hoffe, Sie können mir die Überziehung um die paar Minuten vergeben.

(Beifall)

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herzlichen Dank, Frau Rudel, für diesen Beitrag! Ich denke, daß deutlich geworden ist, wie sehr Sie das Problem bedrängt, und daß Sie deswegen auch das Verständnis des Plenums gefunden haben.

**Wilhelm Hogrefe:** Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich habe zwei Fragen, und diese Fragen richten sich an uns alle, die wir hier aus den alten Bundesländern zu Gast sind. Ich komme aus Niedersachsen und bin Sohn eines Landwirts. Mein Vater und mein Großvater haben noch in dem Bewußtsein gewirtschaftet, daß sie den Hof sozuagen als Lehen gesehen haben: Man bewirtschaftet ihn und gibt den Hof weiter an die kommende Generation. Man versucht, den Boden fruchtbarer zu machen, versucht aber nicht, alles herauszuwirtschaften, um für wenige Jahrzehnte gut dazustehen. Dieses Bewußtsein ist in der Landwirtschaft vielfach abhanden gekommen, aber natürlich auch in anderen Branchen und dort wahrscheinlich schon viel eher. Ich begrüße es daher außerordentlich, daß wir hier das Hauptthema „weltweite Verantwortung“ und vor allen Dingen „Verantwortung gegenüber künftigen Generationen“ haben.

Jetzt meine Frage – sie richtet sich, wie gesagt, an uns aus den alten Bundesländern –: Bedingt ein solcher Anspruch nicht auch, daß wir in unserem ganz persönlichen Bereich bereit sind, Verzicht zu leisten, zumindest Verzicht auf Einkommenszuwächse? Viele Menschen leben ja schon bewußt danach; aber ich glaube, wir müssen sie mehr in einem anderen politischen Spektrum suchen. Ich meine, es stünde uns gut an, gerade jetzt vor dem Hintergrund der weltweiten Konferenz in Brasilien zu sagen: Wir als CDU müßten eigentlich mehr über Verzicht diskutieren und müßten das eigentlich auch unseren Mitgliedern nahelegen.

Der alte Wachstumsbegriff ist überholt; darüber diskutieren wir schon lange. Aber ich glaube, wir tun das in einer Art, die beim normalen Wähler und beim normalen Bürger nicht richtig ankommt. Es ist natürlich schwer, bei sich selber anzufangen und im eigenen Bereich Verzicht zu üben. Ich merke aber, daß dazu gerade Ältere bereit sind.

Als der Bürgermeister meiner Kreisstadt, ein über 70jähriger ehemaliger Deutschnationaler, so will ich einmal sagen, der sein Leben lang Daimler-Benz gefahren hat, die neue S-Klasse probefahren durfte, hat er nachher gesagt: Ein solches Gefährt von über zwei Tonnen will ich dann doch nicht; es paßt einfach nicht mehr in die Zeit. Ich meine, wenn so etwas schon die über 70jährigen sagen, müssen wir es als Jüngere erst recht sagen.

Wir haben es im letzten Jahr – das ist meine persönliche Meinung – leider verpaßt, in der alten Bundesrepublik eine breite Diskussion in dem Sinn zu führen: Wir müssen Verzicht leisten für die neuen Bundesländer und für Osteuropa. Ich meine, wir sollten es jetzt im Hinblick auf unsere weltweite Verantwortung nicht verpassen, diese Diskussion noch einmal neu zu führen. Ich möchte Sie, auch die Berichterstatterin, ausdrücklich dazu auffordern, das ruhig im Plenum zur Diskussion zu stellen.

(Beifall)

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herzlichen Dank, Wilhelm Hogrefe! Jetzt kommt Matthias Berger von der Frischluft e.V., dem Jugendumweltbüro in Bitterfeld.

**Matthias Berger:** Ich möchte mich kurz vorstellen: Ich leite für den Christlich Demokratischen Jugendverband als Jugendbildungsreferent das Jugendumweltbüro Bitterfeld; Herr Töpfer hatte ja schon das Glück, das Büro kennenzulernen. Mir fehlt in den Statements, die heute vormittag vorgebracht wurden, ein wichtiger Aspekt, und zwar der Aspekt der Umwelterziehung. Es wurden viele praktische Handlungsbedürfnisse innerhalb der Umweltpolitik dargestellt; aber Umwelterziehung muß die Untermauerung der Umweltpolitik darstellen.

Herr Umweltminister Töpfer hat dazu mit dem Gesetz zur Müllvermeidung im Konsumverhalten schon einen wichtigen Schritt getan; aber wir müssen uns ernsthaft Gedanken darüber machen, wie der Aufholbedarf bei den umweltbildnerischen und den umwelterzieherischen Maßnahmen wettgemacht werden soll, so daß wir alle Gesellschaftsgruppen von Kindern und Jugendlichen bis hin zu älteren Gesellschaftsschichten erreichen, damit wir ein neues Umweltbewußtsein formen können und damit wir die praktischen Probleme innerhalb der Umweltpolitik bewältigen können, das Umweltbewußtsein aber das Auftauchen neuer Probleme verhindern kann.

**Dr. Karl Mannsfeld:** Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe zwei Zeitungsausschnitte mitgebracht, mit denen ich versuchen möchte, den Einstieg in einige kurze Gedanken und Probleme zu schaffen, die wir aus der Sicht der neuen Bundesländer bei der Umweltpolitik in Deutschland für richtig halten. Die eine Zeitungsmeldung vom 18. Oktober berichtet über die Sitzung des Bundesrates, und in ihr wird mitgeteilt, daß es im Bundesrat keine Mehrheit für die Staatszielbestimmung Umweltschutz gegeben hat. Ich habe eine zweite Meldung, die erst zehn Tage alt ist und die von einer Umfrage in Deutschland kündigt, bei der die Bürger befragt worden sind, was sie denn bei einer Verfassungsänderung wünschten, und da steht der Wunsch, den Umweltschutz als Staatsziel zu verankern, bei 85 % der Befragten an oberster Stelle.

Diese beiden für mich im Moment konträr anmutenden Ergebnisse machen deutlich, daß sich die unionsgeführten Länder und die Umweltpolitiker der CDU in ganz Deutschland dafür einsetzen sollten, daß wir die Staatszielbestimmung Umweltschutz auf jeden Fall in eine Ergänzung des Grundgesetzes hineinbekommen, und zwar, wenn man das vertiefen darf, mit dem Hinweis: Wir sollten es nicht so machen, wie es uns die Hessen im Januar mit einem Satz angeboten hatten, sondern wir sollten eine klare, wenn auch natürlich verfassungsrechtlich knappe Erläuterung des Staatsziels Umweltschutz in das Grundgesetz aufnehmen. Wir im Freistaat Sachsen haben in unserer Verfassung ein für unsere Begriffe und unsere Einschätzung recht günstiges Modell in dieser Richtung geschaffen.

Gestatten Sie mir, noch einen zweiten Aspekt anzusprechen! In den Beiträgen von Herrn Bonnenberg und Herrn Dürkop war davon die Rede, daß der Widerspruch existiert, daß auf der einen Seite immer von dem ökologischen Katastrophengebiet Ostdeutschland gesprochen wird und man auf der anderen Seite nicht müde wird, darauf hinzuweisen, daß wir im Osten Deutschlands heute noch einen beachtenswerten Reichtum an Flora und Fauna und charakteristischen Naturraumtypen vorfinden. Dieser Reichtum konkretisiert sich vor allem an sehr speziellen Gegenden und Geländen, insbesondere in den militärisch genutzten Bereichen und da wiederum ganz speziell in denen der Sowjetarmee.

In diesem Zusammenhang möchte ich dieses Forum nutzen, darauf hinzuweisen, daß beim Bundesverteidigungsministerium und beim Vermögensamt mittlerweile eine ganze Reihe von Anträgen vorliegen, die darauf abzielen, eine zivile Nachnutzung solcher Flächen in größerem Umfang zu garantieren und überall dort, wo das möglich



ist, dem Natur- und Landschaftsschutz in diesen Bereichen eine doch bedeutende Chance zu geben. Ich möchte insbesondere an unseren Arbeitskreis im Bundestag appellieren, hier in einem abgestimmten Vorgehen Erfolge anzustreben. Denn es kommt nicht darauf an, daß wir sagen können: Sachsen oder Brandenburg hat 50 oder 60 % des Schwarzstorch-Vorkommens in Deutschland. Ich halte es vielmehr für sehr wichtig, den Naturschutz als Chance für Deutschland in der Umwandlung dieser Fläche zu begreifen. Deswegen wären mir solche Initiativen sehr recht. Sie, Herr Minister Töpfer, haben ja, wenn ich von sächsischen Verhältnissen ausgehe, Anfang Mai schon einmal auf einem solchen Gelände gestanden und gesagt: Ich komme gerne wieder her, wenn wir das Band durchschneiden können.

(Beifall)

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herzlichen Dank, Herr Dr. Mannsfeld! Wir hatten gestern abend einen Antrag zur Letzlinger Heide. Wir haben ihn leider nicht in eine Gesamtforderung an den Bundesverteidigungsminister umgeändert, dem Abbau der Truppenstärke einen Abbau der Truppenübungsplätze im Osten folgen zu lassen. Aber vielleicht können wir dieses Thema noch einmal aufgreifen.

**Dr. Peter Paziorek:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte die Gelegenheit benutzen, auf folgenden Aspekt hinzuweisen. Der Umweltschutz hat in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung für unsere politische Auseinandersetzung gewonnen; der Stellenwert des Umweltschutzes ist immer wichtiger geworden. Die Frage ist aber: Muß das so bleiben? Gibt es eventuell auch Gegenentwicklungen, die wir als Umweltpolitiker sehr ernst nehmen sollten?

Der Stellenwert des Umweltschutzes ist sicher gestiegen, weil unser Bundesumweltminister engagiert an seine Aufgabe herangegangen ist. Der Bundeskanzler hat deutlich gemacht, daß für ihn z.B. die Frage der internationalen Umweltpartnerschaft eine Chefsache ist. Aber bei den vielen Gesprächen in Sachen Umweltschutz in der letzten Zeit zum Klimaschutz wurde mir z.B. deutlich, daß auch gesagt wurde: Können wir es uns im wiedervereinigten Deutschland, wo wir doch sehr hohe finanzielle Mittel aufbringen müssen, um in ganz bestimmten Sektionen, z.B. in der Wirtschaftspolitik oder der Verkehrspolitik, zu investieren, erlauben, so etwas wie eine Vorreiterrolle einzunehmen?

Ich stelle fest, daß in den letzten Monaten manchmal doch auch sehr kritisch über den Umweltschutz nachgedacht wurde. Ich meine, wir sollten das nicht von vornherein negativ sehen, sondern wir sollten uns kritisch fragen: Was können wir tun, um darauf überzeugende Antworten geben zu können? Was können wir tun, um über Finanzierungsmodelle, auch aus dem Bereich der privaten Wirtschaft, nachzudenken? Mit öffentlichen Mitteln können wir sicher nicht alles leisten. Was ist mit der „Selbstverpflichtung der Wirtschaft“? Dieses Stichwort hat die Industrie vor kurzem selbst genannt. Wie ernst ist es gemeint? Wie können wir es abklopfen? Was steckt dahinter?

Aber eines soll auch deutlich werden: Wir sollten den heutigen Parteitag, auch wenn man sich solchen Fragen kritisch öffnet, auch dazu benutzen, ganz deutlich zu sagen: Von der Zielvorstellung im Bereich des Umweltschutzes, wie wir sie verstehen, wollen wir nicht abgehen. Wir sind bereit, über neue Zwischenstufen und über neue Problemlösungen nachzudenken; aber unser Ziel wollen wir nicht aufgeben.

Dann wird es natürlich schwierig. Wie sieht es aus mit der Verzahnung mit der Verkehrspolitik? Wie sieht es – wir haben darüber in der letzten Woche im Bundestag diskutiert – mit der Verzahnung mit der Energiepolitik aus? Was können wir leisten, um

diese Verzahnungen, die notwendig sind, zustande zu bringen und damit auch unserem Anspruch gerecht zu werden, daß Umweltschutz so etwas wie eine Querschnittsaufgabe ist?

Wir sollten auch bei der Diskussion in den alten Bundesländern den Mut haben zu sagen, daß eine DM, die wir in den neuen Bundesländern im Umweltschutzbereich investieren, für den Umweltschutz im wiedervereinigten Deutschland im Augenblick sicher besser angelegt wird als eine DM, die bei uns investiert wird. Damit will ich nicht sagen, daß der Umweltschutz in den alten Bundesländern unbedingt gestoppt werden soll; aber die Dimension und das Abwägen müssen deutlich werden. Auch wir in den alten Bundesländern profitieren doch davon, wenn die Luft besser wird und wenn die Flüsse wie die Elbe wieder einen höheren Reinheitszustand erreichen. Haben wir auch den Mut, das zu sagen!

Wenden wir uns auch gegen ein Blockadedenken im Bereich des Umweltschutzes, das so aussieht, daß einerseits gefordert wird, z.B. über die militärischen Altlasten im Boden und über Verunreinigungen an den Militärstandorten zu klagen, andererseits aber dann, wenn unser Bundesumweltminister Konzepte auf den Tisch legt, wie die verunreinigten Böden saniert werden können und wo die Anlagen und Standorte sind, aus Umweltschutzgründen auch dagegen zu schießen so nach dem Motto: Bitte wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht naß! Beides geht nicht.

Deshalb, meine ich, sollten wir zum ersten darüber nachdenken: Wie können wir gegenüber denjenigen offensiver werden, die jetzt versuchen, neue Blockaden gegen die Umweltpolitik aufzubauen? Aber da sind auch wir gefordert, offensiv an diese Aufgabe zu gehen. Zum zweiten sollten wir offensiver werden gegenüber denjenigen, die den Umweltschutz im Mund führen, aber Umweltschutz schon oft als eine Blockadepolitik verstehen. Schönen Dank!

(Beifall)

**Wilhelm Dreskornfeld:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wir alle sind mit den gleichen Sinnen ausgestattet. Deswegen sind wir von dem Thema Umweltschutz auch alle gleich betroffen, und deshalb haben wir auch alle ein gleiches Grundverständnis. Aber es gibt auch das Stichwort von dem Kind, das man nicht mit dem Bade ausschütten soll, wenn man es waschen will. In diesem Sinne zwei Bemerkungen!

Herr Bonnenberg, Sie sprachen von der Gesundheit, die es zu erhalten gelte. Zur Gesundheit gehört aber auch das Selbstverständliche, das Sie nicht genannt haben: Essen, Trinken, Wohnung, Kleidung. Das setzt wiederum Arbeit und Arbeitsplätze voraus, und diese möglichst hier und nicht in Silicon Valley, in Tokio oder in Spanien, um ein bißchen näher zu bleiben.

Herr Minister Töpfer, Ihren Vortrag habe ich besonders gut verstanden. Er war abgerundet, auch mit geschlossenen Flanken, in dem Sinne, den ich eben andeutete. Sie sprachen von einem Druck. Ich verstehe, daß Druck auf den Kessel kommen muß, damit Aktionsventile in Gang kommen können. Aber das alles hat nur Sinn, wenn der Kessel keine Löcher hat. Anhand von zwei Beispielen sage ich Ihnen, was ich damit konkret meine.

In diesen Tagen stand in der Zeitung, daß ein großes Chemiewerk seine Verladung aus dem Bremer Hafen in einen niederländischen oder französischen Hafen verlagern will, weil die Umladeauflagen in Bremen zu teuer seien. Das ist die eine Seite der Arbeitsplatzverlagerung. Ein ähnliches Beispiel haben Sie bei den Auflagen für Raffinerien, deren Standorte mehr und mehr ins Ausland zu gehen drohen, weil dort die Auflagen nicht so hoch seien.

Die Schlußfolgerung muß natürlich heißen: Wenn wir Wirkung haben wollen und trotzdem den Arbeitsplatz hier behalten wollen, muß der Umweltschutz EG-weit oder weltweit laufen, und wenn eine Vorleistung, dann nicht zu weit vorne; sonst sind wir nämlich auch ohne Arbeitsplätze.

Das zweite Beispiel kommt aus meiner Branche, aus dem Güterkraftverkehr. Wir können noch so schöne Vorschriften haben, wie leise und abgasarm deutsche Lastzüge sein sollen, wenn wir sie im „Stall“ stehen haben und auf der Autobahn die ausländischen Lastzüge ohne die teuren Auflagen fahren. Folgerung: Wir müssen dafür sorgen, daß auf unseren Straßen gleiche Bedingungen herrschen und gleiche Lastzüge zu gleichen Zeiten fahren.

(Zuruf)

Dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden; dann hätten wir mehr Platz.

Die zweite Schlußfolgerung sind EG-weite Vorschriften, wie sie auch in allen Verlautbarungen des Umweltministeriums gefordert werden. Da das vorhin in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht so zum Ausdruck kam, möchte ich das noch betonen. Funktionieren kann das System mit dem Druck auf den Kessel nur, wenn Sie die Löcher, die offenen Flanken abdecken und nicht Arbeitsplätze aus dem Lande schaffen oder aber die Umweltbelastung ins Land holen. Danke.

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Ich denke, daß das eine wichtige Frage ist, stelle aber in der praktischen Politik fest – ich erlebe das in Niedersachsen nach dem Regierungswechsel zu Rot-Grün sehr hautnah –, daß dort ordentlich verhandelt wird und es kein Gestöhne gibt, während von uns astreine Wirtschaftspolitik gefordert wird. Das ist nicht die Politik, die die CDU vertreten sollte.

**Dr. Gundolf Seidel:** Eine kurze Frage an Herrn Minister Töpfer: Ist es nicht erforderlich, daß wir in der Umweltpolitik bessere Instrumente entwickeln, um beurteilen zu können, wie der Aufwand für Umweltmaßnahmen und wie die Erträge der Umweltpolitik sind? Hier wurde eben gesagt, daß man eine Mark nur einmal ausgeben kann. Eigentlich ist es Sinn einer vernünftigen Umweltpolitik, dort anzupacken, wo der größte Nutzen zu erzielen ist. Herr Minister Töpfer hat das heute vormittag am Beispiel der Kernkraftwerke Mülheim-Kärlich und Tschernobyl deutlich gemacht.

In der Umweltpolitik gibt es sehr viele Emotionen. Dazu, diese Emotionen zu neutralisieren und wirtschaftlich greifbar zu machen, haben wir eigentlich noch nicht das richtige Instrumentarium. Ich verweise hier als Beispiel auf die Politik auf dem Gebiet der Luftschadstoffe, wo wir im Begriff sind, eine ökologische Feinststeuerung – vielleicht sogar eine Feinststeuerung – vorzunehmen, während wir auf anderen Gebieten große Probleme haben, obwohl wir mit gleichem Aufwand sehr viel mehr bewirken könnten.

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Ich möchte jetzt einmal Herrn Minister Töpfer das Wort geben; sonst kommen wir von den einzelnen Beiträgen doch etwas weit weg.

**Professor Dr. Klaus Töpfer:** Ich will ganz gern jetzt antworten, weil ich drei Fragesteller zusammenfassen möchte. Jedem, der sich etwas mit wirtschaftlichen Gedanken beschäftigt, ist es völlig selbstverständlich, daß man ein vorgegebenes Ziel mit möglichst geringen Mitteln erreichen sollte. Das ist das ökonomische Prinzip. Das hat nichts mit einer Unterordnung unter die Wirtschaft zu tun, sondern das ist schlicht das ökonomische Entscheidungskriterium: Erreiche ein vorgegebenes Ziel mit möglichst geringen Mitteln!

Dem entzieht sich auch der Umweltpolitiker nicht. Ich nehme jetzt das gleiche Beispiel, das Sie genannt haben. Wir haben in den westlichen Bundesländern Kohlekraftwerke mit einem Wirkungsgrad von 38 %. In den östlichen Bundesländern haben sie einen Wirkungsgrad in der Größenordnung von 25 % oder noch niedriger. Gehen Sie nach Schlesien, gehen Sie nach Nordböhmen, in die Ukraine oder sonstwohin! Dort bekommen Sie eher noch schlechtere Wirkungsgrade. Also ist es sinnvoll – so Ihre Argumentation -, in den westlichen Bundesländern nicht den Wirkungsgrad zu erhöhen, obwohl er bis auf 50 % und darüber hinaus erhöht werden könnte, sondern das Geld zu nehmen und dort zu investieren. Das ist Ihr Petitem.

Damit bin ich durchaus einverstanden; es gibt aber ein Problem: Das Geld ist ja bei uns nicht da. Wir machen Umweltpolitik bei uns nie über den Haushalt, also nicht über Steuern, sondern richtigerweise über das Verursacherprinzip. Das heißt, wenn ich an Geld kommen will, muß ich jemandem sagen: Du mußt deinen Wirkungsgrad auf 50 % erhöhen; aber diese Forderung kannst du auch erfüllen, indem du anderswo mehr machst. Das ist das, was wir permanent als Kompensation fordern und verfolgen und was mir von der Wirtschaft laufend ins Kreuz geworfen wird; ich sage das ganz deutlich. Ich muß z.B. sagen: Ich brauche eine CO<sub>2</sub>-Abgabe; aber wer irgendwo anders in bessere Anlagen investiert, braucht die CO<sub>2</sub>-Abgabe nicht zu zahlen.

Aber ich muß doch einen Ansatzpunkt haben; sonst ist die Forderung, die Sie an mich stellen, schlicht und einfach eine Leerformel. Denn ich habe doch kein Geld im Haushalt. Oder Sie raten mir zu sagen: Wegen des Umweltschutzes erhöhen wir die Steuern. Das ist doch die Alternative. Dann muß ich es über den Haushalt machen. Dann aber bekomme ich nicht den ökologischen Anreiz über die Steuer, mehr Technik zu machen, sondern eine allgemeine Allgemeinlastfinanzierung. Da sagen mir alle, die in der Wirtschaft tätig sind: Genau das sollst du nicht machen, Töpfer; denn eine Gemeinlastfinanzierung, also über den Steuerhaushalt, hat nicht die Anreizwirkung, die Technik und anderes voranbringt.

(Beifall)

Das ist mein Problem. Wir haben ja vor der deutschen Einheit im Zusammenhang mit den gewaltigen Entwicklungen an der Nordsee den § 7a des Wasserhaushaltsgesetzes angewandt und die erste Verwaltungsvorschrift neu gefaßt; da geht es um die Anforderungen an kommunale Kläranlagen. Wir haben die Vorschrift jetzt so gefaßt, daß die Kommunen gezwungen werden, die dritte Reinigungsstufe einzuführen, also Nährstoff herauszuholen. Wenn ich in eine Parteiveranstaltung gehe, werde ich von den Kommunalpolitikern zur Seite geholt und gefragt: Muß das denn sein? Das kostet doch so viel Geld!

Hier sitzt der Generalsekretär der Elbe-Kommission. Er hat uns gerade erzählt, welche Aufgaben wir an der Elbe haben, um einmal die zweite und vielleicht sogar die erste Reinheitsstufe zu bekommen. Herr Dreskornfeld hat gesagt: In der dritten Stufe wird schon das letzte herausgeholt. Das sehe ich ja ein. Ich ließe mit mir reden, wenn man sagen würde: Machen wir doch einmal eine Schiebefverfügung für die erste Verwaltungsvorschrift in den westlichen Ländern, d.h. für die dritte Reinigungsstufe auch bei kleineren Gemeinden, nehmen das Geld und investieren es an der Elbe. Aber auch hier ist es so: Ich habe das Geld doch nicht, sondern das Geld wird von den Gemeinden aufgebracht und wird über die Gebühren der Abwasser produzierenden Bürger in den Gemeinden refinanziert. Wenn ich ihnen sage, wir schieben das, lehnen sie sich beruhigt zurück und sagen: Endlich haben wir die Probleme weg; wir brauchen die Abwassergebühren nicht zu erhöhen. Das heißt, ich zahle auch die dritte Reinigungsstufe nicht aus dem Haushalt, sondern das zahlen wieder die Verursacher.

Nun muß ich sagen: Leute, da haben wir die Abwasserabgabe, und wir haben die Verordnung gerade neu gefaßt. Das heißt, dort, wo noch Abwasser eingeleitet wird, muß dafür eine Abgabe gezahlt werden. Die Kritik, die ich dafür eingesteckt habe, will ich nicht wiederholen. Ich bin nicht wehleidig; Sie dürfen mich da nicht falsch verstehen. Dann haben wir im Bundesrat sehr dafür geworben, daß wir die Abwasserabgabe kompensationsfähig machen. Ich habe das am Beispiel der Stadt erläutert, in der ich lange gewohnt habe; ich kann auch das Beispiel Saarbrücken nehmen, wo ich jetzt lebe und sehr glücklich bin. Nehmen wir Mainz und Erfurt oder Saarbrücken und die Partnerstadt Cottbus.

Nun sagen wir folgendes. Die Stadt Saarbrücken zahlt Abwasserabgabe an das Saarland. Jetzt soll die Stadt Saarbrücken die Möglichkeit haben zu sagen: Entweder zahle ich diese Abwasserabgabe an mein Land, oder ich mache zusammen mit Cottbus eine neue Kläranlage in Cottbus, und die Abgabe, die ich sonst an das Land gezahlt hätte, investiere ich in die Abwasserbeseitigung in Cottbus. Dasselbe mache ich zwischen Mainz und Erfurt und, was weiß ich, wo noch.

Ich war der Meinung: So etwas muß kompensationsfähig sein. Aber versuchen Sie das einmal! Ich kann Ihnen die Unterlagen aus dem Deutschen Bundesrat sehr gern zustellen. Ich kann nicht kompensieren, es sei denn, ich habe das Gemeinlastprinzip über den Steuerhaushalt oder das Geld in meiner Tasche. Dieser Tatsache muß sich jeder, der solche Argumente bringt, bewußt sein. Denn im allgemeinen bekommen Sie viel Beifall, wenn Sie sagen: Geben wir doch das Geld dorthin, wo es am meisten bringt! Jeder sagt: Daß der Töpfer so etwas nicht versteht, ist doch geradezu unerträglich. Er versteht es sogar. Aber er muß an irgendeiner Stelle einen Mechanismus haben, um einen Anreiz schaffen zu können.

Das haben wir in alle unsere Abgabenüberlegungen ganz deutlich hineingeschrieben. Sogar zu einer internationalen Kompensation bin ich bereit. Es könnte durchaus jemand sagen: CO<sub>2</sub> nicht mehr bei mir mindern, sondern meinetwegen in Schlesien. Ich wurde 1938 in Waldenburg in Waldenburg geboren. Wenn man heute nach Waldenburg kommt, blutet einem das Herz, wenn man sieht, wie es dort aussieht. Natürlich, einverstanden, das können wir machen. Das war also die Kompensationsfrage. Das wollte ich einmal in der Art von Norbert Blüm, nämlich engagiert und hoffentlich auch verständlich, darstellen.

Meine Damen und Herren! Ich bin sehr der Überzeugung, daß wir diese Zusammenhänge unbedingt herausarbeiten müssen, damit hinterher verständlich wird, daß es dann, wenn ich von Abgabe spreche, nicht darum geht, nur dem Staat die Taschen zu füllen, sondern daß es uns um mehr Umweltvorsorge geht. Dieser Gedanke muß weitergebracht werden, und die Kompensationsbereitschaft muß kontrolliert werden. Das ist zumindest für meine Begriffe außerordentlich wichtig.

Zur Frage der Arbeitsplätze! Lassen Sie mich auch diesen Gedanken aufgreifen. Die Kosten der Wirtschaft an einem Standort setzen sich, wie jeder weiß, aus vielen Teilgrößen zusammen. Da gibt es Teilkosten aufgrund der Kapitalkosten, da gibt es Teilkosten aufgrund der Arbeitskosten, und da gibt es – man höre und staune – auch Teilkosten aufgrund der Umweltkosten. Ich habe vor langer Zeit am Timmendorfer Strand in einer Rede, die relativ breit kommentiert worden ist, gesagt: Wir müssen den Kapital-Begriff erweitern. Davon bin ich überzeugt. Wir haben in der Produktion auch Umweltkapital. Auch dieses Kapital haben wir bisher nur abgeschrieben, aber nicht reinvestiert.

Hier wird gesagt, wir müssen unser Verhalten ändern. Was vorhin gesagt wurde, ist nichts anderes: Das Kapital-Konto wird überzogen, wenn es das Umweltkapital ist. Wir können – auch das haben wir einmal im Wirtschaftsstudium gelernt – in einer kurzfristigen Gewinnmaximierung viel herausholen, so daß wenig übrigbleibt.

Denen, die die tropischen Regenwälder roden, um dort Landwirtschaft zu betreiben, sagen wir: Das ist Wahnsinn; denn nach zwei oder drei Jahren ist der Boden ausgelaugt. Dasselbe sage ich. Wir alle werben dafür – auch ich werbe sehr dafür –, daß wir auch einmal mit dem zufrieden sein müssen, was wir erreicht haben. Damit können wir Spielräume eröffnen, so daß andere nachziehen können.

Der Bundeskanzler hat einmal gesagt: Als Folge des deutschen Einigungsprozesses soll es keinem schlechter gehen. Das ist wahr, und ich bin sehr der Überzeugung, daß wir darauf achten müssen. Aber wenn ich frage, wie wir das festmachen wollen, müssen wir uns überlegen, wie ein Zuwachs, den wir haben, verteilt werden soll. Da plädiere ich nachhaltigst dafür, daß wir jetzt auch das Umweltkapital fair finanzieren. Ich sage das nicht deshalb, weil ich Umweltminister bin, sondern weil ich glaube, daß wir einen wesentlichen Teil unseres Wohlstands nicht ehrlich bezahlen. Ich habe den Begriff der Wohlstandslüge gebraucht, und das ist sehr massiv kritisiert worden. Aber ich wiederhole diesen Begriff, weil ich ihn für richtig halte, um die Augen dafür zu öffnen, daß wir auch das Umweltkapital reinvestieren müssen,

(Beifall)

weil es sonst nicht weitergeht.

Herr Dreskornfeld, ich weiß, daß man in manchen Situationen flexibel sein muß. Ich mache jetzt 14 Jahre Umweltpolitik in einer einigermaßen sichtbaren oder verantwortlichen Position, und ich habe eines immer gesehen: Es wird immer massiv gesagt, daß etwas technisch nicht geht oder daß es, wenn es technisch geht, finanziell der Ruin wäre, so daß wir auswandern müßten. Dafür gibt es Beispiele über Beispiele.

Ich nehme nur den Güterfernverkehr, von dem Sie gesprochen haben. Wir haben immer gesagt, wir wollen den lärmarmen LKW mit 80 dB durchsetzen. Man hat mir aus der dafür verantwortlichen Wirtschaft gesagt, das sei gar nicht möglich; allein die Rollgeräusche der Reifen auf den Straßen seien schon lauter, die Rollgeräusche seien größer als die Motorengeräusche usw. Man hat mir gesagt: So etwas wie 80 dB(A) kann nur ein Politikerhirn ersinnen.

Nun ging die Zeit ins Land, und wir haben immer mehr Verkehr und auch Güterverkehr bekommen, und die Österreicher kamen zu dem Ergebnis: So geht das mit dem Transitverkehr nicht weiter. Es gab praktisch Aufstände. Auch in Hamburg gab es so etwas; dort wurde die Innenstadt schon zugemacht – im übrigen nicht von den Politikern. Nun haben die Österreicher gesagt: Wir machen ein Nachtfahrverbot. Ich habe mir das zunächst nicht genau angesehen und habe gedacht, da würde tatsächlich in der Nacht kein Wagen fahren. So war es aber nicht, sondern sie haben gesagt: Es gibt ein Nachtfahrverbot; fahren dürfen aber LKWs, die weniger als 80 dB(A) haben. Ich habe mir gedacht, die Österreicher sind clevere Leute und verbieten den Verkehr nicht, sondern geben einfach Werte vor, von denen der Fachmann weiß, daß sie nicht erreicht werden können; also ist der Verkehr weg.

Wenige Monate später komme ich zur Internationalen Automobilausstellung nach Frankfurt – da waren noch die LKWs dabei -, gehe freundlich geführt durch die Ausstellung und stehe auf einmal vor einem Ausstellungsstand der Nutzfahrzeughersteller mit einer großen Tafel davor: der Österreich-LKW. Ich stutze, gehe, freudig

begrüßt, hinein, und voller Freude erklären mir alle Verantwortlichen, daß sie es innerhalb weniger Monate erreicht haben, einen LKW herzustellen, der 80 dB(A) einhält, so daß er jetzt durch Österreich fahren kann.

(Zuruf: Das war ein neuer Motor, nicht die Reifen!)

– Ich bin doch nur schlichter, dummer Politiker. Wie kann ich auf die Idee kommen, der Industrie zu sagen: Ändert nicht etwas an den Reifen, sondern am Motor? Ich kann doch nur Werte vorgeben und sagen: Wie ihr sie erreicht, ist eure Sache. Aber wenn mir vor der Entscheidung alle sagen: Das geht überhaupt nicht, du machst uns alle tot, ziehe ich mich doch erst einmal in mein Mauselloch zurück und denke mir: Die werden schon recht haben, ich mache doch nicht eine ganze Branche kaputt! Man kann ja nachts nicht mehr schlafen. Wir haben die 80 dB(A) nicht gefordert. Auf einmal haben sie die anderen gefordert, und jetzt lese ich überall: Der LKW mit 80 dB(A) ist da. Das ist nur ein Beispiel; ich könnte Ihnen Dutzende solcher Beispiele nennen.

(Dreskornfeld: Das Beispiel stimmt leider nicht!

Die Fahrzeuge werden mit Längsrippenreifen geprüft und halten dann die 80 dB(A) ein, fahren aber dann mit Querrillenreifen, und da sind sie lauter!)

– Ich bin Ihnen für diesen Hinweis herzlich dankbar, weil sich daraus eine bürokratische Rückwirkung ergibt. Wir müssen beschleunigt Prüfungsmöglichkeiten einführen, damit sie demnächst mit geprüften Längsrippenreifen fahren.

Ich bin weit entfernt davon zu sagen: Du kannst alles fordern; es wird schon kommen. Wir werden ja auch kritisiert, und ich stelle mich dieser Kritik. Ich sage: Ich kann vieles fordern, muß aber eine stetige, verlässliche und mittelfristige Politik machen. Bei mir haben Sie noch nie eine Stop-and-go-Politik – rin in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln – erlebt. Wir haben bezüglich CO<sub>2</sub> gesagt: nicht in den nächsten drei Jahren, sondern in einem Rahmen von 15 Jahren. Wir haben für die Großfeuerungsanlagenverordnung einen Rahmen von 5 plus 3 Jahren vorgesehen. Als wir das beschlossen haben, ist es immer massiv kritisiert worden. Aber es war richtig, weil dann, wenn wir Zeiten vorgeben, die Technik antworten kann. Andernfalls kann sie nicht antworten.

Ich komme zum Schluß, und dann können Sie wieder diskutieren. Ich spreche schon so schnell, wie ich das sonst üblicherweise nicht mache, weil ich Herrn Grill im Nacken habe. Ich komme auf Frau Häusler zurück. Sie hat völlig zu Recht gesagt: Töpfer, sage hier etwas zu den 135 Millionen DM für Buna! Ich sage es auch nachhaltig und klar. Wir haben da einen Entwicklungsprozeß gehabt. Ausgangspunkt war, daß wir der Meinung sind: Wir müssen die Chlorproduktion bei Buna erneuern. Dann haben wir uns mit der Membrantechnik beschäftigt und haben gesagt: Das können wir finanzieren. Hinterher ist es nicht die Membrantechnik, sondern die OHC-Anlage geworden, und diese OHC-Anlage soll praktisch ebenfalls zur Produktion von VC führen; das ist ja das Vorprodukt für PVC. Diese OHC-Anlage soll von uns gefördert werden. Darüber ist bis November dieses Jahres verhandelt und entschieden worden, und ich habe auch die Bewilligung ausgesprochen. Auf PVC komme ich gleich zurück.

Dann ist zusammen mit dem Unternehmen und mit der Treuhand überlegt worden: Ist es nicht sinnvoll, das Geld in andere Projekte mit hineinfließen zu lassen, anstatt nur die OHC-Anlage zu fördern? Wenn das Unternehmen selbst und die Treuhand zu uns kommen und uns auffordern, das zu überdenken, dann bedenken wir das natürlich mit. Ich kann Ihnen noch einmal sagen: Ich bestehe auf den 135 Millionen DM und bin die Sache jetzt leid, weil ich gesagt habe: Dann muß halt jetzt die OHC-Anlage

kommen. Ich sage noch einmal: OHC ist die Vorstufe von VC, Vinylichlorid. Das ist ein heiß diskutiertes Thema; denn Vinylichlorid ist – das ist unstrittig – eindeutig krebserzeugend. Es kommt aber nicht als Reinprodukt, sondern nur als Vorstufe zu PVC vor.

Damit kommen wir in die gesamte – ich muß fast sagen: ideologisch enorm befrachtete – Diskussion über die Chlorchemie. PVC hat so etwas wie eine Stellvertreterrolle für die gesamte Chlorchemie, weil manche der Meinung sind: Das ist eigentlich nur so etwas wie ein Abfallprodukt einer chlorchemikalischen Grundrichtung. Ich sage auch deutlich hinzu: Ich halte die PVC-Produkte in mancher Verwendung nicht für richtig, und sie werden dort auch verschwinden. Ich denke etwa an den Verpackungsbereich. Aber ich halte es genauso für vertretbar und wichtig, daß PVC etwa bei Fensterprofilen, bei Wasserrohren oder bei ähnlichem eingesetzt werden kann, wenn gleichzeitig die Entsorgung mitbedacht wird. Das ist meine Position.

Man kann PVC – das wissen wir heute – hinterher nicht unkritisch entsorgen; aber das läßt sich machen, und es wird schon gemacht. Also ist es – das möchte ich ganz deutlich und hier in der Öffentlichkeit sagen – nicht so, daß wir am Beispiel von Buna einen stellvertretenden Ausstieg aus PVC beschließen. Das wäre wirklich falsch. Gegenwärtig wird VC zugekauft, wie es so schön heißt. Das bedeutet, daß die Arbeitsplätze für VC nicht eingespart werden, sondern irgendwo anders bestehen und daher bei Buna nicht mehr vorhanden sind. Ich möchte wirklich nicht, daß der Eindruck entsteht, wir wollten der Chlorchemie-Diskussion und der Problematik der PVC-Produktion entsprechen, indem wir bei Buna nicht mehr bauen.

Die Förderungszusage steht, und ich bin Ihnen herzlich dafür dankbar, daß Sie das heute noch einmal in aller Klarheit gesagt haben. Ich hoffe sehr – ich habe mich gerade noch einmal mit Herrn Bonnenberg kurzgeschlossen -, daß wir darüber noch in dieser Woche eine abschließende Entscheidung bekommen. Das wäre der beste konkrete Beitrag zu dem, was wir mit „gemeinsam Leben“ und „Einheit Leben“ meinen, weil dann der Umweltminister nicht nur Allgemeines sagt, sondern auch Konkretes gemacht hat.

Einen letzten Satz zu Herrn Haase! Herr Haase, wir führen, wie Sie wissen, eine breite Diskussion über die Erhaltung der Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften. Dazu sind Gutachter tätig gewesen. Ich kann zu Ihrem Institut aus dem Stegreif nichts Abschließendes sagen. Daß wir Ökosystemforschung machen, weist der Haushalt des Bundesforschungsministers aus. Daß wir dies in ganz besonderer Weise im Raum Leipzig machen, zeigt die Tatsache, daß in Leipzig das Umweltforschungszentrum als interdisziplinär vereinbartes Institut mit der Vorgabe eingerichtet wird, daß es spätestens im nächsten Jahr beginnt. Daß wir uns auch im internationalen Naturschutz zu bewähren haben, zeigen unsere Aktivitäten, etwa in der Ausweisung von Naturschutzgebieten, in diesem Fall gemeinsam mit WWF, glaube ich, Herr Dürkop, in Georgien und anderswo.

Der von uns gerade für die Leitung der Naturschutzakademie Vilm berufene Dr. Knapp kommt ja aus den neuen Bundesländern, und es ist mir eine besondere Freude, daß ich ihn berufen habe; da gab es ja auch einige Diskussion. Es ist gut, daß er das macht; denn er ist auf Vilm wirklich bewandert. Ich weiß nicht, ob Sie Vilm kennen.

(Franz zu Putbus: Eine wunderschöne Insel!)

– Das ist eine kleine Insel vor Rügen.

(Franz zu Putbus: Dazu werde ich mich noch zu Wort melden!)



Ich finde es prima, daß Herr Knapp diese Akademie leitet. Er ist ein großer Spezialist für Steppen in der Mongolei, habe ich in der Zwischenzeit erfahren. Die Mongolei ist auch auf uns zugekommen. Daß da allerdings auch Schafe eine Rolle spielen, habe ich nicht gewußt. – Vielen Dank!

(Heiterkeit und Beifall)

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herzlichen Dank für diesen Beitrag! Ich arbeite jetzt die Wortmeldungen weiter ab.

**Ulrich Klinkert:** Herr Vorsitzender! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Der Minister hat in seiner Begrüßung dankenswerterweise meinen größten Vorzug erwähnt, nämlich daß ich aus einer sächsischen Kleinstadt komme, in der hervorragendes Bier gebraut wird. Aber wichtigste Voraussetzung für gutes Bier ist nun einmal klares, sauberes Wasser. Dieses Wasser aber ist allerorten – nicht nur in Sachsen, sondern generell in den neuen Bundesländern – durch definierte und vor allen Dingen durch noch nicht definierte Altlasten gefährdet, die überall anzutreffen sind. Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten, mit Altlasten fertig zu werden; aber viel größer ist die Palette, wie man vor allen Dingen finanziell mit den Altlasten umgeht, und da steht man heute noch vor einem Rätsel.

Da gibt es zunächst einmal die auch von Herrn Bonnenberg aufgezeigte Möglichkeit der Gefahrenabwehr, nämlich daß beim akuten Auftreten von Gefahren Altlasten saniert werden können. Hier ist am Ende der Bund – übrigens nicht die Treuhand, sondern der Bund – aufgerufen, die Finanzierung zu übernehmen. Dann wurde eine ganze Reihe von Pilotprojekten im Rahmen des Haushaltsplans des Umweltministers ins Leben gerufen, auch mit einer Aufstockung um jeweils rund 400 Millionen DM, die der Haushalt des Umweltministeriums 1991 und 1992 erfahren hat. Aber insgesamt ist das alles ein Tropfen auf den heißen Stein.

So muß ich zugeben, daß ich sehr gespannt auf die Ausführungen von Herrn Bonnenberg gewartet habe. Es geht ja heute um Umwelt, und es geht letztendlich auch um Altlasten. Da er als Mitarbeiter der Treuhand spricht, war ich wirklich sehr gespannt, was er dazu zu sagen hat. Aber genauso gespannt, wie ich war, war ich auch enttäuscht von dem, was Sie, Herr Bonnenberg, ausgeführt haben.

Ich möchte auf das zurückkommen, was Frau Häusler gesagt hat. Sie hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es – nicht nur aus Arbeitsplatzgründen, aber letztendlich auch deshalb – darum geht, Betriebe hier zu erhalten und zu sanieren. Ich hätte mir gewünscht, daß die Treuhand dazu ein Bekenntnis ablegt oder zumindest definitiv sagt: Dieses oder jenes geht nicht.

Eine Sanierung der Betriebe, die jetzt nicht sofort privatisiert werden können, halte ich schon deshalb für notwendig, weil nur leistungsfähige Betriebe, die auch in mittelfristiger Zeit wirtschaftlich arbeiten, in der Lage sein werden, ihren Beitrag direkt oder indirekt über den Staatshaushalt zur Umweltsanierung in den fünf neuen Ländern zu leisten.

Frau Häusler hat die Frage gestellt: Wo stehen die Politiker mit ihrer Haltung? Frau Häusler, ich möchte Ihnen zumindest für mich sagen, daß ich ziemlich nahe bei dem stehe, was Sie ausgeführt haben. Das kommt zumindest dadurch zum Ausdruck, daß ich gestern einen Antrag, der beim CDU-Parteitag eingebracht wird, mit unterschrieben habe, der die Treuhand in die Pflicht nimmt, auch zu sanieren und die Verantwortung insgesamt für die Wirtschaft hier und für den Erhalt der hier aufgebauten Wirtschaft zu zeigen und nicht zuzusehen, wie etwas, was vielleicht nicht schnell zu privatisieren ist, zusammenbricht, weil das mitunter vielleicht auch einigen Wettbewerbsvorteil für Betriebe im alten Teil der Bundesrepublik bringen würde.

Ich stelle eine weitere konkrete Frage an die Treuhand: Wieweit ist daran gedacht, aus dem Erlös der Betriebe direkt Mittel für die Sanierung abzuzweigen? Ich weiß, daß es dafür einzelne Beispiele gibt. Ich weiß, daß Großbetriebe zum Verkauf anstehen, die irgendwann zu Recht von den Altlasten befreit werden müssen. Aber ich glaube, es gäbe die Chance, von den Gewinnen aus dem Verkauf von Betrieben einen Teil herauszulösen, um Altlasten zu sanieren. Sonst werden die Probleme – auch finanziell – nur aufgeschoben, und sie werden uns irgendwann und dann vielleicht mit größerer Wucht auf die Füße fallen, als das im Moment der Fall ist.

Es gibt weitere Finanzierungsmodelle – Minister Töpfer hat sie angesprochen –, die auch wesentlich zur Altlastensanierung in den neuen Ländern herangezogen werden können. Ich möchte nur kurz die Abfallabgabe streifen. Hier ist ja geplant, einen gewissen Prozentsatz, für den ich jetzt keine Zahl nennen möchte, weil man darüber streiten könnte, abzuzweigen, um Altlasten hier zu sanieren. Dann hätte die Abfallabgabe einen doppelten Effekt. Der Haupteffekt ist die Verringerung der riesigen Flut von Abfall, und unter dieser Flut scheinen gerade wir in den neuen Bundesländern zu ersticken, da wir ja auf vieles nicht vorbereitet waren, unter anderem auf die Abfalllawine, die mit dem dankenswert gestiegenen Wohlstand auch auf uns zugekommen ist.

Die CO<sub>2</sub>-Abgabe – auch das hat Minister Töpfer erwähnt – würde uns in die Lage versetzen, in kurzer Zeit durch die Kompensierungswirkung neue Altlasten nicht mehr zu produzieren. Denn im Moment sind wir ja hier in den neuen Ländern teilweise nach wie vor dabei, Altlasten zu produzieren.

Man kann nicht in wenigen Minuten das gesamte Spektrum der Altlasten aufzeigen. Ich möchte nur noch die sowjetischen Altlasten erwähnen, vor denen wir stehen werden. Die Fläche, die die sowjetischen Streitkräfte in Anspruch genommen haben, um das etwas plastisch zu machen, auch wenn das Herr Töpfer immer als etwas diskriminierend ansieht, ist in etwa so groß wie die Fläche des Saarlandes. Sie zu sanieren wird finanzielle Mittel über Generationen in Anspruch nehmen. Ein ähnlicher Fall liegt bei der Wismut vor; die Verdachtflächen belaufen sich bei der Wismut auf circa 1 000 qkm.

(Zuruf: Jetzt redet er schon zehn Minuten!)

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Ich bitte um Entschuldigung. Ich habe gerade gesagt, ich habe ein Versäumnis begangen. Herr Klinkert, ich dachte, Sie wären dabei, zum Schluß zu kommen. Aber ich muß Sie jetzt „einwinken“.

**Ulrich Klinkert:** Ich danke für den Hinweis. Ich hatte vergessen, die Zeit auf meiner Uhr zu verfolgen. Aber die Wismut-Altlasten sind in einem Verdachtsgelände von 10 000 qkm zu finden.

(Zuruf: Vorher waren es 1 000 qkm!)

– 1 000 qkm Wismut-Flächen sind in einem Gelände von 10 000 qkm verteilt. Hier werden Milliarden allein auf die Gefahrenabwehr verwendet werden müssen. Damit komme ich zum Schluß.

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herr Klinkert, ich habe Rücksicht genommen auf Ihre Funktion als Sprecher in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, weil wir unsere erste Begegnung nicht konfrontativ gestalten sollten. Aber ich bitte Sie jetzt, Konsens zu üben und einfach aufzuhören.

**Ulrich Klinkert:** Vielen Dank! Ich wollte nicht überziehen. Aber ich bitte, daß man mir wenigstens so viel Zeit zubilligt, daß ich einen Satz zu Ende führen kann und einen Schlußsatz bringen kann. Ich hätte es nicht als Konfrontation angesehen, wenn Sie mich auf die Zeit hingewiesen hätten.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Treuhand ist wirklich stark aufgerufen, mit der Politik alles zu tun, damit wir mit den Altlasten fertig werden. Schönen Dank!

(Beifall)

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Es geht gar nicht so sehr um mich als um die Frage, wie die Gerechtigkeit gegenüber den Gästen und den Profis empfunden wird.

**Josef Krott:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Bundesminister Töpfer! Herr Dr. Bonnenberg, Sie haben in acht Thesen die Herausforderung Umweltschutz und Altlasten in den neuen Bundesländern aus der Sicht der Treuhand kundgetan. In der These 8 haben Sie zum Schluß sinngemäß gesagt: Bei allen Maßnahmen muß der Mensch im Mittelpunkt stehen, auch in der Form, daß eine umfangreiche Bürgerbeteiligung bei der Bewältigung der anstehenden Fragen im Umweltschutz gewährleistet wird.

Ich bin deshalb sehr erstaunt, Herr Dr. Bonnenberg, daß Sie bei der These 5 – jetzt komme ich zu meinem Kritikpunkt – die Müllverbrennung als eine selbstverständliche Technik der Müllentsorgung dargestellt haben. Sie wissen doch ganz genau, Herr Dr. Bonnenberg, daß in der Region Düren/Jülich/Aachen, aus der ich komme, die Bevölkerung Sturm gegen die dort geplanten Müllverbrennungsanlagen in Weisweiler und Siersdorf läuft. Sie wissen ganz genau, Herr Dr. Bonnenberg, daß eine Müllverbrennungsanlage erhebliche gesundheitliche Risiken in sich birgt. Ich darf einflechten: Der Kreisparteitag der CDU Düren/Jülich hat sich einstimmig gegen die geplanten Müllverbrennungsanlagen ausgesprochen.

Ich komme jetzt zu meiner Bitte und möchte damit alle Verantwortlichen, die Kommunalpolitiker, aber auch die Landtagsabgeordneten und die Bundestagsabgeordneten in den neuen Ländern, aufrufen: Seien Sie wachsam, wenn es zum Bau von Müllverbrennungsanlagen in Ihrer Region kommen sollte! Wenn wir als CDU die Aussage „Die Schöpfung bewahren: Umweltschutz in weltweiter Verantwortung“ ernst nehmen, können wir beim heutigen Stand der Technik nicht für Müllverbrennungsanlagen sein. Schönen Dank!

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herr Krott, es würde mich geradezu reizen, jetzt ans Podium zu gehen und eine Rede zu halten; aber ich lasse es sein.

(Beifall)

**Michael Oehlwein:** Meine Damen und Herren! Ich möchte ein Zitat von Martin Luther an den Anfang stellen. Er soll einmal gesagt haben: Hast du eine Rede zu halten, mach's Maul auf und höre bald wieder auf! Um jetzt den Bogen zur Umwelt zu bekommen, habe ich inhaltlich ein Zitat von Karl Marx. Er soll gesagt haben: Diese Generation hat die Umwelt anvertraut bekommen, um sie der nachfolgenden Generation verbessert zu hinterlassen. Das Dilemma in unserem Leben ist: Wir haben das nicht getan.

Ich persönlich – ich komme aus Mecklenburg – werde manchmal den Eindruck nicht los, daß wir, was die Müllbehandlung betrifft, von den alten Ländern sehr begehrt sind, daß aber in den westlichen Ländern produziert werden soll. Wenn man Abfall verwertet, verdient man doppelt: einmal bei der Herstellung und einmal bei der Verwertung. Das soll dann alles der Bürger bezahlen.

Ich denke, wir reden noch viel zuwenig über die Abfallvermeidung. Die Wirtschaft hat daran weniger Interesse; denn wer vermeidet, produziert nicht und hat nichts verdient. Ich denke, erst wenn wir die Abfallvermeidung wirklich ernsthaft betrieben haben, können wir zur Abfallverwertung übergehen. Wenn die Abfallverwertung ernsthaft betrieben wird, können wir auch über eine thermische Behandlung oder über eine Deponie sprechen. Das ist meine Meinung.

Zum Schluß möchte ich noch eines sagen. Eine gerechte Wirtschaftsordnung ist ökologisches Handeln. Wenn aber die Banane noch wesentlich billiger ist als der Apfel, haben wir keine gerechte Wirtschaftsordnung, sondern wir haben billige Preise für Bananen auf Kosten der Entwicklungsländer. Wenn ich ein Kilo Äpfel kaufe, kostet das Kilo 3 DM oder 4 DM. Bei uns sind eben die Löhne höher. Danke schön!

**Fritz Heinsch:** Ich bin zur Zeit als „Leihkraft“ in Sachsen als Aufsichtsratsvorsitzender des Arzneimittelwerks Dresden tätig. Ich spreche hier aber in erster Linie als Staatsbürger. Ich habe mir vor Jahren, als ich anfang, die Arbeit von Herrn Töpfer zu beobachten, den Satz aufgeschrieben, daß Umweltpolitik eigentlich nur durch Umdenken und als gesamtpolitischer und wirtschaftlicher Lernprozeß zu machen ist.

Ich glaube, das kommt in dem, was wir heute gehört haben, zu wenig zum Ausdruck. Zu Einzelheiten, die ich mitbekommen habe, muß ich sagen: Wenn ich so gegen die Müllverbrennung bin, kann ich mir vorstellen, daß sich in diesem Land bald überhaupt nichts mehr bewegt.

(Beifall)

Ich kann Ihnen sagen: Das Problem, das wir gegenwärtig in den neuen Bundesländern erleben, liegt doch darin, daß es die Entsorgungseinrichtungen, die anderswo gang und gäbe sind, noch nicht gibt. Herr Töpfer, hier müssen Sie hart werden. Wenn Sie nämlich den Ländern keine Auflagen bezüglich Kompensationen machen, geschieht in absehbarer Zeit wahrscheinlich nichts, weil die Bürger überall auf der Bremse stehen. Wie sollen wir da weiterkommen?

Wir stehen auch im Land Sachsen vor einem Problem. Ich beobachte jetzt seit 15 Monaten, daß immer wieder erzählt wird: Demnächst wird in Niesky oder Rothenburg etwas gebaut. Ich höre gerade hier von Leuten, die nahe an der Politik sind, daß sie die große Sorge haben, ob sie dann nicht dem Bürger zu nahe treten. Wir haben aber von dem Ministerium aus derselben Regierung die Auflage, weiter zu entsorgen.

Herr Töpfer, noch ein Problem, das uns unerhört wehtut! Das sind die föderalistischen Egoismen, durch die wir gegenwärtig daran gehindert werden, endlich die Altlastprobleme zu beseitigen. Wir haben Stellen in Baden-Württemberg, die das übernehmen. Aber wie die alten Raubritter sagen die Landesregierungen: Du bekommst keine Genehmigung für einen Transport durch unsere Länder. Ich muß sagen: So geht es eigentlich nicht weiter. Herr Töpfer, in dieser Frage sind auch Sie gefordert.

Ein zweiter Punkt noch ganz kurz! Ich weiß, der Kollege hier sieht gleich wieder auf die Uhr; aber das möchte ich noch sagen. Bei uns läuft nichts, wenn wir in der Bevölkerung nicht endlich eine größere Resonanz bekommen. Ein Vorredner hat davon gesprochen, daß 96 % der Bevölkerung den Umweltschutz als Staatsziel wünschen. Ich kann Ihnen sagen, daß sich von den 96 % vielleicht 6 % etwas überlegt haben, 90 % sich aber gar nicht überlegt haben, was damit gemeint ist. So etwas kann man gar nicht machen; das kann doch niemals Staatsziel sein! Das muß Ziel der Bürger sein.

Die Bürger aber stimmen täglich ab. Ich mache in Ludwigshafen, wo ich wohne, immer den „Müllkastentest“. Ich gehe an den Müllkästen vorbei und sehe nach, was in ihnen ist. In ihnen ist so viel, was nicht hineingehört und von dem wir längst glauben, daß es der Bürger freiwillig richtig entsorgt. Dies ist aber nicht der Fall. Diesen „Müllkastentest“ können Sie noch durch den „Kippentest“ ergänzen. Gehen Sie einmal an die Haltestellen in Frankfurt oder gehen Sie in Berlin an eine Straßenbahnhaltestelle, wo viele Leute stehen! Sie werden sehen, wie viele Kippen auf dem Boden liegen. Das ist ein Beweis für die innere Haltung der Bürger zu diesem Problem. Sonst würden sie keine Kippen wegwerfen.

Ein weiterer Punkt! Ich habe das Positionspapier gelesen. Ich will nichts zugunsten der Treuhand sagen. Herr Bonnenberg, ich weiß, daß Sie bei solchen Anlässen immer derjenige sind, der Prügel bezieht. Ich kann Ihnen eine ganze Menge Positives über die Treuhand berichten, und ich weiß wirklich, wovon ich rede und welche Probleme es hier gibt.

Aber schauen Sie sich einmal das Positionspapier des Ökologischen Arbeitskreises der Dresdner Kirchen usw. an! Dann sehen Sie, wie weit auch diese Leute von den Realitäten entfernt sind, mit denen wir es zu tun haben. Wenn wir im Augenblick so viel Verkehr und so viele Verkehre haben, liegt das Problem doch darin, daß wir so unpaarige Verkehre haben. Wir bringen Güter nach dem Westen und fahren zurück in den Osten. Der Kollege, der gerade gesprochen hat, wird das bestätigen können. Auch deswegen haben wir doch noch so viel Verkehr. Wenn jemand gefordert hat, alles auf die Bahn zu bringen, muß ich Sie auffordern, sich einmal die Situation der Bahn anzusehen. Auch von dieser Seite aus sind, glaube ich, die Landesregierungen gefordert, noch mehr in die Hirne der Bürger zu infiltrieren. Danke schön!

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Nachdem die Treuhand zur Sprache gekommen ist, möchte ich Herrn Bonnenberg Gelegenheit geben, Stellung zu nehmen.

**Dr. Heinrich Bonnenberg:** Zunächst einmal möchte ich vorausschicken, daß wir dem Vorgang, den Sie geschildert haben, nachgehen werden. Es ist sicher eine Frage, wie das Unternehmen Buna selbst entscheidet. In Diskussionen zwischen dem Unternehmen und uns werden wir dem noch vor Weihnachten nachgehen, wie das Minister Töpfer dargestellt hat.

Herr Klinkert, Sie machen sich das Leben sehr einfach. Ich darf einmal sagen: Die Treuhandanstalt hat in etwa 1 700 Verträgen zur Privatisierung – wahrscheinlich sogar noch mehr – das gesamte Altlastenrisiko übernommen. Sie wissen, daß es ein Hemmnisbeseitigungsgesetz gibt, nach dem die Länder von dieser Frage freistellen mögen. Da das aus den verschiedensten Gründen, auf die ich nicht eingehen will, nicht funktioniert, hat sich die Treuhandanstalt im Rahmen einer haushaltsrechtlichen Anweisung durch den Finanzminister bereit erklären müssen – sie hat das auch gern getan –, die Altlastrisiken umfänglich, zum Teil ohne Begrenzung nach oben zu übernehmen. Dies wird sehr oft übersehen.

(Zuruf)

Ja, wir tun das. Sie haben etwas scharf so getan, als täten wir nichts.

(Weiterer Zuruf)

– Das ist kein Morgengebet. Ich habe gedacht, es ist bekannt, daß dies geschieht. Das wird auch in allen Diskussionen gebracht. Das ist das eine.

Das andere ist folgendes. Wir haben natürlich die Aufgabe, schnell zu privatisieren. Aber wir haben auch die Aufgabe, die Unternehmen, deren Privatisierung in Zukunft möglich ist, zwischenzeitlich zu sanieren und zu stützen. Das wird auch zunehmend getan. Daß im Rahmen dieser Sanierung auch die ökologische Sanierung eine Rolle spielt, ist selbstverständlich. Aber alles muß natürlich bezahlbar bleiben. Am Ende gibt es Unternehmen, die in die Liquidation gehen – auch das müssen wir sagen –, was wir sehr bedauern. Aber die Sanierung ist ein wesentlicher Punkt im Programm der Treuhandanstalt. Sanierung zur Privatisierung!

Herr Krott aus Düren, wir kennen uns.

(Josef Krott: Ja, natürlich!)

Ich stamme ja aus Aachen. Ich respektiere Ihren Kreisparteitagsbeschuß; er ist aber falsch. Entschuldigung!

(Beifall)

Ich will jetzt nicht aufdecken, wie dieser Beschluß im einzelnen zustande gekommen ist. Es gab viele Gründe, die etwas mit Ihrer Deponie zu tun haben. Sie wissen, daß die Deponie in Aachen eine Laufzeit von nur noch ganz wenigen Jahren hat und daß es selbst in den Augen der Grünen ohne eine Müllverbrennungsanlage heute in Aachen nicht mehr geht. Wenn die CDU in Aachen etwas langsamer ist als die Grünen, ist es, würde ich sagen, die CDU des Kreises Düren, die das zu vertreten hat. Wenn Sie heute das Umweltbundesamt fragen, sagt man Ihnen, daß wir in Gesamtdeutschland 50 bis 70 Müllverbrennungsanlagen brauchen, um das Problem zu lösen.

Das Ergebnis heißt Recycling, also Wiederverwertung, und Müllverbrennung. Es geht um die Reste, die wir bewältigen müssen. Entschuldigen Sie, daß ich das so deutlich sage, nachdem ich die gleiche Diskussion vor Ort mit Ihnen auch immer habe. Nun sind wir weit weg im schönen Dresden; ich wollte aber darauf doch einmal hinweisen. Das war im wesentlichen das, was ich zu sagen habe. Ich bedanke mich bei Ihnen dafür, daß Sie auch ein bißchen lobend über die Treuhandanstalt gesprochen haben. Wir bemühen uns natürlich. Herr Klinkert, wir sollten ein detailliertes Gespräch über das führen, was die Treuhandanstalt tut.

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Wenn wir mit dieser Veranstaltung erreichen, daß die beiden zusammenkommen, haben wir schon etwas ganz Konkretes geleistet.

**Prof. Dr. Joachim Katzur:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Vielen Dank für die Einladung und für die Möglichkeit, hier einen Gedanken anzusprechen! Herr Minister Töpfer hat darauf hingewiesen, daß Politik, wenn sie Sinn haben soll, sich immer an konkreten Sachverhalten zu vollziehen hat und immer konkret gemacht werden muß. Dem ist nur zuzustimmen. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß auch heute wieder das mitteleuropäische Industriegebiet im Mittelpunkt der Betrachtungen gestanden hat, daß wir aber noch andere Zentren in den neuen Bundesländern haben, die sehr stark durch Industrie verunstaltet worden sind, und dazu gehört nun einmal das Lausitzer Braunkohlenrevier, hinlänglich bekannt als Energie- und Kohlezentrum.

Ich glaube einfach, daß es notwendig ist, gerade auch in diesem Gebiet gezielter als bisher, so sage ich einmal, von der Wissenschaft begleitet einzuwirken. Zu diesem Zweck ist ja der Wissenschaftsrat zu der Auffassung gelangt, ein Institut für Bergbaufolgelandschaften für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg zu etablieren. Sicher sind Sie darüber informiert, daß sich die Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt nicht an dem Institut beteiligen wollen und demzufolge die Frage der Finanzierung nach wie vor nicht geklärt ist. Ich möchte hieraus zweierlei ableiten.

Ich glaube, daß es ein Handlungsdefizit bei den Abstimmungen zwischen den Ebenen der Bundesministerien einerseits und denen der Landesministerien andererseits gibt, um die Fragen der Umweltforschung im gesamten Bundesgebiet, aber insbesondere auch in den neuen Bundesländern, koordiniert zu organisieren. Es kann nicht sein, daß eine Einrichtung, die ursprünglich mit 23 Personen gearbeitet hat, auf heute 16 Mitarbeiter reduziert wird – von ihnen sind noch sieben Wissenschaftler –, nur weil 500 000 DM fehlen, um die Programme zu machen, die notwendig sind, wenn Sanierungsmaßnahmen in diesen Gebieten durchgeführt werden sollen. Ich habe an Sie, Herr Minister, die Bitte, Möglichkeiten zu prüfen, inwieweit man die Koordinierung bei der Umweltforschung verbessern kann und wie man vor allem eine engagierte Mitarbeit der Länderministerien organisiert. Vielen Dank!

**Professor Dr. Hans Kugler:** Herr Vorsitzender! Herr Bundesminister! Erfreulicherweise sind die vertikalen Probleme – Luft, Wasser, Deponie, Altlasten usw. – eine Selbstverständlichkeit geworden. Ich möchte demgegenüber und ergänzend meinen, daß die Problematik regionaler und regionaltypischer Komplexe ein wenig stärker in die Programmatik einfließen könnte. Ich denke vor allem an die komplexen Probleme von Stadtregionen, die gerade deshalb schwierig zu bewältigen sind, weil die Kompetenz bei verschiedenen Dezernaten liegt.

Fast 40 % der Einwohner Deutschlands leben in großen Städten, in Stadtregionen. Wir haben dort Luft, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Lärmbelastung, Fragen der Entwicklung, Naherholungsgebiete, den Schutz der mehr oder minder wenigen verbliebenen naturnahen Freiräume, also sehr verschiedene Komplexe, die zusammenlaufen und von vielen Bürgern als erstes gespürt werden, wenn sich dort die Probleme häufen. Es geht um eine Frage des Instrumentariums, nämlich um die Frage: Wie funktioniert ein Magistrat, wenn er nicht nur aus einer Partei zusammengesetzt ist? Auf jeden Fall scheint mir hier ein ebenso dringender Bedarf der Umweltpolitik vorzuliegen, wie er in anderen Sachgebieten schon eine Selbstverständlichkeit ist.

Zwei kleine ergänzende Gedanken zur Diskussion! Herr Bonnenberg hat darauf hingewiesen, wie wichtig und förderlich es ist, daß sich das Know-how des Westens mit dem des Ostens verbindet. Ich möchte das ergänzen und würde sagen: Umweltschutz und Umweltpolitik werden dann effektiv, wenn sich das Know-how von Management, Ingenieurtechnik und ökologischer Geo- und Biowissenschaft bei der Lösung ganz echt verbindet. Ich habe aufgrund längerer und auch aktueller Erfahrung meine Zweifel, ob das immer so optimal ist. Ich möchte es einmal bewußt überzogen formulieren: Wenn Flächennutzungsplanung oder Landschaftsplanung ganz schnell von einem Ingenieurbüro angegangen wird, ohne die orts- und sachkundigen Fachleute heranzuziehen, ist das Ergebnis nicht unbedingt befriedigend, auch wenn der Preis Weltspitze ist. Hier ist, glaube ich, noch eine ganze Menge zu tun, um das Geld, das beim Aufschwung Ost zu uns in die neuen Bundesländer fließt, wirklich optimal nutzbar zu machen, damit der maximale Effekt erzielt wird. Diese Kritik wollte ich einfach einmal anbringen.

Als Beispiel nenne ich die Autobahn Halle - Göttingen. Bei mir im Institut und bei mir persönlich waren zwei, drei Büros und haben gefragt: Wie sieht es denn dort aus? Sie fanden sich gerade auf der Karte zurecht; ich übertreibe jetzt einmal ein bißchen. Ich frage mich: Warum sind die Fachleute nicht gleich in tragender Funktion oder sonstwie eingebunden, um darauf aufmerksam zu machen, wo Senkungsgebiete sind oder wo im Bereich Sangerhausen/Göttingen echte Probleme bestehen, weil die hochwertige Landschaft mit ihren Kulturwerten – sie ist einmal Ausgangspunkt des Deutschen Reichs gewesen – nur minimal verbraucht und gestört werden darf?

Zwei Bemerkungen aus der Diskussion möchte ich gern abschließend unterstreichen.

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herr Kugler, ich darf ein bißchen auf die Zeit hinweisen.

**Professor Dr. Hans Kugler:** Ich komme zum Ende. Was den Bildungsnotstand im Bereich der Umwelt betrifft, so steht den berechtigten Forderungen gegenüber, daß ein wichtiges umwelterzieherisches Fach, die Geographie, zunehmend gekürzt wird, daß das Verständnis für ökologische Inhalte zurückgeht und andere Lehrinhalte dominieren. Wenn wir nicht vom Kind her aufbauen, haben wir später die Erwachsenenprobleme, die Dinge wirklich vom Kern aus richtig zu sehen. Danke schön!

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herzlichen Dank, Herr Professor Kugler! Gerade die Frage der Umwelterziehung ist ein wichtiger Punkt.

**Winfried Böhm:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Minister! Sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Böhm. Ich komme aus Thüringen. Zunächst einmal möchte ich sagen, daß ich mich sehr freue, an einem solchen Parteitag teilnehmen und mit Politikern ein Gespräch führen zu können. Bei uns nannte man sie ja Funktionäre, und es war so, daß alles reglementiert und sehr steril war, und Laien wie ich durften an solche Leute nur herankommen, um irgendwelche Huldigungen vorzubringen.

Ich habe mit Umweltfragen in meiner Eigenschaft als Ausschußvorsitzender der Kreistagsfraktion zu tun. Ich muß sagen, auf diesem Gebiet hat sich seit der Wende schon sehr viel geändert. Einblick, muß ich sagen, habe ich durch meinen Beruf; ich bin Schornsteinfegermeister. Ich kann also über Heizungsanlagen und anderes erzählen; das würde aber zu weit führen. Vielleicht nur ein Beispiel! Die Herren aus den alten Bundesländern sollten nicht lachen. Aus Umweltgründen bzw. aus Gründen der Einsparung von Öl wurde z.B. der Holzvergasermotor in den achtziger Jahren neu erfunden, oder Brennstoff wie Rohbraunkohle, die sich bei Regenwetter schon in einem Schlammfeld befanden, wurden für Heizzwecke verwendet. Dafür gab es wieder besondere Erfindungen: Da wurden in jeder größeren Heizung sogenannte Kohlepressen installiert, mit der man den Schlamm zu Strängen preßte, die man dann verbrannte.

Aber ich habe jetzt eine Frage aus beruflichen Gründen. Die Fördermittel, die privaten Haushalten für die Umstellung von Heizungsanlagen gewährt werden, laufen Ende dieses Jahres aus. Meine Frage geht dahin: Wie sollen die Hauseigentümer in den neuen Bundesländern, die keinerlei Rücklagen aus Vermietung und Verpachtung haben, die weitere Umstellung auf umweltfreundliche Heizmedien finanzieren können? Dann habe ich noch eine Frage: Wie wird kontrolliert, daß der Bundeszuschuß von 20 %, der bisher gewährt wird, für den Fall, daß er weiter gewährt wird, auch wirklich richtig verwendet wird? Denn in unserer Region ist es meistens so, daß die Vorlage der Rechnung schon reicht, um die Fördermittel zu bekommen. Die Anlagen sind sogenannte Schwarzanlagen, für die im voraus keine Genehmigung eingeholt worden ist. Es ist keine Abnahme erfolgt, und bei vielen Firmen wurden die Abgaswerte nicht gemessen. Es sollte einmal darauf geachtet werden, daß die Mittel nicht hinausgeschmissen werden.

Dann hätte ich noch etwas zu einigen Fragen von vorhin zu sagen. Vielleicht nur ganz kurz zu der Transportfrage, daß die Lastzüge eine Strecke voll beladen fahren und die andere Strecke leer fahren. Schon in der alten DDR hat es die Regelung gegeben, daß Lastzüge, die eine größere Strecke gefahren sind, sich bei bestimmten Koordinierungsbüros melden mußten, um Rückfracht mitnehmen zu können. Vielleicht könnte man so etwas mit ABM-Kräften wieder machen. Es sollte nicht zu bürokratisch werden; aber ABM-Kräfte sind da, und da bestünde doch die Möglichkeit, so etwas nutzbringend einzuführen. Danke! Das war es.

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herzlichen Dank, Herr Böhm! Ich habe jetzt ein Problem; es war auch nach allen Erfahrungen fast unvermeidbar. Wenn ich einmal die Wortmeldungen weglasse, die noch nachträglich eingegangen sind, habe ich noch sechs Wortmeldungen. Wenn jeder von ihnen eine Minute braucht, kommen wir noch einigermaßen mit der Zeit zurecht, auch mit der Rückkehr ins Plenum, weil wir ja auch dort Pflichten haben. Frau Uhlmann muß ja auch noch einen Augenblick mit uns über den Bericht für den Parteitag reden. Es gibt also einiges, was wir noch organisatorisch abwickeln müssen. Ich bitte Sie, jetzt relativ diszipliniert den Rest der Diskussion zu bestreiten; sonst müßte ich einfach Schluß machen.



**Oskar Burkert:** Ich will es sehr kurz machen. Meine Wortmeldung betrifft nachwachsende Rohstoffe. Wir kennen die Problematik, daß wir in vielen Bereichen eine Überproduktion haben. Im Bereich des Umweltschutzes ist es möglich, nachwachsende Schmier- und Verfahrensstoffe, z.B. aus Raps, zu gewinnen. Wir reden darüber sehr viel, wir lesen sehr häufig in Publikationen, daß dies möglich ist; aber es hapert an der praktischen Umsetzung.

Ich schlage zur Hilfe sowohl für die neuen als auch für die alten Bundesländer vor, daß die Kommunen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und auch bei der Anschaffung ihres eigenen Fuhrparks in einer Vorreiterrolle so weit wie möglich auf umweltfreundliche Schmier- und Verfahrensstoffe umstellen. Das ist aufgrund der nachwachsenden Rohstoffe möglich. Wir haben auch die Möglichkeit, die Maschinen und die Verfahren so weit zu testen, daß Maschinen exportiert werden können, damit auch die Entwicklungsländer die nachwachsenden Rohstoffe, die sie anbauen können, einsetzen können. Beispielsweise brauchen die Pflanzenöle, die hier gewonnen werden, mit Sicherheit nicht aus den Entwicklungsländern importiert zu werden brauchen, weil dort andere Früchte eingesetzt werden können. Ich denke, das wäre ein praktischer Fall, an dem die umweltpolitischen Überlegungen relativ schnell umgesetzt werden können.

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herzlichen Dank, Herr Burkert! Das ist ein interessanter Bereich.

**Ottfried Weiher:** Eine Minute ist wenig; ich will es konzentriert machen. Der Norden ist ja sehr stark agrarstrukturiert. Ich möchte da ein, zwei Zahlen nennen. Inzwischen hat sich die Landwirtschaft weitgehend entschlossen, große Flächen stillzulegen. Zum Beispiel sind in Brandenburg und Mecklenburg rund 300 000 ha stillgelegt worden; das ist genausoviel wie in den alten Bundesländern zusammen. Insgesamt sind es in den neuen Bundesländern 600 000 ha; das entspricht der Stilllegungsfläche der gesamten EG. Aufgrund dieser umweltbewußten Maßnahme sind im Norden Riesenprobleme entstanden, Herr Töpfer. Arbeitskräfte sind en gros freigesetzt worden, für die es keine Auffangindustrie gibt. Hier muß dringend etwas geschehen. Das war mein erster Punkt.

Ein zweiter Punkt! Mir geht die CDU zu lasch mit den Fragen der Biotechnologie und der Gentechnik um. Wenn wir so weitermachen und so wenig orientierend vorgehen, werden wir die gleiche Problematik erleben wie in der Automobilindustrie und bei der Produktion von Microchips, nämlich daß uns die Japaner und die USA weit abhängen. Wir sind dringend gefordert, in dieser Beziehung etwas zu machen. Wir haben hier – das ist meine Auffassung – eine Politik nach vorwärts zu machen und nicht bremsend zu wirken. Das wird uns nicht helfen. Wir werden uns in 20 Jahren an den Kopf fassen und werden sagen: O Gott, wie haben wir die Zeit verschlafen!

**Franz Sauter:** Als Herr Minister Töpfer heute vormittag über seinen Besuch in der Rhön berichtete, habe ich mich an ein Lied erinnert, das ich einmal im Gesangsverein gesungen habe, an Schäfers Sonntagslied: „Das ist der Tag des Herrn. Ich bin allein auf weiter Flur, ein Klang der Morgenglocke nur, sonst Stille nah und fern. Das ist der Tag des Herrn.“

Das ist bei manchen Leuten offenbar auch die Auffassung über Umweltschutz. Ich habe damit nicht Sie, Herr Töpfer, gemeint. Aber ich meine, wenn wir über Umweltschutz sprechen, uns über Biotopschutz unterhalten und uns darüber klar sind, daß wir die natürlichen Umweltressourcen bewahren müssen, sollten wir auch daran denken, daß wir dazu Menschen brauchen, die bereit sind, unsere Kulturlandschaft zu erhalten. Das waren bisher die Landwirte, und diese werden immer weniger, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die Situation in der Landwirtschaft ist viel dramatischer, als die meisten Leute glauben. Die Entscheidungen sind zum großen Teil schon gefallen. Bei der jungen Generation sind sie gefallen. Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, daß wir dann, wenn wir unsere Kulturlandschaft erhalten wollen, Landwirte brauchen. Ich komme da auf etwas zurück, was Herr Töpfer gesagt hat. Er hat auf Tschernobyl verwiesen. Wir haben ja heute für die Landwirtschaft mit dem Umweltschutz eine zweite Aufgabe. Aber ich darf auch an die erste erinnern; das ist die Sicherstellung der Ernährung.

Wenn sich Tschernobyl wiederholt hätte, meine sehr verehrten Damen und Herren, oder wenn wir eine andere Windrichtung gehabt hätten, wäre es möglich gewesen, daß ganze Regionen über viele Jahre hinweg für die Produktion von Nahrungsmitteln ausgefallen wären. Ich bitte, diesen Gesichtspunkt bei allem Ärger, den wir mit den Überschüssen haben – die Landwirte am meisten –, zu beachten. Ich darf aber hinzufügen, daß wir Umweltschutz nur mit Landwirten machen können und daß wir sie in entsprechender Weise entschädigen müssen. Das sagen wir zwar schon lange; aber die Landwirte haben davon zuwenig gespürt.

Wenn wir in der Agrarpolitik keine Antwort mehr wissen, rufen wir immer die Struktur zu Hilfe, und dann brauchen wir große Betriebe. Das halte ich für keine Lösung. Ich bin sehr konservativ und sage: Die bäuerlichen Familienbetriebe haben die Probleme am besten gelöst. Mit der Kolchose war nichts anzufangen, und mit der Farm können wir die Umweltprobleme auch nicht lösen. Deshalb bin ich nach wie vor der Meinung, daß wir den bäuerlichen Familienbetrieb stärken sollen, um auch einen Beitrag zum Umweltschutz und für die Zukunft der ländlichen Region zu leisten.

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herzlichen Dank, Herr Sauter! Wenn ich an meine eigenen Erlebnisse denke, meine ich, daß es im Bereich der Landwirtschaft zuwenig Bereitschaft gegeben hat, manches zu diskutieren, was einfach hätte hinterfragt werden müssen, um auch von der Umwelt her Lösungen anbieten zu können. Ich sage das einmal so, weil ich mit dem Ziel, das Sie formuliert haben, sehr einverstanden bin.

**Thomas Georgi:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß umweltbewußtes Verhalten nicht nur sehr gefördert, sondern auch stärker belohnt werden sollte. Wir sind bereits so weit, daß umweltfreundliche Produkte mit einem blauen Engel oder einem grünen Punkt gekennzeichnet werden. Sie sollten aber bei vergleichbarer Qualität auch deutlich billiger sein als herkömmliche Produkte. Nur so können wir erreichen, daß die Akzeptanz dieser Produkte sehr stark zunehmen wird und wir noch mehrere solcher Produkte bekommen werden.

Ich plädiere zum ersten zumindest für eine Anschubsubventionierung für umweltfreundliche Produkte. Zum zweiten sollten wir langfristig bzw. mittelfristig dazu kommen, daß im Verkaufspreis eines Produkts bereits gleich die Kosten für seine Beseitigung enthalten sind. Nur dadurch können wir dazu kommen, daß effektivere Recyclingverfahren entwickelt werden. Zum dritten sollte man bereits im Herstellungsprozeß – auch bei landwirtschaftlichen Gütern – stärker auf den Umweltschutz achten. Ich denke z.B., wenn wir von einer Extensivierung der Landwirtschaft sprechen, eventuell an eine Nitratabgabe; denn der Düngerverbrauch und der Ertrag stehen zueinander in einer Proportion, so daß man auf diese Weise vielleicht die Nitratbelastung des Bodens senken könnte. Danke schön!

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Schönen Dank, Herr Georgi! Es ist bedauerlich, daß wir nicht alles miteinander diskutieren können. Aber sonst würden wir sicher heute abend noch hier sitzen.

**Joachim Schempf:** Ich möchte auch etwas zur Unterstützung des Umweltschutzes anführen. Es ist unbestritten, daß im ÖPNV weniger Schadstoffe produziert werden als durch den Individualverkehr. Das heißt, wenn über Abgaben nachgedacht wird, muß auch eine emissionsbezogene und z.B. auch fahrleistungsbezogene Förderung des ÖPNV in Erwägung gezogen werden. Das wäre ein vorbeugender Umweltschutz, und da sehe ich einen Vergleich mit dem Brandschutz. Wir haben auf der einen Seite die Feuerwehr und auf der anderen Seite den vorbeugenden Brandschutz. Wir müssen im vorbeugenden Umweltschutz Planungsparameter und Entscheidungsparameter haben, die für Politiker und Planer eine Richtschnur sind und mit denen schon Kindern in der Schule beigebracht werden kann, daß alles, was wir tun, letztlich auf die Umwelt ausgerichtet ist.

Das Rad muß ja nicht in jedem Land und in jedem Kreistag neu erfunden werden, sondern wir brauchen Vorgaben, die von Wissenschaftlern an Hochschulen bestätigt werden. Ich möchte hier nicht den wissenschaftlichen Streit zwischen Professor Reim und Professor Wassermann über die Müllverbrennung aufgreifen, der nur zur Verunsicherung der Bevölkerung beiträgt. Aber in die Planungen sollten echte Erkenntnisse der Wissenschaft einfließen; denn damit wird auch Sicherheit beim Bürger geschaffen.

Wir brauchen die neuen Konzepte, die unser Bundeskanzler eingefordert hat. Dabei haben wir in Baden-Württemberg eine Vorreiterrolle, wofür wir auch schon ein Lob des Herrn Bundesministers bekommen haben. Damit kommen wir in die Lage, jedem Grünen und jedem, der sonst etwas besser weiß, sagen zu können: Wir haben untermauerte Konzepte. Danke schön!

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Herzlichen Dank für diesen Beitrag! Es folgt ein Parteifreund aus Mecklenburg-Vorpommern, der über ein niedersächsisches Problem sprechen will.

**Franz zu Putbus:** Ich finde es toll, daß daraus ein niedersächsisches Problem gemacht wird. Es ist ein Rügenschiesches Problem.

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Sie wissen, warum ich das gesagt habe!

**Franz zu Putbus:** Vielleicht haben Sie recht. Aber das Problem brennt uns auf den Nägeln, Herr Grill. Ich möchte sagen, daß die, die hier vor der Pause vorgetragen haben, Probleme genannt haben, von denen jedes die Meyer-Werft betrifft: Rettung der Ostsee, Fehlverhalten minimieren, Naturschutz, umweltverträgliche Projekte, Vorbildfunktion der Industrie. Ich könnte weitere Punkte nennen; sie passen alle auf die Meyer-Werft.

Ich muß dazu sagen, daß ich mein Einkommen im Westen habe. Deshalb halte ich mich bei diesem Thema auch zurück. Ich verstehe, daß 1 200 Arbeitsplätze drüben geschaffen werden sollen und vielleicht noch einmal so viele in Betrieben, die an der Werft hängen. Ich spreche auch sicher nicht im Sinn von Professor Dr. Krause und von Frau Dr. Merkel, die das Projekt befürworten.

Es handelt sich um ein Gebiet, das einmal das schönste Naturschutzgebiet der Insel Rügen war. Dann wurde durch Robert Ley ein KdF-Wald geschaffen. Während des Krieges kam die Wehrmacht und nach dem Krieg die NVA hin. Dann kam eine Werft, und alle Projekte – das ist das Grundprinzip, das Sie überall finden – leben für ein paar Jahre und sind dann überholt. Jetzt kommt die Meyer-Werft und setzt den Schlußpunkt. In fünf Jahren heißt es dann vielleicht: nicht mehr wettbewerbsfähig, geh nach Leningrad! Ich bitte Sie: Setzen Sie sich dafür ein, daß das Projekt nicht zum Zuge kommt, auch wenn ich damit vielleicht gegen die wirtschaftlichen Interessen der großen Region spreche!

**Dr. Petra Uhlmann:** Ich möchte dazu gleich kurz Stellung nehmen. Es gibt einen Beschluß des Landesvorstands der CDU, der sich eindeutig für den Bau der Meyer-Werft auf Rügen ausspricht. Das möchte ich vorwegschicken. Beweggründe waren sicher, daß Investoren in Mecklenburg-Vorpommern nicht Schlange stehen, daß wir gerade im Bereich der Nationalparke eine Arbeitslosigkeit von 70 bis 80 % haben und daß die Regierung natürlich in der Verantwortung steht, es zu ermöglichen, daß in Mecklenburg Arbeitsplätze geschaffen werden. Das nur zur Vorgeschichte.

Was das Genehmigungsverfahren anbelangt, so wissen Sie vielleicht, daß in Mecklenburg-Vorpommern die Raumordnung beim Wirtschaftsminister angesiedelt ist und damit der Wirtschaftsminister auch Herr des Verfahrens ist. Wir haben im Rahmen des Raumordnungsverfahrens unsere Stellungnahme abgegeben, und die Stellungnahme von seiten des Naturschutzes ist – so möchte ich einmal vorsichtig sagen – nicht positiv. Anders sieht es natürlich auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft oder beim Emissionsschutz aus.

Jetzt wird es am Wirtschaftsminister liegen, die einzelnen Belange abzuwägen und dann eine Entscheidung zu treffen. Aber man ist sich, wie gesagt, im politischen Raum relativ einig darüber, daß es nicht sehr viele Chancen gibt, daß sich z.B. Mercedes in Mecklenburg-Vorpommern ansiedelt. Deshalb gibt es eigentlich die weit verbreitete Meinung, daß die Vorteile des maritimen Standortes genutzt werden müssen. Mir persönlich wäre es natürlich auch viel, viel lieber, wenn die Werft nach Rostock oder nach Wolgast kommen würde.

(Zurufe, u.a. Erklären Sie einmal, warum!)

– Gut. Dann hole ich noch weiter aus. Herr Meyer hat sich eindeutig so artikuliert, daß er die Werft auf Rügen ansiedeln will. Ich habe natürlich sofort gefragt, warum er nicht einen der schon vorhandenen Wertstandorte bevorzugt. Da kam das Argument Tiefgang: das ist Ihnen sicher bekannt. Der erforderliche Tiefgang war aber nur ein Argument. Herr Meyer will eine völlig neue Generation von Schiffen bauen: tiefe, schlanke, lange Hochgeschwindigkeitsschiffe, die bisher noch nicht gebaut werden.

Mein Vorschlag war dann, daß wir ihm als Landesregierung vielleicht die nötigen Voraussetzungen schaffen, damit ein Tiefgang gewährleistet ist. In Rostock brauchten, glaube ich, nur 2 oder 3 Meter ausgebaggert zu werden. Herr Meyer hat aber eindeutig gesagt: Entweder geht er nach Rügen, oder er kommt nicht nach Mecklenburg. Das ist für mich eigentlich das Problem.

Unabhängig davon, daß ich Umweltministerin bin, würde die Politik der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern keinen sehr großen Gefallen tun, wenn Meyer ganz abrückt. Die Situation in Mecklenburg ist wirklich kompliziert – in Brandenburg sieht es durch die Berlin-Nähe schon wieder ganz anders aus -, was die Schaffung von Arbeitsplätzen anbelangt. Ich weiß, es ist sehr schwer, das rüberzubringen. Vielen Dank!

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Es ist relativ schwierig, jetzt das Problem der Meyer-Werft von Rügen ausdiskutieren zu wollen; dafür haben Sie sicher Verständnis. Bei mir kommt die Frage auf, ob man mit Meyer nicht irgendwo andershin gehen sollte. Denn wir haben in Papenburg ein Riesenproblem mit der Vertiefung der Ems mit den gleichen Ansätzen, wie sie auch für Rügen diskutiert werden. Das ist natürlich eine sehr schwierige Debatte mit vielen Problemen. Wir können das hier leider nicht ausdiskutieren, auch wenn mich das durchaus reizen würde.

Meine Damen und Herren! Die Wortmeldungen sind noch nicht abgearbeitet. Ich möchte den folgenden Sprecher bitten zu berücksichtigen, daß wir jetzt keine Verkehrsdiskussion mehr führen können.

**Stefan Schönfelder:** Ich wollte auch nicht speziell zum Verkehr sprechen; das Positionspapier ist heute schon genannt worden. Ich möchte das Problem schon auf eine allgemeinere Ebene heben. Ich vertrete zwar die Grüne Liga als Bundesverband, arbeite aber hier in Dresden innerhalb des Bundesverbandes.

Aus dem Motto „Einheit leben“ erwachsen für uns bestimmte Erwartungen an die Politik. „Einheit leben“ heißt auch Einheit von christlicher Verantwortlichkeit und politischer Praxis. Diese Einheit ist für uns auch noch nicht hergestellt. Wir erwarten von der christlich demokratischen Politik, die hier ja viel Verantwortung übernommen hat, Wahrhaftigkeit und Sachverstand und, in der Verantwortung für die Zukunft langfristige Konzepte umzusetzen. Das gilt für alle Bereiche, und das gilt besonders auch für den Verkehr.

Bei der Autobahn Dresden - Prag oder Skandinavien - Balkan, wie immer Sie sie nennen wollen, entstehen zwei Eindrücke über die gegenwärtige Politik. Der erste Eindruck ist der, daß die Unfähigkeit der europäischen Verkehrspolitik, langfristige Verkehrsperspektiven zu entwickeln, zu Lasten der Bevölkerung in dieser Region gehen. Das ist ein Eindruck, den nicht nur die für die Umwelt Engagierten haben, sondern den alle haben. Deshalb steht an der ersten Stelle des Positionspapiers auch nicht Verkehrsverlagerung, sondern Verkehrsvermeidung. Das Einsparungspotential ist bei diesem Problem wie bei der Energie das größte. Ganz konkret! Wir erwarten ein europäisches Verkehrskonzept, das sich an den genannten vier Schwerpunkten orientiert. Wir erwarten Verkehrsvermeidungsmaßnahmen, besonders im Schwerlastverkehr, und erwarten eine Politik der Wahrhaftigkeit in christlicher Verantwortung. Vielen Dank!

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt ganz gern zum Schluß kommen. Wir wollen um 3 Uhr etwa wieder im Plenum sein. Ich möchte Sie fragen, ob Sie noch etwas Geduld haben; dann würde ich gerne Klaus Töpfer Gelegenheit geben, auf die eine oder andere Bemerkung einzugehen.

(Beifall)

– Dann haben wir noch so viel Geduld.

**Professor Dr. Klaus Töpfer:** Ich möchte es ganz kurz machen. Wir sind heute den ganzen Tag noch da und sind auch morgen vormittag noch da. Wer sich noch nicht richtig beantwortet sieht, kann sich also noch mit uns zusammensetzen, um alles durchzusprechen, damit man wirklich etwas mehr im Dialog ist. Ich glaube, das ist auch wichtig bei einer solchen Veranstaltung. Ich nehme einige Punkte heraus, die mir von den Professoren, so sage ich einmal, mitgegeben worden sind; ich darf das zusammenfassen.

Ich sage als erstes: Wir müssen alles daran setzen, Aufträge, die wir vergeben, Fachleuten, Experten und Instituten in den neuen Bundesländern zu geben. Sie haben von Verkehrsplanern gesprochen, die nicht einmal wußten, wo das Gebiet ist. Deswegen habe ich das herausgegriffen. Ich habe da selbst „mea culpa“ zu sagen, weil ich auch nicht immer richtig entschieden habe. Wir haben auch andere Institute beauftragt, weil das halt einfacher war. Ich glaube, hier muß man mehr nachdenken. Ich bitte Sie, das nicht als Lippenbekenntnis zu verstehen. Wenn Sie etwas in Erfahrung bringen, sagen Sie mir oder Mitarbeitern von mir rechtzeitig Bescheid, damit wir daran denken! Wenn die Qualifikation dafür vorhanden ist, müssen die Aufträge in die neuen Bundesländer gehen. Das gilt auch für die industrielle Produktion. Es kann keinen Sinn machen, daß wir das Programm „Aufschwung Ost“ zu einem Konjunkturprogramm West werden lassen,

(Beifall)

sondern es muß ein Programm „Aufschwung Ost“ sein.

Herr Oehlwein, Luther beherzigen! Deswegen ganz kurz. In den Prioritäten sind wir uns doch einig. Natürlich macht jeder einen Fehler, der von der Müllverbrennungsanlage her denkt. Aber meiner Ansicht nach macht niemand einen Fehler, der am Ende sagt: Wir brauchen auch Müllverbrennungsanlagen.

(Vereinzelter Beifall – Zurufe)

– Ich habe ja Ihre Worte aufgegriffen; ich wollte Sie wirklich bestätigen. Wer die Müllverbrennungsanlage als Alibi für Müllvermehrung nimmt, ist unverantwortlich; das füge ich ebenso klar hinzu.

Genauso ist es richtig – ich weiß nicht, wer das gesagt hat -, daß wir dazukommen müssen, die Entsorgungspreise in die Produkte hineinzubekommen. Aber exakt das ist unsere durchgehende Philosophie. Die so viel gescholtene Verpackungsverordnung beinhaltet nichts anderes. Die Rücknahmeverpflichtung für Autos, die Rücknahmeverpflichtung für Computer usw. ist nichts anderes. Ich will auch nicht der Automobilindustrie an den Kragen. Wir brauchen sie dringend, und ich bekenne mich dazu: Wir können nicht etwas übers übers Knie brechen, nur weil wir neue Konzepte in Europa für das Jahr 2005 brauchen.

Natürlich weiß ich, daß der längste Weg mit dem ersten Schritt beginnt. Aber ich werde das Jahr 2005 in sozialem Frieden und in wirtschaftlicher Stabilität nicht erreichen, wenn ich heute sage: Wir bauen in allen östlichen Ländern keine Straße mehr, weil wir im Jahr 2005 die neue Verkehrskonzeption der Europäischen Gemeinschaft haben werden. Verstehen Sie, das eine muß doch in das andere übergehen. Eine Rigorosität der Forderungen ist unglaublich sympathisch. Ich habe zu Hause auch drei Kinder, die mir das abfordern. Aber ich bin nicht in der Situation, daß ich in einem Diskussionsforum sage, was ich will, sondern ich bin in der Lage, daß ich morgen in einer ganz konkreten realen Situation, in der wir uns jetzt befinden, etwas machen muß. Lassen Sie uns also in der Diskussion bleiben!

Wir werden auf die Dauer auch noch eine Autobahn brauchen, ohne daß wir damit die Notwendigkeit aufgeben, ein Verkehrssystem in Europa zu entwickeln, das mehr Verkehr vermeidet und den Verkehr so verlagert, daß die damit verbundenen ökologischen Belastungen minimiert werden. Ihr Papier ist mir in seiner Rigorosität sympathisch, aber für die politische Handlung nicht hilfreich. Das ist das Problem der Umsetzung. Sie haben ja Glaubwürdigkeit eingefordert. Von Marcuse stammt der Hinweis auf die repressive Toleranz nach dem Motto: Sie haben völlig recht, selbstverständlich; und dann geht man weg und macht etwas anderes. Genau das will ich nicht tun, sondern ich sage Ihnen konkret, daß sich auch der Umweltminister nicht wegducken kann, wenn es darum geht, neue Straßen zu bauen in einem Land, in dem 40 Jahre lang keine Investitionen für die Verkehrsinfrastruktur geleistet worden sind. Oder wir lassen die Menschen ohne Antwort auf die Probleme, vor denen sie tagtäglich stehen.

(Beifall)

Ich bin in jeder Hinsicht ehrlich und offen und halte das für die zentrale Antwort auf Ihre Ausgangsfrage. Sie erwarten Glaubwürdigkeit, und Sie erwarten christliche Verantwortung. Für beides habe ich mich hiermit eingesetzt. Ich tue das nicht, indem ich sage, daß Sie recht haben, sondern ich sage: Sie haben ein idealistisches Konzept, das aber in der Situation, in der wir gegenwärtig stehen, nicht umsetzbar ist. Daß es uns eine Richtschnur vorgibt, ist gar keine Frage. Deswegen auch die Rücknahmeverpflichtung. Ich will der Automobilindustrie nicht auf die Füße treten, nur um ihr auf die Füße getreten zu haben und hinterher zu sehen, daß die deutsche Automobilindustrie

keine Autos baut, weil wir sie aus Japan importieren. Das ist Ihr Problem von vornhin, Herr Dreskornfeld. Wer von vornherein weiß, daß er demnächst die Autos wieder zurücknehmen muß, denkt schon beim Produzieren daran: Wie mache ich das Auto, damit es demontabel wird? Das läuft doch an! Dafür gibt es viele Beispiele; dafür, sie zu nennen, ist die Zeit zu kurz.

Die Sache mit dem Arzneimittelwerk hat mich natürlich sehr beeindruckt; das ist gar keine Frage. Sehen Sie, wir sind hier in Dresden. Als ich das erste Mal hier war, stand ich mit Lothar de Maiziere und dem Kollegen Steinberg unten an einer Kläranlage in bzw. bei dem, was einmal eine Kläranlage war.

Nun haben Sie einen Arzneimittelberg, und Sie haben eine Stadt mit 500 000 Einwohnern usw.; aber Sie haben keine Kläranlage. Sie haben hier einen Arzneimittelberg, und wir arbeiten engagiert dafür, daß das Werk überleben kann, und es wird auch überleben. Aber Sie können weltweit kein Arzneimittelwerk machen, ohne daß Abfälle anfallen, die Sie thermisch zu behandeln und entsprechend zu verbrennen haben. Wer also ein Arzneimittelwerk in Dresden für die Menschen, die hier arbeiten, und für die Medizin, die hier erzeugt wird, erhalten muß, muß sagen, Herr Krott: Thermische Prozesse müssen doch irgendwo möglich sein.

Sie sagen, wir müssen das alles vermeiden. Aber ich kann den Teersee in Altenburg nicht mehr vermeiden. Es gibt ihn dort dummerweise schon. 40 Jahre lang ist er gemacht worden. Wie soll ich ihn jetzt vermeiden? Ich kann doch nicht große Studien für Leipzig, Bitterfeld, Mansfeld usw. machen. Überall stelle ich Bodenkontaminationen fest, daß uns die Haare zu Berge stehen. Alle sagen: Töpfer, das mußst du sanieren! Wenn ich dann sage: Dazu brauchen wir aber Verbrennungsanlagen, sagt man: Verbrennung? Das ist ja unglaublich! Aber wenn ich Ihrer Argumentation folge, was sage ich dann den Menschen beim Teersee in Altenburg, wenn ich dort eine Verbrennungsanlage hinstelle? Ist so etwas machbar, Herr Krott? Entschuldigen Sie! Ich bin ein wirklich in vielen Schlachten erfahrenes Roß.

(Heiterkeit)

Wenn ich sage „Wir in Düren sagen, daß das gesundheitsgefährdend ist“, kann ich es nirgendwo machen, weder in Düren noch in Altenberg, noch in Berlin, noch sonst irgendwo. Dann ist es aus.

(Beifall)

Also muß ich doch die Technik fordern, und wir haben sie so massiv gefordert, wie sie weltweit nicht gefordert worden ist. Wir haben eine 17. Verordnung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz gemacht – nicht angekündigt, sondern gemacht – mit einem Grenzwert von 0,1 ng Dioxinäquivalente. Als ich das vorhergesagt habe, haben alle gesagt: Das kannst du nicht einmal messen, geschweige denn einhalten. Der Wert wird gemessen, und er wird eingehalten. Aber ich muß darauf hinweisen können, daß die Vorgehensweise nicht unverantwortlich, sondern verantwortlich ist.

An manchen Stellen ist natürlich der Wunsch ganz nett: Laßt den Töpfer doch machen! Aber hier sind ja ein paar Kollegen aus Niedersachsen usw. Fragen Sie sie einmal, wenn wir dorthin kommen: Wo wollen wir etwas machen? Dafür haben wir ein Grundgesetz, und da gibt es Grenzen. Wir haben aber die Voraussetzungen und werden sie weiter verschärfen.

Lassen Sie mich nur eine halbe Minute auf föderalistische Egoismen eingehen! Wir sollten den Vätern und Müttern unseres Grundgesetzes sehr dankbar sein, daß sie einen föderativen Staat gebildet haben, in dem sich die Vielfalt der einzelnen

Regionen wiederfinden kann. Schauen wir weltweit herum! Überall brechen Regionalismen auf, weil sich die Menschen in der Breite eines Nationalstaats nicht mehr identifizieren können. Diesen Föderalismus möchte ich, wo immer möglich, unterstützen, selbst wenn es einmal Egoismen geben sollte.

(Beifall)

Ich habe lieber im Einzelfall einen Egoismus als eine Zentrale, die an allen regional so lobenswerten Dingen vorbeigeht. Aber das müssen wir kanalisieren; das ist wahr. Das kann nicht zum Selbstzweck werden.

Lassen Sie mich nur noch einen Hinweis geben! Herr Katzur hat über Kohle usw., vor allem über die Sanierungsmaßnahmen, gesprochen. Ich hatte das Thema generell aufgegriffen. Ich halte das gerade dort für sehr wichtig, weil ich der Meinung bin, jedes Loch müsse wieder zugeschüttet werden. Wir müssen also sehr genau aufpassen, was wo gemacht wird, weil Rekultivierung nicht immer nur darin besteht, daß hinterher wieder Weizen wächst. Das muß man auch deutlich gesagt haben. Genauso sind wir nicht der Meinung, daß sich ökologische Fragen nur in ländlichen Räumen „auszutoben“ haben und in der Stadt nichts zu suchen haben. Ganz im Gegenteil! Es gibt die Stadtökologie. Die ökologischen Fragen der Zukunft sind weltweit, wohin Sie kommen, die Probleme der Agglomerationen. Fragen Sie Herrn Repnik! Die Probleme, die wir weltweit mit Umwelt und Entwicklung haben, sind ganz eindeutig Agglomerationsprobleme: Djakarta, Mexiko City, Sao Paulo, wohin Sie kommen. Wir müssen also schon auch die Stadt im Mittelpunkt sehen.

Zu einem Satz, der mehrmals von Thüringen, aber auch von Bitterfeld gesagt wurde! Die Umweltbildung halte ich natürlich für ganz wichtig. Wir müssen frühzeitig an die Menschen herangehen. Aber lassen Sie uns auch dazusagen: Umweltbildung ist nicht nur etwas, was wir über die Schule zu bewältigen haben; das ist wirklich ein lebenslanger Lernprozeß, der dringlich ist. Manchmal, lieber Herr Heinsch, ist es, das Verhalten steuernd, nicht ausreichend, daß man jemanden nicht nur ausbildet, erzieht und an sein Herz, Sinn und Verstand appelliert; manchmal muß man, damit er sich richtig verhält, an seinen Geldbeutel appellieren. Ihre „Tonnenprobe“ fällt sehr viel schneller gut aus, wenn wir ein Pfand auf die Dose usw. erheben. Sie werden sehen, wie schnell die Mülltonne die „Tonnenprobe“ besteht, die Sie bei Ihnen machen. Dann geht dieser Anteil sehr schnell zurück. Deswegen die Verpackungsverordnung mit Pfand und Rücknahmeverpflichtung. Das ist der Appell an den Geldbeutel, der auch dazugehört.

Zu den anderen noch offenen Fragen kann ich deswegen nur noch bedingt kommen, weil ich mich sonst mit meinem Parteivorsitzenden in die Haare kriege. Ich sehe mich in hohem Maße durch das bestätigt, was unser alter Freund und Weggenosse Sauter zum Familienbetrieb usw. gesagt hat. Das ist absolut richtig. Sie können es generell sagen: Der Familienbetrieb ist immer noch der Betrieb, der nicht nur kapitalintensiv als Agrarproduktionsindustrie arbeitet, sondern bei dem auch noch – ich sage es einmal altmodisch – ein Stück Verbindung zwischen der Scholle und dem auf ihr arbeitenden Menschen gibt. Das ist der Unterschied.

(Beifall)

Das ist ja das, was wir bei der LPG und bei anderen Formen so vermißt haben, weil die Bindung kaputtgegangen ist und nicht mehr vorhanden ist. Außerdem sind das Tier und die landwirtschaftliche Produktion getrennt worden. Deshalb mußte es wohl so kommen. Ich bin noch lange nicht nostalgisch, wenn ich den landwirtschaftlichen Familienbetrieb will; aber ich bin zukunftsorientiert, weil nur der landwirtschaftliche



Familienbetrieb die Verbindung zur Scholle und das richtige Verständnis hat. Das ist meine Überzeugung. Wenn Pflegemaßnahmen, dann lieber über den landwirtschaftlichen Betrieb als über eine andere Einrichtung.

Meine Damen und Herren! Ich habe mich dafür zu entschuldigen, daß ich zu lange gesprochen habe. Laufen Sie schnell zurück ins Plenum! Recht herzlichen Dank!

(Beifall)

**Vorsitzender Kurt-Dieter Grill:** Meine Damen und Herren! Ich bitte nur noch zwei Minuten um Geduld. Als erstes möchte ich mich bei den Podiumsteilnehmern für ihre Beiträge zu unserem Forum bedanken.

(Beifall)

Ich möchte mich bei meinem Mitarbeiter, Herrn Dr. Kubink, der alles vorbereitet hat, bei den Stenographen und den anderen Mitarbeitern bedanken.

Lassen Sie mich noch eine einzige Bemerkung machen! Ich verschlucke jetzt alles, was ich mir für die Schlußworte aufgehoben hatte. Ich sage Ihnen: Es war für mich voraussehbar – ich habe es geahnt, ich habe es in der Mitte der Veranstaltung schon aufgeschrieben, und es hat sich genauso erfüllt –, daß wir hier kein einziges Wort über die Dritte Welt gesprochen haben. Mehr sage ich dazu nicht.

(Zuruf: Ich habe einen Satz dazu gesagt!)

Ich denke, Sie wissen, wie ich das meine: Wir haben uns mit uns beschäftigt und haben die Frage, die Herr Repnik in das Forum einzubringen versucht hat, nicht in dem Maße aufgenommen, wie ich es mir gewünscht hatte. Ich sage das ganz offen und gebe das Ihnen als Mahnung und Ermunterung mit auf den Weg. – Herzlichen Dank dafür, daß Sie hier waren!

(Beifall)



## Forum 5

### Sich der Vergangenheit stellen – Vertrauen gewinnen

	Seite:
Eröffnung:	
Dr. Hans-Ulrich Klose MdL Vizepräsident des Landtages von Nordrhein-Westfalen	516
Einführungsreferat:	
Dr. Alfred Gomolka MdL Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern	522
Podiumsteilnehmer:	
Heinz Eggert Innenminister des Freistaates Sachsen	524
Dr. Helga Schubert Schriftstellerin	526
Rainer Eppelmann MdB	527
Dipl.-Ing. Katharina Landgraf Vorsitzende der Frauen-Union Sachsen	529
Wulf Kirsten Schriftsteller	530
Arnold Vaatz Leiter der Staatskanzlei des Freistaates Sachsen	532
Dr. med. Hans-Joachim Maaz Psychotherapeut	534

---

*Die Seitenangaben beziehen sich jeweils auf den ersten Diskussionsbeitrag*

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** „Sich der Vergangenheit stellen - Vertrauen gewinnen“: Das ist eine Frage, die sich viele Menschen im wiedervereinigten Deutschland vorlegen. Ich glaube, daß von der Beantwortung der Frage, wie wir mit der Vergangenheit umgehen, auch die Entscheidung darüber abhängen wird, wie die Zukunft aussehen wird. Dies wird für das Zusammenleben der Menschen in Deutschland eine außerordentlich wichtige Fragestellung und Entscheidung sein.

Ich darf Sie alle sehr herzlich begrüßen: die Teilnehmer des Podiums, die Parteifreunde, die Gäste, die Presse, alle, die sich hier versammelt haben. Ich hoffe, daß wir am heutigen Morgen auch etwas an Ertrag einbringen bei der Beantwortung der uns gestellten Fragen.

Ich schlage folgendes Verfahren vor: Zunächst werden sich die Teilnehmer des Podiums selbst kurz persönlich vorstellen, damit sie und auch wir – da wir uns bisher auch nicht alle selbst kennengelernt haben – die Möglichkeit haben, einen Eindruck zu gewinnen, wie der einzelne steht, welchen Standort er einnimmt, was er denkt und was er zur Lösung dieser Frage beitragen kann.

Danach wird Herr Gomolka seine Einführung geben, und dann werden wir zu dem Gespräch unter den Podiumsteilnehmern kommen. Aus der Vielzahl der Wortmeldungen, die hier bereits schriftlich vorliegen, entnehme ich allerdings, daß auch bei Ihnen, den Teilnehmern im Saal, ein großes Interesse besteht, zu Wort zu kommen, und dem soll, solange die Zeit reicht, auch entsprochen werden. Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß es ein guter Morgen werden wird.

Ich darf zunächst Herrn Eggert bitten, mit seiner persönlichen Vorstellung zu beginnen.

**Heinz Eggert:** Ich bin 45 Jahre alt. Ich glaube, daß ich bis jetzt noch keine mir selbst neu zugelegte Biographie habe und daß die äußeren Eckdaten, die ich Ihnen jetzt sage, auch stimmen. Ich bin momentan Innenminister des Freistaates Sachsen. Ich bin 1946 geboren; eine ganz normale Schulzeit; FDJ, DSF. Ich war in fast allem drin, – außer dem Demokratischen Frauenbund –

(Heiterkeit)

aus begreiflichen Gründen. Wenn am 20. August 1968 die Wiedervereinigung gekommen wäre, wäre ich eine sogenannte Altlast gewesen. Ich bin keine „Blockflöte“, wie man immer so schön sagt. In der CDU war ich also nicht, in der SED auch nicht.

Für mich war ursächlich für den Umdenkprozeß der Einmarsch der Staaten des Warschauer Paktes in die CSSR. Das hat mir gezeigt, in welchem Staat wir leben.

Dann begann ein relativ schmerzhafter Umdenkprozeß. Ich habe von 1969 bis 1974 in Rostock Theologie studiert und bin dann 17 Jahre lang in einem kleinen Ort im Dreiländereck, in Oybin, Ortspfarrer gewesen, gleichzeitig Studentenpfarrer in Zittau.

In den Zeiten der Wende hatte ich lange Zeit auf meinem Schreibtisch ein Schild stehen: „Kein politisches Amt!“ Ich bin dann im Mai 1990 aber doch bereit gewesen, mich für die Kandidatur zum Amt des Landrats von Zittau zur Verfügung zu stellen, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Ich wollte nicht, daß die sehr Wendigen und Gewendeten erneut die Schaltstellen der Macht besetzen. Ich habe also gesagt: Zunächst einmal selbst versuchen; Scheitern ist nicht schlimm, aber man muß es versucht haben. Ich bin dann Landrat gewesen und bin jetzt, wie gesagt, Innenminister in Sachsen.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! Darf ich Sie, Frau Schubert, auch zu ein paar persönlichen Bemerkungen ermuntern.

**Dr. Helga Schubert:** Ich bin im Jahre 1940 in Berlin geboren und zähle mich zu der ersten Generation, die nicht mehr mit „Heil Hitler“ die Schulstunde begann. Ich finde, das ist eine sehr wichtige Generation, und ich möchte auch nachher in der Diskussion zu der Aufgabe des Teils dieser Generation, der im Osten geblieben ist, so wie ich sie sehe, etwas sagen.

Ich habe in Berlin das Abitur gemacht, habe Psychologie studiert und habe von 1963 an – nachdem ich an der Humboldt-Universität das Diplom in Psychologie gemacht hatte – insgesamt 23 Jahre lang in der Erwachsenenberatung und in der Psychotherapie gearbeitet, zunächst als klinische Psychologin, dann als Fachpsychologin der Medizin.

Gleichzeitig habe ich geschrieben und bin mit der Bürgerschaft von Sarah Kirsch 1975 in den Schriftstellerverband aufgenommen worden sowie 1987 in das PEN-Zentrum der DDR. Ich habe mehrere Bücher veröffentlicht. Nur mein erstes Buch ist zuerst in der DDR erschienen, alle anderen zunächst in der Bundesrepublik. Mein letztes Buch über Denunziantinnen der Nazi-Zeit habe ich nach Akten geschrieben.

Anfang 1991 bin ich aus dem PEN-Zentrum der ehemaligen DDR ausgetreten, weil ich es nicht richtig gefunden habe, daß meine Kollegen sich dem in meinen Augen sehr höflichen Ansinnen des West-PEN widersetzt haben, einzeln über ihre Vergangenheit Auskunft zu geben. Sie fanden diese Frage nicht richtig. Ich bin ausgetreten und habe den Antrag gestellt, in den West-PEN übernommen zu werden. Das ist vor zwei Wochen dann auch erfolgt.

Ich bin immer parteilos gewesen und bin es auch heute. Ich gehörte 1989 zu den 20 Künstlern, die in der Erlöserkirche eine Untersuchungsgruppe gegen die Übergriffe der Polizei gegen unsere Kinder und Jugendlichen forderten. Das war diese Veranstaltung „Gegen den Schlaf der Vernunft“. Nach der sogenannten Wende bin ich Pressesprecherin des zentralen Runden Tisches gewesen.

Danach habe ich mich aus der politischen Arbeit zurückgezogen, weil ich jetzt zum erstenmal den Eindruck habe, in meinem Beruf als Schriftstellerin wirklich in der Weise nachdenken, experimentieren und auch veröffentlichen zu können, wie ich es mir ein Leben lang gewünscht habe. Ich gehöre also zu denen, die sich nach dem Ende der Diktatur wirklich von einem Alptraum erlöst fühlen. Aber auf der anderen Seite sehe ich durchaus, daß wir alle in einem großen Theater gelebt haben, und ich sehe meine Rolle in diesem Theater auch.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! Herr Eppelmann, bitte!

**Rainer Eppelmann:** Ich bin geboren 1943, seit einer Reihe von Jahren verheiratet und Vater von fünf Kindern. Ich kenne die DDR-Gefängnisse zumindest aus einer Zeit von acht Monaten von innen und habe auch länger, als ich ahnte, mit der Staatssicherheit zu tun gehabt. Ich bin in der DDR parteipolitisch nicht gebunden gewesen, auch nicht gewerkschaftlich, auch nicht in der FDJ. Ich bin Initiator und Mitgründer des Demokratischen Aufbruchs gewesen und habe in der Zeit nach dem 9. November 1989 versucht, das umzusetzen, wovon ich viele Jahre vorher geträumt habe und versucht habe zu reden, zu beten und zu singen.

Ich empfinde mich als einen Menschen, der West und Ost ist, alt und neu. West und Ost deswegen, weil ich drei Jahre meines Lebens in West-Berlin aufs Gymnasium

gegangen bin – vor dem 13. August 1961 –, eine Zeit, für die ich ungeheuer dankbar bin; alt und neu deswegen, weil das Alte vorbei ist, Gott sei Dank vorbei ist, und spätestens mit dem 18. März 1991 etwas Neues begonnen hat, das wir gemeinsam packen müssen, wobei ich aber den Eindruck habe, daß wir immer noch in der Phase sind, wo wir über das Alte nachzudenken haben.

Da ich hier als ein Betroffener rede und nicht als einer, der es besser weiß, möchte ich auch gleich eine Bitte an uns alle richten – nicht nur die, die wir hier zuhören, sondern auch die, die von diesem Forum berichten werden –: In jedem Falle reden wir von Menschen. Darum würde ich bitten, daß wir nicht anfangen, über „musikalisches Holz“ oder über gewisse „Strümpfe“ zu reden. Beides ist nach meiner Meinung für Menschen eine unangemessene Bezeichnung.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! Herr Gomolka, bitte!

**Dr. Alfred Gomolka:** Ich bin 1942 in Breslau geboren, lebte von 1945 bis 1960 in Thüringen – in Eisenach – und seit dieser Zeit im Norden, überwiegend in Greifswald. Ich war Assistent und Dozent für physische Geographie an der Universität in Greifswald. 1960 trat ich in die CDU ein, 1968 – nach dem Einmarsch – aus und 1971 angesichts der veränderten politischen Situation wieder ein. Ich engagierte mich seit Mitte der 70er bis Mitte der 80er Jahre in der Politik, in der Kommunalpolitik.

Im Rückblick ist das zwangsläufig eine Gratwanderung gewesen zwischen dem Bemühen, dem einzelnen Bürger zu helfen und seine Situation erträglich zu gestalten, und der Gefahr, dem Mißbrauch ausgesetzt zu sein. Das war für mich Anlaß, mich dann zurückzuziehen. Ich wurde erst wieder im Sommer 1989 aktiv, als wir in unserem Kreisverband gezielt auch auf eine Erneuerung der CDU hinarbeiteten.

Das Vertrauen, das mir im Januar 1990 im Kreisverband mit der Wahl zum Kreisvorsitzenden geschenkt wurde und das mich seitdem begleitet, ist mir der notwendige Halt auch bei den weiteren politischen Schritten. Ich war Abgeordneter der letzten Volkskammer, wurde überraschend zum Spitzenkandidaten der CDU für das Land Mecklenburg-Vorpommern zu den Landtagswahlen gewählt und bin seit 416 Tagen der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! Damit ist nicht gesagt, daß ein Ministerpräsident immer jeden Tag seiner Amtszeit zählen muß! – Herr Müller, bitte!

**Dr. Gottfried Müller:** Ich bin Jahrgang 1934, von Haus aus Theologe und seit mehreren Jahrzehnten als Büchermacher und Zeitungsmacher im Auftrag der Kirche tätig. Als solcher hatte ich Anteil an einer pressegeschichtlich recht interessanten Erscheinung: daß in der DDR-Zeit die kleinen evangelischen Kirchenblätter eine Rolle zu spielen begannen, die ihnen selbst nie eingefallen wäre, nämlich eine Art Stellvertreterrolle für die allgemeine Presse. Dadurch bin ich hineingewachsen in ein Abfühlen der politischen Vorgänge. Ich habe in den 80er Jahren dann regelmäßig eine Kolumne geschrieben, auf die ich auch heute noch angesprochen werde, und das macht mir am meisten Freude. Von dieser Nähe zu den politischen Vorgängen in der DDR – die man natürlich auch mit Eingriffen des Presseamts und Verbot der Zeitung bezahlen mußte – her bin ich auch in die Reformbewegung der CDU hineingekommen, daß wir nämlich im Jahre 1989 dachten, man sollte doch – während die anderen, wie Herr Eppelmann, Herr Richter und andere, sich bemühten, neue Strukturen der Reform außerhalb des offiziellen Betriebs aufzubauen – den Versuch machen, ob

nicht auch eine kleine, an sich bedeutungslose Partei, die aber doch in irgendeiner Weise konstitutiv für das System ist, dazu zu benutzen ist, sie zu ihrer eigenen Reform zu bringen und sie dann vor allen Dingen als Instrument der gesamtgesellschaftlichen Reform brauchbar zu machen. Aus diesen Überlegungen heraus bin ich Mitverfasser des sogenannten „Briefes aus Weimar“ gewesen, der am 10. September 1989 erschienen ist – zeitgleich mit dem Entstehen des Neuen Forums, des Demokratischen Aufbruchs sowie von „Demokratie jetzt“ - und der für meine Begriffe schon die Richtigkeit des Konzepts bestätigt hat. Daß da noch viele Probleme offengeblieben sind, ist ganz klar.

Soviel zu meiner Biographie. Jetzt bin ich Präsident des Thüringer Landtages.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! Frau Landgraf, bitte!

**Katharina Landgraf:** Ich bin 37 Jahre alt. Ich komme aus Sachsen, aus der Nähe von Leipzig. Ich stamme aus der Landwirtschaft und habe auch so etwas Ähnliches studiert, nämlich Meliorationswesen. Ich gehöre eigentlich mehr der Gruppe der „normalen Bürger“ an – so fühle ich mich auch -, und ich möchte hier den Standpunkt des Menschen auf der Straße vertreten, auch der Frauen damit. Ich habe eigentlich mehr in einem Nischen-Dasein gelebt. Ich war kein tapferer Revolutionär – das muß ich kritisch eingestehen – und bin erst im Juli 1988 in die CDU eingetreten, als uns klargemacht wurde, daß mit anderen Leuten und aktiven Christen diese Partei eventuell verändert werden könnte. Nach einem Jahr haben wir dann festgestellt, daß das nicht geht, und wollten wieder austreten.

Dann kamen die Demos in Leipzig. Ich war nicht mit bei der allerersten. Das lag daran, daß wir eben ein bißchen feige waren. Später waren wir aber mit dabei. Ich bin nicht zum Austritt gekommen und hatte mir dann wieder Hoffnungen gemacht.

Ich bin dann mehr oder weniger durch einen Zufall in die Volkskammer gekommen, also weg vom Land, in eine vollkommen neue Welt, in die Politik. Ich muß sagen, ich habe noch nicht ganz vergessen, wie das eigentlich war, auch angesichts dessen, woher ich komme. Ich hoffe, daß ich dadurch hier auch etwas mit einbringen kann.

Seit Februar 1990 bin ich bei der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bildungswerk Leipzig, und bemühe mich, die Mauern in den Köpfen der Menschen durch politische Bildung abzubauen. Das ist eine sehr schöne Sache. Außerdem bin ich kürzlich Vorsitzende der Frauen-Union hier in Sachsen geworden und stellvertretende Vorsitzende der sächsischen CDU.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! Herr Kirsten, bitte!

**Wulf Kirsten:** Ich bin 1934 in einem Dorf bei Dresden geboren und habe in dieser Landschaft bis 1957 gelebt. Nach einem Lehrer-Studium in Leipzig war ich 22 Jahre Verlagslektor in Weimar. Seit 1965 lebe ich in Weimar und war einige Jahre freischaffender Schriftsteller.

Meine ersten großen politischen Probleme hatte ich in den Jahren 1977 bis 1979. Die Konsequenzen habe ich dann erst relativ spät, 1979, gezogen, indem ich mein Amt – ich habe mich um junge Autoren im Bezirk Erfurt gekümmert – niedergelegt und gegen den Ausschluß der Schriftsteller bei Kant protestiert habe.

1983/84 hatte ich die nächste Kollision, als einer meiner Söhne von der Staatssicherheit inhaftiert wurde und wir – d.h. meine Familie – damals politisch zu einem bestimmten Verhalten gezwungen wurden. Von dieser Zeit an trug ich, wie meine anderen Familienangehörigen, ein Kainszeichen.

Als Parteiloser bin ich im Herbst 1989, schon bevor es losging, Mitglied von „Demokratie jetzt“ geworden, und zwar über einen Freund, der damals zu dieser Gruppierung gehörte und der jetzt in der SPD ist. Ich bin dann in der Bürgerbewegung geblieben. Nur bin ich Anfang 1990 zum Neuen Forum gegangen, weil ich innerhalb dieser Gruppierung in Weimar keine oder zuwenig Betätigungsmöglichkeiten sah.

Ich habe dann ein Jahr lang ausschließlich politisch gearbeitet, ehrenamtlich. Ich habe im kommunalen Bereich der Stadt Weimar politisch gearbeitet und habe mit Pfarrer Erich Kranz den Untersuchungsausschuß aufgebaut; ich habe mich also speziell mit Problemen der Staatssicherheit beschäftigt. Seit Dezember 1990 bin ich Sekretär der Schiller-Stiftung. Ich bin also nicht beruflich in die Politik gegangen, sondern versuche, Schriftsteller zu bleiben.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! Herr Vaatz, bitte.

**Arnold Vaatz:** Einige meiner Vorredner haben damit begonnen, ihr Geburtsjahr zu nennen. Ich möchte das Jahr nennen, in dem ich in die sechste Klasse gekommen bin; das ist 1967. Damals begann für uns der Geographie-Unterricht über das Thema DDR hinauszudringen, und wir lernten zum erstenmal die Bundesrepublik kennen. Eine Gestalt hat sich mir hier besonders eingepägt: die Gestalt des Marschbauern, der sich, den Wechsel der Gezeiten ausnutzend, immer weiter Richtung Meer vorkämpft und auf diese Weise Land gewinnt. Ich habe nämlich entdeckt, daß das die normale Biographie des DDR-Bürgers war.

(Heiterkeit und Beifall)

So war auch mein Leben dem schrittweisen Erwerb von kleinen Freiräumen gewidmet, allerdings beeinträchtigt durch den persönlichen Ekel, als Etikett für einen potemkinschen Pluralismus zu dienen. Aus diesem Grunde konnte ich mich keiner Partei anschließen.

Da ich aber politisch sehr interessiert war, habe ich mich doch nach und nach politisch orientiert und spätestens seit Mitte der 80er Jahre immer mehr der CDU-West verwandt gefühlt. Dazu haben einige Mosaiksteinchen beigetragen. Ich möchte eine willkürliche Auswahl nennen: Zum Beispiel die Haltung der SPD zur Erfassungsstelle in Salzgitter, das gemeinsame Grundwerte-Papier von SPD und SED oder die Position der CDU-West zur deutschen Einheit, die über viele Jahre hin unerschüttert war. Dieses hat mich beeindruckt, während ich mich von der anderen Seite des politischen Spektrums immer weniger ernstgenommen und wahrgenommen fühlte.

Ich bin kein Verfasser des „Briefes von Weimar“, aber ein Leser desselben und auch ein Leser der „Schlacht von Kesselsdorf“, die Sie, Herr Kirsten, geschrieben haben. Ebenso bin ich ein Leser des Referats von Lothar de Maiziere; und da es dort hieß – ich zitiere: „Die CDU trägt durch den politischen Sündenfall der geduldeten Gleichschaltung Mitschuld am moralischen Verfall der gesamten Gesellschaft“ - ich hoffe, daß man das heute noch zitieren darf -, habe ich mich für diese CDU-Ost interessiert und bin schließlich dort eingetreten, auch weil es noch ein anderes Buch in meinem Leben gab, das mich irgendwie fasziniert hat; es ist geschrieben von einem populärwissenschaftlichen Schriftsteller der ehemaligen DDR, Bernd Karger-Decker, und es heißt „Ärzte im Selbstversuch“. Das wollte ich in der Politik praktizieren.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! – Darf ich Herrn Maaz bitten, das Wort zu ergreifen.



**Dr. Hans-Joachim Maaz:** Ich bin 1943 im ehemaligen Sudetenland geboren, in Sachsen groß geworden und habe in Halle Medizin studiert. Ich bin Nervenarzt und Psychotherapeut. Ich hatte 1974 einen für mich einschneidenden Konflikt mit dem „System Psychiatrie“ in diesem Land und habe erst damals begriffen, daß ich in dieser Auseinandersetzung das System des ganzen Staates angriff. Damit war meine berufliche Karriere erst einmal beendet.

Ich bin dann Emigrant im eigenen Land geworden, nämlich in der Diakonie, die mir die Möglichkeit eröffnete, eine Psychotherapie-Klinik zu führen. In dieser Zeit habe ich Werte, die für mich und andere Menschen von Wichtigkeit waren – nämlich Offenheit, Ehrlichkeit, menschliche Herzlichkeit – als sehr wichtig empfunden, und mit der Wende sah ich mich moralisch in die Pflicht genommen, diese Werte aus der klinischen Erfahrung in die Gesellschaft hinauszutragen. Ich habe darüber Bücher geschrieben, einmal getragen von dem, was in mir aufgestaut war an Wissen über die psychosozialen Wirkungen und Folgen der ehemaligen DDR, dann aber auch in der Enttäuschung über den Prozeß der Wende und der deutschen Vereinigung. Ich halte die deutsche Vereinigung bisher auch für einen menschlich unglücklichen Prozeß.

Ich bin in der DDR parteilos gewesen, bin es auch jetzt, und ich denke, ich werde es auch bleiben. Dennoch verstehe ich mich und meine Arbeit als sehr politisch. Denn in dem Moment, wo wir menschliche Werte in die Diskussion einführen, ist das schon ein Politikum. Das war schon zu DDR-Zeiten so: Offenheit und Ehrlichkeit galten als politisch subversiv.

Daß ich hier sitze, verdanke ich – so denke ich – vor allen Dingen meinen kritischen Analysen. Ich will es auf einen Punkt bringen: Vergangenheitsbewältigung muß vor allen Dingen ein innerer Prozeß sein. Wir hatten in DDR-Zeiten auf eine makabre Art und Weise „Sozialismus“ gelernt und gespielt, und jetzt fürchte ich, daß wir auf eine ähnlich makabre Weise „Demokratie“ spielen. Das ist etwas, was mich beunruhigt und weshalb ich diesen notwendigen inneren Prozeß an Vergangenheitsbewältigung einklage – übrigens ein Prozeß, den ich nicht nur für uns Ostdeutsche, sondern auch für die Westdeutschen als notwendig erachte.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön!

Der Gesprächsleiter ist zwar nicht der Wichtigste; aber ein paar Sätze auch zu meiner Person: Ich bin in der Nähe von Berlin geboren, bin in Falkenhausen aufgewachsen, dort zur Schule gegangen, war in den 40er und Anfang der 50er Jahre Mitglied der Jungen Gemeinde und bin 1952 in die Ost-CDU eingetreten. Ich hatte dann Kontakte zum Ost-Büro der CDU – eine ruhmreiche Einrichtung in der Geschichte unserer Partei -, und man sollte einmal daran denken, die Geschichte dieser Einrichtung mit aufzuarbeiten. Das wurde dem Staatssicherheitsdienst bekannt. Ich bin 1956 verhaftet und vom Bezirksgericht Potsdam zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt worden. Diese Zeit habe ich in Potsdam und in Brandenburg verbracht. Nach meiner Haftentlassung bin ich nach Nordrhein-Westfalen gekommen und bin dann entgegen meiner ursprünglichen Absicht doch wieder politisch tätig geworden und habe in verschiedenen kirchlichen und politischen Ämtern als Kommunalpolitiker und als Landespolitiker gewirkt.

Ich habe 1987 eine Begegnung mit Erich Honecker gehabt, als viele meinten, er sei auf dem Höhepunkt seiner Macht und die DDR sei ein für allemal in der Geschichte etabliert. Es gab Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch, und ich habe ihm gesagt: Wir haben beide teilweise ein gemeinsames Schicksal. – Honecker: Wieso? –

Ich sagte: Wir haben beide unter demselben Dach, wenn auch zu unterschiedlichen Zeiten, gelebt. – So?!, meinte er. – Ich sagte: Sie waren zehn Jahre in Brandenburg unter den Nazis unter diesem Dach und ich ein Jahr unter Ihnen; das vergißt man so schnell nicht! – Nein, sagte er, da haben Sie recht; das vergißt man nicht mehr. – Ich: Dann tun Sie mir einen Gefallen und lassen Sie die politischen Gefangenen heraus! – Darauf sagte er: Das wird geschehen! – Daß die letzten Gefangenen freigelassen worden sind nach dem Fall der Mauer, daran haben damals beide Gesprächspartner nicht gedacht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte jetzt bitten, daß Herr Gomolka die Einführung in das Thema gibt.

**Dr. Alfred Gomolka:** „Sich der Vergangenheit stellen – Vertrauen gewinnen“: über dieses Thema wird so viel gesprochen, daß Wiederholungen fast unvermeidlich sind. Aber jeder von uns hat wohl seine persönliche Sicht, die aus eigenen Erfahrungen gewonnen ist. So wird wohl ein Spannungsfeld bestehen bleiben, und deshalb muß auch jeder ehrlich gemeinte Beitrag, auch wenn er unvollkommen ist, willkommen sein und ernstgenommen werden, auch wenn überwiegend nur Fragen gestellt werden, wie ich es versuche.

„Sich der Vergangenheit stellen – Vertrauen gewinnen“: Kaum ein Titel kann so viel aussagen wie dieser. Hier wird ganz schlicht festgestellt, daß wir eine Vergangenheit zu bewältigen haben. Aber warum schränken wir das häufig gedanklich schon ein? Muß es zwangsläufig eine belastende Vergangenheit sein? Lassen wir uns schon wieder Gedankenrichtungen vorgeben oder suggerieren? Sind wir schon wieder dabei, Entschuldigungen zu finden statt Erklärungen? Beginnen wir schon wieder damit, die Bewältigung der Vergangenheit auf Schuldzuweisungen zu beschränken?

Das alles sind Fragen, denen sich gerade Politiker im Osten zu stellen haben. Wird uns Politikern im Osten nicht voll vertraut, aus Gründen der Vergangenheit? Und wie ist das im Westen?

Für jemanden aus den neuen Ländern – und gerade auch für mich - stellt sich in der Tat die Frage nach der Vergangenheit. Sie wird in der Öffentlichkeit gestellt. Der politische Gegner, der kritische Zeitgenosse, aber auch der Nachbar stellt sie. Es wird mit Fingern gezeigt. Boulevardblätter brüsten sich mit „Enthüllungen“, und immer mal wieder stolpert einer über seinen Schatten von gestern. Und wenn er zur Strecke gebracht ist – nehmen wir an: zu Recht zur Strecke gebracht -, heißt es, daß dann wieder ein Stück Vergangenheit bewältigt ist. Und ist auch nur ein Quentchen Vertrauen dabei herausgekommen? – Wie kann man überhaupt Vertrauen gewinnen? Das war für mich eine Kernfrage während der letzten 40 Jahre, da Vertrauen permanent vom Staat eingefordert wurde. Meine Distanz beruhte darauf, daß Vertrauen nur auf Gegenseitigkeit beruhen kann und daß dieser Staat mir in vielen Punkten eben kein Vertrauen entgegenbrachte und ich deswegen auch kein volles Vertrauen zu ihm haben konnte.

Offensichtlich also ist die Bewältigung der Vergangenheit bei dem einen nicht die Sache des anderen, und das nicht nur, weil es Vertrauen gelegentlich eher zerstört als neues Vertrauen begründet. Bewältigen muß jeder seine Vergangenheit selbst. Da muß er sich sehr offen und sehr ehrlich selbst fragen, wie er heute bestehen kann mit dem, was er als Last von früher mit sich trägt. Es ist wirkliche Gewissenserforschung. Und jeder hat daraus die Konsequenz zu ziehen: seinem Gewissen folgend und sich selbst zuliebe, aber auch um einen Verlust von Vertrauen zu vermeiden, der immer droht. Diese Aufgabe kann niemandem abgenommen werden.

Das ist gewiß leichter gesagt als getan. Wie nahe liegt es doch und wie menschlich ist es, die Dunkelstellen zu übergehen! Der Versuch, sie vergessen zu machen, besteht freilich. Wer will schon die berühmten-berühmten schlafenden Hunde wecken, wenn sie das eigene Ein- und auch Fortkommen und mehr noch das der Familie zerstören könnten?! Hier wirkt nicht nur der menschliche Erinnerungsoptimismus, dem sich das Gewissen gern opfert; es wirkt vor allem auch der politische wie menschliche Selbsterhaltungstrieb. Wie oft werden so selektiv Positionen aufgebaut, glättende Formulierungen gesucht; wie oft wird ein Alibi konstruiert! Bald ist ein ganzes Gebäude fertig, das im Einzelfall vielleicht sogar Bestand haben mag, - im Einzelfall! Wie lange?

Wie gesagt, das mag alles gelegentlich gutgehen, und dennoch hilft es auf Dauer nichts. Denn jedes Gerüst wirkt irgendwann gekünstelt; die von ihm gestützten Argumente werden leicht und basislos; Cleverness kommt auf, und wo sie vorherrscht, schwindet das Vertrauen in die Ehrlichkeit, die Offenheit, die innere Überzeugung des Politikers. Der Wähler hat ein feines Organ hierfür, und das ist kein Fehler! Der Vertrauensverlust des Wählers in die Politik hat sehr viel mit dieser vermeintlichen Cleverness und häufig gekünstelter Selbstsicherheit zu tun.

Verkommt auf diese Weise die Bewältigung der Vergangenheit zum Rechtfertigungsversuch? Wird ein solches Verhalten vielleicht auch durch aufgebauschte und haltlose Vorwürfe produziert?

Wer von uns, die wir in den letzten Jahrzehnten hier leben mußten, hat nichts in seinem Inneren zu überdenken? Aber welcher damals Außenstehende kann die Bandbreite von Verhaltensmustern zwischen Martyrium und Kollaboration auch nur ansatzweise nachvollziehen?! Inwieweit gestehen wir uns alle ein, daß wir eine Gemeinde der Irrenden waren? Inwieweit gestehen wir uns ein, Gefühle und Meinungen verdrängt zu haben? Warum lassen wir uns verleiten, dieses traurige Spiel fortzusetzen? Warum haben wir nicht den Mut, die zehn Gebote auch nach außen hin als Normen unseres Handelns zu nennen? Waren diese Gebote nicht das wichtigste Korrektiv in unserem Leben während der vergangenen Jahrzehnte? Halfen sie uns nicht bei der Entscheidung, wie weit wir uns in eine Gesellschaft einbringen dürfen, auch in eine Gesellschaft, die diese Gebote zu verdrängen und zu ersetzen versuchte, in eine Gesellschaft, die permanent Engagement forderte und zugleich mißbrauchte? Lassen wir uns jetzt andere Normen als diese Gebote aufdrängen? Besteht unsere Schuld darin, hier gelebt zu haben?

Und müssen derartige Fragen nur von Politikern in den neuen Ländern gestellt werden, denen man in der Regel eher eine Vergangenheit unterstellt? Das Jonglieren mit Argumenten, die Anpassung an Meinungstrends und Umfrageergebnisse, das geflissentliche Eingehen auf die „Erfordernisse der Zeitläufte“, das Zum-Munde-Reden ist eine Versuchung für Politiker jeder Herkunft. Auch in den alten Bundesländern gibt es deshalb das Problem der Vergangenheitsbewältigung. Es liegt nicht in der Frage der Kooperation oder im Paktieren mit einem zutiefst undemokratischen System, sondern in der Wendigkeit politischen Verhaltens und im Nutzen-Denken in der Politik. Auch hier ist Vergangenheit zu bewältigen, um Vertrauen wiederzugewinnen, das einer Politikverdrossenheit im Westen gewichen ist.

Wir Politiker nehmen für uns das Recht des politischen Irrtums in Anspruch. In Grenzen wird es uns zugestanden. Nicht zugestanden wird uns auf Dauer eine Politik von Wahl zu Wahl oder gar eine von Fall zu Fall. Das ist für mich eine Haltung ohne Grundüberzeugung, ohne ethische Basis. Krumme Linien und Brüche in der Politik unterliegen dem Verdikt.

Ein Beispiel dafür – um beim Verhältnis zwischen alten und neuen Ländern zu bleiben – ist die wechselnde Haltung der politischen Führung in der Bundesrepublik-alt gegenüber der Ex-DDR – und man glaube nicht, daß sie ohne Einfluß geblieben ist in den neuen Ländern –, diese Haltung in den letzten vier Jahrzehnten der Existenz dieser DDR. Von der strikten Ablehnung in den 50er Jahren über die ständig fortschreitende Aufweichung bis zur Einladung Honeckers als Staatsgast reicht die Palette. Dieser Wandel erfolgte bei vielen Politikern sicherlich nicht leichten Herzens. Aber gerade auch die, die sich politisch bis zuletzt gegen eine solche Entwicklung sträubten, gaben schließlich nach, weil sie es für unklug hielten. Der politischen Überzeugung standen der Trend und die vermeintliche öffentliche Meinung gegenüber. Vieles an Bedenken und persönlichem Empfinden wurde dabei hintangestellt – des politischen Nutzens wegen. Heute wären viele froh, sie wären weniger der vermeintlichen Opportunität gefolgt. Auch das sind Vergangene, die es zu bewältigen gilt.

Wieviele meinen, Korrekturen und Anpassung seien für die politische Akzeptanz einer Partei beim Wähler zwingend notwendig! Nicht nur, weil ständige Neuorientierungen die Öffentlichkeit eher verwirren, wird das Vertrauen erodiert. Zu leicht entsteht der Eindruck, daß die erwünschte kundige Führung der Öffentlichkeit durch die Politik in ein Nachlaufen umgeschlagen ist. Das langfristige Ziel tritt in den Hintergrund; es zählt der Tagesgewinn. Die ethische Grundlage, das Gesetz, nach dem wir angetreten sind: es verblaßt. Nichts ist verhängnisvoller für das Vertrauen, auf das wir angewiesen sind, als dies.

Vertrauen gewinnen setzt Umkehr voraus. Seien wir ehrlicher untereinander mit uns selbst und gegenüber der Mitwelt! Prüfen wir uns, woher wir kommen, prüfen wir unsere Vergangenheit! Die einen müssen sich fragen, ob sie vielleicht doch mehr als politische Mitläufer waren und durch ihr Verhalten Schuld auf sich geladen haben. Die anderen sollten sich die Frage nach politischer Ehrlichkeit in der Überzeugung stellen.

Warum denken wir in Zeitspannen von Legislaturperioden? Denken wir doch mehr in Grundüberzeugungen! Wir müssen glaubwürdiger sein. Dann werden wir auch das Vertrauen gewinnen, ohne das wir nicht handeln können. Und dann werden wir auch die letzte Frage, die ich heute stellen möchte, beantworten können: Wer soll, wer darf politische Verantwortung übernehmen?

Meine Damen und Herren, sich der Vergangenheit stellen müssen nicht nur die Menschen in den neuen Ländern. Das ist ein Anspruch, der sich für jeden in der Politik jeden Tag aufs neue stellt.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich danke Herrn Gomolka: Blick in die Vergangenheit, Blick in die Zukunft; Bewältigung der Vergangenheit – sofern man diesen Begriff überhaupt so verwenden kann – nicht nur bei den Menschen in der ehemaligen DDR, in den neuen Bundesländern, sondern überall in Deutschland.

Wir haben vorgesehen, daß nun jeder Podiumsteilnehmer inhaltlich Stellung nimmt. Ich darf zunächst Herrn Eggert bitten.

**Heinz Eggert:** Es ist ja relativ schwierig, die Vergangenheit zu bewältigen in einer Zeit, in der es 17 Millionen „Widerstandskämpfer“ gibt

(Heiterkeit)

und der letzte gerade dabei ist, nach Nordkorea zu fliegen.

(Beifall)

Es ist auch sehr schwierig, Vergangenheit zu bewältigen, wenn jene, die nicht in dem Teil Deutschlands gelebt haben, der sich dem Sozialismus verpflichtet fühlte, für sich insgeheim überlegen, wo sie wohl gestanden hätten in 40 Jahren DDR, wo sie sich selbst eine persönliche Aufrechnung machen, in der sie wissen, daß sie nicht dumm sind, daß sie klug sind, daß sie jederzeit ihre Dynamik eingebracht hätten in irgendwelche Prozesse. Dann habe ich manchmal den Eindruck, sie kommen den Tätern ein wenig näher als den Opfern. Ich glaube, es ist momentan ein Grundkonsens, daß man sich – auch in der Presse – mehr mit den Tätern beschäftigt als mit den Opfern und daß die Täter daraus noch erhebliche finanzielle Vorteile ziehen.

(Beifall)

Es ist insgesamt schwierig, zu diesem Thema Stellung zu beziehen, weil dieses Thema immer noch etwas mit Schmerzen zu tun hat. Ich glaube auch, daß dieses Thema von denen, die jetzt neu politische Verantwortung übernommen haben, immer noch schmerzlich berührt getragen wird. Wir sind an dieser Stelle noch nicht so sehr Politiker, wie man sie sich im allgemeinen vorstellt, wo alles über den Kopf geht und wenig über das Herz.

Ich weiß natürlich, daß Schuldbewältigung nur möglich ist, wenn derjenige, der Schuld auf sich geladen hat, sich diesem Prozeß auch selbst unterziehen kann und unterziehen will, und ich frage mich, welche Möglichkeiten wir haben, jemanden zu einer Schuldaufarbeitung zu zwingen. Das geht nicht. Deshalb gibt es für mich zwei ganz einfache Sätze.

Der eine Satz ist: Wer sehr konform mit dem DDR-System gearbeitet hat und wer dadurch anderen in der DDR Mut genommen hat, sich gegen diese beängstigenden DDR-Parteiverhältnisse zu stellen, der kann heute nicht von den Steuergeldern seiner ehemaligen Opfer bezahlt werden.

(Beifall)

Der zweite Satz ist – und das weiß ich als Theologe sehr wohl -: Man kann auch schuldig werden, wenn man jemandem, der seine Schuld einsieht und sich ändern will, die Möglichkeit auf Änderung verstellt, indem man ihn ständig so unbarmherzig attackiert, daß er keine Möglichkeit zur Umkehr mehr hat.

Zwischen diesen beiden Sätzen liegt bei mir irgendwo dieses Feld der Vergangenheitsbewältigung.

Wir haben alle die Erfahrung gemacht, daß die Rechtsstaatlichkeit, die wir herbeigesehnt haben und die jetzt zu haben wir sehr froh sind, nicht tauglich ist, die Verbrechen der DDR-Vergangenheit aufzuarbeiten, und es scheint, als gebe es hierfür kein juristisch-rechtliches Mittel. Aber es gibt sehr wohl, glaube ich, moralische Mittel. Die Bevölkerung der ehemaligen DDR achtet sehr auf die Wahrhaftigkeit ihrer Politiker, und diese Menschen bekommen von daher entweder Mut in bezug auf all die Dinge, die sie momentan bewältigen müssen – und wer ein wenig über die Verhältnisse in den neuen Bundesländern Bescheid weiß, dem ist bekannt, wie wahnsinnig viel innerhalb kürzester Zeit bearbeitet und verarbeitet werden muß -, indem sie sagen: Die Verhältnisse, die uns momentan noch bedrücken – Arbeitsmarkt usw. – sind nicht auf Ewigkeit fortgeschrieben, sie werden sich ändern. Oder aber sie werden entmutigt, weil sie sagen – und das sagen sie ganz einfach -: Es sind die gleichen Gesichter wie gestern, nur mit einem anderen Parteiabzeichen.

Das ist der Konflikt, in dem wir hier stehen, der etwas mit Ermutigung, Entmutigung zu tun hat und der auch etwas mit dem „Aufschwung Ost“ zu tun hat. Es wäre verfehlt, zu

denken, daß der „Aufschwung Ost“ nur durch die Gelder, die in reichlichem Maße zur Verfügung gestellt worden sind, kommt; er kommt nicht, wenn nicht gleichzeitig eine Aufarbeitung geschieht und wenn nicht moralische Dimensionen und Utopien dazukommen.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Frau Schubert, bitte schön!

**Dr. Helga Schubert:** Ich habe hier sehr viele Zettel. Ich kann nur einen Teil dessen, was ich dort notiert habe, andeuten. Herr Eggert hat gleich ohne Konzept gesprochen, und das ist auch richtig so.

Ich möchte zunächst etwas unter sprachlichen Gesichtspunkten sagen zu der Formulierung „Sich der Vergangenheit stellen – Vertrauen gewinnen“. Das hat für mich etwas sehr Aggressives: was die Vergangenheit jetzt mit mir vorhat oder ich mit ihr. „Sich der Vergangenheit stellen“ könnte bedeuten, sich einem Haftbefehl stellen: Man gibt die Flucht vor der Vergangenheit auf; die Vergangenheit klagt einen an, man verteidigt sich; die Vergangenheit verurteilt einen oder sie spricht frei oder sie rechnet mildernde Umstände an. „Sich der Vergangenheit stellen“: also hat die Vergangenheit das Recht auf ihrer Seite. Oder geben wir ihr vielleicht zuviel Rechte über uns und über unser Denken?

Die aggressive Alternative wäre: die Vergangenheit bewältigen, überwältigen, verarbeiten. Ich denke da an einen Fleischwolf für Menschenfleisch. Es sind ja Menschen, es ist unsere eigene Vergangenheit, worum es geht.

Ich glaube nicht, daß wir jetzt „Demokratie spielen“. So weit habe ich mir mein Vertrauen in der Diktatur nicht zerstören lassen. Ich hatte nur die Hoffnung verloren. Meine Hoffnung ist zerstört worden, aber nicht mein Vertrauen, daß das überhaupt möglich ist, für andere zumindest.

Ich bin auch nicht enttäuscht über meine Mitbürger. Gerade weil ich relativ außen stand – obwohl ich immer berufstätig war –, habe ich doch zweimal in Berufsebenen gearbeitet, die von der SED sehr privilegiert wurden. Das war einmal der medizinische Bereich: Es gingen zu viele Ärzte in den Westen, also mußte man sie gut behandeln. Das war also für viele ein Refugium. Das andere war meine Tätigkeit in der Schriftstellerei. Da waren wir ja überhaupt die Hofnarren und das Alibi.

Also gerade weil ich es mir leisten konnte, relativ außen zu stehen, möchte ich anregen, das Vergangenheitsproblem etwas humorvoller zu nehmen und nicht in Ehrfurcht vor den 6 Millionen Akten, die bei uns erstellt worden sind, zu erstarren. Es ist nicht zum Lachen, was alles an Einzelheiten erfaßt wurde. Es hat überhaupt nichts genützt, wir sind sie alle los, und das vergessen wir.

(Beifall)

Wir sind sie los! Wir verdanken es den Hunderttausenden informellen Mitarbeitern, daß zumindest die Stasi über uns entmutigt war.

(Heiterkeit)

Mielke hat selber gesagt: Ich habe alles weitergemeldet; wenn die anderen es nicht gelesen haben – hat er gesagt – ist es ihre Schuld.

Führe uns nicht in Versuchung, habe ich gedacht. Ich möchte jetzt mal, weil ich hier bei der CDU zu Gast bin, etwas Christliches sagen,

(Heiterkeit)

und zwar möchte ich an das siebente Gebot des Vaterunser erinnern. – Entschuldigen Sie: nicht an das siebente Gebot, sondern an die siebente Bitte.

(Große Heiterkeit)

– Nun ja, links und rechts bin ich von Pfarrern eingekesselt. Es ist wie in der DDR, wo man nur noch in Kirchen lesen durfte.

(Anhaltende Heiterkeit)

Ich möchte darauf hinweisen, daß für uns im Osten diese Bitte unheimlich wichtig ist. Wir mußten nämlich 40 Jahre lang bitten – das ist die erste Hälfte –: führe uns nicht in Versuchung. Also, der Sicherheitsoffizier kam zu uns nach Hause mit irgendeinem falschen Paß; er sagte, er sei Polizei-offizier, und dann hat er alles mögliche gelobt oder erpreßt; oder wenn man fremdgegangen war, hat er gesagt: das erzähle ich Ihrem Mann. Letzteres war nicht in meinem Fall so; nicht daß Sie hier falsche Schlüsse ziehen.

(Große Heiterkeit)

Aber wir erfahren es doch von den informellen Mitarbeitern, wie alle erpreßt wurden! – Also: Führe uns nicht in Versuchung, mit diesen Leuten zusammenzuarbeiten, und zwar so, daß andere Leute geschädigt werden.

Und jetzt, finde ich, müßten wir immer den zweiten Teil erbitten, nämlich: und erlöse uns von dem Übel! Ich bitte das sehr oft. Ich spüre nämlich in mir eine starke Vergiftung von dieser Vergangenheit, und ich denke durchaus, daß wir in der Gefahr sind, wirklich die Gegenwart zu vergessen. Der berühmte Paul Watzlawick hat über die Spiele mit der Vergangenheit gesagt: Anleitung zum Unglücklich-Sein. Kann ich Ihnen allen sehr empfehlen! Ein Spiel mit der Vergangenheit ist, Lots Weib zu spielen: sich immer nur nach hinten zu wenden, zur Salzsäule zu erstarren und wirklich nichts in der Gegenwart zu machen. Man hat immer eine Ausrede: weil man diese Kindheit hatte, weil man in der Diktatur gelebt hat, weil man die Selbstständigkeit verloren hat, weil man gebrochen wurde, weil man die freie Rede nicht gelernt hat, darum kann man jetzt nicht richtig mit diesen überwältigenden Westdeutschen umgehen – wieder in aggressivem Sinne!

Um es noch einmal zu sagen: Ich möchte diesem schwarzen Humor das Wort reden. Wir müssen einfach unser Gesicht um 180 Grad wenden. Gerade diejenigen, die sich nicht übermäßig viel zuschulden kommen ließen, haben eigentlich diese Aufgabe, genau wie meine Generation die Aufgabe gehabt hat, die ehemalige DDR in die deutsche Einheit zu führen. Es ist nicht umsonst ein Mitglied meiner eigenen Generation: ich glaube, Herr de Maiziere ist genau auch 51 Jahre, wenn ich mich nicht irre. Genau ein solcher Mann war der richtige! Er hat noch gewußt, wie vorher die Grenzen offen waren. Genau er war derjenige, der diese Funktion erfüllt hat.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Frau Schubert, danke schön! – Herr Eppelmann, bitte sehr!

**Rainer Eppelmann:** Ich möchte mit einem Satz anfangen, von dem ich annehme, daß er in der Zeit, in der wir hier in Dresden zusammen sind, mit großer Mehrheit verabschiedet wird, und zwar aus dem Dresdner Manifest, Seite 16 in Ziffer 18 unter der Überschrift „Vergangenheit aufarbeiten“. Der erste Satz dort lautet: „Die Diktatur der SED hat über 40 Jahre lang die Würde der Menschen mißachtet, ihre Freiheit eingeschränkt und das Recht gebeugt.“ Warum lese ich diesen Satz vor? Weil er

deutlich macht, daß wir, wenn wir heute nachdenken und reden über Vergangenheit und Zukunft, nicht nur über 150 000 Ost-CDU'ler reden und nachdenken können, auch nicht nur über zusätzliche 90 000 DBD'ler – oder, verkürzt ausgedrückt, Mitglieder der Bauern-SED – oder über ein paar tausend LDPD'ler, NDPD'ler oder DFD'ler, sondern auch über 9 Millionen FDGB'ler, über 16 Millionen DDR'ler, über 60 Millionen Alt-Bundesrepublikaner reden und nachdenken müssen.

Das zweite, was ich sagen möchte: Die Ost-CDU bestand nicht nur aus Gerald Göttings, der Demokratische Bauernverband Deutschlands nicht nur aus Herrn Goldenbaum, aber auch nicht nur aus Jakob Kaiser. Offen und ehrlich sollten wir über unsere Vergangenheit reden, und verständnisvoll. Nur dann, wenn uns das gelingt – und da habe ich den Eindruck, wir sind noch am Anfang, keinesfalls am Ende -, werden wir auch eine offene Gesellschaft haben können mit glaubwürdigen Menschen und glaubwürdiger Politik. Es wird in den letzten Wochen immer wieder darüber nachgedacht, warum so viele Menschen vor der Politik davonlaufen und die Schar der Nichtwähler immer größer wird. Ich habe den Eindruck, wir reden im Augenblick auch von einem Grund, warum das so ist.

Darum lassen Sie mich noch einmal sagen: Die Mehrheit der Ost-CDU'ler und der DBD'ler traten nicht etwa in ihre Partei ein, um Erich Honecker oder Herrn Goldenbaum ununterbrochen die Füße zu küssen. Das ganz sicher nicht! Die große Mehrheit ist aber auch nicht deswegen eingetreten, um „das Schlimmste zu verhindern“, sondern nach meinem Eindruck aus ganz unpolitischen, ganz menschlichen, mir sehr verständlichen Gründen.

Die öffentliche Darstellung und die enge Verbindung der Parteispitzen – ich rede jetzt im Augenblick nur von diesen beiden Parteien, weil das diejenigen sind, die unsere heutigen Mitglieder mit ausmachen – zum Politbüro der SED und zu E. H. persönlich: das ist das eine. Das andere ist der Geist, die Stimmung, die Motivation und das Bemühen der einfachen Mitglieder an der Basis. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, beides sind die zwei Seiten einer Medaille, die zusammengehören und die auch nicht auseinandergenommen werden können.

(Beifall)

Alles, was ich tue, alles, was Sie tun, alles, was jeder einzelne von uns tut, hat seinen Preis und hat seine Folgen. Und es ist für viele Menschen in unserem Land eben nicht egal, ob man gestern mitgesungen hat, ob man Chorleiter war oder ob man sich verweigert hat. Und es ist eben nicht egal, wo die, die da gestern mitgesungen haben oder Chorleiter waren, heute sind.

Ich kann verstehen, daß viele Menschen in unserem Land über alte Seilschaften klagen. Und sie klagen nicht nur über alte Seilschaften in der Verwaltung, in den Ämtern und in den Betrieben. Sie fragen auch, wie wir, die wir uns dieser berechtigten und sehr verständlichen Klage der Menschen angenommen haben, bei uns selbst damit umgehen. Ich verstehe sehr wohl die Wut darüber, die zum Ausdruck kommt, wenn man sagt: wir haben schon wieder mal den Eindruck, die Kleinen werden gegriffen und gehängt, und die Großen läßt man laufen.

Politische Kultur und politische Hygiene wird mitentscheidend dafür sein, wie das Zusammenwachsen, wie das Aufbauwerk in Deutschland gelingt, und wir haben dabei eine ungeheuer wichtige Aufgabe, so meine ich.

Wir sind 16 Millionen DDR-Bürger gewesen. Es gibt in diesem Raum – wenn ich richtig sehe – keinen, der von sich sagen könnte: ich bin nach dem 18. März 1990 geboren worden. Das heißt, wir sind alle „gebrauchte“ DDR-Bürger. Man wird sich darüber



streiten können, wie sehr der einzelne gebraucht ist oder nicht gebraucht worden ist. Oder wenn ich das in einem ganz brutalen Bild sagen darf: Die Frage, über die wir nachzudenken haben, ist doch nicht die, wer von uns Jungfrau und wer von uns Nutte ist, sondern hier sitzen nur Nutten. Die Frage ist höchstens, wie oft wir mit wem geschlafen haben.

(Unruhe)

Ich weiß, daß hier auch Westdeutsche sind. Ich gehe auch davon aus, daß nicht nur Menschen, die zwischen Elbe und Oder gelebt haben, ihre kleinen und großen Kompromisse eingegangen sind, sondern daß das auch Menschen getan haben, die westlich der Elbe gewohnt haben.

(Beifall bei einigen Zuhörern)

Wir haben, wenn ich mich richtig entsinne, von Norbert Blüm einige sehr nachdenkliche Worte dazu gehört.

Ich nehme jetzt mal eine Zunft heraus, weil sie hier so stark vertreten ist: Die Herren Journalisten mögen sich fragen, wie sie vor vier oder fünf Jahren über den damals „größten lebenden Deutschen“ gedacht haben. Heute ist er für sie bloß noch eine interessante Witzfigur. Er war aber damals eine beachtenswerte, erstaunliche, geistreiche und und und Gestalt.

Also, Schuld bitte nicht nur zwischen Elbe und Oder, sondern auch zwischen Elbe und Rhein! Ich habe den Eindruck, da haben wir eine Menge miteinander zu tun. Dies wird nur offen, differenziert und ehrlich gehen. Wir werden dazu noch viel Zeit brauchen, liebe Freunde. Geben wir uns bitte nicht der Illusion hin: der heutige Tag, dieses Forum, der Parteitag sei das wirkungsvolle Abschlußzeichen; nun könnten wir sagen, jetzt haben wir es gepackt. Dann haben wir es garantiert nicht gepackt! Wir werden ehrlich weiter miteinander ringen müssen. Wir werden lernen müssen, daß die 85 % die 15 % brauchen und die 15 % die 85 % brauchen und daß wir es nur gemeinsam schaffen werden. Danke schön!

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke, Herr Eppelmann! Ich habe eben schon die Frage bekommen, ob Rückfragen möglich sind. Ich möchte doch zunächst einmal allen Teilnehmern des Podiums Gelegenheit geben, ihre Gedanken hier vorzutragen. Es können dann noch ein paar Rückfragen gestellt werden, und die anderen werden schließlich auch drankommen. – Bitte, Frau Landgraf!

**Katharina Landgraf:** Wenn wir es also nicht schaffen, die Vergangenheit zu bewältigen, dann holt sie uns ein, dann verlieren wir das Vertrauen und werden auch nie wirklich glaubwürdig. Das Vertrauen können wir nicht so einfach gewinnen wie einen Lottogewinn, sondern das müssen wir erst erwerben und erarbeiten.

Wie praktizieren wir das, und zwar so, daß es auch der Wähler und der Mann auf der Straße versteht? Das ist jetzt für mich das große Problem. Ich möchte nicht immer nur nach hinten schauen, sondern nach vorn. Wie praktiziere ich das in der nächsten Zeit? Ich weiß genau, daß das sehr lange dauern wird. Denn wir wissen ja, daß die Vergangenheitsbewältigung nach dem Zweiten Weltkrieg erst jetzt vielleicht fast abgeschlossen ist. Nun geht die nächste Vergangenheitsbewältigung los, und das wird mindestens genauso lange dauern. Es wird sich also rauswachsen.

Das feine Organ des Wählers wird uns hier die Richtung weisen.

Nun ist für mich die Frage: Wie kann ich von den Leuten erwarten, daß sie auch bereit sind zu vergeben? Das müßten wir ja als christliche Partei irgendwie praktizieren: daß

dann als letzter Schritt der Bewältigung einmal die Vergebung kommt. Meiner Ansicht nach muß zuerst gefördert werden, daß die Leute Mut haben zu bekennen. Sie müssen bekennen, und zwar nicht erst dann, wenn der Druck der Beweislast so groß ist, daß sie einfach nicht mehr anders können, sondern sie müßten viel eher bereit sein, freiwillig zu bekennen, und das müßte auch von allen anerkannt werden, nicht nur von uns, sondern auch von der Presse und von der ganzen Öffentlichkeit. Jeder, der das freiwillig sagt, dürfte nicht geprügelt werden, sondern er müßte mit Wohlwollen betrachtet werden, und dann müßte man überlegen, ob man ihm vergeben kann. So weit müßten wir schon kommen.

Wieweit die ganze Sache beim einzelnen innerlich vollzogen wird, kann man als Außenstehender schlecht beurteilen. Es wäre schon schön, wenn die einzelnen wirklich in sich gingen und wenn wir alles, was noch an DDR in uns ist – ich spreche jetzt aus Erfahrung -, wirklich aufarbeiteten, – nicht ganz umdenken, sondern das überwinden und verarbeiten und uns zu neuen Menschen qualifizieren. Gerade jetzt zu Weihnachten sollte man darüber nachdenken; jetzt, wo wir immer wieder von Frieden, Hoffnung und Geborgenheit sprechen, sollte man auch über Vergebung sprechen.

Abschließend: Jeden Tag entdeckt man neu, daß wir nicht nur eine desolate Wirtschaft in die Einheit gebracht haben, sondern auch schlimme Umweltschäden und riesige Mengen Altlast in der Natur und in den Köpfen der Menschen. Man entdeckt, daß diese Altlasten immer größer werden. Wir müssen jetzt wirklich anfangen, sie zu beseitigen und mit dem Besen zu kehren. Nur dann können wir wirklich Vertrauen gewinnen.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! – Ich darf jetzt Herrn Kirsten das Wort erteilen.

**Wulf Kirsten:** Ich will versuchen, mich nur geringfügig zu wiederholen. Ganz wird es nicht zu vermeiden sein.

Zunächst: Mich verdrießt ganz besonders, wie viele Bürger der neuen Länder von einer Staatsverdrossenheit in die andere gefallen sind. Das hat, glaube ich, sehr viel mit Methoden oder mit Absichtserklärungen einer Vergangenheitsbewältigung zu tun. Auch ich habe das schon erwähnte Sprichwort im Kopf und im Ohr: Die Kleinen hängt man, und die Großen läßt man laufen. So denken und reden jetzt sehr viele, weil ihr Gerechtigkeitsempfinden erheblich beleidigt wird, immer wieder, und sie glauben, daß ihre Vergangenheit eben nicht ernsthaft bewältigt wird.

Ich bin schon der Meinung – und ich sehe auch, was hier im Manifest steht -, daß der Rechtsstaat allein das Unrecht nicht beseitigen kann. Also müßte etwas zwischen- oder vorgeschaltet werden. Es muß ja kein Tribunal und keine Spruchkammer sein. Da müßte es andere Möglichkeiten geben. In der Volksbildung hat man es ja bewiesen und beweist man es: daß man mit Kommissionen arbeitet. Aber sollen denn die Lehrer oder andere Berufsgruppen das allein tragen? Das kann nicht gut sein. Ich finde es schon richtig, daß das gemacht wird und daß man aufpaßt, daß die ehemaligen Staatsbürgerkundeführer nicht zu Religionslehrern umgeschmiedet werden oder sich selbst umschmieden, wie in der Praxis nur allzu häufig geschehen und noch geschieht.

In erster Linie müßte es doch darum gehen, daß man sich deutlich und mit moralischen Kriterien zu den Herrschenden – ich meine namentlich die Herren des Politbüros, der Regierung und der Staatssicherheit-Generalität – äußert. Denn zur Zeit

ist es so – das hat vorhin auch Herr Rühle gesagt, und das ist etwas, was mich empfindlich stört –, daß fast nur über Opfer und die kleinen Zuträger gesprochen wird; und es ist ja auch richtig, daß Leute für schlimme Dinge belangt werden und daß sie genannt werden. Aber wenn es so ist, daß man das Gefühl hat, die ehemaligen Führungsoffiziere bestimmen, wann wer zu welchem Preis hochgeht, dann stimmt in dieser Vergangenheitsbewältigung irgend etwas nicht.

(Beifall)

Da sind wir alle gefordert. Als Vertreter der Bürgerbewegung – die mich nicht hierher geschickt hat – erwarte ich auch einen spürbaren und sichtbaren Beitrag der CDU zu diesen Dingen. Man kann das nicht einfach abtun: Wir können keine Spruchkammern – und was es sonst damals, 1946, gegeben hat - bilden, wegen der Assoziation usw. Auch ich bin gegen diese Gleichsetzungen, die gefährlich sind.

Zu Helga Schubert möchte ich noch sagen: Ich habe keine Probleme, Gegenwart und Vergangenheit so strikt zu trennen. Ich glaube, man kann für den Tag und für die Zukunft arbeiten, ohne die Vergangenheitsbewältigung dabei zu vergessen. Ich glaube, es ist wichtig, daß man das als eine Einheit sieht. Es ist leicht gesagt, schwer praktiziert; ich weiß. Ich kann hier auch keine Rezepte offerieren, wie man mit den vorgeschalteten moralischen Verurteilungen umgehen soll. Das weiß ich auch nicht genau. Aber darüber reden müßte man.

Es sind drei Punkte bei der Vergangenheitsbewältigung, die mich interessieren: meine eigene, die meiner Mitmenschen und die Vergangenheitsbewältigung für diejenigen, die uns beherrscht und zu manipulieren versucht haben. Dazu nur einige Stichworte; ich will versuchen, es ganz kurz zu machen.

Bei den Leuten, die enttäuscht sind über den Untergang des Regimes, über das, was ihm widerfahren ist, findet man leider vielzuoft die Meinung, die 40 Jahre sind umsonst gewesen, – als könnte man diese 40 Jahre einfach wegwerfen wie ein benutztes Kleidungsstück. Diese Haltung ist meines Erachtens sehr gefährlich. Erstens ist es sehr bequem, so etwas zu sagen; und es wird ja auch getan: Man versucht äußerlich einfach so weiterzumachen, aber im Kopf hat sich nichts verändert. Dieser Verzicht auf das Nachdenken über das eigene Verhalten dem Staat gegenüber ist sehr gefährlich.

Ebenso anachronistisch ist es natürlich auch, jetzt noch – was weiß ich, wie lange – auf utopischen Ideen zu beharren und zu glauben, irgendwann käme von irgendwoher ein gut funktionierendes System, dem man irgendwie nachgehangen hat. So etwas hat sich ja in der Praxis in keinem Land der Welt beweisen können. Ich habe kein Beispiel dafür gefunden, daß marxistisches Ideengut oder das, was dafür ausgegeben wurde, in der Praxis funktioniert hätte, – jedenfalls nicht für die gesamte Menschheit, für eine kleine Schicht vielleicht.

Ich habe immer auf das alte Sprichwort, das schon die Römer kannten, gesetzt: Ihr mögt das Natürliche mit Gewalt unterdrücken, es wird dennoch zurückkehren. Das hat mich als Nichtmarxisten immer gestärkt und ist für mich immer eine Richtschnur gewesen. Es hat sich dann auch bewiesen, obwohl ich mir vorher nie vorstellen konnte, daß ein ganzes System seriell wie ein Kartenhaus zusammenfällt. Also, diese Vorstellung hatte ich vorher nicht. In diese Vorstellung bin ich hineingedrückt worden wie viele andere oder fast alle anderen auch.

An dieser Stelle möchte ich zu meiner eigenen Vergangenheit etwas sagen – was ich erlebt habe –, ohne zu privat zu werden. Ich habe etwa Mitte der 70er Jahre an mir selbst erfahren, als ich eine kleine Funktion im Schriftstellerverband hatte – ich habe

vorhin schon erwähnt, daß ich mich für junge Schriftsteller engagiert habe -, wie ein kleiner Kompromiß den nächsten nach sich gezogen hat und wie man dabei auch unversehens in einen Sumpf der Korruption und der Anpassung gezogen wurde, wie man da versank. Ich habe dann unter verschärften politischen Bedingungen, als neben mir gesagt wurde „Christa Wolf ist die Konterrevolution“ und man es für richtig fand, daß Schriftsteller – hauptsächlich Berliner Schriftsteller – ausgeschlossen wurden, gesagt: Gut, ich bin der Meinung, daß Konsequenzen gezogen werden müssen, aber ich ziehe andere als ihr. Ich bin damals, wie ich zugeben muß, mit zitternden Knien ausgetreten, - wie ja überhaupt für viele Menschen das Problem der Angst das wohl schwierigste gewesen ist. Viele Menschen haben es bis heute nicht verstanden, ihre Ängste abzubauen, abzutrainieren. Das sind psychologische Prozesse, über die viel zuwenig gesprochen wird und wo auch die meisten Menschen sich alleingelassen fühlen, während sie im wirtschaftlichen und sozialen Bereich schon sehen, wo es lang geht; aber im psychologischen fühlen sie sich meist alleingelassen. Das kann zum Beispiel auch die Kirche allein nicht leisten. Auch Schriftsteller können es nicht, aber wo sie Möglichkeiten haben, nutzen sie sie. Ich diskutiere immer wieder, die Diskussion, die hier läuft, ist für mich nicht die erste, - wie für viele von Ihnen sicher auch nicht.

Ich bin dann gewissermaßen ausgestiegen und kam durch eine familiäre Sache – daß mein Sohn von der Staatssicherheit verhaftet wurde, weil er mit anderen Jugendlichen gefordert hatte „Neue Männer braucht das Land“; das hatten sie gesprayed – wieder in Kollision und bin durch meinen Sohn politisiert worden. Auf Dinge, die ich vorher wohl gewußt habe, die ich aber mehr oder weniger verdrängt hatte, bin ich nun mit der Nase gestoßen worden. Ich selbst war unmittelbar mit der Staatssicherheit konfrontiert, mit ihren Methoden, also auch personell. Das hat mich dann fortan geprägt. Ich wünschte mir natürlich heute, daß ich mich auf solche Gespräche mit diesen Herren nie eingelassen hätte. Aber das sagt sich aus heutiger Sicht leicht.

(Unruhe)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Man muß auch einmal Geduld haben, wenn jemand hier etwas loswerden will, das anzuhören.

(Beifall)

Ich darf mich herzlich bedanken. – Herr Vaatz, wie sehen Sie die Dinge?

**Arnold Vaatz:** Ich möchte mal wieder mit etwas Bildhaftem anfangen. Ich habe lange Jahre einen „Trabant“ durch die DDR chauffiert. Auf ein solches Auto mußte man ja bekanntlich sehr lange warten, und wenn man es dann hatte, wurde es sehr schnell ein Teil der eigenen Biographie, weil man sehr viel Lebenszeit hineininvestieren mußte.

(Heiterkeit)

Nach der deutschen Einheit hat der „Trabant“ zwei für mich interessante Schicksale genommen. Schicksal Nummer eins: Man fand ihn gelegentlich am Rande der Autobahn. Dort war er in einem bejammernswerten Zustand abgestellt worden. Der, der ihn abgestellt hatte, hatte oft zuvor die Scheinwerfer eingeschlagen, die Motornummer unkenntlich gemacht, das Nummernschild abgeschraubt, die Fahrstellnummer gelöscht und die Reifen durchstochen, damit sich sein Nächster nicht bedienen kann. Er wurde weggeworfen, und er wurde vorher mißhandelt. Schicksal Nummer zwei: Am 3. Oktober 1990 sah ich in Dresden einen „Trabant“ mit dem Aufkleber „Ab heute bin ich ein West-Auto“.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Frage ist: Inwieweit wird der „Trabant“ an dieser Stelle benutzt als Bild für die Position zur eigenen Biographie, die man einerseits am liebsten weghaben möchte, andererseits aber konkurrenzfähig in die neue Welt einführen möchte? Das scheint mir ein Grund-Antrieb zu sein. Daneben stehen die starken Worte, die Mephisto zu Faust gesagt hat: Du bleibst doch immer der, der du bist. – Vor diesem Hintergrund haben wir zu überlegen, was Vergangenheit, was Zukunft und was Gegenwart ist.

Ich glaube, wir haben als eine Partei mit politischer Verantwortung die Pflicht, allen Menschen in diesem Lande Lebensspielräume zu eröffnen, und zwar wirklich allen. Das bedeutet: sowohl inoffiziellen als auch offiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit; das bedeutet: ehemaligen SED-Genossen; das bedeutet: all den vielen Parteilösen; und das bedeutet: auch denjenigen, die Mitglieder der anderen Parteien waren.

Die Absicht, Lebensspielräume eröffnen zu wollen, heißt aber nicht, daß wir keine Prioritäten für Eignungen zu repräsentativen Ämtern zu setzen hätten. Denn eben die Person, die ein repräsentatives Staatsamt bekleidet oder die in einer Partei Verantwortung übernimmt, muß eine Figur sein, in der sich der Wähler wiedererkennen kann, die er will und die für ihn einen deutlichen Wandel aus einer Zeit der Bedrückung in eine Zeit der Perspektive signalisiert. Zu dieser Pflicht haben wir uns in dem Wahlkampf gestellt, und wir haben, gemessen an unseren Wahlaussagen, konsequent zu sein.

Das bedeutet, daß es eben nicht richtig ist, wenn wir es etwa unternehmen, denjenigen, der die Leiche ausgräbt, als Verbrecher zu bezeichnen, und denjenigen, der sie erzeugt hat, in Schutz zu nehmen.

(Beifall)

Wir müssen uns, meine ich, vor jedem Verdacht hüten, eine Solidargemeinschaft der Täter aufbauen zu wollen.

Genau aus diesem Grund steht es uns schlecht an, wenn wir zunächst nichts von unserer Biographie erwähnen, um zu einem politischen Mandat zu gelangen, und, wenn etwas davon ruchbar wird, zunächst abwiegeln, leugnen, bagatellisieren und schließlich unter Absingen schmutziger Lieder zurücktreten. Das halte ich nicht für den richtigen Weg. Denn wir haben uns Aufrichtigkeit und einen glaubwürdigen Wandel zu einer anderen Gesellschaft auf die Fahnen geschrieben und sollten in diesem Sinne konsequent sein.

Es wird vielfach das Wort „Vergebung“ benutzt. Ich bin derselben Auffassung: daß es Vergebung in der Gesellschaft geben muß und daß wir als politische Partei zu einer glaubwürdigen und tragfähigen Vergebung eine Verpflichtung haben. Aber eine Vergebung setzt immer voraus, daß man, bevor man von einem Saulus zu einem Paulus werden kann, auch wie Saulus sagen muß „ich war der Schlimmsten einer“. Dieses Bekenntnis steht dazwischen.

(Beifall)

Es ist nach meiner Auffassung die falscheste Strategie, wenn wir uns mit dem Verweis auf den komplizierten Fall die Antwort auf den einfachen Fall ersparen wollen. Es war eine Strategie der Staatssicherheit von dem Zeitpunkt an, als ich hier in Dresden die Gelegenheit hatte, dieses Gelände zu betreten – zum Zwecke der Auflösung –, daß, wenn wir sagten „wir wollen das Ministerium für Staatssicherheit auflösen, und wir wollen nicht, daß ihr wieder in öffentliche Ämter gelangt“, die Antwort kam: Gilt das auch für den Koch, gilt das auch für den Gärtner? So haben wir es tatsächlich fertiggebracht, daß wir tagelang über Koch und Gärtner diskutiert haben, aber die eigentlich eindeutigen Fälle gar nicht behandeln konnten. Das halte ich nicht für richtig.

(Beifall)

Wir haben, so meine ich, eine Zukunft vor uns, die in mancher Hinsicht der Vergangenheit nicht vergleichbar sein wird. Ich meine, daß es in ganz Deutschland zu Ende ist mit einer ständigen Perfektionierung von Verteilungsmechanismen. Es wird in Zukunft darauf ankommen, Zumutungen zu erklären und in die Politik einfließen zu lassen. Das setzt einen ganz anderen Grad von Kommunikation zwischen Mandatsträgern und Wählern voraus. Wenn wir uns dieser Aufgabe in der Tat unterziehen wollen, dann kann das nicht gelingen, wenn uns von vornherein nicht der Bonus der Glaubwürdigkeit entgegengebracht wird.

Aus diesem Grund, meine ich, sollten wir darauf hinwirken, daß das Unrechtsempfinden, was in vielen Teilen der Bevölkerung der ehemaligen DDR leider präsent ist, differenziert gesehen wird. Es hat vielleicht zwei Millionen Genossen gegeben, von denen jetzt hunderttausend keine hochbezahlten Positionen mehr haben, keine Privilegien mehr genießen, teilweise arbeitslos sind. Aber letztlich sind doch rund zwei Millionen das geblieben, was sie sind, nur auf anderen Positionen. Es gibt also hunderttausend Ausnahmen und zweimillionenmal die Regel. Genauso sieht es auf der anderen Seite aus: Außerhalb der früheren etablierten politischen Szene ist es vielleicht 10 000 oder 20 000 Personen gelungen, in größere Entscheidungsbefugnisse vorzudringen, während die übrigen 12 Millionen das geblieben sind, was sie waren.

Eine solche Kontinuität kann nicht das Ziel christlich-demokratischer Politik sein, wenn wir sie so verstehen, wie sie sich in den letzten 30 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland manifestiert hat. Ich bin für eine Kontinuität in dieser Frage, und das setzt voraus, daß wir uns niemals den Vorwurf einhandeln dürfen, wir wollten eine neue Restauration begründen. Auch ich bin der Auffassung, daß man als Betreiber eines Schwimmbades einen Rettungsschwimmer, der als Bademeister dort tätig ist, nicht auf Grund seiner persönlichen Nichteignung entlassen und durch einen Nichtschwimmer ersetzen kann. Das wäre mangelnde Vorsorgepflicht. Aber die politische Verantwortung für das Führen des Schwimmbades: das ist die Aufgabe, die die Partei zu übernehmen hat, und entscheidend ist, wie sie sich zu dieser Besetzung stellt, nicht wie sie die Besetzung vornimmt.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! – Herr Maaz, Sie dürfen den Reigen schließen; bitte sehr!

**Dr. Hans-Joachim Maaz:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vergangenheit heißt: viel zurückgehaltener Zorn wegen erfahrener Unterdrückung, Nötigung und Entfremdung. Vergangenheit heißt auch: viel Schmerz wegen nicht erfüllter Wünsche und Bedürfnisse. Vergangenheit heißt: Trauer wegen verfehlter oder vertaner Lebensmöglichkeiten. Vergangenheit heißt aber vor allem auch Schuld. Ein System mit den Honeckers und Mielkes ist nicht denkbar, wenn es nicht von Millionen Menschen mitgetragen und erduldet wird. Genau auf diese Position – was ist mit Millionen Menschen geschehen? – möchte ich aufmerksam machen. Wir hatten nicht nur ein Unrechtssystem, sondern wir hatten ein System, das auch in den meisten Familien – also ganz persönlich – Unterdrückung, Entfremdung erzeugt hat und dadurch Menschen schon sehr früh abhängig gemacht hat.

Was wir jetzt diagnostizieren können, nenne ich ein „Verlust-Syndrom“. Es geht nicht nur darum, daß wir DDR verloren haben, sondern mit diesem Verlust an DDR werden schon längst vorhandene innere Verlust-Erfahrungen aus der frühen Lebensgeschichte mitaktiviert, die sehr vielen Menschen Angst machen, die Verunsicherung

erzeugen und die ein Grund sind für die Depressivität und die Larmoyanz, die jetzt immer wieder beschrieben wird und die viele Menschen hindert, die Möglichkeiten, die jetzt gegeben sind, auch zu ergreifen.

Ich sage das deshalb, weil ich persönlich aus der Erfahrung komme, wie deutscher Faschismus psychologisch im deutschen Stalinismus aufgegangen ist, weil es vor allen Dingen keine Veränderung in den psychischen Strukturen gegeben hat, und das ist genau die Sorge. Es genügt für meine Begriffe nicht eine äußere Demokratie – die sehr viel wert ist -, und es genügt nicht eine wirtschaftliche Veränderung im Sinne der Marktwirtschaft – die auch sehr viel wert ist -; dies wird noch nicht ohne weiteres die Menschen mit verändern. Diese Veränderung erinnert sie vor allen Dingen an ihre eigene Entfremdung, an ihre Schuld, die zu erleben sehr bitter, sehr schmerzlich und sehr aufregend ist und deshalb von den meisten Menschen viel lieber abgelehnt wird. Dafür gibt es Verleugnungen, Rationalisierungen mit Optimismus usw.

Meine Damen und Herren, ich halte es für einen Fehler, wenn wir Vergangenheitsbewältigung nur als ein DDR-Problem beschreiben und begreifen wollen. Wir Deutschen haben einen gemeinsamen Schatten. Wir hatten im deutschen Nationalsozialismus die bisher abnormste gesellschaftliche Fehlentwicklung und mit der Spaltung Deutschlands eine fragwürdige Gnade, indem nämlich das Destruktive dieser Strukturen sehr rasch im Kalten Krieg projektiv abgespalten und verdrängt werden konnte. Wir standen uns auch erklärterweise als Feinde gegenüber. Auch wenn die Formeln des Kalten Krieges nicht mehr lange gehalten haben, so haben sich doch durch die unterschiedlichen Gesellschaftssysteme sehr unterschiedliche Sozialisat ionen herausgebildet und in den Menschen des jeweiligen Staates auch unterschiedliche Tendenzen gefördert und geprägt, und die stehen sich im Moment gegenüber.

Das Problem ist, daß die eindeutige politische, wirtschaftliche und juristische Überlegenheit der parlamentarischen Demokratie und der Marktwirtschaft über die Planwirtschaft insofern eine Gefahr bedeutet, als die destruktiven Elemente westlicher Lebensart zu schnell übersehen werden. Wir erfahren jetzt sehr viel, wir bekommen sehr viel Geld, auch sehr viel gutgemeintes Wohlwollen, etwa in dem Sinne, daß man ja verstehen könne, was in uns vorgeht nach 40 Jahren dieser Unterdrückung. Aber die innere Einheit wird für mich erst dann hergestellt sein, wenn in der gleichen Selbstverständlichkeit auch akzeptiert und uns Ostdeutschen eingeräumt wird – und das klage ich hier ein –, daß wir Verständnis aufbringen für die Westdeutschen, die 40 Jahre in einem anderen System gelebt haben und dort auch Einseitigkeiten entwickelt haben. Denn im Moment stehen sich zwei Fehlhaltungen gegenüber, die ich so beschreiben möchte: Auf der einen Seite bei uns die viel zu große unglückliche Gehemmtheit, auf der anderen Seite die viel zu große falsche Sicherheit; bei uns eine viel zu große Unsicherheit, und auf der anderen Seite eine aufgesetzte expansive Siegesgewißheit; bei uns die tragische Kultivierung von Schwächen, und auf der anderen Seite die schädliche Kultivierung von Stärke und Effizienz.

Damit sind in groben Zügen die beiden Fehlhaltungen beschrieben, und nur wenn wir diese Fehlhaltungen gegenseitig relativieren, haben wir auch für die innere Vereinigung eine Chance.

Noch ein Wort dazu, meine Damen und Herren: Ich kann heute nicht mehr das Loblied auf unsere Revolution anstimmen. Für meine Begriffe ist das, was wir – und das ist der geringere Teil der Bevölkerung – auf der Straße im Herbst 1989 mitgemacht haben, die Begleitmusik für den Untergang eines Systems gewesen. Der Untergang des Ost-West-Konflikts ist dadurch entstanden, daß wir global eine kritisch gewordene Krise – keine neue Krise – zwischen Reichtum und Armut auf dieser Welt erlebt haben

oder erleben. Das ist das Problem, dem wir uns stellen müssen. Diesem Problem werden wir nicht gerecht, wenn es nur darum geht, daß wir im Osten so schnell wie möglich verwestlichen, sondern es muß darum gehen, daß wir uns wieder auf Werte besinnen, die auch etwas mit Menschlichkeit – das heißt mit Offenheit, mit Ehrlichkeit, mit Herzlichkeit - zu tun haben. Wenn es um Vertrauen geht – auch Vertrauen der Politiker -, dann wird Vertrauen bei den Menschen nur erfahren, wenn Politiker echt sind, das heißt, wenn sie das, was sie sagen und vertreten, auch innerlich tatsächlich repräsentieren. Das wird von den Menschen genauso gespürt wie – wenn ich das aus der Therapie oder der Erziehung sagen darf – von Kindern gespürt wird, ob ihre Eltern „echt“ sind. Es kann nur darum gehen, daß diese menschliche Dimension wiederhergestellt wird. Ich möchte also einklagen, daß in der Politik eben diese psychologische und sozialpsychologische Seite gesehen und berücksichtigt wird. – Schönen Dank!

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich danke auch Ihnen für diesen kritischen Punkt am Ende des ersten Durchgangs.

Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Gomolka zu einer Rückfrage an Herrn Eggert vorliegen. Wollen Sie diese Rückfrage noch stellen?

**Dr. Alfred Gomolka:** Ja, ich möchte sie gern stellen, weil sie meines Erachtens ein Stück weiter führen kann.

Herr Eggert, Sie haben für mich eine wichtige Feststellung getroffen, indem Sie sinngemäß sagten: Wer anderen Mut genommen hat, darf jetzt nicht in die Verantwortung. Das ist zweifellos richtig und ein wichtiges Kriterium. Ich stelle aber die Frage: Können wir nicht das Vorzeichen umkehren und damit ein Kriterium für die Zukunft gewinnen, indem wir sagen: Wer anderen Mut gemacht hat – ich füge hinzu: und dabei versucht hat, ehrlich zu bleiben –, der verdient Vertrauen und der soll jetzt in die Verantwortung? Damit hätten wir wirklich einen Bogen geschlagen und einen Ausblick gegeben, der mir wichtig erscheint.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Eggert, wollen Sie dazu etwas sagen?

**Heinz Eggert:** Ich verstehe das nicht als Anfrage, sondern als Bestätigung dessen, was ich gesagt habe.

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke! – Dann sind Sie auch gleich weiter dran mit Ihrer Rückfrage an Herrn Eppelmann.

**Heinz Eggert:** Herr Eppelmann, ich hätte gern mal den Namen des „geistreichen Politikers“ gewußt, der vor zwei oder drei Jahren noch die Macht hatte und von dem jetzt niemand mehr etwas wissen will. Ich könnte mir ungefähr schon denken, wer gemeint ist; aber wer war „geistreich“?

(Heiterkeit)

**Rainer Eppelmann:** Sie dürfen mich jetzt nicht nach meiner Meinung fragen, sondern ich habe da ja die anwesenden Journalisten stellvertretend für eine ganze Zunft angesprochen. Ich erinnere mich, daß Mitte der 80er Jahre Erich Honecker ein „ungeheuer geistreicher“ Mensch gewesen ist mit sehr viel Wissen und demokratischer Erfahrung. Es war ganz erstaunlich, was wir außerhalb der DDR über Erich Honecker lesen und hören konnten!

(Lebhafter Beifall)



**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Bitte schön!

**Heinz Eggert:** Dann bedanke ich mich sehr für die Aufklärung. Von allein wäre ich nie darauf gekommen.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren. Ich darf mich jetzt an Sie wenden. Es liegen eine Vielzahl von Wortmeldungen vor. Mir ist es fast etwas peinlich, jetzt an Sie die Bitte zu richten, nicht allzu lange zu sprechen, damit auch wirklich alle zu Wort kommen. Wir werden selbstverständlich ohne Mittagspause tagen, also wir werden die Diskussion fortsetzen, bis wir wieder in den Plenarsaal müssen. Haben Sie bitte alle auch etwas Disziplin und sprechen Sie nicht allzu lange! Ich darf als ersten Graf Schönburg-Glauchau aufrufen. Bitte schön!

**Joachim Graf von Schönburg-Glauchau:** Ich klage ein! Ich klage ein den Respekt derjenigen, die die ganzen Jahre im Westen und im Osten sich von den Parteien sehr ferngehalten haben, sich in intellektueller und sonstiger Vornehmheit von den „Niederungen“ der Parteipolitik ferngehalten haben. Ich klage ein deren Respekt vor allem vor denen, die seit 1945 grundsätzlich gegen den Marxismus-Leninismus waren.

(Beifall)

Ich bitte die um leise Töne, die nichts gegen den Marxismus-Leninismus gehabt haben, bis sie zum erstenmal – ungerechtfertigt natürlich – von einem Parteisekretär gemäßregelt worden sind. Es ist ein Unterschied, ob man grundsätzlich dagegen ist oder ob man normalen Schiffbruch erleidet.

Ich klage ferner ein die Solidarität mit all den Christlichen Demokraten, mit denen ich seit 1945 den „Michel hingehalten“ habe. Es ist furchtbar leicht, hinterher schlau zu sein und zu sagen, was man nicht gemacht hätte. Wir haben in diesem Land von 1945 an Menschen gehabt, die auf die Sonnenseite des Lebens verzichtet haben, die sich in tausend Kleinigkeiten haben zurückstellen lassen müssen, weil sie sich als Christliche Demokraten bekannt haben. Die haben in einer Zeit, wo sich die ganze übrige Welt mit dem Regime hier arrangiert hat, auch ihre Zweifel gehabt. Sie haben natürlich auch verbale Konzessionen machen müssen. Und der eine oder andere aus diesem kleinen, engen Diaspora-Kreis hat auch Aufgaben übernehmen müssen. Aber damit war keine wirkliche Karriere zu machen. Auch diejenigen, die es vielleicht zum Bezirksvorsitzenden gebracht haben, haben noch weit hinter jedem Kreissekretär der SED gestanden. All den Schlaumeiern, die jetzt sagen, diese Leute hätten Karriere gemacht, muß ich entgegnen: Sie hätten ganz andere Karrieren machen können; sie hätten General der Volksarmee werden können, wenn sie wie der Sudel-Ede Schnitzler gesagt hätten: ich sage mich los von allem, was bei mir dazugehört hat; ich werde SED-Mitglied. – Die hätten alle etwas werden können!

Ich fordere die Solidarität mit allen, die damals den „Michel hingehalten“ haben – auf deutsch: den Kopf –, und ich verbiete allen, die damals nicht den Mut gehabt haben, sich zu etwas zu bekennen, über einen von diesen ein Urteil zu fällen. Das ist das, was ich als Christlicher Demokrat verlange.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Reinfried, bitte schön!

**Dr. Dieter Reinfried:** Es paßt recht gut, daß ich jetzt zu Wort komme, - obwohl ich gar nicht erwartet habe, daß ich hier zu Wort kommen werde, denn ich bin seit 1970 Mitglied der CDU. Mein Vorredner hat etwas gefordert, was auch ich für sehr wichtig

halte. Dennoch möchte ich sagen: Jeder, der Mitglied der Ost-CDU gewesen ist, mußte sich darüber im klaren sein, daß er Instrument in der Hand der SED gewesen ist. Wie vielfältig die Motive auch gewesen sein mögen und was auch immer CDU-Ost-Mitglieder im kommunalpolitischen Bereich tatsächlich erreicht haben an kleinen, kleinen Erfolgen, so mußten sich doch alle darüber im klaren sein, daß sie gebraucht wurden, daß sie Werkzeug der SED waren.

Seit gestern sind ja Pfarrerstöchter in der CDU bedeutungsvoll. Meine Frau ist auch eine Pfarrerstochter, aber nicht in der CDU. Ihr Vater hat als Pfarrer Entsprechendes erlebt und öfter gesagt: Die CDU-Ost ist schlimmer gewesen als die SED! – Ich bitte auch diese Meinungsäußerung einmal zu hören.

Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Vaatz vorhin gesagt hat. Er hat zitiert von dem Sonderparteitag 1989, wo de Maiziere zu dieser Schuld der Ost-CDU gesprochen hat. Ich als einer der Schuldigen möchte deutlich sagen, daß es für die Mitglieder der CDU-Ost und damit jetzt auch für die gesamte CDU wichtig ist, nicht hinter das zurückzugehen, was damals gesagt worden ist.

Gestatten Sie, daß ich ein kurzes Zitat vorlese: „Nur wenn der Parteitag ein politisches Schuldbekenntnis der CDU ablegt, können wir uns Glaubwürdigkeit erarbeiten und an der Gestaltung der Zukunft teilnehmen. Nur wenn wir die Mitverantwortung der CDU für die Deformation und die Krise unserer Gesellschaft bekennen, können die Erneuerungskräfte unserer Partei ihrer Aufgabe gerecht werden. Wegstehlen wollen und können wir uns nicht von unserer Vergangenheit“. – Danke!

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Sammet, bitte!

**Gerhard Sammet:** Ich komme aus Ilmenau. Ich bin seit 25 Jahren katholischer Priester, seit über 20 Jahren auch in der Studentenarbeit tätig, mit viel politischer Arbeit vor der Wende und mit viel Konfrontation mit der staatlichen Macht befaßt, mit vielen Freunden verbunden, die heute zum erstenmal die Chance haben, ein politisches Mandat zu übernehmen und die Gegenwart mitzugestalten.

Es geht hier bei dem Problem der Vergangenheitsbewältigung nicht um Stasi-Mitarbeiter; darüber sind sich alle einig. Ich war ein halbes Jahr im Kreis im Untersuchungsausschuß betreffend Korruption, Amtsmißbrauch und Bereicherung tätig. Da werden die Konturen schon sehr fließend, weil alle Ehrenmänner gewesen sind und nur nach den Gesetzen der DDR gehandelt haben. Ich denke – auch darüber sind wir uns sicher einig –, hier geht es um die Vergangenheitsbewältigung innerhalb der CDU-Mitglieder, der alten und der neuen. Und als Außenstehender kann man vielleicht auch leichter darüber reden.

Wer in den obersten Leitungen, in Berlin oder in den Bezirken, in leitender Funktion gesessen hat, sollte sicher kein politisches Mandat übernehmen oder übernehmen dürfen. Daneben gab es vor der Wende CDU-Mitglieder, die vor Ort versucht haben, den minimalen Spielraum auszunutzen, um kommunale Anliegen mitzugestalten. Dieser minimale Spielraum war aber vorhanden, und ich kenne auch viele von diesen Leuten, obwohl ich selber als katholischer Pfarrer Schwierigkeiten hatte, damit zurechtzukommen.

Von Wolfgang Thierse, dem klugen SPD-Mann, stammt das Wort: Wir müssen uns wechselseitig unsere Biographien erzählen. Das gilt nicht nur für Ost- und Westdeutsche; es sollte auch für alte und neue CDU-Mitglieder gelten, statt sich gegenseitig zu beschimpfen und Schuldzuweisungen auszusprechen. Vor allem muß man vor Ort

nachfragen, wie jemand gelebt, was er gesagt und was er getan hat. Von außen her zu reden, ist oft arrogant und, wie ich meine, auch sehr scheinheilig. Vor allem, wenn man Menschen gekannt hat, sollte man Zeugnis für sie ablegen, so oder so.

Weil es gerade in Thüringen eine Auseinandersetzung um den Ministerpräsidenten Josef Duchac gibt, habe ich als Zeitzeuge meine Erfahrungen der Landtagsfraktion der CDU in Thüringen mitgeteilt. Josef Duchac, den ich vor 25 Jahren als junger Kaplan kennenlernte, hat damals für sein Leben eine ganz eindeutige Aussage getroffen: „Ich kann eine Karriere“ - die er hätte machen können! - „vor meinem Gewissen nicht verantworten!“ - und er hat auch keine Karriere gemacht. All die Dinge, die jetzt in der Zeitung vorgeworfen werden, die oft Halbwahrheiten sind, die so oder so interpretierbar sind: darüber müßte man sich unterhalten.

(Beifall)

Es steckt ein bestimmtes System dahinter. Es geht nicht nur um eine Person – Josef Duchac –, sondern es geht überhaupt um einen, der als Theologe in einer kirchlichen Zeitschrift geschrieben hat, oder um einen, der irgendwoanders, etwa im kommunalen Bereich, ein Amt innehatte.

Bewältigung der Vergangenheit sollte sich nicht durch schematisches Denken ereignen, sie sollte schon gar nicht durch Druck und Repressalien aus den Zeitungen erfolgen – damit lassen sich dann auch Leute einfach wegmontieren, die ehrlich gelebt haben –, sondern in gemeinsamem Schauen und Sprechen mit Menschen vor Ort. Es sollte in Ihrer Partei nicht einfach „alte“ und „neue“ Mitglieder geben, sondern glaubwürdige, der Redlichkeit verpflichtete, mit denen man über das Leben in der Vergangenheit sprechen kann und die dann, wenn man mit ihnen gesprochen hat, auch Ihr Vertrauen verdienen sollten, zu denen man auch steht, wo man nicht hinterherum intrigiert.

Ich denke, daß wir uns das Gesetz des Handelns nicht von anderen einfach aufzwingen lassen dürfen. Gerade unter Christen muß es ein ehrliches Sprechen über die Vergangenheit geben, und zu dieser Ehrlichkeit gehört dann auch die Solidarität. Diese Solidarität, zueinander zu stehen, vermisse ich in vielen Fällen.

(Beifall)

Auch wird in Ihrer Partei – so sehe ich das von außen – oft nur taktisch, opportunistisch und parteikarrieristisch gedacht.

(Beifall)

Ich sage: Wohl dem, der aus den 40 Jahren DDR als Held hervorgegangen ist. Aber ich sage auch: Wehe denen, die es nicht waren oder die es nur ab und zu waren. Wer zum Beispiel ist nicht zu den Wahlen gegangen und hat dort seine Kompromisse gemacht, - Menschen, die sich jetzt über andere zu Gericht setzen.

Wir haben viel zu tun mit der Bewältigung der Vergangenheit. Stasi, Unterdrücker und Ausbeuter werden damit nicht fertig. Sollten Sie nicht wenigstens untereinander fair sein? Machen Sie sich nicht noch im nachhinein schuldig aneinander! Ich bitte Sie ganz herzlich darum. Ich kann mich mit dem, was in Ziffer 18 des Dresdner Manifests steht, identifizieren. Aber ich bitte Sie: Legen Sie die Meßlatte nicht einfach noch höher! Denn darüber werden Sie kaum noch Menschen erreichen, es sei denn, es sind Einsiedler aus der Vergangenheit.

(Lebhafter Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Sammet, bleiben Sie bitte noch einen Augenblick am Mikrophon. Herr Eggert wollte eine Rückfrage stellen.

**Heinz Eggert:** Da wir beide Theologen sind

(Gerhard Sammet: Auch Kollegen aus der Studentenbetreuung!)

– wir kennen uns ja noch –, darf ich Sie fragen: Meinen Sie ernsthaft, daß die Schuld des einen dadurch, daß ein anderer größere Schuld auf sich geladen hat, kleiner wird?

(Gerhard Sammet: Keineswegs!)

Oder meinen Sie nicht auch, daß man, wenn man einsieht, daß man einem verkehrten Streben nachgegangen hat, irgendwann einmal Konsequenzen daraus ziehen muß?

Ich habe gelesen, daß Sie, Herr Duchac – ich will Ihnen jetzt nicht zu nahe treten oder vielleicht doch –, geschrieben oder gesagt haben: Es ist immer noch besser gewesen, Clownerien in einem Stasi-Ferienheim zu machen, als für die Stasi Berichte geschrieben zu haben. – Da kann ich Sie voll unterstützen. Ich bin Studentenpfarrer gewesen, und mir war es in 17 Jahren nicht möglich, in einer Studentengaststätte überhaupt bedient zu werden. Und jetzt frage ich Sie: Wieviel gehörte eigentlich dazu, um ein Stasi-Ferienheim betreten zu dürfen?

Das sind die Diskussionen, die überall geführt werden. Momentan haben wir wohl die größten Schwierigkeiten, weil wir die Diskussion über Vergangenheitsbewältigung nicht in einem angstfreien Raum führen können. Es hängt ja zum Beispiel für einen Minister sehr viel davon ab, wenn er in solche Diskussionen verstrickt wird. All diese Dinge möchte ich sehr wohl berücksichtigen. Aber ich würde Sie auch bitten, diese Dinge so zu hören. Es sind hier Klüfte, die sich aus unseren Biographien ergeben.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Sammet!

**Gerhard Sammet:** Zunächst zur Sache: Es gab nicht schlechthin Stasi-Heime – die gab es auch –, sondern es gab sehr viele Erholungsheime, in denen natürlich auch Leute waren, die Stasi-Mitarbeiter und sonstwas waren. Dort aufzutreten für Leute, die gesellschaftlich ein bißchen was unternommen haben – zum Beispiel auch, indem man Theaterzirkel aufmachte –, war eine Sache, bei der man nicht von vornherein wußte, wo man überhaupt auftritt, sondern man war nur einfach irgendwo eingeladen. Sie werden, Herr Kollege, sehr wohl wissen, daß man das nicht einfach von vornherein wußte.

Und dann das zweite: Für uns als Pfarrer ist es sehr leicht, zu urteilen über Menschen, die in einer anderen Position gelebt haben, – in einer ganz anderen Position! Entschuldigen Sie, wenn ich das so persönlich sage.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke! – Als nächster hat Herr Hofmann das Wort.

**Gerold Hofmann:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche hier nicht als Mitglied der CDU – warum, darauf komme ich noch –, sondern ich spreche als Gast. Ich vertrete hier den Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermißten-Angehörigen Deutschlands. Ich spreche hier aber vor allem als Vorsitzender des Bundes der Verfolgten des Stalinismus im Bezirk Dresden.

Gestatten Sie mir zunächst einige Ausführungen zu meiner Person. Als ich im Jahre 1947 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, war mein Vater in einem sowjetischen NKWD-Lager verstorben; man kann auch sagen: verreckt, jämmerlich verreckt! Ich erfuhr offiziell davon erst nach 37 Jahren. Ich selbst schloß

mich damals einer Widerstandsgruppe an, wurde von den Organen der Staatssicherheit verhaftet und zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt. Dafür war ich nach der Wende einer der ersten, der in den Vorruhestand gezwungen wurde und seinen Arbeitsplatz verlassen mußte.

Als sich dann Ende der 50er Jahre für mich die Tore des Zuchthauses Waldheim schlossen, suchte ich in meiner Heimatstadt die Kreisstelle der CDU auf, um etwas über den Verbleib eines ehemaligen CDU-Funktionärs, der auch im Widerstand war, zu erfahren. Ich erfuhr dort nichts. Aber dafür erfuhr die Stasi von meinem Besuch dort. Das war die erste Begegnung mit der CDU.

Als ich dann nach vielen, vielen Jahren – es waren fast 20 Jahre – einigermaßen wieder auf die Beine fiel und wieder als kleiner Angestellter arbeiten durfte, trat ich nochmals mit der Christlich Demokratischen Union in Verbindung. Ich glaubte damals, dort in der CDU vielleicht doch mitarbeiten zu können, mit für die Erneuerung der Partei eintreten zu können und etwas tun zu können. Das war ein Trugschluß. Mein Antrag auf Aufnahme in die Partei wurde damals abgelehnt mit der Begründung, daß ich ja ein Staatsfeind sei, und vor allem mit der Begründung, daß man eine Anweisung von der SED-Bezirksleitung habe, mich nicht in die Partei aufzunehmen. Das war meine zweite Begegnung mit der CDU.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die dritte Begegnung habe ich dann nicht mehr gesucht, weil ich nämlich an die Funktionäre geraten wäre, die mich damals als Verbrecher bezeichnet haben und mich wegen meines „Verbrechens gegen den sozialistischen Staat“ angesprochen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Bewältigung der Vergangenheit, der Sie sich stellen wollen, gehört zweifellos – und das ist sehr, sehr wichtig – auch die Erinnerung an den Widerstand und an die vielen, vielen Opfer, die der Widerstand gefordert hat. Das ist zweifellos noch nicht zu spüren. Mir sagte kürzlich ein Mitglied unseres Bundes, ein Mitglied Ihrer Partei: Die wollen ja von uns gar nichts wissen; wahrscheinlich ist das die Erinnerung an das schlechte Gewissen, selbst nicht aktiv gegen das kommunistische Regime aufgetreten zu sein.

Vielleicht liegt es auch an der Altersstruktur. Viele Mitglieder Ihrer Partei sind sehr jung. Sie haben die schlimmsten Jahre der Verfolgung nicht erlebt, die 50er Jahre, wo Urteile von zehn, fünfzehn, zwanzig Jahren, lebenslänglich und Todesurteile ausgesprochen wurden.

Ich möchte hier nur erinnern an die zigtausend Toten in den sowjetischen NKWD-Lagern. Darunter waren viele Christen, Demokraten, Sozialdemokraten und Parteilose. Das waren in den meisten Fällen keine Nazis. Sie wurden willkürlich weggeholt und verstarben dort in diesen Lagern.

Ich möchte erinnern an einen 17jährigen Schüler aus Oberrau, der Anfang der 50er Jahre zum Tode verurteilt wurde, nur weil er mit einem Druckkasten selbst Flugblätter herstellte und verteilte und sich dann bei seiner Verhaftung widersetzte. Er wurde zum Tode verurteilt! Das Urteil wurde nicht vollstreckt. Sie kennen vielleicht den Fall; es war der Josef Hermann Flade. Ich lernte ihn im Zuchthaus Waldheim kennen, ungeboren.

Ich möchte erinnern an jenen Fall in Wertlau, wo eine ganze Klasse von Oberschülern mit den Lehrern verhaftet wurde, weil sie sich mit Flugblättern gegen die sogenannte Volksabstimmung gewandt hatten. Die Strafen lagen damals zwischen zwei Jahren und fünfzehn Jahren. Das waren 17jährige Schüler, also fast noch Kinder!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie gesagt: Wenn Sie die Vergangenheit bewältigen wollen, dann dürfen Sie die Frauen und Männer des Widerstandes nicht vergessen. Ich bin gegen eine pauschale Verurteilung der CDU-Mitglieder aus der ehemaligen DDR. Ich kenne sehr viele, die mit uns, neben uns bei der Wende in der ersten Reihe gestanden haben. Ich kenne aber auch sehr viele – und vielleicht noch mehr –, die die Ereignisse des Oktobers hinter zugezogenen Gardinen beobachtet und abgewartet haben: was wird denn daraus?

(Beifall)

Und von denen sind heute sehr viele in hohen Positionen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es stünde Ihrer Partei, die sich ja „Christlich“ nennt, gut an, wenn Sie sich bei der Bewältigung der Vergangenheit auch ganz besonders für die Frauen und Männer des Widerstandes und für die Opfer des Stalinismus einsetzen würden. Überlassen Sie das bitte nicht nur der Opposition oder der kleinen Gruppe „Bündnis 90“ im Bundestag! Tun Sie bitte selbst etwas! – Danke schön!

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ein wahres Wort! – Herr Vaatz, Sie wollten eine Bemerkung dazu machen. Bitte schön!

**Arnold Vaatz:** Ich bin Ihnen sehr dankbar. Wenn Sie vielleicht noch einmal einen Schritt wagen wollen: Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie sich doch noch der Dresdner Ortsgruppe der CDU anschließen könnten. Wir brauchen Sie nämlich dringend.

Ihr Beitrag hat es mir leichtgemacht. Nach den beiden Beiträgen von Herrn Schönburg-Glauchau und von Herrn Sammet haben mir ein wenig die Hände gezittert. Jetzt ist es wieder vorbei, so daß ich auch auf diese beiden Beiträge noch jeweils ein Wort sagen kann.

Zu Herrn Schönburg-Glauchau muß ich sagen: Ich habe tiefen Respekt vor dem Schicksal, das Sie erlitten haben, als Sie 1945 Ihr Gut verlassen mußten und nicht mehr hierbleiben konnten. Aber ich bitte mir zu gestatten, daß ich Ihnen sage: Ich lasse mir von Ihnen nicht verbieten, mir über die Zeit, die ich selbst erlebt habe, mein eigenes Urteil zu bilden.

(Beifall)

Zu dieser Zeit, die ich selbst erlebt habe – und das geht jetzt an Herrn Sammet –, rechnet auch eine Periode mit der tiefsten Zäsur am 7. März 1983, als sich in der Halbzeug-Adjustage des Stahlwerks Unterwellenborn ein massiv-eiserner Balken gelöst hatte und wie ein Torpedo durch die Halle flog, meinen Freund Stefan Dumke an der Wade erwischte und sein Bein in acht Teile zerschlug. Er saß dort wegen Wehrdienstverweigerung.

Bitte, gestatten Sie mir, Herr Pfarrer Sammet, wenn ich meine Vorbehalte äußere gegenüber denjenigen, die sich zu dieser Zeit vor sich erholenden Stasi-Leuten kulturell betätigt haben, während ich im Straflager Unterwellenborn meine Tage gezählt habe. Und bitte, gestatten Sie mir auch, daß ich diese Distanz, die ich damals hatte zu Kommandeuren oder Mitgliedern der Kampfgruppen oder anderer bewaffneter Organe, nach der Wende nicht zu revidieren gedenke.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke! – Herr Dr. Schaefer, bitte schön!

**Dr. Aloys Schaefer:** Liebe Freunde! Es ist gut, daß dieses Thema auf die Tagesordnung unseres Parteitags gesetzt worden ist. Ich habe aber den Wunsch und die dringende Bitte, daß es so schnell und so bald wie möglich von der Tagesordnung wieder verschwindet, damit wir uns mit aller Kraft an die Aufgaben der Zukunft wagen können.

(Beifall)

Ich möchte meinen Standpunkt begründen. Zu meiner Legitimation: Ich war 1945 und 1946 Landrat im Eichsfeld, in Heiligenstadt. In Verbindung mit den ersten Kommunalwahlen bin ich verhaftet worden wegen Nichtausführung der politischen Generallinie der Besatzungsmacht. Wir sollten eine antifaschistische Liste aufstellen, um den Wahlsieg der CDU zu verhindern. Das habe ich mit meinem Freund Dornhofer abgelehnt. Daraufhin wurde ich zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt, von denen ich acht Jahre in Untermarsfeld, Sachsenhausen und Torgau verbracht habe.

Mit den heutigen Augen kann man die Situation der damaligen Zeit nicht beurteilen. Ich muß Ihnen die Situation schildern: Als ich verpflichtet wurde – nach zahlreichen Gesprächen mit den russischen Stellen –, wurde mir klargemacht: Deutschland hat den Krieg verloren; wir sind die Besiegten, wir sind die Erfolglosen. Trotzdem – sagten die Herren – würden sie sich freuen, wenn sie auch mit der CDU zusammenarbeiten könnten; bei allen Planungen hätten sie zwar mit dem Zentrum gerechnet und es sei ein historischer Fehler gewesen – so gaben sie zu –, die Situation der CDU nicht erkannt zu haben. Es wurde mir erklärt, es würde sie freuen, wenn ich sie lieben würde; aber da sie das nicht erwarten könnten, würden sie auch zufrieden sein, wenn ich sie fürchtete. Und sie machten mir klar: Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns; wer sich uns widersetzt, der wird zur Leiche.

Unter diesen Umständen – und das wurde ja auch der Bevölkerung klargemacht – haben wir damals leben und arbeiten müssen. Ich hätte es mir sehr leicht machen können, über die sehr nahe liegende Grenze abzuhausen. Aber niemand konnte das unter den damaligen Umständen hinnehmen.

Wenn ich nun zurückblicke, ob dieses Verhalten richtig oder falsch war, so ergibt sich ernstlich die Frage – und die habe ich damals wiederholt mit Kaiser, Lemmer und Dr. Krone erörtert -: Hatte es überhaupt einen Sinn, unter dieser Situation eine christlich-demokratische Partei zu erhalten? Denn die Sowjets hatten klar erklärt, sie kämen zu uns als Sieger und Stalinisten, um Land und Leute zu bolschewisieren. Wie war dann für ein Programm der CDU vom 26. Juli 1945 überhaupt noch Raum? Wir mußten befürchten – und das ist eingetreten –, daß man schrittweise als Werkzeuge und Handlanger in den Dienst des damaligen Systems gestellt wurde.

Ein zweites muß ich sagen: Alle deutschen Stellen, die damals eingesetzt wurden oder sich betätigt haben – von der SED bis zur CDU und den übrigen Parteien –, haben das Schicksal dort nicht bestimmen können. Keine einzige Maßnahme ist dort erfolgt ohne oder gegen den Willen der sowjetischen Besatzungsmacht. Das soll kein Freispruch für die anderen sein. Aber die Freiheit der Entscheidung war jedem einzelnen genommen. Und ich halte es für unmöglich, irgend jemandem das Recht zu geben – weder im Westen noch im Osten, auch nicht der CDU, der SED oder der SPD –, heute als Kläger aufzutreten und zu sagen: dieser und jener ist schuldig. Mit den Augen eines rückwärts gewandten Propheten können Sie diese Situation nicht recht beurteilen; das spreche ich jedem ab.

Der nächste Schritt: Was sollen wir heute damit tun? Wir können nicht vergessen und verschweigen, was gewesen ist. Wir wollen auch keine Rache und keine Vergeltung

üben. Es geht vielmehr darum, Kräfte guten Willens für die Zukunft zu gewinnen. Denn es handelt sich ja nicht nur darum, daß wir hier und heute Freiheit, politische Freiheit versprechen, sondern es geht im wesentlichen darum, daß mit dieser Freiheit Arbeit und Brot gegeben wird. Erst wenn Sie diese Aufgabe erfüllt haben, können Sie über manche Dinge nachdenken. Dieser Aufgabe sollten Sie sich mit allen Kräften widmen. Was soll es, wenn Sie weitermachen wie bisher, sich mit den Dingen der Vergangenheit zu beschäftigen, in einer Art und Weise, wie ich es heute wieder gesehen habe, die eine typisch deutsche Einrichtung ist: der Selbsterfleischung?!

(Beifall)

Überlassen Sie es der Geschichte und dem lieben Gott, darüber zu urteilen! Sie werden auch so einen Weg finden, um mit diesen Dingen fertig zu werden.

Und denken Sie nicht, daß die ganze Vergangenheit nur aus der Zeit zurück bis 1945 besteht! Es gibt auch eine zurück bis 1933 und zurück bis 1871. Es gibt 5000 Jahre deutscher Geschichte, und Sie können auch mal nachsehen, wie man dort die Vergangenheit bewältigt hat. Das heißt: es ist nie etwas dabei herausgekommen, wenn wir mit solchen Maßstäben der persönlichen Schuldzuweisung an weltgeschichtliche Vorgänge herangegangen sind.

Um zum Schluß zu kommen: Ich bitte zu überlegen, wie man sobald wie möglich zu einem vernünftigen Abschluß kommen kann, damit wir die Zukunft gewinnen können. Die CDU hat die Wahl 1990 nur gewonnen, weil sie auf Grund ihrer Erfolge im Westen als Hoffnungsträger gegolten hat. Das nächste Mal werden Sie mit der Elle gemessen! Und wenn Sie bis dahin nicht gelernt haben, den Menschen Arbeit und Brot zu geben, dann können Sie einpacken. – Vielen Dank!

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! – Herr Eggert, bitte sehr!

**Heinz Eggert:** Herr Dr. Schaefer, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie den Blick ein bißchen erweitert haben auf die Hoffnung für morgen. Denn ich denke, wenn keine Hoffnung für morgen ist, kann man auch keine Vergangenheit von gestern bewältigen.

Ich denke sogar, daß die Hoffnung auf morgen und die Vergangenheitsbewältigung von gestern uns auch die notwendige Geduld hier im Osten verschaffen: nicht alle Änderungen von heute auf morgen zu erwarten. Ich glaube vielmehr, daß wir 16 Millionen wissen, was wir in der DDR getan haben, wo wir versagt haben – da schließe ich mich ganz genauso mit ein -, wo wir unsere Kompromisse geschlossen haben, daß wir jetzt zunächst einmal in erster Linie für das verantwortlich sind, was hier verändert wird, und nicht wahnsinnig große Anforderungen stellen dürfen an die deutsche Einheit in bezug auf die Veränderung unserer Lebensverhältnisse. Das ist für mich ein Nebenaspekt.

Ich habe vor kurzem mal in Annaberg ein Bild gebraucht; ich glaube, das ist einfach richtig, nicht etwa deshalb, weil es von mir stammt. Es ist wie bei einem Autofahrer: Wenn Sie ständig in den Rückspiegel gucken, fahren Sie gegen den Baum; wenn Sie aber immer nur nach vorne sehen, bekommen Sie nicht mehr mit, welche Gefahren von hinten auf Sie zukommen. Das müssen wir gemeinsam schaffen!

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! – Herr Böttcher, bitte!

**Manfred Gerhart Böttcher:** Werte Anwesende! Als Mitglied des CDA-Landesvorstandes Sachsen möchte ich meine an und für sich geplante Rede infolge der zur Verfügung stehenden Zeit nur noch in Thesen zusammenfassen.



Erstens: Wie kann ich Vertrauen gewinnen, wenn ich nicht in mich gehe und meine Schuld, die ich auf mich geladen habe, bekenne? Das heißt, es müßte also möglich sein – und das ist praktisch mein Verständnis von Demokratie -, daß Funktionäre, die in der Vergangenheit Funktionen, egal auf welcher Ebene, gehabt haben, zumindest sich eine Wahlperiode lang politischer Enthaltensamkeit unterwerfen.

(Zustimmung)

Natürlich, wenn sie einem unerfahrenen Herrn oder einer unerfahrenen Dame unter die Arme greifen und mit ihrer politischen Erfahrung Rat beisteuern, haben wir nichts dagegen. Aber das Grundsätzliche gehört zum politischen Anstand.

Meine zweite These: Es wird viel auf uns geguckt, und wir selbst schauen ebenfalls hin: „Vergangenheit bewältigen“. Aber wirklich nur in den neuen Bundesländern? Ich nenne nur den Fall des Staatssekretärs Globke. Wie wurde dort von seiten der alten Bundesrepublik seinerzeit die Vergangenheit des „Dritten Reichs“ bewältigt? Mit dem Mäntelchen der Nächstenliebe! Und das war falsch, denn damit haben Sie Ihre politische und moralische Autorität verwirkt, jetzt so über diese DDR-Funktionäre zu sprechen. Das steht vielmehr einzig und allein den ehemaligen DDR-Bürgern zu.

Meine dritte These wäre: Schauen Sie sich die Frauen-Repräsentanz in den Vorständen der Alt-CDU an im Verhältnis zur Mitgliederzahl! Da sehen Sie auch eine Vergangenheit. Und wenn Sie die Bevölkerungszusammensetzung in Deutschland betrachten, dann wissen Sie, daß es mehr Frauen und damit mehr Wählerinnen gibt als Männer.

Mein letzter Punkt: Wie ist es zu verstehen, daß wir uns nicht gemeinsam stark machen für unsere Alten, nämlich für die Generation, die im Nazi-Regime als junge Menschen ihren Buckel hingehalten haben, dann hier – und auch bei Ihnen – die Karre aus dem Dreck gezogen haben, die aber hier auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nicht die Möglichkeit hatten, Reichtümer zu sammeln, die praktisch jetzt als alte Menschen in Alters- und Pflegeheimen sind und jetzt vor einem Dilemma stehen: ich meine auf der einen Seite das Modell von Norbert Blüm für die Altenpflege und auf der anderen Seite das der FDP. Es müßte doch im Interesse der alten Bürger einen Proteststurm gegen die Pläne der FDP geben! – Ich danke.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Pawlowski, bitte!

**Willi Pawlowski:** Verehrte Damen und Herren! Gestatten Sie bitte, daß ich von meinem Platz aus spreche, weil es für mich ein bißchen problematisch ist, nach vorn zu gehen.

Es wurden schon viele Gedanken geäußert. Aber ein Problem berührt mich nach wie vor. Wir haben als Kinder unseren Eltern die Frage vorgelegt, wie alles das im „Dritten Reich“ geschehen konnte, etwa daß Hunderttausende von Menschen vergast wurden. Wie konntet ihr damals leben? Heute stehe ich vor der Frage, und heute stellen meine Kinder an mich, an die Eltern die Frage: Wie konntet ihr das so weit kommen lassen? Wie konnte all das geschehen? Habt ihr nichts gemerkt?

Ich möchte einige Bemerkungen als naiver Zeitgenosse machen. Ich galt als Außenseiter in der CDU, gelte es jetzt vielleicht hinterher auch wieder. Aber zur Anregung einige Gedanken, die hier nicht ausgesprochen worden sind. Es geht um berechnete Fragen, die jeden aufrechten Christdemokraten beschäftigen.

Ich bin Jahrgang 1941. Ich bin heute dankbar, daß es in der DDR eine Christlich Demokratische Union gegeben hat. Denn neben den Kirchen und Gemeinschaften hat es diese Partei, man mag sie im nachhinein schelten wie man will, doch

verstanden – mit mehr oder weniger Geschick, und jene Politiker ausgeschlossen, die sich nicht entsprechend engagiert haben und sich am korrupten Spiel des Verteilens des Kuchens beteiligt haben -, zu bewirken, daß der Gedanke der christlichen Ethik nicht untergegangen ist, wie es seinerzeit Walter Ulbricht erwartet und verlangt hat. Ich erinnere an die Worte – und die sind mir als jungem Menschen von damals in Erinnerung geblieben -, in Eisenhüttenstadt gesprochen: Es wird zukünftig keine Spitzen mehr geben. Diese Worte blieben mir im Gedächtnis.

Ich war politisch uninteressiert, aber Anfang der 70er Jahre habe ich mich der CDU zugewandt, weil ich als Christ auch etwas an christlicher Ethik einbringen wollte – im kommunalen Bereich -, damit die Menschen spüren, daß es in dieser DDR auch noch andere Menschen gibt und nicht nur Genossen. Ich danke den Politikern, die diese Ethik getragen haben. Sonst hätten wir Verhältnisse gehabt wie in Albanien.

Und jetzt zur Wende. Ich höre immer wieder, daß von „Revolution“ gesprochen wird. Ich war ab Mai 1989 Kommunalpolitiker, und zwar war ich Stadtbezirksabgeordneter und insbesondere auf dem Gebiet der Wohnungspolitik tätig. Ich habe also die gesamte Wende bewußt erlebt und bin nicht weggerannt vor den Sorgen der Bürger, die dann allein standen. Ich habe eins mitbekommen: Diese ganze Entwicklung als „Revolution“ zu bezeichnen, ist ein Traum! Es war im wahrsten Sinne des Wortes eine Wende, die, emotional geladen, sich in die deutsche Einheit entwickelte. Dafür danken wir auch all denen, die seinerzeit an der Spitze mitgewirkt haben, auch Lothar de Maiziere. Wir sollten uns auch davor hüten, daß jene, die bei der Wende aktiv zugegen waren, ebenso wie in der Französischen Revolution von den Revolutionären gefressen werden.

Immer wieder haben wir gelesen, welche Forderungen Westdeutsche an die neuen Bundesländer stellen: wir wollen all jene Güter, Häuser und dergleichen zurückhaben. Aber leider habe ich kein einziges Wort darüber gelesen – und das geht auch an die Presse -, wie viele Milliarden Industriekonzerne und Kaufhäuser mit dem Dumping-Handel der DDR verdient haben.

(Beifall)

Wenn auch nur ein kleiner Prozentsatz dieser Gewinne in den „Aufschwung Ost“ geflossen wäre, werte Mitbürger, dann hätte weder in den alten Bundesländern noch in der DDR eine Steuererhöhung zu kommen brauchen. Dieser Auffassung bin ich.

Jetzt zum „Vertrauen in die Zukunft“. Ich muß ehrlich sagen, der bisherige Verlauf des Parteitags erfüllt mich etwas mit Sorge, und zwar aus folgendem Grund: Ich vermissе ein Forum „Soziales und Arbeit“, das nämlich Antwort gibt auf die Fragen der Arbeiter: wie geht es in Sachsen und woanders tatsächlich weiter? Es ist doch ein unzumutbarer Zustand, wenn westdeutsche Firmen sich den Kuchen ansehen, die Rosinen herausnehmen und den Rest wegwerfen. Wenn man dann noch im Bundestag hören muß, daß die Arbeiter im Osten nicht arbeiten können, - wer sollte da nicht in Weißglut geraten?! All jene, die hier unter der Norm an der Drehbank gearbeitet oder am Fließband Kleider genäht haben, wissen auch, was Arbeit heißt. Wir wollen arbeiten! Zerstört nicht alles! Wichtiger ist, in welcher Zeit wir neue Betriebe mit neuen Ausrüstungen aufbauen. Das ist das Entscheidende. Arbeiten wollen wir alle, auch dazu beitragen, daß das Gemeinsame wächst.

Jetzt noch etwas anderes.

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich muß Sie auch ein bißchen mahnen, Herr Pawlowski.

**Willi Pawlowski:** Nur noch wenige Sätze. – Die Wahl gestern erinnert mich – das muß ich sagen – an SED-Zeiten.

(Unruhe)

Haben denn wirklich die Damen so wenige Politikerinnen, daß nur eine Kandidatin aufgestellt werden kann, und dann auch noch auf Vorschlag des Präsidiums?! Eine Wahl stelle ich mir so vor, daß es zumindest um zwei oder drei Bewerber geht, nicht um eine einzelne Person. Darauf sollte geachtet werden. Demokratie fängt nämlich auch bei uns an.

Noch eines macht mir Sorge – dabei denke ich an eine Äußerung von Dr. Kohl -, nämlich daß die Konzerne von der Vermögensteuer entbunden werden sollen, weil wir zukünftig konkurrenzfähiger sein sollen. Die Frage lautet aber für mich: Sollte es nicht eher umgekehrt heißen, daß in den anderen Staaten, wo der soziale Unterbau oder Aufbau noch nicht so weit ist wie in Deutschland, mit einem sozialen Aufbau angefangen werden sollte, statt in anderen Ländern in sozialer Hinsicht abzubauen?

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Vielen Dank, Herr Pawlowski! - Meine Damen und Herren, ich habe hier nichts zu bewerten; ich möchte aber unmißverständlich feststellen, daß es auch in den alten Bundesländern keinen ernstzunehmenden, halbwegs vernünftigen Menschen gibt, der behauptet, hier in den neuen Bundesländern könnten die Leute nicht arbeiten. Das müßte hier gesagt werden.

(Beifall)

Diesen Quatsch vertritt niemand, der Wert darauf legt, auch nur halbwegs ernstgenommen zu werden. – Frau Schubert, bitte!

**Dr. Helga Schubert:** Ich danke Ihnen sehr dafür, daß Sie den einen Gesichtspunkt angesprochen haben. Es besteht nämlich wirklich eine Gefahr der Desinformation über die Rolle der sogenannten Revolutionäre 1989. Die Desinformation besteht darin, daß diese Menschen eigentlich jetzt im Abseits stehen, daß sie überrollt wurden von der Sehnsucht nach der D-Mark, nach den Bananen usw.

Ich möchte ein Wort für die große schweigende Mehrheit in einer Diktatur sprechen, für diejenigen, die die Diktatur durchschaut haben. Ich bin der Meinung, daß Millionen - nicht nur innerhalb der CDU, sondern auch außerhalb der CDU - diese Diktatur durchschaut haben, sie in ihrer Gefahr wirklich richtig eingeschätzt und sich aus diesem Grund nicht so verhalten haben, daß sie ins Gefängnis gekommen wären. Als durch viele verschiedene internationale Möglichkeiten - ich brauche sie nicht alle aufzuzählen - diese große schweigende Mehrheit Mut bekam, überhaupt an ein Ende der Diktatur zu denken, da hat diese große schweigende Mehrheit zunächst einmal nur an eine Verbesserung innerhalb des Systems gedacht. Dann ist es zu einer wechselseitigen Ermutigung gekommen - schon im Dezember 1989 -, und diese wechselseitige Ermutigung ist tatsächlich zwischen dem Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und den Demonstranten hier in Dresden vor der Frauenkirche passiert. Ich weiß noch aus dem damaligen kurzen Bericht im Fernsehen - ich glaube, es war der 19. Dezember 1989 -, wie er gesagt hat: Gott segne unser deutsches Vaterland! - Als ich das hörte, habe ich gedacht: Ich gehöre ja eigentlich auch dazu. Nicht daß ich mich mit der DDR identifiziert hätte! Ich habe eigentlich nicht gedacht, daß ich mit dazugehöre, aber ich wurde - und so wird es Millionen gegangen sein - plötzlich mit dazugerechnet.

Wir hatten ja damals einen „Fernkurs“ über parlamentarische Demokratie, weil wir dauernd die Bundestagsdebatten im West-Fernsehen verfolgen konnten, und ich möchte mich an dieser Stelle beim West-Fernsehen bedanken, daß wir das immer konnten. Ich möchte mich aber in diesem Fall auch bei den Politikern der CDU – ich habe ja schon einmal gesagt, daß ich nicht Mitglied bin – im Westen bedanken, die sich so verhalten haben, wie man sich gegenüber Geiseln benehmen muß, -

(Beifall)

genauso wie wir uns gegenüber den deutschen Geiseln im Libanon benehmen müssen: sehen, daß sie da noch sind, und hoffen, daß sie noch leben. Ganz genauso sind wir in diesem Fall nicht im Stich gelassen worden. Es hieß immer, „ihr gehört zu uns, wir werden eure DDR-Staatsbürgerschaft nicht anerkennen, und wir werden, wenn es die Möglichkeit gibt, auch wieder ein größeres, einheitliches Deutschland sein“. Das ist für uns die einzige Möglichkeit gewesen, schnellstens in diese Einheit zu kommen. Ansonsten würden wir jetzt einen gleichen Hunger-Winter erleben, wie das nun in Moskau der Fall ist, mit Schlangestehen usw. Es ist auch die einzige Möglichkeit gewesen, so schnell wie möglich einem Gegenputsch zuzuvorkommen.

(Beifall)

Aus diesem Grund ist es so wichtig, diese Differenzierung jetzt vorzunehmen. Wir mußten zunächst einmal diese Diktatur überwinden. Und jetzt müssen wir genauso schnell alles differenzieren, was gewesen ist. Es ist furchtbar schwer, von dieser Dampfwalze herunterzukommen. Plötzlich müssen alle mit dem Mikroskop arbeiten, mit ganz kleinen Werkzeugen.

Das ist unsere wirkliche Aufgabe, die wir im Moment haben. Wir sollten uns jetzt nicht unter der Devise „teile und herrsche“ - auch in diesem Raum war das plötzlich zu spüren - als Untertanen gegenseitig vorwerfen: Was hast du nicht doch alles womöglich mit der Diktatur gemacht, wo bist du damals aufgetreten? Diejenigen, die diese Diktatur wirklich wollten und die damit eine Ideologie durchsetzen wollten, sitzen ja gar nicht in diesem Raum.

(Zustimmung)

Es geht um diejenigen, die darauf reingefallen sind. Auch viele von den Medien sind darauf reingefallen, weil sie gedacht haben, hier könnte man irgend etwas Sozialistisches herstellen. Sie haben ja hier nicht leben müssen! Viele andere sitzen hier, die versucht haben, aus diesem System noch etwas „am Rande“ zu machen. Man sollte sich wirklich nicht gegenseitig etwas vorwerfen, und vor allen Dingen sollte man sich nicht als verrückt oder als gebrochen für sein ganzes Leben hinstellen. Es ist ja vorbei! Wir müssen daran denken, daß das alles vorbei und vergessen ist.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön, Frau Schubert! – Herr Krause, bitte!

**Harald Krause:** Ich gehöre dem CDA-Landesvorstand Sachsen an, bin Gewerkschaftler und Parlamentarier in Chemnitz. Ich will mit einem jüdischen Sprichwort anfangen: Wer sich mit Hunden hinlegt, wird mit Flöhen wieder aufstehen. Nun, wer waren die Hunde? Und wer versucht zur Zeit schamhaft, das leise Kribbeln und Krabbeln zu unterdrücken, das von den roten Flöhen kommt?

Ich muß leider auch fragen, liebe Freunde von der Presse aus den westlichen Bundesländern: Haben Sie Ihre Vergangenheitsbewältigung mit den Kollegen aus dem Osten eigentlich schon abgeschlossen, die doch alle wieder dasitzen und die

das, was wir, die wir in der CDU seit langem von der Erneuerung reden, geltend machen, nie bringen? Wenn ich im Chemnitzer Stadtparlament die PDS der Verfassungsfeindlichkeit anklage, dann bringt das die Presse nicht! Das Sozialismus-Modell, das in den alten Bundesländern zur Schicki-Micki gehört und bei einigen Pseudo-Intellektuellen Grundlage für die Ansicht ist, daß der Sozialismus vielleicht doch noch nicht gestorben sei, versuchen einige in den neuen Bundesländern wieder aufzubauen. Ich bitte Sie also: Schauen Sie sich in den Redaktionen in den neuen Bundesländern einmal um und sehen Sie, wer da um 360 Grad gewendet ist!

(Beifall)

Und noch eines, auch an die Presse: Ich spreche für viele, die wie ich den Dienst mit der Waffe abgelehnt hatten. Als 18jähriger, unbedarft, ahnungslos, rief man da so ungefähr: Ich lehne den Dienst mit der Waffe ab, weil ich den Mord für ein System ablehne. Es ist also nicht so, daß in der CDU alle „Blockflöten“ und alle Funktionäre gesagt haben: mit den Leuten wollen wir nicht. Mir persönlich ist es 1987 so gegangen. Ich habe viele Jahre für einige Presseorgane Artikel über Jazz – Jazz war bei den Nazis verboten, bei den Kommunisten auch wieder ungeliebt – geschrieben. Es gab in der CDU einen Kultur-Funktionär, der hat mich unterstützt und hat mir Rückendeckung gegeben. Ich kenne Verhaftungen, Verhöre usw. Der hat mir gesagt: Komm in die CDU; es wird zwar nicht leicht; du kennst das Statut der CDU - da stand damals drin, daß wir uns an die Seite der SED stellen, usw. -, aber komm da rein! – Ich habe das angenommen. Innere Aushöhlung? Ich sehe, daß in dieser CDU die innere Aushöhlung da war, und ich sehe, daß Arbeitnehmer der CDU in den 40er und 50er Jahren – Dertinger-Prozeß; Sie wissen das alle – politisch gesessen haben. Ich kenne als CDA-Mann und Gewerkschafter eine Menge CDU-Leute, die damals gelitten haben, und ich weiß, daß viele von den alten CDU-Mitgliedern sich jetzt verraten vorkommen – das ist schizophren; wir wollen die ja nicht vor den Kopf stoßen – und nun auch ausgetreten sind, weil sie sagen: ich bin verraten worden.

Uns geht es nicht um die. Es geht uns um die, die in dem System der DDR als Funktionäre der CDU in Kreisgeschäftsstellen tätig waren, die Kreisvorsitzende, Landesvorsitzende, Bezirksvorsitzende waren. Denn die alle mußten ständig, monatlich und wöchentlich, zum Rapport zur SED gehen, und die haben über Leute wie mich Berichte abgegeben.

(Beifall)

Und diese Leute sollten bitte – keiner will denen irgend etwas – in die zweite oder dritte Reihe gehen. Es ist so, daß wir die Demokratie, die Selbstverwaltung im Osten nicht aufbauen können, weil die Leute entmutigt werden, demotiviert werden von den Alten aller Couleur, die früher schon Führungspositionen hatten. Dann kriegen wir die Selbstverwaltung nicht nur im Osten nicht hin, sondern – wir haben keine Mauer mehr – dann wird sich Terrorismus und Radikalismus über ganz Deutschland ausbreiten. – Innere Auseinandersetzung also, nicht pauschal, aber an bestimmte Führungskriterien gebunden!

Ich muß noch etwas mit Sorge berichten: Ehemalige Kreisvorsitzende, Kreistagsabgeordnete, die aus der CDU kommen, waren nicht alle schlecht; aber sie sind erpreßbar von den Freunden und Genossen von der SED, die damals schon in den Stadtverwaltungen und Landratsämtern saßen. Und als Gewerkschafter muß ich sagen: Wir kriegen keine neuen sauberen, effizienten Verwaltungsstrukturen im Osten auf die Beine, wenn Personalräte immer noch aus alten Seilschaften bestehen, wenn die Landräte oder CDU-Funktionsträger von jetzt aus Angst, sie könnten von ihren alten

Freunden aus der SED erpreßt werden, den Mund nicht aufmachen und wenn es in Sachsen Enklaven gibt, wo die alten Führungsgremien immer noch fröhliche Urständ feiern. Aus dem Grund möchte ich sagen: keine Psychotherapie für den Osten. Wir haben keine Zeit für so etwas. Wir kennen das vom Fernsehen aus den alten Bundesländern: die Knetmännel-Gesellschaft aus den 70er Jahren. Dafür haben unsere Arbeitnehmer keine Zeit und keine Geduld; das brauchen wir nicht.

Ich möchte schließen wiederum mit einem jüdischen Sprichwort: Erinnern heißt leben.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Das Wort hat Frau Hessels, eine Journalistin – wie ich dem Wortmeldezettel entnehme – vom Allgemeinen Dagblad.

**Frau Hessels:** Entschuldigen Sie, daß ich eine Frage stelle. Aber ich will es kurz machen. Ich bin mir bewußt, es ist ungewöhnlich, daß hier ein Ausländer – und dann noch jemand von der Presse – das Wort ergreift.

Herr Maaz, ich möchte Sie doch noch einmal etwas fragen in punkto Menschlichkeit. Ich habe in vielen Zeitungsberichten – auch in Westdeutschland – gelesen, daß Sie ab und zu auch einmal die Westdeutschen vor das Schienbein treten. Das weckt hier oder sonstwo natürlich Schadenfreude. Aber mir geht es um die Menschlichkeit. Sie haben gesagt, diese Gesellschaft sollte sich nicht zu sehr verwestlichen, weil dann vielleicht – ich hoffe, daß ich Sie nicht falsch verstanden habe; sonst hätte meine Frage keinen Sinn – die Menschlichkeit verloren ginge. Sind Sie wirklich der Ansicht, daß es im Westen, wo die Marktwirtschaft regiert oder mitregiert, keine Menschlichkeit gibt? Da fühle ich mich auch als sogenannter Wessi – obwohl nicht in Westdeutschland gebürtig, sondern nur dort arbeitend - angesprochen.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Maaz, Sie sind direkt angesprochen.

**Dr. Hans-Joachim Maaz:** Es geht nicht um „keine Menschlichkeit“, sondern es geht um die Art und Weise und den Umfang von Menschlichkeit. Ich denke, wir haben in der DDR Verhältnisse gehabt, die durch Überwachung, Kontrolle und Unterdrückung unter den Menschen eine notwendige Vorsicht haben entstehen lassen und die vielfach die Beziehungen vergiftet haben, also das, was Menschlichkeit ist. Ich meine mit „Menschlichkeit“ immer auch Offenheit und Ehrlichkeit, ohne Maske und ohne Fassade leben. So wie ich es mittlerweile im Westen kennengelernt habe, sind Leistungsdruck, Konkurrenzdenken, Stärke-Kult Dinge, die viele Menschen hindern, voreinander offen und ehrlich zu sein. Auch dadurch werden Beziehungen vielfach belastet und auch in einer anderen Art und Weise geschädigt, gestört oder behindert. Das meine ich damit. Die Hoffnung, die ich habe, ist, daß wir nicht mehr die Kluft zwischen Ost und West haben, sondern daß wir die Gleichartigkeit unserer Probleme erkennen, wenn es darum geht, wie wir als Menschen miteinander umgehen. Das ist meine Position.

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! – Herr Dr. Hähle, bitte!

**Dr. Fritz Hähle:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte in meiner Wortmeldung angekündigt, daß ich zum Thema etwas aus der Sicht der Sachsen sagen möchte. Ich muß mich indessen etwas revidieren. Die Sicht der Sachsen kann ja nicht anders sein als die Sicht der Menschen in den jungen Bundesländern generell. Deshalb sofort zur Sache!

Ich war bis vor kurzem der Meinung, der Vollzug der deutschen Einheit reduziere sich auf eine einzige Formel: gleiche Lebensbedingungen in Ost und West zu schaffen. Das ist sicher ein erstrebenswertes und auch von vielen erwünschtes Ziel. Daß zum Erreichen dieses Ziels Zeit gebraucht wird, ist entgegen anderslautender Behauptungen den meisten Menschen hierzulande wohl bewußt.

Womit wir uns aber nicht abfinden können, ist das Weiterwirken alter Ungerechtigkeiten aus SED-Zeiten. Damit deutlich wird, was ich meine, lassen Sie es mich etwas drastisch ausdrücken: Ich meine, der DDR-Staat war eine Art Apartheidsregime; nur waren die Weißen dunkelrot in der Farbe der SED und die „Schwarzen“ in der Regel parteilos. Lassen Sie mich der Einfachheit halber im weiteren nur von den „Schwarzen“ und „Weißen“ sprechen.

Seit der Wiedervereinigung haben „Schwarze“ und „Weiße“ in unserem Land gleiche Rechte. Nun geht es nicht mehr nach der politischen Hautfarbe, sondern nach Fähigkeit und Leistung. Wie soll das aber gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn die „Weißen“ ihre günstigen Ausgangspositionen in den Leitungsfunktionen und -ämtern, von denen „Schwarze“ bisher ausgeschlossen waren, wenn sie ihre höhere und bessere Ausbildung, die sie den „Schwarzen“ bisher verweigerten, und ihre noch vorhandenen Bindungen und Organisationsstrukturen weiterhin beinahe ungehindert nutzen können? Gleichheitsgrundsätze funktionieren doch nur dort, wo von Anfang an gleiche Voraussetzungen herrschen. Der Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes ist eine hervorragende Sache in einer gewachsenen demokratischen Ordnung. Nach unserer Meinung erweist er sich aber als völlig ungeeignet, um aus der Vergangenheit überkommene Unrechtsverhältnisse wieder geradezurücken.

Den Menschen hier erscheint es beispielsweise wie ein Hohn, wenn man einer ehemaligen hohen SED-Funktionärin, die jetzt Leiterin eines Arbeitsamtes ist – wie auch immer sie es angestellt haben mag -, erst Menschenrechtsverletzungen und dergleichen nachweisen muß, um sie wieder loszuwerden.

Es ist doch ein offenes Geheimnis, daß der in den 60er Jahren befürchtete Marsch der Radikalen durch die Institutionen, der in der Bundesrepublik Auslöser für den sogenannten Radikalen-Erlaß war, bei uns längst stattgefunden hat, ja meist gar nicht erst stattfinden mußte, weil die Vertreter des radikalen SED-Staates bis heute nicht aus Ämtern und Institutionen entfernt wurden.

Auf diese Weise bleiben die Benachteiligten von gestern die Benachteiligten von heute, –

(Beifall)

es sei denn, daß eine Partei, von der man es erwarten kann – ich nenne keinen Namen -, Gerechtigkeit nicht nur de jure, sondern auch de facto wiederherzustellen versucht. Das bedeutet nach meiner Überzeugung, daß die früher Benachteiligten gefördert werden müssen, aber auch, daß man den Einfluß der früher bevorzugten Kostgänger des SED-Regimes wirkungsvoll begrenzen muß. Ich betone ausdrücklich: nicht ausgrenzen muß man sie, sondern ihren Einfluß begrenzen. Es gibt noch genug zu tun außerhalb des öffentlichen Dienstes. Genau das ist es, was wir uns vorstellen oder vorstellen können, wenn wir sagen: „sich der Vergangenheit stellen“. Das ist auch ein wichtiger Aspekt.

Wenn sich die CDU dieser Problematik tatkräftig annimmt, wird sie auch den zweiten Teil des Leitspruchs auf ihrem Konto positiv verbuchen können; sie wird nämlich in dieser Beziehung Vertrauen gewinnen. Und da ich gern gleich zur Tat schreite, habe

ich einen Antrag initiiert, den Antrag C 31, um die Förderung der Benachteiligten zu verbessern. Das ist ein Antrag des CDU-Landesverbands Sachsen. Er hat zum Ziel, Bildungsinitiativen zur Überwindung der Folgen der Teilung zu starten. Darüber hinaus habe ich mir gestern erlaubt, einen Initiativantrag zu formulieren, für den ich die Unterschrift von 30 stimmberechtigten Delegierten erhalten habe. Er kommt morgen im Plenum zur Verhandlung. Ich darf nur ganz kurz erwähnen, worum es geht.

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Können wir das ein bißchen abkürzen?

**Dr. Fritz Hähle:** Es geht um den öffentlichen Dienst: „Ein wichtiger Kündigungsgrund ist auch dann gegeben, wenn der Arbeitnehmer auf Grund seiner Stellung im SED-Apparat von Amts wegen mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammengearbeitet hat, insbesondere wenn er Berichte des MfS angefordert, ausgewertet oder weitergeleitet hat oder wenn er zu den Auftraggebern des Staatssicherheitsdienstes der DDR gehörte.“ Ich bitte –

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Der Antrag ist gestern abend in der Antragskommission behandelt worden. Es wird dafür einen Vorschlag geben. – Herr Hähle, laufen Sie bitte nicht weg. Hier gibt es nämlich Rückfragen. Zunächst Herr Vaatz, bitte schön!

**Arnold Vaatz:** Herr Dr. Hähle, ich möchte kein Wasser in den Wein Ihrer klaren Rede schütten, die ich vollinhaltlich mittrage. Mich würde aber interessieren, da Sie von „Weißen“ und von „Schwarzen“ gesprochen haben, was Ihnen zu dem Begriff „Zebra“ einfällt.

(Heiterkeit)

**Dr. Fritz Hähle:** Ich habe es in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit vereinfacht dargestellt. Es gibt natürlich zwischen Weiß und Schwarz auch Graustufen und selbstverständlich auch Zebras.

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Eppelmann!

**Rainer Eppelmann:** Ich möchte Ihnen keine Frage stellen, möchte aber gerne reagieren auf das, was Sie gesagt haben. Für mich ist eine der wichtigen Erfahrungen des Herbstes 1989 und des Frühjahrs 1990, daß wir erstens gelernt haben, „ich“ zu sagen, und daß wir uns zweitens nicht mit Situationen abfinden, die wir vorfinden. Für meinen Eindruck kann auch die Regierung in Bonn im günstigsten Fall nur Rahmenbedingungen des Rechtsstaates für bestimmte Dinge schaffen, aber nicht sagen: jetzt knipsen wir mal für vier Wochen das Licht aus, und da habt ihr dann vier Wochen Zeit, um alle die verschwinden zu lassen, von denen ihr möchtet, daß sie verschwinden. Das geht nicht. Es wird also keine En-bloc-Verurteilungen geben können, sondern in einem Rechtsstaat muß ein differenziertes Nachgehen jeder einzelnen Biographie erfolgen.

Von daher geht es nicht ohne Sie. Sie müssen mit Namen und Hausnummer sagen: „Ich meine jetzt den“ oder „ich meine jetzt die“. Dann wird man dem nachgehen können. Und ich weiß aus Erfahrung, daß dann Dinge auch nach rechtsstaatlichen Kriterien verändert werden können. Für mich wäre es ungeheuer wichtig, daß wir das nicht wieder verlernen. Auch 40 Jahre DDR, so schmerzhaft sie für viele gewesen sind, können einen Sinn haben, wenn sie die Funktion einer heißen Ofentür ausüben; zum Beispiel wenn wir an bestimmten Stellen begriffen haben: Ich muß mir meine eigenen Interessen nicht ausreden lassen, ich will nicht mehr mit der Lüge leben, ich bin dazu nicht mehr bereit. – Für mich ist die wichtigste Erkenntnis: nie wieder – egal, was davorsteht – Diktatur!



**Dr. Fritz Hähle:** Herr Eppelmann, ich bin natürlich Ihrer Meinung. Aber ich meine auch, es ist unredlich, wenn wir die informellen und hauptamtlichen Mitarbeiter des Staatssicherheitsdienstes, sofern es von der Gauck-Behörde bewiesen ist, in der Regel ohne weiteres aus allen Ämtern entfernen können und die Auftraggeber weiter mit weißer Weste herumlaufen lassen.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! – Herr Professor Wartenberg!

**Prof. Dr. Günther Wartenberg:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme von der Universität Leipzig. Ich bin dort zur Zeit Prorektor für Lehre und Studium und zuständig für die Geistes- und Sozialwissenschaften. Vom Fach her bin ich Theologe.

Ich wollte eigentlich etwas zur Problematik „Universität und Erneuerung“ sagen. Aber ich denke, das, was bisher hier gesagt worden ist, weckt natürlich Empfindungen, die man auch aussprechen sollte. Ich habe das Gefühl, daß es sehr gut ist, wenn diese Positionen auch sehr stark emotionalisiert werden; aber mir scheint, daß wir in manchen Punkten doch wieder weiter weg sind vom Aufarbeiten der Vergangenheit und dem Sich-der-Vergangenheit-Stellen. Wir müssen einerseits verhindern, daß wir sehr holzschnittartig damit umgehen, weil es dann zu falschen Solidarisierungen kommt; andererseits müssen wir aber auch verhindern, daß man zu viele Vorbehalte entstehen läßt, daß man zuviel versucht, sich hineinzudenken, Fragen zu verstehen und Auftritte und Handlungen nachzuvollziehen versucht. Dabei können wir nämlich an den Punkt kommen, daß dann eigentlich keiner mehr für irgend etwas verantwortlich sein kann.

Eine weitere Frage, die mich bewegt, ist die Problematik, daß wir, was die Rechtsstaatlichkeit angeht, in vieler Hinsicht große Probleme haben, uns mit der Vergangenheit in der Weise auseinanderzusetzen, wie wir das wollen. Hier besteht für die politisch Verantwortlichen auch die Frage, ob es nicht möglich ist, rechtsstaatlich verantwortete Instrumentarien zu schaffen, die in bestimmten Fragen gültige Entscheidungen ermöglichen, die nicht, was zum Beispiel an den Hochschulen der fünf neuen Bundesländer teilweise passiert, durch Arbeitsgerichte anschließend wieder rückgängig gemacht werden.

Mir scheint, wir müssen uns vor zwei weiteren Dingen hüten. Das eine ist, daß wir die „Aufarbeitung“ - ich setze das bewußt in Anführungsstriche – nicht politisieren, sondern daß wir sie politisch vornehmen. Denn sonst kommen wir in große Schwierigkeiten und denken zu sehr von Tagesereignissen her und vielleicht auch von dem momentanen Zeittrend her. Andererseits – und ich denke, das wäre eine Aufgabe für alle, wobei auch die Menschen aus der alten Bundesrepublik mitgefragt sind – müssen wir uns um Maßstäbe, um Beurteilungsgrundsätze kümmern. Und wir müssen uns auch über Ebenen verständigen, mit denen wir Zugang zu allem, was passiert ist, bekommen, damit diese Maßstäbe auch nachvollziehbar und vermittelbar sind. Wir müssen Berichte und Erinnerungen sehr genau aufnehmen; aber wir müssen natürlich auch für die nächsten Generationen die Ebenen schaffen, auf denen man diesen Erscheinungen begegnen kann, und ich denke, daß das eine ganz wichtige Aufgabe ist.

Innerhalb der Universität haben wir noch ein besonderes Problem: daß die Angehörigen der Universität bei allen Dingen doch Privilegierte waren und daß Menschen, die Privilegien gehabt haben, sich nur sehr schwer und unter sehr schwierigen Umständen mit Entwicklungen vertraut machen können, in denen sie selber – und darauf muß man sie immer wieder ansprechen – Verantwortung gehabt haben. Denn es geht ja

nicht nur darum, daß man jemandem geschadet hat oder daß man jemandem Nachteile gebracht hat, sondern wir dürfen auch nicht vergessen, daß es Institutionen gegeben hat, die über Jahrzehnte Menschen ausgebildet haben, die jetzt nicht berufsfähig sind und die im Grunde genommen nicht mehr benötigt werden. Es geht jetzt darum, diese Verantwortung anzumahnen und den Betroffenen - sowohl denen, die nicht mehr berufsfähig sind, als auch denen, die das verursacht haben – das bewußt zu machen.

Mir geht es darum, daß wir vor allen Dingen ein differenziertes Herangehen erhalten, ohne daß wir die Grundsätze dieses Herangehens aus dem Blick verlieren.

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! – Herr Schumann, bitte!

**Eberhard Schumann:** Ich möchte auch nur ein paar Dinge beim Namen nennen. Ich komme aus dem wunderbaren, herrlichen Mecklenburg und möchte also auch aus dem Norden ein paar Gedanken beitragen.

Als Christen müssen wir – das wurde hier schon angemerkt – verzeihen können. Ob wir immer vergessen können, das muß jeder für sich selber tragen und jeder für sich selber verantworten. Schuld haben wir alle - alle, betone ich – in der ehemaligen DDR getragen. Es geht nur um die Frage des Maßes der Schuld, die wir uns aufgeladen haben.

Aus der Situation heraus möchte ich sagen: Ich bin jahrelang Vorsitzender der CDU in einem Ort gewesen, und ich bin es deswegen gewesen, weil ich mir als katholischer Christ gesagt habe: in diesem kleinen Ort kann ich mich einbringen und für die Menschen dort etwas tun. Was unsere Funktionsträger über uns in den nächsthöheren Etagen getan haben, hat nicht meine Zustimmung gefunden. Aber das konnte ich unter den gegebenen Verhältnissen auch nicht ändern. Deswegen trage ich zwar Schuld mit, aber ich glaube trotzdem, daß ich als Christ das tun konnte, was zu dem Zeitpunkt möglich war.

Ein zweiter Gedanke: Es wurde verschiedentlich empfohlen, die alten Funktionsträger in die Wüste zu schicken. Nur, das bedeutet auf der anderen Seite auch wieder, daß wir dann Leute brauchen, die diese Funktionen übernehmen. Aber wo sind diese Leute? Wir brauchen junge Leute, die den Mut zur Verantwortung haben, die auch den Mut zum Risiko für diese Verantwortung haben. Wir brauchen auch Leute, die den Mut haben, zu den Fehlern, die durch ihr Neu-Dabeisein offenbar werden, stehen. Diese dürfen nicht gleich durch die Presse oder aber durch den politischen Gegner kaputtgemacht und zur Selbstaufgabe gezwungen werden. Wir müssen das Kreuz haben, daß wir innerhalb der CDU auch diesen Leuten, die jetzt aus der politischen Neutätigkeit heraus Fehler machen, den Rücken stärken. Denn sonst verlieren wir bald unsere neuen, mutigen Leute. Und was haben wir dann? Dann haben wir das, was Herr Rühle heute morgen sagte: Es bleiben dann nur noch die SED-Kader oder Polit-Profis übrig, und wir haben nichts dazugewonnen.

Lassen Sie mich als letztes noch sagen: Als Christliche Demokraten müssen wir mit ganzer Verantwortung und Kraft die Vergangenheit aufarbeiten. Als Christliche Demokraten wollen wir für eine Vision in Deutschland arbeiten. Das können wir aber nur, wenn wir genug Nachwuchs haben. Deswegen bin ich unheimlich glücklich und froh, daß gestern eine Frau Merkel mit überwältigender Mehrheit gewählt worden ist.

(Beifall)

Dem Herrn, der dies kritisiert hat, kann ich nur eines sagen: Sie hätten ja die Möglichkeit gehabt, sich zu bewerben und sich als Zweitkandidat aufstellen zu

lassén. Ich bin froh, daß wir Frau Merkel und Frau Lieberknecht haben. Wir haben ja als CDU-Mitglieder im Prinzip nur die Alternative, entweder an der Vision für die Zukunft mitzuarbeiten und sie Wirklichkeit werden zu lassen oder an einer Vision der Vergangenheit wie der der SED zu hängen.

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke! – Herr Fink!

**Ulf Fink:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich als jemand, der selber im Osten geboren ist, dann im Westen großgeworden ist und jetzt Verantwortung im CDU-Landesverband Brandenburg trägt, zu dem Thema äußern. Doch zunächst möchte ich etwas zu der Frage sagen, woher denn eigentlich die Beurteilungskriterien in diesem Fall besonders kommen. Denn jeder hat ja eine persönliche Geschichte.

Bei mir war es so: Ich bin in Freiberg (Sachsen) geboren, bin dort auch noch in die erste Klasse gegangen, bin aber auch später noch sehr häufig dort gewesen, weil meine Großeltern dort wohnten, die ich häufig besucht habe. Daher kann ich einigermaßen gut beurteilen, daß der Großteil der Menschen, die in dem Hause wohnten und mit denen wir umgingen, sich für das System nicht aktiv oder nachdrücklich eingesetzt haben, sondern daß es im Gegenteil fast durchweg um Formen des Lebens ging, die den Menschen dort in dieser Zeit ein Leben ermöglichen, die aber von einer aktiven Unterstützung des Systems weit entfernt waren. Es waren die verschiedensten Formen, überleben zu können. Es war nicht so, wie es etwa aus dem Nazi-Reich berichtet worden ist, wo es Millionen Menschen gegeben hat, die das System begeistert unterstützt haben. Hier war es vielmehr so, daß die meisten Menschen, in welchen Funktionen sie auch waren, das System mehr oder weniger nicht angenommen haben, sondern Gegner des Systems waren.

Zweitens: Als ich dann Senator in Berlin geworden bin, habe ich Schriften gelesen, unter denen sich auch ein „Pamphlet“ befand, das seinerzeit Rainer Eppelmann unter Gefahr für Leib und Leben der Staatsführung der ehemaligen DDR übergeben hat. Das hat mich sehr angerührt, weil ich mir vorgestellt habe und auch kennengelernt habe, wie sich die Klassenkameraden, die Hauskameraden dort verhalten haben. Es gab niemanden unter ihnen, der vergleichbar offen für eine andere Gesellschaft eintrat, wie es in diesem Fall Rainer Eppelmann getan hat. Deshalb wollte ich ihn gern kennenlernen, und das ist dann auch gelungen. Wir haben seitdem nicht nur eine enge Bekanntschaft, sondern Freundschaft geschlossen.

Ich kann mich noch erinnern, wie es damals war: Beispielsweise hat die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin großen Wert darauf gelegt, gute Kontakte zur DDR-Regierung zu haben, - weshalb Menschen wie Rainer Eppelmann zu Empfängern der Vertretung nicht eingeladen worden sind. Als ich damals mit der CDA zum erstenmal eine Reise durch die DDR gemacht habe, habe ich Wert darauf gelegt, daß das geschieht, und tatsächlich ist es dann auf Grund dieser Initiative gelungen, daß Rainer Eppelmann zum erstenmal in die Vertretung eingeladen wurde.

Jetzt komme ich zu dem eigentlichen Thema; das Thema lautet: Wie kann man denn in verantwortungsvoller Art und Weise die Konsequenzen aus dem ziehen, was wir hier miteinander tun? Bestimmt nicht dadurch, daß wir sagen, wir wollen einen Schlußstrich machen. Das ist nicht möglich. Vielmehr ist es unabdingbar notwendig, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Man kann diesen Prozeß nicht überspringen, denn sonst bleiben einfach einfach schwärende Wunden zurück. Deshalb muß die CDU die Kraft haben, sich tatsächlich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen.

Da ist plötzlich ganz unversehens ein Kriterium hereingekommen. Die Menschen neigen ja immer dazu, sich an pauschalen Kriterien zu orientieren. Man sagt zwar, man will es differenziert machen, aber in Wirklichkeit ist es immer so ein Hauruck-Kriterium. In diesem Fall lautet das Hauruck-Kriterium, daß diejenigen, die nach 1989 Mitglied in der CDU geworden sind, Leute sind, die bestens vorzeigbar sind, während diejenigen, die vor 1989 Mitglied in der CDU gewesen sind, eigentlich diejenigen sind, mit denen man – na ja - nicht so recht etwas zu tun haben will.

Ich finde, das ist ein wirklich ungeeignetes Kriterium. Ich kann mich gut daran erinnern, wie damals Rainer Eppelmann und ich über die Frage gesprochen haben. Er erzählte mir davon, daß er eine Partei gründen wolle. Die Mauer war damals noch nicht gefallen. Und wer ist dann als erster Parteivorsitzender des DA gewählt worden? Das war der Herr Schnur. Das ist nun einer, auf den das Kriterium „nach 1989 beigetreten“ wirklich zugetroffen hat. Aber nach kurzer Zeit ist herausgekommen, daß das ein ganz besonders Schlimmer war.

Deshalb kann dieses Kriterium „nach 1989/vor 1989“ so nicht angewandt werden, wenngleich es ständig gemacht wird.

(Beifall)

Man muß also mehr differenzieren. Man muß sich die einzelne Vita anschauen, man muß mit den Menschen reden. Das tun wir auch; wir haben in Brandenburg im Landesvorstand beschlossen, nicht nur uns alle bei der Gauck-Behörde überprüfen zu lassen, sondern vor allem, uns gegenseitig die Lebensläufe zu erzählen. Dabei ist es aber unerhört schwer, das Ganze von ferne her zu beurteilen. Wenn die Lebensläufe erzählt worden sind, muß ich sehr überlegen, welche Konsequenzen ich aus dem Erzählen dieser Lebensläufe ziehe. Was will ich damit sagen? Daß es wirklich notwendig ist, daß das vor Ort geschieht durch Menschen, die die anderen Menschen auch schon in der Zeit gekannt haben, als die Mauer noch stand! Denn sonst ist man nicht in der Lage, mit diesen Informationen wirklich etwas anzufangen und daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Deshalb finde ich es ganz falsch, wenn man den Versuch unternimmt, von außen den Eindruck zu erwecken, als hätte man irgendein Kriterium, einen Katalog, ein Rastersystem: Du tust etwas in den Computer hinein, und hinten springt das richtige Ergebnis heraus. Das ist einfach nicht möglich. Man kann es nicht von ferne her tun.

Dann habe ich noch ein anderes Problem. Die Aufarbeitung dieses Themas ist für uns als CDU deshalb so schwer, weil unser politischer Hauptgegner und Hauptkonkurrent, mit dem wir um die Mehrheiten kämpfen – und das ist nun einmal in der Demokratie so: daß man um die Stimmen kämpft -, nämlich die Sozialdemokraten, so tun, als ob sie mit dem ganzen Thema überhaupt nichts zu tun hätten, als ob sie schaumgeboren seien. Sie erinnern sich an gar nichts. Wenn es etwa um die CDU geht, dann fällt ihnen sehr schnell dieses und jenes ein, und dann hat man fast den Eindruck, als ob die ehemalige DDR von der CDU regiert worden sei.

(Beifall)

Sie selber finden aber nichts dabei, wenn sie Dinge tun, die uns als Christliche Demokraten sehr nachdenklich machen. Ein Beispiel: Der CDU-Kreisverband Oranienburg hat die Aufnahme von Parteisekretären der SED abgelehnt; und dieselben Parteisekretäre der SED sind jetzt Mitglieder der SPD in Oranienburg!

(Zurufe: Hört! Hört!)

Insofern haben wir ein großes Problem: Es muß auch die SPD bereit sein, sich mit der Vergangenheit richtig auseinanderzusetzen, weil wir sonst als CDU allein das Thema nicht schaffen können und weil wir gezwungen sind, im demokratischen Kampf auch um Stimmenmehrheiten zu kämpfen.

Deshalb ein letztes: Ich finde, das, was gestern kurz einmal auf dem Parteitag angeklungen ist, ist etwas, was wir insgesamt klären müssen, nämlich daß hier im Kern ein Problem der Zivilcourage angesprochen ist. Wir stellen die Frage nach der Zivilcourage der Menschen im Osten Deutschlands; das ist die Kernfrage, die wir stellen. Nun frage ich aber: Wie steht es um die Zivilcourage der Menschen im Westen Deutschlands? Wie wird die Zivilcourage ermuntert oder belastet? Ist es wirklich so, daß wir die Zivilcourage bei uns in der Gesamtpartei so unterstützen, daß eine richtige Konsequenz aus den Ereignissen in der ehemaligen DDR gezogen wird? Oder ist es nicht auch bei uns so, daß diejenigen, die sich anpassen, belohnt werden, während diejenigen, die den Versuch unternehmen, auch etwas Kritisches, nach vorn Weisendes zu tun, eher befürchten müssen, dafür nicht belohnt zu werden? Deshalb sage ich: Die beste Konsequenz, die wir hieraus für das Ziel, Vertrauen für die Zukunft zu gewinnen, ziehen können, ist eine diskussionsfreudige, eine lebendige Partei, wo man denjenigen, der eine andere Meinung äußert, deshalb nicht verdammt, sondern sagt: es ist prima, daß es so etwas in einer Volkspartei gibt.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! Ich fand Ihre Bemerkung, Herr Fink, daß auch die SPD ihre Vergangenheit aufzuarbeiten habe, deshalb so wichtig, weil es gerade ganze drei Jahre her ist, daß SED und SPD die „gemeinsamen humanistischen Wurzeln“ in einem Ideologie-Papier beschrieben haben. – Herr Vaatz, Sie hatten ums Wort gebeten.

**Arnold Vaatz:** Ihr Beitrag, Herr Fink, hat mich darauf hingewiesen, daß ich mal von zwei Seiten kritisiert worden bin: Als ich 1990 in die CDU eingetreten bin, hat man mir von seiten der Bürgerbewegung, die ich vorher hier in Dresden mit geführt habe, vorgeworfen, daß ich mich als Feigenblatt für eine Blockpartei mißbrauchen lasse. Wenige Zeit später ist mir vom CDU-Landesvorstand vorgeworfen worden, daß ich die CDU als Trittbrett für ein politisches Mandat mißbraucht hätte.

Ich hätte jetzt bei Ihrem Beitrag gern gehört, daß Sie auch erwähnt hätten, daß Herr Eppelmann bei den Wahlen zum letzten brandenburgischen Landesvorstand belohnt worden ist, - oder bestraft; wie Sie es nennen wollen.

(Beifall)

**Ulf Fink:** Ich finde, Arnold Vaatz hat ein wichtiges Thema angesprochen. Das zeigt aber auch die Schwierigkeit des Prozesses. Denn auf dem Parteitag selber hat Rainer Eppelmann kandidiert, ohne die notwendige Stimmenzahl zu bekommen. Daraufhin bin ich – abweichend von sonstigen Verfahrensweisen, die üblicherweise praktiziert werden – vor den Parteitag getreten und habe vor dem Parteitag darum geworben, Rainer Eppelmann zu wählen. Das ist etwas, was - vielleicht sogar zu Recht – von einem Mitglied (das ist Herr Vette gewesen, der von Frau Merkel als Generalsekretär vorgeschlagen war) kritisiert worden ist, indem gesagt wurde: das ist eine Verfahrensweise, wie wir sie von früher her kennen, indem sich jemand plötzlich für einen einsetzt und die notwendige Stimmenzahl holen will. Ich habe es dennoch getan, aus Überzeugung, und ich sage: Wenn Rainer Eppelmann beim nächstenmal auf dem Landesparteitag kandidiert, hoffe ich sehr, daß er dann die Mehrheit bekommen wird.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich darf jetzt Herrn Professor Blaschke bitten.

**Prof. Dr. Karl-Heinz Blaschke:** Ich bin Historiker, der Geschichte erforscht, beschreibt, aber auch erlebt. Wir reden hier ständig von Geschichte, von Geschichte der CDU im Osten, und ich möchte anknüpfen an das, was ich selber mit dieser CDU im Osten erlebt habe.

1946 ist die CDU in der Landtagswahl angetreten mit einem Plakat unter der Überschrift „Für Freiheit, Recht und Menschenwürde“. Das war ein Plakat, das ich damals als junges CDU-Mitglied mit Begeisterung ankleben konnte und für das ich mich einsetzen konnte. Viele andere sind damals in derselben Weise dieser CDU beigetreten. Ich bin 1956 ausgetreten, weil diese CDU in der Ungarn-Frage eine für mich unmögliche Position einnahm. Aber ich habe mich oft gefragt, ob dieser Austritt richtig war, ob ich damit nicht eine Möglichkeit der Mitwirkung aus der Hand gegeben und mich einfach einer Aufgabe entzogen habe.

Ich habe stets mit Achtung von denen gesprochen und gedacht, die weiterhin in dieser CDU geblieben sind, um das Wenige zu bewirken, was immerhin in dieser CDU bewirkt werden konnte.

Ich bekam in der vergangenen Woche auf meinen Schreibtisch im sächsischen Innenministerium den Brief eines älteren Mannes aus dem Erzgebirge, der darum bat, seine Stasi-Akten einsehen zu dürfen. Ich zitiere einige Sätze, weil darin blitzlichtartig die Existenz eines jahrzehntelangen Mitglieds der CDU im Osten deutlich wird. Er schreibt:

Ich hatte in meinem Berufsleben keine besonderen Nachteile außer der Begrenzung meiner Aufstiegsmöglichkeiten. Das lag aber an meiner Parteizugehörigkeit zur CDU seit 1947 und meiner kirchlichen Bindung, aus der ich nie einen Hehl machte. Ich war von 1945 bis 1981 in der Sozialversicherung. Geachtet wurde ich vor allem durch meine fachlichen Fähigkeiten. Ab 1956, nach Einschaltung des Bezirksvorstandes der CDU, wurde ich als Abteilungsleiter bestätigt. Damit war aber meine Karriere beendet. Von 1956 bis 1982 war ich Abgeordneter des Kreistags Zwickau-Land und davon 20 Jahre Vorsitzender der ständigen Kommission „Gesundheits- und Sozialwesen“. Zur Kommunalwahl 1982 durfte ich, obwohl meine Partei mich darum bat, nicht mehr kandidieren. Die SED wollte mich nicht mehr im Kreistag haben. Ich war ihnen zu kritisch.

Aus diesem einzelnen Menschenschicksal lassen sich einige Punkte verallgemeinern:

Erstens. Die CDU dieser Zeit in unserem Lande war ein Ort für Menschen mit kritischer Einstellung zum Regime.

Zweitens. Die CDU war eine Basis für gesellschaftliche Mitarbeit im Interesse der Menschen, - und Politik muß immer dem Menschen dienen.

Drittens. Der CDU-Bezirksvorstand hat sich für einen qualifizierten Mann eingesetzt, um ihm einen beruflichen Aufstieg zu ermöglichen.

Viertens. Die CDU-Mitgliedschaft ist die Ursache für die Begrenzung seiner beruflichen Möglichkeiten gewesen.

Es geht bei der Geschichte immer um die Entdeckung der Wahrheit, und die Wahrheit ist sehr vielgestaltig. Aber man sollte auch daran denken, daß diese Wahrheit besteht und daß die CDU der ehemaligen DDR für viele Menschen auch ein Standort des Widerstehens sein konnte. Ich spreche nicht vom Widerstand, sondern vom Widerstehen. Das Wort von den „Blockflöten“ finde ich ungerecht, verständnislos und lieblos.

(Beifall)

Es ist ein ganz böses Wort, das wir nicht mehr gebrauchen sollten, weil wir damit den Menschen Unrecht tun, die unter schwierigsten Bedingungen in dieser Partei gewirkt haben und auch für die Menschen unseres Landes etwas getan haben:

Wir sollten uns bemühen, etwa im Sinne einer historischen Kommission der CDU die Geschichte der Ost-CDU etwas näher zu erforschen.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Danke schön! – Herr Duchac, bitte!

**Josef Duchac:** Meine Damen und Herren! Ich bin dem Parteitag sehr dankbar, daß er dieses Forum heute eingerichtet hat und daß wir über dieses Thema reden. Ich würde das auch dann sagen, wenn ich persönlich nicht im Blickpunkt der Vergangenheitsbewältigung stünde und wenn ich persönlich nicht durch die Presse der letzten Tage so besonders in die Mitte gerückt worden wäre. Ich meine das ganz ehrlich.

Ein Parteitag, der sich überschreibt „Einheit leben“, der muß zwangsläufig auch zu dem Thema kommen „Miteinander reden – einander verstehen“, - miteinander und hoffentlich nicht übereinander! Da denke ich daran, daß wir jetzt ein Jahr in dieser Einheit leben. Ich habe auf dem letzten Parteitag in Hamburg gesprochen. Ich habe versucht, zu erklären, was meines Erachtens die Partei aus dem Osten in die große Einheit mit hineinbringen kann. Ich habe damals gesagt: Ich denke, eine deutliche Betonung des C, ich denke, etwas von der politischen Ökumene, und ich denke, daß das Ganze durch die Menschen sein wird.

Politik – so wurde es eben von meinem Vorredner gesagt – kann nur für die Menschen sein, nicht für Strukturen und Systeme. Wenn wir in dieser Partei Politik für die Menschen machen wollen, dann auch für die, die aus dem Osten in die Einheit dieser Partei gekommen sind. Dazu gehört auch, zu wissen und zu bedenken, daß das nicht Menschen sind; die am 3. Oktober 1990 neu geboren wurden.

Ich habe aus dieser Situation nie einen Hehl gemacht. Ich habe nie darüber geredet, daß ich ein Neugeborener wäre. Als mich Lothar de Maiziere in den Junitagen 1990 in die Verantwortung für den damaligen Bezirk Erfurt genommen hat und ich Regierungsbevollmächtigter wurde, war nicht die Absicht gegeben, Ministerpräsident zu werden. Daß ich im Laufe der Arbeit dann durch den Landesverband an die Spitze gestellt wurde und heute durch die Wähler bestätigt das Mandat wahrnehme, ist nicht ein Ergebnis der Verheimlichung der Vergangenheit des Josef Duchac. Ich habe immer zu allem gestanden, was ich in der Vergangenheit gemacht habe.

(Beifall)

Es gibt ja mittlerweile Veröffentlichungen von Persönlichkeiten in Landtagen, es gibt die Bilder in den Broschüren und ihre Lebensläufe. Und da ist es für mich schon entsetzlich, wenn ich Lebensläufe von 60- und 65jährigen Männern finde, die nur einen Satz beinhalten: 1989 wurde ich Vorsitzender dieser oder jener Vereinigung, die aus der Wende gekommen ist. Das gibt es von mir nicht! Ich habe immer zu meiner Vergangenheit gestanden, und sämtliche Veröffentlichungen, die über mich im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf das Amt und mit der Wahl gemacht wurden, enthalten alle Details meines Lebens. Und trotzdem haben mich die Wähler gewählt; man hat mich gewählt, obwohl auch schon damals im Wahlkampf die SPD versucht hat, eine Menge über mich und gegen mich und – was weiß ich – mit mir zu machen.

Ich bin froh, daß es auf dem Parteitag auch die Aussage gegeben hat: Personen demontieren, auf die gezielt wird, ist das eine, aber getroffen werden soll die Union. Wir müssen diese politische Aussage auch in dem tragen, was gegenwärtig gegen

Personen aus der alten CDU des Ostens initiiert wird. Da stehe ich zu dem, was heute im Laufe des Tages hier gesagt wurde: Es ist notwendig, daß die Politiker auch wahrhaftig sind. Ich bin voll der Ansicht, daß das so sein muß.

Ich meine halt auch, daß die, die über die Politiker reden, ebenfalls diese Wahrhaftigkeit üben sollten.

(Beifall)

Und wer mich nicht kennt, der sollte erst mal mit mir reden, auch darüber, ob ich Clownereien in einem Stasi-Heim gemacht habe. Ich war „Clown Ferdinand“ in einer Karnevalsgesellschaft, aber ich war nie „Clown Ferdinand“ in einem Stasi-Heim. Doch es stimmt, daß ich auf Wunsch und Bitte verschiedener Folkloregruppen auch in einem Stasi-Heim ein Folkloreprogramm angesagt habe. Nachdem ich das eine Zeitlang gemacht habe, hat man herausgefunden, wer ich bin, und dann habe ich in diesem Haus Hausverbot bekommen. Das ist halt die Wahrheit.

Deswegen meine ich, man sollte eher die Akte suchen, warum ich Hausverbot in dem Stasi-Heim bekommen habe, als mich mit „Clownereien in einem Stasi-Heim“ in eine rote Ecke zu stellen und mich in System-Nähe zu bringen; denn das ist ja das Raffinierte an der Geschichte: nachdem es mit der Stasi nicht geklappt hat, versucht man jetzt die CDU-Leute in System-Nähe zu rücken, – ein neues Wort für die Ausgrenzung und auch ein neues Wort dafür, daß man Unsicherheit und Angst im Land produziert.

Das führt dann dazu, daß der politische Gegner einen Mißtrauensantrag stellt mit der Begründung: politisches Versagen des Ministerpräsidenten. Jawohl, meine Damen und Herren, wenn die SPD mir aus ihrer politischen Aufgabenstellung politisches Versagen vorwirft, dann hat sie sicher recht.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir müssen darauf achten, daß wir, wenn es um die Vergangenheit geht, nicht in den Fehler verfallen, der sich langsam abzeichnet: „CDU-alt“ gleich „SED“ zu setzen. Es ist heute schon an verschiedenen Stellen darauf hingewiesen worden, was uns dann passiert. Ich meine, wir müssen ganz deutlich machen, daß wir die Frage nach der Zukunft stellen und dabei die Vergangenheit nicht außer acht lassen. Ich stehe – ich sage es heute zum zweitenmal – zu meiner Vergangenheit. Ich meine aber auch, daß die Menschen in den neuen Bundesländern an dieser Stelle sehr verletztlich sind.

Deswegen bin ich sehr froh, daß wir im Landesverband Thüringen Menschen an der Spitze haben, die glaubhaft die Reform, die Wandlung, die innere Erneuerung dieser Partei mit uns tragen, - und dies nicht erst seit dem 3. Oktober 1990. Dazu gehört für mich unser Landtagspräsident Dr. Gottfried Müller, der den Weimarer Brief mitunterschrieben hat, dazu gehört Christine Lieberknecht, dazu gehört Dr. Klaus Zeh, der Finanzminister, und dazu gehören viele, viele Menschen, die sich darum bemühen, aus der ehemaligen Situation von drei Gruppierungen – dem Demokratischen Aufbruch, der Bauernpartei und der CDU - einen einheitlichen Landesverband wachsen zu lassen; das ist ja gar nicht so einfach. Ich meine, die Menschen sind an dieser Stelle sehr verletztlich, und wir müssen die Vergangenheit mit ihnen gemeinsam aufarbeiten, behutsam, selbstkritisch und gemeinsam; nicht die Thüringer für sich und nicht die in den alten Bundesländern für sich, sondern wir gemeinsam: als die einheitliche CDU Einheit leben.

(Beifall)



Und jeder auch vor dem Hintergrund seiner persönlichen Verantwortung, die er trägt, wenn er ein politisches Amt übernimmt, und die ihn auch in die Öffentlichkeit zwingt.

Ich, Josef Duchac, gehöre zu denjenigen, die sich dazu bekennen. Ich kann jedem Thüringer offen und ehrlich ins Gesicht sehen, weil für mich die Frage der persönlichen Schuld das Entscheidende ist, während ich eine pauschale Verurteilung und das Unterstellen von System-Nähe nicht für richtig halte.

Ich werde mich am Ende dieser Legislaturperiode an dem messen lassen müssen, was ich als Regierungschef in einem demokratischen Land für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes erreicht habe. Davor ist mir nach den Ergebnissen von einem Jahr Regierungsarbeit in Thüringen nicht bange. Ich weiß, daß Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit sich in jeder politischen Arbeit auszahlt, und deswegen werbe ich auch an dieser Stelle um Vertrauen für diese Arbeit. Denn nur so können wir in der Einheit leben. – Danke schön!

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Herr Kronberg, bitte schön!

**Heinz-Jürgen Kronberg:** Liebe Freunde! Ich komme aus Weimar, aus dem Schoße des Demokratischen Aufbruchs und der Sozialausschüsse der CDU.

Wir haben hier vorne an der Tafel unser Thema stehen: „Sich der Vergangenheit stellen – Vertrauen gewinnen“. Ich frage Sie: Wie gewinnen wir Vertrauen? Vertrauen gewinnen wir meiner Meinung nach, indem wir unseren Bürgern in den jungen Bundesländern die Identität zurückgeben, eine Identität, die viele Menschen verloren glauben. Die Identität finden wir aber nicht in der derzeitigen Praxis unserer Vergangenheitsbewältigung, in der Schwarzweißmalerei und in der sensationssüchtigen Jagd nach dem Waidmannsruf: Blattschuß, Sau tot.

Vergangenheitsbewältigung muß im eigenen Kopf anfangen. Vergangenheitsbewältigung wurde auch von Herrn Gomolka angesprochen mit dem Satz: Vertrauen setzt Umkehr voraus. Es ist die Suche nach dem eigenen Ego. Ich frage mich häufig: Lassen wir uns nicht zu oft als Verfechter einer demokratischen Zukunft in die Rolle drängen, lediglich Anwalt unserer Vergangenheit zu sein?

Denken wir zurück an den Herbst 1989! Hier fanden sich christlich-demokratische Kräfte zu einer gemeinsamen Politik am Runden Tisch zusammen, ob Vertreter des Weimarer Briefes innerhalb der CDU Ostdeutschlands, Mitglieder des Neuen Forums, des Demokratischen Aufbruchs oder der DSU. Die in diese Arbeit eingebrachten Ideen und Personen der verschiedensten Strömungen wurden ernst genommen, es wurden erste, unsichere Schritte im Prozeß der Demokratisierung gemacht, und ein Miteinander wurde auch über die Parteigrenzen hinweg möglich.

Aber ich denke mir, wir müssen auch fragen, wie es heute um uns steht. Wir haben ein Stück jener inneren Freiheit, die den Herbst 1989 geprägt hat, verloren. An vielen Stellen fehlen uns richtungweisende Ideen und Initiativen. Innerhalb der CDU sind verschiedene Strömungen entstanden, die gegen- und nebeneinander arbeiten. Sachprobleme werden durch die Diskussion über Personen verdrängt; bestes Beispiel ist mein Vorredner gewesen.

Wir sagen klar: Die Erkenntnis schwerwiegenden persönlichen Fehlverhaltens muß dazu führen, Ämter und Funktionen für andere, unbelastete Politiker freizumachen. Doch dies gilt für alle Parteien. Keiner kann sich von dieser Verantwortung freisprechen.

Für uns als CDU ist dies besonders schwer, da wir in der öffentlichen Verantwortung stehen. Wir lassen uns aufzwingen, die Vergangenheit aller Mitglieder der CDU Ostdeutschlands zu rechtfertigen. Dadurch entfernen wir uns aber von unserer gemeinsamen Aufgabe – der wichtigen Aufgabe derzeit -, die innere Einheit Deutschlands mitzugestalten und zu vollenden.

Welche Schwierigkeiten dabei im jungen Teil Deutschlands immer wieder auftreten, haben wir jeden Tag vor Augen. Unseren Anspruch, die alten Stasi- und SED-Strukturen zu zerschlagen, haben wir bis jetzt nur unzureichend verwirklichen können. Wir mußten feststellen, daß an vielen Stellen unsere Vergangenheit nicht mit rechtsstaatlichen Mitteln aufzuarbeiten ist. Doch entbindet uns dies nicht von der Aufgabe, das Geschehene politisch und ethisch aufzuarbeiten. Daß wir uns dieser Aufgabe stellen und gemeinsam mit unserem Koalitionspartner eine gute Politik für die jungen Länder machen, geht unter im Strudel der aggressiven Presseveröffentlichungen und im gegenseitigen Parteienstreit.

Welche Aufgaben die CDU in der Zukunft hat und welches Verständnis wir von uns selbst haben, ist in meinen Augen eine weitere wichtige Frage. Unser Ziel muß es sein, 1994 auf Grund unserer guten Politik und unserer Erfolge in den jungen Ländern wiedergewählt zu werden. Dies - und das möchte ich ganz besonders betonen - erreichen wir nicht durch die persönliche Profilierung in innerparteilichen Machtkämpfen, sondern durch eine fachlich und sachlich gute Arbeit eines jeden einzelnen, egal auf welcher Ebene. Von der Basis geforderte Änderungen dürfen dabei nicht persönlichen Interessen der Abgeordneten geopfert werden, und dies sage ich als jemand, der selbst Bundestagsabgeordneter ist.

„Eine erneuerte CDU Deutschlands kann nur dann den Anspruch stellen, Volkspartei zu sein, wenn sich der einzelne durch sie vertreten sieht. Wir haben den Weg zur politischen Einheit Deutschlands gestaltet und wollen diese Einheit durch das innere Zusammenwachsen Deutschlands vollenden. Diese Aufgabe können wir mit eigenen Kräften bewältigen. Dabei müssen wir als CDU im Auftreten und im Umgang mit der Vergangenheit richtungweisend sein, richtungweisend für die Bürger in den neuen Bundesländern. Hierin liegt ein wichtiger Teil unserer zukünftigen Identität in Ost und in West.

Um unsere eigene Identität zu gewinnen und auch zu behalten, müssen wir uns auf unsere Möglichkeiten und Anlagen besinnen und dürfen nicht auf Initiativen anderer vertrauen. Es genügt nicht, erstarrte Strukturen in Ostdeutschland durch andere, ebenso starre Strukturen zu ersetzen. Die Zusammenführung zweier deutscher Staaten und ihrer Geschichte zu einem geeinten Deutschland muß ein gegenseitiger Prozeß sein.

Die CDU hat die Fähigkeit dafür, ihre eigene Zukunft positiv zu gestalten, wenn sie wieder inhaltlich offener und flexibler wird und zuläßt, daß auch neue Kräfte ihre Chance zur Gestaltung in verantwortlicher Position wahrnehmen können.“

Dies ist ein Brief, der von der Basis der Thüringer CDU mitverfaßt wurde, von Leuten, die vor Ort stehen, die die Dinge ständig erleben, die in den Prozeß eingebunden sind, und von Mandatsträgern, die sich dieser Basis sehr eng verbunden fühlen. Wir erheben nicht den Anspruch, hiermit den Stein der Weisen gefunden zu haben – bei weitem nicht –, aber wir möchten dies als einen Anstoß verstanden wissen, als einen Anstoß der eigenen Entwicklung, der eigenen Suche nach unserer Identität und der Suche nach dem Vertrauen unserer Mitbürger. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Hans-Ulrich Klose:** Meine Damen und Herren, wir haben nach der vorgesehenen Tagesordnung noch 25 Minuten Zeit. Ich weiß, daß wir auch dann, wenn wir gegen 14.30 Uhr abschließen, eine Vielzahl von Wortmeldungen nicht berücksichtigen können. Das liegt an der unglaublichen Schwierigkeit dieses Themas, das einfache, kurze Wortbeiträge überhaupt nicht zuläßt. Ich kann mich jetzt eigentlich nur bei denen entschuldigen, die ich hier nicht mehr aufrufen darf, weil sich immer wieder herausgestellt hat, daß in den meisten Wortbeiträgen ein neuer Gedanke aufkam, der hier vorgetragen werden mußte.

Nun hat Herr Kronberg gerade aus diesem Brief zitiert. Ich war erst skeptisch, als Sie ihn vorlasen, aber Sie haben dort eine ganze Reihe von Gedanken aufgegriffen, die hier heute morgen auch ausgesprochen worden sind. Zwar können sie nicht den Rang eines Schlußworts haben – das werden wir wohl heute überhaupt nicht finden -, aber sie geben doch vieles von den Empfindungen und Gefühlen wieder, um die es hier geht.

Ich wollte Sie fragen, ob wir angesichts dieser Situation in diesem Augenblick nicht doch zu einem gewissen Abschluß kommen sollten.

(Beifall)

Wären Sie damit einverstanden? – Das ist offenbar der Fall, - bis auf einige, die doch eine große Erwartung hatten. Dann darf ich Sie bitten, dieser Überlegung zu folgen.

Ich werde darauf verzichten, jetzt ein Schlußwort zu formulieren, weil ich das Empfinden hatte, daß wir alle mit großem Respekt aufeinander gehört und gemerkt haben, wie unheimlich schwer es ist, in dieser Situation zu einem gerecht abwägenden Urteil zu kommen. Aber ich finde es schon großartig für einen Parteitag – wenn man viele Parteitage besucht hat, dann weiß man, daß sie häufig anders verlaufen -, daß Sie mit dieser Geduld und Aufmerksamkeit einander zugehört haben und auch unterschiedliche Auffassungen zur Kenntnis genommen haben. Ich kann eigentlich unsere Parteiführung nach dem Verlauf eines ersten Forums dieser Art nur ermuntern, die Sache nicht zu den Akten zu legen. Es wird auch in Zukunft sehr viel an sinnvoller Hilfe der Bundespartei nötig sein, um diesen Prozeß des Bedenkens der Vergangenheit und des Gewinnens neuer Zukunftshorizonte zu schaffen.

Etwas lassen Sie mich aber doch zum Abschluß sagen: einen herzlichen Dank an alle, die hier gesprochen haben; herzlichen Dank an die Teilnehmer des Podiums, herzlichen Dank an diejenigen, die dieses Forum organisatorisch vorbereitet haben, an die, die berichten werden, - hoffentlich sehr differenziert berichten werden, anders als das in der Vergangenheit häufig gewesen ist.

Lassen Sie mich mit etwas schließen, was mir besonders am Herzen liegt, weil es auch ein Stückchen meines Lebens betrifft. Ich möchte einen Beitrag besonders hervorheben - und das richtet sich an alle Verantwortlichen, die im Deutschen Bundestag über diese Gruppe von Menschen Entscheidungen treffen müssen -: daß wir den wirklich politisch verfolgten Bürgern unter uns, die über lange Jahre ihres Lebens auf ihre Freiheit haben verzichten müssen und die inzwischen zum großen Teil alt geworden sind, besondere Fürsorge und Sorgfalt zukommen lassen. Hier muß es in den nächsten Beratungen zu anständigen Entscheidungen kommen. Das, was jetzt im Deutschen Bundestag auf dem Tisch liegt, meine Damen und Herren, befriedigt viele dieser Verfolgten nicht.

(Beifall)

Ich komme damit zum Schluß. Dabei möchte ich jemanden erwähnen, der bisher geschwiegen hat, aber immer fleißig mitgeschrieben hat: meinen Kollegen Müller aus dem Landtag von Thüringen. Ich weiß, Herr Müller, wie schwer Sie es als Berichterstatter haben werden, auch wenn wir Sie mit unseren guten Wünschen begleiten. Sie werden sicherlich etwas Gutes zustande bringen. – Herzlichen Dank! Ich schließe hiermit das Forum.

(Beifall)

## Forum 6

### Unsere Verantwortung in Europa und der Welt

	Seite:
Vorsitz:	
Dr. Ottfried Hennig MdB Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Schleswig-Holstein	566
Einführungsreferat:	
Karl Lamers MdB Vorsitzender der Arbeitsgruppe Auswärtiges der CDU/CSU-Bundestagsfraktion	568
Podiumsteilnehmer:	
Prof. Dr. Arnulf Baring Professor für Zeitgeschichte und Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin	571
Willi Erl Geschäftsführer Deutscher Entwicklungsdienst Berlin	573
Prof. Dr. Heinrich Vogel Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien	575
Elisabeth Grochtmann MdB Mitglied im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages	577
Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz Professor für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich- Wilhelms-Universität Bonn	578
Dr. Friedbert Pflüger MdB stellvertretender Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Außenpolitik	580

---

*Die Seitenangaben beziehen sich jeweils auf den ersten Diskussionsbeitrag*

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Meine Damen und Herren, ich darf Sie alle zu diesem Forum ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich - ich darf das im Namen des Podiums sagen - über das große Interesse an diesem Forum. Es ist in unseren Augen sowieso das wichtigste. Die aktuelle Entwicklung um uns herum könnte nicht brennender sein, so daß in jeder Weise für Aktualität gesorgt ist. Ihnen allen ein herzliches Willkommen.

Ich darf besonders meinen Minister Gerhard Stoltenberg herzlich in unserer Mitte begrüßen.

(Beifall)

Ich begrüße eine ganze Reihe von Botschaftern in unserer Mitte: Von Dänemark bis zur Sowjetunion sind viele hier vertreten. Ich darf die Exzellenzen sehr herzlich willkommen heißen.

(Beifall)

Ich möchte Ihnen zunächst einmal das Podium vorstellen, wobei ich davon ausgehe, daß Sie erstens alle das vorzügliche Papier gelesen haben, in denen bis zu den Lebensläufen alles von uns steht, und daß Sie im übrigen die Teilnehmer auf diesem Podium sowieso alle kennen.

Ein herzliches Willkommen darf ich Karl Lamers sagen, dem Vorsitzenden der Arbeitsgruppe „Außenpolitik“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der uns die Einführung geben wird.

(Beifall)

Ich begrüße herzlich Elmar Brok, den Vorsitzenden des CDU-Bundesfachausschusses „Außenpolitik“, der die Berichterstattung im Plenum übernimmt.

(Beifall)

Die weiteren auf dem Podium Sitzenden darf ich in der Reihenfolge begrüßen, wie sie in der Unterlage aufgeführt sind. Ich beginne mit Herrn Professor Baring. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Er hat den Platzvorteil, hier in Dresden geboren zu sein. Deswegen ist es für Sie, lieber Professor Baring, sicher ein besonderes Gefühl, auf diesem Parteitag dabeizusein.

Ich begrüße herzlich Willi Erl, den Geschäftsführer des Deutschen Entwicklungsdienstes in Berlin.

(Beifall)

Als ich ihn 1974 in Lima kennenlernte, war er schon mitten in der deutschen Entwicklungspolitik, damals für die Adenauer-Stiftung. Jetzt ist er Geschäftsführer des DED in Berlin. Herzlich willkommen.

Ich begrüße herzlich Elisabeth Grochtmann, Mitglied im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages.

(Beifall)

Ich begrüße herzlich Dr. Friedbert Pflüger, Mitglied des Bundestages und stellvertretender Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses „Außenpolitik“.

(Beifall)

Ich sage ein herzliches Willkommen Herrn Professor Dr. Hans-Peter Schwarz, Professor für Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn.

(Beifall)

Last not least begrüße ich Professor Dr. Heinrich Vogel, Direktor des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen, lieber Professor Vogel.

(Beifall)

Links von mir sitzt Herr Welle, der Leiter der Abteilung Außenpolitik des Konrad-Adenauer-Hauses. Wir werden uns gemeinsam bemühen, dieses Forum so durchzuführen, wie es angekündigt ist.

Ich will wenige Vorbemerkungen zu dem Rahmen machen. Wir sollten in den knapp vier Stunden, die uns zur Verfügung stehen, möglichst viel aus der Sache machen. Das bedeutet, daß jeder gebeten ist, kurz zu sprechen, daß wir möglichst offen und ohne Tabus diskutieren sollten, daß wir darauf achten sollten, abwechselnd zu sprechen, d.h. einer von uns - wenn ich es so abgekürzt sagen darf - und ein Professor, der dann auch weiterführende Antworten geben kann: die Experten, die Politiker in bunter Reihenfolge. Wir sollten uns bemühen, anschließend im Plenum durch eine komprimierte Berichterstattung das Wichtigste dessen zu vermitteln, was hier gesagt worden ist.

In meinen Augen ist dies das Forum mit der größten aktuellen Bedeutung, weil die Entwicklung von Zagreb bis Kiew und von Tirana bis Tallinn von einer ungeheuren Dramatik ist. Das wird sicher eine Rolle spielen mit all den Risiken, die das enthält, mit den Gefahren und Gefährdungspotentialen, aber auch den großen Chancen, die wir alle dabei keinen Moment aus dem Blick verlieren sollten.

Deutschland ist in der Tat größer geworden. Es richten sich gestiegene Erwartungen an uns, denen wir mit Maß und Augenmaß gerecht werden sollten. Aber jeder weiß, daß gerade in diesen Tagen eine gewisse Schlüsselrolle unübersehbar ist, der wir gerecht werden müssen.

Das gilt auch für das Thema „out of area“ und für viele andere Themen, die heute eine Rolle spielen müßten, wobei ich allerdings Zweifel habe, ob wir alles erschöpfend diskutieren können. Vielmehr wird es sicherlich notwendig sein, sich auf gewisse Gravamina zu konzentrieren und über diese vertieft zu diskutieren.

Wir müssen ein gewisses Gleichgewicht - wie es auch im Thema angedeutet ist - zwischen Europa und der Welt finden, damit auch Themen wie Entwicklungspolitik - Erwartungen, die aus diesem Bereich zu Recht an die Deutschen, an Europa gerichtet werden - in unserer Diskussion nicht zu kurz kommen.

Einen gewissen Schwerpunkt sollten wir aber auf die europäische Entwicklung selber legen. Europa ist im Übergang zu neuen Strukturen. Wir werden sicherlich vorsichtig sein mit dem Begriff der Unumkehrbarkeit, der Irreversibilität, der seit Walter Hallstein durch die europäischen Prozesse geistert. Ob wirklich alles unumkehrbar ist, mag man ja gelegentlich bezweifeln.

Dramatische Höhepunkte zeigt die Entwicklung in Osteuropa im Positiven, aber auch in den Risiken: in Jugoslawien etwa, über das wir mit all dem, was sich dort derzeit akut tut, alleine einen Vormittag lang diskutieren müßten. Aber da wir das nicht können, müssen wir das einordnen. Ich rate auch, es nicht in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen, es aber auch in gar keiner Weise zu übersehen.

Über alles andere, was uns in Europa seit 40 Jahren auch beschäftigt hat, muß ebenfalls gleichgewichtig diskutiert werden: die NATO und ihre gleichbleibend wichtige Rolle, die Rolle der Bundeswehr in diesem Bündnis und möglicherweise darüber hinaus, die Rolle von WEU, Europäischer Gemeinschaft und KSZE.

Meine Damen und Herren, die letzte Vorbemerkung gilt der Einordnung all dieser gravierenden Themen in diesen spezifischen Parteitag. Dieser Parteitag steht unter einer ganz bestimmten Überschrift, und das ist die innere Einheit unseres Landes. Dabei geht es ganz besonders um den Blick auf die fünf neuen Bundesländer. Deswegen sollten wir bei diesem außenpolitischen Forum auch keinen Moment übersehen, daß das der eigentliche Hintergrund, der eigentliche Anlaß, das eigentliche Thema dieses Parteitages ist. Wir sollten uns deswegen auch die spezifischen Erfahrungen der Mitbürgerinnen und Mitbürger aus diesen fünf neuen Bundesländern zunutze machen.

Angela Merkel, unsere neue stellvertretende Bundesvorsitzende, hat gestern abend gesagt, man müsse neugierig auf die Erfahrungen des anderen sein. In diesem Sinne sollten wir das in das heutige Forum einbeziehen und uns die dort gemachten Erfahrungen, möglicherweise als ein gewisses Modell der Zusammenarbeit in Osteuropa, zunutze machen. Wir sollten auf ihren Rat, soweit es irgend geht, hören.

In diesem Sinne sollten wir unserer gemeinsamen Verantwortung gerecht werden. Ich lade Sie alle herzlich ein, durch möglichst viele Beiträge - eine Reihe von Wortmeldungen liegt mir schon vor - ein Stück weit dazu beizutragen.

Ich darf jetzt Karl Lamers bitten, einführend zu uns zu sprechen. Herr Lamers, Sie haben das Wort.

**Karl Lamers:** Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, vier Fragen zu beantworten. Notwendigerweise sind die Antworten etwas allgemein, weil ich mir einen Zeitrahmen von zwölf Minuten gesteckt habe.

Erstens. Was sind die neuen Bedingungen für die deutsche Außenpolitik? Neu für die deutsche Außenpolitik ist, daß mit der Überwindung der Spaltung Deutschlands und der vollen Wiederherstellung seiner formalen Souveränität auch ihr realer Bewegungsfreiraum gewachsen ist. Entfallen sind nun die besonderen Rücksichten auf Bedroher wie auf Beschützer, wie sie sich für die alte Bundesrepublik ergaben, die noch bedrohter und abhängiger war als ihre Partner. Zudem ist Deutschland nach Rußland nunmehr mit einigem Abstand das bevölkerungsreichste und wirtschaftlich deutlich das stärkste Land Europas.

Neu stellt sich die gewaltige Aufgabe der politischen und wirtschaftlichen Rekonstruktion der ehemals kommunistischen Länder und ihrer Eingliederung nach Europa. Nachdem über fast fünf Jahrzehnte westliche bzw. deutsche Politik gegenüber dem Osten des Kontinents auf Abwehr und allenfalls auf kleine Schritte beschränkt blieb, eröffnen sich ihr jetzt die dringende Notwendigkeit zu grundlegender Neugestaltung und eben auch die Möglichkeit dazu. Notwendigkeit gab es weiß Gott auch vorher, aber keine Möglichkeit. Also Dringlichkeit und Möglichkeit.

Neu ist nach der Öffnung des Ostens auch, daß Deutschlands Geographie sowohl seine Sichtweise wie seine Interessen wieder stärker bestimmen wird. Das darf allerdings keinesfalls die Wiederkehr der alten Mittellage Deutschlands zwischen Ost und West bedeuten. Deutschland muß im Westen als des Westens Osten bleiben.

Neu ist schließlich, daß die deutsche Außenpolitik sehr viel schwieriger geworden ist. Eingeengt zu sein bedeutete auch, verschont zu sein von den Möglichkeiten großer Politik. Nun, da die Bundesrepublik nicht nur größer, sondern in gewisser Sicht



überhaupt erst wieder Deutschland geworden ist, stößt sie wieder, noch deutlicher als zuvor, auf die Geschichte und auf eine gestiegene Aufmerksamkeit ihrer Nachbarn. Die Erwartungen – die Hoffnungen so gut wie die Befürchtungen – seiner westlichen wie seiner östlichen Nachbarn sind gewachsen und sie sind keineswegs frei von Widersprüchen.

Zweitens. Was sind die Chancen und Gefahren der neuen Lage für die deutsche Außenpolitik? Nachdem der alte Druck entfallen, die Abhängigkeit der Westeuropäer von den USA geschrumpft ist und Bestimmungsfaktoren wiedergekehrt sind, die früher für die Sichtweisen und Interessen der Europäer gültig waren, droht gerade von daher die Gefahr, daß sich der Zusammenhalt des Westens lockert und sich die Außenpolitiken der einzelnen Partner renationalisieren, und das in einem Augenblick, wo endlich nach einer mehr oder minder ausschließlich reagierenden eine erst eigentlich gestaltende Außenpolitik wieder möglich geworden und eine gemeinsame Antwort des Westens unerlässlich notwendig ist.

Auf dem Hintergrund seiner langen, wechselvollen Geschichte mit den Völkern Osteuropas, nicht zuletzt des düsteren letzten Abschnitts, der vor mehr als 50 Jahren begann, empfindet Deutschland die Probleme im östlichen Teil Europas nicht nur räumlich als sehr nah. Es sieht die Notwendigkeit einer gemeinsamen helfenden Aktion des Westens als äußerst dringlich. Es weiß, daß es alleine überfordert ist.

Wenn es allerdings bei seinen Bemühungen alleine gelassen bliebe, drohte sich jene angstvolle Prophezeiung seiner Partner hinsichtlich einer Neuorientierung der deutschen Außenpolitik zu erfüllen, die bei der Wiederherstellung seiner Einheit laut wurde. Deutschland übernehme sich nicht nur finanziell, sondern auch politisch. Es könnte seinen bisher maßgeblichen Beitrag zur Einigung Westeuropas dann nicht länger leisten, würde ihn am Ende aus Enttäuschung möglicherweise auch nicht länger leisten wollen.

Hier liegt die Gefahr, daß dann der Einigungsprozeß Westeuropas stagnierte, sich schnell wieder zurückbildete, statt seine Entwicklung zu beschleunigen. Westeuropa aber könnte dann nicht als der Kern zur Voraussetzung der gesamteuropäischen Einigung heranwachsen, und es würde dann nicht nur der Osten zerfasern, sondern auch der Westen. Deutschland stünde wieder im Zentrum aufbrechender alter Gegensätze, zu denen jene kämen, die durch den krassen Unterschied zwischen Wohlstand und Armut hervorgerufen werden. Deutschland, das sich inmitten der anderen doch längst nicht mehr als zwischen allen hin und her gerissen fühlt, sondern sich sowohl mit den einen wie mit den anderen verstehen möchte, würde damit erneut in die gefährvolle Problematik seiner alten Mittellage gedrängt. Die Folgen wären für ganz Europa verhängnisvoll; am verhängnisvollsten wären sie für Deutschland selbst.

Da Deutschland die Illusion der Abtrennbarkeit seiner nationalen Interessen von denen Europas hat fahren lassen, da es sicher weiß, daß es seine berechtigten nationalen Interessen nur im europäischen Bezugsrahmen verwirklichen wird, kann es all seine Kraft auf die Überwindung der europäischen Gegensätze wenden. Es muß der stärkste Förderator Europas sein.

Deutschland kann seine Stärke wirkungsvoll nur innerhalb vor allem der Europäischen Politischen Union zur Geltung bringen, nicht außerhalb in der Labilität dauernd wechselnder Koalitionen. Nur so, inmitten eines geeinten Kontinents, endlich befreit von den unlösbaren Widersprüchen, die seine Geschichte in Jahrhunderten bestimmt haben, kann sich Deutschland entfalten. Darin liegt gerade die neue Chance für die deutsche Außenpolitik: zu erreichen, daß ganz Europa in Freiheit, in Frieden und Wohlstand geeint lebt und Deutschland in seiner ruhigen Mitte.

Drittens: die neuen außenpolitischen Aufgaben Deutschlands. Maastricht hat die Voraussetzungen geschaffen, um jene Gefahren zu meiden und diese Chancen zu nutzen. Das Fundament deutscher Außenpolitik ist gestärkt worden. Die Europäische Union wird immer mehr zum maßgeblichen Handlungsrahmen deutscher Außenpolitik. Jetzt gilt es, zielstrebig und ausdauernd die neugeschaffenen Möglichkeiten gemeinsamen außenpolitischen Handelns umzusetzen. Und vorab kommt es darauf an, daß die Gemeinschaft den neuen Demokratien die Perspektive einer Mitgliedschaft bietet und sie auf dem schwierigen und langen Weg zu diesem Ziel helfend begleitet.

Aber wenn wir von unseren Partnern erwarten, daß sie ihren Blick mit uns mehr in Richtung Osten lenken, dann können sie von uns verlangen, daß wir unsere Aufmerksamkeit mehr in Richtung Süden richten. Der gesamte Mittelmeerraum, der Maghreb, der Nahe und Mittlere Osten sind für unsere Partner so bedeutsam wie für uns der Osten. Und demnach sind sie es auch für uns.

Darüber hinaus gilt grundsätzlich: Es geht nicht nur um Deutschlands Lage in Europa, sondern es geht ebenso um die Lage Europas in der Welt. Globalität ist der einzig angemessene Bezugsrahmen deutscher und europäischer Außenpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts.

Die transatlantische Gemeinschaft zwischen Europa und den USA muß umgebaut werden, um sie für die neu entstandene Situation dauerhaft tragfähig zu machen. Der europäische Pfeiler in der Allianz muß endlich errichtet werden. Hierzu haben Rom und Maastricht den Grund gelegt. Seine amerikanischen Partner sollten nicht nur auf die Funktion des militärischen Garanten der politischen Ordnung in Europa beschränkt bleiben, sondern in Zukunft auch einen Part politischer Mitgestaltung übernehmen. Und ein gestärktes Europa muß endlich auch für die inneramerikanischen Probleme mehr Verständnis aufbringen als bislang.

Viertens. Was sind die inneren Voraussetzungen für die deutsche Außenpolitik? Deutschland muß endlich die Tatsache, ein starkes Land zu sein, fest ins Bewußtsein fassen. Es muß das tun, um mit dieser Stärke verantwortlich und möglichst weise umgehen zu können. Dazu gehört, sich gleichzeitig bewußt zu bleiben, daß dieses große Deutschland im Widerstreit sehr unterschiedlicher Interessen steht.

Deutschland muß jetzt die inneren Hemmungen überwinden, die seine Handlungsfähigkeit vor allem innerhalb der westlichen Gemeinschaft beeinträchtigen. So verständlich – und für seine Partner beruhigend – seine geschichtlich bedingte Zurückhaltung gegenüber den Möglichkeiten militärischer Macht ist, so wenig kann es in dieser Hinsicht eine grundsätzlich andere Stellung einnehmen als alle – ausnahmslos alle – seine Miteuropäer. Das schließt nämlich eine verantwortliche Mitwirkung gerade an dem aus, wonach es verlangt: an einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Politischen Union.

Demnach gilt es, möglichst bald klarzustellen, daß sich Deutschland durch eine Verfassungsänderung keinen anderen Einschränkungen über den ABC-Verzicht hinaus unterwirft als seine Partner, womit ich übrigens nicht sagen will, daß es zwingend ist, eine solche Verfassungsänderung vorzunehmen. Die Einsatzmöglichkeiten deutscher Streitkräfte müssen sich ausschließlich nach dem durch die Charta der Vereinten Nationen, insbesondere Art. 51, gesteckten Rahmen richten.

Um an dieser Stelle ein aktuelles Beispiel zu bringen: Es ist nicht sehr überzeugend, wenn Deutschland permanent die Entsendung von Friedenstruppen nach Jugoslawien fordert, aber gleichzeitig erklärt, daß es ausgeschlossen sei, selbst daran teilzunehmen.

Der großen Herausforderung, der sich Deutschland durch die Welt, in deren Mitte es lebt, gegenüber sieht, wird es nur gerecht werden, wenn es der Außenpolitik einen höheren Stellenwert einräumt, ja nach der Anstrengung zur Wiederherstellung seiner inneren Einheit in gewisser Hinsicht Priorität einräumt. Priorität, meine Damen und Herren, muß sich ablesen lassen in der Ausgabenpolitik. Zumindest der Zuwachs unserer Ressourcen, wie er sich im Bruttosozialprodukt ausdrückt, muß anders als bislang verteilt werden.

Die Union hat vor vier Jahrzehnten der jungen Bundesrepublik Deutschland den Weg in die Gemeinschaft der freien Völker gewiesen. Sie hat auch heute wieder die Hauptverantwortung für die außenpolitische Orientierung des wiedervereinigten Deutschlands. Dazu muß sie ihre Idee von Europa fortentwickeln, damit diese der Leitgedanke für den ganzen Kontinent wird. Dann wird das wiedervereinigte Deutschland auch ein neues Deutschland sein, das wie schon die Bundesrepublik, indem es die Lehren aus der Geschichte gezogen hat, nicht nur selbst vereint, sondern auch in einem vereinten Europa mit sich selbst, mit seiner Geschichte und seinen Nachbarn versöhnt leben kann. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Herzlichen Dank, lieber Herr Lamers. Sie haben sich in dieser präzisen Einführung an die zeitlichen Vorgaben gehalten. Ich bin Ihnen dafür sehr dankbar.

Bei mir strömen jetzt die Wortmeldungen ein. Ich darf Sie alle bitten, sich an die Spielregeln zu halten und sich bei mir schriftlich zu melden, damit wir den Ablauf organisieren können.

Wir machen jetzt einen kurzen Durchgang durch das Podium, von Ihnen aus gesehen von links nach rechts. Wir sitzen ja in bunter Reihenfolge, so daß sich das ganz gut ergibt.

Ich beginne mit Herrn Professor Baring. Herr Professor Baring, alle sagen, die deutsche Außenpolitik sei schwieriger geworden. Was ist der Rat des Wissenschaftlers?

**Prof. Dr. Arnulf Baring:** Wissenschaftler sind in diesen Dingen ja keine klügeren Menschen als andere Leute. Das sollten sie sich auch gar nicht einbilden.

Zumal nach der, wie ich finde, vorzüglichen Einführung durch Herrn Lamers bleibt eigentlich nur übrig, einige Punkte kurz zu unterstreichen, die er angesprochen hat. Die CDU hat ja - ich kann das in Unabhängigkeit sagen, weil ich hier als Wissenschaftler und nicht als CDU-Mitglied spreche - mit der Marktwirtschaft und der Westintegration die beiden Grundlagen gelegt, auf denen dieser Staat gewachsen ist. Ich glaube, die neue Aufgabe ist doch eindeutig die, unter den neuen Bedingungen, von denen Herr Lamers gesprochen hat, das auf ein größeres Handlungsfeld zu erweitern, den Interessen des Landes neu Rechnung zu tragen, indem man Westintegration und neue Lage miteinander verbindet.

Das ist schwieriger, als viele annehmen. Ich habe bei Diskussionen in der letzten Zeit immer wieder festgestellt, daß man mit der Behauptung, die deutschen Interessen müßten zunächst einmal formuliert werden, um sie dann unseren Partnern nahezu bringen, auf viel Kopfschütteln und Schwierigkeiten stößt, oft stundenlang reden muß, bis überhaupt als Ausgangspunkt akzeptiert ist, daß wir eigene Interessen haben. Wir seien multipolar - was ja vollkommen klar ist - eingebunden, was weniger klar ist. Ich glaube, unsere Partner betrachten mit Mißtrauen, daß wir unsere eigenen Interessen nicht definieren.

Im Grunde heißt das ja zweierlei: Die größere Rolle - Herr Lamers hat das ausgeführt - bedeutet, daß wir für andere Verantwortung übernehmen müssen, was doch eigentlich Führung heißt. Verantwortung für andere übernehmen heißt, sich wesentlich um die uns unmittelbar benachbarten osteuropäischen Länder zu kümmern; Polen, die Tschechoslowakei würde ich in erster Linie nennen. Die Sowjetunion würde ich vollkommen vergessen. Das ist hoffnungslos, und deswegen sollte man abwarten, was sich da in den nächsten Jahren entwickelt, und den Beutel zuhalten.

Diese Verantwortung nach innen zu übernehmen heißt, daß wir unser Volk zu einer ganz anderen Anstrengung auffordern müssen, als wir es bisher für notwendig gehalten haben. Wir haben im Grunde jahrzehntelang - das ist sehr positiv gewesen; dafür wollen wir der Geschichte auch alle dankbar sein - keine Pflichten verteilen müssen, sondern Vergünstigungen verteilen dürfen. Das ständig wachsende Brutto-sozialprodukt hat uns einen Sozialstaat ermöglicht, auf den wir stolz sein können, der aber natürlich das Begleitprodukt einer Schönwetterperiode war. Diese Schönwetterperiode ist nach allem menschlichen Ermessen vorbei.

Das Gefühl für die Risiken zu schärfen heißt z. B., der Bundeswehr einen ganz anderen Platz im Selbstbewußtsein dieses Landes und dieser Partei einzuräumen. Sie wird ja im Grunde von vielen Kräften - auch in der CDU und erst recht natürlich in der SPD und in der FDP - als eine Art Quantité négligeable betrachtet, als eine häßliche Notwendigkeit, die man im Zeichen allgemeiner Friedenssehnsucht demnächst doch mehr oder weniger vergessen könnte. Das ist eine vollkommen kurzsichtige, im Ergebnis fatale Sicht der Dinge.

Aber Pflichten heißt eben auch, daß wir die jüngeren Generationen zurückgewinnen, die sich ja in einer, wie ich finde, gefährlichen Weise von der Politik fernhalten. Nach meinen Beobachtungen sind bis Ende der 60er Jahre viele junge begabte Deutsche in die drei demokratischen Parteien gegangen, nach 1968 stärker zu den GRÜNEN und den Bürgerbewegungen. In den letzten Jahren ist mein Eindruck: weder noch. Wir haben es mit einer außerordentlich privatistischen, hedonistischen, von Besserwisseri geprägten Jugend zu tun. Dazu haben viel bestimmte politische Redensarten beigetragen, das wolkige Friedensgerede: Die Probleme seien verschwunden oder alle lösbar - mehr oder weniger ohne unsere Beteiligung. Das, glaube ich, muß weg. Unser Volk muß ernsthaft, unser Volk muß erwachsener werden. Führung wird eben heißen, wesentlich auch die junge Generation zu motivieren, und zwar nicht dadurch, daß man ihnen neue große Finanzquellen erschließt, sondern dadurch, daß man ihnen sagt: Ihr müßt für den Bestand dieses Landes etwas tun. Das ist ganz wichtig.

Wahrscheinlich hat Deutschland eine zweite Chance erhalten, eine Chance, die wir am Anfang des Jahrhunderts - wir alle sind uns dessen nur allzu bewußt - auf fatale Weise versäumt haben. Wir werden sie dieses Mal möglicherweise wieder versäumen, indem wir das Gegenteil für richtig halten, was wir damals für richtig gehalten haben. Damals haben wir Europa unseren Willen aufzwingen wollen, heute verstecken wir uns vor den neuen Herausforderungen. Das kann nicht gutgehen, das wird uns das gleiche Ausmaß von Mißfallen, wenn nicht Abneigung eintragen. Mit den Ressentiments werden wir leben müssen.

Wir werden uns davon trennen müssen, daß sozusagen die internationale Politik Freundschaften kennt. Adenauer hat das oft gesagt. Damit war er kein origineller Denker, was er überhaupt nicht so sehr war. Er war mehr ein Mann des klaren Blicks und des Durchsetzens - übrigens der gegenwärtige Kanzler auch. Als Anfang der 80er Jahre Sebastian Haffner zu mir sagte, er glaube, daß Herr Kohl die gleichen

Fähigkeiten wie Adenauer habe, habe ich ihn für halbwegs verrückt gehalten. Inzwischen glaube ich, daß Sebastian Haffner mehr recht hatte, als ich damals für möglich hielt. Das möchte ich an dieser Stelle gern sagen.

Diese neuen Realitäten dem Lande klarzumachen heißt eben auch, deutlich zu machen, daß Länder keine Freundschaften haben, daß die deutsch-französische Freundschaft natürlich eine Interessengemeinschaft ist, die sehr wichtig ist, die uns aber auch gerade in diesem Bezug künftig nicht der Notwendigkeit entheben wird, deutlicher zu sagen, daß auch wir Empfindlichkeiten besitzen. Ich höre in allen Diskussionen, die stattfinden, daß man auf Frankreich in vielfältiger Weise Rücksichten nehmen müsse, auf das französische Bedürfnis nach Prestige usw. Gut, aber wenn wir das tun, müssen wir sagen, daß auch auf uns Rücksicht zu nehmen ist. Die Partnerschaft muß eine wirklich gleichberechtigte sein, was sie in vielen Bereichen bis Maastricht noch nicht gewesen ist. Das auszusprechen heißt ja nicht, antifranzösisch zu sein. Ich bin sehr für Frankreich. Ich fühle mich wahrscheinlich keinem Volk so sehr verbunden wie den Franzosen. Ich verbringe die meisten Ferien da, ich habe ein kleines Haus da. Aber das hindert mich doch nicht daran, vieles in der französischen Führungsschicht - und in der englischen auch - für wirklich nicht in unserem Interesse akzeptabel zu halten.

Mit anderen Worten: Ein neuer Ernst im Lande selbst und in der Verantwortung nach außen, Augenmaß, Verantwortungsgefühl, Pflichtbewußtsein - das ist das, was ich unseren Landsleuten und dieser Partei besonders ans Herz legen möchte.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Otffried Hennig:** Herzlichen Dank, Herr Professor Baring. - Willi Erl, die meisten Wortmeldungen, die bisher bei mir auf dem Tisch liegen, beziehen sich auf Europa. Sie haben die Chance, unsere Aufmerksamkeit verstärkt auch auf das zu lenken, was früher Dritte Welt genannt worden ist. Wir müssen insoweit unseren Sprachgebrauch sicherlich überprüfen, weil es eine Zweite Welt nicht mehr gibt. Die Welt wächst zusammen. Was ist die Rolle der früheren Dritten Welt und unsere Rolle für sie?

**Willi Erl:** Herr Hennig, ich will die Chance in fünf Minuten nutzen. - Meine Rolle hier ist besonders schwierig. Zum einen bin ich umgeben von Politikern, die initiieren und beschließen, was getan werden muß. Zum anderen bin ich umgeben von Professoren, die warnen und raten. Ich bin einer von denen, die etwas tun, tun müssen

(Heiterkeit)

in einer Organisation, die ein Mandatar des Bundes ist. - Fünf knappe Thesen aus der Praxis:

Erstens. In Ordnung, Herr Lamers, gen Osten geht unser Blick. Aber wir dürfen dabei die sogenannte Dritte Welt oder Entwicklungsländer nicht aus den Augen verlieren. Die Hilfe für die klassischen Entwicklungsländer darf nicht zu kurz kommen.

Was die Bundesrepublik angeht, sind wir auch als Geber der Entwicklungshilfe in einer gestärkten Position, weil wir die fünf neuen Bundesländer haben. Dadurch haben wir neue, bessere Möglichkeiten. In den neuen Bundesländern existiert ein starkes Solidaritätsbewußtsein. In den neuen Bundesländern existiert eine große Bereitschaft der Mitbürgerinnen und Mitbürger, in den Entwicklungsländern zu arbeiten. Was unsere Organisation angeht, kann ich sagen: Jeder vierte neue Entwicklungshelfer, den wir entsenden, kommt aus den neuen Bundesländern.

Zweitens. Natürlich kann die Entwicklungshilfe nicht der ganzen Welt einen Kurs geben. Wir müssen Prioritäten setzen - natürlich nicht im metaphorischen Sinn, Herr

Professor. Wir müssen bei den Betroffenheiten und Sorgen unserer Bürger ansetzen. Da scheinen mir zwei Problembereiche im Vordergrund zu stehen: erstens die Klima-, Umwelt- und Ressourcenfrage und zweitens das bedrängende Problem der Flüchtlinge und Einwanderer.

Das bedeutet drittens: Die Entwicklungspolitik sollte flüchtlingsorientiert sein; denn die beste Flüchtlingspolitik ist eine gute Entwicklungspolitik.

Wir haben drei Arten von Flüchtlingen, die den Rahmen für entwicklungspolitisches Handeln bilden: Zunächst Gewissensflüchtlinge, Menschen, die auf Grund von politischen Katastrophen ihre Heimatländer verlassen und in Nachbarländern zumindest vorübergehend siedeln; oft in Nachbarländern, denen es genauso schlechtgeht wie dem eigenen. Wir haben zweitens Armutsflüchtlinge, die hier oft despektierlich Wirtschaftsflüchtlinge genannt werden, Menschen, die ihre Heimat verlassen, um an dem Reichtum anderer teilzunehmen, und sei es auch noch so bescheiden. Wir haben drittens in wachsendem Maße Umweltflüchtlinge, Menschen, die sich wegen Verwüstung, Überweidung oder ökologische Veränderungen, die ihre Lebensgrundlagen zerstören, auf die Flucht begeben. Hier ist entwicklungspolitisch anzusetzen.

In diesem Sinne ist die Konditionalisierung zu begrüßen, die der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit nun erklärt hat. Anzusetzen ist auch bei dem Kriterium der Menschenrechtsverletzungen, und einzubeziehen ist in der Zukunft bei Entwicklungshilfe auch der Rüstungsfaktor. Hier ist zu begrüßen das erklärte Schwerpunktprogramm der Bundesregierung: Armutsbekämpfung grundbedürfnisorientiert, beschäftigungsorientiert. Hier ist zu begrüßen der Schwerpunkt Ressourcenschutz, Umweltschutz, wie ihn auch die Bundesregierung verfolgt.

Viertens. Kritik aber ist zu üben an der Entwicklungshilfe insofern, als sie ökonomischer werden muß. Es muß viel stringenter versucht werden, mit geringen Mitteln beste Wirkungen zu erzielen. Hier wird sich wirksam der theoretisch klar erkannte Ansatz der Selbsthilfe erweisen, d.h. die Kräfte und Potentiale in den Ländern zu fördern. Nicht, Herr Professor Baring, Verantwortung für die anderen, sondern Verantwortung mit den anderen. Das ist wohl die entscheidende Richtung.

Vor allen Dingen aber muß die Hilfe in Deutschland sparsamer ansetzen. Es kann nicht sein, daß Entwicklungszusammenarbeit ein beruflicher Bereich ist, in dem man sich eine goldene Nase verdient, in dem außerordentliche materielle Anreize geboten werden. Die Aufgaben selbst, die Entfaltungsmöglichkeiten in den Ländern sind hinreichender Anreiz und Belohnung genug, wie es Tausende von Entwicklungshelfern und Entwicklungshelfern inzwischen beweisen.

Die künftige Entwicklungshilfe sollte nicht so sehr an den klassischen Bereichen Finanzielle Zusammenarbeit, Technische Zusammenarbeit ansetzen. Sie ist zu stark institutionenorientiert, zu stark an den Interessen der Institutionen ausgerichtet. Sie muß aufgabenorientiert sein. Diejenige Organisation oder Unternehmung sollte Hilfe leisten, die eben die Aufgabe bei aller fachlichen Qualität am kostengünstigsten bewältigen kann.

Das führt fünftens dazu, daß wir auch in der Entwicklungshilfe - das gilt gerade für die CDU - ernst machen müssen mit dem Subsidiaritätsprinzip. Prioritär soll unterstützt werden, was Einheimische, was Dienste leisten können. Nur das, was diese kleineren Einheiten nicht zuwege bringen, sollte dann als Aufgabe an die teuren Unternehmungen wie Consultings oder auch die GTZ weitergereicht werden. Gerade auch für die Entwicklungshilfe scheint mir die Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips von höchster Aktualität zu sein.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Herzlichen Dank, lieber Herr Erl, auch für die Mitteilung, daß schon jetzt jeder vierte von Ihnen Entsandte aus den fünf neuen Ländern kommt. Das ist gerade im Zusammenhang mit diesem Parteitag eine, wie ich finde, wichtige Mitteilung. – Herr Professor Vogel: Die Sowjetunion ein hoffnungsloser Fall, also abwarten und den Beutel zuhalten? Teilen Sie diese Meinung?

**Prof. Dr. Heinrich Vogel:** Herr Vorsitzender, Sie erwarten freundlicherweise von den Professoren die Antworten auf die nicht beantwortbaren Fragen. Ich habe sie nicht. Ich möchte das gleich zu Anfang sagen. Ich möchte bei meinem Leisten bleiben.

Es gibt einen Gesamtzusammenhang, der nicht nur Deutschland betrifft, aber der Deutschland besonders betrifft. Das Ende des Kommunismus in Osteuropa und der Zerfall der Sowjetunion haben eine Pause der Verlegenheit im westlichen Nachdenken, in der westlichen Politik zur Folge gehabt. Diese Pause hält an. Ich glaube, wenn es auf Deutschland zukommt, Verantwortung in Europa und in der Welt zu übernehmen, bedeutet das erst einmal, sich Klarheit zu verschaffen in der Bewertung von Vorgängen, die sich nationaler Politik entziehen. – Ich will jetzt keine akademischen Fingerübungen machen, sondern drei Thesen vortragen und begründen.

Erstens. Deutschland erhält durch seine Geographie, durch sein wirtschaftliches Gewicht und seine spezifische politische Erfahrung eine besondere Rolle, die es zur Führung in Europa verpflichtet und befähigt. Begründung: Diese These gilt für den gesamten europäischen Integrationsprozeß, d.h. für die Einigung zwischen den Zwölf. Sie gilt ganz besonders dann, wenn wir Intergration als einen gesamteuropäischen Prozeß darüber hinaus begreifen wollen. Deepening or widening war von Anbeginn eine törichte Verlegenheitsalternative, ein Versuch des Opting out von einem weltgeschichtlichen Prozeß, der ganz Europa betrifft.

Die Führung in Europa zu übernehmen bedeutet, Orientierungshilfe zu geben. Mit der Einigung ist Deutschland zum Teil jenes Megaexperiments geworden, das Demokratisierung ehemals kommunistischer Gesellschaften heißt. Ökonomische Stärke bietet Deutschland bessere Voraussetzungen, jene prekäre Übergangsphase erfolgreich zu bestehen, die sich aus der gegenwärtigen Krise ablesen läßt. Auch wenn Deutschland kein Modell sein kann, so trägt es doch in der Art und Weise, wie politische Akzeptanz für westliche Werte hergestellt wird, Verantwortung für das Schicksal der Demokratie auch in Osteuropa, bis hinein in die Sowjetunion. Erfahrung in dieser Art gesellschaftspolitischen Selbstversuchs bringt Verantwortung.

Führung entsteht durch Konsequenz in der Sache und durch Sensibilität im Umgang mit Menschen. Glaubwürdigkeit entsteht durch Beteiligung der Menschen, d.h., auf uns angewandt, durch jenen Gesellschaftsvertrag, den das Grundgesetz definiert: Soziale Marktwirtschaft plus Föderalismus. Wenn es gelingt, diesen Gesellschaftsvertrag in dem vereinten Deutschland einzulösen – auch unter der ökonomischen und sozialen Belastung der Einigung –, dann fällt Deutschland eine Führungsfunktion zu.

Dabei gehört es zum besonderen Verständnis von politischer Führung im demokratischen Europa, daß das mit Streben nach Dominanz oder mit dem berühmten deutschen Zeigefinger nicht vereinbar ist. Es geht nicht um das „daß“ – denn diese Führung ist nicht zu vermeiden und nicht zu umgehen –, es geht um das „wie“. Sollte Deutschland den Fehler begehen, dominieren zu wollen, würde es die Chancen der gesamteuropäischen Entwicklung eher ruinieren. Sollte es sich zur Führung durch Vorbildfunktion als unfähig erweisen, würde der Prozeß der Einigung Europas an Dynamik und an Zusammenhalt verlieren. Es geht also nicht um Finanzierbarkeit, es geht nicht um den Geldbeutel, es geht um Konzeptions- und Gestaltungsfähigkeit im politischen Rahmen. Hier gefiel mir das Wort von Herrn Lamers von Deutschland als Förderator ganz besonders.

Um jetzt keine pastorale Stimmung aufkommen zu lassen, These zwei: Deutschland ist auf diese Rolle nicht vorbereitet. Da haben wir erstens das nach wie vor verschämte Herunterspielen der Verantwortung, die Sehnsucht nach dem „low profile“, das wir uns in der Vergangenheit leisten konnten. Ich möchte aber noch etwas dazu sagen: Es fehlen zweitens Instrumente, es fehlt auch das Interesse an einer professionellen, vorausschauenden Analyse der Trends und der Risiken, die weiterhin auf uns zukommen.

*Und hier der Blick auf Osteuropa und die Sowjetunion: Was wir in der Euphorie, der positiven Überraschung über Perestroika und ihre Folgen annahmen, daß sich nämlich mit dem Ende des Kommunismus Marktwirtschaft und Demokratie unvermeidlich unmittelbar anschließen, bestätigt sich nicht. Ich glaube, wir müssen deshalb mit großer Behutsamkeit in die nächsten Jahre sehen und uns sehr genau auf Dinge vorbereiten, die kommen werden.*

Das ist keine Forderung nach amtlicher Prognostik oder akademischer Zukunftsplanung; denn so etwas funktioniert nicht. Aber ich möchte doch dafür plädieren, das zu tun, was in jedem geordneten Großkonzern in Deutschland und in jeder multinationalen Gesellschaft im internationalen Rahmen gang und gäbe ist. Dort wird der Versuch der systematischen Analyse von Trends unternommen, die, gebündelt, eine Vorbereitung auf Krisen ermöglichen, die jenseits des Horizonts liegen. Wo aber ist in der Bundesrepublik die Stelle, an der über die letzten Agenturmeldungen hinaus gefragt würde? Fangen wir nicht erst dann an, wenn die Probleme bereits im Hause sind, über Migration, Proliferation - und wie die schönen Dinge alle heißen - nachzudenken? Wo steht das Frühwarnsystem, das ein ganzes Spektrum von Szenarien laufend aktualisiert und nicht nur Vertrauen in liebgewordene Partner der Vergangenheit beschwört? Und das ist keine Frage nur an das Auswärtige Amt.

Maastricht ist nicht mein Thema. Ich möchte bei der Sowjetunion und bei Osteuropa bleiben. Der Weg in die Demokratie und in die Marktwirtschaft dort ist nicht gesichert. Neue Demokratien sind ein Wechsel auf eine Zukunft, die wir noch nicht kennen. Ich fürchte, wir müssen wegkommen davon, uns nur Dinge vorzustellen, die uns ins Konzept passen. Wenn wir in der Vergangenheit das „worst-case-Denken den Militärs überließen, müssen wir jetzt auch die Fähigkeit entwickeln, politische „worst cases“ zu verfolgen und zumindest anzudenken. Wir müssen uns auch auf andere als die uns am meisten zusagenden Entwicklungen konzentrieren und einstellen.

Hier die dritte These: Hilfe für Osteuropa ist nur in zweiter Linie finanzielle Hilfe; nicht zuletzt deshalb, weil wir unsere Möglichkeiten an dieser Stelle bereits ausgeschöpft haben. Hilfe ist heute primär konzeptionelle Hilfe. Hilfe bei der Entwicklung neuer Institutionen ist nicht nur das blinde Vertrauen auf die unsichtbare Hand des Marktes, die die Probleme dort schon lösen wird, sondern Vertrauen auch auf unsere deutsche Erfahrung, daß nur eine sichtbare Hand eines funktionsfähigen modernen Staates die Bühne bereiten kann, auf der die unsichtbare Hand dann wirken kann. Das heißt, wir brauchen Transfer von Erfahrungen aus unseren funktionierenden und bewährten Institutionen der sozialen Absicherung, der gesellschaftspolitischen Steuerung, der Strukturplanung usw.

Hier hat Deutschland, glaube ich, etwas zu bieten, was Geoffrey Sachs und angelsächsische Denker in diesem Bereich nicht liefern können, weil sie es nicht kennen. Ich plädiere für einen zentral-europäischen Ansatz. Ich glaube, hier werden wir noch viel zu tun bekommen. Das bedeutet auch Geld ausgeben, aber es bedeutet nicht den Transfer von Abermilliarden.



Wenn ich noch einen letzten Satz dazu sagen darf, auch zur Rolle der politischen Parteien, der gesellschaftlichen Gruppen: Wenn es uns darum geht, Konzeptionen zu transferieren, mit Know-how beim Aufbau neuer demokratischer Staaten, funktionierender Wirtschaften zu helfen, dann müssen wir uns bemühen, die politische Elite der nächsten und der übernächsten Generation bereits jetzt zu integrieren. Was wir dann brauchen, sind leistungsfähige Programme zur Integration, zur Einbeziehung einer großen Zahl junger Menschen aus den neuen Staaten Osteuropas und aus der Sowjetunion, um ihnen Demokratie im Leben und nicht nur im Textbuch, nicht nur im Lehrbuch vorführen zu können und erleben zu lassen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Herzlichen Dank, lieber Herr Professor Vogel.

Ich schaue jetzt zu Elisabeth Grochtmann, Mitglied im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages, Abschluß als Diplomökonom an der Handelshochschule in Leipzig und damit hier auf dem Podium Vertreterin unserer fünf neuen Bundesländer. Welche Erfahrungen können Sie uns mit auf den Weg geben?

**Elisabeth Grochtmann:** Ich hoffe, Sie sind neugierig auf die Erfahrungen der Menschen aus den neuen Ländern. Angela Merkel hat es treffend gesagt mit dem Wort „neugierig sein“. Der Parteitag steht unter dem Motto: „Einheit leben – Gemeinsam gestalten wir Deutschlands Zukunft in Freiheit.“ – Ich möchte Ihnen einige Aspekte aus der Sicht der neuen Bundesländer darstellen, die mir wesentlich erscheinen.

Ich halte es für dringend notwendig – ich habe das vor einigen Wochen auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gefordert –, daß die Außenpolitik einen besonderen Schwerpunkt in der Parteilarbeit darstellt. Wir müssen in unserer Bevölkerung – vor allem bei den Menschen in den neuen Bundesländern – ein neues Verständnis für die Außenpolitik schaffen. 40 Jahre lang haben die Menschen in der DDR außenpolitische Fragen nach einer ganz bestimmten Ideologie – ich sage: eingehämmert bekommen. Der Westen war der „militaristische Handlanger der imperialistischen USA-Politik“. Auch Institutionen wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds wurden als kapitalistische Instrumente dargestellt und dienten angeblich dem aggressiven westlichen Imperialismus. Ich brauche diese Beispiele sicher nicht fortzusetzen.

Auch wenn vielen Bürgern der DDR diese aggressive Politik zuwider war, so ist es doch sehr schwierig, die neue Politik jetzt neu darzustellen. Viele falsche Vorstellungen müssen beseitigt werden. Es muß mit verschiedenen Dingen aufgeräumt werden, die die Bürger in den neuen Bundesländern überhaupt nicht besser wissen können.

Ich selbst habe Diskussionen über die Beziehungen zu Polen sowie über die Grenze zu diesem Land erlebt. Ich habe dabei einen Entwicklungsprozeß durchlebt. In der sozialistischen Schule bei uns habe ich gehört, daß die Grenze zu Polen selbstverständlich unantastbar ist. Es wurde gesagt: Wer das irgendwie in Frage stellt, ist ein ganz böser Revanchist; mit dem wollen wir nichts zu tun haben. – Dann bin ich in den Bundestag gekommen und habe mit Kollegen gesprochen, die überhaupt nicht revanchistisch waren und die mir ihre Argumente dafür nannten, warum es ihnen schwerfällt, einer endgültigen Grenzziehung zuzustimmen. Sodann habe ich auch mit Kollegen gesprochen, die Argumente dafür hatten. Letztendlich bin ich wieder auf den Stand gekommen, daß die Grenze unantastbar sein muß und daß wir freundschaftliche Beziehungen zu Polen haben müssen. Ich habe, wie gesagt, diesen Entwicklungsprozeß durchlebt. Es ist qualitativ ein anderes Ergebnis als vorher.

Dies müssen wir den neuen Bundesbürgern insgesamt zugestehen. Denn wenn es für die Bürger in den alten Bundesländern schon nicht leicht ist, sich auf die neue Rolle

und die größere Verantwortung des wiedervereinigten Deutschlands in der Weltpolitik einzustellen, um wieviel schwerer ist es dann für die Bürger in den neuen Bundesländern. Als jemand, der sich selbst noch in der außenpolitischen Orientierungsphase befindet, kenne ich dieses Problem und versuche auch, damit umzugehen.

Uns wurde in der Schule Freundschaft verordnet, hauptsächlich zur Sowjetunion. Es war eine Selbstverständlichkeit, in die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft einzutreten, aber Persönliches war damit nicht verbunden. Anders war es da schon mit Brieffreundschaften. Wir hatten z.B. einen Russischlehrer, der eine Zeitlang in Moskau war. Er hat uns Schülern, die wir damals in der 5., 6., 7. Klasse waren, Adressen mitgebracht, und es ergaben sich sehr schöne Briefkontakte, bei denen man die damals ungeliebte russische Sprache auch einmal anwenden konnte. Durch diese Briefkontakte habe ich z.B. sehr viel über das Leben der Familien in Rußland erfahren. Es gingen kleine Päckchen hin und her. Das war wirklich gelebte Freundschaft, im Gegensatz zu der durch die Politik zwangsweise verordneten Freundschaft.

Hieran könnte man z.B. anknüpfen und die Kontakte zu Rußland oder zu den baltischen Staaten wieder aufbauen. Dieses Prinzip der Freiwilligkeit der Freundschaft nach Osten: Das wäre etwas, was die neuen Bundesländer unbedingt bräuchten.

Die allermeisten Bürger in den neuen Bundesländern empfinden den Beitritt der DDR und die jetzige Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland als Befreiung und auch als Beruhigung. Viele fragen sich, wenn sie jetzt in den Osten schauen: Was wäre, wenn wir noch dazugehören würden? Gerade daraus erwächst uns wohl auch die Verpflichtung, nicht tatenlos zuzusehen, wenn anderswo Krieg tobt und Verzweiflung herrscht.

Deshalb habe ich die dringende Bitte an das Konrad-Adenauer-Haus gerichtet, möglichst bald mit einem breit angelegten Programm der außenpolitischen Parteilarbeit zu beginnen, und das nicht nur mit Mitarbeitern aus den alten Bundesländern, sondern auch mit Mitarbeitern aus den neuen Bundesländern, um auf bestimmte Erfahrungen und Befindlichkeiten einzugehen, damit sich das Wort des Jahres auch auf diesem Gebiet nicht weiter fortsetzt. Damit diese dringende Bitte und Forderung nicht einfach im Raum stehenbleibt, habe ich die Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU nach Mecklenburg-Vorpommern und speziell auch in meinen Wahlkreis eingeladen. Wir sind Ende Januar in Schwerin und werden mit Kommunalpolitikern, mit Schülern von Gymnasien, deren Lehren, interessierten Eltern und – so sage ich einmal – mit CDU-Mitgliedern im weitesten Sinne über neue Aufgaben und Herausforderungen der deutschen Außenpolitik diskutieren. Diese Veranstaltung soll Auftakt für andere Veranstaltungen sein, die wir auch in den anderen neuen Bundesländern durchführen wollen, wenn sie denn angenommen wird, wovon ich sehr stark ausgehe.

Meine Damen und Herren, ich denke, auch diese Begegnungen werden mithelfen, dem Motto des Parteitages, die Einheit Deutschlands auf allen Gebieten zu vollenden, auch ein Stück näher zu kommen. – Danke.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Herzlichen Dank, liebe Frau Kollegin Grochtmann. – Der nächste ist Professor Schwarz, u.a. Konrad-Adenauer-Biograph. Welchen Rat würden Sie uns heute geben?

**Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz:** Ich halte es mit Herrn Baring: Ich möchte weniger Antworten geben, Ratschläge erteilen als vielmehr einige Fragen aufwerfen. Wir sind gebeten worden, in fünf Minuten das auszuführen, was wir für das Wichtigste halten.

Meine Botschaft lautet: Die Welt hat sich so stark verändert, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Prioritäten ändern muß. Die finanziellen Prioritäten – das ist hier schon gesagt worden –, die Innenpolitik-Lastigkeit unserer Ressourcenallokation müssen stärker zugunsten einer Berücksichtigung der außenpolitischen Aufgaben revidiert werden. Es ist aber auch an die Bündnisprioritäten zu erinnern.

Der Außenpolitiker sieht sich ja stets mit einem Universum von Nöten, von Gefahren, von Forderungen, von Krisenzonen und von Wünschbarkeiten konfrontiert. Das ist das Normale. Wir sollten nicht immer so tun – Sie haben mich soeben auf Adenauer angesprochen –, als ob die heutige Weltlage die komplizierteste, die gefährlichste, die schwierigste sei, die es je gegeben habe. Das haben die Außenpolitiker ihren Völkern im 20. Jahrhundert mit einem gewissen Recht immer gesagt. In der Hinsicht gibt es also nichts Neues unter der Sonne. Aber wir befinden uns in einer Phase, die durch zweierlei gekennzeichnet ist:

Erstens. Während sich die Dinge im 20. Jahrhundert unentwegt mehr oder weniger tief gewandelt haben, gab es Perioden, in denen ein rascher, dramatischer, für die Beteiligten in den Konsequenzen, in den entstehenden Strukturen überhaupt nicht vorhersehbarer Umbruch erfolgte. Das waren die Jahre 1914 bis etwa 1923, es waren die Jahre 1938 bis 1950, und es ist die Periode, die im Jahre 1988/89 begonnen hat und von der zu erwarten ist, daß sie noch sehr lange nicht zu Ende sein wird. Das ist eine völlig neue Situation auch für die Außenpolitik der Bundesrepublik, die wir im Auge haben müssen.

Wir denken dabei immer nur daran, daß wir uns nach Osten hin gewissermaßen am Rande einer Abbruchzone befinden, ohne zu wissen, wie weit das nachbrechen wird, ohne zu wissen, was sich in dem Abgrund dieser Zone nun alles ereignen wird.

Zweitens. Wir sollten aber auch daran denken, daß in der Krisenzone vom Hindukusch bis Casablanca zugleich neue Probleme entstehen, mit denen wir in den nächsten Jahren sehr intensiv konfrontiert werden. Das alles liegt uns zwar etwas ferner, aber die islamische Welt befindet sich in mehr oder weniger großer Unruhe. Sie sucht nach Modellen, an denen sie sich orientieren kann, und sie beinhaltet eine Reihe von Schadensstiftern, die wir kennen und die nach aller vorhersehbaren Wahrscheinlichkeit Mitte der 90er Jahre, spätestens Ende der 90er Jahre über ein gewisses Potential an Mittelstreckenraketen, bestückt mit A-, B-, oder C-Sprengköpfen, verfügen werden.

Das sind Gegebenheiten, die sich sicher vorhersehen lassen, so daß man durchaus feststellen kann: Wir sind nicht in eine Periode des Friedens und der Ruhe, sondern in eine Periode der Beunruhigung eingetreten. Man kann nur unterstreichen, was Herr Lamers zu Beginn gesagt hat: Es verbietet sich für die Bundesrepublik, in dieser Situation in Sicherheitsfragen einen Alleingang in dem Sinne vorzunehmen, daß wir erklären, die Verfassung verbiete uns auf alle Fälle, peace-keeping operations – von peace-enforcing ganz abgesehen – durchzuführen. Das ist provinziell. Es ist sehr deutsch, aber es ist nichtsdestoweniger provinziell, zumal jedermann weiß, daß uns die Verfassung das nicht verbietet, sondern daß aufeinander folgende Regierungen nur behaupten, daß uns die Verfassung solcherlei verbiete.

Ich will noch auf einen zweiten Punkt hinweisen, der ebenfalls neu ist und der auch von Herrn Lamers und von Herrn Baring schon angesprochen worden ist. Das ist die Begrenztheit unserer Ressourcen. Jedermann weiß, daß die Möglichkeiten, mit D-Mark Außenpolitik zu machen, wie wir das in den letzten 20, 30 Jahren mit großem Erfolg praktiziert haben – auch im Bereich der europäischen Einigung –, in den nächsten Jahren auf Grund der ganz wünschenswerten, unverzichtbaren Ausgaben

für die innere Wiedervereinigung an sehr enge Grenzen stoßen werden. Wir wissen, daß dies vielleicht in vier, fünf oder sechs Jahren zu einer wirtschaftlichen Stärkung des Gesamtstaates führen wird. Für eine voraussehbare Zukunft, d. h. kurz- und mittelfristig, werden wir eher weniger Möglichkeiten haben. Andererseits sind die Erwartungen gewachsen, und zwar im Bereich der europäischen Integration – denken Sie nur an die Wünsche der Südländer –, aber vor allem bei den neuen Demokratien und erst recht im Bereich der zerfallenden Sowjetunion.

Außenpolitiker neigen, da sie lebenspraktische Leute sind, natürlich immer dazu, auf der Klaviatur des Einerseits – Andererseits zu spielen. Parteitage neigen dazu, Prioritätenkataloge aneinanderzukleben, was das Interesse der Öffentlichkeit für solche Prioritätenkataloge ganz besonders verstärkt. In Wirklichkeit dürften wir gerade im Hinblick auf die nicht allzu umfangreichen finanziellen Ressourcen, die wir zur Verfügung haben werden, vor der Alternative stehen, schwerpunktmäßig das eine oder das andere oder zwei Dinge zu tun, aber nicht alles zusammen.

Ich kann nur an das anknüpfen, was Herr Baring ausgeführt hat. Wir müssen tatsächlich eine sehr intensive Diskussion darüber führen, ob die Aufgabe der Stabilisierung der neuen Demokratien in Mitteleuropa und in Ostmitteleuropa – sprich: In erster Linie der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen; bald werden wohl noch Slowenien und das verwüstete Kroatien dazukommen – auch finanzielle Priorität haben soll oder ob wir uns in der Lage sehen, in größtem Stil die Aufgabe der Stabilisierung in den Bereichen der zerfallenden Sowjetunion anzupacken. Hier ist ja auch vielfach vom Baltikum die Rede. Außenminister, Außenpolitiker überhaupt reisen natürlich gern durch die Welt und versprechen jedem, nun etwas zu tun. Aber die Summen summieren sich, und sie stoßen noch auf die gewachsenen innenpolitischen Erwartungen.

Mein Plädoyer ist, daß man in der Tat abwägt und dann entscheidet, was wichtig ist und was weniger wichtig ist oder – besser gesagt – was aussichtsreich erscheint und was weniger aussichtsreich erscheint. Dabei möchte ich es erst einmal bewenden lassen. – Ich bedanke mich.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Herzlichen Dank, Herr Professor Schwarz. – Last, not least Dr. Friedbert Pflüger. Herr Pflüger, Sie haben die Chance, noch ein bißchen Salz in die Suppe zu tun, bevor wir das Plenum an unserer Diskussion beteiligen.

**Dr. Friedbert Pflüger:** Herr Vorsitzender! Ich möchte gerne auf drei Punkte, die hier angesprochen worden sind, eingehen, und zwar erstens auf das Thema Europa und Maastricht, zweitens auf das, was Herr Vogel zur Verbreitung von Nuklearwaffen gesagt hat, und drittens auf das Thema Bundeswehr. In diesem Zusammenhang möchte ich gerne das aufgreifen, was Herr Baring gesagt hat.

Zunächst zum Thema Europa. Ich finde, daß das, was in den letzten zehn Jahren von der Regierung Kohl geleistet worden ist, ein europäisches Gesamtkunstwerk, eine grandiose politische Führungsleistung ist, wenn auch durchaus brüchig und labil. Von Unumkehrbarkeit zu sprechen, halte ich für sehr gewagt. Das scheint mir mehr Wunsch als Wirklichkeit zu sein, denn es gibt natürlich viele Sorgen und Ängste der Menschen, die sich z. B. an die D-Mark klammern, die sich jetzt, da wir wiedervereinigt sind, auch wieder stärker an die Nation klammern, als das früher der Fall gewesen ist.

Wo wir in den nächsten zehn Jahren bei all den vielen praktischen Fragen, die noch auf uns zukommen werden, noch landen werden und was irreversibel bleiben wird, will ich einmal dahingestellt sein lassen. In jedem Fall ist die Schaffung eines gewaltigen

Binnenmarkts doch ein ganz wesentlicher Schritt auf dem Weg vom Europa der Vaterländer zum Vaterland Europa und eine wirkliche historische Leistung, deren Zeuge wir in den letzten zehn Jahren geworden sind.

Maastricht ist darüber hinaus etwas sehr Wichtiges: Es ist die Impfung der Europäischen Gemeinschaft gegen die aus Osteuropa kommenden Viren des Nationalismus. Das, was wir an Instabilitäten in Mittel- und Osteuropa erleben, ist doch ganz wesentlich auf neu erwachende, bisher unterdrückte Nationalismen zurückzuführen. Daß wir uns deswegen ganz besonders an diese jetzt schon bestehende Europäische Gemeinschaft und auch an die NATO als Sicherheitsanker in einer Welt dramatischen Wandels klammern, ist richtig und gut. Ich kann nur hoffen, daß wir auf diesem Weg weiter voranschreiten.

Zweiter Punkt. Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Schwarz und Herr Vogel vorhin sagten: Das, was wir in den nächsten Jahren an Instabilität in Mittel- und Osteuropa, vor allen Dingen in der zerbröckelten Sowjetunion erleben werden, wird an Dramatik und Gefährlichkeit kaum zu übertreffen sein. Wir müssen sehen, daß das, was wir jetzt in Jugoslawien erleben, wahrscheinlich nur der Anfang einer Kette von großen Nationalitätenkonflikten sein wird, einige davon auf nuklear hochgerüstetem Territorium.

Wir müssen sehen, daß es heute noch 27 000, 28 000 nukleare Sprengköpfe auf dem Gebiet der Sowjetunion gibt, davon allein 2 500 nukleare Sprengköpfe auf dem islamischen Gebiet der Sowjetunion, und daß 25 % der Langstreckenraketen außerhalb Rußlands stationiert sind. Wir wissen nicht, wer die Kontrolle hat. Wer wird in Zukunft die Kontrolle dieser Waffen für sich beanspruchen? Was geschieht mit den Atomwissenschaftlern, die in der Sowjetunion so viel verdienen wie bei uns ein Busfahrer? Bleiben sie in der Sowjetunion, oder werden sie vielleicht vom Irak oder dem Iran oder von Libyen oder von anderen Nationen herausgekauft? Haben wir die Sicherheit, daß nicht irgendwo eine Nuklearwaffe verkauft wird, wie ja auch MiGs und Kalaschnikows verkauft werden, und anderswo wieder auftauchen?

Das heißt: Hier ist ein Gefahrenpotential vorhanden, das, wie ich glaube, in seiner Dimension bisher nicht richtig erkannt worden ist. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß wir, die Bundesrepublik Deutschland, bald den Versuch unternehmen, die ganze Frage der Nichtverbreitung von Nuklearwaffen auch auf der Ebene der Vereinten Nationen anzusprechen und vielleicht eine entsprechende Initiative zur Stärkung des UN-Mechanismus mit dem Ziel der Verhinderung der Verbreitung von Nuklearwaffen zu ergreifen.

Dritter und letzter Punkt. Angesichts einer solchen Situation, angesichts des rapiden Wandels und der Entstehung neuer großer Risiken ist es wirklich eine ganz große Gefahr zu glauben – Herr Professor Schwarz hat es soeben gesagt –, wir lebten jetzt in einem Zeitalter des Friedens. Daraus folgt: Wir müssen unsere Bundeswehr verteidigungsfähig, modern und effektiv halten. Wir werden abrüsten, wir werden Frieden schaffen mit weniger Waffen, aber niemand darf glauben, daß die Bundeswehr in Zukunft die Melkkuh der Nation sein wird: Immer dann, wenn ein bißchen Geld fehlt, muß die Friedensdividende her, und dann muß die Bundeswehr ein bißchen dafür bluten. Das ist im Moment populär, aber es ist ein großer Fehler, wenn wir auf diesem Weg fortfahren, denn – ich hoffe es nicht, aber vielleicht werden wir es schon in kurzer Zeit merken – wir werden noch froh sein, daß wir eine Bundeswehr haben angesichts dieser Situation.

Man hört auch bei uns in der Partei manchmal so ein Grummeln: Es gebe noch kein klares Konzept; man wisse nicht, was aus dem Ganzen folge. Ich kann nur sagen –

das kann ich nach einem Jahr Arbeit im Verteidigungsausschuß nun wirklich ein bißchen beurteilen; ich sehe hier den Kollegen Wilz, den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Verteidigung, und andere -: Was von der Bundeswehr und ihrer Führung im letzten Jahr geleistet worden ist, ist absolut Spitzenklasse. Eine Heeresstruktur 5, d.h. eine Abrüstung von 530 000 Soldaten auf 370 000, innerhalb eines Jahres mit allen dazugehörigen Beschlüssen vorgenommen zu haben, ist wirklich eine gewaltige Leistung. Früher hat man fünf bis sechs Jahre gebraucht, um so etwas halbwegs durchzusetzen.

Die NVA-Integration: Ich möchte einen einzigen Bereich in unserer Gesellschaft sehen, in dem die Integration von Ost und West besser funktioniert hat als bei der Bundeswehr. Das ist eine große Leistung.

Wir haben im Zusammenhang mit dem Golfkrieg eine logistische Unterstützung geleistet, Flankenschutz geboten, der von aller Welt anerkannt worden ist. Das ist ein bißchen untergegangen in der Diskussion. Erstmals waren Minensucher der Bundeswehr im Golf. Humanitäre Hilfe „out of area“ ist geleistet worden – das alles bei einem zurückgehenden Wehretat; er ist nämlich zehn Milliarden Mark niedriger als im letzten Jahr. Zehn Milliarden Mark NVA-Haushalt haben wir nämlich völlig eingespart. Auch das sieht heute niemand.

Die Umstellung, die hier in einem Jahr bewerkstelligt worden ist, ist ein ganz großer Erfolg dieser Bundesregierung, nichts weniger! Das müssen wir den Leuten draußen auch klarmachen. Wir müssen klarmachen, daß diese Bundeswehr ein Recht auf die Treue der Politiker hat, denn lange Zeit haben wir alle uns ja auf unsere Bundeswehr verlassen. Auf diesem Gebiet sollten wir uns nicht in die Defensive drängen lassen, denn wir haben gute Karten und können den Leuten das, wie ich finde, in einer Welt, die nicht sehr viel leichter geworden ist, sehr glaubhaft und deutlich machen.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Herzlichen Dank. Sie werden es verstehen, meine Damen und Herren, daß ich Friedbert Pflüger gerade für diesen Schlußteil ein herzliches Dankeschön sage. Ich habe es selten überzeugender gehört, und er hat ja recht.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt in einer guten Stunde das erledigt, was vom Podium aus zu sagen war. Dies wird durch vielfältige Antworten auf Fragen aus Ihrem Bereich ergänzt. Mir liegen schon 17 Wortmeldungen vor. Wir werden Mühe haben, dies in den zweieinhalb Stunden, die uns noch zur Verfügung stehen, abzuwickeln. Ich bitte Sie um die Erlaubnis, diese Fragen im Hinblick auf alte und neue Bundesländer, Gäste und Mitglieder unserer Partei ein bißchen zu mischen, damit wir in etwa einen roten Faden bekommen. Ich versuche jetzt, den roten Faden zu ergreifen, indem ich Herrn Geiger das Wort erteile. Er hat als einziger eine Frage gestellt, die sowohl den Bereich Europa als auch die übrige Welt beinhaltet. Er hat den Spagat gewagt. Die wirtschaftliche Verantwortung für Osteuropa und die Dritte Welt ist sein Thema.

**Dr. h.c. Helmut Geiger:** Herr Vorsitzender! Ich habe mich mit meiner Wortmeldung an das Thema „Unsere Verantwortung in Europa und der Welt“ gehalten. Ich glaube, man muß beides zusammenfügen. Herr Erl wird bestätigen: Wenn man in die Dritte Welt, in die sogenannten Entwicklungsländer geht, dann wird immer gefragt: Habt ihr überhaupt noch Interesse an uns, oder guckt ihr nur noch nach Osten? Guckt ihr nur noch auf eure eigenen Landsleute in den neuen Bundesländern? – Man wäre enttäuscht, wenn man spüren würde, daß wir uns um die drängenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme in der Welt nicht mehr kümmern.

Hier ist ein politisches Forum. Es geht um außenpolitische Verantwortung. Aber ich glaube, man muß sehen, daß uns unsere Partner – sowohl in Europa als auch in der Welt – zunächst an unserer wirtschaftlichen Verantwortung messen, daß sie politische Beratung, politischen Einfluß nur dann zu akzeptieren bereit sind, wenn wir unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit entsprechend zur Verfügung stellen.

Ich darf unterstreichen, was verschiedentlich vom Podium aus gesagt worden ist: Es geht nicht primär ums Geld. Es war meines Erachtens ein Mißverständnis der Entwicklungshilfe über viele Jahrzehnte, daß man glaubte, daß Dinge mit bestimmten Schecks und Überweisungen und Großprojekten in Schwung bringen zu können.

Es geht sowohl in der Dritten Welt als auch in Osteuropa darum, daß wir Geld mit fachlichem Wissen verbinden, daß wir marktwirtschaftliches Wissen, marktwirtschaftliche Erfahrung transferieren. Gerade im östlichen Europa sagt man ja: Ihr habt doch jetzt die Erfahrung, wie man ein planwirtschaftliches System relativ rasch auf eine Marktwirtschaft umstellen kann. Nun laßt uns doch bitte die Rezepte wissen, wie man so etwas macht. – Das geht eben nur, wenn sich auch Menschen bereitfinden, dort hinzugehen und dieses Wissen weiterzugeben.

Ich glaube, es ist notwendig, daß von diesem Parteitag Impulse ausgehen, daß wir gesellschaftliche Kräfte mobilisieren, die bereit sind, unser Wissen, unsere Erfahrungen mit Sozialer Marktwirtschaft in die Dritte Welt und nach Osteuropa zu tragen. In einem möchte ich Herrn Baring widersprechen: Wir müssen dieses Wissen auch in die zerfallende Sowjetunion hineintragen, denn sonst wird das Chaos noch größer, als es ohnehin schon ist.

Wir haben für die Dritte Welt eine Reihe von Organisationen, von Instrumenten geschaffen. Insbesondere die Kirchen, die politischen Stiftungen haben sehr leistungsfähige Strukturen entwickelt. Diese Strukturen des Wissenstransfers, der Hilfe zur Selbsthilfe sind in Osteuropa völlig unterentwickelt. Ich glaube, hier müßten entsprechende Impulse gegeben werden. Auch von der Bundesregierung müssen Impulse ausgehen. Die Erfahrungen, die z.B. im Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit gemacht worden sind, müssen nach Osteuropa transportiert werden. Das darf nicht an den Ressortgrenzen des Auswärtigen Amtes und des Entwicklungshilfeministeriums scheitern. Die Hilfe muß vielmehr koordiniert werden.

Ich möchte auf einen zweiten Gesichtspunkt aufmerksam machen. Die Europäischen Gemeinschaften stellen jetzt viel Geld für Beratung in Osteuropa, in der Sowjetunion und in anderen Ländern zur Verfügung. Man muß sehen, daß sich wieder alle Consulting-Firmen mit sehr kostspieligen Angeboten in Brüssel tummeln, während unsere gesellschaftlichen Organisationen bisher wenig in Brüssel präsent waren, um dieses Geld mit zu transportieren und unsere Erfahrungen mit der Sozialen Marktwirtschaft zu vermitteln. Ich glaube, daß von diesem Parteitag an die wirtschaftlichen Organisationen, an die gesellschaftlichen Organisationen ein Appell ausgehen müßte, das, was wir an Erfahrung in der Entwicklungshilfe gesammelt haben, nach Osteuropa hinüberzutransportieren.

Sie wissen, ich komme aus dem Bereich des Bankwesens. Ich bin Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Zu uns kommen jede Woche Delegationen aus den osteuropäischen Ländern, von den dortigen Finanzinstituten, von den dortigen Sparkassen. Sie wenden sich hilfeschend an uns und fragen: Wie sollen wir uns jetzt auf die Marktwirtschaft einstellen? Wie sollen wir ein Kreditgeschäft aufbauen, das wir bisher nicht gekannt haben? Stellt uns Hilfe für die Ausbildung zur Verfügung! Stellt uns generell Hilfe zur Verfügung! Wie können wir unsere Banken organisieren, damit wir uns in der Marktwirtschaft behaupten und zum Aufbau unserer Wirtschaft beitragen können?

Unser Verband hat in der letzten Woche eine eigene Stiftung für internationale Kooperation gegründet, ausgestattet mit 10 Millionen DM als Gründungskapital. Wir wollen versuchen, zusammen mit den Bundesministerien, zusammen mit der EG diesen Wissenstransfer zu organisieren. Er ist dann vielleicht nicht so kostspielig, Herr Erl, wie es derzeit bei den Consulting-Firmen der Fall ist. Alle großen Consulting-Firmen tanzen schon wieder um das Goldene Kalb, um Aufträge zu bekommen. Wir wissen aus der Beratungstätigkeit in den neuen Bundesländern, daß hier sehr viel leeres Papier für viel Geld produziert worden ist. Gott sei Dank ist das meiste davon gewegworfen worden.

Deswegen noch einmal meine Bitte an die Bundesregierung, an den Parteitag, Appelle an die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte der Bundesrepublik auszusenden, unser Wissen mit engagierten Menschen in diese Länder zu transportieren. Wir sind herzlich willkommen. Wir sind dringend erwünscht. Man wäre sehr enttäuscht, wenn wir nicht kämen.

(Beifall)

**Prof. Dr. Arnulf Baring:** Ich möchte dazu etwas sagen. – Herr Geiger, Sie dürfen nicht sagen: „Gehet hin in alle Welt und predigt allen Völkern“, denn das ist vollkommen inhaltsleer. Wir müssen Prioritäten setzen. Wir müssen uns darüber klar werden, welchen Ländern wir helfen können und welchen nicht. Indem Sie den Anschein erwecken, als ob unsere wirtschaftliche Leistungskraft es ermögliche, allen Völkern zu helfen, leisten Sie jenem Illusionismus in Deutschland Vorschub, den wir bekämpfen müssen. Unser Volk ist nur in einer bestimmten Weise tragfähig. Wir sind nicht der Atlas der Welt. Wir dürfen diesen Anschein, den ich menschlich verständlich finde, aber für sachlich unverantwortlich halte, nicht erwecken.

(Helmut Geiger: Wir machen das in Kooperation mit unseren westlichen Partnern! Wir haben unsere Stiftung für die westeuropäischen Partner geöffnet! Wir versuchen, Franzosen, Italiener, Holländer hineinzubekommen, und wir sagen: Ihr macht dieses, und ihr macht jenes!)

– Das ist ja auch schön. Aber das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Mehr ist das nicht, soll es ja auch nicht sein. Ich finde es wunderbar, aber Sie sollten nicht den Anschein erwecken, als ob wir die Probleme der Welt lösen könnten. Wir können es nicht.

(Helmut Geiger: Das können wir nicht, aber wenn wir gar nichts tun, wird es noch schlimmer!)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Meine Damen und Herren, wir alle sollten das Bemühen unterstützen, in ein Gespräch zu kommen und auf den jeweils anderen einzugehen, damit wir hier nicht nur Wortmeldungen abwickeln, sondern den roten Faden sichtbar werden lassen. – Als nächster hat Herr Schimpff, Landtagskollege aus Sachsen, das Wort.

**Volker Schimpff:** Herr Vorsitzender! Ich habe auf den Zettel mit meiner Wortmeldung sicherheitshalber nur „deutsche Außenpolitik“ geschrieben, nicht den provozierenden vollen Titel meiner Frage: Gibt es überhaupt eine deutsche Außenpolitik, oder gibt es nur eine Verwaltung der auswärtigen Beziehungen? Die Frage ist: Ist nur verwalten überhaupt schon Außenpolitik, oder müßte man dazu auch gestalten?

Einige der Herren auf dem Podium haben die Frage nach den Konzepten gestellt. Ich habe inzwischen 37 Jahre hier in Mitteldeutschland gelebt. Erst in den letzten zwei Jahren kam man ungehemmt an Literatur heran. Trotzdem überrascht uns das, was zur Zeit vor allem in Osteuropa passiert, nicht. Darüber sind viele Bücher geschrieben



worden, die ganze Bibliotheken füllen. Das hat jeder vorausgesehen. Nur das Datum war unklar, genau wie das der deutschen Wiedervereinigung. Aber daß die Sowjetunion irgendwie auseinanderfällt, daß Jugoslawien kein haltbarer Staat, sondern ein Reißbrettgebilde ist, wußte jedermann vorher.

Noch im September erwiderte ein höherer Beamter des Auswärtigen Amtes – ich nenne keinen Namen – mir gegenüber: Wir konnten für diesen Fall kein Konzept erstellen, denn das hätte sich ja herumgesprochen, und dann hätte es geheißen: Deutschland ist für den Zerfall Jugoslawiens. – Mit einer solchen Konzeptionslosigkeit in die auswärtigen Beziehungen zu gehen und nichts anderes vorzuhaben als das, was ist, möglichst dauerhaft zu erhalten, weil man sich daran so schön gewöhnt hat, ist keine auswärtige Politik.

Ich bin in diesem Jahr einige Male in den baltischen Staaten gewesen. Ich habe den Moskauer Putsch im Revaler Parlament zwei Nächte lang, auf den Angriff wartend, miterlebt. Aber wer von den Außenpolitikern Deutschlands ist denn dort, wo so etwas geschieht? Während des Referendums in Reval waren drei Kollegen aus dem Deutschen Bundestag dort. Sie sind an dem Tag des Referendums vormittags um 11 Uhr wieder abgeflogen. Dann kann man natürlich nicht sehen, wie sich die Bevölkerung dort entscheidet. Dann kriegt man wahrscheinlich noch nicht einmal durch Zeitungslektüre mit, daß sich etwa in Riga, der Hauptstadt Lettlands, die mehr als zur Hälfte von russischer Bevölkerung bewohnt wird, eine sehr große Mehrheit für die Unabhängigkeit gefunden hat.

Ich bin vor zwei Wochen in Osijek gewesen. Ich lade jeden von Ihnen ein, auch einmal dorthin zu fahren. Der UNO-Sonderbeauftragte Vance hat einige Monate gebraucht, bis er dort hinfuhr und dann überrascht feststellte, die jugoslawische Volksarmee habe ihm wohl nicht die Wahrheit gesagt, als sie behauptete, daß Osijek nicht beschossen würde. Sie konnten vor einigen Tagen noch immer einen führenden jugoslawischen General im deutschen Fernsehen erleben, der unwidersprochen erklärte, die Kroaten würden in Dubrovnik nur einige Autoreifen verbrennen. Das sehe auf den Fernsehbildern so aus, als würde die Stadt beschossen.

Ich nenne einen zweiten Gesichtspunkt. Es wird – die Gazetten sind voll davon; Herr Pflüger tut es auch manchmal- vor dem häßlichen Deutschen gewarnt, vor demjenigen, der Großmachtbestrebungen hegt, den Zeigefinger erhebt oder gar noch Schlimmeres tut. Meine Damen und Herren, der häßliche Deutsche, der im Osten gefürchtet ist, ist nicht derjenige, den die Gazetten an die Wand malen. Das ist derjenige, der nach dem großen deutschen Versagen kurz vor der Mitte dieses Jahrhunderts nun ein weiteres Mal versagt, indem er den Kopf in den Sand steckt, die Hände in den Schoß legt und sagt: Das ist nichts für uns. Ich bin klein, mein Herz ist rein.

Vorhin ist die Statistik herangezogen worden. Deutschland ist inzwischen der zweitbevölkerungsreichste Staat Europas, bei weitem der reichste, bei weitem der begehrteste. Wenn Sie nach Osten gehen, werden Sie zahlreiche Politiker finden, die Ihnen glatt ins Gesicht sagen: Wir wissen, ihr Deutschen habt mit den neuen Bundesländern erst einmal alle Hände voll zu tun. Wir wollen keine materielle Hilfe, aber ideelle Hilfe, Unterstützung, Hilfe auf dem Weg dahin, wohin ihr bereits gegangen seid.

Statt dessen haben wir, wenn ich das richtig zusammengerechnet habe, 13 Milliarden DM für den Bau von Wohnungen zugesagt, und zwar nicht etwa für den Bau von Wohnungen für sowjetische Soldaten – die können auf dem nackten Erdboden schlafen –, sondern für Offiziersfamilien. Wer einmal in Rußland gewesen ist, kann

dort Tausende, Zehntausende verwaister Dörfer sehen, die durch die Landflucht entvölkert worden sind. Dort stehen Häuser bereit. Es sind zwar nicht die schönsten, aber sie würden ausreichen. Diese 13 Milliarden DM hätten sich, wenn man sie eh schon ausgegeben will, weitaus günstiger anlegen lassen.

Herr Vogel hat vorhin sehr richtig gesagt, daß der Weg zu Demokratie und Marktwirtschaft nicht gesichert ist. Aber wir müssen schon etwas tun, daß wir die politische Landkarte Europas – damit meine ich nicht die Grenzziehungen, die auch eine Rolle spielen, sondern die Inhalte, die dahinterstehen – mitgestalten. Das ist deutsche Verantwortung in Europa. Das ist die Verantwortung des zweitgrößten und des reichsten europäischen Staates, des Staates, auf den geblickt wird.

Die CDU hat, nachdem sie vor einem Vierteljahrhundert die Verantwortung für die deutsche Außenpolitik abgegeben hat, diesen Verantwortungsverlust bedauerlicherweise sehr, sehr verinnerlicht. Ich kriege das immer wieder zu hören, wenn man mir und meinesgleichen sagt: Außenpolitik ist aber keine Ländersache; darüber kann in der Landtagsfraktion nicht gesprochen werden. – Was aus Bonn kommt, ist, mit Verlaub, meine Herren, häufig beschämend genug und wenig genau und weniger als wenig genug.

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Meine Damen und Herren, ich darf bitten, sich mit Blick auf die Redezeit möglichst präzise zu fassen – mir liegen inzwischen weit über 20 Wortmeldungen vor –, denn sonst werden wir heute vormittag nicht durchkommen.

Ich vermute, Herr Kollege Schimpff, daß einer der drei von Ihnen Angesprochenen, die sich in diesen Tagen im Baltikum bewegt haben, derjenige ist, dem ich als nächstem das Wort geben möchte. Wolfgang von Stetten ist Bundestagskollege und Experte für das Baltikum. Er hat sich gemeldet. Ich darf ihm unmittelbar nach Ihrem Beitrag das Wort geben.

**Prof. Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten:** Meine Damen und Herren! Ich möchte zwei Bemerkungen zum Baltikum machen.

Es besteht ein großer Irrtum, wenn wir vom Baltikum sprechen. Das ist nichts anderes, als wenn man Balkan sagte, meine Damen und Herren. Das sind drei völlig fremde Völker. Wir meinen immer, sie sollten sich zusammenschließen. Wir erleben gerade jetzt, daß Jugoslawien, das zwangsweise zusammengeschlossen wurde, auseinanderbricht. Dasselbe wollen wir jetzt wieder mit drei Völkern versuchen, indem wir sagen: Das ist ein baltischer Staat; die sollen doch eine Währung und eine Grenze haben. – Wir müssen sie unterstützen, damit sie alleine nach Europa kommen. Das ist das, was wir machen müssen. Wir können nicht auf der einen Seite Slowenien und Kroatien anerkennen und auf der anderen Seite sagen: Ihr kommt nicht nach Europa, wenn ihr euch nicht erst zusammenschließt.

Zum anderen müssen wir sehen, daß im Baltikum große Probleme der Minderheiten bestehen, die ja in allen osteuropäischen Ländern vorhanden sind. In Estland und Lettland sind 50 % der Bevölkerung nicht Esten bzw. nicht Letten. In Litauen ist das Verhältnis besser. Das litauische Parlament hat das Minderheitenproblem vorbildlich gelöst, indem jeder, der im letzten Jahr in Litauen wohnte, litauischer Staatsbürger werden kann. Es gibt auch keinen Antisemitismus in Litauen, wie gelegentlich gesagt wird. Es gibt auch keine antipolnische Stimmung. Es gibt natürlich Bestrafung oder Ausgrenzung von ehemaligen Kommunisten.

Es besteht auch – das muß man hier auch einmal sagen – Angst davor, daß die Polen auf ehemals polnische – d.h. teilweise auf früher lange Zeit polnische oder auch nur von 1923 bis 1938 polnische – Gebiete in Litauen Anspruch erheben. Insofern müssen wir aufpassen, daß hier keine Grenzkonflikte entstehen. Ich glaube, wir alle wissen, daß wir eine besondere Verantwortung für diese drei baltischen Staaten haben.

Ich hoffe, daß wir nicht den Fehler machen, eine „Besserwessi-Haltung einzunehmen, indem wir ihnen aufoktroyieren, wie sie sich zu entwickeln haben. Meine Damen und Herren, sie haben einfach den Drang, ein eigener Staat zu sein. Meri, der Außenminister von Estland, sagte so nett: Wir sind eben noch dabei, uns zu entwickeln; lassen Sie uns Kinder doch auch unseren Mumps haben; wir wissen, daß es Mumps ist; es ist eine Kinderkrankheit, und die vergeht. – So sollten wir die Staaten als mündige Staaten behandeln und ihnen nicht vorschreiben, was sie zu tun haben. – Danke schön.

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Danke schön. – Wir bündeln noch einige Fragen. Als nächster hat Professor Schulz das Wort.

**Prof. Eberhard Schulz:** Herr Vorsitzender! Ich möchte mich zu zwei Punkten äußern, die von Podiumsrednern angesprochen worden sind. Ich möchte erstens zur deutschen Beteiligung an der Friedenssicherung und zweitens zu der Frage des Konzepts offener Grenzen Stellung nehmen.

Zum ersten Punkt. Eine ganze Reihe von Teilnehmern des Forums hat sich in dem Sinne geäußert, daß das Grundgesetz nicht zwingend eine Beteiligung der Bundeswehr an der Regelung von Konflikten, die nicht unmittelbar unsere Grenze berühren, verbietet. Ich stimme dem vollkommen zu. Ich habe nie verstanden, mit welchen Argumenten die Bundesregierung das bestreiten wollte. Ich verstehe, daß es bestimmte Gründe gab, warum sich die Bundesregierung so festgelegt hat. Das kann ich nur bedauern.

Aber das ist im Grunde politisch uninteressant, weil sich die Meinung verfestigt hat, daß eine Änderung des Grundgesetzes wohl unabweislich ist. Wenn das so ist und wenn wir handlungsfähig werden müssen, dann, meine ich, müssen wir jetzt einen Schritt weiter gehen und fragen, in welche Richtung das Grundgesetz verändert werden muß und wie diese Veränderung des Grundgesetzes legitimiert werden muß.

Ich meine, hier muß man etwas weiter ausholen und auf das Konzept der Bundeswehr, das auch schon angesprochen worden ist, und auf die Frage eingehen, welche Gefahren drohen und welche Instrumente notwendig sind, um diesen Gefahren zu begegnen.

Herr Pflüger hat ausführlich dargestellt, welche Leistungen die Bundeswehr in dem notwendigen Transformationsprozeß schon erbracht hat. Ich stimme dem uneingeschränkt zu. Aber ich sehe nicht ein, warum die Unabweisbarkeit der Aufrechterhaltung einer Wehrpflichtarmee, die aus rein praktischen Gründen für eine ganze Reihe von Jahren noch gegeben ist, nun programmatisch festgeschrieben werden soll. Die Gründe für die Abrüstung, die mittlerweile partiell eingesetzt hat – immerhin erstmalig in den 70jährigen Abrüstungsverhandlungen –, sind ja nicht die, daß plötzlich Gefahren weggefallen wären – es haben sich nur Gefahren verändert –, auch nicht, daß Menschen friedlicher geworden wären. Der Hauptgrund ist vielmehr, daß sich die bisherige Rüstung von den maßgeblich beteiligten Ländern in der Welt schlicht nicht mehr bezahlen läßt. Das ist ganz erfreulich, denn auf diese Weise kommen wir von einem relativ sinnlos gewordenen Wettrüsten herunter.

Damit sage ich nicht, daß nun eine Friedensdividende winkt; ich möchte da nicht mißverstanden werden. Die Abrüstung wird auf viele Jahre – ich habe den Verteidigungsminister Wörner schon vor mehreren Jahren danach gefragt – mindestens genauso teuer sein, wie es die Rüstung bisher war.

Trotzdem ist ein neues Konzept notwendig, und mir scheint, daß man zumindest langfristig den Übergang von der Wehrpflichtarmee zu einer hochspezialisierten und

an den künftigen Aufgaben ausgerichteten Spezialisten- oder Berufsarmee ins Auge fassen sollte. Nur das ist zu finanzieren, und nur das ist auch zweckmäßig, denn mit Wehrpflichtigen und Reservisten werden sich künftige militärische Konflikte, wenn sie denn auftreten, gar nicht mehr bewältigen lassen, weil das viel zu kompliziert ist. Ich meine daher, daß die Bundeswehrplanung eine solche, wie ich zugeben muß, radikale Veränderung jedenfalls langfristig ins Auge fassen muß.

Ein zweiter Punkt betrifft die Frage der Öffnung der Grenzen. Wir haben sehr erfolgreich über Jahrzehnte die Meinung vertreten, daß die kommunistischen Diktaturen ihre Grenzen öffnen müssen. Das war eine Grundforderung der Menschenrechte. Nun sind die Grenzen offen, und jetzt sehen wir endlich, daß das Öffnen einer Grenze immer zwei Seiten hat: die eine Seite, woher die Leute kommen, die andere Seite, wohin die Leute gehen. Wir können von anderen nicht moralisch unanständig fordern, daß Grenzen aufgemacht werden, damit die Leute herauskommen, wenn wir den Leuten nicht sagen, wohin sie denn gehen sollen. Nun kann man natürlich argumentieren, die schlimmen kommunistischen Diktaturen sind zerbrochen. Aber wir haben ja eben schon - völlig richtig - aus dem Podium gehört, daß wir noch lange keine gesicherten Demokratien, geschweige denn Rechtsstaaten im neuen großen osteuropäischen Raum zu erwarten haben.

Infolgedessen stellt sich für uns die moralische Frage: Was machen wir mit den Menschen? Können wir zur gleichen Zeit unsere Asylpolitik in einer Weise verschärfen, die moralisch vertretbar ist? Ich weiß, daß das eine sehr schwierige Frage ist. Aber, ich meine, darüber sollte zumindest nachgedacht werden.

Was hier für die Menschen zutrifft, trifft in abgewandelter Form auch für die Güter zu. Wir sagen den Entwicklungsländern immer, ihr müßt Marktwirtschaft einrichten; dann wird alles gut sein. Schön und gut, aber sind denn die Entwicklungsländer potentiell konkurrenzfähig? Können sie je konkurrenzfähig werden? Was würde denn passieren, wenn die Märkte wirklich für die Entwicklungsländer aufgemacht würden? Die Entwicklungsfähigkeit dieser Länder würde durch die hochentwickelten Industriestaaten zerstört werden. Im übrigen sind wir ja gar nicht bereit, unsere Märkte aufzumachen; denn da stehen mit Recht bis zu einem gewissen Grade die Landwirte auf der Matte, die Kohlenbergarbeiter oder sonstige Leute und verlangen Überlebensgarantien. Auch hier, meine ich, sollte man sich vor allzu vollmundigen Worten hüten.

Vor allen Dingen meine ich, daß wir, wenn wir das Verhältnis zu den Entwicklungsländern ins Auge fassen, nicht immer so vollmundig von Hilfe sprechen sollten. Was diese Länder brauchen, ist gar nicht in erster Linie unsere Hilfe. Vielmehr ist das, was diese Länder vor allen Dingen brauchen, ein Verhältnis zu ihnen, das sie lebensfähig bleiben läßt oder werden läßt. Dazu fehlen auch noch die Konzepte.

**Vorsitzender Dr. Otfried Hennig:** Vielen Dank. – Noch einmal die herzliche Bitte um möglichste Kürze bei der Fragestellung und bei allen einzelnen Beiträgen. Ich glaube, dazu paßt jetzt gut die Wortmeldung von Herrn Dr. Stoltenberg.

(Heiterkeit)

**Dr. Gerhard Stoltenberg:** Wenn wir über Außenpolitik in allen Facetten, die ich jetzt natürlich nicht vertiefen kann, sprechen, ist mein stärkster Eindruck auch, daß wir eine enorme geistige Bemühung und Anstrengung brauchen – nicht nur als Partei, in der dieses Thema sicher etwas in den Hintergrund getreten ist, sondern als Nation -, um diesen unglaublich schnellen Veränderungen der letzten Jahre zu folgen. Und das Tempo der Veränderungen wird in den nächsten Jahren nicht geringer sein.

Ich sage das deshalb: Wenn wir uns noch einmal an die Situation Ende vergangenen Jahres erinnern, dann ist es so gewesen, daß ja von vielen namhaften Politikern - nicht nur der Opposition - die Meinung vertreten worden ist, nach den großartigen Ereignissen der Jahre 1989 und 1990 würden wir jetzt in eine Phase der Harmonie, der weitgehend problemlosen Zusammenarbeit und des gesicherten Friedens eintreten. Wir müssen einfach feststellen, daß uns dieses Jahr ganz andere Lektionen erteilt hat, vom Golf-Krieg bis zum Jugoslawien-Krieg.

Wir haben auch erlebt - hier waren natürlich die Wochen des Golf-Krieges wegen der deutschen Sondersituation, vor allem psychologisch, von wesentlicher Bedeutung -, daß die Erzeugung von Illusionen und das Verbreiten von wohlklingenden Botschaften - wozu Politiker vor Wahlen natürlich neigen - mit dem Prozeß der Enttäuschung eine Schockwirkung nach sich ziehen, die gefährlich werden kann. Deswegen ist es die Aufgabe - auch wenn das nicht immer populär ist - nicht nur der Verteidigungspolitiker, sondern auch der Außenpolitiker, Problembewußtsein zu erzeugen, Kräfte zu mobilisieren - was man nur durch Konzepte und das Wecken von Zuversicht erreichen kann -, aber gleichzeitig auch öffentlich Risikobewußtsein zu zeigen. Da ist sicherlich noch einiges zu tun.

Nun können wir die Fülle der Aufgaben und der Krisenerscheinungen in der Tat nur angehen, wenn wir sie strukturieren. Aber nicht nur, weil wir jetzt in Dresden sind, sondern überhaupt will ich noch einmal unterstreichen: Natürlich gilt der Lösung der Probleme im vereinten Deutschland, in den neuen Ländern die erste Priorität. Wenn wir in diesem Jahr einen Transfer aus Westdeutschland von 140 Milliarden DM leisten, um die Trendwende für 17 Millionen Landsleute zu erreichen, so kann man diese Größenordnung nicht einfach auf Mitteleuropa oder die zerfallende Sowjetunion übertragen; das wäre unzulässig. Aber an diesen Zahlen wird doch etwas von der gewaltigen Anstrengung sichtbar, die erforderlich ist, um zunächst einmal die brennendsten ökonomischen, ökologischen und sozialen Probleme in diesen Ländern zu lösen.

Ich bin auch für die Strukturierung, freilich nicht im Sinne einer Abschottung; denn wenn sich die Dinge in der Sowjetunion so weiterentwickeln, wie wir es befürchten müssen, und wenn das, was ich leider als gegeben ansehe, die unerhört schwierige Lage in den jungen Demokratien in unseren Nachbarländern, von denen die Rede war, noch schwieriger macht - auch das gehört zur Analyse -, dann wird das nicht völlig ohne Wirkung auf die Probleme in Deutschland und auch nicht auf die großen Aufgaben bleiben, vor denen wir in den neuen Ländern stehen. Das ist die Prioritätendebatte, die wir im neuen Jahr in unserer Partei, in der Fraktion, in der Regierung und natürlich auch in der Öffentlichkeit weiter zu vertiefen haben, weil auch wir noch Probleme haben, Prioritäten wirklich genau zu definieren, und weil es auch bei uns noch viele gibt - in Bonn, in den Ländern und Kommunen in Westdeutschland -, die meinen, jetzt haben wir ein Programm Aufschwung-Ost, das läuft, wir wenden uns daher wieder dem Innenausbau der alten Bundesrepublik mit Übertragung auf die neuen Länder zu.

Ich will hier - auch wegen der knappen Zeit - vieles, was wichtig wäre, nicht aufgreifen; ich will nur eines sagen: Auch nach den Gesprächen, die wir im Kreis der Verteidigungsminister bis Freitag in Brüssel hatten, finde ich das Ergebnis von Maastricht gerade im Hinblick auf die Außen- und Sicherheitspolitik mit einigen Einschränkungen, die wir machen, gelungen oder jedenfalls zufriedenstellend. Aber man muß Maastricht - wie das gesagt wurde - in Verbindung sehen mit den Ergebnissen des NATO-Gipfels. Es ist ganz wichtig, daß nicht die falsche Botschaft

nach Amerika kommt, wo natürlich auf Grund der inneren Probleme eine starke Tendenz zu einem - wie ich es abgekürzt einmal bezeichnen möchte - Neo-Isolationismus besteht. Das ist ein großes Problem. Es darf also nicht die falsche Botschaft nach Amerika kommen, daß die Europäer trotz aller verbalen Beteuerungen in Wahrheit die Bindungen lockern oder lösen wollen.

Ich muß als überzeugter Europäer auch sagen: Wir leiden unter einem gewissen Verbalismus der Selbstüberschätzung, auch im Hinblick auf die Zwölfer-Gemeinschaft. Die Leistungen aus dem öffentlichen und privaten Sektor etwa für die neuen mittelosteuropäischen Demokratien - da können wir ja von Demokratien sprechen, was wir, wie Herr Vogel zu Recht gesagt hat, von großen Teilen Osteuropas und Südosteuropas noch gar nicht können - sind total unzulänglich. Sie werden dem, was nötig ist, in keiner Weise gerecht.

Wenn wir noch einmal den Blick auf die zerfallende Sowjetunion richten - wobei dort erst eine Wirtschaftsreform die Voraussetzungen dafür schaffen muß, daß außer Überlebenshilfe, die in den nächsten Wochen notwendig wird, große öffentliche oder private Finanzleistungen wieder einen Sinn machen -, sage ich Ihnen ganz kurz: Westeuropa ist bei aller Bemühung nicht einmal im Ansatz in der Lage, konzeptionell die ökonomischen und finanziellen Beiträge zu leisten, die nötig sind. Es geht nicht ohne Nordamerika. Es geht nicht ohne die großen internationalen Finanzinstitutionen wie Weltbank, Währungsfonds und andere Instrumente. Das ist ein neues Argument neben dem weiter bestehenden Argument der Sicherheitsvorsorge.

Es wird ja auch bei einigen in der Union üblich, etwas abschätzig über Militärbündnisse zu reden. Ich habe das auch gestern zu meiner Überraschung gehört. Dazu kann ich nur sagen: Die NATO ist nie ein reines Militärbündnis gewesen, aber sie bleibt natürlich auch ein Militärbündnis. Wir brauchen dieses Bündnis weiterhin, nicht weil wir den großen Krieg fürchten, sondern weil die Verbreitung regionaler Konflikte im ungünstigsten Fall in ganz Südosteuropa und in großen Teilen Osteuropas auch zu einem Konfliktgebiet mit militärischen Konsequenzen führen kann, was heute schon bei unseren demokratischen Nachbarn in Osteuropa als eine unmittelbare potentielle Bedrohung angesehen wird. Die wollen ja alle in die NATO; wir kennen die Gründe, warum sie jetzt nicht in die NATO können. Aber natürlich muß die NATO auch ihre Funktion der militärischen Vorsorge bewahren. Insofern bin ich für alles dankbar, was hier zur Bundeswehr gesagt wurde und was ich nicht weiter vertiefen will.

Das alles einschließlich der Probleme der Dritten Welt, der Vierten Welt ist eine gewaltige Herausforderung. Es ist gut, daß wir darüber heute diskutieren. Es ist noch wichtiger, daß wir im neuen Jahr unsere Kräfte mobilisieren, damit wir diesen Herausforderungen gewachsen sind.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Danke schön. – Als nächster hat das Wort Herr Dr. Adam Sonnevend, Mecklenburg-Vorpommern, zu den edlen Grundsätzen und der Frage, ob die Interessen Deutschlands überhaupt formuliert sind.

**Dr. Adam Sonnevend:** Ich bin Mitglied der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock. – Wir haben heute sehr viele wirklich edle, wertvolle Gedanken zu unserer Verantwortung in der Welt und in Europa gehört, über die dazu notwendige Sensibilität, über die Führungsfunktion, die uns zufällt, wobei wir nicht dominieren wollen. Ich zitiere bloß einige Gedanken, die ich mir kurz aufgeschrieben habe. Sind wir auf diese Führungsrolle vorbereitet? Es wird Hilfe geleistet, die sicherlich aus dieser Verantwortung erwachsen ist. Dabei gibt es Nöte, Gefahren, Forderungen und Probleme, aufkommende Nationalismen, Instabilität und Gefahrenpotential. Unsere Ressourcen sind begrenzt. Wir haben Stabilisierungsaufgaben usw. usf.

Ich meine, es ist nach meiner Einschätzung nicht genügend oder sogar sehr wenig über die wichtigste Triebkraft menschlichen und gesellschaftlichen Handelns gesagt worden. Das ist das Interesse. Meine Frage: Sind die Interessen Deutschlands überhaupt formuliert? Gibt es noch nationale wirtschaftliche, ökologische, gesellschaftspolitische Interessen oder gibt es nur noch europäische Interessen? Können wir heute noch so brutal sagen, wie das einst Churchill formuliert hat: England hat keine ewigen Freunde, nur ewige Interessen? Oder wollen wir diese Interessen nicht betonen? Schämen wir uns? Schickt es sich heute noch, diese Interessen zu betonen nach der Übertreibung der Betonung in der Mitte des Jahrhunderts? Soll sich etwas ändern?

Ich bin der Meinung, daß man sich dieser Interessen nicht schämen muß, wenn man sie eindeutig formuliert. Dann versteht man auch die daraus wachsenden Aufgaben, auch die edlen Grundsätze Verantwortung usw. Sind wir dazu in der Lage oder ist die Zeit dazu immer noch nicht reif? Kann das nur Frankreich oder Polen machen, wir nicht?

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Danke schön, Herr Dr. Sonnevend. - Ich glaube, daß wir jetzt auch das Europäische Parlament, das sich durch eine Reihe von Vertretern gemeldet hat, dringend in diese Diskussion einbeziehen müssen. Ich mache einmal den Anfang bei Herrn Dr. Pöttering, den Vorsitzenden des Unterausschusses „Sicherheit und Abrüstung“ im Europäischen Parlament.

**Dr. Hans-Gert Pöttering:** In der Diskussion über Deutschland und Europa sind die Institutionen, die das am Ende ermöglichen sollen, bisher gar nicht genannt worden. Ich möchte deswegen drei kurze Bemerkungen machen und diese Institutionen an den Anfang meiner Ausführungen stellen.

Für uns als Christliche Demokraten muß ganz klar sein, daß unser Ziel der europäische Bundesstaat ist und das Mittel dazu die Europäische Gemeinschaft. Ich hoffe, daß ein entsprechender Antrag, den der Kreisverband Osnabrück-Land, dessen Vorsitzender ich bin, eingereicht hat, auf unserem Kongreß angenommen wird.

Wenn wir jetzt überlegen, welche Organisation im Rahmen Europas denn diese militärischen Aufgaben wahrnehmen soll, kann das zunächst nur die WEU sein - von ihr war bisher noch gar nicht die Rede -, aber eine WEU, die praktisch der Verteidigungsarm der Europäischen Gemeinschaft ist - das ist das Positive an Maastricht - und sich in Richtung der Europäischen Union, zu der die EG wird, orientiert. Wir sollten auch in der CDU jeder Tendenz widerstehen zu sagen, die verschiedenen europäischen Institutionen könnten sich auseinanderentwickeln. Es gab ja Leute bei uns, die meinten, die EG solle die Wirtschaft und ein bißchen Politik machen, die WEU nur die Sicherheit. Das wäre für einen europäischen Bundesstaat tödlich.

Ich bin immer dankbar für den Rat von Professoren. Aber wer sagt - ich möchte jetzt niemanden der Diskutanten persönlich ansprechen -, das sei wünschbar, aber wir würden es nicht erreichen, leistet damit einen Beitrag, daß es den europäischen Bundesstaat nicht geben wird.

(Beifall)

Die zweite Bemerkung: Ich habe mit großer Freude gehört, daß Herr Verteidigungsminister Stoltenberg von der Sicherheitsvorsorge gesprochen hat. Bevor ich zu meinem dritten Punkt, dem Militär, komme, will ich sehr nachdrücklich darauf hinweisen, daß gerade wir als Union deutlich machen sollten, daß Sicherheitspolitik nicht nur Militärpolitik ist. Vielmehr ist sie jetzt besonders in Europa vorsorgende Sicherheitspolitik, Wirtschaftshilfe, Hilfe beim Aufbau der Institutionen, der Demokratie, des Parlamentarismus in Mittel- und in Osteuropa. Das sollten wir an den Anfang stellen.

Damit komme ich zu meinem dritten Punkt. Ich freue mich immer, unsere Kollegen aus dem Deutschen Bundestag zu hören. Sie sind ja mit vier Kollegen auf dem Podium sehr gut vertreten. Elmar Brok ist Berichterstatter und deswegen leider aus der Diskussion zu diesem Punkt ein bißchen ausgeschaltet. Vielleicht erreichen wir in Zukunft auch insoweit eine bessere Repräsentanz auf dem Podium. Aber ich unterstreiche nachdrücklich, was Herr Lamers und auch Friedbert Pflüger zur Frage der out-of-area-Gebiete gesagt haben.

Da Sie auf dem Podium alle hohen politischen und auch wissenschaftlichen Ansprüchen gerecht werden müssen, will ich es jetzt einmal auf den Punkt bringen, was die SPD angeht. Die SPD verweigert sich in der Frage der out-of-area-Maßnahmen. Die SPD handelt, wenn sie sich weiter verweigert, antieuropäisch, antisolidarisch und isolationistisch. Sie isoliert Deutschland. Damit fördert sie im Grunde eine neue Form des Nationalismus, der Deutschland in Europa isoliert. Das sollten wir - das ist eine Empfehlung an unsere Partei - in den nächsten Wochen und Monaten sehr viel deutlicher machen. Ich bin davon überzeugt, daß wir diese Diskussion für uns entscheiden können, wie wir es am Ende ja auch erreicht haben, daß sich die SPD unserem Konzept der Einheit Deutschlands angeschlossen hat. Ich rate uns zu einer offensiven Sprache und Auseinandersetzung in dem Punkt.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Otfried Hennig:** Danke schön. – Meine Damen und Herren, Elmar Brok ist unser Berichterstatter, aber damit keineswegs aus der Diskussion ausgeblendet. Er hat als nächster das Wort.

**Elmar Brok:** Hier ist sehr viel darüber gesprochen worden, daß das vereinte Deutschland neue Stärke gewonnen hat und nach Überwindung der Probleme der inneren Einheit eine noch größere Stärke gewinnen wird. Daraus entstünden neue Führungsverpflichtungen. Aber wir sollten doch deutlich machen, in welche Strukturen diese Verpflichtungen eingebunden sind. Ich glaube, das ist außer in dem letzten Beitrag bisher im wesentlichen nur von Karl Lamers formuliert worden: daß das nicht mehr vom Nationalstaat alleine geleistet werden kann.

Wenn wir mahnen, daß die Führung wahrgenommen werden muß, weil es in Osteuropa solche großen Krisen gibt, sollten wir an dieser Stelle doch fragen, warum es seit 40 Jahren diese Krisen in vergleichbaren Situationen nicht gegeben hat. Deshalb, weil man an die Stelle bestimmter Mechanismen des Nationalstaates supranationale Strukturen gesetzt hat. Das sollten wir nicht vergessen. Wenn wir also eine neue Führungsrolle anmahnen, sollten wir uns dabei nicht wieder der Gefahr aussetzen, eine Sonderrolle in der Mitte Europas zu spielen, wobei ich nicht sage, daß das von jemandem hier beabsichtigt ist. Wir sollten aber nicht vergessen, daß die EG Kern und Modell einer gesamteuropäischen Ordnung ist.

Ich meine, aus diesem Grunde sollten wir sehr deutlich machen - hier möchte ich beispielsweise Herrn Professor Vogel widersprechen, der eine etwas negative Bemerkung über „deepening or widening“ machte -, daß es ohne die strukturellen Vorwärtsentwicklungen in Maastricht unmöglich wäre, eine Erweiterung der Gemeinschaft vorzunehmen, ohne die Qualität der Gemeinschaft völlig zu verändern, d.h. sie letztlich auf eine Freihandelszone zu reduzieren, was zur Handlungsunfähigkeit führt.

Wir müssen deutlich machen - das zeigen die evolutiven Klauseln in der Maastricht-Vereinbarung -, daß das in einer Reihe von Bereichen immer noch nicht ausreichend gelungen ist, daß das im Rahmen des Erweiterungsprozesses bis 1995, 1996 in weiteren Schritten erfolgen muß, um neben der Währungsunion, die wegen der Unumkehrbarkeit, der Bindungswirkung einer gemeinsamen Währung einen außeror-



dentlich wichtigen Charakter für die Politische Union hat, zu weiteren gemeinsamen Feldern zu kommen. Ich meine, daß in der Einbeziehung der WEU und ihrer möglichen Mechanismen, die ja in der Erklärung der WEU zu Maastricht viel genauer beschrieben sind als in der Maastricht-Vereinbarung, neue Handlungsmöglichkeiten bestehen.

In der CDU ist viel darüber diskutiert worden, daß die Jugoslawien-Krise die Schwäche der Europäischen Gemeinschaft gezeigt und daß Europa versagt habe. Die Europäische Gemeinschaft konnte nicht versagen, weil sie bisher gar nicht die Instrumente hat, um die Aufgaben, die wir ihr zugewiesen haben, wahrzunehmen. Aus diesen Gründen ist es dringend notwendig, die Konzepte von Maastricht zur Handlungsfähigkeit weiterzuentwickeln. Die Strukturen der Anbindung sind geschaffen worden, die Handlungsfähigkeit allerdings noch nicht, weil in vielen Bereichen weiterhin das Einstimmigkeitsprinzip gilt. Hier muß die Handlungsfähigkeit über die Veränderung der Entscheidungsmechanismen noch nachgereicht werden. Lediglich für die friedensstiftenden Bereiche - KSZE, Abrüstung, Rüstungskontrolle und Waffenexport - ist das Mehrheitsprinzip in Maastricht eingeführt worden.

Ich glaube, wir sollten in allen diesen Diskussionen über die Notwendigkeit der Einbindung bei allen neuen Verpflichtungen, die Deutschland hat, nicht das Bismarck-Wort vergessen, daß Deutschland zu gering ist für die Hegemonie und zu groß ist, um uninteressant für die Nachbarn zu sein. Das gilt jetzt noch mehr als im vorigen Jahrhundert. Wenn wir dieses Wort nicht berücksichtigen, werden wir wieder verhängnisvolle politische Fehler machen.

Ein letztes Wort zur out-of-area-Diskussion. Kollegen aus verschiedenen Ländern und Fraktionen im Europäischen Parlament sagen uns: Früher haben wir uns über die Sonderrolle Deutschlands in bestimmten anderen Bereichen geärgert, etwa über den deutschen Militarismus in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts. Aber genauso schlimm finden wir es jetzt, daß Deutsche für sich eine Sonderrolle in Moralität in Anspruch nehmen. Das ist im besonderen Sinn des Wortes eine Sonderrolle der Verantwortungslosigkeit. Aus diesem Grund ist es notwendig, daß wir zu einem normalen Land im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft werden.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Wir kehren kurz ins Podium zurück, weil sich Herr Professor Vogel gemeldet hat, um kurz auf einiges einzugehen. Bitte schön.

**Prof. Dr. Heinrich Vogel:** Stichwort Verführung zur Führung: Ich glaube, daß wir gar keine andere Wahl haben, als eine Rolle zu spielen, die eben nicht die eines Gleichen unter Gleichen ist. Wir sind durch unsere Position und durch das Eigengewicht, das wir nun einmal haben, eben verpflichtet - manche werden es empfinden als verdammt -, vielleicht eine größere Rolle mit mehr Verpflichtungen zu spielen.

„Deepening or widening“ - ich betone das „or“ -: Die Alternative war nach der Vereinigung Deutschlands eine Schreckreaktion, die, wie ich meine, unnötig war; denn es war doch völlig klar, daß die neuen Kandidaten, die um Mitgliedschaft in der EG nachsuchen, erst einmal die Fähigkeit zur Integration entwickeln und nachweisen müssen, was ja nicht heißt, daß dann der Zug der Integration Westeuropas hätte angehalten werden müssen, bis sich diese neuen Kandidaten in die richtige Position gebracht hätten.

Nein, ich bin der Meinung, Deutschland wird in dieser Richtung eine Rolle akzeptieren müssen. Wir müssen sie definieren - und hier vielleicht ein letztes Wort: nicht im Sinne nationalstaatlicher Interessen, sondern als in einen europäischen Rahmen eingebundene Interessen, die aber eben nur an dieser Stelle so definiert werden können.

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Dazu ein Satz von Professor Baring.

**Prof. Dr. Arnulf Baring:** Ich möchte nach der bisherigen Diskussion davor warnen, zwischen dem europäischen Zusammenschluß, den wir, glaube ich, alle bejahen, und einem deutschen Nationalstaat einen Gegensatz zu konstruieren. Diesen Gegensatz darf es nicht geben. Wir müssen doch den Enthusiasmus unserer Landsleute für unser eigenes Land dem Europa-Gedanken dienstbar machen. Man darf doch nicht den Nationalstaat mit dem Nationalismus gleichsetzen. Das halte ich für einen fundamentalen Fehler.

(Beifall)

Die Union würde in dieser Sache, glaube ich, in die Irre laufen, wenn sie versuchte - diese Angst ist bei Herrn Pflüger und Herrn Pöttering angeklungen, auch bei meinem Nachbarn Brok, mit dem ich besonders vorsichtig umgehe, weil er ja sozusagen heute nachmittag das verwaltet, was ins Plenum kommt -, hier einen Gegensatz zu konstruieren. Diese Angst ist unbegründet und für die Werbewirkung der Europa-Idee gefährlich, die nur mit dem deutschen Nationalgefühl zusammen in der neuen Situation zum Erfolg führen kann. Das ist kein Gegensatz. Das bedingt sich gegenseitig.

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Schönen Dank. - Jetzt folgt Herr Dr. Benecke vom Vorstand Inter Nationes, der, wie ich glaube, noch eine weitere Dimension in unsere Diskussion einbeziehen wird.

**Dr. Dieter W. Benecke:** Es juckt einen bei der Außenpolitik in der Tat, zu vielen Punkten etwas zu sagen. Aber ich beschränke mich ganz bewußt auf einen einzelnen, erstens weil ich Ihrem Wunsch nach Kürze nachkommen möchte, Herr Vorsitzender, und zweitens, weil dieser Aspekt überhaupt noch nicht genannt worden ist. Ich mußte im Dresdner Manifest bis zur Seite 15 lesen, ehe ich dieses Wort gefunden habe: Kultur.

Die auswärtige Kulturpolitik ist die dritte Säule der auswärtigen Politik, wie wir alle wissen. Sie wird deshalb häufig vernachlässigt, weil sie nicht unmittelbar an der Konfliktlösung ansetzt, sondern die Verständigung, das Verstehen zwischen den Völkern vorbereitet und es insofern gar nicht erst zu Konflikten kommen läßt.

Ich glaube, wir müssen der Kultur ein wesentlich größeres Gewicht im Zusammenhang mit der neuen Rolle Deutschlands in Europa und in der Welt geben. In Ost- und Mitteleuropa wartet man darauf, daß der kulturelle Dialog mit uns intensiviert wird. Man muß ein Loch von 40 bis zu 70 Jahren an philosophischer Diskussion, ordnungspolitischer Diskussion, Föderalismus-Diskussion nachholen. Der Bedarf ist ungeheuer groß. Wenn wir uns nicht etwas intensiver in einen kulturellen Dialog mit diesen Ländern begeben, glaube ich, verpassen wir in Osteuropa riesige Chancen. Die Franzosen und Briten sind da sehr aktiv.

Ich finde, es steht uns an, auch den Begriff der Kulturturnation etwas stärker in den Vordergrund zu stellen und nicht immer nur vom Rechtsstaat, vom Sozialstaat, vom Wirtschaftsstaat, vom Technologiestaat zu sprechen. Aber Kultur hat bei uns bedauerlicherweise keine Konjunktur und - wenn ich so sagen darf - meistens auch keine Lobby; ganz wenige in unserer Partei, fast noch weniger als in anderen, was ich außerordentlich bedauerlich finde, da es sehr viele, sehr gute Kulturpolitiker auf der kommunalen Ebene gibt. Aber das schlägt nicht nach oben durch. Deswegen hat es mich, ehrlich gesagt, auch nicht gewundert, daß ich das Wort Kultur erst auf Seite 15 im Dresdner Manifest gefunden habe.

Über diesen kulturellen Austausch mit Mittelosteuropa hinaus sollte man die Initiative auch in Europa ergreifen. Europa wird von außen, von Lateinamerika, von Japan, von den USA, schon wesentlich mehr als Einheit gesehen, als wir das selbst empfinden. Man wird von uns im gewissen Sinne auch eine europäische Kulturpolitik erwarten müssen. Sollten wir die allein den Franzosen überlassen? Haben wir nicht genügend Konzepte, um auch selbst etwas dazu beizutragen? Ich meine, wir müssen hier wesentlich aktiver werden. Das gilt natürlich auch für die Entwicklungsländer. Der Kulturaustausch wirklich im Sinne des Austausches bereichert uns, bringt uns Kenntnisse und bringt uns insgesamt näher.

Also mehr Kultur, mehr Kulturaustausch, damit das Verstehen, damit die Verständigung erleichtert wird. Ich glaube, dann leisten wir auch gleichzeitig einen Beitrag zum Frieden in der Welt. Ich wäre sehr froh, wenn sich dieser Parteitag auch einmal zur Kultur initiativ melden würden.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Danke schön. – Frau Professor Dr. Renate Möhrmann ist Landtagskollegin aus Nordrhein-Westfalen. Frau Professor Möhrmann, bitte.

**Prof. Dr. Renate Möhrmann:** Meine Damen und Herren! Mein Beitrag ist eher ein Beitrag der Hilflosigkeit. Ich möchte die anwesenden Damen und Herren nämlich nach etwas mehr Konkretion fragen. Ich knüpfe an eine Beobachtung von Herrn Baring an, nämlich an die Beobachtung, daß wir die Jugend nicht mehr politisch motivieren können. Ein Großteil der Jugend – ich sehe das auch an meinem Institut – interessiert sich nicht mehr für Politik. Ich habe die gleichen Beobachtungen gemacht wie Sie, aber ich komme zu anderen Schlüssen. Ich denke nicht, daß man sagen sollte, hier geht es nur um Hedonismus. Das ist reine Selbstbespiegelung. Ich meine, wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß wir jetzt über zwei Jahrzehnte Lehrergenerationen haben, die in eine andere Richtung hin erziehen und die gerade eine außenpolitische Absenz befürworten. Man konnte beim Golfkrieg sehr genau beobachten, daß diese Jugend ein völlig einseitiges Bild hatte.

Mir scheint, daß es eine wichtige Aufgabe der Außenpolitik sein müßte, deutlich zu machen, daß alle außenpolitischen Bemühungen letztendlich Bemühungen zur Friedenssicherung sind. Es gilt auch, über die Brücke der Außenpolitik deutlich zu machen, daß, wie Sie gesagt haben, die Entsendung von Friedenstruppen, und zwar mit deutscher Beteiligung, in einem Kausalzusammenhang mit der Sicherung des Friedens steht. Meine Hilflosigkeit liegt darin begründet – ich möchte noch einige Anregungen mit nach Hause nehmen –: Wie schaffen wir es denn, daß uns diese Jugend wieder zuhört, daß sich diese Jugend wieder politisch engagiert? Was macht man da konkret? Ich denke manchmal, unsere Parteistrukturen sind auch derart beschaffen, daß sie nicht gerade sehr anregend und lustvoll auf junge Leute wirken, und daß wir selber auch irgendwie daran schuld sind, daß wir so sind.

Ich meine nur: Alle Gedanken, die hier geäußert worden sind, sind ja langfristig angelegt. Wir wollen langfristig ein vereintes Europa schaffen. Wir brauchen also diese Jugend, denn dann agieren wir alle nicht mehr. Wie macht man das? Ich wäre sehr dankbar, wenn ich noch ein paar konkrete Anregungen mitnehmen könnte, wie man das bewerkstelligt, denn sonst, habe ich das Gefühl, wird nur gesagt: Wir müssen, wir wollen, wir sollten und dergleichen mehr. Aber was tun wir konkret? – Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Als nächste spricht Frau Müller, die Präsidentin der hiesigen Stadtverordnetenversammlung.

**Evelyn Müller:** Sehr verehrter Herr Vorsitzender! In der Zeit des Lernens drängt sich mir eine Frage und keine Berichterstattung auf. Deshalb entschuldigen Sie bitte, daß ich eine ganz konkrete Frage, die ich eigentlich für sehr praxisnah halte, an das verehrte Präsidium richte. Die Frage lautet: Wie ist die geforderte strikte Preisstabilität im geeinten Europa mit der Preisdynamik innerhalb der freien Konkurrenz zu vereinbaren? Zur Erläuterung: Ich komme aus der Betriebswirtschaft. Ich habe hier in Dresden studiert. Sie alle wissen ja, daß in der ehemaligen DDR die festgeschriebenen Preise, die Preisstabilität ein Dogma waren. Wir hatten dadurch keinen freien Handelsspielraum. Andererseits ist das Voraussetzung, um eine freie Wirtschaft überhaupt in Bewegung zu halten, um überhaupt wirtschaften zu können.

Da ich in der Rede unseres Bundeskanzlers die Formulierung von der strikten Preisstabilität las, bitte ich einen der Herren Experten, mir die Frage zu beantworten, wie wir das mit der Sorge vereinbaren können, daß unsere D-Mark auch weiterhin ihre Stabilität behält. Das große Wirtschaftsgefälle innerhalb der EG-Staaten wird in Zukunft ja noch ein großes Problem für uns darstellen. – Entschuldigung, daß ich, wie gesagt, keinen Bericht erstatte, sondern diese konkrete Frage stelle. – Danke schön.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Aber sehr gerne, verehrte Frau Kollegin. Der Kollege von Wogau aus dem Europäischen Parlament hat sich schon vor sehr langer Zeit gemeldet. Er verfügt möglicherweise im Hinblick auf diese Frage über eine besondere Kompetenz. Ich darf Sie jetzt bitten, das Wort zu nehmen.

**Karl von Wogau:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Ganz am Anfang wurde gesagt, wir sollten bei dieser Diskussion auch kontroverse Fragen ansprechen. Bei der Diskussion konnte man teilweise den Eindruck haben, als sei hier vieles überhaupt nicht kontrovers. Trotzdem möchte ich eine Frage in bezug auf die Rolle der Europäischen Gemeinschaft stellen.

Im Entwurf des Manifests steht: „Die Europäische Gemeinschaft ist der Kern des Europäischen Einigungswerkes.“ - Wir erheben den Anspruch: Sie muß der Kern, das Modell und in gewissem Sinn auch eine Avantgarde der europäischen Entwicklung sein. Die Frage, die ich stelle, ist die: Ist das tatsächlich so unumstritten in unserer Partei? Gibt es nicht viele, für die die Europäische Gemeinschaft zunächst einmal ein Lippenbekenntnis ist, die von EG-Europa als einem bürokratischen Moloch sprechen und die im Grunde auch mit dem Gedanken spielen, daß auch andere Lösungsmöglichkeiten für die Zukunft des europäischen Kontinents notwendig seien?

Ich glaube, wir sollten diese Frage ganz offen ansprechen; wir müssen sie diskutieren. Wir müssen sehen, wie weit die notwendige Reform der Europäischen Gemeinschaft gediehen ist. Ist sie tatsächlich ein Modell, oder besteht die Gefahr, daß hier etwas entsteht, was einerseits unerträglich bürokratisch ist und was andererseits beispielsweise die Stabilität unserer Deutschen Mark gefährdet? Wenn wir darüber nicht diskutieren, dann wäre das ein Versäumnis des heutigen europäischen Forums. Erlauben Sie deswegen, daß ich Ihnen eine ganz kurze Einschätzung gebe.

Zunächst einmal muß man sagen, daß der Weg zu dem Europa der offenen inneren Grenzen, der Beschluß, daß wir die Grenzen zwischen den Mitgliedsländern der Gemeinschaft öffnen und einen gemeinsamen Markt schaffen wollen, der stagnierenden europäischen Idee – vor zehn Jahren sprach man von Eurosklerose - einen neuen Anstoß gegeben hat und daß es nach meiner Einschätzung seither zwei Europäische

Gemeinschaften nebeneinander gibt: eine alte und eine neue Europäische Gemeinschaft. Seit 1987 haben wir die Einheitliche Europäische Akte, nach der bei fast allen Beschlüssen, die zur Verwirklichung des Binnenmarkts notwendig sind, einerseits die Mehrheitsabstimmung möglich wird und andererseits eine verstärkte Kontrolle des Europäischen Parlaments stattfindet. Seitdem wurde die Europäische Gemeinschaft in Gang gesetzt. 80 % der 300 Beschlüsse, die notwendig sind, um den Binnenmarkt zu verwirklichen, sind bereits gefaßt; 70 % davon sind auch schon verwirklicht. Davon ist auch ein sehr starker Anstoß ausgegangen, der die Ausstrahlung der Europäischen Gemeinschaft außerordentlich verstärkt hat. Heute sprechen wir von der Zukunft einer Gemeinschaft, die möglicherweise nicht mehr 12, sondern 24 Mitglieder haben wird.

In diesem Bereich gibt es auch zwei neue Prinzipien, die verwirklicht worden sind. Eines ist das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung, denn der Europäische Binnenmarkt wird auf dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung verwirklicht. Es gilt nicht mehr das alte Prinzip des Bürokratismus von oben, sondern es gilt das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung. Das, was wir hier in die Tat umsetzen, ist das größte Liberalisierungsprogramm, seit Ludwig Erhard bei uns die Soziale Marktwirtschaft eingeführt hat. 3 600 unterschiedliche Regelungen in den zwölf Ländern Europas werden durch 300 gemeinsame Regelungen ersetzt. Das ist der Europäische Binnenmarkt, das ist die neue Europäische Gemeinschaft.

Lassen Sie mich einen zweiten Punkt ansprechen: die Beschlüsse von Maastricht. Wir müssen doch zugeben: Jeder, der von seinen Freunden oder in seiner Familie gehört hat: „Jetzt stirbt die Deutsche Mark“, der verspürte ein Grummeln in seiner Bauchgegend und hat sich gefragt, ob das eigentlich gutgehen kann. Ich glaube, daß es wichtig war, daß in den letzten Tagen z.B. jemand wie Herr Schlesinger, der immer einer der engagiertesten Kritiker der Idee einer europäischen Währung gewesen ist, gesagt hat, daß die Beschlüsse, die in Maastricht gefaßt worden sind, Garantien für die Stabilität der Währung bieten, die sogar noch stärker sind als die Garantien für die Stabilität der Deutschen Mark. Mancher von uns hat das mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Ich will drei Gründe nennen, weshalb das, was Herr Schlesinger gesagt hat, richtig ist.

Zum erstenmal haben wir eine ganz solide abgesicherte Unabhängigkeit der zukünftigen Europäischen Zentralbank. Diese Unabhängigkeit ist verfassungsmäßig stärker abgesichert als die der Deutschen Bundesbank. Die Unabhängigkeit der Deutschen Bundesbank ist im Bundesbankgesetz verankert; sie könnte durch eine einfache Mehrheitsentscheidung des Bundestages geändert werden. Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank inklusive ihre Statuten ist abgesichert im Rom-Vertrag; sie könnte nur einstimmig von allen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft inklusive der Bundesrepublik Deutschland geändert werden, d.h. sie müßte genehmigt werden von Bundestag und Bundesrat. Das ist also eine ganz starke Garantie.

Eine ebenso starke Garantie gibt es gegen die größte Gefahr, die für die Währung besteht. Die zwei großen Inflationen, die wir in Deutschland erlebt haben, waren darauf zurückzuführen, daß die Notenbank Kredite gegeben hatte, um das Staatsdefizit zu decken. Dies ist im Rom-Vertrag ausdrücklich verboten. Wenn die Beschlüsse von Maastricht ratifiziert sind, wird das Bestandteil des Rom-Vertrages sein und ebenfalls einer Verfassungsgarantie unterliegen.

Zum dritten werden ja nicht alle 12 oder alle 13, 14, 15 Länder den Schritt hin zu einer gemeinsamen Währung machen, sondern nur diejenigen, die ganz strengen Kriterien genügen. Ich sage ebenso deutlich: In diesem Jahr würde die Bundesrepublik

Deutschland diesen Kriterien nicht genügen; so streng sind diese Kriterien. Deswegen, glaube ich, können wir mit Zuversicht in bezug auf die Stabilität der deutschen Währung in die Zukunft sehen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine Frage stellen, denn wir sollen ja Fragen stellen. Ich glaube, wir haben in Maastricht in bezug auf die Entwicklung der europäischen Verteidigung einen wichtigen Schritt hin zu einem System gegenseitiger Beistandsverpflichtungen gemacht, wie es sie im Vertrag über die Westeuropäische Union, im Brüsseler Vertrag, gibt. Ich glaube, das ist die Basis, auf deren Grundlage sich eine europäische Verteidigungspolitik entwickeln muß.

Ein zweiter Schritt ist das deutsch-französische Projekt eines deutsch-französischen Korps. In diesem Zusammenhang möchte ich etwas anzweifeln, was vorhin gesagt wurde. Es wurde gesagt: Deutschland kann der Förderator sein. Ich bin der Meinung, in der Vergangenheit waren immer Frankreich und Deutschland die Förderatoren Europas. Was neu ist, ist die deutsch-französische Freundschaft. Wenn wir trotz aller Schwierigkeiten nicht an dieser Basis festhalten, wenn wir diese beiden Länder nicht als zukünftige Förderatoren begreifen, dann werden wir auch keinen Erfolg haben. Davon bin ich überzeugt.

Aber die eigentliche Frage, die sich auch an unsere Außenpolitiker richtet, ist die: Haben wir bei der gemeinsamen Außenpolitik eigentlich den notwendigen Schritt nach vorne gemacht? Ist es möglich, daß in einer Krisensituation wie heute sechs Monate lang Luxemburg, dann sechs Monate die Niederländer, dann sechs Monate die Portugiesen die Außenpolitik der Europäischen Gemeinschaft gestalten? Wir haben zwar gemeinsame Prinzipien, die wir gemeinsam beschließen, aber Außenpolitik ist doch auch immer eine Frage von Personen. Wie will ein Außenminister eines Landes innerhalb von sechs Monaten eine kohärente Außenpolitik entwickeln?

In Maastricht haben wir doch nur den ersten Schritt gemacht. Wenn es uns nicht gelingt, bis zum Jahre 1996 ein klares Konzept zu entwickeln, dann werden wir auch keine gemeinsame erfolgreiche europäische Außenpolitik bekommen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Otfried Hennig:** Herzlichen Dank. – Es folgt eine kurze Einblendung des Podiums. Herr Professor Schwarz, bitte.

**Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz:** Meine erste Bemerkung knüpft an das, was mein Vorredner gesagt hat, und an eine Bemerkung an, die Herr Minister Stoltenberg gemacht hat.

Herr Stoltenberg sagte: Wir haben ab und zu einen gewissen Verbalismus der europäischen Selbstüberschätzung praktiziert. Ich glaube wirklich, das sollten wir ernst nehmen. Auf der einen Seite besteht die echte Gefahr, daß sich in den Vereinigten Staaten mittelfristig eine Tendenz durchsetzt, die Streitkräfte in Europa sehr, sehr stark zu reduzieren. Wir haben gerade erlebt – ich kann an das anknüpfen, was Herr von Wogau sagte -, daß sich die Europäische Gemeinschaft als zu zynisch, zu unfähig, zum Teil sogar als zu unwillig erwiesen hat, diesen schrecklichen Krieg in Jugoslawien zu beenden. Im Irak-Krieg war das anders. Auch da waren die Europäer uneinig. Aber sie hatten eine entschiedene amerikanische Führung. Die Amerikaner haben sich aus der Jugoslawien-Krise bisher völlig herausgehalten. Eine der Folgen ist: In Europa fehlt die Führung. Wie können wir hoffen, ohne vergleichsweise starke amerikanische Streitkräfte, ohne Führungswillen der USA allein mit den europäischen Problemen – ich rede gar nicht von nahöstlichen, mittelöstlichen, nordafrikanischen Problemen – fertigzuwerden, wenn wir das in Jugoslawien geschehen lassen?

Herr von Wogau hat völlig zu Recht bemerkt: Es ist ein Einstieg in die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Aussicht genommen. Sie müßten für eine Vergemeinschaftung – etwa auf dem Gebiet der diplomatischen Anerkennung oder gar für außereuropäische Maßnahmen – natürlich immer noch eine Einstimmigkeit finden. Wir sollten uns doch nicht täuschen lassen; das heißt: Europa ist erst einmal eine „non-entity“ im Bereich der Sicherheitspolitik. Das muß man sehen. Es wird für einen großen Teil der 90er Jahre gelten. Wir mögen uns also bitte nicht mit hoffnungsvollen Wünschen, die man weiterentwickeln kann, den Blick auf die Realitäten trüben lassen.

Ich möchte noch eine zweite Bemerkung machen. Hierbei möchte ich an das anknüpfen, was von verschiedenen Rednern über die out-of-area-Operationen gesagt worden ist. Herr Pöttering hat ja sehr nachhaltig die Einstellung der SPD in diesem Punkte kritisiert. Es ist eine Einstellung, die sich – wir wissen das – durch eine gewisse Gebrochenheit auszeichnet. Ein Teil der Führungsgruppe ist für Blauhelmeinsätze, aber nicht mehr. Eine Mehrheit in der Fraktion und wohl auch in der Partei ist nicht einmal dafür zu haben. Andererseits wissen wir, daß das Problem in der Bundesregierung ja nicht von der SPD hervorgerufen wird, sondern von dem Koalitionspartner, der nicht bereit ist, einen Weg zu gehen, der angesichts der Problematik ja der vernünftigste wäre, nämlich daß man nicht eine Verfassungsänderung anstrebt, für die man die Sozialdemokraten bräuchte, die mit größten Schwierigkeiten überhaupt nur für Blauhelmeinsätze, aber nicht für peace-enforcement-Einsätze zu haben wären, aber mit der Folge, daß peace-enforcement-Einsätze, die heute möglich sind, überhaupt nicht erreicht werden könnten. Wie lange es dauert, nach einer langen Diskussion eine neue Verfassungsänderung zu bekommen, das wissen wir alle nicht.

Wenn ich diese Fragen mit mehr oder weniger maßgebenden Angehörigen anderer Parteien diskutiere, dann sagen sie mir: Alle Parteien sind nicht bereit, eine solche Lösung anzustreben, daß die Regierung präzisiert, was sich im Grundgesetz findet. Das würde es der Opposition ja dann durchaus erlauben, nach Karlsruhe zu gehen, um eine klare Aussage des Bundesverfassungsgerichts zu bekommen. Das ist ja heute nicht möglich. Die Frage, die ich diesem Gremium stellen möchte, ist: Wäre die CDU bereit, einen solchen Weg zu gehen, oder befindet sie sich nicht auch schon auf der Schiene: Na gut, Blauhelm-Aktionen, damit überhaupt nach außen hin der Eindruck entsteht, als wollten wir etwas tun? Ich weiß, hier gibt es unterschiedliche Meinungen. Ich hoffe, daß Herr Pflüger das präzisieren wird. Ich habe aber den Eindruck, auch in dieser Partei ist die Sache noch nicht voll ausdiskutiert.

Wenn Sie es noch gestatten, möchte ich eine dritte und letzte Bemerkung zu der Frage machen, die Herr Dr. Sonnevend gestellt hat. Er fragte: Wie steht es eigentlich mit den deutschen Interessen? Hier möchte ich nur an den Amtseid des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und der Bundesminister erinnern, in dem sich ja schöne und ganz altmodische Worte finden. Sie geloben Schaden abzuwenden. – Von wem? Von der freien Welt, von der NATO, von der Staatengesellschaft? – Nein, vom deutschen Volke. – Und sie geloben – so etwas Altmodisches –, was primäre Aufgabe der Regierung wäre: den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren.

Auch ich möchte mich dagegen wenden, daß man sich nicht in der Lage sieht, beides gleichzeitig zu verfolgen: einerseits eine vergemeinschaftete Politik im europäischen Rahmen, im größeren Rahmen der freien Welt, andererseits zugleich den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm abzuwenden. Ich fürchte, die Bevölkerung wird sich von jeder Partei abwenden, von der sie den Eindruck hat, daß die maßgebenden Gruppen in dieser Partei oder die Parlamentarier als Ganzes das

Letztgenannte, nämlich den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm zu wenden, vergessen haben. Das müssen wir immer wieder sehr deutlich zum Ausdruck bringen.

(Zustimmung)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Meine Damen und Herren, das Stichwort Jugoslawien ist von Professor Schwarz genannt worden. Dazu gibt es eine konkrete Frage von Jürgen Lorenz, Bonner Korrespondent der Badischen Neuesten Nachrichten, der Schwäbischen Zeitung und der Kieler Nachrichten. Bitte schön, Herr Lorenz.

**Jürgen Lorenz:** Ich will voranschicken, daß mich nicht in erster Linie journalistische Neugier treibt, sondern wirkliches politisches Interesse angesichts der außenpolitischen Kapazität, die hier versammelt ist.

Meine Frage lautet: Nimmt Deutschland seine größere politische Verantwortung oder – wie das hier genannt worden ist – seine Aufgabe, kraft Vorbild zu führen, in angemessener und in kluger Weise wahr, wenn es die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens vorantreibt und zu einem festen Termin ankündigt – gegen den Rat des UNO-Generalsekretärs, gegen den, wie wir inzwischen wissen, öffentlich erteilten Rat des amerikanischen Präsidenten, gegen die europäischen Partner Frankreich und England, die dem ebenfalls zu diesem Zeitpunkt widersprechen, und, so wie es aussieht, wahrscheinlich auch nicht kraft einer Mehrheit in der EG, obwohl wir uns doch gerade in Maastricht für Mehrheitsentscheidungen so stark gemacht haben? Teilen Sie meine Auffassung, daß das keine rein operative Frage ist? Durch die Antwort werden vielmehr viele Präjudizien geschaffen, wenn ich das richtig sehe. – Danke schön.

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Herzlichen Dank, Herr Lorenz. - Ich begrüße bei dieser Gelegenheit den schwedischen Ministerpräsidenten Carl Bildt sehr herzlich in unserer Mitte, der unseren Beratungen eine Zeitlang folgt. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Herr Dr. Pflüger, Sie haben die Chance, auf die letzte Frage eine Antwort zu versuchen.

**Dr. Friedbert Pflüger:** Natürlich. Herr Lorenz, ich finde, der Punkt, den Sie ansprechen, ist nur zu berechtigt, vor allen Dingen nach der jüngsten Erklärung des amerikanischen Präsidenten, die wir heute morgen im Radio hören konnten. Ich finde, wir können in Maastricht schlecht über eine gemeinsame Außenpolitik sprechen und uns sogar noch darüber beklagen, daß wir in Maastricht auf diesem Weg nicht genügend vorangekommen seien, wenn wir eine Woche später einen Alleingang vornehmen, der ja seine gute Berechtigung haben mag.

Es mag ja völlig richtig sein, Kroatien und Slowenien anzuerkennen, obwohl mir bisher niemand hat klarmachen können, was das im Kern wirklich ändert. Aber selbst wenn es richtig ist, stellt sich doch die Frage, ob es vor allen Dingen klug ist, wenn wir uns in dieser Frage in einen Gegensatz zu Frankreich begeben, geschweige denn in einen Gegensatz zu Großbritannien und Amerika. Ich will wirklich sagen: Es ist ein großer Wert an sich, daß wir europäisch gemeinsam handeln und daß wir natürlich unsere Kraft in Europa einbringen, und wir sollten nicht anfangen, in einer so wichtigen Frage völlig unterschiedliche Wege zu gehen.

Zweiter Punkt: Blauhelme. Herr Professor Schwarz, ich glaube, soweit ich die Diskussion in unserer Partei mitbekomme, gibt es überhaupt keinen Zweifel daran, daß ein reiner Blauhelmeinsatz, d.h. eine Grundgesetzänderung, die einen Blauhelmeinsatz allein ermöglichen und festschreiben würde, für irgend jemanden ausreichend



wäre. Ich denke, es besteht ein wirklich großer Konsens in der Union – vielleicht gibt es Widerspruch, aber ich glaube, es gibt diesen Konsens –, daß es nicht möglich ist, daß wir uns einerseits in der Frage der tropischen Regenwälder und der Not auf der Welt und der Menschenrechte und in allen Fragen unserer globalen Verantwortung stellen und andererseits in einem einzigen Bereich, nämlich dann, wenn es einmal darum geht, militärische Verantwortung zu übernehmen, kneifen. Das geht nicht. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, daß wir über die Blauhelme hinaus auch die Möglichkeit schaffen, etwa unter dem Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen an solchen Aktionen der UN mitzuwirken.

(Zuruf: Die haben wir jetzt schon!)

– Natürlich.

Ich komme zu einem dritten Punkt, der angesprochen worden ist. Herr Dr. Sonnevend, ich finde, das Thema, das Sie ansprachen – deutsche und europäische Interessen – muß in den nächsten Jahren noch sehr vertieft werden, denn wir gehen immer davon aus – das ist hier auch gesagt worden –: Europa ist für manche natürlich nur ein Lippenbekenntnis, und eigentlich schlägt das Herz viel näher für die eigene Nation.

Was sind denn deutsche Interessen? Kann man sie wirklich – sagen wir einmal von 4 oder 5 % der Interessen abgesehen – in Gegensatz zu europäischen Interessen bringen? Wir Deutschen können allein weder unsere Luft reinhalten noch unseren Frieden sichern noch dafür sorgen, daß die Arbeitslosigkeit bekämpft wird. Wir Deutschen können nichts mehr allein tun. Für alles brauchen wir Europa, und wir brauchen sogar noch andere Partner. Daher glaube ich, daß es eine große Deckungsgleichheit zwischen deutschen und europäischen Interessen gibt. Das muß nicht immer hundertprozentig der Fall sein, aber ich glaube, im großen und ganzen kann man das wirklich sagen.

Einer Bemerkung von Professor Baring stimme ich ganz ausdrücklich nicht zu. Es muß keinen Gegensatz geben zwischen Nation und Europa. Man kann ein guter deutscher Patriot sein und gleichzeitig ein guter Europäer. Aber man kann nicht sagen: Es gibt kein Spannungsverhältnis zwischen Nationalstaat und europäischem Bundesstaat. Ich finde, da müssen wir dann wirklich Flagge zeigen, wenn wir nach Maastricht gehen und sagen, Maastricht reicht uns noch nicht. Wenn wir den europäischen Bundesstaat wollen, dann heißt das auch, daß der Nationalstaat mit seinen Kompetenzen schwächer werden muß. Wir müssen dann wirklich bereit sein, Kompetenzen abzugeben.

Diese Frage wird in der Tat viel zu wenig diskutiert. Da befriedigen wir immer alle miteinander, und das ist nicht gut. Diese Diskussion muß man führen. Wenn wir Europa wirklich wollen, heißt das: weniger Nationalstaat – nicht weniger Nation, nicht weniger Kulturation, Herr Dr. Benecke, aber weniger Staat.

Das letzte Thema, das ich ansprechen möchte, indem ich auf die Bemerkung von Herrn Bundesminister Stoltenberg eingehe, ist das Thema „Vereinigte Staaten von Amerika und Europa“. Hier in Dresden fand vor wenigen Monaten – ich glaube, es war im März; Frau Lindemann und andere waren dabei – eine Diskussion der Königswinter-Konferenz, der deutsch-britischen Gespräche, zum Thema „WEU - NATO“ statt. Es spielte jedenfalls eine große Rolle. Damals war sich niemand darüber im klaren, wie wir es schaffen und ob wir es überhaupt schaffen, WEU und NATO unter ein Dach zu bringen. Ich finde, wenn man sich das letzte halbe Jahr anschaut, dann ist das doch wirklich in einer nicht unbedingt zu erwartenden Weise gelungen. Die NATO ist einverstanden. Wir haben eine europäische Verteidigungsidentität; sie ist sowohl im NATO-Kommuniqué von Rom als auch in den Beschlüssen von Maastricht enthalten. Es ist gelungen, die WEU wachzuküssen, ohne den potentiellen Nebenbuhler NATO in Rage zu versetzen. Das ist eine große politische Leistung.

Ich finde wirklich, es ist ganz wichtig, daß die europäische Verteidigungsidentität um Gottes willen niemals in Gegensatz zu Amerika und zu dem Atlantischen Bündnis gebracht wird, denn darüber, daß es in einer schwierigen Situation auf absehbare Zeit in der Tat das militärisch einzig tragfähige, handlungsfähige Gerüst ist, kann sich doch keiner etwas in die Tasche lügen.

(Zustimmung)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Genau dazu hat sich Beate Lindemann gemeldet. Ich glaube, das paßt an dieser Stelle gut in den Zusammenhang.

**Dr. Beate Lindemann:** Herr Vorsitzender! Ich mußte mein Temperament vorhin schon arg zügeln, denn dreimal wollte ich fast ans Mikrofon stürzen, um ganz besonders das erste Plädoyer von Friedbert Pflüger, das ich in großen Teilen hervorragend fand und voll unterstütze, sodann die Ausführungen von Minister Stoltenberg über die Wichtigkeit der Atlantischen Allianz und schließlich das zu unterstützen, was Professor Schwarz über die Wichtigkeit des deutsch-amerikanischen Verhältnisses, insbesondere unseres Verhältnisses zu den der Amerikanern in Deutschland gesagt hat.

Ich möchte hier eine Lanze brechen für ein starkes deutsch-amerikanisches Verhältnis – auch nach dem Fall der Mauer, nach dem Ende des Kalten Krieges. Es ist meiner Ansicht nach ganz unentbehrlich in einer Welt, die, wie auch Herr Pflüger es sagte, voller neuer Gefahren und neuer Risiken ist, die wir vorher gar nicht kannten. Deutschland und Amerika sind die Staaten, die am meisten von dem Ende des Kalten Krieges, von dem Fall der Mauer profitiert haben und die jetzt eine ganz besondere Verantwortung für die Förderung und den Erhalt der Freiheit, des Wohlstandes und der Sicherheit in Europa und insbesondere in dem Teil Europas haben, der jahrelang unterdrückt war und dem wir helfen müssen, Freiheit und Sicherheit in die Tat umzusetzen.

Europa ist immer noch geteilt. Machen wir uns doch nichts vor! Die Mauer ist zwar gefallen, aber in Osteuropa herrscht Armut und gibt es Probleme der religiösen und ethnischen Minderheiten, die Konflikte auch für die westliche Welt und insbesondere auch für Deutschland mit sich bringen, wenn wir diesen Ländern nicht dabei helfen, diese Konflikte beizulegen.

Die Voraussetzungen für das deutsch-amerikanische Verhältnis haben sich nach dem Fall der Mauer allerdings geändert; denn einmal ist Deutschland natürlich sehr viel stärker in Europa integriert, und zum anderen ist Amerika sehr von innenpolitischen Problemen geplagt. 40 Jahre lang haben die Amerikaner sich für die Freiheit der Welt eingesetzt, für das Ende des Kalten Krieges, und jetzt stehen sie eben vor nationalen, vor innenpolitischen Problemen, ökonomischen Problemen, sozialen Problemen, infrastrukturellen Problemen. Auch da haben wir eine Verantwortung, d.h. wir müssen Amerika bei der Lösung dieser Probleme helfen und vor allen Dingen auch Verständnis dafür haben.

Das Fazit ist: Auf dem festen Fundament 40jähriger deutsch-amerikanischer Beziehungen muß eine neue Partnerschaft gegründet werden, die auf gemeinsamen Werten, gleichen Zielen und geteilter Verantwortung beruhen muß.

Mit Herrn Pflüger, Herrn Schwarz und auch mit Herrn Minister Stoltenberg möchte ich noch einmal ganz klar sagen, daß die NATO nicht obsolet geworden ist. Die NATO ist ein Forum für Konsultationen über globale Sicherheit und für die Rückversicherung gegen verbliebene und neue Risiken; denn gerade mit dem Fall der Mauer und auch der Entwicklung in der Sowjetunion sind neue Risiken auf uns zugekommen. Man

denke nur an die Gefahr von Diktaturen in der alten Sowjetunion, an die vielen Nuklearwaffen, die in der alten Sowjetunion stationiert sind, an die Weiterverbreitung nuklearer, chemischer, biologischer Waffen und nicht zuletzt an den internationalen Terrorismus und den weltweiten Drogenhandel. Das alles sind Probleme, die in dem größeren westlichen Bündnis mit einem ganz starken Engagement der Amerikaner gelöst werden müssen.

Auch hier möchte ich noch einmal unterstützen, was Herr Professor Schwarz sagte: Ich trete ebenfalls nachhaltig für den Erhalt eines starken Truppenkontingents der USA, starke amerikanische Streitkräfte in Europa ein. Wir müssen Amerika als europäische Macht zementieren. Das können wir in erster Linie dadurch, daß wir Amerika weiter in der NATO einbinden, in der KSZE und in anderen europäischen Institutionen. Machen wir uns nichts vor: Wenn die Amerikaner Europa einmal verlassen haben, werden sie so schnell sicherlich nicht zurückkommen.

Die USA erwarten ein stärkeres Engagement Deutschlands auf dem politischen und wirtschaftlichen Feld. Wir müssen als europäische Macht auf diesem Feld handeln und versuchen, Europa in diese Verantwortung einzubeziehen. Wir dürfen uns nicht hinter der europäischen Verantwortung verstecken, wie es in Amerika oft gesehen wird. Das ist meiner Ansicht nach ein wichtiger Punkt.

Ein Letztes zu dem „Miteinander reden – einander verstehen“. Ich hatte nun viel Zeit, mir diese rote Schrift oben hinter dem Podium anzusehen. Ich glaube, jeder von uns muß sich dafür einsetzen, unsere Freunde, unsere Partner in den neuen Bundesländern nicht nur in einen nationalen Dialog einzuspannen, sondern wir müssen unsere Schwestern und Brüder auch in die 40jährige Erfahrung einbeziehen, die wir mit Amerika, England, Frankreich haben.

Ich kann nur aus eigener Erfahrung sagen: Ich habe letztes Jahr eine Stiftung gegründet, um ostdeutsche Oberschüler nach Amerika zu bringen. Das ist wirklich ein großer Erfolg. Wenn Sie mit diesen Schülern sprechen, die ein Jahr in Amerika waren, wissen Sie, was dieses eine Jahr ihnen bringt. Ich glaube, so sollte jeder versuchen, in seinem kleinen Bereich aktiv zu werden und die Aufgaben nicht nur dem Staat zu überlassen. Jeder einzelne muß versuchen, junge Deutsche aus den neuen Bundesländern in diesen internationalen Dialog einzubeziehen.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Meine Damen und Herren, dem halben Podium brennt es zur Zeit auf den Nägeln, Stellung zu nehmen. Etwa 20 von Ihnen warten noch mit ihrer Wortmeldung. Das ist für mich eine fast unlösbare Aufgabe. Ich bitte Sie deswegen um Nachsicht, wenn ich an Sie noch einmal appelliere, möglichst kurz zu reden. - Als nächste hat Frau Barbara John das Wort.

**Barbara John:** Ich möchte zwei Bemerkungen machen. Die erste bezieht sich auf den Beitrag: Dürfen wir als Deutsche fordern, daß die Länder ihre Grenzen öffnen? Wir und andere Europäer sind doch gar nicht gewillt und in der Lage, Menschen aufzunehmen. Ich glaube, das ist eins der größten Mißverständnisse, das wir heute in der Diskussion gehört haben und das unwidersprochen geblieben ist.

Selbstverständlich müssen und sollen wir fordern, daß die Länder, die ihre Grenzen nicht öffnen, dies tun, um den Menschen die Möglichkeit zum Ausreisen zu geben, und zwar zum Zwecke des Tourismus, der Auswanderung oder aber zu dem Zweck, in einem anderen Land um Asyl nachzusuchen. Ich darf doch nicht die Kerkermeister bestätigen, die das Recht, die Leute einzusperren, daraus ableiten, daß wir sie vielleicht nicht aufnehmen. Das ist doch eine sehr merkwürdige Diskussion. Ich begegne ihr übrigens sehr oft.

Das Recht auszureisen ist ein Menschenrecht. Das Recht, irgendwo auf Dauer aufgenommen zu werden, ist natürlich kein Menschenrecht. Es ist eine Möglichkeit, das viele Länder anderen Menschen bieten. Aber vorübergehend werden natürlich alle Menschen überall aufgenommen. Ich meine, wir sollten sehr wohl weiterhin offene Grenzen fordern; denn wir sind ja auch bereit, die Menschen bei uns einreisen zu lassen, wenn auch nicht alle auf Dauer aufzunehmen.

Damit komme ich zu einem zweiten Punkt, nämlich zur Flüchtlingspolitik, die auch von Herrn Erl angesprochen worden ist. Da ist ja gerade auch unsere Partei in einem gewissen Infantilismus befangen, der darin besteht: Weil wir natürlich nicht in der Lage sind, alle Menschen aufzunehmen - wie könnten wir auch, wir müssen auch unsere Interessen formulieren, wie das Herr Baring gesagt hat -, sind wir es - da zeichnet sich die CDU leider vor allen anderen Parteien aus -, die die Menschen anklagen und ihnen vorwerfen, daß sie unser ach so wunderbares und schönes Asylrecht dauernd mißbrauchen. Sie mißbrauchen es mitnichten, meine Damen und Herren. Wir räumen ihnen vielmehr das Recht ein, daß jeder individuell einen Antrag stellen und für die Zeit des Verfahrens hier abwarten kann, wie es ausgeht. So haben wir das Asylrecht gewollt, und so haben wir unser Asylverfahrensrecht geschaffen. Ich dachte eigentlich immer, für das Asylverfahrensrecht seien wir, die Deutschen, zuständig und nicht die Asylbewerber. Ich wundere mich, daß wir dieses Asylverfahrensrecht nun in die Hände von Ausländern legen und sagen: *Ihr mißbraucht es. Nein, wir lassen es mißbrauchen, wenn es denn schon Mißbrauch ist.*

Deswegen plädiere ich dafür - das tue ich schon seit Jahren mit Leidenschaft -, endlich mit dieser Schuldzuweisung aufzuhören. Sie ist wirklich infantil. Wenn man mit etwas nicht fertig wird, verlagert man die Schuld auf andere Menschen, anstatt die Ursache in den Strukturen zu suchen. Die Menschen suchen eine Chance, die wir ihnen hier nicht geben können. Wenn wir ihnen in der Sache nicht entgegenkommen können, müssen wir sie doch nicht noch zusätzlich als Menschen abwerten. Davor sollten wir uns wirklich hüten. Ich hoffe, daß dieser Parteitag heute einen entsprechenden Antrag beschließt.

Ein letztes Wort: Wir haben keine flexible Flüchtlingspolitik, wir haben eine elende Mühle mit einer administrativen Gigantomanie, in die wir z.B. auch diejenigen packen, die jetzt als ausgesprochene Kriegsflüchtlinge hierher kommen. Kroaten und Serben, andere Menschen aus dieser geplagten Gegend kommen doch nicht als klassische Asylbewerber hierher. Es sind Kriegsflüchtlinge, die mit Asylverfahren überhaupt nichts zu tun haben. Warum schaffen es die Europäer nicht, ein Aufnahmeverfahren für Kriegsflüchtlinge zu schaffen, das einen gewissen Standard bietet, nämlich Unterbringung, medizinische Versorgung, Schulbesuch der Kinder, eventuell auch vorübergehend eine Arbeitserlaubnis? Warum packen wir Kriegsflüchtlinge in diese Mühle, wobei natürlich nichts herauskommt, außer daß wir uns wundern, daß die Asylverfahren aufgebläht werden? Hier ist nicht nur der Blick auf Art. 16 des Grundgesetzes erforderlich, sondern eine flexible Flüchtlingspolitik.

Dazu gehören natürlich Institutionen. Meine Damen und Herren, wir sind in der Welt das Land - vielleicht liegen wir ein wenig hinter den Vereinigten Staaten -, das jährlich die meisten Zuwanderer aufnimmt. Die meisten Zuwanderer nimmt Deutschland auf, nämlich etwa 650 000 jährlich. Hierin sind natürlich die Aussiedler eingerechnet. Aber obwohl wir die meisten aufnehmen, haben wir nicht eine Institution auf Bundesebene von Rang, die sich mit diesen Fragen ständig beschäftigt.

Das ist doch nicht allein Aufgabe des Innenministeriums. Die Zuwandererzahlen müssen das Außenministerium und das Entwicklungsministerium beschäftigen; das

sind doch keine Zahlen allein für den Innenminister. Wir haben keinen Parlamentsaus-schuß für Zuwanderung, wir haben keine ressortübergreifende Arbeitsgruppe. Wir haben gar nichts. Dafür haben wir die Beruhigungsspielle „Wir sind kein Einwanderungs-land“, obwohl die Wirklichkeit immer größere Zahlen produziert. Deswegen glaube ich, daß zu einer verantwortlichen Außenpolitik - die, was gerade Flüchtlinge angeht, auch immer mehr zu einer innenpolitischen Frage wird - endlich entscheidungsfähige Gremien auf Bundesebene gehören, die sich ständig mit solchen Fragen befassen.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Danke schön. – Jetzt hat das Wort Herr Volker Bandmann aus Sachsen, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion dort, der sich zu demselben Thema gemeldet hat.

**Volker Bandmann:** Ich wage an der Stelle eine kühne These, die ich in Frageform kleiden möchte: Ist Asylpolitik in Deutschland mit geschlossenen Augen Kolonialpolitik? Was wir erleben, ist, daß in erster Linie die Leistungsträger armer Länder nach Deutschland kommen, diejenigen Leute, die pffiffig und wendig sind, um die Wege hierher zu finden. Wir erleben vor Ort in unseren neuen Bundesländern, daß bei den zusammenbrechenden Strukturen die Leistungsträger die ersten sind, die weg sind.

Nun stellt sich natürlich für mich die Frage: Machen wir an der Stelle genau die verkehrte Politik, indem wir nämlich in den Augen der Leistungsträger in den armen Ländern die Attraktivität hier erhöhen, indem wir durch unsere Medien unsere Bilder in die Welt funken und z.B. in Afrika zeigen, wie die Strukturen in Europa funktionieren, so daß Gesellschaften dort zusammenbrechen, weil die Jugend sagt, es lohnt sich doch für mich nicht mehr, mich in der Dorfgemeinschaft anzustrengen? Machen wir mit unseren Bildern von Europa die Welt kaputt?

Und jetzt die Frage: Was machen wir mit der Sowjetunion, was machen wir mit Rußland? Die Strukturen brechen auseinander. Die Armee bricht auseinander. Die Leute, die heute Verantwortung tragen, stürzen in ein Nichts. Sie werden möglicherweise in Mafia-Strukturen getrieben. Nutzen wir diese noch vorhandenen Strukturen in ausreichendem Maße, um die neue Friedensordnung zu schaffen, die wir errichten wollen? Führen wir diese noch vorhandenen Strukturen mit unseren Möglichkeiten einer neuen Qualität zu? Das in aller Kürze.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Vielen Dank. – Zwischendurch Karl Lamers.

**Karl Lamers:** Das ist einer der Punkte, auf die ich eingehen wollte. Was können wir in der Sowjetunion tun? In diesem Zusammenhang wird der Vorwurf erhoben, wir hätten kein Konzept. Wissen Sie, ich kann mir keine historische Situation vorstellen, in der die Politiker, die Verantwortlichen so kurz nach diesem historischen Ereignis ein umfassendes Konzept hätten, und schon gar keine Situation, in der sie auch die dazu notwendigen Mittel hätten.

Was wollen wir denn tun, wenn - wie auch vielfach festgestellt worden ist - das Chaos das bestimmende Merkmal der Entwicklung in der früheren Sowjetunion ist? In einem Chaos planvoll zu handeln ist eine *contradictio in adjecto*.

Insofern bin ich ganz dezidiert der Meinung, daß das Entscheidende ist, was wir bei uns tun. Je mehr Instabilität im anderen Teil unseres Kontinents herrscht, desto mehr Stabilität muß in seinem westlichen Teil herrschen. Je mehr dort die Strukturen verfasern, desto mehr Geschlossenheit muß bei uns herrschen. Je mehr Chaos dort, desto mehr Ordnung bei uns. Das hört sich sehr einfach an, aber es ist schon schwierig genug.

Ich warne davor zu glauben, als könnten wir alle Probleme auf Grund einer sorgfältigen wissenschaftlichen Analyse durch planvolles Handeln in absehbarer Zukunft meistern. Ich erinnere Sie an einen Konflikt, der seit Jahrzehnten währt und der trotz großer Anstrengungen - nicht zuletzt der Vereinigten Staaten - erst jetzt die Spur einer blassen Hoffnung auf Besserung erfährt, nämlich den Nahostkonflikt. Er ist nicht gelöst, und es wird noch lange, lange dauern, bis er gelöst ist.

Was wir brauchen, ist nicht der große Aufschwung, das emphatische „Jetzt packen wir es an“, sondern was wir brauchen, sind große Ausdauer und äußerste Geistesgegenwart. Mir gefällt das Wort gut, das Herr Baring gesagt hat: neuer Ernst. Ausdauer, Durchhalten - das sind die Eigenschaften, die wir brauchen. Dann können wir darüber reden, ob wir - da stimme ich Herrn Vogel völlig zu - konzeptionelle Hilfe leisten können. Das wird schwer genug sein; denn es ist eine historisch völlig neuartige Aufgabe, die sich dort stellt. Es ist nicht die grüne Wiese, es ist ein Trümmerhaufen, wo wir versuchen, etwas zu tun.

Zu dem, was wir beispielsweise tun können - Kollege von Stetten, vielleicht widerspreche ich Ihnen nicht, aber vielleicht ergänze ich es ein wenig -: Wir können die Völker nicht davon abhalten, unabhängig zu werden und überhaupt erst einmal ihre eigene Identität zu finden. Das ist ein notwendiges Stadium. Es ist ganz töricht, ihnen entgegenzuhalten, was wir im Westen Europas machen; denn was wir machen, geschieht eben auf der Basis der Freiheit. Auf der Basis der Freiwilligkeit erfolgt ein Zusammenschluß, während sie bislang auf der Basis des Zwangs, der Unterdrückung zusammengehalten wurden. Aber nichtsdestoweniger sehe ich es schon als äußerst problematisch an, wenn die kleinen baltischen Republiken jetzt alle eine eigene Währung schaffen. Sie sagen, dann wollen sie nach Europa. Das findet meine Unterstützung. Aber niemand wird in diesem Europa wirklich ein Leben in Würde führen, wenn er nur am Tropf der anderen hängt. Er muß auch aus eigener Kraft existenzfähig sein.

Deswegen konnten wir beispielsweise sagen: Wir unterstützen jeden einzelnen von euch - dasselbe gilt für alle neuen Staaten, die sich jetzt in Jugoslawien bilden -, aber doch nur dann, wenn ihr gleichzeitig auch zusammenarbeitet. Die Zusammenarbeit unterstützen wir beispielsweise, indem wir die ja nicht geringen Anstrengungen zur Schaffung einer Währung bis hin zum Druck finanzieren. Nur dann! Ist das nicht legitimes Interesse, deutsches so gut wie europäisches?

Hier bin ich bei einem zweiten Punkt, der mir sehr am Herzen liegt. Das Wort nationale Interessen feiert eine bemerkenswerte Renaissance. Ein Kollege, den ich nicht beim Namen nennen möchte, hat einmal gesagt: Deutsche Außenpolitik, jedenfalls im Sinne der Vertretung nationaler Interessen, hat es bislang nicht gegeben. Ich muß, auch wenn es ein hochmöglicher Kollege war, sagen: Das ist Unsinn. War denn nicht zumindest die Wiederherstellung der deutschen Einheit ein nationales Interesse? Und ist es nicht so, daß viele unserer westeuropäischen Nachbarn den Eindruck haben, wir hätten unsere Interessen so erfolgreich vertreten, daß ihre dabei vielleicht sogar ein wenig zu kurz gekommen sind? Nein, ich glaube, das ist keine Lösung des Problems, das sich uns stellt.

Was dahinter steht, die Notwendigkeit nämlich, uns selber klarzuwerden, was wir eigentlich wollen, spüre ich auch. Aber dafür ist das Stichwort nationale Interessen nicht besonders hilfreich. Die Wirklichkeit ist verflochten, und ergo sind es auch die Interessen. Natürlich kann ich sagen, was ich als Deutschland will. Aber spätestens bei der Implementierung meiner Interessen stelle ich ganz schnell fest, daß es nicht gegen die anderen, sondern immer nur mit den anderen geht. Nach diesem Rezept hat die alte Bundesrepublik Deutschland eine ganz ungewöhnlich erfolgreiche Politik in den vergangenen Jahrzehnten betrieben.

In dem Zusammenhang ein Wort zu dem Thema Nation, Nationalstaat, Europa. Ich will es einmal mit Hegel versuchen: Es kommt darauf an, die der Idee des Nationalstaates innewohnenden Widersprüche aufzuheben, indem seine alte Geltung aufgehoben wird, jedoch dergestalt, daß gleichzeitig sein Wesensgehalt - und das ist die Nation - in einer höheren Einheit aufgehoben wird. Darauf, meine ich, käme es an.

Der Nationalstaat - das ist ein Wort des Franzosen Raymond Aron - ist nicht das Ziel der Geschichte. Es gibt kein Ziel der Geschichte, meine Damen und Herren. Oder, wenn es denn eins gibt, dann kennen wir es nicht. Die Nationen haben das Gehäuse des Nationalstaates heute bis an den Rand ausgefüllt, es wird zu einem Korsett: Sie können ihre existentiellen Interessen in diesem Gefüge nicht mehr wahrnehmen. Deswegen brauchen sie eine höhere Einheit. Das steht aber doch nicht im Gegensatz zu meinem Empfinden als Deutscher - Überhaupt nicht! Wir haben doch alle verschiedene Identitäten. Sie sind Sachsen oder Rheinländer und gleichzeitig Deutsche und, wie ich finde, auch in allem Wesentlichen, in allem, was unseren geistigen Inhalt ausmacht, doch auch Europäer, jeweils unterschiedlich gefärbt. Ich möchte uns dringend bitten, hier keinen falschen Gegensatz aufkommen oder einen alten wieder aufleben zu lassen.

Nun noch ein letztes Wort, Herr Professor Schwarz. Ich habe oft gesagt - und dabei nicht nur keinen Widerspruch in der Fraktion gefunden, sondern immer nur Unterstützung -: Eine Verfassungsänderung unter dem Vorwand, die Einsatzmöglichkeiten deutscher Streitkräfte zu erweitern, die sie in Wirklichkeit aber einengt, wird es mit der CDU/CSU-Fraktion nicht geben.

(Beifall)

An dieser Position ändert sich auch überhaupt nichts.

Ich habe im übrigen den Eindruck: Wenn Sie, Herr Kollege Stoltenberg, einmal die öffentliche Diskussion vom Golf-Krieg an bis heute verfolgen, werden Sie feststellen, daß sich vieles verändert hat, und zwar in unserem Sinne. Vielleicht sollte sich auch die Bundesregierung noch ein wenig stärker in diese Richtung bewegen.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal an Sie appellieren: Mit Beiträgen von über drei Minuten stellen Sie uns alle vor eine unlösbare Aufgabe. Ich habe jetzt noch acht Fragen. Wir müssen uns aber auch bemühen, jeweils kurz Antworten zu geben. Deshalb noch einmal die herzliche Bitte um Präzision. - Herr Ulrich Junghanns aus Brandenburg hat jetzt das Wort zur Integration Osteuropas.

**Ulrich Junghanns:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Drei ganz kurze Anmerkungen möchte ich machen. Zunächst zum Stichwort konzeptionelle Hilfen für Osteuropa: Dem zuletzt Gesagten von Herrn Lamers entnehme ich, daß wir die Konzeptionen erst selbst erarbeiten müssen, weil wir sie noch nicht haben. In diesem Zusammenhang rege ich drei Tätigkeitsfelder an, die nach meinem Empfinden zu den ersten gehören müssen, denen wir uns zuwenden sollten.

Zum einen geht es darum - das ergibt sich auch aus der Verantwortung unserer Partei -, Angebote für die politische Strukturierung, für den politischen Unterbau der sich neu entwickelnden Länder zu unterbreiten. Wir sehen uns der Tatsache gegenüber, daß sich Wahlen vollziehen, und jeder setzt seine Fragezeichen hinsichtlich der Solidität dieser Konstruktionen. Hinzu kommt, daß sich die Regierungen, die jetzt die Verantwortung übernehmen, in den kommenden Monaten vor Entscheidungen gestellt sehen, die wenig Popularität verheißen. Also muß es uns eigentlich darum gehen, nüchtern anzufangen und Hilfe für den Aufbau politischer Strukturen zu geben.

Zweitens sehe ich ganz anders nach Osteuropa, nämlich nicht nur aus der Sicht der gegenwärtig drohenden Problemlagen, sondern auch unter dem Aspekt der Potenzen, die sich dort entwickeln. Wenn man die osteuropäische Integration als Potenzzuwachs für den Kontinent Europa in jeder Beziehung bewertet, muß man sich auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet der Frage zuwenden, wie wir wirtschaftlichen Interessenkonflikten vorbeugen können - sie sind schon angedeutet worden - auf dem Gebiet der Agrarprodukte, auf dem Gebiet Stahl und Kohle, um nur wenige zu nennen. In diesem Zusammenhang sollten wir über Fragen der Regionalisierung des Marktes auch im Interesse der Länder selbst sprechen.

Schließlich zum dritten: Ein unmittelbares Betätigungsfeld sehe ich in der Lösung der Probleme, die sich im Zusammenhang mit Grenzregionen stellen. Ich komme aus der Stadt Frankfurt an der Oder und lebe mit dem Nachteil der nationalen Randlage. Es gibt böse Worte zur Oder: der Rio Grande Europas usw. Man hört diese Worte immer wieder. Wenn wir das so sagen, sollten wir uns eigentlich auch über die Verantwortung im klaren werden, dort eine solche Situation nicht zuzulassen; denn inmitten Europas halten wir das nicht durch, was sich beispielsweise über lange Jahre zwischen Texas und Mexiko vollzogen hat. Ich bitte daher - ich bin bereit, da mitzuarbeiten -, über Konzeptionen nachzudenken, wie sich die Grenzlagen zu unseren osteuropäischen Staaten mit großem Weitblick konstruktiv gestalten lassen.

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Jetzt hat das Wort Frau Grochtmann.

**Elisabeth Grochtmann:** Ich habe die Diskussion sehr aufmerksam verfolgt und denke, daß viele wesentliche Fragen angesprochen wurden: unser Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten, zum Süden, zur Dritten Welt usw. Aber mir ist ein bißchen zu kurz gekommen dieses „Miteinander reden – einander verstehen“. Das bezieht sich sicherlich nicht nur auf den Raum hier, sondern auf die Politik insgesamt.

Politik kann man immer nur mit Menschen machen. Außenpolitik kann man auch nur mit Menschen machen. Wenn ich daran denke, mit welchen Problemen die Menschen in ganz Deutschland jetzt fertigwerden müssen - die europäische Einheit soll geschaffen werden, es soll eine europäische Währung kommen, wir haben teilweise Probleme mit Ausländern, die DDR ist der Bundesrepublik Deutschland beigetreten -, meine ich, daß wir den Menschen das verdeutlichen müssen. Das ist eine Aufgabe unserer Partei. Wir müssen mit den Menschen an der CDU-Basis sprechen, ihnen unser Wollen erklären. Wir müssen ihnen erklären, daß wir sie von seiten der Politik nicht vergewaltigen wollen, daß sie jetzt mit einer anderen Währung leben müssen, daß sie in einem Europa leben müssen, unter dem sie sich vielleicht gar nichts vorstellen können und weshalb sie unsicher sind. Es ist ja nicht so, daß die Deutschen kein geeintes Europa wollen. Aber viele wissen ganz einfach nicht, wie sie mit den verschiedenen Fragen umgehen sollen, die auf sie zukommen.

Wenn wir es schaffen, an die Basis zu gehen und das zu erläutern, könnte ich mir vorstellen, daß das Multiplikatoren auch in Richtung der SPD werden, z.B. was den Einsatz der UNO-Truppen betrifft; denn wir haben ja schon das gute Beispiel, daß die Kommunalpolitiker der SPD ihre Landesfürsten und Parteifürsten unter Druck setzen, was die Asylpolitik betrifft. Warum soll das nicht auf anderen Ebenen auch funktionieren, wenn die Menschen verstehen, was wir wollen, und nicht das Gefühl haben, da wird uns von oben etwas aufgedrückt und wir haben nachher zu funktionieren? Dann erhebt sich nämlich Widerstand, und wir können nicht darauf rechnen, daß die Menschen mitmachen. Das wollte ich noch einmal zu bedenken geben.

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Vielem Dank, Frau Grochtmann. – Wir haben in der letzten Phase vor dem Parteitag noch eine ganze Reihe von Gästen aus den fünf



neuen Bundesländern gerade zu diesem Forum eingeladen, damit wir auch gleichgewichtig diskutieren können. Ich bemühe mich, das in der Folge der Redner auch zum Ausdruck zu bringen. Jetzt haben sich allerdings eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen aus den westlichen Ländern gemeldet. Als erster hat Herr Paul Lauer aus Rheinland-Pfalz das Wort, der zur Umweltpolitik Stellung nehmen möchte. Das halte ich auch für dringend, damit wir dann wieder die Kurve zu Herrn Willi Erl und seinen Verantwortungsbereich kriegen. Bitte, Herr Lauer.

**Paul Lauer:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zu dem Thema „Unsere Verantwortung in Europa und der Welt“ gehört mit Sicherheit auch das Thema Ökonomie und Ökologie. Herr Pflüger hat das vorhin ja kurz angerissen. Damit beschäftigt sich natürlich auch das Forum 4. Ich bin allerdings der Meinung, daß dieses Thema primär hierher gehört, d.h. unter der Überschrift „Unsere Verantwortung in Europa und der Welt“ diskutiert werden sollte. Ich möchte das konkretisieren.

Wir brauchen eine globale Umweltpolitik. Die Verantwortung Deutschlands muß sich auch auf den Erhalt lebensnotwendiger Ressourcen in den Ländern der Dritten Welt beziehen. Außerdem müssen wir uns für den Erhalt des ökologischen Gleichgewichts auf der Erde einsetzen und darauf hinwirken, daß ökologische Fehlentwicklungen wie Gefährdung der Ozonschicht, Verursachung des Treibhauseffektes, unverantwortliche Ausbeutung der Weltmeere oder Zerstörung der Regenwälder vermieden werden.

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Als nächster hat das Wort Uwe Greve, Landesverband Schleswig-Holstein, zur Europäischen Gemeinschaft.

**Uwe Greve:** Liebe Freunde! Derjenige, den ich eigentlich ansprechen wollte, ist leider zum zweitenmal hinausgegangen; das ist nämlich Herr Pflüger. Es geht mir um folgenden Gedanken, der aus meiner Sicht nicht klar ausgesprochen worden ist und den ich sowohl für Herrn Lamers als auch für Herrn Pflüger einmal formulieren möchte.

Wer die Rolle der Nation in Europa begreifen will, der darf sie nicht, wie Sie es formuliert haben, aus dem französischen Verständnis heraus sehen. Es gibt ja zwei verschiedene Formen des Nationalgedankens. Der erste ist der etatistische französische, der den Staat als Wurzel hat, d.h. imperialistischer Natur ist. Der zweite ist der ethnische. Der ethnische Nationalgedanke, wie ihn z.B. Herder und Mazzini geprägt haben, geht von einem ganz anderen Gedanken aus. Er geht davon aus, daß Völker als Elemente, als Körper gleicher Sprache, gleicher Kultur, gleichen Brauchtums und insbesondere auch gleicher geschichtlicher Lebenswelt ihre Politik in großem Maßstabe selbst ordnen. Diese Größenordnung ist nicht überholt. Überholt ist der Nationalismus, der in Imperialismus ausartet. Aber der Gedanke, daß die Völker das, was in ihren eigenen Händen liegen kann, gerne selbst gestalten wollen, ist durchaus nicht tot.

Hier ist die Idee formuliert worden: Das Europa der Vaterländer ist tot, und jetzt kommt als Alternative – ich habe dieses schöne Wort mitgeschrieben – das Vaterland Europa. Wir haben dieses Europa der Vaterländer noch gar nicht, und wir erschrecken viele Leute, liebe Freunde, wenn wir eine Nation Europa fordern, die ja höchstens in der zweiten Generation nach uns Wirklichkeit werden kann.

Das heißt mit anderen Worten: Es ist doch so, wie Herr Baring es hier formuliert hat, nämlich daß gerade bei den euphorischen Befürwortern mancher europäischer Entwicklungen ein Gegensatz zwischen Nation und dem Felde der europäischen Entwicklung besteht.

Liebe Freunde, ich will auf einen verhängnisvollen Gedanken hinweisen, auf den wir heute noch nicht gestoßen sind. Wenn wir in der CDU kein vernünftiges Nationalbe-

wußtsein herauskehren, wird übermorgen von einer rechtsradikalen Partei ein unvernünftiges Nationalbewußtsein geprägt.

(Beifall)

Ich sehe hier in Deutschland eine Entwicklung, daß wir Europa sozusagen als Ersatz für das verlorene Vaterland konstruieren und nicht das Spektrum unserer Einbettungen oder unser Gehäuse sehen: erstens das Individuum, zweitens der Stamm, drittens die Nation, das Volk, das gesamtdeutsche Volk, viertens Europa und fünftens eine weltpolitische Verpflichtung. Alle fünf Elemente gehören zusammen. Jedes hat für sich seine eigene Berechtigung. Wer irgend etwas davon herausstreicht, der zerstört einen wesentlichen Teil dieses Gehäuses und wird gerade diesen ungeheuer geschichtsträchtigen Teil der Nation den Rechtsradikalen überlassen. Ich möchte hier einmal ganz deutlich sagen, daß ich das Verhängnis schon spüre, daß wir glauben, irgendwann in Europa aufzuziehen, und übermorgen haben wir 20 oder 25 Prozent Rechtsradikale!

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Darf ich an die Zeit erinnern, Herr Greve!

**Uwe Greve:** Ich weiß, aber einige haben viel länger gesprochen und viel weniger gesagt als ich, Herr Dr. Hennig.

(Heiterkeit)

Dabei muß ich betonen: Herr Dr. Hennig hat hier gezeigt, wie man in straffer Form leiten kann.

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Ich versuche, hier mannschaftsdienlich zu spielen.

**Uwe Greve:** Ich möchte an dieser Stelle noch einen zweiten Gedankengang vortragen. Herr Pflüger – er ist leider nicht anwesend, wenn es wichtig wird – sagte soeben: Wir klammern uns an die D-Mark. Das wurde so schön ironisch formuliert, als seien wir die letzten Hintern, die die D-Mark noch verteidigen; eigentlich müßte man das Ganze ja schon verlassen haben und schon lange auf dem ECU-Dampfer sein.

Liebe Freunde, ich bitte Sie, mir einmal in diesem Gedanken zu folgen: Wie oft haben sich führende Politiker - leider ist Herr Pöttering, den ich auch ansprechen wollte, herausgegangen – in letzter Zeit geirrt. Ich weiß noch, wie uns gesagt wurde – ich habe es nie geglaubt; ich habe als Journalist immer das Gegenteil geschrieben -: Die deutsche Einheit kommt nie als Nationalstaat, sondern sie ist nur denkbar irgendwann im nächsten Jahrhundert auf dem Weg über Europa. Jeder weiß, daß das einer der größten Irrtümer war.

Ich möchte weitere Irrtümer nicht nennen, aber ich glaube, daß in der Frage der Entwicklung einer europäischen Währung nicht außenpolitische Elemente und Gedankengänge im Vordergrund stehen dürfen. Wir sollten am ehesten Wirtschaftspolitiker hören. Liebe Freunde, wenn ich mir die wirtschaftspolitischen Gedankengänge vieler führender Professoren von links bis rechts in Deutschland vor Augen führe, dann muß ich leider sagen, daß der Kerngedanke, nämlich daß die D-Mark nicht vier Dinge nebeneinander leisten kann, logisch ist, und zwar erstens die DDR aufbauen, zweitens den Ostblock wirtschaftlich stützen, drittens die Sowjetunion in ihrem Zerfall wirtschaftlich auf die Beine bringen und viertens außerdem noch die Lasten tragen, die sich mit einer ECU-Entwicklung innerhalb der Gemeinschaft verbinden.

Ich glaube, daß es für jeden logisch ist, daß es in der derzeitigen Phase eine falsche Entwicklung wäre, so schnell zu gehen. Da läuft ja nichts weg. Deshalb warne ich vor einer Entwicklung, die unter Umständen wieder einmal ein Fehler sein kann, ein Fehler, der dann allerdings sehr viel schwerwiegender sein kann als jener, den ich vorhin in bezug auf die deutsche Einheit formuliert habe. - Vielen Dank.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Danke schön, Herr Greve. Ich glaube allerdings, daß die deutsche Einheit mit Europa und unserem Weg nach Europa eine ganze Menge zu tun hat. Dazu paßt gut die Wortmeldung von Honor Funk, Mitglied des Europäischen Parlaments.

**Honor Funk:** Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, auf Grund der letzten Wortmeldung kann man doch erkennen: Hoffentlich sind wir nicht dabei, dieses Europa zu überfordern und zu überfrachten. Wir sind für dieses Europa angetreten, um auch Minderheiten und kleine Länder in diesem Europa mitreden und mitwirken zu lassen. Das bedeutet, daß wir keine Hegemonie betreiben und daß wir nicht dominieren dürfen.

Nun stellen wir fest, daß wir z.B. im Fall Jugoslawien gar nicht die Mittel in der Hand haben, um solch einen Konflikt zu regeln. Das hatten wir gar nicht vorgesehen. Die Europäische Gemeinschaft ist eine Umweltgemeinschaft, eine Wirtschaftsgemeinschaft, eine Staatengemeinschaft, die sich mit vielen Problemen befaßt, die die Nationalstaaten allein nicht mehr regeln können. Das zog sich heute wie ein roter Faden durch das Gespräch.

Nun stellen wir plötzlich fest, daß wir nicht in einen Bürgerkrieg eingreifen können, daß auch andere Staaten nicht eingreifen können. Ich möchte alle Außenpolitiker, die jetzt wieder vollzählig sind, gern einmal fragen: Welche echten Mittel haben wir – außer wirtschaftlichen Repressalien –, um den Konflikt in Jugoslawien zu regeln? Welche Mittel haben wir, wenn der holländische und der luxemburgische Außenminister der Meinung sind, daß wir dort Hilfe nur unter gewissen Voraussetzungen – und nicht ohne Voraussetzungen – geben sollen? Dann müssen wir uns zuerst darüber klar werden, welche Voraussetzungen für die Gewährung von Hilfe das sein sollen. Voraussetzungen sind z.B., daß nicht mehr geschossen wird, daß die Menschenrechte geachtet werden, daß nicht mehr gefoltert wird, daß niemand eingesperrt wird, und all diese Dinge.

Ich glaube nicht, daß es ganz richtig ist, wenn Sie hier sagen, daß der Weg zu einem gemeinsamen Europa unbedingt zu Radikalismus, zu Rechtsradikalismus führen muß. Das hat andere Gründe. Wir haben niemals gesagt, daß wir unser Nationalbewußtsein aufgeben sollen. Das habe ich, das haben auch meine Kollegen nie behauptet. Wir haben immer gesagt: Ein guter Deutscher kann auch ein guter Europäer sein. Beides gehört zusammen. Niemand soll sich nun auf Europa berufen und seine eigenen Aufgaben in seiner Region, in seinem Bundesland vernachlässigen. Das steht doch nirgendwo geschrieben. Das gehört dazu. Wenn Europa erfolgreich sein will, ist es geradezu Voraussetzung, daß wir unser eigenes Haus in Ordnung haben. Wir können uns nicht auf Europa berufen und sagen: Das alles soll Europa regeln.

Wir machen es uns zu einfach, wenn wir sagen: Das alles muß aus der Ferne geregelt werden. Europa will ja gerade die Subsidiarität: Das, was vor Ort besser geregelt werden kann, soll auch dort gemacht werden. Deswegen wollen wir ein Europa der Regionen und nicht ein Europa, das von oben von einem Moloch regiert wird.

Ich denke, hier muß die Partei eine klare Aussage machen. Ich habe den Eindruck, wir arbeiten hier mit Begriffsverwirrungen, die uns überhaupt nicht dienlich sind. Ich meine auch, wir sollten klar herausarbeiten, was dieses Europa in Schritten erreichen will und erreichen kann und was es nicht erledigen kann, was nationale Hausaufgaben sind, die auch noch gemacht werden müssen. Ich glaube, dann verstehen wir den Sinn von Europa erst richtig. Wir dürfen Probleme nicht auf eine Institution verlagern, die weit weg ist, die man gut kritisieren kann und von der man eine Lösung der Probleme erwartet, die man dort überhaupt nicht lösen kann, sondern die vor Ort gelöst werden müssen.

Das soll so bleiben. Sonst bekommen wir ein total verbürokratisiertes Europa, das wir nicht wollen. Wenn wir das Europa der Regionen wollen, dann muß vor Ort auch das geregelt werden, was geregelt werden kann. Es darf nur das auf Europa verlagert werden, was dort besser als in den Regionen geregelt werden kann. – Das war mein Beitrag.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Ich danke herzlich. - Meine Damen und Herren, wir schaffen es nicht mehr, eine komplette Schlußrunde des Podiums durchzuführen. Ich darf deswegen das Podium jeweils dann einschalten, wenn ich das Gefühl habe, es kann etwas Konkretes beitragen. Das ist an dieser Stelle ganz sicher Herr Professor Schwarz.

**Prof. Dr. Hans-Peter Schwarz:** Wir sehen vor uns das Motto: „Unsere Verantwortung für Europa.“ – Wenn wir über Verantwortung in Europa sprechen, müssen wir über die Jugoslawienfrage diskutieren. Wenn wir über die Jugoslawienfrage diskutieren wollen, dann weiß jedermann, daß die Gesamtheit der ethnischen Probleme im Weltmaßstab mit überlegt werden muß, d.h. Minderheitenprobleme, die sich vor allem in Osteuropa, in Ostmitteleuropa, die sich aber natürlich auch in Westeuropa stellen. Es ist also in jedem Einzelfall sehr sorgfältig zu prüfen: Was ist zu entscheiden, und wie ist zu entscheiden?

Wenn wir die Frage der Anerkennung Kroatiens, Sloweniens betrachten, dann wird die Prüfung nach meinem Dafürhalten folgendes ergeben:

Erstens. Das alte Kriterium für eine Anerkennung ist: Gibt es ein Staatsvolk? Gibt es ein Staatsgebiet, das einigermaßen klar definiert ist? Nimmt eine Regierung Staatsgewalt wahr? Das ist in diesem Fall gegeben.

Zweiter Punkt. Wie steht es mit der Berechtigung der Republiken zur Sezession? Die jugoslawische Verfassung, die in Kraft war und die nach Meinung mancher im Grunde bis heute noch in Kraft ist, sah durchaus das Recht zur Sezession vor.

Drittens hat sich das Bemühen gezeigt – man konnte ja bis Juli in der Tat dieser Meinung sein -: Versuchen wir doch, diesen Staat irgendwie konföderativ zusammenzuhalten. Vielleicht dient das dem Frieden. Vielleicht entwickeln sie Strukturen für ein Miteinander, vor allem im wirtschaftlichen Bereich.

Ich glaube, nach diesem Krieg, der einseitig von früheren Kommunisten im Bereich der Streitkräfte und in der serbischen Führung geführt worden ist, ist logischerweise und vernünftigerweise nicht erwarten, daß Slowenien, Kroatien und Serbien in absehbarer Zeit irgendwie vertrauensvoll in einer Konföderation, geschweige denn in einem Bundesstaat zusammenarbeiten können.

Ein weiteres Kriterium ist eine Volksabstimmung. Es haben in Slowenien und Kroatien Volksabstimmungen stattgefunden, die große Mehrheiten für eine Unabhängigkeit erbracht haben.

Eine weitere Frage ist: Sind die neuen Republiken gesonnen, die serbischen oder andere Minderheiten zu schützen? Ich hatte bis vor kurzem Zweifel, ob Kroatien wirklich bereit wäre, in einer fairen Art und Weise mit der serbischen Minderheit umzugehen. Wie wir wissen, sind seit Anfang Dezember entsprechende Gesetze in Kraft gesetzt worden, die das vorsehen. Selbstverständlich müßte eine Anerkennung - genauso wie Wirtschaftshilfe – auch mit der Mahnung und mit der Erwartung verbunden sein, daß Kroatien dem entspricht.

Ein weiteres Kriterium ist: Vor unseren Augen findet wirklich ein brutaler Angriff gegen Menschen statt.

(Zuruf: Völkermord!)

Ein ganzes Land wird zerstört. Seine wirtschaftlichen Möglichkeiten werden zerstört. Menschen werden umgebracht. Wir können das doch nicht zulassen!

Nun wird zweierlei eingewandt: Es ist nicht möglich, den europäischen Geleitzug geschlossen in diese Richtung zu bringen. Meine Damen und Herren, man muß wählen. Die Bundesrepublik hat in all den Monaten, in denen über Maastricht vorverhandelt wurde, und dann noch einmal in Maastricht vorgeschlagen, den Grundsatz der Mehrheitsentscheidungen im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik einzuführen. Innerhalb der Gemeinschaft haben sich diejenigen durchgesetzt, die das erst einmal als eine sehr, sehr ferne Möglichkeit in die Zukunft verweisen. Man muß das zur Kenntnis nehmen. Dann müssen das aber auch diese Länder zur Kenntnis nehmen. Großbritannien kann nicht argumentieren: Auf der einen Seite sind wir gegen Mehrheitsentscheidungen in so wichtigen außenpolitischen Fragen, auf der anderen Seite aber werfen wir denjenigen vor, daß sie, nachdem sie sich ein halbes Jahr angesehen haben, wie unfähig die Gemeinschaft war, in dieser Frage überzeugend zu handeln, jetzt sagen, wir gehen mit einer Reihe von Staaten voran.

Für mein Gefühl ist es wirklich eine Frage der Moralität und der Glaubwürdigkeit auch dieser Partei, daß sie in dieser Frage vorangeht, und zwar ohne weiter zu warten.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Danke schön. – Herr Professor Baring, ein Satz.

**Prof. Dr. Arnulf Baring:** Herr Schwarz, ich bin sehr beeindruckt von Ihrem Plädoyer. Ich habe Sie ja noch nie so engagiert und leidenschaftlich erlebt. Aber was man, wenn man all dies gehört hat, dagesetzen muß, ist: Ist Jugoslawien oder der Rest Jugoslawiens, sind Kroatien und Slowenien wirklich unsere denkbare Isolierung unter unseren westeuropäischen Partnern wert? Was gewinnen wir als Land? Ist das wirklich unser eigenes Interesse?

Gerade weil Sie den Gesichtspunkt der Moralität, den ich ja für sehr wichtig halte, so hochhalten, muß man doch fragen: Werden wir nicht gerade, weil es ein Testfall ist, in vielen Fällen der Zukunft erleben, daß furchtbares Unheil geschieht, unsere westeuropäischen Partner aber nicht unserer Meinung sind? Mit anderen Worten: Die Isolierung in dieser Frage ist meines Erachtens ein Punkt, der uns zögern lassen sollte. Das ist jedenfalls meine feste Überzeugung. Mit anderen Worten: Ist der Bundeskanzler so falsch beraten, wenn er sagt: Ohne Frankreich erkennen wir nicht an? Ist das nicht ein ganz entscheidender Punkt?

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Vielleicht dürfen wir die Frage noch eine Sekunde im Raum stehenlassen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie mir jetzt ein bißchen helfen, dann schaffen wir es, daß alle weit über 50 Wortmeldungen in diesem lebhaften Forum abgewickelt werden können. Ich hielte das für eine tolle Sache. Das setzt allerdings voraus, daß sich die fünf Fragesteller, die noch auf meiner Wortmeldungsliste verzeichnet sind, ganz kurz und knapp fassen. – Das ist zunächst Dr. Konrad Löw, IGFM.

**Dr. Konrad Löw:** Wenn Sie „Fragesteller“ sagen, dann begeben Sie sich in einen Kompetenzkonflikt, denn ich habe ein Schreiben von Herrn Volker Rühle vor mir, in dem es heißt: Ich lade Sie auch im Namen des Parteivorsitzenden ... sehr herzlich ein, als Gast am Forum ... mitzudiskutieren. - Eine Frage ist natürlich kein Diskussionsbeitrag. Was soll ich tun? Ich würde meinen Beitrag dann eventuell zurückziehen.

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Ein kurzer Beitrag ist genausogut wie eine kurze Frage.

**Dr. Konrad Löw:** Ja, aber die Quadratur des Kreises gelingt mir hier nicht. – Ich will an das anknüpfen, was die Frau Kollegin aus Nordrhein-Westfalen unter dem Gesichtspunkt der Verantwortung und des Verantwortungsbewußtseins gesagt hat. Es heißt ja: „Unsere Verantwortung in Europa und der Welt.“ Wer ist mit „unsere“ gemeint? Wir hier im Raum - 200 Personen – oder die hier versammelten CDU-Mitglieder? Ich selbst würde nicht dazuzählen, denn ich bin „Ausländer“, ich bin Bayer und deshalb also nicht CDU-Mitglied.

(Zürufe)

– Sie verstehen, was gemeint ist. – Oder ist die CDU insgesamt gemeint? Das wären rund eine Million Menschen. Oder soll es darüber hinausgehen?

Das Grundgesetz beginnt mit den Worten: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ... hat sich das deutsche Volk ... dieses Grundgesetz gegeben.“ – Ich glaube, in diesem Sinne ist „unsere Verantwortung“ auch gemeint, d.h. die Verantwortung des deutschen Volkes.

Was das Grundgesetz hier etwas vollmundig für das Volk ausgesprochen hat, war schon damals problematisch: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ...“. - Wie viele haben damals wirklich einen religiösen Glauben, Verantwortung vor den Mitmenschen und vor sich selbst gehabt. Die Situation in allen drei Gebieten hat sich verschlechtert. Der Herr Bundeskanzler hat gestern darauf hingewiesen, wie viele heute noch einer Religionsgemeinschaft angehören, wie wenige Kinder in manchen Städten noch getauft werden.

Was die Verantwortung vor den Mitmenschen angeht, so verweise ich nur auf die rapide ansteigenden Kriminalitätsrate in der Bundesrepublik; diese Rate hat sich in den letzten 20 Jahren in etwa verdreifacht.

Was die Verantwortung vor sich selbst angeht, so denken Sie daran, wie die Zahl der Selbstmordkandidaten und derer, die ihre Absicht ausführen, und darüber hinaus die Zahl derer ansteigt, die suchtkrank sind und dergleichen mehr.

Mit den Punkten 1 und 3 können wir uns nicht befassen, aber mit dem zweiten Punkt – Verantwortung vor den Mitmenschen – sollten wir uns schon befassen. Gestern wurde darauf hingewiesen, daß die jungen Leute, die jungen Bürger unser Problem sind, weil sie nicht zu den Parteien finden. Sie haben die Verantwortung für das Gemeinwesen offenbar aus dem Auge verloren. Ich meine, die Frau Kollegin aus Nordrhein-Westfalen wollte darauf hinweisen, daß wir in diesem Zusammenhang auch diesen Gesichtspunkt nicht unberücksichtigt lassen dürfen. Das sind doch diejenigen, die die Verantwortung für Europa und die Welt tragen sollen. Ich meine, man müßte auf einige konkrete Ursachen dafür hinweisen, warum dieses Verantwortungsbewußtsein der Jugend gegenüber so schwer zu vermitteln ist.

Ich möchte hier nur einen Gesichtspunkt ins Feld führen. Die neueste Nummer von „Missio aktuell“ - das ist die katholische Missionszeitung – trägt die Überschrift: „Die Dritte Welt zahlt für den Wohlstand der Industrieländer.“ – Dann wird ausgeführt, daß die Dritte-Welt-Länder, also die Ärmsten der Armen, 130 Milliarden DM an die Reichen überweisen, während der Fluß in die andere Richtung lediglich 86 Milliarden DM beträgt. Wenn man sich an das Bundesministerium für wirtschaftliche Beziehungen wendet, dann bekommt man eine ganze Reihe von Schriften. Aber es wäre dringend erforderlich, daß man diesem Vorwurf, der uns eben nicht bloß von „Missio“ entgegengehalten wird, sondern der uns auch von unseren Studenten entgegengehalten wird, begegnet, daß man ihn zu klären versucht. Stimmt das, was hier geschrieben steht – dann, glaube ich, sind viel mehr von uns bereit, einen größeren

Teil des Bruttosozialprodukts an die Ärmsten der Armen zu transferieren –, oder stimmt das nicht? Wenn es nicht stimmt, dann ist es genauso notwendig, daß mit aller Entschiedenheit mit derartigen, die ganze Politik diskreditierenden Vorwürfen Schluß gemacht wird.

Ich würde gern noch auf weitere Gesichtspunkte eingehen, aber besten Dank, daß Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, wenigstens diesen Gesichtspunkt anzubringen.

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Schönen Dank. – Herr Axel Rodert ist Vorsitzender der CDU in Köln. Bitte schön.

**Axel Rodert:** Herr Vorsitzender! Wegen der vorgeschriebenen Zeit werde ich weder eine Frage stellen noch einen Beitrag leisten, wobei ich sagen muß: Leider hat sich das Podium auch nie an den Rahmen gehalten. Ich nehme zum erstenmal an solch einem Gremium wie diesem teil und habe – im Gegensatz zu den Mitgliedern des Podiums – auch die ganze Zeit ausgehalten.

Ich möchte Ihnen eine Frage stellen. Ich habe die ganze Zeit das Plakat mit dem Motto dieser Veranstaltung vor Augen. Wir befinden uns auf einem Parteitag. Ich fand die Analysen unserer außenpolitischen Möglichkeiten glänzend, teilweise ganz neu, sehr gut, aber was soll ich sagen, wenn ich nach Hause gehe? Herr Pflüger, Sie haben von der herausragenden Führungsleistung des Bundeskanzlers gesprochen. Das ist in der Tat so; nur, das ist die Leistung dieses Mannes – vielleicht mit einem kleinen Führungsgremium, es ist nicht die Leistung unserer Partei. Wir müssen uns ganz klar sagen: Wir denken nach, aber wir sind – dabei kann ich nahtlos an das anknüpfen, was mein Vorredner gerade gesagt hat – auf Grund unserer politischen Bildung in der Partei nicht in der Lage, selbst auf die einfachsten Dinge wirklich konkrete Antworten zu geben.

Wenn Sie Arbeitskreise in der Partei einrichten, dann stellen Sie fest: Nach der Außenpolitik wird am wenigsten gefragt. Wenn Sie hier auf dem Bundesparteitag Arbeitskreise einrichten, dann stellen Sie fest: Das hier ist der kleinste Arbeitskreis mit den größten Problemen, die anstehen. Ich glaube nicht, daß wir zu einer Lösung kommen, wenn wir hier in einem Panel diskutieren.

Um auf die Frage zurückzukommen, die Frau Grochtmann angesprochen hat: Sie ist die einzige im Panel, die über ihre Erfahrung „unten“ gesprochen hat. Warum? Weil sie in der Tat neu anfängt, während wir im Grunde genommen in unseren alten Schluffen weitergehen und sagen: Der Kohl wird es schon richten.

Ich glaube, die Probleme, die in der nächsten Zeit auf uns zukommen werden, werden es uns nicht mehr so einfach machen. Ich meine, wir müssen auf die Probleme, auf Grund derer draußen Angst entsteht – Flüchtlingsproblematik, Migrationsbewegungen; ich bitte, das in der Zusammenfassung anzusprechen –, unten teilweise Antwort geben. Es geht nicht nur um Unterrichtung, sondern ein Parteitag hat auch die Aufgabe, bis nach unten hin zu wirken, damit das, was hier erarbeitet wird, dann auch wirklich Politik wird. Leider habe ich hier ab und zu den Eindruck gehabt, in einem wirklich phantastisch besetzten Oberseminar zu sein. – Ich danke.

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Nun haben Sie doch einen Beitrag geleistet, Herr Rodert, der mich dazu verleitet, das Podium meinerseits in Schutz zu nehmen.

(Zustimmung)

Wir haben wichtige Besucher und Gäste eingeladen, die über vier Stunden mit uns diskutiert und viele wichtige Beiträge geleistet haben. Ich habe übrigens niemanden im Saal an irgendeiner Stelle unterbrochen oder abgewürgt; jeder konnte so lange

reden, wie er wollte. Aber es ist ein Menschenrecht, auch einmal auf die Toilette gehen zu können. Dies müssen Sie auch den Mitgliedern des Podiums gewähren, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Herr Erl möchte zwei Sätze dazu sagen.

**Willi Erl:** Ich möchte feststellen, daß nicht alle Podiumsteilnehmer von diesem Menschenrecht Gebrauch gemacht haben. Die Mehrheit hier hat tapfer durchgehalten.

(Heiterkeit)

Ich möchte einen Satz zu dem negativen Bild der Jugend sagen, das hier im Raum herumgeistert. Es ist eine Sache, durch wirtschaftliche Erhebungen und durch die Analyse der Probleme, die es gibt, zu ermitteln, wie man die Jugend noch mehr motivieren kann. Die andere Sache ist die Tatsache aus dem Entwicklungsbereich, daß sich sehr, sehr viele hochqualifizierte jüngere Menschen bewerben und bereit sind, in die Entwicklungsländer zu gehen und dort einen ganz respektablen Beitrag zu erbringen. Wir können daraus lernen, daß die Jugend ansprechbar ist, wenn sie erstens sinnvolle Tätigkeitsfelder sieht und wenn sie zweitens auch Möglichkeiten hat, in Organisationen partizipativ mitzuwirken. Das Verhalten der Jugend ist wesentlich besser, als es von einigen Rednern in diesem Saale dargestellt wurde.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Vielen Dank. Nun hat das Wort Herr Dr. Filbinger, langjähriger Ministerpräsident und an Außenpolitik immer besonders interessiert.

**Prof. Dr. Hans Filbinger:** Ich will mich ganz kurz fassen und auch zur Frage Verantwortung, und zwar speziell in bezug auf die Jugend, ein einziges Wort sagen.

Unsere Jugend ist sicherlich fähig, Engagement zu zeigen. Wenn beklagt wird, daß sie überwiegend oder sehr stark konsumorientiert oder hedonistisch orientiert sei, dann hat das doch wohl auch seine Gründe darin, daß diese Jugend in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten unter dem Einfluß einer sozialistisch, marxistisch bestimmten Ideologie stand, die sich auf den Universitäten sehr stark ausgewirkt hat. Geistige Orientierung ist nicht immer gegeben worden; gerade die Jugend war vielfach desorientiert. Die 68er Bewegung hat uns das deutlich gemacht.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine Frage stellen: Haben wir nun alles ausgeschöpft, was aus dem geistigen Zusammenbruch des Sozialismus, Marxismus alles resultiert? Haben wir uns nicht zu sehr auf die äußeren Dinge – die natürlich notwendig sind –, auf die Übernahme von Verantwortung, auf die Stärkung der Institutionen, eingestellt, und haben wir vielleicht die Tiefe der ganzen Bewegung, die das in Gang gebracht hat, nicht so voll erkannt und den Menschen nahegebracht?

Die emanzipatorische Bewegung, der Materialismus, diese ganze seit der Aufklärung laufende philosophische und illusionistische Linie, sollte sie so an der Jugend vorbeigegangen sein, ohne daß sie beeinflußt wurde? Wenn sie materialistisch und hedonistisch beeinflußt wurde, dann ist doch offensichtlich versäumt worden, der Jugend christliche Substanz so nahezubringen, daß sie sagt: Jawohl, es lohnt sich, Engagement zu zeigen, und man braucht sich nicht nur auszuleben.

Ich meine, das betrifft in unserer heutigen Situation in Deutschland und in Europa nicht nur die Jugend alleine, sondern das betrifft auch die ganze Generation derjenigen in Mittel- und Osteuropa, die 57 Jahre unter totalitären Weltanschauungen haben leben müssen. Eine geistige Wüste in vieler Hinsicht ist doch die Resultante



Resultante dieser Entwicklung. Ich meine, es wäre nun gerade für die CDU von besonderer Wichtigkeit – sie hat Verantwortung dafür -, daß nun wieder auch aus dem „C“ etwas herausgeholt wird, daß wir den Mut haben, uns zum „C“ zu bekennen. Nachdem die These „Gott ist tot“ so eklatant widerlegt ist, müssen wir wieder den Mut aufbringen, auch der Jugend zu sagen: Es lohnt sich, Christ zu sein und sich dazu zu bekennen.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Danke schön. – Die letzten beiden Wortmeldungen kommen zum einen von Herrn Jaffke, Kreisvorsitzender Esslingen, und zum anderen von Herrn Jürgen Schröder von der Fraktion der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament. Damit ist das letzte Wort bei Dresden. – Herr Jaffke, bitte.

**Edward-Errol Jaffke:** Herr Vorsitzender! In Anbetracht der Kürze der noch zur Verfügung stehenden Zeit will ich mich nur eines Themas annehmen. Ich glaube, wir alle sind uns mit den Mitgliedern des Podiums einig gewesen, daß sich Sicherheitspolitik für eine kurzfristig denkende Politik nicht eignet. Würden sich Sicherheitsexperten oder Sicherheitspolitiker und damit eben auch Außenpolitiker nach den jeweiligen Stimmungsbildern in der Bevölkerung richten, dann wäre man bald auf dem verkehrten Weg, auf dem verkehrten Dampfer. Deswegen will ich mich, wie gesagt, nur eines Themas annehmen und dazu auch Fragen stellen. Gestatten Sie mir vorher jedoch zwei Feststellungen:

Erstens meine ich, daß Sicherheitspolitik ohne eine im positiven Sinne verstandene Militärpolitik gar nicht möglich ist. Zweitens halte ich den in der Diskussion erkennbaren Rückzug auf das Grundgesetz für einen leichten Verantwortungsrückzug, der hier betrieben wird. Ich glaube, daß dieser Verantwortungsrückzug nach Erreichen der Souveränität Deutschlands überhaupt nicht mehr glaubhaft zu vertreten ist.

Ich will einen kleinen historischen Rückblick machen. Ich meine, wir haben uns in dieser Nicht-Verantwortung immer ganz wohlfühlt. Wir haben diese Situation sogar gepflegt. Es war für viele Politiker doch so schön und so einfach, sich auf die nicht volle Souveränität zurückzuziehen und dann zu sagen: Das alles tut uns nicht weh, denn es geht uns alles nichts an.

Deswegen bin ich der Überzeugung, daß wir gar keine Grundgesetzänderung benötigen. Ich sage das als Nicht-Jurist; ich habe mich aber als Nicht-Jurist eingearbeitet. Es ist vielleicht einmal ganz interessant, das Ganze aus dem Blickwinkel eines nicht studierten Juristen, sondern aus dem eines Naturwissenschaftlers zu sehen. Dabei ist mir z.B. aufgefallen – das halte ich für einen absoluten Widersinn -, daß man über das Thema Blauhelmeinsätze so intensiv diskutiert, obwohl dies der einzige Punkt ist, der in der ganzen UN-Charta nirgendwo auftaucht, sondern absolutes Gewohnheitsrecht ist. Das scheint selbst unter Juristen am wenigsten umstritten zu sein, obwohl das nirgendwo vertraglich fixiert ist, während wir die UN-Charta und den NATO-Vertrag unterschrieben haben.

Daher, so meine ich, können wir uns eben nicht aus dieser Verantwortung zurückziehen, sondern wir haben konsequent Verträge zu erfüllen. Wir können uns nicht darauf berufen, daß bestimmte Artikel für uns gelten, während andere Artikel nicht für uns gelten.

Ich spreche auch als Reserveoffizier. Deswegen konstatiere ich für die Bundeswehr – sie ist ja auch Teil dieses Staates –: Die Bundeswehr ist über die CDU und ihre manchmal recht vagen Äußerungen enttäuscht. Es ist an der Zeit, daß wir uns dieser Problematik verstärkt annehmen.

Nun komme ich zu meinen beiden Fragen. Warum schöpft man die vertraglichen Möglichkeiten nicht aus? Warum gibt es so wenige Politiker, die den Mut haben, die vertraglichen Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, auch wirklich umzusetzen? Kann es bloß daran liegen, daß man in der derzeitigen Stimmungslage damit wenige Pluspunkte verdient? Wenn das so ist: Kann sich Sicherheitspolitik an dem Gewinnen von Pluspunkten orientieren? Ich meine nicht. Es wird Zeit, daß wir aus unserer Verschlafenheit aufwachen und endlich einmal Schlaglichter setzen. – Danke schön.

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Herr Schröder, wenn Sie erlauben, ein kurzes Wort von Herrn Pflüger zu den Ausführungen von Herrn Rodert. Dann haben Sie das letzte Wort. – Herr Pflüger, bitte.

**Dr. Friedbert Pflüger:** Ich will nur sagen: Das Thema, das wir heute – vor allen Dingen unter Beteiligung der Professoren – behandeln, ist nicht die Motivation der Parteibasis. Darüber kann, darüber muß man auch sprechen. Aber hier geht es um sachliche Klärung. Ich finde eigentlich, daß wir doch eine Reihe von interessanten Punkten behandelt haben: Jugoslawien, Nationalstaat, europäischer Staat, ganz abgesehen von den Fragen WEU und NATO. Das müssen wir jetzt natürlich umsetzen; da gebe ich Ihnen völlig recht. Man ist wahrscheinlich oft alleingelassen, wenn man das vermitteln muß, gerade jungen Leuten gegenüber.

Vielleicht darf ich eine abschließende Bemerkung dazu machen. Ich finde, daß sich gerade in bezug auf die Fragen, die wir hier heute diskutiert haben, doch ein ungewöhnliches Feld ergibt, junge Leute an die Politik heranzuführen. Die Idee und die Vision von Europa ist doch gerade nach Maastricht, finde ich, eine wirklich schöne Sache, für die einzutreten sich lohnt.

Zur globalen Verantwortung. Hier ist ja schon erwähnt worden, wie viele junge Menschen sich doch wirklich mit Fragen der Dritten Welt, der tropischen Regenwälder usw. beschäftigen. Das dürfen wir als Union eben nicht anderen überlassen, sondern da müssen wir an erster Stelle marschieren. Es ist doch eine tolle Aufgabe für junge Leute, sich mit uns gemeinsam dieser globalen Verantwortung zu stellen.

Den Frieden schaffen mit immer weniger Waffen: Das ist doch, wenn Sie so wollen, quasi das Motto unserer verantwortungsvollen Politik für Europa. Gibt es einen schöneren Auftrag, als für diese Idee zu streiten? Ich finde, wenn man das, was wir hier im einzelnen besprochen haben, auf die Grundbotschaften reduziert, dann ist darin sehr viel enthalten, was wir nach außen tragen können und was die Leuchtkraft unserer Partei gerade gegenüber der jungen Generation stärkt.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Herzlichen Dank. – Jetzt spricht Herr Jürgen Schröder. Er ist leider nur Beobachter im Europäischen Parlament, weil unsere neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger aus den fünf Ländern noch nicht mitwählen durften. Aber er gehört zur Fraktion der EVP in Straßburg. Ich darf ihm das Wort geben.

**Jürgen Schröder:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Wenn ich mir das Thema unseres Forums anschau - "Unsere Verantwortung in Europa und der Welt" -, dann kann ich mir vorstellen, daß man, wenn dieses Thema anderenorts behandelt würde, nicht sagen würde: Unsere Verantwortung für etwas, sondern daß man die Frage stellen würde: Was bringt uns Europa? Ich will jetzt auf keinen Fall einen Gegensatz zwischen uns und unseren Freunden und Partnern herstellen, aber ich glaube, wir Deutschen sind ein ganzes Stück in Richtung Europa vorangegangen.

Wenn vorhin gesagt wurde, Deutschland müsse erwachsen werden, so kann ich diese Einschätzung nicht teilen. Ich glaube, Deutschland ist erwachsen. Wenn solche Themen mit dieser Zielstellung behandelt werden, dann ist das schon etwas, was nicht Kinder machen, sondern Leute, die sich ihrer Verantwortung bewußt sind.

Wenn man sagt: „Unsere Verantwortung“, dann ist das praktisch der eine Teil: unsere Pflicht, die wir erfüllen wollen. Aber um der Harmonie willen muß man immer beide Seiten sehen: Pflichten und Rechte, Nehmen und Geben. Ich glaube, wir Deutschen sind auf Grund der jüngeren Geschichte in die Rolle gedrängt worden oder haben uns selbst in die Rolle hineindrängen lassen, daß wir lieber von Verantwortung, von Pflichten, von Geben sprechen. Das ist nach meiner Meinung nicht gut.

Herr Vorsitzender, gestatten Sie mir, daß ich einen Bogen zum gestrigen Tag schlage. Als der Bischof von Oppeln sein geistliches Grußwort an uns gerichtet hat, zitierte er Saint-Exupéry, der ja gesagt hat, daß man mit dem Herzen besser sieht als mit den Augen; das wissen wir. Saint-Exupéry hat aber auch geschrieben, daß, wenn man eine Kathedrale aufbauen will, jeder als erster auf den anderen zugehen muß. Ich wünsche mir in diesem neuen Europa, daß wir Europa wie eine Kathedrale und nicht wie den Turm zu Babel aufbauen und daß jeder der Zwölf als erster auf den anderen zugeht. Ich habe den Eindruck, daß im Moment nur einer als erster auf die anderen zugeht, und das schmerzt mich.

Um ganz konkret zu werden: Das Europäische Parlament hatte mit überwältigender Mehrheit dafür votiert, daß im Jahre 1994 zusätzlich 18 neue deutsche Abgeordnete in das Parlament einziehen sollten. In Maastricht ist dieser Punkt einfach von der Tagesordnung gefegt worden. Darüber kann man nun reden, wie man will. Ich gehöre nicht zu denen, die versuchen, solche Dinge zu sublimieren; dazu habe ich viel zu lange in der DDR gewohnt und gelebt. Ich sehe das ganz nüchtern. Ich sehe das ganz einfach so, daß unsere europäischen Partner nicht in dem Maße auf uns – vor allem auf uns aus den neuen Bundesländern – zugehen, wie es eigentlich sein müßte, denn wir sind im Moment, obwohl wir eine völlig gleichberechtigte Region innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sind, nicht angemessen repräsentiert. Wenn es nach dem Willen unserer Verbündeten und Freunde ginge, wären wir das auch 1994 nicht.

Ich bitte die CDU und insbesondere meine Freunde und Kollegen aus dem Europäischen Parlament, zusammen mit mir und meinen Beobachter-Kollegen alles dafür zu tun, daß dieser Punkt noch einmal durchgesprochen wird, gegebenenfalls auch mit der Führung der CDU, mit unserem Kanzler, denn so sollte es nicht bleiben, wenn wir alle Saint-Exupéry ernst nehmen. – Danke.

(Beifall)

**Vorsitzender Dr. Ottfried Hennig:** Herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, ich will überhaupt nicht den Versuch machen, ein Schlußwort zu formulieren. Ich möchte nur unterstreichen, daß dies sicher eine ganz berechnete Erwartung des Kollegen Schröder aus den neuen Bundesländern ist, die wir weiter aufgreifen müssen. Dabei dürfen wir nicht resignieren, sondern da haben wir noch etwas einzulösen an demokratischer Grundlegung dieses Europas gerade in den fünf zu uns gekommenen neuen Ländern. Das möchte ich am Schluß unterstreichen.

Ich möchte mich am Ende, nachdem Elmar Brok gleich den Versuch zu machen hat, dies alles vor dem Plenum zusammenzufassen, was wahrlich keine leichte Aufgabe ist, darauf beschränken, Ihnen herzlich zu danken. Wir waren vier Stunden beieinan-

der. Es waren wichtige vier Stunden mit einer doch weiterführenden Diskussion in manchen konkretisierenden Bereichen. Aber diese Diskussion ist nie am Ende; sie wird von uns in der Partei fortgesetzt werden müssen. Ich meine, daß dies ganz gewiß nicht das unwichtigste unserer sechs Foren gewesen ist, sondern vielleicht das bedrängendste, bei dem es um die akutesten Probleme geht.

(Beifall)

In diesem Sinne danke ich Ihnen ganz herzlich für Ihre Beiträge. Die Debatte in der Union und mit den Damen und Herren von außerhalb geht mit Sicherheit weiter. Das sind die Themen der Zukunft. Herzlichen Dank, daß Sie daran mitgewirkt haben! – Das Forum ist beendet.

(Beifall)

## Namensverzeichnis

Arlt-Palmer 401  
Axthelm 114

Bandmann 605  
Baring 571, 584, 594, 613  
Bauer 397  
Beck 403f.  
Bendig 452  
Benecke 594  
Bergemann 329  
Berger 488  
Bergner 453  
Bertram 427  
Biedenkopf 17, 22, 89ff., 155, 206  
Bielecki 89  
Bildt 92  
Blaschke 558  
Blüm 85, 316  
Böhm 504  
Böhmier 74, 138, 207ff., 404, 407  
Böttcher 544  
Bonnenberg 472, 501  
Braun-Moser 112, 341  
Brettschneider 417, 456  
Breuel 292, 301, 303, 337  
Brok 149, 196, 198, 592  
Burkert 505

Carstens 66

Dirks 199  
Dirschka 295, 346  
Dörflinger 220  
Doerr 336  
Dregger 52  
Dreskornfeld 490  
Duchac 559  
Dürkop 475

Echternach 131ff., 213  
Eggert 516, 524, 536, 540, 544  
Emmerich 367, 389, 406,  
Eppelmann 517, 527, 536, 552  
Erl 573, 616  
Erler 295, 310, 344  
Ernst 191

Falk 449  
Feilcke 306  
Filbinger 616  
Fink 80, 228, 555  
Fischer, Marion 378  
Fischer, Werner 328  
Flessing 215  
Friedrich 360, 407  
Funk 611

Geiger 582  
Geisler 193  
Geißler 165  
Georgi 506  
Gerster 200  
Geschka 378  
Gnant 401  
Göhner 131  
Gomolka 22ff., 518, 522, 536  
Greve 195, 609  
Grill 180, 458ff.  
Grochtmann 577, 608  
Gröhe 76, 141, 197

de Haas 405  
Haase 482  
Hähle 550ff.  
Häusler 469  
Hannsmann 467  
Haschke 298  
Heinsch 500  
Heise 433  
Hellwig 208ff.  
Hennig 182, 566ff.  
Herrmann 199  
Hessels 550  
Hintze 442  
Hofmann 540  
Hogrefe 487  
Horn 450  
Hübeler 376  
Hüppe 211

Illbruck 382

Jacoby 164  
Jaffke 109, 617  
Janko 337  
John 603  
Jork 448

Jünemann 381  
Jungen 332  
Junghanns 210ff., 607

Katzur 502  
Kauder 217  
Kautz 395  
Kemmerzehl 302  
Kemmling 328  
Keppelhoff-Wiechert 393  
Kesseler 450  
Kierey 219  
Kirsten 519, 530  
Klinkert 497  
Klose 516ff.  
König 425, 456  
Kohl 7, 16, 25, 57, 103, 113, 190, 209, 211, 228, 234  
Kolbe 330  
Krause 548  
Kronberg 561  
Krott 499  
Kugler 503  
Kunze 209, 377

Lamers 568, 605  
Lammert 232, 438  
Lanckau, Eberhard 435  
Lanckau, Renate 382, 384  
Landgraf 519, 529  
Landowsky 152ff.,  
Langner 73  
Lauer 609  
Lehmann 331  
Lehmann-Brauns 82  
Lennartz 187, 212, 230  
Leyer 344  
Lieberknecht 105, 410ff.  
Lindemann 602  
Löw 613  
Lorenz 600  
Ludewig 293, 310, 345

Maaz 521, 534, 550  
de Maiziere 447  
Mannsfeld 488  
Marr 102  
Martens 116  
Meister 365, 387, 390, 406  
Menges 334  
Merkel 104, 161, 354, 392, 399, 403, 407

Metzeroth 325  
Metzner 335  
Meyer 410  
Meyer-Stork 437  
Michalk 231  
Milbradt 322  
Möhrmann 595  
Müller, Evelyn 596  
Müller, Gottfried 146, 204, 518  
Müller, Holger 111  
Müller, Peter 96, 198  
Münch, Helmut 331  
Münch, Werner 70

Nasdal 343  
Necker 292, 307, 324, 345  
Neumann 210ff.  
Nossol 12

Oehlwein 499  
Orth 201

Pawlowski 545  
Paziorek 489  
Pflüger 163, 195, 580, 600, 618  
Pieroth 172, 227  
Pietzsch 153  
Pinger 312  
Pöttering 194, 591  
Putbus 507

Ralle 325  
Rauber 171  
Reckers 343  
Reichenbach 446  
Reinfried 214, 218, 537  
Repnik 478  
Rink 116ff.  
Ritter 99  
Rodert 615  
Rönsch 184, 325  
Rößler 422  
Rudel 484  
Rühe 45, 119, 205, 210

Sammet 538  
Sauter 505  
Schaefer 543  
Schäfer 66ff.  
Schäuble 58



Schauerte 188, 342  
Schempf 507  
Schimpff 584  
Schmidt (Rostock) 300  
Schmidt (Hoyerswerda) 430  
Schneller 84  
Schnipkoweit 100  
Schönburg-Glauchau 537  
Schönfelder 509  
Schommer 286, 298, 308, 310, 318, 348  
Schreier 176  
Schröder 618  
Schubert, Cordula 441  
Schubert, Helga 517, 526, 547  
Schulz 587  
Schumann 554  
Schuster 440  
Schwarz 578, 598, 612  
Schwarz-Schilling 314  
Seibel 334  
Seidel 491  
Seitz 380  
Sillmann 361, 390, 407  
Sonnevend 590  
Sonntag 374  
Sparre 327  
Stange 98, 362, 385, 407  
Stern 107  
Sterzenbach 320  
Stetten 586  
Steyer 293, 305, 346  
Stoltenberg 588  
Stritzl 69  
Süssmuth 177, 208, 222, 352ff.

Tamm 400  
Teufel 63, 159  
Thoben 190, 286ff.  
Thomas 336  
Töpfer 52ff., 107ff., 459, 491, 509  
Trageser 319

Uhlmann 144, 508  
Uhrmeister 434  
Umbach 421

Vaatz 204f., 520, 532, 542, 552, 557  
Vogel 575, 593

Wagner 18  
Walderdorff 342  
Warnke 223  
Wartenberg 553  
Weber 384  
Weiher 505  
Weisbrich 303  
Wetzel 444  
Wienholz 453  
Wissmann 136, 202, 296,319, 347  
Wogau 596  
Wulff 369, 386, 406

Yser 419, 454

Zander 394  
Zeh 78  
Zitzmann 372  
Zobel 436

## Notizen

---

## Notizen

---

## Notizen

---

## Notizen

---

## Notizen

---

## Notizen

---





